

Daniel J. Lemmen

Deutschland, Polen und die Geopolitik

Über die Rolle beider Staaten
im geopolitischen System
in ausgewählten Fallbeispielen und Theorien

Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder)



Veröffentlichung als ePublikation auf OPUS, dem Publikationsserver der Universitätsbibliothek der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder): <https://opus4.kobv.de/opus4-euv/home>

Diese Arbeit wurde als Dissertation zur Erlangung des Doktorgrades (Dr. phil.) der Kulturwissenschaftlichen Fakultät der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) am 5.01.2021 angenommen. Betreut wurde die Dissertation von Prof. Dr. Werner Benecke. Die Disputation fand am 9. Dezember 2021 statt.

Der Autor und sein Forschungsprojekt wurde durch die Promotionsförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung sowie ein Abschlussstipendium der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) gefördert.

Daniel J. Lemmen

Deutschland, Polen und die Geopolitik

Über die Rolle beider Staaten

im geopolitischen System

in ausgewählten Fallbeispielen und Theorien

So one of the interesting things about geopolitics is that it looks backwards to try and find patterns that it can then use to go forward to try and anticipate future global politics.

Klaus Dodds

Aufschlüsse über die Zukunft sind nicht in den Geheimdossiers der Regierungen zu finden, sondern in Vergangenheit und Kultur der Völker.

Raymond Aron

It is important to remember that this region has been defined far less by ties binding these countries than by the comings and goings of the great powers that flanked them.

Valerie Bunce

W tym miejscu jesteśmy dziś [...] na przeciągu wichrów ze wschodu i zachodu. Tu można być tylko albo czymś wielkim i potężnym, albo nie być.

Stanisław Piasecki

Deutschland wird entweder Weltmacht oder überhaupt nicht sein.

Adolf Hitler

Poor old Germany. Too big for Europe, too small for the world.

Henry Kissinger

Abstracts

Deutschland, Polen und die Geopolitik. Über die Rolle beider Staaten im geopolitischen System

Neben der deterministischen Betonung der geographischen Lage eines Staates versucht die Geopolitik in der Vergangenheit Muster zu erkennen, die Aufschluss über die geopolitischen Herausforderungen der Zukunft geben. Obschon Deutschland und Polen innerhalb der großen geopolitischen Veränderungen des 20. Jahrhunderts (nicht nur geographisch) eine zentrale Rolle einzunehmen scheinen, wird ihrer geopolitischen Bedeutung in der (insbesondere deutschen Polen-)Forschung bisher kaum Beachtung geschenkt. Diese Forschungsarbeit fragt nach der Rolle, die beide Staaten in der Vergangenheit innerhalb bestimmter geopolitischer Staatenkonstellationen sowie in geopolitischen Theorien gespielt haben und widmet sich der Frage, welche mögliche Bedeutung sich hieraus für die Zukunft ableiten lässt. Zur Beantwortung dieser Forschungsfrage analysiert die Arbeit in fünf ausgewählten historischen Fallbeispielen (1916, 1933/34, 1938/39, 1945–1989, seit 1990) sowie in drei Zukunftsszenarien die historische beziehungsweise mögliche Rolle beider Staaten innerhalb einer gegebenen geopolitischen Konstellation. Neben einer historiographischen Analyse stehen insbesondere die Werke polnischer, deutscher und internationaler Theoretiker der Geopolitik aus Vergangenheit und Gegenwart im Fokus des Forschungsvorhabens (Mackinder, Spykman, Ratzel, Kjellén, Naumann, Dmowski, Piłsudski, Studnicki, Haushofer, Schmitt, Wojciechowski, Matuszewski, Bocheński, S. Mackiewicz, Brill, Buck, Moczulski, Dugin, Brzeziński). Die Arbeit zeigt insbesondere die Gefahr einer dynamischen geopolitischen Staatenkonstellation für die deutsch-polnischen Beziehungen auf. Während sich für die so genannte *Deutsche Geopolitik* (bis 1945) feststellen lässt, dass die Rolle Polens fast durchgängig negativ ist, zeigen sich in der polnischen Geopolitik unterschiedliche geopolitische Schulen (antideutsch, deutschlandskeptisch aber kooperationsbereit, prodeutsch). Die Forschungsergebnisse lassen die Aussage zu, wonach beide Staaten in Hinblick auf geopolitische Konstellationen und Theorien in der Vergangenheit primär geopolitische Interessensgegner darstellten. Für die Zukunft lässt sich hieraus ableiten, dass eine solche Gegnerschaft nicht auszuschließen ist – worauf die entwickelten Zukunftsszenarien deutlich verweisen.

Germany, Poland and Geopolitics. On the role of both states in the geopolitical system.

In addition to the deterministic emphasis on the geographical location of a state, geopolitics tries to identify patterns in the past that provide information about the geopolitical challenges of the future. Although Germany and Poland seem to occupy a central role (not only geographically) within the major geopolitical changes of the 20th century, their geopolitical significance has received little attention in (especially German) research (on Poland). This thesis inquires into the role that both states have played in the past within certain geopolitical constellations as well as in geopolitical theories, and into the question of what possible significance can be derived from this for the future. To answer this research question, the study analyses the historical or possible role of both states within a given geopolitical constellation in five selected historical case studies (1916, 1933/34, 1938/39, 1945–1989, since 1990) as well as in three future scenarios. In addition to a historiographical analysis, the research project focuses on the works of Polish, German and international geopoliticians from the past and present (Mackinder, Spykman, Ratzel, Kjellén, Naumann, Dmowski, Piłsudski, Studnicki, Haushofer, Schmitt, Wojciechowski, Matuszewski, Bocheński, S. Mackiewicz, Brill, Buck, Moczulski, Dugin, Brzeziński). In particular, the thesis shows the danger of a dynamic geopolitical constellation for German-Polish relations. For so-called German Geopolitik (up to 1945), Poland's role is almost universally negative. In Polish geopolitics, however, different geopolitical schools (anti-German, sceptical of Germany but willing to cooperate, pro-German) are evident. The research results allow the statement that both states were primarily geopolitical opponents of interest with regard to geopolitical constellations and theories in the past. For the future, it can be deduced from this that such an antagonism cannot be ruled out – which is clearly indicated by developed future scenarios.

Vorwort

Diese Promotionschrift ist das intellektuelle Produkt einer Reise, die vor beinahe 15 Jahren begann. Sie führte mich durch eine Reihe von akademischen und wissenschaftlichen Einrichtungen in Deutschland und Polen. Sie ist, wie auch ich es mittlerweile bin, ein deutsch-polnisches Werk und soll als solches verstanden werden. Auf dieser Reise haben mich viele sehr verschiedene Menschen begleitet, mich gefördert und gefordert, mich unterstützt und gestützt. Ihnen sei an dieser Stelle gedankt.

Dieser Dank gilt insbesondere jenen, die mich seit 2005 für unseren polnischen Nachbarn begeistern konnten und es vermochten, dass ich in den Bann dieses Landes gezogen wurde. Als diese Reise vor vielen Jahren begann, war Polen für mich als einen aus dem deutsch-niederländisch-belgischen Dreiländereck stammenden Rheinländer vollkommene *terra incognita*. Diese erkunde ich seitdem wissenschaftlich, beruflich und privat mit fortdauerndem Eifer und Freude.

Gedankt sei – dem Historiker entsprechend – chronologisch zunächst meinem Gymnasiallehrer Michael Müsseler, dessen Leistungskurs Geschichte mir erste Einblicke in die Werkstatt des Historikers verschaffte und mich damit für das wissenschaftliche Fach begeistern konnte. Er gilt ebenso meinen akademischen Lehrern an der Otto-Friedrich-Universität in Bamberg die Grundsteine im wissenschaftlichen Arbeiten bei mir legten und mich so in den Fächern Geschichte und Slawistik grundlegend vorbereiteten. Ein tieferes Verständnis der polnischen Kultur, Sprache und Literatur wäre nicht möglich gewesen ohne die Wissensvermittlung der polonistischen Hochschullehrer der Adam-Mickiewicz-Universität in Posen beziehungsweise des Collegium Polonicum in Ślubice.

Großem Dank bin ich meinem Doktorvater, Herrn Prof. Werner Benecke, verpflichtet. Dieser konnte mich während meines Studiums nicht nur als ausgezeichneter Wissensvermittler für die Zusammenhänge Mittel- und Osteuropas begeistern. Er stand mir ebenfalls während meiner Arbeit stets mit konstruktivem fachlichem Rat zur Seite und unterstützte mein Projekt auch darüber hinaus. Gleichzeitig gewährte er mir aber stets die notwendige wissenschaftliche Freiheit.

Mein Dank gilt auch der Konrad-Adenauer-Stiftung, die mich dankenswerterweise in ihre Promotionsförderung aufnahm. Der Stiftung sei jedoch nicht nur für ihre finanzielle Unterstützung und das dadurch in mich gesteckte Vertrauen gedankt. Durch das Stipendium kam ich ebenfalls in den Genuss einer ideellen Förderung im Rahmen von Seminaren und anderen (nicht nur für meine Forschung) impulsgebenden Veranstaltungen. Hierdurch entstanden zahlreiche Kontakte, die auch diese Arbeit bereichern konnten.

Dankbar bin ich ebenfalls meiner im deutsch-polnischen Grenzland liegenden *Alma Mater Viadrina*. Nicht unerwähnt darf bleiben, dass die Viadrina mich zum Abschluss meines Promotionsvorhabens ebenfalls finanziell gefördert hat. Über zehn Jahre war ich als Student, Mitarbeiter und Doktorand mit der Europa-Universität Viadrina verbunden. Frankfurt und seine Hochschule waren mir Hafen und Fährmann meiner intellektuellen Entdeckungsreisen.

Mein größter Dank gilt jedoch allen voran Zuzanna für ihren fortwährenden Zuspruch, ihre Ermutigung und ihr Verständnis. Ihr sei diese Arbeit gewidmet.

Warschau, im Sommer 2023

Der Verfasser

Inhaltsverzeichnis

Abstracts.....	8
Vorwort	8
1. Einleitung	13
1.1. Thema und Forschungsziel.....	13
1.2. Forschungsstand und <i>research gap</i>	18
1.3. Forschungsfrage	24
1.4. Hypothesen.....	25
1.5. Methodik	27
2. Geopolitik.....	34
2.1. Definition und Abgrenzung.....	34
2.2. Die Anfänge der angelsächsischen Geopolitik.....	45
2.2.1. Halford J. Mackinder.....	46
2.2.2. Nicholas J. Spykman	52
2.3. Die Anfänge der <i>Deutschen Geopolitik</i>	58
2.3.1. Friedrich Ratzel	59
2.3.2. Rudolf Kjellén	61
2.3.3. Friedrich Naumann.....	67
2.4. Die Anfänge der polnischen Geopolitik.....	73
2.4.1. Roman Dmowski.....	81
2.4.2. Józef Piłsudski.....	86
2.4.3. Władysław Studnicki.....	88
3. Polen als geopolitisches Objekt während des Ersten Weltkrieges	93
3.1. Die Wiener Ordnung	93
3.2. Geopolitische Möglichkeiten im Umgang mit dem besetzten Polen	100
3.3. Das Vorgehen Berlins	106
3.4. Geopolitische Kompatibilität	126

4. Das Dritte Reich und die Zweite Polnische Republik.....	129
4.1. Die Versailler Ordnung	129
4.2. Die geopolitische Lage Deutschlands bis 1933.....	132
4.3. Die geopolitische Lage Polens bis 1933	137
4.4. Deutschland und Polen.....	142
4.5. NS-Deutschland und seine geopolitischen Konzeptionen	148
4.5.1. Karl Haushofer	167
4.5.2. Carl Schmitt.....	176
4.5.3. Nationalsozialistischer Grundplan	183
4.6. Geopolitische Konzeptionen in Polen	186
4.6.1. Roman Dmowski und die piastische Idee.....	186
4.6.2. Zygmunt Wojciechowski	190
4.6.3. Piłsudski und die jagiellonische Idee	198
4.6.4. Ignacy Matuszewski	202
4.6.5. Władysław Studnicki.....	207
4.6.6. Adolf Bocheński.....	209
4.6.7. Stanisław Mackiewicz.....	214
4.7. Geopolitischer Handlungsspielraum 1933/1934	220
4.8. Geopolitischer Handlungsspielraum 1938/1939	242
5. Die starre Ordnung des Ost-West-Konflikts	263
5.1. Die bipolare Weltordnung	263
5.2. Die Neutralisierung Deutschlands.....	291
5.3. Der Rapacki-Plan	301
6. Deutschlands neue Rolle und Polens Transatlantische Lösung	307
6.1. <i>New World Order</i>	307
6.2. Die Deutsche Frage nach 1990.....	311
6.2.1. Heinz Brill	326
6.2.2. Felix Buck	330

6.3. Die Polnische Frage	335
6.3.1. Moczulski und die Rückkehr des <i>Intermarium</i>	343
6.3.2. Die NATOisierung	349
6.4. Bedeutung beider Staaten füreinander	361
6.5. Bedeutung und Halbwertzeit der Ordnung der neunziger Jahre	363
6.6. Dugin und die Russische Frage	364
6.7. Brzeziński und der Niedergang Amerikas.....	372
6.8. Zusammenfassung	377
7. Ausblick	382
7.1. Grundlegende Überlegungen zur Prognostik	382
7.2. Zukunftsfaktoren	392
7.2.1. Der EU-Faktor.....	393
7.2.2. Russland-Faktor	395
7.2.3. US-Faktor	396
7.2.4. China-Faktor.....	398
7.3. Szenarien	400
7.3.1. Supermacht Europa	401
7.3.2. Neue Wege	403
7.3.3. Bruch zwischen West und Ost	408
8. Schlussresümee	413
9. Quellen- und Literaturverzeichnis.....	436

1. Einleitung

Let us educate our Masters.
Karl Haushofer

1.1. Thema und Forschungsziel

Geopolitik lebt. Jene den Blick vor allem durch geographische, aber auch historische Zusammenhänge weitende Betrachtungsweise scheint seit einigen Jahren vor einer Renaissance zu stehen. Dies schien nicht immer so. Als Klaus Dodds, *Professor of Geopolitics* an der *University of London*,¹ nach seiner Promotion 1994 seine wissenschaftliche Karriere begann, wurde ihm wiederholt die Aussage entgegnet, dass Geopolitik tot sei und/oder kein Nutzen mehr für sie bestünde.² Und tatsächlich gingen viele Intellektuelle nach den Wendejahren 1989–1991 von einem *Ende der Geschichte* (Fukuyama) aus, einem globalen Sieg von Freiheit, Demokratie und Marktwirtschaft, der keinen Platz sah für die geopolitischen Machtspiele der Vergangenheit. Jedoch wird seit einigen Jahren von einem *revival of geopolitics* gesprochen. In dieser vermeintlichen Wiedergeburt (wenn Geopolitik jemals tot war) scheinen Wissenschaft und Politik sich in den letzten Jahren zunehmend erneut geopolitischen Fragen zuzuwenden. Es ist die Rede von einer „sich ausbreitende[n] Mode, internationale Politik unter geopolitischen Gesichtspunkten zu erörtern“. Dieser Trend sei „als Folge der erheblichen Verschiebung in den internationalen Kräfteverhältnissen und Allianzbildungen [sowie] gesellschaftspolitischer Umwälzungen und der daraus resultierenden Verunsicherung“ zu verstehen.³

Bedingt wird dieses *Comeback* sicherlich durch die Wahrnehmung einer sich womöglich verändernden Weltordnung. Das sich nach den Wendejahren 1989–1991 manifestierende System scheint in den letzten Jahren ins Wanken geraten. Vermehrt wird die Frage diskutiert, was *der Westen* heute ist und wer sich diesem zugehörig fühlt beziehungsweise zugeordnet werden kann. Auch stellte sich nicht erst durch die Trump-Administration (2017–2021) die Frage, welche Rolle die Vereinigten Staaten für diesen Westen, aber auch für die Weltordnung als Ganzes heute einnehmen und ob diese Ordnung noch die Gleiche wie zu Beginn der neunziger Jahre ist. Erkennbar ist ein sich verlagernder Schwerpunkt weg von einem eurozentristischen Weltbild, dessen Fokus in der Vergangenheit überwiegend auf dem europäischen Kontinent lag, hin zu einer Schwerpunktsetzung auf andere globale Regionen,

¹ *Professor Klaus Dodds*. [https://pure.royalholloway.ac.uk/portal/en/persons/klaus-dodds\(fb99b223-7661-4aa1-95f6-1cd527dd0fc7\).html](https://pure.royalholloway.ac.uk/portal/en/persons/klaus-dodds(fb99b223-7661-4aa1-95f6-1cd527dd0fc7).html) (9.1.2021).

² Dodds erwähnt diese biographische Anekdote unter anderem in einem Vortrag mit dem Titel *Geopolitics: A Very Short Introduction* in der Reihe *Talks at Google*. *Geopolitics: A Very Short Introduction*. <https://www.youtube.com/watch?v=ddEY0D10L8Y> (9.1.2021).

³ Jahn, Egbert: *Politische Streitfragen. Band 4. Weltpolitische Herausforderung*. Wiesbaden 2015, S. 174.

insbesondere aber den Pazifischen Raum. Damit verbunden wird seit Jahren ein möglicher Aufstieg Chinas als globale Macht diskutiert. Gleichzeitig konnte in Bezug auf Russland eine Rückkehr des Denkens in Einflusssphären beobachtet werden, die nicht davor zurückschreckt, sich vergangen geglaubter Machtinstrumente zu bedienen. Die Weltordnung scheint in Bewegung.⁴

Veränderungen der geopolitischen Ordnung stellen keine Anomalie dar. Gerade das 20. Jahrhundert präsentierte sich durch große Systemwandel. So beendete der Erste Weltkrieg die Wiener Ordnung des *langen 19. Jahrhunderts* (Hobsbawm) und schuf unter anderem in Versailles für die Zwischenkriegszeit ein zwanzig Jahre währendes neues System. Der Zweite Weltkrieg beendete dieses und ersetzte es während des Ost-West-Konfliktes durch die bekannte bipolare Weltordnung. Diese wiederum fand ihr Ende in den bereits erwähnten Wendejahren. Die Jahre 1914/18, 1939/45, 1989/91 stellen die großen Zäsuren der europäischen Geschichte des vergangenen Jahrhunderts dar und können damit zugleich metaphorisch als die großen tektonischen Plattenverschiebungen der Geopolitik bezeichnet werden.⁵ Wie ein Erdbeben haben sie die alte Ordnung erschüttert und durch eine Neue ersetzt.

Innerhalb dieser Plattenverschiebungen scheinen Deutschland und Polen eine zentrale Rolle einzunehmen. Dies war keine Singularität des letzten Jahrhunderts. Bereits seit dem 19. Jahrhundert waren die Deutsche und die Polnische Frage für Europa von entscheidender Substanz. Was war Deutschland, was war Polen? Welche Bedeutung sollten beide Gebilde für das Staatensystem als Ganzes haben? Schon für den Wiener Kongress schienen beide Fragestellungen grundsätzlich. Antworten wurden unter anderem in der Wiener Schlussakte, der deutschen Reichsgründung, aber auch in den polnischen Resurrektionen (vor allem 1830/31 und 1863/64) zu finden versucht. Für das 20. Jahrhundert standen mit beiden oftmals zwei staatliche Gebilde im Zentrum der Aufmerksamkeit. Diese Aussage kann fernab eines jedweden rein deutsch-polnischen Blickwinkels getroffen werden. Deutschland stellte einen der Hauptakteure des Ersten Weltkrieges dar. Die Polnische Frage wurde zu einem Kernelement der Neuordnung des ostmitteleuropäischen Raumes nach dem Krieg. Am Vorabend des Zweiten Weltkrieges nahmen beide Staaten eine zentrale Rolle ein, die schließlich zum Kriegsausbruch führte. Für die Nachkriegszeit blieb die Deutsche Frage eine grundlegende

⁴ Es sei an dieser Stelle erwähnt, dass die Arbeit vor dem Beginn der russischen Invasion am 24. Februar 2022 und damit der Eskalation des seit 2014 andauernden Krieges in der Ukraine verfasst wurde. Die Invasion in der Ukraine bestätigt jedoch die These einer sich in Bewegung befindlichen Weltordnung.

⁵ Der Begriff taucht wiederholt in der polnischsprachigen Literatur (als *ruchy tektoniczne*) auf. Der Schöpfer dieser Metapher konnte nicht ermittelt werden.

Problematik des Ost-West-Konflikts, die wiederum eng mit dem Schicksal des polnischen Staates verbunden war. Die neue Weltordnung nach 1989 hingegen versuchte auf die beiden historischen Fragestellungen eine hinreichende Antwort zu finden.

Deutschland und Polen hatten damit einen entscheidenden Einfluss auf das geopolitische System, sowie auch – im Umkehrschluss – das System wesentliche Auswirkungen auf beide Staaten, ihre Rolle und ihren Handlungsspielraum in diesem hatte. Warschau wie auch Berlin (Bonn) mussten sich hierbei in einem Netz sehr unterschiedlicher geopolitischer Faktoren zurechtfinden. Die deutsch-polnischen Beziehungen standen dabei in ihrer Geschichte niemals für sich allein, sondern immer in einem größeren, über sie hinausgehenden Kontext. Wer somit das Gegenüber beziehungsweise die Beziehungen beider zueinander zu verstehen versucht, kann dies nur, wenn er diesen Kontext nicht ausblendet und ihn in seine Betrachtungen aufnimmt.

Als Folge will diese Arbeit **Deutschlands und Polens Bedeutung innerhalb verschiedener geopolitischer Konstellationen sowie ausgewählter geopolitischer Theorien untersuchen. Gleichzeitig will sie versuchen, aus diesen Konstellationen und Theorien Muster abzuleiten, die Aufschluss über die zukünftige geopolitische Bedeutung der Beziehungen liefern können.** Im Vordergrund steht damit die Problematik, **welche praktischen wie auch theoretischen Antworten in Bezug auf die Deutsche und Polnische Frage, das heißt die Rolle des deutschen und des polnischen Staates in der geopolitischen Staatenkonstellation, gefunden beziehungsweise erdacht wurden.**

Einerseits soll bezüglich des zeitlichen Rahmens dieses Themas der Betrachtungszeitraum nicht überdehnt werden. Zwar würde ein Einsetzen im Mittelalter in Bezug auf einige zu analysierende geopolitische Theorien als sinnvoll erscheinen, jedoch würde die Betrachtung eines Millenniums deutsch-polnischer Kontakte den Rahmen des Möglichen sprengen. Andererseits erfordert der – vor allem in Polen – oftmals stark mit Rückgriffen auf die Vergangenheit geführte historische / geopolitische Diskurs, dass der Zeitraum nicht zu kurz sein darf. Würde dieser Rahmen erst 1989 einsetzen, würden bis heute prägende geopolitische Konstellationen (allen voran die Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg) fehlen. Ein Betrachtungszeitraum von knapp über einhundert Jahren erscheint somit sinnvoll. Er setzt damit bei der durch den Ersten Weltkrieg begünstigten Rückkehr der polnischen Staatlichkeit (1916/1918) ein. Dies erscheint essenziell, da beide Staaten im Fokus der Betrachtung stehen.

Neben dieser zeitlichen Einschränkung liegt der räumliche Schwerpunkt auf Deutschland und Polen, wodurch als Region vor allem der mitteleuropäische Raum in den Fokus rückt. Da die Rolle beider Staaten jedoch in einem europäischen, teils sogar globalen Kontext analysiert werden sollen, ist es unerlässlich, dass die politische Situation in Europa auch in seiner Gänze nicht aus den Augen verloren wird. Die Arbeit ist somit ebenso ein Beitrag zur historischen und politischen Analyse des (mittel)europäischen Raums aus einer geopolitischen Sichtweise.

Diese hier angestrebte geopolitische Sichtweise auf Deutschland und Polen scheint an Weichsel und Warthe wesentlich mehr Anwender zu finden als zwischen Rhein und Oder. Geopolitik zeigt sich im polnischen Diskurs wesentlich präsenter. Sie ist in Polen keine wissenschaftliche Nische, sondern ein Thema, das ein großes (populärwissenschaftliches) Publikum auf sich vereinigt. In einem Land, in dem notorisch wenig gelesen wird,⁶ verkaufen sich die geopolitischen Werke eines Jacek Bartosiak⁷ relativ erfolgreich. Das polnische Fernsehen kennt sogar eine geopolitische Fernsehshow, in der politische Ereignisse in ein *bigger picture* einzuordnen versucht werden.⁸ In der polnischen Tagespolitik scheinen geopolitische Zusammenhänge keine Randerscheinungen zu sein, sondern stehen vielfach im Zentrum der politischen Debatte. Geopolitische Fragen haben sich hierbei tief in das kollektive Gedächtnis der Polen eingebrannt. Die Begründung hierfür findet sich in Polens Geschichte. In den Tausend Jahren seiner Staatlichkeit haben sich die Grenzen Polens bekanntlich oftmals verschoben. Grenzverschiebungen sind vor allem seit der Wiedererlangung der polnischen Staatlichkeit 1918 primär von Polens Nachbarn ausgegangen. Aus dieser historischen Erfahrung heraus sind Polen skeptisch, was den Umgang mit ihren Nachbarn angeht und sehen in der Sicherheit des polnischen Staates eine hohe Priorität. Das bedeutet, dass man sich den eventuellen Verlust der eigenen Staatlichkeit – ob dies nun eine pessimistische oder realistische Sichtweise ist, sei dahingestellt – ständig vor Augen führt. Das polnische Sicherheitsbedürfnis endet hierbei nicht an den Grenzen der polnischen Republik, sondern geht weit darüber hinaus.

⁶ Bończa-Szabłowski, Jan: *Polacy nie czytają książek*. <https://www.rp.pl/Literatura/170429871-Polacy-nie-czytaja-ksiazek.html> (9.1.2021).

⁷ Jacek Bartosiak (1976), polnischer Jurist und Publizist, Gründer und Eigentümer des Think Tanks *Strategy&Future*.

⁸ Der *Tygiel geopolityczny* (Geopolitischer Tiegel) geht wöchentlich im Fernsehsender *Republika* auf Sendung. Der deutschsprachige Fernsehzuschauer kennt als entfernt vergleichbares Pendant nur *Mit offenen Karten*, eine französische Produktion des Fernsehsenders *ARTE*. Die französische Federführung ist hierbei nicht verwunderlich, denn auch in Frankreich ist der *discours géopolitiques* sehr viel präsenter als in Deutschland.

Polens geographische Lage hat zur Folge, dass sich seine Sicherheit zu einem Großteil aus der geopolitischen Gesamtkonstellation ergibt.

In Bezug auf Deutschland stellt sich dieses Sicherheitsbedürfnis anders dar. Die Deutschen haben keine wirkliche historische Erfahrung einer 123 Jahre andauernden Fremdherrschaft, das heißt eines Verschwindens des eigenen Staates. Lediglich im Ansatz zu vergleichen wäre die Situation Deutschlands als Ganzem in den unmittelbaren Nachkriegsjahren, als das Deutsche Reich de facto zu existieren aufgehört hatte und Staatsgebiet sowie Staatsvolk unter der uneingeschränkten Kontrolle der Siegermächte standen. Dieser kurze zeitliche Abschnitt war für die meisten Deutschen wenig prägend. Bezüglich des Sicherheitsbedürfnisses von Deutschen und Polen kann der deutschen Seite attestiert werden, dass diese nicht in permanenter Sorge um einen Verlust ihrer Staatlichkeit lebt. Haben die Deutschen demnach kein Sicherheitsbedürfnis? Natürlich haben sie ein solches. Die Sicherheit stellt eines der Grundbedürfnisse eines jeden Staates dar. Aufgrund von Deutschlands Stärke und Einfluss artikuliert sich eine Angst über einen Verlust der Staatlichkeit allerdings wesentlich schwächer. Jedoch offenbart sich dies in einer anderen Richtung. Der nationalsozialistische Umgang mit geopolitischen Themen hat dieses Feld derart kompromittiert, dass eine allzu offensichtliche Auseinandersetzung mit geopolitischen Fragen in Deutschland in der Vergangenheit mindestens als verpönt galt. Es kann demnach angenommen werden, dass es mit Blick auf die Zukunft in Deutschland und Polen sehr unterschiedliche Blickweisen auf die geopolitische Zukunft gibt. Dies wird im gemeinsamen Dialog der politischen Verantwortlichen zu selten zur Kenntnis genommen.

Aus dieser Unkenntnis heraus lässt sich die Relevanz dieser Forschungsarbeit deutlich erkennen. Diese Promotion will einen wichtigen Beitrag dazu leisten, dass geopolitische Überlegungen zu Polen und seinen Beziehungen zu Deutschland innerhalb der deutschen Wissenschaft und vor allem der Polenforschung stärker wahrgenommen werden. Für die deutsche Wissenschaft und Politik gilt es polnische geopolitische Ideen zu verstehen und in den richtigen historischen Kontext innerhalb der deutsch-polnischen Beziehungen zu setzen. Der Autor hält aus diesem Grunde, eine geschichtswissenschaftliche Herangehensweise an die Forschungsfrage für eine Richtige, die einen konstruktiven Beitrag zur Analyse der deutsch-polnischen Beziehungen vor einem größeren Hintergrund, räumlich wie zeitlich, leisten kann. Wer mit oder über Polen spricht, muss wissen, in welchen geopolitischen Konstellationen sich beide Staaten befanden, befinden können und damit womöglich befinden werden. Es muss aber ebenfalls verstanden werden, auf welchen theoretischen Vorüberlegungen diese Gedanken

aufbauen. Für die polnische Wissenschaft leistet diese Arbeit einen Beitrag zum Verständnis der Rolle Deutschlands, die für die polnische Geopolitik von entscheidender Bedeutung scheint. Gleichzeitig soll diese Arbeit aber auch als politikberatende Arbeit verstanden werden, da sie – auf wissenschaftlicher Basis – den politischen Entscheidungsträgern ein tieferes Verständnis geopolitischer Zusammenhänge vermittelt.

1.2. Forschungsstand und *research gap*

In Bezug auf das Thema kann sich diese Arbeit auf verschiedene, Fächer übergreifende Forschungen stützen. Zu nennen wären hierbei zunächst jene Forschungen, die sich allgemein mit geopolitischen Fragestellungen und der Bedeutung der Geopolitik beschäftigen. Zum Forschungsstand über die Geopolitik gibt Niels Werber einen nützlichen Überblick. Hierbei fällt auf, dass die Definition des Begriffes auch in der neueren Forschung unterschiedlich ausfällt.⁹ Hervorzuheben ist vor allem die geodeterministische Definition von Benno Werlen sowie ein sehr breit verstandener Geopolitik-Begriff beispielsweise bei Dodds.¹⁰ Vorarbeiten leistete ebenfalls Jan Tkaczyński, der in einer *Studie über geographische Determinanten und politisches Wunschdenken am Beispiel Deutschlands und Polens* vor allem auf die (semantische) Bedeutung des Begriffes *Geopolitik* für die deutsche und polnische (Geschichts)wissenschaft eingeht.¹¹ Zur Relevanz der heutigen Geopolitik seien die Werke von Daniel Josten, Janusz Mondry und Stefano Guzzini erwähnt, die sich alle der These einer *Rückkehr der Geopolitik* widmen.¹² Einen nützlichen Überblick über das Forschungsfeld der Geopolitik liefert auch ein Artikel der Historikerin Eva Maria Stolberg, die explizit den eurasischen Raum in den Fokus ihrer Betrachtungen stellt.¹³ Darüber hinaus erwähnenswert ist neben Potulskis Standardwerk zur Geopolitik (insbesondere zur zeitgenössischen Rolle der Geopolitik) vor allem Colin Flints *Introduction to geopolitics*, die sich anhand einer Reihe von Fallbeispielen ebenfalls aktuellen geopolitischen Fragestellungen widmet (*territorial geopolitics*,

⁹ Werber, Niels: *Geopolitik zur Einführung*. Hamburg 2014.

¹⁰ Werlen, Benno: *Sozialgeographie. Eine Einführung* (= UTB für Wissenschaft Uni-Taschenbücher 1911). Bern u.a. 2000; Dodds, Klaus: *Geopolitics. A very short introduction* (= Very short introductions 171). Oxford, New York 2007.

¹¹ Tkaczyński, Jan Wiktor: *Die Geopolitik. Eine Studie über geographische Determinanten und politisches Wunschdenken am Beispiel Deutschlands und Polens* (= Tuduv-Studien / Reihe Politikwissenschaften 62). München 1993.

¹² Josten, Daniel: *Gibt es eine Renaissance der Geopolitik?* München 2007; Mondry, Janusz: *Powrót geopolityki. Ameryka, Europa i Azja u progu XXI wieku* (= Biblioteka Spraw Politycznych). Elbląg 2004; Guzzini, Stefano: *The return of geopolitics in Europe? Social mechanisms and foreign policy identity crises* (= Cambridge studies in international relations 124). Cambridge 2012.

¹³ Stolberg, Eva-Maria: *Paradigmenwechsel der Geopolitik - Eurasisches Magazin*. <http://www.eurasischesmagazin.de/artikel/Paradigmenwechsel-der-Geopolitik/20100306> (26.5.2015).

network geopolitics, environmental geopolitics, messy geopolitics).¹⁴ Zur Grundlagenliteratur über die polnische Geopolitik muss insbesondere das Schaffen Leszek Sykulskis genannt werden, der sowohl einen Überblick über geopolitische Theorien nach 1989, aber auch Polens zeitgenössische Rolle in der Geopolitik in den Fokus stellt.¹⁵

Obschon insbesondere der bereits erwähnte Klaus Dodds darauf verweist, dass es nicht die eine Geopolitik gibt und der Begriff als Plural verstanden werden muss, scheint diese Frage in den geopolitischen Standardwerken stark in den Hintergrund zu treten. So verfolgt beispielsweise niemand einen komparatistischen Ansatz eines Vergleichs der deutschen und der polnischen Geopolitik. In Bezug auf die deutsche und polnische Geopolitik besteht in der deutschen und der polnischen Wissenschaft eine Asymmetrie. Insgesamt zeigt sich, dass die polnische *niemcoznawstwo* (Deutschlandforschung) in ihren Untersuchungen wesentlich stärker auf deutschlandbezogene geopolitische Fragestellungen zurückgreift, als es die deutsche Polenforschung mit der polnischen Geopolitik tut. Eine gute Übersicht über deutsche geopolitische Konzeptionen in Vergangenheit und Gegenwart aus polnischer Sicht bietet der Sammelband *Przestrzeń i polityka* aus der Reihe *Poznańska Biblioteka Niemiecka*.¹⁶ Die Bearbeiterin dieses Bandes, Anna Wolff-Powęska, veröffentlichte bereits in den siebziger Jahren eine Monographie zur deutschen Doktrin der Geopolitik.¹⁷ Aus der Feder Andrzej Saksons erschien zuletzt zu dieser Thematik ein Aufsatz zur zeitgenössischen deutschen Geopolitik.¹⁸ Deutschsprachige Theoretiker selbst werden insbesondere bei Piotr Eberhardt in den Fokus gestellt.¹⁹

Auf deutscher Seite mangelt es an einer breiteren wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit geopolitischen Theorien aus Polen. Eine Ausnahme stellen hierbei die Forschungen zum polnischen Westgedanken (*polska myśl zachodnia*) dar. Hier sei zunächst auf Roland Gehrke verwiesen, der sich dem Westgedanken insbesondere vom 19. Jahrhundert bis zur Gründung

¹⁴ Potulski, Jakub: *Wprowadzenie do geopolityki*. Gdańsk 2010; Flint, Colin: *Introduction to geopolitics*. London 2017.

¹⁵ Sykulski, Leszek: *Polska myśl geopolityczna w latach 1989-2009*. Chorzów 2015; Sykulski, Leszek: *Mały Leksykon Geopolityki*. Częstochowa 2016; Sykulski, Leszek: *Geopolityka a bezpieczeństwo Polski*. Warszawa 2018.

¹⁶ Wolff-Powęska, Anna / Schulz, Eberhard: *Przestrzeń i polityka* (= Poznańska biblioteka niemiecka 10). Poznań 2000. Der Band erschien erneut 2020, diesmal im Posener Verlag *Zona Zero*.

¹⁷ Wolff-Powęska, Anna: *Doktryna geopolityki w Niemczech*. Poznań 1979.

¹⁸ Sakson, Andrzej: *Współczesna niemiecka geopolityka. Ciągłość i zmiana*. In: *Myśl Ekonomiczna i Polityczna* 4 (2016), S. 356–365.

¹⁹ Eberhardt, Piotr: *Prekursorzy niemieckiej geopolityki*. In: *Przegląd Geograficzny* 4 (2011), S. 453–482. Eberhardt stellt auch in seinen Arbeiten zur polnischen Geopolitik die Theoretiker selbst in den Vordergrund: Eberhardt, Piotr: *Twórcy polskiej geopolityki*. Kraków 2006; Eberhardt, Piotr: *Prekursorzy niemieckiej geopolityki*.

der Zweiten Republik zuwendet.²⁰ Markus Krzoska wiederum widmet sich einem der Hauptvertreter der Westforschung, Zygmunt Wojciechowski.²¹ Fortgesetzt wird die Forschung zum *myśl zachodnia* von Gernot Briesewitz, der diesen Diskurs von der polnischen Zwischenkriegszeit bis in die frühe Nachkriegszeit rekonstruiert und diese ebenfalls der deutschen Ostforschung gegenüberstellt.²²

So nachvollziehbar vor dem Hintergrund der deutschen Ostforschung die Zuwendung zum vermeintlichen polnischen Pendant auch ist, fehlt es dennoch an einer tiefgehenden wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit weiteren geopolitischen Schulen Polens. Dies trifft sowohl auf die beiden großen Denkschulen der polnischen Zwischenkriegszeit (*Sanacja* und *Endecja*) zu als auch auf Theoretiker, die zwischen beziehungsweise außerhalb dieser Lager agierten oder aber einem dritten prodeutschen Lager zuordenbar sind. Während hierbei in der deutschen Forschung ein Mangel besteht, fand in den letzten Jahren in Polen – gerade in der wissenschaftlichen Publizistik – eine große Debatte zur Frage einer alternativen prodeutschen Ausrichtung der Zweiten Republik statt.²³

Insbesondere der Aspekt der Bedeutung Deutschlands und Polens innerhalb der geopolitischen Theorien wurde sowohl in der Wissenschaft allgemein aber auch insbesondere in der deutschen Polenforschung nur am Rande behandelt. Verwiesen sei hier insbesondere auf Zbigniew Brzeziński, der die Rolle beider Staaten in seinem *Grand Chessboard* (dt. *Die einzige Weltmacht*) sehr kurz anreißt.²⁴ Brzeziński sieht in einer angenommenen deutsch-polnischen Aussöhnung eine Grundlage für ein stärkeres Engagement in Mitteleuropa. Hierbei betont er, dass die in den neunziger Jahren erfolgte deutsch-polnische Versöhnung eine geopolitische Bedeutung habe, die von ähnlicher Wichtigkeit werden könnte wie die Aussöhnung zwischen Frankreich und Deutschland. Obschon sich der polnischstämmige US-Politologe der Frage der

²⁰ Gehrke, Roland: *Der polnische Westgedanke bis zur Wiedererrichtung des polnischen Staates nach Ende des Ersten Weltkrieges. Genese und Begründung polnischer Gebietsansprüche gegenüber Deutschland im Zeitalter des europäischen Nationalismus* (= Materialien und Studien zur Ostmitteleuropa-Forschung 8). Marburg 2001.

²¹ Krzoska, Markus: *Für ein Polen an Oder und Ostsee. Zygmunt Wojciechowski (1900-1955) als Historiker und Publizist* (= Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau 8). Osnabrück 2003.

²² Briesewitz, Gernot: *Raum und Nation in der polnischen Westforschung 1918–1948. Wissenschaftsdiskurse, Raumdeutungen und geopolitische Visionen im Kontext der deutsch-polnischen Beziehungsgeschichte* (= Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau 32). Osnabrück 2014.

²³ In Zentrum der Debatte standen insbesondere die Werke des Publizisten Zychowicz: Zychowicz, Piotr: *Pakt Ribbentrop-Beck. Czyli Jak Polacy mogli u boku III Rzeszy pokonać Związek Sowiecki*. Poznań 2013; Zychowicz, Piotr: *Opcja niemiecka. Czyli jak polscy antykomuniści próbowali porozumieć się z III Rzeszą*. Poznań 2014; Zychowicz, Piotr: *Niemcy. Opowieści niepoprawne politycznie III*. Poznań 2017; Zychowicz, Piotr: *Germanofil. Władysław Studnicki - Polak, który chciał sojuszu z III Rzeszą*. Poznań 2020.

²⁴ Brzezinski, Zbigniew: *The grand chessboard. American primacy and its geostrategic imperatives*. New York 1997 Auf deutsch erschienen als Brzezinski, Zbigniew: *Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft*. Weinheim 1997.

geopolitischen Bedeutung beider Staaten insbesondere in seiner historischen Dimension nicht zuwendet, kann dies durchaus als Ansatzpunkt für diese Arbeit gesehen werden.

Den Fokus auf die geopolitische Forschung werfend kann zwar an dessen Forschungsstand angeknüpft werden. Von einer wirklichen Auseinandersetzung mit der geopolitischen Bedeutung Deutschlands und Polens, aber vor allem auch einer Analyse der Rolle beider Staaten in geopolitischen Theorien, kann nicht gesprochen werden.

Ganz anders präsentiert sich der Forschungsstand in Bezug auf die Geschichtswissenschaft, die dem Thema ebenfalls als Grundlage dient. Die Arbeit kann sich – mit ihrem Betrachtungszeitraum während des Ersten Weltkrieges ansetzend – insbesondere auf die historiographischen Arbeiten Werner Baslers,²⁵ Heinz Lemkes,²⁶ Hans Roos²⁷ und Werner Conzes stützen.²⁸ Aus den von ihnen solide betriebenen Quellenarbeiten lässt sich die Rolle Deutschlands für das Jahr 1916 grundlegend rekonstruieren. In Bezug auf die Rolle des Dritten Reiches wiederum haben die Historiker Charles Bloch,²⁹ Klaus Hildebrand,³⁰ Andreas Hillgruber,³¹ Hans-Adolf Jacobsen,³² Lars Lüdicke³³ und Rainer Schmidt³⁴ sich intensiv mit den Grundlagen der NS-Außenpolitik auseinandergesetzt. Behandelt wurden hierbei insbesondere Fragen ideologischer Eckpfeiler sowie einer Grundlinie der NS-Außenpolitik. Grundlagen für das Verständnis der polnischen Außenpolitik insbesondere in Hinblick auf seine

²⁵ Basler, Werner: *Deutschlands Annexionspolitik in Polen und im Baltikum* (= Institut f. Geschichte d. Völker d. UdSSR). Berlin 1962.

²⁶ Lemke, Heinz: *Allianz und Rivalität. Die Mittelmächte und Polen im ersten Weltkrieg (bis zur Februarrevolution)* (= Quellen und Studien zur Geschichte Osteuropas 18). Berlin 1977.

²⁷ Roos, Hans: *Polen und Europa. Studien zur polnischen Außenpolitik 1931-1939* (= Tübinger Studien zur Geschichte und Politik 7). Tübingen ² 1965 [Erstauflage 1957].

²⁸ Conze, Werner: *Nationalstaat oder Mitteleuropa? Die Deutschen des Reiches und Nationalitätenfragen Ostmitteleuropas im ersten Weltkrieg*. In: *Deutschland und Europa. Historische Studie zur Völker- und Staatenordnung des Abendlandes*. Hrsg. von Werner Conze. Droste 1951, S. 201–230.

²⁹ Bloch, Charles: *Das dritte Reich und die Welt. Die deutsche Aussenpolitik 1933–1945*. Paderborn 1992.

³⁰ Hildebrand, Klaus: *Deutsche Außenpolitik 1933–1945. Kalkül oder Dogma?* Stuttgart, Berlin ⁵ 1990 [Erstauflage 1971].

³¹ Hillgruber, Andreas: *Die "Endlösung" und das deutsche Ostimperium als Kernstück des rassenideologischen Programms des Nationalsozialismus*. In: *ierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 20 (1972), S. 133–153.

³² Jacobsen, Hans-Adolf: *Nationalsozialistische Aussenpolitik 1933-1938*. Frankfurt (Main) 1968.

³³ Lüdicke, Lars: *Griff nach der Weltherrschaft. Die Außenpolitik des dritten Reiches 1933-1945* (= Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert 8). Berlin 2009.

³⁴ Schmidt, Rainer F.: *Die Außenpolitik des Dritten Reiches 1933-1939*. Stuttgart 2002.

geopolitische Lage hingegen liefern insbesondere die Werke von Marek Kornat,³⁵ Marian Wojciechowski³⁶ und Stanisław Żerko.³⁷

Für die Zeit seit 1945 leistet Dieter Bingen eine gewichtige Grundlagenforschung für die (bundes)deutsch-polnische Beziehungsgeschichte.³⁸ In Bezug auf die Westintegration Polens nach dem Zerfall des Ostblocks zeigt Bogdan Koszel den schwierigen Weg der Dritten Republik in die Strukturen der NATO auf und verweist ebenfalls auf Deutschlands Beitrag zu diesem Beitritt.³⁹ Noch stärker betont Justus Wilhelm die Rolle Deutschlands in der geopolitischen Neuorientierung Polens.⁴⁰

Dieser historiographische Forschungsstand liefert eine wichtige Grundlage zum Verständnis der jeweiligen geopolitischen Konstellationen und bietet die Basis diese zu rekonstruieren. All diese Werke stützen sich auf eine gediegene archivalische Überlieferung. Als Quellen dienten diesem Forschungsprojekt deshalb in erster Linie die Schriften diverser geopolitischer Theoretiker. Diese Materialien boten eine ertragreiche Sammlung für die vorliegende Forschungsarbeit.

Gleichzeitig nahm (insbesondere die deutsche) Forschung in der Vergangenheit nur zurückhaltend geopolitische Fragestellungen sowie geopolitische Denker in ihre Analyse mit auf. Während in Polen sowohl im historiographischen wie auch im politologischen Diskurs Geopolitik seinen Platz hat, findet sich dieser in der deutschen Fachliteratur verdeckt vor allem vor dem Hintergrund der vielfach diskutierten (Deutschen) Frage nach der Rolle Deutschlands sowie der Debatte um einen Sonderweg. Heinrich August Winkler schuf mit seiner zweibändigen Publikation zu Deutschlands *langem Weg nach Westen* ein Standardwerk zur

³⁵ Kornat, Marek: *Polityka zagraniczna Polski, 1938-1939. Cztery decyzje Józefa Becka*. Gdańsk 2012; Kornat, Marek: *Polen zwischen Hitler und Stalin. Studien zur polnischen Außenpolitik in der Zwischenkriegszeit*. Berlin 2012.

³⁶ Wojciechowski, Marian: *Stosunki polsko-niemieckie* (= Studium niemcoznawcze Instytutu Zachodniego 9). Poznań 1965; Wojciechowski, Marian: *Die polnisch-deutschen Beziehungen 1933-1938* (= Studien zur Geschichte Osteuropas 12). Leiden 1971. Bei dem polnischen Historiker Marian Wojciechowski (1927–2006) handelt es sich um den Sohn des weiter unten beschriebenen Zygmunt Wojciechowski.

³⁷ Żerko, Stanisław: *Stosunki polsko-niemieckie 1938-1939* (= Studium niemcoznawcze Instytutu Zachodniego 75). Poznań 1998. Das Werk erschien 2020 in einer erweiterten Neuauflage.

³⁸ Bingen, Dieter: *Die Stellung der Bundesrepublik Deutschland in der internationalen Politik aus polnischer Sicht* (= Hochschulschriften Sozialwissenschaften 16). Königstein/Taunus 1980; Bingen, Dieter / Węc, Janusz Józef: *Die Deutschlandpolitik Polens 1945–1991. Von der Status-quo-Orientierung bis zum Paradigmenwechsel*. Kraków, Kraków 1993; Bingen, Dieter: *Die Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen seit 1991* (= Bundesinstitut für Ostwissenschaftliche und Internationale Studien). Köln 1997; Bingen, Dieter: *Die Polenpolitik der Bonner Republik von Adenauer bis Kohl 1949–1991* (= Schriftenreihe des Bundesinstituts für Ostwissenschaftliche und Internationale Studien, Köln 33). Baden-Baden 1998.

³⁹ Koszel, Bogdan: *Polens dorniger Weg zur NATO*. In: *Polen - Staat und Gesellschaft im Wandel*. Hrsg. von Jochen Franzke. Berlin 1998a.

⁴⁰ Wilhelm, Justus: *Deutschland, Polen und die Politik in der NATO* (= Saarbrücker Politikwissenschaft 24). Frankfurt am Main u.a. 2001.

Debatte um einen Deutschen Sonderweg.⁴¹ Obschon für sein Werk die Frage beantwortet werden muss, durch welche Kriterien sich dieser *Westen* definiert, ist seine grundlegende Aussage, wonach Deutschland nach 1945 sich in den Westen integriert hatte und auch an dieser Integration bis 1990 festhielt, auch vor dem Hintergrund der deutsch-polnischen Beziehungsgeschichte von hervorragender Bedeutung. Mit der Rolle des vereinigten Deutschlands setzte sich (beginnend in den achtziger Jahren) insbesondere Arnulf Baring,⁴² Hanns W. Maull⁴³ und Gregor Schöllgen⁴⁴ auseinander. Die Debatte zu dieser Frage, wie viel deutsche Großmacht die Welt braucht, ist aber weiterhin nicht erschöpft und findet immer noch seinen Platz in der wissenschaftlichen Debatte.⁴⁵

In dieser Beschreibung des Forschungsstandes lässt sich eine *research gap* sowie die nötige Relevanz, diese auszufüllen, bereits erahnen. Grundlegend fehlt es der deutschen Polenforschung an **einer tiefergehenden Auseinandersetzung mit geopolitischen Theorien aus Polen**. Diese sind zum einen aus wissenschaftlicher Sicht wichtig, um die bereits begonnenen Ansätze zu erweitern. Zum anderen sind sie grundlegend für das Verständnis des historischen wie auch politischen Diskurses in Polen. In der Beschäftigung mit deutschen Theorien (sowohl in der deutschen als auch der internationalen Forschung) mangelt es an einer **Herausarbeitung der Rolle Polens**.

Obschon das Thema sich auf historische Zusammenhänge konzentriert, zeigt sich eine auffällige Bedeutung für die politische Gegenwart und Zukunft. Die Arbeit soll demnach einen wichtigen Beitrag nicht nur für die Geschichtswissenschaft liefern, sondern ebenfalls eine signifikante Relevanz für eine politologische Sichtweise haben. Der Ansatz einer historiographischen Analyse kann sowohl die Geschichtswissenschaft als auch die Politologie bereichern. Das hiesige Forschungsprojekt soll aber auch ein konstruktiver Beitrag für die praktische Politik sowie die Politikberatung sein. Es soll ein praktischer Nutzen für das

⁴¹ Winkler, Heinrich August: *Der lange Weg nach Westen. Band 1. Deutsche Geschichte 1806-1933*. München 2000; Winkler, Heinrich August: *Der lange Weg nach Westen. Band 2. Deutsche Geschichte 1933-1990*. München 2000.

⁴² Baring, Arnulf: *Unser neuer Größenwahn. Deutschland zwischen Ost und West*. Stuttgart 1988.

⁴³ Maull, Hanns W.: *Großmacht Deutschland? Anmerkungen und Thesen*. In: *Die Zukunft der deutschen Außenpolitik*. Hrsg. von Karl Kaiser u. Hanns W. Maull. Bonn 1993, S. 53–72; Maull, Hanns W.: *Deutschland als Zivilmacht*. In: *Handbuch zur deutschen Außenpolitik*. Hrsg. von Siegmund Schmidt, Gunther Hellmann u. Reinhard Wolf. Wiesbaden 2007, S. 73–84.

⁴⁴ Schöllgen, Gregor: *Angst vor der Macht. Die Deutschen und ihre Außenpolitik*. Berlin 1993; Schöllgen, Gregor: *Die Macht in der Mitte Europas. Stationen deutscher Außenpolitik von Friedrich dem Großen bis zur Gegenwart*. München 2000.

⁴⁵ Mayer-Tasch, Peter-Cornelius / Heinrich Oberreuter: *Deutschlands Rolle in der Welt des 21. Jahrhunderts* (= Zeitschrift für Politik Sonderband 3). Baden-Baden 2009; Münkler, Herfried: *Macht in der Mitte. Die neuen Aufgaben Deutschlands in Europa*. Hamburg 2015; Rödder, Andreas: *Wer hat Angst vor Deutschland? Geschichte eines europäischen Problems*. Frankfurt (Main) ² 2018.

Verständnis der geopolitischen Bedeutung der deutsch-polnischen Beziehungen aufgezeigt werden. Neben der bereits vorhandenen historischen Analyse der deutsch-polnischen Beziehungen, liefert diese Arbeit zentrale Erkenntnisse in der Frage, welche Bedeutung diese Beziehungen innerhalb verschiedener geopolitischer Konstellationen haben.

Die Beschäftigung mit geopolitischen Themen in Deutschland ist trotz der erneut zunehmenden Relevanz – auch über den Fokus auf Polen hinaus – bisher vernachlässigt worden. Auch fehlt es in der Nutzung des Begriffs *Geopolitik* scheinbar eines Verständnisses für eine möglicherweise unterschiedliche Begriffsdefinition in verschiedenen nationalen Diskursen. Da Wissenschaft keine nationalen Grenzen kennt, müssen unterschiedliche nationale Betrachtungsweisen hervorgehoben werden.

Auch die geschichtswissenschaftliche Beschreibung und Interpretation, die aufgegriffen wird, kann um den geopolitischen Diskurs erweitert werden, um eine breitere Sichtweise auf die Staatenkonstellationen und allen voran auf Deutschland und Polen zu liefern. Ebenfalls fehlte es bisher an einer Gegenüberstellung von geopolitischer Theorie und Praxis, wobei das Beispiel Deutschlands und Polens aufgrund ihrer historischen Bedeutung sich hierbei für die Forschung als brauchbar anbietet.

Insgesamt ist festzustellen, dass es keine direkte Forschung zum Thema der Rolle Deutschlands und Polens für die geopolitische Staatenkonstellation gibt. Diese ist aber relevant, da sich beide Staaten in einer europäischen Mittellage befinden. Deutschland ist hierbei wichtig für Gesamteuropa, Polen mindestens für den östlichen Teil des Kontinents. Hierauf verweist der Forschungsstand bereits (Brzeziński).

1.3. Forschungsfrage

Vor dem Hintergrund dieses Themas, des Forschungsstandes sowie der beschriebenen *research gap* gilt es eine Forschungsfrage zu formulieren, der sich diese Arbeit konkret widmen wird. Die von Brzeziński aufgestellte These nach einer zukünftig signifikanten Rolle der deutsch-polnischen Beziehungen soll zum Anlass genommen werden, sich der Leitfrage zu widmen, **welche Rolle der polnische und der deutsche Staat sowie die Beziehung beider zueinander innerhalb der geopolitischen Staatenkonstellation in Europa in ausgewählten historischen Fallbeispielen (der letzten mehr als 100 Jahre) sowie in ausgewählten geopolitischen Schriften einnehmen.**

Im Zuge dieser Fragestellung widmet sich die Arbeit insbesondere der Forschungsfrage, welche geopolitische Rolle Deutschland für Polen beziehungsweise Polen für Deutschland historisch spielte. Es soll untersucht werden, ob in Bezug auf Deutschland und Polen von einem allgemeinen deutsch-polnischen Gegensatz in der Geopolitik gesprochen werden kann, der beide Staaten in einem geopolitischen Kontext aufgrund eines generellen Interessenskonflikts zu Gegnern macht. Gerade im Hinblick auf die Betrachtung der Vergangenheit soll auf geopolitische Alternativen für die Zukunft sowie der zukünftigen Rolle des deutschen und des polnischen Staates prognostisch eingegangen werden.

1.4. Hypothesen

Auf Basis der aufgeführten Fragestellung sollen im Folgenden Hypothesen aufgestellt werden, die es in den nächsten Kapiteln zu untersuchen gilt. Grundlegend soll davon ausgegangen werden, dass **die geopolitische Rolle Deutschlands und Polens innerhalb der verschiedenen Staatenkonstellationen für den Betrachtungszeitraum variiert**. Als Arbeitshypothese wird davon ausgegangen, dass **keine Grundsätzlichkeit in den Beziehungen beider zueinander aus geopolitischer Perspektive besteht**. So kann nicht behauptet werden, dass Deutschland und Polen *per se* als geopolitische Gegner zu verstehen sind. Vielmehr wird vermutet, dass die Bedeutung der Beziehungen zueinander stark mit der Rolle innerhalb der geopolitischen Konstellation korrespondiert.

Es ist anzunehmen, dass **der historische geopolitische Diskurs in Deutschland und Polen verwandt und Geopolitik als Begriff ähnlich definiert** ist. Es wird also von einem gemeinsamen Nenner ausgegangen, durch den deutsche und polnische Geopolitik überhaupt verglichen werden kann. Trotz dieser theoretischen Nähe in der Begriffsdefinition soll aber bereits an dieser Stelle von **unterschiedlichen Rollen Deutschlands und Polens in geopolitischen Theorien ausgegangen** werden. Als Hintergrund dessen ist die anzunehmende Asymmetrie zwischen den Staaten beidseits der Oder zu sehen.

Im Hinblick auf den Betrachtungszeitraum (ab 1916) wird angenommen, dass sich in ihm **sehr unterschiedliche geopolitische Konstellationen** vorfinden werden. Es wird vermutet, dass diese sich einerseits durch unterschiedlich starke Akteure unterscheiden werden. Zum anderen besteht Grund zur Annahme, dass **unterschiedliche Systeme einen unterschiedlichen Handlungsspielraum aufzeigen**. Als Hypothese soll bezüglich der Konstellationen davon ausgegangen werden, dass sich in ihnen **Unterschiede in ihrer Statik und Dynamik** erkennen lassen.

Es kann aufgrund dieser unterschiedlichen Statik/Dynamik der Systeme angenommen werden, dass verschiedene Zeitabschnitte innerhalb des Betrachtungszeitraumes eine sehr unterschiedliche Aussagekraft für die hiesige Forschungsfrage haben. Es wird vermutet, dass der **Zeitraum vor dem Zweiten Weltkrieg eine große Dynamik** aufweist und damit eine Vielfalt an geopolitischen Möglichkeiten und Alternativen präsentiert. In Folge wäre eine intensivere Betrachtung notwendig. Vermutlich stellte **eine größere Dynamik innerhalb des Systems eine größere Gefahr für die deutsche und polnische Rolle** dar.

Dort, wo sich die geopolitische Konstellation im Laufe des Betrachtungszeitraums verändert, wird angenommen, dass diese **Änderungen insbesondere Deutschland und Polen tangieren** werden. Der polnische und der deutsche Staat sowie die **Kontakte zwischen beiden stellen damit möglicherweise eine Schlüsselposition der jeweiligen Ordnung** dar.

Angesichts des geweiteten Blickwinkels auf Deutschland und Polen ist anzunehmen, dass die geopolitische Bedeutung beider Staaten zueinander nicht nur stark von der gegebenen geopolitischen Konstellation abhängt, sondern insbesondere **mit dem russischen / sowjetischen Staat** korrespondiert und diese Verbindung sich deutlich in dieser Arbeit hervorheben wird.

Von hervorgehobener Wichtigkeit ist sicherlich auch die Frage der **deutschen Hegemonie**. So kann davon ausgegangen werden, dass sich diese zum einen in Bezug auf Polen aber auch auf die geopolitische Konstellation in Europa artikulieren wird und somit sowohl auf **deutscher wie auch auf polnischer Seite eine diskutierte Frage darstellen** wird. Es wird vermutet, dass der Betrachtungszeitraum unterschiedliche Antworten auf die Deutsche Frage, also den Umgang mit einem deutschen Staat, darbietet.

Gleichzeitig soll von der Hypothese ausgegangen werden, dass **womöglich aus geopolitischer Sicht im Jahre 1990 auf die Deutsche Frage eben keine abschließende Antwort gefunden** wurde. Diese Frage soll damit nicht darauf beschränkt sein, in welchem Staat die Deutschen zu leben haben. Gerade aus geopolitischer Sicht muss ein weiterer Blickwinkel eingenommen werden, wodurch die Frage in den Vordergrund tritt, **welche Rolle Deutschland in Europa einnimmt oder nach unterschiedlichen geopolitischen Vorstellungen einzunehmen hat**.

Bezüglich der zu analysierenden geopolitischen Theorien wird davon ausgegangen, dass insbesondere die Auswahl der polnischen Theoretiker ein möglichst breites Bild polnischer Geopolitik aufzeigt. In einer spieltheoretischen Überlegung soll davon ausgegangen werden, dass es im Prinzip **drei denkbare Handlungsmöglichkeiten für einen Umgang mit Deutschland gibt: Kooperation, Distanz sowie eine sich zwischen beiden Extremen**

bewegende Position. Auf Basis dieser Vorüberlegung wurden ebenfalls die zu behandelnden Theoretiker ausgewählt.

Die gleiche Überlegung könnte in Bezug auf Deutschland aufgestellt werden. Hier ergeben sich die gleichen Möglichkeiten einer Gegnerschaft bis hin zu einer Zusammenarbeit. Es soll jedoch von der Hypothese ausgegangen werden, dass **in deutschen geopolitischen Überlegungen (mindestens bis 1945) der Aspekt der Gegnerschaft dominiert.**

Es sei die Hypothese gewagt, dass sich auf **Basis der aus dem historischen Betrachtungszeitraum sowie aus den theoretischen Schriften gewonnenen Erkenntnissen, Axiome ableiten lassen.** Als Axiome sollen hier die Rückkehr bestimmter geopolitischer Muster innerhalb der Konstellationen (beispielsweise die Bedeutung Russlands) verstanden werden. Durch diese Axiome wiederum lassen sich höchstwahrscheinlich Aussagen über die Zukunft treffen. Es ist zu vermuten, dass auch **in den nächsten Jahrzehnten von ähnlichen Grundkonstellationen ausgegangen werden kann, wie sie auch in der Vergangenheit vorgefunden wurden.**

1.5. Methodik

Im Folgenden soll darauf eingegangen werden, wie diese Hypothesen methodisch überprüft werden, um eine Antwort auf die gestellte Forschungsfrage zu erhalten. Insgesamt liegt ein geschichtswissenschaftlicher Zugang zur Beantwortung vor. Methodisch lässt sich der Zugang zu Forschungsergebnissen in zwei Aspekte teilen: Einerseits wird mit fünf historischen Fallbeispielen gearbeitet. In ihnen soll die vorherrschende geopolitische Ordnung, ihre Akteure sowie die Rolle Deutschlands und Polens in diesen analysiert werden. Die Auswahl der Fallbeispiele erfolgte auf Basis der Vermutung, dass in ihnen eine aussagekräftige Definition des jeweiligen Ist-Zustandes getroffen werden konnte. Auch sollten die Fallbeispiele sich untereinander möglichst stark unterscheiden. Die Ausarbeitung der Fallbeispiele stützt sich in einem großen Umfang auf die oben genannte Fachliteratur. Dort, wo es sinnvoll erschien, wurde diese um historische Quellen ergänzt, wobei es sich hierbei zumeist um diplomatische Noten, aber vor allem auch Denkschriften und Reden handelte.

Viel stärker kommt die Quellenarbeit jedoch in einem zweiten Aspekt zum Tragen. So wird sich neben diesen Fallbeispielen der Forschungsfrage andererseits durch die Analyse eines Kanons geopolitischer Schriften angenähert. Die Begründung für eine kanonische Aufnahme orientiert sich hierbei zum einen stark an der Präsenz innerhalb der deutschen, polnischen und internationalen Fachliteratur. Ein weiteres Kriterium ist die Aussagekraft des jeweiligen

Schaffens für die deutsch-polnischen Beziehungen.⁴⁶ Anders als in der Fachliteratur üblich soll der Schwerpunkt nicht allein auf die Beschreibung der geopolitischen Ansichten dieser Autoren gelegt werden. Vielmehr liegt er auf der Frage, welche Rolle Deutschland und Polen innerhalb dieser Theorien spielen. Unter ihnen finden sich acht polnische (Dmowski, Piłsudski, Studnicki, Z. Wojciechowski, Matuszewski, Bocheński, S. Mackiewicz, Moczulski), sieben deutsche (Ratzel, Kjellén, Naumann, Haushofer, Schmitt, Buck, Brill) sowie vier internationale (hauptsächlich angelsächsische) Autoren (Mackinder, Spykman, Brzeziński, Dugin).⁴⁷

Die Arbeit verbindet damit zwei Sichtweisen: eine theoretische (über die Theorien) sowie eine praktische (über die Fallbeispiele). Anders ausgedrückt wendet sie sich sowohl der **theoretischen wie auch der angewandten Geopolitik** zu. Bevor sich jedoch dieser beiden Aspekte zur Sammlung von Forschungsergebnissen bedient werden kann, soll sich der Forschungsfrage im zweiten, auf diese Einleitung folgenden Kapitel zunächst mit einer Definition des Begriffs **Geopolitik** angenähert werden. Der Begriff scheint sowohl im wissenschaftlichen wie auch politischen und publizistischen Diskurs eine teils nicht präzisierte Verwendung zu finden. Zwecks Präzisierung, in welchem Verständnis der Terminus in dieser Arbeit genutzt wird, gilt es diesen zu definieren. Hierbei wird zunächst versucht werden, sich dem Begriff sprachwissenschaftlich anzunähern. Aber auch eine historische Herleitung soll an dieser Stelle ihren Platz finden. Die Arbeitsdefinition der Geopolitik wird hierbei gegenüber anderen Begriffen abgegrenzt sowie auch die Wissenschaftlichkeit des Faches besprochen. Für einen breiteren Blickwinkel auf die Geopolitik sollen eventuelle Unterschiede zwischen der deutschen *Geopolitik*, der polnischen *geopolityka* und – aufgrund seiner grundsätzlichen Bedeutung für das Fach – der angelsächsischen *geopolitics* aufgezeigt werden sowie – wenn nötig – eine Abgrenzung dieser Begriffe zueinander vorgenommen werden. Am Ende dieses Kapitels soll klar erkenntlich sein, welche konkrete Verwendung der Terminus **Geopolitik** in dieser Arbeit haben wird. Da im weiteren Verlauf der Dissertation die **geopolitische Staatenkonstellation** (das System aller Staaten innerhalb einer bestimmten geopolitischen Konstellation) im Vordergrund stehen soll, wird hier auch auf diesen Begriff eingegangen werden. Im Hinblick auf die Rolle Deutschlands und Polens innerhalb dieser Systeme wird in dieser Arbeit wiederholt das Begriffspaar **geopolitisches Subjekt** und **geopolitisches Objekt** Verwendung finden und in diesem Kapitel eingeführt werden.

⁴⁶ Auf dieser Grundlage wurde beispielsweise Mahan nicht in den Kanon aufgenommen, da er zwar in der Fachliteratur eine hervorragende Position einnimmt, jedoch aufgrund seines Schwerpunktes auf die Seemächte in Bezug auf die Forschungsfrage kaum von Belang ist.

⁴⁷ Bezüglich der Zuordnung des Schwedens Kjellén zur deutschen beziehungsweise des polenstämmigen US-Staatsbürgers Brzezińskis zur angelsächsischen Geopolitik siehe das ihnen jeweils zugeordnete Kapitel.

Diese Begriffsbestimmung wird in den folgenden Unterkapiteln durch grundlegende geopolitische Theorien ergänzt. Sie erweitern damit die historische Herkunft der Geopolitik. Gleichzeitig eröffnen sie den für diese Arbeit erwählten Kanon geopolitischer Theoretiker, die als Grundlage für spätere geopolitische Theorien dienen wird.

Den Anfang machen mit Halford J. Mackinder und Nicholas Spykman zwei angelsächsische Theoretiker, deren Werke bis heute zu den *geopolitical basics* zählen. Dem schließt sich eine Behandlung der Anfänge der so genannten *Deutschen Geopolitik* an. In den Kanon wird hier zunächst Friedrich Ratzel als *der* Wegbereiter einer sich im deutschsprachigen Raum etablierenden geopolitischen Schule aufgenommen werden. Dieser Schule soll auch der Schwede Rudolf Kjellén hinzugezählt werden, der sich trotz seiner skandinavischen Herkunft sehr stark an der Deutschen Geopolitik sowie der deutschen Kultur im Allgemeinen orientiert. Abgerundet wird die deutsche Schule durch eine Aufnahme des Schaffens Friedrich Naumanns in diesen Kanon, dessen mitteleuropäische Raumordnung für die Forschungsfrage von Bedeutung ist. In einem dritten Unterkapitel folgt die Beschäftigung mit den Anfängen der polnischen Geopolitik. Hierbei wird zunächst überblicksartig auf die historische Herkunft (Krakauer Schule vs. Warschauer Schule, Nałkowski vs. Romer, Popławski vs. Tatomir) eingegangen werden. Im Folgenden werden drei grundlegende Schulen der polnischen Geopolitik anhand ihrer Vordenker/Anführer analysiert. Hierzu zählt zunächst mit Dmowski der geistige Führer der polnischen Nationaldemokratie. Diese *Endecja* steht klassisch der ebenfalls zu analysierenden *Sanacja* um Piłsudski gegenüber. Dieser zweipolige Diskurs soll durch eine weitere dritte prodeutsche Schule um Studnicki ergänzt werden. Alle drei werden erforderlich für die Einordnung späterer geopolitischer Ideen sein.

Nach Schaffung dieser Grundlage kann sich im dritten Kapitel dem ersten Fallbeispiel, der Proklamation des Königreichs Polen 1916 zugewandt werden. Als angewandte Geopolitik zu verstehen, steht die Frage im Vordergrund, welche geopolitische Bedeutung die deutsche Reichsleitung vor und während des Ersten Weltkrieges Polen zugestehen konnte und wollte. Hierbei soll zunächst die Wahl des Jahres 1916 als geopolitische Wende zwischen Deutschland und Polen vor dem Hintergrund des Endes der Wiener Ordnung begründet werden. Im Anschluss werden zunächst geopolitische Möglichkeiten, die sich Berlin in Bezug auf Polen boten, theoretisch aufgeführt und diese dann dem tatsächlichen Handeln Berlins gegenübergestellt. In einem letzten Schritt werden dann die oben erwähnten grundlegenden deutschen und polnischen geopolitischen Theorien auf ihre Kompatibilität mit dem deutschen Vorgehen geprüft.

Im vierten Kapitel folgt dann ein Doppelfallbeispiel zur geopolitischen Rolle der Zweiten Polnischen Republik sowie dem Dritten Reich – zunächst für die Jahre 1933/34 (Machtübernahme, deutsch-polnische Annäherung) sowie für das Jahr 1938/39 (Globallösung, Verschlechterung der Beziehungen). Dem voraus geht eine Analyse der hier vorherrschenden geopolitischen Konstellation, in diesem Fall der Versailler Ordnung sowie der Bedeutung die Polen und Deutschland in dieser spielten.

Dem schließt sich eine komplexe Erweiterung des geopolitischen Kanons an. Den Anfang macht hierbei erneut die deutsche Schule. Zunächst soll der Blick auf die geopolitischen Vorstellungen des Nationalsozialismus (insbesondere Hitlers) geworfen werden, zur Klärung der Frage, welche Rolle Polen geopolitisch innerhalb der NS-Bewegung einnahm. Dem schließt sich eine Beschäftigung mit dem *Vater der Deutschen Geopolitik*, Karl Haushofer, an. Ebenfalls in den Kanon aufgenommen wurde Carl Schmitt, der (zwar Jurist) einen wichtigen Beitrag zur völkerrechtlichen Legitimation der NS-Geopolitik liefert. Abschließend wird auf die Frage eingegangen werden, inwiefern sich der Nationalsozialismus dieser Theorien in Form eines geopolitischen Grundplans wirklich bedienen konnte oder in seinem Handeln zum Pragmatismus gezwungen war.

In einem nächsten Schritt soll sich erneut der polnischen Geopolitik zugewandt werden und im Polen der Zwischenkriegszeit vorherrschende Konzeptionen, insbesondere auf die in ihnen für Deutschland vorgesehene Rolle, analysiert werden. Wie bereits zuvor kommt es auch hier zu einer Teilung in drei geopolitische Schulen. Zunächst erfolgt eine erneute Hinwendung zur Nationaldemokratie beziehungsweise der piastischen Idee. Neben Dmowskis Vorstellungen nach dem Ersten Weltkrieg wird das Werk Wojciechowskis behandelt werden. Dem gegenüber steht die *Sanacja* beziehungsweise die jagiellonische Idee. Im Vordergrund stehen hierbei Vorschläge einer ostmitteleuropäischen Zusammenarbeit (Föderation, *Intermarium*, *Drittes Europa*) sowie die prometheische Idee einer Schwächung Russlands). Im Fokus steht hierbei neben einem erneuten Rückgriff auf Piłsudski das Werk Ignacy Matuszewskis, der sich innerhalb der *Sanacja* ausdrücklich mit Deutschland auseinandersetzt. Als drittes Lager sollen prodeutsche Stimmen zu Wort kommen, wozu neben dem bereits genannten Studnicki auch Adolf Bocheński und Stanisław Mackiewicz gezählt werden sollen. Die größere Auswahl polnischer Denker (im Vergleich mit den deutschen Theoretikern) betont den Schwerpunkt der polnischen Geopolitik für diese Arbeit.

Nach der Analyse dieser Theoretiker sowie der ihr vorausgegangenen Untersuchung der für den Betrachtungszeitraum vorherrschenden geopolitischen Ordnung wird sich in einem

nächsten Schritt erneut den geopolitischen Möglichkeiten sowie anschließend dem geopolitischen Handeln Deutschlands und (diesmal ebenfalls) Polens zugewandt. Dies geschieht zunächst für das Beispiel 1933/34 und danach für das Beispiel 1938/39. Wahrscheinlich stellen beide Zeitpunkte sehr unterschiedliche Rahmenbedingungen für Berlin und Warschau dar, da insbesondere sich das Deutsche Reich in zwei sehr unterschiedlichen Positionen befand. Im ersten Teilbeispiel wird hier die Frage des Handlungsspielraums beider Staaten, insbesondere im Zuge der außenpolitischen Annäherung von 1933/34, im Vordergrund stehen. Im zweiten Teilbeispiel hingegen wird es um die erstarkte Rolle Deutschlands in der geopolitischen Konstellation sowie das Angebot einer Juniorpartnerschaft an Polen gehen. Auf die in Polen geführte Diskussion einer Sinnhaftigkeit einer deutsch-polnischen Zusammenarbeit gegen die UdSSR wird in einer Uchronie eingegangen werden.

Bewusst stellt das vierte Kapitel zugleich die längste Einheit dieser Arbeit dar. Es wird angenommen, dass es im Vergleich zu den anderen Fallbeispielen eine breite Möglichkeit an geopolitischen Optionen gibt, die es zu analysieren gilt.

Das fünfte Kapitel wendet sich in einem nächsten Fallbeispiel dem Ost-West-Konflikt zu. Auch hier wird zunächst die vorliegende geopolitische Ordnung analysiert werden. Ebenfalls soll die Rolle und der Handlungsspielraum Polens sowie der nun zwei deutschen Staaten innerhalb dieser Ordnung betont werden. Zwar soll auf hervorragende geopolitische Konzepte der bipolaren Weltordnung kurz verwiesen werden (*Truman-Doktrin*, *Containment-Policy*, *Ždanov-Doktrin*), im Vordergrund stehen aber Möglichkeiten aus der bestehenden geopolitischen Ordnung auszubrechen. Als Ausbruchversuch werden Ideen einer Neutralisierung Deutschlands analysiert werden – sowohl innerhalb der deutschen Politik als auch durch die *Stalin-Noten* des Jahres 1952. Neben diesen auf Deutschland bezogenen Versuchen eine Änderung der Konstellation herbeizuführen sollen auf polnischer Seite Ideen einer Neutralisierung/Entmilitarisierung Mitteleuropas (*Rapacki-Plan*) behandelt werden, die den Handlungsspielraum der Ostblockstaaten zu erweitern versuchten.

Im sechsten Kapitel wird sich dann dem letzten Fallbeispiel, der seit Beginn der neunziger Jahre bestehenden Weltordnung, zugewandt werden. Erneut erfolgt zunächst eine Analyse der geopolitischen Konstellation dieser *New World Order (NWO)*. Im Anschluss soll die mit der Wiedervereinigung Deutschlands sowie der Vereinigung Europas verbundene Deutsche Frage erläutert werden. Hierbei soll die neue geopolitische Rolle der Berliner Republik definiert werden. Deutschland muss hierbei in seiner geographischen Mittellage im

Spannungsfeld zwischen internationaler Verantwortung und Großmachtbestreben verortet werden. Diese Verortung wird ergänzt durch zwei geopolitische Theoretiker, Heinz Brill und Felix Buck, die sich für die *post cold war era* ausdrücklich mit geopolitischen Fragen und der deutschen Rolle auseinandersetzen.

Im Folgenden wird sich dann der Polnischen Frage, insbesondere der Auflösung des geopolitischen Dilemmas des zwischen Russland und Deutschland gelegenen polnischen Staates zugewandt werden. Auch hier erfolgt zunächst eine Verortung Polens innerhalb der NWO sowie seiner generellen Möglichkeiten in der geopolitischen Ausrichtung. Hierauf aufbauend wird sich der seit den neunziger Jahren erneut diskutierten Alternative des *Intermarium* zugewandt werden. Beispielhaft hierfür soll an dieser Stelle vor allem das Werk Leszek Moczulskis in den Fokus rücken. Dieser Idee einer Zusammenarbeit der ostmitteleuropäischen Staaten wird dann der von Warschau tatsächlich eingeschlagene Weg einer NATOisierung gegenübergestellt sowie sein historisches Zusammenkommen aufgeführt. Nach diesen Einzelbetrachtungen Deutschlands und Polens wird im Anschluss die Bedeutung beider Staaten füreinander zunächst im Fokus stehen. Am Ende des sechsten Kapitels soll dann der Fokus nochmals internationalisiert werden. Es wird auf die Frage nach einem möglichen Ende dieser Ordnung sowie Indikatoren hierfür eingegangen werden. Aufgrund der Position, die Russland innerhalb der vorherrschenden Weltordnung beziehungsweise gegen dieses geopolitische System einnimmt, soll mit Alexandr Dugin der Blick auf einen Vertreter der russischen Geopolitik geworfen werden, der starke Bezüge zur Deutschen Geopolitik vor 1945 aufzeigt. Gleichzeitig wäre eine Analyse der bestehenden Ordnung unvollständig, wenn nicht erneut auch der Fokus auf die US-amerikanischen *geopolitics* geworfen würde. Der Kanon wurde hier um den in Polen geborenen Zbigniew Brzezinski erweitert, der wiederum Bezüge zu den Anfängen der angelsächsischen Geopolitik nimmt (Mackinder/Spykman). Da im Zuge der NWO von einer *Pax Americana* gesprochen wird, soll insbesondere auch auf einen möglichen Niedergang des US-Imperiums eingegangen werden.

Das siebte, den Hauptteil dieser Arbeit abschließende Kapitel, verlässt schließlich die ihr vorausgehende historische Betrachtung und wendet sich im Rahmen der Prognostik der geopolitischen Zukunft zu. Diese soll jedoch grundlegend auf der ihr vorausgegangenen historischen Analyse eine Prognose über die Zukunft treffen. Hierbei wird zunächst auf die Bedeutung, den Nutzen und die Möglichkeiten der Zukunftsforschung eingegangen werden. Im Anschluss stehen vier Faktoren (Europa, Russland, USA, China) im Fokus, von denen stark anzunehmen ist, dass diese einen Einfluss auf die geopolitische Konstellation und damit auf die

Ausrichtung Deutschlands und Polens in dieser einnehmen wird. Auf Basis dieser vier Faktoren wiederum werden dann drei sogenannte Extremszenarien beschrieben. Im ersten wird von einer verstärkten europäischen Integration ausgegangen, in der Deutschland und Polen aufgehen. Im zweiten Szenario wird auf eine mögliche Intensivierung einer ostmitteleuropäischen Zusammenarbeit (also das *Intermarium*) eingegangen. Ein drittes Szenario wird dann beide Vorgänger vereinigen, wodurch ein westliches Kerneuropa einem östlichen *Intermarium* gegenüberstünde. Im Vordergrund steht hierbei insbesondere die Frage, ob es einen zivilisatorischen Bruch zwischen Ost und West gibt, von dem vor allem Polen und Deutschland betroffen wären.

Das beschriebene Vorgehen zeigt deutlich den Versuch zum einen geopolitische Theorien innerhalb ihres historischen Kontext zu beobachten, Verbindungen innerhalb dieser Theorien zwischen Vergangenheit und Gegenwart aufzuzeigen, verschiedene geopolitische Konstellationen zu erforschen sowie die Rolle Deutschlands und Polens in dem jeweiligen System zu benennen. Dies wiederum bietet die Grundlage für Prognosen über die Entwicklung des geopolitischen Systems in der Zukunft, die zukünftige Rolle Deutschlands und Polens sowie der geopolitischen Bedeutung der deutsch-polnischen Beziehungen. Hierdurch stellt es sowohl einen Beitrag für die Wissenschaft als auch für die Politikberatung dar.

2. Geopolitik

Take a step back. Look at the bigger picture.
Frank Underwood

2.1. Definition und Abgrenzung

Zur Analyse der geopolitischen Bedeutung Deutschlands und Polens muss sich zunächst dem Begriff *Geopolitik* theoretisch angenähert werden. Er muss definiert und von anderen Termini abgegrenzt werden. *Geopolitik* erscheint hierbei polysemisch – vielsagend und gleichzeitig nichtssagend. Einerseits wirkt der Terminus geläufig und wird in Medien und Wissenschaft sowie selbst in der Popkultur genutzt.⁴⁸ Andererseits herrscht über das Wesen der Geopolitik keine Einigung, wie bereits Otto Maull⁴⁹ in den fünfziger Jahren attestierte.⁵⁰

Zum Verständnis soll sich dem Begriff zunächst linguistisch genähert werden. Es handelt sich bei dem Wort *Geopolitik* um ein Nominalkompositum,⁵¹ das sich aus den Substantiven *Geo* und *Politik* zusammensetzt. *Politik* ist nach Max Weber „[das] Streben nach Machtanteil oder nach Beeinflussung der Machtverteilung, sei es zwischen Staaten, sei es innerhalb eines Staates zwischen den Menschengruppen, die er umschließt“.⁵² Machiavelli bezeichnet die Politik als „die Summe der Mittel, die nötig sind, um zur Macht zu kommen und sich an der Macht zu halten und um von der Macht den nützlichsten Gebrauch zu machen“.⁵³

Ohne die Definition der Politik an dieser Stelle vertiefen zu wollen, muss festgehalten werden, dass der Terminus *Macht* einen zentralen Punkt dieser Definition darstellt. Wenn von einem Einfluss auf politische Entscheidungen gesprochen wird, geht es um die Ausübung von Macht. Politische Entscheidungen kommen nicht durch Zufälle zustande, sondern durch das Zusammen- und Gegenspiel politischer Akteure sowie der ihnen zugeschriebenen und faktisch vorhandenen Machteinflüsse.

Das Zustandekommen dieser an die Macht seiner Akteure gebundenen politischen Entscheidungen findet in einer gewissen Sphäre statt. Ausgedrückt durch ein der *-politik* vorangestelltes Morphem⁵⁴ kategorisiert diese einen Teilaspekt der Politik selbst. So kann

⁴⁸ Dodds, Klaus: *Geopolitics*, S. 119–146.

⁴⁹ Otto Maull (1887–1957), deutscher Geograph und geopolitischer Theoretiker, 1925–1932 Mitherausgeber (mit Karl Haushofer) der *Zeitschrift für Geopolitik*.

⁵⁰ Maull, Otto: *Politische Geographie*. Berlin 1956, S. 29.

⁵¹ Ein aus mindestens zwei Substantiven (Nomen) zusammengesetztes Wort.

⁵² Weber, Max: *Politik als Beruf*. In: *Wissenschaft als Beruf 1917/1919 – Politik als Beruf 1919*. Hrsg. von Wolfgang J. Mommsen u. Wolfgang Schluchter. Tübingen 1992, S. 159.

⁵³ Hier zit. n. Böhret, Carl / Jann, Werner / Kronenwett, Eva: *Innenpolitik und politische Theorie*. Opladen³ 1988, S. 3.

⁵⁴ Die Morphologie ist eine Teildisziplin der Sprachwissenschaft, die Aufbau und Struktur von Wörtern erforscht. Ein Morphem ist die kleinste bedeutungstragende Einheit eines Wortes.

beispielsweise von außen-, innen-, sozial- oder wirtschaftspolitischen Entscheidungen gesprochen werden. Das der *-politik* vorausgehende Morphem *Geo-* stammt von dem altgriechischen Wort γῆ (*gê*) und lässt sich im Deutschen als *Grund, Boden, Erde* oder *Welt* wiedergeben. Bei einer Definition des Begriffs *Geopolitik* sind diese Übersetzungen einstweilen wenig hilfreich. Unter einer *Grund-* und *Bodenpolitik* ist ein wirtschaftswissenschaftlicher Terminus zu verstehen, bei dem es in seinem heutigen Verständnis um eine wirtschaftliche Nutzung und Verteilung des Bodens in Form eines ökologischen Landmanagements geht.⁵⁵ Bei der *Erdpolitik* hingegen handelt es sich um einen ökologischen Terminus einer nachhaltigen Politik zur Erhaltung der Erde als globalem Ökosystem.⁵⁶ Beides scheint fern der populären Nutzung des Begriffs *Geopolitik*.

Wird der Begriff mit dem der *Weltpolitik* übersetzt, ist eine Annäherung an das erkennbar, was generell als Geopolitik verstanden wird. Aber auch dieser Begriff beherbergt in sich eine Uneindeutigkeit. Es kann hierunter die imperialistische Außenpolitik des Wilhelminischen Deutschlands verstanden werden. In dieser Form hat der Begriff als Fremdwort Einzug in mehrere europäische Sprachen, darunter ins Polnische wie auch ins Englische, gehalten. Beide Sprachen wie auch das Deutsche kennen den Begriff allerdings auch als *world politics* (poln. *polityka światowa*), als globale Politik. In dieser Form findet sich der Begriff oftmals als journalistische Kategorie, beispielsweise in Printmedien als das Ressort, das sich mit außenpolitischen Themen beschäftigt. Hierin wird eine Außenpolitik mit globaler Dimension und Schwerpunkt auf den *global players*, den global agierenden Großmächten, gesehen. Die wilhelminische Weltpolitik korrespondiert mit dieser zweiten Definition insoweit, als dass sie in ihrer Forderung nach ihrem *Platz an der Sonne* (Bülow) eben zu jenen *global players* gehören wollte. Eine starke Prägung und womöglich eine erstmalige Erwähnung findet der Begriff bei Max Weber. In seiner Beschreibung *Deutschlands weltpolitische[r] Lage* nutzt Weber den Begriff zu einer Einordnung der deutschen Position vor einem globalem Hintergrund. Weber beschreibt gegenwärtige und zukünftige Gegner sowie potentielle politische Handlungsfelder Deutschlands.⁵⁷ Bezugnehmend auf Weber könnte Weltpolitik damit als eine Politik in der Welt bezeichnet werden, das heißt ein sich Einfügen und Ausrichten

⁵⁵ Davy, Benjamin: *Bodenpolitik*. In: *Handwörterbuch der Raumordnung*. Hrsg. von Ernst-Hasso Ritter. Hannover 4 2005, S. 117–125.

⁵⁶ Weizsäcker, Ernst Ulrich von: *Erdpolitik. Ökologische Realpolitik als Antwort auf die Globalisierung*. Darmstadt 2011

⁵⁷ Weber, Max: *Deutschlands weltpolitische Lage*. In: *Max Weber. Zur Politik im Weltkrieg. Schriften und Reden 1914-1918*. Hrsg. von Wolfgang J. Mommsen. Tübingen 1984.

innerhalb einer Staatenkonstellation, in der insbesondere die europäischen Großmächte eine Hauptrolle spielen.⁵⁸

Dies wirft die Frage auf, ob es sich bei *Weltpolitik* beziehungsweise *Geopolitik* schlichtweg um Synonyme handelt. Hierbei würde die *Welt* (< *Geo-*) als der Raum verstanden werden, in dem sich Machtausübung, -gewinn und -erhalt artikuliert. Die Welt wäre hierbei eine bloße geographische Größe. Tatsächlich können geographische Entitäten mit dem Suffix *-politik*, eine räumliche Dimension beschreiben. Erkennbar ist dies bei Konstruktionen wie der *Europapolitik*, *Amerikapolitik*, *Deutschlandpolitik* oder der *Polenpolitik*. In dieser grenzt das geographische Attribut den Raum, in dem machtpolitisch gehandelt wird, ein. Natürlich könnte dem entgegengebracht werden, dass eine Exo- oder Astropolitik derzeit noch (!) nicht existiert und dass eine jede Form der Politik im Raum der Erde stattfindet. Dennoch erfolgt auch hier eine Eingrenzung im Sinne, dass ein größerer Raum und seine größeren Zusammenhänge im Fokus stehen.

Insgesamt scheint der erste Ansatz einer rein linguistischen Annäherung an den Terminus *Geopolitik* an eine Grenze zu stoßen, an der eine eindeutige Definition nicht möglich ist. Problematisch ist jedoch, dass auch anderenorts eine Definition des Terminus Schwierigkeiten mit sich bringt. Die Tatsache, dass es an einer klaren, einvernehmlichen Definition fehlt, lässt sich deutlich erkennen, wenn der Begriff in der deutschsprachigen *Wikipedia* nachgeschlagen wird. In seiner ersten Ausführung (2003) sprach *die freie Enzyklopädie* von „eine[r] Mischung aus Geographie, Staatenkunde, Geschichte und Gesellschaftswissenschaft“. Ein Jahr später wird die Geopolitik als „eine Mischung aus Geografie, Politikwissenschaft, Geschichte und Sozialwissenschaft“ definiert. Im November 2009 heißt es dann: „Als Geopolitik wird die sozial-, vor allem aber politikwissenschaftliche Interpretation geographischer Gegebenheiten bezeichnet“. Ende des Jahres 2016 fand dann ein wiederholter Wechsel zwischen zwei Versionen statt. So hieß es zeitweise, dass „Geopolitik [...] eine Grenzwissenschaft [sei], die gleichermaßen die Gebiete von Geographie, Staatenkunde, Geschichte und Gesellschaftswissenschaften berührt“. Bereits zuvor fand sich jedoch auf den Seiten der deutschsprachigen *Wikipedia* die bis heute vorfindbare Definition: „Als Geopolitik wird allgemein das raumbezogene, außenpolitische Agieren von Großmächten im Rahmen einer Geostrategie bezeichnet“.⁵⁹

⁵⁸ Vgl. hierzu Weber, Max: *Deutschland unter den europäischen Weltmächten*. In: *Max Weber. Zur Politik im Weltkrieg. Schriften und Reden 1914-1918*. Hrsg. von Wolfgang J. Mommsen. Tübingen 1984.

⁵⁹ „*Geopolitik*“ – *Versionsgeschichte*. <https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Geopolitik&action=history> (9.1.2021).

Eine wissenschaftliche Definition sollte nicht auf Erkenntnissen der Wikipedia aufbauen. Dennoch lassen sich aus diesem Definitionsstreit gewisse Erkenntnisse gewinnen. Die Definition des Begriffs *Geopolitik* scheint umstritten und nicht eindeutig. Gleichzeitig lässt sich aber auch erkennen, dass Geopolitik vielfach als eine Mischung verschiedener Wissenschaften verstanden werden kann. Insgesamt jedoch muss der deutsche Wikipedia-Eintrag als unzulänglich zurückgewiesen werden. Seine Begriffsdeutung scheint für die Forschungsfrage gar unbrauchbar, weil er Geopolitik als (außen)politisches Handeln von Großmächten definiert. Dementsprechend würden nur Großmächte Geopolitik betreiben und im Zusammenhang mit kleineren Mächten könnte nicht von geopolitischem Denken oder Handeln gesprochen werden.

Die polnische Wikipedia ist hier eindeutiger und stringenter. In ihrer 2004 beginnenden Versionsgeschichte bis hin zur aktuellen Version definiert sie die Geopolitik als Verbindung von politischen und geographischen Gegebenheiten.⁶⁰ Auch in der englisch- und der französischsprachigen Wikipedia wird auf die Verbindung zwischen der Geographie und der Politik eines Staates hingewiesen.⁶¹

Geopolitik wäre demnach eine Sichtweise auf die Politik eines Staates unter besonderer Berücksichtigung seiner geographischen Lage. Tatsächlich sind die Ursprünge der Geopolitik (auch) in der Geographie begründet. In der Frage, wann die Geopolitik ihre Geburtsstunde feiert, haben bedeutendste geopolitische Theoretiker einstweilen erstaunliche Antworten von sich gegeben, die bis weit in die Antike zurückreichen. So verweist Karl Haushofer⁶² auf Thukydides, Pytheas, Polybios und Strabon.⁶³ Otto Maull verweist auf Herodot, Grabowsky nennt Polybios.⁶⁴ Jene antiken Philosophen werden dann zumeist um deutsche Philosophen wie Johann Gottfried Herder und Georg Wilhelm Friedrich Hegel ergänzt.⁶⁵ Faktisch hatte die Geopolitik ihre Geburtsstunde unmittelbar um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert. Insbesondere das *Fin de Siècle* stellte einen Zeitraum dar, in dem in vielen Feldern der

⁶⁰ *Historia i autorzy strony „Geopolityka”*. <https://pl.wikipedia.org/w/index.php?title=Geopolityka&action=history> (28.10.2020).

⁶¹ *Geopolitics*. <https://en.wikipedia.org/wiki/Geopolitics> (28.10.2020): „Geopolitics [...] is the study of the effects of Earth's geography (human and physical) on politics and international relations“; *Géopolitique*. <https://fr.wikipedia.org/wiki/G%C3%A9opolitique> (28.10.2020): „La géopolitique [...] est l'étude des effets de la géographie (humaine et matérielle) sur la politique internationale et les relations internationales“.

⁶² Zur Person Karl Haushofer siehe Kapitel 4.5.1.

⁶³ Haushofer, Karl: *Weltmeere und Weltmächte*. Berlin 1937, S. 18 Thukydides (>454 (v.Chr.)-399/396), griech. Geschichtsschreiber; Pytheas von Massalia (≈380(v.Chr.)-≈310), griechischer Geograph und Seefahrer; Polybios von Megalopolis (≈200(v.Chr.)-≈120), griechischer Geschichtsschreiber; Strabo(n) (≈63->23(n.Chr!)).

⁶⁴ Zu Otto Maull siehe oben; Adolf Grabowsky (1880–1969), deutscher Theoretiker der Geopolitik; Herodot (490/480(v.Chr.)-430/420), griechischer Geschichtsschreiber, *Vater der Geschichtsschreibung* (Cicero).

⁶⁵ Werber, Niels: *Geopolitik zur Einführung*, S. 28; Johann Gottfried Herder (1744–1803), deutscher Philosoph der Aufklärung; Georg Wilhelm Friedrich Hegel (1770–1831), deutscher Philosoph des Idealismus.

Wissenschaft der Versuch unternommen wurde, das *große Ganze* zu verstehen. Dieses Phänomen findet sich auch in der Geschichtswissenschaft, in der Historiker den Versuch unternahm, eine alles erklärende Formel zum Verständnis der Weltgeschichte zu finden. Beispiele finden sich hierzu im *Historischen Materialismus* (Karl Marx) oder auch zyklischen Konzeptionen wie in Oswald Spenglers *Der Untergang des Abendlandes* oder Brooks Adams *The Law of Civilization and Decay*.⁶⁶

Vorausgegangen war der Geopolitik die Etablierung der Geographie als eigenständige wissenschaftliche Disziplin. Ab den zwanziger Jahren des 19. Jahrhunderts entstanden sogenannte geographische Gelehrtengesellschaften.⁶⁷ Da die Geographie zunehmend Einzug in den Fächerkanon der Schulen hielt, war es nötig, seinen Lehrern eine akademische Ausbildung zur Grundlage zu machen. Bereits 1825 wurde an der Berliner Universität der weltweit erste Lehrstuhl für Geographie geschaffen, den Carl Ritter⁶⁸ inne hatte. Gemeinsam mit Alexander von Humboldt⁶⁹ gilt er als Schöpfer der neuzeitlichen Geographie. Führende Vordenker geopolitischer Theorien wiederum entstammten dieser geographischen Disziplin. Friedrich Ratzel, Halford J. Mackinder, Karl Haushofer, Otto Maull, Waław Nałkowski⁷⁰ oder Eugeniusz Romer⁷¹ – sie alle waren wissenschaftlich als Geographen tätig.⁷² Die Geographie stellt ein zentrales Element in der Beschäftigung mit geopolitischen Themen dar. Von entscheidender Bedeutung ist hierbei der Geodeterminismus. Bereits für das Fach der Geographie stellte dieser in den früheren Jahren der Disziplin eine Definitionsgrundlage dar. Die geographischen Determinanten definieren hierbei das Handeln des Menschen. Ferdinand von Richthofen⁷³ deutete die Geographie daher als „Wissenschaft von der Erdoberfläche und den mit ihr in ursächlichem Zusammenhangstehenden Dingen und Erscheinungen“. ⁷⁴ Dieser geodeterministische Ansatz hat einen großen Einfluss auf die Geopolitik und stellt ebenfalls

⁶⁶ Marx, Karl / Engels, Friedrich: *Deutsche Ideologie - zur Kritik der Philosophie*. Berlin 2018 [Erstausgabe 1846]; Spengler, Oswald: *Der Untergang des Abendlandes. Namen- und Sachverzeichnis zu Band I und II*. Berlin 2018 [Erstausgabe 1918/1922]; Adams, Brooks: *The Law of Civilization and Decay. An Essay on History*. Norderstedt 2018 [Erstausgabe 1895]. In deutscher Sprache erschienen unter *Das Gesetz der Zivilisation und des Verfalles*. Leipzig 1907.

⁶⁷ Die Pariser *Société de géographie* im Jahre 1821, die Berliner *Gesellschaft für Erdkunde* 1828 und die Londoner *Royal Geographical Society* 1830, *Geographischer Verein zu Frankfurt am Main* 1836, die Petersburger *Rusko geografsko društvo* 1845

⁶⁸ Carl Ritter (1779–1859), Mitbegründer der modernen Geographie.

⁶⁹ Alexander von Humboldt (1769-1859), Mitbegründer der modernen Geographie, Naturforscher und Reisender.

⁷⁰ Waław Nałkowski (1851–1911), polnischer Geograph.

⁷¹ Eugeniusz Romer (1871–1954), polnischer Geograph.

⁷² Zu den biographischen Daten der ebenfalls an dieser Stelle erwähnten, siehe die jeweiligen Unterkapitel.

⁷³ Ferdinand Freiherr von Richthofen (1833–1905), deutscher Geograph.

⁷⁴ Richthofen, Ferdinand von: *Aufgaben und Methoden der heutigen Geographie. Akademische Antrittsrede, gehalten in der Aula der Universität Leipzig am 27. April 1883*. Leipzig 1883, S. 25. Das Werk liegt digitalisiert vor unter *Aufgaben und Methoden der heutigen Geographie*. <https://digital.slub-dresden.de/werkansicht/dlf/273301/5/0/> (9.1.2021).

einen der Grundpfeiler geopolitischen Denkens dar.⁷⁵ Während die Geographie eine geographische Gegebenheit beschreibt und einordnet, analysiert ein geopolitischer Ansatz die sich hieraus ergebene politische Bedeutung. Friedrich Ratzel verweist hierauf bezugnehmend auf das Beispiel der Halbinsel Gibraltar. So sei diese mehr als nur ein monolithischer Kalksteinfelsen mit einer Höhe von 426 Metern, der sich auf dem 36. nördlichen Breiten- und 5. westlichen Längengrad befindet, wie ihn die Geographie bezeichnen würde. Vielmehr betont er ein geopolitisches Verständnis der Lage Gibaltars und seine Bedeutung für den Mittelmeer-Raum.⁷⁶ Der Determinismus zeigt sich dadurch, dass davon ausgegangen wird, dass durch eine gewisse geographische Lage, einem Territorium eine bestimmte geopolitische Rolle zufällt. Dieser Determinismus ist hierbei keine Eigenart deutschen Denkens, wie sich explizit in den Lehren Halford J. Mackinders zeigen wird, der bestimmten Regionen der Erde eine beherrschende Rolle zuschreibt.

Durch seine Nähe zur Geographie besteht aber gleichzeitig eine Schwierigkeit in der Differenzierung der Geopolitik einerseits und der Politischen Geographie andererseits.⁷⁷ Vielfach wurde die Politische Geographie als positiver Gegenentwurf zur Geopolitik gesehen.⁷⁸ Die Politische Geographie soll an dieser Stelle als Wissenschaft definiert werden, die die Wechselwirkung zwischen Geographie und Politik untersucht. Sie ist hierbei der Geographie als Unterdisziplin zugeordnet. Die Geopolitik hingegen legt den Schwerpunkt auf das politische Handeln unter besonderer Berücksichtigung der geographischen Gegebenheiten. Der Geodeterminismus darf hierbei nicht überbetont werden und etwa in der geographischen Lage eine Erklärung für ein jedes politische Handeln eines Staates sehen. Dennoch nimmt die geographische Lage einen wichtigen Einfluss auf das politische Handeln eines Staatskörpers. Deutschland und Polen fallen hierbei als geographisch in der Mitte des Kontinents liegende Staaten eine andere Rolle wie auch unterschiedliche Handlungsoptionen zu als beispielsweise einem Inselstaat wie Großbritannien. Die im geopolitischen Diskurs immer wieder Bedeutung innehabende Diskussion eines Gegenübers von See- und Landmächten dient hierbei als

⁷⁵ Werlen, Benno: *Sozialgeographie*, S. 383.

⁷⁶ Ratzel, Friedrich: *Politische Geographie oder die Geographie der Staaten, des Verkehrs und des Krieges*. München u.a. 1903, S. 120.

⁷⁷ Lossau, Julia: *Politische Geographie und Geopolitik. Bemerkungen zu einem (un-)bestimmbaren Verhältnis*. In: *Erdkunde* 1 (2002), S. 73–81. Dort auch mit Verweis auf Kost, Klaus: *Die Einflüsse der Geopolitik auf Forschung und Theorie der politischen Geographie von ihren Anfängen bis 1945. Ein Beitrag zur Wissenschaftsgeschichte der politischen Geographie und ihrer Terminologie unter besonderer Berücksichtigung von Militär- und Kolonialgeographie* (= Bonner geographische Abhandlungen 76). Bonn 1988.

⁷⁸ Albert, Mathias / Reuber, Paul / Wolkersdorfer, Günter: *Kritische Geopolitik*. In: *Theorien der Internationalen Beziehungen*. Hrsg. von Manuela Spindler u. Siegfried Schieder. Opladen 2003, S. 514.

Unterstreichung dieser These – obschon sie für die Betrachtung Deutschlands und Polens nur eine untergeordnete Rolle spielt.⁷⁹

Die Definition der Geopolitik als bloße Zusammenführung der Geographie und der Politik unter besonderer Berücksichtigung des politischen Handels eines Staates würde jedoch den Ursprüngen der Geopolitik nicht genüge leisten. Insbesondere die *Deutsche Geopolitik* schöpft ihre Grundlagen aus biologistischen und sozialdarwinistischen Vorstellungen. In diesen werden Staaten als Organismen verstanden, die wachsen und sich im *Survival of the Fittest* (Darwin) zu behaupten haben. Vor diesem Hintergrund stellen kriegerische Auseinandersetzungen eine Form der natürlichen Selektion dar. Dieses Denken wird insbesondere beim Zoologen (wie Geographen) Friedrich Ratzel erkennbar sein – der ebenfalls als *Vater der Geopolitik* (Maull) bezeichnet wird. Von diesem sozialdarwinistischen *Kampf ums Dasein* und dem ständigen Wachstum eines Staatsorganismus bestand ein kurzer Weg zur Eroberungs- und Vernichtungspolitik des nationalsozialistischen Deutschlands. Auch diese machte sich die Theorien der Geopolitik zur Durchsetzung seiner machtpolitischen Ansprüche nach Raum zu Nutzen. Die sich in Karl Haushofer manifestierende Nähe geopolitischen Denkens zum NS-Regime hatte eine Deklassierung der Geopolitik zur Folge. Nach 1945 galt sie als „intellektuell hochgiftig“.⁸⁰ Dies traf nicht nur auf die *Deutsche Geopolitik* zu, die mit den Nationalsozialisten untergegangen war.⁸¹ Auch in den Vereinigten Staaten schien der Terminus bis in die siebziger Jahre in wissenschaftlichen wie politischen Kreisen verpönt.⁸² Jenseits des Atlantiks galt die Geopolitik als „handmaiden of Nazism“.⁸³ Dies änderte sich in den Vereinigten Staaten in den siebziger Jahren. Für diese Renaissance der Geopolitik in den USA wird insbesondere Henry Kissinger⁸⁴ verantwortlich gemacht.⁸⁵

In all diesen chronologischen Phasen stieß die Geopolitik als Beschäftigungsfeld jedoch auf Kritik. Werber verweist beispielsweise darauf, dass bereits „die Politische Geographie unter

⁷⁹ Der Ausgangspunkt dieser Debatte ist vor allem in der Gegenüberstellung der Thesen Mackinders mit denen von Alfred Thayer Mahan zu finden. Vgl. Kennedy, Paul M.: *Mahan versus Mackinder. Two Interpretations of British Sea Power*. In: *Militärgeschichtliche Mitteilungen* 16 (1974), S. 39–66.

⁸⁰ Dodds, Klaus: *Geopolitics*, S. 18: Dodds nimmt hierbei Bezug auf den US-Geographen Richard Hartshorne (1899–1992).

⁸¹ Ebeling, Frank: *Geopolitik 1919-1945. Karl Haushofer und seine Raumwissenschaft*. Berlin 1994, S. 13; Wolkersdorfer, Günter: *Politische Geographie und Geopolitik zwischen Moderne und Postmoderne*. Heidelberg 2001, S. 18.

⁸² Dodds, Klaus: *Geopolitics*, S. 31.

⁸³ Ebd., S. 20.

⁸⁴ Henry Kissinger (1923), US-amerikanischer Politologe und Politiker (Republican Party) deutsch-jüdischer Herkunft, 1969–1975 Nationaler Sicherheitsberater (Nixon, Ford), 1973–1977 US-Außenminister (Nixon, Ford), 1977–1981 Direktor des *Council on Foreign Relations*.

⁸⁵ Ebd., S. 33–37.

Hochschulgeographen um 1900 als unwissenschaftlich, dilettantisch, ignorant und feuilletonistisch“ galt.⁸⁶ Die Wissenschaftlichkeit der Geopolitik war demnach bereits in ihren Anfängen strittig. „Begrifflich unklar, gepaart mit Ideologie und Halbwissen, scheint die Geopolitik zu Beginn des 20. Jahrhunderts keine Chance zu besitzen, zur renommierten Wissenschaft zu avancieren“.⁸⁷

Die Antwort auf die Frage nach der Wissenschaftlichkeit der Geopolitik lässt sich womöglich am besten aus semantischer Sicht definieren. So wird möglicherweise bewusst nicht von *Geopolitikwissenschaften* gesprochen, sondern von der *Geopolitik*. Der Fokus verschiebt sich hierbei deutlich von der reinen Theorie hin zur praktischen Anwendung für die Erfüllung bestimmter machtpolitischer Ziele. Auch wenn salopp von einem Politik-Studium gesprochen wird, lautet die Bezeichnung des Faches hingegen *Politikwissenschaften* beziehungsweise *Politische Wissenschaften*. Allein in der Wahl des Namens *Geopolitik* liegt damit eine Betonung der praktischen Anwendung.

Das heißt aber nicht, dass die Geopolitik sich keiner wissenschaftlichen Methoden bedient. Bewusst ist in Bezug auf die später aufzugreifenden Theoretiker von ihren geopolitischen Theorien die Rede. Ihre Methodik hingegen greift dabei auf unterschiedliche wissenschaftliche Fachgebiete zurück, beschreibt auf ihrer Grundlage die Wirklichkeit und gibt Handlungsempfehlungen. Sie darf aber für sich allein genommen nicht als eigenständiges wissenschaftliches Fach verstanden werden. Die Problematik der Geopolitik in Bezug auf die Wissenschaftlichkeit besteht insbesondere darin, dass die Analyse in den Hintergrund treten kann und politische Ziele zum Ausgangspunkt geopolitischen Denkens werden. In diesem Fall würde geopolitisches Denken lediglich zur Festigung oder zum Ausbau der eigenen Macht ausgenutzt werden.

Um jedoch nicht der bloßen Legitimation von (umsetzbaren oder nicht umsetzbaren) politischen Zielen zu dienen, müssen Handlungsempfehlungen auf einem wissenschaftlichen Fundament aufgebaut werden. Die sich aus den Analysen ergebenden Hypothesen müssen überprüfbar und gegebenenfalls falsifizierbar sein. Sie müssen eine Intersubjektivität wahren und damit möglichst frei von Subjektivität sein sowie weitere Merkmale wissenschaftlichen Arbeitens (Reliabilität, Validität, Überprüfbarkeit) aufweisen. Nur auf dieser Grundlage können in der geopolitischen Analyse brauchbare Aussagen über die Realität getroffen werden.

⁸⁶ Werber, Niels: *Geopolitik zur Einführung*, S. 26.

⁸⁷ Kost, Klaus: *Die Einflüsse der Geopolitik auf Forschung und Theorie der politischen Geographie von ihren Anfängen bis 1945*, S. 50.

Einstweilen wurde der Begriff *Geopolitik* lediglich im Singular verwendet. In der Erkenntnis, dass unter Geopolitik etwas Unterschiedliches verstanden werden kann sowie besonders vor dem Hintergrund der deutsch-polnischen Thematik des Forschungsgegenstandes, muss die Frage aufgeworfen werden, ob ein Unterschied zwischen der deutschen *Geopolitik* und der polnischen *geopolityka* beziehungsweise den angelsächsischen *geopolitics* besteht. Fällt der Begriff *Geopolitik*, klingt die *Deutsche Geopolitik* der zwanziger bis vierziger Jahre deutlich mit. Dementsprechend wird in Deutschland dieser Begriff weiterhin mit einer deutlichen Zurückhaltung verwendet. Diese Distanz ist weder bei den *geopolitics* noch bei der *geopolityka* spürbar. Trotz dieser Gemeinsamkeit zwischen *geopolitics* und *geopolityka* tritt ein immenser Unterschied zwischen beiden ebenso deutlich hervor. Er ergibt sich aus der Perspektive die Polen und die USA (oder auch Großbritannien) auf die Welt haben. Gerade für die US-Amerikaner als Supermacht bedeutet *geopolitics*, einen globalen Blick auf politische Ereignisse zu haben und in der Lage zu sein, auf Veränderungen zu reagieren, um die eigene Machtposition zu stärken. Das geopolitische Ziel US-amerikanischer *geopolitics* ist damit der Erhalt der Position als Supermacht. Die polnische *geopolityka* ignoriert Fragen globaler Dominanz nicht, kann aufgrund ihrer geringeren Größe eine solche Position jedoch gar nicht anstreben. Im Fokus des geopolitischen Diskurses in Polen steht hingegen die Frage des Erhalts der eigenen Souveränität. Es ist damit anzunehmen, dass geopolitische Theorien immer auch die politische Realität sowie die Vergangenheit eines Staates widerspiegeln. Geopolitik definiert sich dadurch auch darüber, in welchem staaten- beziehungsweise nationentypischen politischen Diskurs sie entsteht.

Erkennbar ist, dass die Definition des Begriffs einstweilen unterschiedlich ist. Diese Differenzen lassen sich auf verschiedenen Ebenen nachvollziehen. Am auffälligsten sind unterschiedliche historische Definitionen wie auch unterschiedliche Begriffsdeutungen. Egbert Jahn merkt hierzu dementsprechend an:⁸⁸

Geopolitik „ist“ nicht etwas, sondern bedeutet das, was man darunter verstehen will und andere darunter verstanden haben. Und das war in der Vergangenheit, in den einzelnen Ländern und bei den einzelnen Benutzern des Wortes, zum Teil recht Unterschiedliches.

Dieses unterschiedliche Verständnis muss bei der Verwendung des Begriffs *Geopolitik* stets beachtet werden. Trotz der dargestellten unterschiedlichen Sichtweise, wie Geopolitik definiert ist, soll der Begriff in Folge nicht gänzlich abgelehnt werden, muss aber für das weitere

⁸⁸ Jahn, Egbert: *Politische Streitfragen*, S. 174.

Vorgehen auf den Punkt gebracht werden, damit das unterschiedliche Verständnis des Begriffs nicht ein unterschiedliches Verständnis der Forschungsergebnisse zur Folge hat.

Sowohl die linguistische als auch die historische Herleitung verweisen auf die zentrale Bedeutung der Geographie für die Geopolitik. Neben dieser Schnittmenge zeigen sich allerdings weitere Faktoren, wobei die Geographie sich als eine der Vorfahren, aber eben nur eine von vielen, darstellt. Hansjulius Schepers definierte die Geopolitik 1939 als „Brückenwissenschaft“, die „in neuer Zusammenarbeit Teilgebiete der althergebrachten akademischen Wissenschaften zu vereinen“ sowie durch eine „organisch verbunden[e] Gliederung“ ein „unfruchtbares, abgekapseltes und damit lebensfremdes Spezialistentum“ zu vermeiden versucht.⁸⁹ Isaiah Bowman sieht in einer 1942 publizierten Abhandlung über den Unterschied zwischen Geographie und Geopolitik die Ursprünge der Geopolitik in der Verbindung einer historischen, einer politischen und einer geographischen Sichtweise.⁹⁰ Auch Egbert Jahn definiert die Geopolitik als „eine universale Synthese aus Geographie, Politikwissenschaft und Geschichtswissenschaft [...] klar mit politischen Handlungsempfehlungen [...]“.⁹¹ Der Historiker Ronald J. Granieri sieht in der Geopolitik ein Zusammenspiel von Geschichts- und Kulturwissenschaft sowie Geographie.⁹² Konkret spricht Granieri in Bezug auf die Geopolitik von „efforts to make international relations understandable through encouraging a deeper appreciation of longer-term forces“. Erst durch das Verständnis komplexer historischer Zusammenhänge sei eine Erkenntnis über die Gegenwart möglich. Politische Ereignisse treten damit nicht aus dem nichts hervor. „[T]hey are rooted in the flow of history, spring from the legacies of local culture, and, of course, are embedded in the concrete reality of geography“.⁹³

Dieser Definition soll sich angeschlossen werden. **Geopolitik ist demnach eine Sichtweise auf die Internationale Politik unter besonderer Berücksichtigung historischer Zusammenhänge sowie der geographischen Lage eines Staates und dem sich aus ihr ergebenden Determinismus zu einem bestimmten außenpolitischen Handeln.** Jene Sichtweise verharret nicht in der bloßen Observation, sondern gibt Handlungsempfehlungen für

⁸⁹ Schepers, Hansjulius: *Geopolitik und Raumordnung*. In: Zeitschrift für Geopolitik 8/9 (1939), S. 548.

⁹⁰ Bowman, Isaiah: *Geography vs. Geopolitics*. In: *Geographical Review* 4 (1942), S. 646.

⁹¹ Gleichzeitig hält Bowman die Begrifflichkeit aber auch für entbehrlich, da er der Auffassung sei, Geopolitik könne durch andere Begriffe ersetzt werden. Dem sei hinzugefügt, dass der bekannteste angelsächsische Geopolitiker Halford J. Mackinder den Begriff *geopolitics* in seinen Werken nicht nutzt. Jahn, Egbert: *Politische Streitfragen*, S. 183–184; ebd., S.185: „Seit Jahren schreibe ich über die Integrationskonkurrenz zwischen Brüssel und Moskau seit 1990/91, also heute zwischen der EU/NATO und der GUS/OVKS, ohne dass ich je das Bedürfnis hatte, dabei das Wort Geopolitik zu benutzen“. Ebd., S. 189: Schlussendlich lehnt Jahn den Begriff vollends ab.

⁹² Granieri, Ronald J.: *What is Geopolitics and Why Does It Matter?* In: *Orbis* 4 (2015), S. 492.

⁹³ Ebd.

die Politik. Obschon eine geopolitische Analyse hierbei die Tagespolitik beobachtet, sind ihre Ziele langfristig und globaler angelegt. Bildlich gesprochen versucht die Geopolitik einen Schritt zurückzugehen und das Gesamtbild zu betrachten. Es handelt sich damit um eine Analysemethode, die langfristige Trends (insbesondere in der Außenpolitik) beobachtet und Handlungsempfehlungen für die Politik ausspricht. Aus der geopolitischen Analyse folgt ein Lagebild zur Umsetzung politischer Interessen.

Wenn in einer geopolitischen Analyse neben der Betonung eines historischen Kontextes die Lage eines Staates für seine politischen Handlungsspielraum betrachtet wird, erweist sich der **Aspekt der geopolitischen Staatenkonstellation** von besonderer Wichtigkeit. Als jene Staatenkonstellation soll die Beziehung der Staaten zueinander verstanden werden. Vor dem Hintergrund des Forschungsthemas stehen die deutsch-polnischen Beziehungen hierbei im Vordergrund. Es kann jedoch bereits zum jetzigen Zeitpunkt angenommen werden, dass die Beziehungen dieser, wie auch zweier anderer Staaten zueinander von den Beziehungen zu Drittstaaten abhängig sind. Alle bilateralen Beziehungen können für sich allein betrachtet werden, fügen sich aber gleichzeitig auch in einen größeren Rahmen, der in dieser Arbeit als Staatenkonstellation bezeichnet wird. Eine Verwandtschaft des Begriffs besteht zu der Bündniskonstellation. Bewusst soll jedoch von Staatenkonstellation die Rede sein, um das gesamte Netz an Bündnissystemen, Feindschaften, Gegensätzen und Neutralität zu beschreiben.

Die Bedeutung der Staatenkonstellationen und ihre Bedeutung für den einzelnen Staat korrespondiert dabei sehr stark mit der geographischen Lage eines Staates. Dies lässt sich deutlich an zwei Extrembeispielen verdeutlichen. Ein abgelegener Inselstaat ohne direkten Nachbarn kann die sich um ihn herum ergebene Staatenkonstellation vernachlässigen, da sich in seinem unmittelbaren Umfeld keine Interessenskonflikte mit anderen Staaten ergeben. Ein gegenteiliges Beispiel wäre eine geographische Lage, in der ein Staat eine Mittellage innerhalb eines Kontinents einnimmt und hierbei mehrere Nachbarn um sich herum vorfindet. Eine solche geographische Lage kann sich geopolitisch als nachteilig erweisen, da ein solcher Staat seine eigene politische Bedeutung stets den gegebenen Realitäten der jeweiligen Staatenkonstellation anpassen muss. Machtinteressen können hierbei nur unter Berücksichtigung der Konstellation der Staaten zueinander durchgesetzt werden.

Deutschland und Polen fällt aus geopolitischer Sicht eindeutig die Rolle des letzteren Extrems zu. Beide Staaten nehmen innerhalb Europas geographisch eine zentrale Rolle ein. Sie liegen je nach historischem Zeitpunkt in einer Lage, in der sie von mehreren Staaten umgeben

sind und/oder an den Einflussbereich von Großmächten hineinreichen. Ihre geopolitische Position ist damit in gewisser Form für die politisch Handelnden eine Herausforderung. Diese geopolitische Bedeutung macht sie jedoch ebenso interessant für eine wissenschaftliche Analyse. Von zentraler Bedeutung wird deshalb für die kommenden historischen Fallbeispiele somit auch die Analyse der jeweiligen geopolitischen Staatenkonstellation sein, in denen sich Deutschland und Polen bewegen.

Neben der Definition der Geopolitik und der geopolitischen Konstellation soll abschließend das **Begriffspaar *Subjekt/Objekt*** in die Analyse mit eingeführt werden. Ein geopolitisches Subjekt ist primär als Staat zu verstehen, der relativ frei über seine Ausrichtung innerhalb der Staatenkonstellation entscheiden kann. Er stellt als Akteur damit eine Grundeinheit innerhalb der Staatenkonstellation dar. Das geopolitische Subjekt ist damit mit dem Völkerrechtssubjekt im Internationalen Öffentlichen Recht zu vergleichen. Diesem geopolitischen Subjekt soll ein geopolitisches Objekt gegenübergestellt werden. Hierbei handelt es sich im Gegensatz um einen abhängigen und nichtsoveränen Raum, der von einem geopolitischen Subjekt beherrscht wird. Dies könnte beispielsweise ein Marionettenstaat sein, der keine eigenständige auswärtige Politik verfolgt und sich damit innerhalb der Staatenkonstellation nicht ausrichten kann. Beide Begriffe erscheinen insbesondere vor dem Hintergrund der deutsch-polnischen Thematik in den historischen Fallbeispielen als brauchbar.

Zusammengefasst steht somit bezüglich des verwendeten *Geopolitik*-Begriffs die geographische Lage, das heißt der Raum in dem Deutschland und Polen politisch agieren, im Vordergrund. Des Weiteren wird eine historiographische Position eingenommen, um durch das Verständnis historischer Kontexte bestimmte geopolitische Konstellationen und bis in die Gegenwart anhaltende Entwicklungen zu verstehen. Abschließend wird in der Definition der Schwerpunkt auf die geopolitische Staatenkonstellation gelegt, in der sich Polen und Deutschland befinden, und der Frage nachgegangen, wie sich diese innerhalb dieser Ordnung als Subjekte (oder Objekte) zueinander verhalten.

2.2. Die Anfänge der angelsächsischen Geopolitik

Nach diesen Definitionen soll der Blick zunächst auf die Anfänge geopolitischer Theorien geworfen werden. Begonnen soll hierbei mit dem, was weiter oben als *geopolitics* bezeichnet wurde. Geopolitische Theorien aus dem angelsächsischen Raum sind bis heute grundlegend für

das Feld der Geopolitik. Der Blick soll demnach auf den Briten Mackinder und anschließend auf den US-Amerikaner Spykman geworfen werden.⁹⁴

2.2.1. Halford J. Mackinder

Die Vorstellung, Deutschland würde über den ostmitteleuropäischen beziehungsweise osteuropäischen Raum dominieren, stößt traditionell im angelsächsischen Raum auf großen Unmut. Für die angelsächsische Schule der Geopolitik hat der Raum zwischen Russland und Deutschland eine ganz besondere Bedeutung. Er ist grundlegend für das Verständnis britischer, aber insbesondere auch US-amerikanischer Außenpolitik in Europa. Hervorzuheben ist hierbei insbesondere die *Heartland*-Theorie John Halford Mackinders.⁹⁵

Diese Theorie, das Fundament der geopolitischen Überlegungen Mackinders, beschreibt er in mehreren seiner Werke. Der Geograph Richard Hartshorne bezeichnet sie als „a thesis of world power analysis and prognosis which for better or worse has become the most famous

⁹⁴ Insbesondere die angelsächsische Fachliteratur sieht in Mackinder den wichtigsten *Vater der Geopolitik*. Spykmans Theorien korrespondieren sehr stark mit denen Mackinders. Zumeist wird dieser dualistische Kanon um Alfred Mahan (1840–1914) ergänzt. Jener *Clausewitz of the sea* geht in seinen Schriften (insbesondere in *The Influence of Sea Power upon History 1660–1783* und *The Influence of Sea Power upon the French Revolution and Empire, 1793–1812*) auf die Rolle von Seemächten im Allgemeinen und der USA als Seemacht im Besonderen ein. Da es sich bei Polen und Deutschland um Landmächte handelt, kann Mahan für diese Arbeit vernachlässigt werden. Dies bedeutet aber nicht, dass die Theorien Mahans generell für Geopolitik und Geschichtswissenschaft nicht von Bedeutung sind. Neben der oben erwähnten häufigen Auseinandersetzung mit Mahans Werken, dürfte auch ein Zitat Kaiser Wilhelms II. seine generelle Relevanz zum Ausdruck bringen: „Ich lese gerade nicht nur, sondern ich verschlinge das Buch von Kapitän Mahan, und ich versuche, es auswendig zu lernen. [...] Es ist ein erstklassiges Werk und klassisch in allen Punkten“. Hier zit. n. Epkenhans, Michael: *Seemacht = Weltmacht. Alfred T. Mahan und sein Einfluß auf die Seestrategie des 19. und 20. Jahrhunderts*. In: *Kiel, die Deutschen und die See*. Hrsg. von Jürgen Elvert. Stuttgart 1992, S. 35.

⁹⁵ Geboren wurde Mackinder 1861, als Großbritannien sich gerade in der Mitte des so genannten *imperial century* befand. Bei seinem Tod 1947 konnte Mackinder auf eine große Karriere zurückblicken, von der der englische Politologe Geoffrey Sloan schreibt, „it could have constituted the careers of at least five men, not one“. Mackinder tat sich lange Jahre als Kämpfer für eine Etablierung der Geographie als wissenschaftliche Disziplin in Großbritannien hervor. Die britische Erdkunde beschränkte sich damals auf das bloße Auswendiglernen von geographischen Punkten und fand zunächst keinerlei Einzug in die Hochschulbildung. Hervorzuheben sind hier vor allem ein Artikel zu *On the Scope and Methods of Geography* sowie sein Werk *Britain and the British Seas*. Neben einer Tätigkeit als Entdecker war Mackinder vor allem als Dozent an unterschiedlichen Hochschulen in England tätig. Von 1887 bis 1903 war er zeitlich Dozent in Oxford, Reading und an der von ihm mitbegründeten London School of Economics, deren Direktor er von 1903 bis 1908 war. Ein Interesse für wissenschaftliche Zusammenhänge brachte Mackinder insbesondere aus dem familiären Umfeld mit. Obschon er aus der unteren Mittelschicht stammt, war ein Einfluss der intellektuellen Eliten Englands innerhalb der Familie durchaus wahrnehmbar. Sein Vater war ein angesehener Arzt. Neben diesem beachtlichen akademischen Lebenslauf machte er ebenfalls Karriere in Verwaltung und Politik. So war er von 1910 bis 1922 Mitglied des House of Commons. Ende 1919 bis Anfang 1920 war er Hoher Kommissar in Südrussland. Für seine gesellschaftlichen und parlamentarischen Verdienste wurde er 1920 zum Ritter geschlagen. Unmittelbar vor seinem politischen Engagement begann sich Mackinder damit zu beschäftigen, was weiter oben als Geopolitik definiert wurde. Grundlage für diese Beschäftigung war in Mackinders Fall, der Wunsch das Britische Empire in *pomp and circumstance* zu erhalten.

Sein Leben kann in zwei Abschnitte geteilt werden: Zunächst als Kämpfer für eine Etablierung der Geographie als wissenschaftliche Disziplin, danach als *Patriot*, der sich um die Zukunft des Empires sorgte und versuchte durch die von ihm mitentwickelte Geopolitik eine Antwort auf zukünftige politische Entwicklungen zu finden. Geoffrey Sloan bezeichnet Mackinder als Universalgelehrten (*polymath*), dessen Vermächtnis jedoch insbesondere in der Geopolitik zu sehen ist. Grundlage hierfür ist die sogenannte *Heartland*-Theorie.

contribution of modern geography to man's view of his political world".⁹⁶ Seine Theorie fußt auf drei Werken: dem 1904 veröffentlichten Vortrag *The Geographical Pivot of History*, dem 1919 publizierten Buch *Democratic Ideals and Reality* sowie dem 1943 in der Zeitschrift *Foreign Policy* erschienenen Artikel *The Round World and the Winning of the Peace*.⁹⁷

Grundlage aller drei Texte ist Mackinders Sorge um die Zukunft des *British Empire*.⁹⁸ Er versucht auf historischer und geographischer Grundlage eine Antwort auf die Frage zu finden, wie sich Großbritannien zukünftig in der Außenpolitik ausrichten sollte. William Parker schreibt hierzu: „[...] [H]is famous 1904 paper shows that he did not abandon the historical perspective in explaining the present and suggesting the future.“⁹⁹

Mackinder teilt die Menschheitsgeschichte unter besonderer Berücksichtigung der Geschichte des eurasischen Kontinents in drei Perioden ein: die präkolumbianische, die kolumbianische und die postkolumbianische Epoche.¹⁰⁰ Er orientiert sich hierbei an der knapp 400 Jahre zuvor erfolgten *Entdeckung Amerikas* durch Kolumbus.¹⁰¹ Das kolumbianische Zeitalter, der Zeitraum zwischen 1500 bis 1900, sei das Zeitalter großer Entdeckungen gewesen. Diese Phase der „geographical exploration“ neige sich nun dem Ende zu, da „[...] scarcely a region [is] left for the pegging out of a claim of ownership [...]“. In anderen Worten: Es gab, inklusive der Polargebiete, keinen Raum auf der Welt mehr, der entdeckt oder gar erobert werden konnte. Das vorausgehende kolumbianische Zeitalter habe es den Europäern erlaubt, aus dem sehr eingeschränkten Raum der europäischen Halbinsel auszubrechen und in die Welt zu expandieren. Durch den Wegfall neuer Expansionsräume würde es nun in der postkolumbianischen Phase erneut zu einem „engen politischen System“ kommen. Diesmal

⁹⁶ Parker, William H.: *Mackinder. Geography as an aid to statecraft*. Oxford 1982, S. 34. Dort zit. n. Hartshorne, Richard: *Political Geography*. In: *American geography. Inventory and prospect*. Hrsg. von Preston E. James u. Clarence F. Jones. Syracuse 1954, S. 174.

⁹⁷ Mackinder, Halford John: *The Geographical Pivot of History*. In: *The Geographical Journal* 4 (1904), S. 421–437. Der vor der *Royal Geographical Society* gehaltene Vortrag wurde 1978 als einer der 29 wichtigsten Texte, die je geschrieben wurden, bezeichnet (Sloan, Geoffrey: *Sir Halford J. Mackinder. The Heartland Theory Then and Now*. In: *Geopolitics, Geography and Strategy*. Hrsg. von Colin S. Gray u. Geoffrey Sloan. London 1999, S. 18. Dort zit. n. Downs, R. B.: *Books that Changed the World* 1978, o.S.); Mackinder, Halford John: *Democratic ideals and reality. A study in the politics of reconstruction*. Washington 1996; Mackinder, Halford John: *The Round World and the Winning of the Peace*. In: *Foreign Policy* 4 (1943), S. 595–605.

⁹⁸ Vgl. Sloan, Geoffrey: *Sir Halford J. Mackinder*, S. 18.

⁹⁹ Parker, William H.: *Mackinder*, S. 34.

¹⁰⁰ Im Original: „the Columbian epoch“.

¹⁰¹ Natürlich handelt es sich hierbei um eine eurozentrische Sichtweise, die frühere Kontakte zwischen Amerika und anderen Kontinenten ignoriert sowie davon ausgeht, der genuesische Seefahrer Christoph Kolumbus (ital. Cristoforo Colombo) hätte 1492 mit Ankunft auf den Bahamas Amerika entdeckt.

wäre dieses System allerdings ein globales, weltweit vernetztes. In ihm würde jede soziale Erschütterung selbst auf der anderen Seite des Globus ein Echo finden.¹⁰²

Schon einmal sei Europa in der Epoche vor der europäischen Expansion derart eingeengt gewesen. In dieser präkolumbianischen Epoche sei es stark geprägt durch die Geschichte Asiens. Dies beziehe sich vor allem auf die bestehende Gefahr einer Invasion aus Asien, namentlich der Asiatischen Steppe. Mit Beginn des postkolumbianischen Zeitalters würde Russland die Rolle des früheren Mongolenreiches einnehmen. Es würde Druck auf seine westlichen Nachbarn, namentlich Finnland, Polen, die Türkei, Persien, Indien und China ausüben.¹⁰³

Während im *Tudor Century*¹⁰⁴ (16. Jahrhundert) der Westen die Weltmeere eroberte, begann zeitgleich eine Expansion Moskaus nach Osten. Russlands Rolle verändere sich nun mit Beginn des postkolumbianischen Zeitalters durch die Erschließung dieses gewaltigen Raumes durch die Technik. Die Bedeutung der Eisenbahn sei hierbei nicht zu unterschätzen. Sie habe zur Folge, dass die immensen Entfernungen innerhalb des Empires nun sehr viel kleiner wurden.¹⁰⁵ Durch den technischen Fortschritt wären die drei miteinander verbundenen Landmassen Europa, Asien und Afrika, die Mackinder als *Weltinsel* (*World Island*) bezeichnet, stark miteinander verknüpft und würden die größte geographische Einheit auf der Welt darstellen.¹⁰⁶

Laut Mackinder ergäbe sich hier (v.a. für Großbritannien) die Gefahr, dass die Weltinsel (oder große Teile von ihr) sich in Zukunft vereinigen könnten. Ein solcher Superstaat wäre See- und Landmacht in einem und würde die Seemächte des äußeren Randes (neben Großbritannien die USA, Australien und Japan) geopolitisch an den Rand drängen.¹⁰⁷ Mackinder nimmt hierbei an,

¹⁰² Mackinder, Halford John: *The Geographical Pivot of History*, S. 422.

¹⁰³ Ebd., S. 436.

¹⁰⁴ Das Haus Tudor ist ein walisisches Adelsgeschlecht, das im ausgehenden 15. und im 16. Jahrhunderte die Herrscher Englands stellte. Zu den bedeutendsten Tudor-Häupten zählen neben Heinrich VII. (1485–1509) und Heinrich VIII. (1509–1547) insbesondere Elisabeth I. (1558–1603).

¹⁰⁵ Während man für eine Reise von London nach Kapstadt mit der Eisenbahn um die Jahrhundertwende drei Wochen benötigte, betrug die Reisezeit 50 Jahre zuvor noch doppelt so lange. Ähnlich verhielt es sich durch die Dampfschiffahrt mit längeren Seereisen. Vgl. Wende, Peter: *Das Britische Empire. Geschichte eines Weltreiches*. München² 2009, S. 211.

¹⁰⁶ Mackinder, Halford John: *Democratic ideals and reality*, S. 52; ebd., S. 47: Mackinder bezeichnet sie als die *Alte Welt* (*Old World*). Interessant ist hierbei die Analogie zum antiken Weltbild (z.B. Ptolemäus), das auch nur diese drei Kontinente kannte. Eine geographische Einheit einer Weltinsel besteht allerdings im besten Fall nur theoretisch. Die Landbrücke zwischen Afrika und Asien ist sehr eng. Der Isthmus stellt auch heute mit dem Suezkanal keine Hauptverkehrsachse in Ost-West-Richtung dar – insbesondere nicht als Eisenbahnübergang.

¹⁰⁷ Ebd., S. 49.

dass eine solche Dominanz der Weltinsel von Osteuropa ausgehen würde. Dies wird in einer in Zusammenhang mit Mackinder oftmals zitierten Aussage zum Ausdruck gebracht:¹⁰⁸

Who rules East Europe commands the Heartland:

Who rules the Heartland commands the World Island:

Who rules the World Island commands the World.

Mackinder geht für die Menschheitsgeschichte von einem ständigen Kampf zwischen See- und Landmächten aus. Hierbei gäbe es eine Region auf der Weltinsel, die für Seemächte unzugänglich wäre. Er bezeichnet diese Region als das *Heartland*.¹⁰⁹ Dieser Raum ist hauptsächlich im östlichen Teil Europas und Zentralrussland zu verorten. Wie weit sich dieser Raum nach Osten und vor allem nach Westen erstreckt, ist nicht genau definiert und schwankt in den drei oben genannten Werken. Im *Geographical Pivot of History* breitet er sich westlich bis kurz vor die Ostgrenze der früheren polnischen Adelsrepublik aus. In *Democratic Ideals und Reality* spricht Mackinder von

[a] great belt of forest, mainly of the evergreen type of the pines and firs, spreads from North Germany and the Baltic shore right across to Manchuria, connecting by a forest ribbon, as it were, the forests of Europe with those of the Pacific Coast.¹¹⁰

Im Jahre 1943 wurde Mackinder vor dem Licht des zu Ende gehenden Zweiten Weltkrieges gebeten, seine These auf den neuesten Stand zu bringen. In *The Round World and the Winning of the Peace* verteidigte er seine früheren Thesen.¹¹¹ Deutschland sieht er als besiegt an. Neuer Gegner der angelsächsischen Welt würde die Sowjetunion werden, deren Einflussgebiet mit dem *Heartland* identisch sei.¹¹² Moskau würde durch einen Sieg über Nazi-Deutschland zur größten Landmacht auf dem Kontinent aufsteigen.¹¹³

Er wusste, dass seine *Heartland*-Theorie keine Allgemeingültigkeit für alle Zeiten haben werde, was er in dem Satz zusammenfasste, dass „[e]ach century has had its own geographical perspective“.¹¹⁴ Trotzdem beeinflusste er durch sein Schaffen eine Generation von Globalstrategen.¹¹⁵

¹⁰⁸ Ebd., S. 106.

¹⁰⁹ Die Formulierung *Heartland* findet sich erstmals in ebd., S. 55. In seinem Aufsatz von 1904 bezeichnet er die gleiche Region als *Pivot Area* (Schlüsselregion).

¹¹⁰ Ebd., S. 58.

¹¹¹ Ebd., S. xxi.

¹¹² Ebd., S. 194.

¹¹³ Ebd., S. 197.

¹¹⁴ Ebd., S. 21.

¹¹⁵ Ebd., S. xv.

Der wichtigste Unterschied zwischen seinem ursprünglichen Aufsatz von 1904 und seinen späteren beiden Veröffentlichungen (1919 und 1943) ist seine Fokussierung auf Zentraleuropa.¹¹⁶ In diesem Raum dürften Slawen und Germanen jeweils nicht über den anderen dominieren, sondern müssten getrennt werden. Es müsste ein Ende des Zwei-Staaten-Systems (Deutschland und Russland) in Ostmitteleuropa angestrebt werden sowie kleinere Staaten geschaffen werden, die durch den Völkerbund geschützt werden.¹¹⁷ Mackinders Ideen ähnelten stark den Ergebnissen der Pariser Friedenskonferenz, jedoch sind die Motive andere gewesen.¹¹⁸ Während auf den Pariser Vorortkonferenzen (und zuvor schon durch Woodrow Wilson)¹¹⁹ in erster Linie mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker sowie einer Bestrafung der Besiegten argumentiert wurde, ging es Mackinder um eine „entscheidende Notwendigkeit“ des Vorhandenseins eines Gürtels von unabhängigen Staaten zwischen Deutschland und Russland.¹²⁰ Als alliierter Kommissar in Südrussland strebte er ebenfalls eine Zersplitterung Osteuropas an. In seinem Bericht an die Londoner Regierung schlug er auch hier die Schaffung mehrerer osteuropäischer Staaten vor: „White Russia“,¹²¹ Ukraine, „Bolshevik Russia“, und „South Russia“.¹²² Die Zerteilung und Zertrennung Mittel- und Osteuropas diente primär der Verhinderung der Bildung einer deutschen oder russischen Großmacht, die diesen Raum beherrscht und damit vielleicht zu einer unbesiegbaren Landmacht aufsteigen würde. Mackinder sah vor, dass diese „zwischen den Meeren“ gelegenen Staaten sich gemeinsam gegen ihre beiden großen Nachbarn verbinden könnten. Diese Idee erinnert sehr stark an die Vorstellungen eines *Intermarium*.¹²³ Der Historiker Mark Polelle geht so weit zu behaupten, Józef Piłsudski¹²⁴ habe Mackinder auf diese Idee eines Bündnisses jener Staaten zwischen Deutschland und Russland gebracht. Mackinder verweilte auf seinem Weg nach Südrussland einige Tage in Warschau, wo er auch den *Naczelnik Państwa* (Staatsoberhaupt) getroffen haben soll.¹²⁵

¹¹⁶ Vgl. Sloan, Geoffrey: *Sir Halford J. Mackinder*, S. 27.

¹¹⁷ Ebd.

¹¹⁸ Parker, William H.: *Mackinder*, S. 167.

¹¹⁹ Woodrow Wilson (1856–1924), US-amerikanischer Politiker (Democratic Party), 1913-1921 US-Präsident.

¹²⁰ Ebd.

¹²¹ Es ist anzunehmen, dass hiermit ein belarussischer Staat gemeint ist und keiner der Weißen Armee.

¹²² Blouet, Brian W.: *Halford Mackinder. A Biography*. College Station 1987, S. 175.

¹²³ Siehe Kap. 4.6.3./4.6.4.

¹²⁴ Siehe Kap. 2.4.2.

¹²⁵ Polelle, Mark: *Raising cartographic consciousness. The social and foreign policy vision of geopolitics in the twentieth century*. Lanham 1999, S. 78: „Before meeting Denikin on 10 January 1920, Mackinder stopped in Warsaw, Bucharest, and Sofia in order to forge a general anti-Bolshevik alliance. His conversations with the Polish general Piłsudski led Mackinder to believe in the possibility of creating a pan-Eastern European anti-Bolshevik alliance, whose two most important leaders would be Denikin and Piłsudski. [An] [a]greement was finally reached with Denikin on the acceptance in principle of the proposed alliance. According to Mackinder's plan, Denikin was to accept arbitration on the issue of the Russo-Polish border. Mackinder also planned an unexpected enlargement

Ein Potential, diesen Raum zu beherrschen, hatte seiner Meinung nach Deutschland. Demnach ist es für ihn zunächst der Hauptgegner.¹²⁶ Deutschland nahm so Mackinder eine Position an der Peripherie zwischen dem *Heartland* und dem ozeanischen Raum ein. Die *Mitteleuropa*-Konzeption¹²⁷ hätte Deutschland derart stärken können, dass es hätte gelingen können, den Kontinent zu dominieren. Bei Mackinder gab es demnach keinen Platz für ein deutsches *Mitteleuropa*.¹²⁸

Daher zielt auch die Aussage „Who rules East Europe commands the Heartland“ in erster Linie auf Deutschland ab, da Mackinder 1904 davon ausging, dass es Berlin gelingen könnte, eine Besetzung beziehungsweise Kontrolle Osteuropas als einen Zugang zum *Heartland* zu nutzen.¹²⁹ Eine solche „strategische Position“ in Europa hätte dazu führen können, dass Deutschland zur größten Landmacht aufgestiegen wäre, die sich dann allmählich auch zur Seemacht hätte entwickeln können – und damit stark genug wäre, die britische Seemacht zu neutralisieren.¹³⁰

Polen selbst taucht in den Werken Mackinders primär als Werkzeug des Westens auf, um mit anderen Staaten des ostmitteleuropäischen Raumes Deutschland und Russland voneinander zu trennen. Wie sehr Polen hierbei mehr Spielball als ernstgenommener Partner war, zeigt sich beispielsweise in Mackinders Vorschlag das Problem des polnischen Korridors durch einen Bevölkerungsaustausch zu lösen. Hierbei sollte die polnische Bevölkerung Großpolens gegen die deutschstämmigen Bewohner Ostpreußens getauscht werden.¹³¹

Vor diesem Hintergrund sollte auch die Bedeutung der deutsch-polnischen Beziehungen bei Mackinder verstanden werden. Beide großen Nachbarn Polens, Russland und Deutschland, sieht der Brite als Gefahr für das britische Weltreich an. Es gilt beide zu schwächen und sowohl eine russische Dominanz über Ost- und Ostmitteleuropa als auch eine Herrschaft oder gar nur

of the Versailles settlement in Eastern Europe that would see the creation of such new States in the areas of Daghestan, Azerbaijan, Armenia, Georgia, South Russia, the Ukraine and White Russia.”

¹²⁶ Parker, William H.: *Mackinder*, S. 167.

¹²⁷ Siehe Kap. 2.3.3. Der Begriff *Mitteleuropa* findet sich hier sowie im Folgenden in kursiver Schreibweise, wenn er sich auf ein politisches Konzept (wie beispielsweise bei Naumann) bezieht. Sollte auf eine kursive Schreibung verzichtet worden sein, bezieht sich der Begriff auf Mitteleuropa als geographischem Raum.

¹²⁸ Sinnhuber, Karl: *Central Europe - Mitteleuropa - Europe Centrale. An Analysis of a Geographical Term*. In: *Transactions and Papers* 20 (1954), S. 16.

¹²⁹ Parker, William H.: *Mackinder*, S. 220.

¹³⁰ Mackinder, Halford John: *Democratic ideals and reality*, S. 191–192.

¹³¹ Ebd., S. 113: „Why should we not contemplate an exchange of peoples as between Prussia east of the Vistula, and Polish Posen? During this war we have undertaken much vaster things, both in the way of merely transport and also of organization. In the past, in order to deal with such difficulties, diplomatists have resorted to all manner of "servitudes" as the land lawyers would say. But rights-of-way over other people's property usually become inconvenient and lead to disputes. Would it not pay humanity to bear the cost of a radical remedy in this case, a remedy made just and even generous towards individuals in every respect?“

Führung Deutschlands in Mitteleuropa, die wohlmöglich nach Osten abstrahlt, zu verhindern. Polen ist hierbei allerdings in erster Linie kein Partner, sondern nur Mittel, um diesen Zweck zu erfüllen. Dies zeigt sich ebenfalls darin, dass Polen in Mackinders Publikationen kein großer Raum eingeräumt wird.

2.2.2. Nicholas J. Spykman

Der Schwerpunkt in der Beschäftigung mit der klassischen Geopolitik lag laut dem Historiker Bordonaro in den letzten Jahrzehnten größtenteils bei Mahan und Mackinder.¹³² Spykman¹³³ wurde hierbei eher vernachlässigt. Nichtsdestotrotz zählt er zu den wichtigsten Vertretern der (angelsächsischen) Geopolitik, dessen Theorien – aufgrund ihrer Bedeutung (auch) für den mitteleuropäischen Raum – nicht vernachlässigt werden dürfen.

Auf Grundlage seines Schaffens gilt er als einer der *Väter der Schule des Realismus*. So bezeichnet der Politologe Francis Sempa insbesondere Spykmans Werk *America's Strategy in world politics* nicht nur als „a masterful analysis of world politics“, sondern auch als „U.S. grand strategy informed by geopolitical realism“.¹³⁴ Sein Realismus verdeutlicht sich in einer genaueren Betrachtung seiner Thesen. Außenpolitik müsse sich, sofern sie praktisch sein will, nicht an Träumen, sondern viel mehr an der Realität orientieren.¹³⁵ Er formuliert damit eine Grundlage des Realismus, in dem die Wirklichkeit Ausgangspunkt für das Handeln ist und nicht ein Idealismus beziehungsweise eine Utopie. Vor diesem realistischen Hintergrund sieht Spykman auch Allianzen zwischen verschiedenen Staaten. Bündnisse sind für ihn lediglich Teil eines Mächtspiels und dienen allein dem Erhalt der Sicherheit. Sie sollen nur geschlossen werden, wenn sich für einen Staat hierdurch ein machtpolitischer Vorteil

¹³² Bordonaro, Federico: *Rediscovering Spykman. The Rimland, Geography of Peace and Foreign Policy*. http://www.exploringgeopolitics.org/publication_bordonaro_federico_rediscovering_spykman_rimland_geography_peace_foreign_policy/ (3.10.2016).

¹³³ Nicholas J. Spykman (1893–1943) entstammt einer niederländischen Familie und wurde 1893 in Amsterdam geboren. Er besuchte zunächst die Technische Universität Delft in Zuid-Holland (Südholland), setzte dann seine Studien an der Universität in Kairo fort, um schließlich seinen Abschluss in Yale zu machen. Während seines Aufenthalts in Ägypten war er als Korrespondent für den Nahen und Mittleren Osten tätig (Ó Tuathail, Gearóid: *Geopolitik. Zur Entstehung einer Disziplin*. In: *Geopolitik. Zur Ideologiekritik politischer Raumkonzepte*. Hrsg. von Reinhard Zeilinger, Christian Rammer u. a. Wien 2001, S. 24). Im Jahre 1923 wurde er mit einer Arbeit zu den soziologischen Theorien Georg Simmels an der University of California promoviert (Spykman, Nicholas J.: *America's strategy in world politics*. New Brunswick, NJ 2008, S. xxii). Im Anschluss arbeitete er zunächst an der kalifornischen Universität und kehrte dann 1925 nach Yale zurück. Dort wurde er zum Sterling Professor of International Relations (hierbei handelt es sich um den höchsten akademischen Grad der Yale University, der dem besten Akademiker eines Fachbereichs verliehen wird. (Fellman, Bruce: *How Sterling Professors Get That Way*. http://archives.yalealumnimagazine.com/issues/99_02/sterling.html (9.1.2021)). Zehn Jahre später gründete er das Institute of International Studies an der Yale University, an der er bis zu seinem plötzlichen Tod 1943 im Alter von 49 Jahren tätig war.

¹³⁴ Spykman, Nicholas J.: *America's strategy in world politics*, S. xvii.

¹³⁵ Ebd., S. 446.

ergibt.¹³⁶ Die Frage des eigenen Vorteils steht somit für Spykman an erster Stelle. Ziel der Bündnispolitik, aber auch der Außenpolitik insgesamt, ist die Schaffung eines Gleichgewichts der Kräfte. Diese *Balance of Power* wäre es, die Sicherheit garantiere. Spykman spricht sich entschieden gegen eine Zusammenarbeit aus, wenn diese nur auf der idealistischen „Verkündung guter Intentionen“ beruhe.¹³⁷ „Gute Intention“ in der Zusammenarbeit widerstreben Spykman möglicherweise deshalb, da er hierbei einen Widerspruch zu den Interessen eines Staates sieht.

Ein weiterer Grundzug des politischen Realismus lässt sich in Spykmans Annahme erkennen, wonach die Weltordnung anarchisch wäre. So gäbe es keine den Staaten übergeordnete Autorität. Die Staatenordnung – hiervon geht die Schule des Realismus aus – sei ein anarchisches System von unterschiedlich starken Partnern, die gegenseitig miteinander konkurrieren. Aufgrund der Abwesenheit einer Autorität strebten Staaten in erster Linie nach Sicherheit zur Bewahrung der eigenen territorialen Integrität und der politischen Unabhängigkeit.¹³⁸ Für Spykman ergab sich hieraus ein beständiger Machtkampf zwischen den Staaten, der zum Überlebenskampf würde.¹³⁹ Macht ergäbe sich für Staaten aus mehreren Faktoren: Größe und Beschaffenheit eines Territoriums, Bevölkerung, Rohstoffkapazitäten, ökonomische und technologische Entwicklung, Stabilität des politischen Systems, sein Nationalgeist (*national spirit*), seine militärische Stärke und die Stärke potentieller Feinde.¹⁴⁰ Für Spykman ist es zwar ein schrecklicher, aber dennoch wesentlicher Bestandteil des Staatensystems, dass es in diesem Kampf um Macht gelegentlich zum Krieg kommt.¹⁴¹ Dies ist sicherlich ebenso in seinem Verständnis begründet, dass Moral in der Außenpolitik nur eine geringe oder gar keine Rolle spiele. Macht werde nicht dafür eingesetzt, Wert- und Moralvorstellungen zu transportieren, sondern Wert- und Moralvorstellungen dienen als Werkzeug zur Aufrechterhaltung der Macht.¹⁴² Auch diese Vorstellung der geringen Bedeutung von Moral und Ethik findet sich als Eckpfeiler des Realismus wieder. Spykmans Vaterschaft für die politische Schule des Realismus ist deutlich erkennbar.

Ein nur indirekt mit dem Realismus verbundener Eckpfeiler ist die Geographie. Laut Spykman ist die geographische Lage „der fundamentalste Faktor in [der] Außenpolitik“. Grund

¹³⁶ Ebd., S. 23–24.

¹³⁷ Ebd., S. 20.

¹³⁸ Ebd., S. 17. Vgl. S. xvii.

¹³⁹ Ebd., S. 18.

¹⁴⁰ Ebd., S. xvii–xviii.

¹⁴¹ Ebd., S. 25.

¹⁴² Ebd.

hierfür ist Spykmans Annahme, dass sich die Geographie eines Staates niemals grundlegend verändert.¹⁴³ Die Lage wird damit zum Ausgangspunkt außenpolitischer Überlegungen. Spykman wendet sich der Bedeutung der Geographie insbesondere in zwei Artikeln zur *Geography and Foreign Policy* zu.¹⁴⁴ So beschäftigte er sich mit der Bedeutung der (regionalen und globalen) Lage eines Staates sowie seiner Größe. Seiner Meinung nach sei die Geographie „die territoriale Grundlage, von der aus [ein Staat] in Kriegszeiten und Zeiten der temporären Waffenruhe, die wir Frieden nennen, operiert“. ¹⁴⁵ Spykman überbetont die Geographie jedoch nicht. So grenzt er sich von einem Geodeterminismus ab, da er ihn zwar als wichtigste, aber eben nicht als einzige Grundlage für die Außenpolitik anzieht.¹⁴⁶

Bekannt ist Spykman insbesondere für seine *Rimland*-Theorie. Wie Halford J. Mackinder ist Spykman auf der Suche nach einer Region, die sich für die Staaten als besonders günstig erweist. Anders als sein britischer Kollege sieht er diese Region aber nicht im eurasischen *Heartland*. Zwar verfüge jenes Kernland über Rohstoffreserven (vor allem in Sibirien), deren Größe sei allerdings unbekannt oder aber unzureichend hoch. Der von Mackinder angesprochene Ausbau der Eisenbahn in Russland würde zwar die Mobilität verbessern, diese sei jedoch weiterhin aufgrund des Klimas (Permafrost) eingeschränkt.¹⁴⁷

Für Spykman liegt die entscheidende Region um das *Heartland* herum. Diese von Mackinder als *inner or marginal crescecent* bezeichnete Region, nennt Spykman *Rimland* ¹⁴⁸. Ähnlich wie Mackinders *inner crescecent* erstreckt sich dieser Raum in einem Bogen von Westeuropa über den Mittleren Osten und Indien nach China. Das *Rimland* stelle eine Übergangszone zwischen See- und Landmächten dar. Analog zu Mackinders These heißt es somit bei Spykman:¹⁴⁹

Who controls the Rimland rules Eurasia,
who rules Eurasia controls the destinies of the world.

¹⁴³ Ebd., S. xiv.

¹⁴⁴ Spykman, Nicholas J.: *Geography and Foreign Policy I*. In: The American Political Science Review 32 (1938), S. 28–50; Spykman, Nicholas J.: *Geography and Foreign Policy II*. In: The American Political Science Review 32 (1938), S. 213–236.

¹⁴⁵ Spykman, Nicholas J.: *Geography and Foreign Policy I*, S. 29.

¹⁴⁶ Ebd., S. 30.

¹⁴⁷ Spykman, Nicholas J.: *The geography of the peace*. Hamden Conn. 1969, S. 39.

¹⁴⁸ *Rim* übersetzt sich ins Deutsche mit *Rand* oder *Ufer*. Das Verb (*to*) *rim* hat die Bedeutung *umgeben, umrahmen, umfassen*. Eine Übersetzung des Begriffs *Rimland* könnte somit Randgebiete sein, denn schließlich handelt es sich aus Perspektive des *Heartlands* um die Randgebiete Eurasiens.

¹⁴⁹ Ebd., S. 43.

Neben diesen eigenen geopolitischen Überlegungen versucht Spykman ebenfalls eine generelle Definition der Geopolitik zu liefern. Geopolitik ist für ihn Außenpolitik in Verbindung mit einer geographischen Analyse.¹⁵⁰ Hierdurch sei es zu drei unterschiedlichen Denkrichtungen gekommen:¹⁵¹

1.) Er nennt zunächst die *Deutsche Schule*. Diese versuche eine Theorie der Entwicklung von Staaten zu schaffen. Die Expansion wird hierbei zum Ziel des staatlichen Handelns.

2.) Eine andere Denkrichtung sähe die Geopolitik als Synonym für die politische Geographie. Hierdurch würde die Geopolitik zu einem reinen Teilgebiet der Geographie, in dem es lediglich darum ginge, die Struktur einzelner Staaten zu beschreiben sowie die Welt in unterschiedliche Einheiten einzuteilen.

3.) Spykman fühlt sich einer dritten Richtung zugehörig. In ihrem Zentrum stünde die Planung einer effektiven Sicherheitspolitik für einen Staat. Dieses Verständnis von Geopolitik, das eng mit dem sich später auch aus Spykmans Theorien entwickelnden Realismus verbunden ist, betont in erster Linie die Praxis und den Pragmatismus. Das Ziel des Staates scheint hierbei nicht die Ausbreitung des eigenen Territoriums zu sein, sondern vielmehr die Schaffung von Sicherheit und damit die Absicherung der eigenen Souveränität.¹⁵²

Er betont vor allem einen Gegensatz zwischen den englischen *geopolitics* und der deutschen *Geopolitik*. Letztere bezeichnet er als metaphysischen Unsinn, „to impose a mystical, moral sanctity“.¹⁵³ Die Tatsache, dass deutsche Wissenschaftler die Geopolitik missbraucht hätten, sei aber kein Grund die Geopolitik sowie ihre Methoden und Ergebnisse vollends zu ignorieren.¹⁵⁴ Auf dieser Grundlage versteht Bordonaro Spykman als angelsächsische „insular response“ auf die *Deutsche Geopolitik*.¹⁵⁵ Für ihn gibt Spykman insbesondere Antworten auf Friedrich Ratzels politisch-geographische Analysen der Bedingungen für Größe und Macht eines Staates.¹⁵⁶ Spykman verweist zunächst auf Mahan, der eine Verlagerung der Macht zur See hin festgestellt hatte.¹⁵⁷ Zuvor habe die Macht bei den großen Landmächten (Rom, China, Russland) gelegen.¹⁵⁸ Spykman argumentiert, dass die meisten mächtigen Staaten flächenmäßig

¹⁵⁰ Ebd., S. 6.

¹⁵¹ Ebd.

¹⁵² Zumindest in der Theorie ist er damit näher an dem, was weiter oben als *geopolityka* bezeichnet wurde.

¹⁵³ Ebd., S. 7.

¹⁵⁴ Ebd., S. 8.

¹⁵⁵ Bordonaro, Federico: *Rediscovering Spykman*, S. 5.

¹⁵⁶ Ebd.

¹⁵⁷ Mahan, Alfred Thayer: *The influence of sea power upon history. 1660-1783*. Gloucester¹² 2009.

¹⁵⁸ Spykman, Nicholas J.: *The geography of the peace*, S. 35.

relativ groß waren, es aber gleichzeitig auch kleine Mächte (Venedig, Niederlande, Großbritannien) gab, die durch ihre Seemacht große Imperien beherrschten. Für Spykman ist nicht allein die Größe eines Staates das wichtigste Kriterium, sondern die potenzielle Größe beziehungsweise das Potential, was ein Staat aus seiner Größe schafft herauszuholen. Die reine territoriale Größe kann hierbei nicht nur als Stärke, sondern auch als Schwäche ausgelegt werden. Dies könnte zum Beispiel der Fall sein, wenn der Staat durch die eigene Verwaltung gelähmt ist.¹⁵⁹ Wichtig für ein Staatswesen sei für Spykman vor allem der Zentralismus und eine effektive Kommunikation des Zentrums mit den Randgebieten eines Staates. Auf dieser Grundlage glaubt Spykman, dass es möglicherweise durch den technischen Fortschritt langfristig zur Festigung von Großstaaten kommen könne.¹⁶⁰ Bordonaro betont, dass Spykman das Erstarken großer Flächenstaaten wie der USA oder der UdSSR aber auch die Vereinigung Europas zu einer Konföderation vorhersagt (aus der Annahme heraus, dass nur große Staatsgebilde erfolgreich sein werden). Seine Prognosen stimmen mindestens dahingehend, dass die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion in der Nachkriegsordnung eine wichtige Rolle einnehmen würden.

Spykman gilt ebenfalls als Befürworter für eine Beendigung des US-Isolationismus.¹⁶¹ Gemeinsam mit Mackinder hatte er einen immensen Einfluss auf die Eindämmungspolitik (*Containment Policy*)¹⁶² der Vereinigten Staaten.¹⁶³ So heißt es bei dem türkischen Politologen (und früheren türkischen Ministerpräsident) Ahmet Davutoğlu:¹⁶⁴

The same geopolitical realities created, however, a bipolar international system justified by ideological differences. Spykman's modified version of Mackinder's theory about the Heartland became the geopolitical foundation of the American containment policy which was the permanent geo-strategic concern of policy-makers in Washington.

Der Behauptung, Spykman habe die bipolare Weltordnung des Kalten Krieges allerdings vorhergesagt, muss widersprochen werden. So meinte er, dass die Nachkriegsordnung sich nicht wesentlich von der Vorkriegsordnung unterscheiden würde.¹⁶⁵ Seiner Meinung nach

¹⁵⁹ Spykman, Nicholas J.: *America's strategy in world politics*, S. xiii.

¹⁶⁰ Ebd., S. xiii.

¹⁶¹ Sempa, Francis P.: *Spykman's World*. http://www.unc.edu/depts/diplomat/item/2006/0406/semp/sempa_spykman.html (16.7.2018).

¹⁶² Zur Politik der Eindämmung des Einflussbereiches der Sowjetunion nach dem Auseinanderbrechen der Anti-Hitler-Koalition 1947 vgl. X: *The Sources of Soviet Conduct*. In: *Foreign Policy* 4 (1947), S. 566–582 [Hinter dem Pseudonym X verbarg sich höchstwahrscheinlich der Politologe George Kennan].

¹⁶³ Gerace, Michael P.: *Between Mackinder and Spykman. Geopolitics, Containment, and After*. In: *Comparative Strategy* 10 (1991), S. 347–364.

¹⁶⁴ Davutoğlu, Ahmet: *The Clash of Interests. An Explanation of the World (Dis)order*. <http://sam.gov.tr/wp-content/uploads/2012/02/AhmetDavutoglu3.pdf> (16.2.2021), S. 4.

¹⁶⁵ Spykman, Nicholas J.: *America's strategy in world politics*, S. xxvi.

würde sich der Konflikt zwischen Frankreich, Deutschland und Osteuropa auch nach dem Zweiten Weltkrieg fortsetzen. Er begründete dies damit, dass der Nationalismus in Europa weiterhin stark sein werde. Infolgedessen gäbe es auf dem Kontinent weiterhin sehr viele Staaten. Auch ein den Kriegszustand ablösender Frieden würde hieran nichts ändern. Aus der bequemen Position des Historikers kann Spykman attestiert werden, dass er die Zweiteilung Europas¹⁶⁶ nicht vorausgesehen hat. Er vermutet zwar eine Einigung Europas, geht aber nicht davon aus, dass diese so stark sein würde, dass sie die europäischen Staaten eng aneinanderbinden könnte.¹⁶⁷

In Bezug auf den mitteleuropäischen Raum lässt sich erkennen, worum es Spykman mit seiner *Rimland*-Theorie geht. Er warnt sowohl vor einem zu starken Russland wie auch vor einem zu starken Deutschland. Auch in der Situation eines besiegten Deutschlands stünde fest, dass „[a] Russian state from the Urals to the North Sea can be no great improvement over a German state from the North Sea to the Urals“.¹⁶⁸ Da er sein *Rimland* für einen Raum hält, aus dem ein potentieller Gegner für die Vereinigten Staaten erwachsen könnte, müsse es zu *America's Strategy* (daher der Titel) gehören, den Aufstieg einer Großmacht in diesem Raum zu verhindern. Eine ähnliche Position findet sich bei Mackinder, der als Lösung unter anderem eine Stärkung der Staaten zwischen Deutschland und Russland (beziehungsweise der UdSSR) propagiert. Hierunter würde aufgrund seiner Lage insbesondere Polen fallen. Eine solche Unterstützung eines polnischen Staates findet sich bei Spykman nicht. So sei die spätere Hinwendung Großbritanniens nach Polen, die sich in Londons Garantieerklärung von 1939 manifestierte, einer der seltsamsten Entscheidungen der Diplomatiegeschichte gewesen. Diese ließe sich nur durch eine emotionale Reaktion durch die britische Öffentlichkeit erklären. Anders als alle vorausgegangenen territorialen Ansprüche Berlins (Österreich, Sudetenland, Böhmen und Mähren, Memel) sei die Frage des Korridors, eine gerechtfertigte Forderung gewesen. Gegen eine Unterstützung Polens spräche auch, dass der polnische Staat keine wirkliche demokratische Regierung besäße. Auch die Expansionsrichtung Deutschlands käme vielen im Westen gelegen, da sie sich nicht gegen den eigenen Staat richte, sondern nach Osten. Dies hätte zwar die Position Deutschlands gestärkt, aber es wäre auf Kosten Russlands geschehen. Spykmans Meinung nach hätte ein Vorgehen, wie es die britische Regierung 1939

¹⁶⁶ Hierbei ist von einer Einteilung Europas in einen politischen Osten und Westen auszugehen. Eigentlich muss mindestens von einer Dreiteilung gesprochen werden, da die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien blockfrei war. Auch Albanien war seit den 1960er Jahren kein Ostblockstaat mehr. Wird die Zugehörigkeit an einem militärischen Bündnis festgemacht, müssten auch die Schweiz, Österreich, Finnland und Schweden ausgeklammert werden, die keine NATO-Mitglieder waren beziehungsweise sind.

¹⁶⁷ Spykman, Nicholas J.: *The geography of the peace*, S. 53.

¹⁶⁸ Spykman, Nicholas J.: *America's strategy in world politics*, S. 460.

mittels der „Anglo-Polish military alliance“ gewählt hatte, lediglich einen Sinn gemacht, wenn hierdurch das Gleichgewicht der Kräfte bedroht gewesen wäre.¹⁶⁹

Interessant im Hinblick auf die geopolitische Bedeutung der Beziehungen zwischen Deutschland und Polen ist ebenfalls Spykmans oben beschriebenes Verständnis von Allianzen. Eine *Werte- und Schicksalsgemeinschaft*, wie sie in den deutsch-polnischen Beziehungen ab Anfang der 1990er Jahre gefordert wurde, würde unter dieser Prämisse keinen Sinn machen. Ein Bündnis zwischen Berlin und Warschau muss als für beide Partner dem eigenen Sicherheitsinteresse dienen und somit einen starken Vorteil für beide Seiten haben. Es stellt sich somit die Frage, welche Bedeutung die deutsch-polnischen Beziehungen bei Spykman aus geopolitischer Sicht haben. Eine Antwort könnte wie folgt aussehen: Spykman argumentiert sehr stark aus der Sicht der Vereinigten Staaten. Seine Überlegungen stellen eine geopolitische Analyse dar, die für die USA richtungsweisend in der Außenpolitik sein sollen. Ziel ist – wie auch bei Mackinder – die Entstehung einer den eurasischen Kontinent beherrschenden Macht zu verhindern. Beide hier primär zu analysierenden Staaten, Deutschland und Polen, liegen in dem als *Rimland* bezeichneten Raum. Spykman sieht allerdings allein in Deutschland eine Gefahr diesen Raum zu beherrschen. Anders als Mackinder versteht er aber in Polen auch kein Werkzeug, das es gegen Deutschland unbedingt zu nutzen gilt.

2.3. Die Anfänge der *Deutschen Geopolitik*

Der Begriff *Deutsche Geopolitik*¹⁷⁰ fiel bereits im Kontext der Betrachtungen der Anfänge der angelsächsischen Geopolitik. Die Definition entspricht hierbei jener von Spykman. Jene Schule stellt Begriffe wie Expansion, Lebensform und Lebensraum in den Vordergrund und unterscheidet sich damit nicht allein durch seine geographische Herkunft von der parallel zu ihr entstehenden angelsächsischen Schule. Mit seinen Anfängen sind insbesondere Friedrich Ratzel und Rudolf Kjellén verbunden. Vor dem Hintergrund des Forschungsthemas muss das Kapitel um die Person Friedrich Naumanns ergänzt werden.

¹⁶⁹ Ebd., S. 115–116.

¹⁷⁰ Im Begriff *Deutsche Geopolitik* ist ein Eigenname zu sehen, der sich auf die bis 1945 in Deutschland existierende Schule der Geopolitik bezieht. Dort, wo von *Deutscher Geopolitik* die Rede ist, sind ausdrücklich zeitgenössische Überlegungen gemeint. Auf die Unterscheidung von *Deutscher Geopolitik* und *deutscher Geopolitik* wurde in dieser Arbeit geachtet.

2.3.1. Friedrich Ratzel

Friedrich Ratzel¹⁷¹ gilt als *Vater der Geopolitik*.¹⁷² So ist Otto Maull der Meinung, dass ohne Ratzel die Entwicklung der Geopolitik undenkbar gewesen wäre. Ratzel ist der erste, der der Politischen Geographie seine heutige Gestalt gibt.¹⁷³ Diese beschränkte sich zunächst auf eine reine Staatengeographie.¹⁷⁴ Ratzel hingegen betonte die Wichtigkeit der Geographie vor allem für die Geistes- und Gesellschaftswissenschaften. Ohne die Geographie wären gesellschaftliche Theorien ohne Fundament.¹⁷⁵ Er wurde hierdurch zum „Reformator der politischen Geographie“.¹⁷⁶ „Ratzel hat damit als erster die politische Geographie, die bis dahin völlig systemlos zwischen Geschichte, Erdkunde, Nationalökonomie und Soziologie geschwankt hatte, zu einer klar umrissenen Teildisziplin der Geographie erhoben [...]“.¹⁷⁷ Für Ratzel hat die Geographie einen Einfluss auf den Menschen. Er bezeichnet dieses Verhältnis als Anthropogeographie (heute auch Humangeographie oder Kulturgeographie).¹⁷⁸

¹⁷¹ Ratzel wurde 1844 in Karlsruhe als Sohn eines badensischen Hofbeamten geboren. Nach einer Apothekerlehre studierte er zunächst Naturwissenschaften und wurde anschließend in Heidelberg zum Doktor der Philosophie promoviert. Nach mehreren europäischen Reisen wurde er 1874/75 Korrespondent für die Kölnische Zeitung in den Vereinigten Staaten. Die USA-Reise förderte sein Interesse am Darwinismus und machte aus dem Zoologen einen Geographen. Durch ein Interesse an der Kultur der amerikanischen Ureinwohner, versuchte er ein generelles Konzept zum Kontakt zwischen expandierenden und sich zurückziehenden Volksgruppen zu finden.

Nach seiner Rückkehr wandte er sich der erst wenige Jahre zuvor an deutschen Universitäten etablierenden Geographie zu. 1875 wurde er an der Universität München in diesem Fach habilitiert und übernahm ein Jahr später eine außerordentliche Geographie-Professur an der Technischen Hochschule in München. In der Hauptstadt des Königreiches Bayern blieb er als Ordinarius (seit 1880) bis zum Jahre 1886 und erhielt dann einen Ruf an die Universität Leipzig – erneut als Professor für Geographie. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählte die *Abhängigkeit der geschichtlichen Entwicklung der Menschheit von den Naturbedingungen ihres Bodens, des Klimas, der Pflanzen- und Tierwelt*. Ratzel beschäftigte sich somit mit den Beziehungen zwischen Natur und Mensch, wodurch er allgemeingültige Gesetze zu formulieren versucht. Ein Szientismus ist hierbei klar erkennbar. Ratzel war ein Mensch „von nahezu unvorstellbarer Produktivität“ und verfasste bis zu seinem Tod 1904 über 1.240 Publikationen (Müller, Gerhard H.: *Friedrich Ratzel (1844-1904). Naturwissenschaftler, Geograph, Gelehrter. Neue Studien zu Leben und Werk und sein Konzept der "Allgemeinen Biogeographie"*. Stuttgart 1996).

¹⁷² Henning, Richard: *Geopolitik. Die Lehre vom Staat als Lebewesen*. Wiesbaden 1924, S. 4; Kost, Klaus: *Friedrich Ratzel. Der Vater der Geopolitik? Rede und Gegenrede* (= Ratzel-Gedächtniskonferenz / Ratzel Centennial Conference). Leipzig 2004; Landowski, Jan-Victor: *Teorie Friedricha Ratzela a ideologia narodowosocjalistycznych Niemiec*. <http://geopolityka.net/teorie-friedricha-ratzela-a-ideologia-narodowosocjalistycznych-niemiec/> (7.9.2016)

¹⁷³ Hunter, James M.: *Perspective on Ratzel's political geography*. Lanham u.a. 1983, S. 242: Zur Unterscheidung von Geopolitik und Politischer Geographie bei Hunter siehe ebd., S. 245–252.

¹⁷⁴ Werber, Niels: *Geopolitik zur Einführung*, S. 45. Vgl. ebd., S. 49.

¹⁷⁵ Hagan, Charles B.: *Geopolitics*. In: *The Journal of Politics* 4 (1942), S. 479.

¹⁷⁶ Werber, Niels: *Geopolitik zur Einführung*, S. 45.

¹⁷⁷ Buttmann, Günther: *Friedrich Ratzel. Leben und Werk eines deutschen Geographen 1844-1904* (= Große Naturforscher 40). Stuttgart 1977, S. 88–89.

¹⁷⁸ Ratzel, Friedrich: *Anthropogeographie. Grundzüge der Anwendung der Erdkunde auf die Geschichte*. Stuttgart 1899.

Es ist Ratzel, der als einer der ersten die politische Bedeutung einer geographischen Lage betont.¹⁷⁹ Er versteht den politischen Staat als „organisches Wesen“,¹⁸⁰ das „wie eine langsam flüssige Masse“ wachse oder zurückginge.¹⁸¹ In jedem Fall sei ein Staat einer ständigen Evolution ausgesetzt.¹⁸² Staaten würden vor allem durch Kultur wachsen. Völker auf einem vermeintlich niedrigen zivilisatorischen Level könnten lediglich Kleinstaaten bilden. Naturvölker seien nicht in der Lage Großstaaten zu schaffen.¹⁸³ Hierbei sei es ein natürlicher Prozess, dass kleinere Staaten an Großstaaten angegliedert würden.¹⁸⁴

Besonders wichtig sei eine enge Bindung des Volkes an seinen Boden, den Ratzel als Körper des Staatsorganismus ansieht. Eine solche Verbindung zwischen Volk und Boden würde sich erst im Laufe der Zeit schaffen.¹⁸⁵ Laut Ratzel, der 1868 in Heidelberg im Fach Zoologie promoviert wurde, stünden auch Staaten ähnlich wie Lebewesen in einem *Kampfums Dasein*, der um einen Raum geführt würde. Insgesamt sind Ratzels Theorien als biologisch und darwinistisch zu bezeichnen.¹⁸⁶ Staaten, Völker und Nationen entsprechen bei Ratzel den Arten und Populationen bei Darwin.¹⁸⁷ Während bei Darwin die Arten um verschiedene Biosphären kämpfen, ist es bei Ratzel der Raum.¹⁸⁸ Für den „Staatszoologen“¹⁸⁹ Ratzel handelt es sich somit um einen natürlichen Prozess, um diesen Lebensraum zu kämpfen. Dieses Konzept des Kampfes um Lebensraum wird später durch andere Geopolitiker (z.B. Kjellén und Haushofer) aufgegriffen.¹⁹⁰

¹⁷⁹ Das Gibraltar-Beispiel wurde bereits weiter oben (Kap. 2.1.) erwähnt. Ratzel, Friedrich: *Politische Geographie oder die Geographie der Staaten, des Verkehrs und des Krieges*, S. 120; Vgl. Werber, Niels: *Geopolitik zur Einführung*, S. 46.

¹⁸⁰ Der Begriff des Organismus als Bezeichnung für den Staat geht zurück auf Ritter, Carl: *Ueber die geographische Verbreitung der Baumwolle und ihr Verhältniss zur Industrie der Völker alter und neuer Zeit*. Berlin 1852.

¹⁸¹ Ratzel, Friedrich: *Die Gesetze des räumlichen Wachstums der Staaten. Ein Beitrag zur wissenschaftlichen politischen Geographie*. In: *Politische Geographie*. Hrsg. von Josef Matznetter. Darmstadt 1977, S. 30.

¹⁸² Ratzel, Friedrich: *Politische Geographie oder die Geographie der Staaten, des Verkehrs und des Krieges*, S. 24–25. Dort mit Verweis auf Darwin, Charles: *On the Origin of Species by Means of Natural Selection. Or the Preservation of Favoured Races in the Struggle for Life*. London 1859, S. 351.

¹⁸³ Ratzel, Friedrich: *Die Gesetze des räumlichen Wachstums der Staaten*, S. 34.

¹⁸⁴ Ebd., S. 39.

¹⁸⁵ Ebd., S. 40.

¹⁸⁶ Vgl. Hunter, James M.: *Perspective on Ratzel's political geography*, S. 221.

¹⁸⁷ Charles Darwin (1809–1982), britischer Naturwissenschaftler, bedeutendster Wegbereiter der Evolutionslehre, 1859 Autor des Werkes *Über die Entstehung der Arten* (im Original *On the Origin of Species*)

¹⁸⁸ Ratzel, Friedrich: *Anthropogeographie*, S. 244.

¹⁸⁹ Werber, Niels: *Geopolitik zur Einführung*, S. 55.

¹⁹⁰ Interessant ist hierbei, dass der Begriff *Lebensraum* in Ratzels 1897 veröffentlichter *Politischer Geographie* zunächst nicht auftaucht. Laut Woodruff D. Smith findet er sich erstmals in Ratzel, Friedrich: *Der Lebensraum. Eine biogeographische Studie*. In: *Festgaben für Albert Schäffle zur siebenzigsten Wiederkehr seines Geburtstages*. Hrsg. von Karl Bücher u. Karl Victor Fricker. Tübingen 1901. Smith, D. Woodruff: *Friedrich Ratzel and the Origins of Lebensraum*. In: *German Studies Review* 1 (1980), S. 52; vgl. Müller, Gerhard H.: *Friedrich Ratzel (1844-1904)*, S. 110.

Ausgehend davon, dass es sich bei Staaten um Lebensraum streitende Organismen handle, schreibt Ratzel Polen keine großartige Bedeutung zu. Es ist für ihn Kolonialland.¹⁹¹ Im historischen Kontext ist dies wenig verwunderlich. In einer solchen Theorie ist kein Platz für Polen, dass zur Jahrhundertwende keinen eigenen Staat darstellt. Für einen unabhängigen polnischen Staat, so deutet Ratzel an, sieht er wenig Zukunft. Würde man sich für ein solches Staatsgebilde entscheiden, dann könne dies nur aus Kongresspolen und Galizien bestehen. Für eine Eingliederung der ethnisch mehrheitlich polnischen Gebiete Großpolens. Ein solcher Staat hätte somit allerdings keinen Zugang zum Meer. Ratzel merkt an, dass ein solches Polen in Europa kein kleines Staatsgebiet darstellen würde. Dennoch sei ein solcher Staat aufgrund seiner Lage von Beginn an zum Scheitern verurteilt.¹⁹² Polen befände sich in einer „tödlichen Umarmung“ zwischen Russland, Österreich und Preußen.¹⁹³

Werden Ratzels Theorien in Bezug auf Deutschland und Polen weitergedacht, ergibt sich folgendes Bild: Der polnisch-litauische Organismus war nicht lebensfähig. Das Wachstum seiner Nachbarn Preußen, Russland und Österreich hat ihn verschwinden lassen. Polen hat es aus eigener Kraft weder geschafft, seinen Lebensraum zu verteidigen, noch wiederzugewinnen. Selbst wenn es gelingen würde einen solchen Staatsorganismus zu schaffen – sei es aus der eigenen Kraft der Polen heraus oder durch die umliegenden Nachbarstaaten – wäre ein solcher Staat nicht überlebensfähig. Die in Ratzels Arbeiten so stark betonte Lage erkennt er im polnischen Fall als hoffnungslos an. Die logische Konsequenz Ratzelschen Denkens, die sich hieraus ergäbe, wäre, dass Deutschland sich diesen Boden aneignet, ihn besiedelt und vollständig in seinen Staatsorganismus aufnimmt. Für eine andere Möglichkeit in Bezug auf Deutschland und Polen gibt es bei Ratzel keinen Raum.

2.3.2. Rudolf Kjellén

Den Anfängen der Deutschen Geopolitik muss ebenfalls das Werk Rudolf Kjelléns¹⁹⁴ hinzugefügt werden, der zwar aus Schweden stammte, dessen Theorien aber eng mit denen

¹⁹¹ Ratzel, Friedrich: *Politische Geographie*. München, Berlin 1923 [Nachdruck 1974], S. 111.

¹⁹² Ebd., S. 188–189.

¹⁹³ Ebd., S. 231.

¹⁹⁴ Geboren wurde Johan Rudolf Kjellén im Jahre 1864 auf der schwedischen Binneninsel Torsö. Er entstammte einer lutherischen Pastorenfamilie. 1880 begann er an der Universität Uppsala ein Studium. Drei Jahre später schloss er dieses mit einem Bachelor of Arts ab. 1891 wurde er mit staatswissenschaftlichen *Untersuchungen zur ministeriellen Rechenschaftspflicht* promoviert (Kjellén, Rudolf: *Studier rörande ministeransvarigheten*. Uppsala 1890). Im gleichen Jahr nahm er eine Anstellung als Dozent für Politologie und Geographie an der neuen Universität in Göteborg an, die erst im gleichen Jahr gegründet wurde. Kjellén unterrichtete Geographie zunächst widerwillig, fand aber dann immer größeres Interesse an dem Fach und begann schließlich es mit der Politikwissenschaft zu verbinden (Holdar, Sven: *The Ideal State and the Power of Geography. The Life-work of Rudolf Kjellén*. In: *Political Geography* 3 (1992), S. 308). Im Jahre 1902 wurde er zum ordentlichen Professor für Politische Wissenschaften in Göteborg. Die sich zuvor entwickelte geographische Passion brachte ihn 1904 auf

seiner deutschen Zeitgenossen korrespondierten. Geistig schöpft er vor allem aus dem deutschen Idealismus,¹⁹⁵ dem Sozialdarwinismus und dem zu seinen Lebzeiten dominierenden Imperialismus.¹⁹⁶ Im Besonderen stützte sich Kjelléns Werk nicht nur „in bewußter Anknüpfung, sondern ganz auf [den] geistigen Boden Friedrich Ratzels“.¹⁹⁷ Kjellén knüpft insbesondere an Ratzels Idee des Staates als Lebensform an. Bei dieser biologischen Sichtweise versuchte er sich an der Schaffung einer Systematik zur Einordnung unterschiedlicher Staaten und Staatsysteme. Da Kjellén wie Ratzel davon ausging, dass es sich bei Staaten um Organismen handelte, war es sein Ziel ein Linnésches System¹⁹⁸ zu schaffen, um diese Lebensformen zu kategorisieren. Hierbei analysierte er Staaten anhand unterschiedlicher Staatswissenschaften: die „Oecopolitik“, „Demopolitik“, „Sociopolitik“, „Kratopolitik“ sowie die „Geopolitik“.¹⁹⁹

Traditionell gilt Kjellén als Schöpfer des Terminus *Geopolitik*. In einem Aufsatz aus dem Jahre 1899 über die Grenzen seines Heimatlandes Schweden nutzt er den Begriff erstmals.²⁰⁰ Geopolitik ist für Kjellén „die Lehre über den Staat als geographischen Organismus oder Erscheinung im Raum: also der Staat als Land, Territorium, Gebiet oder, am ausgeprägtesten, als Reich“. Sie wolle „zum Verständnis des Staates beitragen“. Er grenzt sie zur politischen

USA-Reise (Kjellén, Rudolf: *Sångare- och turistfärder*. Stockholm 1908) und 1909 auf Weltreise (Kjellén, Rudolf: *Den stora Orienten. Resestudier i Österväg*. Göteborg 1911). Kjellén war ebenfalls journalistisch tätig und verfasste zahlreiche Artikel in konservativen Tageszeitungen in Schweden (Holdar, Sven: *The Ideal State and the Power of Geography*, S. 309). Die ideologische Nähe zum Konservativismus, seine journalistischen Arbeiten sowie seine rhetorischen Fähigkeiten als Dozent eröffneten ihm den Weg in die Politik. Von 1905 bis 1908 war er Mitglied des Unterhauses (*Riksdag*), seit 1911 Mitglied des Oberhauses. Er gehörte hierbei zum rechten Flügel der Konservativen Partei (Ó Tuathail, Gearóid: *Geopolitik*, S. 20). Seine Ansichten zeigten sich hierbei nationalistisch und fanden auch bei der Mehrheit seiner Partei kaum Zustimmung. In seinem politischen Engagement sprach er sich entschieden gegen eine Unabhängigkeit Norwegens aus. Dies zeigt sich auch in seinen Geopolitischen Betrachtungen über Skandinavien, wo er für eine Union plädiert (Kjellén, Rudolf: *Geopolitische Betrachtungen über Skandinavien*. In: *Geographische Zeitschrift* 12 (1905), S. 657–671). Bereits 1917 zog er sich aus der aktiven Politik zurück, um den ein Jahr zuvor erhaltenen prestigevollen Lehrstuhl für Politikwissenschaften an der Universität Uppsala anzunehmen (Holdar, Sven: *The Ideal State and the Power of Geography*, S. 309). Bereits drei Jahre später musste Kjellén den Lehrstuhl jedoch aufgrund einer Herzerkrankung niederlegen, an der er 1922 verstarb.

¹⁹⁵ Kjellén ist damit ideengeschichtlich stark durch die Hochzeit der deutschen Philosophie an der Wende zwischen 18. und 19. Jahrhundert geprägt, zu dessen Hauptvertretern Kant (1724–1804), Fichte (1762–1814), Hegel (1770–1831) und Schelling (1775–1854) gezählt werden müssen.

¹⁹⁶ Ebd., S. 307.

¹⁹⁷ Schöller, Peter: *Wege und Irrwege der politischen Geographie und Geopolitik*. In: *Politische Geographie*. Hrsg. von Josef Matznetter. Darmstadt 1977, S. 249. Der Text erschien als Schöller, Peter: *Wege und Irrwege der politischen Geographie und Geopolitik*. In: *Erdkunde* 1 (1957), S. 1–20.

¹⁹⁸ Carl von Linné (1707–1778), eigentlich Carl Nilsson Linnaeus, schwedischer Naturforscher, schuf die Grundlagen der modernen botanischen und zoologischen Taxonomie (Einordnung der Lebewesen in systematische Kategorien). Wie Kjellén war auch Linné Professor an der Universität Uppsala, später wurde er sogar zum Rektor.

¹⁹⁹ Zwecks genauerer Definition der Begriffe siehe Holdar, Sven: *The Ideal State and the Power of Geography*, S. 311–313.

²⁰⁰ Kjellén, Rudolf: *Studier öfver Sveriges politiska gränser [Studien zu den politischen Grenzen Schwedens]*. In: *Ymer* 19 (1899), S. 303: „kritik af gränserna ur geopolitikens“ [*Kritik an den Grenzen der Geopolitik*]. Zuvor bereits als Adjektiv auf S. 283 (*geopoltisk*).

Geographie ab, die lediglich „die Erde als Wohnstätte menschlicher Gemeinwesen in ihren Beziehungen zu den übrigen Eigenschaften der Erde studiert“.²⁰¹

Kjellén sprach sich gegen eine unpolitische Staatstheorie aus, deren reine Statistik das wirkliche „Bild des Staates“ nicht erkennen würde.²⁰² Die Politische Geographie sei in erster Linie eine simple „Inventaraufnahme“.²⁰³ Kjellén nimmt bei seiner Begriffswahl bewusst Abstand von Ratzels Terminologie der Anthropogeographie. Er zieht den Begriff *Geopolitik* vor, da er seiner Meinung nach der Politikwissenschaft zugeordnet werden müsse und nicht etwa der Geographie oder der Anthropologie.²⁰⁴ Auch spricht er sich gegen die damals noch vorherrschende Lehrmeinung aus, welche den Staat primär als Rechtsobjekt verstand.²⁰⁵ Staaten seien nicht allein Daten und Fakten, sondern in erster Linie Lebensformen „und zwar die imposantesten aller Lebensformen auf dieser Erde“.²⁰⁶ Es bestünde ein *Kampf ums Dasein* der Staaten, ein natürliches Wachstum derselben sowie eine natürliche Auslese zwischen ihnen. Gerade in diesen Punkten zeigt sich die geistige Verwandtschaft zu Ratzel sehr deutlich.²⁰⁷

Der Staat steht jetzt nicht als eine zufällige oder künstlich in Rechtsbegriffe eingeschnürte Form menschlichen Zusammenlebens vor uns, sondern als ein eine tief in geschichtlichen und tatsächlichen Wirklichkeiten wurzelnde, organisch entstandene Erscheinung desselben grundlegenden Typus wie der einzelne Mensch – mit einem Worte: er zeigt sich als biologische Offenbarung oder als Lebensform.²⁰⁸

Wie Lebensformen würden Staaten geboren werden,²⁰⁹ könnten aber auch sterben und damit verschwinden.²¹⁰ Ein neuer Staat sei stark davon abhängig, ob ihn das neue Staatssystem akzeptiere.²¹¹ Zum Richter über eine möglicherweise eintretende Staatlichkeit würden der „Verband der alten Staaten“ beziehungsweise die Großmächte. Staaten können aber seiner Meinung nach nicht nur „sterben“ beziehungsweise untergehen und damit verschwinden. Sie könnten auch wiederkehren, in Form einer Reinkarnation. Eine Nation, die ihre Staatlichkeit verliere, könne aber bei einem Festhalten an ihrer Nationalität fortbestehen und als Staat zu

²⁰¹ Kjellén, Rudolf: *Der Staat als Lebensform*. Berlin ² 1917, S. 46; Zunächst erschienen als Kjellen, Rudolf: *Staten som livsform* (= Politiska handböcker 3). Stockholm 1916.

²⁰² Kjellén, Rudolf: *Der Staat als Lebensform*, S. 26.

²⁰³ Ebd., S. 25.

²⁰⁴ Holdar, Sven: *The Ideal State and the Power of Geography*, S. 311.

²⁰⁵ Ebd., S. 307.

²⁰⁶ Kjellén, Rudolf: *Die Großmächte der Gegenwart*. Berlin, Leipzig ⁷ 1915, S. 3.

²⁰⁷ Ebd.

²⁰⁸ Kjellén, Rudolf: *Der Staat als Lebensform*, S. 203.

²⁰⁹ Ebd., S. 203–212.

²¹⁰ Ebd., S. 212–214.

²¹¹ Ebd., S. 206–207.

einem späteren Zeitpunkt reinkarnieren. Verschwinde aber die Nation, verschwinde auch der Staat.²¹²

Neben seinen theoretischen Schriften verfasste er mit *Die Großmächte* ein praktisches Werk, das die konkrete geopolitische Situation der führenden Mächte beschrieb. In den Jahren 1914 bis 1930 erschienen 22, immer wieder revidierte Auflagen.²¹³ Diese Schrift sollte „Klarheit schaffen hinsichtlich der verschiedenen Voraussetzungen, welche die einzelnen Mächte für eine vorherrschende Rolle in der Geschichte mitbringen“.²¹⁴ Er beschäftigt sich in ihr mit der „Aristokratie und Oberklasse der Staaten“.²¹⁵ Kjellén spricht für das 19. Jahrhundert von der klassischen Pentarchie, die durch Italien, die USA und Japan zu einer Oktarchie geworden sei. Interessant ist, dass damit der Fokus von Europa allein abgerückt wird und der Beginn eines Weltsystems erkannt wird.²¹⁶ Ähnlich wie Ratzel und Spykman geht er davon aus, dass die großen Staaten immer größer und die kleineren immer kleiner würden. Kleinstaaten hätten keine Zukunft.²¹⁷

Den Ersten Weltkrieg, den Kjellén vorausahnte,²¹⁸ bezeichnete er als Konflikt zwischen zwei großen Ideen: der Ideen von 1789 (Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit) und der Ideen von 1914²¹⁹ (Ordnung, Gerechtigkeit, nationale Solidarität).²²⁰ Kjellén reiht sich damit neben deutschen Schriftstellern ein, die im Ausbruch des Weltkrieges eine Antwort auf die Französische Revolution sahen. Laut dem Historiker Hans Maier ist es Kjellén, der den Begriff *Ideen von 1914* im deutschen Sprachraum prägte.²²¹ Durch diese reaktionäre Position steht er der *Konservativen Revolution* in Deutschland ideologisch nahe.²²² Es erscheint aufgrund dieser ideologischen Nähe zur *Konservativen Revolution* somit wenig verwunderlich, dass seine

²¹² Ebd., S. 218.

²¹³ Die Auflagen erschienen zumeist unter leicht veränderten Titeln: Kjellén, Rudolf: *Die Großmächte der Gegenwart*; Kjellén, Rudolf: *Die Großmächte und die Weltkrise*. Berlin 1921; Kjellén, Rudolf: *Die Großmächte vor und nach dem Weltkriege. Mit einem statistischen Anhang* (= Macht und Erde 1,1). Leipzig³ 1933. Letzteres wurde von Karl Haushofer rausgegeben.

²¹⁴ Kjellén, Rudolf: *Die Großmächte der Gegenwart*, S. III–IV.

²¹⁵ Ebd., S. 1.

²¹⁶ Ebd., S. 2.

²¹⁷ Ebd., S. 3.

²¹⁸ Holdar, Sven: *The Ideal State and the Power of Geography*, S. 316.

²¹⁹ Kjellén, Rudolf: *Die Ideen von 1914. Eine weltgeschichtliche Perspektive* (= Zwischen Krieg und Frieden 29). Leipzig 1915.

²²⁰ Holdar, Sven: *The Ideal State and the Power of Geography*, S. 316.

²²¹ Maier, Hans: *Ideen von 1914 - Ideen von 1939. Zweierlei Kriegsanfänge*. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 4 (1990), S. 525–542.

²²² Es ist in diesem Zusammenhang nicht verwunderlich, dass Kjellén in den dreißiger Jahren zum *spiritus mentor* faschistischer Gruppierungen in Schweden erklärt wurde. Eberhardt, Piotr: *Podstawy teoretyczne i ideowe geopolityki według Rudolfa Kjelléna*. In: *Przegląd geopolityczny* 2 (2012), S. 326 [Fußnote 17]; Zum Begriff der *Konservativen Revolution* siehe Mohler, Armin: *Die konservative Revolution in Deutschland 1918-1932. Grundriss ihrer Weltanschauungen*. Stuttgart 1950.

Theorien nach dem Ersten Weltkrieg als Fundament zur Entwicklung einer deutschen Schule der Geopolitik dienten,²²³ sind es doch vor allem Vertreter der politischen Rechten, die sich in Deutschland auf die Geopolitik stütz(t)en. So ist es auch Deutschland, in dem Kjellén durch seine Werke große Bekanntheit erlangt. Frei nach dem Bibelvers,²²⁴ wonach der Prophet nirgends weniger gilt als im eigenen Land, war beziehungsweise ist seine Popularität in Schweden eher gering.²²⁵ Ein möglicher Grund ist sicherlich, dass Kjelléns Auffassung zum Staat und den Großmächten sicherlich in Deutschland auf große Zustimmung trafen.²²⁶ Die Sympathie für Kjellén in Teilen des politischen Deutschlands beruhte auf Gegenseitigkeit. Dem Schweden kann eine Germanophilie attestiert werden. So unterstellt er den Deutschen eine „kulturelle Überlegenheit“.²²⁷ Deutschland sei – so schrieb er 1915 – auf dem Weg zur großen Weltmacht. „Großdeutschland scheint bereit zu sein [...]“.²²⁸ Piotr Eberhardt führt die Sympathie darauf zurück, dass Kjellén als schwedischer Nationalist Deutschland als besten Partner für Schweden ansah.²²⁹

Aus seiner extrem prodeutschen Position heraus knüpft er ebenfalls an Friedrich Naumann an und fordert für Deutschland eine Dominanz in Mitteleuropa sowie mehr Lebensraum.²³⁰ Das Reich befinde sich in einem eigenartigen Dilemma „zwischen weltpolitischen Interessen und kontinental-politischen Rücksichten“.²³¹ Kein anderer Staat sei „von der europäischen Konstellation abhängiger als irgendeine andere Weltmacht“.²³² Das „eingekreist[e]“ Reich müsse unter Umständen in der Lage sein, „den Kampf mit jeder nur möglichen Konstellation in Europa bestehen zu können“. In der Schwierigkeit seiner Mittellage liege der „Schlüssel für den militärischen Charakter des modernen Deutschlands“ sowie einer generellen Unentschlossenheit und Unsicherheit in der Außenpolitik.²³³ Deutschland sei Europas natürlichster Repräsentant, weil es in der Mitte „zwischen den Extremen des Erdteils“

²²³ Ó Tuathail, Gearóid: *Geopolitik*, S. 21.

²²⁴ „Nirgends ist ein Prophet ohne Ansehen außer in seiner Heimat, bei seinen Verwandten und in seiner Familie.“ Mk 6,4 [Einheitsübersetzung]

²²⁵ Ebd., S. 20.

²²⁶ Zur Rezeption von Kjelléns Werk in Deutschland siehe Sprengel, Rainer: *Kritik der Geopolitik. Ein deutscher Diskurs. 1914-1944*. Berlin 1996, S. 27. Zur Rezeption Kjelléns in Polen vgl. Eberhardt, Piotr: *Podstawy teoretyczne i ideowe geopolityki według Rudolfa Kjelléna*, S. 313.

²²⁷ Kjellén, Rudolf: *Die Großmächte der Gegenwart*, S. 11.

²²⁸ Ebd., S. 83.

²²⁹ Eberhardt, Piotr: *Podstawy teoretyczne i ideowe geopolityki według Rudolfa Kjelléna*, S. 326 [Fußnote 17].

²³⁰ Holdar, Sven: *The Ideal State and the Power of Geography*, S. 316. Dort mit Verweis auf Kjellén, Rudolf: *Världskrigets politiska problem* (= Populärt vetenskapliga föreläsningar vid Göteborgs högskola. Ny följd XIV). Stockholm 1915, S. 38–49.

²³¹ Kjellén, Rudolf: *Die Großmächte der Gegenwart*, S. 60.

²³² Ebd., S. 59.

²³³ Ebd., S. 59–60.

liege.²³⁴ Kjellén fordert somit eine deutsche Hegemonie in der Mitte Europas. Von dieser Mitte sollte ein starker deutscher Kontinentalblock ausgehen, der auf Basis der *Ideen von 1914* den Kontinent dominieren sollte.²³⁵ Dies wirft unter anderem die Frage auf, welche Sicht Kjellén zu einem unabhängigen Polen hat.

In einer generellen Betrachtung ist das Bild Polens bei Kjellén ein positives. Die Polen seien ein „Kulturvolk [...] mit [einer] sozialen Entwicklung, reichen Literatur, geschulten Presse und [...] Traditionen einer selbstständigen Vergangenheit“.²³⁶ Ihre Staatlichkeit hatten die Polen allerdings trotz allem verloren. Jedoch sei der polnische Staat nicht wie andere Staaten gestorben. „[D]ie Hände anderer [hätten] es aus der Geschichte gestrichen“. Polen sei „gewaltsam erstickt worden, und seine heimatlose Nation liegt jetzt in drei fremden Häusern“. Es sei durch Aufteilung in Interessenssphären hingerichtet worden. Allerdings seien nicht die Teilungsverträge schuld am Tod Polens, sondern ein angeblicher Verlust des Nationalgefühls, durch ständige innenpolitische Kämpfe. Hierdurch habe sich der Staat in einen „Herd der Anarchie“ aufgelöst.²³⁷ Scheinbar ist Kjellén allerdings der Meinung, dass das Nationalgefühl der Polen nicht vollends verschwunden sei. Das Festhalten hieran könnte sich während des Ersten Weltkriegs aus Kjelléns Sicht nun als Chance zur Rückkehr der Staatlichkeit Polens erweisen.²³⁸ Nach dem Ersten Weltkrieg bezeichnet Kjellén das wiedererstandene Polen als Randstaat, der „bereits förmlich in das neue System aufgenommen“ wurde.²³⁹ Die Bezeichnung *Randstaat*, die im Übrigen auch bei Hitler Verwendung finden wird,²⁴⁰ lässt darauf hindeuten, dass er Polen in erster Linie aus der Sicht der beiden Großmächte Russland und Deutschland denkt. Das heißt nicht, dass er Polen die Staatlichkeit abspricht. Aber er nimmt es nicht als *global player* war und scheint der Meinung zu sein, dass Polen einer deutschen beziehungsweise (sowjet)russischen Einflussosphäre angehöre.

Mit Fokus auf die Deutschen und Polen spricht Kjellén von einem „großen Rassenkampf zwischen Slawen und Germanen“. Das „polnische Volksmeer“ dringe in Deutschland ein und „überschwemmt Oberschlesien, Posen und Westpreußen und isoliert beinahe das deutsche

²³⁴ Ebd., S. 60.

²³⁵ Vgl. Eberhardt, Piotr: *Podstawy teoretyczne i ideowe geopolityki według Rudolfa Kjelléna*, S. 327.

²³⁶ Kjellén, Rudolf: *Die Großmächte der Gegenwart*, S. 64.

²³⁷ Kjellén, Rudolf: *Der Staat als Lebensform*, S. 215; Vgl. Kjellén, Rudolf: *Der Staat als Lebensform*, S. 101–102.

²³⁸ Kjellén, Rudolf: *Der Staat als Lebensform*, S. 218.

²³⁹ Kjellén, Rudolf: *Die Großmächte und die Weltkrise*, S. 213.

²⁴⁰ Die Formulierung *Randstaat* als Bezeichnung für Polen findet sich auch bei Hartmann, Christian / Thomas Vordermayer u. a.: *Hitler, Mein Kampf. Bd. II*. München, Berlin 2016, S. 1657: „Rußland und die ihm Untertanen Randstaaten“. Vgl. Kap. 4.5.

Ostpreußen“.²⁴¹ Dies klingt alles andere als nach einer Möglichkeit der Zusammenarbeit. Im Gegenteil: Die polnische Frage sei seiner Meinung nach vielleicht die „größt[e] Sorge der deutschen inneren Politik“.²⁴² Die deutsche Stellung verschlechtere sich zunehmend. Die Polen seien sehr erfolgreich im Kampf gegen Deutschland.²⁴³ Deutschland und Polen seien, um es auf den Punkt zu bringen, natürliche Gegner.

Durch die Niederlage im Ersten Weltkrieg sei es mit der Großmachtstellung unter anderem für Deutschland (das seiner Meinung nach eigentlich für diese Rolle prädestiniert sei) vorerst vorbei.²⁴⁴ Ziel des Westens sei es nun, an dieser geschwächten Position Deutschlands festzuhalten. Polen genieße als Gegengewicht zu Deutschland große Sympathien.²⁴⁵ Er deutet an, dass die Westmächte Polen zur Großmacht erheben wollen.²⁴⁶ Dies ist allerdings in erster Linie als Beobachtung Kjelléns zu verstehen. Aufgrund seiner Sympathie für Deutschland ist stark davon auszugehen, dass er dies nicht gutheißt.

2.3.3. Friedrich Naumann

Während die Namen Ratzel und Kjellén in Bezug auf die Ursprünge der (deutschen) Geopolitik recht geläufig sind, zählt Friedrich Naumann²⁴⁷ nicht zu dessen Hauptvertretern. Dennoch

²⁴¹ Kjellén, Rudolf: *Die Großmächte der Gegenwart*, S. 64.

²⁴² Ebd., S. 64–65.

²⁴³ Ebd.

²⁴⁴ Kjellén, Rudolf: *Die Großmächte und die Weltkrise*, S. 202.

²⁴⁵ Ebd., S. 213.

²⁴⁶ Ebd., S. 214.

²⁴⁷ Friedrich Naumanns Leben umrahmt – bei einer großzügigen Auslegung – die Zeit des Deutschen Kaiserreichs. Geboren wurde er 1860, also unmittelbar vor dem Beginn der Reichseinigungskriege. Er verstarb 1919, wenige Monate nach Ausrufung der Weimarer Republik. Er entstammte einem konservativen Elternhaus. Sowohl sein Vater als auch sein Großvater waren evangelische Geistliche gewesen. Trotz zunächst anderslautender Interessen beugte er sich der Familientradition und studierte ebenfalls Theologie. Während seines Studiums wurde unter seiner Führung 1881 beim sogenannten Kyffhäuser-Fest der Verband der Vereine Deutscher Studenten gegründet. Der Verband richtete sich stark gegen die Slawen und forderte beispielsweise eine Entpolonisierung der östlichen Reichsprovinzen. Er konnte als völkisch und auch antisemitisch beschrieben werden (Puschner, Uwe: *Die völkische Bewegung im wilhelminischen Kaiserreich. Sprache - Rasse - Religion*. Darmstadt 2001, S. 50). Dieser Antisemitismus war Grund für Naumann den Verband um die Jahrhundertwende zu verlassen.

Im Anschluss an sein Studium folgten mehrere Anstellungen in der Seelsorge. Hierbei lernte er immer mehr die Probleme der Proletarier kennen, denen er sich auch publizistisch zuwendete (Naumann, Friedrich: *Arbeiter-Katechismus oder der wahre Sozialismus. Seinen arbeitenden Brüdern dargebracht*. Calw, Stuttgart 1889). 1896 gründete er den Nationalsozialen Verein, den Versuch einer Verbindung von Nationalismus, Liberalismus und Sozialismus. Politisch war sein Verband wenig erfolgreich und löste sich 1903 bereits wieder auf. Naumann schloss sich mit der Mehrheit seiner Mitstreiter der freisinnigen Bewegung an. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde er zum Mitgründer und bis zu seinem Tode der erste Vorsitzende der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP).

Naumann zählt – zusammen mit Max Weber – zu den wichtigsten Vertretern eines sogenannten „liberalen Imperialismus“ im Deutschen Kaiserreich (vgl. Krause, Joachim: *Liberaler Imperialismus und imperialer Liberalismus als Erklärungsansätze amerikanischer Außenpolitik*. In: *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik* 1 (2008), S. 68–95; Meyer, Henry Cord: *Mitteleuropa in German Thought and Action 1815-1945* (= *International Scholars Forum* 4). The Hague 1955, S. 268). Ihrem Verständnis nach stärkten imperialistische Bestrebungen die Wirtschaft, progressive Kräfte in der Gesellschaft und damit schließlich auch die Demokratie. Dieser unterschied sich beispielsweise in seiner ablehnenden Haltung alldeutscher Annexionspläne oder dem Septemberprogramm

leistet er für die Forschungsfrage einen gewichtigen Beitrag und muss aus diesem Grunde in den Kanon aufgenommen werden. Begründet ist dies darin, dass Naumann in seinem Schaffen explizit auf den mitteleuropäischen Raum Bezug nimmt, wodurch die geopolitische Bedeutung Deutschlands und Polens eine zentrale Rolle einnimmt. Naumanns Publikation *Mitteleuropa* stellt eines der bekanntesten Werke des Autors dar. Es erlangte nicht nur in wissenschaftlichen, sondern auch gesellschaftlichen Kreisen eine große Popularität, wovon eine Auflage von 100.000 Exemplaren bis Kriegsende zeugt.²⁴⁸ Inwiefern sein Werk in Regierungskreisen auf Leser oder Anhänger stieß, ist unbekannt.²⁴⁹ Es habe niemals direkten Einzug in die Kriegszielpolitik der Mittelmächte gefunden.²⁵⁰ Und doch finden sich Ansätze seiner Überlegungen durchaus in den Ideen und Handlungen der Reichsleitung wieder.²⁵¹

Entstanden war sein *opus magnum* wenige Monate nach Kriegsbeginn. Naumann bezeichnet sein Konzept als eine „Kriegsfrucht“. Der Weltenbrand würde einen großen Beitrag dazu leisten, dass Mitteleuropa zueinander finden würde: „Wir kommen vom Krieg als Mitteleuropäer“.²⁵² Wie einst Bismarck im Kriege das Kaiserreich geschaffen habe, so sollte nun aus der extremen Situation des Weltkrieges heraus etwas Großes geschaffen werden. Jene „große umgestaltende Gedanken“ waren für Naumann ein „Zusammenwachsen derjenigen Staaten, die weder zum englisch-französischen Westbunde gehören noch zum russischen Reiche“.²⁵³ Er geht hierbei von einem gemeinsamen Kulturraum „zwischen Weichsel und Vogesen“ und „zwischen Galizien und Bodensee“ aus.²⁵⁴ Der Raum grenze sich insbesondere nach Westen gegenüber Frankreich ab.²⁵⁵ Zwar sei auch der mitteleuropäische Raum in der

von Reichskanzler Bethmann Hollweg. Gerade jedoch seine Beziehung zum Imperialismus macht Friedrich Naumann zu einem umstritten politischen Vorbild (siehe hierzu den Disput zwischen dem Historiker Aly und dem Vorsitzenden der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung Wolfgang Gerhard in der Berliner Zeitung. Aly, Götz: *Die Leiche im Keller der FDP*. In: Berliner Zeitung (25.1.2011), S. 4; Gerhard, Wolfgang: *Kein Wegbereiter des Nationalsozialismus*. In: Berliner Zeitung (5.1.2011), S. 36).

²⁴⁸ Elvert, Jürgen: *Irrweg Mitteleuropa. Deutsche Konzepte zur Neugestaltung Europas aus der Zwischenkriegszeit*. In: *Vision Europa*. Hrsg. von Heinz Duchhardt u. Małgorzata Morawiec. Mainz 2003, S. 124.

²⁴⁹ Ullrich, Volker: *Die Polnische Frage und die deutschen Mitteleuropapläne im Herbst 1915*. In: *Historisches Jahrbuch* (1984), S. 362.

²⁵⁰ Elvert, Jürgen: *Europäische Leitbilder in der Neuzeit*. In: *Leitbild Europa? Europabilder und ihre Wirkungen in der Neuzeit*. Hrsg. von Jürgen Elvert u. Jürgen Nielsen-Sikora. Stuttgart 2009, S. 85–86.

²⁵¹ Vgl. Kapitel 3.

²⁵² Naumann, Friedrich: *Mitteleuropa*. Berlin 1915, S. 262–263.

²⁵³ Ebd., S. 1.

²⁵⁴ Ebd., S. 3.

²⁵⁵ Ursprünglich genoss der westliche Nachbar bei Naumann große Sympathien. Naumann befürwortete vor seinem *Mitteleuropa*-Buch sehr stark eine Zusammenarbeit zwischen Deutschen und Franzosen. Beide seien „Seevölker zweiten Grades“ und hätten in Großbritannien einen gemeinsamen Feind. Laut Naumann würde sich sehr schnell zeigen, dass Deutschland in diesem Tandem der wirtschaftlich und demographisch stärkere Part wäre. Eine Aussöhnung zwischen beiden sei entscheidend. Anders als Russland wäre Deutschland für Frankreich ein Partner, der dem gleichen „Kulturkörper“ angehöre. Der Weltkrieg habe aber die Möglichkeit einer deutsch-französischen Zusammenarbeit zunächst unmöglich gemacht (ebd., S. 53).

Vergangenheit tief gespalten gewesen, habe aber nun durch den Krieg zusammengefunden und sei zu einem „gemeinsam kämpfenden Lebewesen“ geworden.²⁵⁶

Naumann ist der Überzeugung, dass nur noch größere Staatsgebilde in Zukunft eine Überlebenschance hätten. Ein Alternativkonzept verwirft er hierbei: Eine Zusammenarbeit mit Russland, würde dem Reich lediglich wirtschaftlich nutzen. An der Seite Großbritanniens könne Deutschland hingegen nur Juniorpartner des Weltreiches werden.²⁵⁷ Das Reich müsse seiner Meinung nach in die „Reihe der Weltwirtschaftsmächte erster Klasse [eintreten]“. Dies könne nur durch eine „Angliederung der anderen mitteleuropäischen Staaten und Nationen“ geschehen.²⁵⁸ *Mitteleuropa* sei dadurch zu einer schlichten Notwendigkeit geworden.²⁵⁹

Er geht hierbei von einer Dreiteilung Europas in Westen, Osten und das dazwischenliegende *Mitteleuropa* aus.²⁶⁰ Historisch knüpft Naumann an das Heilige Römische Reich an, welches er sehr stark idealisiert. *Mitteleuropa* sei fast deckungsgleich mit dem Alten Reich. Das 1871 gegründete Zweite Reich sei seiner Meinung nach nur ein Teil des Ersten. Das Alte Reich würde nun durch das *Mitteleuropa*-Konzept neu erwachen. Gleich dem römisch-deutschen Reich würde nun *Mitteleuropa* kleinere Staaten an sich binden. Gemeint waren hierbei im Osten Böhmen und Mähren sowie Polen.²⁶¹

Staatliches Fundament *Mitteleuropas* sollten aber Deutschland und Österreich-Ungarn sein. Beide müssten eine „Wesensgemeinschaft“ schaffen, die über ein bloßes Bündnis hinausgeht.²⁶² Die „Bundesgenossenschaft“ müsse sich zu einer „Lebensgemeinschaft“ wandeln, also einer tiefgehenden Verbindung beider Staatsgebilde.²⁶³ Naumann strebt keine Fusion beider an, sondern vielmehr die Schaffung eines so genannten „Oberstaates“.²⁶⁴ Völkerrechtlich hätte es sich hierbei um eine Konföderation gehandelt, also eine Dachkonstruktion, ein Zusammenschluss von Staaten, die ihre Souveränität aber beibehalten. Geschaffen werden solle eine Zoll- und Wirtschaftsunion.²⁶⁵ Politisch sah Naumann Grenzen für ein solches Projekt. *Mitteleuropa* würde keine einheitliche Außenpolitik machen können.

²⁵⁶ Ebd., S. 3–4.

²⁵⁷ Ebd., S. 56.

²⁵⁸ Ebd., S. 177.

²⁵⁹ Ebd., S. 4.

²⁶⁰ Ebd., S. 8.

²⁶¹ Ebd., S. 42.

²⁶² Ebd., S. 29.

²⁶³ Ebd., S. 31.

²⁶⁴ Ebd., S. 235.

²⁶⁵ Ebd., S. 228.

Es könne keinen mitteleuropäischen Außenminister geben. Dies sei schlicht in der Realität nicht umsetzbar. Die Tatsache, dass ein Staat wie Österreich-Ungarn zwar zwei Kabinette (in Wien und Budapest) kenne, aber einen gemeinsamen Außenminister hätte, stelle kein Argument für ein solches Amt in der *Mitteleuropa*-Konzeption dar. Der Herrscher von Österreich-Ungarn sei österreichischer Kaiser und König von Ungarn in Personalunion. Ohne eine dieser beiden Gliedstaaten vorstehende Instanz bestünde keine Möglichkeit einer gemeinsamen Außenpolitik.²⁶⁶

Diese Idee eines *Mitteleuropas* war keine neue.²⁶⁷ Es gibt eine Reihe von Personen, die als Vordenker bezeichnet werden könnte. Hierrunter fallen beispielsweise Friedrich List und Constantin Frantz.²⁶⁸ Laut Elvert nehmen die *Mitteleuropa*-Pläne von Naumann eine Scharnierfunktion zwischen den politischen Konzeptionen des 19. Jahrhunderts und der deutschen Politik in Mitteleuropa in den Jahren 1918 bis 1945 ein.²⁶⁹ Meyer hingegen stellt die These auf, dass es einen radikalen Bruch zwischen Naumanns *Mitteleuropa* und den nationalsozialistischen Raumvorstellungen gegeben hätte.²⁷⁰

In Bezug auf die Bedeutung der Rolle Polens für *Mitteleuropa* muss festgestellt werden, dass es sich für Naumann um keine Randfrage handelt.²⁷¹ Dies zeigt sich beispielsweise in einer mehrwöchigen Reise nach Polen im Frühjahr 1917²⁷² sowie in der hieraus hervorgegangenen, im gleichen Jahr erschienen Publikation *Was wird aus Polen?*.²⁷³ Sein Interesse für eine *Mitteleuropa*-Konstruktion sei es gewesen, die ihn „überhaupt zur Beschäftigung mit den polnischen Angelegenheiten geführt hat“.²⁷⁴ Als liberaler Imperialist postuliert Naumann ein „positives Polen-Programm“.²⁷⁵ Er gilt – in seinem historischen Kontext verstanden – als eher

²⁶⁶ Ebd., S. 260.

²⁶⁷ Hübinger, Gangolf: *"Mitteleuropa" und Polen. Deutsche Ordnungsvorstellungen 1915-1917*. In: *Der Erste Weltkrieg unter dem Gesichtspunkt der deutsch-polnischen Beziehungen. Pierwsza wojna światowa w kontekście stosunków polsko-niemieckich. Beiträge einer Tagung in Trieglaff und Külz 13.-15. September 2012*. Hrsg. von Lisaweta von Zitzewitz, S. 101.

²⁶⁸ Friedrich List (1789–1846), deutscher Wirtschaftstheoretiker und Volkswirt, Vorkämpfer des Deutschen Zollverein sowie des Eisenbahnwesens, politisch dem Liberalismus zuzuordnen. Constantin Frantz (1817–1891), politischer Schriftsteller, Vordenker einer Mitteleuropäischen Föderation.

²⁶⁹ Elvert, Jürgen: *Mitteleuropa! Deutsche Pläne zur europäischen Neuordnung (1918-1945)* (= Historische Mitteilungen / Beiheft 35). Stuttgart 1999, S. 21–22.

²⁷⁰ Meyer, Henry Cord: *Mitteleuropa in German Thought and Action 1815-1945*, S. 315–323.

²⁷¹ Hübinger, Gangolf: *"Mitteleuropa" und Polen*, S. 110. Hübinger ist hingegen der Auffassung, dass es sich hierbei um keine wichtige Frage für Naumann gehalten habe.

²⁷² Meyer, Henry Cord: *Mitteleuropa in German Thought and Action 1815-1945*, S. 269.

²⁷³ Naumann, Friedrich: *Was wird aus Polen?* Berlin 1917. Berlin 1917.

²⁷⁴ Ebd., S. 46.

²⁷⁵ Tomaszewski, Roman: *Polen zwischen Russland und Deutschland zur Zeit des Ersten Weltkriegs*. In: *Der Erste Weltkrieg unter dem Gesichtspunkt der deutsch-polnischen Beziehungen. Pierwsza wojna światowa w kontekście stosunków polsko-niemieckich. Beiträge einer Tagung in Trieglaff und Külz 13.-15. September 2012*. Hrsg. von Lisaweta von Zitzewitz, S. 75.

„moderat und um Berücksichtigung der Interessen der anderen mitteleuropäischen Staaten bemüht“.²⁷⁶ Es wundert somit nicht, dass er auch auf polnischer Seite Unterstützung für seine Pläne fand.²⁷⁷ Mit Bezug auf die Besetzung Kongresspolens durch die Mittelmächte spricht Naumann von einer Befreiung. Polen würde „vom hundertjährigen russischen Bann“ gelöst.²⁷⁸ Ebenfalls kritisiert Naumann die Formulierung des „Entscheidungskampfes zwischen Germanen und Slawen“.²⁷⁹ Dies müsse seltsam anmuten für jene slawischen Völker – darunter auch die Polen – , die für die Mittelmächte kämpften. Es dürfe nicht allein zu einem deutschen Sieg, sondern müsse zu einem mitteleuropäischen Sieg kommen.²⁸⁰ Polen sieht er als zu schwach an, um als „mitregierend in Betracht zu kommen“.²⁸¹ Sowohl im Reich als auch in der k.u.k. Monarchie standen Polen und andere Nationen in Konflikt mit den Regierungen. Dies sei problematisch für das *Mitteleuropa*-Konzept. Jedoch sei der Hass gegen die Russen größer. Hierauf sollten die Mittelmächte aufbauen. Insgesamt würden die Polen eine Weltordnung beklagen, in der sie sich generell zwischen einer der beiden Seiten entscheiden müssen – also zwischen dem östlichen Russland und dem mitteleuropäischen Deutschland. Das polnische Interesse gälte aber weniger der Schaffung *Mitteleuropas*. Im Vordergrund stünde für sie die Schaffung eines eigenen Staates.²⁸²

Als entscheidendes Problem für den geographischen Raum Mitteleuropas sieht Naumann die Nationalitätenfrage.²⁸³ Nicht jede Nation könne einen eigenen Staat in Mitteleuropa bekommen. Man bräuchte aber eine „freundlichere Denkweise über nationale Minderheiten“, eine Achtung der Nationalitätenfrage.²⁸⁴ Hierbei kritisiert er besonders die preußisch-deutsche Polenpolitik. Diese sei im Wesentlichen nicht erfolgreich gewesen.²⁸⁵ Naumann plädiert für eine „Loslösung vom Germanisierungszwang und eine Zuwendung zu besserer innerstaatlicher

²⁷⁶ Elvert, Jürgen: *Mitteleuropa!*, S. 26.

²⁷⁷ Tomaszewski, Roman: *Polen zwischen Russland und Deutschland zur Zeit des Ersten Weltkriegs*, S. 75. Erwähnt sei hier beispielsweise Ferdynand Radziwiłł (1834–1926). Vgl. Meyer, Henry Cord: *Mitteleuropa in German Thought and Action 1815-1945*, S. 269; vgl. Kapitel 4.6.5. Władysław Studnicki.

²⁷⁸ Naumann, Friedrich: *Mitteleuropa*, S. 263.

²⁷⁹ Ebd., S. 10.

²⁸⁰ Es ist interessant, dass Naumann zunächst der Meinung war, es bestünde ein germanisch-slawischer Gegensatz. Später wies Naumann diese Vorstellung zurück. Sie passte nicht mehr in sein *Mitteleuropa*-Konzept. Vgl. Frölich, Jürgen: *Friedrich Naumanns "Mitteleuropa". Ein Buch, seine Umstände und seine Folgen*. In: *Friedrich Naumann in seiner Zeit*. Hrsg. von Rüdiger Vom Bruch. Berlin 2000, S. 250.

²⁸¹ Naumann, Friedrich: *Mitteleuropa*, S. 12.

²⁸² Ebd., S. 19.

²⁸³ Ebd., S. 71–72.

²⁸⁴ Ebd., S. 92.

²⁸⁵ Ebd., S. 73–74: Naumanns Meinung nach habe beispielsweise, der Sprachunterricht aus den Polen keine Deutschen gemacht, sondern lediglich ihre Zweisprachigkeit gefördert.

Regelung“.²⁸⁶ Die Zeit der Germanisierung sei vorbei.²⁸⁷ Gerade in der Sprachenpolitik solle Deutschland den kleinen Nationen entgegenkommen. Diese dürften – trotz der offensichtlichen klaren Dominanz der deutschen Sprache als *lingua franca* – nicht benachteiligt werden.²⁸⁸

Auffällig ist, dass Naumann seine zuvor vorhandene antislawische Agitation nun vollends zurückfährt. Aufgrund des Wunsches, aus Deutschland eine Wirtschaftsmacht erster Ordnung zu machen, legt er seinen Antislawismus ab und versucht die slawischen Völker als Partner zu gewinnen. Im Hinblick auf Polen muss dem Liberalen Naumann jedoch einstweilen unterstellt werden, dass er ohne Angebot und ohne Kenntnis der Nachfrage ist. Den Polen, die seit dem Verlust der polnischen Staatlichkeit auf eine erneute Unabhängigkeit hinarbeiten, hat Naumann kaum etwas anzubieten. Als Lösung stellt er lediglich eine die Mehrheit der Polen wohl eher weniger zufriedenstellende Lösung in Aussicht: ein Marionettenstaat mit ausländischem König, der unter Ausklammerung des zu Preußen gehörenden Großpolens nur das österreichische und russische Teilungsgebiet umfassen sollte. Sein postulierter „mitteleuropäischer Imperialismus der leichten Hand“ (Ullrich) ist für die Polen weder attraktiv noch glaubhaft. Die antipolnische Politik Berlins hatte gezeigt, dass ein liberaler Imperialismus gegenüber Polen nur möglich wäre, wenn es in Preußen zu großen staatlichen Reformen gekommen wäre. Hierzu war das preußische Deutschland allerdings nicht in der Lage.²⁸⁹

Mitteleuropa hätte in seiner verwirklichten Form zweifellos unter deutscher Dominanz gestanden. Zwar hätte sich die Nationalitätenfrage möglicherweise deutlich zu Gunsten Polens entwickelt. Eine staatliche Unabhängigkeit, wie sie von Polen gewünscht wurde, konnten die Polen in *Mitteleuropa* nicht erreichen. Vor diesem Hintergrund beantwortet sich auch die Frage, welche Rolle die deutsch-polnischen Beziehungen bei Naumann spielen: Der Versuch, Polen für das *Mitteleuropa*-Konzept zu gewinnen, ist zum einen auf der Tatsache begründet, dass Naumann einen möglichst einheitlichen Raum schaffen wollte. Zum anderen sollte Polen zukünftig vor allem eine Schutzfunktion für Deutschland gegenüber Russland übernehmen. Somit sei „[d]ie Zeit, in der sich Deutschland und Rußland über die Polen wie über ein Objekt verständigen konnten [...] mit Ausbruch des Weltkrieges deutlich zu Ende gegangen. [...] Die Auflösung der traditionellen Monarchenfreundschaft zwischen Berlin, Wien und Petersburg gibt den Polen viel mehr eigene Bewegung und macht ihren Willen zu einem politischen

²⁸⁶ Ebd., S. 75.

²⁸⁷ Ebd., S. 84: Naumann spielt hier in erster Linie auf die Germanisierung slawischer Volksgruppen der *Germania Slavica* an. Eine solche mittelalterliche Germanisierung sei aufgrund der fortgeschrittenen Nationenbildung in Ostmitteleuropa nicht mehr möglich.

²⁸⁸ Ebd., S. 101.

²⁸⁹ Ullrich, Volker: *Die Polnische Frage und die deutschen Mitteleuropapläne im Herbst 1915*, S. 362.

Faktor“.²⁹⁰ Diesen Faktor gelte es nun durch eine Zusammenarbeit mit den Polen für das Reich auszunutzen. „Vom deutschen Standpunkt aus ist das Aufsteigen eines neuen polnischen Lebens dringend zu wünschen, denn nur ein erfolgreiches, tatenfrohes, fortschrittliches Polen wird eine dauernde klare Grenze zwischen sich und Rußland ziehen“.²⁹¹

Von einer Grundsympathie für Polen kann somit keine Rede sein. Es handelt sich um eine Zwecksympathie. Diese ist allein von dem imperialistischen Grundgedanken geleitet, was im Sinne des Reiches sei. Klar erkennbar ist im Gegensatz allerdings auch, dass Naumann auf Distanz zur preußischen Polenpolitik ging. Naumann wollte ein liberales Zusammenleben zwischen Deutschen und Polen ermöglichen. Dieses Zusammenleben hätte aber unter deutscher Dominanz stattfinden sollen. Das Entgegenkommen gegenüber Polen kann somit als Mittel zum Zweck angesehen werden.

2.4. Die Anfänge der polnischen Geopolitik

Die polnische Geopolitik hat ihre Ursprünge in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Sie entwickelte sich aus zwei wichtigen Disputen heraus. Zum einen stand im Vordergrund die Frage, was die Ursachen für den Fall der Ersten Republik (1569–1795) waren, die zum Verschwinden Polens von den Landkarten Europas führten. In diesem standen sich zwei historiographische Schulen gegenüber. Die Krakauer Schule legte den Fokus auf innere Gründe, die zum Zusammenbruch der Adelsrepublik geführt hatten. Ihrer Meinung nach sei das politische System, der Charakter der Polen, die Heterogenität im Inneren und der verstärkte Kampf um Partikularinteressen der Grund für Polens Niedergang gewesen. Zu den bedeutendsten Vertretern dieser von Historikern der Krakauer Jagiellonen-Universität gegründeten Schule zählten Michał Bobrzyński, Józef Szujski oder auch Walerian Kalinka.²⁹² Ihr gegenüber stand die Warschauer Schule. In der Frage nach den Gründen für den Untergang legte sie den Fokus auf externe Faktoren. So sei es das Spiel der Mächte gewesen (in diesem Fall Preußens, Russlands und Österreichs), an dem Polen schlussendlich zugrunde ging. Dieser

²⁹⁰ Naumann, Friedrich: *Was wird aus Polen?*, S. 3.

²⁹¹ Ebd.

²⁹² Michał Bobrzyński (1849–1935), Historiker und Jurist, seit 1877 Professor der Geschichte des deutschen und polnischen Rechtes an der Jagiellonen-Universität (UJ), Anführer der konservativen Gruppe *Stańcycy* (poln. *Hofnarren*), wiederholt Abgeordneter des Galizischen Landtages, des Österreichischen Abgeordnetenhauses sowie von 1908–1913 kaiserlich-königlicher Statthalter von Galizien und Lodomerien; Józef Szujski (1835–1883), Historiker, mehrmaliger Abgeordneter im Galizischen Landtag, aktives Mitglied der *Stańcycy*, Rektor der UJ. Sein Gesicht findet sich auf dem berühmten *Hold pruski* von Jan Matejko (1838–1893), wo er Piotr Opaliński, den Lehrer von Zygmunt II. August verkörpert; Walerian Kalinka (1826–1886), katholischer Geistlicher, Jurist und Historiker, Mitbegründer der Ordensgemeinschaft der Resurrektionisten.

sich Ende der siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts in Opposition zu den Krakauer Gelehrten in Warschau geschaffenen Gruppe gehörten unter anderem Władysław Smoleński und Tadeusz Korzon an.²⁹³

Zum Teil auf diesem Streit beruhend beschäftigte sich ein zweiter Disput mit der Frage, ob es natürliche Grenzen eines neu zu entstehenden polnischen Staates gäbe. Einer der ersten, der diese Frage aufwarf, war Oskar Żebrowski.²⁹⁴ Der nach dem Novemberaufstand nach Frankreich emigrierte Verfasser des Werkes *Polska. Ogólny zarys przyczyn wzrostu i upadku dawnego państwa polskiego*²⁹⁵ teilte Europa in zwei große Sphären: Südwest und Nordost. Polen läge genau zwischen diesen beiden Zonen. Als natürliche Grenzen dieses polnischen Zwischenraumes sah er die Ostsee, den Lauf der Oder, die Karpaten bis zur Donaumündung, das Schwarze Meer bis Odessa sowie den Verlauf der Flüsse Dniepr und Duna (siehe Abbildung). Polen sei dabei zweigeteilt. Der nördliche Teil (*poła gorna*) orientiere sich zur Ostsee, der südliche Teil (*poła dolna*) hingegen richte sich zum Schwarzen Meer aus.

Weitere Intellektuelle beschäftigten sich mit der Frage der natürlichen Grenzen, darunter Wincenty Pol.²⁹⁶ Pol kann mit einigem Recht als Vater der polnischen Geographie bezeichnet werden, da er als erster polnischer Professor einen Lehrstuhl für Geographie innehatte.²⁹⁷ Im Grunde fanden Żebrowskis Überlegungen bei Pol Bestätigung, dieser legte seinen Fokus aber gleichzeitig sehr stark auf das Klima. Klimatische Bedingungen seien es, die einen großen Einfluss auf das Leben der Polen und damit auch auf ihr politisches System hätten.²⁹⁸ Bei Pol finden sich erstmals Ansätze des Konzepts, dass Polen einen gewissen Übergangscharakter zwischen Ost und West aufweise – einen Ansatz, den gerade die im Entstehen begriffene polnische Geopolitik aufnehmen würde.

Diese Diskurse fanden, wenn man so will, noch im Vorfeld der Geopolitik statt. Ihre Herkunft ist auf Basis derer, die an diesen Diskursen teilnahmen, deutlich in der

²⁹³ Władysław Smoleński (1851–1926), Historiker, Professor an der Warschauer Universität; Tadeusz Korzon [Aussprache Kor-zon] (1839–1918), Historiker, Dozent an der Szkoła Handlowa im Kronenberga (heute Szkoła Główna Handlowa w Warszawie)

²⁹⁴ Oskar Żebrowski (1809–1883), polnischer Philosoph und Ingenieur.

²⁹⁵ Żebrowski, Oskar: *Polska. Ogólny zarys przyczyn wzrostu i upadku dawnego państwa polskiego*. Paryż 1847.

²⁹⁶ Wincenty Pol (1807–1872), polnischer Geo- und Ethnograph.

²⁹⁷ Der erste Lehrstuhl für Geographie (eigentlich Erd-, Länder-, Völker- und Staatenkunde) wurde 1820 an der Universität zu Berlin (heute Humboldt-Universität) geschaffen. Lehrstuhlinhaber war Carl Ritter, Mitbegründer (gemeinsam mit Alexander von Humboldt) der wissenschaftlichen Geographie. Wincenty Pol hatte nach dem Novemberaufstand einige Zeit in Deutschland verbracht. 1849 wurde er an der UJ in Krakau zum Professor für allgemeine, physische und vergleichende Geographie ernannt. Es könnte sich mit einiger Wahrscheinlichkeit um den weltweit zweiten Geographielehrstuhl handeln.

²⁹⁸ Pol, Wincenty: *Północny wschód Europy pod względem natury*. Kraków, S. 94–111; Pol, Wincenty: *Historyczny obszar Polski*. Kraków 1869.

Geschichtswissenschaft, aber auch genauso in der Geographie zu sehen. Bekanntlich fand zu diesem Zeitpunkt das „allgemeineuropäische Zeitphänomen“ einer „Politisierung der Geographie und ihre Instrumentalisierung im Sinne der Rechtfertigung von Gebietsansprüchen [beziehungsweise] Gebietserwerbungen“ statt.²⁹⁹ Die wirklichen Anfänge der polnischen Geopolitik sind vor allem mit zwei Namen verbunden. Einer von ihnen ist der bereits erwähnte Wacław Nałkowski. Dieser erlangte als Geograf insbesondere durch seine *Theorie der Unbestimmbarkeit des polnischen Territoriums* (poln. *Teoria nieokreśloności terytorium Polski*) um die Jahrhundertwende Bekanntheit.³⁰⁰ Seiner Meinung nach seien die Grenzen Polens – vielleicht mit Ausnahme der Karpaten – schwerlich festzumachen. Sie würden eher den Charakter eines Überganges (*przejściowość*) aufweisen,³⁰¹ und greift damit Pols Ansätze auf. In Nałkowskis Charakter des Übergangs (*przejściowość*) verbirgt sich zu einem gewissen Grad auch ein vorübergehender Zustand (*przejściowe*, poln. vorübergehend). Demnach sind die polnischen Grenzen als etwas Temporäres, nicht Permanentes zu verstehen. Natürlich kann dem entgegnet werden, dass selbst natürliche Grenzen keine Permanenz garantieren. Allerdings ist es auch so, dass ein Fehlen natürlicher Grenzen einen lediglich vorübergehenden Zustand selbstverständlich verstärkt. Ein Blick auf die sich im Laufe der polnischen Geschichte stets verändernde Grenze, bestätigt Nałkowskis These. Gleichzeitig betont sie die Schwierigkeit eine für Polen geeignete Grenze zu finden. Für Nałkowski war der einzige individuelle Charakter des polnischen Territoriums, dass es über keinerlei natürliche und dadurch bedingt permanente Grenzen verfügte. Gerade im Hinblick auf eine Grenze zum deutschen Raum zeige sich das Fehlen von klaren Grenzen und des Vorhandenseins eines bloßen Übergangscharakters Polens. So hätten die „deutschen ethnischen Wellen“ das polnische Gebiet durch nicht immer zusammenhängende Siedlungsräume „zerfetzt“ (siehe Abbildung).³⁰² Auch seien die Deutschen durch die Ostsiedlung – insbesondere jene in Pommern und Schlesien – „mit zwei Hörnern in Polen eingedrungen“.³⁰³ Beides seien Gründe für den Untergang der Adelsrepublik gewesen, der es – auch dadurch – an natürlichen Grenzen fehlte.

²⁹⁹ Gehrke, Roland: *Der polnische Westgedanke bis zur Wiedererrichtung des polnischen Staates nach Ende des Ersten Weltkrieges*, S. 155. Dort mit Verweis auf Ratzel, Friedrich: *Politische Geographie oder die Geographie der Staaten, des Verkehrs und des Krieges*, S. 471.

³⁰⁰ Zur Person Nałkowskis siehe insbesondere Jędrzejczyk, Dobiesław: *Mysł geograficzna Wacława Nałkowskiego*. Warszawa 1999; Olszewicz, Bolesław: *Wacław Nałkowski. W pięćdziesiątą rocznicę zgonu (1911-1961)*. Warszawa 1962.

³⁰¹ Nałkowski, Wacław: *Terytorjum Polski historycznej jako indywidualność geograficzna*. Warszawa 1912, S. 9 sowie 22.

³⁰² Ebd., S. 22.

³⁰³ Ebd.; Nałkowski, Wacław: *Materiały do geografji ziem dawnej Polski*. Warszawa 1913, S. 47.

Polen befände sich nach Nałkowskis Thesen am Übergang Westeuropas zu Osteuropa. Es sei im Laufe seiner Geschichte nach Osten abgedrängt worden und dadurch nicht mehr rein westlich geblieben.³⁰⁴ Dementsprechend würde es Eigenschaften beider dieser Räume in sich tragen. Dadurch konnte es seine historische Aufgabe als Vormauer der lateinischen Welt beziehungsweise als Tor von Westen nach Osten einnehmen.³⁰⁵ Als Geograf kam er zur These, dass die geographische Mitte des europäischen Kontinents sich zwischen Lemberg und der Dniestr-Quelle befände. Dieser bis 1772 zu Polen gehörende Landstrich zeigte deutlich den Übergangscharakter Polens zwischen Ost und West. Noch stärker wird dies sichtbar in einer von Nałkowski vorgenommenen Teilung Europas in Ost und West an der Linie Memelmündung beziehungsweise dem Dünadelta zum Schwarzen Meer. Eine solche Linie durchtrenne Polen-Litauen. Das Epizentrum eines polnischen Staates hingegen ortete Nałkowski jedoch ganz klar im Westen des Territoriums der früheren Adelsrepublik. „Im Zentrum dieses Raumes hatte sich das polnische Volk [*naród polski*] angesiedelt, an den Rändern jedoch treffen wir auf ethnografisch buntes Gemisch“.³⁰⁶ „Diesen Raum“ definiert Nałkowski nicht, der Kontext lässt allerdings nur eine Lokalisierung im mittelalterlichen, piastischen Polen zu. Für Nałkowski hatte sich der polnische Staat zur Zeit der Piasten als das „eigentliche Polen“ (*Polska właściwa*) erwiesen (siehe Abbildung).³⁰⁷ Sich hieran orientierend forderte er eine Grenze an Oder und Neiße zum deutschen Raum. Gleichzeitig hält er aber an einer möglich tief nach Osten reichenden Grenze fest und fordert eine Ausdehnung bis an die Linie Düna-Dnepr. Eine Grenze an der Oder bedeutete ein Durchbrechen der Enge zur Ostsee durch eine verlängerte Meeresküste. Gleichzeitig führe es zu einer verkürzten Grenze zu den Deutschen zwischen Ostsee und den Sudeten. Mit seinem Postulat für eine Grenze an Oder und Lausitzer Neiße war Nałkowski einer der ersten Polen.

Ein zweiter Name ist eng mit den Grundzügen der polnischen Geopolitik verbunden: Eugeniusz Romer. Romer wird als Vater der polnischen Geopolitik bezeichnet.³⁰⁸ In der

³⁰⁴ Nałkowski, Waław: *Terytorjum Polski historycznej jako indywidualność geograficzna*, S. 34.

³⁰⁵ Wiederholt trat in der polnischen Geschichte die Charakterisierung Polens als Vormauer oder Bollwerk des lateinischen Europas gegenüber vermeintlichen Gefahren aus dem Osten auf. Vielfach hatte diese Charakterisierung einen klaren religiösen Bezug als Abgrenzung des katholischen Europas gegenüber dem orthodoxen Europa beziehungsweise dem Islam sowie im frühen 20. Jahrhundert dem kommunistischen Russland. Polen unterstreicht hierbei zum einen seine Zugehörigkeit zum westlichen Kulturkreis. Gleichzeitig sieht es hierin vor allem eine Abgrenzung zum osteuropäischen Kulturkreis. In diesen konstruierten Räumen wurde Polen vielfach als *antemurale* (Vormauer) des Westens gedacht. Zur Thematik sei empfohlen Tazbir, Janusz: *From Antemurale to Przedmurze. The History of the Term*. In: *Odrodzenie i Reformacja w Polsce* 61 (2017), S. 67–87. Im polnischen Original bereits erschienen als Tazbir, Janusz: *Od antemurale do przedmurza. Dzieje terminu*. In: *Odrodzenie i Reformacja w Polsce* 29 (1984), S. 167–184.

³⁰⁶ Nałkowski, Waław: *Terytorjum Polski historycznej jako indywidualność geograficzna*, S. 35.

³⁰⁷ Ebd., S. 29–30.ebd.

³⁰⁸ Sykulski, Leszek: *Polska myśl geopolityczna w latach 1989-2009*, S. 49–50.

Beschäftigung mit Romer konnte einstweilen der Eindruck entstehen, dieser setze anders als Nałkowski seinen Fokus stark auf die Grenzen vor der ersten Polnischen Teilung.³⁰⁹ Seine 1916 veröffentlichte *Militärisch-politische Karte Polens (anlässlich des Manifestes vom 5. November 1916)* zeigte ein Polen in den Grenzen des Jahres 1772 und sollte den deutschen und österreich-ungarischen Stiftern des proklamierten Königreichs Polen in Erinnerung rufen, welche Ausmaße die alte Adelsrepublik vor seiner Zerschlagung gehabt hatte.

Aber Romer ging es primär um etwas anderes. Er zeigte sich als scharfer Kritiker der Übergangsthese von Nałkowski. Dieser setzte er die Antithese einer Brückenfunktion Polens (*pomostowe*) entgegen. Hierbei handelte es sich nicht um eine Brücke zwischen Ost und West. Vielmehr diene Polen aufgrund seiner geographischen Lage als Mittler zwischen der Ostsee und dem Schwarzen Meer. Polen sah er hierbei als letzte kontinentale Engstelle vor den Weiten des russischen Raumes. Seine ihm von der Natur zugedachte Stellung konnte demnach nur die einer Brücke zwischen beiden Meeren sein.³¹⁰ Laut Romer besäße jeder Staat *einende* und *teilende* Eigenschaften, die ihn mit Nachbarregionen verbänden oder aber von diesen trennen. Ein Übergangscharakter sei keine Spezifik eines Staates. Als verbindendes Glied zwischen zwei Meeren und durch seine Flüsse trennen es das westliche Europa, zu dem er auch Polen zählt, vom östlichen, dem russischen Europa.³¹¹ Die Grenze zwischen „polnischem“ und russischem Tiefland beschreibt er als derart stark, dass ein kultureller Austausch nur sehr eingeschränkt funktioniert habe – Romer spricht von der Eigenständigkeit (*samoistność*) beider Räume. Auch auf diese Weise grenze sich der von Polen zu beherrschendem Raum vom russischen Raum deutlich ab und zeige seine Brückenfunktion zwischen Nordwest und Südost.³¹² Gegenüber dem Osten ist es eher als Wall zu verstehen. Nałkowskis These eines janusköpfigen Polens, welches nach Ost und West blicke, lehnt Romer ab. Polen sei ein westliches Land.

Romer zeigt sich in seinen Theorien durch Friedrich Ratzel beeinflusst. So betont er, dass sich alle Aspekte des Funktionierens eines Staates deterministisch aus dem Raum und seiner Natur ergeben.³¹³

Entweder hat Polen keine physische Berechtigung in der Natur Europas und seine jahrhundertelange Existenz konnte nur Ergebnis bestimmter politischer und kultureller Vorsetzungen und Zustände sein, dann ist die polnische Frage ausschließlich abhängig von einer

³⁰⁹ Vgl. Juchnowski, Rafał: *Miejsce geopolityki w polskiej myśli politycznej XIX i XX wieku*. Toruń 2018, S. 207.

³¹⁰ Romer, Eugeniusz: *Ziemia i Państwo. Kilka zagadnień geopolitycznych*. Lwów, Warszawa 1939, S. 131–147. Bereits zuvor in Romer, Eugeniusz: *Problemes Territoriaux de la Pologne*. In: *Scientia* 28 (1920), S. 3–16.

³¹¹ Juchnowski, Rafał: *Miejsce geopolityki w polskiej myśli politycznej XIX i XX wieku*, S. 211.

³¹² Romer, Eugeniusz: *Przyrodzone podstawy Polski historycznej*. Lwów 1912, S. 43.

³¹³ Ebd., S. 7. Vgl.: Juchnowski, S. 207.

Rückkehr einer ähnlichen historisch-politischen Konstellation. Oder aber Polen ist in Europa verhaftet als ein organisches Glied eines Körperbaus.³¹⁴

„Organisches Glied“ und „Körperbau“ (vielleicht besser sogar als Organismus zu übersetzen) lassen Friedrich Ratzel deutlich in den Schriften Romers erkennen. Da sich der Wille zur Souveränität unter den Polen bereits gezeigt hätte und es eine deterministische Übereinstimmung mit der natürlichen Geographie gebe, sei die Wiedererlangung der Unabhängigkeit lediglich eine Frage der Zeit. Dies ließe sich schlicht aus der Geographie ablesen.³¹⁵

Als entscheidenden geographischen Faktor für einen Staat sah Romer sein Flusssystem an. Die Hydrographie bestimme demnach sowohl das Funktionieren als auch die Expansion eines Staates. Die Grenzen eines polnischen Staates verortete Romer an den Flusssystemen (das heißt Haupt- und Nebenflüsse) der Oder, der Düna und des Dnieprs. Für ihn stellte die Oder eine westliche Verteidigungslinie des polnischen Staates dar, der insgesamt nach Osten dränge.³¹⁶

Das Flusssystem sei ebenfalls verantwortlich für den so genannten *Drang nach Osten*, den Romer als allgemeineuropäisches Phänomen beschreibt. Demnach hätten viele der großen europäischen Ströme wichtige nach Osten fließende Nebenflüsse. Dies träfe auf die Loire mit der Seine zu, auf die Elbe mit Spree und Havel, auf die Oder mit der Warthe, auf die Weichsel mit dem San.³¹⁷ Obschon er allerdings den *Drang nach Osten* als natürliches Phänomen beschreibt, fordert er doch gleichzeitig eine natürliche Grenze an der Oder. Dieser vermeintliche Widerspruch lässt sich wohl am besten dadurch erklären, dass es zwar natürliche Gründe für den deutschen Expansionsdrang gäbe, es aber gleichzeitig aus polnischer Sicht auch gute Gründe für eine natürliche Grenze an der Oder vorhanden seien. Interessant ist hierbei, wie das Argument eines nach Osten laufenden Nebenflusses der Oder bei Romer als Erklärung für einen Expansionsdrang und gleichzeitig für eine günstige Verteidigungslinie gegen Deutschland herhalten muss.

Trotz dieser Forderung einer Grenze an Oder und Neiße im Westen war Romer, der später Mitglied der polnischen Delegation unter Roman Dmowski auf der Pariser Friedenskonferenz sein sollte, kein Unterstützer einer Rückkehr zu einer piastischen Idee. Die Berufung des

³¹⁴ Ebd., S. 4.

³¹⁵ Juchnowski, Rafał: *Miejsce geopolityki w polskiej myśli politycznej XIX i XX wieku*, S. 208.

³¹⁶ Romer, Eugeniusz: *Rola rzek w historii i geografii narodów*. Lwów 1901.

³¹⁷ Romer, Eugeniusz: *Ziemia i Państwo*, S. 15–20.

polnischen Staates sah Romer in einer Beherrschung des östlichen Raumes. Auch hier bediente er sich in der Begründung eines hydrographischen Arguments, wonach das Weichsel-Flusssystem durch Bug, Prypjat und einem Kanalnetz mit Düna und Dniepr verbunden sei. Letztere mündeten beide in das Schwarze Meer und seien nicht mit dem russischen Flusssystemen verbunden.³¹⁸ „Polen“, so behauptete Romer, „ist ein hydrographischer Knotenpunkt erster Ordnung und ist aus diesem Grunde prädestiniert, zur Schaffung einer politischen Form, das heißt eines Staates“.³¹⁹ Romer war der Auffassung, dass Warschau den Bereich zwischen Deutschland und Russland dominieren solle, aber es ging ihm dabei nicht zwangsläufig um eine Annexion dieser Territorien. Im Vordergrund stand vielmehr eine Vorherrschaft in Form eines Bündnissystems oder eines geopolitischen Blocks. Bei Romer deutet sich damit bereits die Idee einer Zusammenarbeit der Staaten Ostmitteleuropas unter polnischer Führung an.

Beide geopolitischen Ansätze, Nałkowski wie Romer, schufen für den polnischen Diskurs eine völlig neue Dimension. Als Geographen beschränkten sie sich nicht allein auf die bloße Beschreibung geographischer Gegebenheiten, sondern interpretierten diese aus einem politischen Nutzen für einen im 19. Jahrhundert, Anfang des 20. Jahrhunderts für die Zukunft lediglich imaginierten polnischen Staaten. Die Interpretation der geographischen Lage Polens sowie die Forderung nach geeigneten Grenzen stellte nichts anderes als den Beginn einer geopolitischen Sichtweise dar. Sie argumentierten auf der Basis eines geographischen Determinismus für eine bestimmte Lage des polnischen Staates. Hierbei standen im Vordergrund keine ethnischen, sprachlichen oder auch historischen Grenzen. Geographische Gegebenheiten, Flüsse wie Wälder, Tieflande wie Gebirge, gaben eine bestimmte Grenze vor. In diesem Denken wurde die Wiedererstehung eines polnischen Staates in günstigen Grenzen zum Ausdruck einer natürlichen Ordnung der Dinge. Durch einen solchen für die Anfänge der Geopolitik typischen Determinismus ließ sich auch die Forderung beider nach einer Westgrenze zu Deutschland an den Flüssen Oder und Neiße erklären. Gewählt wurde diese selbstverständlich dadurch, dass es sich um eine natürliche Grenze handelte. An der Schwelle zum 20. Jahrhundert, in einer Situation, in der kein polnischer Staat bestand, musste diese Forderung utopisch wirken – umso mehr, da die Grenze Polen-Litauens bekanntlich sehr viel weiter östlich verlaufen war.

³¹⁸ Juchnowski, Rafał: *Miejsce geopolityki w polskiej myśli politycznej XIX i XX wieku*, S. 209.

³¹⁹ Romer, Eugeniusz: *Ziemia i Państwo*, S. 137–145.

Nałkowski und Romer waren nicht die einzigen, die eine natürliche Grenze an Oder und Neiße bevorzugten. So hatte bereits 1868 Lucjan Tatomir³²⁰ als polnische Grenze den Lauf der Düna, die Ostseeküste bis zur Odermündung, den Lauf der Oder samt seiner Nebenflüsse zu den Karpaten, dem Karpatenbogen bis zur Dnister folgend, entlang des Dnisterlaufs bis zum Schwarzen Meer, dort bis zur Mündung des Dnepr-Mündung, von dort dem Lauf der Dnepr folgend gefordert.³²¹

Jan Ludwik Popławski,³²² Vordenker der polnischen Nationaldemokratie, forderte mehr als zwanzig Jahre später, dass „[d]as gesamte Ostseebecken von der Weichsel bis zur Memelmündung, das einst mit Schlesien vom polnischen Staat so unglaublich vergeudet [roztrwonione] wurde, von der polnischen Nationalität zurückerobert werden muss“. Er sah die Zeit gekommen, mit den unglücklichen Wahnvorstellungen östlicher Eroberung Schluss zu machen. In der Vergangenheit habe Polen zu sehr von Vilnius und Kiew geträumt und dabei Posen und Danzig oder gar Königsberg und Oppeln vollkommen vergessen.³²³

In den Konzeptionen Popławskis und Tatomir, so sehr sie sich auch in der Grenzziehung im Osten unterscheiden mögen, zeigt sich eine Auffälligkeit in Bezug auf die Grenzziehung gegenüber Deutschland. Beide sehen als natürliche Grenze zwischen einem deutschen und einem polnischen Staat eine im Vergleich zur Adelsrepublik weiter nach Westen verlagerte Grenze bis an die Odermündung. Zu einer ähnlichen Forderung kam ebenfalls der Schriftsteller Chociszewski,³²⁴ der im Westen eine Grenze an der Oder forderte.³²⁵

Zwei Argumente konnten aus polnischer Sicht für eine solche Grenze sprechen. Zum einen wäre dies das bereits angeführte Argument der „natürlichen Grenzen“. Die bis 1772 bestehende Westgrenze der untergegangenen Adelsrepublik war hierbei alles andere als natürlich. Zum anderen konnte ein historisches Argument bemüht werden, wonach es sich hierbei um eine der ersten Grenzen zwischen Polen und Deutschland gehandelt hatte, verlief doch die Grenze zwischen dem mittelalterlichen Piastenstaat der Polanen und dem Heiligen Römischen Reich ungefähr an der Oder. Zu interessieren hat hier in erster Linie das Argument der natürlichen Grenze, weil es die größte geopolitische Bedeutung hat. Eine Grenze an der Oder stellte aus geopolitischer Betrachtung eine weitaus besser zu verteidigende Grenze dar.

³²⁰ Lucjan Tatomir (1836–1901), polnischer Pädagoge.

³²¹ Tatomir, Lucyan: *Geografia ogólna i statystyka ziem dawnej Polski*. Kraków 1868.

³²² Jan Ludwik Popławski (1854–1908), polnischer Publizist und Politiker (*Endecja*).

³²³ Czubiński, Antoni: *Między Niemcami a Rosją* (= Publikacje Instytutu Historii UAM 25). Poznań 1998, S. 17. Dort zit. n. Popławski, Jan L.: Środki obrony. In: *Głos* 41 (1887), o.S.

³²⁴ Józef Chociszewski (1837–1914), polnischer Schriftsteller und Herausgeber.

³²⁵ Chociszewski, Józef: *Malowniczy opis Polski czyli geografia ojczystego kraju*. Inowrocław 1907, S. 10–11.

Neben diesen militärischen Gründen konnten aber auch wirtschaftliche Gründe eine Rolle spielen. Realisiert werden konnten derartige Grenzvorstellungen jedoch nach dem Ersten Weltkrieg nicht. Für eine Verwirklichung boten sich nicht die notwendigen politischen Gegebenheiten. Diese ergab sich bekanntlich erst nach dem Zweiten Weltkrieg. In jenen Grenzforderungen an Oder und Neiße lassen sich die Anfänge des polnischen Westgedanken (*polska myśl zachodnia*) erkennen.³²⁶

Hinzu kam insbesondere die Tatsache, dass sich geopolitische Vorstellungen aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieges beziehungsweise der Entstehungszeit der Zweiten Republik primär nach Osten orientierten. Für diesen Zeitraum sind primär zwei Vorstellungen zu nennen – Inkorporationismus und Föderalismus. Hauptvertreter beide Richtungen waren Roman Dmowski und Józef Piłsudski. Sowohl für Piłsudski als auch für Dmowski hatte Polen eine wichtige, wenn auch komplett unterschiedliche geopolitische Bedeutung. Für Piłsudski war Polen das Bollwerk der westlichen Zivilisation gegenüber dem barbarischen Osten, insbesondere Russland, in welcher politischen Ideologie es sich auch immer manifestierte. Für Dmowski hingegen lag die geopolitische Gefahr allein in Deutschland. Polen sei Garant dafür, dass es kein germanisches Europa gäbe. Beiden Denkrichtungen soll sich getrennt angenähert werden.

2.4.1. Roman Dmowski

Schon aus historischen Gründen würde kein Weg an einer Beschäftigung mit dem Werk Roman Dmowskis³²⁷ vorbeiführen. Er gilt neben – oftmals als seinem großen Gegenspieler titulierten – Józef Piłsudski als einer der wichtigsten Persönlichkeiten der jüngsten polnischen Geschichte. Der Historiker Norman Davies bezeichnet Dmowski als „Vater des modernen polnischen Nationalismus“,³²⁸ ein Titel, der dem geistigen Führer der *Endecja* durchaus

³²⁶ Vgl. Gehrke, Roland: *Der polnische Westgedanke bis zur Wiedererrichtung des polnischen Staates nach Ende des Ersten Weltkrieges*.

³²⁷ Roman Dmowski wurde im August 1864, also zwei Monate nach Niederschlagung des Januar-Aufstandes, in Kamionek, einem östlich der Weichsel und damals noch nicht zum Warschauer Stadtteil Praga gehörenden Ort, geboren. Er entstammt einer Familie verarmter Landadliger und wuchs innerhalb des „selbstbewußten polnischen Bürgertum[s] des ausgehenden 19. Jahrhunderts“ auf. Dmowski muss als eines der *Kinder von 1863* (Władysław Studnicki) bezeichnet werden, jener Generation, für die der Januaraufstand für die polnische Geschichte ein einschneidendes Ereignis darstellte. Dmowski war neben seiner Tätigkeit als Publizist ebenfalls politisch tätig. So wurde er 1907 zum Abgeordneten der russischen Duma sowie im Parlament der Vorsitzende der Polnischen Gruppe. Gerade jedoch eine prorussische Haltung, die von anderen polnischen Abgeordneten nicht geteilt wurde, zwang ihn 1909 sein Abgeordnetenmandat niederzulegen. 1912 versuchte er erneut bei der Duma-Wahl zu kandidieren, verlor die Wahl allerdings.

Mit Ausbruch des Ersten Weltkrieges bestätigte Dmowski seine prorussische Haltung, die sich nun im Aufruf zum Kampf gegen die Mittelmächte artikulierte. In der zweiten Hälfte des Jahres 1915 kam Dmowski jedoch zu der Erkenntnis, dass der Krieg und damit auch die polnische Frage nicht im Osten, sondern im Westen entschieden würde.

³²⁸ Davies, Norman: *Im Herzen Europas. Geschichte Polens*. München ⁴ 2006, S. 120.

zuzuschreiben ist.³²⁹ Obschon die Bedeutung Dmowski insbesondere für die Zweite Republik auch in der deutschen Historiographie und Polenforschung wahrgenommen wird, wurde keines seiner Werke vollständig ins Deutsche übersetzt.³³⁰ Ebenfalls findet sich sehr wenig deutsche Literatur, die sich unmittelbar mit der Person Dmowskis beschäftigt.³³¹

Seine politische Bedeutung insbesondere für die Zweite Republik und dessen politische Verhältnisse ist unbestreitbar. Es stellt sich die Frage, inwiefern jener Dmowski als Geopolitiker zu bezeichnen ist. Eine Begründung findet sich insbesondere in seiner Auseinandersetzung mit Polens geographischer Lage zwischen dem Deutschen Reich und Russland. Auch der Dmowski-Biograph Micewski bezeichnet Dmowskis politische Überlegungen als „geopolitisches Denken“. Seiner Meinung nach habe Dmowski eine geopolitische Doktrin vertreten.³³² Als sein wichtigstes geopolitisches Werk muss *Niemcy, Rosja i kwestia polska* (dt. *Deutschland, Russland und die polnische Frage*) bezeichnet werden.³³³ Wie in seinen anderen Werken wendet sich Dmowski auch hier stark von den romantischen Vorstellungen und Ideen der polnischen Vergangenheit ab. Er richtet sich hierbei insbesondere gegen die Idee, die polnische Unabhängigkeit durch einen Aufstand wiedergewinnen zu wollen. Gleichzeitig sprach er sich aber auch dagegen aus, die Frage nach politischer Unabhängigkeit vollends aufzugeben. Seiner Meinung nach verfiel die polnische Nation von einem Extrem ins Nächste. Hätten sie zunächst den Kampf in Form von Aufständen betrieben, würden sie nun von jedwedem Freiheitskampf Abstand nehmen. Dieser These-Antithese fehle der Wille zur Synthese.³³⁴

Dmowski sprach sich für einen entschiedenen politischen Realismus aus, der die Teilungen als zunächst gegeben annehme, um aber gleichzeitig an ihrer Überwindung zu

³²⁹ *Endecja*, aus der Abkürzung ND für *Narodowa Demokracja* (Nationaldemokratie) gebildet.

³³⁰ Lediglich zwei kurze Unterkapitel aus *Niemcy, Rosja i sprawa polska* erschienen in deutscher Übersetzung in einem Sammelband: Dmowski, Roman: *Deutschland, Rußland und die polnische Frage*. In: *Polen und der Osten*. Hrsg. von Andrzej Chwalba. Frankfurt (Main) 2005, S. 111–128.

³³¹ Die deutschsprachige Literatur über Dmowski ist mehr als überschaubar: Hausmann, Kurt Georg: *Die politischen Ideen Roman Dmowskis*. Kiel 1968; Gräfe, Karl-Heinz: *Ein wahrer Pole ist zugleich auch Katholik. Das geistige und politische Erbe von Roman Dmowski (1864-1939) in Polen*. In: Halbjahresschrift für südosteuropäische Geschichte, Literatur und Politik 1 (2002), S. 73–87. Einen Verweis auf die angelsächsische Literatur liefert vor allem Davies, Norman: *Heart of Europe. The past in Poland's present*. Oxford, New York 2001, S. 465 [Fußnote 2].

³³² Micewski, Andrzej: *Roman Dmowski*. Warszawa 1971, S. 8.

³³³ Wie bereits erwähnt wurde das Werk niemals vollständig ins Deutsche übertragen. Übersetzungen liegen allerdings in anderen Sprachen vor. So gibt es eine französische Übersetzung mit dem Titel *La question polonaise* (1909), die wohlmöglich Dmowskis französischer Emigration geschuldet ist. Ebenso gibt es eine Ausgabe in russischer Sprache (1909), da auch Russland als Adressat verstanden werden kann (Vgl. Wapiński, Roman: *Roman Dmowski*. Lublin² 1989, S. 179). Eine finnische Version (1913) ist ebenfalls bekannt, wahrscheinlich als Beispiel für die Finnen, die auch Teil des Zaristischen Russlands waren.

³³⁴ *Roman Dmowski: Doktryna i realizm w polityce*. <http://geopolityka.net/roman-dmowski-doktryna-i-realizm-w-polityce/> (29.11.2016).

arbeiten. Seine Synthese gestaltete sich derart, dass er der Meinung war, Polen sei zunächst noch gar nicht fähig zur Unabhängigkeit. Zuerst müsse die Nation gestärkt werden und sich – in einem darwinistischen Sinne – als würdig im *Survival of the Fittest* erweisen. Hierzu würde es reichen, wenn zunächst eine Autonomie angestrebt würde.

Ausgehend von der politischen Situation der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg beschreibt Dmowski die Lage Polens als die einer seit über hundert Jahren zwischen Deutschland (Preußen), Russland und Österreich geteilten Nation. In seiner Betrachtung sieht er die Rolle der einzelnen Teilungsmächte sehr unterschiedlich: Am wenigsten spricht Dmowski von Österreich-Ungarn. Habsburg – so sein Eindruck – sei immer mehr zu einem Instrument der Politik Berlins geworden und nicht mehr fähig zu einer eigenständigen, von Berlin unabhängigen Politik.³³⁵ Russland hingegen sei durch seine Niederlage im Fernen Osten (wahrscheinlich im Russisch-Japanischen Krieg) geschwächt. Es laufe Gefahr, auch unter deutschen Einfluss zu fallen.³³⁶ In Deutschland sieht Dmowski den großen nach Osten drängenden Feind. Dieser habe sich 1871 zu einem Reich verbunden und nach 1866 und 1879 Österreich(-Ungarn) zunehmend abhängiger von sich gemacht. Der deutsch-französische Krieg, insbesondere die Schlacht von Sedan, sei hierbei der Wendepunkt, durch den Deutschland den Weg zurück zur Großmacht gefunden hätte. Es begann die führende Rolle in Europa zu spielen und sei zur Achse der internationalen Politik geworden.³³⁷ Diese Stärke sei gefährlich, da die „teutonische Rasse“ immer schon mobil und expansiv gewesen sei. Dies zeige sich im Aufbau des britischen Weltreiches, aber auch im deutschen Drang nach Osten.³³⁸ Das Potential der Deutschen gehe weit darüber hinaus, was Haushalts- oder Heereszahlen angäben.³³⁹ Dmowskis Beziehung zu den Deutschen ist hierbei von einer erstaunlichen Bipolarität geprägt. Zum einen sieht er in der deutschen Nation und im deutschen Staat einen Feind, dessen Ziel die Auslöschung der Polen sei.³⁴⁰ Die Gefahr läge hierbei vor allem in der Stärke des deutschen Staates, in seiner guten Organisation und in seinem hervorragenden Funktionieren. Mit Friedrich Ratzel sprechend könnte behauptet werden, dass Deutschland in den Augen Dmowski ein beispielhafter Staatsorganismus sei. Dies findet bei Dmowski offensichtliche Bewunderung. Deutschland ist Feind und Vorbild zugleich.

³³⁵ Dmowski, Roman: *Niemcy, Rosja i kwestia polska*. Wrocław 2013, S. 83–84.

³³⁶ Ebd., S. 84–85.

³³⁷ Ebd., S. 34.

³³⁸ Ebd., S. 35.

³³⁹ Ebd.

³⁴⁰ Ebd., S. 93.

Aufgrund dieser deutschen Stärke sei es natürlich, dass sich Russland und Frankreich als Verbündete zusammenfänden.³⁴¹ Zur Stärkung der Kräfte gegen Deutschland, ist Dmowski der Meinung, dass die polnische Frage mit einem russisch-französischen Abkommen verbunden werden müsse.³⁴²

Generell bestünde aber auch die Möglichkeit einer für Polen gefährlichen Achse Berlin-St. Petersburg. Fast schon beziehend auf Haushofers spätere Pläne einer Kontinentalallianz zwischen Deutschland und Russland schrieb Dmowski 1919, dass „ein Bündnis zwischen Russland und Deutschland natürlich [sei]“. Ziel der polnischen Politik müsse es sein, ein solches Bündnis zu verhindern.³⁴³ Jedoch schien es für Dmowski 1908 sehr viel wahrscheinlicher, dass es in Zukunft zu einem Konflikt zwischen Deutschland und Russland kommen würde.³⁴⁴

So wie Sedan zum erwähnten Wendepunkt für Deutschland wurde, solle ein Konflikt zwischen Deutschland und Russland zum ebensolchen für Polen werden. Die polnische Nation müsse hierbei Partei für das Russische Kaiserreich ergreifen. Dmowski war sich sicher: „Im russischen Staat läge der Schlüssel zur Lösung der polnischen Frage“.³⁴⁵

Den russischen Staat sieht Dmowski als schwach an. Erneut mit Ratzel sprechend könnte behauptet werden, dass Russland ein schwacher Organismus sei, der keine große Gefahr für Polen darstelle. Russland war für ihn in seiner jetzigen Form auf dem besten Weg als Staat zu scheitern – es sei in etwa das, was als *failed state* bezeichnet werden könnte. Nur Reformen könnten den russischen Staatsorganismus retten. Ein Zusammenbruch Russlands würde immer näherkommen. In Zukunft könne von einem rein russischen Staat keine Rede mehr sein. Alle anderen Nationen, darunter vor allem die Polnische, müsse dem Russischen im Zarentum gleichgestellt werden.³⁴⁶ Demnach ist er der Meinung, dass die polnische Politik im Russischen Reich einen „starken nationalen Ton der Polen“ aufzeigen müsse, um danach in den Russen einen „Mitreiter auf dem Boden eines gemeinsamen Staates zu finden“.³⁴⁷ Dmowski war Realist genug, um zu wissen, dass Russland nicht selbst auf die Idee gekommen wäre, einen unabhängigen polnischen Staat zu proklamieren, beispielsweise auf Basis des Panslawismus.³⁴⁸

³⁴¹ Ebd., S. 47.

³⁴² Micewski, Andrzej: *Roman Dmowski*, S. 151.

³⁴³ Garlicki, Andrzej: *List Romana Dmowskiego do Aleksandra Skarbka z 1919 roku*. In: *Przegląd historyczny* 1 (1973), S. 138.

³⁴⁴ Dmowski, Roman: *Niemcy, Rosja i kwestia polska*, S. 68.

³⁴⁵ Ebd., S. 94.

³⁴⁶ Micewski, Andrzej: *Roman Dmowski*, S. 152.

³⁴⁷ Ebd., S. 139.

³⁴⁸ Wapiński, Roman: *Roman Dmowski*, S. 169.

Was er vielmehr anstrebte, war eine Form des Autonomismus. Eine mögliche Autonomie Polens innerhalb Russlands wäre für Deutschland gefährlich gewesen, da sie ein nationales Potential gestärkt hätte, das auch zur Gefahr für Berlin hätte werden können. Deutschland müsse daher eine antipolnische Politik von Russland fordern.³⁴⁹ Zur gleichen Erkenntnis war bereits Bismarck gekommen, den Dmowski an dieser Stelle zitiert: „Unsre geographische Lage und die Mischung beider Nationalitäten in den Ostprovinzen einschließlich Schlesiens, nöthigen uns, die Eröffnung der polnischen Frage nach Möglichkeit hintanzuhalten [...]“.³⁵⁰

Dmowski betont, dass Mittel- und Osteuropa im Zuge der deutschen Stärke zum Einflussgebiet Deutschlands wurden.³⁵¹ Aufgrund des deutschen Einflusses auf Wien und St. Petersburg ist es Deutschland, mit dem die Polen in allen drei Teilungsgebieten zu ringen hätten.³⁵² Der Verlust der polnischen Nationalidentität drohe nicht von Russen, sondern von den Deutschen. Die Russifikation habe sich als nicht besonders effektiv erwiesen. Die Germanisierung hingegen bedrohe die polnische Nation.³⁵³

Auf den Punkt gebracht fordert Dmowski zunächst eine innere Stärkung der polnischen Nation, die im Grunde noch nicht fähig zu einem eigenen Staat sei. Da Polen aus eigener Kraft nicht in der Lage sei seine Unabhängigkeit zu erreichen, setzt er auf eine Zusammenarbeit der polnischen Nation mit dem russischen Staat. Er wählt Russland hierbei bewusst, da er Deutschland als den stärkeren Gegner ansieht. Dmowski vertraut hierbei auf einen anhaltenden Antagonismus zwischen Berlin und St. Petersburg. Sollte dieser eskalieren, könnte Polen auf einen Sieg Russlands hoffen. Dmowski war der Meinung, dass Polen nur unter der Herrschaft anderer Mächte sein könne, solange es geteilt sei. Nachdem es vereint sei – auch durch eine der Teilungsmächte – würde es unabhängig werden.³⁵⁴ Ein um die preußischen und österreichischen Teilungsgebiete erweitertes *Weichselland*³⁵⁵, würde schlussendlich zur Unabhängigkeit Polens führen. Dies lässt sich ebenfalls daran erkennen, dass Dmowski 1915 – unter dem Eindruck eines ausbleibenden schnellen russischen Sieges – erkennt, dass die polnische Frage im Westen entschieden werden würde.

³⁴⁹ Dmowski, Roman: *Niemcy, Rosja i kwestia polska*, S. 88.

³⁵⁰ Ebd.: Bei Dmowski in Übersetzung, hier im Original zit. n. Bismarck, Otto von: *Gedanken und Erinnerungen. Erster Band*. Stuttgart 1898, S. 313 [15. Kapitel].

³⁵¹ Dmowski, Roman: *Niemcy, Rosja i kwestia polska*, S. 90.

³⁵² Ebd., S. 94.

³⁵³ Micewski, Andrzej: *Roman Dmowski*, S. 152.

³⁵⁴ Ebd., S. 227.

³⁵⁵ *Weichselland* (russ. *Привислинский край*, poln. *Kraj Nadwiślański*) war ein seit etwa 1867 verwendeter Name für das russische Teilungsgebiet.

Dmowski ging von der Grundlage eines unüberbrückbaren Antagonismus zwischen Deutschland und den Polen aus. Wollte Polen als Nation überleben beziehungsweise seine eigene Staatlichkeit wiederherstellen, so ginge dies nur durch die Suche weiterer sich gegen Deutschland richtender Verbündeter.³⁵⁶ Bekanntlich suchte er diesen Verbündeten zunächst in St. Petersburg, später dann in Paris und London. In jedem Fall war er – trotz seiner Bewunderung für die Deutschen und ihren Staat – ein entschiedener Gegner einer jeden Zusammenarbeit mit dem Reich.

2.4.2. Józef Piłsudski

Der bereits erwähnte Józef Piłsudski³⁵⁷ liefert mitnichten ein zusammenhängendes, komplexes oder gar unveränderbares geopolitisches Konzept. Anders als Roman Dmowski darf Piłsudski nicht direkt als Theoretiker verstanden werden.³⁵⁸ Es wäre falsch, ihn als eine Art *spiritus mentor*, als geistigen Vater einer bestimmten ideologischen oder außenpolitischen Schule zu betrachten. Aus diesem Grunde kann auch auf kein wirkliches geopolitisches Werk an dieser Stelle zurückgegriffen werden. Der spätere *Naczelny Wódz* war in erster Linie Machtpolitiker und Pragmatiker. Sein außenpolitisches Handeln orientierte sich an den gegebenen Realitäten. Erkennen lässt sich dies in seinen eigenen Aussagen. „Grau, theurer Freund, ist alle Theorie“

³⁵⁶ Kawalec, Krzysztof: *Problem prorosyjskości Romana Dmowskiego*. <http://www.omp.org.pl/artukul.php?artykul=396> (26.1.2017). Der Beitrag wurde ebenfalls publiziert in Zakrzewski, Maciej: *Między realizmem a apozazją narodową. Koncepcje prorosyjskie w polskiej myśli politycznej*. Kraków 2015.

³⁵⁷ Józef Klemens Piłsudski (1867–1935) zählt zu den bekanntesten polnischen Staatsmännern des 20. Jahrhunderts. Geboren in Litauen entstammte er einem polnischen Adelsgeschlecht. Früh machte er Erfahrungen mit der Russifizierungspolitik der russischen Teilungsmacht. Sein konspiratives Engagement hingegen mündete 1887 zunächst in einer fünfjährigen Verbannung nach Sibirien. Bereits vor seinem sibirischen Exil hatte er sich in Kreisen sozialistischer Revolutionäre (*Narodnaja wolja*) bewegt. Nach seiner Rückkehr aus Sibirien trat Piłsudski der PPS (*Polska Partia Socjalistyczna, Polnische Sozialistische Partei*) bei. Sein Sozialismus widerstrebte hierbei einem Internationalismus und forderte die polnische Unabhängigkeit. Als Chefredakteur des *Robotnik* (dt. *Der Arbeiter*) wurde er 1900 zwar verhaftet, nach Vortäuschung einer Geisteskrankheit gelang ihm jedoch im Folgejahr die Flucht. Während des Russisch-Japanischen Krieges war er (wie auch Dmowski) nach Japan gereist, um die Japaner (anders als Dmowski) für eine polnische Unabhängigkeit zu gewinnen. In Galizien gelang ihm wenige Jahre vor dem Ersten Weltkrieg die Bildung von polnischen Schützenverbänden, aus denen sich später mit den Polnischen Legionen eine eigenen militärische Einheit auf der Seite der Mittelmächte bilden sollte. Weder der Versuch einen Aufstand im russischen Teilungsgebiet zu erringen noch die Zusammenarbeit mit den Mittelmächten war erfolgreich. Im Jahre 1917 verweigerten Piłsudski und ein Großteil seiner Legionäre den Eid auf den deutschen Kaiser. Diese Eidkrise hatte zur Folge, dass Piłsudski bis November 1918 in (wenn auch nicht ungemütlicher) Magdeburger Haft saß. Nach Ende des Krieges kehrte er (mit deutscher Unterstützung) am 11. November 1918 nach Warschau zurück, wo ihm die Führung des neuen polnischen Staates sowie die Armeeführung übertragen wurde. Piłsudski behielt diese Führung bis 1922 inne und setzte sich anschließend zur Ruhe. Durch die Instabilität der II. Republik entschied sich Piłsudski im Mai 1926 zu einem Staatsstreich. Zwar wählte eine Nationalversammlung ihn zum neuen Staatspräsidenten, jedoch nahm er die Wahl nicht an. Neben dem allgemeinen Gewicht seiner Person innerhalb des politischen Systems füllte er sonst nur zeitweise Regierungsämter aus. Trotz allem nahm er bis zu seinem Tod 1935 starken Einfluss auf die *Sanacja*-Politik in Polen.

³⁵⁸ Garlicki, Andrzej: *Józef Piłsudski 1867 - 1935*. Kraków 2008, S. 100.

soll er gerne Goethes Mephistopheles zitiert haben.³⁵⁹ Insbesondere in Bezug auf die Ostpolitik Polens finden sich markante Aussagen: „Aufgrund der Tatsache, dass auf Gottes Erde anscheinend das Geschwätz von der Brüderlichkeit der Menschen und Völker sowie amerikanische Doktrinen zu siegen beginnen, tendiere ich äußerst gerne zur die Seite der Föderalisten.“³⁶⁰ Dennoch – vielleicht gerade aus der Pragmatik und dem Realismus heraus – gilt der Marschall als Fürsprecher eines Föderalismus. Die föderalistische Idee geht hervor aus der historischen Rolle Polens bis zu den Polnischen Teilungen im 18. Jahrhundert. Vielfach wurde in Polen aus der polnisch-litauischen Adelsrepublik der Anspruch abgeleitet, die Region zwischen Russland und Deutschland anzuführen. Bereits während seiner frühen Aktivitäten bei der PPS zeigten sich erste Ansätze einer vom noch jungen Piłsudski angestrebten Zusammenarbeit zwischen „Polen, Litauern, Letten und Ruthenen“.³⁶¹ Es handelt sich somit um Volksgruppen zwischen dem deutschen und dem russischen Siedlungsraum.³⁶²

Deutschland hingegen scheint für Piłsudski kein erstrangiges Thema zu sein. Der Marschall konzentrierte sich zeitlebens auf den Osten. Im „barbarischen und asiatischen Russland“ sah er eine Bedrohung der westlichen Zivilisation.³⁶³ Der westliche Nachbar scheint einstweilen erst zum Thema zu werden, als dies für den Umgang mit Russland beziehungsweise später der Sowjetunion eine Rolle spielte.³⁶⁴ Piłsudski arbeitete insbesondere in der ersten Hälfte des Weltkrieges mit Deutschland zusammen. Diese Zusammenarbeit war allerdings nicht in einer Sympathie für Deutschland begründet. So ging es Piłsudski allein um die Gewinnung einer polnischen Unabhängigkeit. Er kann somit, was Deutschland angeht, als Realist bezeichnet werden, der aus den jeweils gegebenen Realitäten das Beste für Polen herauszuholen versucht. Sein Ziel war es, gegenüber Deutschland und Russland auf gleichem Abstand zu bleiben.³⁶⁵ Sein Hauptgegner, von dem er die größte Gefahr für Polen vermutete, war stets Russland. Der Marschall wusste aber auch, dass „[...] [o]bwohl Russland der Feind war – beabsichtige [er] aus diesem Grund nicht, Deutschland in die Arme zu fallen“.³⁶⁶

Zusammenfassend lässt sich bezüglich seiner geopolitischen Vorstellungen feststellen, dass Deutschland kein Hauptaugenmerk Józef Piłsudskis gewesen ist. Sein Fokus richtet sich

³⁵⁹ Gałęzowska, Irena: *Mysł Józefa Piłsudskiego w świetle filozofii współczesnej*. In: *Niepodległość* 7 (1962), S. 128; Goethe, Johann Wolfgang von: *Faust. Eine Tragödie von Goethe. Der Tragödie erster Teil*. Tübingen 1808, S. 124 [Zeile 2038].

³⁶⁰ Piłsudski, Józef: *Pisma zbiorowe. Tom V*. Warszawa 1989, S. 73–74.

³⁶¹ Garlicki, Andrzej: *Józef Piłsudski 1867 - 1935*, S. 87.

³⁶² Auf diesen föderalistischen Aspekt bei Piłsudski wird im Kapitel 4.6.3. eingegangen.

³⁶³ Piłsudski, Józef: *Pisma zbiorowe*, S. 268.

³⁶⁴ Vgl. Serwatka, Tomasz: *Józef Piłsudski a Niemcy*. Wrocław 1997, S. 164.

³⁶⁵ Ebd., S. 165.

³⁶⁶ Ebd., S. 166.

auf den östlichen Nachbarn, den er als Hauptgegner und größte Bedrohung für die polnische Unabhängigkeit hielt. Dort, wo die Souveränität Polens von Russland bedroht war, zeigte sich der Marschall bereit, in Deutschland einen Partner zu suchen. Er verfiel hierbei allerdings in keine Germanophilie, sondern blieb skeptisch gegenüber Berlin. Das Gegenteil wurde dennoch oft behauptet. Immer wieder gab es vor allem aus dem gegnerischen politischen Lager den Vorwurf, Piłsudski sei in seiner Politik germanophil.³⁶⁷ Piłsudski stritt dies für seine eigene Person ab: „Denn siehst Du, ihr sagt ich sei ein Germanophiler. Das ist eine Lüge und Niederträchtigkeit“.³⁶⁸ In Bezug auf einen wirklichen Deutschlandfreund, Władysław Studnicki, nutzte der Marschall das Wort des *Germanophilen* explizit abwertend.³⁶⁹

2.4.3. Władysław Studnicki

Dieser vom Marschall als „in seiner Sturheit blind und zu viele Dummheiten [begehende]“ Władysław Studnicki³⁷⁰ galt einst als „[...] ein heute halb vergessener Politiker, der jedoch

³⁶⁷ Dmowski, Roman: *Polityka polska i odbudowanie państwa*. Warschau 1988, S. 206–211.

³⁶⁸ Wachowiak, Stanisław: *Czasy, które przeżyłem. Wspomnienia z lat 1890-1939*. Warszawa 1983, S. 87.

³⁶⁹ Baranowski, Władysław: *Rozmowy z Piłsudskim 1916–1931*. Warszawa 1990, S. 33.

³⁷⁰ Władysław Studnicki (1867–1954) bezeichnete sich selbst als „Kind der Jahres 1863“, einer Generation, die tief geprägt wurde durch die – wie er es nannte – „Friedhofsatmosphäre“ nach dem verlorenen Januaraufstand. Während seiner Studienzeit entwickelte er zunächst eine Nähe zum Sozialismus und wurde Mitglied der *Proletariat-Partei*. Sicherlich wurde seine sozialistische Einstellung durch die PPS-Mitgliedschaft der Mutter vorgeprägt. Für sein politisches Engagement wurde er 1888 festgenommen und 1893 für drei Jahre nach Sibirien verbannt. Nach seiner Rückkehr aus Sibirien unternahm Studnicki mehrere Reisen (Wien, Heidelberg). Studnicki war zunächst weiterhin als Sozialist tätig. So engagierte er sich unter anderem für *das Związek Zagranicznych Socjalistów Polskich* (Bündnis der polnischen Sozialisten im Ausland). Immer mehr entfernte sich Studnicki jedoch von seiner sozialistischen Position und nähert sich dem Nationalismus an (Studnicki, Władysław: *Od socjalizmu do nacjonalizmu*. Lwów 1904).

Als Mitglied der *Endecja* zeigte er sich dennoch als Kritiker der prorussischen Politik Dmowskis. Dies führte dazu, dass er später mit der Nationaldemokratie brach. Studnicki sah einen Krieg zwischen Österreich-Ungarn und Russland ausbrechen, den St. Petersburg nicht gewinnen könne. Seine Sympathie für Österreich-Ungarn sowie seine Erfahrung aus Sibirien hatten aus ihm einen Gegner Russlands gemacht.

Während des Krieges fiel Studnicki durch sein prodeutsches Auftreten auf. Generalgouverneur Hans von Beseler wurde auf Studnickis Agitationen aufmerksam (insbesondere durch eine Kundgebung zum 3. Mai im Jahre 1916). Für den 10. Mai 1916 wurde Studnicki zum Generalgouverneur eingeladen. Bei diesem Treffen überreichte er ihm eine Denkschrift über die Notwendigkeit der Proklamierung eines unabhängigen Polens. Durch seinen direkten Zugang zu von Beseler wird Studnicki zum Mitautor des Dekrets vom 5. November 1916 zur Proklamation des Königreiches Polen. Studnicki wird Mitglied im Provisorischen Staatsrat (*Tymczasowa Rada Stanu w Królestwie Polskim*), aus dem er jedoch im August 1917 ausgeschlossen wird. Im Februar 1918 wurde er – auf Betreiben der Deutschen – Mitglied des Staatsrates (*Rada Stanu*).

1919 begnügte er sich mit dem Posten des Leiters der Statistischen Abteilung in der Zivilverwaltung der Ostgebiete (Zarząd Cywilny Ziemi Wschodnich). Von 1922 bis 1926 arbeitete er zunächst im Handels- und Industrieministerium und von 1928 bis 1930 im Außenministerium. Im Jahre 1935 und 1938 kandidierte er beide Male erfolglos für den Sejm. Er war in dieser Zeit vor allem als politischer Publizist tätig, was ihn in den dreißiger Jahren auch europaweit bekannt machte.

Für seine weiterhin stark prodeutsche Haltung wurde er 1936 als Gast zum NS-Parteitag in Nürnberg (gemeinsam mit Mackiewicz) eingeladen und traf dort u.a. auf Goebbels und führte eine zweistündige Diskussion mit von Ribbentrop.

Als sich im Spätjahr 1938 und Frühjahr 1939 Berlin und Warschau erneut wieder stark voneinander entfernten, versuchte Studnicki seine Landsleute für eine Zusammenarbeit mit dem Reich zu gewinnen. Der letzte publizistische Versuch vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges stellt sein Werk *Wobec nadchodzącej II-ej wojny światowej* (Angesichts des heraufziehenden Zweiten Weltkrieges) dar. Die Auflage des Buches wurde im Juni 1939 jedoch vor der Erscheinung durch die Behörden konfisziert.

einst mit Piłsudski und Dmowski in der ersten Reihe unter den Vätern der polnischen Unabhängigkeit und des politischen Denkens in Polen stand“. Gemeinsam mit Bocheński und Cat-Mackiewicz zählt Studnicki zu den drei wichtigsten germanophilen politischen Publizisten. Auch wenn sich Studnickis prodeutsche Haltung in Polen niemals einer breiten Mehrheit erfreute, so muss er doch als ihr einzig konsequenter Vertreter angesehen werden.³⁷¹

Trotz seiner frühen Zugehörigkeit zur *Endecja* zeigte er sich als Kritiker der prorussischen Politik Dmowskis. Dies führte dazu, dass er wenig später mit der Nationaldemokratie brach.³⁷² Bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts sah Studnicki einen Krieg zwischen Österreich-Ungarn und Russland ausbrechen, den St. Petersburg nicht gewinnen könne. Seine Sympathie für Österreich-Ungarn sowie seine Erfahrung aus Sibirien hatten aus ihm einen Gegner Russlands gemacht. Er forderte die Unabhängigkeit Polens an der Seite der Mittelmächte.³⁷³ Österreichs Niederlage im Weltkrieg ließen ihn aber alsbald erkennen, dass es allein Deutschland sei, dass Polen diese Unabhängigkeit bringen könne.³⁷⁴ Im Jahre 1910 schrieb er, dass er der Überzeugung sei, dass die Polnische Frage „niemals durch Evolution“

Während des Krieges verfasste er mehrere Schriften über eine Zusammenarbeit mit den Deutschen. Mit seiner Denkschrift über die Besatzungspolitik (Anklageschrift gegen die deutsche Besatzungspolitik) fuhr er im Dezember 1939 nach Berlin. Er hoffte auf ein Treffen mit Hitler, Göring und Goebbels. Es kam zunächst zu einem Treffen mit dem früheren deutschen Botschafter in Warschau von Moltke. Im Anschluss war es tatsächlich zu einem Treffen mit Goebbels gekommen. Der Propagandaminister hielt Studnickis Position zum damaligen Zeitpunkt für extrem kontraproduktiv für das Reich. Da das Treffen somit zu Verstimmung zwischen Deutschland und der Sowjetunion hätte führen können, wurde es Studnicki nicht gestattet nach Warschau zurückzukehren. Er wurde stattdessen in ein Sanatorium in Potsdam-Babelsberg eingewiesen.

Im August 1940 kehrt er nach Warschau zurück. Zwar befürwortete Studnicki weiterhin eine Zusammenarbeit mit den Deutschen, gleichzeitig äußerte er sich aber auch kritisch gegenüber der Härte der Besatzungspolitik. Hierfür wird er im September 1941 – bezeichnender Weise kurz nach dem Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion – in Warschau inhaftiert. Mitte August 1942 wurde Studnicki entlassen. Selbst die Inhaftierung brachte Studnicki allerdings nicht von seiner prodeutschen Haltung ab. So argumentierte er beispielsweise unter seinen Landsleuten gegen einen Aufstand und befürwortete weiterhin die Bildung eines polnischen Staates und einer polnischen Armee (vgl. Zgórnjak, Marian: *Nieudana misja Władysława Giszberta-Studnickiego W Berlinie na początku 1940 roku*. In: *Państwo i Społeczeństwo* 2 (2003), S. 103–122).

Mit dem Nahen der Roten Armee flüchtete Studnicki 1945 nach Rom und ein Jahr darauf nach London. In der Umgebung der Londoner Exilregierung war Studnicki nach dem Krieg aufgrund seiner Haltung zu den Deutschen isoliert. 1951 wurden in Polen seine Werke verboten. Studnicki starb 1953 im Londoner Exil.

³⁷¹ Sadkiewicz, Jan: *"Ci, którzy przekonać nie umieją". Idea porozumienia polsko-niemieckiego w publicystyce Władysława Studnickiego i wileńskiego "Słowa" (do 1939)*. Kraków 2012, S. 16.

³⁷² Strządała, Gawel: *Niemcy w myśli politycznej Władysława Studnickiego* (= *Studia i monografie / Uniwersytet Opolski* 459). Opole 2011, S. 44.

³⁷³ Studnicki, Władysław: *Sprawa polska*. Poznań 1910.

³⁷⁴ Es ist anzunehmen, dass es bereits während seines Aufenthalts in Galizien zu einer Sympathie für Deutschland durch seinen Lehrer, den Historiker Szymon Askenazy (1865–1935) kam. Dieser sprach sich in seinen Vorlesungen als Befürworter der preußisch-polnischen Allianz von 1790 aus. Askenazy, Szymon: *Przymierze polsko-pruskie*. Warszawa ³ 1918. Vgl. Strządała, Gawel: *Niemcy w myśli politycznej Władysława Studnickiego*, S. 44–45.

(„das heißt durch Anpassung an gegebene Verhältnisse“), sondern nur durch „die Ausnutzung einer Konjunktur“ (beispielsweise durch einen Krieg) gelöst werden könne.³⁷⁵

Während des Krieges fiel Studnicki durch sein prodeutsches Auftreten und seine Nähe zur deutschen Führung, namentlich dem Generalgouverneur, auf. Unter seinen Landsleuten hingegen fand er hingegen wenig Verbündete für eine germanophile Haltung. Für die Zeit nach dem Weltkrieg sprach Studnicki sogar von einer Treibjagd gegen seine Person.³⁷⁶ Studnickis geopolitische Vorstellungen präsentierten sich nicht von Anfang an derart prodeutsch. Fundament all seiner Standpunkte war seine tiefe Abneigung gegenüber Russland. Seine eigenen Erfahrungen mit dem Zarenreich spielten hierbei eine große Rolle. „Die persönliche Bekanntschaft mit Rußland ruft in geistig hochstehenden Polen eine russenfeindliche Reaktion hervor und heilt sie von jeglicher russischen Ideologie“. Diesen „geistigen Prozeß“ habe auch Piłsudski durchlebt. Insbesondere die Verbannung nach Sibirien sei für ihn wie für Studnicki „eine politische Schule für das Verständnis Rußlands“ gewesen.³⁷⁷ Russland – wie Studnicki es verstand – war kein europäisches Land. Zwar sei es slawisch in seiner Sprache, aber asiatisch „in Blut und Geschichte“.³⁷⁸ Seiner Auffassung nach sei hierbei egal, ob es ein zaristisches, ein liberal-demokratisches oder ein sowjetisches gar nationalsozialistisches Russland gäbe. Russland würde unter jedem Staatssystem ein Feind Polens sein.³⁷⁹ Studnickis russophobische Einstellung ging hierbei soweit, dass er selbst eine Germanisierung vorzog: „Besser, unsere Nation geht unter, besser, sie wird germanisiert, als daß sie völkischer Dünger für die Mongolen wird“.³⁸⁰ Nicht verwunderlich ist demnach, dass sich auch bei Studnicki Elemente des polnischen Bollwerk-Mythos wiederfinden. So ist er der Meinung, dass Polen „Grundpfosten der Mauer“ sein sollte, „die Europa von Sowjetrußland trennt“.³⁸¹ An dieser antirussischen Haltung würde Studnicki zeitlebens festhalten.³⁸²

In der Suche nach einer Antwort auf diese vermeintliche Bedrohung Polens durch Russland sieht Studnicki im Westen keinen geeigneten Partner. So sei beispielsweise ein

³⁷⁵ Studnicki, Władysław: *Irrwege in Polen. Ein Kampf um die polnisch-deutsche Annäherung*. Göttingen 1951, S. 15.

³⁷⁶ Ebd., S. 21; Sein Lebenslauf zeigt, dass Studnicki trotz (oder gerade wegen) seines Einflusses während der deutschen Besatzung in der Zweiten Republik zunächst keine vorrangige Stellung erhielt.

³⁷⁷ Ebd., S. 5.

³⁷⁸ Studnicki, Władysław: *Polen im politischen System Europas*. Berlin 1936, S. 100.

³⁷⁹ Studnicki, Władysław: *Wobec nadchodzącej II-jej wojny światowej*. In: *Polityka międzynarodowa Polski w okresie międzywojennym*. Hrsg. von Władysław Studnicki. Toruń 2009, S. 340.

³⁸⁰ Studnicki, Władysław: *Irrwege in Polen*, S. 5.

³⁸¹ Studnicki, Władysław: *Polen im politischen System Europas*, S. 10.

³⁸² Für einen ausführlicheren Überblick über Studnickis Haltung gegenüber Russland siehe Figura, Marek: *Rosja w myśli politycznej Władysława Studnieckiego*. In: *Europa a Rosja. Opinie, konflikty, współpraca. Studia*. Hrsg. von Zbigniew Anculewicz u. Jan Sobczak. Olsztyn 2003.

Bündnis zwischen Frankreich und Polen sinnlos, sowohl ökonomisch als auch politisch.³⁸³ Großbritannien andererseits sei für Studnicki quasi eine Antithese zu Polen, denn halb Europa trenne beide. Hinzukäme, dass Großbritannien ein Inselstaat, Polen eine Landmacht sei und ihre Interessen damit zu unterschiedlich seien.³⁸⁴ Gerade in Bezug auf Großbritannien stellt er die Frage, was die Insel in den letzten 300 Jahren für Polen getan habe.³⁸⁵

Zu Beginn des Jahrhunderts ist es zunächst Österreich-Ungarn, in dem Studnicki Polens natürlichen Verbündeten sieht. Überzeugt wurde er hierbei zum einen vom Antagonismus zwischen Wien und St. Petersburg und zum anderen von Österreichs liberaler Polenpolitik in Galizien. Die Schwäche Österreich-Ungarns im Weltkrieg bringt Studnicki allerdings dazu in Deutschland einen Partner zu suchen. Für Polen erhoffte er sich hierbei die Wiedergewinnung der Staatlichkeit. Diese wiederum – in Verbindung mit einer polnischen Armee – sei für die Mittelmächte ein wichtiger Faktor im Kampf gegen Russland.³⁸⁶ An dieser prodeutschen Haltung wird er ebenfalls zeitlebens festhalten.

Vor dem Hintergrund der deutschen Okkupation Kongresspolens während des Ersten Weltkrieges sahen Studnicki und seine Mitstreiter, die sich im *Klub Państwowców Polskich* (KPP)³⁸⁷ zusammenfanden, Deutschland als ihren Befreier.³⁸⁸ Die Germanophilen um Studnicki befürworteten einen polnischen Satellitenstaat, der völkerrechtlich vom deutschen Kaiser repräsentiert werden sollte. Eine polnische Armee sollte ebenso unter dem Oberbefehl des deutschen Monarchen stehen. Der polnische Staat sollte sich dem deutschen Zollverein anschließen sowie Teil eines mitteleuropäischen Wirtschaftsblockes werden. Post- und Telegraphie- und Währungswesen sollten in der Hand Berlins bleiben. Gleichzeitig forderte der KPP aber ebenfalls eine territoriale Erweiterung nach Osten.³⁸⁹ Selbstverständlich zählte Studnickis KPP zu einem der Hauptbefürworter der

³⁸³ Studnicki, Władysław: *Polen im politischen System Europas*, S. 74.

³⁸⁴ Ebd., S. 75.

³⁸⁵ Ebd., S. 77–80. Auf dieser Grundlage verurteilte er später Londons Unwillen zur Hilfe im polnisch-sowjetischen Krieg 1920. Sehr stark wurde auch Winston Churchill von ihm später angegriffen, da dieser Polen sowohl bei Kriegsausbruch 1939 als auch 1945 in Jalta und Potsdam verraten habe. Studnicki, Władysław: *List otwarty polskiego publicysty do Pana Winston S. Churchilla*. In: *Polityka międzynarodowa Polski w okresie międzywojennym*. Hrsg. von Władysław Studnicki. Toruń 2009, S. 355–362.

³⁸⁶ Sadkiewicz, Jan: *"Ci, którzy przekonać nie umieją"*, S. 63.

³⁸⁷ Der *Klub Państwowców Polskich* wurde nach Beginn der deutschen Besatzung im Juli 1916 in Kongresspolen durch Studnicki gegründet. Der Ausdruck *państwowiec* lässt sich hierbei schwer ins Deutsche übersetzen. Laut dem *Słownik Języka Polskiego* (*Wörterbuch der polnischen Sprache*) definiert er sich wie folgt: „Person, die besonders in der Organisation des Staates aktiv ist, politischer Aktivist“.

³⁸⁸ Der *Klub Państwowców Polskich* (Klub des polnischen Staatswesens) wurde am 21. Juli 1916 im von deutschen besetzten Kongresspolen gegründet. Der prodeutsche Klub war Herausgeber der Zeitschrift *Naród i Państwo*.

³⁸⁹ Basler, Werner: *Deutschlands Annexionspolitik in Polen und im Baltikum*, S. 138–139.

Novemberproklamation.³⁹⁰ Studnicki argumentiert, dass die jetzige Grenzziehung zwischen Deutschland und Russland wenig optimal sei. Aufgrund der größeren russischen Ressourcen und Kräfte sei dies eher für Russland von Vorteil. Würde Deutschland nun an einen polnischen Staat grenzen, würden die deutschen Grenzen Polen umgürten. Militärisch wäre Polen somit für Deutschland keine Gefahr.³⁹¹ Studnickis Vorstellung war es somit, dass der polnische Juniorpartner zum Bollwerk Deutschlands gegen den Osten werden sollte.

³⁹⁰ Hierauf verweist unter anderem ein Appell des KPP, der im Zuge der Proklamation veröffentlicht wurde. *Polacy! Klub Państwowców Polskich*. <https://www.sbc.org.pl/dlibra/show-content/publication/edition/90578?id=90578> (9.1.2021); Auf die Novemberproklamation wird in Kap. 3.3. dieser Arbeit ausführlich eingegangen.

³⁹¹ Studnicki, Władysław: *Die Umgestaltung Mittel-Europas durch den gegenwärtigen Krieg. Die Polenfrage in ihrer internationalen Bedeutung*. Wien 1915, S. 20–21.

3. Polen als geopolitisches Objekt während des Ersten Weltkrieges

*Eine günstige und gefahrlose Lösung des polnischen Problems
gibt es für uns überhaupt nicht.
Bethmann Hollweg, 4. August 1915*

Bekannt sind nun die Ursprünge angelsächsischen, deutschen und polnischen geopolitischen Denkens, wie sie vor und während des Ersten Weltkrieges vorherrschten. Ebenfalls konnte ein Einblick in die geopolitische Bedeutung Polens und Deutschlands gewonnen werden, der aufzeigte, welche Sichtweise früheste geopolitische Theoretiker auf beide Staaten hatten. Nach diesen theoretischen Vorarbeiten soll sich im Folgenden dem ersten historischen Fallbeispiel und der in ihr vorherrschenden und sich aus ihr entwickelnden Staatenkonstellation zugewandt werden: der Proklamation des Königreichs Polen durch die Mittelmächte während des Ersten Weltkrieges.

3.1. Die Wiener Ordnung

Das Jahr 1914 kann mit ziemlichem Nachdruck als Zeitenwende verstanden werden. Mit dem Ausbruch des Großen Krieges begann „*the great seminal catastrophe of this century*“ (George Kennan).³⁹² Die Schüsse von Sarajevo und die in den Weltenbrand mündende Julikrise beendeten das „*long nineteenth century*“ (Eric Hobsbawm).³⁹³ Begonnen hatte jenes lange 19. Jahrhundert bekanntlich in den Wirren der Französischen Revolution, worauf das napoleonische Zeitalter folgte. Obschon sowohl die Revolution als auch Bonaparte insbesondere die europäische Geschichte des 19. Jahrhunderts und darüber hinaus auf vielfältige Weise geprägt hatten, waren beide Epochen nur von kurzer Dauer. Mit den Niederlagen des korsischen Feldherrn in den Jahren 1814/1815 endete das napoleonische Staatensystem, welches das ihm vorausgehende politische Gefüge des *Ancien Régime* in Europa völlig verändert hatte. Noch bevor Napoleon im Sommerfeldzug von 1815 auf dem Schlachtfelde vergeblich eine Schicksalswende herbeizuführen versuchte, trafen sich in Wien bereits die Vertreter aus etwa 200 Staaten, Fürstentümern und souveränen Städten zur Neuordnung des Kontinents. Nach einem Vierteljahrhundert des beinahe permanenten Krieges, der dem Chaos der Revolution gefolgt war, ging es den Großmächten nun darum, die *Balance*

³⁹² Kennan, George F.: *The decline of Bismarck's European order. Franco-Russian relations, 1875-1890*. Princeton 1979, S. 3 [Hervorhebung im Original]. Im Deutschen wird der Begriff zu meist als *Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts* wiedergegeben. Vgl. Mommsen, Wolfgang J.: *Die Urkatastrophe Deutschlands* (= Gebhardt. Handbuch der deutschen Geschichte 17). Stuttgart¹⁰ 2002.

³⁹³ Auf Deutsch zuletzt erneut erschienen als Hobsbawm, Eric J.: *Das lange 19. Jahrhundert*. Darmstadt 2017.

of Power wiederherzustellen.³⁹⁴ Die Zeichnung des *Acte final*, der Schlussakte des Kongresses, neun Tage vor Napoleons Niederlage bei Waterloo und Belle-Alliance, besiegelte das Ende des napoleonischen Staatensystems und den Beginn der Wiener Ordnung. Geschaffen wurde ein System, in dem Gebietsansprüche zukünftig nur durch Verträge und nicht allein mehr durch Annexion legitimiert werden sollten.³⁹⁵ An die Stelle von unilateralen *Faits accomplis* sollten nun multilaterale Lösungen der Großmächte treten.

Stütze dieses neuen Systems waren die europäischen Großmächte, an die die Herrschaft über Europa nach der französischen Dominanz zurückgehen sollte. Hierzu zählen nicht allein die Sieger über Napoleon, namentlich Österreich, Preußen, Russland und England. Von Anfang an band die Quadrupelallianz auch das besiegte Frankreich mit ein,³⁹⁶ wodurch das *Konzert der Mächte* sich als Pentarchie präsentierte. Aus diesem *Quintetto* besonders herauszuheben sind die Mächte Russland, Preußen und Österreich. Sie bildeten auf Initiative des russischen Zaren die so genannte *Heilige Allianz*. Diese diente den beteiligten Mächten als Mittel zur Festigung der gegen nationale und demokratische Bestrebungen gerichteten restaurativen Politik. Sie kann somit als einer der Eckpfeiler der Wiener Ordnung bezeichnet werden.

Wie lange hielt nun diese *repos du monde*?³⁹⁷ Die Frage nach der Halbwertszeit dieser Ordnung muss differenziert beantwortet werden. Als Kongresssystem scheiterte sie bereits in den 1820er Jahren.³⁹⁸ Das Arrangement sich regelmäßig zu Kongressen zu treffen, um diplomatische Lösungen zu finden, konnte sich nicht durchsetzen.³⁹⁹ Die „Zeit der Areopage

³⁹⁴ Kissinger, Henry: *Diplomacy*. New York u.a. 1994, S. 79.

³⁹⁵ Lentz, Thierry: *1815. Der Wiener Kongress und die Neugründung Europas*. München 2014, S. 350–351.

³⁹⁶ Kurz nach der Abdankung Napoleons im April 1814 kehrte der zuvor im Exil lebende Bruder des letzten französischen Königs nach Frankreich zurück und wurde als Ludwig XVIII. zum König von Frankreich gekrönt. Durch diese Restauration der Monarchie in Frankreich, stellte es für die Großmächte kein Problem dar, Frankreich vollends an den Verhandlungen des Wiener Kongress zu beteiligen beziehungsweise es als Großmacht anzuerkennen. Die Aufnahme Frankreichs war aber auch in russischen Forderungen nach dem Herzogtum Warschau und preußischen Forderungen auf eine Annexion Sachsens begründet. Gegen beide Forderungen stellten sich Österreich und England. Paris diente London und Wien als Verbündeter in diesen Fragen. Vgl. Hackmann, Jörg / Kopij-Weiß, Marta: *Nationen in Kontakt und Konflikt. Deutsch-polnische Beziehungen und Verflechtungen 1806 - 1918* (= Deutsch-polnische Geschichte 3). Darmstadt 2014, S. 24.

³⁹⁷ *Erklärung der verbündeten Mächte bei der Rückkehr Napoleons von der Insel Elba* [auch *La déclaration du 13 mars 1815*]. In: Siborne, William: *Geschichte des Krieges in Frankreich und Belgien im Jahre 1815. Mit einer genauen Darstellung der Schlachten von Quatre-Bras, Ligny, Wavre und Waterloo*. Berlin, Posen, Bromberg 1846, S. 315: „Les Puissances déclarent que Napoléon Buonaparte s’est placé hors des latons civiles et sociales, et que, comme ennemi et perturbateur du repos du monde, il s’est livré à la vindicte publique”.

³⁹⁸ Insbesondere durch den 1821 beginnenden Griechischen Unabhängigkeitskrieg herrschten große Unstimmigkeiten zwischen den europäischen Großmächten. Vgl. Zelepos, Ioannis: *Griechischer Unabhängigkeitskrieg (1821–1832)*. <http://ieg-ego.eu/de/threads/europaeische-medien/europaeische-medienereignisse/ioannis-zelepos-griechischer-unabhaengigkeitskrieg-1821-1829> (12.2.2018).

³⁹⁹ Nach dem Wiener Kongress war es zunächst noch zu einer Reihe von weiteren Kongressen und Verträgen gekommen. So trafen sich die europäischen Monarchen beziehungsweise deren Vertreter unter anderem in Aachen

und dergleichen“ endete – so der britische Außenminister George Canning⁴⁰⁰ – bereits wenige Jahre nach den Beschlüssen von Wien.⁴⁰¹

Bereits fünfzehn Jahre nach der Unterzeichnung der Schlussakte brachte die Julirevolution des Jahres 1830 den endgültigen Sturz der Bourbonen in Frankreich. Spätestens mit der bürgerlichen Revolution von 1848 wurde die Restauration Europas, das Festhalten am Prinzip der *Anciennität*, massiv gestört. Nationale und demokratische Bestrebungen entluden sich in ganz Europa. Zwar folgte auf die Märzrevolution die so genannte Reaktionsära, aber das System Metternich wurde gestürzt.

Auch ein Blick auf die Landkarte lässt erkennen, dass es nach 1815 durchaus zu grundlegenden territorialen Veränderungen in Europa gekommen war. Das europäische Staatensystem von 1815 war nicht das Gleiche, wie jenes von 1914, denn auch Grenzen hatten sich in Europa verändert. Neue Staaten entstanden, andere Staaten wiederum verschwanden von der Landkarte. Im Jahre 1830 proklamierte sich das Königreich Belgien. 1861 vereinigte sich die Apenninen-Halbinsel im *Risorgimento* in drei Unabhängigkeitskriegen zum Königreich Italien. In diesem Zusammenhang verlor Österreich 1866 seine venezianischen Gebiete. Zu erwähnen ist sicherlich ebenfalls der Krimkrieg als kriegerische Auseinandersetzung zwischen Russland zum einen und dem Osmanischen Reich, dem Vereinigten Königreich, Frankreich und Sardinien zum anderen. Zwar handelte es sich hierbei um einen lokalen Konflikt zwischen drei europäischen Großmächten, jedoch führte er zum Scheitern des Kongresssystems als auch den Misserfolg der Heiligen Allianz deutlich vor Augen.⁴⁰²

Das größte Potential zur Störung der Wiener Ordnung hatten aber sicherlich die Veränderungen, die sich in Mitteleuropa mit der deutschen Reichseinigung vollzogen. In drei Kriegen, darunter zwei zwischen europäischen Großmächten, konnte sich Preußen nicht nur in seiner dualistischen Auseinandersetzung mit Österreich durchsetzen, sondern zugleich auch insbesondere den Krieg gegen Frankreich zur Ausrufung eines deutschen Nationalstaates unter preußischer Führung nutzen. In Wien hatten die Fürsten und Könige Europas noch einen losen Deutschen Bund geschaffen, der ein lockeres Bündnis ohne wirklichen außenpolitischen

(1818), Troppau (1820), Laibach (1821) und Verona (1822). Pläne für einen Kongress in St. Petersburg im Jahre 1825 wurden allerdings nicht mehr umgesetzt.

⁴⁰⁰ George Canning (1770–1827), britischer Politiker (Tories), 1822–1827 Außenminister, 1827 Premierminister.

⁴⁰¹ Rolo, Paul: *George Canning. Three biographical studies*. London 1965, S. 214: „Only bid your Emperor be quiet, for the time for Areopagus and the like of that, is gone by“.

⁴⁰² Der Krimkrieg zeigte deutlich den Konflikt zwischen Russland und Österreich. Streitpunkt war die Herrschaft über den Balkan. Wien richtete sich diplomatisch deutlich gegen St. Petersburg, während Berlin neutral blieb.

Einfluss darstellte. Ein deutscher Nationalstaat im Zentrum Europas musste die Wiener Ordnung massiv stören. Er brachte eine starke Machtverschiebung in das Konzert der Mächte. Dieses Zweite Reich hatte den Einfluss Berlins in Mitteleuropa stark ausgebaut. Jener Staat war im eigentlichen Sinne eine Erweiterung des preußischen Staates gewesen. Während Preußen in der europäischen Pentarchie den kleinsten Staat darstellte, war Deutschland nun das bevölkerungsreichste und wirtschaftlich mächtigste Imperium in Europa. Die Tatsache, dass St. Petersburg, Wien oder vor allem London, als Hüter des Gleichgewichtes der Kräfte, nicht gegen das Deutsche Reich vorgingen, lag sicherlich maßgeblich an der Verkündung einer Sättigung des Reiches durch Reichskanzler Otto von Bismarck. Deutschlands Nachbarn müssten nicht befürchten, dass Deutschland eine aggressive Außenpolitik gegenüber anderen Staaten fahren würde. Dennoch hatte das *Konzert der Mächte* es fortan nicht mehr allein mit Preußen zu tun. Deutschland wurde durch seine nationale Einigung zum geopolitischen Akteur.

Dieses Scheitern der Verabredung, Konflikte in Form von Kongressen zu lösen, die Veränderung der europäischen Karte und des Gleichgewichtes der Kräfte, allen voran in Mitteleuropa, können als Argumente angeführt werden, dass die Wiener Ordnung bereits früh scheiterte. Eine gegenteilige These wird insbesondere von Henry Kissinger vertreten, der sich in seiner Doktorarbeit *A World Restored* mit den Folgen des Wiener Kongresses auseinandersetzt.⁴⁰³ Kissinger ist der Auffassung, dass weder die Französische Revolution noch Napoleon in der Lage waren, ein System zu schaffen, aus dem keine ständige Bedrohung hervorging. Entscheidend für ein Staatensystem sei seine Stabilität. Diese sei begründet in der Legitimität des Systems. Legitimität sei hierbei nicht als juristischer Begriff zu verstehen.⁴⁰⁴

It means no more than an international agreement about the nature of workable arrangements and about the permissible aims and methods of foreign policy. It implies the acceptance of the framework of the international order by all major powers, at least to the extent that no state is so dissatisfied that, like Germany after the Treaty of Versailles, it expresses its dissatisfaction in a revolutionary foreign policy.

Das Wiener System sei bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges dadurch gekennzeichnet, dass es kein Wettrüsten und keine Angst vor einem großen Krieg gegeben hätte. Natürlich kann Kissinger im Detail der Vorwurf gemacht werden, dass es sowohl zu militärischen

⁴⁰³ Kissinger, Henry: *A World Restored. Metternich, Castlereagh and the Problems of Peace 1812-1822*. Boston 1957 Auf deutsch erschienen unter anderem als Kissinger, Henry: *Das Gleichgewicht der Großmächte* (= Manesse-Bibliothek der Weltgeschichte). Zürich² 1990.

⁴⁰⁴ Kissinger, Henry: *A World Restored*, S. 1.

Auseinandersetzung zwischen den Großmächten als auch spätestens seit den 1880er Jahren zu einem Wettrüsten gekommen war.⁴⁰⁵

Über die Frage der Legitimität und damit der Stabilität ließe sich streiten. Der Fokus soll aber auf einen Punkt gelegt werden, der für diese Arbeit sehr viel entscheidender ist. Trotz der Konflikte zwischen den Großmächten, insbesondere trotz sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts abzeichnender Konflikte zwischen den drei Hauptmächten der Heiligen Allianz, bestand in einer Frage eine deutliche Einigkeit und Stabilität. Einig waren sich Berlin, Wien und Petersburg – die zeitgleich die Teilungsmächte der polnischen *Rzeczpospolita* im 18. Jahrhundert waren – in der Frage nach der Zukunft Polens: Polen sollte schlicht keine Zukunft haben.

Nach Napoleon war die Hoffnung vieler Polen auf einen eigenen Staat verloren. Während aus der Quadrupelallianz schnell wieder ein Pentarchie-System wurde, in dem die Großmacht Frankreich von Anfang an mit an den Konferenztisch gebeten wurde, war das zu Beginn der Französischen Revolution noch bestehende Polen nicht vertreten. Aber auch wenn Polen als Staat in Wien nicht präsent war, so doch als entscheidender Gegenstand. In der Schlussakte beschäftigen sich die ersten fünfzehn Artikel mit der polnischen Frage. Erneut wird Polen – nun bereits zum vierten Mal – von den Großmächten Russland, Preußen und Österreich aufgeteilt. Nachdem der französische Kaiser – wohl auf der Suche nach Alliierten – das Verschwinden Polens zumindest in Teilen wieder rückgängig gemacht hatte, manifestierten die Teilungsmächte nun erneut die polnischen Teilungen von 1772, 1793 und 1795. Polen ist somit ein wichtiges Beispiel für die Restauration, die Wiederherstellung der alten Ordnung. Natürlich war es nach den napoleonischen Kriegen – wie andere Beispiele ebenso zeigen – nicht möglich einfach zum *status quo ante* zurückzukehren. Durch die nationalen Erhebungen in Europa, die auch an den Polen nicht spurlos vorübergegangen waren, und nachdem die Polen 1807 bis 1815 zumindest über einen französischen Satellitenstaat verfügt hatten, war es schwerlich möglich, es nun wieder von der Landkarte zu verbannen.

Was blieb nach dem Wiener Kongress von Polen übrig? In den aufkommenden nationalen Bewegungen des 19. Jahrhunderts, die sich nicht selten in Staatsgründungen manifestierten (Belgien, Deutschland, Italien), blieb Polen eine Nation ohne Staat. Das Siedlungsgebiet der

⁴⁰⁵ Vgl. Hildebrand, Klaus: *Imperialismus, Wettrüsten und Kriegsausbruch 1914 I. Zum Problem von Legitimität und Revolution im internationalen System*. In: Neue politische Literatur 20 (1975), S. 160; Hoffmann, Stanley: *Gulliver's troubles oder Die Zukunft des internationalen Systems* (= Krieg und Frieden). Bielefeld 1970, S. 34–36.

Polen wurde mit Beschluss vom 3. Mai[!] 1815 gesechsteilt.⁴⁰⁶ Österreich erhielt Galizien und Lodomerien zugesprochen. Die Stadt Krakau und Teile ihres Umlandes wurden zunächst zu einer freien Republik.⁴⁰⁷ Preußen erhielt Westpreußen, Danzig und das Ermland sowie weite Teile Großpolens. Der größte Teil wurde dem russischen Zaren zugesprochen. Russlands Kaiser sollte zukünftig in Personalunion König von Polen sein. Das russische Teilungsgebiet erhielt den abfälligen Namen *kongresówka*.⁴⁰⁸ Hinzu kamen die litauisch, ukrainisch und belarussisch besiedelten Gebiete, die Russland bereits in der ersten Teilung (1772) erworben hatte. Der größte Unterschied zwischen den ersten drei Teilungen und der vierten Teilung durch den Wiener Kongress war, dass Preußen bis 1795 nahezu das gesamte polnische Siedlungsgebiet erhielt. 1815 hingegen fiel jenes Gebiet fast überwiegend an Russland.

Politisch gab es für Polen zunächst in Preußen und Russland die besten Möglichkeiten zum politischen Leben. Vor allem dem Einfluss des polnischen Adligen Adam Jerzy Czartoryski⁴⁰⁹ ist es zu verdanken, dass das Russland zugesprochene polnische Königreich eine Verfassung erhielt. Demnach gehörte es zwar zu Russland, jedoch besaß es eigene Grenzen, eigene Institutionen mit polnischen Beamten sowie eine polnische Staatsbürgerschaft. Die Außenpolitik hingegen lag vollständig in den Händen des Zaren. In Preußen herrschte im 1815 gebildeten Großherzogtum Posen eine gewisse Autonomie. Diese endete 1848 als Posen zu einer einfachen preußischen Provinz degradiert wurde. Schlechter hingegen sah die Lage in Österreich aus, dessen konservative Politik unter Ministerpräsidenten Metternich zu keinen größeren Zugeständnissen bereit war.

Keines der drei Teilungsgebiete entwickelte sich jedoch zu einem eigenständigen polnischen Staat. Hierin hatten die Herrscher in Wien, Berlin und St. Petersburg kein Interesse. Für die Polen blieb die Frage der *Resurrectio Poloniae*, der messianistischen Wiederauferstehung Polens über die gesamte Teilungszeit hinweg ein aktuelles Thema. Jedoch wurde es einstweilen unterschiedlich beantwortet. Suchten die Polen die Möglichkeit eines souveränen Staates zunächst in Aufständen gegen die Teilungsmächte,⁴¹⁰ zogen sie es nach dem

⁴⁰⁶ Es ist eine Ironie der Geschichte, dass dieses Datum auf den 3. Mai fiel. Auf den Tag genau 24 Jahre zuvor hatten die Polen eine der ersten modernen Verfassungen weltweit (Korsika 1755, USA 1787) verabschiedet. Seit 1990 ist der 3. Mai bezugnehmend auf diese Verabschiedung einer der beiden polnischen Nationalfeiertage.

⁴⁰⁷ 1847 folgte eine Annexion durch das österreichische Kaiserreich.

⁴⁰⁸ Ins Deutsche üblicherweise als Kongresspolen übersetzt.

⁴⁰⁹ Adam Jerzy Czartoryski (1770–1861), polnischer Adliger, Freund und Berater Zar Alexanders I., 1804–1806 Außenminister Russlands, Repräsentant Russlands auf dem Wiener Kongress.

⁴¹⁰ Hierzu zählen der Novemberaufstand (1830/31) und der Januaraufstand (1863/64), die Posener Aufstände von 1846 und 1848 gegen Preußen sowie dem kleineren Chochołów-Aufstand (1846) gegen Österreich.

Januaraufstand (1863/64) vor, im Zuge der so genannten *Praca organiczna* (Organische Arbeit) die Gesellschaft von innen heraus zu stärken.

Mit dem Krimkrieg kam kurz die Hoffnung auf, dass die Wiener Ordnung gesprengt und die Teilungen überwunden werden konnten. Die Hoffnung bestand darin, dass es in einem Krieg Englands und Frankreichs gegen Russland gelingen könnte, Moskaus Herrschaft über Polen zu beenden. Jedoch blieb der Krimkrieg ein lokalbegrenzter Konflikt und es entwickelte sich kein großer europäischer Krieg.⁴¹¹ Die Situation in Ostmitteleuropa zwischen den drei Großmächten hatte sich jedoch zum Ende des 19. Jahrhunderts einem Wandel unterzogen. 1878 war es Bismarck noch gelungen auf dem Berliner Kongress einen Konflikt zwischen Russland und Österreich-Ungarn zu vermeiden. Trotz diplomatischer Unstimmigkeiten kam es 1881 (Verlängerung 1884) zum Dreikaiserbündnis zwischen dem österreichischen, dem russischen und deutschen Kaiser. Jedoch verstärkten sich alsbald die Konflikte zwischen Wien und Petersburg – insbesondere auf dem Balkan. Hieraus ergaben sich zunehmende Spannung auch zwischen Berlin und St. Petersburg. Diese mündeten in einer Annäherung zwischen dem monarchistischen und reaktionären Russland und dem republikanischen und modernistischen Frankreich 1893 sowie einem militärischen Bündnis beider.

Doch trotz dieser Spannung, trotz einer Revolutionierung des Staatensystems vor allem durch die deutsche Rüstungspolitik, waren sich die Teilungsmächte was Polen betraf weiterhin einig. Weder bestand eine Notwendigkeit noch ein Wunsch nach größeren Zugeständnissen gegenüber den Polen, ihnen ein eigenes Staatsterritorium zu geben oder in ihnen Verbündete zu suchen. Es hätte die Möglichkeit für eine der drei Teilungsmächte bestanden den Polen mehr Autonomie bis hin zu einem mehr oder weniger eigenständigen Staat zu geben. Dieser hätte sicherlich eine Anziehungskraft auf die Landsleute in den anderen Teilungsgebieten gehabt. Dies widersprach allerdings der Russifizierungs- und Germanisierungspolitik Russlands und des Deutschen Reiches. Gerade in Berlin hatten die Vertreter der Ostmarkenpolitik eine einflussreiche Lobby. Hingegen herrschte bekanntlich seit dem Ende der 1860er Jahre in der k.u.k. Monarchie in Galizien und Lodomerien eine im Vergleich mit Preußen und Russland weitreichende Autonomie. Aber auch diese Autonomie ging nicht so weit, dass Wien einen Trialismus anstrebte.

Zur geopolitischen Bedeutung Polens im Wiener System kann somit gesagt werden, dass es kein staatlicher und damit auch kein außenpolitischer Akteur war. Es blieb bis zum Ende des

⁴¹¹ Alexander, Manfred: *Kleine Geschichte Polens* 2008, S. 228.

langen 19. Jahrhunderts allein Objekt, über dessen Schicksal die Teilungsmächte sich grundlegend einig waren. Was Polen betraf, hielten die Ergebnisse des Wiener Kongress fast ausnahmslos einhundert Jahre lang an.⁴¹² Den Polen bleibt nur auf einen großen Krieg zu hoffen. Adam Mickiewicz⁴¹³ bringt diese Hoffnung auf eine kriegerische Auseinandersetzung zwischen den Großmächten literarisch in seiner *Litania pielgrzyska* (Pilgerlitanei) auf den Punkt:⁴¹⁴

O wojnę powszechną za Wolność Ludów!
Prosimy cię Panie.
[...]
O niepodległość całość i wolność Ojczyzny naszej.
Prosimy cię Panie.
W Imię Ojca i Syna i Ducha Świętego.
Amen.

(Für einen allgemeinen Krieg für die Freiheit der Völker!
Bitten wir Dich, Herr.
[...]
Für Unabhängigkeit, Einheit und Freiheit unseres Vaterlandes.
Bitten wir Dich, Herr.
Im Namen des Vaters und des Sohnes und des Heiligen Geistes.
Amen.)

3.2. Geopolitische Möglichkeiten im Umgang mit dem besetzten Polen

Mickiewicz's literarische Fürbitte um einen allgemeinen Krieg erfüllte sich im Jahre 1914. Zum Initial dieses Weltenbrandes wurde die Erschießung des österreich-ungarischen Thronfolgers Franz Ferdinand⁴¹⁵ und seiner Gattin auf einem Besuch in Sarajevo durch einen aus Bosnien stammenden serbischen Nationalisten. Dieser zunächst auf den Balkan beschränkte Konflikt zwischen Wien und Belgrad entwickelte sich im Zuge der Julikrise 1914 zu einem allgemeinen Krieg. Die Polnische Frage hatte – anders als 25 Jahre später – am Ausbruch des

⁴¹² Die erwähnte Freie Republik stellte die einzige Ausnahme von dieser Regel dar.

⁴¹³ Adam Mickiewicz (1798–1855), polnischer Nationaldichter, einer der Hauptvertreter der polnischen Romantik.

⁴¹⁴ Mickiewicz, Adam: *Księgi narodu polskiego i pielgrzymstwa polskiego*. Paris 1832, S. 91. Das *Buch der polnischen Nation und polnischen Pilgerschaft* gilt als eines der Fundamente des polnischen Messianismus. Das als Litanei aufgebaute patriotische Gedicht *Litania pielgrzyska* wurde 1980 von Czesław Niemen für den Film *Polonia Restituta* vertont.

⁴¹⁵ Franz Ferdinand von Österreich-Este (1863–1914), österreichischer Erzherzog, durch den Suizid des Kronprinzen Rudolfs (Sohn Kaiser Franz Josephs und Kaiserin Elisabeth) 1889 und den Tod seines Vaters Karl Ludwig seit 1896 Kronprinz.

Ersten Weltkrieges keinen Anteil. Polen war vor 1914 kein Streitpunkt zwischen den drei Teilungsmächten gewesen. Doch nun befanden sich die Mittelmächte seit Beginn des August 1914 im Krieg mit dem Russischen Kaiserreich. Somit stellte sich gerade in Deutschland die polnische Frage von Anbeginn des Krieges erneut. Sie stellte sich zunächst bedingt durch die Kriegsbegeisterung. So wurde angenommen, dass das Deutsche Reich in kürzester Zeit seine Gegner niederschlagen werde und damit über ein weitaus größeres Territorium – vor allem im Osten – verfügen würde. Dies betraf aufgrund seiner geographischen Lage insbesondere das russische Teilungsgebiet Polens.

Die schnellen Erfolge blieben jedoch aus. Der Schlieffen-Plan, der Grundlage für einen Sieg über Frankreich hätte sein sollen, schlug in weiten Teilen fehl. Auch an der Ostfront war die russische Armee weitaus erfolgreicher als der deutsche Generalstab zunächst angenommen hatte. Das Versprechen, an Weihnachten seien die Soldaten wieder zuhause, erfüllte sich nicht. Trotzdem blieb die Polnische Frage weiterhin auf der Tagesordnung. Insbesondere im Sommer 1915 wurde sie aktuell, als sich die russische Armee aus Kongresspolen zurückziehen musste und die Mittelmächte das polnische Siedlungsgebiet vollständig unter ihre Kontrolle brachten.

Der deutschen Reichsleitung aber auch der das Gebiet militärisch verwaltenden deutschen Obersten Heeresleitung (OHL) stellte sich seit Kriegsausbruch theoretisch und mit Besetzung Kongresspolens auch praktisch die Frage, wie mit dem polnischen Okkupationsgebiet umzugehen sei. Geopolitisch boten sich eine Reihe von Lösungen an, die allesamt gewisse Vor- und Nachteile mit sich brachten.

Umgang während des Krieges

Nachkriegsordnung

1. Status quo (ante)

2. Grenzkorrekturen

- 2a. leichte Verbesserungen des Grenzverlaufs mit Russland
- 2b. starke Grenzkorrekturen auf der Linie Ostpreußen-Oberschlesien

3. Vollständige Annexion Kongresspolens durch das Reich

- 3a. Kolonisierung, Umsiedlungen, Vertreibungen
- 3b. Germanisierung der polnischen Bevölkerung
- 3c. Keine Germanisierungspolitik

4. Teilung Kongresspolens mit Österreich-Ungarn

- 4a. Kolonisierung, Umsiedlungen, Vertreibungen
- 4b. Germanisierung der polnischen Bevölkerung
- 4c. Keine Germanisierungspolitik

5. Vollständige Annexion durch Österreich-Ungarn

6. Schaffung eines Satellitenstaates

Staatsoberhaupt

- 6a. mit einem deutschen Adligen als Staatsoberhaupt
- 6b. mit einem habsburgischen Adligen als Staatsoberhaupt
- 6c. unter polnischer Führung

Grenzfrage

- 6d. Kongresspolen
- 6e. aus Kongresspolen sowie ukrainischen, belarussischen und litauischen Gebieten
- 6f. aus allen drei Teilungsgebieten

7. Errichtung eines unabhängigen und souveränen polnischen Staates

Die geopolitischen Möglichkeiten Berlins im Umgang mit Polen

Generell gab es zwei mögliche Zeitpunkte für Veränderungen im Umgang mit Polen: während des Krieges und nach einem Friedensschluss. Hierbei war allerdings zu beachten, dass bestimmte Lösungswege, die während des Krieges gewählt wurden, gewisse Lösungen für eine Nachkriegsordnung erschwerten beziehungsweise sogar unmöglich machten.⁴¹⁶

1.) *Status quo ante*

Es hätte zunächst die Möglichkeit bestanden, am Vorkriegszustand festzuhalten. Zwar hätten deutsche und k.u.k. Truppen russisches Territorium besetzt, dieses aber bis zu einem Friedensschluss mit Russland lediglich militärisch verwaltet. Im Anschluss wären alle drei Teilungsmächte zur Traditionslinie der Wiener Ordnung zurückgekehrt. Dies hätte sich allerdings insofern als schwierig gestaltet, da es von Anfang an um die Verfolgung imperialistischer Ziele ging. Auch war es sowohl aufgrund der Kriegsbegeisterung 1914 als auch mit andauerndem Krieg sicherlich nicht möglich gewesen, lediglich zum *Status quo ante* zurückzukehren.

2.) **Grenzkorrekturen**

Die zweite Möglichkeit wären Grenzkorrekturen gewesen. Die östliche Grenze des Reiches kannte keine natürlichen Barrieren, was eine militärische Verteidigung erschwerte. Zwecks Verbesserung der Verteidigungsmöglichkeiten hätte zum einen ein kleiner Grenzstreifen aus Kongresspolen annektiert werden können (2a). Zum anderen hätte die Möglichkeit bestanden einen größeren Landstrich Kongresspolens zu annektieren, beispielsweise westlich der Linie

⁴¹⁶ Nach der Schaffung eines polnischen Satellitenstaates wäre es zum Beispiel sehr schwierig gewesen, zu einer Annexion des gesamten Besatzungsgebietes zurückzukehren. Viel wesentlicher war aber sicherlich, dass die Schaffung eines Satelliten den Abschluss eines möglichen Separatfriedens mit Russland massiv erschweren würde.

Ostpreußen-Oberschlesien (2b). Die Grenze hätte dabei ungefähr dem Lauf der Weichsel und der Narew folgen können. Warschau wäre damit zur Grenzstadt geworden.⁴¹⁷

3.) Vollständige Annexion Kongresspolens durch das Reich

Selbstverständlich hätte für Deutschland theoretisch die Möglichkeit bestanden, Kongresspolen vollständig zu annektieren und das preußische Territorium um ungefähr 105.000 Quadratkilometer zu erweitern. Preußen hätte damit seine historisch größte Ausdehnung erfahren. Neben der territorialen Erweiterung hätte dieses Preußen fast zehn Millionen zusätzliche polnische Einwohner. Innenpolitisch hätte dies die Frage aufgeworfen, wie mit dieser Mehrzahl an Polen in Preußen umzugehen sei – und das auch mit Hinblick auf die bereits bestehende Germanisierungspolitik. Zum einen hätte die Möglichkeit einer Umsiedlung beziehungsweise Vertreibung der Polen und die Kolonisierung der Gebiete mit deutschen Siedlern bestanden (3a). Vor dem Hintergrund der gescheiterten Ansiedlungspolitik in der Provinz Posen und der massiven Ostflucht, stellt sich allerdings hier deutlich die Frage der Realisierbarkeit eines solchen Unterfangens. Eine Alternative zur Umsiedlung der Polen, wäre ihre Germanisierung gewesen (3b). Aber auch diese Form der Politik war in Preußen vor dem Ersten Weltkrieg mehr als gescheitert und stieß auf den entschiedenen Widerstand der Polen. Es blieb die Möglichkeit, weder das eine noch das andere zu tun. Hierbei wären den Polen weitreichende Autonomierechte zugestanden worden. Dies wäre aber sicher nicht wirklich erfolgreich gewesen, wenn Berlin nicht gleichzeitig den Polen in Posen und Westpreußen hinreichend entgegengekommen wäre.

4.) Teilung Kongresspolens mit Österreich-Ungarn

Eine weitere Möglichkeit wäre es gewesen, Kongresspolen zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn aufzuteilen und das jeweilige Teilungsgebiet in den eigenen Staatskörper zu integrieren. Die Grenze hätte hierbei ähnlich der späteren historischen Besatzungsgrenze verlaufen können: Kongresspolen wäre in Nord-Süd-Richtung auf der Höhe der Stadt Koschnitz (Kozienice) beziehungsweise des Flusses Pilitza (Pilica) geteilt worden, wobei Berlin hierbei zu einem besseren Schutz seiner Grenze möglicherweise einen kleinen Grenzstreifen östlich von Oberschlesien erhalten hätte.⁴¹⁸ Preußen hätte sich hierbei, ähnlich wie 1795, nach Süden ausgedehnt und hierbei ungefähr sechseinhalb Millionen ethnische Polen als Staatsbürger aufgenommen. Ähnlich wie bei einer vollständigen Annexion Kongresspolens

⁴¹⁷ Hierbei wäre eine ähnliche Situation wie 1795 nach der dritten Polnischen Teilung eingetreten.

⁴¹⁸ Militärisch sicherlich besonders zur Verteidigung interessant, da sich dieser Grenzstreifen größtenteils mit dem Krakau-Tschenstochauer Jura, einem Kalksteingebirge, deckt.

hätte sich auch hier die Frage gestellt, ob die polnische Bevölkerung ausgesiedelt (4a) oder germanisiert werden sollte (4b), oder aber ob Berlin schlicht eine massive polnische Minderheit, die in einem Teil des eigenen Staatsgebiets eine deutliche Bevölkerungsmehrheit darstellte, akzeptieren könnte. Nicht zu unterschätzen wäre auch die Tatsache, dass eine erneute Teilung Polens zwischen zwei Teilungsmächten sich in die Polnischen Teilungen des 18. Jahrhunderts eingereiht hätte. Eine polnische Ablehnung oder sogar die Gefahr eines möglichen Aufstandes gegen die Besatzer wäre sehr wahrscheinlich gewesen.

5.) Vollständige Annexion durch Österreich-Ungarn

Eine denkbare Möglichkeit wäre es gewesen, das gesamte kongresspolnische Gebiet dem Bündnispartner in Wien zu überlassen. Deutschland hätte bei einer solchen Lösung im Osten wohl lediglich noch die Möglichkeit auf eine Erweiterung des eigenen Territoriums im Baltikum und Belarus gehabt. Hinzukämen vielleicht bedeutende territoriale Zugeständnisse im Westen durch eine Annexion Belgiens, Luxemburgs sowie Teile Westfrankreichs. Für Wien hätte dies bedeutet, dass der Anteil der slawischen Bevölkerung, namentlich der Polen sich um ein Vielfaches erweitert hätte. Dies hätte eine trialistische Ausrichtung der Donaumonarchie, einer Dreiteilung in einen österreichisch-ungarisch-polnischen beziehungsweise -slawischen Staat zur Folge haben können. Dies wiederum hätte ebenfalls Auswirkung auf Berlin gehabt, da es die Frage in den Raum geworfen hätte, ob ein solcher Trialismus die Habsburger Monarchie eher gestärkt oder geschwächt hätte. In jedem Fall hätte für Deutschland die Gefahr einer starken *Irredenta*-Bewegung in seinen mehrheitlich polnisch besiedelten Gebieten bestanden, da anzunehmen ist, dass die Autonomie und der politische Einfluss der k.u.k. Polen durchaus eine gewisse Anziehungskraft auf die Landsleute in Preußen hätte ausüben können.

An der schon 1914 schwierig zu verteidigenden östlichen Grenze des Reiches hätte sich unterdessen größtenteils nichts geändert. Bei einer möglichen Annexion des Baltikums bis in den belarussischen Raum wäre dieses hinzugekommene Territorium – egal wie weit es in den vormals russischen Raum hineingereicht hätte – nur über die ostpreußische Nahtstelle mit den preußischen Mutterländern verbunden. An ihrer schmalsten Stelle wäre dieser Korridor lediglich 120 Kilometer breit. Zur Verteidigung wäre Berlin in einem potentiellen Krieg mit Russland massiv auf den Schutz der südöstlichen Flanke durch das k.u.k. Heer angewiesen. In einem hypothetischen Konflikt mit Wien wiederum könnten große Teile der Reichswehr wohlmöglich eingekesselt werden.

6.) Schaffung eines Satellitenstaates

Eine Alternative zum *Status quo ante* oder zu einer Annexion (von Teilen) des kongresspolnischen Gebietes bestand in der Schaffung eines polnischen Satellitenstaates, der stark unter der Kontrolle der Mittelmächte gestanden hätte. Eine eigene Außen- oder Kriegspolitik wäre diesem Staat wohl verwehrt gewesen. Die Frage, wer dieses staatliche Konstrukt regieren sollte, konnte unterschiedlich beantwortet werden. So hätte zum einen ein deutscher (6a) oder auch ein österreichischer Adelige (6b) einen vermeintlichen polnischen Königsthron besteigen können.⁴¹⁹ Ebenso denkbar wäre die Ernennung eines den Mittelmächten nahestehenden polnischen Adligen gewesen (6c). Ein nicht-monarchisches Staatsoberhaupt kann sicherlich ausgeschlossen werden. Ein polnischer Staat von Berlins und Wiens Gnaden hätte ein wichtiger Verbündeter der Mittelmächte werden können – sowohl wirtschaftlich als auch militärisch. Ökonomisch wäre eine polnische Marionette eng an Deutschland und Österreich-Ungarn gebunden und wäre möglicherweise Teil einer deutschen, österreich-ungarischen oder gar mitteleuropäischen Zollunion. Militärisch hätte ein solcher Staat entweder eigene Truppen rekrutieren können oder Offiziere und Mannschaften für eine in die Armeen der Mittelmächte eingegliederte Armee liefern können.

Fraglich wäre, wie sich ein solches in einem von Berlin in Zusammenarbeit mit Wien regierten Mitteleuropa liegende und teilsouveräne Polen politisch zurechtgefunden hätte. Die Proklamation eines polnischen Staates, auch wenn dieser keine wirkliche Unabhängigkeit genossen hätte, hätte nach über einem Jahrhundert der Staatenlosigkeit der polnischen Nation möglicherweise einen Prozess in Gang gesetzt, an dessen Ende Polen sich gegen seine beiden kaiserlichen Schöpfer gestellt hätte. Es blieb möglich, dass die Polen sich nicht mit ihrer Rolle als Marionette der Mittelmächte zufriedengegeben hätten. Auch hätte ein polnischer Satellitenstaat eine wahrnehmbare Anziehungskraft auf die Polen im österreichischen und noch viel mehr auf die Landsleute im preußischen Teilungsgebiet gehabt. Es bestünde die ständige Gefahr einer *Irrendenta*-Bewegung, auf dessen Grundlage die Angliederung der beiden übrigen Teilungsgebiete angestrebt werden könnte. Insgesamt war gerade die Frage der Grenzen eines solchen Staates problematisch. Er hätte zum einen nur aus Kongresspolen bestehen können (6e). Auch eine möglichst weite Zurückdrängung des russischen Herrschaftsraums durch eine Angliederung litauischer, belarussischer oder ukrainischer Siedlungsgebiete an einen

⁴¹⁹ Hierbei wären verschiedene Adelsgeschlechter in Frage gekommen, wie beispielsweise die Wettiner (in Anlehnung an die Herrschaft der Wettiner im 18. Jahrhundert), die Wittelsbacher (als vielleicht historisch unbelastetes süddeutsches und katholisches Herrschergeschlecht) oder auch ein Habsburger (aufgrund der Erfahrung der Polen im österreichischen Teilungsgebiet).

polnischen Staat wären theoretisch vorstellbar – obschon die Kontrolle über eine solch große Marionette sich als schwierig dargestellt hätte. Dass Deutschland bereit gewesen wäre, zugunsten eines polnischen Staates auf seine preußischen Teilungsgebiete zu verzichten, scheint mehr als unrealistisch, waren doch alle Anstrengungen der dem Krieg vorausgegangen Jahrzehnte in Richtung eines Volkstumskampfes mit den Polen um diese Gebiete gegangen.

7.) Errichtung eines unabhängigen und souveränen polnischen Staates

Zuletzt bestand noch die – zugegeben unrealistische – Möglichkeit, einen vollständig unabhängigen polnischen Staat zu proklamieren, und die Polen in eine eigenständige staatliche Souveränität zu entlassen. Bezüglich der Grenzen hätten wie auch beim polnischen Satellitenstaat unterschiedliche Möglichkeiten (mit den gleichen Problemen wie bereits genannt) bestanden. Hierbei hätte es keine Garantie dafür gegeben, dass dieser Staat den Mittelmächten zukünftig wohlgesonnen gewesen sei. Die Tatsache, dass sowohl Deutschland als auch Österreich zum Teil aus polnischen Siedlungsgebieten bestanden, macht dies sogar mittel- bis langfristig sehr unwahrscheinlich.

Blickt man nun zusammenfassend auf diesen geopolitischen Handlungsspielraum Berlins in Bezug auf den Umgang mit Polen, ist unschwer zu erkennen, dass es keine wirklich optimale Lösung für Deutschland zu geben schien. Zu dieser Erkenntnis war auch Reichskanzler Bethmann Hollweg⁴²⁰ gekommen: „Eine günstige und gefahrlose Lösung des polnischen Problems [gibt es nicht]“.⁴²¹ Dennoch musste bei aller Schwierigkeit und Gefahr aus den gegebenen Optionen ein Umgang mit Polen gewählt werden, der sich während des Krieges und darüber hinaus für das Reich als am nützlichsten erweisen würde.

3.3. Das Vorgehen Berlins

Der Umgang mit der polnischen Frage während des Ersten Weltkrieges darf sicherlich nicht überstrapaziert werden. Der Reichsleitung ging es mitnichten um die Zukunft Polens, sondern um das eigene Schicksal. Ziel war die Sicherung des Reiches nach Ost und West. Seit 1871 war das Deutsche Reich zum Halbhegemon in Europa aufgestiegen.⁴²² Max Weber verglich das Deutsche Reich im Ersten Weltkrieg gar mit dem Preußen des Siebenjährigen Krieges. Erst

⁴²⁰ Theobald von Bethmann Hollweg (1856–1921), deutscher Politiker (der Fortschrittlichen Volkspartei nahestehend), 1909–1917 Reichskanzler.

⁴²¹ *Bethmann-Hollweg à Treutler* (Telegramm vom 4. August 1915), APP (L'Allemagne et les problèmes de la paix) 1, S. 149 [Quelle 121].

⁴²² Schöllgen, Gregor: *Deutsche Außenpolitik. Von 1815 bis 1945* (= Beck'sche Reihe 6118). München 2013, S. 32 sowie 122.

nach diesem Krieg haben die Mächte Preußen als Großmacht anerkannt.⁴²³ Das geteilte Polen spielte hierbei insofern eine Rolle, als dass es nun bekanntlich zwischen den Großmächten Deutschland und Russland lag und somit von einer jeden Veränderung unmittelbar betroffen war. Von deutscher Seite war mit Kriegsausbruch der Umgang mit Polen zunächst widersprüchlich. Dies trifft vor allem für die ersten Kriegstage zu.⁴²⁴ Tatsächlich war die deutsche Führung bei Ausbruch des Krieges bezüglich Polen ohne konkrete Vorbereitung. Es gab nichts, dass über vage Pläne und Überlegungen hinausging.⁴²⁵ Zu jenen vagen Konzepten der Zeit unmittelbar nach Kriegsausbruch zählt beispielsweise eine von Wilhelm II. getätigte Äußerung, wonach er die Schaffung eines polnischen Staates befürworte.⁴²⁶ Passend hierzu hatte der deutsche Kaiser Papst Pius X.⁴²⁷ vorgeschlagen, den prodeutschen Geistlichen Edward Likowski⁴²⁸ zum Bischof von Posen-Gnesen zu ernennen.⁴²⁹ Likowski sprach sich für eine polnische Unabhängigkeit unter Anlehnung an Deutschland aus.⁴³⁰ Wie eine solche Unabhängigkeit oder andere Lösungen aber auszusehen hatten, dafür gab es in Berlin zunächst keinen Plan.

In der Reichsleitung kam zunächst die Hoffnung auf, die Polen würden sich erneut zu einem Aufstand im russischen Teilungsgebiet entschließen. Aber konnte in einer solchen vereinzelt geäußerten Hoffnung wirklich die Lösung für einen polnisch-deutschen Antagonismus gesehen werden? Es scheint, als seien sich Reichsleitung und Oberste Heeresleitung (OHL) an dieser Stelle nicht im Klaren darüber gewesen, welche Auswirkungen die Polenpolitik der letzten Jahrzehnte gehabt hatte.⁴³¹ Denn für die Polen stellte sich die Frage: Wozu die Waffen gegen Russland erheben, wenn Deutschland genauso antipolnisch sei?

⁴²³ Ebd., S. 122–123.

⁴²⁴ Als Beispiele für diesen widersprüchlichen Umgang dienen zum einen die Zerstörung von Kalisch. Zum anderen aber auch der Händedruck von Tschenstochau (Austausch von Höflichkeiten, Ersetzen der Kleinodien der Mutter Gottes durch die Reichswehr). Lemke, Heinz: *Allianz und Rivalität*, S. 23.

⁴²⁵ Conze, Werner: *Polnische Nation und deutsche Politik im Ersten Weltkrieg* (= Ostmitteleuropa in Vergangenheit und Gegenwart 4). Köln, Graz 1958, S. 33.

⁴²⁶ Ebd.: Conze vermutet an dieser Stelle einen Einfluss Waldersees auf den Kaiser.

⁴²⁷ Pius X. (1835–1914), bürgerlich Guiseppe Melchior Sarto, 1903 bis 1914 römisch-katholischer Papst, 1954 Heiligsprechung. Die Ernennung Likowskis zum *Episcopus Posnaniensis et Gnesnensis* und damit auch zum *Primas Poloniae* war einer der letzten Amtshandlungen von Papst Pius X.

⁴²⁸ Edward Likowski (1836–1915), polnischer katholischer Geistlicher, seit 1887 Weihbischof in Posen, seit dem 13. August 1914 Erzbischof von Posen und Gnesen, jedoch bereits am 20. Februar 1915 verstorben.

⁴²⁹ Die *cathedra* der Erzdiözese Posen-Gnesen war seit 1906 vakant. Beide Städte bilden für die Staatswerdung Polens im Mittelalter eine entscheidende Rolle. Posen ist seit 968 Bischofssitz, Gnesen seit dem Akt von Gnesen im Jahre 1000. Seit 1821 waren die Bistümer Posen und Gnesen in Personalunion miteinander verbunden. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts war das Erzbistum ein Zentrum des Widerstandes gegen den preußischen Kulturkampf. Es muss somit als Versuch des Entgegenkommens des deutschen Monarchen an die Polen verstanden werden.

⁴³⁰ Basler, Werner: *Deutschlands Annexionspolitik in Polen und im Baltikum*, S. 94.

⁴³¹ Zur Polenpolitik des Kaiserreichs siehe: Volkmann, Hans-Erich: *Die Polenpolitik des Kaiserreichs*. Paderborn 2016.

Reichskanzler Bethmann Hollweg unterstützte zunächst Überlegungen zur Organisation von Aufständen innerhalb der russischen Armee in Polen und der Ukraine. Diese seien generell nützlich zur Schaffung von Pufferstaaten zwischen dem Deutschen Reich und Russland.⁴³² Der Reichskanzler hoffte auf die Unterstützung einer polnischen Freiheitsbewegung.⁴³³ Hierbei war allerdings unklar (möglicherweise auch dem Reichskanzler), wer diese Bewegung eigentlich sein sollte. Auch äußerte Bethmann Hollweg Pläne, wonach Polen „in Zukunft [...] Front gegen Osten“ werden müsste. Eine solche Idee entspräche dem *Antemurale*-Gedanken sowie insbesondere den Überlegungen Studnickis, wonach Polen zur Vormauer des Reiches gegenüber Bedrohungen aus dem Osten, also namentlich Russland würde. Die Zuteilung einer solchen Aufgabe für Polen an der Seite des Reiches fußt jedoch nicht auf einer großen Sympathie des Reichskanzlers für die Polen. Zwar ist er der Auffassung, dass Deutschland den Polen politisch entgegenkommen müsse, dabei ginge es aber darum den Polen „den Schein der Macht“ zu verleihen.⁴³⁴

Das September-Programm Bethmann Hollwegs hingegen erwähnt einen polnischen Vasallenstaat nicht direkt.⁴³⁵ In Bezug auf die Ostgrenze fordert der Reichskanzler lediglich, dass „Rußland von der deutschen Grenze nach Möglichkeit abgedrängt und seine Herrschaft über die nichtrussischen Vasallenvölker gebrochen werden“. Der Raum zwischen dem Reich und Russland solle einen mitteleuropäischen Wirtschaftsverband gründen, dem auch Polen angehöre. Polen wird hier in einer Reihe mit anderen Staaten gezählt,⁴³⁶ die in einer solchen Konstruktion „unter äußerlicher Gleichberechtigung seiner Mitglieder, aber tatsächlich unter deutscher Führung“ stünden.⁴³⁷ Eine polnische Staatsgründung wäre auf Basis des September-Programmes durchaus wahrscheinlich gewesen. Deutlicher wird Kurt Riezler,⁴³⁸ der eigentliche Autor des Programmes, der in seinen *Tagebüchern* von „Gross Deutschland mit Belgien Holland Polen als engen, Oesterreich als weiten Schutzstaaten“ spricht. Riezler forderte eine

⁴³² Fischer, Fritz: *Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland*. Düsseldorf 1961, S. 138.

⁴³³ Riezler, Kurt: *Tagebücher, Aufsätze, Dokumente*. Göttingen 1972, S. 320.

⁴³⁴ Basler, Werner: *Deutschlands Annexionspolitik in Polen und im Baltikum*, S. 125; Dort zit. n. *Schreiben* [des Reichskanzlers Bethmann Hollweg] vom 06.01.1916. Basler lokalisierte die Quelle im DZA Merseburg. Ihre Bestände befinden sich heute unter anderem im Bundesarchiv. Die Quelle ist dort unter der Signatur BA N 30/14 zu finden.

⁴³⁵ Das September-Programm findet sich abgedruckt in Cartarius, Ulrich: *Deutschland im Ersten Weltkrieg, Texte und Dokumente 1914-1918. Herausgegeben von Ulrich Cartarius*. München 1982, S. 181–182 [Dok. 126].

⁴³⁶ „[...] unter Einschluß von Frankreich, Belgien, Holland, Dänemark, Österreich-Ungarn, Polen und eventuell Italien, Schweden und Norwegen.“

⁴³⁷ Fischer, Fritz: *Griff nach der Weltmacht. Deutsche Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18*. Düsseldorf 1984 [Nachdr. d. Sonderausg. 1967], S. 93–94.

⁴³⁸ Kurt Riezler (1882–1955), deutscher Politiker und Diplomat, enger Vertrauter Bethmann Hollwegs.

„loser[e] Angliederung von anderen Staaten an das Reich“, wozu er auch Polen zählte.⁴³⁹ Die Denkschrift kann vor allem als eine Reaktion auf diverse Schriften aus dem Umfeld des Alldeutschen Verbandes und der Wirtschaft verstanden werden.⁴⁴⁰ Dem Reichskanzler gingen diese Pläne der Wirtschaft zu weit. Aus seiner Sicht orientierten sie sich alle an ökonomischen Zielen. Dies würde allerdings Grundlage für neue Konflikte und Revanchismus schaffen.⁴⁴¹ Somit kann festgestellt werden, dass es der Reichsleitung zu Beginn des Krieges an einem konkreten Plan zum Umgang mit Polen mangelte. Es gab lediglich die Idee zur Schaffung eines polnischen Staates, der eng mit Deutschland verbunden war.

Bei Deutschlands Verbündeten in Wien waren die Pläne hierzu konkreter. So strebte Österreich-Ungarn eine Vereinigung Kongresspolens mit Galizien an. Dieser Ansatz wurde fortan als austropolnische Lösung bezeichnet. Zwar waren sich Wien und Budapest einig im Willen einer Annexion des russischen Teilungsgebietes. Jedoch zeigten sich die ungarischen Politiker in Sorge um ihre eigene Macht ohne großes Interesse an einem Trialismus durch die Schaffung eines dritten Reichteils. In Budapest gingen die Vorstellungen eher in Richtung eines Subdualismus wie in Galizien.⁴⁴²

Sehr viel weitreichender waren die Verlautbarungen der russischen Teilungsmacht. In einem auf den 14. August 1914 datierten Manifest des Großfürsten Nikolaj Nikolaevič Romanov⁴⁴³ wurden den Polen „die Stunde der Auferstehung für das polnische Volk und für die Versöhnung des brüderlichen Lebens mit dem Großen Russland“ versprochen. „Unter dem Zepter des Zaren“ würde „Polen wiedergeboren, frei in seinem Glauben, seiner Sprache und seiner Selbstverwaltung“. Diese russischen Versprechen mussten die Mittelmächte und vor allem Berlin in Zugzwang bringen. Jedoch entzog der Kriegsverlauf den Plänen Russlands die Grundlage.

Seit dem Frühjahr 1915 hatte sich die Ostfront weit in den russischen Raum verlagert, wodurch das gesamte mehrheitlich polnisch besiedelte Gebiet von den Mittelmächten

⁴³⁹ Riezler, Kurt: *Tagebücher, Aufsätze, Dokumente*, S. 221 [Coblenz 19.8.1914, 550].

⁴⁴⁰ Zu erwähnen wäre hier beispielsweise die so genannte Claß-Denkschrift, benannt nach dem langjährigen (1908–1939) Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes Heinrich Claß (1868–1953). Claß forderte unter anderem eine Ausweitung der Reichsgrenze vom Peipussee (heute Ostgrenze Estlands) bis zur Dnepr-mündung (westlich der Krim). Vgl. Opitz, Reinhard: *Europastrategien des deutschen Kapitals. 1900-1945*. Köln 1977, S. 237.

⁴⁴¹ Czubiński, Antoni: *Między Niemcami a Rosją*, S. 84; Schumann, Wolfgang: *Weltherrschaft im Visier. Dokumente zu den Europa- und Weltherrschaftsplänen des deutschen Imperialismus von der Jahrhundertwende bis Mai 1945*. Berlin (Ost) 1975, S. 79.

⁴⁴² Roos, Hans / Alexander, Manfred: *Geschichte der polnischen Nation 1918-1945. Von der Staatsgründung im Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart*. Stuttgart 4 1986, S. 22.

⁴⁴³ Nikolaj Nikolaevič Romanov (1856–1929), Enkel von Zar Nikolaj I. Pavlovič (1796–1855) und damit Cousin von Zar Nikolaj II. Aleksandrovič Romanov (1868–1918), Großfürst von Russland, seit Kriegsbeginn im August 1914 nominell Oberbefehlshaber der russischen Streitkräfte.

eingonnen wurde.⁴⁴⁴ Die Siege des Jahres 1915 brachten eine entscheidende neue Faktenlage. Nun stellte sich die Polnische Frage noch viel deutlicher als noch zu Kriegsbeginn und es galt, hierauf eine Antwort zu finden. Die Position einer Annexion des polnischen Gebietes und seine vollständige militärische und wirtschaftliche Ausnutzung schien hierbei zunächst dominant. Diese Position findet sich insbesondere in den Reihen der deutschen Wirtschaft und des Alldeutschen Verbandes. Der Verbandsvorsitzende Claß⁴⁴⁵ artikulierte beispielsweise in seiner *Denkschrift betreffend die national-, wirtschafts- und sozial-politischen Ziele des deutschen Volkes im gegenwärtigen Kriege* jene Forderung nach territorialer Erweiterung des Reiches nach Osten. Die Frage des Umgangs mit der polnischen Bevölkerung beantwortet Claß mit einer „[v]ollständige[n] Ausräumung“ der dortigen Bevölkerung.⁴⁴⁶ Pläne einer Aus- und Umsiedlungspolitik zeigten sich somit – zumindest auf der extremen Rechten – im Bereich des Denkbaren.⁴⁴⁷ Pläne einer Annexion und Kolonisation des Ostens wurden auch von der deutschen Intelligenz geäußert. Im Juli 1915 wandten sich 1.347 deutsche Intellektuelle an Reichskanzler Bethmann Hollweg, benannten Großbritannien als den Hauptfeind und forderten einen Anschluss Polens und des Baltikums an das Reich.⁴⁴⁸ Auch aus Kreisen der Finanzwelt – namentlich Stinnes⁴⁴⁹ und Krupp von Bohlen und Halbach⁴⁵⁰ – wurden Stimmen laut, die ein „maximale[s] Expansionsprogramm des deutschen Finanzkapitals“ mit einer nach Osten verschobenen Reichsgrenze forderten.⁴⁵¹

⁴⁴⁴ Bis zum Juni 1915 erfolgte die Rückeroberung Ostgaliziens. Am 1. Juli 1915 begann eine Offensive, die Russland zum Rückzug aus Kongresspolen zwang. Am 5. August 1915 erfolgte der Einmarsch in Warschau sowie am 20. August der Fall der Festung Modlin (russ. *Novogeorgievskaja krepost*).

⁴⁴⁵ Heinrich Claß (1868–1953), deutschnationaler Politiker und Schriftsteller (*Wenn ich der Kaiser wär*) in Deutschland, 1908 bis 1939 Vorsitzender des Alldeutschen Verbandes, 1917 Mitbegründer der Vaterlandspartei

⁴⁴⁶ Claß, Heinrich: *Denkschrift betreffend die national-, wirtschafts- und sozial-politischen Ziele des deutschen Volkes im gegenwärtigen Kriege*. Mainz 1915, S. 34; Die Denkschrift findet sich ebenfalls im Nachlass des Bundesarchiv BA R 8048/633.

⁴⁴⁷ Mommsen, Wolfgang J.: *Der Erste Weltkrieg. Anfang vom Ende des bürgerlichen Zeitalters* (= Schriftenreihe / Bundeszentrale für Politische Bildung 439). Bonn 2004, S. 126.

⁴⁴⁸ Der Text der s.g. *Intellektuelleneingabe* findet sich u.a. bei Böhme, Klaus: *Aufrufe und Reden deutscher Professoren im Ersten Weltkrieg*. Stuttgart 1975, S. 125–135.

⁴⁴⁹ Hugo Stinnes (1870–1924), deutscher Industrieller, ab 1920 Reichstagsabgeordneter der DVP.

⁴⁵⁰ Krupp von Bohlen und Halbach (1870–1950), deutscher Diplomat und Industrieller, nach einer Ehe in die Krupp-Dynastie (1906 mit Bertha Krupp) von 1908 bis 1941 Aufsichtsratsvorsitzender der Friedrich Krupp AG.

⁴⁵¹ Basler, Werner: *Deutschlands Annexionspolitik in Polen und im Baltikum*, S. 34–35: Besagte Forderungen stammten aus dem Umfeld von Stinnes und Krupp. Als Denkschrift wurden sie an alle wichtigen Behörden des Reiches inklusive Militärbehörden, Wirtschaftler und Politiker versandt. Als Ostgrenze wird hier in Form einer Mindestforderung der Anspruch auf die Gebiete östlich der Linie Narwa-Peipussee-Pskow-Welikaja-Ostseite des Wilnagebiets-Memel-Grodno-Soldau-Wloclawek-Czestochowa erhoben. Polen sollte in vier Governments (Warschau, Grodno, Minsk, Mohilew) geteilt und Deutschland unterstellt werden. Ebenso wurde eine weitreichende Besiedelung dieser Gebiete mit Deutschen bis zur Linie Narwa-Witebsk-Mohilew-Gomel-Pripjat-Pinsk-Grodno-Suwalki-Wloclawek-Czestochowa gefordert. Es hätte ein deutscher Siedlungsraum geschaffen werden sollen, der weit in belarussischen Raum hineingereicht hätte. Im Südosten sollte es zur Schaffung einer selbstständigen Ukraine mit deutsch-ukrainischem Adelsgeschlecht kommen.

All diese Pläne setzten die Reichsleitung unter Zugzwang, wobei sie Ende 1915 zwischen verschiedenen Lösungsmöglichkeiten schwankte. Öffentlich wollte sie sich jedoch zunächst auf keine Position festlegen.⁴⁵² Aber auch intern gibt es unterschiedliche Auffassungen, wobei selbst der Reichskanzler Bethmann Hollweg sich unentschlossen zeigte. Neben seiner Feststellung eines Fehlens einer „günstigen und gefahrlose Lösung des polnischen Problems“ äußerte er sich im September 1915 dahingehend, dass die austropolnische Lösung die am wenigsten ungünstige Lösung sei.⁴⁵³ Sein enger Vertrauter Riezler zeigte sich kritisch gegenüber der Position, den Österreichern eine weitgehende Annexion einzugestehen. „Unannehmbar“, kommentierte er in seinem Tagebuch.⁴⁵⁴ Auch das Militär zeigte Bedenken, den Schutz deutscher Grenzen indirekt in die Hände Wiens zu geben. Allen voran muss hier Ludendorff⁴⁵⁵ genannt werden, der von einer militärischen Unzuverlässigkeit und generellen „Jämmerlichkeit“ Österreich-Ungarns sprach. Unter den deutschen Militärs wurde ein polnischer Vasallenstaat bevorzugt. Ebenso herrschte in den Reihen des Generalstabes eine Skepsis bezüglich einer deutsch-österreich-ungarischen Zollunion, insbesondere in der Frage der Kompatibilität beider Wirtschaftsräume. Generalstabschef Falkenhayn⁴⁵⁶ hegte gar Zweifel, ob Wien nach einem erfolgreichen Krieg weiterhin eine auf das Reich hin orientierte Politik fahren werde. Deshalb sollte Polen nicht so leicht aufgegeben und vielleicht an das Reich angegliedert werden.⁴⁵⁷ General Ludendorff deutete im Oktober 1915 in einem Brief an Unterstaatssekretär Zimmermann⁴⁵⁸ die Bildung eines polnischen Satellitenstaates an. Deutschland könne das Gebiet weder an Russland zurückgeben, noch Österreich-Ungarn überlassen. Er forderte ein „mehr oder weniger selbstständiges Staatengebilde unter deutscher Oberhoheit“.⁴⁵⁹

Fast zeitgleich gibt es aber auch Überlegungen des Reichskanzlers, am *status quo ante* festzuhalten und Kongresspolen unter russischer Herrschaft zu belassen. Russland spielte in

⁴⁵² Vgl. Volkmann, Hans-Erich: *Die Polenpolitik des Kaiserreichs*, S. 243.

⁴⁵³ *Bethmann-Hollweg à Falkenhayn* (Schreiben vom 11. September 1915), APP 1, S. 173 [Quelle 140].

⁴⁵⁴ Riezler, Kurt: *Tagebücher, Aufsätze, Dokumente*, S. 197 [Bad Ems 18.08.1914, 549].

⁴⁵⁵ Erich Ludendorff (1865–1937), deutscher Militär und (später) Politiker, seit August 1916 Stellvertreter Hindenburgs in der Obersten Heeresleitung.

⁴⁵⁶ Erich von Falkenhayn (1861–1922), deutscher Militär, 1914–1916 Chef des *Großen Generalstabes* (Vorgänger der *Obersten Heeresleitung*).

⁴⁵⁷ Conze, Werner: *Polnische Nation und deutsche Politik im Ersten Weltkrieg*, S. 154.

⁴⁵⁸ Arthur Zimmermann (1864–1940), deutscher Diplomat, seit 1913 Unterstaatssekretär bei Staatssekretär von Gottlieb von Jagow (1863–1935), seit dem 22. November 1916 dessen Nachfolger.

⁴⁵⁹ Delbrück, Hans: *Ludendorffs Selbstporträt*. Berlin ¹⁰ 1922, S. 71; Hindenburg wird in seinen Memoiren 1934 schreiben, dass das Königreich ein Fehler war und die Schuld an diesem Plan Reichskanzler Bethmann Hollweg zuschieben (Hindenburg, Paul von: *Aus meinem Leben*. Leipzig 1934, S. 157–158). Unbestreitbar war aber, dass es insbesondere Hindenburgs Generalstab unter Ludendorff war, der die Schaffung eines polnischen Staates zwecks Gewinnung von Soldaten begrüßte (Czubiński, Antoni: *Między Niemcami a Rosją*, S. 90).

den Überlegungen zum Umgang mit Polen in Berlin eine entscheidende Rolle und ist Erklärung für Berlins schwankende Meinung in dieser Frage sowie seine generelle Zurückhaltung. Der Grund hierfür ist die Hoffnung der Deutschen auf einen Separatfrieden mit Petrograd. Um Russland den Weg zu einem Friedensschluss mit den Mittelmächten zu erleichtern, herrschte in Berlin die Vorsicht, nicht unnötig vollendete Tatsachen durch Annexionen oder Staatsgründungen in Russlands Westgebieten zu schaffen. Deutlich wird dieses Abwägen in einer Denkschrift des Reichskanzlers Ende 1915,⁴⁶⁰ die dieser dem Kaiser und Generalstabschef Falkenhayn vorlegte. Dort plädiert Bethmann Hollweg – anders als gegenüber Falkenhayn zuvor geäußert – für einen Verbleib bei Russland, um die Chancen auf einen Separatfrieden zu erhöhen. Russland sei, so die Meinung des Regierungschefs, im Inneren mehr als brüchig. Die Brüche würden sich bei einem andauernden Krieg zeigen. Deshalb würde auch in der russischen Staatsspitze der Wunsch nach Frieden bei fortdauerndem Krieg gesteigert werden, um das Zarenreich als Ganzes zu erhalten.

Das Auswärtige Amt zeigte sich skeptisch, Polen bei Russland zu belassen. Eine Staatsumwälzung in Russland sei sehr wahrscheinlich. Dies führe sehr zu einem parlamentarischen Russland mit starker Betonung des Panslawismus. Hieraus ergäbe sich die Gefahr einer *Irrrendenta* in Posen und Westpreußen. Auch eine Annexion wäre nach Meinung der deutschen Diplomatie ein nationales Unglück, die die politischen Möglichkeiten im Umgang mit den Polen übersteige. Daher sei die austropolnische Lösung zu bevorzugen.⁴⁶¹

Es zeigte sich aber auch zunehmend, dass ein Festhalten am *status quo ante* zu nichts führen würde. Zum einen zeigte sich der Bündnispartner in Wien weiterhin fest entschlossen, eine austropolnische Lösung anzustreben. Zum anderen machte Petrograd im September 1915 deutlich, dass es zu keinem Frieden mit den Mittelmächten bereit sei. Die russische Führung würde diesen Krieg bis zum Ende führen.⁴⁶²

Somit begann eine dreijährige Besatzungsherrschaft über Kongresspolen. Die *kongresówka* wurde zwischen Berlin und Wien aufgeteilt. Der nördliche Teil bildete fortan das *Kaiserliche Deutsche Generalgouvernement Warschau*.⁴⁶³ Zu seinem Generalgouverneur wurde von Beseler⁴⁶⁴ bestellt. Aus dem südlichen Teil wurde zunächst das *Kaiserlich und königliche*

⁴⁶⁰ Bethmann-Hollweg à Treutler (Telegramm vom 4. August 1915), APP 1, S. 152 [Quelle 123].

⁴⁶¹ Conze, Werner: *Polnische Nation und deutsche Politik im Ersten Weltkrieg*, S. 138–139.

⁴⁶² Volkmann, Hans-Erich: *Die Polenpolitik des Kaiserreichs*, S. 286.

⁴⁶³ Ohne Suwalki, das ein eigenes Generalgouvernement bildete.

⁴⁶⁴ Hans von Beseler (1850–1921), preußischer Militär, seit 1912 Mitglied des Preußischen Herrenhauses, zunächst Kommandant der Armeegruppe Beseler, Eroberer der Festung Modlin, seit dem 25. Oktober 1915 Generalgouverneur.

Militärgouvernement Kielce unter der Leitung von Baron Diller⁴⁶⁵ geschaffen, das seinen Sitz allerdings bereits am 1. Oktober 1915 nach Lublin verlegte. Während es im k.u.k. Besatzungsgebiet nur eine Militärverwaltung gab, war im Norden unter Landrat von Kries⁴⁶⁶ auch eine Zivilverwaltung eingesetzt wurden.⁴⁶⁷ Ganz anders als die Erfahrung der Großpolen mit der preußischen Teilungsmacht vermuten ließ, zeigten sich die deutschen Besatzer gar nicht so sehr als die zu erwartenden schreckensbringenden Okkupanten.⁴⁶⁸ Ein noch von den Polen eingesetztes Bürgerkomitee unter Lubomirski wurde von den Deutschen nicht etwa abgesetzt, sondern sogar bestätigt. Demonstrativ machte eine deutsche Delegation dem Erzbischof von Warschau eine Aufwartung. Diese Kompromissuche mit den Polen zeigte sich auch im Bereich der Bildung. So kam es nicht nur zur Wiedereröffnung der Warschauer Universität und der *Politechnika* (auch erstmals mit weiblichen Studenten), sondern die Besatzung erlaubte als Unterrichtssprache an den Schulen und Hochschule das Polnische.⁴⁶⁹

Die Lösung der Polnischen Frage wurde im Herbst 1915 auch zum konkreteren Thema zwischen dem Reich und Österreich-Ungarn. Am 10./11. November – und somit genau drei Jahre vor der Ausrufung der polnischen Unabhängigkeit – kam es erstmals zu einer Besprechung von Vertretern der Mittelmächte zur Zukunft Polens.⁴⁷⁰ Eine Einigung blieb allerdings zunächst aus. Beide Partner waren in der Polen-Frage zwiegespalten. Insgesamt gab es kein einheitliches Vorgehen, was auch von den Polen bemerkt wurde und somit eine wirkliche Gewinnung einer polnischen Beteiligung verhinderte. Mit Beginn des Jahres 1916 rückte Berlin endgültig von einer vereinzelt präferierten austropolnischen Lösung ab. Der Reichskanzler schwenkte nun auf eine Position Jagows⁴⁷¹ zur Bildung eines Großherzogtums Warschau, das „politisch, militärisch und wirtschaftlich“ eng an das Reich gebunden sei. Eine Annexion lehnte die Reichsleitung weiterhin mit der Begründung ab, „2,5 Mio. Polen und minderwertige Juden würden eine gesunde Polenpolitik“ in Preußen unmöglich machen. Es bestünde keine Möglichkeit zur Schaffung eines autonomen Staates aus ganz Kongresspolen, da sich Wien hiergegen sperren würde. Somit zeichnete sich in Berlin die wohl als

⁴⁶⁵ Erich Freiherr von Diller (1859–1926), österreichischer Militär, seit 25. August 1915 Generalgouverneur in Kielce beziehungsweise ab 1. Oktober 1915 in Lublin, im Mai 1916 durch Karl Kuk (1853–1935) abgelöst.

⁴⁶⁶ Wolfgang von Kries (1868–1945), 1903–1920 Landrat in Filehne (Provinz Posen), 1908–1918 Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses (Konservative Partei), bis 1933 Mitglied im Preußischen Landtag (DNVP).

⁴⁶⁷ Roos, Hans / Alexander, Manfred: *Geschichte der polnischen Nation 1918-1945*, S. 24.

⁴⁶⁸ Zur deutschen Besatzung sei nahegelegt: Polsakiewicz, Marta: *Warschau im Ersten Weltkrieg. Deutsche Besatzungspolitik zwischen kultureller Autonomie und wirtschaftlicher Ausbeutung* (= Studien zur Ostmitteleuropaforschung 35). Marburg 2015.

⁴⁶⁹ Ebd., S. 37–38; ebd., S. 82–87; Roos, Hans / Alexander, Manfred: *Geschichte der polnischen Nation 1918-1945*, S. 26.

⁴⁷⁰ Ebd.

⁴⁷¹ Gottlieb von Jagow (1863–1935), seit 1913 Staatssekretär im Auswärtigen Amt.

Behilfslösung zu bezeichnende Schaffung eines Großherzogtums ab.⁴⁷² Nach außen hin zeigte sich die Reichsleitung zuversichtlich, mit Wien zu einer Einigung in der Polenfrage zu kommen. In einer Reichstagsrede vom 5. April 1916 betont Bethmann Hollweg, Deutschland werde zukünftig die Freiheit der Völker Mitteleuropas gegen Russland verteidigen. „Den *status quo ante* kennt nach so ungeheuren Geschehnissen die Geschichte nicht“.⁴⁷³

Am 14./15. April 1916 kam es zu einer erneuten Besprechung zwischen Bethmann Hollweg und Burian⁴⁷⁴ in Berlin zur Zukunft Polens. Wien hatte seine Position nun konkretisiert. Burian vertrat auf Basis einer Denkschrift aus dem März die Forderung nach einem autonomen Polen, welches mit Österreich-Ungarn eine Zollunion bilden sollte. Dieser Staat solle aus ganz Kongresspolen betehen, lediglich Suwalki war Wien bereit an das Reich abzutreten. An Deutschland sollte Kurland sowie die Gouvernements Kowno, Grodno und Wilna gehen. Längst war nicht mehr die Rede von Grenzkorrekturen zu Gunsten Deutschlands. Mit Nachdruck bestand Wien auf diesen Forderungen. Burian werde erst zurückkehren, wenn er „Polen in seinem Handkoffer“ habe.⁴⁷⁵ Berlin argumentierte dagegen und forderte von Wien nun einen deutschen Pufferstaat. Polen als Teil der k.u.k. Monarchie bedeutete aus Sicht Berlins ein nicht zu unterschätzendes Risiko für die Doppelmonarchie. Diese sei auch ein Risiko für Deutschland.⁴⁷⁶ Berlin betonte an dieser Stelle seine eigenen Sicherheitsinteressen. Diese erschöpften sich allerdings nicht allein in einer Warnung vor 20 Millionen zusätzlicher Polen. Für seine Sicherheit bedurfte es einer Absicherung seiner östlichen Grenze. Die zukünftige Grenze sollte an der Linie Warthe-Modlin-Memel liegen. Dies hätte aber dazu geführt, dass drei Millionen Polen Reichsangehörige geworden wären.⁴⁷⁷ Einzige Alternative war somit ein Pufferstaat. Es konnte aus deutscher Sicht nicht sein, dass Deutschland nur Kurland und Litauen annektieren könne, während für Österreich-Ungarn Polen und der gesamte Balkan bliebe. Die Verhaltensstrategie der Deutschen war hingegen die Forderung nach einem autonomen Staat, der wirtschaftlich wie militärisch an Deutschland angeschlossen sein müsse. Da dies auf Ablehnung durch Wien stoßen musste, hoffte Berlin auf eine Kompromittierung der Österreicher in den Augen der Polen.⁴⁷⁸ Burians Handkoffer blieb leer, da eine Einigung nicht erzielt wurde. Entstanden war eine festgefahrene Situation zwischen Wien und Berlin bezüglich

⁴⁷² Lemke, Heinz: *Allianz und Rivalität*, S. 280.

⁴⁷³ Vgl. Broszat, Martin: *Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik*. Frankfurt (Main) 1972, S. 182.

⁴⁷⁴ István (Stephan) Burián von Rajecz (1852–1922), 1915–1916 k.u.k. Außenminister, bereits 1903–1912 k.u.k. Finanzminister.

⁴⁷⁵ Helfferich, Karl: *Der Weltkrieg. Band 3*. Berlin 1919, S. 50.

⁴⁷⁶ Conze, Werner: *Polnische Nation und deutsche Politik im Ersten Weltkrieg*, S. 148–149.

⁴⁷⁷ Ebd.

⁴⁷⁸ Lemke, Heinz: *Allianz und Rivalität*, S. 281–282.

Polen. Gleichzeitig offenbarte sich ein Misstrauen beider Seiten zueinander. Deshalb lief alles auf eine Teilung Kongresspolens hinaus.⁴⁷⁹

Gerade der Plan einer erneuten Teilung Polens barg große Gefahren. Die polnische Nation, die seit über 120 Jahren unter den Teilungen gelitten hatte, hätte eine erneute Teilung beziehungsweise Zersplitterung Polens keinesfalls begrüßt. Beseler übte Widerspruch an der Teilungsidee aus. Er kam zu der Erkenntnis, dass ein halbautonomer Staat eine bessere Alternative als die austropolnische Lösung sei. Gleichzeitig warnte er jedoch nachdrücklicher vor einem polnischen Staat ohne den von Österreich besetzten Teil Kongresspolens. Beseler forderte ebenso die Angliederung Galiziens an einen autonomen polnischen Staat. Territorial könne Österreich-Ungarn später im Osten oder Süden erweitert werden oder durch einen Habsburger auf Polens Thron einen Ausgleich erhalten.⁴⁸⁰

Obschon sich die Polnische Frage im Jahre 1916 nun deutlich auf der Tagesordnung der Mittelmächte wiederfand, darf sie ebenfalls nicht überbewertet werden. Das Deutsche Reich stand im dritten Kriegsjahr sicherlich vor vergleichsweise schwierigeren Herausforderungen. Im Frühjahr 1916 versuchte die Oberste Heeresleitung eine Offensive in Verdun. Beide Seiten, Deutsche wie Franzosen, verloren zusammen über Hunderttausende Soldaten. Dieser mit seinen „pseudo-darwinistischen Prämissen“ als Aderlass beider Seiten geplante Feldzug am stärksten Punkt der französischen Defensivlinien sollte Frankreich bei großen Verlusten und einem Fall Verduns derart demoralisieren, dass es in Frankreich zur Revolution kommen sollte. Die „Blutmühle von Verdun“ brachte jedoch keinen Sieg für Deutschland. Hinzukam eine alliierte Offensive an der Somme. Im November 1916 wurde der Angriff mit mehr als 1.000.000 Opfern auf beiden Seiten und einem Geländegewinn von 10 Kilometern für die Westmächte abgebrochen.⁴⁸¹ Auch für Deutschlands Verbündete in Wien brachte die militärische Lage keine Erfolge. Ganz im Gegenteil: Die Anfang Juni 1916 einsetzende Brusilov-Offensive ließ die Galizien-Front Österreich-Ungarns zusammenbrechen. Allein die Unterstützung Deutschlands verhinderte eine Katastrophe.⁴⁸²

⁴⁷⁹ Vgl. Conze, Werner: *Polnische Nation und deutsche Politik im Ersten Weltkrieg*, S. 148–149.

⁴⁸⁰ Lemke, Heinz: *Allianz und Rivalität*, S. 283–284.

⁴⁸¹ Jankowski, Paul: *Verdun* (= Schriftenreihe / Bundeszentrale für Politische Bildung 1692). Bonn 2016.

⁴⁸² Die Offensive ist benannt nach General Aleksej Aleksejevič Brusilov (1853–1926) und gilt als einer der erfolgreichsten militärischen Operationen Russlands während des Ersten Weltkrieges. Vor allem zu Beginn brachte sie größere militärische Erfolge. Politisch entwickelte sich die Brusilov-Offensive jedoch zu einem Pyrrhussieg, da die zahlreichen Verluste die russische Armee stark demoralisierten, was wiederum einen Einfluss auf die Februarrevolution wenige Monate später zur Folge hatte. Vgl. Dowling, Timothy C.: *The Brusilov offensive*. Bloomington 2008; Rauchensteiner, Manfred: *Der Tod des Doppeladlers*. Graz 1993.

Der *Geist von 1914* (Kjellén), in dessen Aufbruchstimmung zu Kriegsbeginn weite Teile des städtischen Bürgertums und der Intelligenz mit Begeisterung in den Krieg gezogen waren, war vergangen. Die Erkenntnis, dass dieser Krieg militärisch nur noch unter größten Schwierigkeiten zu gewinnen sei, überkam nun führende Politiker und Militärs. „Der so hoffnungsvoll begonnene Anfang des Krieges“, schrieb Moltke,⁴⁸³ „wird in das Gegenteil umschlagen“.⁴⁸⁴ Im Herbst 1916 formuliert Bethmann Hollweg nun ganz inoffiziell ein ganz anderes Kriegsziel als 1914. So ging es längst nicht mehr um eine Erweiterung des Reiches. Deutschland müsse dankbar sein, wenn man das 1870/71 erreichte verteidigen könne.⁴⁸⁵ Und so hatten die Offensiven des Jahres 1916 ein Umdenken in Berlin – auch in Bezug auf Polen – zur Folge. Sichtbarstes Zeichen dieses Umdenkens war die Abberufung Falkenhayns als Generalstabschef. An seine Stelle traten im August 1916 die „Halbgötter im Hauptquartier“,⁴⁸⁶ Generalfeldmarschall Hindenburg und sein Stabschef Ludendorff, dessen Dritte (und letzte) OHL mit immensem Einfluss die Geschicke des Reiches nahezu im Alleingang steuerten. Hatte sich bereits zuvor Ärger über die Schwäche des österreich-ungarischen Bündnispartners artikuliert, verlor die OHL nun allmählich endgültig die Geduld mit Wien. Eine katastrophale Karpatenoffensive der Donaumonarchie, enorme Verluste sowie eine Front, die nur durch deutsche Unterstützung zu halten war: „[D]ie Schweinerei bei den Österreichern“, wie Ludendorff sehr verärgert mokierte, sie wollte nicht aufhören.⁴⁸⁷ War Wien, das zum militärischen Ballast für Berlin geworden war, jetzt überhaupt noch in der Position, um Forderungen in Bezug auf die Polnische Frage zu stellen? Der Druck auf Wien wuchs insbesondere vor dem Hintergrund der Brusilov-Offensive an.⁴⁸⁸ Bereits im Lauf des Sommers setzte sich im k.u.k. Armeeoberkommando die Erkenntnis durch, dass die eigene Position geschwächt sei. Wien beendete seinen harten Kurs gegenüber Polen und wurde nun zum Fürsprecher eines Pufferstaates. Generalstabschef Conrad⁴⁸⁹ befürwortete nun, jenen Polen die eine Unabhängigkeit anstreben, möglichst stark entgegenzukommen. Ziel war es für Wien durch die Propagierung eines polnischen Staates an der Seite der Mittelmächte eine

⁴⁸³ Helmuth Johannes Ludwig von Moltke (1848–1916), deutscher Militär, preußischer Generaloberst, 1906–1914 Chef des Großen Generalstabes.

⁴⁸⁴ Moltke, Helmuth von: *Erinnerungen Briefe Dokumente. 1877–1916. Ein Bild vom Kriegsausbruch, erster Kriegsführung und Persönlichkeit des ersten militärischen Führers des Krieges*. Stuttgart ² 1922, S. 385.

⁴⁸⁵ Zit. n. Ritter, Gerhard: *Staatskunst und Kriegshandbuch. Das Problem des „Militarismus“ in Deutschland*, Bd. 3. München 1964, S. 335.

⁴⁸⁶ Schöllgen, Gregor: *Deutsche Außenpolitik*, S. 126 Dort zit. n. Kühlmann, Richard von: *Erinnerungen*. Heidelberg 1948, S. 533.

⁴⁸⁷ Delbrück, Hans: *Ludendorffs Selbstporträt*, S. 71.

⁴⁸⁸ Lemke, Heinz: *Allianz und Rivalität*, S. 312.

⁴⁸⁹ Franz Conrad von Hötzendorf (1852–1925), deutscher Militär, 1906–1917 Chef des Generalstabes für die gesamte bewaffnete Macht,

Rekrutierung von polnischen Truppen zu ermöglichen. Denn an Soldaten mangelte es den Mittelmächten nach den Offensiven des Jahres 1916 durchaus.⁴⁹⁰

Im Juli anerkannten nun beide Seiten mit der so genannten Wiener Vereinbarung die Notwendigkeit eines polnischen Staates an.⁴⁹¹ Aus Berliner Sicht hatte Deutschland mit dieser Vereinbarung „der Wiener Regierung [Kongresspolen] aus den Zähnen gezogen“.⁴⁹² Erfolgen sollte die Proklamation eines polnischen Staates, auf die dann irgendwann eine eigentliche Staatsgründung zu folgen habe. Es sollte zu größeren Grenzkorrekturen zu Gunsten Berlins sowie kleineren Korrekturen an Österreichs Grenze kommen. Suwalki würde an das Reich angeschlossen werden, Wilno an Polen gehen. Zwar definierte die Vereinbarung keine Grenzen, es wurde allerdings festgehalten, dass der polnische Staat möglichst weit nach Osten reichen sollte, um Russland aus Europa hinauszudrängen. Polen sollte keine eigene Außenpolitik betreiben dürfen und das Militär war in letzter Instanz den Mittelmächten unterstellt. Als Monarch war Karl Stephan von Habsburg⁴⁹³ im Gespräch, was sicherlich auch als Entschädigung für die Aufgabe der austropolnischen Lösung durch Wien zu verstehen war.⁴⁹⁴

Die Vereinbarung garantierte Berlin für die Zukunft somit eine strategische Verbesserung seiner Ostgrenze, die „für deutsche Interessen derart viel wichtiger, als die Bildung eines Polenstaats“ war.⁴⁹⁵ Und dennoch sollte der den Polen in Aussicht gestellte Staat den Mittelmächten in einer bereits angedeuteten Form dienen: als Truppenpool. Seit Mitte Juli gab es ein verstärktes Drängen der deutschen Heeresleitung zur Schaffung einer polnischen Armee.⁴⁹⁶ Und in diesem Drängen lag der eigentliche Grund für die Schaffung eines polnischen Staates. Der Generalstab versuchte sich an der Gleichung, dass wenn Deutschland und Österreich-Ungarn den Polen nun nach über hundert Jahren der Teilungen den Traum eines polnischen Staates erfüllen würde, die Polen in Scharren zu den Waffen rennen und auf die Schlachtfelder Europas drängen würden. Die Hoffnungen der deutschen Generalität, auf möglichst hohe Rekrutierungszahlen zurückgreifen zu können, waren groß. Schätzungen aus den Reihen der Ostforschung, mit welchem Andrang zu rechnen sei, waren sehr unterschiedlich, aber allesamt sehr optimistisch. Der Ökonom Max Sering⁴⁹⁷ ging gar von einer

⁴⁹⁰ Vgl. ebd., S. 324.

⁴⁹¹ Ebd., S. 312.

⁴⁹² Ebd., S. 327.

⁴⁹³ Karl Stephan von Habsburg (1866–1844), österreichischer Adliger und Militär, Mitglied des Hauses Habsburg-Lothringen.

⁴⁹⁴ Vgl. Basler, Werner: *Deutschlands Annexionspolitik in Polen und im Baltikum*, S. 145.

⁴⁹⁵ Lemke, Heinz: *Allianz und Rivalität*, S. 329–330.

⁴⁹⁶ Ebd., S. 317.

⁴⁹⁷ Max Sering (1857–1939), deutscher Agrarökonom.

Zahl von 700.000 Mann aus.⁴⁹⁸ Wesentlich zurückhaltender zeigte sich Beseler, der die Situation vor Ort sicherlich besser einschätzen konnte als so mancher deutscher Forscher, dessen Grundlage möglicherweise in erster Linie Geburtenzahlen bestimmter Jahrgänge waren. Laut Generalgouverneur fehlte es an polnischen Offizieren und Unteroffizieren, Waffen und Geldmitteln zum Aufbau einer polnischen Armee.⁴⁹⁹

Durch die Wiener Vereinbarung lief nun alles auf die Ausrufung eines polnischen Staates hinaus. Die Vorbereitungen hierzu hatten bereits begonnen, da bremste die Reichsleitung im September 1916 die Ausrufung zunächst wieder ab. Kaiser Wilhelm II. verbot gar eine Veröffentlichung der Vereinbarung mit der Donaumonarchie. Grund hierfür war, dass insbesondere der deutsche Kaiser die Möglichkeit eines Separatfriedens mit Russland im Bereich des Möglichen sah. In Petrograd hatte bereits im Juli Außenminister Sazonov⁵⁰⁰ zurücktreten müssen. Dieser hatte im September 1914 – ähnlich wie Bethmann Hollweg – ein Programm mit 13 Punkten für eine Nachkriegsordnung erstellt. Sein Plan sah vor, dass alle drei Teilungsgebiete in einem polnischen Marionettenstaat verbunden werden sollten. Dieses polnische Königreich hätte – wie bereits zuvor Kongresspolen – zum Herrschaftsgebiet des Zaren gehört. Russland hätte hierbei den Unterlauf des Memelgebietes und Ostgalizien annektiert. Die Grenze zwischen Deutschland und Polen beziehungsweise dem russischen Herrschaftsgebiet sollte zukünftig an der Oder verlaufen.⁵⁰¹ Neben diesen Gebietsveränderungen zwischen Deutschland und Russland zeigte sich Sazonov ebenfalls als Gegner der Donaumonarchie, dessen Auflösung er befürwortete.⁵⁰²

Sazonov genoss insbesondere in außenpolitischen Fragen, die Sympathie des Zaren. Dies traf vor allem auch in der Polnischen Frage zu.⁵⁰³ Diese war es auch, die zu immer größeren Unstimmigkeiten zwischen Sazanov als Außenminister und Stürmer als Premierminister führten.⁵⁰⁴ Stürmer wollte keinen unabhängigen und weit nach Westen erweiterten polnischen

⁴⁹⁸ Ebd.

⁴⁹⁹ Ebd., S. 318.

⁵⁰⁰ Sergej Dmitrijevič Sazonov (1860–1927), russischer Diplomat (Botschaftsrat in London, Botschafter beim Heiligen Stuhl), 1910–1916 russischer Außenminister, seit 1909 bereits stell. Außenminister, Schwager von Premierminister Pëtr Arkad'evič Stolypin (1862–1911).

⁵⁰¹ Linke, Horst Günther: *Das zarische Rußland und der Erste Weltkrieg. Diplomatie u. Kriegsziele 1914-1917*. München 1982, S. 237.

⁵⁰² Malone, Gifford D.: *War Aims toward Germany*. In: *Russian diplomacy and Eastern Europe, 1914-1917*. Hrsg. von Alexander Dallin u. Abrash Merritt. New York 1963, S. 143.

⁵⁰³ Hiervon zeugen insbesondere die Memoiren des französischen Diplomaten und Botschafters in St. Petersburg. Paléologue, Maurice: *An Ambassador's Memoirs. Volume II*. <http://net.lib.byu.edu/estu/wwi/memoir/FrAmbRus/palTC.htm> (13.3.2018) [Eintrag vom 23. Juli 1916].

⁵⁰⁴ W.B.: *Rücktritt Stürmers. Trepow russischer Ministerpräsident*. In: Frankfurter Zeitung (24.11.1916). <http://www.faz.net/aktuell/politik/der-erste-weltkrieg/frankfurter-zeitung-25-11-1916-russlands-ministerpraesident-zurueckgetreten-14305174.html> (9.1.2021).

Staat. Generell vertrat er einen reaktionären politischen Kurs, der auf Unmut in liberalen Kreisen stieß. Hinzukam ein generelles Misstrauen gegen ihn aufgrund seines deutschen Nachnamens. So gab es auch Vorwürfe ihm gegenüber, er würde geheime Absprachen mit Deutschland anstreben.⁵⁰⁵ Dieser Vorwurf scheint haltlos. Jedoch wurde er auch in Berlin wahrgenommen, denn Wilhelm II. sah gerade in der Person Stürmer die Möglichkeit eines Separatfriedens mit Russland. Die angestrebte Proklamation eines polnischen Staates hätte diese mögliche Annäherung an Russland höchstwahrscheinlich gefährdet.⁵⁰⁶ Dieses Zögern macht eines sehr deutlich: Die Bildung eines polnischen Staates stand eindeutig hinter dem Wunsch nach einem Separatfrieden mit Russland. Schon Otto von Bismarck hatte gewarnt, dass die Politik des Niederhaltens der Polen nur solange Sinn machen würde, wie Russland einen Platz im eigenen Bündnissystem habe. Wenn das Reich in Feindschaft mit Russland treten würde, müsse es zu einer Revision der Polenpolitik kommen. Auch Moltke und Waldersee⁵⁰⁷ hatten betont, dass es bei einem Krieg mit Russland zur Wiederherstellung Polens kommen müsse.⁵⁰⁸ Hier zeigt sich, in welchem *geopolitischen Dreieck* die Beziehungen zwischen Deutschland, Russland und den Polen standen. Die Beziehungen Berlins zu den Polen waren den deutsch-russischen Beziehungen untergeordnet. Die Möglichkeit eines Separatfriedens mit Russland korrespondierte sehr stark mit der Idee eines polnischen Marionettenstaates. Dem Rat Bismarcks folgte die Reichsleitung 1914 nicht, da die Hoffnung auf einen Separatfrieden bestand. Das deutsche Ziel in der Ostpolitik war zunächst ein Separatfrieden mit Russland. Die Folge wäre offensichtlich gewesen, da es keinen Zweifrontenkrieg mehr gegeben hätte und die Einkreisung durch die Entente zerschlagen worden wäre.

Diesem Dreieck folgend führt die Reichsleitung den Plan einer Proklamation in dem Moment weiter fort, als klar wurde, dass Pläne zu einem Separatfrieden mit Russland nicht realisierbar waren. Ende August trat das Königreich Rumänien während der Brusilov-Offensive der Entente bei und erklärte den Mittelmächten den Krieg.⁵⁰⁹ Der Kriegseintritt Rumäniens an der Seite Russlands ließ alle Hoffnungen nach einem baldigen Separatfrieden mit Russland schwinden.⁵¹⁰ Auch Wien reagierte auf den Kriegseintritt Rumäniens, indem es gegenüber Berlin erneut auf militärische Einheiten aus Polen pochte.⁵¹¹ Am 18. Oktober 1916 einigten

⁵⁰⁵ Peeling, Siobhan: *Shtürmer, Boris Vladimirovich*. https://encyclopedia.1914-1918-online.net/article/shturmer_boris_vladimirovich (19.2.2021) (04.01.2021).

⁵⁰⁶ Lemke, Heinz: *Allianz und Rivalität*, S. 327.

⁵⁰⁷ Alfred von Waldersee (1832–1904), deutscher Militär, 1888–1891 Chef des Großen Generalstabs.

⁵⁰⁸ Conze, Werner: *Polnische Nation und deutsche Politik im Ersten Weltkrieg*, S. 32.

⁵⁰⁹ Am 17. August trat Bukarest der Entente bei, zehn Tage später erfolgte die Kriegserklärung an Österreich-Ungarn, auf die Berlin am Folgetag mit einer Kriegserklärung an Rumänien reagierte.

⁵¹⁰ Lemke, Heinz: *Allianz und Rivalität*, S. 339.

⁵¹¹ Ebd.

sich beide Verbündete in Pleß auf die Schaffung einer polnischen Armee durch die Deutschen unter Heranziehung von k.u.k. Ausbildern. Eine Proklamation sollte so bald wie möglich erfolgen. Beide einigten sich darauf von Zwangsrekrutierungen abzusehen, da die Gefahr einer Unterwanderung der Armee mit russlandfreundlichen Kräften zu groß sei. Der Werbeauftrag solle direkt nach der Proklamation und vor der Schaffung einer polnischen Verwaltung geschehen.⁵¹² Insbesondere die Reichsleitung war der Überzeugung, dass das Werben sofort nach der Proklamation einsetzen müsse, da gerade dann eine euphorische Stimmung zu Gunsten der Mittelmächte herrschen würde.⁵¹³ Im Vordergrund stand somit die militärische Ausnutzung frischer polnischer Truppen.

Die wirklichen Intentionen Berlins in der Frage der Proklamation eines polnischen Staates lassen sich deutlich an einer Lagebesprechung zu dieser Frage vom 21. Oktober 1916 erkennen. Bei jenem Treffen hochrangiger (vor allem preußischer) Politiker⁵¹⁴ schienen sich die Anwesenden einig, dass eine Selbstständigkeit der Polen viel zu weitgehen würde. Gerade aus Kreisen der OHL war der Wunsch aufgekommen, Formulierungen wie „selbstständiger Staat“ zu streichen. Der Reichskanzler widersprach diesem Wunsch. Er verwies hierbei auf die fatale militärische Lage, in der die Mittelmächte sich befanden. Dies machte wohl ein aktives Werben bei den Polen erforderlich, weshalb Bethmann Hollweg zu der Erkenntnis gekommen war, dass eine Proklamation auf eine solche Formulierung nicht verzichten dürfe.⁵¹⁵ Natürlich ging es dem Reichskanzler nicht wirklich um ein selbstständiges Polen, sondern lediglich darum, gegenüber den Polen diesen Schein zu wahren. Hierzu passend äußerten sich auch Generalgouverneur von Beseler und Hutten-Czapski,⁵¹⁶ wonach den Polen nicht sofort klar sein dürfe, worum es eigentlich ginge. Ebenso zeigten die Teilnehmer der Unterredung Einigkeit, dass polnische Vertreter an den Verhandlungen über einen polnischen Staat nicht beteiligt werden sollten.⁵¹⁷

Zweieinhalb Wochen nach der deutsch-österreichischen Konferenz von Pleß erfolgte dann die Proklamation. Sie wurde fast zeitgleich in Warschau und Lublin verlesen. Im

⁵¹² Ebd., S. 353–354.

⁵¹³ Ebd., S. 354–355.

⁵¹⁴ Teilnehmer der Zusammenkunft waren unter anderem Reichskanzler Bethmann Hollweg, der preußische Innenminister von Loebell (1855–1931), der preußische Finanzminister Lentze (1860–1945), der preußische Minister für Öffentliche Arbeiten von Breitenbach (1850–1930), der preußische Landwirtschaftsminister vor Schorlemer, Staatssekretär von Jagow, Unterstaatssekretär von Wahnschaffe (1865–1951), Generalgouverneur von Beseler sowie Mitglieder des Preußischen Herrenhauses wie zum Beispiel Yorck von Wartenberg (1861–1923) aber auch Hutten-Czapski (s.u.).

⁵¹⁵ Die Formulierung „selbständiger Staat“ taucht schließlich auch in der späteren Proklamation auf.

⁵¹⁶ Bogdan (von) Hutten-Czapski (1851–1937), polnischer Adliger, preußischer Offizier und Politiker, Berater des deutschen Militärgouverneurs von Polen, Generaloberst von Beseler.

⁵¹⁷ Ebd., S. 321.

deutschen Besatzungsgebiet erfolgte sie durch den Generalgouverneur von Beseler. Bemerkenswert ist bereits der offizielle Verfasser des Schriftstückes. Zwar geschah die Verkündung „[a]uf Allerhöchsten Befehl Seiner Majestät des Deutschen Kaisers“, verkündet und unterzeichnet war sie jedoch durch den Generalgouverneur und nicht etwa durch die kaiserlich-königliche Majestät selbst. In der Proklamation heißt es, dass die Mittelmächte Polen mittels ihrer „tapferen Heeren mit schweren Opfern der russischen Herrschaft entrisse[n]“ hätten und das „aus diesen Gebieten [ein] selbständige[r] Staat mit erblicher Monarchie und konstitutioneller Verfassung zu bilden“ sei. „Diese Gebiete“ konnten nur als Kongresspolen verstanden werden, was eine Ausklammerung der anderen beiden Teilungsgebiete deutlich machte. Auf eine „genauere Bestimmung der Grenzen des Königreichs Polen“ wollten sich die Besatzungsmächte nicht festlegen. Und während es sich über die Grenzfrage ebenso deutlich ausschieg wie auch in der Frage eines Staatsoberhauptes oder einer Regierung, wird die Proklamation in Bezug auf die Bildung einer polnischen Armee umso deutlicher: „In einer eigenen Armee sollen die ruhmvollen Überlieferungen der polnischen Heere früherer Zeiten und die Erinnerung an die tapferen polnischen Mitstreiter in dem großen Krieg der Gegenwart fortleben.“⁵¹⁸

Viel war es also nicht, was Berlin und Wien den Polen anzubieten hatten. Ein nicht souveräner Staat mit nur sehr grob definierten Grenzen, ein Königreich ohne König oder Reichsverweser, ohne Regierung. Die Glaubwürdigkeit, es würde den Mittelmächten um die Schaffung eines polnischen Staates gehen, weil Berlin und Wien zu polonophilen Kämpfern für die Freiheit der polnischen Nation geworden wären, war gering – nicht zuletzt auch deshalb, weil gerade durch Deutschland eine über Jahrzehnte andauernde Germanisierung stattgefunden hatte, weiterhin stattfand und sich die verkündete – vollgemerkt sehr eingeschränkte – Freiheit der Polen nur auf einen Teil der Nation begrenzte und die Landsleute in Posen und Galizien nicht mit einbezog. Der deutliche Preis, den die Besatzer hierfür von den Polen verlangten, war die baldige Schaffung einer polnischen Armee, die in erster Linie für die Mittelmächte zu kämpfen hatten. Die Intentionen Berlins und Wiens nach neuen Rekruten waren bei diesem halbherzigen Angebot nur allzu deutlich.

Dennoch sollte die Proklamation nicht allein zur Gewinnung von neuen Soldaten verstanden werden. Waren sich OHL, Reichsleitung und Kaiser nun sicher, dass ein Frieden

⁵¹⁸ *An die Bewohner des General-Gouvernements Warschau* [Proklamation des Königreichs Polen 1916]. DSHI 170 Altplakate 80. Als Digitalisat abrufbar auf den Seiten des Herder-Instituts: Wörster, Peter: *Vor 100 Jahren: Die Proklamation des Königreichs Polen 1916*. <https://www.herder-institut.de/digitale-angebote/archivale-des-monats/2016/november.html> (9.1.2021).

mit dem zaristischen Russland nicht möglich sei, ging es auch um die Frage, welche Rolle Polen in einem Nachkriegseuropa spielen sollte. Polen wurde hier die zukünftige Bedeutung einer deutschen Vormauer gegenüber Russland von den Mittelmächten zugeteilt. Und so kommentierte auch die Norddeutsche Allgemeine Zeitung das Manifest vom 5. November 1916 dahingehend, dass Polen zum Schutz des Reiches nötig sei.⁵¹⁹ Hervorzuheben ist vor allem der einschneidende Charakter des Novembers 1916. Das Jahr 1916 beendet die Absprache des Jahres 1815. Zweifellos: Der Krieg hielt bereits zwei Jahre an und dauerte bekanntlich zwei weitere Jahre. Aber es ist das Jahr 1916, das die Wiener Ordnung in Ostmitteleuropa beendet. Dies zeigt sich nicht zuletzt daran, dass Berlin versuchte, sich die Möglichkeit eines Separatfriedens mit dem zaristischen Russland offen zu halten. Die Proklamation machte diese von deutscher Seite endgültig zunichte.⁵²⁰

Dennoch war auch der Schwenk zu einer Annäherung an die Polen nicht vollständig. Das Verhalten der Mittelmächte, insbesondere Deutschlands für den Zeitraum nach dem November 1916 lässt sich wohl am besten als halbherzig bezeichnen. Der Proklamation folgten in den nächsten Monaten keine wesentlichen Schritte, die den Polen den Eindruck vermittelt hätten, eine Unterstützung der Mittelmächte in dieser Frage, diene der Wiedererlangung einer polnischen Unabhängigkeit. So bestand weiterhin eine politische und wirtschaftliche Trennung zwischen beiden Besatzungsgebieten, denn auch 1917 war es beispielsweise noch zu keiner Aufhebung der Demarkationslinie zwischen beiden Besatzungsmächten gekommen.⁵²¹ Diese musste offensichtlich der Glaubwürdigkeit einer wirklichen Staatsgründung schaden. Es gelang den Besatzern nicht, die Polen von ihrem fragwürdigen Geschenk zu überzeugen. Weder feierten die Polen überschwänglich eine Staatsgründung (die keine wirkliche war), noch ergriffen sie in Scharen die Waffen für die Mittelmächte. Das Scheitern der deutsch-österreich-ungarischen Initiative wurde im folgenden Jahr 1917 mehr als deutlich. Um die Loyalität polnischer Soldaten zu gewährleisten, verlangten die Besatzer im Sommer 1917 den Eid auf den deutschen und österreich-ungarischen Souverän. Eine Forderung, auf die polnische Soldaten vielfach mit Widerstand reagierten und einen Eid verweigerten.⁵²² Es stellt sich die Frage, ob polnische Soldaten „nationale Armee oder Hilfskorps der ausländischen Imperialisten“ sein sollten.⁵²³ Im Angesicht dessen, dass die Proklamation in erster Linie eine

⁵¹⁹ Naumann, Friedrich: *Was wird aus Polen?*, S. 48.

⁵²⁰ Hierin liegt die eigentliche Begründung der Wahl des Jahres 1916 als Ausgangspunkt der ersten Fallstudie sowie die Ausführung zur Wiener Ordnung.

⁵²¹ Ebd., S. 51–52.

⁵²² Basler, Werner: *Deutschlands Annexionspolitik in Polen und im Baltikum*, S. 197: Die Quote der Eidesleistung lag bei den polnischen Offizieren und Mannschaftsgraden bei knapp 60 Prozent.

⁵²³ Ebd., S. 185.

Rekrutierung der Polen in Massen zur Folge haben sollte, war das Ergebnis dieser Eidkrise für Berlin nicht nur enttäuschend, es musste geradezu eine Katastrophe gewesen sein. Insgesamt machte es das Scheitern des Projektes *Regentschaftskönigreich* mehr als deutlich.

Die Halbherzigkeit der Deutschen im Umgang mit den Polen und das Fehlen von wirklich konkreten Plänen für ein Vorgehen im proklamierten Königreich, zeigte sich ebenfalls mit Blick auf Polen. Seit dem Ende des Jahres 1917 war es zu Verhandlungen zwischen den Mittelmächten und dem nun von den Bolševiki regierten Russland zum einen und zum anderen mit einer von den Mittelmächten gebildeten Ukraine gekommen. Die beiden Friedensverträge von Brest-Litovsk brachten Deutschland massive Geländegewinne. Ein Gebiet, das als *Ober Ost* bezeichnet wurde, stand nun unter deutscher Kontrolle. Russland hatte damit große Teile Osteuropas verloren und sei „wieder zu Moskowien geworden“.⁵²⁴ Für diese immensen territorialen Gewinne forderte Österreich-Ungarn einen Ausgleich und nutzte es als Argument für eine austropolnische Lösung. Insbesondere die Frage des zukünftigen polnischen Königs manifestierte sich als Streitfrage zwischen Berlin und Wien. Als Kompromiss sahen beide zunächst vor, einen österreichischen Kandidaten als König auszuwählen, wobei das Königreich Polen gleichzeitig eng an Deutschland gebunden werden sollte. Schlussendlich zog Berlin dann trotzdem aber einen deutschen Kandidaten vor.⁵²⁵

Am 9. Februar 1918 bildeten die Mittelmächte die Ukrainische Volksrepublik. Der so genannte Brotfrieden sollte Berlin und Wien dringend benötigte Lebensmittellieferungen gewähren. Der ukrainische Marionettenstaat erhielt aus dem besetzten Polen das Cholmer Gebiet zugesprochen. Ebenso erfolgte im Februar 1918 die Gründung Litauens sowie einen Monat später die *de-facto*-Anerkennung durch Deutschland.⁵²⁶ In keinem dieser Punkte kam es zu einer Konsultation mit den Polen. Gerade vor dem Hintergrund, dass die von Russland gewonnenen Gebiete des *Ober Ost* zu einem Großteil vor den Polnischen Teilungen zur polnischen Adelsrepublik gehört hatten, musste bei den Polen den Wunsch nach eben diesen

⁵²⁴ Hier zit. n. Conze, Werner: *Nationalstaat oder Mitteleuropa?*, S. 221.

⁵²⁵ Basler, Werner: *Deutschlands Annexionspolitik in Polen und im Baltikum*, S. 218: Im Gespräch war Albrecht Eugen von Württemberg, der zweite Sohn des Herzogs Albrecht von Württemberg, der wiederum Anwärter auf die württembergische Königskrone war.

⁵²⁶ Ähnlich wie Polen geriet auch Litauen im Sommer 1915 unter die Kontrolle der Mittelmächte und gehörte fortan zum Besatzungsgebiet Ober Ost. Im Falle Litauens war Berlin bereit einen eigenen litauischen Staat zu schaffen, wenn dieser versprach sich eng an Deutschland zu binden. Am 11. Dezember 1917 folgte eine solche Erklärung des Litauischer Staatsrat (lit. *Lietuvos Taryba*). Nachdem die deutsche Seite ihrem Versprechen nicht nachkam, erfolgte am 16. Februar 1918 dennoch eine Unabhängigkeitserklärung durch die *Taryba*. Am 23. März anerkannte Berlin – wenn auch unter Einschränkungen – diese Staatsgründung an. Vgl. Tauber, Joachim: *Die Last der Geschichte". Zu den Vorstellungen der Taryba über den zukünftigen litauischen Staat 1917–1918*. In: *Ostseeprovinzen, baltische Staaten und das Nationale. Festschrift für Gert von Pistohlkors zum 70. Geburtstag*. Hrsg. von Norbert Angermann. Münster 2005, S. 389–402.

Territorien aufkommen lassen. Territorien wie das Gebiet um Chelm wurden einfach von Kongresspolen abgetreten. Nicht nur, dass einem Wunsch nach diesen Gebieten kein Raum eingeräumt wurde, die Polen wurden nicht einmal an den Diskussionen hierzu beteiligt. Die von den Mittelmächten gewollte Neuordnung Ost- und Ostmitteleuropas fand über die Köpfe der Polen hinweg statt. Polens Rolle war hierbei klar: Es hatte sich den Vorstellungen Berlins unterzuordnen. Und hier lag der Kardinalfehler Berlins. Die Proklamation des Regentschaftskönigreiches Polen im November war alles andere als „ein freies, von diesen Herrschern dem polnischen Volke dargebrachtes Geschenk“. ⁵²⁷ Was Berlin – in Aushandlung mit Wien – den Polen anbot, war bekanntlich nicht mehr als ein Vasallenstaat, eine Marionette, deren Fäden hauptsächlich in Berlin gezogen werden sollten. Das Streben nach einer Vereinigung mit Galizien oder gar der Provinz Posen waren völlig aussichtslos. Polen war nicht mehr als eine „Kolonie der Mittelmächte mit Selbstverwaltung“. ⁵²⁸ Berlin machte aus Sicht Józef Piłsudskis nichts anderes, als dass es „polnische Insignien auf die Finger der Hand legt, die Polen bedrohen“. ⁵²⁹ Die Führung des Reiches war insgesamt ohne Interesse an der Bildung einer polnischen Regierung. Diese stand diametral den imperialen Interessen Deutschlands, einen möglichst großen Einfluss auf Polen und Ostmitteleuropa zu haben, im Wege. ⁵³⁰ Friedrich Naumann bemängelte diesen Fehler im Umgang mit den Polen ebenso. Seiner Meinung nach hätten die Mittelmächte den Polen direkt 1916 weitreichende Kompetenzen geben müssen. So würde nicht über Eide gestritten werden, sondern bereits erste Erfolge sichtbar sein. ⁵³¹

Auch von einer Staatsgründung im November 1916 kann keine Rede sein. Es war lediglich eine vage Proklamation eines während des Krieges nicht zustande gekommenen Staates. Bezugnehmend auf die Drei-Elemente-Lehre wird deutlich, ⁵³² dass es zu keiner Gründung eines neuen Staates gekommen war. Weder gab es ein eindeutig definiertes Staatsvolk, noch ein klar abgegrenztes Territorium, noch eine eigenständige staatliche Hoheit über das Territorium. Ziel war es – wie der Generalgouverneur feststellte – lediglich „die polnischen Kinder, die Polen im Zaune(!) zu halten und zu erziehen“. ⁵³³ Polen blieb damit

⁵²⁷ Basler, Werner: *Deutschlands Annexionspolitik in Polen und im Baltikum*, S. 170.

⁵²⁸ Ebd., S. 146.

⁵²⁹ Davies, Norman: *God's Playground. Volume 2. 1795 to the present*. Oxford u.a. 2005, S. 284.

⁵³⁰ Lemke, Heinz: *Allianz und Rivalität*, S. 325.

⁵³¹ Naumann, Friedrich: *Was wird aus Polen?*, S. 57.

⁵³² An dieser Stelle wird zur Definition eines souveränen Staates auf die Drei-Elemente-Lehre des Völkerrechts zurückgegriffen. Ein Staat besteht demnach aus den drei Elementen Staatsvolk, Staatsgebiet und Staatsgewalt. Jellinek, Georg: *Allgemeine Staatslehre* (= Das Recht des modernen Staates 1). Berlin ² 1905, S. 381–420.

⁵³³ Broszat, Martin: *Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik*, S. 190.

Objekt der deutschen Politik unter dem gescheiterten Versuch der Vortäuschung der falschen Tatsache, ein polnischer Staat sei zum souveränen Objekt erhoben wurden.

Zum anderen hatte Polen für Deutschland aber auch eine klare geopolitische Bedeutung. Diese ist weniger von Interesse für den Kriegsverlauf als vielmehr für die Nachkriegszeit. Hätten die Mittelmächte den Krieg gewonnen lässt sich vermuten, dass Polen als Marionettenstaat bestand gehabt hätte. Eine Annexion scheint, wie die Reichsleitung bereits während des Krieges feststellte, nicht durchführbar. Polen wäre damit Teil eines von Deutschland beherrschten Mitteleuropas geworden, das sich aus kleinen bis mittelgroßen Vasallenstaaten des Reiches zusammengesetzt hätte. Seine staatliche Souveränität wäre hierbei vor allem in der Außen- und Sicherheitspolitik massiv eingeschränkt und von Berlin diktiert worden. Lemke kommt zu dem Schluss, dass Polen in Beziehung zu Berlin in etwa die Stellung „eines großen deutschen Bundesstaats, etwa Bayerns“ innegehabt hätte.⁵³⁴

Das Jahr 1916 stellt insofern eine „Wendung der deutschen Außenpolitik“ (Basler) dar, als dass es ab diesem Zeitpunkt zum fortdauernden Ziel Berlins wurde, Polen in den deutschen Einflussbereich zu ziehen.⁵³⁵ Eine austropolnische Lösung hätte Berlin niemals ernsthaft in Erwägung gezogen, sondern nur deshalb artikuliert, um Wien nicht zu verärgern. Mit fortdauerndem Krieg wurde Berlin klar, wie schwach Wien in diesem Weltkrieg dastand und es sich nicht auf seinen Verbündeten verlassen konnte. Berlin schwenkte in seiner Polenpolitik in dem Moment um, als sich zum einen diese schwache Position Österreich-Ungarns offen zu Tage legte und zum anderen es als sicher galt, dass es zu keinem Separatfrieden mit Russland kommen würde. Hier zeigt sich, wie sehr die Beantwortung der Polnischen Frage für Deutschland von anderen geopolitischen Faktoren abhängig war. Sie ist zugleich anderen Lösungsansätzen untergeordnet, was sich nicht nur in den Beziehungen zu Russland, sondern auch zu den Ukrainern und den Litauern zeigte. Polen konnte demnach Partner Deutschlands sein, wenn sich für Berlin keine bessere Option zeigte.⁵³⁶ Eine deutliche Traditionslinie lässt sich bereits jetzt im Umgang mit dem ost- und ostmitteleuropäischen Raum erkennen. Den Deutschen erscheint der Osten als Ersatzraum für seine Kolonien. Hatten die Kolonien doch auch vor allem zur Rohstoffsicherheit für das rohstoffarme Deutschland gedient, sollte diese

⁵³⁴ Lemke, Heinz: *Allianz und Rivalität*, S. 323.

⁵³⁵ Vgl. Basler, Werner: *Deutschlands Annexionspolitik in Polen und im Baltikum*, S. 131.

⁵³⁶ Eine spätere aufzugreifende Frage wäre, ob es sich bei dieser These um eine Traditionslinie deutscher Geopolitik handelt.

Aufgabe nun dem östlich von Deutschland gelegenen Raum zukommen. Hierbei klingt die spätere deutsche Lebensraum-Politik schon an.⁵³⁷

Es stellt sich somit die Frage, welche geopolitische Konzeption Deutschland für den ostmitteleuropäischen Raum und insbesondere Polen geplant hatten. Bereits das Vorgehen Berlins lässt das wahrscheinlichste Konzept für diesen Raum deutlich erahnen: die Schaffung eines deutschen *Mitteleuropas*. Hierbei war Polen „nicht nur Kriegsziel, sondern ebenso Schlüssel zur Hegemonialstellung Deutschlands in Europa“.⁵³⁸

3.4. Geopolitische Kompatibilität

Nach Betrachtung des Vorgehens in Berlin sowie der Analyse zeitgenössischer geopolitischer Vorstellung aus Deutschland und Polen soll sich abschließend der Frage zugewandt werden, wo sich deutsche und polnische geopolitische Positionen ergänzten oder widersprachen beziehungsweise mit der angewandten Geopolitik übereinstimmten.

Im Vergleich des tatsächlichen Vorgehens Berlins mit den populären Überlegungen Friedrich Naumanns sowie den Theorien Friedrich Ratzel in Bezug auf Polen fällt auf, dass beide durchaus klare Anknüpfungspunkte an damalige Vorstellungen hatten, wie mit Polen umzugehen sei. Bei Friedrich Ratzel findet sich die Forderung nach einer Annexion Polens, da ein polnischer Staat seiner Auffassung nach nicht lebensfähig sei. Er könne allein Kolonialland für Deutschland sein. In Deutschland fanden sich mit Ausbruch des Ersten Weltkrieges in den Reihen deutscher Intellektueller aber vor allem auch im Finanzkapital und in alldeutschen Kreisen Befürworter einer solchen Lösung. Diese Vorstellung ist stark imperialistisch geprägt und forderte eine Aneignung des kongresspolnischen Bodens durch Aufnahme in den deutschen Staatsorganismus. Polens Wunsch nach Staatlichkeit wird hierbei nicht ernstgenommen.

Die Deutsche Führung kam allerdings schnell zu der Erkenntnis, dass Kongresspolen nicht blindlings annektiert werden konnte. Hierfür sprachen einige Faktoren: Zum einen konnte der österreich-ungarische Partner nicht einfach umgangen werden. Berlin war klar, dass es eine Lösung nur gemeinsam mit Wien finden konnte. Zum anderen bestand die Gefahr, dass eine vollständige Annexion aller polnischen Siedlungsgebiete das Gefüge Preußens und damit des Reiches massiv verändern würde, da im Osten eines vergrößerten Reiches die Deutschen in der Minderheit gewesen wären. Dies widersprach den Zielen der preußischen Polenpolitik des 19.

⁵³⁷ Kühlmann, Richard von: *Erinnerungen*, S. 517.

⁵³⁸ Fischer, Fritz: *Griff nach der Weltmacht*, S. 213 sowie 464.

Jahrhunderts, die in einer polnischen Mehrheit eine Gefahr für das Reich sah. Vielversprechender für die deutsche Reichsleitung schienen die Pläne eines *Mitteleuropas* durch Friedrich Naumann. Zwar lassen sich keine direkten Verbindungen zwischen Naumann und der Reichsleitung erkennen, aufgrund der großen Popularität von Naumanns Schaffen bleibt aber anzunehmen, dass der Führung seine Konzepte bekannt waren. Ansätze einer Umsetzung lassen sich im Handeln Berlins durchaus erkennen. Hierfür spricht sicherlich die Proklamation Polens als solches sowie aber auch die Schaffung weiterer Marionetten im Baltikum und der Ukraine. Es bleibt Spekulation, dass nach einem deutschen Sieg Naumanns Konzeption übernommen worden wäre. Dennoch gibt es Argumente, die durchaus dafür sprechen. Es ist sicherlich anzunehmen, dass es kein Zurück zum *status quo ante* hätte geben können. „Den *status quo ante* kennt nach so ungeheuren Geschehnissen die Geschichte nicht“.⁵³⁹ Es musste damit zu einer Neuordnung Ostmitteleuropas kommen. Auch ist davon auszugehen, dass Berlin an der Schaffung von Satelliten zwischen dem Reich und Russland festgehalten hätte. Einmal einen polnischen Staat proklamiert, wäre es schwerlich möglich gewesen, zur Wiener Ordnung zurückzukehren.

Trotz dieser Spekulation spielt dies insofern eine Rolle, als dass es dem besseren Verständnis der Rolle Polens für Berlin aber auch in besagten geopolitischen Konzeptionen dient. Die wichtigsten deutschen geopolitischen Konzeptionen für den mitteleuropäischen Raum, die somit auch etwas über die geopolitische Bedeutung der deutsch-polnischen Beziehungen sagen sind somit deckungsgleich mit dem politischen Handeln wie auch mit politischen Vorstellungen während des Ersten Weltkrieges. Für Polen ergeben sich demnach nur zwei Möglichkeiten: ein vollständiges Verschwinden im deutschen Staatsorganismus oder aber die Bildung eines deutschen Satelliten. Letzteres war allerdings nicht aufgrund einer großen Sympathie für Polen geplant, sondern lediglich zwecks Verbesserung der deutschen geopolitischen Lage. Polen ist hierbei nur von Interesse, wenn es Deutschland dient. Ebenfalls steht die Polnische Frage eindeutig hinter den Beziehungen zu Russland.

Wie wiederum ließe sich nun eine solche deutsche Haltung in Tages- und Geopolitik mit polnischen geopolitischen Vorstellungen der deutsch-polnischen Beziehungen vereinbaren und lässt sich eine Schnittmenge erkennen? Am deutlichsten abgestritten werden können Schnittpunkte zwischen den deutschen Positionen und denen des nationalradikalen Lagers. Dies ist wenig verwunderlich, da gerade der deutsche Staat – trotz Bewunderung für sein Funktionieren – von Roman Dmowski als Feind des Polentums verstanden wird. Die

⁵³⁹ Broszat, Martin: *Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik*, S. 182.

Dmowskische Geopolitik sucht den Verbündeten vor und im Ersten Weltkrieg nicht in Berlin oder Wien (das unter dem Einfluss Berlins stehend verstanden wird), sondern ausschließlich in den Gegnern Deutschlands – namentlich Russlands und (nach Offenbarung der russischen Schwäche) in den Westmächten. Betont wird von Dmowski fast ausschließlich der Antagonismus zwischen Deutschen und Polen.

Piłsudski ist wesentlich offener, was eine Zusammenarbeit mit Deutschland angeht. Anders als Dmowski sieht er nicht in den Deutschen, sondern in Russland den Hauptgegner. Er zeigt ähnliche Methoden im Handeln wie die Deutschen. So strebt er eine Zusammenarbeit mit ihnen dort an, wo es ihm für die Erreichung seiner politischen Ziele nützlich erscheint. Piłsudski geht es hierbei aber nicht darum, den Mittelmächten einen Sieg zu ermöglichen, sondern nur darum eine für Polen günstige Lage auszunutzen. Als diese Lage dann für Polen sich seiner Meinung nach nicht mehr als günstig erwies, erfolgte sogleich eine Distanz zu Deutschland und den Mittelmächten. Bei Piłsudski kann somit weder von einem Antagonismus noch von einer Affinität für die Deutschen gesprochen werden. Der Umgang mit ihnen erklärt sich allein aufgrund der politischen Umstände.

Von einer Affinität muss allerdings umso mehr bei Władysław Studnicki gesprochen werden. Er scheint in seinen geopolitischen Überlegungen stets von einer deutschen Überlegenheit auszugehen, in der Deutschland immer den dominanten Faktor darstellt, als sei die deutsche Stärke ein fester Grundsatz. Sich diesem Grundsatz unterordnend betont Studnicki in seinen Schriften, die Wichtigkeit einer Zusammenarbeit mit Deutschland. Er handelt demnach nach der Prämisse, wonach Deutschland zu groß und zu stark sei, um es mit ihm aufzunehmen und es deshalb besser sei, sich an der Seite dieses deutschen Staatsorganismus als Vasall, vielleicht bei gewonnener Stärke als Juniorpartner zu positionieren.

Dennoch kann man allen drei Schulen unterstellen, dass sie ein gemeinsames politisches Ziel haben. Dieses wäre die Souveränität des polnischen Staates. Lediglich über die Frage der Methode, der Partner und des Zeitrahmens herrschen unterschiedliche Vorstellungen. Diese zu erreichende Souveränität ist im Gegensatz dazu kein Ziel der deutschen Reichsleitung oder der deutschen Geopolitik. Das Zugeständnis beziehungsweise die Ankündigung von Souveränität dient allein der Gewinnung von Partnern zum Erreichen eigener geopolitischer Ziele.

4. Das Dritte Reich und die Zweite Polnische Republik

Balansujcie dopóki się da, a gdy się już nie da, podpalcie świat!
Józef Piłsudski

4.1. Die Versailler Ordnung

Knapp hundert Jahre nach der Unterzeichnung der Wiener Schlussakte kam es für Europa und die Welt zu entscheidenden Zäsuren. Es kann hier nur im Plural gesprochen werden, um das Ausmaß der – insbesondere geopolitischen – Veränderungen zu begreifen. Die weitreichendsten Wandel zeigten sich hierbei an Europas Rändern.

Im 19. Jahrhundert hatte sich in den USA eine außenpolitische Leitlinie durchgesetzt, die unter dem Schlagwort *Amerika den Amerikanern* in einen Isolationismus verfiel. Bei dieser so genannten Monroe-Doktrin⁵⁴⁰ handelte es sich um eine „[...] policy of non-intervention, straight, absolute, and peculiar as it may seem to other nations [...]“.⁵⁴¹ Die jungen Vereinigten Staaten verboten sich zukünftig eine Einmischung der europäischen Großmächte in Angelegenheiten des amerikanischen Kontinents. Gleiches galt *vice versa*:⁵⁴²

In the wars of the European powers, in matters relating to themselves, we have never taken part, nor does it comport with our policy, so to do. It is only when our rights are invaded, or seriously menaced that we resent injuries, or make preparations for our defense.

Aus Sicht der US-amerikanischen Bevölkerung wurde dieses Recht bis zum April 1917 durch das deutsche Kaiserreich derart verletzt, dass sie zum Kriegseintritt der USA führten.⁵⁴³ Neben diesen Stimmungswandlern waren es vor allem deutsche Pläne einer Hegemonie auf

⁵⁴⁰ Benannt nach dem fünften Präsidenten der Vereinigten Staaten James Monroe (1758–1831). Die Monroe-Doktrin wird auch deshalb an dieser Stelle erwähnt, da sie geopolitisch eine Rolle bei den Nationalsozialisten spielen wird. Vgl. Kap. 4.5.2. zur Person Carl Schmitt.

⁵⁴¹ Seward, William: *The American Doctrine of Nonintervention*. <https://teachingamericanhistory.org/library/document/the-american-doctrine-of-nonintervention/> (9.1.2021); Raico, Ralph: *America's Will to War. The Turning Point*. <https://mises.org/library/americas-will-war-turning-point> (1.4.2019).

⁵⁴² *Monroe Doctrine. December 2[nd] 1823*. http://avalon.law.yale.edu/19th_century/monroe.asp (1.4.2019).

⁵⁴³ Waren die um die Wiederwahl von Woodrow Wilson bemühten Demokraten 1916 noch mit dem Slogan „He Kept Us Out of War“ in den Wahlkampf gezogen, hatten einige Ereignisse seit Kriegsbeginn für einen Umschwung in der US-Öffentlichkeit gesorgt. Hierzu zählten insbesondere die deutsche Aufnahme des uneingeschränkten U-Boot-Krieges sowie die so genannte Zimmermann-Depesche: Bereits der Einmarsch der deutschen in das neutrale Belgien hatte zur Verstimmung zwischen Berlin und Washington geführt. Die Versenkung der *Lusitania* im Mai 1915 hatte die USA geschockt – nicht zuletzt durch den Tod von 128 US-Bürgern). Am 1. Februar 1917 begann der uneingeschränkte U-Boot-Krieg, wobei uneingeschränkt bedeutete, dass deutsche Unterseeboote Handels- wie auch Passagierschiffe ohne jedwede Vorwarnung versenkten – unwichtig unter welcher Flagge diese segelten. Dies stellte einen Bruch der Internationalen Seekriegsregeln dar. Unmittelbar vor der Kriegserklärung der Vereinigten Staaten wurde in der Öffentlichkeit ein Telegramm (s.g. Zimmermann-Depesche) bekannt, wonach Deutschland für den Fall eines US-Kriegseintritts Mexiko ein Bündnisangebot mache, bei dem die Mexikaner 1848 im Mexikanisch-Amerikanischen Krieg 1846–1848 verlorengegangene Gebiete (Arizona, Kalifornien, Nevada, Utah sowie Teile von Colorado, New Mexico und Wyoming; 1,36 Mio. km²) zurückerhalten sollten.

dem europäischen Kontinent, die unvereinbar mit US-Interessen schienen. Eine Rolle spielte hier insbesondere der Tirpitz-Plan, einem Ausbau der Hochseeflotte des Reiches. Der Plan musste geopolitisch als langfristige Bedrohung für die Vereinigten Staaten gelten, da er für Deutschland nicht nur einen Raumgewinn durch Kolonien zur Folge hätten, sondern aus dem Reich auch die Seemacht schlechthin gemacht hätte.⁵⁴⁴ Mit Kriegseintritt entsandte Washington, das zunächst nur über ein kleines Berufsheer verfügte, schließlich über mehrere Hunderttausende *Doughboys*. Militärisch wurden die *American Expeditionary Forces* zu einem wichtigen Faktor an der Westfront im Jahre 1918. Zwar vielen die USA nach Kriegsende erneut in ihren Isolationismus zurück, jedoch hatte der Kriegseintritt der Vereinigten Staaten deutlich gezeigt, dass auf der anderen Seite des Atlantiks eine Flügelmacht – aus europäischer Sicht – entstanden war, die zumindest in der Lage war einen erheblichen Einfluss auf Europa zu nehmen. Washington sollte nicht die einzige Flügelmacht bleiben, die sich 1917 zeigte.

Eine zweite geopolitische Veränderung spielte sich ebenfalls an Europas Peripherie ab. Während die Mehrheit der russischen Bevölkerung bei Kriegsausbruch hinter dem Zaren und seiner Regierung gestanden hatte, hatte sich zunehmend ein Stimmungswechsel gezeigt. Bedingt war dieser durch diverse militärische Niederlagen sowie die mangelnde Versorgung der Bevölkerung. Anfang 1917 taten Preissteigerungen ein Übriges, wodurch es schließlich zum Ausbruch der so genannten Februarrevolution kam. Am 15. März⁵⁴⁵ endete schließlich das 370 Jahre andauernde Zarentum in Russland.⁵⁴⁶ Zwar bildete sich eine bürgerliche Regierung unter L'vov,⁵⁴⁷ später unter Kerenskij,⁵⁴⁸ jedoch herrschten parallele Machtstrukturen neben dieser Regierung in Form der *Sovety* (Arbeiter- und Soldatenräte). Nach der durch die Mittelmächte unterstützten Rückkehr Lenins und dem Gewinn wichtiger Mehrheiten für die *Bolševiki* in Moskau und Petrograd kam es in der Nacht vom 7. auf den 8. November (24./25. Oktober jul.) zur so genannten Oktoberrevolution, im Zuge dessen die *Bolševiki* die Macht in

⁵⁴⁴ Gerade eine deutsche Hegemonie auf dem europäischen Kontinent erinnert stark an die geopolitischen Theorien Mackinders und Spykmans. Obschon kein direkter Einfluss beider Theoretiker auf die Machteliten der USA festgestellt werden kann, machen beide die Gefahr einer deutschen Dominanz in Europa für die auf der anderen Seite des Atlantiks liegende USA deutlich.

⁵⁴⁵ Alle Datumsangaben, auch die in den Fußnoten beziehen sich, soweit nichts anderes angegeben, auf den gregorianischen Kalender.

⁵⁴⁶ Hierunter fallen allein 304 Jahre Herrschaft der Romanovs. Ginge man zurück auf Rurik, den ersten Gründer des altrussischen Staates Kiewer Rus, endete im März 1917 sogar eine über tausend Jahre dauernde monarchische Ordnung in Russland.

⁵⁴⁷ Georgij Evgen'evič L'vov (1861–1925), erster Ministerpräsident der Russischen Republik vom 16. März 1917 bis zum 21. Juli 1917.

⁵⁴⁸ Aleksandr Fëdorovič Kerenskij (1881–1970), zunächst Justizminister in der Regierung L'vov, ab Mai Kriegs- und Marineminister. Nach dem 21. Juli 1917 wurde er Premierminister. Er behielt das Amt bis zum 7. November 1917 beziehungsweise der Machtübernahme durch die *Bolševiki* inne.

Russland übernahmen. Dies stellte den Beginn eines bis 1922 andauernden Bürgerkriegs dar, an dessen Ende die Gründung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken stand.

Diese beiden großen Veränderungen zusammenfassend schrieb Graf Kessler⁵⁴⁹ im Dezember 1917, dass die Welt den „größten Umschwung in der Weltlage gesehen“ habe, den in diesem Ausmaß niemand erwartet habe. Mit der „russischen Revolution, dem russischen Frieden und der Einmischung Amerikas in Europa“ sei es „eines der denkwürdigen Jahre der Weltgeschichte“.⁵⁵⁰

Hinter beiden dieser Flügelmächte stand jeweils eine Ideologie. In der sich abzeichnenden Kontrarietät beider Weltanschauungen konnten bereits die Ursprünge für den Kalten Krieg gesehen werden. Über die Frage, wie stark sich dieser Konflikt an dieser Stelle bereits abzeichnete, bleibt Uneinigkeit. Aber es sind doch die Anfänge einer geopolitischen Neuordnung der Welt – weg von einem Europazentrismus und eine Konzentration auf die Flügel. Der Historiker Leonhard schreibt hierzu:⁵⁵¹

Die beiden Revolutionen in Russland und der programmatisch begründete Kriegseintritt der USA bilden den welthistorischen Spannungsbogen des Jahres 1917: Es entstand eine neue ideologische Konkurrenz zwischen Weltrevolution und Weltdemokratie.

Neben diesen Veränderungen an den Flügeln Europas manifestierte sich die Nachkriegsordnung auf dem europäischen Kontinent hauptsächlich durch die Pariser Vorortsverträge. Aufgrund des Gewichts dieser Friedensverträge, insbesondere aber vor dem Hintergrund der Bedeutung des Versailler Vertrags bezüglich der Zukunft Deutschlands kann ohne Zweifel – analog zur vorausgegangenen Wiener Ordnung – von einer Versailler Ordnung gesprochen werden. Trotz ihrer geringeren Halbwertszeit war der Bruch, den diese neue Ordnung hervorrief, für die deutsche, polnische und europäische Geschichte ein entscheidender. Ein gängiger Vergleich von alter und neuer Ordnung verweist sehr schnell auf die territorialen Veränderungen auf dem europäischen Kontinent. Augenscheinlich ist hierbei sofort das Verschwinden der k.u.k. Monarchie. Aber auch das deutsche Kaiserreich war in den Wirren der Novemberrevolution 1918 untergegangen. An seine Stelle war eine deutsche Republik getreten, die die Schuld für den Kriegsausbruch vertraglich zu tragen hatte. Als Strafe

⁵⁴⁹ Harry Graf von Kessler (1868–1937), deutscher Schriftsteller, Diplomat, November/Dezember 1918 Botschafter in Warschau, erlangte aufgrund seiner politischen Überzeugungen den Beinamen *Der rote Graf*.

⁵⁵⁰ Kessler, Harry: *Das Tagebuch, 1916–1918* (= Das Tagebuch (1880-1937) 6). Stuttgart 2006, S. 234 [Eintrag vom 31. Dezember 1917].

⁵⁵¹ Leonhard, Jörn: *Der globale Moment*. <https://www.zeit.de/zeit-geschichte/2017/02/1917-europa-19-jahrhundert-krieg-revolution-russland/komplettansicht> (3.4.2019).

der Sieger hatte Deutschland als Verlierer die Bürde von großen Gebietsverlusten (vor allem im Osten) zu erdulden und kämpfte durch die an sie gestellten Reparationsforderungen mit großen wirtschaftlichen sowie finanziellen Schwierigkeiten. Die deutsche Öffentlichkeit nahm das beschlossene Vertragswerk – wenig überraschend – mehrheitlich als *Diktat von Versailles* war.

Bedingt durch diese Wahrnehmung galt Versailles als ein zerbrechlicher Frieden. Passend hierzu kommentierte Ferdinand Foch⁵⁵² die Ergebnisse des Friedensvertrag bereits 1920: „*Ce n'est pas une paix, c'est un armistice de vingt ans*“.⁵⁵³ Der *Maréchal de France* sollte recht behalten, schienen doch Konfliktlinien zwischen dem Deutschen Reich und seinen Nachbarn bereits voraussehbar. Das Versailler System versuchte diesen Konflikten unter anderem durch die 1920 erfolgte Gründung des Völkerbundes Einhalt zu gebieten. Auf Basis der Erfahrungen des Ersten Weltkrieges sollte diese Organisation der zwischenstaatlichen Mediation dienen und die Einhaltung von völkerrechtlichen Verträgen überwachen. Im Vordergrund stand hierbei der idealistische Gedanke, dass Konflikte und Streitigkeiten zwischen Staaten zukünftig unter Aufsicht und Anleitung des Völkerbundes geschlichtet werden sollten. In diesem idealistischen Vorhaben ist eine Parallele zur Wiener Ordnung erkennbar. In beiden Fällen scheiterte sie.⁵⁵⁴

4.2. Die geopolitische Lage Deutschlands bis 1933

Die Analyse des Versailler Systems soll im Folgenden durch eine genauere Analyse der Positionierung Polens und Deutschlands fortgesetzt werden. Die geopolitische Lage des Reiches gestaltete sich innerhalb der Versailler Ordnung als schwierig. Hitler stellte die Position der Weimarer Republik wie folgt dar.⁵⁵⁵

Deutschland war [nach dem Ersten Weltkrieg] ausgeschieden aus dem Kreis der Machtstaaten. Das Gleichgewicht der Kräfte wurde ohne die Beteiligung Deutschlands festgelegt. Geltendmachung der Lebensansprüche Deutschlands und Wiedereintritt in den Kreis der Machtstaaten stört dieses Gleichgewicht.

⁵⁵² Ferdinand Foch (1851–1929), französischer Militär, seit 1918 Marschall von Frankreich.

⁵⁵³ Churchill, Winston: *Mémoires de guerre 1919–1941*. Paris 2015, S. 27.

⁵⁵⁴ Elcock, Howard: *Could the Versailles System have Worked?* Cham 2018.

⁵⁵⁵ *Bericht über eine Besprechung (Schmundt-Mitschrift)*. <https://www.ns-archiv.de/krieg/1939/schmundt/23-05-1939-schmundt.php> (9.1.2021). Abgedruckt in: Hofer, Walther: *Die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges. Eine Studie über die internationalen Beziehungen im Sommer 1939*. Frankfurt (Main) 1967, S. 104 [Dok. 16].

Der Schlüssel zur Vergrößerung des deutschen Handlungsspielraumes lag in einer Revision des Versailler Vertrages. Insbesondere der französische Nachbar war jedoch bemüht, den Einfluss des Reiches einzudämmen. Zwar wäre es übertrieben von einer Einkreisung Deutschlands zu sprechen, jedoch unterhielt Paris Abkommen mit der Mehrheit der Nachbarn des Reiches, um eine für die Französische Republik von Deutschland ausgehende Gefahr abzuwenden. Während Paris gegenüber Deutschland einen scharfen Kurs vertrat, war London in den frühen Nachkriegsjahren bemüht gewesen, Deutschland nicht zu stark abzustrafen. Insgesamt waren London und Paris nicht länger die engen Verbündeten, wie sie sich noch zuvor gezeigt hatten.⁵⁵⁶ Auch die Zusammenarbeit Frankreichs mit den Vereinigten Staaten war wenig von Erfolg gekrönt, nachdem der US-Kongress die Annahme des Versailler Vertrages verweigert hatte. Beides hatte jedoch wenig Einfluss auf die deutsche Bewegungsfreiheit innerhalb der Staatenkonstellation. Vordergründig umspannte das französische Sicherheitssystem das Reich. Im Westen zählte hierzu die belgisch-französische Militärkonvention von 1920.⁵⁵⁷ Im Osten hatte Frankreich zwar seinen russischen Verbündeten durch die Wirren der Oktoberrevolution verloren. An seine Stelle sollte jedoch ein *cordon sanitaire* treten, der sich insbesondere aus bilateralen Abkommen zwischen Paris sowie ostmittel- und südosteuropäischen Staaten bildete. Hierzu zählen Abkommen mit Polen (1921), mit der Tschechoslowakei (1924) sowie mit Rumänien (1926). Ebenfalls kommt es zu Bildung der Kleinen Entente, einem 1920 geschaffenen Bündnissystem zwischen Rumänien, Jugoslawien und der Tschechoslowakei. Dieses vor allem sich gegen eine Restauration der Habsburg-Monarchie richtende Bündnis, stand unter dem Schutze Frankreichs.

Während sich die so genannte Erbfeindschaft zwischen Deutschland und Frankreich fortführte, hatte es zwischen Berlin und Moskau in den zwanziger Jahren eine Annäherung gegeben. Beide Staaten nahmen in der Nachkriegsordnung Außenseiterpositionen ein. Deutschland hatte diese Position durch seine Niederlage im Krieg zu verschulden. Aber auch

⁵⁵⁶ Beispielhaft hierfür ist das Nichtzustandekommen des Garantievertrages zwischen Frankreich und Großbritannien 1919. Paris hatte in den Friedensverhandlungen einen Grenzverlauf am Rhein gefordert. Diese Forderung ablehnend schlug London eine britisch-amerikanische Garantie der französischen Grenze vor. Der britische Gegenvorschlag wurde von Frankreich abgelehnt; Alexander, Martin S. / Philpott, William J.: *Introduction. Choppy Channel Waters – the Crests and Troughs of Anglo-French Defence Relations*. In: *Anglo-French defence relations between the wars*. Hrsg. von Martin S. Alexander u. William James Philpott. Basingstoke 2002, S. 1: „However, British plans in the 1920s took seriously the possibility that France, too, might be an adversary rather than an ally. The programmes designed to expand the Royal Air Force in 1921–25 particularly reflected this pessimistic outlook for Anglo-French strategic relations. French policies and France’s far-reaching military presence in Europe after the conclusion of the Paris peace treaties were thought, in London, to be suspiciously hegemonic”.

⁵⁵⁷ Stengers, Jean: *L'accord militaire franco-belge de 1920 et le Luxembourg*. In: *Revue belge de Philologie et d'Histoire* 82 1-2 (2004), S. 431–447.

der Sowjetunion fehlte es nach dem Untergang des Zarenreiches an internationaler Anerkennung.⁵⁵⁸ In dieser Paria-Rolle konnten beide – das Deutsche Reich und die Sowjetunion – diplomatisch zueinander finden, wodurch es bereits 1922 zur Unterzeichnung des Vertrags von Rapallo kam. Dieser führte zu einer Normalisierung der Beziehungen Berlins und Moskaus. Damit einher ging eine militärische Zusammenarbeit, die es insbesondere dem Reich erlaubte, die Bestimmung des Versailler Vertrages bezüglich militärischer Einschränkungen zu umgehen. Die Fortführung dieser guten Beziehungen mündete in den Folgejahren in den Moskauer Vertrag (1925) sowie den Berliner Vertrag (1926).⁵⁵⁹ Zwar richteten sich diese Vertragswerke nicht direkt gegen den polnischen Staat, jedoch musste eine jedwede deutsch-russische Zusammenarbeit insbesondere Warschau beunruhigen.

Ungefähr zur Mitte der zwanziger Jahre zeigte jedoch auch eine Verständigungspolitik des Deutschen Reiches gegenüber dem Westen erste Erfolge. Hierzu muss insbesondere die deutsch-französische Annäherung durch den Vertrag von Locarno von 1925 genannt werden.⁵⁶⁰ In Locarno garantierten Paris und Berlin (aber auch Brüssel, London und Rom) die Unverletzbarkeit der westlichen (!) Grenzen Deutschlands. Damit war Deutschlands Gewicht als europäische Großmacht gestiegen. „Erstmals hatten einige Alliierte, darunter die Großmächte England, Frankreich und Italien, Rücksicht auf die spezifischen militärischen und geopolitischen Gegebenheiten Deutschlands genommen“.⁵⁶¹ Frankreich ließ damit von seiner totalen Opposition gegenüber Deutschland ab und begab sich zunehmend in die Defensive – „politisch, mental und militärisch“.⁵⁶² Ein weiterer Erfolg war der Beitritt zum Völkerbund: 1926 erhielt Deutschland einen ständigen Sitz im Völkerbundsrat.⁵⁶³

⁵⁵⁸ Paris und London erkannten die Sowjetunion erst 1924 als Staat an. Die Anerkennung der Sowjetregierung durch die Vereinigten Staaten erfolgte erst im November 1933. Vgl. Kusber, Jan: *Furcht vor dem Bolschewismus. Russland und der Westen nach der Russischen Revolution*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 34-36 (2017), S. 37.

⁵⁵⁹ Doernberg, Stefan: *Deutsch-sowjetischer Beziehungen 1922-1925. Vom Rapallo Vertrag bis zu den Verträgen vom 12. Oktober 1925*. Berlin 1978; Zeidler, Manfred: *Reichswehr und Rote Armee* (= Beiträge zur Militärgeschichte 36). München 1993.

⁵⁶⁰ Ein weiteres Beispiel wäre das Deutsch-Französische Studienkomitee, welches sich größtenteils aus deutschen sowie französischen Spitzenkräften aus der Wirtschaft und der Finanzwelt zusammensetzt (Müller, Guido: *Europäische Gesellschaftsbeziehungen nach dem Ersten Weltkrieg. Das Deutsch-Französische Studienkomitee und der Europäische Kulturbund* (= Studien zur Internationalen Geschichte 15). München 2005). Weitere Initiativen wie die *Internationale Rohstahlgemeinschaft* zeigten, dass die Annäherung (wie auch nach dem Zweiten Weltkrieg) über die Stahlindustrie erfolgte.

⁵⁶¹ Schöllgen, Gregor: *Deutsche Außenpolitik*, S. 158.

⁵⁶² Ebd., S. 184.

⁵⁶³ Dem Gremium gehörten 1926 als ständige Mitglieder das Vereinigte Königreich, Frankreich, Italien (bis 1937) und Japan an. Die UdSSR wurde 1934 (bis 1939) Mitglied. Das Deutsche Reich trat 1933 aus dem Völkerbund aus.

Die Verständigungspolitik Gustav Stresemanns⁵⁶⁴ führte zu einer Vergrößerung des deutschen Spielraumes. Dennoch war das französische Bündnissystem, in dem sich auch Polen wiederfand, weiterhin gegen Deutschland gerichtet. Ebenfalls hatte es eine Annäherung zwischen Frankreich und der Sowjetunion gegeben, die 1932 zu einem Nichtangriffspakt beider führte. Dieses Abkommen beinhaltete die Verpflichtung zur Waffenhilfe im Falle eines Angriffs auf eine der beiden Vertragsmächte. Es handelte sich damit um ein Vertragswerk, das sich insbesondere gegen eine mögliche zukünftige deutsche Aggression richtete.⁵⁶⁵

Die nach dem Ende des Weltkrieges stattgefundenene Annäherung zwischen Deutschland und der Sowjetunion wiederum fand mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten ein Ende. Die militärische Zusammenarbeit wurde im September 1933 eingestellt.⁵⁶⁶ Bereits Ende 1932 regten sich ernsthafte Zweifel bezüglich dieser Kooperation. Diese kamen insbesondere während des Sommers 1932 auf, als auf der Konferenz von Lausanne das Gerücht einer möglichen deutsch-französischen Allianz verbreitet wurde.⁵⁶⁷ Moskaus Annäherung an Paris war eine der Folgen einer sowjetischen Sorge vor einer Abkehr Berlins von der Rapallo-Politik. Die Sowjetunion hatte generell kein Interesse, ihre Politik gegenüber Berlin zu ändern, war sich allerdings gleichzeitig zunehmend unsicher in Bezug auf die Stabilität der Beziehungen mit dem Reich.⁵⁶⁸ Die Machtübernahme der Nationalsozialisten, die sich – was auch den Sowjets nicht unbemerkt blieb – ideologisch scharf gegen den Kommunismus stellte, wurde dann zum Signal, dass die Zeit der Zusammenarbeit endete.

Deutschland fehlte es als Folge der Weimarer Außenpolitik bei der Machtübernahme der Nationalsozialisten an Partnern zur Durchsetzung der nationalsozialistischen Ziele. Zur Umsetzung der ideologischen Vorstellungen der Nationalsozialisten waren gerade in den ersten Jahren diplomatische Schritte notwendig, die die außenpolitische Situation des Reiches verbesserten. Hitler sprach in Bezug auf die ersten Jahre nach der Machtübernahme von einer Risikozone.⁵⁶⁹ Zum einen fehlte es Berlin an Partnern, zum anderen bestand aber ebenfalls die

⁵⁶⁴ Gustav Stresemann (1878–1929), 1923–1929 Reichsaußenminister, 1923 Reichskanzler. Für seine Verdienste um die Versöhnung mit Frankreich erhielt Stresemann 1926 gemeinsam mit seinem französischen Amtskollegen Aristide Briand (1862–1932) den Friedensnobelpreis.

⁵⁶⁵ Diese Annäherung sollte sich bis 1935 vertiefen und aus ihr der französisch-sowjetische Beistandspakt hervorgehen.

⁵⁶⁶ Stein, George: *Russo-German Military Collaboration. The Last Phase 1933*. In: *Political Science Quarterly* 1 (1962), S. 54.

⁵⁶⁷ *Der Botschafter in Moskau von Dirksen an das Auswärtige Amt* (11. März 1933) [Dok. 73]. In: ADAP C,I,1, S. 138–143 insbesondere S. 140.

⁵⁶⁸ Ebd., S. 58.

⁵⁶⁹ Hildebrand, Klaus: *Deutsche Außenpolitik 1933–1945*, S. 33.

Gefahr einer möglichen Abhängigkeit Deutschlands von seinen Partnern, was in Deutschlands Schwäche begründet war.⁵⁷⁰

Wesentlich schwieriger als in der Außenpolitik stand es um die militärische Stärke des Reiches. Laut Versailler Vertrag durfte die maximale Heeresstärke bekanntlich 100.000 Soldaten inklusive 4.000 Offizieren betragen. Deutschland durfte über keinerlei Panzer oder Luftwaffe verfügen. Die Marine verfügte nur über eine eingeschränkte Flotte mit 15.000 Mann. Die Einführung einer Wehrpflicht war verboten worden. Der Große Generalstab, der im Kaiserreich mit der Kriegsplanung und -durchführung betraut war, musste abgeschafft werden. Zusätzlich schränkten die Sieger die maximale Dienstzeit stark ein und verboten die Gründung von militärischen Vereinen.⁵⁷¹ Aber nicht erst unter Hitler wurde an der Wiederaufrüstung der Reichswehr gearbeitet. Neben der bereits erwähnten militärischen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion kam es im Herbst 1928 zu einem *Ersten Rüstungsprogramm*. Weitreichender war allerdings das so genannte *Zweite Rüstungsprogramm*, das im Frühling des Jahres 1932 verabschiedet wurde.⁵⁷² Erstmals wurde eine eigene Luftwaffe in die Planungen mit aufgenommen. Diese sollte aus insgesamt 150 Flugzeugen bestehen. Ausgearbeitet als Fünfjahres-Plan sollte das Programm im April 1933 ansetzen und bis März 1938 andauern. Mit Auslaufen des Programms sollten mehr als eine halbe Millionen Soldaten der Reichswehr zur Verfügung stehen. Beide Rüstungsprogramme bestätigen, dass eine Wiederaufrüstung der Reichswehr nicht erst unter den Nationalsozialisten begann.⁵⁷³

Festhalten muss man allerdings ebenso, dass das Zweite Rüstungsprogramm nicht zu seiner vollen Entfaltung kam. Bedingt war dies sicherlich in erster Linie durch die schwierige Wirtschaftslage die sich aus der globalen Krise Ende der zwanziger, Anfang der dreißiger Jahre ergeben hat. Auskunft über die Situation der Wehrmacht gibt insbesondere eine Denkschrift, die von Kurt von Hammerstein-Equord⁵⁷⁴ und Wilhelm Adam⁵⁷⁵ für Reichswehrminister Blomberg verfasst wurde. Der Zustand der Reichswehr konnte demnach nur als „hoffnungslos“

⁵⁷⁰ Jacobsen, Hans-Adolf: *Nationalsozialistische Aussenpolitik 1933-1938*, S. 388.

⁵⁷¹ *Treaty of Peace with Germany (Treaty of Versailles)*. <https://www.loc.gov/law/help/us-treaties/bevans/must000002-0043.pdf> (9.1.2021) [Section I Military Clauses].

⁵⁷² Geyer, Michael: *Das Zweite Rüstungsprogramm (1930-1934)*. In: *Militärgeschichtliche Mitteilungen* 1 (1975), S. 125–172, S. 125–172; *Rüstungsprogramm Heer, Marine und Luftwaffe*, BA RH 8/958; *Rüstungsprogramm (Heer)*.

1933- 1938 (2. Beschaffungsprogramm 1933 - 1937) – Allgemeines sowie Finanzierung, BA RH 8/897.

⁵⁷³ Vgl. Hürter, Johannes: *Wilhelm Groener. Reichswehrminister am Ende der Weimarer Republik (1928-1932)* (= Beiträge zur Militärgeschichte 39). München 1993, S. 106.

⁵⁷⁴ Kurt von Hammerstein-Equord (1878–1943), deutscher Militär, 1930–1933 Chef der Heeresleitung.

⁵⁷⁵ Wilhelm Adam (1877–1949), deutscher Militär, seit 1930 Chef des Truppenamtes, ab Oktober 1933 Befehlshaber im Wehrkreis VII (München), wiederholter Kritik der NS-Wehrpolitik, Teilnehmer an der Septemberverschwörung 1938.

bezeichnet werden.⁵⁷⁶ Diese militärische Situation wird einen entscheidenden Einfluss auf die geopolitische Ausrichtung des Reiches nehmen.

Zusammenfassend bleibt die Feststellung, dass Deutschland – wollte es seine Machtposition vergrößern – sich innerhalb der geopolitischen Staatenkonstellation bis 1933 in einer prekären Lage befand. Das Reich stellte, wie Hitler korrekt attestierte, keinen *Machtstaat* dar, der großen Einfluss auf das *Gleichgewicht der Kräfte* nehmen konnte. Das Wiedererreichen eines solchen Zustandes hingegen musste auf den Widerstand Frankreichs treffen. Seine Stellung innerhalb der Staatenkonstellation war durch den Versailler Vertrag insbesondere im Vergleich zum ihm vorrausgehenden Kaiserreich stark geschwächt. Dies zeigte sich nicht nur in seiner außenpolitischen Position, sondern ebenfalls – auch bedingt durch den Vertrag von Versailles – in seiner militärischen Bedeutung. Gleichzeitig war Deutschland aber auch zentraler Dreh- und Angelpunkt der Versailler Ordnung, da sie Deutschlands Schicksal zum Ausgangspunkt des Vertrages von Versailles nahm.

4.3. Die geopolitische Lage Polens bis 1933

Polen war bekanntlich 1918 – nach 123 Jahren – als staatliches Gebilde auf die Karte Europas zurückgekehrt. Die Behauptung die Versailler Ordnung allein hätte die Nachkriegsstaaten Ostmitteleuropas geschaffen, wäre jedoch eine Simplifizierung. Polen, wie auch seine ostmitteleuropäischen Nachbarn, entstand aus den Trümmern dreier Imperien. Das russische Zarentum hatte sich in den Wirren zweier Revolutionen und eines Bürgerkriegs bis 1922 zur Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken gewandelt. Das Habsburger Kaiserreich war untergegangen und in mehrere Staaten zerfallen. Und auch das Deutsche Kaiserreich war zusammengebrochen und es hatte sich eine deutsche Republik gebildet. Dennoch wurde Ostmitteleuropa zum offensichtlichsten Ausdruck der neuen Versailler Ordnung.

Polen nahm in dieser Nachkriegsordnung eine Schlüsselposition in Europa ein.⁵⁷⁷ Wladimir Iljitsch Uljanow, der Nachwelt besser bekannt als Lenin, bezeichnete den polnischen

⁵⁷⁶ Deist, Wilhelm / Messerschmidt, Manfred u. a.: *Ursachen und Voraussetzungen der deutschen Kriegspolitik* (= Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg Bd. I). Stuttgart 1979, S. 400. Dort auch mit Verweis auf eine Denkschrift des Chefs des Truppenamtes. Diese findet sich in *Eidesstaatliche Erklärung*, StArchiv N KV-Prozesse Fall 10 [Krupp] K-4.

⁵⁷⁷ Vgl. Jablonowski, Horst: *Russland, Polen und Deutschland. Gesammelte Aufsätze*. Köln 1972, S. 355.

Staat als den „Wölbstein des Versailler Vertrages“.⁵⁷⁸ Auch Polen stellte das dar, was Zbigniew Brzeziński später als einen geopolitischen Dreh- und Angelpunkt bezeichnen würde. Es ist somit wenig verwunderlich, dass sein Schicksal eng mit dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges verbunden war. Polen selbst spielte hierbei als Machtfaktor im Konzert der Mächte eher eine untergeordnete Rolle. Seine geopolitische Bedeutung rühmte eher durch seine geographische Lage sowie seine geopolitische Bedeutung für den Erhalt der durch den Versailler Vertrag und andere Pariser Vorortverträge geschaffenen Nachkriegsordnung.⁵⁷⁹

Diese Bedeutung ergab sich in erster Linie durch seine Einbindung in die französische Sicherheitskonstellation. Ziel Frankreichs war es in den frühen Jahren nach Unterzeichnung des Versailler Vertrags gewesen, Deutschland so weit wie möglich zu schwächen. Paris hatte 1917 seinen östlichen Alliierten Russland verloren und bedurfte eines Ersatzes zur Schaffung einer *barrière de l'Est* gegen Deutschland. Diese Rolle des *alliés de remplacement* nahm in den zwanziger Jahren Polen ein. Hierdurch sollte ein Druck auf Deutschland ausgeübt werden sowie eine räumliche Trennung von Russland als möglicher Partner vollzogen werden. Polen diente demnach als Werkzeug der französischen Ostpolitik. So war Paris erst zu einem Bündnis mit Warschau bereit, als das weiße Russland geschlagen war.⁵⁸⁰ In Polen hatte Paris einen günstigen, aber nicht gleichrangigen Partner gefunden, den es gegen Deutschland zu nutzen wusste. Trotzdem war aber eine gemeinsame Politik in Ostmitteleuropa aufgrund unterschiedlicher Interessen nur sehr schwer möglich. Grundlage hierfür war insbesondere die Tatsache, dass sich Polen bekanntlich (mindestens) im diplomatischen Konflikt mit einem Gros seiner Nachbarstaaten befanden.

Während Polen für das Versailler System einen Eckstein darstellte, war das polnisch-französische Bündnis gleichzeitig Fundament der polnischen Außenpolitik. Am 19. Februar 1921 beschlossen Paris und Warschau einen Allianzvertrag, der im Mai 1922 nach Abschluss weiterer Wirtschaftsabkommen in Kraft trat.⁵⁸¹ Selbstverständlich richtete sich dieser Vertragstext in erster Linie gegen den gemeinsamen deutschen Nachbarn. Wenn auch insgesamt weniger präzise ausformuliert, erfüllte es für die französische Sicherheitsarchitektur die gleiche Funktion wie die 1892 zwischen Frankreich und Russland geschlossene

⁵⁷⁸ Kornat, Marek: *Polen zwischen Hitler und Stalin*, S. 28: Dort ohne Angabe der Herkunft des Zitats.

⁵⁷⁹ Ebd., S. 34.

⁵⁸⁰ Natürlich lässt dieser Werkzeug-Charakter die Frage zu, was mit Polen passiert wäre, wenn es zu einer Achse Paris-St. Petersburg gekommen wäre. Dieser soll aber an dieser Stelle nicht nachgegangen werden. Es sei allerdings darauf verwiesen, dass ein mit Russland verbündetes Frankreich wahrscheinlich keine Verwendung für Polen als Partner gehabt hätte.

⁵⁸¹ *Umowa polityczna francusko-polska, podpisana w Paryżu dnia 19 lutego 1921 r.* <http://isap.sejm.gov.pl/isap.nsf/DocDetails.xsp?id=WDU19220630563> (9.1.2021).

Militärkonvention.⁵⁸² Für Warschau hingegen war Paris die einzige Großmacht an seiner Seite. Erst ein Jahr zuvor hatte der Vertrag von Riga den polnisch-sowjetischen Krieg beendet. An eine Zusammenarbeit mit Moskau war Anfang der zwanziger Jahre nicht zu denken. Die Beziehungen waren durch die Grenzveränderungen zugunsten der jungen polnischen Republik stark belastet. London war in seine alte Rolle als Wächter über eine *Balance of Power* auf dem europäischen Kontinent zurückgekehrt. Zurückgezogen hatten sich ebenfalls die Vereinigten Staaten, die trotz Präsident Woodrow Wilsons Engagement in den Isolationismus zurückgekehrt waren. Italien war nach seinem *Vittoria mutilata* und bürgerkriegsähnlichen Zuständen zwischen Roten und Schwarzen zwar bemüht die Nachkriegsordnung zu stützen, legte seinen Fokus aber auf den Mittelmeerraum und verstand sich als *peso determinante*.⁵⁸³

Aufgrund des Zustandekommens der polnischen Westgrenze war der Konflikt mit dem Reich ebenso vorprogrammiert. Hinzu kam, dass sich das Versailler System ausdrücklich gegen Deutschland richtete. Da Polen nun aber der Schlussstein dieser Ordnung war, war eine Zusammenarbeit zwischen Berlin und Polen schon auf dieser Basis schwierig.

Anfänglich funktionierte diese Konstellation für Polen zunächst sehr gut. Russland war aufgrund seiner bolschewistischen Ausrichtung in Europa isoliert, Deutschland durch Versailles geschwächt und in direkter Gegnerschaft zur französischen Republik, die wiederum ein Bündnis mit Polen unterhielt. Polen war sich hierbei der Gefahr bewusst, die von einer eventuellen deutsch-französischen Verständigung ausgingen. Bereits zur Entstehung der polnisch-französischen Allianz warnte beispielsweise Władysław Jaworski⁵⁸⁴ vor einem möglichen *rapprochement* zwischen Berlin und Paris.⁵⁸⁵

Zu eben einer solchen Annäherung zwischen Deutschen und Franzosen kam es dann aber Mitte der zwanziger Jahre. Berlin mit Locarno nicht nur das *rapprochement* mit dem westlichen Nachbarn, sondern es war ebenfalls gelungen, Forderungen nach einer gleichwertigen Anerkennung der Ostgrenze abzuwehren. Für Polen waren die Folgen von Locarno, vor allem die Aufwertung Berlins, schwerwiegend. Bedingt durch diese Veränderungen schien Polen als

⁵⁸² *The Franco-Russian Alliance Military Convention - August 18, 1892*. https://avalon.law.yale.edu/19th_century/frumil.asp (9.1.2021). Vgl. Ciałowicz, Jan: *Polsko-francuski sojusz wojskowy 1921-1939*. Warszawa 1970.

⁵⁸³ Der *peso determinante*, wörtlich die ausschlaggebende Waage im Sinne eines entscheidenden Gewichts in der Waagschale, war die Idee als Großmacht den entscheidenden Einfluss auf eine Auseinandersetzung in Europa zu nehmen, um so insgesamt an Gewicht zu gewinnen. Vgl. Schmidt, Rainer F.: *Deutschland und Europa. Außenpolitische Grundlinien zwischen Reichsgründung und Erstem Weltkrieg* (= HMRG 58). Stuttgart 2004, S. 137.

⁵⁸⁴ Władysław Jaworski (1865–1930), polnischer Politiker und Jurist, 1914–1918 Vorsitzender des Oberstes Nationales Komitee (*Naczelnny Komitet Narodowy – Sekcja Zachodnia*) in Galizien.

⁵⁸⁵ Jaworski, Wladyslaw: *Z zagadnien polityki swiatowej*. Kraków 1921, S. 5.

Partner zunehmend zu einer Belastung für Paris zu werden.⁵⁸⁶ Das Misstrauen gegenüber Warschau nahm in Paris derartige Züge an, dass Frankreich sich bestrebt zeigte, die Militärkonvention von 1921 zu revidieren.⁵⁸⁷ Das französisch-polnische Bündnis wurde ebenfalls durch eine Annäherung von Paris an Moskau in Gefahr gebracht. Der Wahlsieger der französischen Parlamentswahlen des Jahres 1924, Édouard Herriot⁵⁸⁸ wollte sich für die französisch-russischen Beziehungen stark machen.⁵⁸⁹ Paris war zu der Erkenntnis gelangt, dass Polen und seine ostmitteleuropäischen Nachbarn kein ausreichender Garant für Frankreichs Schutz gegenüber Deutschland sein könne.⁵⁹⁰ Selbstverständlich ging es dem französischen Staat nicht um einen Erhalt des polnischen Staates. Im Vordergrund des französischen Bündnissystems stand allein das geopolitische Interesse der *Grande Nation*.

Auf den Schutz der polnischen Souveränität durch ein Bündnis mit Frankreich beziehungsweise als Teil der französischen Bündniskonstellation in Europa allein zu vertrauen, schien nach der deutsch-französischen Annäherung von Locarno zudem problematisch. Dieser Unsicherheitsfaktor in Bezug auf die Zusammenarbeit mit Frankreich hielt bis über die Machtübernahme der Nationalsozialisten hinaus an. Eine Zusammenarbeit mit der Sowjetunion war trotz Annäherungsversuchen in den frühen dreißiger Jahren von keinem großen Erfolg gekrönt. Zu tief war der ideologische Gegensatz zwischen Warschau und Moskau, zu schwer die territorialen Fragen, die im Raum standen.

Insbesondere das Zustandekommen der polnischen Grenzen stellte einen belastenden Faktor für die polnische Außenpolitik dar. Und dies betraf nicht allein die im polnisch sowjetischen Krieg 1919–1921 von Sowjetrussland gewonnenen Gebiete. Nach dem Weltkrieg hatte Polen sich fast mit allen Nachbarn im Konflikt befunden. Der mit Sowjetrussland ausgetragene Krieg muss als schwere Hypothek der polnisch-russischen Beziehungen verstanden werden. Ebenso belastet waren die Beziehungen zu Litauen. Die Grenzfindung zwischen dem polnischen und dem litauischen Staat gestaltete sich schwer. Trotz mehrerer Vorschläge bezüglich Demarkationslinien konnte keine Einigung erzielt werden. Umstritten war insbesondere das Gebiet um die litauische Hauptstadt Vilnius, die beide Seiten für sich

⁵⁸⁶ Wandycz, Piotr Stefan: *Die Großmächte und Ostmitteleuropa vom Berliner Kongreß bis zum Fall der Berliner Mauer 1878-1989* (= Oskar-Halecki-Vorlesung 2004). Leipzig 2006, S. 5.

⁵⁸⁷ Cienciala, Anna M. / Komarnicki, Titus [Tytus]: *From Versailles to Locarno. Keys to Polish Foreign Policy 1919-1925*. Lawrence [Kansas] 1984, S. 224–225. Dort mit Verweis auf: Soutou, Georges-Henri: *L'Alliance franco-polonaise 1925-1933 ou comment en déberasser?* In: *Revue d'Histoire diplomatique* 2-4 (1981), S. 295–348.

⁵⁸⁸ Édouard Herriot (1872–1957), französischer Politiker (*Parti radical*), 1924–1925 französischer Premier.

⁵⁸⁹ Cienciala, Anna M. / Komarnicki, Titus [Tytus]: *From Versailles to Locarno*, S. 224.

⁵⁹⁰ Ebd., S. 277.

beanspruchten. Im Oktober 1920 wurde die mehrheitlich von Polen bewohnte Stadt in einem Handstreich vom polnischen General Żeligowski⁵⁹¹ eingenommen, die Republik Mittellitauen ausgerufen und zwei Jahre später an die Republik Polen angeschlossen. Litauen erkannte den Anschluss Wilnas erst 1938 an.

Auch im Süden stand Polen mit seinem tschechoslowakischen Nachbarn im Konflikt. Streitpunkt war hier vor allem das Teschener Schlesien (pol. *Zaolzie < zza Olza*, dt. Olsaland). Im November 1918 hatten sich beide Staaten zunächst auf eine Grenze geeinigt, im Januar 1919 hingegen kam es zu einem eine Woche andauernden polnisch-tschechoslowakischen Grenzkrieg. Bedingt durch die Strapazen des Krieges gegen Sowjetrussland, willigte Polen einer Teilung Teschens in einen polnischen und einen tschechischen Teil ein. Annäherungsversuche, wie beispielsweise im Zuge von Prager Plänen für einen Mitteleuropäischen Block 1921, scheiterten an einem weiterhin bestehenden Gebietskonflikt um ein Gebiet östlich von Zakopane.⁵⁹²

Einzig ohne größeren Ballast waren die Beziehungen zu Lettland und Rumänien anzusehen. Mit beiden Staaten verband Polen allerdings eine nur sehr kurze Grenze. Mit allen anderen an Polen grenzenden Staaten befand sich Warschau im Konflikt. Lloyd George⁵⁹³ brachte diese für Polen prekäre Lage treffend zum Ausdruck, dass der polnische Staat aus fünf Elsass-Lothringen bestünde.⁵⁹⁴ Insgesamt zeigte sich London verärgert über die Ostgrenze der polnischen Republik, hatten englische Politiker doch primär auf einer Grenzziehung auf der so genannten Curzon-Linie bestanden.⁵⁹⁵ Mittlerweile bedauerte London sogar den Untergang Österreich-Ungarns. An seine Stelle sei eine *Balkanisierung Europas* getreten. Warschau wurde hierbei immer stärker als *Troublemaker* auf dem europäischen Kontinent in London wahrgenommen.⁵⁹⁶ Anders als von Mackinder gefordert, sahen britische Politiker in Polen eher ein Problem als eine Lösung beziehungsweise ein Werkzeug britischer Politik in

⁵⁹¹ Lucjan Żeligowski (1865–1947), polnischer Militär, seit 1918 General, 1920 bis 1922 Staatsoberhaupt der Republik Mittellitauen.

⁵⁹² Es handelte sich um die Region um *Tatraska Javorina* (poln. *Tatraska Jaworina*, dt. *Uhrngarten*)

⁵⁹³ David Lloyd George (1863–1945), britischer Politiker (Liberal Party), 1916–1922 britischer Premier.

⁵⁹⁴ Kornat, Marek: *Polen zwischen Hitler und Stalin*, S. 33.

⁵⁹⁵ Bei der Curzon-Linie handelt es sich um eine vom britischen Außenminister George Curzon (1859–1905) vorgeschlagene Demarkationslinie zwischen Polen und Sowjetrussland. Diese orientiert sich an den ethnischen beziehungsweise sprachlichen Grenzen. Sie entspricht in ihren beiden bekannten Ausführungen (A- und B-Linie) mit geringfügigen Korrekturen der heutigen polnischen Ostgrenze.

⁵⁹⁶ Wandycz, Piotr Stefan: *Die Großmächte und Ostmitteleuropa vom Berliner Kongreß bis zum Fall der Berliner Mauer 1878-1989*, S. 26.

Ostmitteleuropa. Die Region würde natürlicherweise von Deutschland oder Russland dominiert und Polen hätte sich dem unterzuordnen.⁵⁹⁷

4.4. Deutschland und Polen

Während dieser *tour d'horizon* wurden die deutsch-polnischen Beziehungen bisher ausgespart. Dies soll an dieser Stelle vervollständigt werden. Bekanntlich war der polnische Staat zu einem Teil auf Gebieten entstanden, die zuvor zum Reich gehört hatten. So ging die Provinz Posen mit Ausnahme der späteren Grenzmark Posen-Westpreußen vollständig an Polen. Deutschland verlor kleine Teile Niederschlesiens (Reichthaler Ländchen) und Ostpreußens (Gebiet Soldau im Kreis Neidenburg) sowie einen Großteil Westpreußens an Polen – Danzig wurde bekanntlich zur Freien Stadt. Polen erhielt wirtschaftliche Sonderrechte in Danzig und die Stadt wurde Teil des polnischen Zollgebietes. Die Grenze in Oberschlesien konnte erst nach einem Plebiszit und drei Aufständen im Juli 1921 endgültig festgelegt werden.

Das genaue Zustandekommen eines jeden dieser Grenzabschnitte ist für die Forschungsfrage weniger ausschlaggebend. Beachtenswert hingegen ist die generelle Bedeutung für Deutschland und Polen. Die neugeschaffene Grenze zwischen Deutschland und Polen orientierte sich sehr stark an der Grenze zwischen Brandenburg-Preußen und der alten polnischen Adelsrepublik. Wird diese Grenze aus strategischen Gesichtspunkten betrachtet, so konnte sie auf keiner der beiden Seiten Zufriedenheit hervorrufen. Von deutscher Seite stellte wohl die größte Schwierigkeit der Korridor zwischen Pommern und Ostpreußen sowie das vom Reich abgetrennte Danzig dar. Ostpreußen bildete durch die Grenzziehung des Versailler Vertrages eine vom Mutterland getrennte Exklave. Das vormals deutsche Territorium wurde hierbei durch den polnischen Zugang zum Meer durchtrennt. War bereits Preußen im 18. Jahrhundert bestrebt gewesen, sein Herrschaftsgebiet zu arrondieren (was durch die Polnischen Teilungen auch gelang), war für das Deutsche Reich an seiner Ostgrenze nun ein fataler Zustand erreicht worden. Verkehrsverbindungen zu Land und in der Luft mussten durch polnisches Territorium beziehungsweise polnischen Luftraum oder über den Seeweg gehen. Dies hatte insbesondere einen Einfluss auf den Absatz von in Ostpreußen produzierten Waren.

⁵⁹⁷ Cienciala, Anna M. / Komarnicki, Titus [Tytus]: *From Versailles to Locarno*, S. 7–8: Komarnicki und Cienciala zitieren als Gegner dieser Auffassung lediglich J.D. Gregory und James W. Headlam-Morley, deren Positionen sie aber als „unusual und eccentric“ bezeichnen. Vgl. Gregory, John Duncan: *On the edge of diplomacy. Rambles and reflections 1902-1928*. London ² 1929, S. 184; Vgl. Cienciala, Anna M. / Komarnicki, Titus [Tytus]: *From Versailles to Locarno*, S. 224: Anfang der zwanziger Jahre gab es in der britischen Politik starke Stimmen für eine Revision der deutsch-polnischen Grenze. Die Labor Party macht dies 1922 sogar zum Wahlkampfthema.

Schlesien befand sich weit weniger in einer derartigen wirtschaftlichen Misere. Im Verlauf des 19. Jahrhunderts hatte sich vor allem der oberschlesische Raum vom Agrarland zum Industriestandort und Kohlerevier gewandelt. Durch die Gebietsveränderungen in Oberschlesien fiel nun ein erheblicher Teil dieser Wirtschaftsleistung für das Reich weg.

Neben diesen wirtschaftlichen Nachteilen war aber auch der Grenzverlauf als solches wenig zufriedenstellend. Aufgrund der eingeschränkten Größe des Versailler Vertrag stellte sich eine militärische Verteidigung als äußerst schwierig dar. Dies betraf zum einen die Länge der deutsch-polnischen Grenze, die 1.912 Kilometer entsprach. Der Verlauf dieser Grenze kannte kaum geographische Barrieren – keine Gebirge, keine unüberwindbaren Flüsse. Auch die bereits erwähnte Entfernung von 175 km von der Grenze bis zur Reichshauptstadt musste erschreckend auf deutsche Generalstäbe wirken.

Von der polnischen Seite aus gesehen, wirkte der Grenzverlauf allerdings genauso schwierig. In einer 1928 von den Geographen Stanisław Pawłowski,⁵⁹⁸ Jan Stanisław Bystron⁵⁹⁹ und Antoni Peretiatkowicz⁶⁰⁰ veröffentlichten Arbeit bezeichneten diese den Grenzverlauf militärisch als nur schwer zu verteidigen. Sie hoben insbesondere die Lage Großpolens hervor, das „wie von einer Zange aus Pommern und Schlesien“ umzingelt sei. Den das Reich durchtrennenden Korridor stellen die Autoren als Gefahr für Polen in einem möglichen Konflikt mit Deutschland dar. Sei dieser erstmal erobert, sei der Rest des Landes abgeschnitten.⁶⁰¹

In einer 1937 veröffentlichten Studie von Józef Wąsowicz⁶⁰² wird die Korridorproblematik ebenfalls behandelt, jedoch mit einer anderen Bedeutung. Für Wąsowicz gibt es insgesamt sechs Korridore: Zwar erwähnt er ebenfalls den bekannten Polnischen Korridor, der Ostpreußen von Deutschland trenne und Polen einen Zugang zu Meer brächte. Hinzukämen aber eine Reihe von weiteren Korridoren, die eine Rolle für Polen spielen würden. Deutschland betreffend war dies zunächst ein im Reich gelegener westpommerscher Korridor. Dieser schneide Großpolen von seinem natürlichen und nächsten Seehafen Stettin ab. Ähnliches gilt für einen zweiten schlesischen Korridor, der Polen von der Tschechoslowakei und ihren Absatzmärkten trenne. Hinzukamen zwei östliche Korridore: Der Vilnius-Korridor (*korytarz wileński*) trennt Litauen von Russland und verbindet Polen mit Estland sowie der

⁵⁹⁸ Stanisław Pawłowski (1882–1940), polnischer Geograph, Rektor der Posener Universität 1932/33.

⁵⁹⁹ Jan Stanisław Bystron (1882–1964), polnischer Ethnograph.

⁶⁰⁰ Antoni Peretiatkowicz (1884–1956), polnischer Jurist.

⁶⁰¹ Pawłowski, Stanisław / Bystron, Jan / Peretiatkowicz Antoni: *Polska współczesna*. Lwów, Warszawa 1928, S. 8–9: Die drei Autoren gehen allerdings davon aus, dass auf der deutschen Seite weit bessere geographische Gegebenheiten vorhanden wären, die eine Verteidigung gewährleisten.

⁶⁰² Józef Wąsowicz (1900–1964), polnischer Geograph.

Pokutien-Podole-Korridor (*korytarz pokucko-podolski*), der Russland von der Tschechoslowakei trennt.⁶⁰³

Aufgrund des Zustandekommens der Grenze zwischen dem verkleinerten Deutschen Reich und der wiedererstandenen polnischen Republik, insbesondere im Hinblick auf den deutschen Verlust, schien ein Konflikt zwischen Berlin und Warschau sehr wahrscheinlich. Marian Wojciechowski schreibt dazu treffend: „Die deutsch-polnischen Beziehungen waren in der zwanzigjährigen Zwischenkriegszeit mit der Hypothek von Versailles oder – anders gesagt – mit den Konsequenzen der geographischen Nachbarschaft belastet“. ⁶⁰⁴ In Deutschland erschien Polen als reiner Saisonstaat – als ein Gebilde, das sicherlich genauso schnell wieder verschwinden würde wie es entstanden sei. Polens reine Existenz schien vielen Deutschen „unerträglich“ (von Seeckt). Im Vordergrund der schwierigen Beziehungen stand eindeutig die territoriale Frage zwischen beiden. Dies betraf insbesondere die Rolle des Polnischen Korridors der Ostpreußen vom Rest des Reiches abtrennte. Problematisch war ebenso die Rolle der an den Korridor und Ostpreußen angrenzenden Freien Stadt Danzig.⁶⁰⁵ Auch die Minderheitenfrage war eine Belastung der Beziehungen zwischen Warschau und Berlin. Dies betraf insbesondere die deutsche Minderheit in Polen, darunter drei Millionen ehemaliger Reichsbürger.

Trotzdem hatte es auch in der Weimarer Republik immer wieder vereinzelte Vorschläge einer Zusammenarbeit gegeben. Zu nennen wäre hierbei zum Beispiel Manfred Bühlmann.⁶⁰⁶ Dieser war als Beauftragter des bayrischen Ministeriums für militärische Angelegenheiten mit einem Mandat des Rates der Volksbeauftragten beziehungsweise der Regierung Scheidemann über Verhandlung zur Rückführung deutscher Truppen aus Ober Ost ausgestattet. Bühlmann erwägte im Februar 1919 erstmals Gedanken über ein gemeinsames Abkommen zwischen Deutschland und Polen zum Kampf gegen das bolschewistische Russland.⁶⁰⁷ Das Datum dieser Überlegungen verweist natürlich darauf, dass zu diesem Zeitpunkt das Ausmaß der territorialen Bestimmungen des Versailler Vertrages noch nicht bekannt war. Aber auch nach

⁶⁰³ Wąsowicz, Józef: *Materiały do geografii politycznej Polski*. In: *Czasopismo Geograficzne* 3 (1937), S. 218–219.

⁶⁰⁴ Wojciechowski, Marian: *Der historische Ort der polnischen Politik in der Genesis des Zweiten Weltkrieges*. In: *1939. An der Schwelle zum Weltkrieg. Die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges und das internationale System*. Hrsg. von Klaus Hildebrand, Jürgen Schmäddeke u. Klaus Zernack. Berlin / New York 1999, S. 259–269 sowie 264.

⁶⁰⁵ Danzig war durch den Versailler Vertrag vom Reich abgetrennt und unter die Hoheit des Völkerbundes gestellt. Polen unterhielt Hafenrechte sowie Rechte im Postwesen der Freien Stadt.

⁶⁰⁶ Manfred Bühlmann (1885–1955), Architekt und Kunsthistoriker, 1918–1919 Vertreter der Reichsregierung in Białystok, 1919 bayrischer Gesandter in Berlin.

⁶⁰⁷ Rosenfeld, Günter: *Sowjetrußland und Deutschland 1917-1922* (= Schriften des Instituts für Geschichte. Reihe 1, Allgemeine und deutsche Geschichte 8). Berlin (Ost) 1960, S. 199.

Unterzeichnung des Friedensvertrages gab es derartige Überlegungen. Dies trifft beispielsweise auf eine – wenn auch erfolglose – Initiative durch den Diplomaten Alfred von Oberndorff⁶⁰⁸ zu. Als deutscher Geschäftsträger in Warschau sah er in Polen einen möglichen Verbündeten des Reiches. Zwar stimmte er generell zu, dass Polen in erster Linie Widersacher des Reiches sei, „aber es ist auch der Wall, der uns vom roten Verderben trennt – und ein Verbrechen an unserem Lande und der ganzen Menschheit wäre es, wenn wir zu einem Siege der Sowjets auch nur das geringste beitragen“.⁶⁰⁹ Der Bolschewismus wurde damit zum Bindeglied einer möglichen Zusammenarbeit. Doch weder konnte auch sein Vorhaben weitere Anhänger finden, noch fand es Gehör im öffentlichen Diskurs der Weimarer Republik.

Auch in den späten zwanziger Jahren finden sich immer wieder vereinzelte Stimmen, die einen „modus vivendi mit dem polnischen Staat“ forderten. Hierzu zählt unter anderem Otto Hoetzsch,⁶¹⁰ Reichstagsabgeordneter der kurzzeitig bestehenden Christlich-Nationalen Arbeitsgemeinschaft. „Ich bin nicht der Ansicht, daß es sich heute bei diesem polnischen Staat um einen Saisonstaat handelt, der heute oder übermorgen zusammenstürzen muß“. Aus diesem einfachen Grunde sei es angebracht, mit Warschau zusammenzuarbeiten.⁶¹¹

Auch auf polnischer Seite gab es das Bestreben, einen solchen *modus vivendi* zu finden. Ein Beispiel hierfür ist sicherlich die Olszowski-Doktrin zur Verbesserung der Beziehungen mit Deutschland – benannt nach dem polnischen Gesandten in Berlin, Kazimierz Olszowski.⁶¹² Seit 1924 versuchte die polnische Regierung insbesondere im Feld der Wirtschaft, kleine Erfolge mit dem deutschen Nachbarn zu erreichen. Es herrschte hierbei die Auffassung, dass eine gewisse Zeit vergehen müsse, bis die Deutschen den Verlust des Versailler Vertrages akzeptieren würden. In der Zwischenzeit seien aber durchaus kleiner Schritte möglich und notwendig.⁶¹³

⁶⁰⁸ Alfred von Oberndorff (1870–1963), deutscher Diplomat, 1918 Mitunterzeichner des Waffenstillstandes, 1920/21 Geschäftsträger in Warschau.

⁶⁰⁹ Höltje, Christian: *Die Weimarer Republik und das Ostlocarno-Problem*. Würzburg 1958, S. 27–28.

⁶¹⁰ Otto Hoetzsch (1876–1946), deutscher Historiker und Politiker (Deutschkonservative Partei, später DNVP) Begründer der Ostforschung, 1920–1930 Reichstagsabgeordneter. Aufgrund der zunehmenden Nähe der DNVP unter Alfred Hugenberg (1865–1951) zur NSDAP, Gründung der der Christlich-Nationalen Arbeitsgemeinschaft als Fraktion im Reichstag, später ging aus ihr unter anderem die Konservative Volkspartei hervor. Der Osteuropa-Historiker Hoetzsch sprach sich insbesondere für eine Verständigung mit den Staaten Mittel- und Osteuropas aus. Da hierbei vor allem eine Sympathie für Russland im Vordergrund stand, wurde er von politischen Gegnern, insbesondere den Nationalsozialisten als „probolschewistisch“ und russophob bezeichnet.

⁶¹¹ Rede des Abgeordneten Dr. Hoetzsch (ChrNA) in der 128. Sitzung des Reichstages vom 12. Februar 1930. In: *Verhandlungen des Reichstages. IV. Wahlperiode 1928. Band 426*. Berlin 1930, S. 3975.

⁶¹² Kazimierz Olszowski (1865–1933), Gesandter in Berlin 1923–1928, Botschafter in der Türkei 1928–1933. [Bei Kornat findet sich zumindest in der deutschen Übersetzung (2012) der Name Stefan Olszowski, wobei es sich wohl um eine Verwechslung mit dem 1931 geborenen zweimaligen Sekretär der PZPR handelt].

⁶¹³ Kornat, Marek: *Polen zwischen Hitler und Stalin*, S. 50.

Im Jahre 1929 sollte es mit dem Deutsch-Polnischen Liquidationsabkommen zu einer ersten Annäherung zwischen Berlin und Warschau kommen. In der Übereinkunft vom 31. Oktober 1929 verzichteten Polen und Deutschland auf jedwede finanzielle Forderung gegenüber dem anderen Vertragspartner, welche sich aus den Folgen des Weltkrieges beziehungsweise des Versailler Vertrages ergaben. Das zeitgleich mit dem Young-Plan ausgearbeitete Abkommen stieß insbesondere bei der politischen Rechten in Deutschland auf Widerstand. Dies hatte eine starke Zusammenarbeit rechtskonservativer und nationaler Gruppierungen wie der DNVP, dem Stahlhelm und den Nationalsozialisten zur Folge.⁶¹⁴

Bis zum scheinbaren Tauwetter 1933/34 dominierte in den deutsch-polnischen Beziehungen ganz klar die Feindschaft zwischen Berlin und Warschau. Hiervon zeugte insbesondere der von 1925 bis 1934 andauernde Zollkrieg zwischen beiden Nachbarn. Nachdem Warschau hohe Importzölle für Waren aus Deutschland beschlossen hatte, reagierte Berlin mit einem Einfuhrverbot polnischer Kohle. Der Versuch, den Zollkrieg 1930 mit einem Handelsabkommen zu beenden, scheiterte. Auch ein direktes Treffen zwischen dem Friedensnobelpreisträger Stresemann⁶¹⁵ mit Marschall Piłsudski in Genf brachte keinen Erfolg.⁶¹⁶ Mit Frankreich gab es Ansätze einer Versöhnung – weshalb der deutsche Außenminister im Westen gefeiert wurde. Gegenüber Polen hingegen zeigte sich der nationalliberale Stresemann wie die überwiegende Mehrheit der deutschen politischen Elite bestrebt zur Revision. In den frühen dreißiger Jahren stand Piłsudski dem Reich zutiefst skeptisch gegenüber. In Deutschland, so die Auffassung des Marschalls, herrsche „ein Kabinett der Junker und preußischen Generale“.⁶¹⁷ *Junker und Preußen* – das konnte in polnischen Ohren nichts Gutes bedeuten. In Bezug auf Deutschland schien für Polen die Lage schwierig zu sein.

Obschon das Verhältnis zwischen der Weimarer Republik und der Zweiten Republik nur als miserabel bezeichnet werden konnte, bestand vor allem in den zwanziger Jahren nur eine geringe Kriegsgefahr zwischen beiden Nachbarn. Bei allen Nachteilen, die Locarno für Polen mit sich brachte, waren die in der Schweiz zwischen Deutschland und Westeuropa geschlossenen Verträge doch ein für Europa stabilisierender Faktor. Auch Piłsudski sah hierin eine Stabilität. Erschüttert würde diese aber wohlmöglich in der Zukunft, wenn „eines Tages

⁶¹⁴ Borowsky, Peter: *Zwischen Revisionismus und Realismus. Die deutsche Politik gegenüber Polen 1919 bis 1933*. Hamburg 2005, S. 149–150.

⁶¹⁵ Gustav Stresemann (1878–1929), deutscher Politiker (Nationalliberale Partei, DVP), 1923 Reichskanzler, 1923–1929 Reichsaußenminister.

⁶¹⁶ Ruchniewicz, Krzysztof: *Jeszcze raz o spotkaniu Stresemanna z Piłsudskim w grudniu 1927 r. w Genewie*. In: *Komunikaty Mazursko-Warmińskie* 2 (1995), 183–188.

⁶¹⁷ Roos, Hans: *Polen und Europa*, S. 46.

der europäische Seismograph stark in Bewegung geraten“ sollte.⁶¹⁸ Einstweilen schien für Polen die größere Gefahr von der Sowjetunion auszugehen. Pläne für eine zukünftige Teilung Polens wurden von der Sowjetunion gegenüber Berlin durchaus artikuliert.⁶¹⁹ Erst die frühen dreißiger Jahre brachten eine Verbesserung des Verhältnisses zwischen Polen und der Sowjetunion mit sich. 1931 hatten Warschau und Moskau Verhandlungen über einen Nichtangriffspakt aufgenommen.⁶²⁰ Zur Unterzeichnung kam es im Juli 1932, was auch den Auftakt der Leitung des Außenministeriums durch Józef Beck⁶²¹ darstellte.⁶²² Diese polnisch-sowjetische Annäherung stand im Kontext einer Reihe von sowjetischen Nichtangriffspakten. Hierzu zählen sicherlich ähnliche Nichtangriffspakte mit Frankreich, Estland, Lettland und Finnland aus dem gleichen Jahr sowie mit Italien im Folgejahr.⁶²³ Grund für diese Kumulation von sowjetischen Nichtangriffspakten mit west- und ostmitteleuropäischen Staaten und damit auch der Verbesserung der sowjetisch-polnischen Beziehungen lag in Ostasien begründet. Aufgrund einer unsicheren Lage an der Ostgrenze der Sowjetunion durch die Mandschuren-Krise war Moskau bemüht seine diplomatischen Beziehungen im Westen zu verbessern.⁶²⁴

Bereits Mackinder hatte in seinen Ausführungen zum Ausdruck gebracht, dass eine Veränderung am anderen Ende der Welt Auswirkungen auf die Politik vor Ort haben konnte. In dieser Situation hatte somit ein Konflikt zwischen Chinesen und Japanern Einfluss auf die Beziehungen zwischen der UdSSR und Polen. Durch die verbesserten Beziehungen zwischen Moskau und Warschau erhöhte sich nun der Druck auf Berlin.⁶²⁵ Polen erlangte durch den asiatischen Konflikt eine größere Bewegungsfreiheit, da die Sowjetunion stark gebunden schien. Ein sich verschärfender Konflikt mit dem Reich zeigte sich insbesondere in der Problematik des polnischen Korridors. Piłsudski fürchtete eine zunehmende deutsche Rüstung

⁶¹⁸ Hier zit. n. Kornat, Marek: *Polen zwischen Hitler und Stalin*, S. 51.

⁶¹⁹ Als Beispiel dient hier ein *Bericht des Generalmajor Werner von Blomberg über seinen Besuch in Russland vom 17. November 1928*, in dem Blomberg über eine Unterredung mit dem Volkskommissar für Militär- und Meeresangelegenheiten, Marschall Kliment Jefremovič Vorošilov (1881–1969), berichtet. In der Unterredung mit dem späteren Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets (1953–1960) bietet Vorošilov im Namen der Sowjetregierung dem deutschen General eine mögliche Unterstützung in einem Krieg gegen Polen an und erhofft sich ebendiese auch von dem deutschen Partner. Die Quelle ist abgedruckt in: Carsten, Francis Ludwig: *Reports by Two German Officers on the Red Army*. In: *The Slavonic and East European Review* 41 (1962), S. 222–223.

⁶²⁰ Derartige Gespräche führte Polen bereits seit 1927 mit der UdSSR.

⁶²¹ Józef Beck (1894–1944), 1914–1917 Offizier der Polnischen Legionen sowie Adjutant Piłsudskis, 1922/23 Polnischer Militärattaché in Paris und Brüssel, 1926–1930 Kabinettschef des Armeeministers, 1930 Vizepremier, 1930–1932 Vizeaußenminister, 1932–1939 polnischer Außenminister. Beck spielte eine entscheidende Schlüsselrolle in der geopolitischen Ausrichtung Polens vor dem Zweiten Weltkrieg.

⁶²² Roos, Hans / Alexander, Manfred: *Geschichte der polnischen Nation 1918-1945*, S. 130.

⁶²³ Vorausgegangen waren bereits Verträge mit der Türkei (1925), Litauen (1926), Persien (1927), Afghanistan (1931).

⁶²⁴ Während der sogenannten Mandschuren-Krise vom September 1931 bis zum Februar 1932 besetzte das Japanische Kaiserreich die zur Republik China gehörende Mandschuren. Das besetzte Gebiet grenzte unmittelbar an die Sowjetunion.

⁶²⁵ Zu einer ähnlichen Einschätzung kam bereits Jablonowski, Horst: *Russland, Polen und Deutschland*, S. 381.

und wählte demnach den Weg einer *Politik der Einschüchterung* (Roos). Im März 1932 konzentrierte der Marschall Truppen an der Grenze zur Ostfront. Im Juni entsandte er den Zerstörer *Wicher* in die Danziger Bucht.⁶²⁶ Offizieller Grund war die Begrüßung dreier britischer Zerstörer in Danzig. Jedoch erhielt er den Befehl im Falle einer Auseinandersetzung zum Beschuss des Danziger Senatsgebäudes.

Dieser kurze Überblick zeigt, wie schwer belastet die deutsch-polnischen Beziehungen sich in den zwanziger Jahren gestalteten. Insbesondere zum Ende der Weimarer Republik – so kann zweifellos behauptet werden – waren die deutsch-polnischen Beziehungen an einem Tiefpunkt angekommen.

4.5. NS-Deutschland und seine geopolitischen Konzeptionen

Am 12. April 1934, also 77 Tage nach der deutsch-polnischen Erklärung, hatte Marschall Piłsudski zu einem Treffen in sein Generalinspektorat der Streitkräfte⁶²⁷ eingeladen. An dem Treffen nahmen neben Außenminister Józef Beck und seinem Stellvertreter Jan Szembek⁶²⁸ hochrangige Armeeoffiziere teil. Dem ungefähr 20-köpfigen Gremium stellte Piłsudski die folgende Frage: „Welches von diesen Staaten ist für Polen der gefährlichere beziehungsweise wird eher zu einer Gefahr werden? Russland oder Deutschland?“. Der Marschall ordnete an, dass die Teilnehmer der Unterredung im Zuge eines Monats eine kurze Antwort auszuformulieren hatten. Die Beantwortung der Frage sollte allein erfolgen, ohne Beratung untereinander beziehungsweise mit Dritten.⁶²⁹ Bis zum 12. Mai gingen nun die Antworten von 15 Generälen und vier Obersten sowie von den Diplomaten Beck und Szembek ein. Dreizehn von neunzehn Befragten sprachen sich für Deutschland als größte Bedrohung aus.⁶³⁰ Für zwei

⁶²⁶ Roos, Hans / Alexander, Manfred: *Geschichte der polnischen Nation 1918-1945*, S. 130–131: Roos schreibt, die Entsendung der *Wicher* hätte Einfluss auf den Sturz von Reichskanzler Heinrich Brüning gehabt. Brüning war jedoch bereits Ende Mai zurückgetreten.

⁶²⁷ Das *Generalny Inspektorat Sił Zbrojnych* (dt. *Generalinspektorat der Streitkräfte*) wurde 1926 nach dem Maiputsch gegründet und von Piłsudski bis zu seinem Tode geleitet. Im Kriegsfall sollte die Kommandogewalt auf Piłsudski als Generalinspektor übergehen. In Friedenszeiten war er allein dem Präsidenten unterstellt. Nach Piłsudskis Tod wurde das Amt von Marschall Edward Rydz-Śmigły übernommen.

⁶²⁸ Jan Szembek (1881–1945), polnischer Diplomat, 1919–1932 Gesandter in Budapest, Bukarest und Brüssel, 1932 Unterstaatssekretär im Außenministerium, enger Vertrauter Józef Becks.

⁶²⁹ *Notatka wiceministra spraw zagranicznych RP J. Szembeka z konferencji u Marszałka J. Piłsudskiego (12 kwiecień 1934)* [Notiz des Vizeaußenminister der Republik Polen J. Szembek aus der Konferenz mit Marschall J. Piłsudski vom 12. April 1934]. In: Jędruszczak, Tadeusz / Maria Nowak-Kiełbikowa: *Dokumenty z dziejów polskiej polityki zagranicznej 1918-1939. Tom [Bd.] 2. 1933–1939*. Warszawa 1996, S. 44 [Dok. 17].

⁶³⁰ General Aleksander Osiński (1870–1956), General Leon Berbecki (1874–1963), General Mieczysław Norwid-Neugebauer (1884–1954), General Juliusz Rómmel (1881–1967), General Stefan Dąb-Biernacki (1890–1959), General Gustaw Orlicz-Dreszer (1889–1936), General Kazimierz Fabrycy (1888–1958), General Stanisław Burhardt-Bukacki (1890–1942), General Jan Kruszewski (1888–1977), Oberst Witold Wartha (1889–1967),

Teilnehmer war die Sowjetunion die größte Gefahr.⁶³¹ Drei Offiziere⁶³² sowie Beck und Szembek glaubten, dass zuerst die UdSSR und dann Deutschland gefährlicher sein würden. General Tadeusz Kasprzycki⁶³³ hingegen meinte, Russland sei in Zukunft gefährlicher. Der Angriff auf Polen könne aber zunächst von deutscher Seite ausgehen.⁶³⁴

Vor dieser entscheidenden Frage, wer für Polen die größere Gefahr darstellte, beziehungsweise indirekt, mit wem eine Zusammenarbeit und in welcher Form möglich war, stand die Zweite Republik nicht erst in den Jahren 1933/34, sondern seit seiner Entstehung im Jahre 1918. Dennoch hatte sich die Situation seit dem Ende des Ersten Weltkrieges und der Manifestierung der Nachkriegsordnung durch den Versailler Vertrag vor vierzehn Jahren geändert. Hauptakteur dieser Veränderung war das Deutsche Reich, weshalb es wenig verwunderlich erscheint, dass eine Mehrheit der befragten Generalität den westlichen Nachbarn als Polens größte Bedrohung für die Zukunft wahrnahm. Wieso sah man in Berlin primär einen Bedrohungsfaktor?

Trotz seiner politischen und wirtschaftlichen Instabilität, die sich immer wieder in Krisen zeigte, hatte sich die Karte Europas dort, wo sie in den Pariser Vorortsverträgen festgelegt wurde, fast nicht verändert.⁶³⁵ Die Ablehnung der Versailler Ordnung, die sich allgemein in Deutschland vorfand, war keine plötzliche Stimmung, die durch die nationalsozialistische Machtübernahme auftrat, sondern war grundlegend für die Weimarer Außenpolitik. Dennoch sollte die sich aus der Machtübernahme der Nationalsozialisten entstehende Diktatur das Versailler Gefüge massiv stören. Im Unterschied zu den Anfängen der Weimarer Republik sah sich das frühe Kabinett Hitler einer verbesserten Ausgangssituation gegenüber, die das Ergebnis diplomatischer Erfolge der Weimarer Republik waren. So wurde beispielsweise durch die Lausanner Konferenz im Jahre 1932 die Reparationsfrage *de facto* beendet.⁶³⁶ Die Genfer

Oberst Teodor Furgalski (1893–1939), Oberst Leon Strzelecki (1895–1968) i Oberstleutnant Zygmunt Bohusz-Szysko (1893–1982).

⁶³¹ General (seit 1936 Marschall) Edward Rydz-Śmigły (1886–1941) und General Janusz Gąsiorowski (1889–1949).

⁶³² General Kazimierz Sosnkowski (1885–1969), General Daniel Konarzewski (1871–1935) und General Tadeusz Piskor (in der Quelle fälschlicherweise als Teodor benannt) (1889–1951).

⁶³³ Tadeusz Kasprzycki (1891–1978).

⁶³⁴ Zu den Antworten siehe Kozłowski, Eugeniusz: *Polski czyn zbrojny w II wojnie światowej. Tom [Bd. I]. Wojna obronna Polski 1939 r.* Warszawa 1979, S. 51–54. Physisch befinden sie sich in AAN, Instytucje wojskowe, 296/III-21, Rosja czy Niemcy? Zestawienie odpowiedzi z V 1934 r.

⁶³⁵ Ausnahmen stellen der Vertrag von Lausanne (1923), der Vertrag von Rom (1924) oder die Lateranverträge (1929) sowie insbesondere die Festlegung der polnischen Ostgrenze dar.

⁶³⁶ Bedingt durch die Weltwirtschaftskrise war es Deutschland nicht möglich seine Reparationen in Höhe von 132 Milliarden Reichsmark zu zahlen. Die Konferenz von Lausanne reduzierte diesen Betrag auf fünf Milliarden Mark, die nach einem dreijährigen Moratorium zu zahlen waren. Nach der Machtübernahme stellten die Nationalsozialisten auch diese Zahlungen ein. Erst die Bundesrepublik nahm die Frage der Reparationszahlungen

Abrüstungskonferenz hatte in ihrer Fünf-Mächte-Erklärung vom 11. Dezember 1932 eine Gleichberechtigung in Rüstungsfragen zur Folge gehabt.⁶³⁷ Die Rahmenbedingung für Deutschland hatten sich somit verbessert,⁶³⁸ obschon die geopolitische Lage für Deutschland insgesamt schwierig blieb.

Natürlich stellte die Machtübernahme der Nationalsozialisten augenscheinlich insbesondere in der Retroperspektive eine deutliche Zäsur dar. Die Geschichtswissenschaft sieht in ihr nicht grundlos das Ende der ersten deutschen Republik. Jedoch ergibt sich die Klarheit hierrüber in erster Linie aus der Kenntnis des Folgenden. Für den Zeitgenossen war dies weniger sichtbar, denn die nationalsozialistische Diktatur entfaltete sich erst in den kommenden Jahren. Unter den zwölf Ministern der *Regierung der nationalen Konzentration* waren neben dem Reichskanzler nur zwei weitere NSDAP-Mitglieder vertreten.⁶³⁹ Das Ermächtigungsgesetz wurde erst am 24. März 1933 beschlossen, das Amt des Reichskanzlers und Reichspräsidenten führte Hitler erst ab Anfang August 1934 in Personalunion. Hitlers Machtübernahme am 30. Januar 1933, der Beginn seiner Kanzlerschaft, machte ihn noch nicht zum Diktator.

Da der Aufbau der NS-Diktatur nicht über Nacht von statten ging, stellt sich im Hinblick auf das Forschungsthema die Frage nach der Kontinuität in der Außenpolitik. Dies ist insofern von Relevanz, da es bekanntlich in der Weimarer Republik einen starken Konsens hin zu einer Ablehnung des polnischen Staates gab. Hans-Adolf Jacobsen attestierte der NS-Außenpolitik aufgrund seiner revolutionären Methodik einen Bruch zur vorausgegangenen Außenpolitik des Deutschen Reiches. Hillgruber hingegen spricht von einer Kontinuität von Bismarck bis Hitler.⁶⁴⁰ Kontinuität zeigte sich zunächst auch in der Außenpolitik des Reiches. Im Auswärtigen Amt war die Machtübernahme der Nationalsozialisten kein radikaler Bruch. Der Beamtenapparat des Auswärtigen Amtes blieb sogar bis 1938 nahezu gleich.⁶⁴¹ Eine strukturelle Veränderung zeigte sich lediglich in der Tatsache, dass eine Reihe von nationalsozialistischen Behörden einen größeren Einfluss auf die Außenpolitik bekamen und

wieder auf und zahlte bis zum Jahre 2010. *Deutschland begleicht letzte Schulden aus Erstem Weltkrieg*. <https://www.zeit.de/wissen/geschichte/2010-10/weltkrieg-schulden-deutschland> (10.1.2021).

⁶³⁷ Schmidt, Rainer F.: *Die Außenpolitik des Dritten Reiches 1933-1939*, S. 31.

⁶³⁸ Vgl. ebd., S. 32.

⁶³⁹ Die am 30. Januar 1933 von Reichspräsident Hindenburg ernannte Regierung Hitler stellte keinen Bruch mit den ihr vorausgegangenen Präsidialkabinetten dar. Auch seine Regierung hatte im Reichstag keine Mehrheit und war auf präsidiale Notverordnungen angewiesen.

⁶⁴⁰ Hildebrand, Klaus: *Deutsche Außenpolitik 1933–1945*, S. 12.

⁶⁴¹ Michalka, Wolfgang: *Deutsche Außenpolitik 1920–1933*. In: *Die Weimarer Republik. 1918–1933. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*. Hrsg. von Karl Dietrich Bracher, Manfred Funke u. Hans-Adolf Jacobsen. Bonn ³ 1998, S. 325.

mit der seit Juni 1932 von Konstantin von Neurath⁶⁴² geleiteten Wilhelmstraße⁶⁴³ in Konkurrenz traten. Hierzu zählten die *Auslandsorganisation der NSDAP* (kurz NSDAP/AO), *Dienststelle Ribbentrop*, das *Außenpolitische Amt der NSDAP* sowie seit März 1933 auch vereinzelt das Goebbels'sche Propagandaministerium. Obschon der eigentliche, federführende außenpolitische Akteur das Auswärtige Amt blieb, war der Nationalsozialismus auch in der Außenpolitik „eine autoritär geführte Anarchie“.⁶⁴⁴

Das Auswärtige Amt präsentierte in der Anfangszeit des NS-Staates eine traditionelle Linie in der Außenpolitik, wie sie bereits während der Weimarer Republik vorgeherrscht hatte. Von einem personellen Umbruch konnte keine Rede sein. Dies zeigte sich ganz besonders in der Ostpolitik des Reiches. So befürwortete Staatssekretär von Bülow⁶⁴⁵ mit der Denkschrift *Die außenpolitische Lage Deutschlands (März 1933)*⁶⁴⁶ ein Festhalten an einem traditionellen Kurs des Reiches. Dies bedeutete im Osten in erster Linie eine Fortführung der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion. Gegenüber Polen sollte weiterhin eine Revision der Ergebnisse des Versailler Vertrages angestrebt werden. Diese stellte ein Festhalten an der wilhelminischen Politik der alten Eliten dar.⁶⁴⁷ Ein Festhalten an einer ebensolchen Politik schien für das Reich nicht die schlechteste Wahl gewesen zu sein. Polen stellte einen wichtigen Ausgangspunkt für die Zusammenarbeit mit Moskau dar, hatten doch beide Staaten Territorium an die polnische Republik verloren. Aus diesem Grunde wurde beispielsweise zunächst noch am Verlängerungsprotokoll zum Berliner Vertrag mit der Sowjetunion festgehalten.⁶⁴⁸ Dennoch befürchteten hochrangige Kräfte im Auswärtigen Amt, dass die neue Regierung von revisionistischen Ansprüchen gegenüber Polen Abstand nehmen könnte.⁶⁴⁹ Aufbauend auf Bülows Lagebericht sprach sich von Neurath auf einer Kabinettsitzung vom 7. April 1933 für

⁶⁴² Konstantin von Neurath (1873–1956), deutscher Diplomat, 1921–1930 Botschafter in Rom, 1930–1932 Botschafter in London, 1932–1938 Reichsaußenminister, 1939–1943 Reichsprotector in Böhmen und Mähren.

⁶⁴³ Der Sitz des Auswärtigen Amtes befand sich in der Berliner Wilhelmstraße.

⁶⁴⁴ Hildebrand, Klaus: *Deutsche Außenpolitik 1933–1945*, S. 19.

⁶⁴⁵ Bernhard Wilhelm von Bülow (1885–1936), Staatssekretär im Auswärtigen Amt 1930–1936.

⁶⁴⁶ *Die außenpolitische Lage Deutschlands (März 1933)*, BA ZSG 133 (Sammlung Jacobsen). Vgl.: Krüger, Peter / Hahn, Erich J.: *Der Loyalitätskonflikt des Staatssekretärs Bernhard Wilhelm von Bülow im Frühjahr 1933*. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 4 (1972), S. 390. Dort mit Verweis auf Jacobsen, Hans-Adolf: *Mißtrauische Nachbarn, Deutsche Ostpolitik 1919–1970. Dokumentation und Analyse*. Düsseldorf 1970, S. 85–93 sowie Jacobsen, Hans-Adolf: *Nationalsozialistische Außenpolitik 1933–1938*, S. 387.

⁶⁴⁷ Vgl. Lüdicke, Lars: *Griff nach der Weltherrschaft*, S. 34–35.

⁶⁴⁸ Der Berliner Vertrag wurde 1926 zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion geschlossen. Neben Handelsabsprachen und Vereinbarungen zur weiteren militärischen Zusammenarbeit enthielt er insbesondere eine Neutralitätsklausel, in der beide Partner ihre Neutralität für eine militärische Auseinandersetzung mit einem Drittstaat garantierten. Obschon Polen hierbei nicht explizit erwähnt wurde, richtete sich dieser (zweite) Artikel des Vertragswerkes in erster Linie gegen die polnische Republik. Berlin beschloss im Sommer 1931 eine Verlängerung um drei Jahre. Diese wurde jedoch erst am 5. Mai 1933 ratifiziert.

⁶⁴⁹ Roos, Hans: *Polen und Europa*, S. 124–125: Roos nennt unter anderem Ministerialdirektor Dr. [Richard] Meyer (1883–1956), den Leiter der Ost-Abteilung im Auswärtigen Amt.

eine Fortsetzung der Rapallo-Politik aus. Die Sowjetunion sei ein viel größerer Partner, mit großen Importzahlen aus Deutschland – insbesondere aus der Industrie. Geopolitisch könnte durch eine solche Strategie die östliche Flanke des Reiches geschützt werden. Das alles war mit Polen aufgrund seiner geringeren Größe und Wirtschaftskraft nicht möglich. Auch sei es nicht im deutschen Interesse, eine derartige Zusammenarbeit mit Warschau einzugehen.⁶⁵⁰ Im Vordergrund dieser Überlegungen stand in erster Linie der Gedanke der Grenzrevision. Strebte man eine stärkere Kooperation mit Polen an, müsste Berlin Abstand von seinen Ansprüchen an den durch den Versailler Vertrag verlorenen Gebieten nehmen. Dies konnte somit kein Ziel sein, welches Anhänger eines traditionellen Kurses verfolgen konnten.

Seit dem Regierungswechsel stand dem Kabinett nun erstmals ein nationalsozialistischer Reichskanzler vor. Zwar war die NSDAP eine totalitäre Führerpartei, in der niemand in Konkurrenz zu Hitler stand. Aber dennoch war keine andere Partei der Weimarer Republik so heterogen in außenpolitischen Fragen gewesen.⁶⁵¹ Hierbei lassen sich verschiedene Strömungen innerhalb der NS-Bewegung erkennen:⁶⁵²

1.) Zum einen gab es auch unter den Nationalsozialisten Anhänger eines traditionellen Kurses in der Außenpolitik. Diese wilhelminischen Imperialisten, zu denen insbesondere Ritter von Epp,⁶⁵³ von Liebert⁶⁵⁴ und auch Göring⁶⁵⁵ zählten, forderten eine Restauration des Hohenzollernreiches in den Grenzen von 1914. Ihr Ziel war eine Vormachtstellung auf dem europäischen Kontinent.

2.) Zu den revolutionären Sozialisten zählten insbesondere die Strasser-Brüder,⁶⁵⁶ die beide im Nordwesten des Reiches aktiv waren. Ihr Ziel stellte eine Synthese von Nationalismus und Sozialismus dar. Als Vorbild diente insbesondere der *preußische Sozialismus* Oswald Spenglers.⁶⁵⁷ Ihre außenpolitischen Ziele ließen das sozialistische Element deutlich erkennen: Angestrebt wurde ein „Aufstand der vom Imperialismus ausgebeuteten Völker gegen die finanzkapitalistischen Demokratien“. Trotzdem forderten sie zentralafrikanische Kolonien. In

⁶⁵⁰ Niederschrift über die Ministerbesprechung am 7. April 1933 [...], BA R 43-I/1461.

⁶⁵¹ Hildebrand, Klaus: *Deutsche Außenpolitik 1933–1945*, S. 25.

⁶⁵² Ebd., S. 20–24.

⁶⁵³ Franz Ritter von Epp (1868–1947), deutscher Militär und Politiker (NSDAP), 1933–1945 Reichstatthalter in Bayern.

⁶⁵⁴ Eduard von Liebert (1850–1934), deutscher Militär und Politiker (Reichs- und Freikonservativen Partei, NSDAP), 1907–1914 Mitglied des Reichstages.

⁶⁵⁵ Hermann Göring (1893–1946), deutscher Politiker (NSDAP), einer der führenden Köpfe des NS-Regimes, seit 1933 Reichsminister ohne Geschäftsbereich, seit 1933 Ministerpräsident Preußens, seit 1936 Reichsbeauftragter für die Deutsche Wirtschaft und den Vierjahresplan, seit 1934 Reichsjägermeister.

⁶⁵⁶ Otto Strasser (1897–1974), deutscher Politiker (MSPD, NSDAP, Deutsch-Soziale Union); Georg Strasser (1892–1934), deutscher Politiker (NSDAP).

⁶⁵⁷ Vgl. Spengler, Oswald: *Preußentum und Sozialismus*. München 1919.

Mitteleuropa sollte das Reich eine starke Position anstreben. Darüber hinaus gab sich der nationale Sozialismus prorussisch und sah sich gemeinsam im Kampf gegen die „Plutokratien des Westens“. Zu den Anhängern dieses Flügels zählte anfänglich insbesondere Josef Goebbels.⁶⁵⁸

3.) Zuletzt zu nennen wäre der so genannte Darré-Flügel. Für ihn stand eine Blut- und Bodenpolitik des Reiches im Vordergrund. Eine Kolonialpolitik lehnte er als „rassegefährdende Allerweltpolitik“ strikt ab. Unter den Mitstreitern Walther Darrés⁶⁵⁹ findet sich explizit die Forderung nach territorialer Eroberung im Osten. Zur Gewährleistung dessen, sollte eine Einigung mit Großbritannien getroffen werden, um freie Hand im Osten zu haben.

Schon in dieser groben Einteilung, die sicherlich Überschneidungen zwischen verschiedenen Strömungen in der NSDAP kennt, fällt eine Schnittmenge im Hinblick auf das Forschungsthema besonders auf. Die Existenz eines souveränen polnischen Staates ist in all diesen Ideen gefährdet. Das Spektrum der Bedrohung gestaltet sich hierbei durchaus in verschiedenen Facetten und reicht von einer reinen Dominanz Deutschlands in Mitteleuropa bis hin zum Gewinn von neuem Lebensraum im Osten.

Der Nationalsozialismus präsentierte sich demnach auch in der Außenpolitik nicht als einheitliche, monolithische Bewegung. Gerade in außenpolitischen Fragen zeigen sich

⁶⁵⁸ Joseph Goebbels (1897–1945) fand im Jahre 1924 in der nationalsozialistischen Ideologie eine politische Heimat. Es war zunächst in den Kreisen der Strasser-Brüder zu verordnen, was sich im Lauf der Jahre 1925/26 änderte. Goebbels zeigte – unabhängig von seiner Beziehung zu den Strasser-Brüdern – eine starke Faszination für das „heilige Russland“. Als dieser auf einer Führertagung 1926 von Hitler Russland als Lebensraum für das deutsche Volk vorgestellt bekam, war dies für ihn ein einschneidendes und niederschmetterndes Erlebnis (Zelle, Karl-Günter: *Hitlers zweifelnde Elite*. Paderborn 2010, S. 44–47; Koenen, Gerd: *"Rom oder Moskau". Deutschland, der Westen und die Revolutionierung Russlands 1914–1924*. Tübingen 2003, S. 587). So sehr er den Bolschewismus verachtete, sah er in Russland, wenn nicht einen Verbündeten, so doch jemanden, den es zu beerben gab. „Ex oriente lux. Im Geiste, im Staate, im Geschäft und in der großen Politik [...] Unsere herrschenden Kreise haben den Trieb nach dem Westen, weil die westlichen Mächte die klassischen Staaten des Liberalismus sind [...] Aus dem Osten kommt der neue Staatsgedanke der individuellen Gebundenheit und verantwortlichen Zucht dem Staate gegenüber“ (Fröhlich, Elke: *Die Tagesbücher von Joseph Goebbels. Teil I. Aufzeichnungen 1923–1941. Band I/I. Oktober 1923–November 1925*. München 2004, S. 183 [30. Juli 1924]). Ein Bündnis mit Russland war für Goebbels demnach notwendig, „nicht darum, weil wir den Bolschewismus, weil wir die jüdischen Träger des Bolschewismus lieben, sondern weil wir im Bunde mit einem wahrhaft nationalen und sozialistischen Russland den Anfang unserer eigenen nationalen und sozialistischen Selbstbehauptung erkennen“. (Hier zit. n. Koenen, Gerd: *"Rom oder Moskau"*, S. 590. Dort zit. n. Goebbels, Joseph: *Das russische Problem*. In: *Nationalsozialistische Briefe* (15.11.1925). Erneut veröffentlicht in Ders.: *Die zweite Revolution. Briefe an Zeitgenossen*. Zwickau 1926). Goebbels wurde dann aber von Hitler bekehrt und ordnete sich der Position des Führers unter (Graml, Hermann: *Hitler und England. Ein Essay zur nationalsozialistischen Außenpolitik 1920 bis 1940* (= Zeitgeschichte im Gespräch 7E). München 2010, S. 27). Inwiefern Goebbels diese Sympathien für Russland (nicht für die Sowjetunion) jedoch hierüber hinaus mit sich trug, kann an dieser Stelle nicht nachgegangen werden. Es ist anzunehmen, dass sie hinter seiner Gefolgschaft für Hitler zurücktraten (Zelle, Karl-Günter: *Hitlers zweifelnde Elite*, S. 43–52).

⁶⁵⁹ Walther Darré (1895–1953), deutscher Politiker, Mitglied der SS, 1933–1945 Reichsbauernführer sowie 1933–1942 Reichsernährungsminister.

unterschiedliche Antworten. Wofür aber stand der Führer dieser Bewegung? Gab es Grundlegendes im Weltbild Adolf Hitlers? 1952 beschrieb Allan Bullock Hitler als „völlig prinzipienlosen Opportunisten“.⁶⁶⁰ Demnach würde seine Weltanschauung sich allein an den gegebenen Umständen orientieren und sich in ihnen bestmöglich verhalten. Walther Hofer geht einen Schritt weiter und ist der Auffassung, dass Hitler weder einen Plan noch ein langfristiges Ziel verfolgt hätte.⁶⁶¹ Hitler kann schwerlich attestiert werden, ein Opportunist gewesen zu sein, der fortwährend seine Meinung änderte. Schon die so genannte Trevor-Ropers-Deutung legt nahe, dass Hitler langfristige Ziele verfolgte.⁶⁶² Laut Eberhard Jäckel bestand Hitlers Weltanschauung aus grundlegenden Elementen: einem Antisemitismus sowie der Forderung nach Lebensraum.⁶⁶³ Charles Bloch erweitert diese um den Sozialdarwinismus und die Schaffung einer Diktatur.⁶⁶⁴ Für Bloch ergaben sich aufgrund dieser Ziele drei Hauptgegner: das Judentum, der Bolschewismus und Frankreich.⁶⁶⁵ Bereits 1921 sprach Hitler davon, dass die NS-Bewegung ein *Germanisches Reich deutscher Nation* schaffen sollte.⁶⁶⁶ Laut Karl Dietrich Bracher verbindet Hitler hierbei einen „imperialistisch gerichtete[n] Nationalismus, [einen]ins Außenpolitische gewendet[en] Sozialismus, [einen] neoromantisch[en] Reichsgedank[en] und [eine] pseudodarwinistische Rassenideologie“.⁶⁶⁷ Als langfristiges Ziel Hitlers konnte die Beherrschung des eurasischen Kontinents, die Schaffung einer *Pax Germanicana* oder sogar die Weltherrschaft vermutet werden. Letzteres war ein durchaus von Hitler artikuliertes Ziel: „Jedes Wesen strebt nach Expansion, und jedes Volk strebt nach Weltherrschaft. Nur wer dieses letzte Ziel im Auge behält, gerät auf den richtigen Weg“.⁶⁶⁸ Goebbels schrieb noch 1943 zur Frage der Weltherrschaft als langfristiges Ziel, dass Hitler „seiner unumstößlichen Gewißheit Ausdruck [verleiht], daß das Reich einmal ganz Europa beherrschen wird. [...] Von da ab ist praktisch der Weg zu einer Weltherrschaft vorgezeichnet“. Denn hierbei sei klar, dass „[w]er Europa besitzt, der wird damit die Führung der Welt an sich

⁶⁶⁰ Hillgruber, Andreas: *Die "Endlösung" und das deutsche Ostimperium als Kernstück des rassenideologischen Programms des Nationalsozialismus*, S. 94: In einer 1964 erschienen überarbeiteten Version revidierte er diese These.

⁶⁶¹ Schmidt, Rainer F.: *Die Außenpolitik des Dritten Reiches 1933-1939*, S. 122–123.

⁶⁶² Harrison, Edward: *Hugh Trevor-Roper und „Hitlers letzte Tage“*. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1 (2009), S. 34.

⁶⁶³ Bloch, Charles: *Das dritte Reich und die Welt*, S. 35.

⁶⁶⁴ Ebd.

⁶⁶⁵ Ebd., S. 37.

⁶⁶⁶ Elvert, Jürgen: *Mitteleuropa!*, S. 325.

⁶⁶⁷ Bracher, Karl Dietrich / Sauer, Wolfgang / Schulz, Gerhard: *Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/1934*. Wiesbaden 1960, S. 225.

⁶⁶⁸ In einer Rede vor Studenten der Universität Erlangen am 13. November 1930. Hitler, Adolf: *Adolf Hitler in Franken. Reden aus der Kampfzeit*. Nürnberg 1939, S. 171.

reißen“.⁶⁶⁹ Die beste Begründung für das Endziel einer Weltherrschaft liegt wohl darin begründet, dass für Hitler die Expansion und vor allem der Kampf als der Normalzustand erscheint. Gerade die Rassen befänden sich in einem ständigen Kampf miteinander. Dieser Rassenkampf ist für Hitler „Schlüssel zur Weltgeschichte“. Dieser *Ewige Kampf* sei es, der die Menschheit groß hat werden lassen.⁶⁷⁰ In diesem Weltbild war kein Platz für einen *Ewigen Frieden*⁶⁷¹ oder ein Vereinigtes Europa souveräner Staaten. Ein „Zusammenschluß europäischer Völker [...] [ist] eine phantastische, geschichtlich unmögliche Kinderrei“. An anderer Stelle betont Hitler, dass ein Zusammenschluss der Völker Europas nur durch Kampf um Hegemonie beziehungsweise den Sieg einer Macht und Unterwerfung der anderen möglich sei. Ein Prinzip, an dem er seit seinem zweiten Buch festhielt. Schon im Sommer 1932 hatte Hitler paneuropäische Ideen verworfen und „ein germanisches Europa auf der Grundlage echten Herrentums“ gefordert: „Nie werde ich daher anderen Völkern das gleiche Recht wie dem deutschen zuerkennen. Unsere Aufgabe ist es, die anderen Völker uns zu unterwerfen.“ Das deutsche Volk sei berufen, die neue Herrschaft abzugeben. „Ohne die Macht über Europa müssen wir verkümmern. Deutschland ist Europa“.⁶⁷²

Im Gewinn von Macht über Europa ging es nicht allein um die Dominanz Berlins über andere Staaten. Im Vordergrund stand für Hitler die Erweiterung des Lebensraumes des deutschen Volkes. „Deutschland wird entweder Weltmacht oder überhaupt nicht sein. Zur Weltmacht aber braucht es jene Größe, die ihm in der heutigen Zeit die notwendige Bedeutung und seinen Bürgern das Leben gibt.“ In der Überzeugung, dass „[n]ur ein genügend großer Raum auf dieser Erde einem Volke die Freiheit des Daseins [sichert]“, sollte Deutschland nach neuem Raum streben. Der Nationalsozialismus ging insgesamt von einer Überbevölkerung Deutschlands aus, auf dessen Grundlage eine Ernährung nicht möglich sei. Auch die Rohstoffsituation war aus nationalsozialistischer Sicht fatal. Eine Lösung lag laut Hitler „in einer Erweiterung des Lebensraumes beziehungsweise der Rohstoff- und Ernährungsbasis unseres Volkes“.⁶⁷³

Diese Erweiterung war eine sehr viel weitgehendere Position als die bloße Forderung einer Revision der Grenzen von Versailles. „Die Außenpolitik der nationalen bürgerlichen Welt

⁶⁶⁹ Fröhlich, Elke: *Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Teil II. Diktate 1941–1945. Band 8. April–Juni 1943.* München, New Providence u.a. 1993, S. 238 [8. Mai 1943].

⁶⁷⁰ Lüdicke, Lars: *Griff nach der Weltherrschaft*, S. 11.

⁶⁷¹ In Anlehnung an das gleichnamige Werk von Immanuel Kant aus dem Jahre 1795.

⁶⁷² Gruchmann, Lothar: *Nationalsozialistische Großraumordnung* (= Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 4). Stuttgart 1962, S. 74.

⁶⁷³ Treue, Wilhelm: *Hitlers Denkschrift zum Vierjahresplan 1936*. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 3 (1955), S. 206.

ist in Wahrheit stets nur eine Grenzpolitik gewesen“, schreibt Hitler in seinem unveröffentlichten *Zweiten Buch Kampf*, „die der nationalsozialistischen Bewegung wird demgegenüber immer eine Raumpolitik sein“. ⁶⁷⁴ Laut Hitler war das bisherige Ziel Deutschlands „die Wiederherstellung der Grenzen des Jahres 1914“ gewesen. ⁶⁷⁵ Jedoch sei dieses Ziel „ungenügend vom nationalen Standpunkt aus, unbefriedigend vom militärischen, unmöglich vom in die Zukunft blickenden völkischen und wahnsinnig von dem seiner Folgen“. ⁶⁷⁶ Es sei ein „ein politischer Unsinn von Ausmaßen und Folgen, die ihn als Verbrechen erscheinen lassen. Die Grenzen des Jahres 1914 bedeuten für die Zukunft unserer deutschen Nation gar nichts.“ Diese publizistischen Zitate Hitlers zeigen deutlich, dass die *Lebensraum*-Politik für die Nationalsozialisten etwas völlig anderes war als die in der Weimarer Republik vollführte Revisionspolitik. Zwar stand im Zentrum der nationalsozialistischen Außenpolitik zweifelsohne der Versailler Vertrag. Hierbei ging es aber nicht darum, die Ergebnisse der Pariser Vorortskonferenzen rückgängig zu machen. Die Nationalsozialisten stellten die sogenannte Raumfrage, die sie mit der Forderung nach mehr *Lebensraum* für das deutsche Volk beantworten.

Vor dem Hintergrund der Politik des kaiserlichen Deutschlands während des Ersten Weltkrieges strebte Berlin beispielsweise in Bezug auf den Osten Europas die Schaffung von Satellitenstaaten in Mitteleuropa an, die unter der Dominanz des Reiches standen. Dort, wo Territorien annektiert wurden wären, hätte sich höchstwahrscheinlich die Assimilierungspolitik der Vorkriegszeit fortgesetzt. ⁶⁷⁷ Eine solche Politik lehnte Hitler ab. ⁶⁷⁸

[Der Nationalsozialismus] kennt kein Germanisieren oder Deutschisieren, wie dies beim nationalen Bürgertum der Fall ist, sondern nur eine Ausbreitung des eigenen Volkes. Sie wird im unterworfenen, sogenannten germanisierten Tschechen oder Polen niemals eine nationale oder gar völkische Stärkung erblicken, sondern eine rassische Schwächung unseres Volkes.

Obschon sich Hitler in dieser Frage deutlich von den bürgerlichen Kräften der Weimar Republik zu distanzieren versucht, war die *Lebensraum*-Theorie kein *Novum* der Nationalsozialisten. Vielmehr war diese Idee aus dem 19. Jahrhundert hervorgegangen. Der

⁶⁷⁴ Hitler, Adolf / Weinberg, Gerhard L. / Rothfels, Hans: *Hitlers zweites Buch* (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 7). Stuttgart 1961, S. 74.

⁶⁷⁵ Ebd., S. 113.

⁶⁷⁶ Ebd., S. 162.

⁶⁷⁷ Vgl. Hartmann, Christian / Thomas Vordermayer u. a.: *Hitler, Mein Kampf*, S. 1659: „nicht im berausenden Eindruck eines neuen Alexanderzug es erfüllt sieht, sondern vielmehr in der emsigen Arbeit des deutschen Pfluges, dem das Schwert nur den Boden zu geben hat“.

⁶⁷⁸ Hitler, Adolf / Weinberg, Gerhard L. / Rothfels, Hans: *Hitlers zweites Buch*, S. 78–79.

Begriff geht inhaltlich auf Herders Staatsmetaphorik zurück,⁶⁷⁹ obschon er in seinen *Ideen zur Philosophie zur Geschichte der Menschheit* nicht auftaucht.⁶⁸⁰ Der Ausdruck *Lebensraum* entstammt dem späten 19. Jahrhundert, einer Zeit in der die Wissenschaft eine zunehmende Biologisierung erfuhr. Dies trifft insbesondere auf die zum damaligen Zeitpunkt noch junge Geographie zu. Als Beispiel ist insbesondere die bereits erwähnte *Politische Geographie* (1897) von Friedrich Ratzel zu nennen sowie das namensgleiche Werk *Lebensraum* (1901). Auf dieser Basis kann der Begriff des *Lebensraumes* eindeutig einem biologistischen Denken zugeordnet werden, der den Staat als Organismus sieht. Wie jede Lebensform bedarf es auch dem Staat eines Raumes, in dem er lebt. So heißt es bei Ratzel: „[F]ür die Biogeographie gibt es Lebensräume, Inseln des Lebens usw., und für sie ist auch der Staat der Menschen eine Form der Verbreitung des Lebens an der Erdoberfläche“.⁶⁸¹ Hitler wird dieses biologistische Denken aufnehmen. In *Mein Kampf* findet es sich dann später unter der Parole des „Heraus aus der Beengtheit des Lebensraumes“.⁶⁸²

Dieses Ausbrechen aus einer vermeintlichen Enge hatte nicht ausschließlich machtpolitische Ziele, in denen es allein um die reine Beherrschung eines Raumes ging. Neben der Schaffung von neuem Siedlungsgebiet für einen mutmaßlichen Bevölkerungsüberschuss war eine der Hauptbestrebungen Hitlers, ein wirtschaftlich autarkes Reich zu schaffen. Im Lebensraum sah Hitler die Basis für diese Autarkie.⁶⁸³ Das Ziel Hitlers war es, „daß nunmehr mit eiserner Entschlossenheit auf all den Gebieten eine 100%ige Selbstversorgung eintritt“. Hierbei war wichtig, dass „nicht nur die nationale Versorgung mit diesen wichtigsten Rohstoffen vom Ausland unabhängig wird, sondern daß dadurch auch jene Devisen eingespart werden, die wir im Frieden für die Einfuhr unserer Nahrungsmittel benötigen“.⁶⁸⁴

Wo aber sollte dieser neue Raum liegen? Hitler sah die Antwort hierauf „nicht in einer kolonialen Erwerbung“.⁶⁸⁵ Seiner Meinung nach müsse es um „Gewinn eines

⁶⁷⁹ Jureit, Ulrike: *Lebensraum*. In: *Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa*. <https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/lebensraum/> (4.6.2019).

⁶⁸⁰ Herder, Johann Gottfried von: *Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit*. Berlin 2013.

⁶⁸¹ Ratzel, Friedrich: *Politische Geographie*, S. 1.

⁶⁸² Hartmann, Christian / Thomas Vordermayer u. a.: *Hitler, Mein Kampf*, S. 1637.

⁶⁸³ Jacobsen, Hans-Adolf: *Nationalsozialistische Aussenpolitik 1933-1938*, S. 6–7.

⁶⁸⁴ Beide Zitate aus der einer Denkschrift Hitlers über die Aufgaben eines Vierjahresplans. Vgl. Treue, Wilhelm: *Hitlers Denkschrift zum Vierjahresplan 1936*, S. 209.

⁶⁸⁵ Die Kolonialfrage wurde von Hitler scheinbar zunächst befürwortet. Im 25-Punkte-Programm der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei vom 24. Februar 1920 war in Punkt 3 die Forderung nach „Land und Boden (Kolonien)“ zu finden (*Das 25-Punkte-Programm der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei*. <http://www.documentarchiv.de/wr/1920/nsdap-programm.html> (10.1.2021)). Insgesamt scheint der Umgang mit der Frage, aber eher von geringer Priorität. Christian Hartmann bezeichnet die Kolonialfrage als „marginal“ für die NS-Außenpolitik (Hartmann, Christian / Thomas Vordermayer u. a.: *Hitler, Mein Kampf*. Bd. I. München, Berlin 2016, S. 433 [Kommentar 169]). Sie kann aber sicherlich im Kontext einer möglichen zu

Siedlungsgebietes, das die Grundfläche des Mutterlandes selbst erhöht“ gehen. Dieses Siedlungsgebiet verortete Hitler bekanntlich im Osten Europas. Es stellt sich hierbei die vielleicht triviale Frage, warum Hitler als Expansionsrichtung den Osten wählte. Hätten sich alle drei anderen Himmelsrichtungen nicht genauso angeboten? So hätte versucht werden können, Westeuropa, namentlich Frankreich und Großbritannien, unter seine Kontrolle zu bringen, um so der uneingeschränkte Hegemon in Mittel- und Westeuropa zu sein. Oder aber man hätte den Raum nach Süden erweitern können, über Südtirol bis nach Mittelitalien – anknüpfend an die Herrschaft deutscher Könige im Mittelalter. Auch eine Gewinnung neuer Territorien in Skandinavien lag im Bereich des Möglichen. Als Begründung hätte die Vereinigung des Reiches mit der Urheimat der Germanen dienen können. Und dennoch gibt es viel, das für Osteuropa sprach. Zum einen wären hier geographische Gründe zu nennen. So gibt es zum Osten hin bekanntlich kaum natürliche Grenzen, die Schutz bieten würden. Nach Westen bildet der Rhein eine natürliche Grenzlinie gegenüber Frankreich. Viel stärker noch bilden die Alpen eine solche schwer überwindbare Grenze. Gleiches gilt für Nord- und Ostsee im Norden. Ein viel stärkeres Argument ist jedoch sicherlich das Geopolitische. Würde das Reich seinen Raum nach Norden, Süden, Westen erweitern, würde es zwangsläufig an die Arktische See, das Mittelmeer und den Atlantik grenzen. Die Lage würde die gesamte geopolitische Ausrichtung des Reiches verändern, da sich Berlin nun auch zum Meer hin orientieren und zur Seemacht werden müsste. Eine Seemacht müsste aber zunächst aufgebaut werden. Viel ergiebiger musste sich da eine Erweiterung des Lebensraumes im Osten gestalten. Hierbei könnte auf das sich bis weit nach Russland erstreckende russische Tiefland zurückgegriffen werden. Durch die Eroberung Osteuropas stünde ein riesiges Siedlungsgebiet zur Verfügung, das einen Ressourcenreichtum mit sich brächte und – mit Blick auf Mackinder – durch Seemächte nur schwer bedroht werden könnte. Beides sind Faktoren, die die drei anderen Himmelsrichtungen kaum bis gar nicht erfüllen.

Zuletzt könnte aus nationalsozialistischer Sicht ein dritter, kulturchauvinistischer beziehungsweise rassistischer Grund eine Rolle spielen. Der Nationalsozialismus nimmt die Völker Ostmittel- und Osteuropas als etwas Minderwertiges wahr. Bewusst spricht die NS-Ideologie vom *slawischen Untermenschen*. Eine Analogie findet sich nicht in Bezug auf die Völker Westeuropas. Jene aus nationalsozialistischer Sicht unterentwickelten, unreinen Slawen hätten gar keinen Anspruch auf jenen Raum und würden im Kampf um diesen gegen die Deutschen verlieren. Die Stoßrichtung der nationalsozialistischen Lebensraum-Politik ist damit

erreichenden Weltherrschaft gesehen werden. Für die Forschungsfrage ist sie insofern unerheblich, da sie eindeutig hinter das Ziel des *Lebensraumes im Osten* zurücktritt.

eindeutig nach Osten gelenkt. Sie verbindet sich dabei mit einem anderen Begriff – dem des *Drangs nach Osten*:⁶⁸⁶

Jener Begriff steht sowohl für ein Programm als auch für kriegerische Schlagwörter, die für die Ziele der deutschen Politik, vor allem zwischen den Weltkriegen, erfunden wurden. [...] Jene ‚geschichtliche Notwendigkeit‘, die Dauerhaftigkeit und Unvermeidlichkeit dieses Prozesses sowie seine Widerruflichkeit sollte jegliche Widerstandskräfte zum Erlahmen bringen, [...] und umso mehr das Zurückweisen alles Slawischen anschaulich suggerieren, dass durch die deutsche Expansion verdrängt wurde.

Entwickelt hatte sich der Begriff in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Im Jahre 1849 verwendete der polnische Publizist Julian Klaczko⁶⁸⁷ den Begriff *Zug nach Osten* in einem Text über *die deutschen Hegemonen*⁶⁸⁸ erstmals.⁶⁸⁹ Bereits drei Jahre zuvor schrieb Heinrich Wuttke zur polnischen Frage:⁶⁹⁰

Die Geschichte des deutschen Volkes zeigt uns nämlich seine langsame Ausbreitung nach dem Osten. Seit dem zwölften Jahrhundert wurden theils durch kriegerische Gewalt, theils durch friedliche Colonisationen Mecklemburg, Pommern, Brandenburg, Sachsen, Schlesien allmählich deutsch gemacht und längs der Ostseeküste bis gegen die Newa hin und in der ganzen Querlinie des polnischen Grenzstrichs das deutsche Wesen verbreitet.

Der *Drang nach Osten* hat hierbei eine bestimmte geopolitische Dimension. Es scheint, als sei er eine selbstverständliche Natürlichkeit Deutschlands, als könnten Deutschlands Strategen gar nicht anders, als ziehe sie ein innerer *Drang nach Osten*. In Deutschland entstand die Idee des Drangs nach Osten unmittelbar vor den Reichseinigungskriegen. Das Konzept findet erstmals Erwähnung beim Historiker Georg Waitz⁶⁹¹ („[...] daß deutsche Cultur, deutsche Bevölkerung den Beruf haben, sich gegen den Osten hin auszubreiten[...]“),⁶⁹² bei

⁶⁸⁶ Tkaczyński, Jan Wiktor: *Die Geopolitik*, S. 97. Dort zit. n. Gołubiew, Antoni: *Mit o Drang nach Osten*. In: *Tygodnik Powszechny* (28.2.1960), o.S. [wahrscheinlich S. 1 (Fortsetzung S. 4)].

⁶⁸⁷ Julian Klaczko (1825–1906), polnischer Publizist und Politiker.

⁶⁸⁸ Klaczko, Julian: *Die deutschen Hegemonen. Offenes Sendschreiben an Herrn Georg Gervinus*. Berlin 1849, S. 30 sowie 40.

⁶⁸⁹ Laut Tkaczyński hätte sowohl die deutsche als auch die polnische Quellenforschung keine frühere Erwähnung des Ausdrucks *Drang nach Osten* vorgefunden.

⁶⁹⁰ Hier zit. n. Tkaczyński, Jan Wiktor: *Die Geopolitik*, S. 101. Dort zit. n. Wuttke, Heinrich: *Die polnische Frage*. In: *Augsburger Allgemeine Zeitung* 86 (1846), o.S.

⁶⁹¹ Georg Waitz (1813–1886), Mediävist und Rechtshistoriker. Als Herausgeber der *Quellenkunde der deutschen Geschichte* ist er der Mehrheit deutscher Geschichtsstudenten ein Begriff.

⁶⁹² Waitz, Georg: *Preußen und die erste polnische Theilung*. In: *Historische Zeitschrift* 3 (1860), S. 14.

Wilhelm Wattenbach⁶⁹³ oder bei Heinrich von Sybel⁶⁹⁴ („Die Kräfte der Nation, die sich bisher mit richtigem Instinkte in die große Kolonisation des Ostens ergoßen, wurden seitdem für einen stets lockenden und stets täuschenden Machtschimmer im Süden der Alpen vergeudet“).⁶⁹⁵ Tkaczyński verweist zurecht darauf, dass in diesen Zitaten bereits der Versuch einer ideologischen Rechtfertigung preußischer und später deutscher Ostpolitik steckt.⁶⁹⁶ Diese Rechtfertigung in Form einer geopolitischen Natürlichkeit deutscher Staatspolitik bestätigt auch Rosenberg.⁶⁹⁷ Er nennt den Lebensraum im Osten eine „organische Einstellung einer deutschen Außenpolitik“, die eine „Jahrhunderte Gültigkeit“ besäße.⁶⁹⁸ Auf den Punkt gebracht hieß dies, dass es aus nationalsozialistischer Sicht eine Notwendigkeit für mehr Lebensraum bestand und dass es quasi eine geopolitische Gesetzmäßigkeit einer Expansion nach Osten gäbe; ein Drang, dem nachgegeben werden müsste. In *Mein Kampf* ist dazu zu lesen:⁶⁹⁹

Damit ziehen wir Nationalsozialisten bewußt einen Strich unter die außenpolitische Richtung unserer Vorkriegszeit. Wir setzen dort an, wo man vor sechs Jahrhunderten endete. Wir stoppen den ewigen Germanenzug nach dem Süden und Westen Europas und weisen den Blick nach dem Land im Osten. Wir schließen endlich ab die Kolonial und Handelspolitik der Vorkriegszeit und gehen über zur Bodenpolitik der Zukunft.

Auf Grundlage einer solchen Politik würde sich Berlin zum Zukunftsziel entschließen, „zu einer klaren weitschauenden Raumpolitik überzugehen“. Dies kann mehr als deutlich als eine geopolitische Richtung verstanden werden. Durch eine Ausrichtung nach Osten will Hitler dem Reich eine geopolitische Strategie „für die nächsten 100 Jahre“ vorschreiben. Jene Theorie ist – auch aus Sicht Hitlers selbst – die Ausrichtung Deutschlands hin zu einer Landmacht, weg von jedweden kolonialen Ambitionen sowie Flottenbauten. Ziel ist vielmehr die „Bildung einer ausschlaggebenden Macht zu Lande“.

Hitler war der Auffassung, dass seine östlichen Lebensraum-Pläne keinen Weltkrieg hervorrufen würden. Zwar würde generell „Frankreich Deutschlands Feind bleiben“, aber „für

⁶⁹³ Wattenbach, Wilhelm: Die Germanisierung der östlichen Grenzmarken des Deutschen Reichs. In HZ 9 (1863), S. 386-417.

⁶⁹⁴ Heinrich von Sybel (1817–1895), Historiker und Politiker, Gründer der Historischen Zeitschrift

⁶⁹⁵ Schneider, Friedrich: *Universalstaat oder Nationalstaat. Macht und Ende des Ersten Deutschen Reiches. Die Streitschriften von Heinrich von Sybel und Julius Ficker zur deutschen Kaiserpolitik des Mittelalters*. Innsbruck 1943, S. 15.

⁶⁹⁶ Tkaczyński, Jan Wiktor: *Die Geopolitik*, S. 106.

⁶⁹⁷ Alfred Rosenberg (1893–1946), deutscher Politiker (NSDAP) und NS-Ideologe, bis 1923 russischer Staatsbürger.

⁶⁹⁸ Jacobsen, Hans-Adolf: *Nationalsozialistische Aussenpolitik 1933-1938*, S. 11.

⁶⁹⁹ Hartmann, Christian / Thomas Vordermayer u. a.: *Hitler, Mein Kampf*, S. 1657.

England und besonders für Italien“ würden diese Pläne keine Gefahr darbieten. Für Hitler scheint eine Orientierung nach Osten eine bessere Lösung zu sein als eine Rückkehr zur Kolonialpolitik. Diese führe zur „Todfeindschaft Englands“. „Vom völkischen Standpunkt aus ist diese außenpolitische Zielsetzung unheilvoll“, denn es widerstrebt Hitler gegen die in seinen Augen rassenverwandten Engländer derart vorzugehen, „[V]om machtpolitischen aus gesehen“ erscheint es Hitler gar „wahnsinnig“, denn er ist sich sicherlich bewusst, dass eine Niederwerfung Großbritanniens schwerlich möglich sei.⁷⁰⁰ Laut Hitler wäre Großbritannien bestrebt, einen zur Weltmacht aufsteigenden Hegemon auf dem Kontinent zu verhindern. Deutschland habe hieran zunächst kein Interesse. Auch sei es keine Kolonialmacht, wodurch es dem *Empire* gefährlich werden könne. Das Reich richte seinen Fokus gen Osten und stünde aus diesem Grund in keinem Konflikt mit Großbritannien. Des Weiteren spricht er von einer rassischen Verwandtschaft zwischen Briten und Deutschen.⁷⁰¹ Aber all jene Überlegungen in Bezug auf Großbritannien – dies muss betont werden – sind vorläufig. Eine Zusammenarbeit, gar ein Bündnis mit Großbritannien hätten keinen Ewigkeitscharakter, sondern dienten allein einer Absicherung für ein Handeln im Osten. Großbritannien scheint hierbei als Dreh- und Angelpunkt deutscher Geopolitik. Zuerst im Versuch London als Partner zu gewinnen. Später als der entscheidende Gegenspieler einer deutschen Großmacht.

Während demnach zunächst ein Konflikt mit der Seemacht Großbritannien von Hitler abgelehnt wird, richten sich seine östlichen Ambitionen vor allem gegen die Sowjetunion beziehungsweise Russland. In *Mein Kampf* beschreibt er das „Riesenreich im Osten“ als „reif für den Zusammenbrüche“. Dieser vermeintlich abzusehende Niedergang sei „die gewaltigste Bestätigung für die Richtigkeit der völkischen Rassentheorie“. Für Hitler war die Sowjetunion ein rassischer Mischstaat, der „Hort des Bolschewismus und des Judentums“. Die Slawen selbst seien zur Schaffung eines eigenen Staates nicht in der Lage gewesen. Erst durch „die Wirksamkeit des germanischen Elementes in einer minderwertigen Rasse“ hätte sich der russische Staat konstituieren können. Durch die Oktoberrevolution und die Machtübernahme

⁷⁰⁰ Es bleibt Spekulation, aber wenn Hitler seinen Feind eher im Osten sah, dann in zusammenhängenden Staaten. Hingegen stellt das Britische Empire vor allem unter seiner größten Ausdehnung in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg eine nur schwerlich vollständig einnehmbare Macht dar. Würde Deutschland, wie später im *Unternehmen Seelöwe* geplant, versuchen, die Britischen Inseln militärisch einzunehmen, würde es weder einen großen Lebensraum für das Reich bieten, noch würde Großbritannien den Kampf einstellen. Hierzu sei an dieser Stelle an Churchills Worte seiner berühmten *We shall fight on the beaches*-Rede verwiesen: „and if, which I do not for a moment believe, this island or a large part of it were subjugated and starving, then our Empire beyond the seas, armed and guarded by the British Fleet, would carry on the struggle, until, in God's good time, the New World, with all its power and might, steps forth to the rescue and the liberation of the old” (Churchill, Winston: *We Shall Fight on the Beaches*. <https://winstonchurchill.org/resources/speeches/1940-the-finest-hour/we-shall-fight-on-the-beaches/> (10.1.2021)).

⁷⁰¹ Jacobsen, Hans-Adolf: *Nationalsozialistische Aussenpolitik 1933-1938*, S. 10.

der *Bolševiki* sei nun *der Jude* an die Stelle des germanischen Elementes getreten. Weder könne der Russe den Juden abschütteln, noch würde es dem Juden gelingen, „das mächtige Reich auf Dauer zu erhalten“. ⁷⁰² In seiner Folge würde Russland untergehen. In *Mein Kampf* zeigt sich Hitlers Russlandbild durchgängig negativ. Vor der Arbeit an seiner Programmschrift gestaltete sich seine Beziehung zu Russland jedoch durchaus anders. ⁷⁰³ In den Anfängen der nationalsozialistischen Bewegung bestand eine Nähe zwischen führenden Nationalsozialisten und Vertretern der so genannten Weißen Emigration, die ein nationales Russland forderten. Mit einem solchen nationalen Russland sollte eine Zusammenarbeit angestrebt werden. Dementsprechend tauchte die Formulierung des *Lebensraums im Osten* in Bezug auf Russland nicht auf. ⁷⁰⁴ Auf nationalsozialistischer Seite sind hier vor allem Scheubner-Richter ⁷⁰⁵ und Rosenberg zu nennen. ⁷⁰⁶ Der im NSDAP-Programm von 1922 geforderte *Lebensraum im Osten* sollte sich laut Rosenberg auf die „Raumsicherung im heute polnisch-tschechischen Osten“ konzentrieren. Selbiger schrieb 1921 im *Völkischen Beobachter*: „Mit Frankreich werden wir nie Frieden haben, mit Russland nie die Notwendigkeit eines Krieges“. ⁷⁰⁷ Paul Kluge spricht hierbei von einer „sehr primitiv verstandenen Bismarcktradition“. ⁷⁰⁸ In ihr scheint Russland der natürliche Verbündete Deutschlands zu sein. Natürlich war dies mit einem bolschewistischen Russland nicht möglich. ⁷⁰⁹ Hitler wird nach seinem Haftaufenthalt 1924/25 von einer möglichen Zusammenarbeit mit einem nationalen Russland abstandnehmen und sich dem italienischen Faschismus sowie Großbritannien zu wenden. ⁷¹⁰ Dies eröffnete erst die Möglichkeit zum Vorhaben des *Lebensraums im Osten*.

⁷⁰² Hartmann, Christian / Thomas Vordermayer u. a.: *Hitler, Mein Kampf*, S. 1659.

⁷⁰³ Koenen, Gerd: *Hitlers Russland. Ambivalenzen im deutschen „Drang nach Osten“*. http://gerd-koenen.eu/media/filer_public/44/18/44188e88-6720-4dbb-a5d0-b9ef2de64e52/hitlersrussland_kommune_januar2003.pdf (19.2.2021). Ebenfalls erschienen in: *Kommune 1* (2003), S. 65-78.

⁷⁰⁴ Ebd.

⁷⁰⁵ Max Erwin von Scheubner-Richter (1884–1923), deutscher Chemiker, Diplomat und Politiker (NSDAP), geboren im damals zum Russischen Kaiserreich gehörenden Riga, nach der Revolution 1905/07 Ausreise nach Deutschland, danach diplomatische Karriere, Teilnehmer am Kapp-Putsch (1920), seit 1921 Mitglied der NSDAP, Teilnehmer am Hitler-Putsch (1923), in dessen Verlauf er starb. Über Scheubner-Richter kam es zu Kontakten wie zu Spenden aus den Reihen der russischen Aristokratie.

⁷⁰⁶ Koenen, Gerd: *Der deutsche Russland-Komplex. Zur Ambivalenz deutscher Ostorientierung in der Weltkriegsphase des 20. Jahrhunderts*. http://gerd-koenen.eu/media/filer_public/28/e8/28e8068d-e22d-4ad1-8730-3937ca92fb03/der_deutsche_russland-komplex.pdf (10.1.2021), S. 3. Unter gleichem Titel erschien in: Thum, Gregor: *Traumland Osten*. Göttingen 2006, S. 16–46.

⁷⁰⁷ Kluge, Paul: *Nationalsozialistische Europaideologie*. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 3 (1955), S. 242. Dort zit. n. *Völkischer Beobachter* v. 31.7.1921.

⁷⁰⁸ Ebd. Dort auch mit wiederholtem Verweis auf Schubert, Günther: *Anfänge Nationalsozialistischer Außenpolitik*. Köln 1963.

⁷⁰⁹ Ausnahmen wie der oben erwähnte Strasser-Flügel stellten hier eine Minderheit dar, die spätestens nach Hitlers Entlassung aus der Haft zurückgedrängt wurden.

⁷¹⁰ Koenen, Gerd: *Der deutsche Russland-Komplex*, S. 4–5.

In dem Wissen, dass sich Hitler geopolitisch in seiner *Lebensraum*-Politik spätestens nach *Mein Kampf* nach Osten orientierte und die Sowjetunion hierbei ein Hauptziel darstellte, stellt sich – gerade im Hinblick auf das Forschungsthema – die Frage, welche Position insbesondere Hitler zu Polen vertrat. Polen nimmt weder bei Hitler noch bei anderen nationalsozialistischen Ideologen eine besondere Rolle ein. Das Bild der Polen ist weder übertrieben positiv noch übertrieben negativ dargestellt. Insbesondere im Hinblick auf die allgemeine politische Stimmung gegenüber dem *Saisonstaat* Polen war die außenpolitische Positionierung des Nationalsozialismus gegenüber Polen nicht negativer als die anderer politischer Kräfte.⁷¹¹ In *Mein Kampf* finden sich zu Polen nur wenige Stellen.⁷¹² Die meisten machen Polen nicht direkt zum Thema. Polen steht bei Hitler fast immer in einem Kontext – und dieser ist zumeist Russland. Am deutlichsten wird dies wohl in der Formulierung „Rußland und die ihm untertanen Randstaaten“ (S. 1657). Es finden sich weitere Textstellen, in den Polen in einer Aufreihung neben anderen steht, so zum Beispiel in einer Liste mit anderen katholischen Staaten in einem Fragment über die Los-von-Rom-Bewegung (S. 343), über das Wiener „Rassenkonglomerat“ (S. 365) oder als ein Beispiel in einer allgemeinen Kritik am Staatsbürgerrecht (S. 1113). Zweimal taucht eine Kritik an einer „Halbherzigkeit der Polenpolitik“ des Deutschen Reichs aber auch der k.u.k. Monarchie (S. 709, 999) auf. Aber auch dies steht vereinzelt (S. 709) in einem Kontext mit anderen Aufzählungen und bezieht sich nicht ausschließlich auf Polen. Eine Stelle mit geopolitischer Bedeutung findet sich im Fragment zur Frage „Siegen die nationalsozialistischen Interessen“ (S. 1613). Hitler bezeichnet Polen dort als einen Staat (von mehreren, ergo wieder in einer Auflistung), mit dem ein Bündnis nur möglich sei, wenn Deutschland im Gegenzug auf etwas verzichten würde.⁷¹³ Im Falle Polens wäre ein Bündnis nur möglich gewesen, wenn Berlin auf territoriale Ansprüche gegenüber Warschau verzichtet hätte. Erwähnung findet Polen ebenfalls in Hitlers Gedanken über ein mögliches Bündnis mit Russland gegen den Westen. Zwischen den beiden Bündnispartnern läge „der ganz in französischen Händen ruhende polnische Staat“, der eine

⁷¹¹ Vgl. Maciejewski, Marek: *Polska i Polacy w poglądach Adolfa Hitlera (1919-1945)*. In: *Annales* 58 (2011), S. 29–61.

⁷¹² Alle folgenden Textstellen/Seitenangaben beziehen sich auf beide Bände von Hartmann, Christian / Thomas Vordermayer u. a.: *Hitler, Mein Kampf*.

⁷¹³ „Wer sich aber durchaus nicht zur Höhe einer solchen Auffassung bekennen will, der mag als letztes noch bedenken, daß dann eben nur Verzicht übrigbleibt, weil dann jede Bündnispolitik für alle Zukunft ausscheidet. Denn wenn wir mit England uns nicht zu verbünden vermögen, weil es uns die Kolonien raubte, mit Italien nicht, weil es Südtirol besitzt, mit Polen und der Tschechoslowakei an sich nicht, dann bliebe außer Frankreich – das uns nebenbei aber doch Elsaß-Lothringen stahl – in Europa niemand übrig“ (719-720). Die in Bezug auf Polen und die ČSR gewählte Formulierung „an sich nicht“ erklärt sich vermutlich dadurch, dass beide Staaten fast ausschließlich aus dem Territorium Deutschlands und Österreichs bestanden.

Zusammenarbeit auf der Linie Berlin-Moskau stark erschweren würde, denn „Rußland [müsste] erst Polen niederwerfen, um den ersten Soldaten an eine deutsche Front zu bringen“ (S. 1671).

Wie ist also Pilsudskis eingangs gestellte Frage nach der Gefahr beider großen Nachbarn in Bezug auf das nationalsozialistische Deutschland zu beantworten, wenn sich in Hitlers *Mein Kampf* nur wenige Anhaltspunkte finden lassen? Stellte der Nationalsozialismus *per se* eine Bedrohung für Polen dar? Offensichtlich erscheint die Gefahr an jenen Stellen an denen Teile der NS-Bewegung sich für eine Zusammenarbeit mit Russland beziehungsweise der Sowjetunion aussprechen. Für Warschau hätte ein solches Bündnis eine den polnischen Staat gefährdende Zusammenarbeit bedeutet.⁷¹⁴ Diese Gefahr zeigte sich bei der Machtübernahme 1933 primär durch die alten traditionellen Kräfte im Auswärtigen Amt. Innerhalb der NSDAP waren russophile Kräfte marginalisiert. Dies trifft insbesondere auf den Strasser-Flügel zu.⁷¹⁵ Bekanntlich wurde eine prorussische Politik jedoch zum Zeitpunkt der Machtübernahme nicht mehr angestrebt. In der antibolschewistischen Ausrichtung der NS-Bewegung schien kein Platz für eine Zusammenarbeit mit Moskau. Weit bedrohlicher musste auf polnische Beobachter die *Lebensraum*-Theorie wirken. Diese war Ausdruck eines *Drangs nach Osten* und musste somit für Deutschlands größten östlichen Nachbarn von massiver Bedeutung sein, denn es betraf ihn direkt. Der Plan zur Gewinnung neuen Lebensraums im Osten würde auch vor Polen nicht Halt machen. Ein mit Polen verbündetes Deutschland würde sicher nicht auf das polnische Territorium verzichten und sich allein den nicht direkt an Deutschland grenzenden russischen Raum aneignen. Wie bereits festgestellt, nahm Polen keine exponierte Rolle in der NS-Ideologie ein. Es würde somit keinen Sinn machen, Polen bevorzugt zu behandeln.

Die von Charles Bloch aufgeführten vier Stadien der NS-Ideologie erscheinen hierbei nachvollziehbar. Am Anfang stand zunächst der Plan Frankreich auszulöschen, dann der Gewinn von *Lebensraum im Osten*. Dem schließt sich der Erwerb von Kolonien in Mittelfrika sowie die Niederschlagung der USA an.⁷¹⁶ Kurzfristig hätte es einen Platz an Deutschlands Seite in der Niederschlagung Frankreichs geben können (obschon Paris natürlich Warschaus Verbündeter war). Aber bereits beim zweiten Punkt, dem *Lebensraum im Osten*, stößt diese Zusammenarbeit an seine Grenzen. In der Eroberung Afrikas und der USA stellt sich dann schlussendlich die gleiche Frage, wozu es eigentlich noch der Polen als Verbündeter oder gar

⁷¹⁴ Auf eine Analyse einer Zusammenarbeit eines nationalsozialistischen Deutschlands mit einem nationalen Russland wird an dieser Stelle aufgrund seiner offensichtlichen negativen Folgen für Polen verzichtet werden.

⁷¹⁵ Vgl. Kissenkoetter, Udo: *Gregor Straßer und die NSDAP* (= Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 37). Stuttgart 1978.

⁷¹⁶ Bloch, Charles: *Das dritte Reich und die Welt*, S. 41–42.

als Staat bedürfe. Hinzukommt ein weiteres geopolitisches Argument. Hierzu sei sich ein um große Teile des russischen Raumes erweitertes Großdeutsches Reich vorzustellen, dass den polnischen Staat verschonen und in seinen Grenzen von 1921 belassen würde. Wenn Hitler einen Staatsorganismus vom Rhein bis hinter den Ural vor Augen hatte, warum sollte er diesen Organismus aus Rücksicht auf einen schwächeren staatlichen Organismus teilen? Berlin hätte dann über einen Raum beispielsweise bis zum 70. Breitengrad geherrscht,⁷¹⁷ und wäre doch nur 175 km Luftlinie von der polnischen Grenze entfernt gewesen.⁷¹⁸ Dieser Zustand konnte von Berlin schwerlich als zufriedenstellend bezeichnend werden. Auch die Tatsache, dass Hitler von einem ständigen Kampf zwischen den Staaten spricht, aus denen der Stärkere als Sieger hervorginge, birgt eine Gefahr für Polen in sich. Denn ob Warschau nun an der Seite Berlins stünde oder aber sich von Anfang an als Gegner positioniere, letztendlich würde es zum Opfer Deutschlands werden, das nach Hitlerschem Weltbild den Zustand des Friedens nicht kennt. Seine Lage als Nachbar macht deutlich, dass Deutschland aber nicht erst aufgrund seiner Weltmachtansprüche eine Bedrohung darstellt. Deutlich wird die Bedrohung durch die vom Nationalsozialismus gestellte Raumfrage vor allem in der Formulierung der Germanisierung des Bodens. Wenn hierdurch Abstand von der Germanisierung der Bevölkerung genommen werden sollte, so war dies kein Vorteil für Polen. Denn auf einem germanisierten Boden, hätten die Polen ihr Bleiberecht, wenn nicht sogar Existenzrecht aus nationalsozialistischer Sicht verwehrt. Wenn Hitler von einem *Germanischen Reich deutscher Nation* sprach, konnte dies für Polen recht viel bedeuten – von seiner totalen Annihilation, über einen Vasallenstaat bis hin zum *fratrem et cooperatorem imperii*.⁷¹⁹ Fragwürdig wäre, warum Hitler den Polen einen eigenen Staat zugestehen sollte, wenn er dies nicht einmal für *germanische* Staaten wie die Niederlande oder Belgien vorsah. Goebbels wird 1943 in seinem Tagebuch festhalten, dass „der Führer die Konsequenz gezogen [hat], daß das Kleinstaatengerümpel, das heute noch in Europa vorhanden ist, so schnell wie möglich liquidiert werden muß“. Ziel sei „ein einheitliches Europa zu schaffen. Europa kann aber eine klare Organisation nur durch die Deutschen erfahren“.⁷²⁰

⁷¹⁷ Zur Absprache zwischen dem Reich und Japan zur Teilung des asiatischen Kontinents am 70. Breitengrad nach erfolgreicher Niederschlagung der UdSSR siehe Rich, Norman: *Hitlers war aims. Ideology, the Nazi state, and the course of expansion*. New York u.a. 1973, S. 235. Weinberg, Gerhard L.: *Visions of victory. The hopes of eight World War II leaders*. Cambridge 2007.

⁷¹⁸ Gemessen wurde hier die Luftlinie zwischen Berlin und Zbaszyń. Polnische Bomber (PZL P-23B Karaś) konnten diese Strecke bei einer Höchstgeschwindigkeit von über 300 km/h in etwas mehr als 30 Minuten zurücklegen.

⁷¹⁹ So der von Kaiser Otto III. an Bolesław Chrobry verliehene Titel. Gallus Anonymus: *Chronicum Polonorum. Liber 3,6*. https://www.hs-augsburg.de/~harsch/Chronologia/Lspost12/Gallus/gal_ch01.html (21.11.2020): „Et tanta sunt illa die dilectione cuncti, quod imperator eum fratrem et cooperatorem imperii constituit, et populi Romani amicum et socium appellavit“.

⁷²⁰ Fröhlich, Elke: *Die Tagebücher von Joseph Goebbels*, S. 236 [Eintrag vom 8. Mai 1943].

Es kann damit festgestellt werden, dass insbesondere Deutschlands *Drang nach Osten* und sein Ruf nach *Lebensraum* sich mittel- bis langfristig gegen Polen richten würden. Polen war hierbei kein Hauptziel oder der Hauptfeind der nationalsozialistischen Ideologie.⁷²¹ Dies darf keineswegs als Ausdruck einer Sympathie für den slawischen Nachbarn gesehen werden. Vielmehr so scheint es, misst der Nationalsozialismus dem polnischen Staat aufgrund seiner vermeintlichen Schwäche keine große Aufmerksamkeit bei. Hierdurch wird Polen schlicht zum „Randstaat Russlands“ wie Hitler es in *Mein Kampf* bezeichnet. Dennoch lässt sich die Bedeutung Polens für die NS-Pläne deutlich erahnen. Selbst wenn eine Zusammenarbeit kurzfristig über den Zeitraum einiger weniger Jahre möglich erschien, war doch langfristig klar, dass es keinen Platz für einen polnischen Staat gab. Zu sehr betraf Polen das zentrale Element der nationalsozialistischen Ideologie, den *Lebensraum*.

Doch war der Nationalsozialismus in seiner geopolitischen Ausrichtung überhaupt eine geschlossene Ideologie, die auf ein langfristiges Ziel hinarbeitete? Gereon Breuer⁷²² behauptet, Hitler hätte generell keine Geopolitik betrieben. „Gerade die Aufkündigung des Hitler-Stalin-Paktes durch den Krieg gegen die Sowjetunion zeigt aber, daß Hitlers Verhalten keinesfalls geopolitisch motiviert war“. Denn geopolitisch habe er – so Breuer – an einer Zusammenarbeit mit der Landmacht UdSSR festhalten müssen, um sich ganz gegen die Seemacht Großbritanniens zu richten. Diese Argumentation ist wenig schlüssig, da in dem Vorhaben, *Lebensraum im Osten* zu gewinnen durchaus ein geopolitischer Grund gesehen werden muss, wodurch die Sowjetunion zum Ziel werden würde. Passend hierzu schreibt Werber bezugnehmend auf Carl Schmitt: „Die Konstruktion eines ‚freien‘, ‚glatten‘ ungeordneten Okkupationsraums im Osten wird sich innerhalb der geopolitischen Semantik als enorm wirkungsmächtig erweisen.“⁷²³

Aber liegt nicht doch die Vermutung nahe, dass Hitler und die nationalsozialistische Ideologie sich vielmehr an den gegebenen Zuständen orientierte und auf diese reagierte? Gerade die NS-Ostpolitik könnte hier als Beispiel dienen. In dem bereits beschriebenen und an die Spieltheorie erinnernden Dreieck zwischen Deutschland, Polen und Russland/UdSSR ist es Berlin, das 1933 Abstand von der russlandfreundlichen Politik der Weimarer Republik nimmt

⁷²¹ Zur gleichen Erkenntnis kommen Wollstein, Günther: *Hitlers gescheitertes Projekt einer Juniorpartnerschaft Polens*. In: *Universitatis* 38 (1983), S. 526 sowie Borejsza, Jerzy: *Antyslawizm Adolfa Hitlera*. Warszawa 1988, S. 48–49.

⁷²² Gereon Breuer (1986) kann als Autor der *Neuen Rechten* zugeordnet werden. Das Thema Geopolitik scheint innerhalb dieses politischen Milieus nur eine geringe Rolle zu spielen. Breuer, Gereon: *Geopolitik. Das Spiel nationaler Interessen zwischen Krieg und Frieden* (= BN-Anstoß 6). Chemnitz 2015.

⁷²³ Werber, Niels: *Geopolitik zur Einführung*, S. 33.

und auf Distanz zu Moskau ging, um fast gleichzeitig eine Zusammenarbeit mit Warschau einzugehen. Dasselbe Berlin würde dann 1939 auf Distanz zu Warschau gehen und die Zusammenarbeit mit Moskau suchen. Wenn die Zusammenarbeit mit einem der beiden Staaten somit keine Konstante darstellt, gibt es dann überhaupt eine? Die naheliegendste Antwort wäre die, dass die Gewinnung von *Lebensraum im Osten* jene geopolitische Konstante darstellt. Die wechselhaften Partner, gerade in Osteuropa, erklären sich hierbei insbesondere durch ein strategisches Handeln. Im Vordergrund stünde hierbei das langfristige Ziel des *Lebensraums*. Wie dieses Ziel erreicht würde, hinge hierbei ganz davon ab, welche strategischen Möglichkeiten sich ergäben.

Während insbesondere durch Mackinder „ein geostrategisches Denken in Großräumen dominierte“, zielte die geopolitische Debatte in Deutschland in erster Linie auf eine Revision des Versailler Vertrages. Es galt „Deutschland jenseits seiner aktuellen Grenzen [zu] konzipieren“. Der Raumdiskurs wurde beherrscht von dem Gefühl in den Nachkriegsgrenzen eingehängt zu sein, was ein „klastrophobisches Lebensgefühl“ schuf.⁷²⁴ Die Verbreitung und spätere Anwendung der *Lebensraum*-Theorie dient als Beispiel, wie durch die Verbreitung geopolitischer Ziele die Masse in eine bestimmte Richtung manipuliert werden kann. Gerade die *Lebensraum*-Theorie fand Einzug als „massenpsychologisches Phänomen“. Hierzu wird auch die Publikation *Volk ohne Raum*⁷²⁵ von Hans Grimm einen entscheidenden Beitrag geleistet haben.⁷²⁶

4.5.1. Karl Haushofer

Der Nationalsozialismus verfolgt damit geopolitische Ziele, die sich in seinen Schriften erkennen lassen. Dennoch zählen die Vordenker des Nationalsozialismus zu keinem in der Literatur aufgeführten geopolitischen Kanon. Hitler ist kein Autor geopolitischer Theorien, *Mein Kampf* ist kein geopolitisches Schaffenswerk. So fand sich auch in der seit 1924 erscheinenden *Zeitschrift für Geopolitik* keine Besprechung von *Mein Kampf*. Der Herausgeber lehnte dies mit der Begründung ab, es handele sich um ein Propagandamachwerk.⁷²⁷ Dies heißt

⁷²⁴ Jureit, Ulrike: *Lebensraum*. In: *Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa*.

⁷²⁵ Der Roman *Volk ohne Raum* erschien erstmals im Jahre 1926. Bis Kriegsende wurden über 300.000 Exemplare verkauft. Seine Popularität erklärt sich insbesondere mit der in Deutschland vorherrschenden Stimmung gegen die Ergebnisse der Versailler Vertrages. *Volk ohne Raum* ist der Blut- und Bodenideologie zuzuordnen. Sein Titel wurde alsbald zum Schlagwort für die nationalsozialistische *Lebensraum*-Theorie. Grimm, Hans: *Volk ohne Raum*. München 1926 [Erstausgabe].

⁷²⁶ Lange, Karl: *Der Terminus "Lebensraum" in Hitlers "Mein Kampf"*. In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 4 (1965), S. 432.

⁷²⁷ Ebd., S. 431.

aber nicht, dass der Herausgeber dieser Zeitschrift, Karl Haushofer,⁷²⁸ Hitlers Propaganda und Theorien ablehnte. Wenn von einem Kanon der Geopolitik gesprochen wird, dann taucht sein Name als deutscher Hauptvertreter auf, der einen erheblichen Einfluss auf Hitlers Bewegung hatte. Haushofer schrieb dazu in einem Vorwort zu einem von ihm herausgegebenen Band über Friedrich Ratzel:⁷²⁹

Es liegt Bestimmung darin, daß 1924 ein zerlesener Band seiner [Ratzels] »Politischen Geographie« eines der wirkungsvollsten, viel verarbeiteten Stücke der mit heiliger Glut gelesenen kleinen Bücherei des Festungsgefängnisses Landsberg bildete. Es liegt höhere Fügung darin, daß ein Gedankengut, das noch 1904 wegen seiner mystischen Beimengungen, seines Anklangs der Rassengedanken in Kultur- und Volkspolitik von einer materialistischen Schule verspottet werden konnte, zwei Jahrzehnte später durch Adolf Hitler und Rudolf Heß Einlaß ins Grundgemäuer eines neuen Staatsglaubens fand [...].

In der Juniausgabe des Jahres 1941 des *Reader's Digest* findet sich ein Artikel mit dem Titel *The Thousand Scientists Behind Hitler*, der die Behauptung aufstellt, „Dr Haushofer and his men dominate Hitler's thinking“. Der Artikel unterstellt Haushofer, dem vermeintlichen „superbrain of Nazism“, dass ‘the campaigns [der Wehrmacht] in Africa and the Balkans started when, and not until, Haushofer was ready‘.⁷³⁰ Zwei Jahre darauf – die USA befanden sich

⁷²⁸ Haushofer wurde 1869 in der Hauptstadt des bayerischen Königreiches geboren und entstammt einer Akademikerfamilie. Nach seiner Schulausbildung ging Haushofer zunächst zum Militär. Aufgrund seiner Eignung als Generalstabsoffizier wurde er 1907 zum Studium des Heeres des Kaiserreichs Groß-Japan abkommandiert. Er unternahm hierbei einige Reisen nach Nord-China, Korea und die Mandschurei. Aus seiner Fernost-Reise ging 1913 eine Promotion an der Ludwig-Maximilians-Universität zu *Groß-Japans Wehrkraft, Weltstellung und Zukunft* hervor. Bereits in seinem Japan-Buch, spätestens aber während des Ersten Weltkrieges, wo er unter anderem auch in Polen eingesetzt wurde, distanzierte Haushofer sich zunehmend vom Liberalismus und der Demokratie. Diese Ablehnung manifestiert sich zunächst deutlich in einer Antipathie gegenüber den Vereinigten Staaten im Besonderen wie auch der angelsächsischen Welt im Allgemeinen. 1919 wurde er mit einer 24-seitigen(!) Arbeit zu den *Grundrichtungen in der geographischen Entwicklung des japanischen Reiches* an der LMU habilitiert. Zwei Jahre später wurde er Honorarprofessor in München, aber erst 1933 im Zuge der NS-Machtübernahme ordentlicher Professor. Neben seiner Lehrtätigkeit zeugen über 400 Publikationen von seinem wissenschaftlichen Schaffen. Über seine wissenschaftliche Arbeit lernte er 1919 Rudolf Hess (siehe unten) kennen. Durch Heß' Inhaftierung in Landsberg (Lech) kam es 1923 ebenfalls zum Kontakt Haushofers mit Hitler. Durch dessen Machtübernahme boten sich zum einen Einflussmöglichkeiten für Haushofer, der seit 1924 die Zeitschrift für Geopolitik herausgab und regelmäßig im bayrischen Hörfunk auftrat. Zum anderen war Haushofer aber auch in Gefahr, da seine Frau Martha (1877–1946) geb. Mayer-Doss laut Nürnberger Rassegesetzen als Halbjüdin galt. Mit dem Englandflug von Heß verlor Haushofer jedweden politischen Einfluss. Am März 1946 begangen er und seine Frau Suizid.

⁷²⁹ Ratzel, Friedrich: *Erdenmacht und Völkerschicksal. Eine Auswahl aus d. Werken* (= Kröners Taschenausgabe 155). Stuttgart 1940, S. XXV-XXVI [Vorwort von Karl Haushofer].

⁷³⁰ Sondern, Frederic: *The Thousand Scientists behind Hitler*. In: *Reader's Digest* 6 (1941), S. 23–28; J.H. Paterson verweist hierbei auf die ironische Tatsache, dass buchstäblich am gleichen Tag, an dem der Artikel erschien, der Angriff auf die Sowjetunion begann, ein Land für dessen Zusammenarbeit mit Deutschland Haushofer stets geworben hat. Natürlich konterkariert dies die Behauptung, Haushofer hätte einen großen Einfluss auf die deutschen Kriegsziele gehabt. Paterson, James: *German geopolitics reassessed*. In: *Political Geography Quarterly* 6 (1987), S. 107.

mittlerweile im Krieg mit dem Deutschen Reich – hielt der Dokumentarfilm *The Nazi Strike* von Regisseur Frank Capra⁷³¹ Einzug in die US-amerikanischen Kinos. Unter an Richard Wagner angelehnte Musik wurde neben anderen NS-Größen Haushofer als das geopolitische Master-Brain hinter Hitler dargestellt.⁷³² Im gleichen Jahre stellte eine weitere Hollywood-Produktion Haushofer gar in das Zentrum des Films *Plan for Destruction*. Auch in diesem knapp 20-minütigen Kurzfilm wird Haushofer als der große geopolitische Denker dargestellt, der dem *Führer* die geopolitischen Strategien liefere.⁷³³ Hans-Adolf Jacobsen fasst die Meinungen über ihn wie folgt zusammen:

Für einige war der Gelehrte „Mahner und Kündler deutscher Einheit“, zugleich „unermüdlicher Volkserzieher“, „Neugründer der geopolitischen Forschung“, „Führer eines kommenden deutschen Geschlechts“ und „verehrungswürdiger Träger seiner Wissenschaft, der „am Neubau eines starken deutschen Reiches gearbeitet hat. Für andere war er ein Mann, der Hitler die „Ideen“ gab, und dem als „Magier“ mit großem Einfluß auf die NS-Bewegung das Hakenkreuz als Emblem der Nationalsozialisten zu verdanken gewesen sei.“⁷³⁴

Haushofer definiert Geopolitik als „Wissenschaft von der politischen Lebensform im Lebensraum, in ihrer Erdgebundenheit und Bedingtheit durch geschichtliche Bewegung“.⁷³⁵ Sie sei in erster Linie ein Werkzeug im Kampf eines Staatsorganismus „um Lebensraum, sowohl defensiv zur Abwehr fremder geopolitischer Einflüsse als auch offensiv zur Erweiterung der eigenen Macht“. Ein „unablässiges Fechten um unser Leben und Dasein als selbstständiges Volk auf dem Rücken der Erde“ sei eigentliche Aufgabe der Geopolitik.⁷³⁶ Es findet sich somit das gleiche Motiv des *Ewigen Kampfes* und des Krieges als Normalzustand zwischen Staatsorganismen, wie es auch schon bei Hitler vorfindbar war. Krieg ist für Haushofer ein legitimes Machtmittel zur Fortführung der Politik. Er diene dazu, eine ungerechte Verteilung des Lebensraumes der Völker zu korrigieren.⁷³⁷ Haushofer muss als Vertreter eines sozialdarwinistischen und militaristischen Weltbildes gesehen werden, der „auch den

⁷³¹ Frank Capra (1897–1991), US-amerikanischer Regisseur und Produzent.

⁷³² *The Nazis Strike*. <https://www.imdb.com/title/tt0184773/> (10.1.2021).

⁷³³ *Plan for Destruction*. <https://www.imdb.com/title/tt0036268/> (10.1.2021).

⁷³⁴ Jacobsen, Hans-Adolf: *Karl Haushofer. Leben und Werk. Band I. Lebensweg 1869-1946 und ausgewählte Texte zur Geopolitik* (= Schriften des Bundesarchivs 24/1). Boppard am Rhein 1979, S. IX.

⁷³⁵ Josten, Daniel: *Gibt es eine Renaissance der Geopolitik?*, S. 11.

⁷³⁶ Jacobsen, Hans-Adolf: *Geopolitik im Denken und Handeln deutscher Führungseliten. Anmerkungen zu einem umstrittenen Thema*. In: *Weltrends* 4 (1994), S. 42.

⁷³⁷ Haushofer, Karl: *Dai Nihon. Betrachtungen über Gross-Japans Wehrkraft, Weltstellung und Zukunft*. Berlin 1913, S. 3.

Expansionskrieg ganz prinzipiell verherrlichte, um so das natürliche Wachstum des deutschen Volkes langfristig zu ermöglichen“.⁷³⁸

Fundament des Denkens Karl Haushofers sind in erster Linie die Lehren Friedrich Ratzels und Rudolf Kjelléns. Dies zeigt sich beispielsweise in der seit 1924 von Haushofer und anderen herausgegebenen *Zeitschrift für Geopolitik*,⁷³⁹ die sich im ersten Artikel ihrer ersten Ausgabe „programmatisch zu dem von Ratzel und Kjellén formulierten ‚Gesetz der wachsenden Räume‘ [bekennt]“.⁷⁴⁰ Insbesondere durch Ratzel, den Haushofer zu einem der „führenden Geister“ des Zweiten Reiches erklärte, festigte sich „Haushofers anfangs wohl noch relativ harmlose[r] Nationalismus“.⁷⁴¹ Von Ratzel übernahm er vor allem den Biologismus. „[Den] Sozialdarwinismus als *Kampf um Lebensraum* wollte er im Zusammenleben der Völker konsequent anwenden“.⁷⁴² Haushofer sah sich selbst als Ratzels Schüler.⁷⁴³ Gleichzeitig bezeichnete er sich als „Anhänger und Fortsetzer Rudolf Kjelléns“.⁷⁴⁴ Diese Nachfolge sei nicht nur geistig, sondern er sieht beispielsweise seinen Sammelband *Jenseits der Großmächte* als Nachfolge von Kjelléns *Großmächte*-Reihe an. Erst durch die Folgearbeiten Haushofers und anderer Anhänger würde „[Kjelléns] Vermächtnis als abgeschlossen auf die Nachwelt gerettet erscheinen“.⁷⁴⁵ Kritiker sehen diese Anhängerschaft eher kritisch. So bezeichnet Nicholas Spykman sie als „pseudo-wissenschaftliche Rechtfertigung für eine Politik der territorialen Expansion“.⁷⁴⁶ Frederick Sherwood Dunn⁷⁴⁷ grenzt die *Deutsche Geopolitik* deutlich von den angelsächsischen *Geopolitics* ab. Haushofers Ansätze seien mystisch-metaphysischer Nonsens.⁷⁴⁸

In der wissenschaftlichen Auseinandersetzung steht oftmals die Frage im Vordergrund, welchen Einfluss Haushofer auf den Nationalsozialismus und damit die Außenpolitik des

⁷³⁸ Hipler, Bruno: *Hitlers Lehrmeister. Karl Haushofer als Vater der NS-Ideologie*. St. Ottilien 1996, S. 31.

⁷³⁹ Die *Zeitschrift für Geopolitik* erschien von 1924–1944. Herausgegeben wurde sie neben Haushofer von Erich Obst (1886–1981), Hermann Lautensach (1886–1971), Fritz Terner (Lebensdaten unbekannt) bis 1925 und Otto Maull seit 1925. Von 1951 bis 1968 wurde sie unter dem Namen *Geozologie und Politik* fortgeführt.

⁷⁴⁰ Werber, Niels: *Geopolitik zur Einführung*, S. 111.

⁷⁴¹ Hipler, Bruno: *Hitlers Lehrmeister*, S. 213.

⁷⁴² Ebd., S. 216.

⁷⁴³ Hunter, James M.: *Perspective on Ratzel's political geography*, S. 236–237: Hunter sieht wenig Beweise für einen direkten Kontakt zwischen Ratzel und Haushofer. Lediglich Haushofers Vater war Freund Ratzels.

⁷⁴⁴ Haushofer, Karl: *Jenseits der Großmächte* (= *Macht und Erde* 2). Leipzig u.a. 1932, S. V [Vorwort]; erneut in ebd., S. 1.

⁷⁴⁵ Ebd., S. 2–3.

⁷⁴⁶ Spykman, Nicholas J.: *The geography of the peace*, S. iv.

⁷⁴⁷ Frederick Sherwood Dunn (1893–1962), US-amerikanischer Volksrechtler.

⁷⁴⁸ Ebd., S. iv. Nachvollziehbar ist diese Kritik insbesondere bei der Lektüre des *Kontinentalblocks* von Haushofer, auf das noch eingegangen werden wird. Dieses endet mit der Feststellung, dass das *Hafenjahr* dem *Drachenjahr* weiche. Als *Jahr des Pferdes* wäre 1942 ein gutes Zeichen für *Landpolitik* – ergo ein gutes Omen für die Landmächte des von ihm beschriebenen Kontinentalblocks. Der an Haushofer gerichtete Vorwurf, dieser würde „metaphysischen Unsinn“ betreiben hat definitiv seine Berechtigung.

Dritten Reiches gehabt hat.⁷⁴⁹ Haushofer selbst gibt an, dass er stets nach der angelsächsischen Maxime „Let us educate our masters“ gehandelt habe.⁷⁵⁰ Er verstand sich somit als ein Lehrer für jene, die über ihm herrschten.⁷⁵¹ Haushofer muss eine deutliche Nähe zum Nationalsozialismus attestiert werden. Sein 1935 erschienenes Werk *Weltpolitik von heute* widmet er beispielsweise Rudolf Heß.⁷⁵² In seinem Aufsatz *Der nationalsozialistische Gedanke in der Welt* betont er den „Gleichklang“ von NS-Weltanschauung, wie er sie verstand, und Geopolitik.“⁷⁵³ Unbestreitbar ist, dass Rudolf Heß Student bei Haushofer gewesen war und in kürzester Zeit ein guter Freund des Professors wurde.⁷⁵⁴ Es ist nicht verwunderlich, dass Haushofer auch Kontakt zu Hitler gehabt hatte, den er während seiner Haft in Landsberg am Lech mehrmals aufsuchte.⁷⁵⁵ Hans-Adolf Jacobsen jedoch kommt in seiner Dokumentation zu Leben und Werk Haushofers zu der Erkenntnis, dass sich sein Einfluss auf die NS-Führung in Grenzen hielt.⁷⁵⁶ Anders sah es Haushofers Zeitgenosse Stefan Zweig:⁷⁵⁷ „[...] Daß es seine [Haushofers] Theorien waren, die mehr als Hitlers rabiataste Berater die aggressive Politik des Nationalsozialismus [...] ins Universale getrieben, unterliegt keinem Zweifel.“⁷⁵⁸ Auch Hipler will in Haushofer *Hitlers Lehrmeister* und „[den] geistige[n] Vater der NS-Ideologie“ erkannt haben.⁷⁵⁹ Sicherlich sympathisierte Haushofer stark mit einigen der oben beschriebenen geopolitischen Zielen der NSDAP. Dies trifft insbesondere auf die *Lebensraum*-Theorie zu. Es ginge aber zu weit, ihn als Nazi zu bezeichnen.⁷⁶⁰ Klaus Dodds schreibt zum Vergleich von Haushofer und Hitler:

Unlike Haushofer who was largely preoccupied with spatial relationships and the organic state, Hitler placed a far greater emphasis on the role of people (in his case the Aryan race) in determining the course of history and geography. [...] If the two agreed on anything, it was that

⁷⁴⁹ Hipler spricht von Hitlers Lehrmeister (Hipler, Bruno: *Hitlers Lehrmeister*), Herwig vom Dämonen der Geopolitik (Herwig, Holger H.: *The demon of geopolitics*. Lanham Md. 2016).

⁷⁵⁰ Ebd., S. 106.

⁷⁵¹ Hildebrandt, Rainer: *Wir sind die letzten. Aus dem Leben des Widerstandskämpfers Albrecht Haushofer und seiner Freunde*. Neuwied u.a. 1949, S. 37: „Der Grundakkord [von Karl Haushofer] gegenüber den Nazis war der englische Leitspruch: let us educate our masters. Sie sitzen nun einmal im Sattel, wir können sie nicht herunterwerfen“.

⁷⁵² Rudolf Heß (1894–1987), deutscher Politiker (NSDAP), seit 1933 Stellvertreter Hitlers in der Parteileitung.

⁷⁵³ Jacobsen, Hans-Adolf: *Geopolitik im Denken und Handeln deutscher Führungseliten*, S. 44. Dort zit. n. Haushofer, Karl: *Der nationalsozialistische Gedanke in der Welt*. München 1933, o.S.

⁷⁵⁴ Norton, Donald H.: *Karl Haushofer and the German Academy 1925-1945*. In: *Central European History* 1 (1968), S. 88; Werber, Niels: *Geopolitik zur Einführung*, S. 114.

⁷⁵⁵ Vgl. Rose, Detlev: *Die Thule-Gesellschaft Legende - Mythos - Wirklichkeit*. Tübingen ² 2000, 176-177; Werber, Niels: *Geopolitik zur Einführung*, S. 114.

⁷⁵⁶ Jacobsen, Hans-Adolf: *Karl Haushofer*, S. 343.

⁷⁵⁷ Der österreichische Schriftsteller Stefan Zweig (1881–1942) lernte Haushofer auf einer Asien-Reise kennen.

⁷⁵⁸ Zweig, Stefan: *Die Welt von gestern. Erinnerungen eines Europäers*. Frankfurt (Main) 1952, S. 176.

⁷⁵⁹ Hipler, Bruno: *Hitlers Lehrmeister*, S. 211.

⁷⁶⁰ Vgl. Ó Tuathail, Gearóid: *Geopolitik*, S. 21.

the German state was a super-organism that needed ‘living space’ and associated territorial outlets.⁷⁶¹

Dieser Positionierung von Dodds zwischen einer Haupttäterschaft und einem geringen Einfluss auf das NS-Regime soll sich hier angeschlossen werden. Dodds fährt fort, dass Haushofers Bedeutung seinen Höhepunkt in den späten dreißiger und frühen vierziger Jahren hatte. Ihr Ende lässt sich leicht durch den *Englandflug* von Heß erklären.⁷⁶² Hinzu kommt, dass seine Ehefrau nach den Nürnberger Rassegesetzen eine Halbjüdin war und sein Sohn Albrecht Haushofer den Attentätern des 20. Julis nahegestanden haben soll.⁷⁶³ Haushofer selbst versuchte sich kurz vor seinem Freitod 1946 als Opfer des Nationalsozialismus zu präsentieren, der selbst im Konzentrationslager Dachau gewesen sei und dessen Sohn von der SS ermordet wurde. Die Nationalsozialisten wären wenig offen für seine Geopolitik gewesen und hätten diese nicht verstanden. *Deutsche Geopolitik* sei von 1919 bis 1932 dem amerikanischen Pendant sehr ähnlich gewesen.⁷⁶⁴ Erst unter den Nationalsozialisten habe die *Deutsche Geopolitik* stark unter Druck gestanden.⁷⁶⁵ Was aber diese angeblich unter Druck entstandene und von den Nationalsozialisten missverstandene Geopolitik im Detail war, soll durch eine nähere Betrachtung von Haushofers Vorstellung zu Ost- und Ostmitteleuropa beantwortet werden.

Die Raum-Frage findet bei Haushofer große Beachtung. Dies begründet sich darin, dass er der Meinung ist, dass es den Deutschen am ihnen zustehenden Lebensraum mangle. Der deutsche Lebensraum sei verstümmelt – was das Volk nur unzureichend verstünde. Die Deutschen müssten einer „weltpolitischen Erziehung“ unterworfen werden, um dies zu verstehen. Ein Volk, das seine Verstümmelung annehme, müsse zu Grunde gehen.⁷⁶⁶ Für Haushofer ist Mitteleuropa nach dem Ersten Weltkrieg ein Trümmerfeld.⁷⁶⁷ Er lehnt die nach

⁷⁶¹ Dodds, Klaus: *Geopolitics*, S. 30.

⁷⁶² Rudolf Heß war am 10. Mai 1941 – ohne Befehl oder gar Kenntnis Hitlers – nach Großbritannien geflogen, um Verhandlungen mit den Briten aufzunehmen. Vgl. Fox, Jo: *Propaganda and the Flight of Rudolf Hess 1941–45*. In: *The Journal of Modern History* 1 (2011), S. 78–110.

⁷⁶³ Albrecht Haushofer (1903–1945) war wie sein Vater geopolitisch tätig. Für seine Nähe zu den Hitler-Attentätern vom 20. Juli 1944 wurde er im April 1945 von der SS in Berlin-Moabit erschossen. Im Zuge der Ermittlungen wurde sein Vater Karl Haushofer in das KZ Dachau inhaftiert. Zum Widerstandskämpfer Haushofer siehe auch Göttler, Norbert: *Dachau, Moabit und zurück. Eine Begegnung mit Albrecht Haushofer. Literarische Collage*. München 2020. Verwiesen sei an dieser Stelle auf ein von ihm begonnenes Handbuch zur Geopolitik, dessen erster Band posthum erschien. Haushofer, Albrecht: *Allgemeine politische Geographie und Geopolitik. Erster Band*. Heidelberg 1951.

⁷⁶⁴ Ó Tuathail, Gearóid: *Geopolitik*, S. 23.

⁷⁶⁵ Jacobsen, Hans-Adolf: *Karl Haushofer*, S. 641 [Apologie der deutschen Geopolitik].

⁷⁶⁶ Haushofer, Karl: *Weltpolitik von heute*. Berlin 1934, S. 36–37.

⁷⁶⁷ Ebd., S. 20.

1918 entstandene Zersplitterung Ostmitteleuropas ab und sprach sich generell gegen die nach dem Ersten Weltkrieg neugeschaffenen Staaten wie Polen, Jugoslawien oder die Tschechoslowakei aus. Bei diesen Staaten handele es sich um „unzulänglich gelöste Fragen, die falsche weltpolitische Zwischenlösungen erfuhren“. Diese Fragen gingen in ihrer historischen Dimension bis in das Mittelalter zurück.⁷⁶⁸

Gegenüber Polen verurteilt er eine Vertreibung der Deutschen, den Landraub, sowie den „polnischen Druck auf Danzig und Oberschlesien“.⁷⁶⁹ Seine Verurteilungen demgegenüber ändern sich auch nach dem Freundschaftsvertrag mit Polen im Januar 1934 nicht.⁷⁷⁰ Einzig für die polnischen Persönlichkeiten Piłsudski und Beck empfand Haushofer Bewunderung.⁷⁷¹ Jacobsen schreibt, Haushofers Einstellung gegenüber Polen sei „[w]iderspruchsvoll und nur durch seine charakteristische Anpassung an die offizielle Politik des Dritten Reiches [zu erklären]“. Generell befürwortet er eine deutsche Zusammenarbeit mit Russland. Die veränderte Politik Berlins gegenüber Polen und der *Hitler-Pilsudski-Pakt* bringen ihn dazu seine Meinung zu ändern.⁷⁷² Zum Zeitpunkt als Deutschland seine Politik gegenüber Polen erneut wandelt, positioniert sich auch Haushofer neu. So unterstellte er 1939 eine „Deutschenschlächterei in Polen“ und fügt sich damit in die NS-Propagandalinie ein.⁷⁷³ Von der Niederschlagung Polens zu Beginn des Krieges zeigt sich Haushofer begeistert. Seine Raum-Vorstellungen hätten „eine großartige Erfüllung im Herbst 1939 im Weichsel-Raum“ gefunden.⁷⁷⁴ Im August 1945 hingegen rechtfertigte sich Haushofer, dass er unmittelbar vor dem Krieg Heß davon hätte überzeugen wollen, dass eine „Gewaltentfesselung“ von ihm in keiner Weise gewünscht gewesen sei. Dies habe seinen geopolitischen Theorien widersprochen.⁷⁷⁵ Beides steht im Widerspruch zueinander und lässt sich wohl nur durch eine opportunistische Haltung Haushofers erklären. Linientreue beweist Haushofer eher in seinen Vorstellungen einer kontinentalen Allianz. Als Kontinent bezeichnet er hierbei die gesamte eurasische Landmasse. Europa grenzt Haushofer in seinem Band *Weltpolitik von heute* gegenüber der Sowjetunion ab. Er bedient sich hierbei des Begriffs *Halbasien*. Europas Grenze verlaufe „zum Unterlauf des Dnjestr und folgt der finnischen, estnischen, lettischen, polnischen,

⁷⁶⁸ Ebd., S. 90.

⁷⁶⁹ Jacobsen, Hans-Adolf: *Karl Haushofer*, S. 276.

⁷⁷⁰ Haushofer, Karl: *Weltpolitik von heute*, S. 153.

⁷⁷¹ Jacobsen, Hans-Adolf: *Karl Haushofer*, S. 276. Zur Bewunderung Piłsudskis siehe auch ebd., S. 371.

⁷⁷² Ebd., S. 273.

⁷⁷³ Haushofer, Karl: *Herbsten?* In: *Zeitschrift für Geopolitik* 10 (1939), S. 741. Wahrscheinlich wurde der Artikel in zeitlicher Nähe zum Kriegsbeginn verfasst. Heft 10 erschien im Oktober 1939 und kann somit als eine Rechtfertigung für den Krieg gesehen werden.

⁷⁷⁴ Haushofer, Karl: *Geopolitische Grundlagen*. In: *Die Verwaltungs-Akademie. Ein Handbuch für den Beamten im nationalsozialistischen Staat*. Hrsg. von Hans-Heinrich Lammers. Berlin o.J. [~1940], S. 40.

⁷⁷⁵ Jacobsen, Hans-Adolf: *Karl Haushofer*, S. 339.

rumänischen Grenze gegen die Sowjetbünde“.⁷⁷⁶ Bereits in seinem Werk *Dai Nihon* entwickelte Haushofer die Idee einer Zusammenarbeit von Deutschland und Russland gemeinsam mit Japan.⁷⁷⁷ Haushofer bezeichnet eine Achse Berlin-Moskau-Tokio als ständigen Alptraum Großbritanniens.⁷⁷⁸ Ziel sei eine Abwehr einer „angelsächsische[n] Bevormundung“.⁷⁷⁹

Unmittelbar vor dem Überfall auf die Sowjetunion veröffentlicht Haushofer den *Kontinentalblock*. Dass es zeitnah zur Operation Barbarossa kommt, zeigt deutlich, wie gering der Einfluss Haushofers 1941 war.⁷⁸⁰ In diesem Werk erwähnt er ideologische Barrieren zwischen Nazi-Deutschland und der UdSSR mit keinem Wort. Ganz im Gegenteil bezeichnet er „die Bildung eines mächtigen, Europa, Nord- und Ostasien umfassenden Kontinentalblockes“ als „[z]weifellos die größte und wichtigste weltpolitische Wendung unserer Zeit“.⁷⁸¹ Er spricht sich für eine Neuaufteilung der Welt in mehrere regionale Kontinentalsysteme aus und fordert ein Ende von Freihandel und überseeischen Reichen.⁷⁸² Für Polen ist in einem eurasischen Kontinentalblock kein Platz. Überhaupt habe Polen keine eigene Kraft zur Staatlichkeit und sei vom Westen gegen Russland und Deutschland aufrechtzuerhalten versucht. Der polnische Staat sei aber nicht in der Lage den Raum auszufüllen – ergo sei sein Raum zu groß gewesen.⁷⁸³ Hinzukäme, dass die Warschauer Eliten eine „größenwahnsinnige Selbstmörderpolitik“ betrieben, in dem sie sich gegen beide großen Nachbarn gestellt hätten.⁷⁸⁴ Haushofer betont aber gleichzeitig die Wichtigkeit des von Polen besetzten Raumes. Er greift hierbei auf einen Ausspruch von Raymond Leslie Buell⁷⁸⁵ zurück, wonach „Polen der Schlüssel zu einem neuen Europa gewesen“ sei.⁷⁸⁶ Polen sei zum Spielball Englands geworden, dass ein „labiles Gleichgewicht“ als Werkzeug ihrer Politik der

⁷⁷⁶ Haushofer, Karl: *Weltpolitik von heute*, S. 86–87.

⁷⁷⁷ Haushofer, Karl: *Dai Nihon*, S. 262.

⁷⁷⁸ Haushofer, Karl: *Der Kontinentalblock. Mitteleuropa, Eurasien, Japan* (= Kriegsschriften der Reichsstudentenführung 7). München 1941, S. 6.

⁷⁷⁹ Vgl. Spang, Christian W.: *Karl Haushofer und Japan. Der Einfluss der Kontinentalblocktheorie auf die Japanpolitik des Dritten Reiches*. https://www.academia.edu/238420/Karl_Haushofer_und_Japan._Der_Einfluss_der_Kontinentalblocktheorie_auf_die_Japanpolitik_des_Dritten_Reiches?auto=download (16.11.2016), S. 7. Der Artikel ist erschienen in: Spang, Christian W.: *Karl Haushofer und Japan. Der Einfluss der Kontinentalblocktheorie auf die Japanpolitik des ‚Dritten Reiches‘*. In: *11. Deutschsprachiger Japanologentag in Trier 1999. Bd. 1. Geschichte, Geistesgeschichte, Religionen, Gesellschaft, Politik, Recht, Wirtschaft*. Hrsg. von Hilaria Gössmann u. Andreas Mrugalla. Münster / Hamburg u.a. 2001.

⁷⁸⁰ Die Planungen zum Überfall auf die Sowjetunion (22. Juni 1941) und die Arbeiten am *Kontinentalblock* fanden somit parallel statt.

⁷⁸¹ Haushofer, Karl: *Der Kontinentalblock*, S. 3.

⁷⁸² Haushofer, Karl: *Geopolitik der Pan-Ideen* (= Weltpolitische Bücherei 21). Berlin 1931. Vgl. Gruchmann, Lothar: *Nationalsozialistische Großraumordnung*, S. 21.

⁷⁸³ Haushofer, Karl: *Der Kontinentalblock*, S. 32–33.

⁷⁸⁴ Ebd., S. 32.

⁷⁸⁵ Raymond Leslie Buell (1896–1946), US-amerikanischer Schriftsteller.

⁷⁸⁶ Buell, Raymond Leslie: *Poland. Key to Europe*. London 1939.

Balance of Power bräuchte. Polen habe auch seine geopolitische Lage nicht verstanden: Seine schwierigen Grenzen, das „heikle Zugangsverhältnis zum Meere“, die Rolle der Minderheiten sowie der hohe jüdische Anteil in der Stadtbevölkerung hätten Polen eine ruhige Situation anstreben lassen müssen. Stattdessen hätte man sich zum „Werkzeug britischer Unruhestiftung“ machen lassen.⁷⁸⁷

Haushofer ist – das muss ihm uneingeschränkt zugestanden werden – der Hauptvertreter der so genannten *Deutschen Geopolitik*. Wenn im deutschen Diskurs der Begriff *Geopolitik* in einem negativen Kontext fällt, steht Haushofer im Vordergrund der Kritik. Zwar stimmt es nicht, dass „1,000 Nazi Scientists, Technicians and Spies Are Working under Dr. Karl Haushofer for the Third Reich“.⁷⁸⁸ Nicht einmal gab es das schon sagenumwogene *Institut für Geopolitik*, dessen vermeintliche Existenz immer wieder in der Literatur Erwähnung findet.⁷⁸⁹ Dennoch bezieht sich die *Deutsche Geopolitik* größtenteils auf das Werk Haushofers. Eingangs wurde die Hypothese formuliert, wonach in deutschen geopolitischen Überlegungen (mindestens bis 1945) der Aspekt der Gegnerschaft zwischen Deutschland und Polen dominiert. In Bezug auf die Haushofersche Geopolitik trifft dies vollends zu. Der bayrische Professor gilt als einer der großen geopolitischen Fürsprecher einer deutsch-russischen Zusammenarbeit. Eine solche kann sich nur gegen Polen richten. Der von ihm geforderte Kontinentalblock, möglicherweise gestützt auf die Achse Berlin-Moskau-Tokio, ließ keinen Platz für einen souveränen polnischen Staat. Die Gegnerschaft zu Polen ergibt sich hierbei notgedrungen aus der geopolitischen Notwendigkeit einer Zusammenarbeit zwischen dem Reich und Russland. Interessanterweise bietet gerade seine prorussische Ausrichtung einen Beweis dafür, wie gering sein Einfluss auf Hitler und den NS-Staat war. Das heißt aber nicht, dass es keine wichtigen Überschneidungen, gerade im Bereich der Geopolitik zwischen Haushofer und dem Nationalsozialismus gibt. Gerade in Bezug auf die *Lebensraum*-Theorie sowie das Motiv des *Ewigen Kampfes* zeigt sich eine große Deckungsgleichheit zwischen beiden. Und wie bereits festgestellt, richten sich auch diese schlussendlich gegen Polen. Dort, wo geopolitische Denkschulen heutzutage Haushofer erneut aufgreifen – insbesondere wo diese eine deutsch-russische Dominanz auf dem eurasischen Kontinent propagieren – stellt dies eine Gefahr für

⁷⁸⁷ Haushofer, Karl: *Der Kontinentalblock*, S. 34–35.

⁷⁸⁸ So der Untertitel des im Reader's Digest erschienen Artikels. Sondern, Frederic: *The Thousand Scientists behind Hitler*.

⁷⁸⁹ Murphy, David Thomas: *Hitler's Geostrategist? The Myth of Karl Haushofer and the "Institut für Geopolitik"*. In: *The Historian* 76 (2014), S. 1–25.

gute deutsch-polnische Beziehungen beziehungsweise die Souveränität des polnischen Staates dar.

4.5.2. Carl Schmitt

Die Frage der geopolitischen Ausrichtung des Nationalsozialismus führt desweiteren zur Person Carl Schmitt.⁷⁹⁰ Während die Verbindung zwischen geopolitischem Denken und dem Nationalsozialismus bei Haushofer nicht nur sehr deutlich erscheint, sondern einstweilen auch publizistisch wie filmisch übertrieben wurde, ist sie es bei Carl Schmitt auf den ersten Blick weniger. Schmitt ist primär bekannt für sein juristisches Schaffen als Staats- und Völkerrechtler. Er beschäftigte sich unter anderem intensiv mit Fragen des Parlamentarismus und der Verfassungslehre.⁷⁹¹ So stellte er 1923 an den Parlamentarismus die Frage, ob dieser den aktuellen Gegebenheiten gewachsen sei. Schmitt verneint dies in seinen Ausführungen. Basis hierfür war insbesondere seine Ablehnung des Liberalismus. 1932 schreibt er ein weiteres bedeutendes Werk, in dem er sich mit dem *Begriff des Politischen* beschäftigt. Im Vordergrund dieser Analyse steht eine Dichotomie zwischen Freund und Feind. Hierbei handelt es sich nicht um moralische oder ästhetische Kategorien. Der Feind lässt sich wohl am besten durch den lateinischen Ausdruck *hostis*⁷⁹² erklären. Er ist damit Ausdruck des Anderen beziehungsweise des Fremden, also jenem, der der eigenen Gruppe nicht angehört. Die Feindschaft zeige sich dadurch in unterschiedlichen Interessen. Eine passende Übersetzung wäre somit sicherlich die

⁷⁹⁰ Carl Schmitt (1888–1985) zählt zu den bekanntesten und zugleich problematischsten deutschen Staatsrechtlern. Nach einem Studium der Rechtswissenschaften folgte 1910 eine Promotion *Über Schuld und Schuldarten* an der Universität Straßburg. 1914 wurde er, ebenfalls in Straßburg, mit einer Arbeit zum *Wert des Staates und die Bedeutung des Einzelnen* habilitiert. Nach Tätigkeiten als Soldat und Assessor war er nach dem Kriege hauptsächlich als Hochschuldozent tätig. Von Herbst 1933 lehrte er bis Kriegsende an der Berliner Universität. Größere Bekanntheit erlangte Schmitt insbesondere durch seine Tätigkeit als juristischer Berater der Kabinette von Papens (1879–1969) und von Schleicher (1882–1934). So vertrat er die Reichsregierung im Fall *Preußen vs. Reich*, der im sogenannten *Preußenschlag* mündete. In Unterstützung Schleichers zunächst in skeptischer Haltung gegenüber Hitler, wird der nach dessen Machtübernahme im Mai 1933 Mitglied der NSDAP. Im Juli d.J. macht Göring ihn zum Preußischen Staatsrat. In seinem wissenschaftlichen Schaffen wird Schmitt fortan das Handeln der Nationalsozialisten legitimieren, was ihm die Betitelung als *Kronjurist des Dritten Reiches* einbrachte. In diesem Kontext ist auch seine Titulierung der Nürnberger Rassegesetze als *Verfassung der Freiheit* zu verstehen. Nach dem Krieg wurde Schmitt mehrmals von den Siegermächten verhaftet. Es kam jedoch zu keiner Klageerhebung im Zuge der Nürnberger Prozesse, da sich Schmitt keiner konkreten Straftaten schuldig gemacht hatte. Bis zu seinem Tod 1985 lebte er zurückgezogen und eine Rehabilitierung erfolgte nicht.

⁷⁹¹ Schmitt, Carl: *Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus*. München 1923; Schmitt, Carl: *Verfassungslehre*. München 1928.

⁷⁹² *hostis*, lat. *der Feind*, auch *der Fremde*, *der Fremdling*, *der Andere*, *der Ausländer*. Sprachhistorisch geht dieser auf das indogermanische Wort *g^hosti* (dt. *Fremdling*) zurück. Im Deutschen entwickelte sich hieraus das Wort *Gast* (germ. *gasti* > ahd./mhd. *gast* > nhd. *Gast*). In den slawischen Sprachen entwickelte sich aus dem pslaw. *gost* 'beispielsweise das poln. *gość* (*Gast*) oder das russische *gost* ' (*Gast*, *Besucher*). Noch im Altrussischen findet sich die Bedeutung *Fremdling*, *Gast* oder *ausländischer Kaufmann*. Auch im Hinblick auf seine sprachhistorische Herkunft ist das lateinische *hostis* nicht allein als *Feind* zu verstehen, sondern eben auch als *Fremder* beziehungsweise *Anderer*. Demnach unterscheidet es sich semantisch dementsprechend vom *inimicus*, dem *Privatfeind*.

des Interessengegners. Diesen definiert er als eine grundlegende Unterscheidung zwischen Freund und Feind.⁷⁹³

Der Freund-Feind-Gegensatz sei eng verbunden mit Deutschlands Lage nach dem Ersten Weltkrieg. Für Schmitt wird der Frieden generell nur von jenen befürwortet, die von der Versailler Ordnung profitieren. Er selbst lehnt die Nachkriegsordnung wie den Völkerbund, das Genfer Protokoll von 1925 oder die Ächtung des Krieges im Briand-Kellogg-Pakt ab.⁷⁹⁴ Jene Ordnung zwinge Deutschland eine Aggressivität auf, auf die dann wiederum mit Gewalt reagiert werden müsse.⁷⁹⁵ Krieg wird hier nicht abgelehnt, sondern als legitime Option in Erwägung gezogen. Schmitt zeigt dabei ein klares antikantianisches Weltbild, das einen *Ewigen Frieden* nicht kennt. Anders ausgedrückt: Auch bei Schmitt findet sich das Motiv des *Ewigen Kampfes* wieder.

Generell bestand eine vor allem institutionelle Nähe Carl Schmitts zum Nationalsozialismus. Anfang der achtziger Jahre teilte Schmitt in bereits hohem Alter mit, „[er sei] nicht entnazifizierbar, weil [er] nicht nazifizierbar [war].“⁷⁹⁶ Schmitt, der bereits in der Weimarer Republik ein gewisses Renommee genoss,⁷⁹⁷ versuchte auch unter den Nationalsozialisten Karriere zu machen. Er war beispielsweise einer der bekanntesten Mitglieder der *Aktion Ritterbusch*.⁷⁹⁸ Die Nürnberger Gesetze stellten für ihn eine „Verfassung der Freiheit“ dar.⁷⁹⁹ Im Zuge der *Nacht der langen Messer* ließ er sich zu der Aussage verleiten:⁸⁰⁰ „Der Führer schützt das Recht vor dem schlimmsten Missbrauch, wenn er im Augenblick der Gefahr kraft seines Führertums als oberster Gerichtsherr unmittelbar Recht schafft.“⁸⁰¹ Diese Rechtfertigung war Grund für die Betitelung als „Kronjurist des Dritten

⁷⁹³ Schmitt, Carl: *Der Begriff des Politischen. Mit einer Rede über das Zeitalter der Neutralisierungen und Entpolitizierungen*. München 1932.

⁷⁹⁴ Schmitt, Carl: *Der Begriff des Politischen. Text von 1932 mit einem Vorwort und drei Corollarien*. Berlin ⁸ 2009, S. 51–58, v.a. S. 53.

⁷⁹⁵ Zu diesem Aufzwingen und der Spirale der Gewalt siehe insbesondere: Schmitt, Carl: *Die Wendung zum diskriminierenden Kriegsbegriff* (= Schriften der Akademie für deutsches Recht 33). München 1938.

⁷⁹⁶ Mehring, Reinhard: *Kriegstechniker des Begriffs. Biographische Studien zu Carl Schmitt* (= Beiträge zur Rechtsgeschichte des 20. Jahrhunderts 78). Tübingen 2014, S. 188.

⁷⁹⁷ Vgl. Breuer, Stefan: *Carl Schmitt im Kontext. Intellektuellenpolitik der Weimarer Republik*. Berlin 2012.

⁷⁹⁸ Bei der *Aktion Ritterbusch*, benannt nach ihrem Leiter Paul von Ritterbusch (1900–1945, Rektor der Universität Kiel, ebenfalls Jurist), handelte es sich um eine 1940 durch das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung ins Leben gerufene *Arbeitsgemeinschaft für den Kriegseinsatz der Geisteswissenschaft*. Ziel war die Schaffung einer wissenschaftlichen Grundlage für die Raum- und Bevölkerungspolitik der Nationalsozialisten. Vgl. Hausmann, Frank-Rutger: »*Deutsche Geisteswissenschaft*« im Zweiten Weltkrieg. Die »*Aktion Ritterbusch*« 1940–1945 (= Studien zur Wissenschafts- und Universitätsgeschichte 12). Heidelberg ³ 2007.

⁷⁹⁹ Schmitt, Carl: *Die Verfassung der Freiheit*. In: Deutsche Juristenzeitung 40 (1935), Spalte 1133–1145.

⁸⁰⁰ In der *Nacht der langen Messer* (Nacht vom 30. Juni auf den 1. Juli) sowie den Folgetagen ließ Hitler mögliche Konkurrenten innerhalb der NS-Bewegung größtenteils ermorden.

⁸⁰¹ Schmitt, Carl: *Der Führer schützt das Recht. Zur Reichstagsrede Adolf Hitlers vom 13. Juli 1934*. In: Deutsche Juristenzeitung 39 (1934), Spalte 946.

Reiches“.⁸⁰² Es würde allerdings zu weit gehen Schmitt als Nationalsozialisten zu bezeichnen. Für die Zeit nach 1933 wirkt er wie ein Karrierist, der wie ein *Märzgefallener* versucht den neuen Machthabern zu gefallen.⁸⁰³ Er bleibt – insbesondere für die juristische Fachwelt – unbestritten ein „moderner Klassiker des politischen Denkens“ (Herfried Münkler).⁸⁰⁴

Was macht den Juristen nun aus geopolitischer Sicht interessant? Schmitt beschäftigt sich insbesondere mit staatspolitischen Fragen. Der Staat ist für ihn nur *eine* Form der Realisierung von Politik. Nicht jeder Erdteil kennt eine Organisation durch die Bildung von Staaten. Diese in Europa übliche Organisationsform sei die Folge des Westfälischen Systems.⁸⁰⁵ Ende der dreißiger Jahre ist bei ihm jedoch die Rede von dessen „Enthronung“.⁸⁰⁶ In seinen Antworten ging er davon aus, dass diese Epoche der Staatlichkeit generell ein Ende nehme. Nationalstaaten würden sich allmählich auflösen. Schmitt warnt zugleich, dass eine Entstaatlichung nicht zu Universalismus führen dürfe. Ebenso gelte es, einen Weltstaat zu vermeiden, da – bezugnehmend auf das Freund-Feind-Denken – nach Schmittscher Definition ein solches Gebilde kein Gegenüber mehr hätte – und demnach politisch nicht mehr existieren könne. Für Schmitt sind eben nicht alle Menschen Brüder eines elysischen Gefildes. Das Streben nach einer Welteinheit wie im Marxismus oder Liberalismus lehnt er ab. Diese Ablehnung zeigt sich im Bonmot „Wer Menschheit sagt, will betrügen“.⁸⁰⁷

Für Schmitt tritt im Völkerrecht an die Stelle des Nationalstaates zukünftig der so genannte Großraum. Er unterscheidet hierbei zwischen Staaten und Reichen. Der Staat ist hierbei eine dem Großraum zurückgestellte Ordnung.

⁸⁰² Diese stammt vom Schmitt-Schüler Waldemar Gurian (1902–1954). Schmitts Engagement für den Nationalsozialismus führte zum Bruch mit dem jüdischstämmigen Politologen. Gurian, Waldemar: *Carl Schmitt. Der Kronjurist des III. Reiches*. In: Deutsche Briefe 4 (1934), 52-54.

⁸⁰³ Schmitt tritt im Mai 1933 der NSDAP bei und wird bis Kriegsende ihr Mitglied bleiben.

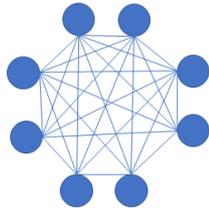
⁸⁰⁴ Münkler, Herfried: *Erkenntnis wächst an den Rändern*. <https://www.welt.de/print-welt/article583822/Erkenntnis-waechst-an-den-Raendern.html> (19.2.2021); Zur Modernität Carl Schmitts sei in diesem Zusammenhang erwähnt, dass sich auch der PiS-Vorsitzende Jarosław Kaczyński auf Carl Schmitt bezieht (Vgl. Huterer, Andrea: *Kampf der Rechten und Gerechten. Die politische Rhetorik der Kaczyńskis*. In: Osteuropa 11/12 (2006), S. 63. Kaczyński nennt in einem Interview mit der FAZ im Februar 2017 Schmitt selbst als Denker, auf den er sich bezieht (Schuller, Konrad: „Es gilt, dass Frau Merkel für uns das Beste wäre“. <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/kaczynski-wuenscht-sich-fuer-polen-einen-sieg-merkels-14859766.html> (10.1.2021)).

⁸⁰⁵ Das Westfälische System entstammt begrifflich dem den Dreißigjährigen Krieg beendenden Westfälischen Frieden (1648). Dieser Vertrag anerkannte die Souveränität der europäischen Fürsten sowie ihr Recht zum Kriege (*ius ad bellum*). Sein zentrales Element ist die Gleichwertigkeit und Gleichberechtigung der Staaten, über denen es keine übergeordnete Instanz gibt. Vgl. Voigt, Rüdiger: *Staatliche Souveränität. Essentials*. Wiesbaden 2016, S. 10–11.

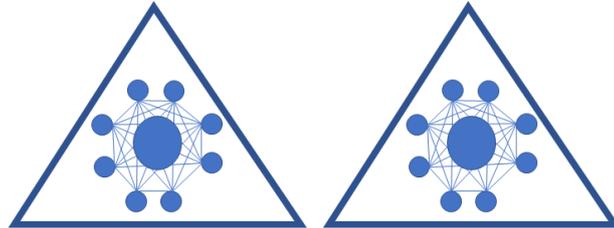
⁸⁰⁶ Enghofer, Sebastian / Hidalgo, Oliver: *Carl Schmitts Paradigma der Internationalen Beziehungen und seine sicherheitspolitische Bedeutung*. In: Carl-Schmitt-Studien 2 2 (2018), S. 22.

⁸⁰⁷ Schmitt, Carl: *Der Begriff des Politischen*, S. 55.

Westfälisches System



Großraum-Theorie



Westfälisches System vs. Großraum-Theorie nach Carl Schmitt. Im Westfälischen System sind alle Staaten (kleine Kreise) souverän und gleichberechtigt. In der Großraum-Theorie sind sie Teil eines Großraums (Dreieck). Der Großraum wird dominiert durch ein Reich (großer Kreis).

In der Schaffung einer über dem Staat stehenden Instanz lässt sich deutlich das Ende der westfälischen Ordnung mit ihrer Staatssouveränität erkennen. Den Staaten, also den eigentlichen Adressaten des Völkerrechts, wäre damit ihre Souveränität zugunsten des Reiches genommen. Schmitt ist der Auffassung, dass „[e]in ‚politisch erwachtes‘ Volk [...] in die Gebiete benachbarter Völker eine politisch-weltanschauliche Idee [ausstrahlt], die zum beherrschenden Ordnungsprinzip dieses Raumes wird, und [...] diesen Raum gegen raumfremde Interventionen [schützt]“.⁸⁰⁸ „Das Reich ist nicht einfach ein vergrößerter Staat“,⁸⁰⁹ oder „der von ihm vor Interventionen bewahrte Großraum selber“.⁸¹⁰

Die Staaten (Nicht-Reiche) müssten als eigene Größen und Völkerrechtssubjekte zweiten Ranges bestehen bleiben, wenn die Rechtsbeziehungen zwischen dem Reich und den Staaten nicht innerstaatlicher Art und der Großraum kein Groß- oder Überstaat sein sollte.

⁸⁰⁸ Gruchmann, Lothar: *Nationalsozialistische Großraumordnung*, 121-145, insbesondere 124. Dort zitiert nach Schmitt: *Großraumordnung*, S. 19–20.

⁸⁰⁹ Schmitt, Carl: *Völkerrechtliche Großraumordnung mit Interventionsverbot für raumfremde Mächte. Ein Beitrag zum Reichsbegriff im Völkerrecht* (= Politische Wissenschaft 2). Berlin³ 1941, S. 52.

⁸¹⁰ Ebd., S. 35.

Es können hierbei deutliche Anknüpfungspunkte zu bereits untersuchten geopolitischen Theorien erkannt werden. So greift Schmitt auf Ratzel, Kjellén sowie auch Mackinder zurück.⁸¹¹ Gerade seine Großraumordnung erinnert stark an jene bei Kjellén.⁸¹²

Schmitt denkt hierbei primär als Jurist in rechtlichen Kategorien. Sein Reich ist dabei weder ein Groß- oder Überstaat wie bei Naumann, noch soll es die Staaten als seit dem Westfälischen Frieden definierte Völkerrechtsobjekte ersetzen. Reich und Großraum sollen vielmehr dem Völkerrecht hinzugefügt werden. „Das Ziel Schmitts ist eine *neue Völkerrechtsordnung*, die auf völkerrechtlich anerkannten *Großräumen mit Interventionsverbot* für raumfremde Mächte und auf den innerhalb der Großräume führenden, diese ordnenden und gegeneinander abgrenzenden *Reiche* beruht.“⁸¹³ Dahinter stand die Ablehnung des „universalistischen Völkerrechts“. Dieses geht vom Staat als Völkerrechtssubjekt aus. Staaten sind in der Theorie des Völkerrechts gleichberechtigt, unabhängig beziehungsweise souverän. Schmitts Argument ist insbesondere, dass es in der Praxis die Großmächte und nicht die Staaten sind, die agieren.⁸¹⁴

In Bezug auf die Großräume spricht Schmitt von so genannten Präkonzepten, eine politische Idee, die aber kein geltendes Recht (Völkerrecht) darstelle. Sie bestehe bereits heute aufgrund eines Kräfteverhältnisses. Diese Konzepte stehen in Verbindung mit räumlichen Dimensionen. Als Beispiel könnte hier die oben erwähnte Monroe-Doktrin der USA dienen. Die räumliche Dimension ist bei Schmitt der Großraum, in dem das Präkonzept quasi-rechtlich sei.⁸¹⁵ Für Schmitt sprach die Monroe-Doktrin erstmals von Großräumen. Daher sucht er in ihr eine Rechtfertigung für eine Großraumpolitik. Bewusst findet sich aus diesem Grund in Bezug auf die Großraumtheorie die Formulierung einer *deutschen Monroe-Doktrin*. Denn wo sich die USA eine Intervention in den amerikanischen Großraum durch europäische Mächte verbat, nahm nun auch das Deutsche Reich dieses Recht für sich in Anspruch. Deutschland ist sicherlich der Ausgangspunkt für die völkerrechtlichen Überlegungen von Carl Schmitt. Dies zeigt sich nicht zuletzt in der von ihm gewählten Begrifflichkeit. Das Wort *Reich* lässt sich deutlich auf das Deutsche Reich zurückführen. In Schmitts juristischen Ausführung muss der Versuch einer völkerrechtlichen Legitimation der Beherrschung eines Großraums, das heißt der

⁸¹¹ Vgl. Werber, Niels: *Geopolitik zur Einführung*, S. 83.

⁸¹² Ebd.

⁸¹³ Gruchmann, Lothar: *Nationalsozialistische Großraumordnung*, S. 23.

⁸¹⁴ Schmitt, Carl: *Völkerrechtliche Grossraumordnung mit Interventionsverbot für raumfremde Mächte*, S. 37.

⁸¹⁵ Dugin, Alexandr: *Konflikte der Zukunft*. Selent 2015, S. 92.

in ihm gelegenen Staaten durch das Deutsche Reich gesehen werden.⁸¹⁶ Für Schmitt ist Deutschland ein „zwischen dem Universalismus der Mächte des liberaldemokratischen völkerassimilierenden Westens und dem Universalismus des bolschewistisch-weltrevolutionären Ostens“ gelegenes Reich. Es müsse „nach beiden Fronten die Heiligkeit einer nicht-universalistischen, volkhaften, völkerachtenden Lebensordnung [verteidigen]“.⁸¹⁷ Schmitt beschreibt hierbei keinen konkreten Raum, den das Deutsche Reich beherrschen solle. Generell geht er von einem natürlichen Wachstum der Völker aus. Diesem stellten sich der Versailler Vertrag und das bestehende Völkerrecht entgegen. 1940 schrieb er, dass das Reich diese Widerstände überwunden und damit seinen Platz im Großraum gefunden hätte.⁸¹⁸

Mit Verweis auf einen bereits erwähnten vermeintlichen Opportunismus Carl Schmitts kann hierin in erster Linie der Versuch einer juristischen Rechtfertigung der Geopolitik des Reiches gesehen werden.⁸¹⁹ Schmitts Schaffen ist insbesondere seit dem Dritten Reich stark mit dem Begriff des Raumes verbunden.⁸²⁰ Er unterscheidet zwischen dem *gekerbten Raum* und dem *glatten Raum*. Während der *gekerbte Raum* die „Arbeit des Menschen“ zeige, ist der *glatte Raum* recht- und ordnungslos, ungepflegt sowie kulturlos – und damit „freies Feld“ der „Okkupation und Expansion“.⁸²¹ Im Zusammenhang mit der Forschungsfrage kommt jedoch die Frage auf, ob solch ein Denken nicht auch auf Polen Bezug nehmen konnte.

Zu Polen äußert sich Schmitt wenig. Dies erklärt sich möglicherweise am ehesten durch den theoretischen Charakter seiner Schriften. Es ist zum Beispiel unklar, ob Polen für Schmitt ein *glatter* oder *gekerbter Raum* sei. Auch wer in ihnen somit die Aussage sucht, wonach Polen als Staat im Großraum des Deutschen Reiches läge und sich seinem Einfluss unterzuordnen habe, wird eine solche direkte Aussage nicht vorfinden. Zu Polen äußert sich Schmitt primär in einem kleinen Fragment aus dem Jahre 1950. Es beschreibt dort Polens Ohnmacht im 18. Jahrhundert, welche zum Untergang der Ersten Republik geführt habe.⁸²² Hiernach fehlte

⁸¹⁶ Zum Begriff *deutsche Monroe-Doktrin* siehe Gruchmann, Lothar: *Nationalsozialistische Großraumordnung*, S. 11–27.

⁸¹⁷ Schmitt, Carl: *Völkerrechtliche Grossraumordnung mit Interventionsverbot für raumfremde Mächte*, S. 71.

⁸¹⁸ Schmitt, Carl: *Großraum gegen Universalismus*, S. 343. Hier zit. n. Werber, Niels: *Geopolitik zur Einführung*, S. 131.

⁸¹⁹ Eine tiefere völkerrechtliche Auseinandersetzung soll an dieser Stelle vermieden und die Beschränkung auf die geopolitische Bedeutung in den Vordergrund gestellt werden.

⁸²⁰ So äußerte Schmitt sich 1939 in seinem Werk *Völkerrechtliche Großraumordnung und Interventionsverbot für raumfremde Mächte* zur Raumfrage. Drei Jahre später erschien das Werk *Land und Meer*, 1950 folgte *Der Nomos der Erde im Völkerrecht des Jus Publicum Europaeum* sowie 1995 postum *Staat – Großraum – Nomos*.

⁸²¹ Ebd., S. 32.

⁸²² Schmitt, Carl: *Der Nomos der Erde im Völkerrecht des Jus publicum Europaeum*. Berlin ² 1974 [Nachdruck 1950], S. 137: „Das Königreich Polen hat das feudale Stadium nicht überwunden und die Organisation des modernen europäischen Staates nicht erreicht. Es war kein Staat und konnte daher im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts unter Staaten verteilt werden. Dabei hatte es nicht einmal die Kraft, den auf seine Kosten

es den Polen an einer eigenen Staatlichkeit bereits im 18. Jahrhundert. Trotz dieser sich durch die Teilungen manifestierenden fehlenden Staatlichkeit erkennt auch Schmitt an, dass sich die polnische Nation jedoch erhielt – ein Zustand, der dem Völkerrecht und damit dem westfälischen System fremd war. Darüber hinaus lässt sich aber keine Sympathie für die Polen erkennen. Entscheidend ist vielmehr, welche Auswirkung die Schmittschen Überlegungen für die geopolitische Konstellation Deutschlands und Polens gehabt hätten. In Bezug auf Schmitts Freund-Feind-Dichotomie könnte aus geopolitischer Sicht die Frage gestellt werden, ob Deutschland und Polen Interessensgegner sind. Aus Sicht Schmitts kann dies nicht nur vor dem Hintergrund des Versailler Vertrages angenommen werden. Von Charles de Gaulle⁸²³ ist der Satz überliefert, wonach „[l]es États n'ont pas d'amis, ils n'ont que des intérêts“.⁸²⁴ Aus Sicht Schmitts ließe sich dem uneingeschränkt zustimmen. Staaten stünden aufgrund ihrer Natur bereits im Interessenskonflikt miteinander und sind Interessensgegner. Natürlich gäbe es vereinzelt Interessensüberschneidungen. So sicherlich auch im Falle Deutschlands und Polens. Aber am Ende bleiben beide Feinde, da ihre Interessen niemals absolut deckungsgleich sein können. Eine kurzzeitige Zusammenarbeit wäre möglich, aber langfristig stünde der Konflikt im Vordergrund. Umgehen lassen würde sich eine direkte Konfrontation auch hier nur durch eine Unterordnung. Die von Schmitt beschriebene Großraumtheorie würde diese Unterordnung hervorrufen. Auch wenn Schmitt sich nicht zu Polen direkt äußert oder es in eine Großraumtheorie einordnet, kann stark angenommen werden, dass Polen dem deutschen Großraum zugefallen wäre. Im Großraum wäre die polnische Souveränität vollkommen hinter der Souveränität des Reiches untergegangen. Demnach wären die Deutschen das durch den Nationalsozialismus „politisch erwachte“ Volk, das seine nationalsozialistische Ideologie auf die in seinem Großraum liegenden Nachbarstaaten ausstrahle. Aufgrund des Interventionsverbots raumfremder Mächte wäre es Polen nicht mehr möglich westliche Mächte oder die Sowjetunion als Verbündete zu gewinnen. Es stünde damit in reiner Abhängigkeit von Berlin. Deutschland könnte dann auf Basis des Völkerrechts einen Einfluss auf die polnische Innenpolitik nehmen.

Insgesamt liefert Schmitt die völkerrechtliche Legitimität einer Unterordnung anderer Staaten in den Herrschaftsbereich Berlins. Zwar kann ihm hier ein opportunistisches Handeln

vorgenommenen Teilungen und Landnahmen polnischen Bodens durch die benachbarten Staaten (1792, 1793, 1795) einen Staatenkrieg entgegenzusetzen; wohl aber vermochte die polnische Frage die zwischenstaatliche Raumordnung des europäischen Völkerrechts durch das ganze 19. Jahrhundert hindurch in Frage zu stellen und den Unterschied von Volk (Nation) und Staat auch mit völkerrechtlicher Auswirkung lebendig zu halten.“

⁸²³ Charles de Gaulle (1890–1970), französischer Militär und Politiker (UNR), 1944–1946 Präsident der Provisorischen Regierung, 1958 Ministerpräsident, 1959–1968 Präsident der Republik Frankreich.

⁸²⁴ Walther, Éric: *Écoutes. l'impérialisme 2.0*. In: La Tribune (5.7.2013), S. 8.

unterstellt werden. Aber in gewisser Weise handelt er vor einem realpolitischen Hintergrund. Geopolitik wird hauptsächlich und vor allem entscheidend von den großen Mächten betrieben. Diese Wirklichkeit wollte Schmitt im Völkerrecht verankert sehen.

4.5.3. Nationalsozialistischer Grundplan

Nach dieser Untersuchung der NS-Ideologie auf einen geopolitischen Rahmen nach dem gehandelt wurde, insbesondere in Hitlers *Mein Kampf*, sowie nach der Untersuchung zweier wichtiger Vertreter deutscher Geopolitik soll sich der Frage zugewandt werden, welche konkrete Bedeutung diese zum Teil sehr theoretischen Überlegungen in der Ausgangslage 1933 hatten. Auf die Frage, wie gefestigt das geopolitische Weltbild der Nationalsozialisten bei der Machtübernahme war, fällt der Blick zunächst auf die so genannte Liebmann-Aufzeichnung. In ihr zeichnete Generalleutnant Curt Liebmann⁸²⁵ nachträglich in Stichpunkten eine zweieinhalbstündige Rede Hitlers vor hohen Vertretern der Reichswehr am 3. Februar 1933 auf.⁸²⁶ In dieser Besprechung vier Tage nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler klingen Hitlers Pläne noch sehr vage. Wie geopolitische Macht genutzt werden soll, sei „[j]etzt noch nicht zu sagen. Vielleicht Erkämpfung neuer Export-Mögl., vielleicht – und wohl besser – Eroberung neuen Lebensraumes im Osten u. dessen rücksichtslose Germanisierung“.⁸²⁷ Solche unscharfen Formulierung können selbstverständlich unterschiedliche Gründe haben. Es stellt sich sicherlich die Frage, wie offen Hitler sich vor Teilen der Generalität äußern wollte, deren Vertrauen er nicht sicher sein konnte. Denkbar wäre auch, dass in der Theorie Unterschiedlichstes zu planen möglich war, aber diese Theorie nun auf die Wirklichkeit traf – jene Handlungsmöglichkeit, die sich durch die Machtübernahme ergab. Vielleicht aber erklären sich Hitlers Worte an dieser Stelle primär durch die miserable militärische Lage und die geopolitischen Möglichkeiten, die im Jahre 1933 noch sehr eingeschränkt waren.

Auf die Frage, ob es einen geopolitischen Grundplan gab, auf den der Nationalsozialismus in seiner Außenpolitik hinarbeitete, gibt die Geschichtswissenschaft unterschiedliche Antworten. Jacobsen spricht zwar von einer „Grundlinie in der NS-Außenpolitik“, die „zeitweilig verdeckt“ gewesen sei. Er konnte aber keine „konkrete[n] Pläne

⁸²⁵ Curt Liebmann (1881–1960), deutscher Militär.

⁸²⁶ Der Text der Liebmann-Aufzeichnung ist unter anderem abgedruckt in Hofer, Walther: *Der Nationalsozialismus. Dokumente 1933–1945*. Frankfurt (Main) 1982, S. 180–181. Die Niederschrift der Rede vor den Spitzen der Reichswehr findet sich ebenfalls unter *Adolf Hitler, Rede vor den Spitzen der Reichswehr, 3. Februar 1933*. https://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0109_hrw&l=de (10.1.2021).

⁸²⁷ *Hitler spricht vor den Befehlshabern des Heeres und der Marine (3.2.1933)*. <https://www.ns-archiv.de/krieg/1933/03-02-1933.php> (10.1.2021).

mit Daten, Phasen und Alternativen“ erkennen.⁸²⁸ Es gäbe keine Phase der Revision und späteren Expansion, sondern lediglich eine „Phase verdeckter Aggressionsvorbereitung“ bis 1937, gefolgt von einer „Periode offener Expansion mittels Gewaltandrohung“ seit 1938 sowie eine sich anschließende Phase der „Entfesselung des Krieges“ im Jahre 1939. Hildebrand sieht einen gewissen Rahmen, einen Grundplan Hitlers. Demnach solle ein nationalsozialistisches Deutschland einen Pakt mit Großbritannien eingehen, um so im Osten nach eigenem Ermessen vorgehen zu können.⁸²⁹ Der Grundplan wäre demnach die Expansion (vor allem nach Osten). Dies wäre gewiss etwas anderes als die von vielen anderen politischen Kräften des Reiches angestrebte Revision. Jedoch ergäben sich hieraus auch gewisse Schnittmengen, beispielsweise in der Aufrüstung.⁸³⁰

In seinem außenpolitischen Handeln setzte die nationalsozialistische Diktatur weder die Vorgaben aus *Mein Kampf* seitengenau um noch wurden Haushofer oder Schmitts Ausführungen als Gebrauchsanweisung verstanden oder angewandt. Eine Checkliste beziehungsweise eine genaue Wegbeschreibung zum Endsieg gab es nie. Was aber durchaus gesagt werden kann, ist, dass der Nationalsozialismus gewisse Ziele durchaus verfolgte. Das Endziel der Weltherrschaft lässt sich hierbei aufgrund gewisser Formulierungen Hitlers sowie der Bedeutung des *Ewigen Kampfes* durchaus annehmen. Die beschriebenen ideologischen Grundlagen des Nationalsozialismus im Bereich der Außen- und Geopolitik sind allein Ausdruck dessen, was langfristig erreicht werden sollte. Wie der Weg dahin auszusehen hatte, konnte je nach gegebener Situation unterschiedlich beantwortet werden. Es richtete sich nach der geopolitischen Situation und der Frage, wie hierauf reagiert werden konnte beziehungsweise wie Deutschland das bestmögliche aus den Gegebenheiten ziehen konnte. Nirgends zeigt sich dies besser als bei dem Ziel des *Lebensraumes im Osten*. Gleichzeitig betrifft dieser Punkt insbesondere Polen – aber auch Russland. Gerade in der östlich orientierten *Lebensraum*-Politik der Nationalsozialisten sollte sich ein gewisser Pragmatismus sowie eine hohe Anpassungsfähigkeit zeigen.

Ein pragmatischer Ansatz vertrug sich jedoch nur sehr eingeschränkt mit den geopolitischen Theorien. Ein von Haushofer angestrebter Kontinentalblock musste 1933 schlicht utopisch wirken. Umsetzbar war er nur in Interaktion mit der Sowjetunion – entweder in Form einer Zusammenarbeit oder aber durch eine Niederschlagung und Besetzung der UdSSR. Von beidem konnte 1933 schwer die Rede sein. Eine Zusammenarbeit mit dem

⁸²⁸ Jacobsen, Hans-Adolf: *Nationalsozialistische Aussenpolitik 1933-1938*, S. 599.

⁸²⁹ Hildebrand, Klaus: *Deutsche Außenpolitik 1933-1945*, S. 31.

⁸³⁰ Ebd., S. 35.

jüdischen Bolschewismus,⁸³¹ hätte den Nationalsozialismus vor schwere ideologische Probleme gestellt. Erfolgreich hatte sich Hitler in den Jahren vor der Machtübernahme gegen jene Kräfte in der NSDAP gestellt, die eine Zusammenarbeit mit der Sowjetunion angestrebt hatten. Zwar wäre ein Umschwung für den Nationalsozialismus nicht unüblich gewesen, die Schaffung von Grundlagen einer strategischen Zusammenarbeit mussten sich allerdings schwer gestalten. Und gegen wen sollte sich ein solches Bündnis richten? Die UdSSR hatte sich erst 1932 dem Westen mit einer Reihe von Nichtangriffspakten angenähert. Eine Zusammenarbeit mit Moskau hätte Hitlers Aufmerksamkeit entweder gegen den Westen richten müssen – das widersprach seinem Wunsch nach *Lebensraum im Osten*. Oder aber es hätte den Fokus auf Ostmitteleuropa gerichtet, dass wiederum durch das französische Bündnissystem eng an den Westen gebunden war. Der Bolschewismus war sicherlich ein Hindernis für eine längerfristige Zusammenarbeit mit Moskau. Anfängliche Ideen einer Zusammenarbeit – selbst bei Hitler – mit einem weißen Russland hatten sich aufgrund der für die *Bolševiki* siegreichen Oktoberrevolution als nicht umsetzbar erwiesen. Das Ziel der Zusammenarbeit mit einem „arischen Russland“ bestand aber auch in den dreißiger Jahren in der NS-Ideologie fort.⁸³² Ebenso aussichtslos schien eine Niederschlagung der UdSSR. Eine solche Aussicht bestünde erst, wenn Deutschland einerseits seine eigene Position gefestigt hätte sowie als Großmacht erneut stärker in Erscheinung getreten wäre und andererseits Verbündete an sich gebunden hätte, mit denen ein Feldzug gegen die Sowjetunion möglich gewesen wäre. Auch was Schmitts Theorien zum Großraum betraf, so musste eine Umsetzung unmittelbar nach der Machtübernahme sich ebenso schwierig darstellen. Weder gab es gegenüber Russland und den westlichen Großmächten die nötige Stärke, um einen Anspruch auf einen Großraum aufrechtzuerhalten, noch verfügte das Reich über den notwendigen Einfluss auf seine Nachbarstaaten. Auch konnte – wie Schmitt es forderte – nicht von einem Ausstrahlen des Nationalsozialismus als Ideologie auf Deutschlands Nachbarn gesprochen werden.

Um die ideologischen Ziele des Nationalsozialismus zu erreichen und um in die Lage zu kommen geopolitische Ziele umzusetzen beziehungsweise zu erreichen, war es notwendig die Position des Reiches zu verbessern. Dies musste – neben der Steigerung der militärischen Kraft

⁸³¹ Zur vom Nationalsozialismus übernommenen These einer Verbindung von Judentum und Bolschewismus: Rosenberg, Alfred: *Der jüdische Bolschewismus*. In: *Schriften und Reden*. Hrsg. von Alfred Rosenberg. München 1943, S. 567–574; Eckart, Dietrich: *Der Bolschewismus von Moses bis Lenin. Zwiegespräch zwischen Adolf Hitler und mir*. München 1925.

⁸³² Siehe hierzu insbesondere Rosenberg, Alfred: *Der Mythos des 20. Jahrhunderts*. München 1930, 213-214.

durch Aufrüstung – die Findung von Partnern bedeuten. Nur in einem pragmatischen Ansatz, der sich an den geopolitischen Umständen orientierte, konnte ein Erfolg gesehen werden.

4.6. Geopolitische Konzeptionen in Polen

Nach dieser ausgiebigen Analyse der mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten vorherrschenden geopolitischen Konzeptionen gilt es ebenso die in der Zweiten Republik vorherrschenden Konzeptionen zu erörtern. Anders als in Deutschland gab es in Polen für die beiden Fallbeispiele 1933/34 und 1938/1939 keine den Staat dominierende Ideologie auf dessen Fundament geopolitische Theorien wuchsen. Vielmehr führten sich im neuerstandenen polnischen Staaten die geopolitischen Diskurse der Vorkriegszeit fort. Zwar wurde Polen seit dem Mai 1926 von der von Piłsudski angeführten *Sanacja* regiert.⁸³³ Dies führte jedoch nicht zu einer Unterdrückung anderer geopolitischer Konzeptionen. So kann für die Zeit der Zweiten Republik durchaus von einem geopolitischen Disput gesprochen werden, der sich neben der Positionierung gegenüber der Sowjetunion vor allem mit der geopolitischen Ausrichtung gegenüber Deutschland beschäftigte. Zunächst soll der Blick auf die *Endecja*, anschließend auf die *Sanacja* sowie abschließend auf die prodeutsche Schule gerichtet werden.

4.6.1. Roman Dmowski und die piastische Idee

Den Blick zunächst auf Dmowski richtend ist festzustellen, dass die bereits im vorausgegangenen Kapitel beschriebenen politischen wie im besonderen geopolitischen Ansichten des Führers der Nationaldemokratie sich auch nach dem Krieg und der Gründungsphase der Zweiten Republik in ihren Grundzügen nicht verändert hatten. So positionierte er sich mehrmals publizistisch gegen antirussische Kommentare und kritisierte Wünsche nach einer gegen Russland ausgerichteten Außenpolitik Polens. Seiner Meinung nach war es auch nach dem Weltkrieg das Deutsche Reich, dass die Sicherheit bedrohte. Grund hierfür seien starke revisionistische Tendenzen in der Politik Berlins. Diese richteten sich in erster Linie gegen Polen. Dieser deutsch-polnische Gegensatz könne nicht überwunden werden, weshalb es polnische Staatsräson sein müsse, sich Verbündete gegen Deutschland zu

⁸³³ Im Mai 1926 war es in Warschau zu einem *Coup* unter Führung von Piłsudski gekommen. Je nach Sichtweise wird dieser entweder unterstützend als *Maiwende* (*Przewrót majowy*) oder kritisch als *Maiputsch* (*Zamach majowy*) bezeichnet. Die Rolle der *Sanacja* (dt. *Gesundung*) wird in der polnischen Geschichtsschreibung unterschiedlich gesehen.

suchen.⁸³⁴ Dementsprechend stellte sich der Zusammenbruch des Deutschen Kaiserreiches sowie der k.u.k. Monarchie aus geopolitischer Sicht für Dmowski als nahezu ideal dar.

Sein Ziel als Nationalist war und blieb die Schaffung eines starken und modernen Nationalstaates. Bereits in einem am 8. Oktober 1918⁸³⁵ veröffentlichten *Memorandum über das Territorium eines polnischen Staates* hatte Dmowski gefordert, dass Polen „groß und stark“ und von Deutschland wirtschaftlich unabhängig sein müsste. Hierzu bedürfe Polen eines Zugangs zum Meer und zur schlesischen Kohle. Jener souveräne Staat solle mit dem polnischen Siedlungsgebiet identisch sein.⁸³⁶ Hinter der Formulierung des „polnischen Siedlungsgebiets“ verbirgt sich jedoch mehr als nur der Wunsch nach mehrheitlich von Polen besiedelten Gebieten. In das polnische Staatsgebiet sollten demnach auch Territorien inkorporiert werden,⁸³⁷ in denen lediglich eine polnische Minderheit lebte. Dies betraf vor allem die Ostgrenze des neuen polnischen Staates. Die nicht-polnischen Mehrheiten dieser Gebiete, die gemessen an ganz Polen ethnische Minderheiten darstellten, sollten durch den polnischen Staat und die polnische Gesellschaft assimiliert werden. Die ethnischen Minderheiten sollten zu klein sein, um sich in Form von Separationen erheben zu können, dennoch sollten aber die annektierten Gebiete groß genug sein, um für Polen einen Nutzen darzustellen. Dies betraf in erster Linie die ostslawischen Völker wie Ukrainer und Belarussen. Dmowski ging es hierbei nicht allein um eine Erweiterung des polnischen Staatsterritoriums. Geopolitisch sah er vielmehr eine Gefahr in einer souveränen Ukraine oder einem belarussischen Staat. In beiden Völkern sei die Nationenbildung noch nicht zu weit fortgeschritten, was derartige staatliche Gebilde nur allzu anfällig für Russland oder Deutschland machte.⁸³⁸

Das Deutsche Reich blieb in Dmowskis Augen auch nach Wiedererlangung der polnischen Staatlichkeit Polens die größte Bedrohung.⁸³⁹ Dementsprechend war Dmowski an einer möglichst großen Schwächung des Reiches interessiert. Dies artikulierte sich insbesondere in der Grenzfrage. Dmowski ging dabei von der Formel aus, dass je weiter

⁸³⁴ Kawalec, Krzysztof: *Problem prorosyjskości Romana Dmowskiego*. Der Beitrag wurde ebenfalls publiziert in Zakrzewski, Maciej: *Między realizmem a apozazją narodową*.

⁸³⁵ Einen Tag zuvor hatte der von den Mittelmächten im Königreich Polen eingesetzte Regentschaftsrat einen unabhängigen polnischen Staat auf Basis des 14-Punkte-Programms von US-Präsident Woodrow Wilson verkündet.

⁸³⁶ Das *Memorial o terytorium Państwa Polskiego* ist abgedruckt in Dmowski, Roman: *Polityka polska i odbudowanie państwa*. Komorów 2011, S. 444–449.

⁸³⁷ Aus diesem Grund wird ebenfalls vom Konzept der Inkorporation (*Koncepcja inkorporacyjna*) gesprochen.

⁸³⁸ Zur Positionierung Dmowskis gegenüber einem ukrainischen Staat siehe: Dmowski, Roman: *Świat powojenny i Polska*. Warszawa 1931. Zuletzt erschienen in Wrocław 2020.

⁸³⁹ In den Beständen der früheren Publikationsstelle Berlin-Dahlem befinden sich einige Übersetzungen von Texten Dmowskis. So auch Dmowski, Roman: *Deutschland und Polen*. Berlin [ca.] 1931. Es handelt sich um die Übersetzung eines Oberkapitels des in der vorausgegangenen Fußnote erwähnten Werkes.

Deutschland nach Westen gedrängt würde, desto schwächer sei es. Eine Verschiebung der Reichsgrenze nach Westen war allerdings nicht mit einer generellen Westverschiebung Polens verbunden, wie sie dann nach 1943 beschlossen wurde. Eine Hinwendung zu den piastischen Territorien bedeutete keine Abwendung von den östlichen Gebieten.⁸⁴⁰

Dmowski artikulierte klare Vorstellungen wie die Grenzen des neu entstandenen polnischen Staates auszusehen hatten. Die von ihm geführte polnische Delegation reichte am 28. Februar sowie am 3. März 1919 zwei Noten auf der Pariser Friedenskonferenz ein, die die polnischen Grenzwünsche manifestieren sollten. Im Osten lag die Dmowski-Linie in ihrem südlichen Abschnitt nur unweit von der späteren Grenze der Zweiten Republik und verlief östlich von *Kamieniec Podolski* (ukr. *Kamjanez-Podilskyj*), *Nowogród Wołyński* (ukr. Nowohrad-Wolynskyj)⁸⁴¹, westlich von *Mozyrz* (belarus. *Masyr*, rus. *Mosyr*), westlich von *Żłobin* (russ./belarus. *Žlobin*), östlich von *Bobrujsk* (belarus. *Babrujsk*, rus. *Babrijsk*), westlich von *Orsza* (belarus. *Orša/Vorša*), um dann nordöstlich von *Polock* (rus. *Polock*, belarus. *Polack*) nach Westen einzuschlagen. Hierbei sollte die Stadt *Dyneburg* (lit. *Daugavpils*, dt. *Dünaburg*) sowie ihr Umland noch zu Polen gehören und die restliche Grenze dem späteren Verlauf der Grenze zwischen Litauen und Lettland folgen. Die Note vom 28. Februar betraf die westliche Grenze Polens, in der Polen weitreichende Gebietsabtretungen von Deutschland forderte. In Großpolen beziehungsweise dem früheren Großherzogtum Posen sollte die Grenze dem historischen Verlauf von 1772 folgen. Das Posener Umland sei „die Wiege des polnischen Staates, der älteste Landstrich polnischer Zivilisation“. Seine Bevölkerung sei von allen Landesteilen die am weitesten entwickelte und auf einem westlichen Niveau. Damit habe sie eine entscheidende Bedeutung für den neuen polnischen Staat. Westpreußen forderte Dmowski in seiner Note entsprechend der Grenzen von 1466 bis 1772 vollständig anzuschließen. Nach Abwanderung deutscher Beamter und Militär würde sich nach Meinung der Autoren eine klare polnische Mehrheit offenbaren. Ostpreußen stellte Dmowski als deutliches Problem dar. Das Königsberger Umland sei mehrheitlich deutsch. Dennoch sei Ostpreußen für Polens Zugang zum Meer von entscheidender Bedeutung. Sollte dem polnischen Staat dieser Zugang durch ein deutsches Ostpreußen versperrt werden, würden seine Beziehungen zu anderen Ländern „der

⁸⁴⁰ Eberhardt, Piotr: *Wizje i projekty*. In: *Przegląd Wschodni* 2 (1998), S. 336–359. Briesewitz, Gernot: *Raum und Nation in der polnischen Westforschung 1918–1948*, S. 18: Der Wunsch nach einer Verschiebung der deutschen Grenze nach Westen. Findet sich, wie bereits weiter oben beschrieben, nicht nur bei Dmowski, sondern in nationaldemokratischen Kreisen auch beispielsweise bei Popławski. Diese Forderung findet sich nicht allein in der *Endecja*. Einer der bekanntesten nicht nationaldemokratischen Fürsprecher ist sicherlich Bolesław Wysłouch (1855–1937). Der PSL-Politiker und Senator (1922–1928) unterstützte zwar die piastische Idee, forderte aber gleichzeitig eine Ostgrenze entsprechend der ethnischen Grenzen.

⁸⁴¹ Auch bekannt unter dem Namen *Zwiahel*.

Gnade Deutschlands ausgeliefert“ sein. Für die „Gewährleistung einer wirklichen Unabhängigkeit“ müsste das Ermland und der gesamte südliche Teil Ostpreußens an Polen gehen. Der nordöstliche Teil, der mehrheitlich von Litauern bewohnt war, sollte laut Dmowski an Litauen angeschlossen werden und ganz Litauen sich mit Polen zu einem Staat verbinden. Der verbleibende Teil Ostpreußens, ergo das Königsberger Umland, sollte als Exklave beim Reich verbleiben. Die Grenze sollte in Oberschlesien westlich von Ratibor, östlich von Głupcyzce, östlich von Prudnik, Niemodlina, Brzeg, Oleśnica und Milicza verlaufen. Als Argument führte die Note insbesondere das historische Argument an, wonach dieser Landstrich zum piastischen Polen gehört habe. Hinzukam ein wirtschaftliches Argument, wonach aus Oberschlesien fast ein Viertel der deutschen Kohleproduktion kamen. Eine Abtretung hätte das Reich somit massiv geschwächt.⁸⁴²

Bezugnehmend auf Dmowskis Grenzvorstellungen gegenüber dem Deutschen Reich ist auffällig, dass er zwar einerseits mit den Grenzen des piastischen Polens argumentiert, in dem er sie beispielsweise in Oberschlesien als Begründung für einen Anschluss an den neuen polnischen Staat nutzt. Mit der gleichen Begründung hätte er aber auch eine Grenze an Oder und Neiße fordern können. Es stellt sich somit die Frage, warum Dmowski dies nicht tut. Natürlich kann an dieser Stelle auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker verwiesen werden. Dieses hatte durch Wilsons 14-Punkte-Programm maßgeblich Einzug in die Friedensverhandlungen genommen. Mit Verweis auf die Westmächte scheint es somit mehr als fraglich, ob sich Paris, London oder Washington auf eine polnische Grenze eingelassen hätten, die derart tief in das Reichsgebiet eingedrungen wäre und dabei eine deutsche Minderheit von mehreren Millionen geschaffen hätte. In Kenntnis der Schriften Dmowskis lässt sich aber ebenso vermuten und vielleicht als wahrscheinlicher wahrnehmen, dass Polen die Aufnahme so vieler deutscher Elemente schlichtweg nicht hätte assimilieren können. Denn das gleiche Argument führt Dmowski schließlich im Osten an, wenn es um die Frage einer Annexion nicht mehrheitlich polnischer Gebiete geht. Die piastische Idee ist daher primär nicht durch die Grenzfrage und die Rückkehr zu den Grenzen des piastischen Polen zu verstehen, sondern vielmehr in einer Orientierung hin zum Idealbild eines Nationalstaates, der überwiegend beziehungsweise nach erfolgreicher Assimilation fast ausschließlich von Polen bewohnt sei.

Bündnispolitisch musste Dmowski auf Russland als Verbündeten verzichten. An die Stelle des zaristischen Russlands war bekanntlich ein sowjetisches Russland beziehungsweise

⁸⁴² Beide Noten finden sich abgedruckt in Sekretarjat Jeneralny Delegacji Polskiej: *Akty i dokumenty dotyczące sprawy granic Polski na konferencji Pokojowej w Paryżu 1918–1919. Bd. 1.* Paris 1920, S. 113–133.

ab 1922 die Sowjetunion getreten. Eine Übereinkunft schien insbesondere nach dem Krieg nicht mehr möglich. Dementsprechend hielt Dmowski an einer Zusammenarbeit mit Paris fest. Polen sollte Frankreich als Sicherung gegenüber Deutschland sowie als Bollwerk gegen die Sowjetunion dienen. Das französische Verteidigungssystem in Ostmitteleuropa konnte Polen hier nur gelegen kommen, in dem Polen eine wichtige Komponente des europäischen Gleichgewichts darstellte. Polen sei „kein kleines Völkchen“, sondern ein *wielkie państwo*, der bereits in der Vergangenheit eine große Bedeutung gehabt habe.⁸⁴³

4.6.2. Zygmunt Wojciechowski

Dmowski, der kurz vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs verstarb, nahm in der Zweiten Republik eher eine marginalisierte Rolle ein. Ämter hatte er so gut wie keine inne. Lediglich von Ende Oktober bis Mitte Dezember 1923 leitete er vorübergehend das Außenministerium. Er blieb jedoch zeitlebens der Ürvater der nationaldemokratischen Bewegung in Polen. Mittlerweile hatte bereits die nächste Generation von Nationaldemokraten das politische Parkett betreten. Zu einem der wichtigsten Vertreter der piastischen Idee und damit auch der polnischen Westforschung zählte Zygmunt Wojciechowski.⁸⁴⁴ Die Westforschung definiert sich hierbei als wissenschaftlicher Zweig des Westgedankens,

⁸⁴³ Dmowski, Roman: *Polska jako wielkie państwo*. In: *Pisma. Tom IX [Bd. 9]*. Hrsg. von Roman Dmowski. Częstochowa 1939, S. 3–13: Es handelt sich um eine anlässlich des 10. Jahrestages des Versailler Vertrags am 28. Juni 1929 in Posen gehaltene Rede].

⁸⁴⁴ Zygmunt Wojciechowski wurde 1900 im damals zur k.u.k. Monarchie gehörenden galizischen Stryj bei Lemberg geboren. Die Familie entstammt dem litauischen Landadel. Eigenen Aussagen nach wuchs er in einem sehr patriotischen und zugleich sehr demokratischen Umfeld auf. Insbesondere sein Vater war für ihn eine prägende Person. Von ihm lernte er der Gesellschaft nützlich zu sein und sich in diese einzubringen. Konstanty Wojciechowski selbst war Gymnasiallehrer, Hochschullehrer und später Professor für Literaturgeschichte. Durch die wissenschaftliche Arbeit seines Vaters beschäftigte sich Zygmunt als Jugendlicher mit den Korrekturfahnen der Texte seines Vaters und wurde so bereits frühzeitig an die Wissenschaft herangeführt. Auch kam er hierbei früh mit der deutschen Kultur in Berührung, da sich Konstanty Wojciechowski unter anderem mit dem Einfluss Goethes auf die polnische Literatur beschäftigte. Prägend waren ebenso beide Großväter. Sein Großvater väterlicherseits, Marian Wojciechowski, kämpfte 1848 im Zuge des europäischen Völkerfrühlings in Lemberg. Sein Großvater mütterlicherseits war Freiwilliger im Januaraufstand. In eben diesem Geiste der polnischen Aufstände, insbesondere jenes von 1863/64 wurde Wojciechowski erzogen.

Er wuchs zunächst in einem Vorort von Lemberg auf. Nachdem er mit seiner Familie kriegsbedingt einige Monate im mährischen Brünn hatte gelebt, kehrte er 1918 nach Lemberg zurück, legte dort eine Notmatura (Kriegsabitur) ab und trat als Freiwilliger dem *Polnischen Hilfskorps (Polski Korpus Posilkowy)* bei. Nach der Eidkrise wurde Wojciechowski durch die österreichische Verwaltung interniert und anschließend als regulärer Soldat an die Italien-Front verlegt. Nach Kriegsende kehrte er nach Polen zurück und wurde Soldat in der neuen polnischen Armee. In dieser Funktion nahm er am polnisch-russischen Krieg 1919/1920 teil.

Nach dem Krieg versuchte er sich zunächst an einem Medizinstudium, begann dann allerdings ein Studium an der Philosophischen Fakultät der Universität Lemberg, wo er zum Schüler des Historikers Oswald Balzer wurde. 1924 wurde er mit einer mediävistischen Arbeit zur staatlichen Organisation des piastischen Polen promoviert. Als promovierter Historiker ging er 1924 nach Posen, das fortan zum Sitz seiner wissenschaftlichen Arbeit wurde. Auf Grundlage eines im gleichen Jahr erscheinenden Werkes zur Organisation mittelalterlicher Burgen wurde er 1925 an der Posener Universität habilitiert. An der Posener Universität setzte er seinen akademischen Werdegang fort. 1929 wurde er außerordentlicher Professor an der Posener Universität (Lehrstuhl für die Geschichte des politischen Systems und Altpolnisches Recht), 1937 ordentlicher Professor und 1939 Dekan der Fakultät für Recht und Wirtschaft (*Wydział Prawno-Ekonomiczny*).

der sich von der Zwischenkriegszeit bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts hinein aus einer nationalen Perspektive mit der Geschichte und der Gegenwart der deutsch-polnischen Beziehungen und den gemeinsamen Grenzgebieten beschäftigt hat.⁸⁴⁵

Maßgeblich für die polnische Westforschung waren Forderungen nach einer „offensive[n] Grenzpolitik gegenüber dem Deutschen Reich“, „eine[r] antideutsche[n] außenpolitische[n] Orientierung“ und „die Zielsetzung, die ökonomische und kulturelle Entwicklung der polnischen Bevölkerung in den deutsch-polnischen Grenzgebieten zu heben“.⁸⁴⁶ Ziele und Forderungen der Westforschung lassen sich insbesondere am Leben und Schaffen Zygmunt Wojciechowskis erläutern. Er gilt als ihr *spiritus rector*. Ebenfalls zählt er „als Mediävist und Rechtshistoriker zweifellos zu den bedeutendsten Geschichtswissenschaftlern Polens in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts“.⁸⁴⁷ Wojciechowski hatte einst sein eigenes Leben in drei Phasen eingeteilt: Das Leben im kaiserlichen Galizien bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges, die Zwischenkriegszeit und die Volksrepublik Polen.⁸⁴⁸ Insbesondere politisch hat Wojciechowski hier eine gewisse Wandlung durchgemacht. Aus einem patriotischen Elternhause stammend, fand er den sicherlich nicht ungewöhnlichen Weg in die Nationaldemokratie. Später dann die Abkehr von

Bereits zu seinen Studienzeiten hatte sich Wojciechowski der Nationaldemokratie angeschlossen. Im Werk Roman Dmowskis interessierte er sich insbesondere für die geopolitischen Aspekte seines Schaffens. Hervorzuheben ist hier sicherlich das bereits oben erwähnte „Niemy, Rosja i kwestia polska“ [Deutschland, Russland und die polnische Frage] von Roman Dmowski. 1930 lernte er den Autor persönlich kennen und wurde für kurze Zeit ein enger Mitarbeiter des Führers der *Endecja*. Zunehmend kam es aber zu unterschiedlichen Auffassungen in verschiedenen politischen Fragestellungen. Obschon er Dmowskis Lebenswerk weiterhin hochschätzte, kam es 1934 zum Bruch zwischen beiden.

Ein Grund hierfür war insbesondere die Tatsache, dass sich Wojciechowski, obschon er der nationaldemokratischen Tradition entstammte, für eine Annäherung an die *Sanacja* aussprach. 1937 beteiligte er sich an der Gründung des *Klub 11 listopada* (11.-November-Club), der sich diesem Ziel der Annäherung verpflichtete. Wojciechowski wurde zum Leiter der Posener Abteilung dieser auf Initiative von Marschall Rydz-Śmigły (1886–1941) gegründeten Organisation.

Mit Ausbruch des Krieges musste Wojciechowski untertauchen. Wegen seiner Bekanntheit wurde er von den Einsatzgruppen der SS gesucht und von der Wehrmacht für eine kurze Zeit inhaftiert. Im Dezember 1939 floh er in das Generalgouvernement und ließ sich in Krakau nieder. Während des Krieges setzte er jedoch seine Forschungen fort. Hierzu wurde das so genannte Weststudium [*Studium Zachodnie*] gegründet, das zum Kern der späteren Westforschung wurde. Im Dezember 1944 fällt mit der fortschreitenden Eroberung Polens durch die Rote Armee die Entscheidung zur Gründung eines polnischen Instituts zur Westforschung.

Februar 1945 nimmt Wojciechowski gemeinsam mit anderen Westforschern Kontakt zur neuen polnischen Regierung auf. Am 27. Februar 1945 erfolgte schließlich die Gründung des *Westinstituts (Instytut Zachodni)* und Wojciechowski wurde der erste Direktor des IZ. Ziel des Instituts war insbesondere die „Festigung der Grundlagen des Polentums in den Westgebieten“. Es galt der polnischen Gesellschaft zu verstehen zu geben, dass „sie sich auf eigenem Grund und Boden bewegt, dass Breslau, Liegnitz und Stettin auf derselben polnischen Erde liegen wie Krakau, Posen und Danzig“. Bis zu seinem Tod 1955 blieb er als Direktor dieser Aufgabe verschrieben.

⁸⁴⁵ Briesewitz, Gernot: *Raum und Nation in der polnischen Westforschung 1918–1948*, S. 15.

⁸⁴⁶ Ebd., S. 16–17.

⁸⁴⁷ Krzoska, Markus: *Für ein Polen an Oder und Ostsee*, S. 14.

⁸⁴⁸ Wojciechowski, Zygmunt: *Studia historyczne*. Warszawa 1955, S. 421–422.

Dmowski und der Annäherung an die *Sanacja*.⁸⁴⁹ Nach Kriegsende folgte dann die Hinwendung zum Kommunismus und die Arbeit für die kommunistische Volksrepublik. Gleichzeitig findet sich bei ihm aber – worauf auf Krzoska zurecht hinweist – eine „Kontinuität und Homogenität seines Werkes und seiner politischen Theorie“. Er sei nicht als Opportunist zu verstehen, da er seinen Vorstellungen treu blieb.⁸⁵⁰

Im Zentrum der geopolitischen Vorstellungen von Zygmunt Wojciechowski steht die *Mutterland*-Konzeption. Wojciechowski spricht von einem mittelalterlichen polnischen *Mutterland* (*ziemie macierzyste*), einem Umland der Polen und ihnen verwandter westslawischer Stämme. Sein Gebiet entspricht (mit Ausnahme von Masuren) größtenteils dem Staatsgebiet des heutigen Polen: Es umfasst den mittelalterlichen Siedlungsraum der Polanen, das Wojciechowski als Wiege des Polentums ansieht. Hinzukommt Masowien mit seiner östlichen Grenze am Fluss Bug, das an der oberen Weichsel gelegene Kleinpolen, das an der Oder gelegene Schlesien, das an der mittleren Oder gelegene Lebuser Land sowie das zwischen Oder- und Weichselmündung gelegene Pommern.⁸⁵¹ Wojciechowski stellt die Grenzen des piastischen Polen als einen Staat in natürlichen Grenzen vor.⁸⁵² Seine Lage sei ein sicherer Ort zwischen den beiden Großmächten Deutschland und Russland gewesen.⁸⁵³ Das *Mutterland*-Konzept wird – wie Maschke und Weise in einer Rezension 1934 schrieben – zum „geopolitischen Maßstab, nach dem [Wojciechowski] die weitere Entwicklung mißt“.⁸⁵⁴

⁸⁴⁹ Zur Zuwendung zur *Sanacja* siehe Mroczo, Marian: *Zygmunt Wojciechowski jako historyk polskich Ziemi zachodnich oraz stosunków polsko-niemieckich*. In: *Przegląd Zachodni* 1 (1985), S. 106–107; Trotz dieser Hinwendung muss Wojciechowski an dieser Stelle primär als Vertreter der piastischen Idee gesehen werden. Dadurch steht er Dmowski geopolitisch näher – was hier von entscheidender Bedeutung ist.

⁸⁵⁰ Krzoska, Markus: *Für ein Polen an Oder und Ostsee*, S. 408.

⁸⁵¹ Wojciechowski, Zygmunt: *Rozwój terytorjalny Prus w stosunku do ziem macierzystych Polski* (= Światopogląd morski 15). Toruń 1933. Ebenfalls in englischsprachiger Erscheinung Wojciechowski, Zygmunt: *The territorial development of Prussia in relation to the Polish homelands* (= Baltic pocket library). Toruń, London 1936 Vgl. Wojciechowski, Zygmunt: *Studia historyczne*, S. 19–22.

⁸⁵² Unter dem piastischen Polen versteht Wojciechowski an dieser Stelle sicherlich den polnischen Staat von seiner Herausbildung bis zum Beginn des Patikularismus nach dem Tode von Bolesław III. Krzywousty (Boleslaus III. Schiefmund) im Jahre 1138. Die Herrschaft der Piasten dauerte bis 1370 an.

⁸⁵³ Hier ist erkennbar, wie nationalistisch Wojciechowskis historische Sichtweise ist, da es zur Zeit des piastischen Polens kein *Deutschland* und kein *Russland* gab.

⁸⁵⁴ Maschke, Erich / Weise, Erich: *Sammelbesprechung zur neueren polnischen Literatur*. In: *Altpreußische Forschungen* 11 (1934), S. 137–138. Bei der Sammelbesprechung handelt es sich um ein gängiges Format in den Altpreußischen Forschungen. Maschke und Weise werden eingangs stets als Autoren geführt. Verfasser der Wojciechowski-Rezension scheint aber allein Maschke zu sein. Siehe hierzu das Ende der Sammelbesprechung. Maschke kritisiert Wojciechowskis Text stark und wirft ihm insbesondere Einseitigkeit vor. Die These, dass Brandenburg/Preußen zu einer Großmacht anwachsen konnte, weil es die polnischen Mutterländer schrittweise annektierte, bezeichnet Maschke als zu kurz gedacht. So gäbe es bedeutend mehr Faktoren für den Aufstieg Preußens. „Hinter ihr [also der *Mutterländer*-These] steht ein geschärftes, ja überscharfes historisches und politisches Bewußtsein, das in seiner Tiefe mit vollem Ernste gewertet sein will. [...] Der deutsche Leser hat für diese Rechnung kein Verständnis“ (S. 140).

Für Wojciechowski gilt bezüglich der Staatsgrenzen das piastische Polen als das Ideal.⁸⁵⁵ Von diesem Ideal seien hingegen die Grenzen des jagiellonischen Polens und der Zweiten Republik weit entfernt gewesen.⁸⁵⁶ Grund hierfür seien die schwierig zu verteidigenden Grenzen und der eingeschränkte Meereszugang gewesen.⁸⁵⁷ Hierdurch hätte der Piastenstaat auch erst seine ideale Lage erhalten, als Mieszko I. Pommern und damit die Weichsel- und Odermündung eroberte. Erst dies habe zur Stabilisierung des Staates geführt.⁸⁵⁸ Pommern wird bei Wojciechowski zum geographischen Schlüssel Polens, da es Polen einen Zugang zur Ostsee sowie eine Kontrolle der Handelswege garantiert.⁸⁵⁹

Wojciechowskis Meinung nach habe Polen im Zuge seiner weiteren Politik einen folgenschweren Fehler begangen. Der polnische Staat habe sich im Laufe des Mittelalters nach Osten ausgedehnt, während gleichzeitig seine Westgebiete einer Germanisierung zum Opfer gefallen seien. Durch den Verlust seiner westlichen *Mutterländer* habe Polen seinen nationalen Charakter zum Teil verloren. Die Ostverschiebung sei der Verlust des eigenen nationalen Profils gewesen. Dies habe schließlich zum Verlust der gesamten Staatlichkeit geführt.⁸⁶⁰ Der Rückzug von der Oder sei damit eines der Fundamente der späteren tragischen Geschichte Polens. Es war „die Herausnahme des einen Ziegelsteins aus dem durch die ersten Piasten errichteten Baues, der über das Schicksal der gesamten einen Seite dieses Staatsgebildes entschied“.⁸⁶¹ Diese „Herausnahme“ sei schrittweise erfolgt. 1249 geht das Lebusener Land an Brandenburg, ebenfalls im 13. Jahrhundert folgte die erfolgreiche deutsche Expansion in Richtung Danzig. Später dann erfolgte die Vereinigung des polnischen Mutterlandes durch Brandenburg/Preußen.⁸⁶² Letzteres ist eines der zentralen Thesen der *Mutterland*-Konzeption. Laut Wojciechowski erlaubte die Vernachlässigung der Westgebiete erst den Aufstieg Preußens. In anderen Worten sei es die Vereinigung der polnischen Mutterländer Pommern,

⁸⁵⁵ An dieser Stelle ist fraglich, wie explizit Wojciechowski das Wort Grenze als eine wirklich konkrete Linie auf einer Karte versteht. Für das Mittelalter ist sicherlich eher von fließenden und verlaufenden Grenzen zu sprechen. In erster Linie geht es allerdings um die Zugehörigkeit eines bestimmten Raumes zu einem Staatswesen. In diesem konkreten Fall ist die Kernaussage Wojciechowskis klar: Es geht ihm um eine Zugehörigkeit der Westgebiete zum polnischen Staat.

⁸⁵⁶ Der Name *jagiellonische Idee* bezieht sich (in Abgrenzung zum Polen der Piasten) auf das Geschlecht der Jagiellonen, die Polen von 1386 bis 1572 beherrschten. Hervorgegangen aus einem litauischen Adelsgeschlecht stellte diese dynastische Bande die Grundlage für die seit 1569 bestehende Adelsrepublik Polen-Litauen dar. Jenes Staatsgebilde erstreckte sich über weite Teile jener Staaten, die in der Zwischenkriegszeit zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion lagen.

⁸⁵⁷ Vgl. Briesewitz, Gernot: *Raum und Nation in der polnischen Westforschung 1918–1948*, S. 289.

⁸⁵⁸ Wojciechowski, Zygmunt: *Pomorze a pojęcie Polski piastowskiej*. In: *Rocznik Gdański* (1933/34), S. 3.

⁸⁵⁹ Krzoska, Markus: *Für ein Polen an Oder und Ostsee*, S. 210.

⁸⁶⁰ Er formulierte diesen Fehler einer Ostexpansion bereits 1924 in einer Rede vor der Allpolnischen Jugend. Vgl. Eberhardt, Piotr: *Twórcy polskiej geopolityki*, S. 206.

⁸⁶¹ Wojciechowski, Zygmunt: *Rozwój terytorjalny Prus w stosunku do ziem macierzystych Polski*, S. 17; Briesewitz, Gernot: *Raum und Nation in der polnischen Westforschung 1918–1948*, S. 192.

⁸⁶² Wojciechowski, Zygmunt: *Rozwój terytorjalny Prus w stosunku do ziem macierzystych Polski*, S. 18–25.

Schlesien und dem Lebuser Land durch Brandenburg-Preußen gewesen, die die eigentliche Grundlage für den Erfolg Preußens lieferte.⁸⁶³ Es sei seit den polnischen Teilungen im 18. Jahrhundert preußische Politik gewesen, die polnischen Mutterländer zu beherrschen. Als Folge kam es deshalb zu einem Kampf zwischen zwei staatlichen und nationalen Organismen um denselben Raum. Der Erfolg Preußens habe die vollständige Vernichtung Polens zur Folge gehabt.⁸⁶⁴ Es erscheint wie eine darwinistische Darstellung eines *Kampfes um das Dasein* in einem bestimmten Raum. Den Landstrich zwischen Oder und Bug sieht er als einen zusammenhängenden und unteilbaren Raum. Dieser könne nur von einem einzigen politischen Organismus beherrscht werden. Somit müsste entweder der deutsche Staatsorganismus den polnischen Organismus verdrängen – oder umgekehrt.⁸⁶⁵ Was hier anklingt ist Stanisław Piaseckis⁸⁶⁶ Aussage „Tu można być albo czymś wielkim albo nie być“ – „hier kann man nur etwas Großes sein, oder gar nicht sein“.⁸⁶⁷

Briesewitz kommt bezüglich des *Mutterland*-Konzepts von Wojciechowski insgesamt zu folgender Erkenntnis:⁸⁶⁸

Die Mutterländer Polens“ konstruierte [Wojciechowski] somit zwar als einen dauerhaften geopolitischen Konfliktraum, als eine nationale *mental map*, welche er geodeterministisch auflud und der er ansatzweise einen überzeitlichen Charakter zuschrieb. Die „Mutterländer Polens“ waren jedoch insgesamt vor allem ein vergangener Identitätsraum, ein melancholischer Erinnerungsraum an vergangene Stärke und Sicherheit der polnischen Nation und ihres Staates und kein tagespolitischer Zielraum.

Es ist fraglich, inwiefern sich aus Wojciechowskis *Mutterland*-Konzept bereits vor dem Zweiten Weltkrieg ein konkreter Gebietsanspruch ableiten lässt.⁸⁶⁹ Wojciechowski betonte zwar die bessere Lage des piastischen Polens gegenüber der II. Republik, vor dem Zweiten Weltkrieg war er jedoch nicht dazu bereit, für eine Westgrenze an Oder und Neiße auf die *kresy wschodnie* zu verzichten.⁸⁷⁰

Aufgrund dieser Sichtweise auf die deutschen Ostgebiete, die auf seiner eigenen *mental map* eigentlich urpolnische Gebiete darstellen, stellt sich die Frage der Beziehung

⁸⁶³ Ebd., S. 38–40.

⁸⁶⁴ Ebd., S. 45.

⁸⁶⁵ Wojciechowski, Zygmunt: *Polska – Niemcy. Dziesięć wieków zmagania*. Poznań 1945, S. 259–260.

⁸⁶⁶ Stanisław Piasecki (1900–1941), polnischer Politiker (Nationalist), Schriftsteller und Journalist.

⁸⁶⁷ Piasecki, Stanisław: *Pójdziemy własną drogą*. In: *Walka* 28 (1940), S. 1. Ein ähnliches Zitat ist – wenn auch ohne Quelle – von Piłsudski überliefert: „Polska będzie wielka albo nie będzie jej wcale“ („Polen wird groß sein oder es wird überhaupt nicht sein“).

⁸⁶⁸ Briesewitz, Gernot: *Raum und Nation in der polnischen Westforschung 1918–1948*, S. 213.

⁸⁶⁹ Ebd., S. 212.

⁸⁷⁰ Mazur, Zbigniew: *Antenaci. O politycznym rodowodzie Instytutu Zachodniego* (= Biblioteka Przeglądu zachodniego 17). Poznań 2002, 153; Als *kresy wschodnie* werden die östlich der heutigen Ostgrenze Polens gelegenen, früher zum polnischen Staat gehörenden Gebiete bezeichnet.

Wojciechowski zu den Deutschen. Wojciechowski sah sich selbst nicht als Gegner der deutschen Kultur an. Diese habe insbesondere durch die Literatur einen großen Eindruck auf ihn gemacht und war ihm in seinen Studien immer ein Begleiter. Generell stimmte er aber der Grundthese der *Endecja* insofern zu, dass der deutsche Staat der Hauptgegner Polens und des Polentums sei.⁸⁷¹ Er richte sich ebenfalls insbesondere gegen das deutsche „Junkertum und [den] Kapitalismus“.⁸⁷² Für Wojciechowski war die gegen Polen gerichtete Ostpolitik – von der Ostsiedlung des Mittelalters bis hin zur Siedlungspolitik des Dritten Reiches – eine Konstante in der preußischen beziehungsweise deutschen Geschichte. Auf dieser Grundlage stünde ein tausendjähriger Hass zwischen Deutschland und Polen.⁸⁷³ Ähnliche, wenn auch nicht ganz so weitreichende Analogien zieht er in Bezug auf die Nationalsozialisten. Hitler sei demnach lediglich eine Synthese der Politik Friedrichs des Großen und Wilhelms II.⁸⁷⁴ An anderer Stelle heißt es hierzu: „Das antipolnische Programm Adolf Hitlers ist eine Synthese des Tuns all seiner Vorgänger, von Heinrich II.⁸⁷⁵ über Wilhelm II., aber vor allem eine perfekte Synthese des Handelns Brandenburgs und der Kreuzritter.“⁸⁷⁶ [...] Das nationalsozialistische Deutschland betont ständig sein Bündnis mit den Kreuzrittertraditionen“.⁸⁷⁷ Den deutschen Nationalsozialismus sieht Wojciechowski aus zwei Blickwinkeln: Zwar sieht er in der nationalsozialistischen Politik durchaus ein Vorbild im Sinne eines starken homogenen Nationalstaates, jedoch war er sich der hierausergebenden Bedrohung Polens durch das nationalsozialistische Deutschland durchaus bewusst.⁸⁷⁸ Unmittelbar nach der *Machtergreifung* sah er in Hitler eher einen Bruch mit der sich gegen Polen richtenden preußischen Tradition.⁸⁷⁹ Das Dritte Reich nahm er zunächst als das Reich eines Österreichers wahr.⁸⁸⁰ Den Anschluss Österreichs an das Reich befürwortete Wojciechowski. Eine Beschäftigung Berlins mit Österreich lenkte Wojciechowskis Meinung nach ebenfalls von Polen als Ziel der nationalsozialistischen Außenpolitik ab. Auch würde sich die NS-Außenpolitik nach einem Anschluss Österreichs weiter gen den Adriaraum wenden. Als Vorbild sollte hierbei die

⁸⁷¹ Eberhardt, Piotr: *Twórcy polskiej geopolityki*, S. 206.

⁸⁷² Wojciechowski, Zygmunt: *Studia historyczne*, S. 428.

⁸⁷³ Wojciechowski, Zygmunt: *Polska – Niemcy*, S. 255.

⁸⁷⁴ Ebd., S. 249.

⁸⁷⁵ Heinrich II. (973/978–1024), 1002–1024 König des Ostfrankenreiches, 1014–1024 römisch-deutscher Kaiser. Kaiser Heinrich stand 1002–1018 im Konflikt mit dem polnischen König Bolesław Chrobry.

⁸⁷⁶ Gemeint ist der Kreuzritterstaat des Deutschen Ordens.

⁸⁷⁷ Ebd., S. 258–259.

⁸⁷⁸ Krzoska, Markus: *Für ein Polen an Oder und Ostsee*, S. 264. Dort zit. n. Musielak, Michał: *Nazizm w interpretacjach polskiej myśli politycznej okresu międzywojennego*. Poznań 1997, S. 138–184.

⁸⁷⁹ Wojciechowski, Zygmunt: *Niemiecka polityka wschodnia w teorii i w praktyce*. In: *Myśli o polityce i ustroju narodowym*. Band 2. Hrsg. von Zygmunt Wojciechowski. Poznań 1937, S. 145–146.

⁸⁸⁰ Wojciechowski, Zygmunt: *Idea Polskiej Wielkiej*. In: *Pelnia racji ideowej podstawą zjednoczenia*. Hrsg. von Zygmunt Wojciechowski. Poznań 1939, S. 117.

Italienpolitik des Heiligen Römischen Reiches dienen.⁸⁸¹ An einem Krieg gegen Polen sei Deutschland nicht interessiert.⁸⁸²

Doch auch Wojciechowski nahm wahr, dass Deutschland zu einer zunehmenden Bedrohung für Polen wurde. Während er als Nationalist die Wünsche nach einer Angliederung ethnisch mehrheitlich von Deutschen bewohnter Gebiete generell bejahte, lehnte er sie bezüglich eines Anschlusses Danzigs entschieden ab. Grund hierfür war insbesondere die geopolitische Bedeutung der Weichselmündung, die er den Deutschen nicht überlassen wollte. Es finden sich hierbei ähnliche Argumente wie bei der Bedeutung der Weichsel- und Odermündung für das piastische Polen, denn es ging ihm in erster Linie um einen Zugang zur Ostsee. Insgesamt bleibt Wojciechowski aber ohne eine Lösung auf die deutsche Bedrohung.⁸⁸³

Während des Krieges betonte Wojciechowski, dass eine zukünftige Grenze zwischen Deutschland und Polen an der Oder und Neiße verlaufen sollte. Zwar lehnte er eine Annexion der *kresy wschodnie* durch die Sowjetunion ab, wichtiger war ihm jedoch eine weiter nach Westen verschobene Grenze mit Deutschland. Als für Wojciechowski jedoch klar wurde, dass politisch nicht beide Ziele durchzusetzen seien, bevorzugte auch er die Westverschiebung Polens.⁸⁸⁴ Die Problematik der deutsch-polnischen Grenze sei keine rein nationale Frage. Es ging nicht allein um eine bessere ethnische Grenze zwischen beiden Nationen, „sondern in erster Linie eine geographische beziehungsweise genauer gesagt eine geographisch-politische Frage“.⁸⁸⁵ Das historische Argument sei nicht das entscheidende Element, sondern die Frage einer leicht zu verteidigenden Grenze.⁸⁸⁶ Er forderte eine Grenze an Oder und Lausitzer Neiße sowie Rügen als polnischer Flottenstützpunkt und Luftwaffenstandort.⁸⁸⁷ Durch die Festung Küstrin sollte die polnische Armee in einem Kriegsfall schnell in den Berliner Raum vorstoßen können. Hinzukommen sollte eine staatliche Verbindung mit Litauen – was erstaunlich ist,

⁸⁸¹ Krzoska, Markus: *Für ein Polen an Oder und Ostsee*, S. 266.

⁸⁸² Wojciechowski, Zygmunt: *Niemiecka polityka wschodnia w teorii i w praktyce*, S. 149.

⁸⁸³ Wojciechowski, Zygmunt: *Gdańsk*. In: *Awangarda Państwa Narodowego* 13 (1935), S. 25–26; Vgl. Krzoska, Markus: *Für ein Polen an Oder und Ostsee*, S. 270.

⁸⁸⁴ Briesewitz, Gernot: *Raum und Nation in der polnischen Westforschung 1918–1948*, S. 296; Krzoska, Markus: *Für ein Polen an Oder und Ostsee*, S. 325–329; Mazur, Zbigniew: *Antenaci*, S. 385–404.

⁸⁸⁵ Wojciechowski, Zygmunt: *Polska – Niemcy*, S. 259.

⁸⁸⁶ Moszyński, Jan / Wojciechowski, Zygmunt: *Stosunki polsko-niemieckie i problem Europy Środkowej*. Warszawa 1941, S. 82.

⁸⁸⁷ Krzoska, Markus: *Für ein Polen an Oder und Ostsee*, S. 311: Krzoska bezieht sich hierbei auf eine Quelle aus dem Nachlass von Wojciechowski: Archiwum PAN w Poznaniu, Nachlass Z.W.: Fragment 4, Materialy działalności: Z.W., Granica zachodnia Polski i zagadnienie organizacji Europy Środkowej 1941.

wenn man Wojciechowski als Nationalist versteht. Ebenfalls sprach er sich für eine polnisch-britische Garantie für Estland und Lettland aus.⁸⁸⁸

Für Wojciechowski stellt Polen ein wichtiges Element für eine europäische Sicherheitsordnung dar.⁸⁸⁹ Der Wille Deutschlands zur Hegemonie über Europa habe sich seiner Meinung nach immer zunächst nach Osten orientiert. Deshalb wolle er in Mitteleuropa unbedingt eine deutsche Übermacht verhindern. Aus diesem Grunde lehnt er auch Ideen eines Vereinigten Europas ab, da er davon ausging, dass selbst in einer europäischen Union Deutschland viel zu stark sei. Vielmehr deutet er vage für Mitteleuropa zwei zu gründende Blöcke an – einen polnisch-tschechischen und einen jugoslawischen Block.⁸⁹⁰ Diese Unionen sollten dann ein gemeinsames Staatsoberhaupt sowie eine einheitliche Außen- und Verteidigungspolitik besitzen.⁸⁹¹ Zur Schwächung Deutschlands befürwortete er eine Teilung Deutschlands. Es sollten hierzu zwei Staaten geschaffen werden: einen österreichisch-katholischen und einen preußisch-protestantischen Staat. Wojciechowski war der Meinung, dass sich die deutsche Gesellschaft durch das Dritte Reich noch stärker konfessionell getrennt habe.⁸⁹² Er übernimmt hierbei allerdings bereits vorhandene Vorschläge.⁸⁹³

Insgesamt klingt in seinem Werk der Gedanke Polens als der *antemurale christianitatis* an. Jedoch ist es in diesem Fall kein Bollwerk gegen den Osten, sondern gegen Deutschland – nicht aber gegen den Westen.⁸⁹⁴ Es könnte im Sinne Wojciechowski behauptet werden, dass Polen durch seine Westverschiebung 1945 seinen ursprünglichen Platz, seine *Wacht an der Oder*, wiederaufgenommen hätte.⁸⁹⁵

⁸⁸⁸ Ebd.: Krzoska bezieht sich hierbei auf eine Quelle aus dem Nachlass von Wojciechowski: Archiwum PAN w Poznaniu, Nachlass Z.W.: Fragment 4, Materiały działalności: Z.W., Granica zachodnia Polski i zagadnienie organizacji Europy Środkowej 1941.

⁸⁸⁹ Ebd., S. 310. Dort zit. n. Moszyński, Jan / Wojciechowski, Zygmunt: *Stosunki polsko-niemieckie i problem Europy Środkowej*, S. 81–82.

⁸⁹⁰ Ebd., S. 85–88.

⁸⁹¹ Archiwum PAN w Poznaniu, Nachlass Z.W.: Fragment 4, Materiały działalności: Z.W., Granica zachodnia Polski i zagadnienie organizacji Europy Środkowej 1941.

⁸⁹² Archiwum PAN w Poznaniu, Nachlass Z.W.: Fragment 4, Materiały działalności: Z.W., Granica zachodnia Polski i zagadnienie organizacji Europy Środkowej 1941.

⁸⁹³ Vgl. Pasierb, Bronisław: *Polska myśl polityczna okresu II wojny światowej wobec Niemiec*. Poznań 1990, S. 170–175; Krzoska, Markus: *Für ein Polen an Oder und Ostsee*, S. 315.

⁸⁹⁴ Es finden sich bei Wojciechowski Ansätze einer Sonderweg-These in Bezug auf Deutschland. So beschreibt er bereits den Beginn des 10. Jahrhunderts als Wendepunkte in der deutschen[!] Geschichte. Mit der Besteigung des ostfränkischen Throns durch den sächsischen Ottonen Heinrich I. im Jahre 919 hätten sich die Deutschen von der westlich-karolingischen Geschichte getrennt und auf einen eigenen Weg aufgemacht. Wojciechowski, Zygmunt: *Polska – Niemcy*, S. 8.

⁸⁹⁵ Analog zum Lied *Die Wacht am Rhein* von Schneckenburger (Text) und Wilhelm (Musik).

4.6.3. Piłsudski und die jagiellonische Idee

In Konkurrenz zur piastischen Idee der *Endecja* stand die mit Piłsudski und seinem politischen Lager verbundene jagiellonische Idee. *Nomen est omen* rückt damit die Ostpolitik im Piłsudski-Lager deutlich in den Fokus. Für den Marschall blieb das „barbarisch[e] und asiatisch[e] Russland“ die eigentliche Bedrohung der westlichen Zivilisation und damit Polens.⁸⁹⁶ Auf Deutschland richtete er auch nach 1918 eine größere Aufmerksamkeit in erster Linie dort, wo es die Beziehungen zur Sowjetunion tangierte.⁸⁹⁷

Piłsudski arbeitete an zwei Zeitpunkten mit Deutschland zusammen. Zum einen in der ersten Hälfte des Ersten Weltkrieges und zum anderen ab dem Herbst 1933. Sowohl die Zusammenarbeit mit den Mittelmächten als auch die Kooperation mit Nazi-Deutschland war in keiner Sympathie für den jeweiligen Partner begründet. Nach 1918 ging es dem Marschall um die Absicherung der polnischen Unabhängigkeit. Auch hier verharnt Piłsudski in seiner realistischen Sichtweise und einer *Politik des Gleichgewichts* gegenüber beiden großen Nachbarn.⁸⁹⁸ Allzu große Annäherungen gegenüber der Sowjetunion und dem Deutschen Reich stand Piłsudski skeptisch gegenüber. Aufgrund dieser Distanz musste jedoch eine geopolitische Alternative gefunden werden, um Polens Souveränität zu schützen.

Seit den frühesten Tagen der Zweiten Republik wurde vom Kreis um Józef Piłsudski eine solche Alternative vorangetrieben: Das *Intermarium (Międzymorze)*.⁸⁹⁹ Ob diese Idee nun auf den Marschall selbst oder Personen seines Umfeldes konkret zurückzuführen ist, bleibt unklar. Erste Anzeichen einer solchen Theorie finden sich bereits bei Eugeniusz Romer.⁹⁰⁰ Einer der ersten, die sich publizistisch mit dem Thema auseinandersetzten war Włodzimierz Wakar.⁹⁰¹ Das Schicksal habe, so Wakar, Polen zwischen zwei Räuber gesetzt – Deutschland und Russland:⁹⁰²

Es ist deshalb klar, dass das polnische Volk einer Politik nachgehen muss, die ihre Freiheit von den Deutschen und den Moskowitern schützt, ihnen alle Teilungsgebiete nimmt und eine Kraft

⁸⁹⁶ Piłsudski, Józef: *Pisma zbiorowe*, S. 268.

⁸⁹⁷ Vgl. Serwatka, Tomasz: *Józef Piłsudski a Niemcy*, S. 164.

⁸⁹⁸ Ebd., S. 165.

⁸⁹⁹ Okulewicz, Piotr: *Koncepcja "międzymorza"*. Poznań 2001, S. 381–382.

⁹⁰⁰ Eberhardt, Piotr: *Twórcy polskiej geopolityki*, S. 65–66.

⁹⁰¹ Włodzimierz Wakar (1885–1933), polnischer Jurist und Ökonom, Schöpfer des *Przegląd Wschodni* [Ostschau], „einer Monatszeitschrift, die der Forschung der sowjetischen Realität und der gegenseitigen Beziehungen zwischen Polen und der UdSSR gewidmet“ (Eigenbezeichnung) war; hervorzuheben sind hier vor allem die Arbeiten: Wakar, Włodzimierz: *Związek ludów wyzwolonych. Polityka ludowa*. Warszawa 1919; Wakar, Włodzimierz: *Idea jagiellońska w dobie obecnej. Cz. I*. In: *Wschód Polski* 5 (1920), S. 1–8; Wakar, Włodzimierz: *Idea jagiellońska w dobie obecnej. Cz. II*. In: *Wschód Polski* 6-7 6-7 (1921), S. 10–16; Vgl. Sykulski, Leszek: *Mały Leksykon Geopolityki*, S. 302–306.

⁹⁰² Wakar, Włodzimierz: *Związek ludów wyzwolonych*, S. 10.

zwischen ihnen beiden schafft, damit sie nicht mehr zu einem Raubbau [an uns] zurückkehren können.

Das Konzept sah zunächst eine Zusammenarbeit Polens, der Ukraine und der baltischen Staaten vor. Für die *Piłsudczycy*, also die Anhänger des Marschalls, war eine Kooperation der zwischen Deutschland und Russland, der Ostsee und dem Schwarzen Meer liegenden Staaten die natürlichste Folge der geographischen Lage Polens. Hierbei hätten sich die Staaten zwischen den beiden Meeren in einem Bündnis zusammengefunden, um sich vor den großen Nachbarn, dem Deutschen Reich und Russland, zu schützen. In einer frühen Phase nach dem Ersten Weltkrieg, in der die Staaten Ostmitteleuropas sich noch in einem Prozess der Staatsfindung befanden, stand zunächst auch die Idee einer Föderation im Raume. Primär unterscheiden sie sich darin, dass die Föderationsidee fast schon von einem Bundestaat ausgeht, das *Intermarium* hingegen eher als Staatenbund zu verstehen ist. Jedoch ist eine klare Abgrenzung beider voneinander nicht immer einwandfrei möglich. Die Idee alle Völker Ostmitteleuropas in einem gemeinsamen Oberstaat oder gar nur Staatenbund zusammenzufassen, musste zwangsläufig an das jagiellonische Polen-Litauen erinnern. Jedoch war es aufgrund der Nationenbildungen unter den Völkern der alten Adelsrepublik nach dem Ersten Weltkrieg schlichtweg nicht umsetzbar. Vordergrund bleibt die Idee einer Zusammenarbeit jener Völker beziehungsweise Staaten. Dies kommt ebenfalls in einem Zitat des Politikers und politischen Publizisten Adam Skwarczyński⁹⁰³ zum Ausdruck, der Ziel und Sinn beider Konzepte vereint:⁹⁰⁴

Entweder muss Polen auf einem riesigen Intermarium stehend mächtig sein oder aber seine Existenz steht in Frage. Allein können wir dieses Intermarium von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer nicht in Anspruch nehmen. Nur mit einer durch uns organisierten Föderation [...] können wir dies erreichen.

Ein großes Polen hieß, dass Polen zur führenden Regionalmacht in Ostmitteleuropa werden müsste. Für den Marschall hat Polen in dieser Region eine besondere Aufgabe. Piłsudski spricht von einer „Mission Polens im Osten“. Hierbei knüpft er klar an den Mythos der *antemurale christianitatis*, Polens als Bollwerk des Westens gegen den Osten an. Durch eine Führungsrolle würde es der Aufgabe einer *mission civilisatrice* zur Ausbreitung der Zivilisation in dieser Region nachkommen.⁹⁰⁵

⁹⁰³ Adam Skwarczyński (1886–1934), polnischer Politiker der *Sanacja*.

⁹⁰⁴ Skwarczyński, Adam: *Cele wojny na wschodzie*. In: *Rząd i Wojsko* 4 (1920), S. 1–4. Der Text erschien ebenfalls selbständig als Broschüre unter gleichem Namen.

⁹⁰⁵ Piłsudski, Józef: *Przemówienie*. In: *Pisma zbiorowe. Tom V*. Hrsg. von Józef Piłsudski. Warszawa 1989, S. 184.

Die Föderationsidee und *Intermarium* finden in den zwanziger Jahren in Ostmitteleuropa kaum Anhänger.⁹⁰⁶ Nach dem Tod von Piłsudski 1935 wird die *Intermarium*-Konzeption durch die Idee des so genannten *Dritten Europas* fortgeführt. Vorangetrieben wurde sie insbesondere durch den polnischen Außenminister Józef Beck. Seiner Meinung nach bestand Europa (unter Ausklammerung der Sowjetunion) in den dreißiger Jahren aus zwei großen Blöcken: zum einen aus dem Block der *Antikomintern*⁹⁰⁷ und zum anderen der westeuropäischen Demokratien. Diesen sollte ein dritter Block von Staaten von Skandinavien bis zur Adria gegenübergestellt werden.⁹⁰⁸ Konkretisiert wird dies später von Beck, der ein Bündnis zwischen Polen, Ungarn und Rumänien als Ausgangspunkt eines *Dritten Europas* vorschlägt.⁹⁰⁹ Stanisław Mackiewicz⁹¹⁰ kommentierte diesen Vorschlag einst wie folgt:⁹¹¹

[...] Ein solch polnisch-ungarisch-rumänisches System als Zentrum eines Staatenbundes vom skandinavischen Norden bis zum Balkan wäre für die polnische Sicherheit selbstverständlich das Beste – eher als ein exotisches Bündnis mit Frankreich, aber unter der Bedingung, dass es überhaupt existiere.

In dieser Aussage lässt sich die gesamte Problematik aller drei miteinander verbundenen Konzeptionen erkennen. Es scheint – aufgrund der bestehenden Konflikte zwischen den ostmitteleuropäischen Staaten und Polen – schlichtweg nicht realisierbar.⁹¹²

Eng verbunden mit der Konzeption des *Intermarium* beziehungsweise des *Dritten Europas* ist der Prometheismus (poln. *Prometeizm*).⁹¹³ Ziel war eine möglichst starke Schwächung Russlands durch eine Zerschlagung ihres Imperiums in möglichst viele Kleinstaaten. Sie „geht als allgemeine Befreiungsideologie unterdrückter Völker auf den

⁹⁰⁶ Okulewicz, Piotr: *Koncepcja "międzymorza"*, S. 389.

⁹⁰⁷ Analog zur Kommunistischen Internationalen (*Komintern*) bildete sich nach der NS-Machtübernahme federführend durch das Goebbelsche Propagandaministerium eine Gegenorganisation namens *Antikomintern*. In erster Linie handelte es sich um eine gegen die Sowjetunion gerichtete Propagandaorganisation. 1936 wurde der Name im so genannten Antikominternpakt zwischen Deutschland und Japan aufgegriffen. 1937 trat das faschistische Italien und 1939 Ungarn sowie Spanien dem Pakt bei. Weitere Staaten (darunter die Slowakei und Rumänien) schlossen sich dem Vertragswerk nach dem Überfall auf die UdSSR an.

⁹⁰⁸ Lubelski, Jakub: *Związek Bałtycki i Trzecia Europa. Koncepcje reorganizacji Europy Środkowej w polityce zagranicznej II Rzeczypospolitej*. In: *Nowa Europa* 9 (2010), S. 201.

⁹⁰⁹ Sykulski, Leszek: *Mały Leksykon Geopolityki*, S. 214.

⁹¹⁰ Zu Mackiewicz siehe Kapitel 4.6.7.

⁹¹¹ Mackiewicz, Stanisław: *O jedenastej - powiada aktor - sztuka jest skończona. Polityka Józefa Becka*. Kraków 2012, S. 294: „Oczywiście, że system polsko-węgiersko-rumuński, jako ośrodek federacji państw, od skandynawskiej północy do Bałkanów, byłby lepszym zabezpieczeniem Polski, aniżeli egzotyczny sojusz z Francją, ale pod warunkiem, by ten system istniał”.

⁹¹² Dieser Hypothese einer nicht möglichen Realisierung wird in der geopolitisch-historischen Analyse noch nachgegangen werden. Siehe Kapitel 4.7 und 4.8.

⁹¹³ Der Name ist der griechischen Mythologie entnommen. Prometheus lässt sich ins Deutsche als Vordenker übersetzen (*πρό*, dt. *vor* und *μανθάνω*, dt. *denken*) und geht zurück auf die Prometheus-Sage. Der Titan Prometheus gilt in der griechischen Mythologie als Feuerbringer, da er den Menschen das von Zeus verbotene Feuer brachte. Damit gilt er als Urheber der menschlichen Zivilisation.

Anfang des 19. Jahrhunderts zurück“ und „fand vor allem im russischen Imperium Verbreitung und wurde von der polnischen Nationalbewegung zu einem antirussischen Programm zugespitzt“.⁹¹⁴ Der Prometheismus ist somit keine allein polnische Idee, wird aber als geopolitische Konzeption im 19. Jahrhundert von Fürst Adam Czartoryski und dem *Hôtel Lambert*⁹¹⁵ aufgegriffen.⁹¹⁶ Sie wird dann auch von der PPS und später dem Kreis um Piłsudski angenommen. Hauptvertreter sind insbesondere Tadeusz Hołówka und Leon Wasilewski.⁹¹⁷ Piłsudski sah im Prometheismus einen Ansatzpunkt für seine gegen die Sowjetunion gerichtete Ostpolitik, da sich im Osten „eher Partner finden ließen, die entweder die Tradition einer Selbständigkeit besaßen oder in der Geschichte mit Polen verbunden gewesen waren“.⁹¹⁸

Es wurde eine Reihe von Organisationen geschaffen, um diese Idee voranzutreiben. Hierzu zählt die Organisation *Le Prométhée*, die 1926 in Paris durch Hołówko gegründet wurde. 1928 wird in Warschau mit dem Klub *Prometeusz* eine *Prométhée*-Außenstelle ins Leben gerufen. Ziel war die Organisation von „Oppositionsbewegungen und Aktionen gegen das bolschewistische Russland“. Kurz darauf folgte die Gründung des Prometheischen Völkerbundes (*Prometeuszowska Liga Narodów*) in Warschau.⁹¹⁹ Politisch ist der Prometheismus keiner politischen Ideologie zuzuordnen und fand seine Anhänger in unterschiedlichen Parteien der Zweiten Republik. Seine Parteigänger unterstützten in ihrem Handeln insbesondere Unabhängigkeitsbestrebungen der Ukrainer, wie auch der Kaukasus-Völker, Turkestans, der Krim, des Idel-Urals und der Kosaken.⁹²⁰

⁹¹⁴ Schattkowsky, Ralph: *Prometheismus und Osteuropaforschung in der Zweiten Polnischen Republik*. In: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 4 (2012), S. 534.

⁹¹⁵ Das *Hôtel Lambert* stellte nach dem Novemberaufstand ein Zentrum der polnischen Emigration in Paris dar. Fürst Czartoryski nimmt innerhalb dieser den Werten der Verfassung vom 3. Mai nahestehenden Gruppierung eine zentrale Rolle ein. Namensgebend ist das gleichnamige Stadtschloss auf der Pariser Île Saint-Louis, das seit 1842 der Familie Czartoryski gehörte.

⁹¹⁶ Sykulski, Leszek: *Mały Leksykon Geopolityki*, S. 231.

⁹¹⁷ Tadeusz Hołówka (1889–1931), polnischer Politiker, Schöpfer der Zeitschrift *La Promethee*, 1926–1930 Mitarbeiter im Außenministerium, ab 1930 Abgeordneter des Sejm (BBWR); Leon Wasilewski (1870–1936), 1918/19 polnischer Außenminister, 1920/21 Botschaft in Estland, anschließend primär wissenschaftlich als Historiker, Linguist und Ethnologe tätig; ebd., S. 231–235.

⁹¹⁸ Schattkowsky, Ralph: *Prometheismus und Osteuropaforschung in der Zweiten Polnischen Republik*, S. 535.

⁹¹⁹ Ebd., S. 537.

⁹²⁰ Einen Einblick in die polnische Prometheische Bewegung gibt ein 2000 erschienener Quellenband mit Dokumenten von Oberstleutnant Edmund Charaszkiwicz (1895–1975). Charaszkiwicz galt als Koordinator des Prometheismus innerhalb der *Sanacja*. Charaszkiwicz, Edmund / Grzywacz, Andrzej u. a.: *Zbiór dokumentów ppłk. Edmunda Charaszkiwicza* (= Biblioteka Centrum Dokumentacji Czynu Niepodległościowego 9). Kraków 2000. Bereits 1955 erschien im Londoner Exil: Charaszkiwicz, Edmund: *Przebudowa Wschodu Europy*. Londyn [London] 1955. Zur Unterstützung von Unabhängigkeitsbestrebungen der im Absatz genannten Völker siehe Pagel, Jürgen: *Polen und die Sowjetunion 1938-1939. Die polnisch-sowjetischen Beziehungen in den Krisen der europäischen Politik am Vorabend des Zweiten Weltkrieges* (= Quellen und Studien zur Geschichte des östlichen Europa 34). Stuttgart 1992, S. 196 [Dort unter Fußnote 107].

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass bezüglich der geopolitischen Vorstellungen Deutschland kein Hauptaugenmerk Józef Piłsudskis gewesen ist. Sein Fokus richtet sich auf den östlichen Nachbarn, den er als Hauptgegner und größte Bedrohung für die polnische Unabhängigkeit hielt. Dort, wo die Souveränität Polens von Russland bedroht war, zeigte sich der Marschall bereit in Deutschland einen Partner zu suchen. Er verfiel hierbei allerdings in keine Germanophilie, sondern blieb skeptisch gegenüber Berlin.

4.6.4. Ignacy Matuszewski

Gerade in Bezug auf die geopolitische Bedeutung der deutsch-polnischen Beziehungen gehört Ignacy Matuszewski⁹²¹ sicherlich zu den wichtigsten Vertretern innerhalb der *Sanacja*. Selbst beim politischen Gegner fand er Anerkennung:⁹²²

Ignacy Matuszewski war zweifellos einer der tüchtigsten und hervorragenden Persönlichkeiten aus dem Führungskreis der *Sanacja*. Im Zuge seiner zweijährigen Amtszeit bewies er seinen bedeutenden Sinn für die Wirklichkeit. Vor allem aber besaß er eine unter den *Sanacja*-Anhängern seltene Gabe zur Selbstständigkeit und zögerte auch nicht bei Bedarf selbst die Ansichten Piłsudskis zu bekämpfen.

⁹²¹ Ignacy Matuszewski (1891–1946) wuchs im Umfeld des polnischen Positivismus auf. Hierzu trug insbesondere sein Vater, ein Literaturkritiker gleichen Namens bei. Neben dieser literarischen Vorprägung ist Matuszewskis Leben eng mit dem Militär verbunden. Er studierte zunächst Philosophie in Krakau, später Architektur in Mailand und Jura in Tartu. Er beendete keines dieser Studien. Nach seiner Rückkehr nach Warschau begann er ein Landwirtschaftsstudium. Ab Dezember 1914 diente Matuszewski in der russischen Armee. 1917 nahm er an der Organisation der *Zjazd Wojskowych Polaków* in St. Petersburg teil und diente unter General Dowbor-Muśnicki (1867–1937) im Ersten Polnischen Korps der russischen Armee. Als Dowbor-Muśnicki 1918 vor den Deutschen kapitulierte, beteiligte sich Matuszewski an einem Putsch gegen den General im Korps. Seine militärische Karriere beschleunigte sich und er kehrte nach Warschau zurück, wo er auf Piłsudski traf und dessen Mitarbeiter wurde. Nach dem Maiputsch wurde er im November 1926 Direktor der Verwaltungsabteilung des Außenministerium (*Departament Administracyjny w Ministerstwie Spraw Zagranicznych*). In den Jahren 1928/1929 schloss sich eine Tätigkeit als Polnischer Gesandter in Budapest an.

Als 1929 Kazimierz Świątalski Premierminister wurde, berief dieser Matuszewski als Finanzminister in sein Kabinett. Er hielt dieses Amt unter vier weiteren Regierungen bis 1931 inne. Obschon Piłsudski nicht unbedingt für einen Finanzminister Matuszewski zu begeistern war, hatte dieser sich aber durch seine Arbeit in Ungarn bei Świątalski empfohlen. Begründet lag die Skepsis des Marschalls darin, dass Matuszewski in Haushaltsfragen nicht selten von Piłsudskis Positionen abwich. Dennoch behielt er seine generelle Bewunderung des Marschalls bei.

Nach seiner ministerialen Karriere war er von 1932 bis 1936 leitender Publizist der *Gazeta Polska*. Ebenfalls gab er die Zeitschrift *Polityka Narodów* heraus. Diese diente der Analyse der außenpolitischen Situation sowie der Rolle Polens in Europa und der Welt. Gelegentlich wurden auch historische Themen der polnischen Außenpolitik aufgegriffen. Monatlich erscheinend beinhaltete sie in nahezu jeder Ausgabe einen Artikel zur „Inneren Situation in Deutschland“ und zur „Inneren Situation in der UdSSR“. Nach Piłsudskis Tod stand er in zunehmender Opposition zur Regierung. Deutlich wurde dies ebenfalls in der Ablehnung und Zäsur seiner Artikel durch das *Sanacja*-Regime.

Unbeliebt machte er sich insbesondere durch eine Kampagne im *Słowo Lwowskie* zur Steigerung des Verteidigungshaushaltes. In einem anderen Artikel in der *Polityka Gospodarcza* rief er zur Verdoppelung der Streitkräfte nach dem Einmarsch der Deutschen in Prag auf. Der Text wurde konfisziert und leicht verändert im *Słowo Lwowskie* veröffentlicht. Nach Kriegsbeginn floh er über Frankreich, Spanien, Portugal, Brasilien in die USA, wo er 1946 in New York verstarb.

⁹²² Posthume Würdigung des Vorstandes der Warschauer Nationalen Partei (Stronniectwo Narodowe). Hier zit. n. Lutostawski, Jakub: *Ignacy Hugo Stanisław Matuszewski. Sylwetka człowieka*. <http://www.archivia.com.pl/artykuly/ignacy-hugo-stanislaw-matuszewski-sylwetka-czlowieka.pdf> (13.6.2017), S. 5.

Seine geopolitische Analyse hat ihren Fokus auf den beiden größten Nachbarn Polens. Eine vordergründige Betrachtungsweise nimmt hierbei die historische Perspektive ein.⁹²³ Nach Meinung Matuszewskis gestaltet sich Polens Lage zwischen Deutschland und Russland als fatal:⁹²⁴

Poland is situated between two huge nations, both possessed by demons. Poland, by its very existence, counteracts two imperialisms whose power cannot be grim Russian imperialism of negation and squalor, that morbidly seeks the abasement of others, an imperialism based on the worship of numbers and size, setting tremendous quantity and illimitable space against anything that has the stamp of quality. There is the predatory, slick, cunning and inhumanly efficient German imperialism of deified organization, the imperialism of model prisons and model barracks.... Poland knows them both.

Polen läge – wie andere Staaten in Ostmitteleuropa – in einem Raum auf den sowohl die „westlich-römische Kultur“ als auch die „byzantinisch-mongolische Kultur Russlands“ wirke. Es sei vor allem im 20. Jahrhundert ein „nucleus of all those peoples‘ resistance against pressure from both west and east“ geworden.⁹²⁵

Gleichzeitig sieht er Polen als klar dem Westen zugehörig an. Wie für die *Sanacja* üblich geht auch Matuszewski auf Distanz zu Russland. Polen sei von Anbeginn seiner Geschichte Teil des lateinischen Westens gewesen.⁹²⁶ Mit dem „distant, primitive and peculiar life“ des russischen Nachbarn habe Polen wenig gemein. „Where could we find in the history of the Western civilization figures comparable to Ivan the Terrible, False Dimitri, Peter I, Nicolas II, Rasputin, Savinkov, Trotski, or Stalin“, fragt er Polen nach Osten abgrenzend.⁹²⁷

Partner sieht Matuszewski eher in den ostmitteleuropäischen Staaten zwischen den beiden großen Nachbarn. Nicht ungewöhnlich für einen Anhänger der *Sanacja* fordert er die Bildung eines *Intermarium*. Dieses solle von einem starken Polen angeführt werden.⁹²⁸ Matuszewski sprach sich hierbei allerdings weit weniger für die Schaffung einer Föderation dieser Staaten, sondern für einen Staatenbund aus. Einem solchen Bündnis sollte neben Polen Litauen, Lettland sowie eventuell Estland und eine unabhängige Slowakei angehören. Darüber hinaus befürwortete er die Schaffung einer größeren Gruppe von Staaten zwischen der Ostsee und dem

⁹²³ Łukomski, Grzegorz: *Ignacy Matuszewski (1891-1946). W trosce o polską rację stanu*. In: *Si vis pacem, para bellum. Bezpieczeństwo i polityka Polski. Księga jubileuszowa ofiarowana profesorowi Tadeuszowi Dubickiemu*. Hrsg. von Robert Majzner. Częstochowa / Włocławek 2013, S. 846.

⁹²⁴ Matuszewski, Ignacy: *What Poland wants*. o.O. 1941, S. 5.

⁹²⁵ Ebd., S. 13.

⁹²⁶ Ebd., S. 15.

⁹²⁷ Ebd., S. 16.

⁹²⁸ Matuszewski, Ignacy: *Granice zachodnie*. New York 1943, S. 38–41.

Adriatischen Meer beziehungsweise dem Weißen und dem Schwarzen Meer – also ein auf der Nord-Süd-Achse von Finnland bis Rumänien reichender Staatenblock.⁹²⁹ Im Prinzip decken sich diese Vorstellungen mit den Ideen der *Sanacja* im Allgemeinen. Matuszewski dürfte es nicht um eine Beherrschung dieses Raumes oder eine Unterwerfung der dortigen Nationen gehen. Derartiges läge nicht in der polnischen Tradition. „Zusammenarbeit, nicht Beherrschung“ lautet deshalb sein Motto für das angestrebte *Intermarium*.⁹³⁰

In puncto Russland und Intermarium nimmt Matuszewski damit eine für die *Sanacja* typische Position ein. Hinsichtlich der Kritik an Russland dürfe jedoch nicht der falsche Schluss gezogen werden, dass „[i]f not with Russia, then with Germany“. Mit Deutschland habe Polen einen ähnlichen Kampf in den letzten Jahrhunderten geführt. Deutschland gehöre zu den Gründern Europas, aber die Deutschen hätten nicht unter ihren Mitgliedern bleiben wollen: „The German nation rose in arms against the community of the West precisely because it has been a member of that community and wishes to be one no longer“. ⁹³¹ Der Westen würde den Fehler machen zwischen den „good Germans“ und einer „dominant minority of maniacs“, die sich einmal als Junker und ein anderes Mal als Nazis zeigen würden, zu unterscheiden.⁹³² Matuszewski sieht hierbei im „Deutschen“ den „ewigen Ritter des Deutschen Ordens“. ⁹³³ Der Deutsche Orden und seine Methoden gegen das Polentum seien die ständige Konstante. Sie zeige sich in der Politik der brandenburgischen Kurfürsten, bei Friedrich dem Großen, bei Bismarck wie bei Ludendorff und Hitler. Der Orden sei in Deutschland aufgegangen. Er selbst sei Deutschland geworden. Hierdurch habe sich Deutschland vom Westen entfernt und es Polen unmöglich gemacht, mit ihm zusammen zu arbeiten.⁹³⁴

In Bezug auf die geopolitische Situation der Zwischenkriegszeit betont Matuszewski insbesondere die Bedeutung der Pommerellen⁹³⁵ für Polen.⁹³⁶ Es sei zu kurz gedacht, dass Polen dieses Gebiet des Friedens willen an Deutschland übergeben könnte. Selbst wenn ein Großteil

⁹²⁹ Lubelski, Jakub: *Związek Bałtycki i Trzecia Europa*, S. 202–203. Vgl. Eberhardt, Piotr: *Twórcy polskiej geopolityki*, S. 155.

⁹³⁰ Matuszewski, Ignacy: *Granice zachodnie*, S. 43.

⁹³¹ Matuszewski, Ignacy: *What Poland wants*, S. 19.

⁹³² Ebd., S. 18.

⁹³³ Ebd.

⁹³⁴ Ebd., S. 21.

⁹³⁵ Im Original schreibt Matuszewski vom „problem of Pomorze“. Er bezieht sich in diesem Abschnitt allerdings auf ein Gebiet, das von Polen an Deutschland nicht übergeben werden könne. Es kann sich somit nur um Pommerellen handeln, das in Form des polnischen Korridors 1919–1939 zu Polen gehörte. Im Polnischen ist ebenfalls die Bezeichnung *Pomorze Gdańskie* (*Danziger Pommern*) oder *Pomorze Wschodnie* (*Ostpommern*) üblich.

⁹³⁶ Ebd., S. 3.

der Weltöffentlichkeit dies fordern würde⁹³⁷ oder aber der Westen Polen militärisch zwingen wollte, den Deutschen den Korridor zu überlassen,⁹³⁸ könne Polen hiervon nicht ablassen. Ein polnischer Staat ohne Pommerellen, sei nicht lebensfähig. Es garantiere Polen einen Zugang zum Meer.⁹³⁹ Polen sei der Garant für die freien Staaten in Ostmitteleuropa. Dies bringt ihn zu der wohl überspitzten Formulierung, dass der deutsche Weg zur Weltherrschaft durch Pommerellen führe.⁹⁴⁰

Bezüglich Deutschland stellt Matuszewski in einer Abhandlung über die polnische Westgrenze bereits im Januar 1943 die Frage, wie mit Deutschland nach seiner Niederlage umzugehen sei. Zwei Antwortmöglichkeiten zeigt Matuszewski hierzu auf. Entweder könnten die Deutschen befriedigt werden oder aber man könnte die Deutschen schwächen.⁹⁴¹ Für Matuszewski kann die Antwort nur eine Schwächung Deutschlands sein. Eine Befriedigung der Deutschen würde diese nur erneut zum Hegemon Europas machen.⁹⁴² Insbesondere militärisch müsse Deutschland sogar geschwächt werden, damit von ihm niemals mehr Krieg und damit eine Bedrohung für Polen ausgehen könne.⁹⁴³ An die Alliierten gerichtet forderte er, dass diese nicht erneut falsch handeln und Deutschland unterschätzen dürfen.⁹⁴⁴ Das polnische Militärbudget habe vor dem Zweiten Weltkrieg jährlich ungefähr 160 Mio. Dollar betragen. Dies entspräche in etwa den täglichen Kriegskosten der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreiches. Er argumentiert, dass eine „Tages-Investition“, also 1,6 Mill. US-Dollar in die polnische Armee den Zweiten Weltkrieg hätten verhindern können.⁹⁴⁵

Die polnischen Grenzen des Jahres 1939, so Matuszewski, dürften nicht in Frage gestellt werden. „Jede Nation, die heute gegen die Deutschen [...] kämpft, tut dies gerade zur Verteidigung der Unverletzbarkeit des eigenen Territoriums“.⁹⁴⁶ Natürlich meint er hiermit lediglich eine für Polen negative Veränderung der Grenzen,⁹⁴⁷ denn in Bezug auf Deutschland befürwortet er Grenzveränderungen explizit.⁹⁴⁸ „Im Osten lassen wir Änderungen nicht zu. Im

⁹³⁷ Ebd., S. 4.

⁹³⁸ Ebd., S. 7.

⁹³⁹ Vgl. ebd., S. 5.

⁹⁴⁰ Ebd.: Hierbei klingen Formeln, wie sie bei Mackinder und Spykman vorgefunden worden, an. Diese könnten bei Matuszewski analog lauten: Wer über Pommerellen herrscht, herrscht über Polen. Wer über Polen herrscht, herrscht über Mitteleuropa. Wer über Mitteleuropa herrscht, herrscht über Europa, die Weltinsel und damit die Welt.

⁹⁴¹ Matuszewski, Ignacy: *Granice zachodnie*, S. 3.

⁹⁴² Ebd., S. 4.

⁹⁴³ Ebd.

⁹⁴⁴ Ebd., S. 47.

⁹⁴⁵ Ebd.

⁹⁴⁶ Ebd., S. 6.

⁹⁴⁷ Ebd., S. 12.

⁹⁴⁸ Ebd., S. 7.

Westen müssen Änderungen erfolgen“,⁹⁴⁹ bringt Matuszewski seine Position auf den Punkt. Eine Westverschiebung Polens lehnt er deshalb entschieden ab.⁹⁵⁰ Bezüglich einer Änderung der deutschen Grenzen sei die Frage der deutsch-polnischen Grenzen von größter Wichtigkeit.⁹⁵¹ „Hier, und nirgendwo anders, entschied sich ebenfalls der Kampf der Deutschen um die Hegemonie über die Welt“. ⁹⁵² Die Grenzziehung des Versailler Vertrages zwischen Deutschland und Polen sah Matuszewski kritisch und forderte eine „strategische Grenze“. Hierunter versteht er eine „Grenze, die militärischen Anforderungen entspricht.“⁹⁵³ Er merkt zunächst an: „Berlin steht auf den Knochen ausgerotteter slawischer Völker, Königsberg liegt ganz im Herzen masurischer und litauischer Erde, Breslau, Dresden und Stettin sind auf Friedhöfen aufgezogene Städte“. ⁹⁵⁴ Ebenfalls stellt er fest, dass Deutschland unbedingt soweit wie möglich von der Ostsee abgeschnitten werden müsste.⁹⁵⁵ Des Weiteren sollte Ostpreußen zwischen Polen und Litauen aufgeteilt werden.⁹⁵⁶

All dies nähme Deutschland die Möglichkeit zukünftig seine Mitteleuropa-Pläne durchzusetzen.⁹⁵⁷ Ohne eine Beherrschung Ostmitteleuropas würde den Deutschen der „Speicher“ für einen zukünftigen Krieg fehlen. Hätte Berlin nicht 1914 und 1940 diesen Raum dominiert, hätte es nicht über die notwendigen Ressourcen für ihren Hegemonialanspruch verfügt.⁹⁵⁸ Dies sei der beste Schutz vor einer deutschen Übermacht.⁹⁵⁹

In der Frage, ob allein Hitler (und damit wohl auch die deutsche Führung) der Gegner sei oder aber die Deutschen selbst, sieht Matuszewski im gesamten deutschen Volk einen Feind.⁹⁶⁰ Es sei der Fehler der Jahre 1914–1918 gewesen, diese Feindschaft nicht anzuerkennen. Der Feind seien nicht seine Führer, sondern der deutsche Staat selbst und das durch ihn vereinigte deutsche Volk.⁹⁶¹ Es sei somit egal, wer in Deutschland regiere. Wenn es im Westen somit während und nach dem Zweiten Weltkrieg hieße, man habe allein mit dem Hitlerismus gekämpft, würden „in 20 Jahren wieder hunderttausende Menschen in den Tod gehen“. ⁹⁶² Hitler

⁹⁴⁹ Ebd., S. 8.

⁹⁵⁰ Ebd.

⁹⁵¹ Ebd., S. 7–8.

⁹⁵² Ebd., S. 8.

⁹⁵³ Ebd., S. 9.

⁹⁵⁴ Ebd., S. 16.

⁹⁵⁵ Ebd., S. 25: Hierzu zähle auch eine alliierte Kontrolle des Nord-Ostsee-Kanals (bis 1948 Kaiser-Wilhelm-Kanal).

⁹⁵⁶ Ebd.

⁹⁵⁷ Ebd., S. 24.

⁹⁵⁸ Ebd., S. 38.

⁹⁵⁹ Ebd., S. 39.

⁹⁶⁰ Ebd., S. 13–14.

⁹⁶¹ Ebd., S. 14.

⁹⁶² Ebd., S. 15.

sei das Böse, aber die Deutschen seien verantwortlich für dieses Böse.⁹⁶³ Hass gegenüber Polen habe nicht nur Hitler gezeigt, sondern auch der Deutsche Orden, Friedrich der Große, Bismarck, Bülow⁹⁶⁴ oder selbst die deutschen Sozialdemokraten.⁹⁶⁵

Matuszewski weicht in seinen Vorstellungen zur Ordnung des ostmitteleuropäischen Raumes bezüglich der Schaffung eines *Intermarium* nicht grundlegend von den Vorstellungen des Marschalls ab. Er sieht allerdings im westlichen deutschen Nachbarn eine wesentlich größere Bedrohung als Piłsudski. Diese Bedrohung beschränkt Matuszewski nicht auf die dreißiger und vierziger Jahre, sondern beschreibt sie als historische Konstante. Diese sieht er darin begründet, dass das Deutsche Reich nichts anderes als der Ordensstaat des *Ordo Teutonicus* sei. Letzterer sei in ersterem aufgegangen.

4.6.5. Władysław Studnicki

Ein drittes Lager, neben piastischer und jagiellonischer Idee, suchte in Deutschland einen Partner. Die geopolitischen Positionen des germanophilen Studnickis für die Zeit bis zum Ende des Ersten Weltkriegs wurden bereits behandelt. Insbesondere jedoch für die Zeit der Zweiten Republik betont Studnicki, dass ein Krieg zwischen Deutschland und Polen nicht nur eine Katastrophe für beide, sondern auch „[ein] Stoß gegen die europäische Zivilisation“ sei.⁹⁶⁶ Studnicki ist der Meinung, dass Geographie und Wirtschaft Polen und Deutschland zu idealen Partnern mache.⁹⁶⁷ Für Berlin und Warschau würde es für beide nur zwei Optionen geben: Deutschland und Polen können entweder Feinde oder Verbündete sein.⁹⁶⁸ Die kurzen Entfernungen zueinander könnten im Ernstfall zur Bedrohung werden. So wären es von Ostpreußen nach Warschau nur etwas mehr als 100 Kilometer. Andersherum aber sei auch Polen eine geographische Gefahr für Deutschland, da Berlin ebenfalls nur 160 Kilometer von der Grenze zu Polen entfernt sei und die schlesischen Industriegebiete sogar noch näher lägen.⁹⁶⁹ Andererseits könnte diese Nähe auch von Vorteil sein. „Ein politisches Bündnis mit Deutschland hat für Polen große Bedeutung, denn es kann ihm riesigen Auftrieb für seine wirtschaftliche Entwicklung geben. Wenn wir uns nach Bündnispartnern umsehen, müssen wir diesen Umstand unbedingt berücksichtigen [...]“.⁹⁷⁰ Diese verbesserten deutsch-polnischen

⁹⁶³ Ebd., S. 17.

⁹⁶⁴ Wahrscheinlich Bernhard von Bülow (1849–1929), deutscher Politiker (parteilos), 1897-1900 Staatssekretär (im Ministerrang) des Äußeren, 1900-1909 Reichskanzler. Von Bülow war verantwortlich für eine Verschärfung der polenfeindlichen Politik, verbunden mit einer Annäherung an Russland.

⁹⁶⁵ Ebd., S. 24 .

⁹⁶⁶ Studnicki, Władysław: *Polen im politischen System Europas*, S. 3.

⁹⁶⁷ Ebd., S. 9.

⁹⁶⁸ Ebd., S. 147–148.

⁹⁶⁹ Ebd., 1-3.

⁹⁷⁰ Ebd., S. 8.

Beziehungen sollen dann Grundlage für eine gesamteuropäische Lösung sein. Studnicki schlägt die Bildung eines großen mitteleuropäischen Blockes vor. Dieser solle aus Deutschland, Polen, Litauen, Lettland, Estland, Österreich, Ungarn, die ČSR, Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien, Griechenland, Türkei bestehen. Ein solches Bündnis wäre die größte Wirtschafts- und Militärmacht auf dem Kontinent. Die wirtschaftliche Grundlage sei eine gemeinsame Zollpolitik und Handelsverträge – vom Prinzip her also eine Wirtschaftsunion.⁹⁷¹ Deutschland wäre hierbei die Führungsmacht, Polen käme aber aufgrund seines Einflusses gleich dahinter. Studnickis mitteleuropäischer Block erinnert hierbei sehr stark an die *Mitteleuropa*-Idee von Friedrich Naumann. Wie auch Naumann schlägt Studnicki zunächst eine Wirtschaftsunion vor. Eine weitere auffällige Parallele ist die Möglichkeit, diesen Block zu einem späteren Zeitpunkt um Frankreich zu erweitern.⁹⁷²

Studnickis politischer Traum wurde keine Realität. Ab April/Mai 1939 gingen Berlin und Warschau zunehmend auf Distanz zueinander. Bereits zu diesem Zeitpunkt erkannte Studnicki, dass die Garantieerklärung Großbritanniens gegenüber Polen unweigerlich zum Krieg mit Deutschland führen würde. Die Absichtserklärungen des Westens seien dabei für Polen nutzlos. Polen würde in einem Bewegungskrieg mit Deutschland eine Niederlage einstecken. Durch einen Krieg hätte Warschau „nichts zu gewinnen“, aber „alles zu verlieren“. Würde Polen gegen Deutschland gewinnen – wovon Studnicki nicht ausgeht – und deutsche Gebiete anektieren, würde Berlin nur noch viel näher in die Arme Russlands getrieben werden. Studnicki schlägt für die Zeit vor dem Kriegsausbruch vor, eine Neutralität anzustreben. Die Deutschen sollen durch möglichst große Zugeständnisse beschwichtigt werden (Danzig ans Reich, exterritoriale Autobahn, Verlegung der Truppen nach Osten, Verzicht auf Beistandserklärung). Nichts hiervon traf auf Zustimmung bei den Staatsspitzen der nun dem Untergang geweihten Zweiten Republik.⁹⁷³

Es kann an die Person Władysław Studnicki die Frage gestellt werden, ob dieser wirklich ein blinder Germanophiler gewesen war. Hatte der Pole den großen Nachbarn, der zum Invasor geworden war, nicht selbst dann noch verteidigt, als dieser Millionen seiner Landsleute

⁹⁷¹ Ebd., S. 147.

⁹⁷² Ebd., S. 148. Studnicki erwähnt Naumann in seiner Publikation nicht. Aufgrund der Popularität von Naumanns *Mitteleuropa* ist allerdings davon auszugehen, dass diese gerade Studnicki bekannt gewesen sein müsste. Die bis ins Detail gehende Ähnlichkeit lässt dies sehr stark vermuten. Ein wirklicher Unterschied findet sich lediglich in der Aufzählung der beteiligten Staaten. Hierbei ist jedoch zu beachten, dass Studnicki dies 20 Jahre später veröffentlicht. Naumanns Ideen wurden somit möglicherweise durch Studnicki plagiiert, zumindest aber für das Zwischenkriegseuropa adaptiert.

⁹⁷³ Studnicki, Władysław: *Denkschrift vom 5. Mai 1939 gegen einen Krieg mit Deutschland. Polnischen Ministern und einflussreichen Persönlichkeiten überreicht*. In: *Irrwege in Polen. Ein Kampf um die polnisch-deutsche Annäherung*. Hrsg. von Władysław Studnicki. Göttingen 1951.

inhaftierte, konzentrierte und liquidierte? Wer Studnickis Schriften in deutscher Übersetzung liest, sollte für einen kurzen Moment ausblenden, dass diese Schriften von einem Polen geschrieben wurden und nicht aus revisionistischer deutscher Feder stamme. Dies gilt insbesondere für das Buch *Polen im politischen System Europas*.⁹⁷⁴ In ihm findet sich der bezeichnende Satz: „Die Rolle des Mittelpunktes muß den Deutschen zufallen, ihrem Organisationstalent und ihrer wirtschaftlichen Energie. Schon die geographische Lage Deutschlands im Mittelpunkt Europas bestimmt die Deutschen zu dieser Berufung [...]“.⁹⁷⁵ Im deutschen Vorwort zu seinen *Irrwegen in Polen* (poln. *Tragiczne Manowce*)⁹⁷⁶ wird Studnicki als ein „Politiker [...] voll tiefer Vaterlandsliebe“ beschrieben.⁹⁷⁷ Lässt sich seine prodeutsche Haltung für die Zwischenkriegszeit und sogar für die ersten Monate der Besatzung erklären, scheinen seine Vorschläge zur Schaffung eines polnischen Reststaates oder gar eine Wiederbewaffnung der Polen zum Kampf gegen Russland zunehmend unwirklich. Sie waren es 1940 als Berlin noch nicht bereit zu einem Russlandfeldzug war und sie waren es erst recht 1941–1945 als die deutsche Terrorherrschaft eine Zusammenarbeit zwischen Deutschen und Polen, weit über die vierziger Jahre hinaus unmöglich machte. Studnicki war getrieben durch eine Vaterlandsliebe, die das zu retten versuchte, was nach der Septemberkampagne von Polen übrigblieb. Er zeichnete sich hierbei allerdings nach 1939 durch keinen großen Realismus mehr aus. Für die Zeit der Zwischenkriegszeit strebte er eine Art Juniorpartnerschaft mit dem Reich an, in der Polen in einem an Naumann erinnerndes *Mitteleuropa*-Konzept die deutsche Hegemonie zur Kenntnis nimmt und sich dieser unterordnet.

4.6.6. Adolf Bocheński

Anders als Studnicki ist Adolf Bocheński⁹⁷⁸ nicht zweifelsfrei dem germanophilen Lager zuzuordnen. Er nimmt eine hybride Position zwischen den Ideen des *Intermarium* und einer

⁹⁷⁴ Studnicki, Władysław: *Polen im politischen System Europas*.

⁹⁷⁵ Ebd., S. 149.

⁹⁷⁶ Studnicki, Władysław: *Tragiczne manowce. Próby przeciwdziałania katastrofom narodowym 1939–1945*. Gdańsk 1995.

⁹⁷⁷ S. *Einleitung*. In: Studnicki, Władysław: *Irrwege in Polen*.

⁹⁷⁸ Adolf Bocheński (1909–1944) gehörte einer Generation junger Polen an, deren schulische Ausbildung und Politisierung in einem unabhängigen polnischen Staat stattfand. Er entstammte einer Familie polnischer Gutsbesitzer, deren Angehörige oftmals im öffentlichen Dienst standen. Viele seiner Geschwister waren bekannte polnische Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. Früh begann sich Bocheński intellektuell zu bilden. Bereits im Kindesalter soll er erste historiographische Klassiker gelesen haben, im Alter von 13 Jahren studierte er die Schriften von Clausewitz. Nach der Matura zog es ihn zum Studium nach Paris. Die französische Sprache habe ihm hierbei keinerlei Probleme bereitet. So seien „seine Auftritte in der Sprache Molières besser gewesen als auf Polnisch“ (Ujazdowski, Kazmierz: *Wprowadzenie*. In: Bocheński, Adolf: *Między Niemcami a Rosją* (= Biblioteka Myśli Politycznej 69). Kraków, Warszawa 2014, S. 8). Nach Abschluss eines Jurastudiums an der Lemberger Universität ist Bocheński als Journalist (*Bunt Młodych*) und Publizist tätig, wodurch er auch als Anhänger Piłsudskis aktiv wird. Während des Zweiten Weltkrieges war er unter anderem an den Kämpfen um Monte Cassino beteiligt. Er fiel im Juli 1944 in der Schlacht von Ancona (Italien).

Juniorpartnerschaft an der Seite des Reiches ein. Im Vordergrund des Schaffens Bocheński steht jedoch die Erkenntnis, dass geopolitische Konstellationen nicht von Permanenz geprägt sind, sondern sich immerzu an den geopolitischen Wenden orientieren müssen.

Früh beginnt Bocheński sich für geopolitische Fragen zu interessieren. Bereits 1934, unmittelbar nach dem Abschluss des Deutsch-Polnischen Freundschaftsvertrages sowie des 1932 geschlossenen Nichtangriffspaktes mit der Sowjetunion, war er zu der Erkenntnis gelangt, dass diese Verträge nicht ewig halten würden. Seiner Überzeugung nach würde der deutsche *Drang nach Osten* insbesondere in Bezug auf Schlesien und Pommern zurückkehren. Auch Russland würde versuchen territoriale Forderungen zu stellen. Im Jahre 1937 wird sein wohl bekanntestes Werk *Między Niemcami a Rosją* (Zwischen Deutschland und Russland)⁹⁷⁹ veröffentlicht, dessen Manuskript höchstwahrscheinlich Ende 1936, Anfang 1937 entstand.⁹⁸⁰ Das Buch kann als eines der wichtigsten geopolitischen Werke der polnischen Zwischenkriegszeit bezeichnet werden. Nicht zuletzt aus diesem Grund wurde bereits in seinem Erscheinungsjahr durch die Publikationsstelle Berlin-Dahlem eine deutsche Übersetzung angefertigt.⁹⁸¹ Józef Czapki behauptete, dass *Między Niemcami a Rosją* ein Buch sei, das kein polnischer Politiker ignorieren könne.⁹⁸²

Eine der Grundthesen des Buches lautet, dass die Außenpolitik aller Staaten einem ständigen Wandel unterworfen ist. Keine außenpolitische Position, die ein Staat einnehme, sei unveränderlich.⁹⁸³ Bocheński beruft sich hierbei unter anderem auf Machiavelli: „Einen Freund zu haben, bedeute nicht, dass man vergessen dürfe, dass hieraus ein Feind werden könnte – aber auch, dass aus einem Feind ein Freund werden könne“.⁹⁸⁴ Grundlage für diese „Dynamik in der Staatsräson“ sei, dass es in einem Staat immer unterschiedliche außenpolitische Konzeptionen gibt.⁹⁸⁵ In Bezug auf die Beziehungen zu Berlin bringt dies Bocheński zur Erkenntnis, dass die geographische Lage Polens und Deutschlands beide Staaten nicht automatisch zu Feinden mache.⁹⁸⁶ „Einerseits“, so schreibt er, „müssen wir die Möglichkeit guter Beziehungen mit dem Deutschen Reich in Betracht ziehen, andererseits können wir nicht an Ewigkeit und Stabilität glauben“.⁹⁸⁷

⁹⁷⁹ Ebd.

⁹⁸⁰ Er verfasst sein *opus magnum* somit im Alter von 28 Jahren.

⁹⁸¹ Bocheński, Adolf: *Zwischen Deutschland und Russland*. Berlin 1937.

⁹⁸² Ujazdowski, Kazmierz: Wprowadzenie. In: Bocheński, Adolf: *Między Niemcami a Rosją*, S. 8.

⁹⁸³ Ebd., S. 29.

⁹⁸⁴ Ebd., S. 24.

⁹⁸⁵ Ebd., S. 27.

⁹⁸⁶ Ebd., 25; Bocheński, Adolf: *Między Niemcami a Rosją*, S. 28.

⁹⁸⁷ Bocheński, Adolf: *Między Niemcami a Rosją*, S. 25.

Eine Warnung spricht Bocheński an jene aus, die der Meinung sind ein deutsch-russischer Antagonismus würde beide Seiten davon abhalten, sich gemeinsam gegen Polen zu richten. Zwar bestünde zwischen dem kommunistischen Moskau und dem nationalsozialistischen Berlin ein ideologischer Gegensatz. Dieser könne aber durch die Staatsräson beider beiseitegeschoben werden.⁹⁸⁸ Dies könne geschehen, wenn beispielsweise die UdSSR zu einem expansiven Kurs zurückkehren würde, der sich sicherlich gegen Polen richte.⁹⁸⁹ Polen sollte hierauf vorbereitet sein.⁹⁹⁰ Für die Beziehungen zwischen Deutschland, Russland und Polen zieht Bocheński vier mögliche Systeme:⁹⁹¹

- 1.) Ein deutsch-russisches Bündnis gegen Polen. Es sei für die Zukunft sowohl mit einer deutschen als auch mit einer sowjetischen Aggression gegenüber Polen zu rechnen. Hierbei könne man nicht auf Hilfe aus Moskau oder Berlin rechnen.
- 2.) Ein sich zuspitzender deutsch-russischer Antagonismus, der zu einer Auslöschung einer der beiden Staatsorganismen durch den anderen führe.
- 3.) Ein deutsch-russischer Antagonismus in einer defensiven Phase, wie er in den dreißiger Jahren fast überwiegend herrschte.
- 4.) Ein deutsch-russischer Antagonismus, in den sich Polen auf der Seite einer der beiden positioniere.

Bocheński ist der Auffassung, dass Polen sich in erster Linie selbst als Macht festigen muss. Fundament dieser Macht sei eine Verbindung des Raumes zwischen der Ostsee und dem Schwarzen Meer – einer Vereinigung des Gürtels zwischen der germanischen und der russischen Welt.⁹⁹² Er lehnt die so genannte jagiellonische Idee ab. Seiner Meinung nach sei sie für Polens Nachbarn unattraktiv.⁹⁹³ Das heißt aber nicht, dass er die Föderationsidee vollends ablehnt. Er schlägt vielmehr ein politisches Bündnis vor, in dem alle Gleiche unter Gleichen seien.⁹⁹⁴ Seine föderative Allianz sei wesentlich stabiler als ein simples, kurzweiliges Bündnis. Sein Vorschlag steht hierbei nicht im Widerspruch zu seiner Grundthese ständiger

⁹⁸⁸ Ebd., S. 193.

⁹⁸⁹ Ebd., S. 32.

⁹⁹⁰ Ebd.

⁹⁹¹ Ebd., S. 33.

⁹⁹² Sykulski, Leszek: *Polska myśl geopolityczna w latach 1989-2009*, S. 64.

⁹⁹³ Reszczyński, Łukasz: *Rezensjon: Ujazdowski, Kazimierz Michał: Żywotność konserwatyzmu. Idee polityczne Adolfa Bocheńskiego*. Warszawa 2005, 298 ss. <http://www.geopolityka.org/recenzje/lukasz-reszczyński-konserwatyzm-o-dawnych-układach-geopolitycznych> (11.1.2021).

⁹⁹⁴ Vgl. Habielski, Rafał: *Tytuł pozostaje ten sam. O powinowactach geopolitycznych grupy "Buntu Młodych" i "Kultury"*. In: *Geopolityka i zasady. Studia z dziejów polskiej myśli politycznej*. Hrsg. von Jacek Kloczkowski. Kraków / Warszawa 2010, S. 115.

Veränderung. Es ist ebenso anzunehmen, dass eine solche Allianz irgendwann auseinanderbrechen werde. Jedoch sei es besser, wenn diese über einen kurzen Zeitraum existiere, als wenn sie gar nicht existiere.⁹⁹⁵ Auch während des Zweiten Weltkrieges warb Bocheński für eine mitteleuropäische Föderation, die sich aus Staaten aus Polen, der Ukraine, der Tschechoslowakei, Litauen, Rumänien und Ungarn zusammensetzen sollte.⁹⁹⁶

Eine Zusammenarbeit mit anderen Staaten gestalte sich für Polen schwierig. So würden generell Frankreich und die ČSR⁹⁹⁷ als Partner gegen Deutschland in Frage kommen. Aber man müsse sich hierbei auch in die Sicht dieser Staaten versetzen. So ergäbe sich für Paris und Prag nicht nur die Möglichkeit einer Kooperation mit Polen.⁹⁹⁸ Geographisch würde sich eine solche Zusammenarbeit durchaus anbieten. Die Geschichte habe aber gezeigt, dass Polen höchst selten dieser Partner des Westens war.⁹⁹⁹ Für Frankreich waren Partner eher Schweden, die Osmanen oder Russland. „Die Anliegen der polnischen Nation sind für [Polen] etwas sehr Wichtiges und Teures, für das Ausland, an das wir uns wenden, sind die Interessen Polens allerdings wesentlich geringer“.¹⁰⁰⁰ Es gäbe in Polen zwei Position zu einer Zusammenarbeit mit Frankreich. Das eine Lager unterstütze den Gedanken an ein Bündnis mit Frankreich völlig und glaube an seine Realisierung. Das andere Lager lehnt ein Bündnis mit Paris nicht ab, es hält es sogar für einen sehr wichtigen Faktor – aber nicht den einzigen.¹⁰⁰¹ In Bezug auf Frankreich würden die Polen in eine seltsam anmutende Sentimentalität verfallen. „J’ai deux amours, mon pays et Paris“, gibt auch Bocheński zu. Dennoch sei es Frankreich, dass seine Allianz mit Polen oftmals anderen Bündnissen untergeordnet habe. Polen könne den Franzosen hier keinen Vorwurf machen. „Die einzige Verpflichtung [der französischen] Führer ist, sich um den Schutz Frankreichs und seiner hervorragenden Kultur zu kümmern. Wir können von unseren Freunden an der Seine nicht erwarten, dass sie sich auch um Polen sorgen“.¹⁰⁰² Russland sei als größerer und stärkerer Partner für Paris sehr viel attraktiver. Auf ein polnisch-französisches Bündnis könne man also nur nach einer Auflösung Russlands hoffen.¹⁰⁰³ Eine Auflösung Russlands sei aber nichts, das Paris anstrebe, da sich Frankreich durch den deutsch-russischen Antagonismus

⁹⁹⁵ Bocheński, Adolf: *Między Niemcami a Rosją*, S. 94.

⁹⁹⁶ Sykuliski, Leszek: *Polska myśl geopolityczna w latach 1989-2009*, S. 65.

⁹⁹⁷ Zu den deutsch-tschechischen Beziehungen vgl. Bocheński, Adolf: *Między Niemcami a Rosją*, S. 139–140.

⁹⁹⁸ Ebd., S. 118.

⁹⁹⁹ Ebd., S. 105.

¹⁰⁰⁰ Ebd., S. 249 [Anhang: *Polska w Polityce Stalina*]: „Interes narodu polskiego jest dla nas czymś niezwykle ważnym i cennym, o wiele mniej jednak dla cudzoziemców, do których się zwracamy”.

¹⁰⁰¹ Ebd., S. 103–104.

¹⁰⁰² Ebd., S. 115.

¹⁰⁰³ Ebd., S. 118. Zum Verhältnis Frankreich-Russland vgl. ebd., S. 119.

ein ständiger Alliiertes in Russland gegen Deutschland anbot.¹⁰⁰⁴ Paris und Warschau haben somit zumindest in erster Linie keine gemeinsamen Interessen.

Insgesamt sieht Bocheński in der bestehenden geopolitischen Ordnung eine große Gefahr für Polen. Würde diese nicht einer radikalen Änderung unterworfen, würde sie unausweichlich zu einer großen Niederlage Polens führen.¹⁰⁰⁵ Deutschland sei der einzige Staat, der diese Ordnung derzeit durchbrechen könne. Es sei aber ebenfalls davon auszugehen, dass man sich in naher Zukunft im Konflikt mit Deutschland befinden würde.¹⁰⁰⁶ Polen dürfe nicht den Fehler machen und seine Grenzen von den Garantien seiner großen Nachbarn abhängig machen¹⁰⁰⁷ und auch nicht auf einen fortwährenden Antagonismus zwischen Moskau und Berlin vertrauen.¹⁰⁰⁸ Sein langfristiges Ziel bleibt die Zerschlagung des „russischen Imperiums“, zu dessen Zweck er vor 1939 ein taktisches Bündnis mit dem Reich befürwortet.¹⁰⁰⁹ Angestrebt wurde ein „privilegierter Platz Polens im ‚deutschen‘ Mitteleuropa“, um sich dann mit dem Reich gegen die Sowjetunion zu wenden.¹⁰¹⁰ Es scheint, als habe er seine Idee einer föderativen Allianz erst für die Zeit nach einem Zusammenbruch der UdSSR geplant.¹⁰¹¹ Insgesamt blieb aber schon sein Plan einer Arbeitsgemeinschaft mit dem Reich aber eher eine „hypothetische Konzeption als ein konkreter Plan zum Handeln“.¹⁰¹²

Von einer Umsetzung dieser Pläne konnte mit Ausbruch des Zweiten Weltkrieges keine Rede mehr sein. Sein Text *Polska w polityce Stalina* war einer der ersten Prognosen, die eine Erweiterung der russischen Einflussphäre vorhersagten.¹⁰¹³ „Wenn die Alliierten obsiegen werden, finden wir uns in der sowjetischen Hemisphäre wieder“, schrieb Bocheński im Sommer 1944.¹⁰¹⁴ Auch darin zeigte sich die Dynamik des geopolitischen Systems, auf die Bocheński so nachdrücklich verwies.

¹⁰⁰⁴ Ebd., 121.

¹⁰⁰⁵ Ebd., S. 188.

¹⁰⁰⁶ Ebd., S. 188–189.

¹⁰⁰⁷ Ebd., S. 189.

¹⁰⁰⁸ Ebd., S. 195.

¹⁰⁰⁹ Sykulski, Leszek: *Polska myśl geopolityczna w latach 1989-2009*, S. 65.

¹⁰¹⁰ Kornat, Marek: *Spór o polską rację stanu w roku 1937*. In: *Geopolityka i zasady. Studia z dziejów polskiej myśli politycznej*. Hrsg. von Jacek Kloczkowski. Kraków / Warszawa 2010, S. 63–64.

¹⁰¹¹ Vgl. Zychowicz, Piotr: *Pakt Ribbentrop-Beck*, S. 611.

¹⁰¹² Kornat, Marek: *Spór o polską rację stanu w roku 1937*, S. 63.

¹⁰¹³ Bocheński, Adolf: *Polska w polityce Stalina*. http://wyborcza.pl/magazyn/1,124059,6537664,POLSKA_W_POLITYCE_STALINA.html (18.1.2021).

¹⁰¹⁴ Hier zit. n. Bocheński, Adolf: *Między Niemcami a Rosją*, S. 11.

4.6.7. Stanisław Mackiewicz

Das Bild der polnischen Geopolitik in der Zwischenkriegszeit wäre unvollständig ohne eine Analyse des Schaffens von Stanisław Mackiewicz,¹⁰¹⁵ der zu den Klassikern der polnischen Geopolitik gezählt wird.¹⁰¹⁶ Bocheński bezeichnete Mackiewicz einst als den hervorragendsten Publizisten, den die Zweite Republik hervorgebracht habe.¹⁰¹⁷ Stanisław Mackiewicz, der auch unter dem Pseudonym *Cat* tätig war,¹⁰¹⁸ vergleicht die Außenpolitik mit einem Schachspiel,¹⁰¹⁹

auf dem anstelle von Figuren aus Elfenbein auf den Feldern lebendige Nationen stünden. Und das Spiel ist anders als Schach. Die Spielfiguren, die Läufer, Springer und Türme werden nicht allein von zwei Spielern verschoben, sondern jeder Spielstein, jede Figur ist eine kleinere oder größere, stärker oder schwächere Nation. Verschoben wird sie durch den Leiter der Außenpolitik. [...] Auf dem Schachbrett der Außenpolitik wird mit Reichtum und Elend, Leben und Tod von Millionen Menschen gespielt. Wehe der Nation, die sich ungeschickten oder unfähigen Händen überlässt.

Mackiewicz war der Überzeugung, dass es für den polnischen Staat auf diesem Schachbrett nur zwei Optionen gäbe: Entweder Polen wäre eine starke Regionalmacht in Mitteleuropa – oder aber es würde überhaupt nicht sein.¹⁰²⁰ Der Schlüssel in der Beantwortung dieser shakespearischen Frage eines Seins oder Nicht-Seins lag in den Beziehungen zu Deutschland und Russland. Die Beziehungen zu den beiden großen Nachbarn definiert

¹⁰¹⁵ Stanisław Mackiewicz (1896–1966), der auch unter dem Pseudonym *Cat* tätig war, wurde 1896 in der damals russischen Hauptstadt St. Petersburg geboren. Er entstammt aus einer Familie verarmter Gutsbesitzer, die gleich mehrere bedeutende polnische Publizisten hervorgebracht hat. An seine Matura schloss sich ein Studium der Rechtswissenschaften in Krakau, Wilno und Warschau an. 1916 schloss er sich der *Polska Organizacja Wojskowa* unter Piłsudski an. Politisch kann Mackiewicz als Piłsudski-Anhänger (*Piłsudczyk*) bezeichnet werden. Für die *Sanacja* (BBWR) war er von 1928 bis 1935 Abgeordneter des Sejms. Auch nach dem Tod des Marschalls 1935 sah sich Mackiewicz weiterhin als dessen Anhänger an, stand jedoch in Opposition zu seinen Nachfolgern, die Polen nun regierten. Im März 1939 wurde er verhaftet und 17 Tage im Gefängnis Bereza Kartuska inhaftiert. Grund hierfür war seine öffentliche Kritik an der Regierung, insbesondere an Außenminister Józef Beck. Mit der Niederlage der polnischen Armee floh Mackiewicz nach England, wo er jedoch in Opposition zur Exilregierung stand. Nach dem Krieg blieb er in London und war erneut publizistisch tätig. Im Juni 1954 wurde er Premierminister der polnischen Exilregierung. Bereits im Juni des darauffolgenden Jahres legte er das Amt bereits wieder nieder und kehrte im Sommer 1956 in sein Heimatland Polen zurück. In Warschau attackierte er bis zu seinem Tod die Exil-Regierung in London in Schriften, unter anderem in Schriften wie *Londyniszczycze* und *Zielone oczy*.

¹⁰¹⁶ Eberhardt, Piotr: *Twórcy polskiej geopolityki*, S. 15.

¹⁰¹⁷ Zychowicz, Piotr: *W obronie Stanisława Augusta* (6.2.2017). <http://www.rp.pl/artykul/423593-W-obronie-Stanislaw-Augusta.html> (6.2.2017).

¹⁰¹⁸ Oftmals findet sich der Name in vollständiger Schreibweise wie folgt: Stanisław Cat-Mackiewicz. Der deutsche Leser täuscht sich aber, wenn er im Viertelgeviertstrich einen Doppelnamen vermutet. So ist es im polnischen üblich den Nachnamen auf diese Art mit einem verwendeten Pseudonym zu verbinden (vgl. z.B. Edward Rydz-Śmigły). Mackiewicz's Pseudonym *Cat* geht wahrscheinlich auf das englische Wort *cat* zurück. Dies bezieht sich höchstwahrscheinlich ein Werk von Rudyard Kipling. Mackiewicz war ein großer Verehrer des britischen Schriftstellers (Masłoń, Krzysztof: *Blazeńska czapka Cata-Mackiewicza*. <http://www.archiwum.rp.pl/artykul/968014-Blazenska-czapka-Cata-Mackiewicza.html> (6.2.2017)).

¹⁰¹⁹ Mackiewicz, Stanisław: *O jedenastej - powiada aktor - sztuka jest skończona*, S. 295.

¹⁰²⁰ Zakrzewski, Maciej: *Droga do Libourne. Stanisław Cat Mackiewicz a polityka zagraniczna II Rzeczypospolitej*. In: *Geopolityka i zasady. Studia z dziejów polskiej myśli politycznej*. Hrsg. von Jacek Kloczkowski. Kraków / Warszawa 2010, S. 76.

Mackiewicz als eine Gesetzmäßigkeit polnischer Außenpolitik: Wenn die Beziehungen zwischen Berlin und Moskau schlecht seien, wachse die Bedeutung Polens und es genieße eine Selbstständigkeit. Wenn sich allerdings die Beziehungen zwischen Deutschland und Russland verbessern, sinkt diese Selbstständigkeit. Wenn es zu einem gemeinsamen Handeln beider kommt, stirbt Polens Unabhängigkeit.¹⁰²¹

Ebenfalls ein antideutsches franko- oder anglorussisches Bündnis sei für Polen eine Tragödie. Es sei zu vermuten, dass ein solches Bündnis entweder Polen in die Arme Deutschlands treiben könnte oder aber Polen gegenüber einem westlichen Bündnis mit Russland kein Gehör fände, da es selbst zu schwach sei.¹⁰²² Um Polen zu stärken ist er der Meinung, dass Polen nach Osten expandieren solle. Er zählt damit zu den Anhängern der jagiellonischen Idee. Für ihn sprechen hierfür geopolitische Gründe. Unter anderem würde hierdurch Russland geschwächt werden.¹⁰²³ Polens Außenpolitik müsse – mit dem Ziel die Unabhängigkeit zu gewährleisten – „aktiv, expansiv und aggressiv sein“.¹⁰²⁴

Zu Beginn von Mackiewicz's publizistischer Tätigkeit befürwortete er zunächst eine Zusammenarbeit mit Frankreich gegen Deutschland. Ziel seiner antideutschen Haltung war zunächst die Zerschlagung des deutschen Nationalstaats in kleinere Einzelstaaten sowie eine Annexion von Ostpreußen. Für ihn stelle dies eine „Reparatur“ des Versailler Vertrags dar, die eine Absicherung der Sieger des Ersten Weltkrieges gegen einen deutschen Revisionismus sicherstellen sollten. Mitte der zwanziger Jahre legt Mackiewicz diese profranzösische Haltung in Teilen ab. Der Prozess dieses Wandels findet sich in erster Linie in den Werken *Kropki nad i* sowie in *Dziś i jutro* wieder.¹⁰²⁵

Die deutsche Außenpolitik der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg teilt Mackiewicz in vier Phasen: Zunächst die Phase unmittelbar nach dem Krieg, in dem er eine Annäherung des Reiches an Sowjetrußland sieht. Danach die Ära Stresemann, die eine Anerkennung der Grenzen im Westen vornahm, aber an Gebietsforderungen im Osten festhielt – eine „zweifello

¹⁰²¹ Mackiewicz, Stanisław: *Historia Polski. Od 11 listopada 1918 do 17 września 1939*. Kraków 2012, S. 79. Dieses Werk ist eines der bekanntesten Publikationen von Mackiewicz. Es kann durchaus zum Kanon der wichtigsten geopolitischen Werke Polens gezählt werden. Sein Biograph Jaruzelski bezeichnete es als „[...] Paian und Pamphlet, ein tendenziöses Buch, ungerecht und sehr subjektiv“ aber gleichzeitig als „herausragenden Essay über die 2. Republik [...]“ (Brzoza, Czesław: *Nie wszystko „odeszło w mrok”*. In: ebd., S. 495. Dort zit. n. Jaruzelski, Jerzy: *Mackiewicz i konserwatyści. Szkice do biografii*. Warszawa 1976, S. 150).

¹⁰²² Zakrzewski, Maciej: *Droga do Libourne*, S. 84.

¹⁰²³ Gzella, Jacek: *Między Sowietami a Niemcami. Koncepcje polskiej polityki zagranicznej konserwatystów wileńskich zgrupowanych wokół "Słowa" (1922-1939)*. Toruń 2011, S. 43.

¹⁰²⁴ Zakrzewski, Maciej: *Droga do Libourne*, S. 77.

¹⁰²⁵ Beide Werke erschienen vor wenigen Jahren in einem Band. Mackiewicz, Stanisław: *Kropki nad i. Dziś i jutro*. Kraków 2012, S. 266–267.

und entschieden antipolnische Politik“. Die dritte Phase ist gekennzeichnet von der Machtübernahme Hitlers und seiner antibolschewistischen Politik, die einen Verbündeten in Polen suchte. Warschau lehnt diese Zusammenarbeit jedoch ab. Die vierte Phase sei eine Abwendung Hitlers vom Plan eines Angriffs auf die UdSSR und eine Hinwendung gegen Polen und den Westen.¹⁰²⁶ Die Politik der ersten, aber vor allem der zweiten Phase sei für Polen fatal gewesen. Insbesondere Locarno bezeichnet Mackiewicz als unglaublich schlechtes Omen für die polnische Unabhängigkeit.¹⁰²⁷ Die dritte Phase, also das Jahr 1939, brachte Polen – nach Meinung Mackiewicz – nur zwei Optionen: Entweder einen Krieg mit Deutschland zu beginnen oder aber eine Verständigung zwischen beiden zu schaffen. Nichts zu tun hieße in diesem Moment in einem „Quasi-Krieg“ mit Berlin zu verharren, das nur für den Moment noch zu schwach sei.¹⁰²⁸ Hitlers Angebot einer Verständigung könne Polen aus zwei Gründen nicht ablehnen. Zum einen konnte er sich bei einer militärischen Auseinandersetzung mit Deutschland nicht sicher sein, dass er auf die Unterstützung Frankreichs zählen konnte. Zum anderen musste er fürchten, dass Russland Polen in den Rücken fallen würde.¹⁰²⁹

Sein *Gra na Niemcy*¹⁰³⁰ (*Spiel auf Deutschland hin*) war vor allem darin begründet, dass seiner Meinung nach beide Staaten eine Veränderung der Versailler Ordnung anstrebten. Deutschland ginge es um eine Revision, Polen darum, Einfluss auf der diplomatischen Bühne zu erlangen. Frankreich sei für Polen hierbei kein wahrer Verbündeter. Paris strebe mit Polen ein Bündnis an, in dem sich Polen der französischen Außenpolitik unterordne. Die Achse Paris-Warschau sei keine wirkliche „Ehe“ [„związek małżeński“] gleichberechtigter Partner.¹⁰³¹ Vielmehr spricht Mackiewicz (auch) in diesem Zusammenhang von einem exotischen Bündnis.¹⁰³² Hingegen würde eine Zusammenarbeit mit Deutschland, Warschaws diplomatischen Einfluss um ein Vielfaches steigern. Mackiewicz war von Anfang an klar, dass eine deutsch-polnische Verständigung in erster Linie gegen Osten gerichtet sei, auch wenn

¹⁰²⁶ Mackiewicz, Stanisław: *Historia Polski*, S. 290–291.

¹⁰²⁷ Ebd., S. 294.

¹⁰²⁸ Ebd., S. 350.

¹⁰²⁹ Ebd.

¹⁰³⁰ Jaruzelski, Jerzy: *Stanisław Cat-Mackiewicz 1896-1966. Wilno, Londyn, Warszawa*. Warszawa² 1994, S. 167: Der Ausdruck stammt von Jerzy Jaruzelski und beschreibt Mackiewicz's geopolitische Position treffend.

¹⁰³¹ Zakrzewski, Maciej: *Droga do Libourne*, S. 85.

¹⁰³² Mackiewicz, Stanisław: *O jedenastej - powiada aktor - sztuka jest skończona*, S. 227: Als exotische Bündnisse [egzotyczne sojusze] bezeichnet Mackiewicz Allianzen zwischen Staaten, die geographisch fern voneinander entfernt liegen und zwischen denen eine Asymmetrie herrscht. Seiner Meinung nach fällt eine polnisch-französische Zusammenarbeit in diese Kategorie, da beide keine gleichrangigen Mächte und keine direkten Nachbarn darstellen. Für Mackiewicz besteht wenig Sinn in einem solchen Bündnis.

Mackiewicz dies erst offen im Juli 1938 artikulierte.¹⁰³³ Ziel müsse auch seiner Meinung nach die Verwirklichung „großer Ziele im Osten“ sein.¹⁰³⁴

Für Mackiewicz hatte kein *status quo* eine langanhaltende Bedeutung. Er wusste, dass jeder Ist-Zustand ein schnelles Ende finden konnte. Aus diesem Grunde war ein Abkommen mit Deutschland keineswegs das *non plus ultra*. Laut Mackiewicz bot es vielmehr Polen Möglichkeiten für weitere geopolitische Optionen innerhalb eines größeren Handlungsspielraums. Hierfür war Mackiewicz zu großen Kompromissen gegenüber Berlin bereit. Er, der Anfang der zwanziger Jahre noch das preußische Epizentrum Königsberg von Deutschland gefordert hatte, war nun bereit den polnischen Einfluss auf Danzig gänzlich zurückzufahren und anzuerkennen, dass es sich um eine deutsche Stadt handele.¹⁰³⁵

Die Verständigung mit Deutschland hatte für Polen zur Folge, dass es mit Frankreich seine Rollen tauschte. Nun verfolgte Paris eine wesentlich aggressivere Politik gegenüber Berlin als Warschau. Polen hingegen beendete seinen „Quasi-Krieg“ mit Berlin.¹⁰³⁶ Trotz der nun schlechteren Beziehungen zwischen Berlin und Paris plädierte Mackiewicz langfristig für eine deutsch-polnisch-französische Verständigung. Diese sollte zum einen eine deutsche Dominanz in Europa (zu dem er Russland nicht zählte) verhindern, eine Friedensgrundlage für Europa schaffen, sowie einen antideutschen französisch-russischen Pakt verhindern, der sich auch gegen Polen als Deutschlands Partner gerichtet hätte.¹⁰³⁷ In einfachen Worten brachte Mackiewicz es auf den Punkt: Vor der gegebenen geopolitischen Lage sei ein Verbündeter für Polen schlicht nicht ausreichend, weil es langfristig keine Verbesserung der Situation nach sich ziehe.¹⁰³⁸

Als nun 1935 Marschall Piłsudski starb, bezichtigt Mackiewicz die polnische Staatsführung der Unfähigkeit zu einer klugen Außenpolitik. Berlin habe Warschau von Anfang an mit seiner Verständigung auch einen Feldzug gegen Moskau angeboten. Dem polnischen Außenminister Beck blieben laut Mackiewicz nun zwei Optionen: Entweder die eines Marsches gegen Russland – bei Neutralität des Westens – oder aber ein Ablassen von einer weiteren

¹⁰³³ Mackiewicz, Stanisław: *Kropki nad i*, S. 279–280.

¹⁰³⁴ Mackiewicz, Stanisław: *Zagadka min. Becka*. In: *Teksty*. Hrsg. von Stanisław Mackiewicz. Warszawa 1990, S. 333. Vgl. Zakrzewski, Maciej: *Droga do Libourne*, S. 92.

¹⁰³⁵ Mackiewicz, Stanisław: *Kropki nad i*, S. 274.

¹⁰³⁶ Mackiewicz, Stanisław: *Historia Polski*, S. 401.

¹⁰³⁷ Mackiewicz, Stanisław: *Kropki nad i*, S. 275; Die genannten Vorteile treffen ebenfalls auf das spätere Weimarer Dreieck zu.

¹⁰³⁸ Gzella, Jacek: *Między Sowietami a Niemcami*, S. 343.

Verständigung mit Deutschland und die Ausnutzung eines für Polen günstigen Momentes, um gegen Polen vorzugehen.¹⁰³⁹

Mackiewicz teilt Europa in „gesättigte“ und „hungrige“ Staaten ein. Satt [*syte*] seien die Westmächte, hungrig [*głodne*] hingegen Deutschland, Russland, Japan und Italien. Im Prinzip wäre es für den Westen günstig, wenn sich die „hungrigen Staaten“ gegenseitig bekämpfen würden. Dennoch würden London und Paris einem Feldzug gegen Russland nicht zustimmen können.¹⁰⁴⁰ Ein Grund hierfür könnte unter Umständen sein, dass der Westen die Entstehung einer großen Kontinentalmacht verhindern wollte. Hinzukommt, dass eine weitere Entspannung zwischen Polen und Deutschland eine Lösung für bestimmte Konfliktfelder verlangt hätte.¹⁰⁴¹ Mackiewicz ist der Meinung, dass eine Verständigung nur mit „statischen Staaten“ erreicht werde. Die deutsche Außenpolitik sei jedoch sehr viel dynamischer gewesen und hätte in letzter Konsequenz immer Krieg bedeutet. Beck wirft er vor, dies nicht erkannt zu haben. Da dieser keinen Feldzug gegen Russland gewollt hätte, hätte er sich auf einen Kampf gegen Deutschland einstellen müssen. Stattdessen sei der polnische Außenminister eine fragwürdige Politik des „Immer einen Schritt näher an Berlin als an Moskau“ gefahren,¹⁰⁴² die aber insgesamt eine *polityka równowagi*, eine Politik der gleichen Distanz/Nähe zu Moskau und Berlin gewesen sei.

Berlin hatte Warschau ein gemeinsames Vorgehen gegen Russland angeboten – was Mackiewicz nicht nur befürwortete, sondern was seiner Meinung nach von Anfang an der Sinn einer Zusammenarbeit mit dem Reich gewesen wäre. Warschau lehnt dies jedoch ab, mit der Folge, dass sich nun Russland und Deutschland gegen Polen richteten. Dies führte laut Mackiewicz zur Katastrophe von 1939. Es sei der Fehler vieler europäischer Politiker, aber in Polen vor allem der Fehler Józef Beck's.¹⁰⁴³ Die Tatsache, dass Beck auf den Schutz Großbritanniens und Frankreichs setzte, hielt Mackiewicz für einen Fehler. Auf den Westen sei bezüglich des Schutzes der polnischen Unabhängigkeit kein Verlass. Würde es zu einem Konflikt zwischen Berlin und Warschau kommen, in dem das Reich die Rückgabe des Korridors fordere, wäre die Antwort des Westens – wie Mackiewicz polemisch feststellt: „Gebt den Deutschen doch den Korridor, wo sie derart um ihn kämpfen“.¹⁰⁴⁴

¹⁰³⁹ Mackiewicz, Stanisław: *Historia Polski*, S. 403.

¹⁰⁴⁰ Ebd., S. 405.

¹⁰⁴¹ Ebd.

¹⁰⁴² Ebd., S. 406–407.

¹⁰⁴³ Ebd., S. 485.

¹⁰⁴⁴ Mackiewicz, Stanisław: *Kropki nad i*, S. 21.

Den „europäischen Ultrapazifismus“ bezeichnet Mackiewicz als Bedrohung für die polnische Politik. Dieser Pazifismus versuche Konflikte in Europa zu lokalisieren, das heißt ein Hineinziehen aller anderen Mächte zu verhindern. Wäre so eine Lokalisierung 1914 erfolgt, wäre es nicht zum Ausbruch eines Weltkrieges gekommen. Der Leidtragende wäre allein Serbien gewesen, das es ohne die russischen Verbündeten mit der Doppelmonarchie hätte aufnehmen müssen. Der Pazifismus der Nachkriegsjahre und seine Versuche der Lokalisierung von Konflikten hätten allerdings für Polen zur Folge, dass es in einen Konflikt mit Deutschland (und Russland) allein stünde. Somit könne ein solcher Pazifismus nicht im Interesse Polens sein.¹⁰⁴⁵ Der europäische Pazifismus ströme aus zwei Richtungen. Die erste der beiden sei Frankreich, das schlicht nicht in der Lage sei, einen Krieg zu führen. Die andere Richtung sei eine Europäische. Europa sei sich im Klaren darüber, dass es auch in Konkurrenz zu anderen Kontinenten stünde. Aus diesem Grund könne es sich in seiner Gesamtheit eine weitere Schwächung durch einen Weltkrieg nicht leisten.¹⁰⁴⁶

Nach dem erfolgreichen Anschluss Österreichs und der „Zerschlagung der Rest-Tschechei“ rief Mackiewicz immer mehr zur Vorsicht auf und befürchtete, dass sich der politische Druck Berlins nun gegen Polen richten könne. Sein Plan einer Zusammenarbeit mit Deutschland schien nicht mehr umsetzbar. Berlin war zu stark geworden. Gleichzeitig stand es bereits im Konflikt mit dem Westen, den Polen absolut vermeiden wollte. Hinzukam, dass die eigenen Konfliktfelder zwischen Warschau und Berlin nun deutlich zum Vorschein kamen (insbesondere die Frage des Korridors).¹⁰⁴⁷ Die britisch-französische Garantieerklärung war aus Sicht Mackiewiczs ein schwerer Fehler gewesen. Seiner Meinung nach handelte es sich hierbei um eine Taktik Londons einen möglicherweise ausbrechenden Krieg zunächst gegen Polen zu lenken.¹⁰⁴⁸ Dementsprechend sei es ein Fehler Polens gewesen, nicht nur das deutsche Angebot einer Zusammenarbeit auszuschlagen, sondern auch den deutschen Wunsch nach Neutralität in einem Konflikt zwischen Deutschland und dem Westen abzulehnen. Dies hätte Berlin im Osten Sicherheit gegeben, die sich das Reich dann schließlich durch den Hitler-Stalin-Pakt holte. Der dann im September ausbrechende Krieg sei nach Meinung von Mackiewicz nicht wegen des Korridors ausgebrochen, sondern „auf Grund der Weigerung Polens sich in einem Krieg [Deutschlands] mit Frankreich und England neutral zu verhalten“.¹⁰⁴⁹ Mackiewiczs Idee einer Zusammenarbeit Berlin endete spätestens am 23. August 1939. Doch selbst der Krieg zwischen

¹⁰⁴⁵ Ebd., S. 19–20.

¹⁰⁴⁶ Ebd., S. 128.

¹⁰⁴⁷ Gzella, Jacek: *Między Sowietami a Niemcami*, S. 199.

¹⁰⁴⁸ Mackiewicz, Stanisław: *O jedenastej - powiada aktor - sztuka jest skończona*, S. 162–166.

¹⁰⁴⁹ Ebd., S. 161.

Deutschland und Polen brachte Mackiewicz zunächst nicht von seiner Idee einer Zusammenarbeit mit Berlin ab. Im Sommer 1940, nach der Niederlage Frankreichs, Polens einzigem kontinentalen Verbündeten, sah Mackiewicz es als einzig realistische Möglichkeit an, dass sich die Polen, den Deutschen unterordnen würden.¹⁰⁵⁰ Die polnische Exilregierung lehnte diesen Vorschlag jedoch strikt ab und bevorzugte die in ihren Augen ehrenhaftere Lösung des Kampfes. Der Kriegsverlauf schien für Mackiewicz eine Bestätigung seiner Thesen. Hätte man in der Vergangenheit auf seine Ratschläge gehört – teilte er 1940 Ministerpräsident Sikorski mit – säße man heute nicht im französischen beziehungsweise später englischen Exil, sondern als Eroberer in Wladiwostok.¹⁰⁵¹

Mackiewicz erhielt viele Titulierungen in seinem Leben: Piłsudczyk, Monarchist,¹⁰⁵² germanophil, Konservativer. Eine dieser Titulierung muss jedoch hervorgehoben werden: Der Realist. Mackiewicz war ein „konsequenter Anhänger der Schule des Realismus“.¹⁰⁵³ Diese Eigenschaft übernahm er von einer Bewunderung für die britische Außenpolitik, deren Realismus auch in seinen noch so gegen England gerichteten Texten große Bewunderung fand.¹⁰⁵⁴ Diese realistische Handlung zeigt sich ebenfalls deutlich in seinen geopolitischen Vorstellungen einer Zusammenarbeit mit Deutschland. Diese sind kein Ausdruck einer Kollaboration mit Deutschland, sondern Ergebnis seiner subjektiven Analyse der geopolitischen Lage Polens in der Zwischenkriegszeit vor dem Wunsch eines Fortbestehens des polnischen Staates und der polnischen Nation.

4.7. Geopolitischer Handlungsspielraum 1933/1934

Auf der Basis der ausgewerteten geopolitischen Konzeptionen im deutschen und polnischen Diskurs der Zwischenkriegszeit, muss sich nun erneut dem historischen Verlauf zugewandt werden. Vorrangig ist hierbei die Frage, welcher Handlungsspielraum auf Basis der beschriebenen geopolitischen Theorien sowie im Hinblick auf die politische Situation des Jahres 1933 sich sowohl für den polnischen als auch für den deutschen Staat ergab.

¹⁰⁵⁰ Jaruzelski, Jerzy: *Stanisław Cat-Mackiewicz 1896-1966*, S. 209–214. Vgl. Wiaderny, Bernard: *Nie chciana kolaboracja. Polscy politycy i nazistowskie Niemcy w lipcu 1940*. In: *Zeszyty historyczne* 142 (2002), S. 131–140.

¹⁰⁵¹ Zychowicz, Piotr: *Opcja niemiecka*, S. 79.

¹⁰⁵² Mackiewicz, Stanisław: *Ruch monarchiczny w Polsce*. In: *Teksty*. Hrsg. von Stanisław Mackiewicz. Warszawa 1990, S. 51.

¹⁰⁵³ Vgl. Zakrzewski, Maciej: *Droga do Libourne*, S. 77.

¹⁰⁵⁴ Es könnte auch von einer generellen Bewunderung für die britische Kultur gesprochen werden, die sich beispielsweise darin zeigt, dass er ein großer Bewunderer von Kipling war.

Die Analyse polnischer geopolitischer Konzeptionen der Zwischenkriegszeit hat gezeigt, dass diese in ihren Handlungsempfehlungen zumeist große Unterschiede aufweisen. Dennoch verbindet sie allesamt ein gemeinsames Ziel – den Erhalt der 1918 gewonnenen Unabhängigkeit. Unterschiede finden sich erst in Detailfragen – in der Frage der Grenzziehung des polnischen Staates sowie insbesondere für den an dieser Stelle gewählten Betrachtungszeitraum in der Frage von Bündnispartnern oder Gegnern Polens. Zentral ist allen polnischen Autoren die Frage, was der polnische Staat unternehmen muss, um seine Souveränität zu gewährleisten. Diese Fragestellung ist derart essenziell für die Zweite Republik, dass sie 1918 ebenso gestellt wurde wie 1933/34 als auch 1938/39.

Es verwundert deshalb nicht, dass sich Piłsudski an die militärische Führung der Republik mit der Frage wandte, wer die größte Bedrohung für die polnische Unabhängigkeit darstellte. In Kenntnis des historischen Hintergrundes zeigt ein Blick auf die Karte Europas deutlich, wo diese Gefahr – auch in den Augen des Marschalls – lag. Polens Lage zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion stellte diese größte Bedrohung für die polnische Souveränität dar. Mit beiden Staaten stand Warschau im Konflikt. Moskau musste nach dem polnisch-sowjetischen Krieg auf Territorien östlich der Curzon-Linie verzichten. Berlin hatte bekanntlich den Wegfall großer Teile seiner Ostgebiete zugunsten Polens durch den Versailler Vertrag erdulden müssen. Hieraus ergab sich zwangsläufig, dass wie auch immer Polen sich ausrichten würde, Kumulationspunkte dieser Ausrichtung in jedem Fall Berlin und Moskau waren.

Konkret bestand zunächst die Möglichkeit, die von einer der beiden Staaten ausgehende Gefahr dadurch zu bannen, dass sich Warschau entweder an Moskau oder aber an Berlin annäherte. Dies hätte den Vorteil mit sich gebracht, dass eine mögliche militärische Gefahr von Polen nur von einer Seite hätte ausgehen können. Ein Zweifrontenkonflikt wäre damit abgewandt. Jedoch musste eine solche Zusammenarbeit über eine bloße *Détente* oder auch nur einen Nichtangriffspakt hinausgehen, um Polen eine nötige Sicherheit zu liefern. Dies musste sich aufgrund der schwerwiegenden Konflikte mit Deutschland und der Sowjetunion als schwierig gestalten. Einziger Ansatzpunkt konnte sein, dass sowohl in Moskau (seit der Oktoberrevolution) als auch in Berlin (seit der NS-Machtübernahme) zwei totalitäre Regime herrschten. Für diese war es sicherlich einfach eine Annäherung und Zusammenarbeit mindestens in ihren eigenen Ländern zu diktieren. In beiden Fällen hätte jedoch eine der beiden Vertragsseiten (Polen oder Deutschland/Sowjetunion) in seinen Forderungen nachgeben müssen. Das heißt, dass in der Frage des deutsch-polnischen Konfliktes entweder Deutschland auf seine Ansprüche auf Danzig und den Korridor hätte verzichten müssen oder aber Polen

seinen Zugang zum Meer hätte aufgeben müssen. Mindestens aber hätte ein tragbarer, für beide Seiten zu akzeptierender Kompromiss gefunden werden müssen. Gleiches musste entsprechend für die umstrittene polnisch-russische Ostgrenze gelten. Hinzukommt, dass die Verbindung mit einem der beiden größeren Nachbarn zu einer deutlichen Verstimmung mit dem jeweils anderen großen Nachbarn geführt hätte. In dem der Abstand des zwischen Deutschland und der Sowjetunion liegenden Polens zu einem der beiden größeren Nachbarn diplomatisch verkleinert wurde, musste er sich zwangsläufig zum anderen Nachbarn vergrößern. Dies hing insbesondere mit der damit einhergehenden Verschiebung des Kräfteverhältnisses zu Ungunsten des Unbeteiligten zusammen. So hätte ein Piłsudski-Lenin-Pakt Deutschlands Ostflanke stark bedroht. Die Ausrichtung eines Piłsudski-Hitler-Pakt wiederum musste zur Bedrohung für Moskau werden. Polen wäre in beiden Fällen in einen möglichen Konflikt hineingezogen worden, über den es als Juniorpartner weniger Kontrolle als Berlin beziehungsweise Moskau gehabt hätte.¹⁰⁵⁵

Aus der Betrachtung der Metapher des Abstands ergab sich eine mögliche Strategie eines gleichen Abstands zu beiden großen Nachbarn, die bereits erwähnte *polityka równowagi* (*Politik des Gleichgewichts*). Was hier in der Theorie einfach klingen mag, konnte sich jedoch in der Praxis als äußerst schwierig darstellen, da Polen in gewissen Fragen gezwungenermaßen eine Position einnehmen musste, wodurch sich das Gleichgewicht unfreiwillig in Richtung eines der großen Nachbarn bewegen konnte. Polens Lage zwischen diesen beiden Großmächten sowie seine Größe erlaubten keine Rolle einer ostmitteleuropäischen Schweiz. Und so stellte eine *polityka równowagi* einen Balanceakt zwischen Moskau und Berlin dar, in dem es primär darum ging, keiner der beiden Seiten zu nahezukommen. Eine Politik der ständigen Distanzierung konnte allerdings wenig Schutz bieten, da Polen keinen direkten Nachbarn zu seinem Verbündeten machen wollte. Ausgehend von Polens Lage und der Gefahr einer Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der Sowjetunion, konnte es der polnische Staat nicht bei einer bloßen Neutralität belassen. Gleicher Abstand zu Deutschland wie zur Sowjetunion musste also zwangsläufig bedeuten, eine andere Sicherheitsgarantie zu finden. Wenn eine solche Garantie nicht durch Polens Nachbarn aufrechterhalten werden konnte, bot sich als Alternative ein Bündnis mit einer anderen europäischen Großmacht an. Hierzu kam in erster Linie Frankreich in Frage. Polen war bereits Teil des französischen Bündnissystems gewesen. Eine solche Zusammenarbeit richtete sich gegen Deutschland. Insbesondere Frankreich hatte ein großes Interesse daran, Berlin als Hegemon Europas zu verhindern. Hier

¹⁰⁵⁵ Dies trifft natürlich für das Jahr 1933 in erster Linie auf die Sowjetunion zu, deren Position gegenüber Polen weitaus stärker war als die Deutschlands.

bestand somit durchaus eine Schnittmenge mit Polen, dass seine Grenzen und seine Souveränität durch das Reich bedroht sah. In Europa stellte als weitere Großmacht lediglich noch Großbritannien theoretisch einen potentiellen Bündnispartner dar. Problematisch waren hierbei aber Londons kritische Haltung gegenüber Warschau sowie eine allgemeine Ausrichtung der britischen Politik hinzu einer *Balance of Power*. London hätte in dieser Politik eine negative Haltung gegenüber Deutschland einnehmen können. Jedoch stellte Berlin 1933 noch keinerlei größere Bedrohung für den europäischen Kontinent dar. Eine Gefahr musste auch die Möglichkeit einer Annäherung beider Westmächte mit dem Reich darstellen. Die deutsch-französische Annäherung in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre hatte eine solche *Détente* als Möglichkeit aufgezeigt. Zugleich hatte sie zu einer Abkühlung der Beziehungen zwischen Warschau und Paris geführt. Und selbst bei einem starken polnisch-französischen Bündnis bestünde die Problematik eines Umgangs mit Deutschland und der Sowjetunion sowie die Gefahr einer Zusammenarbeit beider. Somit stellte auch eine solche Absicherung keine ausreichende Sicherheit dar.

Eine weitere mögliche Variante war ein Bündnis unter den kleineren ostmitteleuropäischen Staaten, jenes Zwischeneuropas, an dessen Peripherien das Deutsche Reich und die Sowjetunion grenzten. Die Ausmaße dieses Blockes zwischen der Ostsee und dem Schwarzen Meer konnten hierbei unterschiedlich sein. Im Zentrum – und auch aus Sicht Warschaws als Führungsmacht gesehen – stand der polnische Staat. Welche anderen Staaten sich diesem *Intermarium* noch anschließen sollten bleibt vage, zumindest aber unterschiedlich. Grundlage für Überlegungen dieser Art war sicherlich die *Rzeczpospolita obojga Narodów*, also der Staat Polen-Litauen, der in seiner größten Ausdehnung neben dem Territorium der Zweiten Republik weite Teile des Baltikums sowie der West- und Zentralukraine umfasste. Mit Blick auf die Zwischenkriegszeit wurden dann ebenfalls vereinzelt Balkan-Staaten, Ungarn oder die Tschechoslowakei in diese Überlegungen aufgenommen. Die Problematik dieses Vorhabens zeigt sich jedoch sehr deutlich vor dem Hintergrund der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg. Begründet in der Tatsache, dass Polens diplomatische Beziehungen zu fast allen Nachbarstaaten aufgrund von Grenzkonflikten massiv belastet waren, musste eine Zusammenarbeit selbst als mittel- bis langfristiges Ziel sehr schwierig sein. Auch das Fundament dieser Zusammenarbeit, die vom Deutschen Reich und der Sowjetunion ausgehende Gefahr, war nicht unbedingt ein sehr tragfähiges, da die Bedrohung durch beide – aus ostmitteleuropäischer Sicht – Flügelmächte sehr unterschiedlich wahrgenommen wurde. Natürlich war sie in Polen aufgrund der deutschen Stimmung gegenüber dem Versailler Vertrag sowie in Polen wegen des Streits um die polnischen Ostgebiete besonders stark. Das musste

aber nicht heißen, dass die Beziehungen anderer ostmitteleuropäischer Staaten gegenüber Moskau und Berlin genauso aussahen.¹⁰⁵⁶

Theoretisch möglich gewesen wären auch exotische Bündnisse (*sojusze egzotyczne*) mit einem weit von Polen entfernten Staat. Eine solche Konstellation war bereits von Piłsudski und Dmowski vor dem Ersten Weltkrieg in einer Zusammenarbeit mit dem Japanischen Kaiserreich angedacht. Japan bot sich damals an, um Druck auf Russland auszuüben. Für das Fallbeispiel 1933/1934 tritt diese Option in den Hintergrund, da Warschau nicht nur eine Lösung für den Umgang mit Russland, sondern auch mit Deutschland finden musste. Ein weiterer zumindest in der Theorie möglicher Bündnispartner war die USA. Jedoch war das Interesse Washingtons für den europäischen Kontinent in der Zwischenkriegszeit sehr gering. Die Vereinigten Staaten hatten sich zurückgezogen und waren außerdem viel zu weit entfernt, um im Ernstfall sicherheitspolitisch eine Rolle zu spielen.

Selbstverständlich bot es sich als mögliche Option ebenso an, keinerlei Allianzen zu suchen und zu versuchen, eine Neutralität zu wahren. Diese eidgenössische Lösung muss allerdings nur als theoretische Option erwähnt werden. Sie bot Polen keinerlei Schutz seiner Souveränität, wobei dies – wie bereits festgestellt – Polens grundlegendes Interesse darstellte.

Das geopolitische Interesse des Deutschen Reiches unmittelbar nach der Machtübernahme 1933 gestaltete sich in seinem Wesen vollkommen anders als das geopolitische Interesse Polens. Die Auswertung der außenpolitischen Vorstellungen Hitlers wie auch weiterer NS-Kader sowie die Darstellung geopolitischer Überlegungen Haushofers und Schmitts brachten deutlich zum Ausdruck, dass es im deutschen Fall nicht um einen Erhalt der Souveränität ging. Worum es dem nationalsozialistischen Deutschland ging, bringt ein bereits erwähntes Hitler-Zitat wohl am besten zum Ausdruck: „Deutschland wird entweder Weltmacht oder überhaupt nicht sein“.¹⁰⁵⁷ Das außenpolitische Ziel stellte die Revision des Versailler Vertrags dar, die Deutschlands Position als europäische Großmacht festigen sollte. Geopolitische Ziele gingen viel weiter über die reine Außenpolitik hinaus. Die *Deutsche Geopolitik* zielte auf die Weltherrschaft. Diese konnte nur in Schritten erreicht werden. Als erster Schritt galt hierbei die Eroberung von *Lebensraum im Osten*. Hierzu wiederum musste allerdings zunächst die eigene Position in Europa gestärkt werden. So unterschiedlich sich die

¹⁰⁵⁶ Beispielsweise musste eine polnisch-tschechische Zusammenarbeit (neben allen Streitigkeiten um das Teschener Land) am Fehlen einer gemeinsamen Front gegen Deutschland scheitern. Karski, Jan: *The Great Powers & Poland, 1919–1945. From Versailles to Yalta*. Lanham, New York, London 1985, S. 151. Dort mit Verweis auf DBFP, Second Series, IV, S. 520-521. Jablonowski, Horst: *Russland, Polen und Deutschland*, S. 374–375.

¹⁰⁵⁷ Hartmann, Christian / Thomas Vordermayer u. a.: *Hitler, Mein Kampf*, S. 1657.

Ziele Polens und Deutschlands gestalteten, waren doch die Methoden zur Erreichung die Gleichen. Auch für das nationalsozialistische Deutschland galt es Partner zu finden. Im deutschen Fall diente dies der Absicherung der eigenen Position, auf dessen Basis Deutschlands Machtanspruch ausgebaut werden konnte. Diese Suche nach Partnern hatte das Manko, dass die sich den Nationalsozialisten bildende Auswahl sehr eingeschränkt war.

Im Westen hätte versucht werden können, die von Stresemann begonnene Annäherung an Frankreich fortzusetzen, um sich den Rücken für ein Handeln im Osten freizuhalten. Das französische Bündnissystem in Ostmitteleuropa richtete sich aber gerade auch gegen eine deutsche Bedrohung. Frankreich hatte damit einen Ersatz für Russland gefunden. Eine Annäherung NS-Deutschlands und der Französischen Republik durfte sich aufgrund ideologischer Spannung als sehr schwer gestalten. Aus geopolitischer Sicht stritten Berlin und Paris seit den 1860ern um die Hegemonie auf dem europäischen Kontinent. Das republikanische Frankreich als Partner für Deutschlands Großmachtbestrebungen zu gewinnen, schien trotz aller Erfolge der Stresemannschen Politik nicht möglich. Aus geopolitischer Sicht schien das Vereinigte Königreich unter Umständen der bessere Partner im Westen zu sein. Anders als Berlin hatte London kein Interesse daran, Hegemonialmacht auf dem Kontinent zu werden. Primäres Ziel der britischen Krone sowie ihrer Regierungen war der Erhalt des *British Empire*. Sicherlich bedrohte eine eventuelle deutsche Vormachtstellung in Kontinentaleuropa Londons Ziele nicht. Großbritannien würde andererseits an einer solchen Position Berlins sicherlich kein besonders großes Interesse haben. Anders als zu den westlichen Demokratien Frankreich und Großbritannien bestand zum faschistischen Italien eine ideologische Nähe.¹⁰⁵⁸ Für das Fallbeispiel 1933/34 kann allerdings nur einseitig von einer Sympathie Hitlers für Mussolini gesprochen werden, die nicht erwidert wurde. Das NS-Regime befand sich zu diesem Zeitpunkt noch nicht auf Augenhöhe mit Rom. Hinzu kamen gegensätzliche Vorstellungen betreffend Österreich. Italien stellte sich vehement gegen etwaige Annexionspläne Berlins.

Generell lag der langfristige Fokus Berlins auf Osteuropa. Für seine *Lebensraum*-Pläne war allerdings zunächst ein Partner im Osten notwendig. Deutschland hätte sich 1933 aufgrund

¹⁰⁵⁸ Es könnte an dieser Stelle darüber gestritten werden, ob lediglich eine Nähe, eine Wesensähnlichkeit oder aber eine Wesensgleichheit zwischen italienischem Faschismus und deutschem Nationalsozialismus bestand. Diese grundlegende Diskussion der Faschismustheorie soll an dieser Stelle nicht aufgegriffen werden. Stattdessen sei verwiesen auf: Lill, Rudolf: *Italienischer Faschismus und deutscher Nationalsozialismus*. In: *Machtverfall und Machtergreifung. Aufstieg und Herrschaft des Nationalsozialismus*. Hrsg. von Rudolf Lill u. Heinrich Oberreuter. München ² 1986. Knox, MacGregor: *Conquest, Foreign and Domestic in Fascist Italy and Nazi Germany*. In: *Journal of Modern History* 1 (1984), S. 1–57.

seiner Schwäche nicht gegen Polen und die Sowjetunion stellen können.¹⁰⁵⁹ Ergo musste für die langfristige Umsetzung des *Lebensraum*-Konzepts, wenn schon keine Allianz mit Moskau oder Warschau, mindestens doch eine Annäherung mit einem der beiden Staaten erreicht werden. Die Weimarer Republik hatte bekanntlich die Nähe zur Sowjetunion gesucht und insbesondere im militärischen Bereich zusammengearbeitet. Eine solche Option hätte sich in erster Linie gegen Ostmitteleuropa, insbesondere gegen Polen gerichtet, stellten doch sowohl Moskau als auch Berlin Ansprüche gegenüber dem polnischen Staat. Die Schwierigkeit hätte aber in ideologischen Fragen gelegen. Der Kontrast zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und der stalinistischen Sowjetunion gestaltete sich als immens. Gleichzeitig war der Nationalsozialismus im Reich noch nicht derart gefestigt, dass er über diese ideologischen Gräben hinwegsehen konnte.

Pläne einer Zusammenarbeit mit Polen müssten auf den zeitgenössischen Betrachter allerdings noch seltsamer gewirkt haben. In Bezug auf eine deutsch-polnische Zusammenarbeit konnten aus deutscher Sicht zwei Fragen gestellt werden. Die Erste musste lauten: Macht eine solche Zusammenarbeit Sinn? Aus geopolitischer Sicht konnte sie es durchaus. Wenn Hitler das Ziel des Lebensraumes im Osten langfristig verfolgte, musste es zunächst zu einer Festigung der deutschen Position in Mitteleuropa kommen. Auch hierzu bedurfte es Partner. Aus der Position eines Außenseiters ließ sich die deutsche Stellung nicht verstärken. Eine Verstärkung konnte bedeuten, den Osten zwar als langfristiges Ziel nicht aus den Augen zu verlieren, sich jedoch zunächst anderen Regionen zuzuwenden. Dies konnte beispielsweise einen Anschluss Österreichs bedeuten. Auch eine territoriale Neuordnung des tschechoslowakischen Staatsgebietes käme in Frage – ein Staat mit dem Polen seine diplomatischen Probleme hatte.¹⁰⁶⁰ Deutschland würde sich gleichzeitig seinen Rücken gegenüber dem Westen freihalten.

Die zweite Frage war, wie eine solche Verständigung bei gegebener Lage erreicht werden sollte, denn schließlich war der außenpolitische Konflikt mit der polnischen Republik sicherlich die vehementeste Auseinandersetzung mit einem Nachbarstaat, mit dem die Weimarer Republik umzugehen hatte. Die Vorstellungen zur Außenpolitik, die innerhalb der NS-Bewegung vorherrschten, mussten Polen eher als Feind gesehen haben. Auch passte diese

¹⁰⁵⁹ Es bleibt fraglich, ob Berlin sich allein gegen Polen hätte stellen können. Aus militärischer Sicht waren Deutschlands Möglichkeiten 1933 sehr eingeschränkt.

¹⁰⁶⁰ Einen Überblick über die Beziehungen zwischen Warschau und Prag bieten Pilarski, Sebastian: *Zarys stosunków polsko-czechosłowackich 1918-1933*. Toruń 2008; Kozeński, Jerzy: *Czechosłowacja w polskiej polityce zagranicznej w latach 1932-1938* (= Prace Instytutu Zachodniego 36). Poznań 1964; Michael, Holger: *Zwischen den Kriegen. Die Außenpolitik Polens 1918-1939*. Bonn 2013, S. 122–136.

Strategie nicht in die Konzeptionen Haushofers oder Schmitts. Zugleich hätte eine Wende in der deutsch-polnischen Politik ein Paukenschlag in Europa dargestellt, der den Handlungsspielraum des Reiches erweitert hätte. Deutschland wie Polen sind selbstverständlich beide geopolitische Subjekte, die eigenständige geopolitische Entscheidungen treffen. Ihnen fallen allerdings aufgrund ihrer unterschiedlichen geopolitischen Ziele verschiedene Rollen zu. So ist Berlin in erster Linie zur Aktion gezwungen, wenn es seinen Handlungsspielraum erweitern will. Warschau hingegen muss primär auf Veränderungen im europäischen Machtgefüge reagieren und in ihm seinen Platz finden, um seine Souveränität zu wahren.

Für das NS-Regime galt es damit den eigenen Handlungsspielraum in Mitteleuropa zu erweitern und die eigene Position zu stärken, um schließlich in der Lage zu sein, seine weitreichenden geopolitischen Pläne einer Eroberung von *Lebensraum im Osten* umzusetzen. Zum einen fehlte es dem NS-Regime hierzu an außenpolitischen Partnern. Damit verbunden kam eine weitere Gefahr. Bereits vor der Machtergreifung als auch danach bestand die Bedrohung eines Präventivschlags gegen das Reich. Dieser Schlag hätte ausgehen können von einer gemeinsamen polnisch-französischen Aktion (möglicherweise mit der Unterstützung Großbritanniens). Diese Präventivkriegsthese ist in der Geschichtswissenschaft umstritten. Laut dem Historiker Marian Wojciechowski gibt es weder französische noch polnische Quellen, die eine Präventivkriegsthese beweisen.¹⁰⁶¹ Es ist somit fragwürdig, ob es in Paris oder vor allem in Warschau Bestrebungen zu einem militärischen Eingriff gegeben haben soll. Für Polens Ziel, seine Souveränität gegenüber Deutschland und der Sowjetunion zu erhalten, wäre eine Schwächung Deutschlands sicherlich dienlich gewesen. Fernab der Frage, ob die Präventivkriegsthese zutrifft, stellte ein Eingriff der westlichen Mächte und Polens für das Reich eine ernsthafte Bedrohungslage dar. Die Bedrohung für das Reich ergab sich vor allem in Bezug auf den Stand der Reichswehr im Jahre 1933. Dies zeigte sich beispielsweise im Hinblick auf die Divisionsstärke an den deutsch-polnischen Grenzen. Deutschland hatte an seiner Ostgrenze lediglich drei Infanteriedivisionen zur Verfügung (stationiert in Stettin, Berlin, Königsberg) sowie zwei weitere Kavalleriedivisionen in Breslau und Frankfurt (Oder). Piłsudski hingegen positionierte in Friedenszeiten mit fünf Korps (15 Divisionen) die Hälfte der polnischen Truppen an der Grenze zu Deutschland.¹⁰⁶² Auch die Gesamtstärke von Deutschlands größtem westlichen Nachbarn übertraf die Zahlen der Reichswehr um ein Vielfaches.¹⁰⁶³ In Berlin wurde

¹⁰⁶¹ Wojciechowski, Marian: *Der historische Ort der polnischen Politik in der Genesis des Zweiten Weltkrieges*, S. 265.

¹⁰⁶² Roos, Hans: *Polen und Europa*, S. 6.

¹⁰⁶³ 1932 betrug die Gesamtstärke allein des französischen Heeren 573.000. 1934 lag sie bei 425.664 Mann.

eine solche Bedrohung wahrgenommen.¹⁰⁶⁴ Göring war der Überzeugung, dass Frankreich 1933 allein in der Lage gewesen wäre, Deutschland niederzuschlagen.¹⁰⁶⁵ Auch innerhalb der Reichswehr wurde eine Konfliktsituation gefürchtet. In einem Bericht des Chefs des Truppenamtes¹⁰⁶⁶ Generalmajor Wilhelm Adam von Mitte März wird festgestellt, dass das Reich in der derzeitigen Situation in einem Krieg gegen Polen und Frankreich keine Chance hätte. Schon ein deutsch-polnischer Krieg sei für das Reich schwer zu gewinnen. Mit Blick auf den östlichen Nachbarn stellte er fest: „Jede Kriegsführung gegen Polen, auch eine reine Verteidigung an der Oder, wird ausserordentlich zweifelhaft [...]“. „Wir können zurzeit keinen Krieg führen“, berichtete der Truppenamtsleiter. In aller Deutlichkeit appellierte er, alles zu tun, um einen Krieg zu vermeiden, „[...] selbst um den Preis diplomatischer Niederlagen“.¹⁰⁶⁷ Der deutsche Botschafter in Polen, Hans-Adolf von Moltke,¹⁰⁶⁸ teilte diese Einschätzung nicht. Polen sei unfähig zum Krieg, wenn es keine Unterstützung aus dem Ausland – beispielsweise aus Frankreich – erhalte.¹⁰⁶⁹ Hitler hingegen war sich der Gefahr einer Aktion Frankreichs gegen das Reich bewusst. „Da wird sich zeigen, ob Fr[ankreich] Staatsmänner hat; wenn ja, wird es uns Zeit nicht lassen, sondern über uns herfallen (vermutlich mit Ost-Trabanten)“.¹⁰⁷⁰

Jedoch war das französische Militär gegenüber Deutschland defensiv ausgerichtet. Dies zeigte sich insbesondere im Bau der Maginot-Linie, der 1930 begonnen wurde. Eine militärische Gefahr wollte Paris in Deutschland nicht erkennen. Womöglich muss auf dieser Basis der französische Unwille zu einer militärischen Aktion gegenüber Deutschland

¹⁰⁶⁴ Die Wahrnehmung dieser Kriegsgefahr tauchte nicht erst mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten auf. Als Beispiel dienen hier Bemerkungen von Hitlers Vorgänger im Amt als Reichskanzler, Heinrich Brüning. Dieser sah bereits eine Gefahr in einem Angriff aus Polen. Polnische Truppen könnten in 24 Stunden in Berlin sein und genauso schnell Schlesien vom Reich abschneiden. Brüning, Heinrich: *Memoiren 1918–1934*. Stuttgart 1970, S. 559.

¹⁰⁶⁵ Szembek, Jan [Jean]: *Journal. 1933–1939*. Paris 1952, S. 162. Bei dem Band handelt es sich um eine frühere, wohl kürzere Version von Szembek, Jan: *Diariusz i teki Jana Szembeka 1935–1945. Tom I*. London 1964. Göring tätigt diese Aussage gegenüber Szembek Ende Januar 1935.

¹⁰⁶⁶ Das Truppenamt war die Entsprechung für den Generalstab der Reichswehr. Laut Artikel 160 (3) des Versailler Vertrag war es dem Reich untersagt einen Generalstab zu unterhalten. Es handelt sich somit um eine Tarnbezeichnung.

¹⁰⁶⁷ Der Bericht findet sich als Abschrift in einer eidesstaatlichen Erklärung Wilhelm Adams vom 5. März 1948, die im Rahmen der Krupp-Prozesse abgegeben wurde. Alle Zitate sind hieraus entnommen. *Eidesstaatliche Erklärung*, StArchiv N KV-Prozesse Fall 10 [Krupp] K-4.

¹⁰⁶⁸ Hans-Adolf von Moltke (1884–1943), deutscher Diplomat, 1931–1934 Gesandter in Warschau, 1934–1939 Botschafter in Warschau.

¹⁰⁶⁹ Scheil, Stefan: *Fünf plus Zwei. Die europäischen Nationalstaaten, die Weltmächte und die vereinte Entfesselung des Zweiten Weltkrieges* (= Zeitgeschichtliche Forschungen 18). Berlin ⁴ 2009, S. 57.

¹⁰⁷⁰ *Hitler spricht vor den Befehlshabern des Heeres und der Marine* (3.2.1933).

verstanden werden. Hinzukamen sicherlich auch innenpolitische Spannungen, die Frankreich von einem militärischen Handeln gegenüber Deutschland abhielten.¹⁰⁷¹

In Polen war die Stimmung bezüglich einer militärischen Aktion gegen das Reich durchwachsen. So gab es Stimmen im polnischen Generalstab, die betonten, dass das polnische Übergewicht reine Illusion sei. Deutschlands 100.000-Mann-Reichswehr könnte im Kriegsfall wesentlich mehr Reservisten mobilisieren als Polen dazu in der Lage wäre.¹⁰⁷² Gleichzeitig zeigte man sich in Polen in Sorge, da eine verstärkte Aufrüstung des Reiches durchaus in Warschau wahrgenommen wurde.¹⁰⁷³ Zunächst war bei Piłsudski diese Sorge nicht mit der nationalsozialistischen Machtübernahme verbunden, sondern bestand bereits lange vor dem Regierungswechsel im Januar 1933. In Bezug auf Hitler ging Piłsudski zunächst davon aus, dass es sich beim Führer der NS-Bewegung eben nicht um einen protestantischen Preußen handeln würde, mit denen Polen derart negative Erfahrung gemacht hatte, sondern um einen katholischen Österreicher.¹⁰⁷⁴ Nachdem allerdings in Warschau durchdrang, dass auch Hitler die Revisions- und Aufrüstungspolitik fortsetzen würde, wuchs in der polnischen Hauptstadt erneut die Skepsis gegenüber Berlin. Piłsudski war es auch, der eine an Frankreich adressierte *Denkschrift über eine Aktion gegen Deutschland* in Auftrag gab.¹⁰⁷⁵ In Polen wurde ebenfalls die Bildung einer internationalen Kommission zur Klärung der Frage angedacht, ob Deutschland auf Basis von Artikel 213 des Versailler Vertrages rüstete. Sollte sich Berlin gegen eine solche Kommission stellen, sollte nach polnischen Überlegungen Frankreich in das Rheinland, Polen in Schlesien und Ostpreußen einmarschieren. Der polnische Vorschlag wurde

¹⁰⁷¹ Von Juni 1932 bis zu den Unruhen im Februar 1934 amtierten in Paris sechs verschiedene Kabinette ohne stabile Mehrheit in der Nationalversammlung. Hinzukamen ökonomische Schwierigkeiten aufgrund der Folgen der Wirtschaftskrise.

¹⁰⁷² A. Woźny, Aleksander: *Niemieckie przygotowania do wojny z Polską w ocenach polskich naczelnych władz wojskowych w latach 1933-1939*. Warszawa 2000, S. 17; Leczyk, Marian: *Polska i sąsiedzi. Stosunki wojskowe, 1921-1939*. Warszawa 1997, S. 253: Die polnische Staatsführung ging davon aus, dass Deutschland in der Lage wäre bis zu 300.000 Soldaten mobilisieren zu können.

¹⁰⁷³ Wojskowo-polityczna ocena sytuacji Polski w 1934 r., AAN, Sztab Główny, 616/199. Hier zit. n. Kołakowski, Piotr: *"Laboratorium" – Komórka analityczna Marszałka Józefa Piłsudskiego*. In: *Słupskie Studia Historyczne* 16 (2010), S. 119.

¹⁰⁷⁴ Piłsudski unterlag hier natürlich einem stereotypischen Trugschluss. Er vermutete von Hitler, der österreichischer Herkunft war (erst ab Februar 1932 erhielt Hitler die Staatsangehörigkeit des Freistaates Braunschweig, wodurch er zum Reichsdeutschen wurde), dass dieser aufgrund seiner Herkunft die preußische Polenpolitik nicht fortsetzen werde. Ihn als Katholiken sehend unterstellt er ihm eine gewisse Sympathie für die Polen, die wie bereits oben in Bezug auf *Mein Kampf* zum einen nicht vorhanden war (eine Gleichgültigkeit beschreibt Hitlers Position eher). Zum anderen ist die Betitelung Hitlers als Katholik absurd. Zwar war Hitler getaufter römisch-katholischer Christ. Jedoch ist zum einen unbestreitbar, dass er kein praktizierender Katholik war. Der Autor nimmt an, dass einer der letzten (wenn nicht sogar der letzte) Besuche Hitlers einer katholischen Messfeier bezeichnenderweise das im Mai 1935 in der Berliner Hedwigskathedrale abgehaltene Requiem für Piłsudski war. Zum anderen ist fraglich, ob Hitler nicht bereits durch sein politisches Handeln aus kirchenrechtlicher Sicht exkommuniziert war (*Excommunicatio latae sententiae*, Can. 1314 CIC 1983).

¹⁰⁷⁵ Roos, Hans / Alexander, Manfred: *Geschichte der polnischen Nation 1918-1945*, S. 131.

in Paris nicht einmal mit einer Antwort gewürdigt.¹⁰⁷⁶ Auch im März 1933, als Piłsudski seinen Adjutanten und engen Vertrauten Bolesław Wieniawa-Długoszowski¹⁰⁷⁷ nach Paris zu einem Treffen mit dem damaligen Außenminister Joseph Paul-Boncour¹⁰⁷⁸ und Maxime Weygand¹⁰⁷⁹ entsandte, zeigte Paris kein Interesse an einem militärischen Vorgehen gegen Deutschland.¹⁰⁸⁰

Neben diesen generellen Überlegungen eines Eingriffs kam es im Februar und März 1933 zu einer erneuten Krise zwischen Deutschland und Polen.¹⁰⁸¹ Der Danziger Senat hatte den Vertrag über eine gemeinsame Hafenz Polizei gekündigt. Polen reagierte darauf mit einer Erhöhung der Besatzung der Westerplatte. In jener zweiten Danzig-Krise des Jahres 1933 war Piłsudski auf einen Krieg vorbereitet.¹⁰⁸² Sollte der Marschall die Hoffnung gehabt haben, dass die Alliierten einen solchen Plan einer Polizeiaktion oder aber eines Präventivkrieges gegen Deutschland unterstützen würden, wurde er in Danzig eines Besseren belehrt. Denn London und Paris unterstützten Polen nicht. Im Gegenteil: Auf britischen und französischen Druck hin beschloss der Rat des Völkerbundes die Wiederherstellung des *status quo ante*, wodurch die Erhöhung der Besatzung der Westerplatte¹⁰⁸³ zurückgenommen werden musste.¹⁰⁸⁴ Polen kam dieser Forderung bis zum 16. März 1933 nach.¹⁰⁸⁵

Die Präventivkriegsthese bleibt – wie bereits erwähnt – umstritten. Jacobsen relativiert die These eines von Piłsudski geforderten Krieges gegen Deutschland damit, dass er sagt, es

¹⁰⁷⁶ Bregman, Aleksander: *Gdyby w r. 1933 usłuchano Józefa Piłsudskiego*. In: *Kultura* 15 (1949), S. 109–118; Vgl. Roos, Hans: *Polen und Europa*, S. 77.

¹⁰⁷⁷ Bolesław Wieniawa-Długoszowski (1881–1942), polnischer Militär, Diplomat und Politiker, Adjutant bei Marschall Piłsudski, 1938 Botschaft in Rom. Formell für einen Tag (25./26. September 1939) Präsident der Republik Polen im Exil.

¹⁰⁷⁸ Joseph Paul-Boncour (1873–1972), französischer Politiker, 1932–1933 Premierminister Frankreichs, wiederholt Minister in verschiedenen Kabinetten (Auswärtiges, Verteidigung).

¹⁰⁷⁹ Maxime Weygand (1867–1965), französischer Militär, Berater von Marschall Ferdinand Foch, Teilnehmer der Waffenstillstandsverhandlungen mit dem Deutschen Reich im November 1918, französischer Militärberater in Warschau während des polnisch-sowjetischen Krieges. Zum Zeitpunkt des erwähnten Gesprächs war Weygand Vizepräsident des Obersten Kriegsrates.

¹⁰⁸⁰ Vgl. Templin, Wolfgang: *Der Kampf um Polen. Die abenteuerliche Geschichte der Zweiten Polnischen Republik 1918–1939* (= Schriftenreihe / Bundeszentrale für Politische Bildung 10335). Bonn 2018, S. 184.

¹⁰⁸¹ Die so genannte Affäre Westerplatte beschreibt eine bereits im Sommer 1932 begonnene Krise. Im Juni 1932 hatte der Danziger Senat es dem polnischen Kriegsschiff *Wicher* verweigert im Danziger Hafen anzulegen. Der polnischen Kriegsmarine stand dieses Recht laut Versailler Vertrag zu. Im März 1933 wiederum kam es zu einer Fortsetzung der Krise als der Danziger Senat die gemeinsam mit Polen aufgestellte Hafenz Polizei entließ.

¹⁰⁸² Karski, Jan: *The Great Powers & Poland, 1919–1945*, S. 147. Dort zit. n. Pobóg-Malinowski, Władysław: *Najnowsza historia polityczna Polski 1864–1945. Bd. 2*. Londyn² 1967, S. 740.

¹⁰⁸³ Im Jahre 1924 hatte der Völkerbund Polen den Bau eines Munitionsdepots auf dem Territorium der Freien Stadt Danzig genehmigt. Berühmtheit erlangte der Beschuss der Westerplatte durch das deutsche Linienschiff Schleswig-Holstein am 1. September 1939 (einer der ersten militärischen Aktionen des Zweiten Weltkrieges) sowie die eine Woche ausharrende polnische Verteidigung.

¹⁰⁸⁴ Karski, Jan: *The Great Powers & Poland, 1919–1945*, S. 148.

¹⁰⁸⁵ *Free City of Danzig. Guard Detachment for the Polish war material depot on the Westerplatte. Note by the Secretary-General (16. März 1933)*. https://biblio-archive.unog.ch/Dateien/CouncilDocs/C-195-1933-I_EN.pdf (12.1.2021).

ginge mehr um eine Okkupation ähnlich der Ruhrbesetzung.¹⁰⁸⁶ Es scheint demnach, als sei schlicht der Begriff *Krieg* problematisch. Dieser darf nicht überstrapaziert werden, da es nicht um einen Krieg im eigentlichen Sinn ging, sondern eher um eine „Okkupation territorialer Faustpfänder“ zur Durchsetzung politischer Forderungen – in diesem Fall eines Abrüstungsstopps. Mehr war gar nicht möglich, da das polnische Militär ohne Operationsplan für einen Angriff auf Deutschland war. Obschon es somit zu keiner Umsetzung dieser Idee kam, stand sie zu Beginn des Beobachtungszeitraums durchaus im Bereich des Denkbaren.¹⁰⁸⁷

Eine Lösung der schwierigen Beziehungen zwischen Polen und Deutschland war allerdings dennoch ein wichtiges Thema. Unmittelbar vor der *Machtergreifung* der Nationalsozialisten, als die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen auf einem Tiefpunkt angelangt waren, es zu wiederholten Krisen in Danzig kam und Warschau Paris von einer Aktion gegen das Reich zu überzeugen versuchte, kam es zu Verhandlungen über eine Ostverschiebung Polens.¹⁰⁸⁸ Teilgenommen hatten Industrielle aus Deutschland, Frankreich sowie Belgien und Luxemburg.¹⁰⁸⁹ Die deutsche Delegation war der Meinung, dass ein *Rapprochement* mit Polen nur möglich sei, wenn die Frage des Korridors gelöst würde. Sie forderten konkret eine Aufhebung des Korridors und eine Grenze südlich der Eisenbahnlinie Berlin-Danzig.¹⁰⁹⁰ Damit wäre der nördliche Teil Westpreußens wieder in deutsche Hand gekommen. Hinzukommen sollte eine Korrektur der Grenze in Oberschlesien unter dem Gesichtspunkt einer Verbesserung für die Industrie. Danzig sollte wieder an das Reich angeschlossen werden. Als Kompensation für Polen schlug die deutsche Delegation vor, dass das Memelland an Polen angeschlossen würde und Polen damit ein Zugang zum Meer garantiert würde. Von Deutschland würde eine Anerkennung der neuen und der restlichen Grenzen Polens gefordert werden. Einen Ausgleich für Litauens Gebietsverlust sahen die Teilnehmer hierbei

¹⁰⁸⁶ Jacobsen, Hans-Adolf: *Nationalsozialistische Aussenpolitik 1933-1938*, S. 404.

¹⁰⁸⁷ Roos, Hans: *Polen und Europa*, S. 65.

¹⁰⁸⁸ René Duchemin an Hermann Bücher (30. Januar 1933) [Dok. 2]. In: ADAP C,I,1, S. 2.

¹⁰⁸⁹ Die Teilnehmer der Konferenz gehen aus dem Protokoll hervor. Aus Deutschland: Carl Bosch (1874–1940), Vorstandsvorsitzender BASF von 1919 bis 1925, Vorstandsvorsitzender I.G. Farben von 1926 bis 1935, Aufsichtsratsdirektor von 1935 bis 1940; Hermann Bücher (1882–1951), seit 1906 Regierungsbeamter, seit 1928 Vorstandsmitglied der AEG, seit 1930 alleiniger Vorstandsvorsitzender AEG; aus Frankreich: René Duchemin (1875–1963), Generaldirektor der französischen Kuhlmann-Chemiewerke, Vizepräsident der *Syndicat général des produits chimiques* sowie Präsident der *Union des industries chimiques*; Wladimir d’Ormesson (1888–1973), französischer 1933 Diplomat, Schriftsteller und Journalist, setzte sich nach dem Ersten Weltkrieg für eine Versöhnung zwischen Deutschen und Franzosen ein; Jean Parmentier (1883–1936), französischer Diplomat; aus Belgien und Luxemburg: Gaston Barbanson (1876–1946), belgischer Stahlindustrieller, Generaldirektor der *Aciéries Réunies de Burbach-Eich-Dudelange* (ARBED) von 1918 bis 1946; sowie die Herren Guth und Meyer.

¹⁰⁹⁰ Das Protokoll definiert diese Eisenbahnlinie nicht konkreter. Am wahrscheinlichsten scheint die Linie Konitz-Dirschau. Die weiter nördlich gelegene Strecke über Stolp nach Danzig hätte lediglich eine schmale 20 km von der Ostsee ins Landesinnere reichende Grenze bedeutet.

nicht vor.¹⁰⁹¹ Zwischen Warschau und Berlin sollten verbesserte wirtschaftliche Verbindungen geschaffen werden. Polen sollte das Recht zum freien Güterverkehr in Danzig oder Gdingen (möglicherweise auch Stettin und Königsberg) eingeräumt werden. Für den Verlust des Gdinger Hafens¹⁰⁹² sollte Polen Entschädigungen erhalten, die ihm den Aufbau eines neuen Hafens erlaubten. Deutschland, Belgien, Frankreich und Polen würden gemeinsam ein System der gegenseitigen Sicherheit garantieren. Das Auswärtige Amt zeigte sich skeptisch bezüglich der Ergebnisse dieses Treffens. Eine Revision der Ostgrenze sei zunächst nicht angestrebt, „da die Frage noch nicht spruchreif“ sei.¹⁰⁹³ Möglicherweise spielte es eine entscheidende Rolle, dass das Kabinett Hitler zu diesem Zeitpunkt erst wenige Tage im Amt war. „Die Zeit ist aber [...] noch keineswegs für derartige Verhandlungen reif.“ Noch seien auch die Polen noch nicht verhandlungsbereit. Ihnen müsse klarwerden, dass sich ihre wirtschaftliche Situation erst verbessern würde, wenn es zu einer Verständigung mit Deutschland sowie einer „Neureglung der Grenzfrage“ kommen würde.¹⁰⁹⁴

Zu Beginn des Jahres 1933 wurden somit unterschiedliche Optionen für einen Fortgang der Beziehungen zwischen Deutschland und Polen diskutiert. Im Raum stand eine militärische Lösung, die in Warschau auf Befürwortung, in Berlin auf Sorge und in Paris auf Gleichgültigkeit traf. Gleichzeitig wurde eine Neuordnung Ostmitteleuropas im kleinen, nicht-öffentlichen Kreise diskutiert. In Polen schienen derartige Gespräche unbekannt zu bleiben. In Berlin trafen sie zumindest im Auswärtigen Amt auf Skepsis und fanden zu einem Zeitpunkt statt, in dem bedingt durch den Wunsch nach Konsolidierung der gewonnenen Macht der Schwerpunkt auf die Innenpolitik gelegt wurde.¹⁰⁹⁵ In der Frage der Beziehungen zu Polen blieb gerade Hitler extrem zurückhaltend. Lediglich am 12. Februar wurde er vom *Sunday Express* in Bezug auf die Danzig-Problematik und die Korridor-Frage mit dem Ausdruck „hideous injustice“ zitiert. Bereits am Folgetag wiederum erfolgte aus Berlin über die Wolff-Agentur¹⁰⁹⁶

¹⁰⁹¹ Litauen hätte hierbei lediglich über einen Meereszugang in Polangen (lit. Polanga) verfügt.

¹⁰⁹² Erst 1921 hatte der Bau des Hafens in Gdingen begonnen. Der Seehafen wurde zum Tor zur Welt für die polnische Republik. Polen hätte damit den Deutschen innerhalb weniger Jahre einen Hochseehafen aufgebaut, den sie dann übergeben müssten.

¹⁰⁹³ Die Position des Auswärtigen Amtes war eine „Rückkehr zu den Wilson-Punkten“, eine Neuaufteilung des umstrittenen Territoriums auf Basis der Bevölkerungszahlen von 1919 sowie Wiederherstellung der Landverbindung mit Ostpreußen.

¹⁰⁹⁴ *Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Bülow an den Botschafter in Paris Köster* (10. Februar 1933) [Dok. 19]. In: ADAP C,I,1, S. 2.

¹⁰⁹⁵ Hildebrand, Klaus: *Deutsche Außenpolitik 1933–1945*, S. 30. Als Beispiele können die im Februar 1933 veröffentlichte Schubladenverordnung, die Reichstagsbrandverordnung sowie die Verordnung des Reichspräsidenten gegen Verrat am Deutschen Volke und hochverräterische Umtriebe genannt werden. Im März fanden die letzten halbdemokratischen Wahlen statt. Im 23. März 1933 nahm der neue Reichstag das Ermächtigungsgesetz an.

¹⁰⁹⁶ Wolffs Telegraphisches Bureau, gegründet 1849 durch den jüdischen Unternehmer Bernhard Wolff (1811–1879), 1934 verstaatlicht.

das Dementi dieser Aussage.¹⁰⁹⁷ Zurückzuführen war dieses Verhalten sicherlich in erster Linie darauf, dass Hitler um die schwache Position des Reiches wusste und eine Lösung dieser Fragen auf einen späteren Zeitpunkt vertagt werden musste.

Obschon die Bedrohung einer militärischen Aktion gegen Polen als Gefahr am Horizont sichtbar und gleichzeitig auch andere diplomatische Lösungen diskutiert wurden, schien die Frage des Umgangs mit der Sowjetunion in den ersten Wochen viel aktueller. Denn die Beziehungen zwischen Berlin und Warschau waren sehr stark abhängig von den deutsch-russischen Beziehungen.¹⁰⁹⁸ Die Zusammenarbeit zwischen Berlin und Moskau hatte sich unterdessen verschlechtert. Bedingt war dies zunächst durch die Weltwirtschaftskrise. Aufgrund eines allgemeinen Devisenmangels konzentrierte sich die späte Weimarer Republik erneut auf das Projekt einer „mitteleuropäischen Großraumwirtschaft“.¹⁰⁹⁹ Diese Wende erfolgte bereits zum Ende der zwanziger Jahre. Zuvor lag der Schwerpunkt deutscher Außenpolitik primär auf der Westpolitik, jedoch verlagerte sich dieser Fokus durch die Weltwirtschaftskrise auf Ostmittel- und Südosteuropa.¹¹⁰⁰ Hierbei wurden den Staaten Ostmittel- und Südosteuropas bargeldlose Warenaustauschverträge aufgezwungen. Dies stieß auf Missfallen in der Sowjetunion, in der die deutsche Wirtschaft noch bis 1931 fast die Hälfte der gesamten sowjetischen Importe darstellte und damit der Hauptwirtschaftspartner Moskaus war.¹¹⁰¹ Grundlage für eine Neuorientierung der deutschen Außenpolitik war eine Initiative des österreichischen Bundeskanzlers Schober¹¹⁰² zur Schaffung einer deutsch-österreichischen Zollunion.¹¹⁰³ Das Auswärtige Amt spann dies weiter und plante „[...] in Mitteleuropa selbständige Schritte in Richtung auf eine wirtschaftliche Union [...]“.¹¹⁰⁴

¹⁰⁹⁷ Karski, Jan: *The Great Powers & Poland, 1919–1945*, S. 147.

¹⁰⁹⁸ Auf die Beziehung der drei Staaten zueinander wurde bereits wiederholt verwiesen.

¹⁰⁹⁹ Der Begriff bezieht sich insbesondere auf eine wirtschaftliche Großraum-Theorie von Friedrich List (1789–1846), dem *Vater der deutschen Nationalökonomie*, aus der Mitte des 19. Jahrhunderts (Vgl. List, Friedrich: *Das nationale System der politischen Ökonomie (1841)*. In: *Schriften, Reden, Briefe. Bd. 7*. Hrsg. von Erwin von Beckerath u. Friedrich Lenz. Aalen 1971). Ziel war eine „Überwindung des wirtschaftlichen Chaos in dem Raum von Köln bis Constanza [wahrscheinlich ist die rumänische Hafenstadt Constanța gemeint]“ (Kutzscher, Gerhard: *Großraum-Wirtschaft. Der Weg zur europäischen Einheit Herausgegeben von Wilhelm Gürge und Wilhelm Grotkopp. Berlin 1931 [Rezension]*. In: *Zeitschrift für Politik* 23 (1934), S. 577.

¹¹⁰⁰ Michalka, Wolfgang: *Deutsche Außenpolitik 1920–1933*, S. 324. Dort mit Verweis auf ein für Reichskanzler Brüning verfasstes Memorandum, abgedruckt in Ruge, Wolfgang / Schumann, Wolfgang: *Die Reaktion des deutschen Imperialismus auf Briands Paneuropaplan 1930*. In: *Zeitschrift für Geschichte* 20 (1972), S. 64–65.

¹¹⁰¹ Thörner, Klaus: *Das deutsche Spiel mit Rußland von der Reichsgründung bis in die Gegenwart*. <https://www.diploweb.com/p5thorner1.htm> (20.11.2018).

¹¹⁰² Johann Schober (1874–1932), österreichischer Politiker, 1921 bis 1922 sowie 1929–1930 Bundeskanzler.

¹¹⁰³ Hauser, Oswald: *Der Plan einer deutsch-österreichischen Zollunion von 1931 und die europäische Föderation*. In: *Historische Zeitschrift* 179 (1955), S. 45–49.

¹¹⁰⁴ *Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Bülow an den Botschaft in Paris von Hoesch* (23. Januar 1931) [Dok. 181]. In: ADAP B,XVI, S 451-455.

Vor allem aber die Machtübernahme der Nationalsozialisten musste selbstverständlich einen Einfluss auf die Beziehungen Berlins nach Moskau haben. Der Antibolschewismus war einer der Eckpfeiler der NS-Ideologie. Auf seiner Grundlage konnte es wohl kaum eine Fortsetzung der Rapallo-Politik der Weimarer Republik geben. Dennoch war die UdSSR in den ersten Monaten der Kanzlerschaft Hitlers sichtlich bemüht, Deutschland von einer Zusammenarbeit zu überzeugen. Gegenüber dem deutschen Botschafter in Moskau versicherte Krestinskij¹¹⁰⁵ fast genau einen Monat nach dem Regierungswechsel in Berlin, die Sowjetunion strebe keine Neuorientierung ihrer Politik gegenüber dem Deutschen Reich an.¹¹⁰⁶ Auch unter wiederkehrenden Gerüchten eines möglichen polnischen Präventivkriegs gegen Deutschland hielt Moskau an dieser Position gegenüber Berlin fest.¹¹⁰⁷ Russland wollte am „Kampf gegen Versailles“ und einer gemeinsamen Haltung gegenüber Polen festhalten.

Hitler blieb bei der in *Mein Kampf* geäußerten Position gegenüber Russland beziehungsweise der Sowjetunion. Öffentlich hielt er sich jedoch mit Kritik an der UdSSR zurück. In einer Rede vor dem Reichstag am 23. März 1933 betonte Hitler:¹¹⁰⁸

Gegenüber der Sowjetunion ist die Reichsregierung gewillt, freundschaftliche, für beide Teile nutzbringende Beziehungen zu pflegen. Gerade die Regierung der nationalen Revolution sieht sich zu einer solchen positiven Politik gegenüber Sowjetrußland in der Lage. Der Kampf gegen den Kommunismus in Deutschland ist unsere innere Angelegenheit, [...] in den wir Einmischungen von außen niemals dulden werden.

Wiederum in einem Gespräch Hitlers mit dem Diplomaten Dirksen¹¹⁰⁹ äußerte der Reichskanzler seine Hoffnung auf eine Annäherung an Polen:¹¹¹⁰

Wenn man nur mit Polen eine Vereinbarung treffen könnte. Das wäre aber nur mit Pilsudski möglich. Dirksen erwiderte, dass dies nur möglich gewesen wäre, wenn Berlin auf Ansprüche bezüglich des Danziger Korridors verzichtet hätte.

¹¹⁰⁵ Nikolaj Nikolajewič Krestinskij (1883–1938), sowjetischer Diplomat und Politiker, Botschafter in Berlin von 1922 bis 1930, ab 1930 stellvertretender Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, während des Großen Terrors wurde er von Stalin im März 1938 hingerichtet.

¹¹⁰⁶ Karski, Jan: *The Great Powers & Poland, 1919–1945*, S. 156.

¹¹⁰⁷ *Der Botschafter in Moskau von Dirksen an das Auswärtige Amt* (29. April 1933) [Dok. 199]. In: ADAP C,I,1, S. 199

¹¹⁰⁸ Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung. Rede des Reichskanzlers Adolf Hitler (23. März 1933). In: *Verhandlungen des Reichstages. VIII. Wahlperiode 1933. Band 427*. Berlin 1934, S. 31.

¹¹⁰⁹ Herbert (von) Dirksen (1882–1955), deutscher Diplomat und Politiker (DNVP, NSDAP), 1920 wiederholt Geschäftsträger in Warschau, ab 1921 Leiter des Polen-Referates im Auswärtigen Amt, 1923 Generalkonsul in Danzig, ab 1925 erneut im Auswärtigen Amt mit verschiedenen Aufgaben betret, 1928 Botschafter in Moskau, ab Herbst 1933 Botschafter in Tokio, 1938 Botschafter in London.

¹¹¹⁰ Dirksen, Herbert von: *Moscow, Tokyo, London. 20 years of German foreign policy*. Norman 1952, S. 110.

Hitler verstand, wie Roos ihm zurecht attestiert, „daß jede deutsche Polenpolitik eine Funktion der deutschen Russlandpolitik sein müsse“.¹¹¹¹ Dieses „ostpolitische Grundgesetz“ trat in einer Situation, in der sich die Beziehungen zu Moskau verschlechterten, voll zu Tage. Das nach Partnern strebende Reich war zwar in der günstigen Lage, dass ein Piłsudski-Stalin-Pakt als unwahrscheinlich gelten konnte und sich das ostpolitische Grundgesetz in dieser Form nicht gegen Berlin richten konnte, dennoch bedurfte es aber einer Absicherung nach Osten in Form einer Zusammenarbeit. Sollte beziehungsweise konnte eine solche Absicherung nicht mit Stalin eingegangen werden, war es zwangsläufig notwendig, dass es zu einer Annäherung auf der Linie Berlin-Warschau kommen musste. Diese Gesetzmäßigkeit hatte bereits 1928 Ernst Schneller¹¹¹² MdR formuliert: „Die deutsch-polnische Annäherung aber ist gebunden an eine Änderung des Verhältnisses Deutschlands zur Sowjetunion [...]“.¹¹¹³

Zu einer solchen Annäherung zwischen Berlin und Warschau sollte es bei einem ersten Treffen des polnischen Gesandten Wysocki¹¹¹⁴ mit Hitler und Außenminister von Neurath kommen.¹¹¹⁵ Ursprünglich war das Aufeinandertreffen für den 28. April angesetzt wurden, jedoch drei Tage vor der Unterredung wurde es von deutscher Seite auf den 2. Mai verschoben. Bezeichnenderweise war der Grund für die Verschiebung eine angesetzte Unterredung des Reichskanzlers mit dem sowjetischen Botschafter.¹¹¹⁶ Die Initiative für das Treffen kann wohl keiner der beiden Seiten zugeschrieben werden, war es doch ein natürlicher Vorgang, dass ein ausländischer Gesandter beim neuen Regierungschef vorstellig werden wollte. Viel interessanter ist die Frage, welcher Seite die Initiative für eine Annäherung zuzuschreiben war.

¹¹¹¹ Roos, Hans / Alexander, Manfred: *Geschichte der polnischen Nation 1918-1945*, S. 132.

¹¹¹² Ernst Schneller (1890–1944), Reichstagsabgeordneter für die KPD 1924–1933.

¹¹¹³ Rede des Abgeordneten Ernst Schneller (KPD). In: *Verhandlungen des Reichstages. IV. Wahlperiode 1928. Band 428*. Berlin 1930, S. 5851: Schneller spricht an dieser Stelle von einer „deutsch-polnischen Schicksalsgemeinschaft“. Der seit den neunziger Jahren positiv besetzte Begriff hat in der Rede des KPD-Abgeordneten eine eindeutig negative Konnotation, da sich eine deutsch-polnische Zusammenarbeit gegen die UdSSR richtete. „Die deutsch-polnische Schicksalsgemeinschaft ist zugleich das Weltproblem: Kampf des Kapitalismus gegen die Sowjetunion“.

¹¹¹⁴ Alfred Wysocki (1873–1959), polnischer Diplomat und Politiker, 1920/21 Chargé d'affaires in Deutschland, 1924–1928 Gesandter in Schweden, 1928–1930 Vizeaußenminister, 1931–1933 Gesandter in Berlin, 1933–1938 Botschafter in Rom, 1938–1939 Senator.

¹¹¹⁵ Roos, Hans: *Polen und Europa*, S. 82.

¹¹¹⁶ Lipski, Józef / Waclaw Jędrzejewicz: *Diplomat in Berlin, 1933–1939. Papers and memoirs of Józef Lipski, Ambassador of Poland*. New York 1968, S. 76: Grund für die Unterredung waren Unstimmigkeiten zwischen Berlin und Moskau. Am 24. April hatte die deutsche Polizei die Räume der Deutschen Vertriebsgesellschaft für Russische Ölprodukte A.G (DEROP) gestürmt und dabei vertraulich Dokumente beschlagnahmt. Die DEROP war ein deutsch-sowjetisch Unternehmen zum Verkauf sowjetischer Erdölprodukte in Deutschland.

Hier deutet alles auf Berlin, namentlich Hitler hin. Józef Lipski¹¹¹⁷ beschreibt als späterer *Diplomat in Berlin* Hitlers Sorgen: „He felt that Piłsudski was one of these [who wanted to take direct action] and that as a protective measure he had reinforced the Westerplatte garrison“.¹¹¹⁸ Diese Einschätzung Lipskis ist nachvollziehbar. Nicht erst Gerüchte von Angriffsplänen gegen Deutschland, allein schon die Divisionszahlen an der Grenze, mussten Hitler beunruhigen. In Verbindung mit einem möglichen Aktionismus des Marschalls gegen Deutschland, schien der Versuch einer Annäherung eine Möglichkeit, die Gefahr einer Aktion gegen das Reich zu bannen.

Die Unterredung vom 2. Mai stellte das erste von vier Gesprächen mit Wysocki beziehungsweise dessen Nachfolger Lipski dar. In diesen Unterredungen wurde der deutsch-polnische Antagonismus als von den Westmächten gemacht dargestellt. So handele es sich schlicht um einen Konflikt, der eine deutsch-polnische Zusammenarbeit vermeiden sollte.¹¹¹⁹ Bereits die erste Zusammenkunft hatte konkrete Folgen. In seiner am 17. Mai 1933 vor dem Reichstag gehaltenen *Friedensrede* wandte er sich erstmals direkt an Polen:¹¹²⁰

Eine überlegte Behandlung der Probleme hätte damals im Osten ohne weiteres eine Lösung finden können, die den verständlichen Ansprüchen Polens genau so wie den natürlichen Rechten Deutschlands entgegengekommen wäre. Der Vertrag von Versailles hat diese Lösung nicht gefunden. Dennoch wird keine deutsche Regierung von sich aus den Bruch einer Vereinbarung durchführen, die nicht beseitigt werden kann, ohne durch eine bessere ersetzt zu werden.

Dieser sprachlichen Annäherung folgte alsbald eine Reihe von diplomatischen Annäherungsversuchen. Es kam zu einer von Hitler angeordneten und vom Danziger Senatspräsidenten Rauschning¹¹²¹ durchgesetzten Entspannung zwischen Polen und Danzig.¹¹²² In dessen Folge wurde am 5. August 1933 ein Abkommen zwischen der Ostsee-Stadt und der *Rzeczpospolita* vereinbart. Polen reagierte auf diese Annäherungsversuche. „Die neue Ära der deutsch-polnischen Beziehungen rufe nach einem neuen Vertreter in Berlin“.¹¹²³ Im Juni

¹¹¹⁷ Józef Lipski (1894–1958), polnischer Diplomat, Legationssekretär (*sekretarz legacyjny*) in London, Paris und Berlin, 1925–1933 in der Leitung der Westabteilung (*Wydział Zachodniego Departamentu Politycznego*) des Außenministeriums tätig, 1933–1934 Gesandter in Berlin, 1934–1939 Botschafter in Berlin.

¹¹¹⁸ Ebd.

¹¹¹⁹ Vgl. Wollstein, Günther: *Die Politik des nationalsozialistischen Deutschlands gegenüber Polen 1933–1939/45*. In: *Hitler, Deutschland und die Mächte*. Hrsg. von Manfred Funke. Düsseldorf 1978, S. 795–810.

¹¹²⁰ *Erklärung der Reichsregierung, [Friedens]rede des Reichskanzlers*. In: *Verhandlungen des Reichstages. VIII. Wahlperiode 1933. Band 457*. Berlin 1934, S. 49.

¹¹²¹ Hermann Rauschning (1887–1982), deutscher Politiker, 1933–1934 Senatspräsident (Regierungschef) der Freien Stadt Danzig, seit 1932 Mitglied der NSDAP, 1934 Austritt und Emigration, später Faschismuskritiker.

¹¹²² Roos, Hans / Alexander, Manfred: *Geschichte der polnischen Nation 1918–1945*, S. 132.

¹¹²³ Karski, Jan: *The Great Powers & Poland, 1919–1945*, S. 168.

entschied sich Warschau seinen Gesandten in Berlin, Alfred Wysocki, zu entlassen und ernannte Józef Lipski zu dessen Nachfolger.¹¹²⁴ Lipski, geborenen im deutschen Breslau, kannte Deutschland, seine Sprache, Kultur und Probleme.¹¹²⁵ Vor seiner Abreise nach Deutschland wurde er am frühen Abend des 5. November gemeinsam mit Außenminister Beck von Marschall Piłsudski im Belweder empfangen. Von einer deutlichen Verbesserung der Beziehungen zu Berlin ausgehend herrschte Einigung darüber, dass ein eventuelles deutsches Angebot über einen gemeinsamen Nichtangriffspakt polnischerseits ernsthaft in Erwägung gezogen werden sollte. Mit dem Auftrag einer weiteren Sondierung der deutschen Position brach Lipski noch am gleichen Abend zur Rückkehr nach Berlin auf.¹¹²⁶ Bedingt durch die Reichstagswahl sowie die zeitgleich stattfindende Volksabstimmung über den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund am 12. November 1933 erhielt der polnische Gesandte einen Termin bei Hitler für Mitte November.¹¹²⁷

Im ersten Aufeinandertreffen zwischen Hitler und Lipski am 15. November bezeichnete der Reichskanzler Polen als Vorposten gegenüber Russland. Diese geopolitische Rolle Warschaus musste dem Gesandten und jenen, die ihn gesandt hatten schmeicheln, richtete sie sich doch genau an polnische Vorstellung einer zum Westen gegen den Osten gerichteten Macht – ganz im Sinne der Idee Polens als *antemurale christianitatis*.¹¹²⁸ Gleichzeitig stellte sie Russland beziehungsweise die Sowjetunion als etwas nicht-westliches, barbarisches dar, vor dem der Westen Schutz bedürfe. Neben dieser Schmeichelei griff Hitler in den Gesprächen mit Wysocki und Lipski wiederholt die Aussage auf, dass Versailles für Polen schlecht gewesen sei und Polen ein Meereszugang östlich von Ostpreußen gegeben werden müsste. Er deutete damit eine ähnliche Lösung der Korridorfrage an, wie sie bereits in den Unterredungen zwischen Berlin, Paris und den Beneluxstaaten vorgeschlagen wurde.¹¹²⁹ Lipski hingegen betonte, dass Polens Sicherheit auf bilateralen Verträgen fuße – eine Tatsache die Deutschland aufgrund

¹¹²⁴ Roos, Hans: *Polen und Europa*, S. 98.

¹¹²⁵ Karski, Jan: *The Great Powers & Poland, 1919–1945*, S. 169.

¹¹²⁶ Lipski, Józef / Waław Jędrzejewicz: *Diplomat in Berlin, 1933–1939*, S. 94–98.

¹¹²⁷ Da zwischen dem Termin der Wahlen und Lipskis erneutem Termin bei Hitler nur wenige Tage lagen, kann angenommen werden, dass auch für den Reichskanzler eine Verbesserung der Beziehungen mit Polen eine hohe Priorität hatte.

¹¹²⁸ *Ministerialdirektor Meyer an die Gesandtschaft in Warschau. Telegramm vom 15. November 1933* [Dok. 69]. In: ADAP C II,1, S. 126–127.

¹¹²⁹ Werden beide Vorschläge mit der Dmowski-Linie von 1919 verglichen, kann festgestellt werden, dass bereits Dmowski einen Meereszugang nördlich von Königsberg gefordert hatte. Hingegen hatte der Anführer der Nationaldemokratie ebenso eine Annexion Westpreußens (inkl. Danzigs) sowie des südlichen Ostpreußens gefordert. Mit Hitler tauchte somit erneut der Vorschlag einer Ostverschiebung Polens auf Kosten der litauischen Republik auf.

eines allgemeinen Fehlens von Partnern, aber auch wegen des einen Monat zuvor erfolgten Austritts aus dem Völkerbund nur begrüßen konnte.

Nach dem November-Treffen blieb es zunächst ruhig zwischen Berlin und Warschau. Grund hierfür war, dass Piłsudski einen letzten Versuch unternahm, die Westmächte von einem Vorgehen gegen Deutschland zu überzeugen.¹¹³⁰ Da auch dieses Unterfangen erfolglos blieb, überreichte Lipski am 9. Januar einen Entwurf, aus dem die am 26. Januar 1934 vom Reichsaußenminister und dem polnischen Gesandten unterzeichnete deutsch-polnische Erklärung hervorging. Die Erklärung sollte zur „Grundlage für die künftige Gestaltung dieser Beziehungen“ werden.¹¹³¹

Es ist wenig überraschend, dass Paris sich sehr besorgt bezüglich dieser deutsch-polnischen Annäherung, ihrer Stärkung Berlins und Schwächung des französischen Verteidigungssystems zeigte. Die französische Regierung versucht folglich eine Umorientierung der französischen Politik auf die Tschechoslowakei beziehungsweise die kleine Entente. Das Verteidigungssystem blieb somit erhalten, Polen scherte aber leicht Richtung Berlin in dieser Koalition aus.¹¹³²

Welchen Nutzen hatten beide Seiten nun aus dieser Erklärung? Anderthalb Jahre nach Unterzeichnung betonte der polnische Außenminister die positive Entwicklung „einer der radikalsten Wenden in der europäischen Nachkriegspolitik“.¹¹³³ Das im Januar 1934 erfolgte *Rapprochement* mit dem nationalsozialistischen Deutschland habe für Polen große Vorteile und Fortschritte.¹¹³⁴ Damit verbunden war die Einschätzung, dass NS-Deutschland nicht Preußen sei. Beck ging hierbei soweit, dass er von einer „Beseitigung der Hegemonie Preußens im ‚Deutschen Reich‘“ sprach.¹¹³⁵ Dennoch dominierte diese Euphorie nicht vollständig. So zeigte sich gerade Piłsudski skeptisch, dass dieser Frieden zwischen Deutschland und Polen lange anhalten werde. Der Marschall sah in der Erklärung in erster Linie einen Frieden auf Zeit.¹¹³⁶ Auch im Brühlschen Palais¹¹³⁷ gab es realistische Stimmen zur Einschätzung der Lage. Ein

¹¹³⁰ Roos, Hans: *Die "Präventivkriegspläne" Piłsudskis von 1933*. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 3 (1955), S. 346.

¹¹³¹ *Erklärung zwischen Deutschland und Polen über den Verzicht auf Gewaltanwendung, unterzeichnet in Berlin am 26. Januar 1934*. <https://www.herder-institut.de/resolve/qid/32.html> (17.1.2021).

¹¹³² Roos, Hans: *Polen und Europa*, S. 121.

¹¹³³ Żerko, Stanisław: *Stosunki polsko-niemieckie 1938-1939*, S. 15. Dort zit. n. Archiwum Akt Nowych MSZ 11464, przemówienie J. Becka na konferencji u ministra spraw wewnętrznych, 5 VI 1935, S. 5.

¹¹³⁴ Ausführlich hierzu siehe Kornat, Marek: *Józef Beck o stosunkach polsko-niemieckich*. In: *Zeszyty historyczne* 137 (2001), S. 116–126.

¹¹³⁵ Kornat, Marek: *Polen zwischen Hitler und Stalin*, S. 76.

¹¹³⁶ Świtalski, Kazimierz: *Diariusz 1919–1935*. Warszawa 1992, S. 660–661.

¹¹³⁷ Das Brühlsche Palais war in der Zwischenkriegszeit Sitz des polnischen Außenministeriums. Das Gebäude wurde 19. Dezember 1944 von der Wehrmacht gesprengt. Eine Wiedererrichtung ist geplant.

Bericht aus der West-Abteilung des Außenministeriums mahnte im Umgang mit Deutschland zur Vorsicht. Diese „sehr zurückhaltende und dementsprechend realistische Bewertung“ stufte die Beziehungen insgesamt als unsicher ein, wonach die Wende von 1934 nicht überbewertet werden dürfe.¹¹³⁸

Polen war es nicht gelungen, Deutschlands Rüstungsvorhaben einzudämmen. Dies scheiterte insbesondere am französischen Unwillen zum Handeln. Piłsudski nutzte die Situation, um Polens Position gegenüber diesem aufrüstenden Deutschland zu verbessern. Gleichzeitig fand Warschau damit eine Antwort auf die zunehmende Schwäche des französischen Bündnissystems sowie eine stattfindende Annäherung der Sowjetunion an Frankreich. Die Gefahr bestand, „an die französisch-russische Kette genommen [zu werden]“.¹¹³⁹ Vor dem Hintergrund der Lage des Jahres 1933 stellte dies für Polen durchaus eine Verbesserung durch Anpassung an geopolitische Veränderungen dar. Aus geopolitischer Sicht war allerdings auch dem Marschall klar, dass dies langfristig keine Lösung darstellte.

Eine Alternative zu einer Annäherung konnte 1933 nur lauten, den Druck auf das Reich zu erhöhen und darauf zu spekulieren, dass der Westen seine *Appeasement*-Politik gegenüber Berlin irgendwann zurückfahren würde. Mehr war nicht möglich, da weder der Westen 1933 zu einem größeren Druck auf Deutschland oder gar einem militärischen Eingreifen bereit war noch eine polnische Annäherung an die Sowjetunion von Piłsudski gewünscht war. Es gab somit keine tragfähigere Alternative für Polen als die Ausnutzung der gegebenen Lage mit all ihren Konsequenzen und Ungewissheiten.¹¹⁴⁰

Polen gab damit ein Stückweit seine *Politik des Gleichgewichts* gegenüber Deutschland und der Sowjetunion zu Gunsten des westlichen Nachbarn auf.¹¹⁴¹ Hierin bestand sicherlich eine Gefahr, aber auch die Möglichkeit einer Zusammenarbeit zeigte Vorteile. Der Verlust der Souveränität war im 18. Jahrhundert durch die Teilungen der beiden großen Nachbarn erfolgt. Die bestehende ideologische Distanz zwischen Moskau und Berlin konnte von Polen ausgenutzt werden. Die Idee von 1934 war es gewesen, an Deutschlands Seite als geopolitische Macht zu erstarken. Polen sei an der Seite Deutschlands kein Angriffsziel Berlins. In der Idee von 1934 steckte jedoch auch, dass Warschau langfristig den Deutschen nicht vertraute, aber derzeit im

¹¹³⁸ Kornat, Marek: *Polen zwischen Hitler und Stalin*, S. 25. Dort zit. n. *Polska–Niemcy 1919–1937. Chronologiczny rozwój stosunków prawno-politycznych* [Memorandum von 1937]. AAN, MSZ, Sign. 4624.

¹¹³⁹ Szembek, Jan: *Diariusz i teki Jana Szembeka 1935–1945*, S. 325.

¹¹⁴⁰ Kornat, Marek: *Polen zwischen Hitler und Stalin*, S. 111: Es wird hierbei das Urteil Kornats geteilt, wonach kein Historiker bis dato eine ernsthafte Alternative für Polen aufzeigen konnte.

¹¹⁴¹ Im Allgemeinen war Warschau jedoch bemüht die *polityka równowagi* fortzusetzen. So reiste Beck bereits im Februar 1934 nach Moskau. Jabłonowski, Horst: *Russland, Polen und Deutschland*, S. 384.

Westen mit seiner *Appeasement*-Politik, keinen Garant polnischer Souveränität darstellen konnte. Durch die Nähe zu Deutschland wurde ein Bruch mit Berlin zumindest herausgezögert, was – wie Szembek es später formulierte – den Polen „genug Zeit gab den Westen zu überzeugen, dass Konzessionen in eine Sackgasse führen und dass auf Stärke mit Stärke reagiert werden muss“.¹¹⁴² Für den Augenblick war es Polen in jedem Fall gelungen seine diplomatische Bewegungsfreiheit zu erhöhen.¹¹⁴³ Das Bündnis mit Frankreich wurde für Polen immer wackeliger. Allgemein war das Vertrauen in den Westen gering: „In den Londoner Gesprächen hätte man uns für 2 Pfund 13 verkauft“.¹¹⁴⁴ Dennoch hielt Warschau zur Absicherung an ihm fest. Frankreich diente weiterhin als Schutz vor Deutschland, aber nun war mit Deutschland ein Druckmittel für Polen gegenüber Frankreich hinzugekommen. Denn Paris würde wohl kein Interesse an einem deutsch-polnischen Bündnis haben. Die Zukunft der geopolitischen Ausrichtung Polens blieb hierbei ungewiss. Piłsudski kommentierte die Lage treffend: „Diese zwei Pakte innehabend sitzen wir an zwei Tischen. Das wird nicht lange andauern. Wir müssen wissen, von welchem Tisch wir zuerst verschwinden – und wann“.¹¹⁴⁵

Auch für das Deutsche Reich stellte die deutsch-polnische Erklärung nicht nur eine weitgehende Veränderung der Beziehungen zu Warschau dar. Ebenso veränderte sie die geopolitische Ausrichtung der deutschen Ostpolitik hin zu einer Annäherung an Polen. Deutschlands Problem des Fehlens eines gewissen Handelsspielraumes hatte sich verbessert. Die Gefahr, schlechte Beziehungen mit Polen und der Sowjetunion zu haben, war gebannt. Selbst wenn es zu einem Konflikt mit der UdSSR gekommen wäre, hätte Warschau der Sowjetunion niemals ein Durchmarschrecht nach Deutschland gestattet. Deutschland konnte sich damit außenpolitisch auf andere Ziele konzentrieren.

Natürlich darf die Annäherung nicht überbewertet werden. Der Handlungsspielraum wurde zwar erweitert, von einer Achse Berlin-Warschau konnte allerdings keine Rede sein. Berlin war bei genauer Betrachtung lediglich eine Annäherung an einen weiterhin äußerst skeptischen Nachbarn gelungen. Dennoch war der Vertrag sicherlich eine Überraschung gegenüber den europäischen Mächten. Es konnte der Eindruck gewonnen werden, dass Deutschland trotz Rüstung vielleicht doch auf friedliche Lösungen bedacht war. Hatte es nicht

¹¹⁴² 13 czerwca, list podsekretarza stanu [Szembek] do ambasadora w Tokio o sytuacji Polski [13. Juni, Schreiben des Unterstaatssekretärs an den Botschafter in Tokio über die Situation in Polen], PDD 1939,1, S. 592. Die Idee des Hinauszögerns eines Konfliktes mit Berlin findet sich ebenso bei Sokolnicki, Michał: *Na rozdrożu czasów*. In: *Kultura* 1-2 (1957), 131.

¹¹⁴³ Żerko, Stanisław: *Stosunki polsko-niemieckie 1938-1939*, S. 16.

¹¹⁴⁴ Ebd., S. 21–22, dort nach Komarnicki, Tytus: *Diariusz i teki Jana Szembeka I*. Londyn [London] 1964, S. 233.

¹¹⁴⁵ Jędrzejewicz, Waclaw: *Kronika życia Józefa Piłsudskiego 1867–1935. Tom [Bd.] II. 1921-1935*. Londyn [London] 1986, S. 487.

gerade einen Weg der Annäherung mit jenem Staat gefunden, mit dem es seit vielen Jahren im Konflikt stand? Die deutsch-polnische Erklärung muss deshalb – gemeinsam mit dem Konkordat¹¹⁴⁶ – als erster große diplomatischer Erfolg des Dritten Reiches gesehen werden.

Die Gefahr eines Angriffskrieges in Form einer polnisch-französischen Aktion war abgewandt. Gleichzeitig wurde die Grundlage für eine weitere Verständigung mit Polen geschaffen. Es stellt sich gewiss die Frage der Ernsthaftigkeit der Annäherung an Warschau. Wohl kaum stand von deutscher Seite der Wunsch nach einer ehrlichen Aussöhnung mit Polen. Die Außenpolitik der Nationalsozialisten kennt genug Beispiele, in der binnen kürzester Zeit NS-Deutschland seine außenpolitische Ausrichtung einstweilen vollständig dreht, weil es hierin einen taktischen oder strategischen Vorteil erkennt. Polen dient hierzu nicht nur 1933/34 als Beispiel. Der Umschwung konnte als der Gunst des Momentes geschuldete Taktik verstanden werden – oder aber es musste eine langfristige strategische Überlegung dahinterstecken.

In einem Gespräch Becks mit Hitler am 3. Juli 1935 betonte der deutsche Reichskanzler, dass die Politik gegenüber Polen keine bloße Konjunktur taktischer Natur gewesen sei, sondern sich aus grundlegenden politischen Ansichten des Führers zum Schicksal Deutschland ergäben. Insgesamt zeigte er sich gegenüber Polen verständnisvoll, friedlich und friedenswährend, ohne Ansprüche gegenüber Polen. Dort, wo Probleme bestehen, spricht er von einem Ausgleich.¹¹⁴⁷ Gleichzeitig würde Hitler unmittelbar vor dem Ausbruch des deutsch-polnischen Krieges davon sprechen, dass er bereits zuvor gewusst habe, „daß es früher oder später zu einer Auseinandersetzung mit Polen kommen mußte“. „Ich wollte zunächst mit Polen ein tragbares Verhältnis herstellen, um zunächst gegen den Westen zu kämpfen“.¹¹⁴⁸

Die Frage einer langfristigen Strategie zielt vor allem darauf ab, wie weit die Zusammenarbeit mit Polen gehen sollte und welches Ziel sie verfolgt sollte. Der bloße Erhalt der Souveränität wie es bei Polen der Fall war, wurde vom nationalsozialistischen Deutschland und seinen Ideen des *Lebensraums im Osten* wohl kaum allein angestrebt. Ein im Osten nach Lebensraum strebendes Reich musste sich demnach in einem Bündnis mit Polen gegen die Sowjetunion richten. Jablonowski vertritt die Auffassung, wonach 1933 noch keine deutsche Intention zu einem Angriff auf die Sowjetunion vorhanden war.¹¹⁴⁹ Im Mai 1934 jedoch kommt es zu einem deutschen Memorandum zur Zusammenarbeit mit Polen, in dem Warschau

¹¹⁴⁶ Gemeint ist das weiterhin gültige Reichskonkordat zwischen dem Deutschen Reich und dem Heiligen Stuhl.

¹¹⁴⁷ Wojciechowski, Marian: *Die polnisch-deutschen Beziehungen 1933-1938*, S. 203–205.

¹¹⁴⁸ *Ansprache Adolf Hitlers vor den Oberbefehlshabern auf dem Obersalzberg*. Hier zit. n. Jacobsen, Hans-Adolf: *Der Weg zur Teilung der Welt*. Koblenz, Bonn 1977, S. 23.

¹¹⁴⁹ Jablonowski, Horst: *Russland, Polen und Deutschland*, S. 353–392.

Gebietserweiterungen auf Kosten der Ukraine bei einem Krieg gegen die UdSSR angeboten werden sollten.¹¹⁵⁰ Es ist fraglich, ob die Überlegung eines für die Zukunft geplanten gemeinsamen Vorgehens Deutschlands und Polens gegen Moskau am Anfang des deutsch-polnischen *Rapprochements* gestanden hat. Die Quelle zeigt jedoch, dass diese Idee in einer sehr frühen Phase der Annäherung in Berlin aufkam. Jener deutsche Vorschlag erscheint in seinem geopolitischen Kontext jedoch kaum verwunderlich. Dem nationalsozialistischen Deutschland, das sein Ziel vom *Lebensraum im Osten* nicht aus den Augen verloren hatte und dessen langfristige Ziele – wie bereits in *Mein Kampf* niedergeschrieben – sich gegen Russland richteten, hatte in Bezug auf Polen nur zwei Optionen: Entweder Berlin konnte Polen für einen Krieg gegen die Sowjetunion als Bündnispartner gewinnen – oder das Reich musste zuerst den polnischen Staat vernichten, um sich später gegen die Sowjetunion richten zu können. Anders ließen sich Deutschlands geopolitische Vorstellungen nicht umsetzen. Aufgrund seiner schwachen außenpolitischen Lage 1933/1934 und der Möglichkeit einer deutsch-polnischen Annäherung war es fast schon ein natürlicher Prozess, dass Berlin versuchte, Warschau für einen Krieg im Osten zu gewinnen.

4.8. Geopolitischer Handlungsspielraum 1938/1939

Vier Jahre nach Unterzeichnung der deutsch-polnischen Erklärung hatte sich die geopolitische Situation für Deutschland und Polen grundlegend verändert. Wie im vorausgegangenen Unterkapitel beschrieben, war der Handlungsspielraum für das Deutsche Reich zu Beginn der nationalsozialistischen Machtübernahme stark eingeschränkt und seine Machtposition in Europa geschwächt. Deutschlands Position in Europa, vor allem in Mitteleuropa, hatte sich jedoch bis 1938 stark zu Gunsten des Reiches verändert. Die ersten außenpolitischen Erfolge, die Berlins geopolitische Lage verbesserten, waren hierbei noch im Einklang oder sogar gemäß des Versailler Vertrages erfolgt. Neben ersten diplomatischen Erfolgen, zu denen neben der deutsch-polnischen Erklärung auch das Konkordat mit dem Heiligen Stuhl zählte, gelang 1935 die Wiedereingliederung des Saarlandes in einer von den Siegermächten vorgeschriebenen Volksabstimmung.¹¹⁵¹ Wenige Monate nach Rückgewinn der Saar-Zechen folgte ein deutlicher Verstoß gegen die Auflagen des Versailler Vertrages als es im April 1935 zur Wiedereinführung der Allgemeinen Wehrpflicht kam. Bereits im März hatte Berlin die Existenz einer Luftwaffe zugegeben. Dieser eindeutige Verstoß Deutschlands wurde zwar am 17. April

¹¹⁵⁰ Żerko, Stanisław: *Stosunki polsko-niemieckie 1938-1939*, S. 38–39: Auch Mackiewicz teilt die Meinung, dass diese Pläne von Anfang an vorhanden waren und gegenüber Polen geäußert wurden.

¹¹⁵¹ Insbesondere das Reichskonkordat stellte einen diplomatischen Erfolg der Nationalsozialisten dar. Die Wiedereingliederung des Saargebietes kann hingegen in erster Linie als wirtschaftliche Stärkung des Reiches gesehen werden.

1935 vom Völkerbund verurteilt,¹¹⁵² insgesamt ergaben sich aber keine ernsthaften Konsequenzen aus der deutschen Militarisierung für Berlin. Auch als knapp ein Jahr später die Wehrmacht in das entmilitarisierte Rheinland einmarschierte und Garnisonen in den rheinischen Städten Aachen und Trier sowie in Saarbrücken errichtete, blieb westlicher Protest aus. Insbesondere im Vereinigten Königreich propagierte das so genannte *Cliveden Set* die bekannte *policy of appeasement* gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschland.¹¹⁵³ Statt eines aktiven Widerstands gegen Deutschlands Verstöße sowie sein Aufrüsten war es gerade mit London am 18. Juni 1935 zu einem deutsch-britischen Flottenabkommen gekommen. Hierneben erfolgte ebenfalls eine deutsch-italienische Annäherung. Trotz ideologischer Überschneidungen zwischen dem italienischen Faschismus unter Benito Mussolini und dem deutschen Nationalsozialismus unter Adolf Hitler stand der *Duce* dem *Führer* zunächst äußerst kritisch gegenüber. Die kritische Distanz änderte sich durch Italiens Abessinien-Krieg. Roms Anspruch auf den Mittelmeerraum, der sich in seinen territorialen Bestrebungen in Nordafrika zeigte, stieß in London und Paris auf Widerstand. Ein Wirtschaftsembargo des Völkerbundes war die Folge. Da der Westen ergo auf Distanz zu Italien ging, galt es in Rom neue Partner zu finden. Hier kam das 1934 aus dem Völkerbund ausgetretene Deutschland ins Spiel. Obschon Hitler in Bezug auf den Abessinien-Krieg „ein machtpolitisches Doppelspiel“ trieb,¹¹⁵⁴ kam es zu einer Annäherung zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Italien. Beide, Deutschland wie Italien, beteiligten sich anschließend gemeinsam am Spanischen Bürgerkrieg, aus dem der von Berlin und Rom unterstützte Franco¹¹⁵⁵ im Frühjahr als Sieger hervorging. In Folge der italienisch-deutschen Zusammenarbeit nahm Rom ebenfalls Abstand von seinem Widerstand gegenüber der sich gegen Österreich richtenden Anschlusspolitik Berlins. Die Alpenrepublik verlor dadurch ihre italienische Schutzmacht und geriet zunehmend unter den Einfluss der Nationalsozialisten. Am Ende dieser Einflussnahme stand am 12. März der

¹¹⁵² Die gegen Deutschland gerichtete Resolution wurde von Frankreich, Großbritannien und Italien eingebracht und von Polen – wahrscheinlich aufgrund französischen Drucks – mitgetragen. *Reich is guilty, League votes; Danes Abstain*. <https://www.newspapers.com/image/52786650/> (17.1.2021), S. 1.

¹¹⁵³ Beim *Cliveden Set* handelt es sich um eine Gruppe britischer Aristokraten, der unter anderem der ab 1937 amtierende Premierminister Neville Chamberlain (1869–1940) wie auch der spätere Außenminister (Edward Wood) Lord Halifax (1881–1959) angehörten. In ihrer Ausrichtung gegenüber dem Reich keine antideutsche Haltung vertretend zählten sie zu den Hauptbefürwortern der britischen *Appeasement*-Politik. Inwiefern die Haltung des *Cliveden Set* jedoch als prodeutsch oder gar germanophil bezeichnet werden kann, ist in der britischen Geschichtswissenschaft umstritten. Vgl. Taylor, John: *A Reevaluation of Cockburn's Cliveden Set*. history.sfsu.edu/sites/default/files/EPF/1999_John%20Taylor-ilovepdf-compressed.pdf (17.1.2021).

¹¹⁵⁴ Laut dem Historiker Funke betrieb Hitler ein Doppelspiel, da er zwar die Nähe zu Mussolini suchte, gleichzeitig allerdings Italiens Gegner mit Waffen versorgte. Hildebrand, Klaus: *Kanonen für den Negus. Hitlers Doppelspiel im abessinischen Krieg*. In: *Die Zeit* (12.2.1971). <https://www.zeit.de/1971/07/kanonen-fuer-den-negus/komplettansicht> (17.1.2021). Rezension zu: Funke, Manfred: *Sanktionen und Kanonen. Hitler, Mussolini und der internationale Abessinienkonflikt*. Düsseldorf 1970, 220 S.

¹¹⁵⁵ Francisco Franco (1892–1975), spanischer Militär, 1936–1975 spanischer Diktator.

Einmarsch deutscher Truppen in den austrofaschistischen Ständestaat sowie der einen Tag später administrativ vollzogene *Anschluss Österreichs*. Dieser erneute Verstoß gegen den Vertrag von Versailles schuf eine – wenn auch nicht vollständige – großdeutsche Lösung der Deutschen Frage. Auf dieser Grundlage wurde seit 1938 inoffiziell die Bezeichnung *Großdeutsches Reich* verwendet.¹¹⁵⁶ *Großdeutsch* entstammte als Begriff der Frankfurter Nationalversammlung 1848/49 und bezog sich auf ein deutsches Staatsterritorium, das alle mehrheitlich deutschsprachigen Gebiete des Deutschen Bundes umfasste. In Österreichs Fall beinhaltete der Begriff *großdeutsch* neben der 1938 annektierten Republik Österreich unter anderem auch die früheren Länder der böhmischen Krone. In Preußens Fall umfasste großdeutsch in seiner historischen Dimension unter anderem Großpolen sowie Westpreußen und Danzig. Großdeutsch denkend sollte sich Hitlers Augenmerk nun auf die Gebiete der Wenzelskrone richten,¹¹⁵⁷ die seit 1919 das Kernland der Tschechoslowakei darstellten. Ab April 1938 – und somit unmittelbar nach dem *Anschluss* – kam es zur Zuspitzung des Konfliktes mit der ČSR.¹¹⁵⁸

Aufgrund der zurückhaltenden britischen und französischen Reaktionen gegenüber dieser deutschen Politik der Expansion und Aufrüstung gewann Warschau zunehmend den Eindruck London und Paris würden sich als Großmächte aus Mitteleuropa zurückziehen. Zu sehr waren beide Westmächte mit ihrer eigenen Innenpolitik beschäftigt, um der deutschen Politik effektiv etwas anderes entgegenzusetzen als die Politik des Appeasements. Polnische Sorgen, wonach Großbritannien und Frankreich zur Fortsetzung dieser Politik die Existenz eines polnischen Staates nicht weiter unterstützen würden, waren möglicherweise berechtigt.¹¹⁵⁹ Dementsprechend vorsichtig zeigte sich Beck in seiner Politik gegenüber Hitler-Deutschland. Dem Kopf der polnischen Außenpolitik war bewusst, dass Deutschland 1938 eine größere Gefahr darstellte als 1933. Dennoch nahm Polen Deutschlands Vertragsbrüche, seine Rüstungspolitik und – im Falle – Österreichs seine Expansionspolitik hin. Während die Bedrohung Polens durch die expansive Politik Deutschlands in Warschau wahrgenommen wurde, zeigte sich die polnische Führung im konkreten Fall weniger beunruhigt. In der großdeutschen Denkrichtung sah Polen im Frühjahr 1938 keine Bedrohung. Den Anschluss Österreichs nahm Warschau hin. Zum einen war aus Warschauer Sicht die südöstliche

¹¹⁵⁶ Schmitz-Berning, Cornelia: *Vokabular des Nationalsozialismus*. Berlin 1998, S. 286–288.

¹¹⁵⁷ Die Wenzelskrone (tsch. *Svatováclavská koruna*, dt. Heiliger-Wenzel(Vaclav)-Krone war die Königskrone Böhmens. Unter Ausklammerung Schlesiens sind an dieser Stelle die Landesteile Böhmen und Mähren beziehungsweise Tschechien gemeint.

¹¹⁵⁸ *Československá republika*, dt. Tschechoslowakische Republik.

¹¹⁵⁹ Vgl. Karski, Jan: *The Great Powers & Poland, 1919–1945*, S. 203.

Stoßrichtung der deutschen Politik zu begrüßen, die sich damit explizit nicht gegen Polen richtete. Zum anderen zeigte man sich wenig überrascht vom Zerfall der österreichischen Staatlichkeit. Bereits Piłsudski hatte zu seinen Lebzeiten die Beständigkeit Österreichs als souveräner Staat angezweifelt. Der Marschall wusste aber, dass es aus polnischer Sicht galt, für einen Anschluss einen guten Preis von Deutschland zu verlangen.¹¹⁶⁰ Einen wirklichen Gegenwert für den deutschen Anschluss Österreichs konnte Polen im März 1938 nicht gewinnen. Im Schatten dieses Ereignisses fand die März-Krise zwischen Polen und Litauen statt. In ihr richtete Warschau ein Ultimatum an Kaunas, in dem es die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit dem polnischen Staat forderte.¹¹⁶¹ Die zeitliche Nähe dieser Krise zum *Anschluß* machte London, Paris und Moskau skeptisch, welche Absprachen es zwischen Berlin und Warschau gäbe. Die UdSSR drohte gar, dass bei einem polnischen Angriff auf Litauen der Nichtangriffspakt zwischen Warschau und Moskau nichtig sei. Solche Absprachen gab es jedoch zwischen Deutschland und Polen nicht.¹¹⁶²

Auf welcher Basis standen also nun die Beziehungen zwischen Berlin und Warschau? Wie bereits oben festgestellt, hatten sich Deutschland und Polen durch ihre gemeinsame Erklärung von 1934 angenähert. Zwar konnte von einer Freundschaft zwischen Warschau und Berlin gesprochen werden, jedoch handelte es sich um eine von oben *befohlene Freundschaft*, die insbesondere im Bereich der Kulturbeziehungen eine wahrnehmbare Annäherung zur Folge hatte.¹¹⁶³ Das nach außen hin präsentierte Bild der Beziehungen hatte sich insbesondere in der Reaktion des Reiches auf den Tod Piłsudskis gezeigt. In der Berliner St.-Hedwigs-Kathedrale wurde unter der Teilnahme Hitlers und führender Köpfe des NS-Regimes eine Totenmesse für den polnischen Marschall gelesen. An Piłsudskis Beisetzung in Krakau nahm als höchster deutscher Vertreter Hermann Göring teil. Der Tod des *Wódz* stellte jedoch auch die Frage, ob Polen an seinem im Januar 1934 eingeschlagenen Kurs festhalten würde. Auch Berlin befürchtete, dass es in Polen zu einer Neuausrichtung kommen könnte. Göring warnte in einem Treffen mit Botschafter Lipski vor einer Annäherung Polens an den Westen.¹¹⁶⁴ Doch Warschau war entschlossen an der *Politik des 26. Januars* festzuhalten und bestätigte dies in

¹¹⁶⁰ Wojciechowski, Marian: *Die polnisch-deutschen Beziehungen 1933-1938*, S. 385.

¹¹⁶¹ Die Beziehungen zwischen Litauen und Polen waren in der Zwischenkriegszeit stark belastet. Streitpunkt war insbesondere die Zugehörigkeit des Wilna-Gebietes. Immer wieder kam es zu Grenzkonflikten. Als im März 1939 ein polnischer Grenzsoldat erschossen wurde, drohte der Konflikt zu eskalieren. In einem an Kaunas gerichteten Ultimatum forderte Warschau die Aufnahme bisher nicht vorhandener diplomatischer Beziehungen. Einen Krieg mit Polen fürchtend, stimmt Litauen dieser Forderung zu.

¹¹⁶² Karski, Jan: *The Great Powers & Poland, 1919-1945*, S. 206-207.

¹¹⁶³ Vgl. Pryt, Karina: *Befohlene Freundschaft / die deutsch-polnischen Kulturbeziehungen 1934-1939*. Osnabrück 2010.

¹¹⁶⁴ Żerko, Stanisław: *Stosunki polsko-niemieckie 1938-1939*, S. 43-44.

einem Gespräch mit Hitler durch seinen Botschafter am 22. Mai¹¹⁶⁵ sowie durch Außenminister Beck während dessen Berlin-Besuch am 3. und 4. Juli 1935.¹¹⁶⁶

Auch Deutschland zeigte, trotz seiner zunehmend inneren wie äußeren Stärke, keinerlei Bestrebungen Abstand von seiner polenfreundlichen Ausrichtung zu nehmen. Im Gegenteil: Die nationalsozialistische Führung war bemüht, Polen geopolitisch noch stärker an Deutschland zu binden. Aus diesem Grund warb Göring (auch bereits vor Piłsudskis Tod) in Gesprächen mit Vertretern der polnischen Regierung wiederholt für ein gemeinsames Bündnis, das sich gegen die Sowjetunion richten sollte.¹¹⁶⁷ Nach einem erfolgreichen Krieg gegen die UdSSR sollte Polen laut Göring in die Ukraine expandieren.¹¹⁶⁸ Warschau jedoch wollte sich auf dieses Wagnis nicht einlassen und zeigte sich den deutschen Vorschlägen gegenüber distanziert.¹¹⁶⁹

Wird die Frage gestellt, was Deutschland mit dem Vorschlag eines gemeinsamen deutsch-polnischen Vorgehens gegen die Sowjetunion bezwecken wollte, scheint der Grund offensichtlich. Berlin schien eine ernsthafte Vertiefung der Beziehungen mit Polen anzustreben, die zu einem militärischen Bündnis führen sollten. Die Begründung hierfür ergibt sich insbesondere aus den langfristigen Zielen des Nationalsozialismus eines Gewinns von *Lebensraum im Osten*. Dieser sollte durch die Niederschlagung der UdSSR verwirklicht werden. Die Möglichkeit eines Verbündeten, der dieses Vorhaben unterstützen würde, stellte für Berlin Grund genug dar, um Polen zu werben. Ein weiterer, eng mit den geopolitischen Plänen NS-Deutschlands im Osten verbundener Grund, stellte die geographische Dimension dar. Dies betraf zum einen Polens Lage zwischen Deutschland und der Sowjetunion. Ein wichtiger Punkt stellt hierbei die Tatsache dar, dass ein Angriff auf die Sowjetunion an Polen vorbei nicht möglich gewesen wäre. Gleichzeitig gehörte Polen bekanntlich dem französischen Bündnissystem an. Eine Intensivierung der deutsch-polnischen Zusammenarbeit hätte Warschau aus diesem Bündnissystem herausgelöst und eindeutig an der Seite Deutschlands positioniert. Dies musste umso mehr zutreffen, als dass sich dieses Bündnis gegen die Sowjetunion ausrichtete.

¹¹⁶⁵ Ebd., S. 44.

¹¹⁶⁶ Wollstein, Günther: *Die Politik des nationalsozialistischen Deutschlands gegenüber Polen 1933-1939/45*, S. 801–802.

¹¹⁶⁷ Beck, Józef: *Ostatni raport*. Warszawa 1987, S. 50; Szembek, Jan: *Diariusz i teki Jana Szembeka 1935–1945*, S. 230–231.

¹¹⁶⁸ Wollstein, Günther: *Die Politik des nationalsozialistischen Deutschlands gegenüber Polen 1933-1939/45*, S. 806.

¹¹⁶⁹ Vgl. Wojciechowski, Marian: *Stosunki polsko-niemieckie*, S. 237: Wojciechowski geht davon aus, dass Warschau sich in Bezug auf die Ukraine generell alle Möglichkeiten offen hielt.

Was allerdings für Berlin somit erstrebenswert schien, musste es aus polnischer Sicht nicht zwangsläufig sein. Polen hätte sich, wenn es den Vorschlag einer militärischen Zusammenarbeit angenommen hätte, deutlich an der Seite Deutschlands positioniert. Polens Platz in Frankreichs Verteidigungssystem wäre an der Seite Deutschlands obsolet gewesen. Gleichzeitig hätte sich Polen damit deutlich gegen die Sowjetunion positioniert. Diese Positionierung wäre durch eine offensichtliche antisowjetische Ausrichtung dieser deutsch-polnischen Zusammenarbeit zustande gekommen. Selbst wenn es einer Achse Berlin-Warschau gelungen wäre, ihre gegen die UdSSR gerichtete Haltung zu verbergen, wäre doch gerade Paris gewillt gewesen, einen östlichen und gegen Deutschland gerichteten Verbündeten zu gewinnen. Bei einem Wegfall Polens konnte dies nur die Sowjetunion sein. Als Folge hätte sich Polen in kürzester Zeit in einem antiwestlichen und gegen Moskau gerichteten Lager befunden. Diese Ausrichtung hätte die *polityka równowagi* Warschaws für beendet erklärt. Aufgrund der fortschreitenden Rüstung und allgemeinen Zunahme deutschen Einflusses war den zeitgenössischen Beobachtern ebenso klar, dass dies Polen die Position eines Juniorpartners zugewiesen hätte. Auch schien auf Basis der Vorschläge Görings klar, dass Polen sich damit in einen Krieg gegen die Sowjetunion hineinziehen lassen würde, wobei sich hierbei die Frage stellen ließ, was Polen von einem deutschen Sieg über die Sowjetunion gehabt hätte. Insgesamt deuten diese von Berlin an die Adresse Warschau geäußerten Vorschläge einer deutsch-polnischen Zusammenarbeit die missliche Lage des Spätjahres 1938 beziehungsweise Frühjahrs 1939, in die Polen hineinglitt, bereits deutlich an. Der 1938/1939 auf Polen lastende Druck, war bereits 1935 deutlich spürbar. Dies zeigte sich beispielsweise in einer Unterredung zwischen Görings Pressereferenten Rechenberg¹¹⁷⁰ mit dem polnischen Diplomaten Tarnowski.¹¹⁷¹ Polen müsse sich entscheiden, ob es sich an Deutschlands Seite gegen die Sowjetunion positioniere – oder nicht. Gleichzeitig merkte er ebenfalls an, dass bestimmte polnische Territorien eigentlich deutsch seien. Hierbei klang bereits ein deutliches „entweder mit uns oder gegen uns“ an.¹¹⁷² Dieses Dilemma wurde auch in Polen wahrgenommen. Senator Karszo-Siedlewski¹¹⁷³ merkte hierzu an, dass Polen einen solchen Krieg „entweder freiwillig oder gezwungen unterstützen“ würde. Er befürwortete eine freiwillige Zusammenarbeit mit dem Reich, wodurch Polen wohlmöglich ein Wort bei der Neuordnung des *Lebensraums im Osten* mitzureden hätte.¹¹⁷⁴ Innerhalb der polnischen Regierung wurde die Bedrohung

¹¹⁷⁰ Hans-Joachim Rechenberg (1910–1977), deutscher Journalist, stellvertretender Leiter der Pressestelle des Beauftragten für den Vierjahresplan sowie Pressereferent im Preußischen Staatsministerium.

¹¹⁷¹ (Wahrscheinlich) Adam Tarnowski (1892–1956), polnischer Diplomat, 1930–1941 Gesandter in Bulgarien.

¹¹⁷² Żerko, Stanisław: *Stosunki polsko-niemieckie 1938-1939*, S. 43.

¹¹⁷³ Tadeusz Karszo-Siedlewski (1893–1939), polnischer Industrieller und Senator (1935–1939).

¹¹⁷⁴ Sahm, Ulrich: *Rudolf von Scheliha. 1897–1942. Ein deutscher Diplomat gegen Hitler*. München 1990, S. 26.

vermutlich als nicht so groß wahrgenommen. So sah Jan Szembek in einem Gespräch mit Premierminister

Zyndram-Kościałkowski¹¹⁷⁵ die Sowjetunion als Polens Hauptfeind. Berlins Ziel sei der Kampf gegen den Bolschewismus. Lebensraum würde Deutschland „eher an der Donau und im Süden“ anstreben.¹¹⁷⁶ Auch Beck, vertraute auf den deutsch-sowjetischen Gegensatz, der aus seiner Sicht unüberbrückbar schien. Dieser habe sich insbesondere während des Spanischen Bürgerkriegs gezeigt.¹¹⁷⁷ Hieraus ließ sich eine gewisse Sicherheit für Polen vermuten, schien es doch auf Basis dieser Einschätzung unwahrscheinlich von Deutschland und der Sowjetunion zerdrückt zu werden. Dementsprechend wurde in der Wahrnehmung zeitgenössischer polnischer Politiker das seit dem Tod Piłsudskis insbesondere von Göring wiederholt geäußerte Angebot einer militärischen Zusammenarbeit kaum als Bedrohung gegenüber Polen wahrgenommen. Die Stoßrichtung deutscher Expansion schien aus polnischer Sicht Österreich, die Tschechoslowakei und dann möglicherweise der Balkanraum zu sein.

Wenig verwunderlich ist daher, dass es bezüglich des Anschlusses im März 1938 sowie den unmittelbar danach aufkommenden Forderungen nach einer Angliederung des Sudetenlandes in Warschau zu keinem Protest kam. Dennoch erkannte im Frühling 1938 Beck, dass es Hitler in Bezug auf Prag nicht allein um das Sudetenland ging, sondern Hitlers Ziel die Zerschlagung des gesamten tschechoslowakischen Staates war.¹¹⁷⁸ Umso verwunderlicher scheint, dass Beck zwar klar war, dass Hitler anders plante, als er öffentlich vorgab, Beck dies jedoch nicht auf Polen bezog. Ebenfalls ließ der *Führer* in der tschechoslowakischen Frage laut Hildebrand einen Kriegswillen erkennen.¹¹⁷⁹ Trotz dieser gegen die ČSR gerichteten Aussagen wirkten Hitlers Position bezüglich Polen in Warschau glaubhaft und erzeugten kein größeres Misstrauen gegenüber Berlin. Gleichzeitig konnte sich die polnische Republik mit den geopolitischen Zielen des Deutschen Reichs – inwieweit sie diese durchschaute – durchaus anfreunden. Eine Schwächung der ČSR schien dabei durchaus im Interesse Warschaus zu sein. Polen zielte insbesondere auf das Teschener Schlesien ab. Eine Annexion des Olsa-Gebiets hätte für Polen vor allem industrielle Vorteile mit sich gebracht. Polen hätte damit einen Fuß in die Mährische Pforte gesetzt.¹¹⁸⁰ Sollte es zu einer Zerschlagung der Tschechoslowakei kommen, befürwortete Warschau eine Abtretung der Slowakei und der Karpatenukraine an

¹¹⁷⁵ Marian Zyndram-Kościałkowski (1892–1946), polnischer Politiker, 1935–1936 polnischer Ministerpräsident. 1936–1939 Sozialminister.

¹¹⁷⁶ Żerko, Stanisław: *Stosunki polsko-niemieckie 1938-1939*, S. 26.

¹¹⁷⁷ Roos, Hans / Alexander, Manfred: *Geschichte der polnischen Nation 1918-1945*, S. 154.

¹¹⁷⁸ Ebd., S. 156.

¹¹⁷⁹ Hildebrand, Klaus: *Deutsche Außenpolitik 1933–1945*, S. 76.

¹¹⁸⁰ Vgl. Roos, Hans / Alexander, Manfred: *Geschichte der polnischen Nation 1918-1945*, S. 156.

Ungarn. In dessen Folge wäre es zur Schaffung einer polnisch-ungarischen Grenze gekommen. Warschau begrüßte ein solches Vorgehen insbesondere im Hinblick auf Pläne einer Zusammenarbeit der Staaten Ostmitteleuropas. Namentlich ist hierbei das Projekt des *Intermariums* zu nennen.¹¹⁸¹ Dieses in für die gesamte Zwischenkriegszeit schwierig umzusetzende Projekt hätte hierbei zumindest eine Basis in einer gemeinsamen polnisch-ungarischen Grenze gehabt.¹¹⁸²

In den außenpolitischen Schritten Deutschlands konnte Warschau keine tiefere geopolitische Bedrohung der Republik Polen erkennen. Aber inwiefern stimmten die in Warschau vermuteten deutschen Ziele mit den wirklichen Zielen des Reiches überein? Es stellt sich die Frage, welche konkreten geopolitischen Handlungen das Reich 1938/1939 wirklich verfolgte. In einer nach Kriegsausbruch am 23. November 1939 gehaltenen Ansprache Hitlers vor den Oberbefehlshabern sprach der *Führer* davon, dass er nach dem Anschluss Österreichs den Entschluss gefasst habe, sein Augenmerk als nächstes auf Böhmen, Mähren und Polen zu richten. Er sei sich Anfang 1938 „noch nicht im Klaren darüber gewesen, ob er zuerst gegen den Osten oder gegen den Westen vorgehen solle“.¹¹⁸³ Die Rolle Polens in dieser Aufzählung darf hierbei nicht missinterpretiert werden. Betont werden muss das Datum dieser Aussage. Hitler stellt die Situation hierbei so dar, als sei ihm damals bereits klar gewesen, dass es nach der Niederschlagung der Tschechoslowakei zum Konflikt mit Polen kommen würde. Die Tatsache, dass es sich allerdings um eine Aussage *ex post facto* handelt, lässt dies zumindest zweifelhaft erscheinen. Das Geschehen um die Jahreswende 1938/1939 mehrt diese Zweifel. Wird die Aussage Hitlers aber vielmehr so verstanden, dass sich das Augenmerk nach dem Münchener Abkommen 1938 auf Polen richtete, ist die Aussage sogar nachvollziehbar.¹¹⁸⁴

Hitler sprach nach Kriegsbeginn ebenfalls davon, dass es das Ziel sei, „ein vernünftiges Verhältnis zwischen Volkszahl und Volksraum herbeizuführen“.¹¹⁸⁵ Vordergründig blieb damit das Ziel des *Lebensraumes im Osten*. Das *Lebensraum*-Programm zeigte, dass Polen insgesamt nur eine untergeordnete Rolle spielte. Der eigentliche Raum, der im Osten für das Reich

¹¹⁸¹ Ebd., S. 155.

¹¹⁸² Im Vergleich zu den überwiegenden schlechten Beziehungen Polens zu seinen anderen Nachbarstaaten gestalteten sich die Kontakte zwischen Warschau und Budapest überwiegend positiv. Diese guten Beziehungen sollten aus polnischer Sicht als Grundlage für ein *Intermarium* dienen. Zu den polnisch-ungarischen Beziehungen am Vorabend des Zweiten Weltkrieges siehe Koźmiński, Maciej: *Polska i Węgry przed Drugą wojną światową październik 1938-wrzesień 1939. Z dziejów dyplomacji i irredenty*. Wrocław 1970.

¹¹⁸³ Hier zit. n. *Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Gerichtshof Nürnberg*. Bd. 14. <http://www.zeno.org/nid/20002761416> (4.3.2021), S. 203–204.

¹¹⁸⁴ Eine Aufzeichnung der Rede findet sich ebenfalls vollständig abgedruckt in Jacobsen, Hans Adolf: *1939–1945. Der Zweite Weltkrieg in Chronik und Dokumenten*. Darmstadt 1959, S. 115 [Dok. 14].

¹¹⁸⁵ Hier zit. n. *Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Gerichtshof Nürnberg*, S. 204.

gewonnen werden sollte, waren die weiten Räume der osteuropäischen Ebene. Dies bedeutete Krieg gegen die Sowjetunion. Die Vorbereitungen zum Krieg lassen sich dabei insbesondere in der Denkschrift zum Vierjahresplan aus dem Jahre 1936 erkennen, in dem bis 1940 die Einsatzfähigkeit der deutschen Armee sowie die Kriegsbereitschaft der deutschen Wirtschaft gefordert wurde.¹¹⁸⁶ Das Fernziel Sowjetunion ließ sich dabei in der nationalsozialistischen Ideologie, beispielsweise in *Mein Kampf*, selbst finden. Es wurde aber damit nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis artikuliert. In der Hoßbach¹¹⁸⁷-Niederschrift bekommt diese Ausrichtung auf die UdSSR eine zeitliche Dimension. Hitler artikuliert in einer Besprechung vor der Wehrmachtsführung, dem Kriegs- sowie dem Außenminister am 5. November 1937, dass er zu einer kriegerischen Lösung der Raumfrage entschlossen sei und dass dieser Krieg bis 1943/45 erfolgen müsse. „Nach dieser Zeit sei nur noch eine Veränderung zu unseren Ungunsten zu erwarten“.¹¹⁸⁸ Die Niederschrift gibt ebenfalls einen Hinweis darüber, welche tatsächliche Position Hitler gegenüber Polen vertrat. So gab er 1937 als seine Ziele die Tschechoslowakei und Österreich an, „um die Flankenbedrohung eines etwaigen Vorgehens nach Westen auszuschalten“. Hierbei ist interessant, dass Polen nicht als Flankenbedrohung angesehen wird. Polen war für Hitler durch das Abkommen von 1934 zunächst abgesichert.¹¹⁸⁹ Vielmehr geht er von einer Neutralität Polens in einem Krieg gegen den Westen aus.¹¹⁹⁰

Gegenüber Warschau zeigte sich das Reich jedoch weiterhin entgegenkommend und befriedend. Als Beck am 13. und 14. Januar 1938 zu einem Besuch in Berlin verweilte, betonte Hitler die Bedeutung der deutsch-polnischen Beziehungen für das Reich. Zugleich garantierte der deutsche Reichskanzler Polens Rechte in Danzig.¹¹⁹¹ Während Hitler die Wichtigkeit der gegenseitigen Verbindung betont, verwies Göring einen Monat später bei seinem Besuch in Białowieża auf Polens Rolle in Europa.¹¹⁹² Ziel seines Besuches war es gewesen, Polen auf die

¹¹⁸⁶ Winkler, Heinrich August: *Der lange Weg nach Westen*, S. 51.

¹¹⁸⁷ Friedrich Hoßbach (1894–1980), deutscher Militär, 1934–1938 Adjutant der Reichswehr beim *Führer und Reichskanzler*. Im Zuge der Blomberg-Fritsch-Krise versetzt.

¹¹⁸⁸ Die Niederschrift des Protokolls Friedrich Hoßbachs findet sich unter anderem unter *Die Hoßbach-Niederschrift*. <https://www.ns-archiv.de/krieg/1937/hossbach/> (17.1.2021). Abgedruckt ist die Quelle u.a. in Wendt, Bernd-Jürgen: Großdeutschland. München 1987, S. 192–202.

¹¹⁸⁹ Erwähnt werden muss jedoch, dass Hitler – laut Hoßbach-Niederschrift – dennoch von einer möglichen Bedrohung durch Polen ausging, wenn Deutschland geschwächt sein sollte: „Unsere Abmachungen mit Polen behielten nur solange Geltung als Deutschlands Stärke unerschüttert sei, bei deutschen Rückschlägen müsse ein Vorgehen Polens gegen Ostpreußen, vielleicht auch gegen Pommern und Schlesien in Rechnung gestellt werden.“

¹¹⁹⁰ Die Neutralität ergäbe sich insbesondere durch die Schaffung einer von Warschau gewünschten polnisch-ungarischen Grenzen („Sei die Tschechei niedergeworfen, eine gemeinsame Grenze Deutschland – Ungarn gewonnen, so könne eher mit einem neutralen Verhalten Polens in einem deutsch-französischen Konflikt gerechnet werden“).

¹¹⁹¹ Żerko, Stanisław: *Stosunki polsko-niemieckie 1938-1939*, S. 63.

¹¹⁹² Der Reichsforstmeister verweilte in der zweiten Februarhälfte mehrere Tage zur Jagd im Białowieża-Urwald. An der Jagd nahmen neben Göring der polnische Präsident Ignacy Mościcki (1867–1946), Botschafter Lipski sowie der deutsche Botschafter Hans-Adolf von Moltke (1884–1943) teil. Göring besuchte Białowieża seit April

Seite des Antikominternpaktes zu ziehen und damit Warschau an Deutschlands Seite zu positionieren. Hierbei betonte er Deutschlands und Polens angebliche Gemeinsamkeit als Bollwerk gegen den russischen Bolschewismus. Unzweifelhaft erneut eine Anspielung auf Polens Rolle als *antemurale christianitatis*. Göring stellte hierbei die Sowjetunion als gemeinsames Problem Warschaus und Berlins dar. Seine Intention war unverkennbar der Versuch eine gemeinsame Basis für ein Vorgehen gegen die UdSSR zu finden. Er verwies ebenfalls auf den Zeitfaktor, denn jetzt sei Moskau geschwächt, würde aber zunehmend zur Bedrohung beider werden.¹¹⁹³ Görings Mission scheiterte. Polen war zu keinen über die vertraglichen Vereinbarungen des Jahres 1934 hinausgehenden Absprachen bereit.¹¹⁹⁴

In den folgenden Monaten lag der deutsche Fokus – wie im November 1937 angekündigt – zunächst bis März 1938 auf Österreich und dann bis Oktober auf der Tschechoslowakei. Zu einem ersten Treffen zwischen Lipski und dem neuen Reichsaußenminister von Ribbentrop kam es am 31. März 1938. Der polnische Botschafter meldete nach Warschau, dass Ribbentrop noch sehr in Unkenntnis bezüglich der deutsch-polnischen Beziehungen sei.¹¹⁹⁵ Die Sudetenkrise spitzte das bereits angespannte Verhältnis zwischen Berlin und Prag zu. Dennoch konnte ein Krieg abgewandt werden und es kam zu einer diplomatischen Einigung zwischen dem Reich und den Westmächten – unter dem Ausschluss Prags und Moskaus sowie der Tolerierung durch Warschau.¹¹⁹⁶ Von der Tschechoslowakischen Republik übrig geblieben war ein Rumpfstaat. Das Sudetenland wurde wie vom Münchener Abkommen vorgesehen an das Reich abgetreten. Die Südslowakei mit seiner damals ungarischen Mehrheit fiel an Ungarn. Polen erhielt das Olsa-Gebiet (Teschener Schlesien).¹¹⁹⁷ Die Annexion des Teschner Schlesien kommentierte einer Anekdote nach ein tschechischer General angeblich mit den an die Polen gerichteten Worten, sie seien die nächsten.¹¹⁹⁸ Ob es diesen hochrangigen tschechischen Offizier wirklich gegeben hatte, sei dahingestellt. Fakt ist, dass die Pointe zutraf. Tatsächlich wurde Deutschlands Aufmerksamkeit nicht wie von Polen zuvor angenommen nach der

1934 regelmäßig. Göring Hermann (1893-1946). <http://www.encyklopedia.puszcza-bialowieska.eu/index.php?dzial=haslo&id=848> (17.1.2021).

¹¹⁹³ Es bleibt unklar, ob Göring im Frühjahr 1938 dieses Argument nutzte, aber er hätte durchaus auf den *Bol'soj Terror* (*Großen Terror*) des Jahres 1937 in der Sowjetunion verweisen können, dem unter anderem drei von fünf Marschällen, 13 von 15 Armeebefehlshabern, acht von neun Admirälen, 50 von 57 Corps-Befehlshabern und 154 von 186 Divisionskommandeuren zum Opfer fielen. Vgl. Schlögel, Karl: *Terror und Traum*. München 2008. Zu Opferzahlen vgl. Werth, Nicolas: *Ein Staat gegen sein Volk. Das Schwarzbuch des Kommunismus - Sowjetunion*. München 2002, S. 221.

¹¹⁹⁴ Żerko, Stanisław: *Stosunki polsko-niemieckie 1938-1939*, S. 65.

¹¹⁹⁵ Lipski, Józef / Waclaw Jędrzejewicz: *Diplomat in Berlin, 1933–1939*, S. 357 [Nr. 83].

¹¹⁹⁶ Żerko, Stanisław: *Stosunki polsko-niemieckie 1938-1939*, S. 71.

¹¹⁹⁷ Am 2. Oktober 1938 besetzten polnische Truppen das Olsa-Gebiet. Polen wurde damit zum Nutznießer der Folgen des Münchener Abkommens.

¹¹⁹⁸ Roos, Hans / Alexander, Manfred: *Geschichte der polnischen Nation 1918-1945*, S. 157.

Annexion des Sudetenlandes weiter nach Südosten gelenkt, sondern richtete sich nach Warschau. Der Vergleich zur Politik des Reiches gegenüber Prag hinkt allerdings zunächst insoweit, als dass sich Berlin nicht mit einem Ultimatum an Prag richtete, sondern mit etwas, das wie eine Art *Deal* erschien.

Am 24. Oktober 1938 übermittelte Berlin Warschau eine so genannte Globallösung aller bestehenden Probleme. Das Angebot sah vor, dass die Freie Stadt Danzig an das Reich angeschlossen werde. Polen sollte in Danzig einen Freihafen sowie einen exterritorialen Zugang zu diesem erhalten. Der Polnische Korridor verblieb bei Polen, Warschau sollte jedoch einer exterritorialen Autobahn durch Pommerellen zustimmen. Polen sollte dem Antikominternpakt beitreten. Im Gegenzug sollte das Abkommen von 1934 verlängert werden sowie die bestehenden Grenzen Polens anerkannt werden. Eine polnisch-ungarische Grenze wurde zumindest für die Zukunft angedacht. Ribbentrop bezeichnete das Angebot als „Krönung des von Marschall Piłsudski und dem Führer eingeleiteten Werkes“. Es ist davon auszugehen, dass es sich bei dem deutschen Angebot vom 24. Oktober 1938 um einen ernstgemeinten Vorschlag an Polen handelte. Einen Unruhezustand, eine Verschlechterung der Beziehungen mit Warschau hatte Berlin nicht vorgesehen.¹¹⁹⁹ Aber es ging ebenfalls nicht allein um die Danzig-Frage. Ziel Hitlers war es, Polen zu einem zukünftigen Angriff auf die Sowjetunion zu überreden. Diese Idee brachte Hitler gegenüber Beck im Januar 1939 zum Ausdruck.¹²⁰⁰ Gleichzeitig galt es, ein jedwedes Konfliktpotenzial zwischen Berlin und Warschau zu beseitigen. Hitler war der Überzeugung, dass er Warschau ein Angebot machte, dass die polnische Hauptstadt sicherlich nicht ausschlagen würde.¹²⁰¹

Und doch tat Warschau genau dies. Knapp einen Monat später teilte Beck auf einem Treffen mit seinem deutschen Amtskollegen mit, dass zwar die Möglichkeit einer deutschen Autobahn durch Pommerellen bestünde, insbesondere ein Anschluss Danzigs an das Reich würde jedoch abgelehnt. Ribbentrop zeigte sich verwundert über die polnische Zurückweisung des Vorschlages.¹²⁰² Polen war sehr wohl zu Konzessionen gegenüber dem Reich bereit, zeigte

¹¹⁹⁹ Vgl. Kornat, Marek: *Polen zwischen Hitler und Stalin*, S. 174: Auch Kornat kommt zu dieser Einschätzung. Es zeigt sich beispielsweise in der Tatsache, dass es keine Angriffspläne auf den polnischen Nachbarn gab. Hitler ging weiterhin zunächst von einem Krieg im Westen aus.

¹²⁰⁰ Hildebrand, Klaus: *Deutsche Außenpolitik 1933–1945*, S. 85; *Aufzeichnung des Gesandten Schmidt (Büro RAM)* [Dok. 119]. In: ADAP D,V, S. 132.

¹²⁰¹ Diese Überzeugung lässt sich beispielsweise darin erkennen, dass Hitler Gauleiter Forster in Danzig anweist, bei einer Annahme der Forderung nach einem Korridor und der Annexion Danzig die Einführung der Gesetzgebung des Reiches in Danzig vorzubereiten sowie Vorbereitungen für den Bau einer exterritorialen Autobahn zu beginnen (*Der Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen an den Reichsaußenminister* [Dok. 86]. In: ADAP D,V, S. 95-96).

¹²⁰² *Aufzeichnung des Reichsaußenministers* (19. November 1938) [Dok. 101]. In: ADAP D,V, S. 106–108; Lipski, Józef / Waclaw Jędrzejewicz: *Diplomat in Berlin, 1933–1939*, S. 465–469.

sich aber nicht gewillt, in ein Vasallentum gegenüber Berlin zu verfallen. Dies hätte seiner weiterhin gültigen *polityka równowagi* widersprochen. Warschau vertrat hierbei die Position, dass es nicht über einen Nichtangriffspakt – wie auch im Falle der Sowjetunion – hinausgehen wolle. Dennoch hatte sich das Gleichgewicht der Kräfte insbesondere in Ostmitteleuropa durch die Münchener Konferenz sehr zu Deutschlands Gunsten geändert. Nach München begegnete Warschau Deutschland mit einem gesteigerten Misstrauen, da man gehofft hatte die Slowakei würde an Ungarn gehen.¹²⁰³ Dies hätte eine in Aussicht gestellte polnisch-ungarische Grenze zur Folge gehabt. Das Ausbleiben einer solchen Grenzziehung durchkreuzten polnische Pläne die Schaffung eines *Intermarium* zu forcieren.¹²⁰⁴

Wie konnte Polen auf diese geopolitische Lage zur Jahreswende 1938/39 reagieren? Deutschland hatte im Gegensatz zu 1933/34 seine Machtposition massiv verbessert. Hierzu zählte nicht nur die militärische Aufrüstung, über die Polen realistisch informiert war.¹²⁰⁵ Wesentlicher als die Aufrüstung waren die territorialen Veränderungen, die Polens geopolitische Lage nicht nur erschwerten, sondern gar hoffnungslos erschienen ließen. So war Polen nach der Annexion des Sudetenlandes, spätestens nach der *Zerschlagung der Rest-Tschechei*, fast vollständig von Deutschland und der Sowjetunion umschlossen. Abgesehen vom polnischen Korridor und unter Hinzunahme des deutschen Marionettenstaates Slowakei umfasste der deutsche Machtbereich den polnischen Staat zangenförmig. Der zugenommene deutsche Einfluss manifestierte sich in diesen territorialen Zugewinnen und erhöhte auch den Druck auf Polen. Der Spagat bestand darin, nicht an der Seite Berlins als Juniorpartner zu enden, gleichzeitig aber auch eine Vergrößerung der Distanz zu Berlin zu vermeiden. Denn wozu schlechte Beziehungen mit dem Reich führen konnten, hatte das tschechoslowakische Beispiel zu genüge gezeigt.

Eine Entlastung hätten die Westmächte bringen können. Theoretisch hätte es die Möglichkeit einer frühzeitigen Rückendeckung aus London und Paris geben können. Jedoch hielt insbesondere in der britischen Hauptstadt die Politik des *Appeasements* unter Neville Chamberlain weiterhin an. Seine Früchte hatten sich in München deutlich gezeigt, was es fragwürdig macht, welchen Nutzen eine solche Zusammenarbeit für Warschau überhaupt gehabt hätte – wenn sie zustande gekommen wäre.

¹²⁰³ *Der Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt* (8. Oktober 1938) [Dok. 67]. In: ADAP D,V, S. 76-77.

¹²⁰⁴ Roos, Hans / Alexander, Manfred: *Geschichte der polnischen Nation 1918-1945*, S. 157.

¹²⁰⁵ Hierauf verweist insbesondere Woźny in seinem bereits genannten Band: Woźny, Aleksander: *Niemieckie przygotowania do wojny z Polską w ocenach polskich naczelnych władz wojskowych w latach 1933-1939*.

Insbesondere im Hinblick auf die beschriebenen geopolitischen Theorien ist bekannt, dass die Idee eines *Intermarium* beziehungsweise des *Dritten Europas* insbesondere innerhalb der *Sanacja* angestrebt wurde. Die schlechten Beziehungen zwischen Warschau und Prag waren ein Grund dafür gewesen, dass es zu keinerlei Blockbildung in Ostmitteleuropa gekommen war. Bereits untermittelbar nach München war die Tschechoslowakei oder was unter der pejorativen Bezeichnung *Rest-Tschechei* noch von ihr übrig geblieben war, als außenpolitischer Faktor eliminiert. Somit war dieses Hindernis für ein *Intermarium* nicht mehr vorhanden. Begonnene Gespräche Polens mit Ungarn und Rumänien waren aufgrund der Gegensätze zwischen Budapest und Sofia nicht erfolgreich. Jene polnisch-ungarisch-rumänische Achse sollte eigentlich die Grundlage für ein *Intermarium* werden. Deutlich zeigte sich an dieser Stelle erneut, dass die Schaffung einer ostmitteleuropäischen Zusammenarbeit an den lokalen nationalen Konflikten scheiterte. Ein weiteres Hindernis stellte der fortgeschrittene deutsche Einfluss dar. Er zeigte sich beispielsweise bei Versuchen zur Bildung einer polnisch-ungarisch-jugoslawischen Zusammenarbeit, die mit Belgrads Nähe und wirtschaftlicher Abhängigkeit gegenüber Berlin kollidierten. Dass Gespräche einer Zusammenarbeit zwischen Warschau, Budapest und Belgrad beziehungsweise zuvor Sofia geführt wurden, heißt allerdings nicht, dass das *Intermarium* zu irgendeinem Zeitpunkt ein wirklicher Verhandlungspunkt gewesen war. Vielmehr schien die polnische Seite von der vagen, eher unrealistischen Hoffnung auszugehen, hieraus könnte langfristig ein *Intermarium* entstehen.¹²⁰⁶

Während also weder im Westen noch in Ostmitteleuropa ein geeigneter Schutz gefunden werden konnte, blieb die polnische Führung bei ihrer Ablehnung einer weiteren Annäherung an Berlin. Deutsche Versuche, die polnische Führung umzustimmen, hielten noch bis in das Frühjahr 1939 an. Warschau sah jedoch im Reich keine akute Bedrohung für Polen. Die außenpolitischen Spitzen, insbesondere Beck aber auch Lipski, gingen im Frühjahr 1939 davon aus, dass sich Deutschlands Politik gegen Westen richten werde. Berlins Ziel sei es demnach im Osten Ruhe zu haben. Hinzukam die Unvorstellbarkeit einer Zusammenarbeit zwischen dem nationalsozialistischen Deutschen Reich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken.¹²⁰⁷

Aber wieso sträubte sich Warschau derart vor einer Zusammenarbeit mit einer der beiden großen Nachbarn? Wenig verwunderlich fand insbesondere in der Frühphase der polnischen Volksrepublik die These Verbreitung, wonach ein Bündnis zwischen Polen und der

¹²⁰⁶ Vgl. Kornat, Marek: *Polen zwischen Hitler und Stalin*, S. 136.

¹²⁰⁷ Ebd., S. 185.

Sowjetunion den Ausbruch des Krieges gegen Polen verhindert hätte.¹²⁰⁸ Wahrscheinlich hätte diese These zugetroffen. Hitler hätte keinen Krieg gegen Polen allein betreiben können, ohne gleichzeitig in den Konflikt mit der Sowjetunion zu treten. Eine Annäherung hätte auf dem Nichtangriffspakt von 1932 aufbauen können. Polen hätte sich damit dem Einfluss Moskaus hingeben müssen, da seine Sicherheit von der Sowjetunion abhing. Der Preis für diese Sicherheit wäre damit seine Unabhängigkeit gewesen. Vor der polnischen Staatsräson des Primats der Unabhängigkeit war dies ein nichtgangbarer Weg für Warschau. Gleichzeitig kann die Frage gestellt werden, welchen Bestand eventuelle sowjetische Sicherheitsgarantien gehabt hätten, da Moskau sich jederzeit mit Berlin ohne ein *nic o nas bez nas* über die Köpfe der Polen hinweg verständigen konnten.¹²⁰⁹

Vor dem Hintergrund des Themas erscheint die Möglichkeit eines *Ribbentrop-Beck-Paktes* noch wesentlich beachtenswerter. Unter Zurückstellung der für den Historiker entscheidenden Frage „Wie es eigentlich gewesen ist“ (Ranke) soll in einem kurzen Exkurs die Frage des „Was wäre gewesen, wenn“ erlaubt sein. Die kontrafaktische Uchronie, die, vereinfacht gesagt, nichts anders als bloße Spekulation darstellt, ist insofern gerechtfertigt, als dass sie einen Erkenntnisgewinn für die allgemeine deutsch-polnische geopolitische Konstellation liefert.

Es stellt sich zunächst die Frage, ob es 1938/1939 die Möglichkeit einer tiefergehenden politischen gar militärischen Zusammenarbeit zwischen Berlin und Warschau hätte geben können. Diese wäre über die Ergebnisse des deutsch-polnischen Nichtangriffspaktes vom Frühjahr 1934 weit hinausgegangen. Aus deutscher Sicht kann diese Frage bejaht werden. Die Intentionen Hitlers, Polen als Verbündeten zu gewinnen waren mehr als deutlich. Hier ist allerdings die von Berlin für Warschau vorgesehene Rolle zu beachten. Die Konstellationen sollte keine symmetrische sein, sondern Polen hatte sich hierbei den Interessen Berlins unterzuordnen und ihm als Juniorpartner zur Verfügung zu stellen. Das Angebot des 24. Oktobers 1938 sowie Angebote eines Kriegszuges gegen die Sowjetunion machen dies deutlich. Hier wiederum lag die Schwierigkeit für die polnische Seite, die unter allen Umständen nicht in diese Juniorpartnerschaft gedrängt werden wollte. Polen hätte damit die von Beck angestrebte *Politik der Gleichheit* abgelegt und sich einem der beiden großen

¹²⁰⁸ Borodziej, Włodzimierz: *Die Alternative Warschaus*. In: *1939. An der Schwelle zum Weltkrieg. Die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges und das internationale System*. Hrsg. von Klaus Hildebrand, Jürgen Schmädeke u. Klaus Zernack. Berlin / New York 1999, S. 324.

¹²⁰⁹ Dieser Ausspruch geht zurück auf die 1505 beschlossene Verfassung, die den Namen *nihil novi sine communi consensu* (Nicht neues ohne allgemeine Zustimmung) trug. Der Titel wird oft vereinfacht als *nic o nas bez nas* (nichts über uns aus) wiedergegeben.

Nachbarn unterworfen. Es stellt sich nicht allein die Frage der Sinnhaftigkeit eines solchen Unterfangens. Natürlich hätte sich die politische Führung 1938/1939 zu diesem Schritt entschließen können. Problematischer wären die Reaktionen unter den verschiedenen politischen Strömungen in Polen gewesen. Dies trifft insbesondere für die deutschlandkritische Nationaldemokratie zu. Fragen polnischer Innenpolitik können an dieser Stelle nicht vertieft werden, auf die Schwierigkeit einer Umsetzung soll allerdings hingewiesen werden. Mit Blick auf die außen- beziehungsweise geopolitischen Folgen einer solchen Entscheidung soll somit von einer hypothetischen Waffenbruderschaft zwischen Berlin und Warschau ausgegangen werden, die im Frühsommer 1939 geschlossen worden wäre. Deutschlands Ostflanke wäre damit gesichert gewesen. Zu einer Verständigung mit Moskau in Form eines Ribbentrop-Molotov-Paktes und einer Aufteilung Polens hätte es in Berlin keinen Grund gegeben. Vielmehr hätte es auf deutsche Initiative eine Absprache zwischen Deutschland und Polen gegeben, wonach ein Angriff auf die Sowjetunion das Ziel des Bündnisses sei. Hierbei hätte es dann zwei mögliche Optionen für die Achse Berlin-Warschau gegeben:

- 1.) Zunächst hätte das Bündnis einen Krieg gegen den Westen führen können. Dieser hätte sich in jedem Fall gegen Frankreich gerichtet, möglicherweise auch gegen Großbritannien. Erst in einem zweiten Schritt hätte sich diese Aggression dann gegen Russland gerichtet. Stalin hätte Deutschland wohlmöglich freie Hand gelassen, da aus sowjetischer Sicht ein Krieg zwischen den kapitalistischen Staaten für den Kommunismus nur von Vorteil sein konnte.
- 2.) Die zweite Möglichkeit wäre ein Krieg gegen die Sowjetunion gewesen, bei gleichzeitiger Neutralität des Westens. Die Gefahr für die Achse Berlin-Warschau wäre es hierbei allerdings gewesen, dass der Westen nicht in den Konflikt eingegriffen hätte und sich für das Bündnis die Gefahr eines zwei Frontenkrieges ergeben hätte.

Beide hier nur kurz angedachte Szenarien sollen nicht vertieft werden. Vielmehr soll der Blick auf einen möglichen Ausgang des Konfliktes gelenkt werden. Zwei Extreme sind hierbei erkennbar: Möglich wäre eine totale Niederlage der Achse Berlin-Warschau gewesen. Polen wäre damit eindeutiger Verlierer eines solchen Konfliktes. Die Folge wäre gewesen, dass Russland versucht hätte, diese Situation auszunutzen und seine Grenze nach Westen, möglicherweise mindestens an die Curzon-Linie, verschoben hätte. Von einer Westverschiebung Polens hätte hierbei anders als 1945 allerdings keine Rede sein können, da es unwahrscheinlich scheint, dass Polen für einen Gebietsverlust im Osten als Kriegsverlierer entschädigt worden wäre. Polen wäre damit territorial verkleinert und als Verbündeter Nazi-

Deutschlands moralisch geschlagen. Wohlmöglich wäre es im Einflussbereich der Sowjetunion gelandet.

Möglich wäre aber ebenfalls ein Sieg Berlins und Warschaws gewesen. Die Sowjetunion wäre hierbei geschlagen worden, der (kontinentaleuropäische) Westen wohlmöglich auch unter der Kontrolle Berlins. Die Ausdehnung der Eroberungen im Osten würden wahrscheinlich mindestens bis zum Ural gehen, möglicherweise aber auch darüber hinaus.¹²¹⁰ Dies käme den Plänen eines Großgermanischen Reich sehr nahe.¹²¹¹ Mit welcher Begründung hätte Berlin seinen polnischen Juniorpartner an seinem Raumbgewinn beteiligen sollen? Aus Berliner Sicht war Polen kein ebenbürtiger Partner, sondern lediglich Erfüllungsgehilfe für die nationalsozialistischen Pläne. Welchen Platz sollte dem polnischen Verbündeten eingeräumt werden? Es ist davon auszugehen, dass Polen zur reinen deutschen Marionette geworden wäre, oder aber seine Staatlichkeit vollständig verloren hätte. Begründet werden kann dies damit, dass Polen keinen geopolitischen Nutzen für Berlin mehr gehabt hätte. Seine Aufgabe als Schutzwall gegen die Sowjetunion beziehungsweise als Waffenbruder im Kampf gegen die UdSSR wäre erloschen. Eine weitere geopolitische Erklärung bietet ein Blick auf die Landkarte. Eine theoretisch mögliche Erweiterung des polnischen Staates auf Kosten beispielsweise der Ukrainischen SSR soll außer Acht gelassen und allein von einem Vorbestehen der Zweiten Republik ausgegangen werden.¹²¹² Dies hieße, dass inmitten des *Großgermanischen Reiches deutscher Nation* sich eine polnische Insel befände. Jenes Reich bestünde dann aus zwei Teilen, dem Altreich und den Reichskommissariaten in der dann ehemaligen Sowjetunion. Die beiden Teile wären entweder gar nicht oder nur über einen schmalen Grat in Pommern und Ostpreußen mit dem Reich verbunden. Dies wäre aus geopolitischen Gründen keine zufriedenstellende Lösung. Als Gegenargument könnte angeführt werden, dass auch Finnland vom Reich zwar politisch abhängig gewesen wäre, es aber dennoch den Raum des Reiches durchtrennt. Dem wiederum kann entgegengehalten werden, dass sich Finnland an der Peripherie des *Großgermanischen Reiches* befunden hätte. Polen hingegen hat durch seine zentraleuropäische Position einen anderen Stellenwert.

¹²¹⁰ Die Frage wäre hierbei, inwiefern Japan in diesen Konflikt involviert gewesen wäre. Es sei hier erinnert an die deutsch-japanische Vereinbarung vom 18. Januar 1942, wonach Asien und damit vordergründig die Sowjetunion zwischen Berlin und Tokio auf dem 70. Längengrad aufgeteilt wurde.

¹²¹¹ Siehe Abbildung. Vgl. Elvert, Jürgen: *Mitteleuropa!*, S. 325.

¹²¹² Natürlich ist es in diesem hypothetischen Szenario sehr wahrscheinlich, dass Berlin vorab seine Forderungen einer Gesamtlösung aus dem Jahre 1938/39 oder aber eine Annexion des Korridors bereits durchgeführt hätte beziehungsweise durchsetzen würde.

Dieser Exkurs in die alternative Geschichte soll die negativen Folgen einer deutsch-polnischen Zusammenarbeit 1939 und darüber hinaus in aller Kürze vor Augen führen. Er zeigt, dass die Folgen eines Ribbentrop-Beck-Paktes Polen höchstwahrscheinlich nicht vor einem Untergang bewahrt hätten. Es wäre entweder Deutschland oder Russland zugefallen.

Auch der Publizist Piotr Zychowicz¹²¹³ erkennt in seinen Büchern dieses Dilemma. Als Lösung schlägt er eine Zusammenarbeit mit Deutschland vor, die dann zu einem geeigneten Zeitraum in das Lager der Alliierten wechselt, um dem deutschen Bündnispartner in den Rücken zu fallen. Dem kann das Argument entgegengehalten werden, dass ein solcher Bündniswechsel zum einen eine diplomatische Herausforderung gewesen wäre. Auch wäre die Wahl des Zeitpunktes für ein solches Unterfangen sehr schwer zu wählen gewesen. Denn Deutschland hätte bereits derart geschwächt sein müssen, dass die polnischen Streitkräfte diesem nicht unterliegen würden. Zu lange hätte Warschau mit einer solchen Entscheidung allerdings auch nicht warten können, da beispielsweise nach der Niederschlagung der Sowjetunion, Polen im Osten keine große Herausforderung mehr darstellen würde. Die polnische Diplomatie hätte sich auf einem sehr schmalen Grat befunden. Ob diese hierzu in der Lage gewesen wäre, ist fraglich. Des Weiteren hätte ein solcher Bündniswechsel nicht von heute auf morgen stattfinden können. Dies wäre möglicherweise den deutschen Geheimdiensten aufgefallen. Auch bei glücklichem Ausgang stellt sich die Frage, ob die Zweite Republik nicht einer Nachkriegsordnung zum Opfer gefallen wäre. Die Sowjetunion hätte zum Beispiel auf territorialen Gewinnen auf Kosten Polens bestehen können. Als Argument gegenüber dem Westen, hätte die moralische Schuld Polens dienen können, mit dem „faschistischen Hitler-Deutschland“ zunächst gemeinsam gekämpft zu haben, um dann feige die Seiten zu wechseln, weil Berlin die Niederlage drohte.

Der günstigste hypothetische Ausgang eines solchen Konflikts wäre demnach die Zusammenarbeit mit Berlin gewesen, eine Niederlage oder starke Schwächung der Sowjetunion, ein Wechsel des Lagers zu den Westalliierten und dann eine Niederlage beziehungsweise eine starke Schwächung Deutschlands. In diesem Moment wären beide großen Nachbarn Verlierer und Polen Siegermacht, möglicherweise mit Landgewinnen im Osten. Allerdings kann eine solche glückliche Fügung für Polen als sehr unwahrscheinlich

¹²¹³ Piotr Zychowicz (1980), polnischer Publizist. Zychowicz ist als populärwissenschaftlicher Autor in Polen sehr bekannt. Im Kontext der Forschungsfrage dieser Arbeit ist vor allem das bereits erwähnte Werk zu einer deutsch-polnischen Zusammenarbeit vor dem Zweiten Weltkrieg zu nennen: Zychowicz, Piotr: *Pakt Ribbentrop-Beck*.

angesehen werden. Der Balanceakt, der hierbei notwendig gewesen wäre, kann als größer bezeichnet werden, als er es durch die *polityka równowagi* sowieso schon war.

Vor dem Hintergrund des geopolitischen Grundsatz Polens, wonach die Unabhängigkeit und Souveränität des polnischen Staates erhalten bleiben musste, stellt insbesondere eine Annäherung an das Reich, die in einer Unterordnung Polens und dann in einem Untergang Polens gemündet wäre, keine Alternative dar. Polen hätte seine Eigenständigkeit an Deutschland oder aber später an die Sowjetunion verloren. Warschau, das eine solche Annäherung ablehnte, wollte an der Linie von 1934 festhalten – und scheiterte schließlich an seiner geopolitischen Situation. Wann Hitler in Bezug auf Polen die Geduld sowie die Hoffnung auf eine Zusammenarbeit mit Warschau konkret verliert, bleibt ungewiss. Es wird irgendwann im Frühjahr 1939 geschehen sein. Aus dem Schmundt¹²¹⁴-Protokoll kann die folgende Aussage entnommen werden:¹²¹⁵

Es entfällt also die Frage Polen zu schonen und bleibt der Entschluß, bei erster passender Gelegenheit Polen anzugreifen. An eine Wiederholung der Tschechei ist nicht zu glauben. Es wird zum Kampf kommen. Aufgabe ist es, Polen zu isolieren. Das Gelingen der Isolierung ist entscheidend.

Im März 1939 erreichen Gerüchte über deutsche Überfallpläne die polnische Hauptstadt.¹²¹⁶ Auf die *Zerschlagung der Rest-Tschechei* sowie die Schaffung der slowakischen Marionette die Annexion des Memellandes reagierte Warschau mit einer Teilmobilmachung seiner Streitkräfte und einer Verlegung von vier Divisionen an die Grenze zu Ostpreußen.¹²¹⁷ Im Mai schlägt die Politik wie auch die Rhetorik des Reiches gegenüber Polen völlig um, was sich insbesondere in der Arbeit des Reichspropagandaministerium zeigt.¹²¹⁸

Der weitere historische Verlauf bleibt unerheblich für die Forschungsfrage.¹²¹⁹ *Alea iacta est*. Polen und Deutschland hatten erneut eine feindliche Position zueinander eingenommen. Die konkrete Möglichkeit zum Kriege bot sich durch den Abschluss des

¹²¹⁴ Rudolf Schmundt (1896–1944), deutscher Militär, Chefadjutant der Wehrmacht beim Führer und Reichskanzler (Nachfolger Hoßbachs).

¹²¹⁵ *Bericht über eine Besprechung (Schmundt-Mitschrift)*. Abgedruckt in: Hofer, Walther: *Die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges*, S. 61.

¹²¹⁶ Roos, Hans / Alexander, Manfred: *Geschichte der polnischen Nation 1918-1945*, S. 161.

¹²¹⁷ Ebd.

¹²¹⁸ Beispielhaft für den neuen Tenor in der deutschen Propaganda ist ein am 5. Mai 1939 im *Völkischen Beobachter* erschienener Text aus der Feder Joseph Goebbels, der in Anlehnung an ein Werk Sienkiewiczs die Frage *Quo vadis, Polonia?* stellt.

¹²¹⁹ Der Vollständigkeit halber wird jedoch verwiesen auf: Benecke, Werner: *Die Entfesselung des Krieges. Von „München“ zum Hitler-Stalin-Pakt*. In: Osteuropa 7/8 (2009); Weber, Claudia: *Der Pakt. Stalin, Hitler und die Geschichte einer mörderischen Allianz 1939-1941*. München 2019.

deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt mit seiner bekannten geheimen Zusatzklausel. Der Beschluss zum Kriege Deutschlands mit Polen fiel weder mit dem Molotov-Ribbentrop-Pakt im August 1939 noch früher durch die britisch-französische Garantieerklärung vom 31. März 1939. Bereits zuvor war die geopolitische Ordnung mehr als brüchig. Zu erneuten geopolitischen Gegenspielerinnen wurden Warschau und Berlin, als Polen sich weigerte, an der Seite Deutschlands als Verbündeter und damit Juniorpartner des Reiches aufzutreten. Das polnische Subjekt, um das sich Deutschland bis in das Frühjahr 1939 als Verbündeter bemüht hatte, wandelte sich durch die Absprache Hitlers und Stalins im Sommer 1939 erneut zum Objekt.¹²²⁰ Über Polens Schicksal wurde – wie Czeslaw Milosz anmerkte – wie über ein Stück Vieh entschieden.¹²²¹

Aber was war der Grund für Polens scheitern? Ernst Nolte unterstellte Polen, seine Lage falsch eingeschätzt zu haben. Polens Kardinalfehler läge darin, das eigene Potential und die eigene politische wie militärische Stärke vollends falsch eingeschätzt zu haben.¹²²² Auch Sebastian Scheil unterstellt den Polen wiederholt eine Überheblichkeit, die fernab der Realität sei.¹²²³ So habe Polen den Vorschlag einer Generallösung nicht angenommen, weil es sich selbst für mächtig hielt.¹²²⁴ Punktuell muss Nolte wie Scheil recht gegeben werden, da gewisse Formen polnischer Fehleinschätzungen bestanden und *ex post facto* hochmütig wirken mussten.¹²²⁵ Jedoch lassen beide, Nolte wie Scheil, etwas wesentliches außer Acht. Den Ausgangspunkt des polnischen geopolitischen Denkens. Polen mochte sich über- oder unterschätzen: Ziel war der Erhalt der Unabhängigkeit und der Souveränität. Diese konnte sich nicht in einer Zusammenarbeit mit Deutschland finden.

¹²²⁰ Vgl. Wojciechowski, Marian: *Der historische Ort der polnischen Politik in der Genesis des Zweiten Weltkrieges*, S. 274.

¹²²¹ Oberländer, Erwin: *Polen nach dem Kommunismus*. Stuttgart 1993, S. 9: „Damals schlossen zwei Diktaturen ein Übereinkommen ab, mit einer Geheimklausel über die Teilung ihrer Nachbarstaaten, die eigene Hauptstädte, Regierungen und Parlamente hatten. Das bedeutete nicht nur die Entfesselung eines entsetzlichen Krieges; überdies wurde das Kolonialprinzip wieder eingeführt, demzufolge Nationen nicht mehr als Viehherden sind, gekauft oder verkauft werden nach dem Gutdünken ihres jeweiligen Besitzers. [...]“.

Vgl. *Odczyt z okazji otrzymania Nagrody Nobla*. <https://www.nobelprize.org/prizes/literature/1980/milosz/25508-czeslaw-milosz-nobel-lecture-1980/> (17.1.2021).

¹²²² Nolte, Ernst: *Deutschland und der Kalte Krieg* (= Werke zur Geschichte der modernen Ideologien 3). Stuttgart 2 1985, S. 121: Nolte sieht darin gleichzeitig eine „eine Präfiguration des Schicksals Deutschlands“, das seine eigenen Kräfte ebenfalls überschätzte.

¹²²³ Scheil, Stefan: *Polen 1939. Kriegskalkül, Vorbereitung, Vollzug* (= Kaplaken 37). Schnellroda 2 2013, S. 19: Hier spricht Scheil von einem „imperialen Anspruch“ Polens in der Zwischenkriegszeit.

¹²²⁴ Scheil, Stefan: *Fünf plus Zwei*, S. 131.

¹²²⁵ Laut Scheil ging der polnische Generalstab 1939 davon aus, dass bei Überschreitung der Reichsgrenze durch polnische Truppen Panik ausbrechen würde (Verweis auf Lukaszewicz, Juliusz: *Diplomat in Paris 1936–1939*. New York 1970, S. 294). Scheil erwähnt auch Polens Bestreben gegenüber Großbritannien, Kolonien zu erstreben. Erstrebenswert waren für Warschau dabei insbesondere die ehemaligen deutschen Kolonien (DBFB III Vol. IV Doc. 175, 189, 306).

Warschau verschätzte sich insbesondere vor dem Hintergrund, dass Hitler zum einen keinen Konflikt mit Polen suchen würde. Zum anderen bestand weiterhin ein Bündnis zwischen Warschau und Paris. Polen wollte auch deshalb eine Annäherung zum Reich vermeiden, weil es sich damit gleichzeitig auch von Frankreich distanziert hätte. Frankreich spielte in der geopolitischen Ausrichtung der Zweiten Republik eine entscheidende Rolle. Aus historischen Gründen heraus bestand in Polen ein überwiegend positives Frankreich-Bild.¹²²⁶ Während in Frankreich die Frage des *Faut-il mourir pour Dantzig* diskutiert wurde, verließ sich Warschau auf die Zusammenarbeit mit der Französischen Republik – mit all seinen Konsequenzen im September 1939.¹²²⁷

Fehler der polnischen Seite sowie das Versagen einzelner Personen, allen voran Józef Beck, wurden in Polen wiederholt diskutiert.¹²²⁸ Was bleibt ist die Frage, wie Polen in dieser – vielleicht aussichtslosen – Situation handeln konnte, um die Katastrophe zu verhindern. Die aufgezählten Möglichkeiten bargen allesamt Unklarheiten und Gefahren. Keine sticht als optimal hervor. Kornat ist der Meinung, dass es keine Alternative für Polen gegeben hatte. Insbesondere eine Zusammenarbeit mit Deutschland wäre fatal gewesen.¹²²⁹ Eine wirkliche Chance sah er nur in einer Internationalisierung des Konfliktes, was Beck jedoch nicht gelang.¹²³⁰ Ohne diese blieb Polen nur die Alternative zwischen der Eroberung oder dem Vasallentum – praktisch mit dem gleichen Effekt eines Verlustes der Unabhängigkeit.¹²³¹

Vor dem Hintergrund deutscher geopolitischer Konzeptionen und insbesondere vor dem Hintergrund der nationalsozialistischen *Lebensraum*-Ideologie bleibt anzunehmen, dass der Verlust der polnischen Unabhängigkeit eines der Hauptziele war. Wer in Deutschland in Groß- und Lebensräumen dachte, konnte in Polen keinen Partner, sondern nur ein Werkzeug sehen. Zu sehr sahen jene Konzeptionen Polen als eines der Ziele an. Für Hitler erschien Polen zunächst als Partner, was eine Bedrohung an der östlichen Reichsgrenze vermied. Als sich die internationale Position des nationalsozialistischen Deutschlands verbesserte, drohte Polen in dieser Konstellation die Rolle eines Juniorpartners, dessen geopolitisches Handeln in Berlin entschieden werden sollte. Hitler ging es darum, den polnischen Staat für seine Ziele

¹²²⁶ Grundlage für dieses positive Frankreich-Bild waren beispielsweise die Bildung des Herzogtums Warschau durch Napoleon 1807 bezeichnet. Ein weiteres Beispiel ist die *Wielka Emigracja* (Große Emigration) tausender Polen nach Paris im Anschluss an den gescheiterten Novemberaufstand 1832. Prägende Vertreter des Pariser Exils waren unter anderem Mickiewicz, Słowacki und Chopin.

¹²²⁷ Déat, Marcel: *Mourir pour Dantzig?* In: *L'Œuvre* (4.5.1939), S. 1.

¹²²⁸ Vgl. 4.6.7. sowie Mackiewicz, Stanisław: *O jedenastej - powiada aktor - sztuka jest skończona.*

¹²²⁹ Kornat, Marek: *Polen zwischen Hitler und Stalin*, S. 181.

¹²³⁰ Ebd., S. 180.

¹²³¹ Ebd., S. 158.

auszunutzen. Selbstverständlich hätte diese Ausnutzung nur so lange angehalten, wie Polen für Deutschland geopolitisch von Nutzen gewesen wäre. Langfristig wird gerade bei Hitler in Polen kein großes Hindernis gesehen. Im Ziel des *Lebensraumes im Osten* soll Polen gegen die Sowjetunion genutzt – oder niedergeschlagen werden.

Auf dieser Grundlage kann vermutet werden, dass die 1934 begonnene Zusammenarbeit dazu diente, Zeit zur Festigung der eigenen Position zu gewinnen. Polen stellte 1934 bis 1938 für Deutschland keine Bedrohung dar. Nach 1938 war Deutschland stark genug, um Polen seinem Einflussbereich anzugliedern. Als dies scheiterte, wandte sich Berlin gegen Warschau. Aber auch Polen hatte Zeit gewonnen. 1934 bis 1938 stellte auch das Reich für die Zweite Republik keine Bedrohung dar. Noch vor seinem Tod artikulierte Pilsudski die Feststellung, dass dieser Zustand kein dauerhafter sein werde. Langfristig werde Polen in einen Krieg gezogen. Der Marschall würde recht behalten. Seinen Nachfolgern gelang es nach seinem Tod nicht, dieses Schicksal von Polen abzuwenden.

5. Die starre Ordnung des Ost-West-Konflikts

It was the best of times, it was the worst of times [...] Charles Dickens, A Tale of Two Cities

5.1. Die bipolare Weltordnung

Der Zweite Weltkrieg stellte bekanntlich eine deutliche Epochenwende dar. Diese zeigt sich unzweifelhaft besonders in der Geopolitik. Nicht nur, dass zwei der wichtigsten Geopolitiker unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg verstarben: Karl Haushofer hatte 1946 gemeinsam mit seiner Frau Suizid begangen. Im darauffolgenden Jahr starb Halford J. Mackinder. Die sich in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre manifestierende geopolitische Ordnung unterschied sich ebenfalls grundlegend von der ihr vorausgegangenen Versailler Ordnung.

Das aus den Pariser Vorortskonferenzen hervorgegangene System war in ständiger Bewegung. So verschoben sich Machtpole und Potenziale von einem zum anderen Staat. Es galt auf diese Machtveränderungen zu reagieren und die eigene Politik an ihnen neu auszurichten. Gerade an der geopolitischen Ausrichtung Berlins und Warschaus hatte sich dies deutlich gezeigt. Es war die ständige Suche nach Wegen zur Durchsetzung der eigenen geopolitischen Agenda. Polens Wunsch nach Erhalt der 1918 gewonnenen Souveränität bedurfte ein fortwährendes Manövrieren zwischen Moskau und Berlin. Für das nationalsozialistische Deutschland hingegen galt es Partner für den eigenen Aufstieg zu finden, diese auszunutzen und wenn nötig fallen zu lassen. Beide Staaten zeigen diese Beweglichkeit der Versailler Ordnung deutlich. Nach Kriegsende 1945 verschwand diese Beweglichkeit allmählich und froh während des Kalten Krieges ein. An seine Stelle trat eine Starrheit, aus der zwar Ausbruchsversuche unternommen wurden, jedoch hielt die Ordnung bis zum Ende des Kalten Krieges in den Wendejahren 1989–1991 an.¹²³²

Diese Ordnung unterschied sich aber nicht nur durch ihre Starrheit von den Vorgängersystemen. In den beiden vorherigen Kapiteln standen sich souveräne Nationalstaaten gegenüber, die mit- oder gegeneinander Bündnisse bildeten. Jede Großmacht war bemüht, die eigene Einflussosphäre möglichst weit auszudehnen. Die Grundeinheit der Weltpolitik stellten die Staaten dar. Darüber hinaus fanden sich zwar Überlegungen zur Bildung von Großstaaten (wie erwähnt bei Friedrich Naumann oder Carl Schmitt), jedoch ging bis zum Ende des Ersten Weltkrieges die Politik von den Staaten aus. Die Versailler Ordnung änderte dieses System

¹²³² Die Starrheit des Systems des Ost-West-Konfliktes hat zur Folge, dass es auch an geopolitischen Schlaglichtern mit starken Auswirkungen in Bezug auf die Forschungsfrage fehlt, wie sie in den beiden vorausgegangenen Kapiteln vorgefunden wurde. So lässt sich kein Zeitpunkt finden, der das geopolitische Gefüge zwischen Deutschland und Polen verändert. Im Vordergrund wird die Unveränderbarkeit des Systems sowie Ausbruchsversuche stehen.

leicht ab, in dem es mehrere kleine und mittelgroße Staaten in Europa schuf. Vielfach wurden diese Staaten verschiedenen Einflussbereichen zugeordnet und verschwanden in diesen.

In Bezug auf die Nachkriegsordnung stellte der Völkerrechtler Wilhelm Grewe¹²³³ 1970 die Frage, ob denn nicht die beiden großen Hegemonen zur Grundeinheit des Staatensystems geworden seien.¹²³⁴ Grewe formulierte Abstufungen im Staatensystem und definierte so eine Hierarchie unter den Staaten. Die einflussreichste Größe stellten hierbei die Supermächte USA und Sowjetunion dar. Beide (die USA seit 1945, die UdSSR seit 1949) zählten gemeinsam mit dem Vereinigten Königreich (seit 1952), Frankreich (seit 1960) und der Volksrepublik China (seit 1964) zu den Atommächten. Diese insgesamt fünf Atommächte müssen in Bezug auf die Nachkriegsordnung und aufgrund ihrer ständigen Mitgliedschaft im Sicherheitsrat der 1945 in San Francisco als Nachfolger des Völkerbundes gegründeten Vereinten Nationen genannt werden.¹²³⁵ Darüber hinaus sprach Grewe von Weltmächten, regionalen Großmächten, mittleren Mächten sowie kleinen Mächten.¹²³⁶ Diese Einteilung widersprach zwar der Vorstellung des Völkerrechts, in der der Staat als geborenes Völkerrechtssubjekt eine entscheidende Einheit darstellt.¹²³⁷ Es entspricht allerdings der Wirklichkeit, wonach es ein natürliches hierarchisches System zwischen den Staaten gibt. Diese Einteilung könnte größtenteils auch auf die Zeit vor 1945 übertragen werden. Neu jedoch für das Nachkriegssystem waren die Atommächte sowie die Supermächte. Letztere überragten in ihrem Einfluss alle anderen Mächte und dominierten die von ihnen angeführten Bündnissysteme vollends. Ihr Einfluss war global, ihr Handeln konnte weltweite Auswirkungen haben.

Polen und das geteilte Deutschland nehmen in diesem System beide keine solche beherrschende Stellung ein. Sie ordnen sich dem jeweiligen Hegemonen in der Staatenordnung unter. Die Volksrepublik Polen, die DDR sowie die Bundesrepublik nahmen jedoch im Zuge des Ost-West-Konfliktes bekanntlich zentrale Positionen ein. So zeigte sich die Deutsche Frage, die Teilung Deutschlands sowie die damit verbundene Frage einer deutsch-polnischen Grenze mindestens auf dem europäischen Kontinent für die Nachkriegsordnung wesentlich.

¹²³³ Wilhelm Grewe (1911–2000), deutscher Diplomat und Völkerrechtler, Ideengeber der Hallstein-Doktrin, Professor für Völkerrecht (Universität Göttingen, Universität Freiburg i.B.), Berater Bundeskanzler Adenauers, später Leiter der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes und Mitbegründer der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik.

¹²³⁴ Grewe, Wilhelm: *Spiel der Kräfte in der Weltpolitik. Theorie und Praxis der internationalen Beziehungen*. Düsseldorf, Wien 1970, S. 14–15.

¹²³⁵ In Bezug auf die Volksrepublik China trifft dies erst ab 1971 zu. Zuvor zählte die Republik China (Taiwan) zu den *Permanent Five*.

¹²³⁶ Ebd., S. 20–22.

¹²³⁷ Zur Völkerrechtssubjektivität von Staaten siehe Hobe, Stephan / Kimminich, Otto: *Einführung in das Völkerrecht* (= utb. Rechtswissenschaften, politische Wissenschaft 469). Tübingen ¹¹ 2020, S. 45–52.

Für den Kontinent brachte die Nachkriegsordnung eine weitere wesentliche Systemänderung mit sich. Das *Konzert der Mächte* und somit ständige Versuche einer der Großmächte, die Dominanz auf dem Kontinent zu erringen, hatten endgültig ausgedient. Die *Balance of Power*, die von der Mitte des 18. Jahrhunderts bis vor allem 1919 in Europa angestrebt und oftmals militärisch verwirklicht werden musste, war in seiner bisherigen Form vollends bedeutungslos geworden. Ein Blick auf die früheren Großmächte Europas offenbarte diesen geopolitischen Epochenbruch auf dem alten Kontinent: Deutschland war besiegt und geteilt, Preußen aufgelöst (1947) und Berlin glich nach den Worten von Walter Millis¹²³⁸ einer Mondlandschaft.¹²³⁹ Frankreich ging zwar als Siegermacht aus dem Krieg hervor, hatte allerdings den Krieg gegen Deutschland verloren, was zum Untergang der seit 1871 bestehenden Dritten Republik geführt hatte. Auch das französische Kolonialreich zerbrach nach 1945. Der Zerfall des *British Empire* wurde durch den Krieg eher beschleunigt als gebremst. Aus dieser Dekolonisation entstanden alsbald neue Konfliktherde, die sich im Zuge des Ost-West-Konfliktes zu Stellvertreterkriegen entwickelten. Der Aufstieg der USA wie auch der UdSSR hatte bereits viel früher begonnen, er hatte allerdings seinen Durchbruch in der Nachkriegsordnung. Zu den Machtbasen Washington und Moskau standen die alten Großmächte in einem Abhängigkeitsverhältnis, wobei der Grad dieser Abhängigkeit unterschiedlich war. Das alte System europäischer Multipolarität war gescheitert und untergegangen. An seine Stelle trat durch den Aufstieg der Flügelmächte der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion nun eine bipolare Weltordnung. Beide Supermächte waren nicht nur als geopolitische Mächte zu verstehen, sondern vertraten gleichzeitig eine der anderen Supermacht entgegengesetzte politische und wirtschaftliche Ideologie. Die USA, „land of the free and the home of the brave“, sahen sich als die Vertreter von Demokratie, Freiheit und Marktwirtschaft. Die UdSSR hingegen, „v pobede bessmertnych idej kommunizma“, verstand sich als Mutterland des Kommunismus.¹²⁴⁰

Dennoch lag die Entscheidungsgewalt in Bezug auf die Nachkriegsordnung zunächst bei den Siegermächten. Die entscheidenden geopolitischen Spieler, die *Großen Drei*, teilten schließlich Deutschland, Europa und die Welt unter sich in Einflussphären ein. Beispielhaft stellte dies hierbei der in Moskau 1944 getroffene Deal zwischen Churchill und Stalin dar, bei dem beide auf einem kleinen Handzettel ihre Einflussbereiche in Europa absteckten.¹²⁴¹ Bereits

¹²³⁸ Walter Millis (1899–1968), US-amerikanischer Journalist,

¹²³⁹ Zum Millis-Zitat siehe Hill, Russell: *Struggle for Germany*. New York 1947, S. 30.

¹²⁴⁰ „Im Sieg der unsterblichen Ideen des Kommunismus“. Beide Zitate stammen aus den Hymnen der USA und der UdSSR.

¹²⁴¹ Resis, Albert: *The Churchill-Stalin Secret „Percentages“ Agreement on the Balkans, Moscow, October 1944*. In: *The American Historical Review* 83 (1978), S. 368–387.

etwas mehr als ein Jahr zuvor beschrieb US-Präsident Roosevelt¹²⁴² am 2. September 1943 die Teilung der Welt als „eine einfache Sache“. „Der Ferne Osten kommt zu China. Der Pazifik zu den Vereinigten Staaten. Afrika und Europa werden zwischen Russland und Großbritannien aufgeteilt“.¹²⁴³

Eine Nachkriegsordnung wurde nicht allein auf einer einzigen Konferenz der Alliierten während beziehungsweise nach dem Zweiten Weltkrieg beschlossen – obschon insbesondere die polnische Historiographie oftmals vom System von Jalta (*układ* oder *porządek jaltański*) spricht. Vielmehr kam es zu über zwanzig Treffen der Anti-Hitler-Koalition. Zu den wichtigsten gehören hierbei die Konferenzen von Teheran (November/Dezember 1943), Jalta (Februar 1945) und Potsdam (Juli/August 1945) unter Anwesenheit der politischen Führer der ideologisch zugleich sehr unterschiedlichen Partner. Churchill/Attlee,¹²⁴⁴ Roosevelt/Truman¹²⁴⁵ und Stalin. Polen und Deutschland nahmen auf diesen Konferenzen thematisch eine besondere Rolle ein. Begründet war diese Rolle neben der offensichtlichen deutschen Aggression, die sich zunächst gegen Polen gerichtet hatte, vor allem in der geographischen Position beider in Zentraleuropa sowie der Lage zwischen der Sowjetunion und dem Westen. Dementsprechend kam es zu deutlichen politischen Veränderungen in Bezug auf den früheren deutschen und den polnischen Staat.

Die polnischen Vorkriegsgrenzen wurden nicht erneut restauriert. Bereits auf der Teheran-Konferenz 1943 hatten sich die Großen Drei auf eine sowjetisch-polnische Grenze geeinigt. Die Curzon-Linie wurde – mit Abweichungen – zu Polens neuer Ostgrenze erklärt. Damit wurden Polens Gebietsgewinne aus dem polnisch-sowjetischen Krieg revidiert. Es wurde seiner gesamten Ostgebiete, den *kresy wschodnie*, verlustig. Polen sollte jedoch im Westen und Norden deutsche Territorien annektieren. Diese Westverschiebung wurde in Jalta bereits angedacht. In Potsdam legten die Siegermächte dann die polnische Westgrenze an der Oder-Neiße-Linie fest. Zunächst lehnten sowohl Churchill als auch Truman Stalins Forderungen nach einer Grenze an Oder und Lausitzer Neiße ab. Stalin argumentierte, dass die meisten Deutschen die Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie bereits durch Flucht verlassen hätten. Faktisch war die Sowjetunion bereits im Juni dazu übergegangen, die Deutschen aus diesen Gebieten zu vertreiben (sogenannte wilde Vertreibungen). Die polnische Delegation bestätigte unterdessen, wonach es in den deutschen Ostgebieten lediglich noch anderthalb Millionen Deutsche gäbe.

¹²⁴² Franklin Delano Roosevelt (1882–1945), US-amerikanischer Politiker (Democratic Party), 1933–1945 US-Präsident.

¹²⁴³ Conte, Arthur: *Die Teilung der Welt. Jalta 1945*. München 1967, S. 94–95.

¹²⁴⁴ Churchill wurde bekanntlich während der Potsdamer Konferenz von seinem Amtsnachfolger Attlee abgelöst.

¹²⁴⁵ Roosevelt verstarb am 12. April 1945 im Amt, Vizepräsident Harry Truman wurde als Roosevelts Nachfolger zum 33. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika vereidigt.

Beschlossen wurde schließlich ein „geordneter und humaner Transfer“ der deutschen Bevölkerung. Die östlich der Lausitzer Neiße gelegenen Gebiete Schlesiens, die östlich der Oder gelegenen Gebiete der Mark Brandenburg und Pommern sowie der südliche Teil Ostpreußens wurden unter Vorbehalt eines Friedensvertrages unter polnische Verwaltung gestellt. Mit dem Sieg über Deutschland 1945, war Wojciechowski überzeugt, würde der über Jahrhunderte andauernde deutsche „Drang nach Osten“ zu einem „slawischen Marsch nach Westen“ umgedreht werden.¹²⁴⁶ Die Westforschung scheint damit zum „mirror image of the German Ostforschung with a pinch of pan-Slavic sentiment thrown in“ zu werden.¹²⁴⁷ Dieser Marsch nach Westen setzte die *Mutterland*-Konzeption Wojciechowski für den polnischen Staat um. Wenig überraschend begründete die kommunistische Propaganda – ähnlich wie Wojciechowski – die Annexion als Rückkehr in eigentlich polnisches Land, dass durch die mittelalterliche Ostsiedlung der Deutschen Polen abgenommen wurde.

Neben dieser Verschiebung des polnischen Staates kam es bereits in Jalta zur Forderung nach einer provisorischen Regierung aus Mitgliedern der Londoner Exilregierung und dem von der Sowjetunion gesteuerten Lubliner Komitee.¹²⁴⁸ Selbstverständlich entschieden die *Großen Drei* in erster Linie jedoch über das Schicksal Deutschlands. Frühzeitig hatten sich die Alliierten auf eine *Germany first*-Strategie festgelegt, nach der es zunächst galt, Deutschland zu besiegen und somit den Fokus auf den europäischen Kriegsschauplatz zu legen. Von Deutschland wurde hierbei eine bedingungslose Kapitulation gefordert. Mit der Konferenz von Teheran begannen die Alliierten ebenfalls konkret über eine Neuordnung Europas nach Deutschlands Niederschlagung zu reden. Mit der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht am 8./9. Mai 1945 hatte der deutsche Nationalstaat zwar *de jure* nicht zu existieren aufgehört, jedoch war die Kontrolle über sein Staatsterritorium und sein Staatsvolk vollständig in die Hände der Siegermächte übergegangen. *Deutschland als Ganzes* sollte als Hauptverantwortlicher für den Krieg denazifiziert, demilitarisiert, demontiert, demokratisiert und dezentralisiert werden. Trotz dieser gemeinsamen Ziele führten die Ergebnisse nicht zu einer gemeinsamen Besatzungspolitik.

Hierbei standen sich unterschiedliche Pläne gegenüber, die alle eine Zerstücklung und Schwächung oder gar eine Demütigung Deutschlands voraussahen. Ein nach dem US-

¹²⁴⁶ Wojciechowski, Zygmunt: *Polska – Niemcy*, S. 262.

¹²⁴⁷ Schneider, Axel / Daniel Woolf: *Historical writing since 1945* (= The Oxford history of historical writing 5). Oxford 2011, S. 246.

¹²⁴⁸ Nach der Niederlage Polens im Septemberfeldzug hatte sich zunächst in Paris (dann Angers), später in London eine Exilregierung gebildet. Durch das Sikorski-Maiski-Abkommen kam es neben der bereits bestehenden Zusammenarbeit auch zu einer Kooperation mit der Sowjetunion. Diese hatte im Juli 1944 das Polnische Komitee der Nationalen Befreiung (kurz: Lubliner Komitee) gegründet und es im Januar 1944 als provisorische Regierung Polens anerkannt.

Landwirtschaftsminister Henry Morgenthau benannter Plan aus dem Jahre 1944 forderte, dass Deutschland ein reiner Agrarstaat ohne Industrie werden solle. Ähnliche Forderungen finden sich ebenfalls in zeitgenössischen polnischen Publikationen.¹²⁴⁹ Vielfach gingen polnische Überlegungen, für den Umgang mit Deutschland sogar in ihrer Radikalität noch weiter. So forderte Grzegorz Jazunski¹²⁵⁰ aus dem Reich „ein großes Gefängnis“ zu machen. Konkret verlangte er, dass „Deutschland in Zukunft in ein großes Arbeitslager umzuwandeln [sei] [...]“.¹²⁵¹ Aber selbst dies stellte nicht die extremsten Forderungen dar. Stanislaw Nahlik¹²⁵² forderte den Alkoholismus sowie sexuelle Verhütung und Abtreibungen in Deutschland zu forcieren. Deutsche Männer sollten zur Zwangsarbeit ins Ausland entsandt werden. Allein die fehlende Popularität solcher Maßnahmen veranlasste ihn, diese nicht in einen Friedensvertrag mit Deutschland aufzunehmen.¹²⁵³ Zentrale Forderung schien in Polen die Zerstörung des deutschen Einheitsstaates zu sein. Die größte Gefahr sahen führende polnische Intellektuelle in der Wirtschaftsstärke Deutschlands.¹²⁵⁴ Eine Schwächung des deutschen Staates – so Gomulka¹²⁵⁵ – im August 1945, sei eine entscheidende Voraussetzung für den Frieden in Europa und auf der ganzen Welt.¹²⁵⁶ Vereinzelt gab es sogar Forderungen nach einer *Reslawisierung* (*Reslawizacja*) der Gebiete zwischen Elbe und Oder.¹²⁵⁷ In der polnischen Westforschung wurde in den frühen Nachkriegsjahren auch dafür argumentiert, Teile des linken Oder- und Neißeufers zu annektieren, um Polens strategische Lage zu verbessern. Dies hätte beide Flussläufe unter polnische Kontrolle gebracht. Ebenso wurde teils eine Angliederung der Insel Rügen an Polen gefordert.¹²⁵⁸

Vielfach wurde auch die Idee eines eigenständigen Sorben-Staates genannt, der als Puffer zwischen Deutschland und Polen dienen sollte. Vorangetrieben wurde dieser Vorschlag durch

¹²⁴⁹ Rappaport, Emil Stanislaw: *Narod-Zbrodniarz. Przestępstwa hitlerizmu a narod niemiecki. Szkic analityczny przestępczości i odpowiedzialności osobowo-zespołowej*. Łódź 1945, S. 54.

¹²⁵⁰ Grzegorz Jazunski (1910–2001), polnischer Journalist und Publizist.

¹²⁵¹ Jazunski, Grzegorz: *Socjalista w Niemczech*. In: *Robotnik* (25.6.1945).

¹²⁵² Stanislaw Nahlik (1911–1991), polnischer Völkerrechtler. Nahlik war beteiligt an den Vorbereitungen für einen Friedensvertrag sowie später an der Rückgabe der im Zweiten Weltkrieg von Deutschland und der Sowjetunion geraubten Kunstwerke.

¹²⁵³ Tomala, Mieczysław: *Deutschland - von Polen gesehen. Zu den deutsch-polnischen Beziehungen 1945-1990*. Marburg 2000, S. 28. Dort zit. n. Archiwum MSZ, zespól 18, teczka 862, wiazka 61.

¹²⁵⁴ Ebd., S. 33.

¹²⁵⁵ Władysław Gomulka (1905–1982), polnischer Politiker, 1943–1948 Erster Sekretär der Polnischen Arbeiterpartei (PPR), 1945–1948 Minister für die Wiedergewonnenen Gebiete, 1956–1970 Erster Sekretär der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PZPR).

¹²⁵⁶ Gomulka, Władysław: *O problemie niemieckim. Artykuły i przemówienia*. Warszawa ² 1971, S. 48.

¹²⁵⁷ Stojanowski, Karol / Rospond, Stanislaw: *O reslawizację wschodnich Niemiec* (= Biblioteka Słowiańska Komitetu Słowiańskiego we Wrocławiu t. 1). Wrocław 1946, S. 28.

¹²⁵⁸ Briesewitz, Gernot: *Raum und Nation in der polnischen Westforschung 1918–1948*, S. 343. Vgl. Wojciechowski, Zygmunt: *O lewy brzeg Odry* (= Prace Instytutu Zachodniego 5). Poznań ² 1946.

die *Gesellschaft der Lausitz-Freunde in Polen*.¹²⁵⁹ Mieczysław Tomala verweist jedoch darauf, dass es auch östlich der Neiße sorbisches Siedlungsgebiet gab.¹²⁶⁰ Hieraus hätte sich seiner Meinung nach ergeben, dass das Potsdamer Abkommen hätte revidiert werden müssen. Dies hätte einen Präzedenzfall geschaffen, der klar zum Ausdruck bringen musste, dass die in Potsdam getroffenen Beschlüsse geändert werden konnten. Auf eine solche Änderung hätten sich spätere Grenzrevisionen berufen können. Jedoch scheint der Anteil der östlich der Neiße lebenden Sorben nach 1945 unbedeutend. Bereits Zählungen im Jahre 1905 ergaben einen Anteil von Sorbischsprechern von nur 0,1 Prozent.¹²⁶¹ Es ist anzunehmen, dass die Intention einer solchen Idee ebenfalls in dem Wunsch Deutschland zu schwächen verankert gewesen war. Gerade im Hinblick auf die Braunkohleförderung in der Lausitz, hätte eine Ausgliederung dieser Territorien aus der Sowjetischen Besatzungszone eine Schwächung der späteren DDR zur Folge gehabt – insofern dies jedoch überhaupt im Interesse Moskaus gewesen wäre. Für Polen wäre geopolitisch viel entscheidender die Schaffung eines Pufferstaates zwischen Deutschland und Polen gewesen. Weiterhin hätten beide Staaten aneinander gegrenzt, aber durch einen sorbischen Staat hätte sich die deutsch-polnische Grenze signifikant verkürzt. Von der sowjetischen Führung wurde dieser Vorschlag jedoch nicht aufgenommen.

Schlussendlich verzichteten die Siegermächte auf eine Auflösung Deutschlands in verschiedene Staaten. Stattdessen wurde Deutschland in vier Besatzungszonen eingeteilt. Aus diesen Zonen sollten die Besatzungsmächte UdSSR, USA, Großbritannien und Frankreich auch Reparationszahlungen entnehmen. Stalin hatte zunächst gefordert, dass Moskau weitere 10 Milliarden US-Dollar Kriegsentschädigungen aus den drei anderen Zonen zugestanden worden wäre. Die Westalliierten lehnten dies ab. Stalins Argument waren zum einen die immensen Kriegsschäden der Sowjetunion und zum anderen die Zugehörigkeit wirtschaftlich starker Regionen wie des Ruhrgebiets oder des Saarlandes¹²⁶² zu den westlichen Besatzungszonen. In einem zwischen US-Außenminister Byrnes¹²⁶³ und seinem sowjetischen Amtskollegen Molotov¹²⁶⁴ geschlossenem Kompromiss einigte man sich darauf, dass die UdSSR 10 Prozent

¹²⁵⁹ Skuza, Cezariusz: *Kwestia serbołużycka w polskiej polityce zagranicznej (1944-1949)*. In: *Zeszyty Naukowe Wojskowej Akademii Politycznej* 121 (1984), S. 88–96.

¹²⁶⁰ Tomala, Mieczysław: *Deutschland - von Polen gesehen*, S. 39.

¹²⁶¹ Belzyt, Leszek: *Die Zahl der Sorben in der amtlichen Sprachenstatistik vor dem Ersten Weltkrieg*. In: *Nationale Minderheiten und staatliche Minderheitenpolitik in Deutschland im 19. Jahrhundert*. Hrsg. von Peter Kunze u. Hans Henning Hahn. Berlin 1999, S. 157–170.

¹²⁶² Das Saarland gehörte anfänglich zur französischen Besatzungszone und wurde 1946 zum französischen Protektorat. 1957 wurde es in die Bundesrepublik eingegliedert.

¹²⁶³ James F. Byrnes (1882–1972), US-amerikanischer Politiker (Demokrat), 1945–1947 US-Außenminister.

¹²⁶⁴ Vjačeslav Michajlovič Molotov (1890–1986), sowjetischer Politiker (KPdSU), 1939–1949 sowie 1953–1956 sowjetischer Außenminister.

der westlichen Reparationszahlungen gratis sowie weitere 15 Prozent gegen Sachlieferungen (unter anderem Lebensmittel) erhielten.¹²⁶⁵ Der Kreml hatte dieser in Potsdam geschlossenen Einigung zugestimmt, da sich der Westen im Gegenzug bereit erklärt hatte, die Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze anzuerkennen. Polen sollte aus Deutschland keine direkten Reparationen erhalten. Vielmehr sah das Potsdamer Abkommen vor, dass die Sowjetunion „die Reparationsansprüche Polens aus ihrem eigenen Anteil an den Reparationen befriedigen“ würde.¹²⁶⁶

Die Ergebnisse der Konferenzen wurden, insbesondere in den Vereinigten Staaten, höchst positiv angenommen. Harry Hopkins¹²⁶⁷ bezeichnete Jalta als „den ersten großen Friedenssieg“. „Weder der Präsident noch irgendeiner von uns [Amerikanern] zweifelte im geringsten daran, daß wir mit [den Sowjets] leben und friedlich auskommen könnten bis in unabsehbare Zukunft“.¹²⁶⁸ Ähnlich überschwängliche Aussagen fanden sich in der US-amerikanischen Presse.¹²⁶⁹ Jedoch zerbrach nach der Niederschlagung der Achsenmächte und dem Sieg der alliierten und assoziierten Staaten das Bündnis. Jalta und Potsdam hatten Europa in zwei Einflussphären geteilt. Der eine, westliche Block wurde durch die Supermacht USA dominiert. Im Gegenüber stand der von der Sowjetunion geführte Ostblock, der hinter einem Eisernen Vorhang verschwand. Die Sowjetunion hatte bereits während des Weltkrieges begonnen ihren Einfluss in Mittel- und Osteuropa zu manifestieren. In den baltischen Staaten hatte Moskau gewaltsam kommunistische Regime schon 1944 installiert. In Polen verdrängten die in der sowjetischen Hauptstadt geschulten Kräfte des Lubliner Komitees zunehmend die mit der Londoner Exilregierung verbundenen Politiker. Bis 1948 gelangen Stalin kommunistische Umstürze in Prag und Budapest. Der sowjetische Einflussbereich hatte für Moskau ein klares geopolitisches Ziel. Es galt, eine möglichst breite Pufferzone zwischen dem Westen und den sowjetischen Kernländern zu schaffen. Räumlich wird das Ganze bei einem Blick auf eine geographische Karte noch verständlicher. Die westliche Grenze der Sowjetunion erstreckte sich – nicht erst seit 1945 – über mehrere Tausende Kilometer. Militärisch konnte dies eine Herausforderung darstellen (auch für eventuelle Invasoren, wie die Wehrmacht wie auch schon

¹²⁶⁵ *Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Berlin vom 2. August 1945 (Potsdamer Abkommen)*. <http://www.documentarchiv.de/in/1945/potsdamer-abkommen.html> (19.2.2021) [Abschnitt IV.4.]. Dort zit. n. *Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland, Ergänzungsblatt Nr. 1*, S. 13–20.

¹²⁶⁶ Ebd. [IV.2.]

¹²⁶⁷ Harry Lloyd Hopkins (1890–1946), US-amerikanischer Politiker (Demokrat), 1938–1940 Handelsminister, danach engster Berater Roosevelts in außenpolitischen Fragen

¹²⁶⁸ Hier zit. n. Weidenfeld, Werner: *Jalta und die Teilung Deutschlands* (= Kleine Europabibliothek 7). Andernach/Rh. 1969, S. 59.

¹²⁶⁹ Ebd.: Weidenfeld verweist allerdings in den Fußnoten ebenfalls auf eine nüchterne Sichtweise Churchills.

zuvor die *Grande Armée* einsehen musste). Die Einflussosphäre verlagerte sich nun über die osteuropäische Tiefebene bis hinein in die norddeutsche Tiefebene. Die Grenze zwischen Ost und West an der Elbe stellte eine wesentlich kürzere Grenze dar, die an dieser Stelle für größere militärische Operationen nur zwischen Stettiner Haff und Lausitzer Gebirge nach Osten zugänglich war. Nicht nur, dass Moskau seine Widersacher möglichst weit von seinen Grenzen fernhalten konnte, seine westlichste Einflussgrenze fand sich in einer geographisch nützlichen Position.

Die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten stellten sich dieser von der UdSSR forcierten Ausbreitung des eigenen Machtbereiches politisch entgegen.¹²⁷⁰ In der US-Außenpolitik dominierte seit Frühjahr 1947 die so genannte *Truman Doctrine*, wonach Washington „freien Völkern beizustehen [gedachte], die sich der angestrebten Unterwerfung durch bewaffnete Minderheiten oder durch äußeren Druck widersetzen“.¹²⁷¹ Ziel war die Eindämmung des sowjetischen Einflusses. Tiefergehend wurde diese *Containment-Policy* im Essay *The Sources of Soviet Conduct* in den *Foreign Affairs* von George F. Kennan beschrieben.¹²⁷² In diesem auch als *X Article* bekannten Text beschreibt Kennan, dass “[i]n these circumstances it is clear that the main element of any United States policy toward the Soviet Union must be that of long-term, patient but firm and vigilant containment of Russian expansive tendencies“.¹²⁷³

Eines der Instrumente dieser Eindämmungspolitik stellte der so genannte *European Recovery Plan* (auch Marshallplan, benannt nach dem US-Außenminister George C. Marshall¹²⁷⁴) dar, der von George F. Kennan und William L. Clayton¹²⁷⁵ entwickelt wurde. Der ERC sah eine wirtschaftliche Unterstützung des vom Krieg stark geschwächten Europas vor und richtete sich propagandistisch explizit auch an die Staaten jenseits des Eisernen Vorhangs. In Washington wurde in der schlechten wirtschaftlichen und finanziellen Situation vieler – vor allem westeuropäischer – Staaten eine Gefahr für eine Ausbreitung des Kommunismus gesehen. Moskau hingegen sah im Marshallplan eine Gefahr einer Ausbreitung

¹²⁷⁰ Die Ausbreitung des sowjetischen Einfluss hörte 1945 nicht auf. Dies zeigen beispielsweise der Koreakrieg oder auch der Vietnamkrieg sowie der Afghanistankrieg.

¹²⁷¹ *President Harry S. Truman's Address before a Joint Session of Congress [12. März 1947]*. https://avalon.law.yale.edu/20th_century/trudoc.asp (17.1.2021).

¹²⁷² Der Artikel wurde unter dem Pseudonym X veröffentlicht.

¹²⁷³ X: *The Sources of Soviet Conduct*, S. 575.

¹²⁷⁴ George Catlett Marshall (1880–1959), US-amerikanischer Militär und Politiker (unabhängig), 1939–1945 Generalstabschef des Heeres (Chief of Staff of the Army), 1947–1949 US-Außenminister, 1950–1951 US-Verteidigungsminister.

¹²⁷⁵ William L. Clayton (1880–1966), US-amerikanischer Regierungsbeamter, 1946–47 Unterstaatssekretär im US-Außenministerium für Wirtschaftsfragen.

der US-amerikanischen Wirtschaftsordnung des Kapitalismus. Ergo nahm die Sowjetunion an den Vorbereitungen nicht teil und verwehrte seinen ostmitteleuropäischen Satellitenstaaten ebenfalls eine Teilnahme. In Konkurrenz zur ERC wurden im Ostblock die Kominform und später die COMECON ins Leben gerufen.¹²⁷⁶ Der ERC richtete sich aber *de facto* primär auf Westeuropa und zielte (neben Frankreich und Italien)¹²⁷⁷ insbesondere auf eine Stabilisierung Westdeutschlands – wirtschaftlich wie vor allem auch psychologisch.¹²⁷⁸

Unter Trumans Nachfolger Dwight D. Eisenhower¹²⁷⁹ nahm die US-Administration Abstand von der *Containment-Policy*. Die Erfahrung der späten vierziger und früheren fünfziger Jahre hatten gezeigt, dass diese Politik nicht ausreichend war. Dies traf insbesondere für Ostmitteleuropa zu, wo es den US-Amerikanern nicht gelungen war die Festigung der sowjetischen Machtposition einzudämmen. Die Entwicklungen in Polen hatten dies deutlich gezeigt.¹²⁸⁰ Als somit Eindämmung zu wenig schien, entwickelte Eisenhowers Außenminister John Foster Dulles¹²⁸¹ die *roll back policy*. Diese wurde zur geopolitischen Leitlinie der US-Außenpolitik in den fünfziger Jahren. Angewandt wurde sie beispielsweise in dem an die UdSSR grenzenden Persien als durch CIA-Operationen eine Revolution ausgelöst wurde, die den Schah als autokratischen Herrscher einsetzte und Persien prowestlich ausrichtete.¹²⁸² In Ostmitteleuropa nahm Washington von Ideen eines Staatsstreiches Abstand. Die Politik des *Rollback* zeigte sich hier primär in einem propagandistischen Engagement wie beispielsweise dem *Radio Free Europe* (seit 1949) oder dem *Radio Liberty* (seit 1953). In den Volksaufstand

¹²⁷⁶ Auf Initiative des jugoslawischen Staatschefs Josip Broz Tito (1892–1980) trafen sich 1947 im niederschlesischen Szklarska Poręba (dt. Schreiberhau) Vertreter osteuropäischer kommunistischer Parteien (auch kommunistische Vertreter aus Italien und Frankreich) zur Schaffung der Kominform, einer politischen Hilfsorganisation. Zwei Jahre später wurde der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (COMECON) gegründet.

¹²⁷⁷ In beiden Staaten gab es immense Zugewinne für linke Parteien. In Frankreich konnte bei den Wahlen zur Nationalversammlung 1946 die kommunistische PCF 182 (von 627) Sitzen erreichen. Die sozialistische SFIO landete mit 102 Sitzen auf dem dritten Platz (hinter den christdemokratischen Volksrepublikanern mit 173 Sitzen). Bei den Präsidentschaftswahlen 1947 obsiegte Vincent Auriol (1884–1966) als Vertreter der SFIO. In Italien kamen bei den Parlamentswahlen 1946 die sozialistische PSI (115 von 556 Sitzen) und die kommunistische PCU (104 Sitze) zusammen auf mehr Sitze als die *Democrazia Cristiana* unter Alcide De Gasperi (1881–1954) mit 207 Sitze.

¹²⁷⁸ Zur Bedeutung des Marshallplans für Deutschland vgl. Rupieper, Hermann-Josef: *Der besetzte Verbündete. Die amerikanische Deutschlandpolitik : 1949-1955*. Opladen 1991; Schwartz, Thomas A.: *Die Atlantik-Brücke. John McCloy und das Nachkriegsdeutschland*. Frankfurt/M. 1992.

¹²⁷⁹ Dwight David "Ike" Eisenhower (1890–1969), US-amerikanischer Militär und Politiker (Republican Party), 1953–1961 US-Präsident.

¹²⁸⁰ Polen steht hier *pars pro toto*. Im Jahre 1952 verabschiedete der Sejm die Juli-Verfassung. Die als *konstytucja stalinowska* (Stalin-Verfassung) bekannte Verfassung beruhte auf der stalinistischen Verfassung der Sowjetunion von 1936. Der vormals noch als Republik Polen bezeichnete Staat trug fortan nach sozialistischem Vorbild den Namen *Polnische Volksrepublik* (*Polska Rzeczpospolita Ludowa*).

¹²⁸¹ John Foster Dulles (1888–1959), US-amerikanischer Politiker (Republican Party), 1953–1959 US-Außenminister,

¹²⁸² Der Staatsstreich von 1953 (auch bekannt als *Operation Ajax*) stürzte Premier Mossadegh (1880/1882–1967). Seine Verstaatlichung der Ölindustrie hatten London und Washington gegen ihn aufgebracht. Seit 1953 regierte der Schah von Persien, Mohammad Reza Pahlavi (1919–1980), der bereits seit 1941 Staatsoberhaupt war, ein autoritäres Regime.

in Ungarn griffen die USA ebenfalls nicht aktiv ein, sondern beließen es bei einer Verurteilung des sowjetischen Vorgehens.

Die Aufstände in den *sozialistischen Brüderländern* (DDR 1953, Polen und Ungarn 1956) zeigten, dass die Sowjetunion ihre Machtposition und den Weg zum Kommunismus, den die UdSSR den Staaten Ostmitteleuropas oktroyierte, mit Gewalt durchsetzen musste. Vielfach standen die Bevölkerungen der sowjetischen Satelliten dem *großen Bruder* in Moskau skeptisch bis feindselig gegenüber. Die US-amerikanische Expansion hingegen war vielmehr ein „empire by invitation“ (Lundestad).¹²⁸³ Selbstverständlich fiel diese Intensität dieser Einladung in *das American Empire* im Westen unterschiedlich aus und es gab auch deutliche Stimmen, die sich gegen eine solche Zugehörigkeit aussprachen.

Natürlich widersprach insbesondere Moskau diesem schwarz-weißen Bild einer mit nur Gewalt seine Hemisphäre haltenden Sowjetunion auf der einen Seite und einer Wirtschaftshilfe anbietenden guten USA. Selbstverständlich begegnete die sowjetische Propaganda der westlichen Propaganda mit einem genau entgegengesetzten *weiß-schwarzen* Bilde. Laut der Ždanov-Doktrin konnte die Welt aus sicherheitspolitischer Sicht in zwei Lager geteilt werden. Das östliche Lager wurde angeführt von der UdSSR als „Hort der Demokratie und des Friedens“. Ihr gegenüber stünde das westliche imperialistisch-revanchistische Kriegslager unter Führung der USA. Die auf Andrej Ždanov¹²⁸⁴ zurückgehende Doktrin wurde 1946 geschaffen und hatte bis in die Mitte der fünfziger Jahre Gültigkeit.¹²⁸⁵

Die Realität ließ alsbald erkennen, dass es nicht nur zwei Lager in der Geopolitik gab, sondern auch eine ganze Reihe von Staaten, insbesondere in der Dritten Welt, die sich keinem der beiden Lager zuordneten und insbesondere keinem der beiden großen militärischen Bündnisse angehörten.¹²⁸⁶ Ebenso richtig ist jedoch, dass die großen Blöcke die Weltordnung als bipolar prägten. Die beiden sich gegenüberstehenden politischen Blöcke des Ost-West-Konfliktes festigten ihre Zusammenarbeit alsbald auch in militärischen Bündnissen.

¹²⁸³ Lundstead, Geir: *Empire by Invitation? The United States and Western Europe 1945-1952*. In: *Journal of Peace Research* 23 (1986), S. 263–277.

¹²⁸⁴ Andrej Aleksandrovič Ždanov (1896–1948), sowjetischer Politiker (KPdSU), enger Vertrauter Stalins, seit 1930 Mitglied des Zentralkomitees der KPdSU, 1939–1940 Mitglied des Politbüro, 1939–1948 Zweiter Sekretär im ZK.

¹²⁸⁵ *The Zhdanov Doctrine and the Cominform*. <https://www.cvce.eu/en/education/unit-content/-/unit/55c09dcc-a9f2-45e9-b240-eaef64452cae/7cdb6d5c-4347-4afe-bb5f-1853b8eeae71> (24.11.2020); Hahn, Werner G.: *Postwar Soviet Politics. The Fall of Zhdanov and the Defeat of Moderation, 1946-53*. Ithaca, NY 1982.

¹²⁸⁶ 1955 gründete sich auf Initiative des ersten indischen Premierminister Jawaharlal Nehru (1889–1964), des ägyptischen Staatschefs Gamal Abdel Nasser (1918–1970) und des jugoslawischen Staats- und Regierungschefs Tito (1892–1980) die *Bewegung der Blockfreien Staaten (Non-Aligned Movement, NAM)*. Der Bewegung gehörte zeitweise auch die Volksrepublik China an.

Vorreiter war hierbei zunächst der Westen. Ursprünglich hatten die Vereinigten Staaten 1945 geplant sich erneut vom europäischen Kontinent zurückzuziehen. Die Blockbildung änderte diesen Plan jedoch. So lag es im Interesse der US-Eindämpfungspolitik den militärisch geschwächten Westen Europas nicht schutzlos der Sowjetunion zu überlassen.

Die Basis für ein westliches Verteidigungsbündnis bildet sich zunächst durch den Vertrag von Dünkirchen zwischen Frankreich und Großbritannien. Das am 4. März 1947 unterzeichnete Abkommen richtete sich offiziell noch gegen ein Wiedererstarken Deutschlands. Jedoch zeigte die sich entwickelnde geopolitische Lage, dass sich eine fortgesetzte Zusammenarbeit zwischen Paris und London faktisch gegen die Sowjetunion richten musste. Fast genau ein Jahr später schlossen am 27. März 1948 das Vereinigte Königreich, Frankreich, die Niederlande, Belgien und Luxemburg auf Anregung des britischen Außenministers Bevin¹²⁸⁷ den Brüsseler Pakt, der eine Erweiterung des Vertrags von Dünkirchen darstellte. Bevin hatte zwei Monate zuvor im britischen Unterhaus eine Rede gehalten, in der er der UdSSR einen Ausbreitungsdrang attestierte und eine Zusammenarbeit mit anderen westeuropäischen Staaten anstrebte.¹²⁸⁸ Der aus dieser Initiative entstandene Pakt richtete sich – neben seinem eindeutigen Bezug zur Charta der Vereinten Nationen sowie zu den Werten der Demokratie und Freiheit – offiziell gegen Deutschland.¹²⁸⁹ Und obschon zur Sowjetunion im Vertragstext kein Bezug genommen wurde, war das Initial des Vorhabens klar eine von Bevin gegen die Sowjetunion gerichtete Rede gewesen. Entstanden war ein auf 50 Jahre festgelegter Verteidigungspakt (Art. 4) sowie eine Übereinkunft zu wirtschaftlichen wie kulturellen Kooperationen (Art. 1-3).¹²⁹⁰

Während des Jahres 1948 hatten die Spannung zwischen Ost und West zugenommen. Während des *Vítězný únor* (*Siegreicher Februar*) war es in der Tschechoslowakei zur Machtübernahme der Kommunisten und zur Umgestaltung der neuen ČSSR zu einer Volksdemokratie mit neuer Verfassung gekommen. Unterdessen tobte in Griechenland ein Bürgerkrieg zwischen unter anderem von der Sowjetunion unterstützten kommunistischen Rebellen und der griechischen Regierung, die von Großbritannien und den USA unterstützt wurden. Noch direkter zeigte sich der Konflikt in der Berlin-Frage. Von Ende Juni 1948 bis

¹²⁸⁷ Ernest Bevin (1881–1951), britischer Politiker (Labour), 1940–1945 Arbeitsminister, 1945–1951 Außenminister.

¹²⁸⁸ HC [House of Commons] Deb[ate] 22 January 1948 vol 446 cc383-517: <https://api.parliament.uk/historic-hansard/commons/1948/jan/22/foreign-affairs>. <https://api.parliament.uk/historic-hansard/commons/1948/jan/22/foreign-affairs> (17.1.2021).

¹²⁸⁹ In der Präambel heißt es dazu: „To take such steps as may be held to be necessary in the event of a renewal by Germany of a policy of aggression“. *The Treaty of Economic, Social and Cultural Collaboration and Collective Self-Defence, signed in Brussels on 17 March 1948 by Belgium, France, Luxembourg, the Netherlands and the United Kingdom*. <https://www.cvce.eu/en/collections/unit-content/-/unit/02bb76df-d066-4c08-a58a-d4686a3e68ff/9059327f-7f8a-4a74-ac7e-5a0f3247bcd3/Resources> (20.11.2020).

¹²⁹⁰ Ebd.

Mitte Mai 1949 stand West-Berlin unter sowjetischer Blockade. Diese Ereignisse beunruhigten die westeuropäischen Demokratien vermehrt. Aber auch in den Vereinigten Staaten stieg die Besorgnis. Hierdurch nahm der US-Senat die Vandenberg-Resolution an, in der der Präsident außenpolitisch dazu ermächtigt wurde, an einer „development of regional and other collective arrangements for individual and collective self-defence“ zu arbeiten.¹²⁹¹ Nach drei Konferenzen (Washington, Paris, Washington) zwischen den Vereinigten Staaten, Kanada, den Mächten des Brüsseler Paktes sowie Island, Norwegen, Dänemark, Italien und Portugal kam es am 4. April 1949 in der US-amerikanischen Hauptstadt zur Gründung der NATO. Der 5. Artikel des Nordatlantikpaktes garantierte die gegenseitige Verteidigung bei einem Angriff eines oder mehrerer Mitgliedsstaaten in Europa oder Nordamerika. Die Vertiefung einer Zusammenarbeit in Europa forcierte sich unterdessen. Im September 1948 einigten sich in Paris die Vertreter des Brüsseler Paktes auf die Schaffung eines permanenten militärischen Stabes sowie eine Vereinheitlichung der Waffensysteme. Ein halbes Jahr später wurde der Londoner Zehnmächtepakt verabschiedet, aus dem die Gründung des Europarates erfolgte. Erstmals wurde auch die Bundesrepublik in diese Organisation als assoziiertes Mitglied im Juli 1950 aufgenommen. Die sicherheitspolitische Integration Westeuropas musste aber seine Grenzen erfahren, als im Jahre 1952 der Aufbau einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und damit verbunden die Schaffung einer europäischen Armee am Votum der französischen Nationalversammlung scheiterte. Dennoch hatte sich der Westen unter der politischen Führung Washingtons zu einem Militärbündnis zusammengefunden. Die westdeutsche Bundesrepublik wurde zunehmend in diese Verteidigungsstrukturen aufgenommen und integriert.

Im Osten nahm die sicherheitspolitische Annäherung andere Wege. Zunächst kam es 1947 zu bilateralen Abkommen zwischen einzelnen ost(mittel)europäischen Staaten. Hierzu zählt unter anderem der polnisch-tschechoslowakische Freundschafts- und Beistandspakt vom 10. März. Es folgten ähnliche Abkommen Jugoslawiens jeweils mit Bulgarien, Rumänien und Ungarn. Im Februar, März und April 1948 folgten dann Bündnisverträge der UdSSR mit Rumänien, Bulgarien und Finnland. Bis 1949 erfolgten von sowjetischer Seite insgesamt 23 Abkommen mit Satellitenstaaten über *Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand*. Hinzukam ein sowjetisch-chinesischer Bündnisvertrag im Jahre 1950. Der Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur NATO am 6. Mai 1955 und der beschlossenen Wiederbewaffnung Westdeutschlands hatte als Reaktion der Sowjetunion und seiner Satelliten – darunter auch die Deutsche Demokratische Republik – auf sowjetische Initiative die

¹²⁹¹ *The Vandenberg Resolution*. https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_17054.htm (24.11.2020).

Umgestaltung des Bündnisnetzwerkes hin zu einem gemeinsamen Verteidigungsbündnis zur Folge. So kam es am 14. Mai 1955 zum Abschluss des *Warschauer Vertrags über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand*.¹²⁹²

Diese hier nur kurz angedeuteten Entwicklungen zeigten, wie sich wenige Jahre nach dem Krieg zwei militärische Bündnisse jeweils um die beiden Supermächte bildeten. Damit manifestierte sich die geopolitische Ordnung auch sicherheitspolitisch. Selbstverständlich muss auch an diese Ordnung die Frage nach der Halbwertszeit gestellt werden. Die sich in der zweiten Hälfte der vierziger und in den fünfziger Jahren etablierende Ordnung des Ost-West-Konflikts hielt prinzipiell bis in die frühen neunziger Jahre an. In den Wendejahren 1989 bis 1991 wird sie sich allmählich auflösen und einer *New World Order* weichen. Am 1. Juli 1991 wird sich der Warschauer Pakt auflösen, ein halbes Jahr später folgte der Untergang der Sowjetunion. Es wäre aber zu wenig, es bei dieser Aussage allein zu belassen. Obschon das System bis zur Wende bestand hatte, war es trotz alledem durchaus zu Veränderungen gekommen. Insbesondere die Kubakrise des Jahres 1962 hatte den politischen Führern in Ost und West deutlich vor Augen geführt, in welche Katastrophe das atomare Wettrüsten führen konnte. Abschreckend wirkte der *overkill*, durch den jede der beiden Seiten mehr nukleare Sprengkörper besaß als für eine vollständige Zerstörung des Gegners notwendig waren. Und so fanden sich beide Seiten zu Beginn der sechziger Jahre mit der geopolitischen Situation ab und der *status quo* wurde hierbei als gegeben anerkannt. Ein Ausbruch aus dieser Ordnung schien kurz- und mittelfristig höchst schwierig. Diese die Wirklichkeit anerkennende Sichtweise zeigte sich insbesondere in der Außen- und Sicherheitspolitik von Eisenhowers Nachfolge im Amt des US-Präsidenten. John F. Kennedy¹²⁹³ bestritt eine neue Politik des geopolitischen Realismus. Die USA anerkannten die nicht abzustreitende Hegemonialstellung der UdSSR in der östlichen Hemisphäre – was auch eine Anerkennung der Verhältnisse in Europa zur Folge haben musste. Auch in der sowjetischen Politik spiegelte sich der Wunsch nach einer Entspannungspolitik wider.

Beide Supermächte nahmen Abstand von ihren zuvor manifestierten Doktrinen. Dies betraf die *Roll-Back-Policy* genauso wie die *Zwei-Lager-Theorie* der UdSSR. Vielmehr versuchten Washington und Moskau trotz der nuklearen Bedrohung und des Gegensatzes in der politischen und wirtschaftlichen Ordnung beider Systeme – sich zu einer friedlichen Koexistenz hin zu bewegen. Dies zeigte sich beispielsweise im Atomteststopp-Vertrag 1953 oder dem

¹²⁹² Zum Warschauer Pakt sowie den ihm vorausgegangenen bilateralen Vertragswerken der UdSSR siehe Uschakow, Alexander / Frenze, Dietrich: *Der Warschauer Pakt und seine bilateralen Bündnisverträge* (= Quellen zur Rechtsvergleichung / Verträge sozialistischer Staaten 5). Berlin 1987.

¹²⁹³ John F. Kennedy (1917–1963), US-amerikanischer Politiker (Democratic Party), 1961–1963 US-Präsident.

Atomwaffensperrvertrag 1968. Eine Reihe von Appellen aus den Ostblockstaaten, westlichen Initiativen wie dem Harmel-Report¹²⁹⁴ oder dem *Signal von Reykjavik*¹²⁹⁵ führten dann zu den Abrüstungsverträgen SALT 1 (1972) und SALT 2 (1979) sowie der Gründung der KSZE im Jahre 1975. Diese Rüstungsverträge und Annäherungen sorgten zwar – trotz weiterhin vorhandener Krisen – für eine Entspannung zwischen den Blöcken. Dennoch blieb die Weltordnung als solche nicht nur unangetastet, sondern sie verfestigte sich sogar noch. Die scheinbare Unveränderlichkeit der Lage führte zum sich Arrangieren mit dem *status quo*. Erst die in Polen beginnende friedliche Revolution in Osteuropa sollte eine Wende herbeiführen.

Wenn nun vor dem Hintergrund dieser in seinen Grundzügen vorgestellten Nachkriegsordnung zunächst die geopolitische Bedeutung Deutschlands näher betrachtet werden soll, muss zunächst definiert werden, was unter dem Begriff *Deutschland* nach 1945 zu verstehen war. Im Zuge der Befreiungskriege stellte der Schriftsteller Ernst Moritz Arndt¹²⁹⁶ 1813 literarisch die Frage, was *Des Deutschen Vaterland* sei. Das vielfach vertonte Lied endet mit der Feststellung, „[d]as ganze Deutschland soll es sein“. Doch was war 132 Jahre später nach dem Zweiten Weltkrieg *Deutschland als Ganzes* beziehungsweise, was war von Deutschland übriggeblieben. „What was Germany for this purpose?“, fragte Winston Churchill auf der zweiten Plenarsitzung der Potsdamer Konferenz.¹²⁹⁷ Die Teilung Europas in eine westliche und eine östliche Sphäre hatte sich bekanntlich vor allem in der deutschen Teilung manifestiert. So hatten sich im Jahre 1949 zwei deutsche Staaten konstituiert – die westliche Bundesrepublik Deutschland und die östliche Deutsche Demokratische Republik. West und Ost stellten auch hier keine reine geographische Lage dar, sondern waren Ausdruck einer klaren Zugehörigkeit zum politischen Westen unter der Dominanz der USA beziehungsweise zum von der Sowjetunion dominierten Osten Europas. Zwar beinhaltete einer der beiden Staaten in seinem Namen die Bezeichnung Deutschland, jedoch war fraglich und umstritten, was mit dem Staat und damit auch mit dem geopolitischen Subjekt 1945 passiert war. Da in dieser Arbeit die Beziehungen staatlicher Akteure Behandlung finden, könnte an dieser Stelle die Frage nach dem Fortbestehen beziehungsweise dem Untergang des Deutschen Reiches aufkommen. Die Rechtswissenschaften haben hierzu eine Reihe von Theorien verfasst.¹²⁹⁸ Diese haben aus

¹²⁹⁴ *Harmel Report*. https://www.nato.int/cps/en/natohq/topics_67927.htm (17.1.2021).

¹²⁹⁵ *Declaration on Mutual and Balanced Force Reductions ("Reykjavik Signal")*. <https://www.nato.int/docu/comm/49-95/c680624a.htm> (17.1.2021).

¹²⁹⁶ Ernst Moritz Arndt (1769–1860), deutscher Schriftsteller und Historiker.

¹²⁹⁷ *Foreign Relations of the United States. Diplomatic Papers. The Conference of Berlin (The Potsdam Conference) 1945. Volume II*. Washington 1960, S. 89.

¹²⁹⁸ Gornig, Gilbert-Hanno: *Der völkerrechtliche Status Deutschlands zwischen 1945 und 1990. Auch ein Beitrag zu Problemen der Staatensukzession* (= Abhandlungen der Marburger Gelehrten Gesellschaft 27). München 2007.

juristischer Sicht ihre Berechtigung. Da die Geopolitik jedoch eine stark an den Realismus angelehnte Disziplin ist, reicht ihr an dieser Stelle die Feststellung, dass es mit der Gründung zweier Staaten in Bonn und Ost-Berlin zwei Akteure gab. Die wirkliche Frage wäre die nach der Selbstständigkeit beider Staaten. Bezugnehmend auf den Moment als Polen vom geopolitischen Objekt zum Subjekt wurde, stellt sich die Frage, was die BRD und die DDR bei ihrer Staatsgründung waren – Subjekt oder Objekt? In beiden Fällen muss festgestellt werden, dass der geopolitische Handlungsspielraum sowohl in Bonn als auch in Ost-Berlin sehr weit eingeschränkt war. Beide unterlagen den geopolitischen Vorstellungen zweier Supermächte. Dies trifft für den gesamten in diesem Kapitel beschriebenen Zeitraum bis zum Ende des Ost-West-Konflikts zu. Es sei jedoch ebenso hinzugefügt, dass insbesondere die Bundesrepublik ihre Souveränität in Teilen zurückerhielt. Die Frage, inwiefern es sich bei einem Staat um einen wirklichen geopolitischen Akteur handelt, also dem Wort entsprechend um „einen Handelnden“, kulminiert in der Frage nach der Souveränität eines Staates. Diese war 1945 dem Reich entzogen worden und an die Alliierten übergegangen. Die rechtswissenschaftliche Frage, ob das Reich hierbei untergegangen war oder schlicht handlungsfähig aber fortbestehend war, ist hier von minderm Interesse. Die Souveränität Deutschlands lag seit dem 8. Mai 1945 in den Händen der Siegermächte.¹²⁹⁹ Erst schrittweise wurden einzelne Souveränitätsrechte an Bonn von den Alliierten abgegeben. Diese Wiedererlangung der Souveränität geschah in Westdeutschland in verschiedenen Schritten. Mit dem am 21. September 1949 in Kraft getretenen Besatzungsstatut garantierten die Westmächte dem deutschen Volk im Kontext der weiterhin bestehenden Okkupation „volle gesetzgebende, vollziehende und rechtssprechende Gewalt“ (Artikel I) auf Basis des Grundgesetzes und der elf (1949) Landesverfassungen. Die Staatsgewalt ging damit von den Westalliierten an die Bundesrepublik über, unter dem Vorbehalt (daher spricht man von Vorbehaltsrechten der Alliierten) „die Ausübung der vollen Gewalt ganz oder teilweise wieder zu übernehmen“ (Artikel III) sowie generellen Sonderbefugnissen (Artikel II). In Bezug auf die Drei-Elemente-Lehre (Jellinek) umfasste den westdeutschen Staat somit ein Staatsgebiet (die aus der Trizone hervorgegangene Bundesrepublik), ein Staatsvolk¹³⁰⁰ sowie nun auch eine Staatsgewalt. Hierdurch konnte auch im juristischen Sinne von einem Staat gesprochen werden.

¹²⁹⁹ Das Beispiel der Regierung Dönitz illustriert diese Tatsache sehr gut. Die in Flensburg sitzende Regierung hatte keinerlei Handlungsgewalt mehr. Niemand nahm ihre Befehle ernst. Basierend auf den von ihnen *de facto* nicht mehr ausgeführten Souveränitätsrechten hatte sie einen genauso geringen Einfluss wie diverse bis heute existierende kommissarische Reichsregierungen.

¹³⁰⁰ Zum Staatsvolk sei ergänzt, dass dies nicht nur die Bundesbürger einschloss, sondern darüber hinaus alle früheren Reichsangehörigen (auch jene, denen zwischen 1933 und 1945 ihre Staatsangehörigkeit entzogen wurde). Dies traf auch auf jene Deutsche zu, die in der – aus bundesrepublikanischer Sicht – in der Sowjetischen Besatzungszone lebten.

Die im Besatzungsstatut gewährleisteten Rechte wurden dann im Petersberger Abkommen im November 1949 vervollständigt. Dieses im Sitz der Alliierten Hohen Kommission geschlossene Abkommen zeigte, dass der Weg zu einem souveränen westdeutschen Staat mit der Westintegration wie auch der Europäischen Integration verbunden war. Auf dem Petersberg verpflichtete sich Adenauer¹³⁰¹ für die Bundesrepublik diesen Weg zu gehen. Dies brachte den Westmächten eine gewisse Sicherheit, um Deutschland Souveränitätsrechte zuzugestehen.

Im März 1951 wurde der Bundesrepublik dann ein Außenministerium zugestanden. Verknüpft war dieses Zugeständnis allerdings mit der Übernahme von Vorkriegsschulden des Deutschen Reiches durch Bonn. Die Einwilligung zur diplomatischen Aktivität der Bundesrepublik war notwendig geworden, damit die Bundesrepublik internationale Verträge eingehen konnte und beschleunigte damit die Westintegration. Im April erfolgte der Beitritt zum Europarat, die Gründung der Montanunion sowie im Juni die generelle Aufnahme von diplomatischen Beziehungen mit anderen Staaten. In Folge erklärten die Westmächte im Juli 1951 den Kriegszustand mit Deutschland für beendet. 1952 wurde dann das Besatzungsstatut durch den Deutschlandvertrag ersetzt. Dieser garantierte Bonn „volle Macht über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten“. Trotzdem war auch diese Macht eingeschränkt. So behielten die Westmächte insbesondere Vorbehaltsrechte in Fragen, die „Berlin und Deutschland als Ganzes einschließlich die Wiedervereinigung Deutschlands und eine friedensvertragliche Regelung“ betrafen. Hinzukam unter anderem das Recht auf die Stationierung von Streitkräften in Deutschland.¹³⁰²

Die Bundesrepublik war zunächst ein Staat ohne eine eigene Armee beziehungsweise ein Staat, dem eine Armee nicht zugestanden wurde. Dennoch kam es seit Gründung der Bundesrepublik zur so genannten Wiederbewaffnungsdiskussion. Neben einer erfolgreichen wirtschaftlichen Vereinigung Westeuropas wurde in den frühen fünfziger Jahren auch der Versuch einer verteidigungspolitischen Einheit unternommen. Wie erwähnt scheiterte die Idee einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft. Dennoch zeigte sich, dass die Westmächte der Bundesrepublik eigene Streitkräfte zugestehen wollten, diese Frage aber fest mit der Westbindung verbunden sein sollte. Nach dem Scheitern der EVG trat Bonn 1955 der NATO bei und es kam zur Gründung der Bundeswehr.¹³⁰³ Die mit der Westintegration beziehungsweise

¹³⁰¹ Konrad Adenauer (1876–1967), deutscher Politiker (Zentrum, CDU), 1949 bis 1963 Bundeskanzler, 1951 bis 1955 ebenfalls Bundesaußenminister, 1950 bis 1966 Bundesvorsitzender der CDU.

¹³⁰² *Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten vom 26. Mai 1952.* https://www.kas.de/c/document_library/get_file?uuid=16c6d3b1-7052-0e71-ecdb-6ddc19ca4be7&groupId=252038 (24.11.2020).

¹³⁰³ Zur Debatte der Wiederbewaffnung siehe Schubert, Klaus von: *Wiederbewaffnung und Westintegration. Die innere Auseinandersetzung um die militärische und außenpolitische Orientierung der Bundesrepublik 1950-1952* (= Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 20). Stuttgart 1970.

der Europäischen Integration in großen Teilen zurückgewonnenen Souveränitätsrechte der Bundesrepublik wurden dann in den Pariser Verträgen von 1955 zusammengefasst.¹³⁰⁴ Adenauer verkündete im Zuge des Inkrafttretens, dass die Bundesrepublik jetzt ein freier und unabhängiger Staat sei und die Freiheit zurückgewonnen habe.¹³⁰⁵ In Wirklichkeit blieb die Souveränität mindestens bis nach der Wiedervereinigung eingeschränkt.

Adenauers Politik der Westintegration, die Anerkennung und Befürwortung der US-Führung und auch seine Aussöhnungspolitik mit Frankreich und Israel waren es, die das nötige Vertrauen nach dem NS-Regime und dem Zweiten Weltkrieg wiederherstellte, um Westdeutschland diese Souveränität wiederzugeben. Damit war es gelungen, den Handlungsspielraum Bonns zu vergrößern. Dieser beschränkte sich allerdings auf das Feld der Außenpolitik – und war selbst hier durch die Alliierten Vorbehaltsrechte eingeschränkt. Was den geopolitischen Handlungsspielraum angeht, war dieser quasi nicht vorhanden. So konnte es keine grundlegenden Neuentscheidungen in Bezug auf die geopolitische Neuausrichtung treffen. Auch über eine mögliche Wiedervereinigung hatten die Westmächte in Kooperation mit der Sowjetunion zu entscheiden. Die Möglichkeit, beispielsweise auf starke Distanz zur USA zu gehen, gar mit dieser zu brechen, bot sich für die Bundesrepublik nicht. Bonn ist damit zwar – insbesondere aufgrund seiner Wirtschaftsleistung – ein sehr wichtiger außenpolitischer Akteur, aber nur ein sehr eingeschränkter geopolitischer Spieler. Sein geopolitisches Handeln ist stark mit der Geopolitik Washingtons verbunden. Aufgrund der formell wie auch faktisch, wenn auch eingeschränkt bestehenden Souveränität kann von der Bundesrepublik nicht als einem US-amerikanischen Satellitenstaat gesprochen werden. Ein Hineinlenken in die junge bundesrepublikanische Demokratie war zumindest vordergründig nicht gegeben. Konkrete politische Entscheidungen wurden Bonn aus Washington wohl nicht diktiert. Geopolitisch war es jedoch an die USA gebunden.

Da sich der Handlungsspielraum auch aus der vorhandenen Macht ergibt, lohnt ein Blick auf die *Hard Power* der Bundesrepublik. Diese konnte weder bei Gründung der Bundeswehr noch zu einem anderen Zeitpunkt während des Ost-West-Konflikts mit den beiden Supermächten mithalten. Bonn war selbst keine Atommacht. In einem bewaffneten Konflikt zwischen Ost und West, wäre es höchstwahrscheinlich von der Sowjetarmee überrannt worden.

¹³⁰⁴ Diese beinhalteten den Deutschlandvertrag, den Beitritt der Bundesrepublik zur Westeuropäischen Union sowie zur NATO, den Aufenthaltsvertrag (für ausländische Streitkräfte) sowie das Saar-Statut.

¹³⁰⁵ 5. Mai 1955: Proklamation der Bundesregierung zum Tag der Souveränität. Hier zit. n. *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, Nr. 85 (6. Mai 1955). <https://www.konrad-adenauer.de/quellen/erklarungen/1955-05-05-proklamation> (24.11.2020), S. 701.

Militärisch war es auf die USA und das Zusammenspiel der NATO-Mitgliedsstaaten angewiesen.

Ökonomisch war die Bundesrepublik jedoch eine Wirtschaftsmacht. In den fünfziger Jahren kehrte Westdeutschland zu seiner wirtschaftlichen Stärke zurück. Das Bruttoinlandsprodukt (ohne Saarland und Berlin) stieg von 97 Mill. DM (1950) auf 218,17 Mill. DM (1960).¹³⁰⁶ Seit 1952 kam es erneut zu einem Exportüberschuss.¹³⁰⁷ *Made in West Germany* wurde zu einer gefragten Marke in der Welt. Die Wirtschaftsstärke zeigte sich ebenfalls in der *soft power* der Bundesrepublik. Es gelang Bonn seinen wirtschaftlichen Einfluss auch in der Diplomatie sich zu nutze zu machen. Abfällig wurde dies als *Scheckbuchdiplomatie* bezeichnet.¹³⁰⁸ Die Bundesrepublik hatte sich aus westlicher Sicht als zuverlässiger Partner erwiesen. Damit hatte sich auch die von den Westmächten unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg eingeschlagene Strategie einer Zusammenarbeit mit Westdeutschland als Erfolg für die US-Geopolitik erwiesen. Bonn nahm die Rolle eines wirtschaftlich starken von den USA geopolitisch dominierten außenpolitischen Partners ein.

Nach dieser Einordnung der Bundesrepublik in das geopolitische System des Ost-Westkonfliktes gilt es einen Blick auf den zweiten deutschen Staat zu werfen. Die Betrachtung der Bundesrepublik allein wäre unzureichend, da der westdeutsche Staat nur einen Teil Deutschlands repräsentierte. In der Frage nach dem geopolitischen Spielraum der DDR muss die gleiche Frage nach der Souveränität ebenfalls an den ostdeutschen Staat gestellt werden. Auch die DDR kann im Hinblick auf die Drei-Elemente-Lehre betrachtet werden. Demnach verfügte der ostdeutsche Staat über ein eigenes Staatsvolk sowie ein Staatsgebiet. Die Staatsgewalt lag wie auch im Westen zunächst übergeordnet in den Händen der Besatzungsmacht, wurde aber schrittweise durch Moskau abgegeben. Die Sowjetunion hatte zunächst in Bezug auf die DDR einen Spagat zwischen zwei verschiedenen Zielen betrieben. Zum einen sollte Ostdeutschland als Staat gestärkt werden, zum anderen sollte aber auch die

¹³⁰⁶ Berger, Johannes: *Die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland*. <https://www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verhaeltnisse-eine-sozialkunde/138634/wirtschaftliche-entwicklung?p=all> (7.1.2021).

¹³⁰⁷ *Außenhandel. Gesamtentwicklung des deutschen Außenhandels ab 1950*. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Aussenhandel/Tabellen/gesamtentwicklung-aussenhandel.pdf> (7.1.2021).

¹³⁰⁸ Der Begriff beschreibt eine diplomatische Einflussnahme über wirtschaftliche Hilfe, anstatt durch eine politische oder militärische Machtpolitik. Er taucht wiederholt in der deutschen Presse auf: *Scheckbuchdiplomatie*. <https://www.dwds.de/wb/Scheckbuchdiplomatie> (7.1.2021). Die englische Sprache kennt ihn als *checkbook diplomacy*. Auch in der Fachliteratur findet er am Rande Erwähnung. Hellmann, Gunther / Wagner, Wolfgang / Baumann, Rainer: *Deutsche Außenpolitik* (= Grundwissen Politik 39). Wiesbaden ² 2014, S. 242 [überarbeitete Auflage].

Möglichkeit eines wiedervereinigten Deutschlands nicht verbaut werden.¹³⁰⁹ Dies ist darin begründet, dass Moskau wiederholt versuchte auf ein vereinigtes Deutschland hinzuarbeiten. Erst als klar wurde, dass die Zweiteilung der Welt sich explizit im Nachkriegsdeutschland manifestierte und in eine Zweiteilung Deutschlands gemündet hatte, gewährte die Sowjetunion seinem ostdeutschen Bruderstaat mehr Souveränität. Am 25. März 1954 veröffentlichte Moskau eine *Erklärung über die Anerkennung der DDR als souveräner Staat*.¹³¹⁰ In ihr bestätigte Moskau offiziell die Gleichrangigkeit Ostberlins mit anderen souveränen Staaten. Wie auch die Westmächte in Bezug auf die Bundesrepublik behielt sich auch die Sowjetunion gewisse Vorbehaltsrechte. Die Kontrolle aller staatlichen Organe durch den Hohen Kommissar der Sowjetunion wurde beendet. Offiziell hatte die DDR damit die gleichen Souveränitätsrechte wie die Bundesrepublik. Moskaus Ziel bestand insbesondere in einer Aufwertung der DDR als internationalem Partner. Dem stand die bundesrepublikanische *Hallstein*¹³¹¹-Doktrin entgegen, die die DDR explizit nicht als Staat anerkannte und diplomatische Beziehungen anderer Staaten mit Ost-Berlin als unfreundlichen Akt verstand.¹³¹² Dementsprechend erklärten auch die Westmächte im April 1954, dass sie „weiterhin die Sowjetunion als die verantwortliche Macht für die sowjetische Zone Deutschlands betrachten“.¹³¹³ Mit der Aussetzung dieser Doktrin gewann die DDR mehr Gewicht auf internationale Bühne und wurde durch den Grundlagenvertrag mit Bonn 1972 auch durch die Bundesrepublik anerkannt.

All dies stellte die offizielle vertraglich geregelte Sichtweise dar. *De facto* stand die DDR jedoch politisch, wirtschaftlich sowie militärisch in einem Abhängigkeitsverhältnis zur Sowjetunion. Dieses Abhängigkeitsverhältnis mag stärker als das zwischen der Bundesrepublik und den Vereinigten Staaten gewesen sein. Jedoch wäre es übertrieben in Bezug auf die DDR von einem Marionettenstaat zu sprechen. Die DDR betrieb eine eigenständige Außenpolitik.¹³¹⁴ Auch ihre innenpolitischen Entscheidungen wurden längst nicht allesamt mit dem *Bruderstaat* UdSSR abgestimmt. Sowohl Ulbricht als auch Honecker hatten zum Ziel den außenpolitischen Spielraum zu erweitern. Ein „unverbrüchlicher Bruderbund“ bestand nur in der Propaganda.

¹³⁰⁹ Das bekannteste Beispiel eines solchen Versuchs stellen die weiter unten erwähnten *Stalin-Noten* dar.

¹³¹⁰ Heilmeyer, Wolfgang / Hindrichs, Günter: *Dokumente zur Berlin-Frage 1944–1966* (= Schriften des Forschungsinstituts der deutschen Gesellschaft für auswärtige Politik. Reihe Internationale Politik und Wirtschaft 52,1). München 4 1987, S. 208 [Dok. 161].

¹³¹¹ Walter Hallstein (1901–1982), deutscher Jurist und Politiker (CDU), 1951–1958 Staatssekretär im Auswärtigen Amt, 1958–1967 erster Vorsitzender der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft.

¹³¹² Küsters, Hanns Jürgen: *1955: Die Hallstein-Doktrin*. <https://www.bundesarchiv.de/DE/Content/Virtuelle-Ausstellungen/1955-Die-Hallstein-Doktrin/1955-die-hallstein-doktrin.html> (24.11.2020).

¹³¹³ Heilmeyer, Wolfgang / Hindrichs, Günter: *Dokumente zur Berlin-Frage 1944–1966*, S. 209 [Dok. 163].

¹³¹⁴ Scholtzseck, Joachim: *Die Außenpolitik der DDR* (= Enzyklopädie deutscher Geschichte 69). München 2003; Wentker, Hermann: *Außenpolitik in engen Grenzen* (= Veröffentlichungen zur SBZ-/DDR-Forschung im Institut für Zeitgeschichte 72). München 2007.

Und somit war die DDR kein „passives Subjekt, sondern auch ein Spieler im internationalen System“.¹³¹⁵ Dennoch galt für die DDR, was auch für die Bundesrepublik galt: Der geopolitische Handlungsspielraum Ostberlins war durch seine Zugehörigkeit zum Ostblock beziehungsweise zum von der Sowjetunion dominierten Warschauer Pakt stark eingeschränkt. Ein Ausbruch aus der Umlaufbahn um Moskaus war dem ostdeutschen Satelliten nicht möglich. Anders als die westdeutsche Wirtschaftsmacht verfügte die DDR ebenfalls nicht über eine *hard power* im Bereich der Wirtschaft. Ost-Berlin war häufig auf Kredite aus dem Westen angewiesen. Ihre zentralistische Planwirtschaft konnte nur schwerlich mit der Bundesrepublik mithalten. So war die Außenhandelsbilanz der DDR oftmals negativ,¹³¹⁶ was für ein rohstoffarmes Land wie die DDR ein Fanal darstellte. Die Situation verschärfte sich aufgrund verschiedener Faktoren in den achtziger Jahren, was Ost-Berlin an den Rand der Zahlungsunfähigkeit brachte.¹³¹⁷

Im Hinblick auf die Volksrepublik Polen (*Polska Rzeczpospolita Ludowa*, PRL) soll dem Schema gefolgt werden und zunächst ein Blick auf die Souveränität der PRL geworfen werden. Es wäre anzunehmen, dass diese eher gegeben gewesen sei als die der DDR. Zwar kann wie im Falle des Deutschen Reiches davon gesprochen werden, dass der Vorgängerstaat, die Zweite Republik, untergegangen war. Jedoch war Polen nicht zweigeteilt wie Deutschland. Trotz des Untergangs der Zweiten Republik gab es gewisse Kontinuitätslinien in der polnischen Staatlichkeit. So hatte sich eine Exilregierung in London halten können, die von den Alliierten als solche anerkannt wurde. Nach Kriegsende sollte diese am Wiederaufbau des polnischen Staates teilnehmen. Zunehmend zeigte sich aber, dass der Einfluss Stalins auf die staatliche Rekonstruktion groß genug war, um die Kräfte der Exilregierung zu verdrängen. Zunächst bildete sich eine provisorische Regierung unter der Führung von Bierut,¹³¹⁸ aus der später das Polnische Komitee der Nationalen Befreiung hervorging.¹³¹⁹ Zwar kam es im Juni 1945 zur

¹³¹⁵ Zamperini, Valentina: *Die DDR in den 1970er und 1980er Jahren. Suche nach einer eigenen Außenpolitik im Schatten Moskaus*. <http://www.bpb.de/179837> (17.1.2021).

¹³¹⁶ *Importe und Exporte der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) von 1949 bis 1989*. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/249248/umfrage/aussenhandel-der-ddr/> (17.1.2021).

¹³¹⁷ Zur wirtschaftlichen Situation der DDR siehe Roesler, Jörg: *Die Wirtschaft der DDR*. Erfurt 2002; Krüger, Kai: *Wirtschaftswunder und Mangelwirtschaft* (= Public history - angewandte Geschichte 4). Bielefeld 2020.

¹³¹⁸ Bolesław Bierut (1892–1956), polnischer Politiker (u.a. PZPR), 1948–1956 Generalsekretär der PZPR, 1947–1952 polnischer Präsident.

¹³¹⁹ In der Nacht vom 31. Dezember 1943 erklärte sich der *Krajowa Rada Narodowa* (*Landesnationalrat*) unter Führung von Bolesław Bierut zur Regierung. Zu ihren Zielen erklärten sie Polens Unabhängigkeit sowie die Zusammenarbeit mit der UdSSR.

Bildung der *Regierung der nationalen Einheit*, der auch Stanisław Mikołaczyk¹³²⁰ angehörte, jedoch stand dieser einer Mehrzahl an Kommunisten gegenüber. Als bald wandelte sich der Staat hin zu einem stalinistischen Regime, das jede demokratische Opposition unterdrückte und auch ermordete.¹³²¹ Die stalinistische Ordnung manifestierte sich dann in der Vereinigung der kommunistischen PPR und der sozialistischen PPS zur Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PZPR) sowie in der neuen polnischen Verfassung von 1952. Stalins Eingriff war allerdings bereits in Jalta deutlich zu sehen, da er die Westverschiebung Polens forcierte und damit starken Einfluss auf die geopolitische Lage Polens in der Zeit des Ost-West-Konfliktes nahm. Polen bekam hierdurch seine 1939 verlorene Souveränität 1945 nicht wieder. Stalins Einfluss zeigte sich bis zu seinem Tod 1953, in der jede außenpolitische Entscheidung Polens vom Kreml abhing. Obschon Polen – zumindest auf dem Papier – kein Verlierer des Weltkriegs war, dessen Territorium durch seine Feinde besetzt wurde, musste es sowjetische Streitkräfte in Polen dulden. Es war Stalin in Jalta gelungen Polen nicht nur durch militärischen und politischen Druck an sich zu binden. Die Zugehörigkeit der ehemaligen deutschen Ostgebiete zum nach Westen verschobenen polnischen Staat, konnte allein die UdSSR garantieren. Sie wurde damit auch zur Schutzmacht Polens, wenn Warschau nicht auf das *wiedergewonnene Land* verzichten wollte. Laut Tomala bestand in Polen sogar der Wunsch nach einem Bündnis mit der Sowjetunion aus Angst vor einem Wiedererstarken Deutschlands.¹³²² Dies verstärkte die geopolitische Bande zwischen Moskau und Warschau. Stalins Tod hatte in Polen ein politisches Tauwetter zur Folge, das auch in der Außenpolitik sichtbar wurde. So konnte die Volksrepublik Polen eigene außenpolitische Entscheidungen treffen und war darin nicht weniger frei als die Genossen in Ost-Berlin. Zwar bestanden von Anfang an Beziehungen zur DDR, mit der Bundesrepublik kam es jedoch bekanntlich erst 1972 zu offiziellen diplomatischen Kontakten. Einerseits kam es zu wichtigen Handelsverträgen mit westlichen Staaten, andererseits dominierte vor allem in Polen die Sorge vor den kapitalistischen Staaten des Westens, insbesondere vor der westdeutschen Bundesrepublik. Polen war gleichzeitig darum bemüht, die

¹³²⁰ Stanisław Mikołaczyk (1901–1966), polnischer Politiker (SL, PSL), einer der führenden Köpfe der *Bauernbewegung (ruch ludowy)*, 1943–1944 Exil-Premier, 1945–1947 Vizepremier sowie Landwirtschaftsminister.

¹³²¹ *Pars pro toto* sei die *Razzia von Augustów* erwähnt in der sowjetische gemeinsam mit polnischen Sicherheitskräften einige Tausend antikommunistische Partisanen und Sympathisanten verhafteten. Knapp 600 von ihnen verschwanden und wurden wahrscheinlich erschossen. Bis heute sind ihre Gräber unbekannt. Die Grabstätte wird in Russland oder Belarus vermutet. *Oblawa augustowa*. <http://oblawaaugustowska.pl/> (17.1.2021).

¹³²² Tomala, Mieczysław: *Die Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland 1944/1949-1975*. In: *Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen bis zur Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (Helsinki 1975)*. Hrsg. von Wolfgang Jacobmeyer. Braunschweig 1987, S. 14.

Bedeutung des Warschauer Paktes zu verändern, um dadurch den eigenen Handlungsspielraum zu erhöhen.¹³²³

Erkennbar ist, dass auch im Falle Polens die außenpolitische Handlungsfreiheit eingeschränkt war. Dies steht selbstredend in Verbindung mit Polens eingeschränkter staatlicher Souveränität. Zu dieser Frage äußerte sich der Historiker Jerzy Eisler dahingehend, dass die PRL zwar ein unabhängiger (*niepodległy*) Staat gewesen sei (im Sinne das Polen als selbstständiger Staat faktisch existierte), jedoch dass dieser Staat nicht souverän war. Als Hauptgrund gibt Eisler an, dass die Souveränität der Polnischen Volksrepublik durch die UdSSR eingeschränkt war. Viele außenpolitische Entscheidungen fielen in der sowjetischen Hauptstadt. „In der stalinistischen Phase wurden viele staatliche Positionen in Polen im Kreml vergeben, und auch später fanden Veränderungen in den Führungsetagen der Macht nicht gegen die UdSSR statt, sondern bestenfalls mit Zustimmung der derzeitigen Kreml-Herrn“. ¹³²⁴ Diese Interpretation ist nachvollziehbar. Demnach ergibt sich das Bild eines polnischen Staates, der im Zuge der Alliierten-Konferenzen und der Eroberung Polens durch die Rote Armee wiederhergestellt wurde, der aber bis 1956 (Tauwetter-Phase) keine Souveränität genoss, sondern einem Diktat Moskaus unterlag. Erst in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre erweiterte sich der außenpolitische Spielraum der PRL. Trotzdem galt auch für Polen, dass ein Ausbruch aus der geopolitischen Ordnung nicht möglich erschien.

Im Vergleich aller drei Staatsgebilde ist zu betonen, dass die Bundesrepublik aufgrund ihrer freiheitlich-demokratischen Grundordnung natürlich mit mehr inneren Freiheiten ausgestattet war. Ein demokratischer Staat zu sein, konnte die DDR genauso wenig wie die Volksrepublik Polen für sich in Anspruch nehmen. Beide waren ebenso schwerlich als Rechtsstaaten zu bezeichnen.¹³²⁵ Außen- und geopolitisch ähnelte sich die Situation der drei Staaten jedoch. Quasi an der Grenzlinie der sich gegenüberstehenden Blöcke des Ost-West-Konfliktes befand sich einerseits die Bundesrepublik und andererseits die DDR und die Volksrepublik Polen. Alle drei Staaten stehen in einer interessanten Wechselwirkung zueinander. Ein wenn auch nicht voll souveränes Polen steht erstmals zwei deutschen Staaten gegenüber. Erstmals befindet sich Polen in einem großen Verteidigungspakt, der seine staatliche

¹³²³ Jarzabek, Wanda: *PRL w politycznych strukturach Układu Warszawskiego w latach 1955-1980*. Warszawa 2008, S. 15–43; Zajac, Justyna / Zięba, Ryszard: *Polska w stosunkach międzynarodowych 1945-1989*. Toruń 2009; Zięba, Ryszard: *Główne kierunki polityki zagranicznej Polski po zimnej wojnie*. Warszawa 2010.

¹³²⁴ Eisler, Jerzy: *Polska „ludowa”, ale polska*. <https://www.polska1918-89.pl/pdf/polska-ludowa,-ale-polska-,1934.pdf> (26.1.2021).

¹³²⁵ Zur Frage nach der Rechtsstaatlichkeit der DDR siehe Beaucamp, Guy: *Warum die DDR kein Rechtsstaat war*. In: Juristische Arbeitsblätter 10 (2015), S. 725–729.

Integrität (nicht jedoch seine Souveränität) garantiert. Innerhalb dieses Bundes ist es auch erstmals in einer militärischen Allianz mit einem deutschen Staat, der DDR, auch wenn diese in Relation zur Bundesrepublik das kleinere der beiden Deutschlande darstellte. Die größere Bundesrepublik wiederum steht im Zuge des westlich-östlichen Antagonismus im Konflikt mit der kleineren DDR. Sowohl Bonn und Ost-Berlin, als auch Warschau erhalten ihre Souveränität erst in einer Phase, als die Ordnung des Ost-West-Konfliktes hingenommen wird. Im Falle Polens ist dies interessant, da es anders als Deutschland doch Sieger des Zweiten Weltkrieges war. Im Gegensatz zur Bundesrepublik und DDR war Polen nicht als Feindstaat besetzt, sondern als *Bruder*. In der Frage, wie alle drei Staaten geopolitisch (miteinander) agieren konnten, bleibt festzuhalten, dass dies in der Ordnung des Ost-West-Konfliktes nicht möglich war. Mehlhorn kommt in einer Studie zu dem Ergebnis, dass von 1949 bis 1989 „die geopolitischen und machtstrategischen Eckpunkte für die Beziehungsgeschichte zwischen Polen und der DDR relativ konstant [blieben]“.¹³²⁶ Diese zeigten sich trotz diplomatischem Wandel durch Annäherung ebenfalls in den Beziehungen zwischen Bonn und Warschau. Die geopolitische Grundkonstante änderte sich weder in den Beziehungen Warschaus mit Bonn noch mit Ost-Berlin.

Natürlich nahm der Ost-West-Konflikt einen starken Einfluss auf die bilateralen Beziehungen der beiden deutschen Staaten mit Polen. In beiden Fällen, dem Bonns sowie Ost-Berlins ist dieser Einfluss grundverschieden und abhängig von der Zugehörigkeit zu den beiden Blocksystemen. Im Falle der DDR und ihren Beziehungen zu Polen gehörten beide dem Warschauer Pakt an und waren Moskauer Satelliten. Zwangsläufig musste die Propaganda beider Staaten das Bild zweier Bruderstaaten aufrechterhalten. Welchen Sinn hätte es für Moskau gehabt, wenn sich die DDR und die PRL in einem Konflikt miteinander befunden hätten. Gleichzeitig konnte sich die DDR hier als das bessere Deutschland präsentieren, das sich nach Frieden sehne und die Oder-Neiße-Grenze akzeptiere. In der offiziellen Sichtweise wurden die Beziehungen zwischen Warschau und Ost-Berlin „[...] als historischer Wendepunkt in der Geschichte der polnisch-deutschen Nachbarschaft betrachtet“.¹³²⁷ Es galt hierbei, sich in Kontrast zur Bundesrepublik zu stellen, die als Hort des Imperialismus gesehen wurde – vor allem im Hinblick auf Polen. Dennoch kann behauptet werden, dass eine wirkliche Aussöhnung zwischen den Deutschen in der DDR und den Polen nicht stattfand. Wolf-Powęska spricht in

¹³²⁶ Mehlhorn, Ludwig: *Zwangsverordnete Freundschaft? Die Entwicklung der Beziehungen zwischen der DDR und Polen 1949-1990*. In: *Die deutsch-polnischen Beziehungen 1949-2000. Eine Werte- und Interessengemeinschaft?* Hrsg. von Wolf Dieter Eberwein u. Basil Kerski. Opladen 2001, S. 62.

¹³²⁷ Gelberg, Ludwik: *Die Normalisierung der Beziehungen zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland. Rechtspolitische Fragen*. Hamburg 1977, S. 18-19.

Bezug auf die Beziehungen der DDR zur PRL von 40 Jahren einer vergeudeteten Zeit. Insgesamt handelte es sich um eine *zwangsverordnete Freundschaft* voller Sprachlosigkeit zwischen beiden Partnern.¹³²⁸

Für die Bundesrepublik und ihre Beziehungen nach Warschau gestaltete sich die Angelegenheit wesentlich schwieriger. Selbst eine Zwangsverordnung zur Freundschaft musste an den geopolitischen Konstellationen scheitern. Gerade im Hinblick auf die Zwei-Welten-Theorie gehörte die Bundesrepublik aus östlicher Sicht einem System an, das nicht für Frieden und Sicherheit stand, sondern einer imperialistischen Ausbreitung. Vor diesem Hintergrund war die Ordnung des Ost-West-Konfliktes für die Beziehungen zwischen Bonn und Warschau eher ein Hindernis, während sie für Ost-Berlin und Warschau einen Vorteil darstellten.

Während im vorherigen Fallbeispiel die bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen ausführlich analysiert wurden, kann dies an dieser Stelle vernachlässigt werden. Das außenpolitische Handeln Bonns, Ost-Berlins und Warschaws wirkte sich nur geringfügig auf die geopolitische Gesamtlage aus. Im Vergleich der Situation der dreißiger Jahre mit der des Ost-West-Konfliktes, muss festgestellt werden, dass kein Handlungsspielraum bestand, um unterschiedliche Bündniskonstellationen zu schaffen, die andere Staaten bedrohen konnten oder die eigene Sicherheit und Souveränität gewährleisteten. Dies liegt an der bereits zu Beginn dieses Kapitels festgestellten Festigkeit des gesamten geopolitischen Systems. In Bezug auf Polens Situation ergeben sich hier bei rein geopolitischer Betrachtung besonders im Hinblick auf die Bündniskonstellation für Warschau zunächst Vorteile. Deutschland, das zuvor eine Bedrohung Polens darstellte, war zum einen durch den Verlust des Krieges geschwächt – obschon es in den fünfziger Jahren zu seiner Wirtschaftskraft zurückfand. Es war zweigeteilt und ein Teil Deutschlands, wenn auch der kleinere, war durch das Diktat Moskaus zum Verbündeten Warschaws geworden. Auch im Osten fiel die Bedrohung weg, denn die Sowjetunion war, anders als vor dem Zweiten Weltkrieg, ebenso mit Polen verbündet. Die gesamte Tragödie, die 1938/39 beobachtet werden konnte, entfiel. Gleichzeitig hatte die im 19. Jahrhundert begonnene preußische beziehungsweise deutsche Politik gegenüber Polen ein Ende gefunden. „Eine grundsätzlich antipolnische Politik, die den polnischen Staat in Frage stellte war schon wegen der jeweiligen Abhängigkeit der Bundesrepublik (und der DDR)

¹³²⁸ Mehlhorn, Ludwig: *Zwangsverordnete Freundschaft?*, S. 61. Dort o.S. zit. n. Wolff-Powęska, Anna: *Oswojona rewolucja. Europa srodkowo-wschodnia w procesie demokratyzacji*. Poznań 1998.

undenkbar geworden“, konstatiert Bingen.¹³²⁹ Daraus zu schließen, dass dies ein für Polen erstrebenswerter Zustand war, muss allerdings mit aller Selbstverständlichkeit verneint werden. Zum einen war Polen nach dem Zweiten Weltkrieg trotz Deutschlands Niederlage mitnichten eine Siegermacht – weder Sieger noch Macht. Viel entscheidender noch: Die gewährte Sicherheit kam nur zum Preis der Aufgabe der eigenen Souveränität. Das geopolitische Dilemma, das Polen vor dem Zweiten Weltkrieg gehabt hatte, wenn es sich zwischen geopolitischen Zusammenarbeiten entscheiden musste, um die eigene Souveränität und Unabhängigkeit zu erhalten, war verschwunden. Aber dies geschah nur durch den Wegfall beziehungsweise die Einschränkung der Souveränität. Daher kann die Frage, ob dieses System doch gewisse Vorteile für Polen darstellte klar verneint werden.

Natürlich ergeben die bilateralen Beziehungen zwischen Bonn und Warschau für die Zeit des Ost-West-Konfliktes ein differenziertes Bild, wodurch eine Periodisierung möglich wird.¹³³⁰ Es mag seltsam erscheinen, an anderer Stelle explizit auf die bilateralen Beziehungen einzugehen, sie aber in diesem eher als Überblick gehaltenen Kapitel fast völlig auszugrenzen. Die Begründung wurde bereits wiederholt erwähnt und liegt in der Unveränderbarkeit des geopolitischen Systems des Ost-West-Konfliktes.

In Bezug auf die (west)deutsch-polnische Beziehungsgeschichte zeigt sich dies deutlich an seiner größten Zäsur. Unbestreitbar fand die einschneidendste Wende mit der Neuen Ostpolitik der Regierung Brandt ab dessen Regierungsantritt 1969 statt. Grundlage für eine Neuorientierung der Politik mit den Staaten Ost- und Ostmitteleuropas war die in den sechziger Jahren eingetretene Verständigung zwischen den beiden geopolitischen Blöcken. Aus einer realistischen Sichtweise auf den *status quo* heraus galt es, einen *modus vivendi* zwischen Ost und West zu finden. In der Bundesrepublik hatte sich diese Annäherung an den Osten in kirchlichen¹³³¹ wie auch intellektuellen Kreisen in den sechziger Jahren zunehmend gezeigt. Politisch fehlte bei Adenauers Nachfolger Erhard¹³³² der Wille. Annäherungsversuche wie die

¹³²⁹ Bingen, Dieter: *Der lange Weg zur "Normalisierung". Die Entwicklung der Bezeichnungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Polen 1949–1990*. In: *Die deutsch-polnischen Beziehungen 1949–2000. Eine Werte- und Interessengemeinschaft?* Hrsg. von Wolf Dieter Eberwein u. Basil Kerski. Opladen 2001, S. 35.

¹³³⁰ Bingen, Dieter: *Die Polenpolitik der Bonner Republik von Adenauer bis Kohl 1949–1991*; Jacobmeyer, Wolfgang: *Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen bis zur Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (Helsinki 1975)* (= Schriftenreihe des Georg-Eckert-Instituts für Internationale Schulbuchforschung). Braunschweig 1987; Tomala, Mieczysław: *Deutschland - von Polen gesehen*.

¹³³¹ Zu nennen wären hierbei insbesondere das Tübinger Memorandum von 1961 sowie der Briefwechsel der katholischen Bischöfe des polnischen und deutschen Episkopats 1965.

¹³³² Ludwig Erhard (1897–1977), deutscher Politiker (CDU), 1963–1966 Bundeskanzler, zuvor 1949–1963 Bundeswirtschaftsminister.

Friedensnote des Jahre 1966 scheiterten an der Bewegungslosigkeit der Regierung Erhard.¹³³³ CDU und noch viel mehr die CSU, waren zu einem Abrücken von ihrer Position, insbesondere in der Grenzfrage, insgesamt nicht bereit.¹³³⁴ Der Wunsch nach Wandel zeigte sich in erster Linie bei der sozialdemokratischen Opposition und ging auf eine Gruppe um den Westberliner Regierenden Bürgermeister Willy Brandt¹³³⁵ zurück. Das Konzept des Wandels durch Annäherung wurde 1963 durch Egon Bahr¹³³⁶ vorgestellt. In einer auf dem Dortmunder Parteitag der SPD 1966 vielbeachteten Rede von Willy Brandt forderte der SPD-Vorsitzende ein „geregeltes [...] Nebeneinander“ und gab zu verstehen, dass „[e]ine Friedensregelung, wenn sie eines Tages kommt, [...] Opfer [von den Deutschen] verlangen“ würde.¹³³⁷ Als klares Ziel formulierte er ein *rapprochement* mit dem Osten. Mit Bildung der sozialliberalen Koalition 1969 konnte diese Politik nun mit der FDP als Koalitionspartner umgesetzt werden. Bereits vor dieser Regierungsbildung hatte sich der polnische Staats- und Parteichef Gomułka am 17. Mai 1969 mit dem Vorschlag zu einem Abkommen zwischen Bonn und Warschau zu Wort gemeldet.¹³³⁸ Die geopolitische Situation zeigt allerdings auch hier ihren Vorrang. So musste auch die neue Regierung zunächst den Weg nach Moskau suchen, woraus der Moskauer Vertrag 1970 hervorging. Brandt und sein Außenminister Scheel¹³³⁹ konnten es sich nicht erlauben, den Eindruck zu erwecken, Bonn würde versuchen die hegemoniale Stellung der UdSSR im Ostblock zu konterkarieren.¹³⁴⁰ Im Dezember 1970 kam es dann während des Besuches des deutschen Bundeskanzlers in Warschau zur Unterzeichnung des *Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen*.¹³⁴¹ Die Bundesrepublik erkannte die

¹³³³ Bingen, Dieter: *Die Polenpolitik der Bonner Republik von Adenauer bis Kohl 1949–1991*, S. 89–94; Blasius, Rainer A.: *Erwin Wickert und die Friedensnote der Bundesregierung vom 25. März 1966*. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 43 (1995), S. 539–553.

¹³³⁴ Bingen, Dieter: *Die Polenpolitik der Bonner Republik von Adenauer bis Kohl 1949–1991*, S. 79–80; Hacke, Christian: *Von Adenauer zu Kohl. Zur Ost- und Deutschlandpolitik der Bundesrepublik 1949–1985*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 51/52 (1985), S. 10.

¹³³⁵ Willy Brandt, eigentlich Herbert Frahm (1913–1992), deutscher Politiker (SPD), 1969–1974 Bundeskanzler, 1966–1969 Bundesaußenminister, 1964–1987 SPD-Bundesvorsitzender.

¹³³⁶ Egon Bahr (1922–2015), deutscher Politiker (SPD), Vertrauter Willy Brandts, 1972–1974 Bundesminister für besondere Aufgaben, 1974–1976 Bundesentwicklungsminister.

¹³³⁷ *Rede von Willy Brandt über die Lage der Nation (Dortmund, 1.-5. Juni 1966)*. https://www.cvce.eu/content/publication/2007/8/16/cec6ebf1-6954-48c5-940c-66bf4f60467e/publishable_de.pdf (8.1.2021). Dort mit Verweis auf *Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 1. bis 5. Juni 1966 in Dortmund*. Bonn 1966, S. 65–66 sowie 78–85.

¹³³⁸ Trentowska, Hanna: *Układ PRL-RFN z grudnia 1970 roku a proces normalizacji. Aspekty prawne i polityczne*. Warszawa 1985, S. 16–17.

¹³³⁹ Walter Scheel (1919–2016), deutscher Politiker (FDP), 1974–1979 Bundespräsident, 1969–1974 Bundesaußenminister.

¹³⁴⁰ Bingen, Dieter: *Die Polenpolitik der Bonner Republik von Adenauer bis Kohl 1949–1991*, S. 122.

¹³⁴¹ *Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen [„Warschauer Vertrag“]*, 7. Dezember 1970. <https://>

Oder-Neiße-Grenze faktisch als polnische Westgrenze an und verzichtete auf Gebietsansprüche gegenüber Warschau (Artikel 1). Gleichzeitig zielte er – *nomen omen* – auf eine Normalisierung der diplomatischen Beziehungen beider Staaten zueinander (Artikel 3). Ratifiziert wurde das Vertragswerk 1972 nach bekanntlich Kontroversen politischen Disputen über die Aufgabe der früheren deutschen Ostgebiete. Politisch war eine Annäherung an die Ostblockstaaten und vor allem an Polen erfolgt. Moralisch schienen insbesondere die verbesserten Beziehungen zu Polen eine Art Schlüsselrolle in den Staaten Ostmittel- und Osteuropas zu sein.¹³⁴²

Die Anerkennung der Realität hatte außenpolitische Folgen, aber keine tiefgehenden geopolitischen Auswirkungen in den siebziger und achtziger Jahren. Seine geopolitische Bedeutung kommt erst nach 1989 zu tragen, als nach dem Zusammenbruch des Ostblocks das wiedervereinigte Deutschland und das nun wieder demokratische Polen zueinander finden konnten.¹³⁴³ Erst diese Wende löste die starre, unbewegliche geopolitische Ordnung des Ost-West-Konfliktes auf. Der Warschauer Vertrag darf nicht als Ausbruchsversuch aus dieser Ordnung gesehen werden. Vielmehr war er der Versuch einer Annäherung beider Staaten auf Basis der real existierenden Umstände. Mit Ausbruch hingegen ist eine Lockerung oder Veränderung der Weltordnung gemeint, die es Polen und auch Deutschland erlaubt hätte, frei über etwaige geopolitische Ausrichtungen zu entscheiden.¹³⁴⁴ Es soll an dieser Stelle aber nicht schlicht bei der bereits zuvor gewonnenen Erkenntnis einer Starrheit der geopolitischen Ordnung in den Jahren 1945 bis 1989 beziehungsweise der Konsequenzen dieser Erkenntnis auf die deutsch-polnischen Beziehungen hingewiesen werden, sondern ein Blick auf zwei konkrete, wenn auch gescheiterte Ausbruchsversuche aus dieser Ordnung geworfen werden.

www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0246_war&object=sources&st=&l=de
(25.11.2020).

¹³⁴² Vgl. Bingen, Dieter: *Die Polenpolitik der Bonner Republik von Adenauer bis Kohl 1949–1991*, S. 153–154.

¹³⁴³ Egon Bahr brachte in einem Gespräch im Jahre 2015 auf einer Young Leaders' Conference zum Thema *Die deutsche Sicherheitspolitik in der öffentlichen Diskussion*, bei dem auch der Autor dieser Arbeit anwesend war, Unverständnis zum Ausdruck, dass es Kohl gewesen sei, der 1989 mit Lorbeeren für seinen Grenzvertrag mit Polen überschüttet worden sei. Bahr bestand darauf, dass dies die dann reifen Früchte Brandts gewesen seien, die Kohl habe ernten können.

¹³⁴⁴ Natürlich kann an dieser Stelle die Hypothese aufgestellt werden, eine Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung hätte hinter der Westbindung gestanden, wodurch sie auch der Willensbildung der Deutschen entsprochen habe. Dies trifft allerdings nicht für die gesamte Geschichte der westdeutschen Bundesrepublik zu. So stellte der Historiker Rainer Zitelmann fest, dass in den Jahren 1951 bis 1981 „eine bedeutende Minderheit, zeitweise sogar eine Mehrheit der bundesdeutschen Bevölkerung [...] in Umfragen für eine Neutralitätspolitik [votierte]“. 1956 stellten sie 62 % der Bundesbürger, 1981 fiel die Zustimmung auf den niedrigsten Stand von immer noch 36 % (Zitelmann, Rainer: *Neutralitätsbestrebungen und Westorientierung*. In: *Westbindung. Chancen und Risiken für Deutschland*; hrsg. von Rainer Zitelmann, Karlheinz Weißmann, Michael Großheim. Hrsg. von Rainer Zitelmann, Karlheinz Weißmann u. Michael Großheim. Frankfurt am Main / Berlin 1993, S. 173–174). Trotz dieser zeitweisen Mehrheit war es Deutschland allerdings nicht möglich, von der Westbindung Abstand zu nehmen. Hierdurch kann festgestellt werden, dass auch die Bundesrepublik nicht frei in ihrem Bündnis war.

5.2. Die Neutralisierung Deutschlands

Ein Beispiel für einen Ausbruchversuch aus der Ordnung des Ost-West-Konfliktes stellt eine Neutralisierung Deutschlands dar, das heißt die Schaffung eines vereinigten, aber neutralen Deutschlands, das sich keinem der beiden Blöcke zuordnete. Das Spektrum dieser *Neutralisten* (Gallus) gestaltete sich dabei recht groß.¹³⁴⁵ Ihre Gemeinsamkeit war es, dass sie ein Deutschland außerhalb eines westlichen oder östlichen Bündnisses sehen wollten. Uneinigkeit bestand zum einen in der Frage, was mit Deutschland beziehungsweise seinen Grenzen gemeint war. Auch in Bezug auf den Neutralitätsbegriff selbst herrscht zum Teil ein weiteres Spektrum, wobei die einen darin eine völkerrechtliche Neutralität verstanden, andere wiederum eine schlichte neutrale Außenpolitik.¹³⁴⁶ Es gab unter ihnen nicht nur Gegner des Westens, sondern auch Befürworter. Wiederum Anhänger eines dritten Weges verbanden die angestrebte geopolitische Ausrichtung Deutschlands auch mit einer ideologischen Orientierung. Ihnen galt Deutschland als Mittler (um das historische Wort eines Maklers hierzu vermeiden) zwischen Ost und West, das einen Sonderweg zwischen Planwirtschaft und Kapitalismus anstreben sollte.¹³⁴⁷ In den vierziger und fünfziger Jahren taten sich hierbei zunächst *einzelne Solisten* (Gallus) hervor. Hier sind Kurt Schumacher, Thomas Dehler, Jakob Kaiser oder Gustav Heinemann von politischer Seite wie auch Paul Sethe, Ulrich Noack oder – sich in dieser hinter dem Pseudonym Jens Daniel versteckend – Rudolf Augstein zu nennen.¹³⁴⁸ Interessanterweise

¹³⁴⁵ Gallus, Alexander: *Die Neutralisten. Verfechter eines vereinten Deutschland zwischen Ost und West 1945-1990* (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 127). Düsseldorf 2001.

¹³⁴⁶ Die Neutralität kann zunächst als Begriff aus dem Fach der Internationalen Beziehungen verstanden werden und meint eine Politik (*policy*) der Neutralität im Sinne einer Nichteinmischung in einen Konflikt.

¹³⁴⁷ Ebd., S. 447–448.

¹³⁴⁸ Kurt Schumacher (1895–1952), deutscher Politiker (SPD), 1946–1952 Parteivorsitzender der SPD, 1949–1952 SPD-Fraktionsvorsitzender.

Thomas Dehler (1897–1967), deutscher Politiker (DDP, FDP), 1949–1953 Bundesminister für Justiz, 1953–1957 FDP-Fraktionsvorsitzender, 1954–1957 FDP-Bundsvorsitzender, 1960–1967 Bundestagsvizepräsident;

Jakob Kaiser (1888–1961), deutscher Politiker (Zentrum, CDU), Reichstagsabgeordneter für das Zentrum 1933, Widerstandskämpfer im Dritten Reich, Vorsitzender der CDU in der Sowjetischen Besatzungszone 1945–1947, Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen 1949–1957;

Gustav Heinemann (1899–1976), deutscher Politiker (CDU, GVP, SPD), Gründungsmitglied der CDU, 1949–1950 Bundesminister des Inneren, 1952 Austritt aus der CDU wegen Adenauers Wiederbewaffnungspolitik, Gründung der Gesamtdeutschen Volkspartei, 1967 Eintritt in die SPD, 1966–1969 Bundesminister für Justiz, 1969–1974 Bundespräsident;

Paul Sethe (1901–1967), deutscher Publizist und Journalist, Gründungsherausgeber der *FAZ*, Autor in den Zeitungen *Die Welt*, *Die Zeit* sowie im *Stern*;

Ulrich Noack (1899–1974), deutscher Historiker (Universität Würzburg), zunächst Mitglied der CDU, später der CSU. 1951 aus der Partei ausgeschlossen, Eintritt in die GVP, 1956–1960 Mitglied der FDP;

Rudolf Augstein (1923–2002), deutscher Journalist und Verleger, Gründer des *Spiegels*, 1972/73 MdB für die FDP.

wurde in den Reihen dieser Neutralisten-Solisten die Oder-Neiße-Grenze bereits frühzeitig akzeptiert.¹³⁴⁹

Die Deutsche Frage war bis 1989 internationale Politik und konnte nur durch die Siegermächte entschieden werden. So sehr sich in Deutschland Politiker, Publizisten und Intellektuelle auch für eine Neutralisierung aussprachen, eine Entscheidung konnten nicht die Besiegten treffen. Umso interessanter scheint es vor dem Hintergrund des Themas einen Blick auf einen der bekanntesten und auch umstrittensten Vorschläge zur Auflockerung des starren Systems des Ost-West-Konfliktes zu werfen. Als solche kann die *Note der Sowjetregierung an die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs über den Friedensvertrag mit Deutschland* vom 10. März 1952 (bekannt als die so genannte *Stalin-Note*) gesehen werden.¹³⁵⁰ Sieben Jahre nach Kriegsende wandte sich Moskau an die Westmächte mit dem Ziel, Vorbereitungen für einen Friedensvertrag mit *Deutschland als Ganzem*¹³⁵¹ einzuleiten. Hierzu müsse eine gesamtdeutsche Regierung geschaffen werden, die diesen Vertrag von deutscher Seite annehmen könnte. Im angehängten *Entwurf der Sowjetregierung über die Grundlagen eines Friedensvertrages mit Deutschland* forderte Moskau die Beendigung der Spaltung Deutschlands sowie die Wiederherstellung eines einheitlichen Staates. Bezüglich der Grenzen dieses deutschen Einheitsstaates seien – so Moskau – die Beschlüsse von Potsdam bindend.¹³⁵² „Sämtliche Streitkräfte der Besatzungsmächte müssen spätestens ein Jahr nach Inkrafttreten des Friedensvertrages aus Deutschland abgezogen werden“ sowie alle ausländischen Militärbasen aufgegeben werden. Dem deutschen Volk müssten volle demokratische Rechte zugestanden werden. Zwar ist in dem Entwurf die Rede von der „Gefahr einer Wiederherstellung des deutschen Militarismus“ (der durch einen Friedensvertrag gehemmt werden solle), er gestand einem wiedervereinigten Deutschland jedoch nationale Streitkräfte aller drei Waffengattungen zu, „die für die Verteidigung des Landes notwendig sind“. Ebenfalls wurde eine Rüstungsindustrie in einem Ausmaß erlaubt, die „für die Streitkräfte erforderlich ist, die für Deutschland durch den Friedensvertrag festgesetzt sind“. Ebenfalls sollte Deutschland in die

¹³⁴⁹ Ebd., S. 452–454; Dies traf für die Publizistik wohl eher zu als für die Politik. Beide großen Volksparteien, auch die von Kurt Schumacher geführte SPD, zogen 1949 für ein Deutschland in den Grenzen von 1937 in den Wahlkampf.

¹³⁵⁰ *Note der Sowjetregierung an die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs über den Friedensvertrag mit Deutschland, 10. März 1952.* https://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0031_not&object=pdf&st=&l=de (25.11.2020); Die folgenden Zitate sind alle aus dieser Quelle entnommen.

¹³⁵¹ *Deutschland als Ganzes (Germany as a whole)* meint Gesamtdeutschland in den Grenzen von 1937.

¹³⁵² Aus Sicht der Bundesrepublik waren die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz völkerrechtlich nicht bindend gewesen. An dieser Stelle hätte das wiedervereinigte Deutschland die Grenzen von 1945 anerkannt.

Vereinten Nationen aufgenommen werden.¹³⁵³ Entscheidend war die von Deutschland einzugehende Verpflichtung, „keinerlei Koalitionen oder Militärbündnisse einzugehen, die sich gegen irgendeinen Staat richteten, der mit seinen Streitkräften am Krieg gegen Deutschland teilgenommen hat“. Obschon es eine Frage der Definition gewesen wäre, wann sich eine Koalition gegen einen solchen Staat richtete,¹³⁵⁴ muss klar festgehalten werden, dass Deutschland sich mit dem Großteil Europas im Kriegszustand befunden hatte. Faktisch lief diese Formulierung allerdings auf eine Neutralisierung Deutschlands hinaus, die den deutschen Staat blockfrei halten sollte.

Der Vorschlag lief im Lauf des 10. März 1952 über die Ticker der Presseagenturen. Für den Abend war unabhängig von Stalins Vorschlägen bereits vorab ein Treffen des Bundeskanzlers mit den drei Hohen Kommissaren in Bad Godesberg geplant, auf der die Gespräche zum Deutschland-Vertrag fortgesetzt werden sollten. Selbstverständlich konnte die Note aus Moskau nicht unkommentiert bleiben und so war es Adenauer, der zu diesem Thema zuerst das Wort ergriff und feststellte, dass sich an seiner Position zur Westbindung nichts geändert hätte.¹³⁵⁵ Auch die Westmächte lehnten Stalins Vorschlag in ihrer fünfzehn Tage später übersandten Antwortnote ab. Offiziell forderten sie freie Wahlen in ganz Deutschland. Da die *Stalin-Note* lediglich von der Bildung einer gesamtdeutschen Regierung sprach, nicht aber von freien Wahlen, wurde die Note im Westen abgelehnt. Natürlich war dem Westen, insbesondere den Vereinigten Staaten bewusst, dass bei Akzeptierung dieser Vorschläge der Westen seinen Brückenkopf in Europa und damit sein Bollwerk gegen den Ostblock verlieren würde. Die Annahme wäre einem Rückzug der amerikanischen Streitkräfte aus Europa gleichgekommen, da das Gros der Truppen in Deutschland stationiert war.¹³⁵⁶

¹³⁵³ Im Vergleich zu den für das Deutsche Reich beschlossenen Bestimmungen des Friedensvertrages von Versailles kann festgestellt werden, dass die Vorschläge Stalins sich wesentlich günstiger für das im Zweiten Weltkrieg besiegte Deutschland gestalteten als die Ergebnisse des Jahres 1919. Dem wiedervereinigten Deutschland wäre eine verteidigungsfähige Armee zugestanden worden. Seine Aufnahme in eine internationale Organisation wurde ihm anders als nach dem Ersten Weltkrieg zugestanden und war erwünscht. Ebenfalls sollte keine Besatzung mehr stattfinden.

¹³⁵⁴ So richtete sich die NATO laut Nordatlantikvertrag von 1949 offiziell nicht gegen die Sowjetunion und ihre Verbündeten und erwähnt diese nicht. Aus diesem Grunde musste der Vertragstext auch nach Beendigung des Ost-West-Konfliktes nicht revidiert werden. Im Text des Warschauer Vertrags wird zumindest die Westeuropäische Union und die Gefahr einer Remilitarisierung Westdeutschlands in der Präambel erwähnt. Faktisch richteten sich jedoch beide Bündnissysteme gegeneinander.

¹³⁵⁵ Die Umstände sind unter anderem überliefert durch Wilhelm Grewe. Seine Aussagen finden sich in *Reaktionen auf Stalin-Note*. <https://www.zeitzeugen-portal.de/videos/C9ATmwPHZjs> (26.1.2021).

¹³⁵⁶ Es gab keine strategischen Alternativen zu einer Stationierung von Streitkräften in Westdeutschland, um eine Drohkulisse gegenüber der Sowjetunion aufrechtzuerhalten. Eine Stationierung von US-Truppen in Frankreich schien illusorisch. Mit Großbritannien wiederum hätte Washington eine Stationierung auf dem Kontinent aufgeben. Allein Deutschland lag weit genug im Osten, unmittelbar vor dem sowjetischen Einflussraum an einer geographischen Engstelle zwischen Nordsee/Ostsee und Alpen.

Stalin ergänzte seine Vorschläge am 9. April und 24. Mai 1952 mit zwei weiteren Notizen.¹³⁵⁷ Über freie Wahlen könnte generell nachgedacht werden, jedoch lehnte er eine internationale Kontrolle ab. Auch diese Vorschläge wurden vom Westen zurückgewiesen. Auf der Außenministerkonferenz 1954 ergänzte Moskau die Vorschläge um das Angebot eines Verzichts auf alle Reparationszahlungen. Stalin konnte mit seinen Forderungen scheinbar immer weiterausholen, da er wusste, dass der Westen seine Angebote ablehnen würde. Natürlich hatten die Sowjets damit Druck auf die Westmächte und auch auf die Bundesrepublik ausgeübt. Zeigte doch die Sowjetunion in ihren offiziellen Verlautbarungen den deutlichen Willen, eine Wiedervereinigung zwischen den beiden deutschen Staaten unter Ausklammerung der früheren Ostgebiete anzustreben. Durch die Ablehnung der von Stalin präsentierten Vorschläge kam es zu Protest innerhalb der deutschen Bevölkerung. Insbesondere die SPD bestand darauf, die *Stalin-Noten* nicht von Anfang an direkt abzulehnen, so wie Adenauer es getan hatte. Diese betonte und wiederholte Ablehnung des Inhalts der Notizen hatte eine über Jahre andauernde Diskussion in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit zur Folge.¹³⁵⁸ 1956 schrieb der allgemein in Opposition zur Adenauerschen Außenpolitik stehende Paul Sethe in einem Leitartikel für die Tageszeitung *Die Welt*:¹³⁵⁹

Damals dachte man mit peinigender Sorge immer wieder Bismarcks Wort von dem Rauschen des Mantels, mit dem Gott durch die Geschichte schreite, und an die Aufgabe des Staatsmannes, den Zipfel des Mantels zu ergreifen. Wir haben ihn nicht ergriffen. Nun ist die Gunst der Stunde vorbei.

Bekanntheit erlangte auch eine von Adenauers Koalitionspartner initiierte Debatte zur Bonner Außen- und Deutschlandpolitik am 23. Januar 1958 im Bundestag. In der Debatte wurde die Politik des Bundeskanzlers auch aus den Reihen der FDP angegriffen, allen voran durch Thomas Dehler:¹³⁶⁰

¹³⁵⁷ Aus diesem Grund wird häufig von den *Stalin-Noten* im Plural gesprochen. Sie finden sich zusammen mit den Antwortnoten der Alliierten abgedruckt in Jäckel, Eberhard: *Die deutsche Frage 1952–1956. Notenwechsel und Konferenzdokumente der vier Mächte*. Berlin, Frankfurt (Main) 1957.

¹³⁵⁸ Kittel, Manfred: *Genesis einer Legende. Die Diskussion um die Stalin-Noten in der Bundesrepublik 1952–1958*. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 41 (1993), S. 355–389.

¹³⁵⁹ Keil, Lars-Broder / Kellerhoff, Sven Felix: *Deutsche Legenden. Vom "Dolchstoß" und anderen Mythen der Geschichte*. Berlin 2002, S. 170.

¹³⁶⁰ Deutscher Bundestag: *3. Wahlperiode, 9. Sitzung. Stenographischer Bericht*. <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/03/03009.pdf> (25.11.2020), S. 392.

Wenn wir überdenken, was wir 1952 ausgelassen haben. [...] Damals hatten wir ein Angebot Stalins, ein Jahr vor seinem Tod, am 10. März 1952. Man muß sich das wieder einmal in die Erinnerung zurückrufen, was dem deutschen Volke damals an Verhandlungsmöglichkeiten – mehr zu sagen wäre nicht zu verantworten – geboten war. [...] Hier, Herr Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer, haben Sie bewiesen, daß Sie alles taten, um die Wiedervereinigung zu verhindern.

In ähnlicher Weise gab es Kritik aus den Reihen der Sozialdemokratie, allen voran des SPD-Politikers Gustav Heinemann.¹³⁶¹ Adenauer hingegen hatte sich bereits unmittelbar nach der ersten *Stalin-Note* öffentlich zu seiner Position geäußert. In einer an der Bonner Universität am 28. März 1952 gehaltenen Rede sagte er:¹³⁶²

Wenn Deutschland wirklich neutralisiert wäre, wenn dann die Integration Europas unmöglich wäre, würde Amerika Europa verlassen und dieses arme, zusammengebrochene Europa würde gegenüberstehen dem ungeheuren Koloß im Osten, der durch seine Unterminierung bei uns und durch seine Anhänger in Italien und in Frankreich es in verhältnismäßig sehr kurzer Zeit fertigbringen würde, auf diesem Wege des kalten Krieges seine Herrschaft über ganz Europa zu erstrecken.

Der westdeutsche Bundeskanzler hatte damit alle Befürchtungen des Westens auf den Punkt gebracht. Dessen Meinung nach zielten Stalins Vorschläge auf eine geopolitische Schwächung des Westens. Sein Druckmittel schien aus bundesrepublikanischer Sicht der Wille des deutschen Volkes zur Einheit. Wider ein neutrales Deutschland sprach aus Adenauers Sicht vor allem, dass sich Bonn in kürzester Zeit zuerst zum Westen orientiert hatte. Dieser Prozess wurde von Adenauer unmittelbar nach Konstitution der Organe der westdeutschen Bundesrepublik forciert.¹³⁶³ Eine Befürwortung eines neutralen Deutschlands hätte eine Kehrtwende in diesem Kurs zur Folge gehabt und gegenüber den Westmächten nicht zuverlässig gewirkt – galt es doch gerade verlorenes Vertrauen wiederzugewinnen. Aus Sicht

¹³⁶¹ Ebd., S. 401.

¹³⁶² Hier zit. n. *Neutralisierung Deutschlands*. <https://www.konrad-adenauer.de/quellen/zitate/neutralisierung-deutschlands> (25.11.2020). Die vollständige Rede ist abgedruckt bei Schubert, Klaus von: *Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland. Bd. 1* (= Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung 116). Köln 1977, S. 172–175.

¹³⁶³ Bereits am 31. Oktober 1949 (anderthalb Monate nach der Wahl Adenauers zum Bundeskanzler) trat die Bundesrepublik der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) bei. Es folgte einen Monat später das Petersberger Abkommen. 1951 begann mit der Gründung der Montanunion ein wichtiger Schritt zur europäischen Integration, die kurze Zeit später zwar durch die gescheiterte Europäische Verteidigungsgemeinschaft einen Dämpfer erlangte, aber dennoch von der Bonner Regierung stark befürwortet wurde.

Konrad Adenauers konnte dieses Angebot für die Bundesrepublik, aber auch *Deutschland als Ganzes* nicht positiv beurteilt werden.

Lohnend ist insbesondere ein Blick auf die Intentionen des Initiators der Note. Die naheliegendste Begründung für Stalins Vorschläge war ein Störmanöver gegen die fortschreitende Westintegration der Bundesrepublik beziehungsweise die europäische Integration. Bei Aufnahme von Verhandlungen auf Basis der diplomatischen Noten aus Moskau hätten sich diese beiden Prozesse stark verlangsamt, wenn nicht sogar verhindern lassen. Sowjetische Quellen legen allerdings die Vermutung nahe, dass es Stalin nicht wirklich um eine Beendigung der deutschen Teilung ging. Vielmehr erwartete er keine positive Rückmeldung der Westmächte. Dies betonte er beispielsweise in seiner Unterredung am 7. April 1952 mit den Spitzen der DDR-Führung, namentlich Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl und Walter Ulbricht.¹³⁶⁴ „Zu glauben, daß ein Kompromiß herauskommt oder daß die Amerikaner den Entwurf des Friedensvertrages annehmen, wäre ein Irrtum“. Die Teilung Deutschlands nahm Stalin als gegeben hin. „Die Propaganda für die Einheit Deutschlands muß weiter fortgesetzt werden“. Dies habe insbesondere großes Gewicht für „die Beeinflussung des Volkes in Westdeutschland“. Ziel war ausdrücklich eine Entlarvung der Politik der US-Amerikaner.¹³⁶⁵

Die *Stalin-Noten* schienen damit nichts anderes als ein „großer Bluff“ (Ruggenthaler) gewesen zu sein.¹³⁶⁶ Stalin wusste, dass er durch seinen Vorschlag den Satellitenstaat DDR aus seinem Machtbereich hätte entlassen müssen. Der sowjetische Einflussbereich hätte sich von der Elbe mindestens an die Oder-Neiße-Grenze verlagert. Ebenso hätte ein Rückzug der *Gruppe der Sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland* (GSBT)¹³⁶⁷ eine militärische Schwächung der UdSSR bedeutet, da sie auf die DDR als sowjetischen Brückenkopf verzichtet hätte. Die Truppen hätten entweder nach Polen verlegt oder zurück in die Sowjetunion gerufen werden müssen. Niemals in der Weltgeschichte waren Truppen Moskaus so zahlreich, so dauerhaft und

¹³⁶⁴ Wilhelm Pieck (1876–1960), deutscher Politiker (KPD, SED), 1949–1960 Präsident der DDR; Otto Grotewohl (1894–1964), deutscher Politiker (SPD, SED), 1949–1964 Ministerpräsident der DDR; Walter Ulbricht (1893–1973), deutscher Politiker (KPD, SED), 1950–1971 Generalsekretär (seit 1953 Erster Sekretär) des ZK der SED, 1960–1973 Vorsitzender des Staatsrates der DDR.

¹³⁶⁵ Bonwetsch, Bernd: *Die Stalin-Note 1952 – kein Ende der Debatte*. In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 15 (2008), S. 106. Dort zit. n. Bonwetsch, Bernd / Kudrjašov, Sergej: *Stalin und die II. Parteikonferenz der SED. Ein Besuch der SED-Führung in Moskau, 31. März – 8. April 1952, und seine Folgen (Dokumentation)*. In: Zarusky, Jürgen (Hg.): *Stalin und die Deutschen. Neue Beiträge zur Forschung*, München 2006, S. 173–206, hier S. 199, 206. Vgl. Bonwetsch, Bernd: „*Skostit’ polovinu summy reparacii ... my možem*“. *Vstreči Stalina s rukovodstvom SEPG* [„Um die Hälfte können wir die Summe der Reparationen ... herabsetzen“. *Treffen Stalins mit der SED-Führung*]. In: *Istočnik. Vestnik Archiva Prezidenta Rossijskoj Federacii* 3 (2003), S. 100–128.

¹³⁶⁶ Ruggenthaler, Peter: *Stalins großer Bluff* (= Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte / Schriftenreihe 95). München 2007.

¹³⁶⁷ Die GSBT (russ. *Gruppa sowjetskich okkupazionnych vojsk w Germanii*) bestand als Kommandostruktur seit Ende Mai 1945 und wurde 1954 durch die Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland (GSSD) abgelöst.

so weit westlich stationiert. Stalin konnte auf diesen strategischen Vorteil nicht verzichten wollen. Er konnte es vor allem nicht, da bei einer Entlassung eines vereinigten Deutschlands in Freiheit und Unabhängigkeit nicht klar war, wie sich dieser deutsche Staat entwickeln und ausrichten würde.

Auch bei den Westmächten musste die Ernsthaftigkeit der Vorschläge Stalins auf Skepsis stoßen. In einem 1959 erfolgten Gespräch Willy Brandts mit dem US-Außenminister Dulles, versicherte letzterer, die USA und die UdSSR seien sich in vielem uneinig, jedoch würde weder Moskau noch Washington es „zulassen, daß ein wiedervereinigtes, bewaffnetes Deutschland im Niemandsland zwischen Ost und West umherirrt“. ¹³⁶⁸ Der Vollständigkeit halber muss gesagt werden, dass es auch bei den Westmächten Pläne für eine Neutralisierung Deutschlands gab. Diese waren allerdings unvereinbar mit der *Containment*-Politik der USA. Für den Westen bestand die Gefahr eines zweiten Rapallos oder auch einer Sowjetisierung eines wiedervereinigten Deutschlands. ¹³⁶⁹ Ein Versuch Stalins Vorschläge aufzugreifen fand dennoch dann auf der Berliner Außenministerkonferenz Anfang 1954 statt. Wenige Monate nach dem Tod Stalins fanden sich in der früheren Reichshauptstadt die Chefdiplomaten der Siegermächte ein, um ein *Rapprochement* zwischen West und Ost in der Deutschlandfrage zu erreichen. In Anlehnung an die *Stalin-Noten* schlug Molotov die Ausarbeitung eines Friedensvertrages mit Vertretern der DDR und der BRD vor. Beide Parlamente sollten hierzu eine provisorische Regierung bilden. Diese sollte dann gesamtdeutsche Wahlen durchführen, aus denen sich dann eine neue Regierung konstituieren sollte. Der britische Außenminister Eden ¹³⁷⁰ schlug hingegen freie Wahlen, die Bildung einer Nationalversammlung sowie die Annahme einer Verfassung vor. Erst danach solle eine gesamtdeutsche Regierung gebildet werden, die einen Friedensvertrag zeichne. Im Osten stand somit ein Friedensvertrag fast am Anfang des Prozesses, im Westen am Ende. Die Konferenz scheiterte, weil diese Positionen unüberbrückbar schienen. ¹³⁷¹

Die Bewertung der *Stalin-Noten* ist zur Streitfrage innerhalb der Geschichtswissenschaft geworden, die insbesondere seit den achtziger Jahren diskutiert wurde. Zu den Kritikern des

¹³⁶⁸ Brandt, Willy: *Begegnungen und Einsichten. Die Jahre 1960-1975*. Hamburg 1976, S. 84.

¹³⁶⁹ Vgl. Hillgruber, Andreas: *Alliierte Pläne für eine "Neutralisierung" Deutschlands, 1945-1955* (= Geisteswissenschaften / Rheinisch-Westfälische Akademie der Wissenschaften G 286). Opladen 1987.

¹³⁷⁰ Anthony Eden (1897–1977), britischer Politiker (Torries), 1951–1955 (zuvor bereits 1935–1938 sowie 1940–1945) Außenminister.

¹³⁷¹ Rupieper, Hermann-Josef: *Die Berliner Außenministerkonferenz 1954. Ein Höhepunkt der Ost-West-Propaganda oder die letzte Möglichkeit zur Schaffung der deutschen Einheit?* In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 3 (1986), S. 427–453.

Adenauerkurses zählten insbesondere Wilfried Loth und Rolf Steiniger.¹³⁷² Mit verbessertem Zugang zu sowjetischen Archivbeständen scheint sich zunehmend eine Adenauer unterstützende Position durchzusetzen.¹³⁷³ Stalins Vorschläge waren eine Art Taschenspielertrick, der den Westen unter Druck setzen sollte. Ein Wille zur Einheit bestand in Moskau nicht. Geopolitisch hatte er wie festgestellt für Moskau mehr Nach- als Vorteile. Die *Stalin-Noten* hatten bereits vorhandene Gedanken über ein neutrales Deutschland in den fünfziger Jahren verstärkt, lag doch ein konkretes Angebot einer Siegermacht vor. Die Präsenz des Themas ließ dann aber in den sechziger und siebziger Jahren stark nach. Gallus spricht von der „Zeit der Schrumpfung und Sammlung“ der Neutralisten. In diesem Zeitraum ging die Zahl der Aktivisten zwar zurück, vielfach sammelten sie sich aber in Gruppierungen wie der rechtsgerichteten später in den Grünen aufgehende *Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher* oder der linken von der SED finanzierten *Deutschen Friedens-Union*.¹³⁷⁴ Gerade durch die Friedensbewegungen der achtziger Jahre sowie den NATO-Doppelbeschluss erhielt das Thema wieder Aufmerksamkeit. Jedoch gab es innerhalb der etablierten Parteien nur sehr wenig Fürsprecher. Die Bundesregierung sowie die Regierungskoalition aus CDU/CSU-FDP aber auch die seit 1982 wieder oppositionelle SPD waren allesamt bemüht die Zugehörigkeit der Bundesrepublik zum Westen zu betonen. Befürworter fanden sich in der SPD nur vereinzelt

¹³⁷² Steiniger, Rolf: *Eine Chance zur Wiedervereinigung?* (= /Archiv für Sozialgeschichte / Beiheft] 12). Bonn 1985; Loth, Wilfried: *Die Sowjetunion und die deutsche Frage*. Göttingen 2007.

¹³⁷³ Graml, Hermann: *Eine wichtige Quelle - aber mißverstanden. Anmerkungen zu Wilfried Loth: „Die Entstehung der ‚Stalin-Note‘. Dokumente aus Moskauer Archiven“*. In: *Die Stalin-Note vom 10. März 1952. Neue Quellen und Analysen*. Hrsg. von Wilfried Loth, Hermann Graml u. a. München 2002, S. 117–137; Wettig, Gerhard: *Die Note vom 10. März 1952 im Kontext von Stalins Deutschland-Politik seit dem Zweiten Weltkrieg*. In: *Die Stalin-Note vom 10. März 1952. Neue Quellen und Analysen*. Hrsg. von Wilfried Loth, Hermann Graml u. a. München 2002; Ruggenthaler, Peter: *Stalins großer Bluff*.

¹³⁷⁴ Gallus, Alexander: *Die Neutralisten*, S. 460–462; Stöss, Richard: *Parteien-Handbuch* (= Schriften des Zentralinstituts für Sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin 38). Opladen 1983, S. 310–335: Die Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD) wurde Mitte der sechziger Jahre gegründet und verstand sich als nationalneutralistische Sammlungsbewegung. Sie ging aus drei rechtsextremen Parteien hervor (DG, DFP, VDNV). Die AUD distanzierte sich vom NS-Regime sowie Parteien, die diese Distanzierung nicht vornahm (z.B. die NPD). Die Bewegung scheiterte zunächst bei Wahlen. In den siebziger Jahren nahm sie aber immer stärker ökologische Themen in ihre Programmatik auf. Zu ihren bekanntesten Mitgliedern zählte unter anderem der Künstler Joseph Beuys (1921–1986), der Spitzenkandidat der AUD-NRW bei der Bundestagswahl 1976 wurde. Bis in die siebziger Jahre wurde die Gruppierung um Verfassungsschutz überwacht. Zu Europawahl 1979 schloss sich die AUD einem breiten Bündnis von Umweltschutzorganisationen um Petra Kelly an. Im April 1980 beschloss die AUD ihre Auflösung und ihre Mitglieder traten überwiegend den im Januar gegründeten Grünen bei; Die Deutsche Friedens-Union wurde 1960 in Stuttgart gegründet und war politisch zwischen der bürgerlichen Mitte und dem Sozialismus beheimatet. Sie galt als Sammlungsbewegung links der SPD. Anfangs fanden sich in den Reihen aber durchaus Persönlichkeiten aus dem christlichen oder konservativen Lager, wie Robert Scholl (Vater der Geschwister Scholl) oder Alexander Graf Schenk von Stauffenberg (Bruder von Claus und Berthold von Stauffenberg). Die Partei positionierte sich negativ gegenüber einer möglichen atomaren Aufrüstung der Bundesrepublik und vertrat eine Politik der Abrüstung. Die DFU erhielt finanzielle Unterstützung aus der DDR, was ihr den Beinamen *Die Freunde Ulbrichts* einbrachte. Mit dem Beginn der Friedensbewegung erreichte die Partei ihren Höhepunkt. So ging der *Krefelder Appel* (1980) auf Mitglieder der DFU und der Grünen zurück. Mit dem Ende der DDR endete auch die Förderung der DFU durch Ost-Berlin, wodurch sich die Partei 1990 auflöste. Zur DFU siehe ebd., S. 848-876.

mit nationalneutralistischen Tendenzen. Die Grünen zeigten sich in den achtziger Jahren eher euroneutralistisch. Die extreme Rechte stand fast geeint für eine Neutralisierung Deutschlands.¹³⁷⁵ Diese erneute Aufmerksamkeit für Pläne einer Neutralisierungspolitik rief aber auch Warnungen vor deutschen Alleingängen hervor. Der Historiker Arnulf Baring warnte vor einem neuen deutschen Größenwahn.¹³⁷⁶ Hans-Ulrich Wehler sah „neue[n] Sonderweg eines neutralisierten Gesamtdeutschland[s] zwischen den Blöcken“ aufziehen.¹³⁷⁷

In Hinblick auf das Forschungsthema ist die Frage nach der geopolitischen Bedeutung eines neutralen Gesamtdeutschlands eine essenzielle. Ein vereinigtes Deutschland hätte in dieser Situation keinem der beiden Blöcke angehört und in der Mitte Europas eine neutrale Zone zwischen den Einflussphären der beiden Supermächte geschaffen. In gewisser Weise wäre ein Mitteleuropa zurückgekehrt, wie es durch die tatsächliche Blockbildung zwischen 1945 und 1989 verschwunden war. Zwar hätte ganz Ostmitteleuropa, das weiterhin hinter dem Eisernen Vorhang gelegen wäre, diesem nicht angehört, jedoch hätte neben Gesamtdeutschland auch Österreich und die Schweiz diese neutrale Zone umfasst. Die Schweizerische Eidgenossenschaft kennt das Neutralitätsgebot bereits seit dem Wiener Kongress. Österreich fand nach dem Zweiten Weltkrieg zu einer Neutralitätspolitik. Wien hatte im Mai 1955 einen *Staatsvertrag betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich* mit den Siegermächten abgeschlossen und dadurch seine Souveränität und vollen demokratischen Rechte wiedererlangt. Die die Alpenrepublik besetzenden Siegermächte zogen binnen drei Monaten ihre Truppen ab. Auf dieser Grundlage beschloss die Republik Österreich im Oktober desselben Jahres das so genannte Neutralitätsgesetz. In dem bis heute gültigen Rechtstext erklärt Wien keinem militärischen Bündnis beizutreten. Dies ist bis heute Eckpfeiler der österreichischen Außenpolitik.¹³⁷⁸

Einerseits bietet sich somit Österreich als Vergleich für eine Neutralisierung Deutschlands an. Andererseits müssen aufgrund der unterschiedlichen wirtschaftlichen und politischen Größe beider Staaten völlig andere Maßstäbe angelegt werden. Im Hinblick auf diesen

¹³⁷⁵ Gallus, Alexander: *Die Neutralisten*, S. 445–446.

¹³⁷⁶ Baring, Arnulf: *Unser neuer Größenwahn*.

¹³⁷⁷ Wehler, Hans-Ulrich: *Wohlbehagen im Wolkenkuckucksheim. Die Chimäre eines neutralisierten Gesamtdeutschland*. In: *Preussen ist wieder chic. Politik und Polemik in zwanzig Essays*. Hrsg. von Hans-Ulrich Wehler. Frankfurt am Main 1983, S. 52.

¹³⁷⁸ Ihr entsprechend ist die Republik Österreich kein Mitglied der NATO, jedoch seit 1995 Mitglied der Europäischen Union. „Österreich wirkt an der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union [...] mit [...]“ (Art. 23 j Bundes-Verfassungsgesetz). Zur österreichischen Neutralitätspolitik siehe Gehler, Michael: *Neutralität und Neutralisierungspläne für Mitteleuropa? Österreich, Ungarn, Tschechoslowakei und Polen*. In: *Neutralität - Chance oder Chimäre? Konzepte des Dritten Weges für Deutschland und die Welt 1945-1990*. Hrsg. von Dominik Geppert u. Udo Wengst. München 2005.

Größenunterschied stellt sich die Frage, ob ein vereinigtes Deutschland überhaupt neutral bleiben konnte. Die Neutralität durfte nicht allein als eine Nichtzugehörigkeit zu einem Bündnissystem verstanden werden. Die Tagespolitik bietet ausreichend Beispiele wie politische oder wirtschaftliche Entscheidungen eine Positionierung zu einer ausländischen Macht automatisch ergeben. Deutschlands wirtschaftliche Macht und seine Größe hätten eine Neutralitätspolitik schwierig bis unmöglich gemacht. Über kurz oder lang musste es in gewissen Situationen zu einer Parteinahme kommen, wenn ein Staat nicht einen politischen oder wirtschaftlichen Schaden davonziehen wollte.¹³⁷⁹

Die Neutralität hätte allerdings noch eine andere Gefahr zur Folge. Aufgrund der Größe und Lage Deutschlands sowie seiner wirtschaftlichen Bedeutung hätte eine Nichtzugehörigkeit zu einem politischen, ökonomischen oder militärischen Bündnis auch eine Gefahr für einen neutralen deutschen Staat bedeuten können. Das ungeschützte Deutschland wäre Gefahr gelaufen von Ost wie West infiltriert worden zu werden. Es ist anzunehmen, dass Adenauer diese Gefahr vor allem aus dem Osten sah, dem Deutschland dann bündnisfrei und somit auf sich allein gestellt ausgeliefert gewesen wäre.

Beides, die Gefahr ohne Schutzmacht dazustehen und die Unvermeidbarkeit einer Parteinahme, hätte Deutschland in unterschiedliche Konstellationen treiben können. Natürlich hätte am Ende eines solchen Prozesses auch eine Westintegration stehen können. Hierbei stellt sich die uchronistische Frage, ob *Deutschlands langer Weg nach Westen* (Winkler) einen vorzeitigen Abschluss gefunden hätte, wenn die Westintegration nicht den historischen Fakten entsprechend in dieser Form von der Bundesregierung unter Adenauer betrieben worden wäre. Kulturgeschichtlich hätte bei einer schwächeren Ausrichtung auf den Westen Deutschland womöglich ganz anders ausgesehen. Uchronie und Spekulation an dieser Stelle vermeidend soll der Fokus auf eine mögliche Annäherung Deutschlands an die Sowjetunion geworfen werden. Moskau hätte Deutschland in erster Linie als Gegner neutralisiert und könnte es gegebenenfalls mehr oder weniger stark politisch an sich binden. Wie bereits in der Vergangenheit festgestellt wurde, ist eine deutsch-russische Annäherung immer mit Konsequenzen für Polen verbunden. In diesem speziellen Fall ist Polen Bündnispartner der UdSSR, wäre insofern vor einer sich gegen Polen richtenden deutschen Politik geschützt. Die Schutzfunktion Moskaus gegenüber Warschau muss hierbei eher als sowjetisches Diktat über die polnische Außenpolitik verstanden werden. Eventuell hätten aber deutsche Ansprüche auf die Ostgebiete zum Problemfall werden

¹³⁷⁹ Hierfür sei folgende hypothetische Situation angenommen: Ein Teil der Staatengemeinschaft beschließt Sanktionen gegen einen Staat. Auf Basis des Neutralitätsgebotes würde Deutschland eine Teilnahme ablehnen, da es sich dadurch auf die Seite dieser Staatengruppe schlagen würde. Als Reaktion hierauf verschlechtern sich die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen dieser Staatengruppe mit Deutschland zu dessen Schaden.

können. Trotz eines möglichen vertraglichen Verzichts Deutschlands auf die Ostgebiete, wären die Beziehungen zu Polen wohl auch in dieser Konstellation stark belastet.

Gemessen an der geopolitischen Situation Europas wäre ein neutrales Deutschland ein schwieriges, wahrscheinlich nicht durchzuführendes Unternehmen gewesen. Es hätte sich um einen neutralen Koloss gehandelt, der wirtschaftlich immer stärker geworden wäre. Auch hätten die Siegermächte Deutschland, das nur knapp zwei Jahrzehnte zuvor Europa und die Welt in einen Krieg gestürzt hatte, wieder allein gelassen. Erneut hätte sich Deutschland auf einem Sonderweg befunden. Entstanden wäre ein Staat ohne Westbindung, der sich an einer europäischen Integration nicht beteiligt hätte. Womöglich hätte dies auch diesen Integrationsprozess sehr ins Stocken gebracht. Ohne diese wäre es wahrscheinlich erneut zu deutschen Entscheidungen über Polens Köpfe hinweg gekommen. Für den Ost-West-Konflikt hätte es eine Instabilität zur Folge gehabt, da sich in Europa drei Blöcke gegenüberstanden hätten. Als Fazit bleibt nur zu ziehen, dass Deutschlands Größe eine Neutralität kaum möglich machte.

5.3. Der Rapacki-Plan

Als ein weiterer Versuch der geopolitischen Ordnung des Ost-West-Konfliktes zu entrinnen, muss der Rapacki-Plan angesehen werden. Dieser muss vor dem Hintergrund zum einen der Wiederaufrüstung der Bundesrepublik und zum anderen sowjetischer Abrüstungsinitiativen in den fünfziger Jahren betrachtet werden. Eine Diskussion über die Schaffung einer westdeutschen Wehrmacht begann bereits unmittelbar mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland. Zunächst dominierte in der westdeutschen Politik wie auch unter den Bundesbürgern eine mehrheitliche Ablehnung einer Wiederbewaffnung.¹³⁸⁰ Der 1950 ausgebrochene Korea-Krieg brachte jedoch ein Umdenken insbesondere in der Politik mit sich. Die Ähnlichkeit zwischen der Teilung Koreas und der Deutschlands nährten Befürchtungen, dass es auch in Deutschland zu einem Krieg kommen könnte.¹³⁸¹ Zu einer Wiederaufrüstung Westdeutschlands konnte es nur durch die Zustimmung der Westmächte kommen. Sie fand schließlich im Rahmen der Westintegration statt – insbesondere auf Basis der Pariser Verträge – und führte neben dem bereits erwähnten Beitritt zur NATO 1955 zur Gründung der Bundeswehr. Bereits im darauffolgenden Jahr griff Bundeskanzler Adenauer Ideen des neuen

¹³⁸⁰ Löh, Marion / Stoeck, Klaus: *Pazifismus - Wiederbewaffnung - Bundeswehr*. Hamburg 1997, S. 26–27.

¹³⁸¹ Höfner, Karlheinz: *Die Aufrüstung Westdeutschlands. Willensbildung, Entscheidungsprozesse und Spielräume westdeutscher Politik 1945 bis 1950* (= Deutsche Hochschuledition 17). München 1990, S. 218–219.

Verteidigungsminister Strauß¹³⁸² zu einer nuklearen Aufrüstung der westdeutschen Streitkräfte auf. Zum Argument wurde Adenauer eine ähnliche Aufrüstung bei den Bündnispartnern, wobei die Bundesrepublik innerhalb der NATO nicht „deklassiert“ und zum „Atomprotektorat“ gemacht werden dürfe.¹³⁸³

Es verwunderte nicht, dass Polen insbesondere vor einem mit eigenen Nuklearwaffen bestückten Deutschland in Sorge war. Vor diesem Hintergrund waren Abrüstungsvorhaben zu begrüßen. Im November 1956 schlug die sowjetische Regierung auf der Generalversammlung der UNO neben einer Reduzierung der Mannstärke der Armeen insbesondere eine Ächtung von Atomwaffen vor. Unterzeichnerstaaten sollten die vier im Sicherheitsrat vertretenden Atommächte (USA, UdSSR, Großbritannien, Frankreich) und die Volksrepublik China sein. Zwar stieß der Entwurf auf Ablehnung, jedoch wurde eine räumliche Begrenzung eines solchen Vorhabens bereits in die Diskussion eingebracht.¹³⁸⁴

Diese Idee einer räumlichen Begrenzung wurde dann in Polen aufgegriffen. In der Wochenzeitschrift *Świat i Polska* erschien im Frühjahr 1957 erstmals ein Vorschlag des polnischen Außenministers Rapacki¹³⁸⁵ zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa, die zunächst die beiden deutschen Staaten und Polen umfassen sollte.¹³⁸⁶ Damit rückte Mitteleuropa erstmals wieder in den Fokus. Der Ost-West-Konflikt hatte diesen Terminus, der noch in der ersten Hälfte des Jahrhunderts eine so bedeutende Rolle gespielt hatte, vergessen. Grundlage für die polnischen Pläne waren Überlegungen einer nuklearen Aufrüstung der Bundeswehr. Generell ging es aber um die Gefahr einer Wiedererstarkung Deutschlands, das Forderungen nach einer Rückgabe der polnischen Westgebiete hätten militärisch untermauern können.

¹³⁸² Franz Josef Strauß (1915–1988), bayrischer Politiker (CSU), 1956–1962 Bundesverteidigungsminister, bereits zuvor 1953–1955 Bundesminister für besondere Aufgaben und 1955–1956 Bundesminister für Atomfragen. 1978–1988 bayrischer Ministerpräsident.

¹³⁸³ Nägler, Frank: *Die Bundeswehr 1955 bis 2005. Rückblenden - Einsichten - Perspektiven* (= Sicherheitspolitik und Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland 7). Berlin, Boston 2007, S. 27. Dort mit Verweis auf die 144. Kabinettsitzung, 20.7.1956. In: Kahlenberg, Friedrich: *Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung. Bd. 9 (1956)*. München 1998, S. 485 sowie Schwarz, Hans-Peter: *Adenauer. Der Staatsmann 1952–1967*. Stuttgart 1991, S. 299: Das Vorhaben wurde in der Bundesrepublik mehrheitlich abgelehnt. Herausragendes Beispiel der Ablehnung war die Göttinger Erklärung (auch Göttinger Achtzehn) von 1957. Deutschland war es aufgrund des Brüsseler Vertrags generell untersagt, Atomwaffen zu besitzen. Das Vorhaben blieb erfolglos. Im Rahmen der Nuklearen Teilnahme der NATO waren jedoch bereits US-amerikanische Atomwaffen in Westdeutschland stationiert.

¹³⁸⁴ Stefancic, David: *The Rapacki Plan. A case study of East European Diplomacy*. In: *East European Quarterly* 4 (1988), S. 402.

¹³⁸⁵ Adam Rapacki (1909–1970), polnischer Politiker (PPS, PZPR) und Ökonom, 1956–1968 Außenminister, zuvor 1947–1956 Minister für Schifffahrt, ab 1950 für das Hochschulwesen.

¹³⁸⁶ Wandycz, Piotr: *Adam Rapacki and the Search for European Security*. In: *The diplomats, 1919-1939*. Hrsg. von Gordon Alexander Craig u. Felix Gilbert. Princeton 1994, S. 296 sowie 302-303.

Der Vorschlag war mit den Bruderstaaten nicht abgestimmt – selbst mit dem sowjetischen Hegemonen nicht. In einer diplomatischen Offensive während des Sommers 1957 gelang es die Unterstützung Ost-Berlins und der UdSSR für das Vorhaben zu gewinnen.¹³⁸⁷ Sie war damit Ausdruck eines erweiterten Handlungsspielraums für Warschau im Zuge der *Chruschtschewskaja оттеpel* (Tauwetter-Periode).¹³⁸⁸ Polen versuchte, auch vor dem Hintergrund des ungarischen Beispiels eine Vermittlerrolle zwischen Ost und West einzunehmen, ohne sich gleichzeitig von der Sowjetunion zu lösen.¹³⁸⁹ Innerhalb des Ostblockes wurde die polnische Initiative zur Kenntnis genommen. Die ČSSR äußerte sich positiv und interessierte sich für eine Beteiligung. Die Ost-Berliner Führung äußerte sich ähnlich wie Prag. Auch in Moskau stimmten die Machthaber nach anfänglicher Zurückhaltung (der polnische Vorschlag wurde vorab nicht mit der UdSSR konsultiert. In der sowjetischen Bewertung des Vorschlags mussten insbesondere die Ereignisse in Ungarn im Oktober 1956 eine Rolle spielen.¹³⁹⁰ Die Niederschlagung des Volksaufstandes hatte der Sowjetunion einen Prestigeverlust gebracht.¹³⁹¹

Die USA lehnte die Vorschläge ab. Dem US-amerikanischen Präsidenten Eisenhower fehlte eine Lösung der Deutschen Frage in den Plänen aus Warschau. Dulles befürchtete eine Schwächung der NATO bei einer Neutralisierung Deutschlands.¹³⁹² Die Bonner Bundesregierung schloss sich dieser Ablehnung an. Adenauer befürwortete die nukleare Abschreckung gegenüber dem Osten – und konnte hierbei auch die Mehrheit der Bundesbürger hinter sich wissen.¹³⁹³ In erster Linie wurde die Initiative abgelehnt, da sie keine Wiedervereinigung Deutschlands vorsah.¹³⁹⁴ Hinzukam, dass ein Abkommen mit Polen und der

¹³⁸⁷ Ebd., S. 302.

¹³⁸⁸ Durch den Tod Stalins im März 1953 und der eingeleiteten Entstalinisierung unter seinem Nachfolger Nikita Sergejewiĉ Chruščëv (1894–1971) kam es zu einer Tauwetter-Periode in der sowjetischen (Außen)politik und damit im gesamten Ostblock. Benannt ist sie nach dem Werk *Ottepel* (dt. *Tauwetter*) von Ilja Erenburg (1891–1967) aus dem Jahre 1954.

¹³⁸⁹ Ebd., S. 289–291; Stefancic, David: *The Rapacki Plan*, S. 402–403.

¹³⁹⁰ In Ungarn war es am 23. Oktober 1956 zu einem Volksaufstand gekommen. Es kam zur Bildung einer nicht-sozialistischen Regierung unter Imre Nagy (1896–1958). Anfang November wurde der Aufstand durch sowjetische Streitkräfte blutig niedergeschlagen und erneut eine pro-sowjetische Regierung eingesetzt.

Bereits im Juni 1956 war es in Posen zu einem größeren Arbeiterstreik gekommen (*Poznański Czerwiec 56*).

¹³⁹¹ Gehler, Michael: *Neutralität und Neutralisierungspläne für Mitteleuropa? Österreich, Ungarn, Tschechoslowakei und Polen*, S. 127.

¹³⁹² Geppert, Dominik / Wengst, Udo: *Neutralität - Chance oder Chimäre? Konzepte des Dritten Weges für Deutschland und die Welt 1945-1990*. Berlin, Boston 2005, S. 127; Stefancic, David: *The Rapacki Plan*, S. 407; Vgl. Dulles, John Foster: *Challenge and Response in United States Policy*. In: *Foreign Policy* 36 (1957), S. 25–43.

¹³⁹³ Albrecht, Ulrich: *The Political Background of the Rapacki Plan of 1957 and Its Current Significance*. In: *Germany debates defense. The NATO alliance at the crossroads*. Hrsg. von Rudolf Steinke u. Michel Vale. Armonk, NY 1983.

¹³⁹⁴ Stefancic, David: *The Rapacki Plan*, S. 408.

DDR gegen die *Hallstein*-Doktrin der Bundesrepublik verstoßen hätte.¹³⁹⁵ Die Zurückweisung Polens durch Bonn wiederum stieß in Warschau auf Misstrauen. Eine gleichzeitige Diskussion über eine nukleare Aufrüstung machte Warschau nervös.¹³⁹⁶

Anfang Mai 1958 erfolgte die endgültige Ablehnung des Plans durch Washington in einer diplomatischen Note. Die USA fürchteten insbesondere eine Veränderung des Gleichgewichts der Kräfte zwischen den beiden Supermächten. Die Sowjetunion verfügte zu diesem Zeitpunkt über ein weitaus größeres Arsenal an Langstreckenraketen. Vor allem aus diesem Grunde konnte Moskau einem atomwaffenfreien Mitteleuropa zustimmen, während die USA auf ihr auch in Deutschland stationiertes Arsenal an Kurz- und Mittelstreckenraketen angewiesen war. Washington musste demnach vor allem aus diesem strategisch-militärischen Grunde die Initiative ablehnen.¹³⁹⁷ Die Berlin-Krise des Jahres 1958 entzog der Initiative schließlich jeglichen diplomatischen Grund.¹³⁹⁸

Ende 1963 – also erneut in einer Phase der Entspannung¹³⁹⁹ – unternahm Warschau einen erneuten Versuch. Auf einer Kundgebung in Plotzk¹⁴⁰⁰ am 28. Dezember 1963 äußerte sich Gomułka bezüglich eines Kernwaffenverbots in Mitteleuropa. Im Februar des Folgejahres veröffentlichte die polnische Regierung ein Memorandum.¹⁴⁰¹ Ähnlich wie bei Rapacki zielte auch dieser so genannte Gomułka-Plan auf eine atomwaffenfreie Zone in Polen, der ČSSR, der DDR und der Bundesrepublik ab. Dieser Plan nahm die Befürchtungen der USA auf und schlug eine schrittweise Abrüstung vor, um das bestehende Machtgleichgewicht nicht zu stark zu beeinträchtigen. Jedoch waren die Reaktionen auf die Pläne Gomułkas ähnlich wie auf Rapackis Vorschläge wenige Jahre zuvor.¹⁴⁰²

¹³⁹⁵ Eine ausführlichere Positionierung der Bundesregierung findet sich in *Es kommt der Tag*. In: *Der Spiegel* (26.2.1958), S. 15.

¹³⁹⁶ Wandycz, Piotr: *Adam Rapacki and the Search for European Security*, S. 302–303.

¹³⁹⁷ Stefancic, David: *The Rapacki Plan*, S. 406–407.

¹³⁹⁸ Im November 1957 drohte Moskau den Westmächten die Hoheit über die zwischen West-Berlin und Westdeutschland gelegenen Verkehrswege an die DDR zu übergeben, sollten sich die westlichen Alliierten nicht binnen eines halben Jahres aus Berlin zurückziehen und die Bildung einer demilitarisierten, freien Stadt zu stimmen.

¹³⁹⁹ Im Jahr zuvor war es zur Kuba-Krise gekommen, die die Supermächte an den Rand eines Krieges geführt hatten. In Folge kam es zu einer Phase der Entspannung.

¹⁴⁰⁰ Die Stadt Plotzk (auch Plozk, pl. *Płock*) ist eine kreisfreie Stadt im Westen Masowiens. Sie ist eine der ältesten Städte Polens und war im Mittelalter zeitweise polnische Hauptstadt.

¹⁴⁰¹ *Memorandum rządu PRL w sprawie zamrożenia zbrojeń jądrowych i termojądrowych w Europie środkowej ("Plan Gomułki")*. In: *Przegląd Zachodni* 2 (1964), S. 368–369.

¹⁴⁰² Madajczyk, Piotr: *Plan Gomułki*. In: *Historia dyplomacji polskiej. Bd. 6*. Hrsg. von Wojciech Materski u. Waldemar Michowicz. Warszawa 2010, S. 605; Vgl. Malcużyński, Karol: *Gomułka Plan zum Einfrieren der Kernrüstungen in Mitteleuropa*. Warschau 1965: Das vom Journalisten Malcużyński (1922–1984) verfasste Werk erschien ebenfalls auf Englisch, Französisch und Spanisch.

Einen dritten Versuch unternahm die polnische Regierung im Mai 1987 mit dem Jaruzelski¹⁴⁰³-Plan. In ihm legte Warschau der KSZE ein Memorandum zur Frage der Rüstungsbegrenzung und Stärkung des Vertrauens in Mitteleuropa vor. Anders als in den Vorgänger-Plänen wurde der Raum stark erweitert. So sollte dieser nicht nur Gültigkeit in Polen, den beiden deutschen Staaten und der ČSSR haben, sondern zugleich auch in Ungarn, Belgien, den Niederlanden, Luxemburg und Dänemark. Im darauf folgenden Jahr wurde der Jaruzelski-Plan den Vereinten Nationen vorgelegt. Jedoch stieß auch dieses Vorhaben im Westen auf keinerlei Interesse.¹⁴⁰⁴

Alle in Polen angeregten Initiativen zur Demilitarisierung Mitteleuropas scheiterten. Sie scheiterten am Unwillen beider Blöcke in dieser Frage zu einem Kompromiss zu kommen, wobei insbesondere in Washington und Bonn militärisch-strategische Argumente dominierten. Primär betrafen die Warschauer Vorschläge eine militärische Frage – nämlich konkret die Reduzierung von Waffen in einem bestimmten Raum. Jedoch rückt gerade im Hinblick auf die Frage nach einem Ausbruch aus der Ordnung des Ost-West-Konfliktes die Tatsache in den Vordergrund, dass Warschau versuchte seinen Handlungsspielraum durch eigene Initiativen zu erweitern. Trotz sowjetischer Skepsis wurde die Idee öffentlich von Moskau unterstützt. Sie konnte damit im Ostblock Zustimmung finden. Bewegung in die Starrheit des geopolitischen Systems vermochte sie dennoch nicht aufzubringen. Was ihr jedoch gelang war: Mitteleuropa tauchte als Raum erneut auf, obschon seine Zweiteilung bis in die Wendejahre 1989–1991 bestand hatte.¹⁴⁰⁵

Ein Ausbrechen aus der geopolitischen Ordnung des Ost-West-Konfliktes war weder den beiden deutschen Staaten noch der Volksrepublik Polen – trotz verschiedenster Initiativen – möglich. Die Ordnung selbst kann zusammenfassend nur als statisch und undynamisch bezeichnet werden. Sie stellte damit einen deutlichen Gegensatz zur Ordnung der Zwischenkriegszeit dar. Zwar erlöste sie damit insbesondere Polen aus seinem geopolitischen Dilemma, jedoch fand dies auf Kosten der Souveränität Polens statt. Auch die beiden deutschen Staaten waren als geopolitische Subjekte durch eine nur in Teilen vorhandene Souveränität eingeschränkt. Das Fallbeispiel darf jedoch nicht als Zeitraum verstanden werden, in dem das

¹⁴⁰³ Wojciech Jaruzelski (1923–2014), polnischer Politiker (PZPR), 1981–1989 Erster Sekretär der PZPR, 1989–1990 Präsident der Republik Polen.

¹⁴⁰⁴ Zając, Justyna / Zięba, Ryszard: *Polska w stosunkach międzynarodowych 1945-1989*, S. 218–224; Lapins, Wulf: *Gorbatschow und die konventionelle Stabilität in Europa*. In: *Leviathan* 2 (1988), S. 225.

¹⁴⁰⁵ Mit Blick auf das neutrale Österreich könnte sogar von einer Dreiteilung gesprochen werden.

geopolitische Spiel in Bezug auf Deutschland und Polen in einem Kalten Krieg eingefroren scheint. Trotz der Bewegungslosigkeit (ob diese nun positiv oder negativ zu verstehen ist) nahmen Deutschland als Ganzes und damit auch Polen eine zentrale Rolle im Ost-West-Konflikt und seiner Ordnung ein. Vor dem Hintergrund dieses Systems hatten sich mit dem Vorschlag einer Neutralisierung Deutschlands jedoch auch völlig neue geopolitische Möglichkeiten ergeben. Diese hätten sich nicht aus dem Vorgängersystem (vor 1945) heraus entwickeln können.

6. Deutschlands neue Rolle und Polens Transatlantische Lösung

Alle Körper sind entweder in Bewegung oder in Ruhe.
Baruch de Spinoza

6.1. New World Order

Der Kalte Krieg endete in den Jahren 1989 bis 1991. Vorausgegangen war ihm ein schrittweiser gesellschaftlicher und politischer Wandel in den Staaten des Ostblocks. Die Polen nahmen hierbei mit dem aus ihren Reihen stammenden Papst Johannes Paul II.¹⁴⁰⁶ und der unabhängigen Gewerkschaft *Solidarność*¹⁴⁰⁷ eine besondere Rolle ein, die insbesondere in den frühen achtziger Jahren die kommunistischen Machthaber im gesamten Ostblock in Gefahr brachte.¹⁴⁰⁸ Aber auch den Deutschen fiel eine besondere Rolle zu als ihnen am 9. November 1989 der Fall der Mauer glückte, die ein Jahr später in den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland mündete. Jene Ereignisse hatten verbunden mit weiteren den Zusammenbruch des Ostblockes und den Untergang des sowjetischen Imperiums bis Ende 1991 zur Folge. Die Jahre 1989 bis 1991 stellten gewiss eine Zäsur dar. Richard von Weizsäcker¹⁴⁰⁹ stellte mit Blick auf die Friedliche Revolution des Jahres 1989 den Vergleich zum Ausbruch der Französischen Revolution zweihundert Jahre früher auf.¹⁴¹⁰ Francis Fukuyama ging bekanntlich 1992 noch weiter und proklamierte in seinem *Ende der Geschichte* die Vollendung des 1789 begonnenen Siegeszuges des Westens.¹⁴¹¹ Über die Frage, wie groß die Zäsur besagter Jahre ausfällt, ließe sich genauso disputieren wie über das Für und Wider eines Triumphs des Westens beziehungsweise eines Endes der Geschichte. Der historische Umbruch ist durch den eingetretenen politischen Wandel sofort erkennbar. Viel entscheidender muss an dieser Stelle jedoch der eingetretene geopolitische Wandel in den Fokus rücken, wodurch eine große tektonische Plattenverschiebung wahrgenommen werden muss. Hierbei waren die geopolitischen Veränderungen derart groß, dass von einer neuen geopolitischen Ordnung

¹⁴⁰⁶ Johannes Paul II., bürgerlich Karol Wojtyła (1922–2005), polnischer Geistlicher, 1978–2005 Papst der römisch-katholischen Kirche, zuvor 1964–1978 Erzbischof von Krakau. Johannes Paul II. war der erste Slawe, der die *Cathedra Petri* bestieg. Die katholische Kirche verehrt Johannes Paul II. seit 2014 als Heiligen; Zur Rolle des polnischen Papstes für den Fall des Kommunismus vgl. Jauer, Joachim: *Urbi et Gorbis. Christen als Wegbereiter der Wende* (= Herder-Spektrum 6266). Freiburg 2010, S. 23–38.

¹⁴⁰⁷ Zur *Solidarność* siehe Holzer, Jerzy: *Solidarität. Die Geschichte einer freien Gewerkschaft in Polen*. München 1985; Kühn, Hartmut: *Das Jahrzehnt der Solidarność*. Berlin 1999; Garton Ash, Timothy: *The Polish Revolution*. New York 1984.

¹⁴⁰⁸ Zagacki, Kenneth: *Pope John Paul II and the Crusade against Communism. A Case Study in Secular and Sacred Time*. In: *Rhetoric and Public Affairs* 4 (2001), S. 689–710.

¹⁴⁰⁹ Richard von Weizsäcker (1920–2015), deutscher Politiker (CDU), 1984–1994 Bundespräsident.

¹⁴¹⁰ Weizsäcker, Richard von: *Drei Mal Stunde Null? 1949, 1969, 1989. Deutschlands europäische Zukunft*. Berlin 2001, S. 88.

¹⁴¹¹ Fukuyama, Francis: *The End of History?* In: *The National Interest* 16 (1989), S. 3–18; Fukuyama, Francis: *The End of History and the Last Man*. New York u.a. 1992; Fukuyama, Francis: *Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?* München 1992.

gesprochen werden muss. Der Begriff *New World Order* fand hierbei vielfach Verwendung. Für die Beschreibung des geopolitischen Systems nach dem Ende des Kalten Kriegs taucht sie unter anderem in einer Rede des US-Präsidenten George Bush¹⁴¹² am 11. September 1990 auf.¹⁴¹³ Der Westen sah sich als Sieger des Kräftemessens mit der Sowjetunion, woraus sich – unter der Prämisse einer Fortführung der *Pax Americana*¹⁴¹⁴ – ein Führungsanspruch der USA als einzig verbliebende Supermacht ableiten ließ.¹⁴¹⁵ Die Bipolarität des Ost-West-Konfliktes und die damit verbundene Statik war aufgebrochen. Gleichzeitig kehrten aber auch eingefrorene Konflikte wieder zurück, die vor 1989 im Schatten des ideologischen Konfliktes zwischen Ost und West gestanden hatten. Hierzu zählen insbesondere ethnische und religiöse Kriege oder die Transitionskonflikte (Jugoslawien, Tschetschenien). Wenig verwunderlich scheint deshalb, dass der Politologe Samuel P. Huntington in seinem *Clash of Civilizations* auf Basis dieser Grenzlinien die Welt in Kulturräume einteilte.¹⁴¹⁶

Beide, sowohl Fukuyama als auch Huntington, sahen die geopolitische Wende des Jahres 1989 als Angelpunkt ihrer Thesen. Im Vergleich des geopolitischen Systems vor und nach den Wendejahren ergeben sich signifikante Unterschiede. Grundlegend ist in Bezug auf die jeweilige Weltordnung die Frage der Polarität, das heißt die Anzahl der jeweiligen Machtzentren. Bezüglich der Ordnung des Kalten Krieges wird von einer Bipolarität gesprochen, einem Gegensatz zwischen dem kommunistischen Osten und dem kapitalistischen Westen. Trotz dieser Zweiteilung gab es zwar kleinere Pole (*Bewegung der Blockfreien Staaten* oder andere sich neutral gebende Staaten), von klarer Dominanz hingegen waren die zentralen Machtpole in Moskau und in Washington. Vor diesem Hintergrund lässt sich – auch im Hinblick auf den Schwerpunkt der deutsch-polnischen Beziehungen – vereinfacht von einer Zweiteilung Europas sprechen. In der sich Anfang der neunziger Jahre entwickelnden geopolitischen Ordnung handelte es sich hingegen um eine multipolare Ordnung. In seiner faktischen Bedeutung also eine geopolitische Ordnung, die mehrere – hier mehr als zwei – Pole kennt, muss jedoch eine Einschränkung vorgenommen werden. Betont werden muss, die

¹⁴¹² George Herbert Walker Bush (1924–2018), US-amerikanischer Politiker (Republican Party), 1989–1993 US-Präsident, 1983–1989 US-Vizepräsident unter seinem Amtsvorgänger Ronald Reagan.

¹⁴¹³ *Address Before a Joint Session of the Congress on the Persian Gulf Crisis and the Federal Budget Deficit*. <https://www.presidency.ucsb.edu/documents/address-before-joint-session-the-congress-the-persian-gulf-crisis-and-the-federal-budget> (26.11.2020).

¹⁴¹⁴ In Anlehnung an die *Pax Romana* (*Römischer Frieden*) und die *Pax Britannica* (*Britischer Frieden*) beschreibt die *Pax Americana* eine von den USA dominierte Weltordnung. Vgl. MacDonald, James: *When globalization fails. The rise and fall of Pax Americana*. New York 2015.

¹⁴¹⁵ Zur Ordnung nach dem Ende des Kalten Krieges siehe auch Pietrzyk, Mark E.: *Explaining the Post-Cold War. An International Society Approach*. In: *International Journal on World Peace* 3 (2001), S. 31–54.

¹⁴¹⁶ Huntington, Samuel P.: *The Clash of Civilizations?* In: *Foreign Policy* 3 (1993), S. 22–49; Huntington, Samuel P.: *The clash of civilizations and the remaking of world order*. New York 1996.

Sonderstellung der Vereinigten Staaten in dieser Ordnung. Diese hatte sich ergeben aus dem Wegfall des sowjetischen Konterparts, wodurch Washington als einzig verbliebene Supermacht übrig blieb. Auf dieser Basis gab es zwar eine Zusammenarbeit der Großmächte, es bestand aber gleichzeitig keine Konkurrenz zur US-Dominanz. Die USA nehmen hierbei die Rolle eines *primus inter pares* ein. Washington sah sich weiterhin als *Leader of the Free World* an und nahm für sich in Anspruch diese *Freie Welt* auszubreiten. Der seit Januar 1993 amtierende US-Präsident Bill Clinton¹⁴¹⁷ beschrieb diesen Anspruch auf Ausbreitung der westlichen Ordnung 1993 vor der UN-Vollversammlung wie folgt:¹⁴¹⁸

In a new era of peril and opportunity, our overriding purpose must be to expand and strengthen the world's community of marketbased democracies. During the cold war we sought to contain a threat to the survival of free institutions. Now we seek to enlarge the circle of nations that live under those free institutions.

Die Ausbreitung zeigte sich bereits in der Struktur des Systems einer liberalen Weltordnung auf Basis des Völkerrechts und der Menschenrechte.¹⁴¹⁹ Vertreter dieser Ausbreitung gehen dabei davon aus, dass dies universale, also für alle Menschen auf der gesamten Welt gültige Rechte sind.¹⁴²⁰ Laut Eric Posner beruhte diese Ordnung auf der Fiktion einer Gleichrangigkeit aller Staaten auf Basis westlicher Menschenrechte.¹⁴²¹ Henry Kissinger beschreibt diese Ordnung der neunziger Jahre als „riesige Versuchung das internationale Umfeld nach dem amerikanischen Ebenbild umzugestalten“. Anders als unter Wilson (*isolationism at home*) und Truman (*Stalinist expansionism*) waren in der aus dem Ende des Kalten Krieges hervorgegangenen Ordnung die Vereinigten Staaten die einzige verbliebene Supermacht mit globalem Aktionsradius.¹⁴²²

Hinter diesen idealistischen Zielen einer Ausbreitung westlicher Vor- und Leitbilder darf die geopolitische Gefahr für die Vereinigten Staaten jedoch nicht vernachlässigt werden.

¹⁴¹⁷ William „Bill“ Jefferson Clinton (1946), US-amerikanischer Politiker (Democratic Party), 1993–2001 US-Präsident.

¹⁴¹⁸ *Address by President Bill Clinton to the UN General Assembly. Remarks to the 48th Session of the United Nations General Assembly.* <https://2009-2017.state.gov/p/io/potusunga/207375.htm> (27.1.2021).

¹⁴¹⁹ Posner, Eric: *Sorry, America, the New World Order is Dead.* <https://foreignpolicy.com/2014/05/06/sorry-america-the-new-world-order-is-dead/> (27.1.2021).

¹⁴²⁰ Natürlich kann darüber gestritten werden, ob es sich bei der Idee der Menschenrechte um ein rein westliches Konzept handelt. Vgl. Pollis, Adamantia: *Human Rights. A Western Construct with Limited Applicability.* In: *Moral issues in global perspective. Bd. I. Moral and Political Theory.* Hrsg. von Christine M. Koggel. Peterborough² 2006, S. 60–71; Shaheed, Ahmed / Parris Richter, Rose: *Is "Human Rights" a Western Concept?* <https://theglobalobservatory.org/2018/10/are-human-rights-a-western-concept/> (27.1.2021); Sharma, Arvin: *Are Human Rights Western? A Contribution to the Dialogue of Civilizations.* <https://www.un.org/en/chronicle/article/are-human-rights-universal> (26.1.2021).

¹⁴²¹ Posner, Eric: *Sorry, America, the New World Order is Dead.*

¹⁴²² Kissinger, Henry: *Diplomacy*, S. 805.

Grundlegendes Ziel der USA blieb die Vermeidung eines Hegemonen auf dem eurasischen Kontinent. Jedoch boten die neunziger Jahre eine solche Bedrohung nicht. Die neuentstandene Russländische Föderation¹⁴²³ war zu schwach, um die Nachfolge des sowjetischen Imperiums anzutreten. Auch China stellte zu diesem Zeitpunkt weder wirtschaftlich noch politisch eine größere Konkurrenz für die USA dar. Die europäischen Staaten, insbesondere jene der Europäischen Gemeinschaft, standen auf der Seite Washingtons und hatten weder einzeln noch gemeinsam das Potential die USA geopolitisch herauszufordern.

Bezüglich der Frage, wie lange diese Ordnung anhielt oder anhält, kann sich insbesondere der Historiker noch kein abschließendes Urteil erlauben. Viel spricht dafür, dass sich die geopolitische Ordnung zu Beginn des 21. Jahrhunderts verändert. Verbunden ist diese Frage oftmals mit einem vermeintlichen Ende der US-amerikanischen Hegemonie. Häufig ist die Rede vom Niedergang des US-amerikanischen Zeitalters.¹⁴²⁴ Aus dieser Sorge heraus entstand die *Make America Great Again*-Bewegung, an dessen Spitze der frühere US-Präsident Donald Trump¹⁴²⁵ steht. Die hier beschriebene multipolare Weltordnung kann als eine Art Übergangssystem verstanden werden, als „Indiz für einen Wechsel im System, aber nicht für einen Systemwechsel“.¹⁴²⁶ Bereits Kissinger mahnt seine US-amerikanischen Landsleute, dass eine Führungsrolle der USA in der bald 250-jährigen Geschichte der Vereinigten Staaten eher die Ausnahme als die Regel darstellt.¹⁴²⁷ Für den beschriebenen Zeitraum ist die US-Hegemonie in der geopolitischen Ordnung jedoch zweifelsohne gegeben und stellt einen Eckpfeiler einer angestrebten liberalen *New World Order* dar.

¹⁴²³ *Russländische Föderation* ist die genauere Übersetzung des russischen Toponyms *Rossijskaja Federacija*. Sie betont die Differenzierung zwischen *russkij* (auf das russische Volk bezogen) und *rossijskij* (die gesamte Staatlichkeit betreffend, die eine Vielzahl von Ethnien vereint). Wurzer, Georg: *Russische Föderation*. <https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/laender/russische-foederation> (27.11.2020), Anm. 1.

¹⁴²⁴ Andrews, Charles: *The Hollow Colossus*. 2015; Brown, Stuart S.: *The Future of US Global Power: Delusions of Decline*. 2013; Joffe, Josef: *The Myth of America's Decline*; Charles A Kupchan: *The end of the American era. US foreign policy and the geopolitics of the twenty-first century*. Knopf, New York 2002; Charles A Kupchan: *No One's World; The West, The rising rest, and the coming global turn*. Oxford University Press, Oxford 2012. Andrews, Charles: *The hollow colossus*. Oakland, California 2015; Brown, Stuart Scott: *The future of US global power. Delusions of decline* (= International political economy series). Houndmills, Basingstoke, Hampshire 2013; Joffe, Josef: *The Myth of America's Decline. Politics, Economics, and a Half Century of False Prophecies*. New York 2013; Kupchan, Charles A.: *The end of the American era. US foreign policy and the geopolitics of the twenty-first century*. New York 2003; Kupchan, Charles A.: *No one's world. The west, the rising rest, and the coming global turn*. New York 2013.

¹⁴²⁵ Donald John Trump (1946), US-amerikanischer Immobilienunternehmer und Politiker (*Democrats, Republicans*), 2017–2021 US-Präsident.

¹⁴²⁶ Kennert, Matthias: *Die Mär von der multipolaren Weltordnung. Hegemonie in der Sicherheitspolitik des 21. Jahrhunderts*. https://www.baks.bund.de/sites/baks010/files/arbeitspapier_sicherheitspolitik_5_2015.pdf (27.1.2021). [Arbeitspapier Sicherheitspolitik 5 (2015), S. 3].

¹⁴²⁷ Kissinger, Henry: *Diplomacy*, S. 810.

Diese Dominanz des Westens spiegelt sich auch in der Betrachtung der geopolitischen Ausrichtung des seit 1990 wiedervereinigten Deutschlands und der seit 1989 aus der kommunistischen Volksrepublik Polen hervorgegangenen Dritten Polnischen Republik (*III Rzeczpospolita*) wider. Vorwegnehmend kann gesagt werden, dass Deutschland in der Wiedervereinigung seinen *Langen Weg nach Westen* (Winkler) vorerst zur Vollendung bringt. Bezüglich Polen wird wiederum von einer *Rückkehr nach Europa* (*Powrót do Europy*) gesprochen. In Bezug auf beide Fälle soll die geopolitische Ausrichtung und Bedeutung im Folgenden näher analysiert werden.

6.2. Die Deutsche Frage nach 1990

Bedingt durch die Wiedervereinigung und die Auflösung des Ostblockes war Deutschland fortan an kein Frontstaat an der Peripherie der westlichen Welt mehr, sondern kehrte gleichfalls in die Mitte des Kontinents zurück. Es befand sich erneut an der *geostrategic crux* (Bruchzone) Europas. Dies war verbunden mit all jenen Gefahren, die die vorausgegangen Fallbeispiele bereits offenbart haben.¹⁴²⁸ Anders gesagt: Es bestand erneut die Frage des Umgangs mit dem deutschen Problem.

Aus der Wiedervereinigung ergab sich für die Bundesrepublik zunächst die offensichtliche Vergrößerung des eigenen Territoriums. Umfasste der alte westdeutsche Staat bis zum 3. Oktober 1990 249.000 km², erweiterte sich diese Fläche durch den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland auf knapp 358.000 km². Damit verbunden war gleichzeitig ein Anstieg der Anzahl der Bundesbürger von 63 Millionen auf fast 80 Millionen (1990). Gab es bis 1990 noch annähernd so viele Bundesbürger wie britische, französische und italienische Staatsbürger, stellte Deutschland nun mit Abstand das bevölkerungsreichste Land in Europa dar.¹⁴²⁹ Auch im Hinblick auf das Bruttoinhaltsprodukt vergrößerte sich der Abstand zwischen der deutschen und der britischen, französischen und italienischen Wirtschaft bis 1995 durchgängig.¹⁴³⁰ Deutschlands Streitkräfte erreichten 1990 in etwa die Größenordnung

¹⁴²⁸ Vgl. Banchoff, Thomas F.: *German Problem Transformed: Institutions, Politics, and Foreign Policy, 1945-1995 (Social history, popular culture, and politics in Germany)*. Ann Arbor 1999, S. 4: Dort mit Verweis auf Michael Stürmer ohne Angabe der Herkunft des Zitats.

¹⁴²⁹ Unter Ausklammerung Russlands.

¹⁴³⁰ BIP in US-Dollar in Billionen:

1989 – Deutschland 1,399; Frankreich 1,025; Großbritannien 0,926; Italien 0,928.

1990 – Deutschland 1,7717; Frankreich 1,269; Großbritannien 1,093; Italien 1,181; Polen 0,065.

1992 – Deutschland 2,131; Frankreich 1,401; Großbritannien 1,180; Italien 1,320; Polen 0,095.

1995 – Deutschland 2,586; Frankreich 1,601; Großbritannien 1,342; Italien 1,175; Polen 0,142.

Frankreichs (Bundeswehr 545.000, Französische Streitkräfte 550.000).¹⁴³¹ Deutschland verfügte damit in Europa über eine der größten Armeen, lag aber im internationalen Vergleich weit hinter den Streitkräften Chinas, der Vereinigten Staaten oder der Russländischen Föderation.¹⁴³²

Deutschlands Größe hatte zugenommen. Zwar zählte es nicht zu den größten Staaten der Welt, jedoch war es aufgrund seiner Wirtschaftskraft und seiner zentralen Lage prädestiniert, in Europa eine Führungsposition zu übernehmen. Es spielte somit für den europäischen Kontinent eine entscheidende Rolle, welche geopolitische Ausrichtung das wiedervereinigte Deutschland in Zukunft einnehmen würde. Gleichzeitig stellte sich vor allem für die europäischen Partner die Frage, wie mit einem vereinigten und erstarkten Deutschland umzugehen sei. Diese Frage konnte im Zeitraum des Ost-West-Konfliktes aufgrund der bereits beschriebenen Starrheit des geopolitischen Systems nicht beantwortet werden und wurde vertagt. Im Zuge der Wiedervereinigung hingegen galt es eine Antwort auf diese Frage zu finden. Diese Deutsche Frage konnte nicht von der Europäischen Frage getrennt werden – eine Erkenntnis zu der Michail Gorbačov¹⁴³³ bereits gekommen war.¹⁴³⁴ Es galt auch das vereinigte Deutschland in den europäischen Strukturen fest zu verankern. Erforderlich war somit ein europäisches Deutschland – denn die Alternative wäre womöglich ein deutsches Europa gewesen.¹⁴³⁵ Die Bedeutung einer festen Einbindung Deutschlands in die Strukturen der europäischen Integration wurde auch bei Deutschlands beiden größten Nachbarn erkannt. Die Französische Republik unter Präsident François Mitterrand¹⁴³⁶ erwog angeblich die Schaffung eines gemeinsamen Währungsraumes zur Bedingung für eine Vereinigung der beiden

¹⁴³¹ Dieser Stand veränderte sich bis 2000 um mehr als die Hälfte (238.000) und liegt heute bei 180.000 Angehörigen. Der Stand der Französischen Streitkräfte betrug im Jahre 2000 noch 389.400 Angehörige und fiel seitdem auf 307.000.

¹⁴³² Natürlich muss diesen Zahlen der Kommentar hinzugefügt werden, dass der reine Vergleich der Anzahl der Militärangehörigen kritisch zu sehen ist. Bestes Beispiel ist hierbei Nordkorea, das eine Armee unterhält, die zahlenmäßig in der Größenordnung des US-Militärs liegt. Jedoch ist davon auszugehen, dass die Streitkräfte der Vereinigten Staaten jenen der DVR Korea bei weitem überlegen sind. Aus den Zahlenbeispielen soll somit lediglich die Erkenntnis gezogen werden, dass Deutschland – allein schon aufgrund seiner wirtschaftlichen und demographischen Größe – innerhalb Europas über eine der größten Armeen verfügt. Aus globaler Sicht hingegen ist diese Größe zu vernachlässigen. Deutschlands militärische Stärke ist gering.

¹⁴³³ Michail Gorbačov (1931), sowjetischer Politiker (KPdSU), 1985–1991 Generalsekretär der KPdSU, 1990–1991 Präsident der Sowjetunion, Initiator der *Glasnost* (Offenheit) und *Perestrojka* (Umbau) in der sowjetischen Politik.

¹⁴³⁴ Simms, Brendan: *Europe. The struggle for supremacy. 1453 to the present*. London 2013, S. 488.

¹⁴³⁵ Es sei an dieser Stelle auf die Rede des Schriftstellers und Literaturnobelpreisträgers Thomas Mann vom 8. Juni 1953 in der Universität Hamburg verwiesen. Mann, Thomas: *Ansprache vor Hamburger Studenten*. In: Das Nebelhorn (12.6.1953), S. 1; erneut abgedruckt in: Mann, Thomas: *Reden und Aufsätze. Bd. 1* (= Stockholmer Gesamtausgabe X). Frankfurt (Main) 1965, S. 192–194.

¹⁴³⁶ François Mitterrand (1916–1996), französischer Politiker (PS), 1981 bis 1995 Staatspräsident der Republik Frankreich, 1954–1955 Innenminister, 1956–1957 Justizminister, 1971 bis 1981 Vorsitzender der Sozialistischen Partei, 1962 bis 1981 Deputierter der Nationalversammlung.

deutschen Staaten. „Deutschland kann nur dann auf die Wiedervereinigung hoffen, wenn es in einer starken Gemeinschaft steht“, hieß es aus dem Élysée-Palast.¹⁴³⁷ Ob es sich im Falle der Euro-Einführung wirklich um eine Bedingung für eine französische Zustimmung handelte oder nicht, ist umstritten. Jedoch scheint sich Frankreichs Position zu bestätigen, wonach der Prozess der europäischen Integration und die damit verbundene Fortführung der Einbindung Deutschlands einen Schutz vor einer deutschen Hegemonie in Europa boten.¹⁴³⁸

In Polen vertrat die seit August 1989 amtierende demokratische Regierung unter der Führung von Tadeusz Mazowiecki¹⁴³⁹ eine ähnliche Position wie Paris. Als der neue polnische Premier am 30. Januar 1990 erstmals in Brüssel vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarates sprach, gestand er den Deutschen das Recht auf Einheit zu. Gleichzeitig brachte er aber auch den Wunsch zum Ausdruck, wonach eine Antwort auf die Deutsche Frage gefunden werden müsse. Nach Meinung der polnischen Regierung galt es das Gleichgewicht in Europa beizubehalten.¹⁴⁴⁰ Als Außenminister Skubiszewski¹⁴⁴¹ wenige Tage später in Bonn mit Bundeskanzler Kohl¹⁴⁴² zusammentraf, brachte er für die polnische Regierung zum Ausdruck, dass Gesamtdeutschland in einem europäischen Sicherheitssystem eingebunden sein müsse. In keinem Fall dürfe es zu einer geopolitischen Neutralisierung der Bundesrepublik kommen.¹⁴⁴³

Die totale Gewissheit, dass die Berliner Republik den Gang der Bonner Republik „den Prozess der Schaffung einer immer engeren Union der Völker Europas“ fortsetzen werde, bestand nicht.¹⁴⁴⁴ Teils gab es eine Angst vor dem Erwachen des deutschen Riesen. Begründet war diese Sorge insbesondere in der Vermutung, dass die Deutschen irgendwann feststellen könnten, dass die Wiedervereinigung und das erneute Dasein als eine Großmacht belebender

¹⁴³⁷ Dieser „historische Deal“ wird vom damaligen Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble bestritten. Kröger, Michael: *Mitterrand forderte Euro als Gegenleistung für die Einheit*. <https://www.spiegel.de/politik/ausland/historischer-deal-mitterrand-forderte-euro-als-gegenleistung-fuer-die-einheit-a-719608.html> (27.1.2021). Auch der frühere Finanzminister Theo Waigel bestreitet dies. Er sieht vielmehr darin einen Versuch die Zustimmung Frankreichs nachträglich zu legitimieren. Schieritz, Mark / Pinzler, Petra: *„Wir waren doch keine Idioten“*. [Interview mit Theo Waigel, Klaus Regling und Jürgen Stark]. <https://www.zeit.de/2018/27/euro-einfuehrung-waehrungsunion-eu-reform> (27.1.2021) [Printausgabe 27/2018]. Gegenteilige Positionen finden sich in Vaubel, Roland: *Weshalb der Euro der Preis für die Wiedervereinigung war*. In: *Das Ende der Euromantik*. Hrsg. von Roland Vaubel. Wiesbaden 2018, S. 1–18.

¹⁴³⁸ Vgl. Plato, Alexander von: *Die Vereinigung Deutschlands - ein weltpolitisches Machtspiel* (= Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung 381). Bonn² 2003, S. 143–144.

¹⁴³⁹ Tadeusz Mazowiecki (1927–2013), polnischer Bürgerrechtler und Politiker (u.a. UD, UW, PD), 1989–1991 erster polnischer Premierminister der Dritten Republik.

¹⁴⁴⁰ Wilhelm, Justus: *Deutschland, Polen und die Politik in der NATO*, S. 70.

¹⁴⁴¹ Krzysztof Skubiszewski (1926–2010), Völkerrechtler und polnischer Politiker (unabhängig), 1989–1993 Außenminister Polens, zweimaliger Richter (*Judge ad hoc*) am Internationalen Gerichtshof in Den Haag.

¹⁴⁴² Helmut Kohl (1930–2017), deutscher Politiker (CDU), 1982–1998 deutscher Bundeskanzler, 1973–1998 CDU-Bundesvorsitzender.

¹⁴⁴³ Ebd., S. 61.

¹⁴⁴⁴ *Vertrag über die Europäische Union*. https://europa.eu/european-union/sites/europa.eu/files/docs/body/treaty_on_european_union_de.pdf (26.11.2020).

seien als die Kämpfe, Komplikationen und Kompromisse der europäischen Integration.¹⁴⁴⁵ Es bestünde die Gefahr, dass die Deutsche Einheit „heute ein schlafender, morgen ein bellender und übermorgen ein beißender Hund“ sein könne.¹⁴⁴⁶ Auch demoskopisch lässt sich diese Sorge in den frühen neunziger Jahren festhalten. In einer gemeinsam vom *Economist* und der *Los Angeles Times* im Januar 1990 in Auftrag gegebenen Umfrage waren 50 Prozent der Briten, 50 Prozent der Franzosen, 69 Prozent der Polen und zumindest 29 Prozent der Amerikaner in Furcht, ein wiedervereinigtes Deutschland könnte zum europäischen Hegemonen werden.¹⁴⁴⁷ Der US-Diplomat Richard Smyser brachte die Sorge vor den Deutschen, in einer Metapher zum Ausdruck.¹⁴⁴⁸

Nach Jahrzehnten auf dem Trockendock wird das große Schiff 'Germania' wieder zu Wasser gelassen. Die Zuschauer beobachten diese Aktion gebannt, mit einer Mischung aus Faszination, Hoffnung und Besorgnis.

Die Zahlen aus dem *Economist* lassen jedoch ebenso erkennen, dass große Minderheiten in den europäischen Nachbarstaaten sowie eine Mehrheit in den USA keine Sorgen vor einem wiedervereinigten Deutschland beziehungsweise einer deutschen Hegemonie zeigten. Bereits unmittelbar vor der Wende sprach Hans-Peter Schwarz von den *Gezähmten Deutschen*, die sich in der Vergangenheit machtbesessen gezeigt hätten, nun aber einer Machtvergessenheit zum Opfer gefallen wären.¹⁴⁴⁹ Peter Katzenstein attestiert den Deutschen in den neunziger Jahren, sie hätten den Terminus *Macht* aus ihrem Vokabular verbannt und ihn durch *politische Verantwortung* ersetzt.¹⁴⁵⁰ Matthias Jopp bezeichnet das Deutschland-Bild der europäischen Nachbarn nach 1990 als überwiegend positiv. Deutschland sei zu einem sanften Riesen und einer gezähmten Macht geworden. Es habe sich für Europa zu einem der wichtigsten oder strategischsten Partner, zu einem Unterstützer *in puncto* Wandel und Modernisierung und zu einem Anwalt neuer Beitrittskandidaten gewandelt. Deutschland wurde in dieser positiven Sichtweise zu einem *Brückenbauer* und *Mediator* zwischen Ost und West, Nord und Süd,

¹⁴⁴⁵ Banchoff, Thomas F.: *German Problem Transformed: Institutions, Politics, and Foreign Policy, 1945-1995 (Social history, popular culture, and politics in Germany)*, S. 6. Dort zit. n. Waltz, Kenneth N.: *The Emerging Structure of International Politics*. In: *International Security* 2 (1993), S. 71. Eine Gefahr, der für die Zukunft – gerade im Hinblick auf die Strukturen der EU – Beachtung geschenkt werden muss.

¹⁴⁴⁶ Burstein, Daniel: *Weltmacht Europa*. München 1991, S. 247.

¹⁴⁴⁷ Skelton, George: *One Germany: U.S. Unfazed, Europeans Fret*. <https://www.latimes.com/archives/la-xpm-1990-01-26-mn-704-story.html> (27.1.2021).

¹⁴⁴⁸ Smyser, William Richard: *Drei große Aufgaben sind zu bewältigen. Deutschlands zukünftige Rolle in der Welt*. In: FAZ (16.9.1992), S. 12.

¹⁴⁴⁹ Schwarz, Hans-Peter: *Die gezähmten Deutschen*. Stuttgart 1985: Schwarz ruft in seinem Werk Deutschland dazu auf, seine Größe und Macht zur Kenntnis zu nehmen und sich seiner Verantwortung zu stellen.

¹⁴⁵⁰ Katzenstein, Peter J.: *United Germany in an Integrating Europe*. In: *Tamed power*. Hrsg. von Peter J. Katzenstein. Ithaca 1997, S. 2.

zwischen den kleinen und den großen Staaten Europas.¹⁴⁵¹ Zwar war es faktisch richtig, dass Deutschland zu seiner alten Mittellage zurückgekehrt war, die der mitteleuropäischen Macht aber genauso seinen Nachbarn wiederholt Probleme eingebracht hatte. Dem konnte jedoch entgegnet werden, dass es sich um eine integrierte Mittellage handelte.¹⁴⁵² Mit Blick auf die Innenpolitik konnte Deutschland attestiert werden, dass es zu keinen größeren Veränderungen auf der politischen Bühne Deutschlands kam. Selbst die schwarz-gelbe Regierungsmehrheit wurde durch die ersten gesamtdeutschen Wahlen nicht in Frage gestellt.¹⁴⁵³ Rechtsradikale und rechtsextreme Parteien waren in der politischen Landschaft der Bundesrepublik in den Jahrzehnten vor der Wende schwach.¹⁴⁵⁴ Zwar bestand in den Jahren unmittelbar nach der Wiedervereinigung eine leichte Ausländerfeindlichkeit, diese legte sich allerdings in den kommenden Jahren und führte zu keinerlei Besorgnis im Ausland.¹⁴⁵⁵ Zusammenfassend konnte gesagt werden, dass sich die deutsche Demokratie bis 1990 in seiner fast über 40-jährigen Geschichte bewährt hatte.

Generell bestand mit Blick auf die Zukunft eine Furcht vor einer zur alten Stärke zurückkehrenden deutschen Großmacht. Zur Entkräftung dieser Ängste musste Deutschland gewisse Eingeständnisse machen. Es musste an einer Verankerung seiner Außenpolitik im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft sowie der NATO festhalten. In Europa nahm die Befürchtung zu, dass Deutschland aufgrund seines Nationalcharakters aber auch seiner Größe eine Dominanz in Europa schaffen werde.¹⁴⁵⁶ Hinzu kam der Aspekt, dass es nicht nur darum ging, Europa vor einer deutschen Dominanz zu schützen, sondern auch die Deutschen aufgrund ihrer Größe vor sich selbst zu bewahren.¹⁴⁵⁷

¹⁴⁵¹ Jopp, Matthias: *Perceptions of Germany's European Policy an Introduction*. In: *Germany's European policy. Perceptions in key partner countries*. Hrsg. von Mathias Jopp, Heinrich Schneider u. Uwe Schmalz. Bonn 2002, S. 12.

¹⁴⁵² Vgl. Handl, Vladimír: *Germany and the Visegrad countries between dependence and asymmetric partnership?* (= Studien zur internationalen Politik 2002,3). Hamburg 2002, S. 13–14.

¹⁴⁵³ Die Gewinne und Verluste der im Bundestag vertretenen Parteien lagen bei der am 2. Dezember 1990 stattgefundenen Bundestagswahl zwischen 0,5 und 4,5 Prozentpunkten. Auch bei der Volkskammerwahl 1990 in der DDR stellten konservativ-liberale Kräfte eine Mehrheit.

¹⁴⁵⁴ Seit den sechziger Jahren war zunächst keiner rechtsradikalen oder rechtsextremen Partei der Einzug in ein Landesparlament geglückt. 1989 gelang den Republikanern ein Achtungserfolg bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus, der Europawahl sowie einigen Landtagswahlen. Politisch waren diese Erfolge jedoch Randerscheinungen.

¹⁴⁵⁵ Begründet war dieser neben einem angestiegenen Zuzug von Spätaussiedlern aus der ehemaligen Sowjetunion vor allem durch den Anstieg der Asylbewerberzahlen aus Afrika und Asien sowie Jugoslawien. Zu Ausschreitungen kam es in Hoyerswerda (September 1991), Rostock-Lichtenhagen (August 1992) sowie Mordanschlägen in Mölln (November 1992) und in Solingen (Mai 1993).

¹⁴⁵⁶ Haftendorn, Helga: *Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung*. Stuttgart, München 2001, S. 387–388.

¹⁴⁵⁷ Zu dieser Erkenntnis kam bereits unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg Röpke, Wilhelm: *The solution of the German problem*. New York 1948, S. XIV.

Die Bundesregierung war dementsprechend bemüht, den Eindruck zu vermeiden, Deutschland strebe eine neue Rolle als Hegemon in einem deutschen Europa an. Wenige Tage vor der Wiedervereinigung äußerte sich Außenminister Hans-Dietrich Genscher¹⁴⁵⁸ dahingehend, dass das vereinigte Deutschland in Europa ein größeres Gewicht haben werde. Auch sei klar, dass sich nicht nur die europäischen Regierungen darum Gedanken machen würden, „wie die Deutschen dieses größere Gewicht nutzen werden“. Genscher definierte hieraus die neue deutsche Rolle: „Mit diesem größeren Gewicht streben wir nicht nach mehr Macht, wohl aber sind wir uns der größeren Verantwortung bewußt, die daraus erwächst“.¹⁴⁵⁹ Ähnlich äußerte sich der Bundesaußenminister vor den Vereinten Nationen:¹⁴⁶⁰

Als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa wollen wir dem Frieden der Welt dienen. Diese Verpflichtung aus der Präambel unseres Grundgesetzes bestimmt unsere Politik. Sie ist die Absage an Machtpolitik, sie bedeutet Politik der Verantwortung.

In einer *Botschaft der Bundesregierung zum Tag der Deutschen Einheit 1990 an alle Regierungen der Welt* betonte wenige Tage darauf auch Helmut Kohl:¹⁴⁶¹

Wir wissen, daß wir mit der Vereinigung auch größere Verantwortung in der Völkergemeinschaft übernehmen. Unsere Außenpolitik bleibt deshalb ausgerichtet auf weltweite Partnerschaft, enge Zusammenarbeit und friedlichen Interessensausgleich.

Zweimal fällt hier das Wort der Verantwortung. In beiden Fällen wird sie aus der hinzugewonnen Größe Deutschlands hergeleitet. Im Spannungskreis zwischen Macht, Größe und Verantwortung deutet sich ein gewisser Spagat bereits an, den Deutschland zu leisten hat. Zum einen besteht die Gefahr, dass Deutschland aufgrund seiner Größe und seines Einflusses Furcht und Misstrauen bei seinen direkten und indirekten Nachbarn erweckt. Zum anderen jedoch ist von Deutschland möglicherweise eine größere Verantwortung durch eben diese Nachbarn zu erwarten. Verantwortung kann hierbei einerseits bedeuten, einem Anspruch sich einzubringen nachzukommen. Andererseits könnte es aber bedeuten, dass der Begriff der

¹⁴⁵⁸ Hans-Dieter Genscher (1927–2016), deutscher Politiker (FDP), 1974–1992 Bundesaußenminister, zuvor bereits 1969–1974 Bundesinnenminister, 1974–1985 FDP-Bundesvorsitzender.

¹⁴⁵⁹ Genscher, Hans-Dietrich: Regierungserklärung zum Einigungsvertragsgesetz. In: *Verhandlungen des Deutschen Bundestages. 11. Wahlperiode. Stenographische Berichte. Band 154 (Plenarprotokolle 11/219-11/236)*. Bonn 1990, S. 17804 [Sitzung von 20. September 1990].

¹⁴⁶⁰ Bredow, Wilfried von: *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland*. Wiesbaden 2006, S. 203.

¹⁴⁶¹ *Botschaft des Bundeskanzlers an alle Regierungen der Welt zum Tag der Deutschen Einheit*. <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/bulletin/botschaft-des-bundeskanzlers-an-alle-regierungen-der-welt-zum-tag-der-deutschen-einheit-787720> (27.1.2021).

Verantwortung eine angestrebte Hegemonie kaschieren sollte. Bogdan Koszel bringt dies treffend auf den Punkt:¹⁴⁶²

Die Deutschen verstehen sehr gut, dass sie ihre Größe mit Vorsicht nutzen müssen, um Europa nicht zu verärgern. Aber sie müssen ebenso vorsichtig sein, um nicht den Eindruck zu erwecken, dass sie Verantwortung für sein Schicksal von sich weisen oder versuchen einen dritten Weg (Sonderweg) zu finden.

Die Frage, in welcher Form Deutschland die von Kohl und Genscher formulierte Verantwortung zu übernehmen gedachte, war verbunden mit der Frage, ob es sich beim wiedervereinigten Deutschland um eine Großmacht handele. Großmacht sei hierbei als ein Staat (oder Staatengruppe) definiert, „der [oder die] im internat[ionalen] Kräftefeld aufgrund seiner polit[ischen], militär[ischen] und wirtschaftl[ichen] Stärke die Fähigkeit besitzt, seine Ansprüche gegenüber anderen Staaten [...] durchzusetzen, diese in ihrer Politik zu beeinflussen und auf die Beziehungen er Staaten untereinander bestimmend einzuwirken“ und/oder die über einen Einfluss auf geopolitische Konstellationen verfügten.¹⁴⁶³ Um die deutsche Macht zu analysieren bietet sich eine Betrachtung der harten und weichen Macht (*hard/soft power*) der Bundesrepublik an.¹⁴⁶⁴ Als *hard power* bezeichnet Joseph S. Nye die Fähigkeit Druck auf andere auszuüben. Dies kann beispielsweise über militärischen oder wirtschaftlichen Druck geschehen. Als *soft power* hingegen verstehen wir, sich selbst als Macht attraktiv und nachahmenswert zu halten. Diese Attraktivität kann über die Kultur, die Diplomatie, politische Werte und Institutionen oder auch die Bildung gewonnen werden. In der Frage, ob nun *hard* oder *soft power* die Machtausübung eines Staates stärker definiert, ist die Antwort situationsabhängig. In einer kriegerischen Auseinandersetzung dominieren selbstverständlich die Faktoren der *hard power*. In einer Zeit, in der vom *Ende der Geschichte* die Rede ist und Konflikte zumindest zwischen demokratischen Staaten kaum mehr auf dem Schlachtfeld ausgetragen werden (*Demokratischer Frieden*), rückt hingegen die *soft power* wesentlich stärker in den Vordergrund. Während dieser Trend leicht zu beobachten und damit nachzuvollziehen ist, besteht jedoch eine Schwierigkeit darin, die Macht eines Staates empirisch zu messen. Einfacher und auch nützlicher hingegen scheint die Beantwortung der Frage, ob die Macht Deutschlands durch die Wiedervereinigung signifikant zugenommen hat.

¹⁴⁶² Koszel, Bogdan: *Hegemon czy partner? Zjednoczone Niemcy w nowej Europie*. In: *Rocznik polsko-niemiecki* (1993), S. 101.

¹⁴⁶³ *Großmacht*. In: *Brockhaus. Enzyklopädie in 30 Bänden*. Leipzig, Mannheim ²¹ 2006, S. 477.

¹⁴⁶⁴ Die Einteilung geht zurück auf den Politologen Nye, Joseph S.: *Soft Power*. In: *Foreign Policy* 3 (1990); Nye, Joseph S.: *Bound to lead. The changing nature of American power*. New York 1990; Nye, Joseph S.: *The powers to lead. Soft, hard, and smart*. New York, Oxford 2008.

Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass die Bundesrepublik ihr Territorium und ihre Bevölkerung durch die Wiedervereinigung vergrößern konnte. Aber war hiermit ein wirklicher Machtzuwachs verbunden? Ein größerer Einfluss in der Betrachtung der *soft* und *hard power* wird von Hanns W. Maull verneint. Er sieht keine durch die Einheit erfolgte Veränderung. Der Machtzuwachs, der Deutschland somit nur unterstellt würde, sei rein psychologischer Natur. Er resultiere aus der bloßen Angst vor einem deutschen Machtzuwachs.¹⁴⁶⁵ Die Frage nach einem tatsächlichen Machtgewinn lässt sich schwer beantworten. Es muss aber zur Kenntnis genommen werden, dass ein solcher Zugewinn von den Nachbarn und Partnern psychologisch wahrgenommen wurde. Auch in Polen herrscht in den neunziger Jahren eine Debatte über die Gefahr einer deutschen Hegemonie in Europa.¹⁴⁶⁶ Das polnische Außenministerium kam in einer Expertise zu der These, dass das vereinigte Deutschland nicht nur auf europäischer Ebene, sondern auch in der Weltpolitik die Rolle einer Großmacht übernehmen werde. Aus Sicht der polnischen Diplomatie könnte dies für Warschau Vor- und Nachteile haben.¹⁴⁶⁷

Der Begriff der Großmacht wurde in der deutschen Politik – wie bereits an den oben genannten Zitaten erkennbar – vermieden beziehungsweise gar bestritten. Schöllgen hingegen greift den Begriff der Großmacht bewusst auf, in dem er beispielsweise die Frage stellt, was die deutsche Großmacht auf dem Weg ins 21. Jahrhundert tun könne.¹⁴⁶⁸ Im Begriff der *Zivilmacht* führt Maull hingegen einen weiteren Begriff in die Debatte ein.¹⁴⁶⁹ Diese stellt den Primat der Diplomatie in den Vordergrund. Eine *Zivilmacht* lehnt hierbei militärische Einsätze nicht grundlegend ab, sondern ist notfalls zum Einsatz militärischer Gewalt bereit.¹⁴⁷⁰ Gleichfalls vertreten sie – da sie auch Mächte sind – Machtinteressen in der Außenpolitik.¹⁴⁷¹ Wird die *Zivilmacht* der *Großmacht* gegenübergestellt, erscheinen die Unterschiede zwischen beiden vor allem in den neunziger Jahren verschwimmend. So ist festzustellen, dass die Großmächte in

¹⁴⁶⁵ Maull, Hanns W.: *Großmacht Deutschland?*, S. 59.

¹⁴⁶⁶ Zur polnische Debatte über Deutschlands Rolle als Hegemon siehe exemplarisch: Koszel, Bogdan: *Hegemon czy partner?*, S. 95–108; vgl. Buras, Piotr / Cichocki, Marek A.: *German European policy - a Polish perspective* 2002, S. 200.

¹⁴⁶⁷ *Zusammenfassung der Europaabteilung des Außenministeriums nach einer Expertenrunde über die polnische Deutschlandpolitik.* In: *Polska wobec zjednoczenia Niemiec 1989–1991. Dokumenty dyplomatyczne.* Hrsg. von Włodzimierz Borodziej. Warszawa 2006, S. 425.

¹⁴⁶⁸ Schöllgen, Gregor: *Geschichte als Argument. Was kann und was muss die deutsche Großmacht auf dem Weg ins 21. Jahrhundert tun?* In: *Interantionale Politik* 2 (1997), S. 1–7.

¹⁴⁶⁹ Maull, Hanns W.: *Deutschland als Zivilmacht*, S. 73–84.

¹⁴⁷⁰ Maull, Hanns W.: *Zivilmacht Bundesrepublik Deutschland. Vierzehn Thesen für eine neue deutsche Außenpolitik.* In: *Europa Archiv* 10 (1992), S. 273.

¹⁴⁷¹ Dembinski, Matthias: *Kein Abschied vom Leitbild "Zivilmacht". Die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik und die Zukunft europäischer Außenpolitik* (= HSFK-Report 2002,12). Frankfurt (Main) 2002, S. 3.

erster Linie Ziele auf diplomatischem Wege, notfalls über politischen und wirtschaftlichen Druck (*hard power*) durchzusetzen versuchen.

Hinzukommt eine weitere, nicht zu unterschätzende geographische Komponente. Dieses größere Deutschland liegt nicht mehr an der Peripherie einer Einflussphäre, sondern nimmt nach der Wiedervereinigung und dem Ende der Bipolarität einen Platz in der Mitte des europäischen Kontinents ein. Unabhängig von seiner wirtschaftlichen und politischen Größe wird Deutschland allein schon durch diese geographische Lage zum Dreh- und Angelpunkt sowie zum bereits erwähnten Mittler zwischen unterschiedlichen Himmelsrichtungen – allen voran Ost und West. Diese Mittellage Deutschlands wurde in den neunziger Jahren von einigen Historikern stark in den Vordergrund gestellt. Sie birgt zentrale Vor- und Nachteile. Als Kernland eines sich vereinigenden Europas ist eine gewisse Position bereits vorgegeben. Es scheint schwer eine Entscheidung in Europa zu treffen, die Deutschland ausschließt. Gleichzeitig bedeuten Lage und Größe aber ebenfalls, dass Deutschland auf seine europäischen Nachbarn angewiesen ist. Es ist zu groß, um ignoriert zu werden – gleichzeitig könnte es aber auch zu klein sein, um Europa anzuführen. Des Weiteren befand sich Deutschland in der Mitte eines „west-östlichen Entwicklungsgefälles“, wobei es „nach Osten hin [ein] rapide zunehmend[es] Stabilitätsgefälle“ vorfand.¹⁴⁷² Die Mittellage stellt für den deutschen Nationalstaat eine Konstante dar, die lediglich vom Ost-West-Konflikt unterbrochen wurde. Genauso wie von 1871 bis 1945 stellte diese Lage erneut einen Eckpfeiler der geopolitischen Situation Deutschlands dar. Anders als in den Jahren zwischen Reichseinigungskriegen und Zweitem Weltkrieg, in denen Deutschland um seine starke Stellung im Zentrum Europas bemüht war, befand es sich in den neunziger Jahren in einer integrierten Mittellage. Es scheint umstritten, ob Deutschland bereit war eine Führungsrolle in Mitteleuropa anzustreben.¹⁴⁷³

In Hinblick auf die bipolare Teilung des Ost-West-Konflikts ist es nicht nur Deutschland, das erneut diese Mittellage einnimmt. Vielmehr taucht mit Mitteleuropa ein geographischer Raum erneut auf, der nach 1945 in der Bipolarität der auch Europa umfassenden geopolitischen Ordnung verschwunden war. Durch den Zusammenbruch des Ostblockes bot sich für die geographisch in der Mitte Europas liegenden Staaten Polen, die Tschechoslowakei (seit 1992 Tschechien und die Slowakei) und Ungarn ein neuer Handlungsspielraum an. Gleichzeitig sahen sie sich einem möglichen deutschen Einfluss ausgesetzt. Von *Mitteleuropa* war bereits

¹⁴⁷² Winkler, Rainer: *Deutschlands geopolitische Lage im sich wandelnden Europa*. In: *Welttrends* 6 (1995), S. 102.

¹⁴⁷³ Vgl. Wolf-Powęska, Anna: *Chancen und Risiken der Mittellage der Deutschen*. In: *Welttrends* 4 (1994), S. 60.

in einem geopolitischen Kontext die Rede. In den neunziger Jahren hatte Mitteleuropa wieder das Potenzial, zum geopolitischen Begriff zu werden. Wenn davon die Rede ist, dass Deutschland zu schwach sei, um zum europäischen Hegemonen aufzusteigen, hieß dies jedoch nicht, dass es nicht Mitteleuropa unter seine Dominanz bringen konnte. Vielfach war man der Auffassung, Deutschland verweigere eine Führungsrolle unter den Staaten Mitteleuropas beziehungsweise strebe keine Schaffung eines Naumannschen *Mitteleuropas* an.¹⁴⁷⁴ Eine gefährliche Rückkehr zur „Ideologie der Mitte“ sah unterdessen der Soziologe Jürgen Habermas bereits 1986. Den von ihm als Revisionisten bezeichneten Historikern Michael Stürmer und Andreas Hillgruber unterstellte er ein „geopolitischen Tamtam von ‚der alten europäischen Mittellage der Deutschen‘“ sowie eine „Rekonstruktion der zerstörten europäischen Mitte“ zu betreiben.¹⁴⁷⁵ Beide, Stürmer wie Hillgruber, verweisen beziehungsweise auf Deutschlands geographische Lage auf die sich daraus ergebenden Herausforderungen, die für Deutschland wie auch bereits für Preußen bestanden hätte. Im Zuge des Historikerstreits der achtziger Jahre wurden diese Thesen auch als Versuch einer Rechtfertigung, einer „Entschuldigungsstrategie“ für die deutsche Geschichte verstanden.¹⁴⁷⁶

Die Mittellage Deutschlands bot für die neunziger Jahre ein Machtpotenzial, das unterschiedlich genutzt werden konnte. Zwar stellte es für Deutschland wie auch seine Nachbarn eine Gefahr, gleichzeitig aber auch eine Chance dar. Die deutsche Geschichte zeigte aber insbesondere, dass diese Lage gewisse geopolitische Gefahren mit sich brachte. In jedem Fall trug die erneute Mittellage zu einer Stärkung der deutschen Macht bei: einer tatsächlichen Stärkung durch seine faktische Lage im Zentrum des Kontinents, in der es sich seine *hard* und *soft power* zu nutzen machen konnte – aber auch zu einer psychologischen Stärkung in der Wahrnehmung durch die europäischen Nachbarn.

Wie groß die Machtposition Deutschlands war, lässt sich leider nicht mathematisch beziffern. Der von Maull beschriebene psychologische Faktor ist womöglich hier der ausschlaggebende *in puncto* Wahrnehmung der deutschen Machtposition in Europa sowie in der

¹⁴⁷⁴ Handl, Vladimír: *Germany and the Visegrad countries between dependence and asymmetric partnership?*, S. 14; Hellmann, Günther: *Goodbye Bismarck? The Foreign Policy of Contemporary Germany*. In: *Mershon International Studies Review* 40 (1996), S. 17.

¹⁴⁷⁵ Habermas, Jürgen: *Eine Art Schadensabwicklung. Die apologetischen Tendenzen in der deutschen Zeitgeschichtsschreibung*. In: *Historikerstreit. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung*. München⁸ 1991, S. 75.

¹⁴⁷⁶ Vgl. Josten, Daniel: *Gibt es eine Renaissance der Geopolitik?*, S. 21–24; Wehler, Hans-Ulrich: *Entsorgung der deutschen Vergangenheit? Ein polemischer Essay zum Historikerstreit*. München 1988; Meyer, Robert: *Europa zwischen Land und Meer. Geopolitisches Denken und geopolitische Europamodelle nach der "Raumrevolution"*. Göttingen 2014, S. 115–139; Dort Verweis auf Wippermann: *Grenzen und Räume. Zur Renaissance der Geopolitik*. In: *Grenzlandidentitäten im Zeitalter der Eurointegration*. Hrsg. von Krzysztof Glass, Janez Kranjc, Oto Luthar. Wien, Poznań 1998, S. 18.

Welt. Die Grundlagen für diese Wahrnehmung sind vielfältig. Offensichtlich ist zunächst die zuvor beschriebene zunehmende territoriale wie demographische Größe. Demnach gibt es nach 1990 nicht mehr zwei deutsche Teilstaaten im Einflussbereich zweier Supermächte, sondern ein einziges größeres Deutschland, um das Sorge besteht, es könne sich diese Größe und geographische Lage erneut zum Schaden der anderen zu Nutzen machen.

Hinzu kommt aus Sicht der europäischen Nachbarn eine historische Komponente, die einen starken Effekt auf die Warnung Deutschlands hatte. Seit 1945 hatte kein deutscher Einheitsstaat mehr bestanden. Zwar war Deutschland nach dem Krieg nicht erneut einer Kleinstaaterei zum Opfer gefallen, jedoch ging von beiden deutschen Staaten keine direkte Bedrohung aus. In den 45 Jahren der Teilung konnte von keinem *Koloss Germania* die Rede sein. Mit der Wiedervereinigung Deutschlands fand sich erneut ein deutscher Nationalstaat in der Mitte des europäischen Kontinents wieder. Dies musste zwangsläufig jenen Völkern, die in der Vergangenheit unter einer deutschen Dominanz gelitten hatten, Sorgen bereiten. Dies betraf die Polen und Franzosen als direkte Nachbarn genauso wie die Briten als dem Kontinent vorgelagerte Macht. Wenig überraschend erscheinen die obengenannten Umfrageergebnisse aus diesen Ländern. Ebenso wenig überraschen die Reaktionen europäischer Staats- und Regierungschefs wie Margret Thatcher¹⁴⁷⁷ oder François Mitterrand auf die deutsche Einheit und ihre Folgen. Das Fundament für den von Maull beschriebenen psychologischen Faktor kann besonders historisch begründet werden.

Deutschlands Macht beruhte dagegen nicht auf einer Angst seiner Nachbarn. Aber die Furcht wie Deutschland sich fortan geopolitisch auf der Weltbühne zu bewegen pflegte, erforderte von den Nachbarn große Aufmerksamkeit. Für die Bundesregierung galt es gleichzeitig eine geeignete Antwort auf die Frage der geopolitischen Ausrichtung zu finden. In Smysers Metapher des großen Schiffs *Germania* erwähnt dieser auch die Offiziere:¹⁴⁷⁸

Die Offiziere an Bord, besonders die älteren, sind eher melancholisch als begeistert. Sie blicken nach vorn, sehen aber auch die Vergangenheit [...] Sie sind sich der Zweifel der Zuschauer bewußt und teilen einige davon. Trotzdem wollen sie weiter vorankommen, sie müssen es sogar.

Um in der Sprache des Smyserschen Bildes zu bleiben, stellte sich somit die Frage, welchen Kurs Deutschland einzuschlagen gedachte oder noch genauer gefragt: Konnten die europäischen Partner auf eine Kontinuität der geopolitischen Ausrichtung Deutschlands

¹⁴⁷⁷ Margret Thatcher (1925–2013), britische Politikerin (Torries), 1979–1990 Premierministerin des Vereinigten Königreiches.

¹⁴⁷⁸ Smyser, William Richard: *Drei große Aufgaben sind zu bewältigen. Deutschlands zukünftige Rolle in der Welt: Drei große Aufgaben sind zu bewältigen. Deutschlands zukünftige Rolle in der Welt*, S. 12.

vertrauen oder würde Deutschland in einen Sonderweg verfallen? Wiederum ist es Deutschlands Größe, die eine strategische Ausrichtung fordert. Gerade die unmittelbaren Monate nach der Wiedervereinigung konnten in den Hauptstädten der westlichen Welt die Befürchtung aufkommen lassen, dass das wiedervereinigte Deutschland zunehmend auf Alleingänge setze. So schloss sich Deutschland im Zuge des Zweiten Golfkrieges, anders als viele westliche Staaten, nicht den von den Vereinigten Staaten geführten Koalitionsstreitkräften an, die im Zuge der militärischen Operationen *Desert Shield* und *Desert Storm* gegen den Irak vorgingen.¹⁴⁷⁹ Die deutsche Zurückhaltung¹⁴⁸⁰ hatte zum einen konstitutionelle Gründe, die so genannte *Out-of-Area*-Einsätze (gemeint ist das NATO-Gebiet) verfassungswidrig machten.¹⁴⁸¹ Zum anderen waren militärische Einsätze der Bundeswehr der deutschen Öffentlichkeit Anfang der neunziger Jahre nicht vermittelbar. Hierin lässt sich jedoch gleichzeitig ein deutliches Zeichen erkennen, wie zurückhaltend Bonn die Bundeswehr zum Einsatz brachte.

Als weitere Alleingänge der frühen neunziger Jahre wurde ebenfalls die im Dezember 1991 vorbereitete Anerkennung der früheren jugoslawischen Teilrepubliken Kroatien und Slowenien angesehen. Trotz französischer Zurückhaltung und britischem wie US-amerikanischem Widerstand konnte sich die Bundesrepublik in ihrer Position durchsetzen. Gelegentlich wird Deutschland hier vorgeworfen, es habe durch sein Handeln die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien zerschlagen. Wäre dem so gewesen, hätte es sich um einen bezeichnenden Akt gehandelt. Jedoch ist ein solcher Vorwurf zu bestreiten.¹⁴⁸²

Als drittes Beispiel kann die wiederholte Erhöhung des Leitzinses durch die Deutsche Bundesbank bis Ende 1991 genannt werden. Diese war ohne europäische Absprachen vorgenommen worden, was zu einer Verstimmung unter den europäischen Wirtschaftspartnern führte.¹⁴⁸³

¹⁴⁷⁹ Im August 1990 hatte der von Saddam Hussein (1937–2006) geführte Irak das benachbarte Kuwait überfallen und annektiert. Auf Basis einer Resolution des UN-Sicherheitsrates (nach finanzieller Unterstützung aus Washington auch mit Unterstützung der UdSSR) wurde Kuwait von den Koalitionsstreitkräften befreit.

¹⁴⁸⁰ Deutschland leistete in erster Linie eine finanzielle Unterstützung für die Koalition, die sich auf fast 17 Milliarden DM belief, was in etwa einem Fünftel der Gesamtkosten des Konflikts entsprach. Hinzukam eine militärische Absicherung im Mittelmeer sowie in der Türkei im Rahmen des NATO-Bündnisses.

¹⁴⁸¹ Dies bezieht sich verfassungsrechtlich auf den Artikel 24 des Grundgesetzes.

¹⁴⁸² Genscher bestreite dies mit dem Verweis auf die Tatsache, dass die Auflösung Jugoslawiens als Föderation zu diesem Zeitpunkt „längst unumkehrbar war“. „Von einer Sonderrolle Deutschlands kann nicht die Rede sein“, so der frühere Bundesaußenminister. *Hans-Dietrich Genscher im Gespräch. "Von einer Sonderrolle Deutschlands kann nicht die Rede sein"*. <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/hans-dietrich-genscher-im-gespraech-von-einer-sonderrolle-deutschlands-kann-nicht-die-rede-sein-11576918.html> (28.1.2021).

¹⁴⁸³ Deubner, Christian: *Die Wiedervereinigung der Deutschen und die Europäische Gemeinschaft*. In: *Gesamteuropa. Analysen, probleme und entwicklungsperspektiven*. Hrsg. von Cord Jakobeit u. Alparslan Yenal 1993, S. 405.

Jenes Handeln sorgte bei den europäischen und transatlantischen Partnern für Missfallen.¹⁴⁸⁴ Insbesondere das Beispiel des Golfkrieges zeigte, dass Deutschland nach 40 Jahren Teilung wenig mit Weltpolitik anfangen konnte. So fiel es Bonn wesentlich schwerer, sich in der neuen Position zurecht zu finden und einer von Deutschland geforderten globalen Verantwortung gerecht zu werden. Die deutsche Bevölkerung war auf Militäreinsätze im Ausland nicht eingestellt und nahm insgesamt vor dem Hintergrund der deutschen Vergangenheit sicherheitspolitisch eine zurückhaltende Haltung ein. Erst allmählich fand sich in Deutschland eine größere Bereitschaft zu derartigen Einsätzen. Maßgeblich war hierbei neben einer Debatte zu diesen Fragen in den Jahren 1990 bis 1994 ebenfalls das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 12. Juli 1994.¹⁴⁸⁵ Neben einem ausgeprägten Pazifismus fehlte es den Deutschen nach 1945 aber vor allem an militärischen Erfahrungen, über die andere europäische Großmächte verfügten. Da Deutschland seit 1919 keine Kolonien mehr hatte, mangelte es ihm auch an der Erfahrung der Dekolonialisierung.¹⁴⁸⁶ Damit verbunden war das Fehlen einer globaleren Dimension sowie die Bereitschaft sich über den europäischen beziehungsweise den EG/EU-Rahmen zu engagieren. „Von deutscher Drückebergerei“ war unter den Befürwortern eines größeren deutschen Engagements in der Weltpolitik die Rede.¹⁴⁸⁷ Diese Position herrschte insbesondere in den Reihen der CDU/CSU-FDP-Koalition vor. Die SPD lehnte diese Position zunächst ab, sprach sich aber 1992 in der so genannten Petersberger Wende unter anderem für zukünftige Auslandseinsätze im Rahmen von UN-Mandaten aus. Regierung wie Opposition nahmen damit dennoch eine zurückhaltende Position gegenüber Auslandseinsätzen ein, da sie sich beide diese nur im Rahmen internationaler Organisationen vorstellen konnten. Eine wirkliche Bedrohung durch Deutschlands militärische Macht ließ sich hierdurch nicht ableiten. Deutschlands Zurückhaltung zeigte sich insbesondere in den Jugoslawienkriegen bis 2001. In den Bekundungen deutscher Politiker dienten militärische Einsätze nicht als Durchsetzung nationaler Interessen, sondern einem höherwertigen moralischen Ziel. Beispielhaft dafür ist die Rechtfertigung des Bundesaußenministers Josef

¹⁴⁸⁴ Schöllgen, Gregor: *Angst vor der Macht*, S. 33.

¹⁴⁸⁵ Zur Out-of-Area-Debatte siehe Philippi, Nina: *Bundeswehr-Auslandseinsätze als außen- und sicherheitspolitisches Problem des geeinten Deutschland* (= Europäische Hochschulschriften : Reihe 31, Politikwissenschaft 318). Frankfurt am Main 1997; Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes hierzu von 1994 ist einsehbar unter *BVerfGE 90, 286 - Out-of-area-Einsätze*. <https://www.servat.unibe.ch/dfr/bv090286.html> (28.1.2021); Siehe auch das *Gesetz über die parlamentarische Beteiligung bei der Entscheidung über den Einsatz bewaffneter Streitkräfte im Ausland (Parlamentsbeteiligungsgesetz)*. <https://www.gesetze-im-internet.de/parlbG/BJNR077500005.html> (28.1.2021).

¹⁴⁸⁶ Vgl. Schöllgen, Gregor: *Angst vor der Macht*, S. 21.

¹⁴⁸⁷ Der Begriff fiel in einem Spiegel-Namensartikel des außenpolitischen Sprechers der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl Lamers (1935). Der Artikel findet sich unter Lamers, Karl: *Von deutscher Drückebergerei*. <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13681888.html> (28.1.2021) [Der Spiegel 12 (1992), S. 22-23.

Fischer,¹⁴⁸⁸ der seinen Standpunkt für ein Engagement der Bundeswehr unter die Parole „Nie wieder Auschwitz“ stellte.¹⁴⁸⁹

Karl Theodor Schuon attestiert der Bundesrepublik, es fehle an einer „vitale[n] und attraktive[n] Vision mit universalem Standard“. Demnach hätten unterschiedliche Großmächte bis in die Gegenwart der neunziger Jahre bestimmte universalistische Standpunkte vertreten. Frankreich beriefe sich auf die Werte der *Grande Révolution*. Großbritannien träte stets für eine *Balance of Power*, die Freiheit der Meere sowie die Demokratie ein. Die Vereinigten Staaten betonten neben der Freiheit und dem Selbstbestimmungsrecht der Völker insbesondere die Menschenrechte. Sie täten dies mit einem starken globalen Sendungsbewusstsein. Deutschland hingegen hätte sich in der Vergangenheit als „demokratischer Spätzünder und weltpolitischer Unruhefaktor“ präsentiert. Es verfüge über keine dieser Traditionslinien.¹⁴⁹⁰

Die Formulierung vermeintlicher Traditionslinien bei westlichen Großmächten ergibt jedoch gerade aus einer geopolitischen Sichtweise eine grundlegende Problematik. Sie ist verbunden mit einer Form der Naivität, die jenen Mächten unterstellt, ihr Handeln sei in erster Linie an Zielen der Moral und bestimmter Werte ausgerichtet. Dies impliziert, dass geopolitische Gedanken in den Hintergrund träten und vordergründig eine universalistische Grundidee zum Fundament würde. In einer realistischen Sichtweise muss allerdings festgestellt werden, dass diese Großmächte – wie alle Staaten – Interessen vertreten. Zwecks Umsetzung dieser Interessen lassen sich Werte wie Demokratie und Freiheit leicht als Begründung hinzuziehen. Als bekanntestes und umstrittenes Beispiel können hierbei eine Reihe von außenpolitischen Entscheidungen der Vereinigten Staaten genannt werden, in denen derartige universalistische Standpunkte angeführt wurden, den USA aber geostrategisches Handeln unterstellt wurde.¹⁴⁹¹

Neben dieser Einschränkung zur Bedeutung dieser Traditionslinien sowie ihrer geopolitischen Hintergründe muss ebenfalls festgestellt werden, dass es für die Bundesrepublik

¹⁴⁸⁸ Joseph „Joschka“ Martin Fischer (1948), bundesdeutscher Politiker (Bündnis 90/Die Grünen), 1998–2005 Bundesaußenminister.

¹⁴⁸⁹ Die Aussage entstammt einer Rede von Joseph Fischer auf dem Bundesparteitag der Grünen 1999 in Bielefeld, auf dem es unter anderem um die Frage einer Teilnahme der Bundesrepublik am Kosovokonflikt ging.

¹⁴⁹⁰ Schuon, Karl Theodor: *Deutschland auf dem Weg zu einer neuen weltpolitischen Orientierung*. In: *Deutschland in globaler Verantwortung*. Hrsg. von Karl Theodor Schuon u. Wolfgang Bruckmann. Berlin 1999, S. 9–10. Vgl. Hacke, Christian: *Weltmacht wider Willen* (= Ullstein-Buch 35380). Frankfurt (Main), Berlin 1993, S. 549.

¹⁴⁹¹ Als Beispiel kann hier der Dritte Golfkrieg dienen, in dem die USA eine *Koalition der Willigen* gegen den Irak anführten. Zur Begründung der Vereinigten Staaten diente neben dem Vorwurf eines irakischen Massenvernichtungswaffenprogramms auch eine Befreiung des irakischen Volkes von der Diktatur Saddam Husseins. Die militärische Operation trug bezeichnenderweise den Titel *Iraqi Freedom*.

vor einem globalen Kontext mit Blick auf die Vergangenheit kaum Traditionen gab, auf die es hätte zurückgreifen können. Welche Kontinuität blieb Bonn damit in seiner Ausrichtung? Hans-Peter Schwarz unterstellte dem wiedervereinigten Deutschland es sei eine Republik ohne Kompass.¹⁴⁹² Die Behauptung, wonach das Deutschland der neunziger Jahre sich jedoch um die sich aus seiner Größe ergebene Verantwortung drücke und eine Außenpolitik auf Sicht führe, muss jedoch zurückgewiesen werden. Natürlich kannte auch die Berliner Republik eine geopolitische Grundausrichtung, in der Kontinuitätslinien aus der Bonner Republik vor 1989 erkennbar sind. Trotz dem oben erwähnten selbstständigen Handeln Deutschlands hielt Bonn insbesondere an der in den fünfziger Jahren eingeschlagenen Westbindung der Bundesrepublik fest.¹⁴⁹³ Deutschland nahm keinen Abstand vom *langen Weg nach Westen* und schlug keinen *Sonderweg* ein. Dieses Festhalten an der Westbindung zeigt sich in der Vertiefung der Europäischen Integration, wie sie beispielsweise durch den Vertrag von Maastricht 1992 erfolgte.¹⁴⁹⁴ Gleichzeitig forcierte Bonn eine Reform der NATO, die nach dem Ende des Kalten Krieges einer Neuausrichtung bedurfte.¹⁴⁹⁵ Achse dieser Westbindung blieben die strategischen Partnerschaften zu den Vereinigten Staaten und der Republik Frankreich.¹⁴⁹⁶

Festgehalten werden kann damit, dass es trotz der Wiedervereinigung und geopolitischen Veränderungen in Europa und der Welt zu keinem Wandel in der deutschen Geostrategie kam. Der 1999 erfolgte und für die Berliner Republik namensgebende Umzug von Bonn in die neue deutsche Hauptstadt stellte, wie Bundespräsident Roman Herzog¹⁴⁹⁷ es formulierte, einen Ortswechsel, jedoch keinen Richtungswechsel dar.¹⁴⁹⁸ Durch seinen Kurs der Kontinuität

¹⁴⁹² Schwarz, Hans-Peter: *Republik ohne Kompass. Berlins Außenpolitik ist orientierungslos: Eine Positionsbestimmung deutscher Interessen tut not*. In: Internationale Politik 1 (2005), S. 46–53. Im gleichen Jahr erschien unter dem selben Titel Schwarz, Hans-Peter: *Republik ohne Kompaß*. Berlin 2005.

¹⁴⁹³ Vgl. Jeffery, Charlie / Paterson, William E.: *Germany's Power in Europe*. In: *Interlocking dimensions of European integration*. Hrsg. von Helen Wallace. Basingstoke 2001; Hellmann, Günther: *Goodbye Bismarck?*, S. 1–39

¹⁴⁹⁴ Der *Vertrag über die Europäische Union vom 7. Februar 1992* formte die alte Europäische Gemeinschaft zu einer neuen Europäischen Union um. Neben der Fortsetzung des gemeinsamen Agrar- und Binnenmarktes wurde ebenfalls eine *Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik* (GASP) sowie eine *Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres* (ZBJI) vereinbar.

¹⁴⁹⁵ Haftendorn, Helga: *Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung 1945-2000*. Stuttgart, München 2001, S. 388–389; Zur Reformdiskussion innerhalb der NATO siehe auch Karádi, Matthias Z.: *Die Reform der Atlantischen Allianz. Bündnispolitik als Beitrag zur kooperativen Sicherheit in Europa?* (= Forschungsberichte Internationale Politik 17). Münster 1994; Gordon, Philip H.: *NATO's transformation*. Lanham 1997; Theiler, Olaf: *Die NATO im Umbruch. Bündnisreform im Spannungsfeld konkurrierender Nationalinteressen* (= Schriften der Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation 26). Baden-Baden 2003.

¹⁴⁹⁶ Hyde Price, Adrian: *Germany and European order. Enlarging NATO and the EU*. Manchester 2000, S. 216–217; Laut Hyde-Price ergänzt Polen im Osten die geopolitische Ausrichtung der Bundesrepublik um eine dritte Säule.

¹⁴⁹⁷ Roman Herzog (1934–2017), deutscher Politiker (CDU), 1994–1999 Bundespräsident.

¹⁴⁹⁸ Herzog, Roman: *Der Umzug ist ein Ortswechsel, kein Richtungswechsel*. In: FAZ (4.2.1999), S. 6.

stabilisiere Deutschland den europäischen Kontinent – und das trotz der globalen Veränderungen, die nicht zuletzt auf Europa einen großen Einfluss hatten. Deutschland war erneut Großmacht sowie europäische Zentralmacht, knüpfte aber nicht an Traditionslinien vor 1945 an, sondern führte die mit Gründung der Bundesrepublik begonnene Linie fort. Die Frage eines Machtzuwachses wurde in der deutschen Debatte eher auf der Linie eines Mehrs an Verantwortung gesehen. Deutschland beruft sich damit auch nach 1990 in erster Linie auf seine Funktion als Zivilmacht. Dennoch gibt es in der Debatte um Deutschlands Rolle in der Welt in den neunziger Jahren vermehrt den Anspruch Deutschlands Einfluss zu erweitern. Dieser ist vor allem unter deutschen Konservativen erkennbar und trifft beispielsweise auf konservative Historiker wie Arnulf Baring und Gregor Schöllgen zu. Auch in Kreisen geopolitischer Theoretiker wurde die Rolle Deutschlands innerhalb der neuen Weltordnung diskutiert. Jedoch ist die Gruppe jener, die sich in Deutschland nach 1990 diesen Fragen zuwandten, durchaus überschaubar. Im Folgenden sollen zwei Experten in den Kanon aufgenommen werden, von denen einer dem Fachbereich der Sicherheitspolitik und der andere explizit der politischen Rechten zuzuordnen ist.

6.2.1. Heinz Brill

Als einer der wenigen die sich in den neunziger Jahren mit der Thematik der Geopolitik sowie der deutschen Rolle innerhalb der neuen Weltordnung beschäftigen, muss der Politologe und Bundeswehr-Offizier Heinz Brill¹⁴⁹⁹ gezählt werden. Brill folgt in seinem Schaffen einer starken Fokussierung auf größere historische Zusammenhänge in der Beobachtung der geopolitischen Gegenwart (und wählt damit eine dieser Arbeit sehr ähnliche Vorgehensweise). Hier bedauert er insbesondere, dass die historische Perspektive in „sicherheitspolitischen Grundsatzdiskussionen“ stark vernachlässigt würde. Er beanstandet, dass

¹⁴⁹⁹ Heinz Brill (1940) ist ein deutscher Politologe und Bundeswehr-Offizier (derzeit wahrscheinlich im Range eines Oberstleutnants d.R. der Luftwaffe). 1977 wurde er in seiner Geburtsstadt Göttingen mit einer Arbeit zu wehrpolitischen Alternativen des Obersten Bogislaw von Bonin zu einer eventuellen Verteidigung der Bundesrepublik promoviert. (Brill, Heinz: *Bogislaw von Bonin im Spannungsfeld zwischen Wiederbewaffnung - Westintegration - Wiedervereinigung. Bd. 1. Ein Beitrag zur Entstehungsgeschichte der Bundeswehr 1952–1955* (= Militär, Rüstung, Sicherheit 49). Baden-Baden 1987; Brill, Heinz: *Bogislaw von Bonin im Spannungsfeld zwischen Wiederbewaffnung, Westintegration, Wiedervereinigung. Bd. 2. Beiträge zur Entstehungsgeschichte der Bundeswehr. Dokumente und Materialien* (= Militär, Rüstung, Sicherheit 52). Baden-Baden 1989). Brill war im Spannungsfeld zwischen Wissenschaft und Bundeswehr tätig. Hierzu zählen mehrere Lehrtätigkeiten in Einrichtungen der Bundeswehr, unter anderem als Lehrstaboffizier für Geopolitik/Geostrategie an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg. Seit 1993 war er (wahrscheinlich bis zu einer Pensionierung) Wissenschaftlicher Direktor im Zentralen Forschungs- und Studienbereich des Amtes für Studien und Übungen der Bundeswehr und verantwortlich für die Ausbildung höherer Bundeswehroffiziere (*Dr. disc. pol. Heinz Brill*. <https://www.oemz-online.at/display/ZLIntranet/Brill> (26.11.2020)).

[d]ie ‚Entscheidungsträger‘ [...] fast ausschließlich an Gegenwartskenntnissen und künftigen Entwicklungen interessiert [sind] und [...] dabei weitgehend außer Acht [lassen], wie das ‚Gegenwärtige‘ so geworden ist.

Brill betont, dass „geopolitische Grundlagen [...] nicht aus aktuellen Tagesereignissen abgeleitet bzw. gewonnen werden können“. Geopolitische Fragen ließen sich allein durch die „Auswertung von Langzeitentwicklungen der Geschichte eines Staates bzw. derjenigen des internationalen Systems“ beantworten. Er bringt seine These mittels eines Zitats von Raymond Aron auf den Punkt: „Aufschlüsse über die Zukunft sind nicht in den Geheimdossiers der Regierungen zu finden, sondern in Vergangenheit und Kultur der Völker“.¹⁵⁰⁰

Brill steht hierbei in keiner Traditionslinie mit der NS-Geopolitik und seine Bewertung derselben fällt durchweg negativ aus. Gleichzeitig attestiert er der Deutschen Geopolitik von ihren Anfängen in der Zeit um den Ersten Weltkrieg bis zur Machtübernahme der Nationalsozialisten durchaus ähnliche Ziele wie der angelsächsischen Geopolitik. Jedoch vertritt er die Auffassung, dass der NS-Geopolitik jedwede Wissenschaftlichkeit abgesprochen werden könne.¹⁵⁰¹ So sei es beispielsweise auch Karl Haushofer nicht gelungen, die *Deutsche Geopolitik* mit einem wissenschaftlichen Unterbau auszustatten.¹⁵⁰² Brill bedauert, dass durch die Zäsur des Jahres 1945 der Begriff der *Geopolitik* (wie eine Reihe anderer Begriffe) verächtlich sei. Obschon *Geopolitik* bei den Deutschen Erinnerungen an Thesen eines *Volkes ohne Raum* wecken würde, sei es doch wichtig, dass auch Deutschland „[seine] nationalen Interessen zu definieren und zu wahren“ anstrebe.¹⁵⁰³ Die Problematik deutscher Geopolitik sieht Brill – unter Berufung auf Alfred Jüttner¹⁵⁰⁴ – insbesondere in „[der] Lage ‚zwischen dem romanischen und dem slawischen Europa‘ sowie zwischen starken Flügelmächten [...]“.¹⁵⁰⁵ Mit der Wende der Jahre 1989–1991 seien die beiden deutschen Frontstaaten zu einem Staat mit europäischer Mittellage verschmolzen. Hierdurch wäre die Frage einer „Neudefinition deutscher Sicherheitsinteressen“ wieder auf der Tagesordnung.¹⁵⁰⁶

Für den Zeitraum nach dem Ost-West-Konflikt beschreibt Brill unterschiedliche geopolitische Optionen, die sich für Deutschland ergäben:

¹⁵⁰⁰ Brill, Heinz: *Geopolitik heute. Deutschlands Chance?* Frankfurt (Main) 1994, S. 13; Vgl. Brill, Heinz: *Geopolitische Analysen. Beiträge zur deutschen und internationalen Sicherheitspolitik (1974 - 2008)*. Bissendorf ² 2008.

¹⁵⁰¹ Brill, Heinz: *Geopolitik heute*, S. 22.

¹⁵⁰² Ebd., S. 23: Sein durch die Nationalsozialisten ermordeter Sohn Albrecht Haushofer habe sich dies zur Aufgabe gemacht. Seine nicht abgeschlossene *Allgemeine Politische Geographie und Geopolitik* zeuge hiervon.

¹⁵⁰³ Brill, Heinz: *Geopolitische Analysen*, S. 7: Zitiert wird hier aus dem von Günter Kießling verfassten Vorwort.

¹⁵⁰⁴ Jüttner, Alfred: *Die deutsche Frage. Eine Bestandsaufnahme*. Köln, Berlin u.a. 1971, S. 94.

¹⁵⁰⁵ Brill, Heinz: *Geopolitik heute*, S. 149.

¹⁵⁰⁶ Brill, Heinz: *Geopolitische Analysen*, S. 137.

1.) Für sehr wahrscheinlich hält er die Option *Europäische Union*. Die KSZE solle hierbei zu einem kollektiven europäischen Sicherheitssystem mit einem eigenen KSZE-Sicherheitsrat ausgebaut werden. Die Europäische Gemeinschaft beziehungsweise Union solle sich zu den Vereinigten Staaten von Europa fortentwickeln. Die ostmitteleuropäischen Staaten, darunter auch Polen, müssten hierbei mit einbezogen werden. Diese europäischen *Vereinigten Staaten* sollten im engen Bündnis mit den USA stehen, weshalb eine *Europäisch-Atlantische Union* zu bilden sei. Deutschland, wie auch Polen, würden hierbei langfristig in den *Vereinigten Staaten Europas* aufgehen und keine eigenständigen Sicherheitsinteressen mehr verfolgen. Brill beruft sich hierbei stark auf Lennart Souchon.¹⁵⁰⁷

2.) Eine weitere Option für Deutschland sei die eines *Partner in Leadership* an der Seite der USA.¹⁵⁰⁸ Sie geht zurück auf ein Angebot von Präsident George Bush Senior, der Bonn eine Führungsrolle in Europa angeboten hatte. Demnach sei es der Wunsch Washingtons, wonach Deutschland eine größere Rolle in der Weltpolitik übernehme. Begründet sei dies insbesondere in der wirtschaftlichen Vormachtstellung der Bundesrepublik gegenüber seinen europäischen Nachbarn.¹⁵⁰⁹

Beide Optionen hält Brill für sehr wahrscheinlich, da sie insgesamt relevant, aber vor allem auch konsensfähig seien.¹⁵¹⁰ Gleichzeitig sieht er aber auch Alternativen, die vielleicht weniger wahrscheinlich, aber durchaus möglich erscheinen. Hierzu zählt er die Schaffung einer politischen Union wie beispielsweise eines Kerneuropas oder eines Mitteleuropa-Staatenbundes, eine Verschweizerung Deutschlands oder die nationale Option einer *Großmacht Deutschland* verbunden mit einer Achsenbildung Washington-Bonn/Berlin-Moskau beziehungsweise Berlin-Moskau-Tokio.¹⁵¹¹ Hervorgehoben wird von Brill insbesondere eine

¹⁵⁰⁷ Brill, Heinz: *Geopolitik heute*, S. 164; Vgl. Souchon, Lennart: *Neue deutsche Sicherheitspolitik*. Bonn, Herford 1990.

¹⁵⁰⁸ Oft erwähnt, jedoch seltener mit Quelle zitiert, findet sich die Formulierung *Partners in Leadership* in einer von Präsident Bush am 31. Mai 1989 in Mainz gehaltenen Rede: „And the historic genius of the German people has flourished in this age of peace, and your nation has become a leader in technology and the fourth largest economy on Earth. But more important, you have inspired the world by forcefully promoting the principles of human rights, democracy, and freedom. The United States and the Federal Republic have always been firm friends and allies, but today we share an added role: partners in leadership“. Hier zit. n. *A Europe Whole and Free. Remarks to the Citizens in Mainz. President George Bush. Rheingoldhalle. Mainz, Federal Republic of Germany, May 31, 1989*. <https://usa.usembassy.de/etexts/ga6-890531.htm> (26.11.2020).

¹⁵⁰⁹ Brill, Heinz: *Geopolitik heute*, S. 166–169.

¹⁵¹⁰ Ebd., S. 173.

¹⁵¹¹ Brill führt diese kurz genannten Optionen nicht weiter aus, verweist aber unter anderem auf Link, Werner: *Am Anfang nur ein Kern-Europa. Die Gemeinsamkeiten in Europa nicht für eine große politische Union*. In: Rheinischer Merkur (27.11.1992), S. 4; Jäger, Thomas: *Europas neue Ordnung. Mitteleuropa als Alternative?* München 1990; Daase, Christopher / Jochum, Michael: *Partner in einer Führungsrolle? Das einige Deutschland aus der Sicht der USA*. In: Außenpolitik 3 (1992); Rhode, Hans Wolf: *Deutschland kann aus*

eurasische Option. Mit Berufung auf Alfred Zänker beschreibt Brill die Basis einer solchen geopolitischen Variante.¹⁵¹² Die Schaffung einer europäischen politischen Union sei hierbei nicht das angestrebte Ziel, sondern vielmehr die Schaffung eines gemeinsamen eurasischen Raumes. Deutschland nehme aufgrund seiner zentralen Lage in Europa eine besondere Position ein. Es diene „als Drehscheibe und Brückenbauer nach Osten“.¹⁵¹³ Für den Beginn der neunziger Jahre stellt Brill fest, dass noch nicht abzusehen sei, für welche der Optionen sich Bonn beziehungsweise Berlin entscheiden würde.¹⁵¹⁴

In all diesen Überlegungen sieht er Polen und andere ostmitteleuropäische Staaten als reine Ersatzbündnispartner Frankreichs nach dem Wegfall des russischen Alliierten nach dem Ersten Weltkrieg.¹⁵¹⁵ Warschau fiele im ostmitteleuropäischen Sicherheitsgefüge hierbei eine besondere Rolle zu. Brill spricht gar von einer Doppelrolle: der Eindämmung einer bolschewistischen Gefahr wie auch einer von Deutschland ausgehenden Gefahr. Diese Rolle sei weit über die Möglichkeiten der polnischen Republik hinausgegangen.¹⁵¹⁶ Polen aber auch andere ostmitteleuropäische Staaten hätten sich in einem außenpolitischen Dilemma befunden. Demnach hätten sie sich entweder an einen der beiden großen Nachbarn anlehnen oder nach größerer Selbständigkeit streben können. Brill versteht, dass Polen aus dieser Erfahrung heraus kein Frontstaat der NATO sein will und deshalb sich für einen Beitritt der baltischen Staaten, langfristig der Ukraine ausspricht.¹⁵¹⁷

Das Weimarer Dreieck – als Zusammenarbeit zwischen Deutschland, Frankreich und Polen – hat für Brill weit mehr symbolische Bedeutung als realen Einfluss. Zwar sei diese Form der Zusammenarbeit für Warschau eine Möglichkeit mit seinen Interessen gehört zu werden. Jedoch ging Brill bereits 2008 davon aus, dass Weimar für die Zukunft einer europäischen Verteidigungsidentität keine große Rolle spielen würde. Problematisch sei, dass – insbesondere aus französischer Sicht – Weimar niemals ein gleichschenkliges Dreieck gewesen ist. In Paris

geopolitischen Gründen keine Schweiz werden. In: Europäische Wehrkunde 9 (1992), S. 473–474; Rosecrance, Richard: *Der neue Handelsstaat. Herausforderungen für Politik und Wirtschaft.* Frankfurt (Main) 1987; Weißmann, Karlheinz: *Rückruf der Geschichte. Die deutsche Herausforderung. Alte Gefahren - neue Chancen.* Berlin 1992; Daase, Christopher / Jochum, Michael: *Rußland sucht Bündnis mit Deutschland.* In: Die Welt (4.2.1993), S. 3.

¹⁵¹² Zänker, Alfred: *Epoche der Entscheidungen. Deutschland, Eurasien und die Welt von morgen.* Assendorf 1992.

¹⁵¹³ Brill, Heinz: *Geopolitik heute*, S. 170.

¹⁵¹⁴ Ebd., S. 173.

¹⁵¹⁵ Ebd., S. 120.

¹⁵¹⁶ Ebd., S. 121.

¹⁵¹⁷ Ebd., S. 122.

herrsche ihm gegenüber großes Misstrauen und Desinteresse.¹⁵¹⁸ Französische Vorhaben bezüglich einer Achse Paris-Berlin-Moskau könnten eine Gefahr für die deutsch-polnischen Beziehungen sein, dass sich Deutschland hierbei zwischen Russland und Polen als Partner entscheiden müsste.¹⁵¹⁹

Insgesamt erscheinen die Vorstellungen Brills eine durchaus realistische Wahrnehmung der geopolitischen Ordnung in den neunziger Jahren darzustellen. Während er sich von der Haushoferschen Geopolitik deutlich distanziert, sind seine Vorderrungen nach einer deutschen Geopolitik, die ihren Blick auf die Vergangenheit weitet, durchaus nachvollziehbar.

6.2.2. Felix Buck

Zu den wenigen deutschen Autoren, die sich in jüngster Zeit mit geopolitischen Vorstellungen und Theorien auseinandersetzten, zählt neben Brill vor allem Felix Buck. Die sonst in Deutschland nach 1945 fast durchgängig vorhandene Distanz zur Geopolitik, umgeht Buck durch eine eindeutige Nähe zur extremen Rechten und sein Lebenslauf scheint ihn politisch eindeutig als Rechtsextremen zu identifizieren.¹⁵²⁰ Das Internetportal *Blick nach rechts*

¹⁵¹⁸ Brill, Heinz: *Geopolitische Analysen*, S. 157.

¹⁵¹⁹ Ebd., S. 162.

¹⁵²⁰ Felix Buck (1912–2005) war seit seiner Jugend der deutschen Rechten zuzuordnen, wo er sich bei der national-völkischen Bündischen Jugend engagierte. Ab 1935 begann er ein Jurastudium an der Hansischen Universität Hamburg, das er 1938 mit einer juristischen Promotion abschloss. Bis zum Kriegsausbruch war Buck in der Hauptverwaltung der IG Farben beschäftigt. Während des Zweiten Weltkrieges war er Offizier und konnte sich bis 1945 zum Major und stellvertretenden Regimentskommandanten hocharbeiten. Nach Kriegsende war er zunächst für die IHK in Frankfurt am Main sowie den Verband des Groß- und Außenhandels tätig. Im Anschluss arbeitete Buck erneut als selbständiger Unternehmer in der Bekleidungsindustrie. Sein Frankfurter Pelzwarengeschäft soll er insbesondere zur Anwerbung früherer SS-Angehöriger als Mitarbeiter genutzt haben. Gleichzeitig hatte er eine Führungsposition innerhalb der aus ehemaligen SS-Führern und Wehrmachtsoffizieren bestehenden Untergrundbewegung *Aktion Deutschland* inne. Buck wurde 1947 mit Hundert weiteren Unterstützern durch die amerikanischen Besatzungstreitkräfte verhaftet (*British Thwart Nazi Plot to Restore German Armed Might. Hundreds Held After Round-Up of Free Nazis*. In: *The Paris News* (24.2.1947), S. 1), jedoch wurde er unmittelbar darauf – auch nach Drohungen gegenüber den Amerikanern – freigelassen (Maegerle, Anton: *Nahtlos aus der SS*. <https://www.bnr.de/content/nahtlos-aus-der-ss> (13.3.2017) [kostenpflichtiger Inhalt]). In den sechziger Jahren wurde Buck politisch aktiv und trat in die neugegründete NPD ein, wo er 1969 für die NPD bei der Wahl zum Deutschen Bundestag kandidierte (*Sonst sind wir tot*. In: *Der Spiegel* (20.10.1969) (7.3.2017), S. 116). Von 1967 bis 1977 war er Bundesvorstand der Partei sowie zeitweise hessischer Landesvorsitzender. Innerhalb der Partei war er hauptsächlich für Wehrpolitik (Sicherheits- und Vereidigungspolitik) tätig (*Bundeswehr. NPD-Soldaten. Braune Feldgraue*. In: *Der Spiegel* (8.1.1968) (7.3.2017), S. 29: Buck ist dort auf einem Bild zu sehen). Im Jahre 1976 beteiligt er sich mit 17 weiteren NPD-Funktionären und Sympathisanten finanziell an der Gründung der neuen Parteizeitung *Deutsche Stimme* (Staud, Toralf: *Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD*. Köln³ 2006, S. 190). Die Zeitung löste die Vorgänger *Deutsche Nachrichten* und *Deutscher Kurier* ab, was als Zeichen der Neuausrichtung der Partei zu sehen ist). Buck kann für diesen Zeitraum als NPD-Ideologe bezeichnet werden. 1979 tritt er aus der NPD aus (Virchow, Fabian: *Gegen den Zivilismus. Internationale Beziehungen und Militär in den politischen Konzeptionen der extremen Rechten*. Wiesbaden 2006, S. 92). Spätestens mit den beginnenden achtziger Jahren wird Buck im Feld der Geo- und Sicherheitspolitik tätig. 1981 ist er Mitbegründer eines *Europäischen Instituts für Sicherheitsfragen* (EIS) in Luxemburg. Buck trat regelmäßig vor dezidiert rechten Gruppierungen auf und publizierte in rechten Zeitschriften wie *Nation+Europa*, *Deutschland in Geschichte und Gegenwart* oder *Opposition*. Einen seiner letzten Auftritte hatte er 2000 bei der *Burschenschaft Danubia* in München. An seiner rechtsextremen Ausrichtung hält er auch publizistisch fest. 2002 veröffentlichte er mit anderen Rechtsextremisten ein *Bekanntnis zur Erhaltung und Identität des Deutschen Volkes*. Buck verstarb im August 2005. Zu seiner Vita siehe den Anhang des Buches Buck,

bezeichnet ihn als „beispielhaft für die ungebrochene Kontinuität rechtsextremen Denkens“.¹⁵²¹ Deshalb sei sein Buch *Geopolitik 2000* zum „Standardwerk in rechtsextremen Kreisen“ geworden.¹⁵²²

Buck versteht Geopolitik als Wechselbeziehung von Raum (Geographie), politischem Willen (Staaten und Reiche) und Handlungsablauf (Geschichte).¹⁵²³ Bezugnehmend auf Deutschland ist er der Meinung, dass nach 1945 eine Tabuisierung der Geopolitik stattgefunden habe. Er spricht sich für eine Rückkehr der Geopolitik in Deutschland aus. Das Fehlen verhindere einen fundierten wissenschaftlichen Nutzen.¹⁵²⁴ Für Deutschland sei es jedoch „notwendig, eigene Anstrengungen zu unternehmen, selbst die eigene Lage zu erkennen, selbst die eigenen Interessen zu definieren und die Möglichkeiten ihrer Durchsetzung abzuschätzen und danach zu handeln“.¹⁵²⁵ Eine angelsächsische Einteilung in gute und schlechte Geopolitik lehnt Buck ab. Als Beispiel für eine angeblich falsche Geopolitik würde hierbei die *Deutsche Geopolitik* als „Wegbereiter und Motor der nationalsozialistischen Außen- und Kriegspolitik“ genannt. Buck lehnt dies als eine zu starke Vereinfachung ab. Seiner Meinung nach sei es falsch, die Geopolitik zum „integrierenden Bestandteil der nationalsozialistischen Ideologie“ zu machen. Ebenso falsch sei es in der Geopolitik den Grund für Hitlers Lebensraum-Politik zu suchen.¹⁵²⁶ Die NS-Geopolitik würde als „wissenschaftsverbrämte Unterlagenbeschaffung für politische Zielsetzung“ bezeichnet. Dies träfe allerdings nur zu einem geringen Teil zu.¹⁵²⁷ Im Vergleich zur Deutschen Geopolitik ist er der Auffassung, dass die angelsächsische Außenpolitik nicht wesentlich neutraler als die Deutsche sei.¹⁵²⁸ Eine Einteilung in gute und schlechte Geopolitik diene schlussendlich nur der Rechtfertigung der eigenen Politik.¹⁵²⁹

Insgesamt fordert er, dass die Geopolitik als wissenschaftliches Werkzeug dienen solle.¹⁵³⁰ Hierbei hält er jedoch die grundsätzlichen Arbeitsweisen der von ihm als Haushofer-

Felix: *Geopolitik 2000. Weltordnung im Wandel. Deutschland in der Welt am Vorabend des 3. Jahrtausends*. Frankfurt (Main) 1996.

¹⁵²¹ Maegerle, Anton: *Nachtlos aus der SS*.

¹⁵²² Ebd.

¹⁵²³ Buck, Felix: *Geopolitik 2000*, S. 11.

¹⁵²⁴ Ebd., S. 23.

¹⁵²⁵ Brill, Heinz: *Geopolitik in der Diskussion*. In: Zeitschrift für Politik 2 (1998), S. 207. Dort zit. n. Buck, Felix: *Geopolitik 2000. Deutschlands Lage in der Welt* (= 17. Bogenhausener Gespräche. Deutschland nach der Jahrtausendwende. Chancen und Risiken im Zeitalter der Globalisierung). München 2000., o.S.

¹⁵²⁶ Buck, Felix: *Geopolitik 2000*, S. 17.

¹⁵²⁷ Buck, Felix: *Deutschlands Aufgabe im Osten. Die Hanse als Vorbild wirtschaftlicher Zusammenarbeit* (= Veröffentlichungen der Stiftung Kulturkreis 2000, Reihe Forum 14). Tübingen u.a. 1992, S. 86.

¹⁵²⁸ Buck, Felix: *Geopolitik 2000*, S. 26.

¹⁵²⁹ Ebd., S. 30.

¹⁵³⁰ Ebd., S. 64.

Schule bezeichneten Ideenrichtung für weiterhin zeitgemäß und gültig.¹⁵³¹ Er verteidigt Haushofer und attestiert ihm, dass dieser mit seinen Aussagen zur Geopolitik insgesamt recht behalten habe. Haushofer sei auch im Westen anerkannt und nicht schlimmer als angelsächsische Geopolitik.¹⁵³²

Über seine positiven Worte für *Hitlers Lehrmeister*¹⁵³³ kann anlässlich seines Rechtsextremismus keine Verwunderung aufkommen. Aber obwohl er an Haushofer anknüpft und diesen verteidigt, finden sich in seinen Schriften – vor allem in seiner *Geopolitik 2000*¹⁵³⁴ – nur vereinzelt dezidiert rechte Positionen. So bemängelt er beispielsweise einen vermeintlich aufkommenden Identifikationsmangel bei den Deutschen.¹⁵³⁵ Auch sieht er Deutschland in der „Rolle des ständigen Zahlmeisters“ in Europa.¹⁵³⁶ Die neuen Bundesländer bezeichnet er als Mitteldeutschland (in Abgrenzung zu Ostdeutschland, das demnach den früheren deutschen Ostgebieten entspricht).¹⁵³⁷ Analog hierzu wird die russische Oblast Kaliningrad bei ihm als „nördliches Ostpreußen“¹⁵³⁸ oder „russisch besetzte Zone Nord-Ostpreußens“¹⁵³⁹ bezeichnet. Nicht zu diesem rechten Tenor passend fordert er gleichzeitig ein „feste[s] Verhältnis zu unseren westlichen Nachbarn fortzusetzen“.¹⁵⁴⁰ Anders als für die extreme Rechte generell üblich, lehnt Buck hingegen eine Westbindung nicht ab. Er ist allerdings der Meinung, diese habe ihre Aufgabe seit 1990 erfüllt.¹⁵⁴¹ Er spricht sich gegen ein „Hochstilisieren der USA als alleinige Supermacht zum überragenden Ordnungsfaktor in einer konfliktträchtigen Welt“ aus. Dies sei Ausdruck von Hilflosigkeit der europäischen Staaten. Seiner Meinung nach würden die USA ihre „zugeschobene Rolle als Weltpolizist“ nur dann wahrnehmen, wenn es ihren Interessen entspräche“.¹⁵⁴² Langfristig prognostizierte er der USA einen Verlust ihrer Machtposition durch den Wegfall des Gegenspielers Sowjetunion.¹⁵⁴³ Dennoch wäre es falsch Buck einen Antiamerikanismus zu unterstellen. In den Beziehungen zu den USA soll eine Eigenständigkeit und Gleichwertigkeit der Partner angestrebt werden. Europa müsse sich als Ganzes aus dem „Protektoratsstatus befreien“.¹⁵⁴⁴ Gleichzeitig müsse zu den Vereinigten

¹⁵³¹ Ebd., S. 65.

¹⁵³² Ebd., S. 23–25.

¹⁵³³ Hipler, Bruno: *Hitlers Lehrmeister*.

¹⁵³⁴ Buck, Felix: *Geopolitik 2000*.

¹⁵³⁵ Buck, Felix: *Deutschlands Aufgabe im Osten*, S. 80.

¹⁵³⁶ Ebd., S. 81.

¹⁵³⁷ Ebd., S. 82.

¹⁵³⁸ Ebd., S. 106–107.

¹⁵³⁹ Buck, Felix: *Geopolitik 2000*, S. 117.

¹⁵⁴⁰ Buck, Felix: *Deutschlands Aufgabe im Osten*, S. 93.

¹⁵⁴¹ Ebd., S. 90.

¹⁵⁴² Buck, Felix: *Geopolitik 2000*, S. 62.

¹⁵⁴³ Buck, Felix: *Deutschlands Aufgabe im Osten*, S. 139.

¹⁵⁴⁴ Buck, Felix: *Geopolitik 2000*, S. 260.

Staaten ein „stabiles und zuverlässiges Freundschaftsverhältnis“ aufrechterhalten werden. Dieses müsse sich stützen auf einen freien Handels- und Informationsaustausch. Europa dürfe nicht zum Gegner Amerikas werden.¹⁵⁴⁵ Dennoch spricht er sich dafür aus, sich langfristig vom amerikanischen Atomschirm zu lösen und befürwortet eine nukleare Aufrüstung der EU.¹⁵⁴⁶

In Bezug auf die Europäische Union sagt Buck, dass es in Deutschlands Interesse läge, dass gemeinsame europäische Ziele erreicht würden.¹⁵⁴⁷ Für Deutschland läge das Ziel in der „Suche nach Vorbildern in der deutschen Geschichte, die einen Fingerzeig geben können, wie ein segensreiches Wirken Deutscher im europäischen Zusammenhang mit nachhaltiger Wirkung für ganz Europa“ aussehen kann.¹⁵⁴⁸ Deutschland dürfe in Europa keine Monopolstellung anstreben. Weder sei man omniszient noch omnipotent.¹⁵⁴⁹

Deutschland müsse sich als Staat „im Herzen Europas“ „nach allen Himmelsrichtungen“ orientieren.¹⁵⁵⁰ Es sei weder west- noch osteuropäisch – Deutsche seien Mitteleuropäer. Es habe durch diese Lage nicht nur eine Brückenfunktion, sondern auch die „Verpflichtung zu verantwortungsbewußter, auf Kooperation beruhender Mitgestaltung der Zukunft in den betreffenden [Nachbar]Ländern“.¹⁵⁵¹

Hierbei findet Buck – trotz seiner politischen Herkunft – Lob für Kohl und Genscher, „daß sie in ebenso klarblickender wie intuitiver Erfassung der Chancen der berühmten geschichtlichen Stunde die wichtigen Initiativen ergriffen und die notwendigen Weichen gestellt haben“.¹⁵⁵² Ganz klar spricht er sich für den „deutsch-französischen Motor“ innerhalb der EU aus. Dieser sei ein „unerläßliches Gebot“.¹⁵⁵³ Trotzdem zeigt er auch kritische Töne gegenüber der europäischen Gemeinschaft. Diese sei ein starres Gebilde, das politisch zunehmend schwerer zu steuern sei. Er schlägt deshalb vor, dass gerade in der Außenpolitik unterschiedliche Staaten (oder Gruppen von Staaten) verschiedene außenpolitische Aufgaben wahrnehmen sollten. In dieser Aufgabenteilung solle sich England mit den Verbindungen zur USA beschäftigen. In den Kompetenzbereich der Südländer Spanien, Frankreich und Italien fielen die Kontakte zu den Mittelmeeranrainern. Deutschland soll sich im Verbund mit Skandinavien gen Osten orientieren.¹⁵⁵⁴ Laut Buck werde für Europa entscheidend sein, wie

¹⁵⁴⁵ Ebd., S. 255.

¹⁵⁴⁶ Ebd., S. 257–258.

¹⁵⁴⁷ Ebd., S. 271.

¹⁵⁴⁸ Buck, Felix: *Deutschlands Aufgabe im Osten*, S. 8–9.

¹⁵⁴⁹ Ebd., S. 94.

¹⁵⁵⁰ Buck, Felix: *Geopolitik 2000*, S. 268.

¹⁵⁵¹ Buck, Felix: *Deutschlands Aufgabe im Osten*, S. 93.

¹⁵⁵² Ebd., S. 12.

¹⁵⁵³ Buck, Felix: *Geopolitik 2000*, S. 268.

¹⁵⁵⁴ Ebd., S. 250.

seine Beziehungen zu den anderen globalen Großräumen sein werden. Am wichtigsten seien hier die Beziehungen im Mittelmeerraum und zu Russland. Eine große Rolle spielten auch die transatlantischen Beziehungen.¹⁵⁵⁵

Deutschlands zukünftige Aufgaben sieht er jedoch im Osten.¹⁵⁵⁶ So betont er, dass Deutschland eine wichtige Rolle in der Zusammenarbeit mit Russland habe und spricht sich für eine starke Einbindung Moskaus aus.¹⁵⁵⁷ Hierbei ginge es um eine „vertrauensvolle Zusammenarbeit“ bei „gegenseitiger Anerkennung der Verantwortungshoheit“ sowie eine Unterlassung eines Einmischens in die Entscheidungsprozesse des anderen.¹⁵⁵⁸ Als konkretes Verhandlungsobjekt zwischen Berlin und Moskau benennt Buck *Königsberg*. Die Oblast Kaliningrad sei für die Sowjetunion ein Fremdkörper. Moskau solle sie an Deutschland verpachten und Berlin diese als Siedlungsgebiet nutzen. Seine Bedeutung als Siegesbeute Moskaus habe die Königsberger Region eingebüßt.¹⁵⁵⁹

In Bezug auf die ostmitteleuropäischen Staaten spricht sich Buck klar gegen eine Osterweiterung der NATO aus. Sie sei ein Affront gegenüber Russland. Die NATO sei kein geeignetes Werkzeug zur „Wahrnehmung gesamteuropäischer Sicherheitsinteressen“. Vielmehr schlägt Buck für die ehemaligen Warschauer Pakt Staaten eine WEU¹⁵⁶⁰-Nachfolge vor.¹⁵⁶¹ Generell betont er die Wichtigkeit der Zusammenarbeit mit den ehemaligen Ostblockstaaten. Deutschland hätte hier, gemeinsam mit Österreich, historisch die besten Voraussetzungen. Sie hätten beide eine Verantwortung hierzu.¹⁵⁶² Buck zeigt Verständnis, dass die ehemaligen Ostblockstaaten ihre gewonnene Freiheit und Souveränität nun verteidigen wollten. So sei „verständlich, [...] daß die inzwischen unabhängig gewordenen ehemaligen Warschauer Paktstaaten die Aufnahme in die NATO als einen Schutzschirm für ihre neu gewonnene Freiheit anstreben“.¹⁵⁶³

Bezüglich Polen müsse es das Ziel der EU sein, Deutschlands östlichen Nachbarn in die Gemeinschaft zu führen.¹⁵⁶⁴ Polen ist für Buck – zusammen mit den anderen ehemaligen Ostblockstaaten – europäisches Kernland. Es sei auch historisch stark an die westlichen

¹⁵⁵⁵ Ebd., S. 249.

¹⁵⁵⁶ Buck, Felix: *Deutschlands Aufgabe im Osten*, S. 93.

¹⁵⁵⁷ Buck, Felix: *Geopolitik 2000*, S. 274.

¹⁵⁵⁸ Ebd., S. 253–254.

¹⁵⁵⁹ Buck, Felix: *Deutschlands Aufgabe im Osten*, S. 106–107.

¹⁵⁶⁰ Die Westeuropäische Union (WEU) war ein von 1955 bis 2011 bestehendes kollektives Verteidigungsbündnis, das aus dem sogenannten Brüsseler Pakt hervorging.

¹⁵⁶¹ Buck, Felix: *Geopolitik 2000*, S. 256–257.

¹⁵⁶² Ebd., S. 274.

¹⁵⁶³ Ebd., S. 63 sowie 92.

¹⁵⁶⁴ Ebd., S. 258–259.

Nachbarn angebunden.¹⁵⁶⁵ Für die Zusammenarbeit mit Polen fordert er von Warschau einen stärkeren Schutz der deutschen Minderheit sowie ein Heimatrecht für Vertriebene, das diesen erlauben würde, in ihre Heimat zurückzukehren.¹⁵⁶⁶ Geopolitisch befürwortet er eine Achse Berlin-Warschau-Moskau. Polen müsse hierbei sein Trauma überwinden, Angst zu haben, von Deutschland und Russland erdrückt zu werden.¹⁵⁶⁷ Interessanterweise stellt Buck hingegen trotz seiner politischen Herkunft die deutsch-polnische Grenze an keiner Stelle in Frage. Den deutsch-polnischen Grenzraum bezeichnet er als „für die Zukunft geradezu von entscheidender Bedeutung für die Weiterentwicklung Europas“ und spricht sich für eine Intensivierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Polen aus.¹⁵⁶⁸ So forderte er eine gesonderte Wirtschaftszone im Raum Stettin. Die Stadt sei 1945 von den Polen vereinnahmt worden und könnte zum deutsch-polnischen Zentrum für den Handel im Ostseeraum werden.¹⁵⁶⁹

Die in seinen Schriften geäußerten geopolitischen Vorstellungen fallen fast überwiegend nicht als rechtsextrem auf. Würde sein Lebenslauf ausgeblendet werden, könnte durchaus vermutet werden, dass seine Texte von einem konservativen Christdemokraten stammen würden – und eben nicht von einem früheren stellvertretenden Bundesvorsitzenden der NPD. Möglich ist allerdings auch, dass insbesondere *Geopolitik 2000* in einem dem Mainstream näherstehenden Tenor verfasst worden ist. Ziel könnte hierbei sein, die Geopolitik (insbesondere die Haushofersche Schule) durch europa- und amerikafreundliche Positionen salonfähig zu machen.¹⁵⁷⁰

6.3. Die Polnische Frage

Die Deutsche Frage scheint durch die Analyse der geopolitischen Lage Deutschlands sowie der Auswertung zweier geopolitischer Theoretiker hinreichend ausgewertet, weshalb sich im Folgenden der Polnischen Frage zugewandt werden muss. Auch für Polen galt es sich in einer neuen Situation zurecht zu finden und eventuelle Chancen, die sich aus diesem Wandel ergeben würden zu nutzen. Einstweilen war der polnische Staat mitten im Zentrum des politischen Wandels. Warschau begann ab 1989 schrittweise seine Souveränität wiederzuerlangen. Innenpolitisch kam es im Juni 1989 zu ersten halbfreien Wahlen, aus denen das *Bürgerkomitee Solidarność* als eindeutiger Sieger hervorging. Als Folge kam es zur Bildung

¹⁵⁶⁵ Ebd., S. 249: Als historische Bindung erwähnt Buck die Habsburger Doppelmonarchie aber auch das Deutsche Reich.

¹⁵⁶⁶ Buck, Felix: *Deutschlands Aufgabe im Osten*, S. 105–106.

¹⁵⁶⁷ Ebd., S. 102.

¹⁵⁶⁸ Ebd., S. 83. In diesem Zusammenhang erwähnt er auch die „herausragenden Rolle“ der Viadrina (ebd., S. 113).

¹⁵⁶⁹ Ebd., S. 104–105.

¹⁵⁷⁰ Leider zwingt die mangelnde Quellenlage hier zur Spekulation.

der ersten demokratischen Regierung unter Tadeusz Mazowiecki.¹⁵⁷¹ Für die neue Regierung musste die Deutsche Frage und die geopolitische Ausrichtung des wiedervereinigten Deutschlands von immenser Bedeutung sein. Dabei zeigten sich in Polen Sorgen vor einem wiedererstarkten Deutschland. Für Polen war die Frage, welche Rolle ein größeres Deutschland zukünftig in Europa einnehmen werde, alles andere als belanglos. Hierbei war es nicht nur die generelle Konstellation eines kleineren Staates, der neben einem größeren Staat lag. Polen hatte mit einem starken Deutschland bekanntlich historisch sehr negative Erfahrungen gemacht.

Zwei grundsätzliche Probleme waren von entscheidender Bedeutung. Zum einen drohte Polen bei einer zu starken Annäherung an Deutschland in dessen Abhängigkeit zu geraten. Die Gefahr bestand vor allem im wirtschaftlichen Sektor, denn die deutsche Wirtschaft war – trotz der Last der Wiedervereinigung – um einiges stärker als die marode polnische Wirtschaft.¹⁵⁷² Aber auch politisch konnte eine Zunahme deutscher Macht sich negativ auf Polen und andere ostmitteleuropäische Staaten auswirken. Würde Deutschland beispielsweise eine Hegemonie in Mitteleuropa anstreben, wäre Polen davon unmittelbar betroffen. Ein polnischer Staat, der gerade erst im Begriff war, seine volle Souveränität wiederzuerlangen, konnte erst recht kein Interesse daran haben, aus dem Ausland gestört zu werden. Polen gewann seine staatliche Souveränität nicht nur aufgrund seiner innenpolitischen Veränderungen wieder, sondern auch vor dem Hintergrund der sich verändernden geopolitischen Lage im Ostblock nach 1989, namentlich dem Zusammenbruch der Sowjetunion. Die UdSSR beziehungsweise sein Rechtsnachfolger, die Russländische Föderation,¹⁵⁷³ hätte sich politisch an die Bundesrepublik

¹⁵⁷¹ Nach den Streiks des Jahres 1988 anlässlich einer Preiserhöhung hatte die kommunistische Führung Polens einsehen müssen, dass kein Weg an einer Zusammenarbeit mit der Opposition vorbeiführen würde. Dies führte im August 1988 zu ersten Gesprächen zwischen dem polnischen Innenminister Kiszczak (1925–2015) und Lech Wałęsa als dem Führer der seit 1982 verbotenen *Solidarność*-Bewegung. Im September folgte ein Treffen zwischen Vertretern der kommunistischen Führung sowie Vertretern der *Solidarność* in Magdalenka bei Warschau. Diese Annäherung diente unter anderem als Vorbereitung für die bekannten Gespräche am Runden Tisch zwischen Regierung, Opposition, Kirche und anderen gesellschaftlichen Gruppen. Am Runden Tisch (April bis Februar 1989) einigten sich alle Vertreter unter anderem auf halbfreie Wahlen für den Juni 1989. 35 Prozent der Sitze des Sejms sollten in freien Wahlen vergeben werden, die restlichen Sitze verteilten sich auf die PZPR sowie ihre Blockparteien. Hinzukam die Bildung eines Senats, einer zweiten Parlamentskammer, die komplett aus freien Wahlen hervorgehen sollte. Geschaffen wurde ein semi-präsidentielles Regierungssystem. Das Präsidentenamt sollte von Staats- und Parteichef Wojciech Jaruzelski übernommen werden. Bei den folgenden Wahlen gewann die wieder legalisierte Solidarność 160 der 161 zu vergebenen Sitze sowie 99 von 100 Senatoren. Aufgrund dieses eindeutigen Sieges zogen auch die Blockparteien ihre Unterstützung für die kommunistische PZPR zurück und bildeten mit den Wahlsiegern eine Koalition.

¹⁵⁷² Das Bruttoinlandsprodukt Polens betrug 1990 lediglich 66 Milliarden Dollar, während das deutsche BIP bei 1772 Milliarden Dollar lag.

¹⁵⁷³ Die Russländische Föderation wird im Folgenden als Rechtsnachfolger der Sowjetunion gesehen. Aus geopolitischer Sicht ist sie dies faktisch. Dies zeigt sich beispielsweise in ihrer geopolitischen Bedeutung für Polen aber auch für Deutschland. Eine Sukzession zeigt sich beispielweise in der Fortführung des sowjetischen ständigen Sitzes im Weltsicherheitsrat. Es sei dennoch auf die sich hieraus ergebenden völkerrechtlichen Probleme verwiesen. Kambayev, Zhenis: *Probleme der Rechtsnachfolge von der Sowjetunion auf die Russländische Föderation*. In: Archiv des Völkerrechts 1 (2008), S. 106–129. Abrufbar unter

annähern können, wodurch beide dann Partner (geo)politische Entscheidungen herbeiführen konnten, die sich gegen Polen richteten. Kurz gesagt: Es hätte zu einer deutsch-russischen Zusammenarbeit gegen Polen kommen können.¹⁵⁷⁴

In beiden Gefahren sind – auf Basis der bereits in der Vergangenheit gewonnenen Erkenntnisse – klassische Fragen der polnischen Geopolitik erkennbar: der Umgang mit dem großen westlichen Nachbarn sowie die Gefahr einer Zusammenarbeit beider großen Nachbarn gegen Polen. In Bezug auf die deutsche geopolitische Ausrichtung bestand in den neunziger Jahren jedoch ein zentraler Unterschied zur Versailler Ordnung, den Polen sich zu Nutzen machen konnte: Das Festhalten Deutschlands an der Westbindung. Hinzukommt, dass die Schwäche der Sowjetunion (beziehungsweise dessen Rechtsnachfolger) Polen die Möglichkeit gab, sich aus dem Einflussbereich der UdSSR zu befreien und erneut nach Westen zu orientieren. Hier fand sich gleichzeitig eine Kongruenz zum sich in der polnischen Innenpolitik vollziehenden Wandel in Form einer Liberalisierung und Demokratisierung. Obschon an anderer Stelle das *Ende der Geschichte* verkündet worden war, musste diese geopolitische Ordnung nicht dauerhaft sein. Ergo galt es diese gegebenenfalls kurze Zeitspanne zu nutzen, um für Polen eine Lösung seines geopolitischen Dilemmas zu finden.¹⁵⁷⁵ Diese Lösung lag in den Augen der zeitgenössischen Mehrheit eindeutig in der *Rückkehr Polens nach Westen*.¹⁵⁷⁶

Doch gab es Alternativen zu dieser Westbindung, auf die an dieser Stelle kurz eingegangen werden soll. Diese weisen deutliche Verbindungen zu Polens geopolitischen Alternativen der Zwischenkriegszeit auf. Dies ergab sich aus der Tatsache, dass Polen nach seiner geopolitischen Niederlage 1939 sowie der geopolitischen Starrheit des Ost-West-Konfliktes erstmals wieder in der Lage war, frei über seine geopolitische Grundausrichtung und damit seine Bündniszugehörigkeit zu entscheiden. Damit erschien nicht nur der Vergleich mit geopolitischen Theorien der Zwischenkriegszeit sinnvoll, auch ein eventueller Rückgriff auf diese Ideen schien nicht ausgeschlossen.

In der nationaldemokratischen Vorstellung, insbesondere bei Dmowski, stellte der deutsche Staat Polens geopolitischen Widersacher dar. Ein vereintes Europa musste auf dieser Grundlage abgelehnt werden, da eine deutsche Hegemonie befürchtet wurde. Die Umsetzung

https://www.researchgate.net/publication/240974305_Probleme_der_Rechtsnachfolge_von_der_Sowjetunion_auf_die_Russische_Federation (28. April 2020).

¹⁵⁷⁴ Wilhelm, Justus: *Deutschland, Polen und die Politik in der NATO*, S. 71.

¹⁵⁷⁵ Hieraus wurde in Polen bereits frühzeitig verwiesen: Stefanowicz, Janusz: *Rzeczypospolitej pole bezpieczeństwa*. Warszawa 1993, S. 91. Hier zit. n. Kaczmarek, Julian: *NATO w systemie bezpieczeństwa świata*. Wrocław 1998, S. 165.

¹⁵⁷⁶ Vgl. Wilhelm, Justus: *Deutschland, Polen und die Politik in der NATO*, S. 75.

dessen hatte sich teils vollzogen, zum Teil schien sie aber in der Gegenwart der neunziger Jahre nicht mehr umsetzbar. Auch wenn geopolitisch davon ausgegangen würde, dass Deutschland weiterhin Widersacher Polens sei, musste auf Deutschlands Position reagiert werden. Diese war nach der Wiedervereinigung alles andere als geschwächt. Insbesondere die Stärke der deutschen Wirtschaft kollidierte mit eventuellen Wünschen einer (vor allem) wirtschaftlichen Unabhängigkeit von Deutschland. Zwar war die Sowjetunion nicht mehr vorhanden und ein russischer Staat auf die Landkarte zurückgekehrt. Jedoch war dieser Staat, wie angedeutet, in seiner Stabilität gefährdet. Hinzukamen historische Belastungen, die eine Zusammenarbeit mit Russland stark erschwerten.¹⁵⁷⁷ Eine Deutschland ausschließende oder sich gar gegen Bonn richtende Zusammenarbeit gestaltete sich mit den europäischen Partnern als aussichtslos. Was sich hingegen aus nationaldemokratischer Sicht Polens geopolitische Lage verbesserte, war die nach 1945 erfolgte Schaffung eines mehrheitlich von Polen bevölkerten Staates. Wojciechowskis *Mutterland*-Konzept zeigte sich hierbei zu großen Teilen realisiert. Jedoch obschon aus Wojciechowskis Sicht wichtige Regionen in den polnischen Staat inkorporiert werden konnten, blieb ein Machtgewinn aus. Die von Wojciechowski geforderte Teilung war durch die Vereinigung Deutschlands ins Gegenteil verkehrt. Die Ablehnung eines vereinten Europas war schwierig vor dem Hintergrund eines sich seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts vereinigenden Europas. Und wie von der Nationaldemokratie, insbesondere Wojciechowski befürchtet, hielt Deutschland eine Führungsrolle in dieser Gemeinschaft inne. Nationaldemokratische Theorien stießen demnach in den Realitäten der neunziger Jahre an ihre Grenzen.

Auf Basis der geopolitischen Entwicklungen zu Beginn der neunziger Jahre bot sich die föderalistische Idee nun erneut an. Der Wegfall der sowjetischen Dominanz sowie die Wiedererlangung von Souveränität und Unabhängigkeit diverser Staaten in Mittel und Osteuropa schuf die Möglichkeit einer erneuten Zusammenarbeit. Der Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums sowie die Instabilität passte ebenfalls zu prometheischen Vorstellungen eines Zerfalls des russischen Staates. Gerade die Tatsache, dass die mittel- und osteuropäischen Staaten sich aus der sowjetischen Dominanz gelöst hatten, schuf eine Grundlage, auf der eine Kooperation eventuell aufzubauen sei. Vorstellungen eines *Dritten Europas* konnten ebenfalls auf die Gegenwart übertragen werden. So gab es neben dem sich

¹⁵⁷⁷ Vgl. Kaczmarek, Marcin / Konończuk, Wojciech: *Rosyjski dylemat w polityce zagranicznej Polski po 1999 roku*. In: *Polityka wschodnia Polski. Uwarunkowania koncepcje realizacja*. Hrsg. von Tomasz Kapuśniak u. Andrzej Gil. Lublin 2009; Cimek, Gracjan / Franz, Maciej / Szydywar-Grabowska, Karolina: *Współczesne stosunki polsko-rosyjskie. Wybrane problemy*. Toruń 2012.

von der Sowjetunion gelösten Zwischeneuropa im Osten dessen Nachfolgerstaat Russland sowie im Westen die Europäische Gemeinschaft beziehungsweise Union. Die Schwierigkeit hingegen bestand jedoch in einer Übernahme einer *polityka równowagi*, des gleichen Abstands zu Berlin und Moskau. Gerade aufgrund der deutschen Hegemonie musste hierauf eine Antwort gefunden werden. Matuszewskis Ansatz einer deutschen Gefahr als Hegemon Europas konnte in der gebotenen Lage durchaus seine Befürworter finden. Es lässt sich streiten, ob die Bundesrepublik Deutschland weiterhin der von Matuszewski gesehene Kreuzritterstaat war, mit dem es keine Zusammenarbeit geben konnte. Selbst aber, wenn diese These unterstützt würde, käme eine Distanz gegenüber Deutschland – aufgrund der deutschen Rolle in Europa – einer Distanz zum Westen insgesamt gleich. Als Konsequenz hätte es zur Bildung eines starken ostmitteleuropäischen Blockes kommen müssen, der es langfristig geopolitisch mit dem Westen und dem Osten aufnehmen konnte.

Natürlich bot sich eine prodeutsche Option in den neunziger Jahren ebenfalls an. Deutschland hatte in der Wahrnehmung seiner Nachbarn eine starke Position in Europa eingenommen. Polen hätte demnach an diese Machtposition anknüpfen können. Hierbei hätte es die deutsche Führung akzeptieren und befürworten können. Damit hätte es sich aber gleichzeitig auch in eine starke Abhängigkeit zu Deutschland begeben, worunter seine eigenen Interessen hätten leiden können.

Im Hinblick auf die Vorstellungen Bocheńskis steht die Frage im Raum, von welchem der beiden großen Nachbarn geopolitisch eine Gefahr ausging. Bocheński hatte in seinen Vorstellungen einen sehr realistischen Blickwinkel, der sich stark auf die jeweils aktuelle Situation bezog. Er war bereit bei veränderter Lage, seine Position anzupassen. Für die neunziger Jahre hieß dies lediglich eine optimale geopolitische Ausrichtung zu finden. Hierbei hätte sich die Frage gestellt, welche Ausrichtung für den Moment taktisch besser gewesen wäre.

Mackiewicz sah Polens Vorteil allein in der Schaffung einer starken Regionalmacht. Schlechte Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion seien hierbei für Polen optimal. Genauso seien aber auch gute Beziehungen zwischen beiden für Polen ein Fanal. Zwar bestand in den neunziger Jahren anfänglich die Sorge vor dem *deutschen Hunger*, jedoch gelang es Bonn durch sein diplomatisches Auftreten, vor allem aber durch die Bestätigung der Oder-Neiße-Grenze im deutsch-polnischen Grenzvertrag, den Eindruck in Polen zu erwecken, dass es saturiert sei. Interessant ist, dass die neunziger Jahre die von Mackiewicz angestrebte deutsch-polnisch-französische Zusammenarbeit in Form des Weimarer Dreiecks möglich machte. Jedoch bestand auch die Gefahr der Gesetzmäßigkeit des Dreiecks Deutschland-

Russland-Polen weiterhin. Die Skepsis vor einer deutsch-russischen Zusammenarbeit war nicht verschwunden. Grundlegend ist neben diesem Axiom sicherlich Mackiewicz's Erkenntnis, wonach keine geopolitische Konstellation eine Konstante darstellen müsse und sie einer Dynamik unterworfen ist. Diese Idee kann vor dem Hintergrund des *Endes der Geschichte* als Gegenentwurf verstanden werden, der klar zum Ausdruck bringt, wonach eine deutsch-polnische Zusammenarbeit nicht zwangsläufig zu einer neuen Konstante werden muss, sondern langfristig sich auch erneut ins Gegenteil verqueren kann.

Nachdem eingangs des Kapitels die geopolitische Lage der neunziger Jahre skizziert wurde und retrospektivisch auf das geopolitische Grundgerüst geschaut wurde, gilt es die geopolitischen Konstellationen, die sich hieraus für Polen ergeben, miteinander abzuwägen. Polens geopolitische Optionen waren weiterhin abhängig von seiner geographischen Lage. Diese erinnerte stark an jene der Zweiten Republik. Die Starrheit der Ordnung des Ost-West-Konfliktes war aufgebrochen. Polens geographische Lage hatte sich nicht verändert. Es lag erneut zwischen einem deutschen Einheitsstaats westlich von ihm sowie einem sowjetischen/russischen Staat im Osten.¹⁵⁷⁸ Beide Staaten mussten demnach berücksichtigt werden. Natürlich bedeutete dies nicht, dass die restlichen Staaten Mittel- und Osteuropas vernachlässigt werden konnten. Auch sie boten geopolitische Möglichkeiten. Gegenüber dem Westen galt es sich gegenüber den beiden großen westlichen Organisationen, der NATO wie auch der EG/EU auszurichten. Hinzukam eine nötige Positionierung gegenüber den USA als globaler Hegemon.

1.) Eine Annäherung an die Russländischen Föderation hätte stark an die Ideen Dmowski's erinnert. Hierbei hätte der Warschauer Pakt fortgeführt werden können. Bei einem Auseinanderbrechen wäre ein russisch-polnisches Bündnis eine Alternative gewesen. Moskau hätte hierbei (wie bereits während des Ost-West-Konfliktes) die polnische Westgrenze garantieren können. Gegenüber dem Westen hätte sich Warschau neutral verhalten. Problematisch wäre eine schwerpunktmäßige ökonomische Orientierung auf Russland gewesen, die kaum Wohlstand für die polnische Wirtschaft brächte. Somit wäre eine wirtschaftliche Öffnung gegenüber der EG und insbesondere gegenüber Deutschland notwendig. Hierbei wäre Warschau jedoch ohne politisches Mitspracherecht in Brüssel

¹⁵⁷⁸ Hierbei sei betont, dass nach dem Austritt der Ukraine und Belarus' aus der Sowjetunion Polen lediglich im Nordosten an die Kaliningrader Exklave grenzte. Ohne die Ukraine und Belarus ungerechtfertigt einer russischen Einflussphäre zuzuordnen zu wollen, kann die Lage Polens dennoch weiterhin als „zwischen Deutschland und Russland“ bezeichnet werden. Hierbei geht es nicht darum im Osten in eine Ungenauigkeit zu verfallen. Vielmehr sei darauf verwiesen, dass Bonn (später Berlin) und Moskau die bedeutendsten geopolitischen Machtzentren um Warschau herum darstellten.

gewesen. Das Beispiel Ukraine zeigt deutlich, wohin dieser Weg wirtschaftlich hätte gehen können.¹⁵⁷⁹ Innenpolitisch wäre eine noch größere Instabilität bei fehlender Westbindung beziehungsweise Orientierung an Russland möglich gewesen. Die Sicherheit Polens hätte insgesamt ganz in den Händen Moskaus gelegen. Warschau hätte die Möglichkeit einer Mitgliedschaft in der GUS gehabt. Ansonsten blieb Polen in erster Linie nur die UNO und die OSZE, wobei beide wenig Sicherheit gaben. Mit Blick auf die in geopolitischen Theorien der Zwischenkriegszeit geäußerte Gefahr einer deutsch-russischen Zusammenarbeit fand sich in einer prorussischen Ausrichtung keine Absicherung.

2.) Eine geopolitisch einseitige Ausrichtung wäre nach Westen hin möglich gewesen. Im Geiste Studnickis hätte Warschau sich eng an Deutschland ausrichten und als dessen Juniorpartner fungieren können. Es hätte damit einen wirtschaftlich starken Partner an seiner Seite gewusst. Insgesamt wäre diese Ausrichtung einer Unterordnung gegenüber Deutschland gleichgekommen. Ein Mitspracherecht innerhalb der europäischen Integration wäre hierbei ausgeblieben. Auch bestand die Gefahr einer russisch-deutschen Verständigung. Abgesehen von der UNO und der OSZE hätte die Sicherheitsarchitektur Warschaus hierbei nur einen deutschen Pfeiler. Für Deutschland hätte Polen als Brücke nach Osten dienen können, jedoch war Russland als größerer Partner sicherlich attraktiver für Deutschland.

3.) Es hätte ebenfalls die Möglichkeit einer Fortsetzung der *polityka równowagi*, eines gleichen Abstandes zu Deutschland und Russland beziehungsweise zum Westen und Osten geben können. Polen hätte sich dabei ganz auf eine Rolle als Brückenbauer konzentrieren können. Diese Rolle hingegen kann als sehr fragwürdig angesehen werden, denn wozu bedurfte es beispielsweise Bonn/Berlin oder Paris und London einer Vermittlung aus Warschau, um Beziehungen mit Ostmittel- und Osteuropa zu pflegen. Hätte Polen in den neunziger Jahren über eine Machtposition in der Region verfügt, wäre dies nachvollziehbar gewesen. Dies war allerdings nicht der Fall.

Als Sicherheitsschirm hätte ihm hierbei eine gesamteuropäische Organisation wie beispielsweise der OSZE dienen können. Diese Idee wurde zu Beginn der neunziger Jahre von sowjetischen Diplomaten forciert – insbesondere zur Abwendung einer Hinwendung Ostmitteleuropas zur NATO. Eventuell hätten Washington und Moskau als Schutzmächte

¹⁵⁷⁹ Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Ukraine lag 1990 auf einem ähnlichen Niveau (1569,74 US-Dollar) wie das BIP/Kopf Polens (1731,21 US-Dollar). Bis zum Jahr 2000 fiel der Wert in der Ukraine auf 635,71 US-Dollar, in Polen stieg er auf 4492,73 Dollar. Bis 2008 zur Finanzkrise 2008 gelang in der Ukraine ein Anstieg auf 3887,24 US-Dollar, in Polen sogar auf 14.001,45 US-Dollar. Insbesondere im Zuge des polnischen EU-Beitritt, hatte der Wert den größten Zuwachs zu verzeichnen. Während beide Staaten damit aus einer vergleichbaren Ausgangssituation kamen, gelang Polen im Zuge der Westbindung ein wirtschaftlicher Aufstieg.

herangezogen werden können, die Polens Souveränität und Unabhängigkeit garantiert hätten.¹⁵⁸⁰ Es wäre fraglich, inwiefern dies die Sicherheit Polens gewährleistet hätte. Warschau hätte sich auf die USA sowie die UdSSR/Russland verlassen müssen.

4.) Eine nächste Alternative wäre das Aufgreifen der *Intermarium*-Idee gewesen. Es hätte sich hierbei um eine regionale Lösung gehandelt, deren Ziel es gewesen wäre, die Staaten Ostmitteleuropas mehr oder weniger aneinanderzubinden. Dies hätte von bloßen Vereinbarungen einer Zusammenarbeit über die Schaffung einer GUS-ähnlichen Organisation bis hin zu einem Staatenbund reichen können. Die *Visegrád*-Erklärung¹⁵⁸¹ konnte als ein Schritt in diese Richtung verstanden werden, obschon seine Vereinbarungen von einem Intermarium weit entfernt sind.

Die Problematik hätte insbesondere in zwei Punkten bestanden: Zum einen wäre fraglich, ob eine solche Zusammenarbeit in Konkurrenz zu den europäischen Großmächten hätte entstehen können. Fragwürdig wäre dies insbesondere im militärischen, aber noch vielmehr im wirtschaftlichen Sektor. Zum anderen wäre unsicher, wie weit diese Integration der ABC-Staaten zwischen Adria, Baltischer See und Schwarzem Meer (*Morze Czarne*) hätte gehen können und müssen – zwischen Staaten, die gerade erst ihre Souveränität oder gar Unabhängigkeit wiedergewonnen hatten.

5.) Natürlich bestand theoretisch die Möglichkeit, sich in eine Neutralität zurückzuziehen. Hierbei hätte Polen keinerlei Anstrengungen unternommen, sich einem Bündnissystem anzunähern oder aber selbst ein solches zu schaffen. Es hätte aber auch gleichzeitig keinerlei Sicherheiten für den polnischen Staat geboten, die über grundlegende völkerrechtliche Vereinbarungen hinausgegangen wären. Aufgrund der geopolitischen Erfahrungen der Zwischenkriegszeit mussten derartige Überlegungen gleich verworfen werden.

6.) Sowohl in Russland als auch vereinzelt in den USA kam die Idee einer ostmitteleuropäischen Pufferzone zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Russländischen Föderation als Nachfolgestaat der UdSSR auf.¹⁵⁸² In der polnischen Literatur ist die Rede von einem *szara strefa*,¹⁵⁸³ einem grauen Streifen zwischen Ost und West. Die

¹⁵⁸⁰ Otlowski Tomasz: *Polska w procesie integracji z NATO i Unią Zachodnioeuropejską 1991-1998*. Toruń 1998, S. 113–116.

¹⁵⁸¹ Bei der Visegrád-Erklärung handelt es sich um eine Übereinkunft zur Zusammenarbeit zwischen Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei (später Tschechien und Slowakei) vom 15. Februar 1991. *Visegrad Declaration 1991*. <http://www.visegradgroup.eu/documents/visegrad-declarations/visegrad-declaration-110412> (8.1.2021).

¹⁵⁸² Otlowski Tomasz: *Polska w procesie integracji z NATO i Unią Zachodnioeuropejską 1991-1998*, S. 28–29.

¹⁵⁸³ Vgl. Stefanowicz, Janusz: *Bezpieczeństwo i integracja ogolnoeuropejska a polska polityka wschodnia*. In: *Polityczno-wojskowe aspekty polskiej polityki wschodniej. Materiały z sympozjum zorganizowanego przez Instytut*

Gefahren einer solchen Konstellation sind offensichtlich, bieten sie doch Polen keinen wirklichen Schutz und machen es möglicherweise zum Spielball beider Himmelsrichtungen.

Die polnische Geopolitik der frühen neunziger Jahre sah die gegebene Situation vor allem durch das historische Prisma der Zwischenkriegszeit. Keine der oben aufgeführten Konstellationen konnte für die polnische Geopolitik zufriedenstellend sein. Sie mussten entweder an der fehlenden Umsetzbarkeit scheitern oder aber boten dem polnischen Staat zu wenig Sicherheit für den Erhalt seiner Souveränität sowie der wiedergewonnenen Unabhängigkeit.

6.3.1. Moczulski und die Rückkehr des *Intermarium*

Die Rückkehr der Konzeption des *Intermarium* in den neunziger Jahren wurde bereits angedacht. Dieser Fokus soll im Folgenden vertieft werden. Die Begründung hierfür findet sich einerseits darin, dass das Gros der alternativen geopolitischen Theorien der neunziger Jahre auf die föderalistischen Konzeptionen der Zwischenkriegszeit zurückzuführen war.¹⁵⁸⁴ Zum anderen stellt das *Intermarium* auch in der gegenwärtigen Politik eine wiederholt geäußerte geopolitische Alternative dar, die eine Vertiefung dieser Thematik erfordert.

Eine mit den Ideen der Föderalisten um Piłsudski stark verbundene Idee war die so genannte ULB-Konzeption (*Koncepcja ULB*). Sie entstammte dem Umfeld der *Pariser Kultura* sowie der *Zeszyty Historyczne* und ist insbesondere mit dem Namen Jerzy Giedroyc¹⁵⁸⁵ verbunden. Im Zentrum dieser Idee steht die Stärkung der Nachbarstaaten Ukraine, Litauen, Belarus (daher ULB) als eigenständige Staaten. Daneben sollten freundschaftliche Beziehungen zu diesen Staaten angestrebt werden und auf eine jede Form der grenzrevisionistischen Politik verzichtet werden. Die Ideen Giedroycs wurden insbesondere in der Frühphase der Dritten Republik durch den damaligen Außenminister Skubiszewski aufgenommen und fanden beispielsweise Ausdruck in der zeitnahen Anerkennung der ukrainischen Unabhängigkeit am 2. Dezember 1991.¹⁵⁸⁶ Aber auch Ideen einer wirklichen Föderation, die über eine simple Zusammenarbeit hinausgingen, wurden von politischen

Studiów Politycznych Polskiej Akademii Nauk i Wydział Nauk Humanistycznych Akademii Obrony Narodowej, w dniu 15 maja 1991 r. Hrsg. von Janusz Stefanowicz. Warszawa 1991, S. 48–49; Zieleniec, Aleksandra / Aniołowska, Lidia / Sulima-Kotarska, Ewa: *Raport o stanie bezpieczeństwa państwa. Aspekty zewnętrzne.* Warszawa 1995, S. 41.

¹⁵⁸⁴ Sykulski, Leszek: *Polska myśl geopolityczna w latach 1989-2009*, S. 246. Dort mit Verweis auf Ołowski Tomasz: *Polska w procesie integracji z NATO i Unią Zachodnioeuropejską 1991-1998*, S. 113–114.

¹⁵⁸⁵ Jerzy Giedroyc (bis 1945 Giedroyc) (1906–2000), polnischer Schriftsteller und Journalist, 1945 Informationsminister in der Exilregierung, 1947–2000 Herausgeber der Exilzeitschrift *Kultura*, 1962–2000 Herausgeber der *Zeszyty Historyczne*.

¹⁵⁸⁶ Am Vortag hatte die Ukraine ihre Unabhängigkeit erklärt.

Gruppierungen wie der *Konfederacja Polski Niepodległej* verfolgt.¹⁵⁸⁷ Diese Bestrebungen zur Schaffung einer stärkeren Zusammenarbeit in Ostmitteleuropa nahmen jedoch mit der sich zeigenden Beitrittsoption in die NATO und EU zum einen an Attraktivität ab, zum anderen flossen diese in die Ostpolitik beider Organisationen ein.¹⁵⁸⁸

Zu einem Hauptvertreter föderalistischer Idee nach 1989 wurde Leszek Moczulski.¹⁵⁸⁹ Erste Überlegungen zur geopolitischen Situation Polens publizierte Moczulski bereits in den achtziger Jahren, in dem im Gefängnis verfassten Werk *Wśród zmiennych prądów*.¹⁵⁹⁰ Als

¹⁵⁸⁷ Die *Konfederacja Polski Niepodległej* (Konföderation des unabhängigen Polens) war eine von 1979 bis 2003 (sowie 2007–2018) bestehende nationalistische Partei, die sich in die Tradition der *Sanacja* stellte. Zu ihren Gründern zählte unter anderem Leszek Moczulski.

¹⁵⁸⁸ Sykulski, Leszek: *Polska myśl geopolityczna w latach 1989-2009*, S. 246. Dort mit Verweis auf Cisek, Janusz: *Kilka uwag o myśli federacyjnej Józefa Piłsudskiego*. In: *Międzymorze. Polska i kraje Europy Środkowo-Wschodniej XIX–XX wiek. Studia ofiarowane Piotrowi Łossowskiemu w siedemdziesiątą rocznicę urodzin*. Warszawa 1995, S. 99; Gajowniczek, Tomasz: *Koncepcja „Międzymorza” w polskiej myśli politycznej XX wieku*. In: *Unifikacja i różnicowanie się współczesnej Europy*. Hrsg. von Barbara Fijałkowska u. Arkadiusz Żukowski. Warszawa 2002, S. 243-246.

¹⁵⁸⁹ Robert Leszek Moczulski (1930) war zunächst dem Kommunismus zuzuordnen und trat 1948 der kommunistischen Polnischen Arbeiterpartei (PPR) bei. Nach der Gründung der PZPR wurde Moczulski 1949 wegen „rechtsnationalistischen Abweichungen“ aus der Partei ausgeschlossen. Er wurde daraufhin publizistisch tätig und veröffentlichte 1972 das Buch *Wojna Polska 1939 [Der polnische Krieg 1939]*. In ihm ist seine Anhängerschaft für Piłsudski deutlich erkennbar. So verteidigt er beispielsweise die Politik der *Sanacja* unmittelbar vor und zu Beginn des Zweiten Weltkrieges. Bereits während der fünfziger Jahre hatte Moczulski Kontakt zu Vorkriegsanhängern des Marschalls genommen. Hieraus ergab sich bald ein politisches Engagement. So verfasste er 1976 die programmatischen Schriften *Program 44* und *Memorial*. Aus ihnen ging im darauffolgenden Jahr die Gründung der Bewegung zur Verteidigung der Menschen- und Bürgerrechte (*ROPCiO*) hervor. 1979 veröffentlichte er den Text *Rewolucja bez rewolucji*, in dem er die PRL als „sowjetische Herrschaftsform über Polen“ („formą władztwa radzieckiego nad Polską“) bezeichnete sowie die Schaffung einer „unabhängigen und demokratischen Dritten Republik“ („[...] niepodległej i demokratycznej Trzeciej Rzeczypospolitej [...]“) forderte. Im gleichen Jahr gründete er die *Konföderation des unabhängigen Polens* (KPN).

Moczulski wurde insbesondere durch seine Broschüre *Walka strajkowa w Polsce – rok 1980* zu einem der Ideengeber der August-Streiks 1980. Mit kleineren Unterbrechungen saß Moczulski bis 1986 aus politischen Gründen im Gefängnis. Im darauffolgenden Jahr wurde ihm die Ausreise in den Westen gestattet. Er reiste nach Großbritannien, Frankreich, Kanada und in die USA. In Washington kam es unter anderem am 27. April 1987 zu einem Treffen mit US-Präsident George Bush.

Bedingt durch die politische Wende in Polen kehrte Moczulski nach Polen zurück. Im Jahre 1990 trat er bei den ersten Präsidentschaftswahlen der neuen Dritten Republik an. Mit einem Stimmanteil von lediglich 2,5 % lag er allerdings weit entfernt von einem politischen Erfolg. Jedoch gelang es ihm sowohl 1991 als auch 1993 für die KPN in den Sejm einzuziehen. Nach dem Verlust des Sejm-Mandats kandidierte er erfolglos für verschiedene andere Institutionen.

2005 stellte das Warschauer Lustrationsgericht in erster Instanz fest, dass er von 1969 bis 1977 inoffizieller Mitarbeiter der Staatssicherheit (TW *Lech*) gewesen sein soll. Seitdem ist Moczulski weiterhin um seinen guten Ruf bemüht und streitet eine SB-Tätigkeit ab. Bedingt durch die Lustrationsverfahren zog sich Moczulski aus der Politik zurück und wandte sich vollständig der wissenschaftlichen Geopolitik zu. 2005 wurde er bei Bronisław Geremek (1932–2008) an der Humanistischen Akademie in Pułtusk mit der Arbeit *Geopolityka. Dzieje myśli i stan obecny dyscypliny* promoviert. Vier Jahre später wurde Moczulski habilitiert. Seine Habilitationsschrift wurde unter dem Titel *Narodziny Międzymorza* veröffentlicht.

¹⁵⁹⁰ Moczulski, Leszek: *Wśród zmiennych prądów. Dziesięć układów geopolitycznych, przez które przeszła Polska*. Warszawa 1988.

Anhänger von Piłsudski steht im Zentrum von Moczulskis geopolitischen Überlegungen – ähnlich wie beim *Ersten Marschall* – das *Międzymorze*.¹⁵⁹¹

Moczulski ist der Auffassung, dass zwischen den Staaten des *Intermarium* und Westeuropas zivilisatorische Unterschiede bestünden. Die die Staaten Ostmitteleuropas verbindenden Elemente seien hierbei nicht so alt oder deutlich wie unter den Staaten Westeuropas, sie seien jedoch ebenso wenig zu unterschätzen. Unter den verbindenden Elementen zwischen den Staaten des *Intermarium* seien vor allem die nationalen Erfahrungen des 19. und 20. Jahrhunderts zu sehen.¹⁵⁹² In jener Region hätten die Nationen sowohl Unterdrückung als auch eine Herrschaft durch Fremdmächte erfahren – namentlich der Osmanen, Romanows, Habsburger und Hohenzollern.¹⁵⁹³ Insbesondere im 20. Jahrhundert seien auf eine kurze Unabhängigkeit zwei Totalitarismen gefolgt. Im gleichen Zeitraum hätte sich in Westeuropa die Demokratie entwickelt und es sei zu immensen wirtschaftlichen und technischen Fortschritten gekommen. Dies hätte eine „zivilisatorische Distanz“ zwischen Ost- und West geschaffen.¹⁵⁹⁴

Gemeinsam hätten die Staaten des *Intermarium* ein wirtschaftliches Potential, zum anderen seien aber auch ihre innerstaatlichen Probleme sehr ähnlich.¹⁵⁹⁵ Eine Ähnlichkeit bestünde ebenfalls in gemeinsamen sicherheitspolitischen Interessen. Eine Gefährdung der eigenen Unabhängigkeit durch Russland, ob diese nun politischer oder sogar militärischer Natur sei, bedrohe alle Staaten dieser Region.¹⁵⁹⁶ Gerade im Hinblick auf eine russische Gefahr sei eine Integration der *Intermarium*-Staaten notwendig.¹⁵⁹⁷ Auch für Westeuropa sei die Schaffung eines *Intermarium* von Vorteil, da es damit an einen zusammenhängenden Raum grenze, der beispielsweise als Reservoir für Arbeitskräfte genutzt werden könnte.¹⁵⁹⁸

Aus den gegebenen Vorteilen zieht Moczulski die Konsequenz, dass sich die „zu einem gemeinsamen Block vereinigten Staaten des *Międzymorze* ein ausreichend großes demographisches, territoriales und wirtschaftliches Potential schaffen, um eine Gefahr aus dem

¹⁵⁹¹ Zu erwähnen ist an dieser Stelle insbesondere seine Habilitationsschrift (Moczulski, Leszek: *Narodziny Międzymorza*. Warszawa 2007). In ihr beschreibt Moczulski die Bedeutung des *Intermariums* zu Beginn der Staatenbildungen im ostmitteleuropäischen Raumes im Frühmittelalter.

¹⁵⁹² Moczulski, Leszek: *Międzymorze i Rosja. Wybór tekstów Leszka Moczulskiego 1985–2015*. Warszawa 2015, S. 48.

¹⁵⁹³ Ebd., S. 49.

¹⁵⁹⁴ Ebd.

¹⁵⁹⁵ Ebd., S. 53.

¹⁵⁹⁶ Ebd., S. 54.

¹⁵⁹⁷ Ebd.

¹⁵⁹⁸ Ebd., S. 51.

Osten zu verringern.¹⁵⁹⁹ Die Zusammenarbeit des gesamten *Intermarium* entferne grundsätzlich alle Möglichkeiten einer russischen Expansion in den Westen.¹⁶⁰⁰

Dasselbe galt für eine westliche Bedrohung. Ein wirtschaftliches Ungleichgewicht könne nur dadurch ausgeglichen werden, dass sich der Markt des *Intermarium* vereinige.¹⁶⁰¹ Eine wirtschaftliche Vereinigung mache die Region auch insgesamt als Handelspartner für den Fernen Osten oder Nordamerika interessanter.¹⁶⁰² Die Volkswirtschaften der Einzelstaaten seien hierfür zu schwach.¹⁶⁰³ Im Prinzip bringt Moczulski hiermit eine Argumentation auf, die typisch für Staatenbünde zu sein scheint. Als Beispiel für einen *Intermarium*-Staatenbund dient ihm insbesondere Westeuropa, das bereits über viele Jahrzehnte hinweg wichtige Erfahrungen in der Zusammenarbeit liefere und seine Einheit maßgeblich auf den Römischen Verträgen von 1957 aufbaue. Es ginge darum, dass „die geopolitische Region des Intermarium den Weg, den Westeuropa bereits erfolgreich gegangen ist, wiederholen“ sollte.¹⁶⁰⁴ Dem Beispiel folgend, fordere auch Moczulski, dass sich die Staaten zwischen Adria, Ostsee und Schwarzem Meer zunächst wirtschaftlich vereinigen und einen gemeinsamen Markt schaffen sollten. Hieran sollte sich dann eine gemeinsame Verteidigungspolitik anschließen.¹⁶⁰⁵ Eine derartige Zusammenarbeit müsse sich ebenfalls institutionell manifestieren. Deshalb fordert er die Schaffung eines *Rada Międzymorza (Intermariumrat)*, also eine Vertretung der Einzelstaaten, sowie zu einem späteren Zeitpunkt die Schaffung eines eigenen Parlaments.¹⁶⁰⁶ Der Staatenbund solle dann mehr und mehr zusammenwachsen und Binnengrenzen unwichtiger werden.¹⁶⁰⁷ Moczulski schlug diese Idee in den neunziger Jahren vor. Es sollte somit eine Alternative zu einem direkten EU-Beitritt darstellen. Das *Intermarium* nach Moczulski steht aber nicht in völliger Opposition zu einem vereinigten Europa, sondern sieht es wahrscheinlich eher als Vorstufe dessen an, als ersten Schritt eines Bundes gleicher Partner, bevor es zu einem Zusammenschluss ganz Europas käme.¹⁶⁰⁸

Diese Idee einer Vereinigung des Intermarium ist keine explizite Neuheit von Moczulski. Ihre intellektuellen Wurzeln sind eindeutig in der *Sanacja* des Józef Piłsudskis zu finden.

¹⁵⁹⁹ Ebd., S. 55.

¹⁶⁰⁰ Ebd.

¹⁶⁰¹ Ebd.

¹⁶⁰² Ebd.

¹⁶⁰³ Ebd., S. 56.

¹⁶⁰⁴ Ebd., S. 63.

¹⁶⁰⁵ Ebd., S. 60.

¹⁶⁰⁶ Ebd., S. 61.

¹⁶⁰⁷ Ebd.

¹⁶⁰⁸ Vgl. ebd., S. 65.

Hieraus ergeben sich zwei deutliche Analogien zu Piłsudski. Zum einen betont auch Moczulski eine Gefahr durch Russland für Polen. Zum anderen ist seine Position gegenüber Deutschland, wenn schon nicht prodeutsch, so doch zumindest eine deutsche Gefahr als gering ansehend. In Bezug auf Russland spricht er dem östlichen Nachbarn insbesondere eine Zugehörigkeit zu Europa ab. Gerade im Hinblick auf die zivilisatorischen Kategorien, sei dies abzustreiten.¹⁶⁰⁹ Eine Zusammenarbeit des oben beschriebenen *Intermarium* mit Russland lehnt er strikt ab. Hierbei spiele es keine Rolle, ob dieses Russland sowjetisch oder demokratisch sei. „Die selben Faktoren, die das kommunistische Lager demoliert hätten, würden auch ein quasi-demokratisches Lager unter russischer Führung zerstören“.¹⁶¹⁰

Eine Gefahr durch das „zukünftige Russland (die UdSSR oder wie dieser ständig zur Veränderung fähige Staat heißen wird)“ sieht Moczulski Ende der achtziger beziehungsweise Anfang der neunziger Jahre als weiterhin gegeben an. Am Vorabend des Zusammenbruchs der Sowjetunion betont er, dass Moskau noch länger mit inneren Angelegenheiten beschäftigt sein werde. Für einen gewissen Zeitraum würde Russland seine Fähigkeit zu einer expansiven Weltpolitik einbüßen.¹⁶¹¹ Gleichzeitig sei aber ebenfalls nicht damit zu rechnen, dass Russland sich in einen demokratischen Staat verwandeln werde. Eine Westorientierung würde an dieser Stelle nicht stattfinden. Ganz im Gegenteil: Demographisch und ökonomisch sei Russland verstärkt auf Asien orientiert.¹⁶¹²

Die ideologische Nähe zur *Sanacja* des Marschalls ist in der Betonung der Gefahr bei gleichzeitiger möglicher Instabilität, die von Russland ausginge, deutlich erkennbar. Diese Nähe setzt sich im Hinblick auf seine Positionen zu Deutschland fort. In der Tradition der *Sanacja* widerspricht Moczulski dem geistigen Haupt der *Endecja*, Roman Dmowski, wonach es einen „unauslöschlichen und dominanten deutschen Drang nach Osten“ in der deutschen Kultur gäbe.¹⁶¹³ Zum einen habe das Streben Deutschlands nach Osten keine offensive Tätigkeit dargestellt, sondern sei vielmehr eine defensive Reaktion auf die Ostflucht und das polnische Bevölkerungswachstum gewesen.¹⁶¹⁴ Er fügt hinzu, dass die Germanisierung in den mehrheitlich polnisch besiedelten Gebieten des Reiches generell nicht sehr ausgeprägt gewesen und beispielsweise in Elsass-Lothringen sehr viel größer gewesen sei.¹⁶¹⁵

¹⁶⁰⁹ Ebd., S. 45–46.

¹⁶¹⁰ Ebd., S. 54.

¹⁶¹¹ Ebd., S. 16.

¹⁶¹² Ebd., S. 17.

¹⁶¹³ Ebd., S. 33.

¹⁶¹⁴ Ebd., S. 34.

¹⁶¹⁵ Ebd.

Zum anderen sei im Laufe des 20. Jahrhunderts die deutsche Ostexpansion vollständig zurückgegangen.¹⁶¹⁶ Zur Untermauerung dieser Aussage, führt Moczulski die nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgte Westbindung an. Aus dem *Drang nach Osten* sei ein *Drang nach Westen* geworden.¹⁶¹⁷ Die Westbindung sei dadurch zu erklären, dass das geopolitische System zu Lebzeiten Dmowskis ein anderes gewesen sei.¹⁶¹⁸

Im Prinzip verteidigt Moczulski die Politik des Deutschen Reiches gegen die Polen oder relativiert sie zumindest. Wenn sich das geopolitische System zu Gunsten Polens entwickelt, kann es sich genauso wieder zu seinen Ungunsten entwickeln. Deutschland könnte demnach seine Machtposition in Europa erneut verstärken und sich in Folge ebenfalls erneut gen Osten orientieren. Gerade im Zuge der Wiedervereinigung, vor dessen Kontext auch Moczulski weite Teile seiner geopolitischen Analysen verfasst, könnte eine solche Änderung auftreten. Moczulski geht auf die geopolitischen Folgen eines starken und wiedervereinigten Deutschlands ein.¹⁶¹⁹ Er ist hierbei der Auffassung, dass Deutschland eher eine Bedrohung für seine westlichen als für seine östlichen Nachbarn sei. Ein wiedervereinigter Nachbar im Westen würde der bundesrepublikanischen Tradition folgen und sich nach Westen ausrichten. Die innerdeutsche Ostflucht würde diesen Trend nach Westen verstärken.¹⁶²⁰

Damit einhergehend käme es zu einer innenpolitischen Krise, die aus dem Zusammenschluss zweier so unterschiedlicher Staaten hervorginge. Dieser mindestens eine Generation andauernde Prozess ermögliche, Expansionen Deutschlands massiv einzuschränken.¹⁶²¹ Bedingt durch die Westorientierung spricht Moczulski im Zuge der Wiedervereinigung im Ergebnis vom „Verschwinden der deutschen Gefahr“.¹⁶²² Auch wenn Deutschland somit nicht zur Gefahr für Polen würde, geht auch Moczulski von einer deutschen Dominanz über Westeuropa aus. Deutschland würde die Führung übernehmen und zu einem entscheidenden Faktor in ganz Europa werden.¹⁶²³ Diese deutsche Führung sei jedoch nur temporär. Sowohl seine großen Bevölkerungszahlen als auch seine wirtschaftlichen Stärken, würden langfristig abgebaut werden und sich damit an die Nachbarstaaten angleichen.¹⁶²⁴

¹⁶¹⁶ Ebd., S. 36.

¹⁶¹⁷ Ebd., S. 33.

¹⁶¹⁸ Ebd., S. 37.

¹⁶¹⁹ Ebd.

¹⁶²⁰ Ebd., S. 37–38.

¹⁶²¹ Ebd., S. 38.

¹⁶²² Ebd.

¹⁶²³ Ebd., S. 43.

¹⁶²⁴ Ebd., S. 44.

Moczulskis geopolitische Überlegungen sind anregend, da sie eine Aktualisierung Pilsudskischen Denkens der Zwischenkriegszeit darstellen. Die Grundhaltung des Marschalls, wonach Deutschland zwar stark, keine große Gefahr für Polen, aber auch kein direkter Partner sei, findet sich ebenso bei Moczulski. In Bezug auf Deutschland strebt er ein gutes Verhältnis an und sieht beide als Mitglieder in einem vereinten Europa. Er orientiert sich aber trotzdem wesentlich stärker an Russland und sieht eine mögliche Gefahr aus dem Osten. Als Reaktion auf diese Gefahr sieht Moczulski aber im Wesentlichen die Schaffung eines Staatenbundes zwischen Adria, Ostsee und Schwarzem Meer. Auch dies entspricht dem Denken der *Sanacja*. Interessanterweise gibt es gerade an dieser Stelle auffällige Schnittmengen zu Teilen der polnischen Rechten, die eine gleiche Zusammenarbeit des *Intermarium* anstreben. Der geopolitische Unterschied ist hierbei möglicherweise primär in einer anderen Sichtweise auf den deutschen Nachbarn zu sehen.

6.3.2. Die NATOisierung

In der Situation der neunziger Jahre bot sich jedoch für das polnische geopolitische Dilemma eine transatlantische Lösung an.¹⁶²⁵ Es verwundert somit nicht, dass Polen vor dem Hintergrund dieser historisch gescheiterten Alternativen auf eine westliche Verankerung zurückgriff. Die aus der polnischen Opposition hervorgegangenen polnischen Politiker waren sich hierbei bewusst, dass Polen allein nicht in der Lage war, seine Sicherheit zwischen Deutschland und Russland zu garantieren. Als einzige Lösung bot sich damit die Einbindung in ein komplexes System an. Bei einer Westbindung der Republik Polen bedeutete dies eine Aufnahme in die sicherheitspolitischen Strukturen der NATO sowie die (sicherheits)politischen und wirtschaftlichen Strukturen der Europäischen Union.

Warum wurde dieser Prozess der *NATOisierung der polnischen [...] Sicherheitspolitik* (Cornelia Funke) gewählt?¹⁶²⁶ Die NATO entsprach Polens sicherheitspolitischen Bedürfnissen, insbesondere in seiner westlichen Ausrichtung. Die USA stellten nicht nur die Führungsmacht des Bündnisses dar, sondern verfügten als letzte Supermacht über eine unangefochtene Rolle in der Welt. Gleichzeitig bestand kein geopolitischer Gegensatz zwischen Washington und Warschau. Die von Brzeziński genannten geopolitischen Ziele der

¹⁶²⁵ Vgl. Kaźmierczak, Błażej / Lemmen, Daniel J.: *Polens geopolitisches Dilemma und seine transatlantische Lösung. Ein einleitender Überblick*. In: *Po obu stronach Odry. Europejskie, narodowe i regionalne aspekty sąsiedztwa polsko-niemieckiego Księga jubileuszowa Profesora zw. dr hab. dr h.c. Andrzeja Jana Szwarca. Auf beiden Seiten der Oder. Europäische, nationale und regionale Aspekte der deutsch-polnischen Nachbarschaft Festschrift für Professor Dr. habil. Dr. h.c. Andrzej Jan Szwarz*. Hrsg. von Aleksandra Chylewska-Tölle u. Alexander Tölle. Berlin 2016, S. 119–136.

¹⁶²⁶ Frank, Cornelia: *NATOisierung polnischer und tschechischer Sicherheitspolitik* (= Aussenpolitik und Internationale Ordnung). Baden-Baden 2011.

USA würden in Polen auf keinen Widerstand stoßen.¹⁶²⁷ Durch die besondere Rolle der Vereinigten Staaten im militärischen Bündnis war die militärische Präsenz der USA in Europa garantiert. Allein dies brachte bei einer Vollmitgliedschaft Polens eine Absicherung vor Russland und Deutschland. Gleichzeitig bot eine volle Mitgliedschaft Polen das vollständige Mitspracherecht innerhalb des transatlantischen Bündnisses. Hierdurch war keine Absprache der NATO gemeinsam mit Russland über Polen beziehungsweise die Köpfe der Polen hinweg möglich. Für Polen bedeutete dies die Grundlage des *nic o nas bez nas* (*nicht über uns ohne uns*). Ein NATO-Beitritt hätte Polens westlichen Kurs manifestiert und einen EU-Beitritt erleichtert. Die sich hieraus insgesamt ergebene sicherheitspolitische Stabilisierung hätte ebenfalls ein positives Signal für ausländische Investoren bedeutet, was wiederum einen positiven Einfluss auf die Wirtschaft gehabt hätte.¹⁶²⁸ Die Vorteile einer Mitgliedschaft Polens waren damit offensichtlich. Von entscheidender Bedeutung war in jedem Fall die sicherheitspolitische Dimension. Eine Mitgliedschaft in der NATO bedeutete nicht einfach nur einem Bündnis anzugehören. Der Nordatlantik-Pakt stellte mit dem Ende des Ostblockes die geopolitisch wichtigste globale Kooperation dar.

In den Jahren 1989 bis 1991 kam es zu einer schrittweisen Loslösung vom Warschauer Pakt, der am 1. Juli 1991 schließlich aufgelöst wurde. Ungelegen kam der polnischen Regierung die Mitgliedschaft in der Warschauer Vertragsorganisation anfänglich nicht, da sie immerhin noch eine gewisse Sicherheit der Grenzen garantierte. Dies betraf vor allem die Frage der Oder-Neiße-Grenze mit Deutschland, die allerdings dann im Deutsch-Polnischen Grenzvertrag am 14. November 1990 endgültig beantwortet wurde. Hierbei ist hinzuzufügen, dass die polnische Regierung mittelfristig den Schluss gefasst hatte, der NATO beitreten zu wollen, dies allerdings aus taktischen Gründen (v.a. gegenüber der Sowjetunion) öffentlich nicht kundtat.¹⁶²⁹ Erstmals wurde der Wunsch nach einer NATO-Mitgliedschaft im Dezember 1991 im Zuge der Auflösung der UdSSR öffentlich durch die Regierung von Jan Olszewski¹⁶³⁰ bekundet.¹⁶³¹

Die Bedeutung einer solchen Mitgliedschaft zeigt sich deutlich durch den Verweis auf die Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg. Das damals vorhandene geopolitische Dilemma Polens

¹⁶²⁷ Vgl. Kap. 6.7.

¹⁶²⁸ Koszel, Bogdan: *Polens dorniger Weg zur NATO*. In: Welttrends 10 (1996b), S. 47–48.

¹⁶²⁹ Winter, Thomas: *Polnische Sicherheitspolitik zwischen Souveränität und Integration. Die sicherheitspolitische Kultur und die GASP-/ESVP-Politik der Dritten Republik Polen*. München 2007, S. 58.

¹⁶³⁰ Jan Olszewski (1930–2019), polnischer Politiker (u.a. PC), 1991–1992 Premierminister.

¹⁶³¹ *Oświadczenie Prezesa Rady Ministrów w sprawie proponowanego składu i programu prac rządu, stenogram z posiedzenia sejmowego* (21. Dezember 1991), hier zit. n. Kupiecki, Robert: *Akcesja Polski do NATO – okiem historyka i uczestnika*. In: *Bezpieczeństwo narodowe* 1 (2014), S. 53.

hatte zum Ende der Zweiten Republik geführt. In den dreißiger Jahren war es Polen nicht gelungen, seine Staatlichkeit durch ein geeignetes Bündnissystem abzusichern. Eine erneute Situation, in der die Staatlichkeit Polens gefährdet war, galt es zu vermeiden. Die Relevanz dessen musste der polnischen Politik bekannt sein. Der Blick kann aber ebenfalls auf eine aus Sicht der neunziger Jahre alternativen Zukunft geworfen werden, in der Polen während des russischen Vorgehens 2008 sowie der Folgejahre nicht zum Bündnis gehört hätte.¹⁶³² Beide Blickrichtungen unterstrichen die Bedeutung einer Annäherung an das westliche Verteidigungsbündnis, die zu einer Vollmitgliedschaft in der NATO führen sollte.

Ausgehend von den Wendejahren 1989/1990 war dieser Weg allerdings längst nicht vorgeschrieben und so sicher, wie er aus der Retroperspektive erscheinen mag. Zum einen bestanden Alternativen zu dieser geopolitischen Ausrichtung. Diese ergeben sich vor allem im Hinblick auf die bereits beschriebenen geopolitischen Vorstellungen der Zwischenkriegszeit. Diese Unsicherheit ergab sich aber auch aus den historischen Umständen. In Polen hatte zwar der Prozess einer Transformation hin zu einem demokratischen Staat begonnen, doch konnte der polnische Staat sich nicht sofort aus all seinen geopolitischen Verankerungen lösen. Einstweilen wollte er es auch nicht, denn das Verlassen eines Bündnissystems hätte nur Sinn gemacht, wenn der Beitritt zu einem anderen System zumindest in Aussicht gestellt war. Mit Antritt der neuen demokratischen Regierung unter Mazowiecki war Polen weiterhin Mitglied des Warschauer Paktes.

Zwar bestand die Möglichkeit (auch für nicht-sozialistische Staaten) dem Warschauer Pakt beizutreten, die Möglichkeit, eines Austritts gestaltete sich jedoch schwieriger. So sah der Vertrag in Artikel 11 eine ständige automatische Vertragsverlängerung um 10 Jahre vor.¹⁶³³ Dies machte bei Gründung im Jahre 1955 einen Austritt erst für 1995 möglich. In Artikel 7 hatte sich Polen außerdem dazu verpflichtet, „sich an keinen Koalitionen oder Bündnissen zu beteiligen und keine Abkommen abzuschließen, deren Zielsetzung den Zielen dieses Vertrages widerspricht“. Ein Austritt zu einem früheren Zeitpunkt – sollte er überhaupt angestrebt werden – war nicht ohne Vertragsbruch möglich.¹⁶³⁴ Eine Mitgliedschaft Polens aus dem Warschauer Pakt konnte gerade nach dem Fall des Eisernen Vorhangs zielführend für die polnische

¹⁶³² Gemeint sind der Kaukasuskrieg von 2008 sowie der seit 2014 andauernde Krieg in der Ukraine.

¹⁶³³ *Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand, 11.-14. Mai 1955.* https://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_ru&dokument=0013_war&object=translation&st=&l=de (27.11.2020).

¹⁶³⁴ Nach dem Einmarsch des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei während des Prager Frühlings 1968 trat Albanien aus dem Bündnis unter Bruch der Vertragsbestimmungen aus. Bereits 1956 hatte während des ungarischen Volksaufstandes die Regierung unter Imre Nagy ihren Austritt aus dem Warschauer Pakt beschlossen, was nach der Niederschlagung des Aufstandes jedoch rückgängig gemacht wurde.

Sicherheitspolitik sein. Und dies lag insbesondere an der Bundesrepublik. Mit sich abzeichnender Wiedervereinigung und einer sich hieraus ergebenden Zunahme des deutschen Machtpotenzials war es – trotz aller ideologischen Gegensätze zwischen der neuen Regierung in Warschau und den Politikadern in Moskau – so weiterhin die UdSSR die Polens Westgrenze gegenüber Deutschland garantierte.

Eine erste Absichtserklärung zur Annäherung an den Westen stellt die *Visegrád*-Deklaration dar, die Mitte Februar 1991 von Vertretern Polens, der Tschechoslowakei und Ungarn unterzeichnet wurde. Die Unterzeichner verpflichteten sich unter anderem „eine vollständige Einbeziehung in das politische und wirtschaftliche System Europas sowie in das System der Sicherheit und Gesetzgebung“ anzustreben.¹⁶³⁵ Bonn zeigte sich sehr daran interessiert, Warschau in den Westen zukünftig einzubinden. Aus dieser Idee heraus entstand das so genannte *Weimarer Dreieck*, ein nicht-institutionelles Gesprächsforum zwischen Deutschland, Polen und Frankreich. Ziel war die Stärkung der Integration Polens. In dieser Initiative wurde eine Ergänzung des deutsch-französischen Motors um einen polnischen Zylinder innerhalb der europäischen Integration gesehen. In einem ersten Schritt gaben die NATO- und WP-Staaten am 19. November 1990 eine Gemeinsame Erklärung ab, in der sie gegenseitig nicht mehr von Gegnern sprachen und einen Gewaltverzicht erklärten.¹⁶³⁶ Zu einer ersten Annäherung zwischen Polen und der NATO war es im September 1990 bei einem Besuch des Generalsekretärs Manfred Wörner in Warschau gekommen. Dem folgte zwei Monate später ein Gegenbesuch Krzysztof Skubiszewskis auf einer NATO-Tagung in Brüssel.¹⁶³⁷ Im Umgang mit der Sowjetunion, insbesondere den in Polen weiterhin stationierten Truppen, schlug Wałęsa¹⁶³⁸ als Vorsitzender der *Solidarność* vor, dass die Streitkräfte der UdSSR bis Ende 1990 abgezogen werden sollten.¹⁶³⁹ Während der 2+4-Verhandlungen hingegen vertrat Polen die Position, dass die sowjetischen Truppen in Polen verweilen sollten, bis die polnische Sicherheitsfrage gelöst sei. Dies bezog sich in erster Linie auf Deutschland.¹⁶⁴⁰

Diese erste Phase der geopolitischen Neuordnung für Polen in den Jahren 1989 bis 1991 stellte damit einen Abbau der Verbindungen und Abhängigkeiten zum Warschauer Pakt dar. Trotz der sich abzeichnenden Westorientierung, erwog in diesen Jahren kein polnischer

¹⁶³⁵ *Visegrad Declaration 1991*.

¹⁶³⁶ *Text of the Joint Declaration of Twenty-Two States*. <https://www.presidency.ucsb.edu/documents/text-the-joint-declaration-twenty-two-states> (27.11.2020).

¹⁶³⁷ Koszel, Bogdan: *Polens dorniger Weg zur NATO*, S. 216.

¹⁶³⁸ Lech Wałęsa (1943), polnischer Gewerkschaftler und Politiker (u.a. *Solidarność*, AWS), 1980–1990 Vorsitzender der Gewerkschaft *Solidarność*, 1990–1995 Präsident der Republik Polen.

¹⁶³⁹ Wilhelm, Justus: *Deutschland, Polen und die Politik in der NATO*, S. 69.

¹⁶⁴⁰ Ebd., S. 81.

Politiker ernsthaft einen NATO-Beitritt seines Landes.¹⁶⁴¹ Dies soll nicht heißen, dass er nicht von vielen Politikern für die Zukunft gewünscht war. Er erschien jedem vor dem Hintergrund der Zugehörigkeit zum Warschauer Pakt sowie der bloßen Existenz der Sowjetunion utopisch. Wenig verwunderlich war deshalb die Aussage des neuen polnischen Staatspräsidenten Lech Wałęsa aus dem April 1991, wonach es bezüglich der Frage eines NATO-Beitritts Polens viele Möglichkeiten in einer komplizierten Lage gäbe.¹⁶⁴² Der Wunsch langfristig dem Bündnis beizutreten, soll allerdings im gleichen Jahr von Wałęsa gegenüber US-Präsident Bush geäußert worden sein.¹⁶⁴³

Premierminister Mazowieckis Position war es, mindestens eine Kooperation mit der NATO zu erreichen. Besser sei jedoch eine Integration in das westliche Verteidigungsbündnis.¹⁶⁴⁴ Aus dem gleichen Grund wurde eine Mitgliedschaft in der EG angestrebt. Außenminister Skubiszewski forderte im April 1990 in einem 9-Punkte-Plan vor dem Sejm ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem, dass die vorhandenen Bündnissysteme ersetzen sollte.¹⁶⁴⁵ Die Position des Regierungschefs sowie dessen Außenministers schließen sich hierbei nicht aus, sondern sind erneut vor dem historischen Hintergrund zu sehen, dass Polen weiterhin Mitglied des Warschauer Paktes war. Insbesondere Skubiszewskis Vorschlag einer Aufhebung der vorhandenen Bündnissysteme zu Gunsten einer gesamteuropäischen Lösung nahm eindeutigen Bezug zum Vertrag über den Warschauer Pakt.¹⁶⁴⁶ Niemand konnte Polen damit den Vorwurf machen bestehende Verträge zu verletzen.

Trotzdem befand sich der Warschauer Pakt in einer Sackgasse. Bereits mit Amtsantritt Gorbačovs war die *Brežnev-Doktrin* von der eingeschränkten Souveränität sozialistischer

¹⁶⁴¹ Ebd., S. 85–86.

¹⁶⁴² Ebd., S. 88.

¹⁶⁴³ Heisig, Johannes Volker: *Warum eine Osterweiterung der NATO? Analyse der Entscheidungsprozesse und Kontroversen in Deutschland und den USA im Zusammenhang der sicherheitspolitisch-strategischen Orientierungsdebatten nach dem Ost-West-Konflikt*. Berlin 2004, S. 321.

¹⁶⁴⁴ Wilhelm, Justus: *Deutschland, Polen und die Politik in der NATO*, S. 70.

¹⁶⁴⁵ *Exposé des Ministers für auswärtige Angelegenheiten der Republik Polen Krzysztof Skubiszewski vom 26. April 1990*. In: *Sprawozdanie Stenograficzne z 28 posiedzenia Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 26, 27 i 28 kwietnia 1990 r. Warszawa 1990*. [http://orka2.sejm.gov.pl/StenogramyX.nsf/0/149D404F357405C4C1257D20002CC713/\\$file/028_000007497.pdf](http://orka2.sejm.gov.pl/StenogramyX.nsf/0/149D404F357405C4C1257D20002CC713/$file/028_000007497.pdf) (28.1.2021), S. 8–10.

¹⁶⁴⁶ Der Bezug besteht zu Artikel 11 des Warschauer Paktes. Dort heißt es in Absatz 2:

„Im Falle der Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa und des Abschlusses eines diesem Ziel dienenden Gesamteuropäischen Vertrages über kollektive Sicherheit, den die Vertragschließenden Seiten unentwegt anstreben werden, verliert dieser Vertrag am Tage des Inkrafttretens des Gesamteuropäischen Vertrages seine Gültigkeit.“

Bruderstaaten ersetzt worden.¹⁶⁴⁷ Bezugnehmend auf das Lied *My way*¹⁶⁴⁸ hatte der sowjetische Staatschef die *Sinatra-Doktrin* ausgerufen, wonach jeder Staat seinen eigenen Weg zum Sozialismus bestreiten könne.¹⁶⁴⁹ Bis Anfang 1990 hatte sich der Zerfallsprozess beschleunigt und es war in allen Satelliten Moskaus zu einem demokratischen Wandel gekommen.¹⁶⁵⁰ Die vormals sozialistischen Staaten entfernten sich damit auf einem demokratischen Weg zunehmend vom gemeinsamen Ziel des Sozialismus. Vor diesem Hintergrund wurde die Zugehörigkeit zu einem gemeinsamen Bündnissystem, das in erster Linie Moskaus geopolitische Macht in Ostmitteleuropa absichern sollte immer fragwürdiger. Die DDR verließ das Bündnis unmittelbar vor der Wiedervereinigung. In der ersten Jahreshälfte 1991 wurde dann zunächst seitens der UdSSR das Oberkommando über die WP-Streitkräfte niedergelegt und es folgte die Auflösung des Bündnisses im Juli 1991.

Im gleichen Monat erfüllte sich Wałęsas in Brüssel geäußerte Hoffnung auf eine „Integration in Europa und weitere Kooperationen mit der NATO“ mit der Schaffung des *North Atlantic Cooperation Councils* (NACC) im November 1991. Dieses Format diente einer Heranführung der Staaten Ostmitteleuropas an die NATO. Die Euphorie über diese Form der Zusammenarbeit hielt sich in Grenzen, da der NACC als ein „Trostpreis für Staaten wie Polen“ angesehen wurde, „die der NATO beitreten, mindestens aber eine Sicherheitsgarantie bekommen wollten“.¹⁶⁵¹ In den Jahren 1991 bis 1993 folgte dann eine Phase der Annäherung zwischen Polen und anderen ostmitteleuropäischen Staaten auf der einen und der NATO auf

¹⁶⁴⁷ Die nach dem sowjetischen Staats- und Parteichef Leonid Brežnev (1906–1982) benannte Doktrin galt als Reaktion auf den Prager Frühling von 1968. Die Doktrin rechtfertigte eine Einmischung sowie Intervention in die inneren Angelegenheiten der sowjetischen Satellitenstaaten zur Verhinderung eines Abfalls vom Sozialismus sowjetischer Prägung. Verkündet wurde sie unter anderem auf einer Rede Brežnevs auf dem 5. Parteitag der PZPR in Warschau am 12. November 1968 in Warschau.

¹⁶⁴⁸ Bei dem Lied handelt es sich ursprünglich um eine Cover-Version des französischen Chansons *Comme d'habitude* (franz. *so wie gewöhnlich*). Weltweite Bekanntheit errang die von Musiker Paul Anka bearbeitete englischsprachige Version, die von Frank Sinatra gesungen wird. Das Lied verweist in seiner englischen Version nicht nur darauf, dass jemand „seinen Weg“ gehe. Gleichzeitig beinhaltet der Beginn des Liedes („And now the end is near and so I face the final curtain“) einen weiteren ironischen – wenn auch von Gorbacev ungewollten – Verweis auf das Ende des Ostblockes.

¹⁶⁴⁹ Keller, Bill: *Gorbachev, in Finland, Disavows Any Right of Regional Intervention*. <https://www.nytimes.com/1989/10/26/world/gorbachev-in-finland-disavows-any-right-of-regional-intervention.html> (28.1.2021) [Printausgabe vom 26. Oktober 1989, dort S. 1]: „We now have the Frank Sinatra doctrine. He has a song, I Did It My Way. So every country decides on its own which road to take.’ When asked whether this would include Moscow accepting the rejection of communist parties in the Soviet bloc, he replied: ‚That’s for sure... political structures must be decided by the people who live there’ ”.

¹⁶⁵⁰ Der Wandel in Polen im Sommer 1989 wurde bereits erwähnt. In der DDR nahm der Prozess der Wiedervereinigung immer stärker an Lauf an. In Ungarn legte im Oktober mit Miklós Németh (1948) der letzte kommunistische Ministerpräsident sein Amt nieder. In der Tschechoslowakei wurde im Dezember eine demokratische Regierung ernannt, Ende Dezember wurde Václav Havel (1936–2011) zum Staatspräsidenten gewählt. In Rumänien wurde im Dezember 1989 Nicolae Ceaușescu (1918–1989) als Staats- und Parteichef abgelöst und ein Rat der Front zur Nationalen Rettung übernahm die Staatsführung. In Bulgarien kam es im Juni 1990 zu ersten demokratischen Wahlen, die jedoch die sozialistische BSP für sich entscheiden konnte.

¹⁶⁵¹ Alterman, Małgorzata: *Rada na Radę*. In: *Gazeta Wyborcza* (10.3.1992), S. 6.

der anderen Seite. Dieser schloss sich ein Zeitraum zwischen dem Ende des Warschauer Paktes und einer Reihe von sicherheitspolitischen Debatten in Polen in den Jahren 1992–1993 an. Eine NATO-Mitgliedschaft wurde mehrheitlich als der richtige sicherheitspolitische Weg angestrebt. Polnische Politiker argumentierten für einen Beitritt in erster Linie aus Sorge vor „neuen expansionistische[n] oder imperialistische[n] Tendenzen“ in Russland – aber auch in Deutschland.¹⁶⁵² Entscheidend für die Diskussion war auch die Lage östlich von Polen. Die chaotische Situation in Russland, ließ die Stabilität des Westens noch attraktiver erscheinen.¹⁶⁵³

Vor dem Hintergrund, dass Polen mit Auflösung des Warschauer Paktes keinem Verteidigungspakt mehr angehörte und eine Mitgliedschaft in der NATO kurzfristig nicht möglich erschien, schlug Präsident Wałęsa im März 1992 auf einem Deutschlandbesuch eine *NATO bis* vor.¹⁶⁵⁴ Das Präfix muss hierbei als Numeral (lat. *bis* zweimal) verstanden werden. Wałęsas nicht mit seiner eigenen Regierung abgestimmter Vorschlag verstand sich als Konzept einer an die NATO angeschlossenen Nebengruppierung von Staaten, die (noch) nicht der NATO angehörten, sich aber eng an eben diese binden wollten. Der Vorschlag fand international kein Gehör. Einer der Gründe hierfür war, dass abzusehen schien, dass Polen mittelfristig dem nordatlantischen Verteidigungsbündnis beitreten könnte.¹⁶⁵⁵ Zu einem Fürsprecher einer solchen Mitgliedschaft wurde insbesondere die Bundesrepublik Deutschland. Bonn hatte ein besonderes Interesse daran, den Raum Ostmitteleuropas zu stabilisieren, grenzte dieser doch unmittelbar an die neuen Bundesländer. Als einer der ersten westlichen Politiker sprach sich Bundesverteidigungsminister Volker Rühle¹⁶⁵⁶ für einen Beitritt aus.¹⁶⁵⁷ „Was wir jetzt wollen, ist ein Signal der NATO, der EG und der WEU an die Visegrád-Staaten, das ihnen klarmacht, dass ihr Weg nach Europa auch gemeinsame Sicherheitsstrukturen einbezieht“ verlautbarte Rühle.¹⁶⁵⁸ Jedoch spiegelt dies zunächst keine einheitliche Position in der Bundesregierung wieder. Genschers Nachfolger als Bundesaußenminister Klaus Kinkel¹⁶⁵⁹

¹⁶⁵² Wilhelm, Justus: *Deutschland, Polen und die Politik in der NATO*, S. 95–103.

¹⁶⁵³ Vgl. Kaźmierczak, Błażej / Lemmen, Daniel J.: *Polens geopolitisches Dilemma und seine transatlantische Lösung*, S. 131. Dort mit Verweis auf Winter, Thomas: *Polnische Sicherheitspolitik zwischen Souveränität und Integration*, S. 62.

¹⁶⁵⁴ Koszel, Bogdan: *Polens dorniger Weg zur NATO*, S. 49.

¹⁶⁵⁵ Bingen, Dieter: *Die Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen seit 1991*, S. 7: Bingen spricht von einer „vorgezeichneten Zugehörigkeit“.

¹⁶⁵⁶ Volker Rühle (1942), deutscher Politiker (CDU), 1992–1998 Bundesverteidigungsminister.

¹⁶⁵⁷ Bach, Christine: *Der Bundestag stimmt für die Ost-Erweiterung der NATO*. <https://www.kas.de/de/web/geschichte-der-cdu/kalender/kalender-detail/-/content/der-bundestag-stimmt-fuer-die-ost-erweiterung-der-nato-v1> (28.1.2021).

¹⁶⁵⁸ Ebd. Dort mit Verweis auf die FAZ vom 8. September 1996. Wahrscheinlich handelt es sich um den Artikel Rühle: *Die Nato nach Osteuropa hin öffnen*. In: FAZ (8.9.1993), S. 2.

¹⁶⁵⁹ Klaus Kinkel (1936–2019), 1992–1998 Bundesminister des Auswärtigen, 1993–1998 Vizekanzler, 1978–1982 Präsident des Bundesnachrichtendienstes, 1991–1992 Bundesminister der Justiz, 1993–1995 Bundesvorsitzender der FDP.

vertrat eine ähnliche Politik in dieser Frage wie sein Vorgänger. Genscher hatte eine Politik des Nichtbeitritts bei enger Anbindung an die NATO verfolgt. Begründet war diese Position in erster Linie in Russland. Kinkel folgte diesen Vorbehalten und sah die Gefahr einer neuen Spaltung Europas. Aus diesem Grunde bevorzugte auch er eine enge Anbindung Polens ohne Mitgliedschaft.¹⁶⁶⁰ Der Bundeskanzler nahm in dieser Frage zunächst eine ähnliche Position wie sein liberaler Außenminister ein.¹⁶⁶¹ Dennoch unterstützte die Bundesregierung das von Washington initiierte Projekt einer *Partnership for Freedom* (Pfp) auf der NATO-Verteidigungsministerkonferenz in Travemünde. Offiziell sollte die Pfp den NACC ersetzen und die Integration vorantreiben. Diese Entscheidung nahm etwas Druck aus der Debatte, wodurch der Westen Zeit gewann.¹⁶⁶² In den USA herrschte sowohl in der *Grand Old Party* als auch bei den Demokraten große Skepsis bezüglich einer NATO-Erweiterung. US-Präsident Clinton hingegen sah in ihr einen Ausdruck des neuen globalen Multilateralismus.¹⁶⁶³

Sowohl in den Vereinigten Staaten als auch in der Bundesrepublik wurde ein eventueller NATO-Beitritt Polens und anderer ehemaliger Staaten des Warschauer Paktes als Gefahr einer erneuten Teilung des europäischen Kontinents gesehen. Vor diesem Hintergrund findet sich im schwarz-gelben Koalitionsvertrag aus dem Jahre 1994 eine dementsprechende Formulierung: „Die Erweiterung der NATO um neue Mitglieder muß Teil eines gesamteuropäischen Sicherheitskonzepts sein. Integration und Kooperation – vor allem eine intensive Partnerschaft mit Rußland – müssen sich ergänzen, damit in Europa keine neuen Trennlinien entstehen.“ Gleichzeitig wurde „die schrittweise Erweiterung der NATO“ unterstützt.¹⁶⁶⁴ Diese Position entsprach somit durchaus dem Gedanken des Pfp-Formats.

In Polen wurde jenes Format zunächst als Distanzierung wahrgenommen, gab es Polen doch keine sichere, sondern lediglich eine sehr vage Beitrittsperspektive. Erst durch die Entsendung einer US-Delegation bestehend aus Madeleine Albright¹⁶⁶⁵ und dem Militär John

¹⁶⁶⁰ Feldmeyer, Karl: *Auf der Suche nach einem Mittelweg. Kinkel: Die Nato soll sich Mittel- und Osteuropa stärker öffnen*. In: FAZ (6.3.1993), S. 5.

¹⁶⁶¹ Meiers, Franz Josef: *Zu neuen Ufern? Die deutsche Sicherheits- und Verteidigungspolitik in einer Welt des Wandels 1990 - 2000*. Paderborn, München 2006, S. 205.

¹⁶⁶² Vgl. Haftendorn, Helga: *Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung 1945-2000*, S. 401.

¹⁶⁶³ Für eine genauere Analyse der Positionen innerhalb der Clinton-Administration siehe Asmus, Ronald D.: *Opening NATO's Door. How the Alliance Remade Itself for a New Era*. New York 2002.

¹⁶⁶⁴ *Das vereinte Deutschland zukunftsfähig machen. Koalitionsvereinbarung zwischen der CDU, CSU und der FDP*. https://www.kas.de/c/document_library/get_file?uuid=6ca3896a-da76-f841-a1c8-bfd9ae53f648&groupId=252038 (28.1.2021), S. 48.

¹⁶⁶⁵ Madeleine Albright (1937), US-amerikanische Diplomatin und Politikerin (Democrats), 1993–1997 US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen, Assistentin von Zbigniew Brzezinski, in Prag als Marie Jana Korbelová geboren, 1997–2001 US-Außenministerin.

Shalikashvili¹⁶⁶⁶ konnte Clinton die polnische Regierung von der PfP überzeugen, obschon in Warschau eine gewisse Skepsis blieb. „Für einen Schritt zu klein, aber immerhin die richtige Richtung“ war aus der polnischen Hauptstadt zu hören.¹⁶⁶⁷ In Polen wurde lagerübergreifend eine Mitgliedschaft empfohlen. Dies traf nicht nur auf die aus der *Solidarność* hervorgegangenen Kräfte zu, sondern auch die Postkommunisten änderten nach der Sejmwahl im Jahre 1993 ihre Position in dieser Frage.¹⁶⁶⁸ Die deutsche Position öffnete sich zunehmend für Polens Mitgliedschaft in der NATO. In einer Rede des deutschen Bundeskanzlers vor beiden Kammern des polnischen Parlaments am 6. Juli 1995 vor dem Sejm begrüßte Kohl die Erweiterung des Bündnisses. Sie werde ein „Beitrag zur Stärkung von Frieden und Stabilität in ganz Europa sein“.¹⁶⁶⁹ Gerade im militärischen Bereich kam es zwischen Warschau und Bonn seit der deutschen Wiedervereinigung zu einer Intensivierung der Zusammenarbeit. Hierzu zählten neben einer 1991 begonnenen Ausbildungshilfe für die polnischen Streitkräfte die Ende Januar unterzeichnete *Vereinbarung über die Zusammenarbeit im militärischen Bereich*. Sie wurde 1994 durch das NATO-Konzept der *Partnerschaft für den Frieden* mit gemeinsamen militärischen Übungen ergänzt.¹⁶⁷⁰ Polen konnte hier durch seine Bereitschaft deutlich zum Ausdruck bringen seine Armee an die NATO-Streitkräfte anzupassen.¹⁶⁷¹

Im Februar 1994 wurde das PfP-Programm in Bezug auf Polen um das *Individual Partnership Programme for Poland* erweitert. Die polnische Integration hatte damit erneut an Fahrt aufgenommen. Im Sommer 1995 beschleunigte sich der Erweiterungsprozess noch stärker, als die Vereinigten Staaten – unter anderem auf Basis der Vorstellungen von Zbigniew Brzeziński – zu der Erkenntnis kamen, dass eine möglicherweise anstehende Erweiterungsrunde eine generelle Reform der NATO zur Grundlage haben sollte.¹⁶⁷²

Auch für den Nordatlantikpakt stellte Polens Beitritt einen Vorteil dar. Die Vereinigten Staaten, die weiterhin die Allianz anführen, waren fortwährend darum bemüht, den Einfluss der

¹⁶⁶⁶ John M. Shalikashvili (1936–2011), US-amerikanischer Militär, 1993–1997 Vorsitzender des Vereinigten Generalstabs der US-Streitkräfte, entstammt väterlicherseits einem georgischen Adelsgeschlecht und mütterlicherseits einer deutsch-polnischen Familie.

¹⁶⁶⁷ Kuźniar, Roman: *Poland's foreign policy after 1989*. Warsaw 2009, S. 127–128.

¹⁶⁶⁸ Ebd., S. 126.

¹⁶⁶⁹ 6. Juli 1995: Rede vor Sejm und Senat im polnischen Parlament in Warschau während des offiziellen Besuchs von Bundeskanzler Kohl in der Republik Polen. https://www.helmut-kohl-kas.de/index.php?menu_sel=17&menu_sel2=126&menu_sel3=&menu_sel4=&msg=1597 (28.1.2021); Vgl. Koszel, Bogdan: *Polens dorniger Weg zur NATO*, S. 56.

¹⁶⁷⁰ Bingen, Dieter: *Die Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen seit 1991*, S. 11; Koszel, Bogdan: *Polens dorniger Weg zur NATO*, S. 57.

¹⁶⁷¹ Kuźniar, Roman: *Poland's foreign policy after 1989*, S. 129.

¹⁶⁷² Ebd., S. 133–134.

USA auf dem eurasischen Kontinent nicht zu verlieren.¹⁶⁷³ Polen nimmt hierbei eine wichtige geostrategische Position ein.¹⁶⁷⁴ Der Beitritt erhöht somit auch für das Bündnis „[...] das Handlungsfeld um ein geographisch und strategisch ungeheuer wichtiges Territorium [...]“.¹⁶⁷⁵ Für die NATO spielte Polen eine nicht zu unterschätzende Rolle. Neben weiteren Kriterien wie einer prosperierenden Wirtschaft, einer sich sehr schnell festigenden Demokratie und einer proeuropäischen und -atlantischen Meinung innerhalb der polnischen Gesellschaft und der polnischen Eliten folgte, dass Polen „Kandidat Nummer Eins für die Mitgliedschaft in der NATO“ wurde.¹⁶⁷⁶

In einer geopolitischen Neuausrichtung Polens musste neben Bonn auch Moskau eine gewichtige Rolle spielen. Jedoch stellte sich die politische Lage an der Moskwa in den neunziger Jahren schwierig dar. Im März (Litauen) sowie im August 1990 (Estland und Lettland) hatten die baltischen Unionsrepubliken ihre Unabhängigkeit erklärt. Bis zum Dezember 1991 folgten weitere Teilrepubliken wie die Ukraine und Belarus (beide im August 1991). Im August 1991 war in Moskau ein Putsch aus den Reihen der KPdSU gegen Gorbachov gescheitert. Dennoch war das Ende der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken im Dezember besiegelt. Gorbachov trat als Präsident der UdSSR am 25. Dezember zurück, einen Tag später löste sich die Sowjetunion als Völkerrechtssubjekt auf. Es bildete sich die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten als Zusammenschluss der Nachfolgestaaten der UdSSR (ohne die baltischen Staaten), die jedoch ohne geopolitische Bedeutung blieb. Diesen Zusammenbruch der Sowjetunion bezeichnete Vladimir Putin¹⁶⁷⁷ wiederholt als die „größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts“.¹⁶⁷⁸ Unter Gorbachovs Nachfolger¹⁶⁷⁹ und

¹⁶⁷³ Brzezinski, Zbigniew: *The grand chessboard*, S. 30–36.

¹⁶⁷⁴ Gemeint ist hierbei vor allem seine Position vor dem *Heartland* und im *Rimland*.

¹⁶⁷⁵ Sellar, Hanns-Frank: *Die historische Dimension der Integration Polens in die NATO*. In: *Polen und die neue NATO. Modalitäten der Integration*. Hrsg. von Jürgen Schwarz, Jan Wiktor Tkaczyński u. Ulrich Vogel. Frankfurt am Main / Berlin u.a. 1997.

¹⁶⁷⁶ Ebd.

¹⁶⁷⁷ Vladimir Vladimirovič Putin (1952), russischer Politiker (u.a. ONF), 1999–2008 sowie seit 2012 Präsident der Russländischen Föderation, 1999–2000 sowie 2008–2012 Premierminister der Russländischen Föderation.

¹⁶⁷⁸ Beispielsweise in *Putins Botschaft zur Lage der Nation am 25. April 2005*. <https://laender-analysen.de/russland-analysen/63/putins-botschaft-zur-lage-der-nation-am-25-april-2005/> (28.1.2021), S. 13.

¹⁶⁷⁹ Natürlich war Boris Jelzin kein Amtsvorgänger als Generalsekretär des ZK der KPdSU oder als Staatspräsident der Sowjetunion. Die Nachfolge ist hier als Staatsoberhaupt des Rechtsnachfolgers der UdSSR sowie – noch wesentlicher – als Oberhaupt der geopolitischen Größe der *Sowjetunion* beziehungsweise *Russland* zu verstehen.

Putins Vorgänger, Boris Jelzin,¹⁶⁸⁰ gelang es Russland nicht an die Stärke der UdSSR anzuknüpfen. In den neunziger Jahren folgte eine innenpolitische Krise der nächsten.¹⁶⁸¹

Dennoch herrschte im Westen, insbesondere in den USA, neben einer anfänglichen Skepsis bezüglich einer NATO-Osterweiterung, vielfach eine Position des *Russia First*.¹⁶⁸² Und Russland lehnte in den neunziger Jahren die NATO-Osterweiterung ab. Eine Erweiterung – so Jelzin – könnte die „Flamme des Krieges in ganz Europa“ entfachen.¹⁶⁸³ Von deutscher Seite wurde durch Außenminister Genscher Moskau versichert, dass die Schwächung der UdSSR und die Lage in Ostmitteleuropa vom Westen nicht ausgenutzt würde. Hierbei fiel von Genschers Seite die Zusicherung, wonach es keine Ausweitung der NATO nach Osten geben werde.¹⁶⁸⁴ Der Kontext dieser Aussagen ist wichtig und unbedingt hervorzuheben. So traf der Bundesaußenminister diese zu einem Zeitpunkt als sowohl die UdSSR noch bestand als auch Polen noch Mitglied des Warschauer Paktes war. Die bloße Idee einer Zugehörigkeit Polens zur NATO schien in den frühen neunziger Jahren fast utopisch. Eine jede Form der mündlichen Zusage – durch wen auch immer – konnte jedoch keinen völkerrechtlich gültigen Charakter haben. Aus westlicher Sicht gibt es kein Vertragswerk, das den Beitritt ostmitteleuropäischer Staaten zur NATO (oder auch zu irgendeinem anderen Bündnissystem) verbieten konnte. Im Zug des Beitrittsprozesses brachte Bundeskanzler Kohl diese Position 1995 vor dem Sejm zum Ausdruck: „Kein Staat kann es einem anderen verwehren, Mitglied eines Bündnisses zu sein oder nicht zu sein. Es hat auch kein Staat das Recht, andere Staaten als eine Art Sicherheitsglacis zu behandeln“.¹⁶⁸⁵ Russland musste es schwer fallen, dem zu widersprechen. Polen und anderen früheren sowjetischen Satelliten konnte nach dem Zusammenbruch schwerlich vorgeschrieben werden, welchen Kooperationen sich diese (nicht) anschlossen. Rechtlich versuchen russische Kommentatoren mit einem Verstoß gegen die KSZE-Akte sowie

¹⁶⁸⁰ Boris Nikolajewitsch Jelzin (1931–2007), sowjetischer/russischer Politiker (KPdSU, unabhängig), 1991–1999 erster Präsident der Russländischen Föderation. (Der besseren Lesbarkeit wird in dieser Arbeit auf die im Deutschen gängige Schreibweise *Jelzin* zurückgegriffen und auf die wissenschaftliche Transkription *El'cin* verzichtet.

¹⁶⁸¹ Innenpolitische Konflikte mündeten 1993 in eine Verfassungskrise, in der sich Russland am Rande eines Bürgerkrieges befand. Die russische Wirtschaft befand sich in einer Schocktherapie zur Einführung marktwirtschaftlicher Elemente. Wiederholt brach der Kurs des Rubels im Verlauf des Jahrzehnts massiv ein (1994, 1998).

¹⁶⁸² Asmus, Ronald D.: *Opening NATO's Door*, S. 20–29.

¹⁶⁸³ Wenger, Andreas / Perovic, Jeronim: *Russland und die Osterweiterung der Nato-Herausforderung für die russische Aussen- und Sicherheitspolitik* (= Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung 43). Zürich 1997, S. 3. Dort zit. n. *Pressekonferenz des Präsidenten der Russischen Föderation Boris Jelzin (8. September 1995)*. In: *NATO-Osterweiterung – ein Spektrum russischer Meinungen*. Osteuropa-Archiv. August 1996, A391-392.

¹⁶⁸⁴ Wilhelm, Justus: *Deutschland, Polen und die Politik in der NATO*, S. 61; Heisig, Johannes Volker: *Warum eine Osterweiterung der NATO?*, S. 28–29.

¹⁶⁸⁵ 6. Juli 1995: Rede vor Sejm und Senat im polnischen Parlament in Warschau während des offiziellen Besuchs von Bundeskanzler Kohl in der Republik Polen.

den 2+4-Vertrag zu argumentieren.¹⁶⁸⁶ Dennoch war Russlands Position in dieser Frage entscheidend, spielte es doch weiterhin eine wichtige Rolle in der geopolitischen Konstellation in Europa.¹⁶⁸⁷ Russland war in den neunziger Jahren stark geschwächt. Zwar hatte es eine entscheidende Bedeutung für Frieden und Sicherheit in Europa, faktisch war sein Einfluss gegenüber dem Westen gering. Es konnte damit nicht genug Druck aufbauen, um eine NATO-Osterweiterung zu verhindern. Diese Schwäche Moskaus zeigt sich in weiteren diplomatischen Niederlagen.¹⁶⁸⁸ Russland hatte zwar eine große geopolitische Bedeutung, aber es hatte kaum geopolitischen Einfluss – jedenfalls nicht genug, eine Ausweitung der NATO nach Osten zu verhindern. Moskau musste sich damit abfinden, obschon es dennoch gekränkt war. Die Kränkungen gingen dabei teils so weit, dass von einem neuen Versailles die Rede war.¹⁶⁸⁹ Heisig spricht aus diesem Grund von einer Gefahr, „dass Russland langfristig entfremdet werde, wobei die Folgen nicht sofort [...] aber später und dann umso massiver eintreten würden“.¹⁶⁹⁰

Trotz der russischen Bedenken und der Gefahr einer Entfremdung wurde der Prozess im Juni 1997 mit einem Beitrittsangebot an die ostmitteleuropäischen Staaten abgeschlossen, wonach es im Dezember zur feierlichen Unterzeichnung der Beitrittsdokumente kam und der Beitritt am 12. März 1999 erfolgte – wenige Tage vor dem 50. Jahrestag des Bündnisses. Damit war Polen Mitglied des mächtigsten Sicherheitspaktes der Welt geworden. Im Hinblick auf die eingangs genannten Alternativen für eine geopolitische Ausrichtung Polens, stellte diese Zugehörigkeit zum westlichen Verteidigungsbündnis die effektivste Möglichkeit dar, Polens Unabhängigkeit und Souveränität zu wahren und seine eigenen staatlichen Interessen einzubringen.

Der Beitritt zur NATO sowie der fünf Jahre später erfolgte Beitritt zur Europäischen Union hatte zwei Errungenschaften für Warschau zur Folge. Zum einen gehörte Polen nun erneut institutionell zur westlichen Welt. Schon aus historischer Perspektive wurde in Polen ein westliches Land gesehen, weshalb einstweilen von einer *Rückkehr Polens nach Europa*

¹⁶⁸⁶ Heisig, Johannes Volker: *Warum eine Osterweiterung der NATO?*, S. 27.

¹⁶⁸⁷ Vgl. ebd., S. 24.

¹⁶⁸⁸ Ebd., S. 25: Heisig nennt als russische Niederlagen das Dayton-Abkommen, das Kosovo-Besatzungsregime und auch die NATO-Russland-Charta.

¹⁶⁸⁹ Ebd., S. 32: Wiederholt trifft diese Aussage der Vorsitzende des russischen Rates für Außen- und Verteidigungspolitik und Kreml-Berater, Sergej Karaganov (1952). Karaganov, Sergei: *A Chance for a Fundamental Renewal*. <https://eng.globalaffairs.ru/articles/the-watershed-year-interim-results>: „It pursued a Versailles policy de facto, albeit in ‚velvet gloves‘ that is, avoiding direct annexations and contributions, but continuously limiting Russia’s freedom, spheres of influence and markets, while at the same time expanding the sphere of its own political and military interests through NATO expansion, and its political and economic pursuits through EU enlargement.“

¹⁶⁹⁰ Heisig, Johannes Volker: *Warum eine Osterweiterung der NATO?*, S. 25: Es ist diskutabel, ob diese 2004 getätigte Prognose sich durch das russische Vorgehen in Georgien und der Ukraine bestätigte.

gesprachen wurde. Die Rückkehr allein hatte das polnische Dilemma jedoch nicht beseitigt. Die Grundlage dafür ist in erster Linie der Versöhnungsprozess zwischen Polen und seinem westlichen Nachbarn. Die Tatsache, dass Polen und Deutschland beide Teile der westlichen Strukturen sind, ist eine große Sicherheitsgarantie für Polen.

6.4. Bedeutung beider Staaten füreinander

Nachdem die Rolle Deutschlands und Polens in der Neuen Weltordnung beschrieben wurde, soll hieran einschließlich die geopolitische Rolle Deutschlands für Polen sowie *vice versa* hervorgehoben werden. Deutschland nimmt in der Westintegration Polens eine entscheidende Rolle ein. Durch den Zusammenbruch des Ostblockes 1990 sowie die in den fünfziger Jahren begonnene und nach der Deutschen Einheit fortgesetzte Westintegration der Bundesrepublik bot sich für die deutsch-polnischen Beziehungen eine einmalige Chance. In den bilateralen Beziehungen war ein Paradigmenwechsel (Bingen) erfolgt.¹⁶⁹¹ Polen stand einem demokratischen Deutschland gegenüber, das zwar Gefahr lief in Europa zum Hegemonen aufzusteigen, aber gleichzeitig auch die polnischen Grenzen nicht mehr in Frage stellte. Nach anfänglicher Skepsis hatte Deutschland den Beitrittsprozess Polens unterstützt. Bonn wurde hierbei als Anwalt Warschaws in diesem Vorhaben angesehen.¹⁶⁹² Diese Fürsprache vom Rhein war von zentraler Bedeutung, die Volker Rühle in einer Rede 1992 auf den Punkt brachte:¹⁶⁹³

Ohne Deutschland wird es unmöglich sein, die neuen Demokratien in Zentral- und Osteuropa zu integrieren. [...] Deutschland fällt damit die Chance zu, bestimmender Faktor und treibende Kraft für die Gestaltung des Friedens und Fortschritts in Europa und darüber hinaus zu werden.

Damit galt Deutschland auch in Polen als Partner für eine Rückkehr Polens nach Europa.¹⁶⁹⁴ Nicht allein geographisch führte in den Jahren 1991 bis 1999 beziehungsweise 2004 Polens Weg über Deutschland in den Westen.

Ebenso nahm Polen eine wichtige Rolle für Deutschland ein. Berlin kam nicht grundlos zu der Überzeugung, es sei für Deutschland hilfreich, Polen die Rückkehr in den Westen durch eine Unterstützung zu erleichtern. Es darf hier nicht der Fehler unternommen werden, dass

¹⁶⁹¹ Bingen, Dieter / Węc, Janusz Józef: *Die Deutschlandpolitik Polens 1945–1991*.

¹⁶⁹² Skubiszewski, Krzysztof: *Deutschland. Anwalt Mitteleuropas*. In: *Internationale Politik* 2 (1997), S. 29–33.

¹⁶⁹³ Rühle, Volker: *Sicherheitspolitik im Wandel. Die Zukunft der Bundeswehr in einem veränderten Europa. Rede vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik. 25. Juni 1992*. In: *Europa Archiv* 47/1 (1992).

¹⁶⁹⁴ Vgl. Osica, Olaf: *Widmo Wielkich Niemiec. Proces jednoczenia państw niemieckich w polskiej literaturze naukowej i publicystyce*. In: *Niemcy w polskiej literaturze naukowej i publicystyce*. Hrsg. von Piotr Buras, Paweł Klimiuk u. Olaf Osica. Warszawa 1997, S. 58–59.

Bonn Warschau in ihrem Ansinnen, der NATO und der EU beizutreten, nur aus einem Schuldgefühl heraus unterstütze. Dies wäre für einen Staat ein völlig unnatürliches Verhalten. Deutschland musste ein geopolitisches Interesse haben Polens Beitritt zu unterstützen. Wichtigstes Argument war jenes der Stabilität. Ein Polen, das in den westlichen Strukturen tief verankert war, stellte einen Stabilitätsfaktor für Deutschland und ganz Ostmitteleuropa dar. Berlin wollte vermeiden, dass sich Deutschland an der Grenze zwischen Stabilität und Instabilität befände.¹⁶⁹⁵ Eine Instabilität hätte Deutschland als direkter Nachbar sofort zu spüren bekommen.¹⁶⁹⁶ Hinter der Politik der Integration stand insbesondere die Vermeidung einer Renationalisierung des Raumes zwischen Deutschland und Russland. Das jugoslawische Beispiel hatte zur Genüge gezeigt, welche Konflikte dies mit sich brachte. Ostmitteleuropa war aufgrund seiner Vergangenheit, seiner Grenzverschiebungen und Minderheitenproblematiken wiederholt zum Konfliktfeld geworden. Dies galt es zu verhindern – was auch im deutschen Interesse schien.¹⁶⁹⁷

Ein politisch stabiles, nicht-nationalistisches Polen wiederum stellt für die deutsche Wirtschaft gleichzeitig einen attraktiven Wirtschaftsraum dar. Die deutsche Volkswirtschaft verfügt im internationalen Warenhandel über einen immensen Exportüberschuss.¹⁶⁹⁸ Ostmitteleuropa, insbesondere Polen als größte Ökonomie in diesem Raum, stellte damit für die deutsche Wirtschaft einen attraktiven Absatzmarkt dar. Gleichzeitig musste Polen für deutsche Firmen aufgrund der billigen Arbeitskraft von Attraktivität sein.

Als letzter Punkt muss noch angeführt werden, dass Polen durchaus eine Brückenfunktion nach Osten übernehmen konnte. Dies traf zwar für die Verbindung nach Moskau nicht zu, aber als größter der Beitrittskandidaten war Polen durchaus einer der ersten Ansprechpartner in Ostmitteleuropa.¹⁶⁹⁹

¹⁶⁹⁵ Meiers, Franz Josef: *Zu neuen Ufern?*, S. 203.

¹⁶⁹⁶ Ebd.; vgl. Orlowski Tomasz: *Polska w procesie integracji z NATO i Unią Zachodnioeuropejską 1991-1998*, S. 16–17; Kiwerska, Jadwiga: *Gra o Europę. Bezpieczeństwo europejskie w polityce Stanów Zjednoczonych pod koniec XX wieku* (= Prace Instytutu Zachodniego 65). Poznań 2000, S. 169.

¹⁶⁹⁷ Bezeichnend ist hierbei die Parallele, dass vor einer Renationalisierung Deutschlands in Polen Furcht bestand, es gleichzeitig aber auch in Deutschland Sorgen vor einer Renationalisierung Polens und seiner Nachbarn gab.

¹⁶⁹⁸ Deutschland war 1986, 1987, 1988 sowie 1990 jeweils *Exportweltmeister*.

¹⁶⁹⁹ Vgl. Waever, Ole: *Imperial Metaphors. Emerging European Analogies to Pre-Nation-State Imperial Systems*. In: *Geopolitics in post-wall Europe. Security, territory and identity*. Hrsg. von Ola Tunander, Pavel K. Baev u. Victoria Ingrid Einagel. London / Oslo 1997, S. 59–93: Waever verweist auf zwei Kerne: Brüssel und Moskau – Warschau liegt dazwischen und könnte so als geopolitische Brücke dienen; Vgl. Dawson, Andrew H.: *A polish bridge?* In: *Geopolitics* 6 (2001), S. 91–106.

6.5. Bedeutung und Halbwertzeit der Ordnung der neunziger Jahre

Die Ordnung der neunziger Jahre hatte die bipolare Weltordnung ersetzt. Dies hatte Deutschland die Möglichkeit der Wiedervereinigung gebracht. Polen brachte es die Option einer Westintegration – eine Chance, die Polen ergriff. Polen verstand diese Integration als eine Rückkehr nach Westen, denn im polnischen Selbstverständnis hatte man sich stets als westliche Nation aufgefasst, die im Zuge der sowjetischen Fremdherrschaft von seiner natürlichen Zugehörigkeit abgeschnitten wurde. In Verbindung mit Deutschlands Westintegration befanden sich beide Staaten erstmals gemeinsam in einem europäischen Bündnis. Zwar nahm Deutschland innerhalb des Westens eine hervorragende Rolle ein, doch war es gleichzeitig tief in die westlichen Organisationen verankert. Russland hingegen war in den neunziger Jahren geschwächt. Insgesamt schien dies für die deutsch-polnischen Beziehungen – auch im Hinblick auf das *geopolitische Dreieck Deutschland-Polen-Russland* – eine ideale Grundlage darzustellen. Gleichzeitig barg jenes System aber auch gewisse Gefahren für die Zukunft. Diese betrafen insbesondere die deutsch-polnischen Beziehungen und gingen in erster Linie von Deutschland aus. Dies betraf zum einen Deutschlands Rolle in diesem neuen System, denn die Gefahr bestand über die neunziger Jahre hinaus, dass die Berliner Republik zunehmend an Kraft hinzugewinnen würde und sich dadurch Europa unterordnen würde.¹⁷⁰⁰ Zum anderen – obschon damit verbunden – bestand die Gefahr einer weiteren deutsch-russischen Annäherung.¹⁷⁰¹

Noch fällt es vom gegenwärtigen Standpunkt schwer mit objektiver Sicherheit eine qualifizierte Aussage zur Halbwertzeit dieser Ordnung zu tätigen. So gibt es deutliche Anzeichen dafür, dass sich diese Ordnung im Prozess der Veränderung befindet. Zunächst sei auf zwei Ereignisse (ein lokales sowie ein internationales) verwiesen, die diese Ordnung nicht antasten konnten. Wenige Monate vor dem Beitritt Polens zur NATO war es in Bonn zu einem Regierungswechsel gekommen. Seit dem Ende der sozialliberalen Koalition und der daraus folgenden Ablösung des sozialdemokratischen Bundeskanzlers Helmut Schmidts¹⁷⁰² im Jahre 1982 hatte der Christdemokrat Helmut Kohl die Bundesregierung angeführt. Während Schmidt (Jahrgang 1918) und Kohl (Jahrgang 1930) den Zweiten Weltkrieg noch bewusst miterlebt hatten, fand Ende Oktober 1998 mit dem rot-grünen Regierungsantritt unter Gerhard Schröder¹⁷⁰³ und Joseph Fischer ein Regierungswechsel statt, in dem die Verantwortung in die

¹⁷⁰⁰ Ein Vorwurf, der insbesondere von der polnischen Rechten seit Beginn des neuen Jahrtausends immer wiederholter auftritt.

¹⁷⁰¹ Auch diese Gefahr wird insbesondere in der polnischen Rechten artikuliert.

¹⁷⁰² Helmut Schmidt (1918–2015), deutscher Politiker (SPD), 1974–1982 Bundeskanzler.

¹⁷⁰³ Gerhard Schröder (1944), deutscher Politiker (SPD), 1998–2005 Bundeskanzler, 1990–1998 Ministerpräsident des Landes Niedersachsen, 1999–2004 Bundesvorsitzender der SPD.

Generation der 68er-Bewegung¹⁷⁰⁴ übergang. Es gab Befürchtungen, wonach die neue deutsche Regierung vom Kohl-Kurs abweichen würde und stärkere nationale Akzente setzen könnte. Diese Sorge wurde auch in Polen artikuliert, wodurch Polens Erwartungen für einen NATO- und EU-Beitritt gebremst wurden. Jedoch zeigte sich, dass auch die Schröder-Regierung keinen deutschen Sonderweg anstrebte.¹⁷⁰⁵

International stellten auch die Anschläge des 11. September 2001 keine tiefgreifende Veränderung für die Weltordnung im Besonderen oder die deutsch-polnischen Beziehungen im Speziellen dar. Obschon in der zeitlichen Nähe zu den Ereignissen von einer Zäsur für die Welt gesprochen wurde, besteht bei zeitlicher Distanz die Tendenz, einen Epochenumbruch in Frage zu stellen. In einem bereits 2003 von Mary Dudziak veröffentlichten Sammelband wird 9/11 eher als Fortsetzung denn als klarer Bruchpunkt gesehen. Ein Bruch war erst in den Jahren 2003 und 2004 erkennbar, als auf der einen Seite viele europäische Nationalstaaten der *Koalition der Willigen* beitraten, auf der anderen Seite es aber eine Achse Paris-Berlin-Moskau gab, die nicht bereit war, die US-Intervention im Irak zu unterstützen. Warschau unterstützte das US-amerikanische Vorgehen im Mittleren Osten und stand damit in Opposition zu Berlin. Bezeichnenderweise prägte Donald Rumsfeld¹⁷⁰⁶ eine neue Teilung des europäischen Kontinents in *New Europe* (Ostmitteleuropa) und *Old Europe* (Deutschland, Frankreich, Russland).¹⁷⁰⁷

6.6. Dugin und die Russische Frage

Von einer wirklichen Veränderung dieser Ordnung kann möglicherweise im Zuge zweier anderer Ereignisse gesprochen werden. Es ist kein Geheimnis, dass Europa durch die gegenwärtige neue Außenpolitik Russlands herausgefordert ist. Dieser Wandel in der russischen Außenpolitik begann selbstverständlich nicht mit der russisch-ukrainischen Krise im

¹⁷⁰⁴ Dworok, Gerrit / Weißmann, Christoph: *1968 und die "68er". Ereignisse, Wirkungen und Kontroversen in der Bundesrepublik*. Köln/Wien 2013.

¹⁷⁰⁵ Vgl. Reiter, Janusz: *Mocarstwo na horyzencie*. In: Rzeczpospolita (6.6.1999). <https://archiwum.rp.pl/artykul/229762-Mocarstwo-na-horyzencie.html> (30.1.2021).

¹⁷⁰⁶ Donald Rumsfeld (1932), US-amerikanischer Politiker (Republican Party), 1975–1977 sowie 2001–2006 US-Verteidigungsminister.

¹⁷⁰⁷ Zur US-amerikanischen Neigung der Einteilung in *Neue* (bessere) und *Alte* (schlechte) *Welt* vgl. Nolte, Ernst: *Deutschland und der Kalte Krieg*, S. 186–187: „Von jeher hatten ja die Amerikaner die Neigung gehabt, zwei Welten einander entgegenzusetzen und sich selbst als den Kern der besseren Welt zu sehen: Als das ‚Asyl‘ der Freiheit oder sogar der Menschheit im Gegensatz zu der Sklaverei und den Feudalismus Europas, als ‚neue Welt‘ gegen die ‚alte Welt‘, als ‚westliche Hemisphäre‘ gegen die ‚östliche Hemisphäre‘, als ‚Arsenal der Demokratie‘ gegen die Zwangsherrschaft Hitlers als Vorkämpfer der ‚freien Welt‘ der demokratischen Kriegskoalition gegen die ‚Sklavenwelt‘ der faschistischen Feinde es ‚common man‘.“

Jahre 2014, sondern sehr viel früher. Als Beispiel sei hier der russisch-georgische Krieg von 2008, der noch im gleichen Jahr vom Politologen Michael Emerson als „Europe’s first war of the 21st century“ bezeichnet wurde, in dem sich Russland an der europäischen Realpolitik des 19. und 20. Jahrhunderts orientiere.¹⁷⁰⁸

Bereits 2008 hatte Russlands Politik die Aufmerksamkeit seiner westlichsten Nachbarn auf sich gezogen, die sich teils stark solidarisch mit Georgien zeigten. Die Gründe hierfür lassen sich eindeutig in der historischen Erfahrung erkennen, die jene Staaten mit Moskau gemacht hatten. Unter ihnen war auch der damalige polnische Staatspräsident Lech Kaczyński,¹⁷⁰⁹ der der Meinung war, dass sich die russische Aggression gegen Georgien richte, aber es bald auch andere Nachbarn treffen könne. „Wir wissen sehr gut“, sagte Präsident Kaczyński 2008 in Tifflis, das es heute Georgien, morgen die Ukraine, übermorgen das Baltikum, später sogar Polen sein könnte“.¹⁷¹⁰

Kaczyński würde recht behalten, dass das nächste Ziel Moskaus die Ukraine sein werde. Seit 2014 dauert ein bewaffneter Konflikt in der Ukraine an, der zwar keinen direkten Konflikt zwischen der Russländischen Föderation und der Ukraine darstellt. Vielmehr muss von einem von Moskau gesteuerten hybriden Krieg gesprochen werden.¹⁷¹¹

Russland hat seitdem an internationalem Gewicht zugenommen, wobei seine geopolitischen Waffen neben der hybriden Kriegsführung Medienpropaganda sowie die (finanzielle) Unterstützung und gegenseitige Sympathie rechtskonservativer, -populistischer und -radikaler Kreise sind.¹⁷¹² Russland stellte dabei geopolitisch jedoch eine Großmacht mit Einschränkungen dar. Es verfügt weiterhin über ein beachtliches Nukleararsenal sowie einen permanenten Sitz im Weltsicherheitsrat. Dennoch kämpft Moskau gleichzeitig mit

¹⁷⁰⁸ Emerson, Michael: *Post-Mortem on Europe’s First War of the 21st Century*. <http://aei.pitt.edu/9382/2/9382.pdf> (30.1.2021); Krastev, Ivan: *Russia and the Georgia war: the great-power trap*. https://ecfr.eu/article/commentary_ivan_krastev_on_georgia/ (30.1.2021).

¹⁷⁰⁹ Lech Kaczyński (1949–2010), polnischer Politiker (Solidarność, PC, AWS, PiS), 2005–2010 Präsident der Republik Polen, 2000–2001 Justizminister, 2001–2003 PiS-Parteivorsitzender, Zwillingsbruder von Jarosław Kaczyński (1949).

¹⁷¹⁰ *Lech Kaczyński: jesteśmy tu po to aby podjąć walkę*. <http://www.wprost.pl/ar/136182/Lech-Kaczynski-jestesmy-tu-po-to-aby-podjac-walke/> (14.5.2020): “[M]y też świetnie wiemy, że dziś Gruzja, jutro Ukraina, pojutrze państwa bałtyckie, a później może i czas na mój kraj; na Polskę”.

¹⁷¹¹ Osiichuka, Maryna / Shepotylo, Oleksandr: *Conflict and well-being of civilians. The case of the Russian-Ukrainian hybrid war*. <https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0939362518303960> (30.1.2021); Nadolski, Molly / Fairbanks, James: *Complex systems analysis of hybrid warfare*. In: *Procedia Computer Science* 153 (2019), S. 210–217.

¹⁷¹² Meister, Stefan / Pulgierin, Jana: *Perzeption und Instrumentalisierung. Russlands nicht-militärische Einflussnahme in Europa*. In: *DGAP Kompakt* 10 (2015), S. 1.

wirtschaftlichen Problemen.¹⁷¹³ Aus diesem Grunde wählte Präsident Obama¹⁷¹⁴ in Bezug auf Russland die Bezeichnung *Regionalmacht*.¹⁷¹⁵ Festgehalten werden kann allerdings, dass Russlands neue Außenpolitik einen wichtigen Bruch darstellt. Es scheint, als dass die europäische Sicherheitsstruktur der neunziger Jahre definitiv der Vergangenheit angehöre. Moskau hat seine Strategie signifikant geändert. Russland ist als Spieler in der Geopolitik zurück. Der Umgang mit Russland ist ein weiteres bedeutendes Thema in Europa – insbesondere für die deutsch-polnischen Beziehungen. Die Russische Frage, welchen Platz Russland in Europa, aber auch der Welt hat, scheint noch nicht beantwortet.

Eine Antwort hierauf versucht Alexandr Dugin¹⁷¹⁶ zu finden, der zu einem der wichtigsten zeitgenössischen Geopolitiker Russlands und Fürsprecher der eurasischen Idee zählt. Weltanschaulich lehnt er sowohl eine Rückkehr zum Kommunismus als auch den Faschismus ab. Diese Ideologien hätten gezeigt, dass sie dem Liberalismus nicht gewachsen seien.¹⁷¹⁷ Dugin plädiert vielmehr für einen *Vierten Weg* neben dem Liberalismus, dem Kommunismus und dem Faschismus. Sein Konzept der *Vierten Politischen Theorie* richtet sich „gegen die Globalisierung, gegen die Postmoderne, gegen das *Ende der Geschichte*, gegen den Status quo und gegen die Trägheit des Zivilisationsprozesses am Beginn des 21. Jahrhunderts“. ¹⁷¹⁸ Dugin ist für einen Zusammenschluss aller den Liberalismus des Westens ablehnenden Kräfte. Hierbei beruft er sich auf Alain de Benoists¹⁷¹⁹ Konzept der „Peripherie gegen das Zentrum“, wobei für Dugin das Zentrum der Westen ist.¹⁷²⁰ Um eine Vormachtstellung des Westens zu brechen, bedürfe es einer „neue[n] Form der Ideologie“. ¹⁷²¹

¹⁷¹³ Russell Russell, Martin: *Sieben wirtschaftliche Herausforderungen für Russland. Überwindung der Stagnation?* [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/IDAN/2018/625138/EPRS_IDA\(2018\)625138_DE.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/IDAN/2018/625138/EPRS_IDA(2018)625138_DE.pdf) (30.1.2021).

¹⁷¹⁴ Barack Obama (1961), US-amerikanischer Politiker (Democratic Party), 2009–2017 US-Präsident.

¹⁷¹⁵ *Barack Obama: Russia is a regional power showing weakness over Ukraine*. <https://www.theguardian.com/world/2014/mar/25/barack-obama-russia-regional-power-ukraine-weakness> (27.11.2020): „Russia is a regional power that is threatening some of its immediate neighbours, not out of strength but out of weakness“

¹⁷¹⁶ Alexandr Geljevič Dugin (1962) entstammt dem nationalbolschewistischen Milieu. 1988 trat er der nationalistischen und antisemitistischen Vereinigung *Pamjat'* [Erinnerung] bei, Anfang der neunziger Jahre wurde er zum Chefideologen der *Nationalbolschewistischen Partei*. Ab 1998 gelang Dugin ein Aufstieg in das politische Establishment Russlands. Insbesondere sein Werk *Osnovy geopolitiki. Geopolitičeskoe buduščee Rossii* verschaffte ihm Ende der neunziger Jahre einen Zugang zu militärischen, aber auch parlamentarischen Kreisen. Zum Ende der neunziger Jahre nähert sich Dugin zunehmend den zentristischen Parteien Russlands an und unterstützt unter anderem Premierminister Jevgenij Primakov. Unmittelbar nach Putins Wahl nähert er sich auch diesem an. Seit der Übernahme des Präsidentenamtes durch Vladimir Putin im Jahre 1999 stieg Dugins Einfluss auf die russische Politik zunehmend, der er insbesondere als Berater in geopolitischen Fragen zur Verfügung steht. Er soll hierbei auch einen direkten Einfluss auf Präsident Putin haben.

¹⁷¹⁷ Dugin, Alexandr: *Die Vierte Politische Theorie*. London 2013, S. 12.

¹⁷¹⁸ Ebd., S. 17.

¹⁷¹⁹ Alain de Benoist (1943), französischer Publizist der Neuen Rechten.

¹⁷²⁰ Ebd., S. 9.

¹⁷²¹ Dugin, Alexandr: *Last War of the World-Island. The Geopolitics of Contemporary Russia [E-Book]*. London, Leipzig 2015, Pos. 2747.

Als zentralen Boten dieser neuen Ideologie eines *Vierten Weges* sieht er Russland. „Russland wird [Europa] Schutz vor dem Reich des Antichristen bieten“. Russland habe eine Mission.¹⁷²² Er knüpft hierbei an die russische Idee des *Dritten Rom*¹⁷²³ als eigentlichem Hüter einer römischen und damit europäischen Idee an. Seinen ideologischen Unterbau formuliert Dugin als einen Gegenentwurf zur Europäischen Union, deren Grundsätze er – so wörtlich – als miserabel bezeichnet. Die Idee der Demokratie verwirft Dugin hierbei nicht vollends. Er widerspricht nur der These, diese müsse eine „Demokratie westlicher Gestalt“ sein.¹⁷²⁴ Eine Definition westlicher Werte und Normen als universell und damit überall auf der Welt gültig und erstrebenswert lehnt Dugin ab.¹⁷²⁵ Dugin richtet sich gegen die US-Dominanz eines *melting pots* sowie einer „aus lauter isolierten Individuen bestehenden, atomisierten Menschheit“, die nach einem Weltbürgertum strebe.¹⁷²⁶ Die russische Kultur und Tradition ließe sich schlicht nicht einfach mit der westlichen Zivilisation verbinden. Vielmehr stünden sich beide diametral gegenüber. Es ist demnach wenig erstaunlich, dass er eine Verwestlichung Russlands ablehnt. So waren seiner Meinung nach die *Petrinischen Reformen*¹⁷²⁷ unnötig gewesen und hätten nur zu einer Desakralisierung Russlands beigetragen. Wichtiger sei das *Goldene Zeitalter* unter Ivan Grosnij¹⁷²⁸ wegen des Aufbaus eines mächtigen Staates gewesen.¹⁷²⁹

Historisch sieht er die Russländische Föderation als Kontinuität einer Reihe von historischen Vorgängern: dem Kiewer Rus, der Goldenen Horde, dem Moskowiter Zarenreich, dem Russischen Kaiserreich sowie der Sowjetunion. Diese Kontinuität sei nicht nur territorial, sondern auch historisch, sozial, spirituell, politisch und ethnisch.¹⁷³⁰ Darüber hinaus sei Russland mehr als die derzeitigen Verwaltungsgrenzen der Föderation.¹⁷³¹ Auf dieser Grundlage teilt er die Aussage Putins, wonach der Zusammenbruch der Sowjetunion eine geopolitische Katastrophe darstellte. Viele Jahrhunderte russischer Geschichte seien verloren gegangen.¹⁷³²

¹⁷²² Dugin spricht von dieser Mission in einem Interview für Russia.ru. *Dugin: nužen russkij tsar' dla vsej Yevropy*. <https://www.youtube.com/watch?v=TCPBCrNjZvE> (17.7.2017).

¹⁷²³ Eine aus dem 16. Jahrhundert stammender Ausdruck für die Nachfolge Roms (*erstes Rom*) und Byzanz (*zweites Rom*) durch Moskau (*Drittes Rom*).

¹⁷²⁴ Dugin, Alexandr: *Konflikte der Zukunft*, S. 153.

¹⁷²⁵ Ebd., S. 42.

¹⁷²⁶ Ebd., S. 29.

¹⁷²⁷ Die Petrinischen Reformen gehen auf Zar Peter I. (1672–1725) zurück, der eine sich am Westen orientierende Reform des russischen Zarenreiches forcierte.

¹⁷²⁸ Ivan IV. Wassiljewitsch, der Schreckliche/Furchteinflößende (russ. *Ivan Grosnij*) (1533–1584), 1533–1547 Großfürst von Moskau, 1547–1575 erster russischer Zar.

¹⁷²⁹ Surowiec, Krzysztof: *Aleksander Dugin i jego poglądy. Eurazja, geopolityka a Polska*. In: *Polska - Rosja. Polityka bezpieczeństwa Federacji Rosyjskiej. Kontynuacja i zmiana*. Hrsg. von Mirosław Minkina u. Malina Kaszuba. Siedlce 2016, S. 147.

¹⁷³⁰ Dugin, Alexandr: *Last War of the World-Island*, Pos. 216.

¹⁷³¹ Ebd., Pos. 279.

¹⁷³² Ebd., Pos. 1497.

Im Zentrum seiner politischen Visionen steht ein starkes Russland, das als Supermacht den eurasischen Raum beherrschen solle.¹⁷³³ Grundlage geopolitischen Handelns des russischen Volkes sei die Schaffung eines kontinentalen Imperiums.¹⁷³⁴ Geopolitik ist für Dugin eine Weltanschauung der Macht, eine Wissenschaft über die Macht und für die Macht.¹⁷³⁵ Bezüglich der noch gegebenen Weltordnung bezeichnet Dugin sie zum einen als unipolar, da sie unter der Führungsrolle der Vereinigten Staaten leide.¹⁷³⁶ An anderer Stelle hingegen ist er der Meinung, dass es auch heute noch eine Art bipolarer Weltordnung gäbe. In ihr fänden sich zum einen die USA und ihre Verbündeten in Europa, aber auch Saudi-Arabien, die VAE oder Katar. Dem gegenüber stünde „eine Vielzahl souveräner Staaten“. Diese seien allerdings durch keine gemeinsame Ideologie geeint.¹⁷³⁷ Dugin, der sich als Gegner dieser Weltordnung sieht, ist Befürworter einer multipolaren (nicht multilateralen)¹⁷³⁸ Weltordnung. Diese solle sich von der gegenwärtigen Ordnung dadurch unterscheiden, dass ihr nicht mehr einzelne souveräne Nationalstaaten vorstünden (was der westfälischen Ordnung entspreche).¹⁷³⁹ Eine multipolare Weltordnung definiert sich für Dugin wie folgt: Er fordert das Vorhandensein mehrerer unabhängiger und souveräner Zentren – in anderen Worten ein Abwenden von einer *Pax Americana* und eine Rückkehr zum *Konzert der Mächte* – wobei die Großmächte als Machtzentren durch Zivilisationen ersetzt wurden.¹⁷⁴⁰ Diese Zentren bestehen nicht aus einzelnen Nationalstaaten, sondern aus Staatenblöcken. Jene Zentren müssen souverän sein. Die Macht der USA müsse so verringert beziehungsweise die jedes einzelnen Zentrums so gestärkt werden, dass diese in der Lage sind, dem Westen gegebenenfalls politischen oder aber auch militärischen Widerstand leisten zu können. Westliche Normen und Werte wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Liberalismus, Marktwirtschaft, Parlamentarismus, Individualismus und Kosmopolitismus müssen für jene anderen Zentren nicht bindend sein.¹⁷⁴¹ In Bezug auf die Lokalisierung dieser Zentren stützt er sich auf die Einteilung Samuel P. Huntingtons.¹⁷⁴²

¹⁷³³ Eberhardt, Piotr: *Koncepcje geopolityczne Aleksandra Dugina*. In: *Przegląd Geograficzny* 2 (2010), S. 222.

¹⁷³⁴ Ebd., S. 223–225.

¹⁷³⁵ Ingram, Alan: *Alexander Dugin. geopolitics and neo-fascism in post-Soviet Russia*. In: *Political Geography* 20 (2001), S. 1034.

¹⁷³⁶ Dugin, Alexandr: *Konflikte der Zukunft*, S. 26.

¹⁷³⁷ Ebd., S. 6–7.

¹⁷³⁸ Ebd., S. 30–31.

¹⁷³⁹ Ebd., S. 17.

¹⁷⁴⁰ Ebd., S. 82.

¹⁷⁴¹ Ebd., S. 32–33.

¹⁷⁴² Ebd., S. 88.

Hierbei bezieht Dugin sich in seinen Theorien sehr stark auf geopolitische Klassiker. Ähnlich wie Mackinder sieht auch Dugin einen ständigen Kampf zwischen See- und Landmächten.¹⁷⁴³ Dieser Gegensatz manifestiere sich im Kampf zwischen dem Westen und Russland (in seinen unterschiedlichen historischen Gebilden). „Western thalassocratic democracies and the socialist Soviet tellurocracy was so unnatural, both geopolitically and ideologically, that a conflict was lying in wait in these relations from the start“.¹⁷⁴⁴ Sehr stark stützt er sich ebenfalls auf die *Heartland*-Theorie von Mackinder.¹⁷⁴⁵ Das *Heartland* ist für Dugin wesensgleich mit dem Russischen Zarenreich, der Sowjetunion und der Russischen Föderation.¹⁷⁴⁶ Dementsprechend ist für ihn jeder Rückzug Russlands von den Gebieten des *Heartlands* eine geopolitische Katastrophe. Dies erklärt seine starke Kritik an Gorbačov und Jelzin. Russlands Auftrag sei die Beherrschung des *Heartlands* sowie die Schaffung eines Landimperiums. Hierzu fordert er die Schaffung einer Eurasischen Union. Ziel sei zunächst eine Intensivierung der militärisch-strategischen Zusammenarbeit, eine stärkere ökonomische Kooperation in Form einer Wirtschaftsgemeinschaft, ein Bündnis zwischen Russland und Belarus sowie schließlich die Schaffung „eines einheitlichen Wirtschaftsraums unter Einschluss der Ukraine“.¹⁷⁴⁷ Fundament Eurasiens solle die Kultur, Tradition und geistige Werte sein.¹⁷⁴⁸ Seine eurasische Idee kann als Alternativkonzept zur Globalisierung und sogar als eine Verbindung unterschiedlicher globalisierungskritischer Konzepte gesehen werden. Im Zentrum steht auch hier die Ablehnung eines okzidentozentrischen Weltbildes.¹⁷⁴⁹

Zur Schaffung eines eurasischen Landimperiums steht für Dugin insbesondere die Achse Moskau-Berlin im Vordergrund. Hier lassen sich die Theorien eines anderen Geopolitikers erkennen. Dugin beruft sich stark auf Karl Haushofer, der ebenfalls Fürsprecher einer russisch-deutschen Kooperation war.¹⁷⁵⁰ Dugins Deutschlandbild ist hierbei insofern interessant, als dass es in weiten Teilen stark überholt wirkt. Dort, wo Dugin von deutscher Kultur spricht, klingen seine Aussagen einstweilen, als beschreibe er ein längst vergangenes Deutschland. Deutschland ist für Dugin ein weiterhin okkupiertes und fremdbestimmtes Land. Berlin sei nicht frei in

¹⁷⁴³ Dugin benutzt hierzu die Begriffe *thalassokratisch* (vom Meer beherrscht) und *tellurokratisch* (vom Land beherrscht).

¹⁷⁴⁴ Dugin, Alexandr: *Last War of the World-Island*, Pos. 780.

¹⁷⁴⁵ Eberhardt, Piotr: *Koncepcje geopolityczne Aleksandra Dugina*, S. 224.

¹⁷⁴⁶ Ebd.

¹⁷⁴⁷ Dugin, Alexandr: *Konflikte der Zukunft*, S. 89.

¹⁷⁴⁸ Ebd., S. 43.

¹⁷⁴⁹ Ebd., S. 9.

¹⁷⁵⁰ Eberhardt, Piotr: *Koncepcje geopolityczne Aleksandra Dugina*, S. 228.

seinem außenpolitischen Handeln. Grund hierfür sei das Verhältnis zu den USA. Gleichzeitig bewirbt er Russland als den besseren Partner Deutschlands.¹⁷⁵¹

In Bezug auf Deutschland soll ein Element einer neuen europäischen Ordnung die Rückkehr eines preußischen Staates in seinen historischen Grenzen sein. Der Staat solle aus dem historisch protestantischen Teil Deutschlands und einem Teil Polens, Litauens sowie der Oblast Kaliningrad bestehen. In einem Bündnis mit Russland soll dieser Staat zum Stabilitätsgaranten werden.¹⁷⁵² Dieses *preußische Deutschland* soll dann die politische Vorherrschaft sowie die kulturelle, sprachliche und wirtschaftliche Dominanz über Mitteleuropa übernehmen. Die Grenzen der deutschen und russischen Einflusssphären verliefen an der Demarkationslinie des Hitler-Stalin-Paktes.¹⁷⁵³ Dugin scheint der Überzeugung zu sein, dass es Russland nicht gelingen könne, Deutschland politisch zu dominieren, weshalb es eine Zusammenarbeit mit Berlin anstreben müsse.¹⁷⁵⁴

Auch für den restlichen mitteleuropäischen Raum (*Sredniaja Jewropa*)¹⁷⁵⁵ strebt Dugin eine Neuordnung an. So sollen sich die baltischen Staaten vereinigen und gemeinsam mit Schweden, Norwegen, Finnland-Karelien, Deutschland und möglicherweise den Niederlanden einen politischen Block in Europa bilden. Sofern diese Staaten Mitglied sind, sollen sie aus der NATO austreten und eine demilitarisierte Zone bilden.¹⁷⁵⁶ Ziel dieser Neuordnung ist die Schaffung eines Raumes, der für die Interessen Moskaus nicht zur Gefahr werden könne und Russland freie Hand für seine Pläne auf dem eurasischen Kontinent liefere.¹⁷⁵⁷ Der ostmitteleuropäische Raum habe laut Dugin eine wichtige strategische Bedeutung für die Sicherheit Russlands.¹⁷⁵⁸

Die geopolitische Problematik Polens wird im Gesamtwerk Dugins eher marginal behandelt.¹⁷⁵⁹ Aufgrund der Wichtigkeit Ostmitteleuropas für Dugin kann vermutet werden, dass im Fokus dieser Marginalisierung eine Verachtung gegenüber Polen steht. So sieht er keinen Sinn im Erhalt einer polnischen Staatlichkeit.¹⁷⁶⁰ Da in seinen Vorstellungen die

¹⁷⁵¹ *Dramatische Situation! Wie gefährlich ist der neue Kalte Krieg? Und welche Rolle spielt Deutschland in der neuen Konfrontation der Mächte? [Interview mit Alexandr Dugin].* <http://www.4pt.su/de/content/%E2%80%9Edramatische-situation%E2%80%9C> (19.2.2021). Hier zit. n. Dugin, Alexandr: *Konflikte der Zukunft*, S. 205.

¹⁷⁵² Eberhardt, Piotr: *Koncepcje geopolityczne Aleksandra Dugina*, S. 233.

¹⁷⁵³ Dugin, Alexandr: *Osnovy geopolitiki. Geopolitičeskoe buduščee Rossii*. Moskva 1997, S. 346–348.

¹⁷⁵⁴ Vgl. Eberhardt, Piotr: *Koncepcje geopolityczne Aleksandra Dugina*, S. 228; vgl. ebd., S. 222.

¹⁷⁵⁵ Ebd., S. 230.

¹⁷⁵⁶ Dugin, Alexandr: *Osnovy geopolitiki*, S. 372–373.

¹⁷⁵⁷ Eberhardt, Piotr: *Koncepcje geopolityczne Aleksandra Dugina*, S. 230.

¹⁷⁵⁸ Ebd., S. 222.

¹⁷⁵⁹ Ebd., S. 233.

¹⁷⁶⁰ Ebd., S. 234.

polnischen Westgebiete und Großpolen an Deutschland beziehungsweise einen preußischen Staat abgetreten werden sollen, bliebe für Polen lediglich ein Reststaat in der Größe des Generalgouvernements übrig.¹⁷⁶¹ Für Dugin befindet sich Polen insgesamt an der Grenze zwischen der römisch-katholischen und der russisch-orthodoxen Zivilisation. Polen sei in seiner Geographie dualistisch, da es einerseits eine vorchristliche, heidnische, magische und andersgläubige [wohl im Vergleich zum Westen] Tradition hätte, dessen Ursprünge slawisch seien. Andererseits besäße es aber auch eine germanisch-romanische Tradition des Katholizismus. Zwischen beiden Zivilisationen bestünde ein Konflikt.¹⁷⁶² Polen müsse sich demnach entscheiden, welcher der beiden es angehören möchte.¹⁷⁶³ Allgemein lässt sich sagen, dass in der geopolitischen Konzeption Alexandr Dugins kein Platz für einen polnischen Staat ist. Polen könne lediglich als Satellit in seiner eurasischen Union funktionieren. Auch für gute deutsch-polnische Beziehungen ist bei Dugin kein Platz. Im Vordergrund steht die Achse Moskau-Berlin zur Beherrschung Eurasiens.

Wie weit der Einfluss dieser Ideen Dugins wirklich in den Kreml reichen, ist unbekannt. Es besteht aber nicht nur die Möglichkeit einer Einflussnahme seiner geopolitischen Ideen auf die russische Staatsführung, sondern genauso auf den Westen. Mittlerweile ist Dugin stark mit anderen politischen Kräften in der Europäischen Union vernetzt. So gibt es beispielsweise Kontakte nach Deutschland zu Jürgen Elsässer¹⁷⁶⁴ und dem Umfeld seines Compact-Magazins. Regelmäßig gibt Dugin Interviews in der nationalkonservativen Zeitschrift *Zuerst*. In der neurechten *Sezession* stieß sein Werk ebenfalls auf Beachtung. 2013 war er Gast bei der Burschenschaft *Normannia-Nibelungen zu Bielefeld*. Auf europäischer Ebene gibt es sowohl Verbindung zum französischen *Rassemblement National* als auch zur österreichischen FPÖ.¹⁷⁶⁵

Insgesamt findet eine Rezeption des Schaffens von Alexandr Dugin sowohl im Spektrum rechtskonservativer, rechtsintellektueller und rechtspopulistischer Kreise aber auch im rechtsextremen Umfeld sowie so genannter *Verschwörungstheoretiker* in Deutschland statt. Ein Einfluss der Haushoferschen Renaissance würde sich in Europa wie in Russland umgehend in der geopolitischen Bedeutung der deutsch-polnischen Beziehungen bemerkbar machen. Dies trifft umso mehr gegenüber einem Russland zu, das sich selbst als Weltmacht verstehen will.

¹⁷⁶¹ Vgl. ebd.

¹⁷⁶² Ebd.

¹⁷⁶³ Ebd., S. 235.

¹⁷⁶⁴ Jürgen Elsässer (1957), deutscher Journalist, Publizist und politischer Aktivist, 1975–2008 Publizist (u.a. Arbeiterkampf, Junge World, Neues Deutschland), seit 2016 Chefredakteur der Monatsschrift *Compact*.

¹⁷⁶⁵ Beim *Rassemblement National* (bis 2018 *Front National*) handelt es sich um eine französische, bei der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) um eine österreichische Rechtspartei.

6.7. Brzeziński und der Niedergang Amerikas

Neben dieser Russischen Frage gilt es ebenfalls, den Blick auf die Rolle der Vereinigten Staaten zu werfen.¹⁷⁶⁶ Wie eingangs des Hauptkapitels ausgeführt, übernehmen die USA mit dem Wegfall der Sowjetunion als Supermacht die alleinige Führungsrolle in der geopolitischen Weltordnung. Vor diesem Hintergrund erscheint es hilfreich, die geopolitischen Überlegungen eines Denkers der russischen Flügelmacht einem US-amerikanischen Theoretiker gegenüberzustellen. Schon aus biographischen Gründen scheint der polnischstämmige Zbigniew Brzeziński¹⁷⁶⁷ hierzu prädestiniert.

Brzezińskis geopolitische Positionen sind stark auf eine praktische Anwendbarkeit ausgerichtet. „Da die Praxisrelevanz die wesentliche Intention seiner Analysen ist, kommt es zur Vermischung von unterschiedlichen theoretischen Ansätzen. Sie macht es schwierig, Brzezińskis Werke in ein Gesamtkonzept einzuordnen [...]“.¹⁷⁶⁸ Im Vordergrund seiner Analysen stehen durchgehend die Vereinigten Staaten. Die geopolitische Situation der USA beschäftigte ihn bis zum Ende seines Lebens.¹⁷⁶⁹ Insbesondere für den Zeitraum nach dem Zusammenbruch der UdSSR vertritt Brzeziński die These, dass eine stabile Weltordnung nur mit einer erfolgreichen *US-Leadership* erreicht werden könne. Maßgeblich für eine US-amerikanische Führung sei seine militärische Stärke. Die USA verfügen über eine weltweite militärische Präsenz und die Möglichkeit innerhalb eines sehr kurzen Zeitraums Truppen an jeden Punkt der Erde zu verlegen. Hinzukäme die wirtschaftliche Stärke der USA. Sie sei „die Lokomotive weltweiten Wachstums“. Die Vereinigten Staaten halten weiterhin einen technologischen Vorsprung inne. Ebenso sei die amerikanische Kultur maß- und

¹⁷⁶⁶ Zur Frage der Rolle beider siehe auch Torkunov, A. V. / Norma C. Noonan / Tatiana Shakleina: *Russia and the United States in the evolving world order*. Moscow 2018.

¹⁷⁶⁷ Zbigniew Kazimierz Brzeziński (1928–2017) ist Sohn des Diplomaten Tadeusz Brzeziński. Durch die Tätigkeit seines Vaters wuchs Brzeziński in Deutschland (1931–1935), der Sowjetunion (1936–1938) und Kanada (1938) auf. Nach dem Zweiten Weltkrieg emigrierte seine Familie in die USA. Dort studierte er an der Harvard University, wo er später als Professor tätig wurde. In den sechziger Jahren begann Brzeziński neben seiner Hochschul-Karriere (er war unter anderem Hochschullehrer von Madeleine Albright) eine politische Karriere. Seit John F. Kennedy beriet er fast jeden demokratischen Präsidentschaftskandidaten. 1976 wurde er Nationaler Sicherheitsberater in der Carter-Administration. Nach der Wahlniederlage Carters wandte sich Brzeziński hauptsächlich der Forschung zu und galt bis zu seinem Tod als geopolitische Instanz.

¹⁷⁶⁸ Feiner, Sabine: *Weltordnung durch US-Leadership? Die Konzeption Zbigniew K. Brzezinskis*. Wiesbaden 2000, S. 17.

¹⁷⁶⁹ Bezeichnend ist dementsprechend Brzezińskis letzte über Twitter veröffentlichte Nachricht am 4. Mai 2017 – 22 Tage vor seinem Tod: „Sophisticated US leadership is the sine qua non of a stable world order. However, we lack the former while the latter is getting worse.“

tonangebend. „Das Zusammenspiel dieser vier Kriterien ist es, was Amerika zu der einzigen globalen Supermacht im umfassenden Sinne macht“.¹⁷⁷⁰

Ein mögliches Ende dieser *Pax Americana*, also ein Niedergang der Vereinigten Staaten und einen Verlust ihrer Dominanz, hielt Brzeziński für möglich, aber gleichzeitig auch verhinderbar. Es gäbe allerdings durchaus „chancellieres of the major foreign powers“, die bereits mit einem solchen Niedergang rechnen oder ihn gar aktiv betrieben.¹⁷⁷¹ Eine geschwächte Position der Vereinigten Staaten könnte von einigen anderen Mächten ausgenutzt werden und damit andere Staaten und ihre Sicherheit und Souveränität bedrohen. So betont er beispielsweise, dass die Sicherheit Europas im Wesentlichen von den Vereinigten Staaten abhinge.¹⁷⁷² Wäre Washington auf der Weltbühne geschwächt, könnte dies laut Brzeziński auch zu einer Reanimation imperialer Bestrebungen Russlands führen, die die Weltordnung noch mehr durcheinanderbringen würden. Es könnte in Folge – wie er bereits 2012 schrieb – zu territorialen Veränderungen in Osteuropa kommen. So wäre eine Annexion von Belarus oder aber der Ukraine durchaus im Bereich des Möglichen.¹⁷⁷³ Insbesondere die Ukraine nimmt in seinen Analysen zum eurasischen Raum einen wichtigen Dreh- und Angelpunkt ein. Ohne Ukraine könne es Russland nicht gelingen, zu einem eurasischen Imperium aufzusteigen. Gewänne Russland die Hoheit über die Ukraine, würde Polen zum geopolitischen Angelpunkt an der späteren Ostgrenze der EU.¹⁷⁷⁴

Jene Beispiele machen deutlich, dass Brzeziński öffentlich die Auffassung vertrat, nur eine US-geführte Weltordnung könne Stabilität gewährleisten. Die USA sei die einzige Macht, die in der Lage wäre eine globale Ordnung zu schaffen und zu erhalten.¹⁷⁷⁵

The world needs an America that is economically vital, socially appealing, responsibly powerful, strategically deliberate, internationally respected, and historically enlightened in its global engagement with the new East.¹⁷⁷⁶

Nach Meinung Brzezińskis gäbe es ohne die USA nicht nur keine andere Macht, die die Weltordnung dominieren könnte, sondern es würde ein internationales Chaos herrschen.¹⁷⁷⁷

¹⁷⁷⁰ Brzezinski, Zbigniew: *Die einzige Weltmacht*, S. 44.

¹⁷⁷¹ Brzezinski, Zbigniew: *Strategic vision. America and the crisis of global power*. New York 2012, S. 77.

¹⁷⁷² Ebd., S. 126–127.

¹⁷⁷³ Ebd., S. 94–96.

¹⁷⁷⁴ Brzezinski, Zbigniew: *Die einzige Weltmacht*, S. 74–75.

¹⁷⁷⁵ Feiner, Sabine: *Weltordnung durch US-Leadership?*, S. 12. Vgl. Brzezinski, Zbigniew: *Between two ages*. New York 1970.

¹⁷⁷⁶ Brzezinski, Zbigniew: *Strategic vision*, S. 2–3: Mit *New East* ist hierbei eine ihren Schwerpunkt nach Osten, Richtung Asien und Pazifikraum, verlagernde Weltordnung gemeint.

¹⁷⁷⁷ Ebd., S. 75.

Vordergründig sollten die Vereinigten Staaten durch eine effektive *strategic vision* dazu dienen „[...] to helping the world avoid a dangerous slide into international turmoil“.¹⁷⁷⁸

In der Frage, was eine US-geführte Weltordnung schwächen könnte, finden sich deutliche Anleihen an Mackinder. So schreibt er, dass „[...] the most immediate foreign policy threat to America’s global status and the longer-range challenge to global geopolitical stability arise on the Eurasian continent“.¹⁷⁷⁹ Er betont damit – ähnlich wie Mackinder – die Bedrohung einer eurasischen Supermacht für die Vereinigten Staaten. Natürlich war die Gefahr einer solchen Supermacht während des Kalten Krieg wesentlich stärker gegeben. Die Auflösung der UdSSR habe zu einem schwarzen Loch im *Heartland* geführt. Dies vermeide zwar eine Gefahr aus dieser Weltregion, gleichzeitig müsse aber verhindert werden, dass Russland in Anarchie ver falle. Die Russländische Föderation müsse demokratisiert und wirtschaftlich unterstützt werden, ohne dass ein neues Imperium entstehe.¹⁷⁸⁰ Natürlich überrascht eine derartige Position gegenüber Russland aus amerikanischer Sicht wenig. Ein geschwächtes, aber demokratisiertes Russland könnte für Washington zu einem nützlichen Partner werden. In diesem Szenario sieht er langfristig ebenfalls keine Gefahr in Russland. Moskau könnte seiner Meinung nach auf lange Sicht hin Mitglied der EU und der NATO werden.¹⁷⁸¹ Diese würde aus dem oberen Teil der nördlichen Hemisphäre den Kern einer globalen Weltordnung (*core of global stability*) machen.¹⁷⁸²

Im Kontext des Mackinderschen *Heartlands* ist sicherlich auch seine Warnung vor einer deutsch-russischen Zusammenarbeit zu sehen, die seiner Meinung nach aufgrund ähnlicher Wirtschaftsinteressen zustande kommen könnte.¹⁷⁸³ Deutschland habe aufgrund seiner geographischen Nähe die Option einer Kooperation mit Russland.¹⁷⁸⁴ Eine solche Zusammenarbeit würde Deutschland vom Westen weg führen. Die USA müsse es demnach vermeiden, dass der Westen auseinandergerissen würde. Auch glaubt er, dass, wenn es den Vereinigten Staaten nicht gelingen werde, den Westen stärker zu vereinigen, unter den europäischen Verbündeten erneut bereits vergangen geglaubte Ressentiments erwachen könnten.¹⁷⁸⁵

¹⁷⁷⁸ Ebd., S. 120.

¹⁷⁷⁹ Ebd., S. 123.

¹⁷⁸⁰ Brzezinski, Zbigniew: *Die einzige Weltmacht*, S. 130.

¹⁷⁸¹ Brzezinski, Zbigniew: *Strategic vision*, S. 152: Diese Aussage fällt beispielsweise in *Strategic Vision* (2012) und ist als Prognose für die nächsten zwei Jahrzehnte zu verstehen.

¹⁷⁸² Ebd., S. 154.

¹⁷⁸³ Ebd.

¹⁷⁸⁴ Brzezinski, Zbigniew: *Die einzige Weltmacht*, S. 68.

¹⁷⁸⁵ Brzezinski, Zbigniew: *Strategic vision*, S. 187.

In Bezug auf Deutschland ist Brzeziński der Meinung, dass Bonn beziehungsweise Berlin sich seiner starken Position bewusst sei.¹⁷⁸⁶ Gleiches gälte ebenfalls für Frankreich. Beide Staaten seien für die Stabilität in Europa (und darüber hinaus) von immenser Wichtigkeit. Frankreich sei der Nukleus einer Gruppe Mittelmeeranrainern und nordafrikanischen Staaten. Deutschland trage als wirtschaftlicher Motor und zukünftige europäische Führungsmacht eine besondere Verantwortung – insbesondere gegenüber Ostmitteleuropa. Vor allem die Bundesrepublik sei für die Vereinigten Staaten ein verlässlicher Partner, da Berlin bezüglich der Sicherheit weiterhin sehr stark auf Amerika setze und deshalb stärkster Anhänger Amerikas in Europa sei.¹⁷⁸⁷ Deutschland stellt für Brzeziński somit gerade in Europa einen entscheidenden Akteur auf dem *Grand Chessboard* sowie eine Führungsmacht auf dem europäischen Kontinent dar.

Polen nimmt – wenig überraschend – eine solche Rolle nicht ein und – auch trotz Brzezińskis polnischer Herkunft – findet es im Vergleich mit anderen europäischen Staaten keine größere Erwähnung. Brzeziński bestreitet, dass Polen „einer der wichtigsten Bündnispartner der Vereinigten Staaten“ sei, wie einst von Präsident George W. Bush verlautbart.¹⁷⁸⁸ Seiner Meinung nach habe Polens Politik keinen weitreichenden Einfluss und befindet sich in keiner Position zur grundlegenden Änderung der Orientierung Europas. Es sei somit weder geopolitischer Akteur noch geopolitischer Dreh- und Angelpunkt. Für seine Außenpolitik sieht Brzeziński nur eine einzige Möglichkeit: eine weitgehende Integration in die westlichen Strukturen. Polen böte sich nach dem Zusammenbruch des Warschauer Paktes die einmalige Chance auf Sicherheit durch eine starke Westbindung. Zwar würde es hierdurch gleichzeitig andere strategische Optionen verlieren, allein eine Bindung an den Westen könnte jedoch die Souveränität des Westens garantieren.¹⁷⁸⁹

Bei einer Westbindung nähme Polen eine gewisse Bedeutung für die Stabilität Europas ein. Dies gälte insbesondere für die Ostpolitik der Europäischen Union. Polen gälte als wichtiger Faktor für eine Annäherung des Westens an Russland. Diesem müsse ähnlich der deutsch-polnischen Aussöhnung eine Versöhnung zwischen Polen und Russland vorausgehen.¹⁷⁹⁰ „Poland, moreover, could then play not only a critical role in opening the doors

¹⁷⁸⁶ Brzezinski, Zbigniew: *Die einzige Weltmacht*, S. 69–70.

¹⁷⁸⁷ Ebd., S. 94–95.

¹⁷⁸⁸ „Polska ma się świetnie”. *Ostatni wywiad prof. Brzezińskiego dla „Newsweeka”*. <http://www.newsweek.pl/swiat/zbigniew-brzezinski-ostatni-wywiad,artykuly,410845,1.html> (14.9.2017).

¹⁷⁸⁹ Brzezinski, Zbigniew: *Die einzige Weltmacht*, S. 71.

¹⁷⁹⁰ Brzezinski, Zbigniew: *Strategic vision*, S. 186.

of Europe to Russia but also in encouraging Ukraine and Belarus to move in the same direction on their own, thus increasing Russia's interests in doing likewise".¹⁷⁹¹

Die deutsch-polnische Aussöhnung wird von Brzeziński qualitativ stark betont. Ihre geopolitische Bedeutung sei ähnlich jener der deutsch-französischen Aussöhnung. Sie erlaube Berlin eine Ausbreitung des deutschen Einflusses nach Norden und nach Osten. Unter Einbeziehung des deutsch-französischen Motors würde dieser nun um Polen erweitert werden können, hin zu einer Achse Paris-Berlin-Warschau. Auf Grundlage dessen geht Brzeziński davon aus, dass das Weimarer Dreieck eine starke Rolle in der Geopolitik einnehmen werde. Vor allem im Bereich der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit würde eine Kooperation zwischen Paris, Berlin und Warschau Früchte tragen. Da Deutschland und Polen ein besonderes Interesse an einer Unabhängigkeit der Ukraine haben, würde sich die Achse langfristig um die Ukraine erweitern und damit das europäische geopolitische Gewicht weiter vertiefen.¹⁷⁹² Ausgangspunkt all dieser Zusammenarbeit sei allerdings die deutsch-polnische Versöhnung, in der er eine strategische Bedeutung für Europa und Polen sieht.¹⁷⁹³ Unter anderem für seine Betonung der Wichtigkeit der Aussöhnung von Polen und Deutschen erhielt er 2009 das Bundesverdienstkreuz.¹⁷⁹⁴

Zusammenfassend muss über Brzeziński gesagt werden, dass im Vordergrund seiner geopolitischen Empfehlungen die Betonung der Wichtigkeit der US-amerikanischen Führungsrolle sowie der Erhaltung der westlichen Sicherheitsarchitektur steht. Eine solche Erhaltung könne nur in einem Festhalten an der Führungsrolle der USA erfolgen. Die Alternative wäre eine chaotische Weltordnung. Dementsprechend wäre die Empfehlung an Warschau und Berlin stets, an seiner Ausrichtung auf diese westliche Ordnung festzuhalten. Da sowohl Deutschland als auch Polen diesem Westen angehören, sollten sie auch miteinander einen engen partnerschaftlichen Umgang pflegen. Als Grundlage hierfür kann der Prozess der deutsch-polnischen Versöhnung angesehen werden. Dieser habe für Europa zum einen eine stabilisierende Wirkung. Gleichzeitig habe er aber auch Vorbildcharakter im Annäherungsprozess zwischen Europa und Russland. Im Vordergrund steht für Brzeziński somit die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Polen. Er sieht in ihr sowohl einen Vorteil für Warschau und Berlin als auch für Europa und die Vereinigten Staaten.

¹⁷⁹¹ Ebd., S. 187.

¹⁷⁹² Brzeziński, Zbigniew: *Die einzige Weltmacht*, S. 127.

¹⁷⁹³ Vgl. Wodziński, Remigiusz: *Zbigniew Brzeziński wobec spraw Polski w latach 1977-1999*. Toruń 2015, S. 89.

¹⁷⁹⁴ Ebd., dort zit. n. Bosacki, Marcin: *Niemcy uhonorowali Brzezińskiego*. In: *Gazeta Wyborcza* (23.7.2009) (14.9.2017), S. 2.

In den letzten Jahre jedoch kamen Fragen auf, ob es nicht zu einer Zäsur gekommen sei, die diese globale Führung der USA in Frage stellt. Womöglich kann von einem *Lack of Leadership* gesprochen werden.¹⁷⁹⁵ Hierbei finden sich zum Teil Anzeichen dafür, dass die USA diesen Rückzug selbstständig befördert. Dies drückte sich beispielsweise in einem isolationistischeren Kurs unter Donald Trump aus. Dieser hatte in der Vergangenheit wiederholt Amerikas Alliierte aufgefordert insbesondere in sicherheitspolitischen Fragen mehr Verantwortung zu übernehmen. Gleichzeitig wurde aber auch eine geringe Bereitschaft Washingtons wahrgenommen, sich internationaler Organisationen zu bedienen, um Konflikte zu lösen.¹⁷⁹⁶ Dies trifft ebenfalls vermehrt auch auf internationale Abkommen zu.¹⁷⁹⁷ Selbst militärische Allianzen werden in den USA immer skeptischer gesehen. Insgesamt sah sich die Trump-Administration nicht mehr als *Weltpolizei* an, deren Ziel eine Verbreitung westlicher Werte sei.¹⁷⁹⁸ All dies steht im Gegensatz zur US-amerikanischen Ausrichtung in den neunziger Jahren als für *Liberty and Democracy* stehende Führungsmacht. Der hier als *Lack of Leadership* bezeichnete Zustand hatte unlängst zur Folge, dass dem US-amerikanischen Präsidenten der inoffizielle Titel des *Leaders of the Free World* abgesprochen wurde.¹⁷⁹⁹ Ob die Präsidentschaft Trump und ihre geopolitische Ausrichtung die Ausnahme von der Regel war, bleibt abzuwarten.

6.8. Zusammenfassung

Die Erkenntnis, wonach 1989 und die Folgejahre, einen Epochenbruch darstellen, der auch einen geopolitischen Wandel mit sich brachte, ist trivial. Die Wende zeigt sich mehr als deutlich in der Betrachtung Deutschlands wie auch Polens. Von entscheidendem Interesse ist aber nicht

¹⁷⁹⁵ Der 2019 begonnene Ausbruch der Pandemie Covid-19 verdeutlichte diesen Rückgang US-amerikanischer Führungsstärke. Während China – das Ursprungsland des Virus – mehrere Dutzende Staaten mit medizinischer Ausrüstung unterstützte, machten die Vereinigten Staaten eher negative Schlagzeilen. Ivison, John: *Trump has abandoned America's leadership role during the COVID-19 crisis*. <https://nationalpost.com/opinion/john-ivison-trump-has-abandoned-americas-leadership-role-during-the-covid-19-crisis> (30.1.2021).

¹⁷⁹⁶ Dies ist kein Alleinstellungsmerkmal der Trump-Administration, sondern zeigte sich bereits unter der neokonservativen Bush-Administration, insbesondere im Zuge des Irak-Krieges.

¹⁷⁹⁷ Zum Beispiel der Rückzug aus dem *Trans-Pacific Partnership* (TPP)

¹⁷⁹⁸ Vgl. zu diesen Punkten den Bericht des *Congressional Research Service: U.S. Role in the World: Background and Issues for Congress*. <https://fas.org/sgp/crs/row/R44891.pdf> (30.1.2021).

¹⁷⁹⁹ Gelegentlich auch in abgeänderter Form fiel der Titel in Bezug auf die deutsche Regierungschefin. Smale, Alison / Erlanger, Steven: *As Obama Exits World Stage, Angela Merkel May Be the Liberal West's Last Defender*. <https://www.nytimes.com/2016/11/13/world/europe/germany-merkel-trump-election.html> (30.1.2021); Richter / Konstantin: *Angela Merkel's new job: global savior*. <https://www.politico.eu/article/donald-trump-angela-merkel-the-last-leader-of-the-free-world/> (30.1.2021).

der Wandel, sondern die Rückkehr gewisser Phänomene, die in der Analyse der Zeit vor 1939 bereits vorfindbar waren. Hierzuzählt die Rückkehr eines souveränen polnischen Staates, der nach Herauslösung aus der sowjetischen Einflussphäre frei über seine Positionierung innerhalb der europäischen Staatenkonstellation entscheiden konnte. Gleichzeitig findet sich erneut ein deutscher Einheitsstaat vor, der zuletzt 1945 bestand und der durch seine Wiedervereinigung gegenüber seinen Nachbarn erstarkt ist beziehungsweise mindestens aber erstarkt scheint. Auch für die neue Berliner Republik kehrte erneut die Möglichkeit einer geopolitischen Neuausrichtung und damit die Gefahr eines Sonderwegs zurück. Ebenfalls von einer Rückkehr gesprochen werden musste in Bezug auf Mitteleuropa. Der mitteleuropäische Raum war bis 1989 geopolitisch vollkommen unbedeutend, da er durch den Eisernen Vorhang zerteilt wurde und in dessen Schatten versank. Erst durch die politischen Revolutionen in Ostmitteleuropa, allen voran in Polen und der DDR, erlangte dieser Raum aus Sicht der Geopolitik erneut eine Bedeutung.

Die geopolitische Bewegungsfreiheit hatte sich damit im Vergleich zum Ost-West-Konflikt in Bezug auf Deutschland, Polen sowie ganz Mitteleuropa stark erweitert. Damit verband sich ebenfalls die Möglichkeit einer Rückkehr geopolitischer Theorien aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg. Diese Theorien hatten größtenteils bereits in den dreißiger Jahren den Rahmen der geopolitischen Möglichkeiten in Mitteleuropa ausgeschöpft, weshalb es nicht verwunderlich erschien, dass teils auf diese zurückgegriffen wurde. Bedingt war dies dadurch, dass der geopolitische Rahmen ein ähnlicher zu sein schien. Was Polen betraf, lag es weiterhin zwischen Deutschland und Russland. Sein geopolitisches Dilemma, das bis 1989 bei Verlust seiner Souveränität eingefroren war, taute erneut auf. Die Deutsche Frage hingegen schien durch den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik gelöst worden zu sein, geopolitisch jedoch stand die Frage im Raume, wie die Schaffung eines deutschen Hegemonen verhindert werden oder aber, wie ein erstarktes Deutschland eingebunden werden kann.

Hierbei kann auf dieser Grundlage mindestens theoretisch von der Rückkehr der geopolitischen Gefahren der dreißiger Jahre gesprochen werden, wobei zwei entscheidende Faktoren voranzustellen sind: Ausgehend von den Wendejahren 1989–1991 ist Polen erneut ohne generelle Absicherung vor geopolitischen Ambitionen seiner Nachbarn. Außerdem ist Deutschland, das noch während des Ost-West-Konflikts geschwächt war, geopolitisch erneut erstarkt.

Für beide Faktoren findet sich allerdings in den neunziger Jahren eine Lösung. Polens geopolitisches Dilemma wird transatlantisch und europäisch gelöst. Eng verbunden mit dieser

Lösung ist die Verhinderung des Aufkommens einer erneuten deutschen Gefahr. Deutschland hielt an seinem Kurs der Westintegration fest und unternimmt keinen Versuch eines Sonderweges. Dennoch wird die Gefahr einer deutschen Hegemonie innerhalb der transatlantischen und europäischen Organisationen zum Teil gefürchtet. Auf der anderen Seite wird aber auch von Deutschland ein größeres Engagement auf internationaler Ebene erwartet. Berlin befindet sich dabei in einem Spagat zwischen diesen beiden Sphären.

Die Beziehungen Deutschlands und Polen zueinander stellen für beide Punkte eine wichtige Bedeutung dar und die geopolitische Ausrichtung ist eng miteinander verwoben. Für die Auflösung von Polens Sicherheitsdilemma nahm Deutschland aufgrund seiner Position in Europa wie auch im transatlantischen Bündnissystem eine entscheidende Rolle ein. Es konnte damit einen positiven wie negativen Beitrag in Bezug auf Polen liefern. An Deutschlands Umgang mit Polen lässt sich aber gleichzeitig auch erkennen, wie der Umgang mit der gewonnenen Verantwortung sich gestaltete. Auf den Punkt gebracht: Es konnte weder von Deutschlands noch von Polens geopolitischer Ausrichtung gesprochen werden und dabei der jeweils andere in der Analyse ignoriert werden.

In der Dynamik dieser *New World Order* bot sich erneut die Möglichkeit einer stärkeren Akzentuierung geopolitische Theorien. Hierzu konnte sowohl auf Konzeptionen der Zwischenkriegszeit wie auch auf Werke der neunziger Jahre zurückgegriffen werden. Die verbindenden Elemente zwischen beiden sind hierbei ein hervorzuhebender Faktor: Im Hinblick auf Polen steht mit dem beschriebenen Zeitpunkt die Rückkehr Mitteleuropas sowie die Möglichkeit einer regionalen Zusammenarbeit im Vordergrund. Die sich bei den Föderalisten vorfindenden unterschiedlichen Konzepte eines *Intermarium* oder *Dritten Europas* finden sich in den neunziger Jahren insbesondere bei Moczulski wieder. Natürlich sagen sie zumeist wenig über eine Zusammenarbeit mit Deutschland aus, da sich ihr Fokus auf den Osten richtet. Die piastische Idee hingegen muss sich in der Situation des beschriebenen Jahrzehnts jedoch schwerer tun. Zum einen ist Polen ein ethnisch weitgehend homogener Nationalstaat, was Anhänger der Dmowskischen Denkschule zufriedenstellen müsste. In der für das Thema wesentlicheren Frage der Staatenkonstellationen war die Nationaldemokratie antideutsch ausgerichtet und fand ihre Partner in Moskau, später in Paris. Während erstere aus historischen Gründen wegfielen, ließ sich auch mit zweiteren keine antideutsche Achse aufbauen. Die *Endecja* konnte damit für die neunziger Jahre keine Antwort finden. Gleiches gilt für Studnickis germanophilen Kurs einer Unterordnung als Juniorpartner.

Auch in Bezug auf Deutschland finden sich aussagekräftige Vergleiche zwischen geopolitischen Theorien vor 1939 und nach 1989. Parallelen finden sich insbesondere zu Karl Haushofer. Jedoch fand sich weitestgehend ein Festhalten an der Westbindung bei jenen, die von Geopolitik oder mindestens aber Deutschlands Rolle sprachen. Jedoch gibt es hier vereinzelte Stimmen, die eine stärkere Rolle Deutschlands forderten. Dies kann im deutschen Diskurs vor allem dort wahrgenommen werden, wo explizit von geopolitischen Theorien (Buck, Brill) gesprochen wird. Neben Haushofer sind ebenfalls Verweise auf Friedrich Naumann wahrnehmbar. So hält Brill, obschon er eine eurasische Zusammenarbeit als vorteilhafter ansieht, *Mitteleuropa* durchaus für möglich. Buck sieht eine Verantwortung für die Mitgestaltung der Zukunft der Nachbarländer Deutschlands. Insbesondere letztere Aussage kann unter Betonung einer deutschen Verantwortung gelesen werden. Sie kann aber ebenfalls unter Betonung einer Machtausübung auf die kleineren Nachbarn verstanden werden. Es existiert sowohl die Möglichkeit einer zentraleuropäischen Zusammenarbeit (in einem geographischen Verständnis) als auch die Möglichkeit einer mitteleuropäischen Kooperation (in einem geopolitischen Verständnis). Für beide Fälle verfügt die Berliner Republik über das notwendige Potenzial.

Auch die Flügelmächte Russland und die USA wurden in die Analyse der NWO einbezogen. Die Russländische Föderation, als *de-facto* Rechtsnachfolger der UdSSR konnte nicht an den geopolitischen Einfluss der Sowjetunion anknüpfen. Für Putin wie auch Dugin stellte der Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums eine geopolitische Katastrophe dar. Die Folgen der russischen Schwäche vor dem Hintergrund der NATO-Osterweiterung sowie die hieraus entstandenen Kränkungen Moskaus wurden deutlich. Wenig verwunderlich richten sich Dugins geopolitische Vorstellungen gegen die US-Geopolitik und streben eine Aufwertung des russischen Einflusses in der Welt an. Anknüpfungspunkte sind auch hierbei eine deutsch-russische Zusammenarbeit, bei der sich eine explizite Erwähnung der Theorien Haushofers vorfindet. Russland stellt in seinem Handeln in den ersten beiden Jahrzehnten des 21. Jahrhunderts gleichzeitig einen Indikator für ein Ende der in den neunziger Jahren entstandenen geopolitischen Ordnung dar.

Ein zweiter Indikator einer Veränderung der globalen Ordnung konnte zunehmend in der isolationistischen US-Politik während der Präsidentschaft Donald Trumps erkannt werden. Diese ist verbunden mit US-amerikanischen Forderungen nach einem größeren geopolitischen Engagement der Europäer. Die Frage, ob sich das *Amerikanische Jahrhundert* seinem Ende zuneigt, ist diskussionswürdig. Sollte die *Pax Americana*, also die globale Vormachtstellung

ein Ende finden, so wird dies globale Konsequenzen haben, die selbstverständlich auch auf der Achse Berlin-Warschau spürbar sind. Insbesondere für Zbigniew Brzeziński galt es, die *Crisis of Global Power* zu verhindern.¹⁸⁰⁰ Brzeziński nimmt dabei deutliche Bezüge zu Mackinder, indem er auf die Gefahren einer eurasischen Zusammenarbeit hinweist. Es ist ihm demnach ein Anliegen, dass Deutschland wie auch Polen an der Seite der USA stehen und sich nicht aus diesem Verbund lösen. Gerade in der Zusammenarbeit, wie sie sich in den neunziger Jahren im Zuge der Westbindung beider anbot und vonstattenging, sieht er für Washington einen immensen Vorteil.

Mit beginnendem 21. Jahrhundert finden sich – im Vergleich zu den zuvor betrachteten Zeiträumen – Deutschland und Polen auf Basis der Entwicklungen der neunziger Jahre in einem gemeinsamen Sicherheitsbündnis sowie einer politischen Union wieder. Dies muss als historische Einmaligkeit bezeichnet werden. Demgegenüber steht jedoch gleichzeitig die Rückkehr einer Reihe von oben beschriebenen geopolitischen Konstellationen sowie geopolitischen Möglichkeiten. Diese Ordnung sowie die erwähnten Alternativen (eurasische Zusammenarbeit, *Mittleuropa*, *Intermarium*) dienen als Ausgangspunkt für Prognosen der kommenden Jahrzehnte.

¹⁸⁰⁰ Hervorzuheben ist hier vor allem Brzezinski, Zbigniew: *Strategic vision*.

7. Ausblick

L'avenir est un présent que nous fait le passé.
André Malraux

7.1. Grundlegende Überlegungen zur Prognostik

An dieser Stelle könnte ein Punkt gesetzt werden und die Arbeit enden. Die historische Betrachtung ist beendet, aus ihren Ergebnissen ließen sich Thesen erstellen. Die bereits gewonnenen Erkenntnisse sollen jedoch Anwendung finden und um eine weitere Dimension erweitert werden, indem der Blick auf die Zukunft gerichtet wird.

Der Wunsch, den Verlauf der Zukunft zu kennen, erscheint allzu menschlich. Die Zukunft bleibt jedoch stets ein *undiscovered country*,¹⁸⁰¹ zu dessen Entdecker jedermann wird. In einer möglichen Kenntnis der Zukunft liegt jedoch ein gewisses Paradox. Wäre die Zukunft bekannt, wäre es selbstredend einfach, sich auf diese einzustellen und gewisse Vorbereitungen zu treffen. Diese Vorbereitungen in der Gegenwart wiederum hätten einen Einfluss auf den Verlauf der Zukunft. Sie würden diese verändern und damit wieder an den Ausgangspunkt zurückführen: Die Unkenntnis über die Zukunft.¹⁸⁰² Kenntnisse über die Zukunft zu erlangen sind kein Begehren der Gegenwart. Schon Marcus Tullius Cicero¹⁸⁰³ war in seinem Werk *De divinatione* (Über die Wahrsagung) der Auffassung: „Kein Volk gibt es, wie ich sehe, mag es noch so fein und gebildet, noch so roh und unwissend sein, das nicht der Ansicht wäre, die Zukunft könne gedeutet und von gewissen Leuten erkannt und vorhergesagt werden“.¹⁸⁰⁴ Hierbei hatte der Blick in die Zukunft in früheren Jahrhunderten zumeist einen spirituell-religiösen Charakter. Beispiele hierfür sind das Orakel von Delphi, die Auspizien der Römer¹⁸⁰⁵ oder die *Jiägǔ* (Orakelknochen)¹⁸⁰⁶ im Alten China. Ein spirituell-religiöser Ansatz führt allerdings in der Frage nach zukünftigen geopolitischen Konstellationen zu keinen Ergebnissen.¹⁸⁰⁷

Es soll demnach Abstand vom Orakeln genommen und ein wissenschaftlicher Ansatz verfolgt werden. Ausgehend vom Axiom, wonach Zeit linear verläuft, liegt eine Zeitstrecke

¹⁸⁰¹ Die Formulierung des *undiscovered land* spielt auf einen Ausspruch aus dem 3. Akt (1. Szene) von Shakespeares *Hamlet* an: „The undiscover'd country from whose bourn / No traveller returns, puzzles the will“. Bei Shakespeare liegt die Interpretation nahe, dass er sich nicht allein auf die Zukunft bezieht, sondern auf den in der Zukunft eintretenden Tod sowie der mit diesem verbundenen Unbekannten.

¹⁸⁰² Dies sei an einem Beispiel erläutert: Angenommen, es sei bekannt, dass man heute von einem Auto überfahren würde, wenn man das Haus verläße. Verlässt man nun das Haus nicht, so kann diese Zukunft nicht eintreten und eine andere Zukunft nimmt ihren Lauf. Die Kenntnis der Zukunft bleibt verborgen.

¹⁸⁰³ Marcus Tullius Cicero (106-43), römischer Politiker und Schriftsteller, 63 Konsul der Römischen Republik.

¹⁸⁰⁴ Cicero, Marcus Tullius: *Von der Weissagung – De divinatione*. München 1962.

¹⁸⁰⁵ Wissowa, Georg: *Auspicium*. In: *Paulys Realencyclopädie der classischen Altertumswissenschaft*. Bd. II,2. Stuttgart 1896, Sp. 2580–2587. Aufrufbar unter: <https://de.wikisource.org/wiki/RE:Auspicium> (08.04.2020)

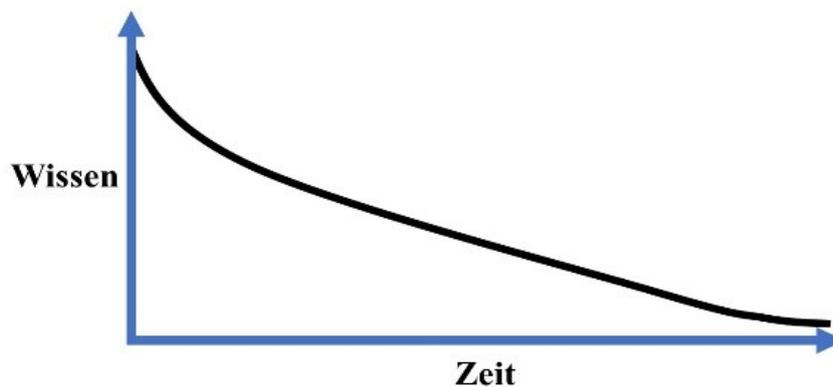
¹⁸⁰⁶ *Discovery of Oracle Bones*. <http://oraclememory.ihp.sinica.edu.tw/e-discovery.htm> (30.1.2021).

¹⁸⁰⁷ Zu Weissagungen und Prophetien als Vorform der Prognostik siehe insbesondere Niederwieser, Christof: *Prognostik 01 Zukunftsvisionen*. Norderstedt 2015.

vor, die sich von Punkt A zu Punkt B, dann zu Punkt C (und so weiter) bewegt. Die Eigentümlichkeit der Zeit ist hierbei, dass es am einfachsten gelingt den Fokus auf das Jetzt zu richten. Wie tief die Analyse des *Hier und Jetzt* sein kann hängt von unterschiedlichen Faktoren ab. Im Vergleich mit den beiden übrigen Zeitformen – Vergangenheit und Zukunft – wirkt dieser Blick jedoch am wenigsten problematisch. Komplizierter als die Gegenwart erscheint der Blick auf die Vergangenheit. In der Frage „wie es eigentlich gewesen ist“ ergeben fehlende Traditions- und Überrestquellen eine Schwierigkeit in der Rekonstruktion und damit in der Analyse. Die unterschiedliche Interpretation von Quellen führt dabei zu wissenschaftlichen Diskursen, einstweilen sogar Disputen.¹⁸⁰⁸ In der Frage, wie ein masowischer Bauer heute lebt, liegen zum einen eine Vielzahl an Daten und Erhebungen vor und zum anderen ist es möglich fehlende Daten zu erheben. Natürlich bieten diese Analysen ebenfalls einen Interpretationsspielraum. Unbestreitbar ist jedoch der vereinfachte Zugang zur Materie. In der Frage, wie ein masowischer Bauer vor 200 Jahren lebte, ist die Forschung auf Traditionen und Überreste angewiesen – fehlen diese, lassen sich gewisse Gegebenheiten rekonstruieren. Der Interpretationsspielraum ist hierbei wesentlich größer. Aufgrund der Linearität der Zeit ist es dem Betrachter nicht möglich, sich in der Zeit zurückzubewegen und die zu betrachtende Materie selbst in Augenschein zu nehmen. Auch die dritte Zeitstufe, die Zukunft, bringt eine vergleichsweise ähnliche Problematik mit sich. So ist die Zukunft noch nicht geschehen und vom Standpunkt der Gegenwart aus gesehen, ergibt sich keine Sicherheit über ihren Verlauf. In Bezug auf das Beispiel ist unbekannt, wie ein masowischer Bauer in 200 Jahren leben wird. Wie für die Vergangenheit Rekonstruktionen möglich sind, so ergibt sich für die Zukunft jedoch die Möglichkeit von Prognosen (agriech. *πρόγνωσις prognosis*, agriech. *πρό pro*, dt. vor(aus) (zeitlich), *γνωσις gnosis*, dt. Wissen, Kenntnis) und Prädiktionen (lat. *praedicere* voraussagen). Hierbei wird versucht, Szenarien zu entwickeln, die dem möglichen zukünftigen Ereignisverlauf am nächsten kommen. Diese Szenarien lassen sich dabei als „hypothetische Narrative über mögliche Zukünfte“ verstehen.¹⁸⁰⁹

¹⁸⁰⁸ Es bedarf an dieser Stelle keiner Aufzählungen diverser Historikerstreits, von denen jener Disput der Jahre 1986/1987 ff. wohl den bekanntesten darstellt.

¹⁸⁰⁹ Mehlhausen, Thomas: *Reflexionen über die Zukunft. Die Szenario-Methode als prospektives Analyseinstrument*. In: *Między sceptycyzmem a zaufaniem. Stosunki polsko-niemieckie w dobie przeobrażeń. Zwischen Skepsis und Vertrauen. Die deutsch-polnischen Beziehungen im Wandel*. Hrsg. von Kamila Mazurek u. Thomas Mehlhausen. Kraków / Berlin 2009, S. 176.



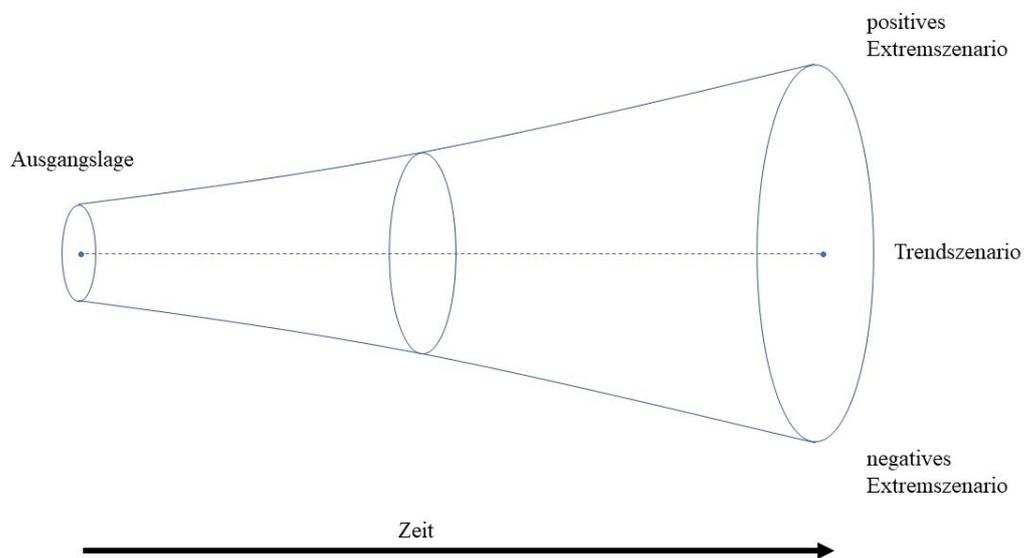
Sicherheit von Szenarien ¹⁸¹⁰

In der Frage, mit welcher Sicherheit ein bestimmtes Szenario eintreten kann, spielen zwei Faktoren eine entscheidende Rolle: Das bereits vorhandene Wissen über einen möglichen Verlauf der Zukunft sowie der Zeitfaktor. Je näher das Szenario zeitlich an der Gegenwart liegt, desto größer ist der Wissensstand. Je größer der Wissensstand, umso präziser beziehungsweise sicherer ist das Szenario. Vergrößert sich der Zeitraum des Szenarios oder liegt weit in der Zukunft, sinkt gleichzeitig die Wahrscheinlichkeit, dass das Szenario zutreffen wird (siehe Abbildung). Dieses Phänomen zeigt sich an der häufigsten genutzten Prognose – dem Wetterbericht. Will man das Wetter in einem Monat wissen, so lässt sich je nach Jahreszeit nur ein sehr ungenauer Trend aus den vorhandenen Daten ablesen. Verringert sich hingegen der Zeitraum, erhöht sich gleichzeitig der Wissensstand bezüglich der in das Prognosemodell aufzunehmenden Parameter. Umso kürzer der Zeitraum der Prognose, desto präziser entspricht die Prognose der Wirklichkeit. Im Hinblick auf den Zeitfaktor ergibt sich ein Zeitfenster, in dem die Vorhersage von besonderem Interesse ist. Liegt der Zeitpunkt zu nahe an der Gegenwart, ist das Interesse womöglich geringer. Wie das Wetter in fünf Minuten sein wird, kann ohne Wettermodell der Beobachtung der Gegenwart entnommen werden. Wie das Wetter in einem Monat sein wird, lässt sich schwerer prognostizieren.

Ein mehr auf die Forschungsfrage bezogenes Beispiel stellt der Fortbestand der Europäischen Union dar. Wäre der Zeitabstand zwischen Gegenwart und Szenario zu gering, wäre auch diese Frage belanglos. Die Frage, ob die Europäische Union in einer Stunde noch existiert, wirkt – unter normalen Umständen – unmaßgeblich und irrelevant. Eine Prognose, die sich in Zeiträumen von Jahren und Jahrzehnten bewegt hingegen, hat für viele Zusammenhänge eine entscheidende Relevanz. Aber auch hier kann der Betrachtungszeitraum zu groß sein, denn

¹⁸¹⁰ Das Schaubild nimmt teils Bezug auf: ebd., S. 177.

auf welcher Basis würde man spekulieren können, ob die Europäische Union in einigen Jahrhunderten noch existiere? Die Frage des Betrachtungszeitraumes ist somit eine grundlegende Frage, die zu Beginn der Prognose gestellt und beantwortet werden muss. Mehlhausen vertritt die Meinung, dass „[f]ür politisch-gesellschaftliche Themen, wie die hier betrachteten deutsch-polnischen Beziehungen, [...] es sinnvoll [sei], Szenarien für die nächsten 10 bis 20 Jahre zu formulieren“.¹⁸¹¹ Auf einen ähnlichen Zeitraum legte ein Workshop der Europäischen Akademie Berlin aus dem Jahre 2017 seinen Fokus, der sich mit *Poland and the EU in 2035* beschäftigte.¹⁸¹² Die von ihm ausgearbeiteten Prognosen stützten sich größtenteils auf das Format der Szenario-Entwicklung von Michael Oppenheimers.¹⁸¹³



Der Szenariotrichter¹⁸¹⁴

In der Szenario-Technik erscheint es dabei hilfreich, sich an einem so genannten Szenariotrichter zu orientieren. Hierbei wird zunächst eine Standardwelt konstruiert, die einen „überraschungsfreien Entwurf der Zukunft“ darstellt, in dem es zu keinen großen Veränderungen kommt beziehungsweise alles in einer Art *status quo* verharrt. In einem zweiten Schritt werden dann ein positives sowie ein negatives Extremszenario kreiert, das von der

¹⁸¹¹ Ebd.

¹⁸¹² Der Verfasser war als Experte ebenfalls zu diesem vom Auswärtigen Amt begleiteten Workshop eingeladen.

¹⁸¹³ Oppenheimer, Michael F.: *Pivotal countries, alternate futures. Scenario planning for international politics*. New York 2015.

¹⁸¹⁴ Vgl. u.a. Carl, Notger / Kiesel, Manfred: *Unternehmensführung. Moderne Theorien, Methoden und Instrumente*. Landsberg am Lech 1996, S. 78.

Standardwelt abweicht. „Die wahrscheinlichste Zukunft liegt irgendwo zwischen den Extremszenarien“.¹⁸¹⁵

Natürlich können sich die entwickelten Szenarien rückwirkend als Fehler erweisen und sogar ein gewisses Amüsement mit sich bringen. Die Wahrscheinlichkeit, dass die eigenen Prognosen zutreffend sind, ist umso niedriger, desto detailreicher die Vorhersage ist. Beispiele hierfür sind zahlreich. So wurde in einer Prognose aus dem Jahre 1992 angenommen, dass das wiedervereinigte Deutschland seine alten Ostgebiete zurückgewinnen werde. Dies würde nicht über die Ausübung eines militärischen Drucks erfolgen, sondern aber durch die Schaffung einer Sonderwirtschaftszone. Die Wiedervereinigung würde sich als einer der größten wirtschaftlichen Erfolge der Neuzeit erweisen. Durch Deutschlands Position würde es zu einer Renaissance des Naumannschen Mitteleuropas kommen. Ganz Europa würde zunehmend unter dem Einfluss Deutschlands stehen. Gleichzeitig wurde aber von einer Vertiefung der europäischen Integration ausgegangen, in dem bis 1997 der ECU die gemeinsame Währung der Europäischen Gemeinschaft würde sowie das Amt eines *Präsidenten von Europa* im Jahre 2000 geschaffen werden sollte – auf das Hans-Dietrich Genscher gute Chancen habe.¹⁸¹⁶ Nichts davon trat ein.

Prognostik scheint dort zutreffender zu sein, wo sie sich der Statistik oder der Spieltheorie bedienen kann. In der Epidemiologie beispielsweise ist es möglich auf Basis von Rechenmodellen Vorhersagen über die Ausbreitung einer Krankheit zu treffen. Hieraus ergeben sich bestimmte Handlungsmöglichkeiten für die Politik. So können Fallzahlen simuliert werden, die beispielsweise Auskunft über (nicht) ausreichende Kapazitäten liefern. Wie auch bei einem Wetterbericht, ist die Basis für derartige Berechnung das mathematische Modell. Der Thematik hingegen kann sich nur sehr eingeschränkt mathematisch genähert werden, denn wie könnte ein mathematisches Modell aussehen, das eine geopolitische Konstellation darstellt? Wenn die bereits abgeschlossenen Kapitel zu den historischen geopolitischen Konstellationen betrachtet werden, fällt es schwer, hieraus Algorithmen abzuleiten, da es sich um eine sehr komplexe Situation handelt.

Einen Ansatzpunkt bietet möglicherweise die Computerspiel-Industrie, insbesondere mit dem Genre des Globalstrategiespiels. In dieser Gattung, die auch als 4X (Explore, Expand,

¹⁸¹⁵ Niederwieser, Christof: *Prognostik 01 Zukunftsvisionen*, S. 164–169.

¹⁸¹⁶ Burstein, Daniel: *Weltmacht Europa*, S. 376–388.

Exploit, Exterminate) bekannt ist, übernimmt der Spieler zumeist die Kontrolle über einen Staat.¹⁸¹⁷ Als Meilenstein des Genres gilt insbesondere *Sid Meier's*¹⁸¹⁸ *Civilization*¹⁸¹⁹. Strategiespiele bieten hierbei ihren Spielern die Möglichkeit, sich in unterschiedlichen Rollen zu beweisen: Als Politiker, als Feldherr, als Ökonom oder auch als Diplomat. In Bezug auf das Thema ist es beispielsweise durch die Strategiespielreihe *Hearts of Iron* des 1991 gegründeten Publishers *Paradox Entertainment* möglich, unter anderem die Führung über den polnischen Staat im Vorfeld des Zweiten Weltkrieges zu übernehmen. Ziel dieser Spiele bleibt aber primär das *entertainment*. Es kann hierbei nicht von komplexen, die Wirklichkeit abbildenden Prozessen gesprochen werden. Zusammenhänge werden hierbei oftmals vereinfacht dargestellt. So sollen Strategiespieler in eine Rolle versetzt werden. Niemand würde allerdings behaupten, dass es sich hierbei um eine authentische Simulation eines geopolitischen Systems handelt. Komplexität kann ein den Spielspaß hemmender Faktor sein. Dennoch scheinen auch sehr komplexe Programme Spieler nicht abzuschrecken. Hierbei ist jedoch die Grenze zwischen einem unterhaltenden Spiel und einem die Realität abbildenden Simulator immer verschwimmender. Gerade im Bereich der simulierten Kriegsführung ist der Grad an Authentizität stets wachsend. Als Beispiel dient der *Command: Modern Operations Simulator* (2019) aus dem Hause *Matrix Games*. Dieser Simulator stößt ebenfalls auf zunehmendes Interesse in der Rüstungsindustrie.¹⁸²⁰ Reguläre Streitkräfte wie die Bundeswehr bedienen sich ähnlicher Programme, um Gefechtsübungen zu simulieren.¹⁸²¹

Vorstellbar wäre ein Programm, das geopolitische Konstellationen sowie geostrategisches Handeln realistisch simulieren könnte. Die Software wäre damit in der Lage, ein großes Maß an Daten aufzunehmen, um dann ein oder mehrere wahrscheinliche Szenarien zu erstellen. Ein solches Programm würde auf den Daten der Vergangenheit passieren, in denen es Gesetzmäßigkeiten zu erkennen versuchen würde. Auf der Basis einer spieltheoretischen Analyse würden diese Gesetzmäßigkeiten als Algorithmen analysiert werden und ein wahrscheinlicher Verlauf präsentiert werden können.

¹⁸¹⁷ Nohr, Rolf F.: *Unternehmensplanspiele 1955-1975. Die Herstellung unternehmerischer Rationalität im Spiel* (= Medien ' Welten 29). Münster, Berlin 2019, S. 394.

¹⁸¹⁸ Sid Meier (1954), kanadischer Softwareentwickler, Mitbegründer der Firma MicroProse.

¹⁸¹⁹ Das Computerspiel-Reihe *Civilization* zählt zur weltweit erfolgreichsten Spieleserie in der Geschichte. Der Spieler übernimmt die Aufgabe sein Volk (die Abgrenzung zu Nation und Staat gestaltet sich hierbei schwierig). von der Steinzeit bis in die Gegenwart zu führen. Er nutzt hierbei sein Geschick in Ökonomie, Diplomatie, Kriegswesen und Forschung, um den Fortbestand seines Volkes zu sichern. Sein erster Teil erschien 1991, sein bisher letzter Teil 2016.

¹⁸²⁰ *Slitherine's Command: the wargame transforming operational simulation*. <https://www.army-technology.com/features/military-simulation-game/> (30.1.2021).

¹⁸²¹ Im unterfränkischen Wildflecken unterhält die Bundeswehr das Gefechtssimulationszentrum Heer, das unter anderem über ein *Simulationssystem für Rahmenübungen* (SIRA) Gefechte auf Armeekorpsenebene simulieren kann.

Jedoch ist es bereits schwierig, eine wirtschaftliche Entwicklung vorherzusagen. Umso schwieriger wird dies, wenn die Analyse um politische Entscheidungen ergänzt wird. Kommen weitere zuvor unbekannte Variablen hinzu (beispielsweise eine Pandemie), ist plötzlich die gesamte Analyse nichtig. In der Prognostik ist hier von so genannten *Wildcard*-Faktoren die Rede.¹⁸²²

Eine Software, die es erlauben würde, Prognosen über den zukünftigen geopolitischen Verlauf der deutsch-polnischen Beziehungen aufzustellen, liegt nicht vor. Diese der Arbeit zugrundeliegende Frage der geopolitischen Bedeutung der deutsch-polnischen Beziehungen beziehungsweise die Rolle beider Staaten innerhalb einer geopolitischen Konstellation lässt sich mit Blick auf die Zukunft nicht mit einer Zahl beantworten. Dies kann ebenfalls nicht im Hinblick auf die Vergangenheit getan werden. Lediglich können Narrative in Form von Szenarien erstellt werden. Diese können mit Attributen wie „sehr wahrscheinlich“ oder „unwahrscheinlich“ versehen werden. Jedoch stellt sich die Frage nach der Grundlage, wonach jene Attribute zustande kommen. Würde nach einer in Prozentzahlen ausgedrückten Wahrscheinlichkeit für einen *Polexit* in den nächsten zehn Jahren gefragt werden, müsste eine Formel vorgewiesen werden, wie diese Prozentzahl zustande gekommen ist. Dies kann nicht ohne weiteres geleistet werden.

Dennoch bedarf es eines Fundamentes, auf dessen Grundlage Szenarien erdacht werden können. Zwar kann von der Prämisse ausgegangen werden, wonach alles möglich ist, was vorstellbar scheint. Ohne mathematische Daten handelt es sich um eine qualitative Prognosetechnik. Diese ist von einer quantitativen Prognosetechnik zu unterscheiden, die auf der Erhebung und Auswertung von Datenmaterial zustande kommt. Jenes Datenmaterial kann beispielsweise aus der Vergangenheit stammen und somit dem Erkenntnisgewinn dienen. Möglich wäre beispielsweise die Analyse von Wirtschaftsdaten der letzten Jahrzehnte, um hieraus eine Prognose für die Zukunft abzuleiten. Da auf derartige Daten verzichtet werden muss, bietet sich lediglich die qualitative Methode auf Basis einer Expertenmeinung an. Obschon versucht werden muss diese Expertenmeinung möglichst nahe einer Objektivität anzunähern, bleibt sie im Grunde subjektiv. Sie muss demnach auf einer breiten Expertise aufgebaut sein und kann nicht allein auf einem wissenschaftlich nicht haltbaren Bauchgefühl beruhen. Es bedarf demnach eines Unterbaus, auf dem mögliche Szenarien zu erstellen sind. Hierzu soll sich den Ergebnissen der vorausgegangenen Kapitel bedient werden. Auf dem

¹⁸²² Niederwieser, Christof: *Prognostik 01 Zukunftsvisionen*, S. 168.

Fundament der historischen Staatenkonstellationen lassen sich mögliche Szenarien für die Zukunft entwickeln. Begründet ist dies in der Tatsache, dass es zwischen Deutschland und Polen eine begrenzte Zahl möglicher Konstellationen geben kann. Diese gilt es zu benennen und auf ihre Bedeutung zu analysieren. Es stellt sich somit die Frage der geopolitischen Bedeutung der deutsch-polnischen Beziehungen in den vierziger Jahren des 21. Jahrhunderts.

Die quantitative Prognostik beruht in diesem Fall auf der Methode der historischen Analogiebildung. In dieser wird die Erfahrung der Vergangenheit zur Schaffung einer Analogie für die Zukunft genutzt. Grundlegend betrachtet kommt keine Prognostik ohne die Erfahrung der Vergangenheit aus. Letztendlich besteht in der Frage, ob es sich tatsächlich um eine Analogie handelt, immer das Problem einer „stark subjektiv-projektiven Färbung“. Laut Niederwieser liegt in diesem Manko aber auch eine Stärke, da die Erfahrungen der Vergangenheit Ideen über die Zukunft inspirieren können. Ohne Inspiration sei die Schaffung von Analogien schlichtweg nicht möglich.¹⁸²³

Trotz der Verwendung historischer Analogien ist der Ausgangspunkt der auf die Zukunft gerichteten Überlegungen die These, dass sich Geschichte nicht wiederholt. Zu komplex sind historische Vorgänge, zu unterschiedlich die handelnden Personen, als das von einer Wiederholung der Geschichte die Rede sein kann. Obschon historische Analogien gerade in der polnischen Politik ein häufig genutztes Werkzeug darstellen, handelt es sich hierbei um ein rhetorisches Mittel, gar eine Polemik zur Diskreditierung des Gegenübers oder dessen Ideen. In Bezug auf die jüngsten deutsch-polnischen Beziehungen ist der Vergleich der *Nordstream*-Pipelines mit dem Ribbentrop-Molotov-Pakt ein wiederkehrendes Motiv in polnischen Medien. Die zuvor beschriebenen historischen Zusammenhänge werden sich nicht wiederholen. Was sich jedoch wiederholen könnte, ist die geopolitische Konstellation einer deutsch-russischen Zusammenarbeit. Auf eben diese bezieht sich die Polemik.

Bestimmte geopolitische Konstellationen erwecken beim Betrachter einstweilen die Analogie zu einem vergangenen Ereignis. Dies ist umso weniger überraschender, als das die Wahrnehmung und Einordnung der Gegenwart über die Erfahrung der Vergangenheit geschehen muss. Vergangenheit und mögliche Zukünfte sehen sich hierbei gewissen geopolitischen Konstanten gegenüber. So ist beispielsweise die geographische Lage Deutschlands und Polens die gleiche. Trotz im Vergleich zu den in den Fallbeispielen besprochenen historischen Konstellationen, trotz der Westverschiebung Polens und trotz des Verlustes der deutschen

¹⁸²³ Ebd., S. 152–154.

Ostgebiete, bleibt die Grundsätzlichkeit der Lage unverändert. Deutschland und Polen sind weiterhin Nachbarn. Diese Tatsache ist einstweilen in absehbarer Zeit ebenso unveränderbar. Weder wird es zur Schaffung eines Pufferstaates zwischen Deutschland und Polen kommen,¹⁸²⁴ noch zur Umsiedlung eines 40- oder gar 80-Millionen-Volkes.

Es muss ebenfalls zur Kenntnis genommen werden, dass es gewisse Konstanten in der Konstellation um Deutschland und Polen gibt, die einen Einfluss auf die Zukunft der deutsch-polnischen Beziehungen sowie ihre geopolitische Bedeutung haben werden. Die in den vorausgegangenen Kapiteln erwähnten geopolitischen Subjekte sind, wenn auch in veränderter Form, weiterhin vorhanden. Hierzuzählen Russland genauso wie die Vereinigten Staaten oder die westeuropäischen Mächte Frankreich und Großbritannien. Natürlich stellt sich hierbei die Frage, ob die einzelnen Mächte jeweils einen gleichen oder ähnlichen Einfluss auf die geopolitische Gesamtlage haben werden.

Das Nachdenken über Geopolitik im 21. Jahrhundert wird eine andere Grundlage als vor mehr als einem Jahrhundert haben. Bereits innerhalb des zuvor behandelten, rückblickenden Zeitraums lag ein immenser technischer Fortschritt vor. Hervorzuheben sind hierbei insbesondere das Transportwesen (allen voran die Luftfahrt) sowie verbesserte Waffentechnologien (Kernwaffen). Während des Ersten Weltkrieges erreichte das deutsche Paris-Geschütz eine Reichweite von 130 Kilometern. Damals militärtechnisch eine Sensation. Heutzutage können moderne Streitkräfte binnen weniger Stunden jeden Ort auf der Welt bombardieren. Die Welt ist aber nicht nur militärisch *kleiner* geworden. Eine erneute Reisegeschwindigkeit hat direkten Einfluss auf Wirtschaft, Migration und Tourismus. Noch wichtiger als zu Beginn des 20. Jahrhunderts scheint damit die Kontrolle über Waren, Kapital und vor allem Informationen zu spielen. Bereits Mackinder verwies zu Beginn des Jahrhunderts auf den geopolitischen Einfluss eines Ereignisses auf der anderen Seite der Weltkugel.

Aber noch aus einem anderen Grund muss Bezug auf den britischen Geopolitiker geworfen werden. Dieser sprach von der postkolumbianischen Ära mit Bezug auf sein Lebenszeitalter. „[...] [S]carcely a region [is] left for the pegging out of a claim of ownership [...]“ verlaute Mackinder in seinem berühmten Vortrag aus dem Jahre 1904. Mit der Eroberung des Weltalls scheint dieses Zeitalter zu Ende gegangen zu sein. So kann in Bezug

¹⁸²⁴ Es sei hier beispielsweise an die bereits erwähnten Pläne zur Schaffung eines sorbischen Staates nach dem Zweiten Weltkrieg erinnert (5.1.), die aufgrund der Situation der Sorben ebenso zu vernachlässigen ist, wie das Szenario einer Loslösung der 1990 zum Geltungsbereich des Grundgesetzes beigetretenen Bundesländer aus der Bundesrepublik, wie sie in neurechten Kreisen angedacht werden. Vgl. Elsässer, Jürgen: *Der Osten steht auf- und der Westen?* In: Compact 9 (2019), S. 10–13.

auf den Weltraum von einem *New Strategic Heartland* gesprochen werden.¹⁸²⁵ Die von Mackinder 1904 verfasste und von Spykman aufgegriffene These würde demnach lauten: „Whoever controls space could potentially control the world“.¹⁸²⁶ Die USA scheinen sich dieser geopolitischen Dimension bewusst zu sein, woraus im Dezember 2019 die Schaffung der *United States Space Forces* (USSF) als sechste Teilstreitkraft der USA resultierte. Ziel ist insbesondere die Schaffung einer US-Dominanz im Weltraum.¹⁸²⁷ Während die Institutionalisierung eines *Space Warfare* damit in den USA bereits weit fortgeschritten scheint, haben andere Staaten mindestens aber Schritte in diese Richtung unternommen.¹⁸²⁸

Neben dem extraterrestrischen steht ein weiterer Raum für Eroberungen offen – die digitale Welt. In diesem Raum (*Cyberspace*) können digitale Daten erstellt, verbreitet und kopiert – aber auch zerstört werden. Noch ist eine US-Dominanz des digitalen Raumes klar erkennbar und korrespondiert damit mit der geopolitischen Machtposition der Vereinigten Staaten. Dies verwundert nicht, da das Internet seine Ursprünge in der Vernetzung US-amerikanischer militärischer und wissenschaftlicher Einrichtungen hatte (*Arpanet*). Bis 2016 stand die ICANN, verantwortlich für die globale Vergabe von Domains, unter der Aufsicht der US-Regierung.¹⁸²⁹ Weiterhin handelt es sich bei den größten Internetdienstleistern mehrheitlich um US-Konzerne: Google, Amazon, Ebay, Yahoo, Microsoft, Oracle. Dennoch wird diese Position zunehmend von anderen Staaten in Frage gestellt. Natürlich kann nicht behauptet werden, dass das Internet eine US-amerikanische Struktur ist. Das Internet gehört nicht den USA, ist seine Dezentralisierung doch gerade sein großer Vorteil. Dennoch wurde insbesondere im Wahljahr 2016 in den Vereinigten Staaten diskutiert, ob Washington nicht einen geopolitischen Fehler beginge, da es „das Internet aufgeben werde“.¹⁸³⁰

In diesem Zusammenhang tauchte in den letzten Jahren wiederholt der Begriff *digital geopolitics* auf. Dieser beinhaltet einen gewissen Gegensatz, denn einerseits bezieht sich

¹⁸²⁵ Hendrix, Jerry: *Space: The New Strategic Heartland*. <https://www.nationalreview.com/2018/06/united-states-needs-space-force-national-security-interest/> (30.1.2021).

¹⁸²⁶ Ebd.

¹⁸²⁷ *Comprehensive Plan for the Organizational Structure of the U.S. Space Force*. <https://velosteam.com/wp-content/uploads/2020/02/Space-Force-Report.pdf> (30.1.2021).

¹⁸²⁸ Wortzel, Larry M.: *The Chinese People's Liberation Army and Space Warfare*. <https://www.jstor.org/stable/resrep03013> (30.1.2021); Wu, Xiadon: *China and space security. How to bridge the gap between its stated and perceived intentions*. In: *Space Policy* 33 (2015), S. 20–28; Weichert, Brandon J.: *Preparing for a Russian 'Space Pearl Harbor'*. In: *Orbis* 3 (2019), S. 406–415.

¹⁸²⁹ Die *Internet Corporation for Assigned Names and Numbers* ist neben der Koordinierung des DNS (Domain Name Systems) auch für die Vergabe von IP-Adressen verantwortlich. Die ICANN agiert als Non-Profit-Organisation.

¹⁸³⁰ Lee, Dave: *Has the US just given away the internet?* <https://www.bbc.com/news/technology-37527719> (30.1.2021).

die Geopolitik auf die Auseinandersetzung von Staaten (oder auch Staatengruppen). Im Bereich der Digitalität handelt es sich weniger um staatliche Akteure als vielmehr um „dezentral[e] transnational[e] Netzwerk[e]“. ¹⁸³¹ Der Begriff schwimmt hierbei scheinbar leicht mit Termini wie *cyber security*. Die Digitalisierung hat eine immense Revolutionierung der Gesellschaft zur Folge, kann aber hierdurch gleichzeitig auch zur Waffe gegen einen Staat werden. Hierbei können Angriffe aus dem *world wide web* von jedem Punkt der Erde erfolgen, der über einen Internetzugang verfügt. Der Faktor der geographischen Lage ist hierbei vollständig aufgelöst. Gleiches gilt für die traditionelle geopolitische Stärke einer Macht, da eine kleine Gruppe von Hackern auch einen größeren Staat theoretisch außer Gefecht setzen kann. Der *cyberspace* wird damit zum Kriegsschauplatz. ¹⁸³²

Die Geopolitik ist damit im 21. Jahrhundert um die wichtigen Dimensionen *outer space* und *cyberspace* erweitert. Der Kampf um beide neuen Räume bedeutet jedoch nicht, dass die klassische Geopolitik ein Ende gefunden hat. Gerade Deutschland und Polen sind aufgrund ihrer Mittellage zwischen West und Ost durch ihre geographische Lage in ihrem geopolitischen Handeln definiert. Auch im 21. Jahrhundert können geopolitische Muster aus den beiden vorausgegangenen Jahrhunderten wiedererkannt werden. Dies zeigt sich insbesondere am Vorgehen Russlands und Chinas. In der Vergangenheit wurden in Bezug auf das russische Vorgehen in Osteuropa und dem Kaukasus geopolitische Analogien zum 19. und 20. Jahrhundert aufgenommen. Trotz der verkleinerten Welt wird die geographische Lage eines Staates sowie seiner unmittelbaren Nachbarn eine immense Auswirkung auf die geopolitischen und militärischen Möglichkeiten haben. Die digitale Geopolitik sowie die Weltraumpolitik müssen eher als Erweiterung der Klassischen Geopolitik gesehen werden.

7.2. Zukunftsfaktoren

Zur Schaffung brauchbarer Prognosen bedarf es zunächst einer Analyse möglicher Faktoren, die den Verlauf dieser Zukünfte zu beeinflussen in der Lage sind. Hierzu sollen geopolitische Schlüsselfaktoren identifiziert und analysiert werden. ¹⁸³³

¹⁸³¹ Bendiek, Annegret / Godehardt, Nadine / Schulze, David: *Das Zeitalter der digitalen Geopolitik*. <https://www.ipg-journal.de/schwerpunkt-des-monats/chinas-neue-macht/artikel/detail/das-zeitalter-der-digitalen-geopolitik-3579/> (30.1.2021).

¹⁸³² Dem des Französischen mächtigen Leser sei zu diesem Thema besonders empfohlen: *Géopolitique de la datasphère*. In: Hérodote. Revue de Géographie et de Geopolitique 177/178 (2020).

¹⁸³³ Methodisch sei hier Bezug genommen auf: Kosow, Hannah / Gaßner, Robert: *Methoden der Zukunfts- und Szenarioanalyse. Überblick, Bewertung und Auswahlkriterien* (= Werkstattbericht / Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung 103). Berlin 2008, S. 18-31: Kossow und Gaßner schlagen einen Szenarioprozess in

Die klassischen Faktoren, also den Einfluss der geopolitischen Konstellation der Staaten zueinander, bestehen jedoch weiterhin. Diese kreisen – bildlich gesprochen – um die geopolitische Bedeutung der deutsch-polnischen Beziehungen und beeinflussen diese. Diese Beeinflussung können Berlin und Warschau als geopolitische Subjekte näher zusammenbringen oder aber auch auseinanderreißen. Als Faktoren sollen Russland, die Europäische (Des)integration, die USA und China aufgeführt werden.

7.2.1. Der EU-Faktor

Der europäische Faktor scheint für die Zukunft eine offensichtliche Rolle zu spielen, sind doch beide Staaten, Deutschland wie Polen, eng in das Netz europäischer Institutionen und Organisationen verwoben. Zweitrangig ist hierbei die Mitgliedschaft beider in verschiedenen Körperschaften. Soweit diese die geopolitische Gesamtkonstellation des Kontinentes betreffen sind Warschau wie auch Berlin aufgrund ihrer zentralen Lage auf dem Kontinent sowie ihrer strategischen Nähe zu Russland in diesen Prozess *volens nolens* involviert.

Die Zukunft dieser europäischen Institutionen und Organisationen ist entscheidend für die zukünftige geopolitische Ausrichtung beider Staaten zueinander. Von besonderer Bedeutung ist hierbei die Frage der weiteren Integration der EU (wie auch der NATO). Bisher wurde auf die vermeintliche geopolitische Bedeutung der EU bewusst nur am Rande eingegangen.¹⁸³⁴ Und auch die Europäische Union hat in der Vergangenheit ein geopolitisches Handeln vernachlässigt.¹⁸³⁵ Nach Beginn der Amtszeit von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen¹⁸³⁶ im Jahre 2019 veröffentlichten Prioritäten ließ sich zunächst ein Umdenken in dieser Frage erkennen. So forderte der Kopf der EU-Exekutiven die Schaffung einer *Geopolitical Commission*.¹⁸³⁷ In ihrer ersten *State of the Union*-Ansprache im September

vier Phasen vor. Dieser geht zunächst von einer grundlegenden Bestimmung des Szenariofeldes aus. In diesem Fall ist dies die zukünftige geopolitische Bedeutung der deutsch-polnischen Beziehungen. In einem weiteren Schritt werden Schlüsselfaktoren identifiziert und analysiert. Dies geschieht in dieser Arbeit im Folgenden. Dem wird sich wie bei Kosow/Gaßner in einer vierten Phase die Generierung eines Szenarios anschließen.

¹⁸³⁴ Begründet war (siehe Einleitung) und ist dies zum einen mit dem Fokus auf der Bedeutung von Staaten (in diesem Fall insbesondere Deutschlands und Polens) als geopolitische Subjektive. Zum anderen lag die geopolitische Bedeutung in den vorausgegangenen Fallbeispielen stets bei den staatlichen Subjekten. Selbstverständlich wurden nach 1945 stetig Versuche unternommen, die außen- und sicherheitspolitischen Interessen der EG/EU-Mitgliedsstaaten auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Der Autor ist jedoch der Überzeugung, dass die geopolitische Rolle der europäischen Institutionen (auch nach 1990 bis in die Gegenwart) stark zu vernachlässigen ist. Diese Behauptung soll beispielsweise mit der weiterhin vorrangigen Rolle der Nationalstaaten als Entscheidungsträger in außenpolitischen Fragen belegt werden. Einen weiteren Beleg stellt die schwache Position des Hohen Vertreters der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik dar. Natürlich wäre die geopolitische Bedeutung der EU erforschenswert, kann aber vor dem Hintergrund des Themas dieser Arbeit nicht geleistet werden.

¹⁸³⁵ Lehne, Stefan: *How the EU Can Survive in a Geopolitical Age*. https://carnegieendowment.org/files/2-24_Lehne-EU_Geopolitics.pdf (21.9.2020).

¹⁸³⁶ Ursula von der Leyen (1958), seit 2019 Präsidentin der Europäischen Kommission.

¹⁸³⁷ *Ursula von der Leyen. President-elect of the European Commission. Speech in the European Parliament Plenary Session As delivered*. https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/president-elect-speech-original_1.pdf

2020 griff von der Leyen diese Thematik jedoch nicht erneut auf. Auch wurden in den folgenden Monaten in diese Richtung innerhalb der EU-Institutionen keine signifikanten Schritte unternommen. Die Forcierung einer geopolitischen Ausrichtung der Union ist damit zunächst in Frage gestellt. Die Gründe für diese Behandlung geopolitischer Themen sowie der Schaffung einer gemeinsamen geostrategischen Agenda sind hierbei ebenfalls in der Vergangenheit zu finden. Sie sind deutlich im Fallbeispiel zum Ost-West-Konflikt erkennbar. Während der Integrationsprozess des europäischen Kontinents in den fünfziger Jahren des 20. Jahrhunderts institutionell seinen Ursprung nahm, bestand trotz der sowjetischen Bedrohung aus dem Osten kein Bedürfnis in der Gemeinschaft zur Schaffung einer geopolitischen Agenda. „To a large extent, it was the U.S. security guarantee and global leadership role that afforded the Europeans the luxury of leaving geopolitics behind“.¹⁸³⁸ Die USA stellte – gemeinsam mit dem transatlantischen Verteidigungsbündnis – den sicherheitspolitischen Grundstein dar und befriedigte das Sicherheitsbedürfnis jener westlichen Mitgliedsstaaten. Zwar gab es Bestrebungen sich aus dieser US-amerikanischen Vormundschaft zu lösen, faktisch bestand für die Bundesrepublik diese Option jedoch gar nicht.¹⁸³⁹ Bei Infragestellung der US-Dominanz oder aber durch Rückzug der USA aus Europa stellt sich die Frage einer globalen Ausrichtung der EU deutlich und Brüssel wird gezwungen sein hierauf zu reagieren. Hierbei könnte es der EU gelingen zukünftig einen eigenen geopolitischen Machtblock zu stellen. Schafft sie dies nicht, könnte sie aber ebenso durch andere Machtblöcke auseinandergerissen werden. Denn das Problem der EU scheint es nicht zu sein, dass sie weiterhin in einem *Ende der Geschichte* und damit einem *Ende der Geopolitik* verharret. Vielmehr besteht die Schwierigkeit darin, die unterschiedlichen Positionen der EU-Mitgliedsstaaten auf einen Nenner zu bringen, der nicht derart klein ist, dass seine geopolitische Relevanz zu vernachlässigen ist. Die Problematik besteht hier in der grundlegenden Schwierigkeit die Interessen der europäischen Nationalstaaten entweder irrelevant zu machen oder aber in eine gemeinsame Richtung zu manövrieren. Irrelevanz meint hier, dass keine nationalstaatliche Außenpolitik mehr bestünde oder aber die Mitgliedsstaaten keine Kompetenz auf die EU-Außenpolitik mehr haben. Eine gemeinsame Außenpolitik ist jedoch schwieriger umzusetzen. Diese Schwierigkeit zeigt sich deutlich vor dem Hintergrund

(19.2.2021), S. 7. Siehe ebenfalls *The von der Leyen Commission's priorities for 2019-2024*. [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2020/646148/EPRS_BRI\(2020\)646148_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2020/646148/EPRS_BRI(2020)646148_EN.pdf) (30.1.2021): „Such a Commission will have a political agenda in which reinforcing the EU's role as a relevant international actor, and trying to shape a better global order through reinforcing multilateralism, is to become a key priority ('A stronger Europe in the world').“

¹⁸³⁸ Lehne, Stefan: *How the EU Can Survive in a Geopolitical Age*.

¹⁸³⁹ Frankreich hatte sich 1966 aus den militärischen Strukturen der NATO zurückgezogen. Seit 2009 ist es erneut Vollmitglied; vgl. Kap. 5.

eines Vergleiches deutscher und polnischer Interessen, insbesondere in seiner Ausrichtung auf Russland. Sie läuft dabei Gefahr entweder bei einem handlungsunfähigen kleinsten gemeinsamen Nenner zu verharren oder aber es kommt zu Dominanz einer der großen Mitgliedsstaaten und zur Durchsetzung dessen Interessen. Ob es nun zu einer weiteren Integration der europäischen Nationalstaaten kommt oder aber zu einem Auseinanderbrechen: In beiden Fällen korrespondiert der europäische Faktor entscheidend mit der geopolitischen Ausrichtung Deutschlands und Polens.

7.2.2. Russland-Faktor

Russlands Bedeutung für den europäischen Kontinent wurde bereits behandelt.¹⁸⁴⁰ Ebenso erscheint es hierbei aus den historischen Fallstudien heraus als naheliegendster Faktor. Die historische Analyse zeigte eine deutliche Korrespondenz mit den deutsch-polnischen Beziehungen. Aber nicht nur die historische Analyse verweist auf diese Korrespondenz, sondern auch die Bedeutung Russlands beziehungsweise der Sowjetunion in den behandelten geopolitischen Theorien. Da sich die geographische Lage sowie eine gewisse Form der Asymmetrie aller drei Staaten kaum verändert hat, ist davon auszugehen, dass die Bedeutung des Russland-Faktors bestehen bleiben wird. Handlungsspielraum erhält er insbesondere dort, wo es ihm gelingt, bei zunehmender Macht Moskaus auf einzelne EU-Mitgliedsstaaten oder aber der EU als Ganzes Druck auszuüben. Im für die EU ungünstigen Fall käme es zu ihrem Auseinanderbrechen. Die Möglichkeit des Zerfalls zeigt hierbei sein größtes Potenzial in diesem russischen Faktor, denn die Vertiefung der europäischen Integration kann nicht im Interesse einer geopolitisch selbstständig agierenden Russländischen Föderation sein. Russlands wirtschaftlicher und damit verbunden politischer Einfluss auf (Ost)mitteleuropa ist hierbei von vorrangiger Bedeutung. Wirtschaftliche Abhängigkeiten, beispielsweise durch Rohstoffimporte (Gas) können zu politischen Abhängigkeiten führen.

Der russische Faktor muss sich in der Zukunft jedoch nicht durch eine Zunahme des geopolitischen Einflusses Moskaus zeigen. Theoretisch wäre auch das Gegenteil möglich: eine vollständige Desintegration der Russländischen Föderation. Dies würde anknüpfen an die in der Zwischenkriegszeit entstandene prometheische Idee.¹⁸⁴¹ Weiterhin stellt Russland einen Vielvölkerstaat dar, in dem 20 Prozent der Bevölkerung nicht der russischen Ethnie angehören. Auch birgt Russlands Größe für Moskau die Gefahr, dass es zu einem Kontrollverlust über die

¹⁸⁴⁰ Dem französischsprachigen Leser sei zur *Géopolitique de la Russie* die Publikation *Hérodote. Revue de Géographie et de Géopolitique* 3/4 (2017) empfohlen. Einige der Texte wurden ins Englische übersetzt: <https://www.cairn-int.info/journal-herodote.htm?contenu=english-full-text-articles> (12.10.2020).

¹⁸⁴¹ Vergleich Kapitel 4.6.3.

weit von Moskau entfernten Gebiete kommen könnte, entweder durch innere Unruhen und/oder durch den Einfluss externer Mächte, namentlich der Volksrepublik China.¹⁸⁴²

Von einem solchen Zerfall Russlands geht beispielsweise der frühere *Stratfor*-Leiter George Friedman aus. Es sei jedoch angemerkt, dass sich seine 2009 getroffene Prognose eines Zerfalls der Russländischen Föderation in den früheren 2020er Jahren nicht bestätigt hat und es auch bisher wenig Anzeichen für einen solchen Kollaps gibt. Dieser Mangel zeigt sich insbesondere vor dem Hintergrund eines Ausbleibens einer von Friedman prognostizierten Abspaltung der muslimischen Gebiete wie Tschetschenien, einer Orientierung Kareliens an Skandinavien oder auch einer Unabhängigkeitsbewegung im pazifisch-sibirischen Raum.¹⁸⁴³ Begründet seien Russlands Probleme laut Friedman vor allem in der Tatsache, dass Russland vor einer gewaltigen demographischen Krise stünde. Heute habe die Föderation 145 Millionen Einwohner. Bis zur Mitte des 21. Jahrhunderts könnte die Zahl auf bis zu 90 Millionen fallen. Dies bringe Probleme bei der Größe der Streitkräfte mit sich. Hinzukämen wirtschaftliche Probleme, die eine Reindustrialisierung Russlands verhindern würden, sowie die Tatsache, dass Russland von seinen Rohstoffexporten abhängig ist.¹⁸⁴⁴

Neben dieser von Friedman geäußerten Prognose kam es bekanntlich seit 1991 zu einem Verlust geopolitischen Einflusses Moskaus. Die russische Führung unter Vladimir Putin reagiert auf dieses Szenario mittels einer offensiven Geopolitik gegenüber seinen Nachbarn – namentlich Georgien, Ukraine, Belarus aber auch der Europäischen Union. Dies ist deutlicher Ausdruck dafür, dass der russische Faktor eine entscheidende Rolle für die geopolitische Bedeutung der deutsch-polnischen Beziehungen haben wird.¹⁸⁴⁵

7.2.3. US-Faktor

Ebenso nahliegend wie der Europa-Faktor (auf dessen Kontinent Polen und Deutschland zentral liegen) sowie der Russland-Faktor (in dessen Nähe beide Staaten liegen sowie mit dem sie geopolitisch interagieren) spielen auch die USA für die geopolitische Bedeutung Polens und Deutschlands eine entscheidende Rolle. Dies ist begründet in der bereits in den Fallbeispielen dargelegten Sonderrolle der Vereinigten Staaten für die Weltordnung als einzige globale Supermacht.

¹⁸⁴² Dies bezieht sich in erster Linie auf Sibirien. Vgl. Urbansky, Sören: *Grenze im Fluss. China-Russland. Das Echo des Territorialdisputes*. In: *Osteuropa* 5/6 (2015), S. 125–136.

¹⁸⁴³ Friedman, George: *Die nächsten hundert Jahre. Die Weltordnung der Zukunft*. Frankfurt (Main) 2009, S. 164.

¹⁸⁴⁴ Ebd., S. 128.

¹⁸⁴⁵ Diese These findet ganz aktuell ihre Bestätigung in der Eskalation des Krieges in der Ukraine durch die Russländische Föderation seit dem 24. Februar 2022.

Polen und Deutschland nehmen gegenüber den USA zwar keine diametrale Rolle ein. Dennoch muss hervorgehoben werden, dass es Unterschiede in der Bewertung der tagesaktuellen US-Außenpolitik wie auch der grundlegenden geopolitischen Ausrichtung Washingtons in der deutschen und der polnischen Gesellschaft derzeit gibt. Dies zeigt sich ebenfalls in der Wahrnehmung des früheren US-Präsidenten Donald Trump in Polen und Deutschland.¹⁸⁴⁶ Jedoch ist diese Unterschiedlichkeit nicht allein auf die Trump-Administration zurückzuführen. In der deutschen Gesellschaft besteht seit langem eine demographisch messbare amerikakritische Meinung.¹⁸⁴⁷ Die Präsidentschaft Trump hatte eine skeptische Haltung gegenüber Washington in Deutschland verstärkt. In Polen hingegen erfreut sich die USA seit der Schaffung der Dritten Republik in Politik wie auch Gesellschaft einer überwiegenden Zustimmung.¹⁸⁴⁸ Natürlich sehen sowohl Berlin als auch Warschau in Washington weiterhin einen wichtigen Partner. Der Enthusiasmus gegenüber den USA ist jedoch in Polen weitaus größer. Grundlegend wird die Frage sein, ob es sich bei den USA um ein *empire in decline* handelt, ein untergehendes Imperium, das seinen Zenit nicht erst seit der Präsidentschaft Trump überschritten hat. In der Forschung dauert die Diskussion um diese Frage an und wird wohl auch mindestens zu keinem Stillstand kommen, bis ihr Ausgang realpolitisch entschieden ist.¹⁸⁴⁹ Im Zuge der Covid-19-Pandemie und dem von Experten als unzureichend bewerteten Umgang der US-Administration mit dieser Krise und seinen wirtschaftlichen Folgen, wurde vielfach die Frage diskutiert, ob die Vereinigten Staaten ihre Führungsrolle eingebüßt hätten.¹⁸⁵⁰ Ob die USA zur Mitte des 21. Jahrhunderts weiterhin (alleinige) Supermacht sein wird, kann an dieser Stelle nicht in der nötigen Ausführlichkeit

¹⁸⁴⁶ Wike, Richard / Poushter, Jacob u. a.: *Trump Ratings Remain Low Around Globe, While Views of U.S. Stay Mostly Favorable*. https://www.pewresearch.org/global/wp-content/uploads/sites/2/2020/01/PG_2020.01.08_US-Image_FINAL.pdf (11.12.2020), S. 14: Die Zustimmungswerte für Trump lagen 2020 in Polen bei 51 Prozent, in Deutschland bei 13 Prozent.

¹⁸⁴⁷ Zum Amerika-Bild in Deutschland: Knappertsbusch, Felix: *Antiamerikanismus in Deutschland* (= Kulturen der Gesellschaft 21). Bielefeld 2016.

¹⁸⁴⁸ Krzywdzińska, Agata: *Wizerunek Rosji i Stanów Zjednoczonych w polskich tygodnikach opinii po 1991 roku* (= Prace Katedry Rosyjskiej Kultury Nowożytniej Uniwersytetu Jagiellońskiego). Kraków 2012.

¹⁸⁴⁹ Lachmann, Richard: *The Roots of American Decline*. In: Contexts 10 (2011); Hertz, Sarah / Friedman, Hershey H.: *"Is the United States Still the Best Country in the World? Think Again"*. https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=2622722 (30.1.2021); Lieber, Robert J.: *Retreat and its Consequences. American Foreign Policy and the Problem of World Order*. New York 2016; Joffe, Josef: *The Myth of America's Decline*; Stephens, Bret: *America in Retreat. The New Isolationism and the Coming Global Disorder*. New York 2014; Auch ein Großteil der US-amerikanischen Öffentlichkeit sieht die USA im Niedergang: Parker, Kim / Morin u. a.: *Looking to the Future, Public Sees an America in Decline on Many Fronts*. <https://www.pewsocialtrends.org/2019/03/21/public-sees-an-america-in-decline-on-many-fronts/> (30.1.2021).

¹⁸⁵⁰ Burrows, Mathew J. / Engelke, Peter: *What World Post-COVID-19? Three Scenarios*. <https://www.atlanticcouncil.org/wp-content/uploads/2020/07/What-World-Post-COVID-19.pdf> (11.12.2020), S. 14.

diskutiert werden. Die Antwort hingegen wird weitreichende Folgen für Europa und damit für Polen und Deutschland haben.

Unabhängig von der Beantwortung der Frage, scheint sich für Washington in den letzten Jahren der Fokus immer stärker von Europa wegzubewegen beziehungsweise in den Pazifischen Raum zu verlagern. Im Oktober 2011 von US-Außenministerin Clinton skizziert,¹⁸⁵¹ forcierte Präsident Obama den neuen US-amerikanischen „Pivot to Asia“. „The United States is turning our attention to the vast potential of the Asia Pacific region“.¹⁸⁵² Natürlich richtet sich diese Verschiebung des US-Interesses auf den Pazifik in erster Linie gegen China. Hierbei dominiert die Frage, ob der Volksrepublik mit einer für den Kalten Krieg üblichen *Containment*-Politik begegnet werden solle.

7.2.4. China-Faktor

China ist damit bereits als geopolitischer Spieler benannt. Seit langem sieht es sich auf dem *Weg der Wiedergeburt*.¹⁸⁵³ Das *Reich der Mitte* war bis zum Beginn der europäischen Neuzeit eine Großmacht gewesen.¹⁸⁵⁴ Aus dem *Reich am Gelben Fluss (Huanghe)* gingen wichtige Erfindungen hervor, bevor sie in Europa auch nur erahnt werden konnten.¹⁸⁵⁵ Dieser technische Fortschritt, verbunden mit einer effektiven Verwaltung und militärischen Stärke bot ein immenses geopolitisches Potential für das *Land der Morgenröte*. Während allerdings im 15. Jahrhundert in Europa begann, was Mackinder das kolumbianische Zeitalter nannte, verfiel China nach den Entdeckungsreisen Zheng Hes¹⁸⁵⁶ unter der Ming-Dynastie in eine Position als asiatische Kontinentalmacht und suchte eben nicht eine Erweiterung des eigenen Herrschafts- und Einflussbereiches auf den Weltmeeren.¹⁸⁵⁷ Es waren andere Länder, in erster Linie die

¹⁸⁵¹ Clinton, Hillary: *America's Pacific Century*. <https://foreignpolicy.com/2011/10/11/americas-pacific-century/> (11.12.2020).

¹⁸⁵² In einer Rede am 17. November 2011 vor dem australischen Parlament in Canberra. *Remarks By President Obama to the Australian Parliament*. <https://obamawhitehouse.archives.gov/the-press-office/2011/11/17/remarks-president-obama-australian-parliament> (31.1.2021). Vgl. Barno, David W. / Bensahel, Nora / Sharp, Travis: *Pivot but Hedge. Strategy for Pivoting to Asia While Hedging in the Middle East*. In: *Orbis* 56 (2012), S. 158–176; Lieberthal, Kenneth G.: *The American Pivot to Asia*. <https://www.brookings.edu/articles/the-american-pivot-to-asia/> (30.1.2021).

¹⁸⁵³ *Weg der Wiedergeburt* (Chin. 复兴之路, transk. Fùxīng zhī lù) lautete der Titel einer Dauerausstellung des Chinesischen Nationalmuseums in Beijing, die seit März 2011 besteht. Vgl. Denton, Kirk A.: *Exhibiting the Past. Historical Memory and the Politics of Museums in Postsocialist China*. Honolulu 2014, S. 1–26.

¹⁸⁵⁴ Nach Periodisierung der chinesischen Geschichte fällt dieser Zeitabschnitt in die Mitte der Ming-Dynastie.

¹⁸⁵⁵ 200 Jahre vor unserer Zeitrechnung erfanden die Chinesen bereits das Papier. 400 Jahre später (und damit 1200 Jahre vor den Europäern) erfanden chinesische Gelehrte den Buchdruck. Schießpulver war in China über 1000 Jahre früher als in Europa bekannt.

¹⁸⁵⁶ Zheng He (1371–1433/1435), chinesischer Admiral und Entdecker.

¹⁸⁵⁷ Chinas Potenzial zur Seemacht zeigte sich insbesondere durch die Expeditionen von Zheng He (1371–1433). Nach seinem Tod verfolgte der chinesische Kaiser keine weitere maritime Expansion. Begründet ist dies ebenfalls in der ständigen Bedrohung des chinesischen Kaiserreiches durch Mongolen. Vgl. Brown, Cynthia Stokes: *Chinese Admiral in the Indian Ocean*. <https://www.khanacademy.org/partner-content/big-history-project/expansion->

europäischen Staaten, die durch ihre Flotten zu mächtigen Seemächten aufstiegen und damit auch zur Bedrohung für China wurden. Zheng He findet derweil im zeitgenössischen China weit mehr Gehör. Staatspräsident Xi Jinping¹⁸⁵⁸ sieht in Zheng gar ein geopolitisches Vorbild für die Volksrepublik.¹⁸⁵⁹ Für ihn waren Zheng und andere chinesische Entdecker „friendly emissaries leading camel caravans and sailing treasure-loaded ships. Generation after generation, the silk routes travelers have built a bridge for peace and East-West cooperation“.¹⁸⁶⁰ Diese Brücke will China in Form einer neuen Seidenstraße nutzen. Polen und Deutschland spielen hierbei eine wichtige Rolle, da jene *New Silk Road* auch sie durchqueren soll. Im Jahre 2013 kündigte Xi die Schaffung dieser neuen Seidenstraße an. Unter dem Motto *Yīdài yīlù* (dt. *ein Gürtel, eine Straße*) kam und kommt es zum Bau mehrerer Verkehrswege, die China über den Landweg mit Europa verbinden sowie über den Seeweg über Afrika nach Europa ergänzt werden.

China wird damit zunehmend zum Akteur in der Geopolitik. Bei ansteigender Stärke Chinas steigt seine geopolitische, aber auch geoökonomische Bedeutung auf dem eurasischen Kontinent. Dementsprechend müssten Warschau und Berlin auf die geopolitische Veränderung reagieren. Interessant könnte hierbei die Frage sein, inwiefern dies eine gemeinsame Position sein wird. Je nach Erfolg des chinesischen Vorhabens könnten Deutschland und Polen am europäischen Ende der Seidenstraße durchaus in starker wirtschaftlicher Konkurrenz zueinander treten. Dies könnte sich insbesondere im Bereich des Transportwesens zeigen. Sowohl Deutschland als auch Polen streben einen Großflughafen an, der sich in das Konzept der Seidenstraße sicherlich eingliedern würde.¹⁸⁶¹ Eventuell könnte eine der beiden Seiten

interconnection/exploration-interconnection/a/zheng-he (29.10.2018): „After the final voyage, the Chinese emperor suddenly ordered that these expensive expeditions be halted. The ships were left to rot in the harbors, and craftsmen forgot how to build such large ships, letting the knowledge slip away. The Confucian ministers who advised the emperor distrusted the eunuchs, who supported the voyages. New military threats came from the Mongols in the north and the ministers argued that resources needed to focus on land defenses there instead“.

¹⁸⁵⁸ Xi Jinping (1953), chinesischer Politiker, seit 2012 Generalsekretär der KPC, seit 2013 Staatspräsident der Volksrepublik China.

¹⁸⁵⁹ Musgrave, Paul / Nexon, Daniel: *Zheng He's Voyages and the Symbolism Behind Xi Jinping's Belt and Road Initiative*. <https://thediplomat.com/2017/12/zheng-hes-voyages-and-the-symbolism-behind-xi-jinpings-belt-and-road-initiative/> (29.10.2018).

¹⁸⁶⁰ *Work Together to Build the Silk Road Economic Belt and The 21st Century Maritime Silk Road. Full text of President Xi's speech at opening of Belt and Road forum*. https://www.fmprc.gov.cn/mfa_eng/wjdt_665385/zyjh_665391/t1465819.shtml (29.10.2018).

¹⁸⁶¹ Der *Centralny Port Komunikacyjny* (Zentralflughafen Warschau) soll nach dem Jahr 2027 fertig werden und eine Kapazität von bis zu 100 Millionen Passagiere pro Jahr haben. Der Standort soll die Umgebung um das 40 Kilometer von Warschau gelegene Dorf Baranów im Landkreis Grodziski sein. Eine verkehrstechnische Anbindung an die Autobahn A2 sowie das Eisenbahnnetz sind geplant. Interessanterweise wurde zum Präsidenten der Gesellschaft für den Bau des zentralen Transporthafens zunächst der Geopolitik-Experte Jacek Bartosiak ernannt. Er legte die Position jedoch wenige Monate später erneut nieder. Der deutsche Konkurrenzflughafen *Berlin Brandenburg Airport* (auch *Willy Brandt Airport*) soll zukünftig eine Kapazität von 27 Millionen/Jahr haben.

stärker zu Beijing tendieren als eine andere. Wahrscheinlich ist es übertrieben von einer möglichen Auseinandersetzung zwischen einem westlich-liberalen Staatenblock in Westeuropa und einem autoritären Machtblock in Eurasien, einer Achse Osteuropa-Russland-China zu sprechen. Dies ist unabhängig von der innenpolitischen Lage Polens primär darin begründet, dass Polen ein viel zu kleiner Akteur im Vergleich zu Russland für China ist.

Trotzdem sollte hierbei die globale Beschaffenheit der deutsch-polnischen Beziehungen betont werden. Die geopolitische Bedeutung dieser Beziehungen entscheidet sich eben nicht nur in Europa, sondern hat im 21. Jahrhundert Ursprünge und Auswirkungen in der ganzen Welt. Gerade die chinesische Volksrepublik wird hierbei global, aber vor allem auch in Eurasien eine entscheidende Rolle spielen. In erster Linie ist jedoch von Bedeutung, dass der geopolitische Fokus auf Europa mit der Rückkehr Chinas als *global player* und der Fokussierung der Vereinigten Staaten auf den Pazifik endgültig zu Ende zu gehen scheint. Entscheidend wird sein, ob es Europa gelingt, in welcher Form auch immer, seinen Anspruch als geopolitischer Dreh- und Angelpunkt zu verteidigen. Eine globale Schwerpunktverschiebung (politisch, wirtschaftlich, kulturell) weg von Europa in den pazifischen Raum würde bedeuten, dass Deutschland und Polen, anders als im Großteil der Fallbeispiele nicht mehr im Zentrum der geopolitischen Aufmerksamkeit stünden. Die in der Einleitung erwähnten tektonischen Plattenverschiebungen in der Geopolitik, betreffen damit beide Staaten nicht mehr direkt. Natürlich kann es von Vorteil sein, nicht im Vordergrund zu stehen. Wahrscheinlich ist damit allerdings auch ein Machtverlust und damit einhergehend ein Wohlstandsverlust verbunden.

7.3. Szenarien

Wenn diese Faktoren in Betracht gezogen werden, ergeben sich eine Reihe von möglichen Zukünften. Diese sollen abschließen angedacht werden. So attraktiv hierbei die Ausformulierung konkreter Szenarien wäre, so schnell wird hierbei der wissenschaftliche Diskurs verlassen und es würde in eine Form der Science-Fiction verfallen werden. Es soll an dieser Stelle deshalb primär um mögliche Handlungsstränge gehen, die den politischen Entscheidungsträgern wichtig erscheinen sollten. Hierbei kann es nicht darum gehen, ein einziges Szenario zu entwickeln, von dem ausgegangen wird, dass es größtmöglich zutrifft. Dafür ist das Maß unbekannter Variablen zu groß. Vielmehr sollte es darum gehen,

unterschiedliche Szenarien anzudenken. Dies muss aber im Bewusstsein geschehen, dass diese eintreffen können, dies aber nicht müssen. Das Andenken verschiedener Zukünfte erlaubt es, auf unterschiedliche Verläufe vorbereitet zu sein. Ziel ist es weit weniger detailreich das Kommende wahrzusagen, als vielmehr größere Trends zu entdecken und diese in Bezug auf seine Bedeutung zu analysieren. Die Prognosen sollen genutzt werden, um auf den weiteren Verlauf der deutsch-polnischen Beziehungen und seine geopolitischen Bedeutung im 21. Jahrhundert vorbereitet zu sein.

Zum Schlüsselfaktor für die Bedeutung Deutschlands, Polens sowie der deutsch-polnischen Beziehungen für die geopolitische Gesamtlage ist die Frage der politischen Zukunft Europas. Der Vorzug des europäischen Faktors vor den drei anderen oben benannten rechtfertigt sich in seiner geographischen Nähe beziehungsweise seiner Unmittelbarkeit. So sind Polen und Deutschland als mitteleuropäische Staaten und Mitgliedsstaaten direkt von der Zukunft der EU betroffen und können einen entscheidenden Einfluss auf ihr Fortbestehen nehmen. Politischen Veränderungen in Russland, den USA oder China sowie der restlichen Welt stehen beide zunächst passiv gegenüber und müssen auf diese reagieren.

7.3.1. Supermacht Europa

Im ersten Szenario soll von einer verstärkten europäischen Integration im Jahre 2030 ausgegangen werden. Die europäischen Staaten haben einen Großteil ihrer außen- und sicherheitspolitischen Kompetenzen nach Brüssel abgegeben. Hierzu zählt insbesondere, dass außenpolitische Entscheidungen im Namen der gesamten Europäischen Union getroffen werden. Partikularinteressen treten damit in den Hintergrund. Praktisch wird dies durch die Implementierung eines einfachen Stimmrechts im Europäischen Rat bei außenpolitischen Entscheidungen gewährleistet. Es kommt zu einer Aufwertung des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) sowie einer globalen Wahrnehmung des Hohen Vertreters der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik als höchstem Vertreter der außenpolitischen Interessen aller Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Er wird damit zu einem wirklichen EU-Außenminister. Ähnlich wie nach der Reichsgründung 1871 unterhalten die EU-Mitgliedsstaaten, wie auch die Bundesstaaten des Kaiserreichs, weiterhin eigene Außenministerien.¹⁸⁶² Diese werden aber durch Brüssel in der Welt vertreten. Washington, Moskau und Beijing kennen damit keine deutsche oder polnische Botschaft mehr, sondern ihre Interessen werden durch einen gemeinsamen EU-Botschafter vertreten. Sichtbar wird dies vor

¹⁸⁶² Berwinkel, Holger / Kröger, Martin: *Die Außenpolitik der deutschen Länder im Kaiserreich. Geschichte, Akteure und archivische Überlieferung (1871-1918). Beiträge des wissenschaftlichen Kolloquiums zum 90. Gründungstag des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts am 3. August 2010.* München 2012.

allem im UN-Sicherheitsrat in dem die Französische Republik ihren permanenten Sitz zu Gunsten Brüssels abgibt. Durch die Übernahme der Kontrolle über die *Force de dissuasion nucléaire de la France* steigt die Europäische Union zur Atommacht auf. Auf Basis der bestehenden europäischen Korps kommt es zur Schaffung einer europäischen Armee mit einem vorgesetzten gemeinsamen Kommandostab, der einem europäischen Oberbefehlshaber unterstellt ist.

Vor dem Hintergrund dieser Vertiefung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sowie dem Zurückdrängen von Partikularinteressen nimmt auch die geopolitische Diskussion einen europäischen Charakter ein. Der europäische Diskurs wird hierbei zunehmend geopolitischer sowie der geopolitische Diskurs zunehmend europäischer. Europa sieht sich selbst als *global player* und wird ebenfalls als solcher wahrgenommen. Gleichzeitig haben geopolitische Theorien zunehmend einen europäischen Fokus. Zum Ausgangspunkt des Erfolgs müsste die Formulierung einer europäischen Geopolitik stehen. In einem Rousseauschen Geist würde der *volonté de tous* und der *volonté de la majorité* durch einen europäischen *volonté général* in der Geopolitik abgelöst werden. An die Stelle einer deutschen oder polnischen Geopolitik tritt eine EU-Geopolitik, die in Konkurrenz zu seinen US-amerikanischen, russischen und chinesischen Pendants steht. Damit wird die EU zum geopolitischen Subjekt und löst damit Deutschland und Polen als eigenständige geopolitische Subjekte ab. Beide werden dadurch nicht zu geopolitischen Objekten über die entschieden wird. Vielmehr geht ihre separate Subjektivität gemeinsamen mit den anderen Mitgliedsstaaten in eine gemeinschaftliche Subjektivität über.

In Folge verschwinden sämtliche geopolitischen Antagonismen (wie natürlich auch Übereinstimmungen) hinter einer gemeinsamen europäischen Geopolitik. Deutschland und Polen können keine geopolitischen Verbündeten oder aber Gegner sein, da sie keine eigenständig handelnden Subjekte mehr sind. Die Situation ist erneut vergleichbar mit eventuell bestehenden Antagonismen zwischen Preußen und den süddeutschen Staaten vor der Reichseinigung. Diese verschwinden – trotz Beibehaltung einer eher symbolischen eigenständigen Außenpolitik zunehmend hinter dem geopolitischen Interesse des Deutschen Reiches als geopolitischem Subjekt.

Auch dieses Szenario ist eng verwoben mit den bereits erwähnten geopolitischen Faktoren. Das Projekt steht und fällt mit der Frage des Umgangs mit Washington, Moskau und Beijing. Durchaus stellt sich die Frage, ob dieser Europäische Bundestaat in der Lage ist, sich von den USA zu emanzipieren. Vor dem Hintergrund der Beziehungen zu den USA stellt sich

ebenfalls die Frage über die Zukunft der NATO. Der Pakt bestünde in einem solchen Szenario (nach heutigem Mitgliederstand) nur noch aus den USA, der EU, Kanada sowie einigen kleineren Staaten in Europa und der Republik Türkei.

Das Risiko dieses Szenarios besteht in der Gefahr einer Fokussierung der Machtinteressen auf die größeren Staaten in Europa, in der die derzeit großen Spieler wie beispielsweise Deutschland ihre geopolitischen Interessen zu europäischen Interessen machen. Kleinere und mittlere Mächte wie Polen müssten sich diesem Willen dann unterordnen. In einem europäischen Szenario hingegen müssten Berlin nicht allein europäische Interessen zu seinen Interessen machen, sondern als Spieler weiter hinter Brüssel zurücktreten. Deutschland müsste hierbei in Europa aufgehen, ohne das die Gefahr besteht, dass Europa in Deutschland aufgeht.

7.3.2. Neue Wege

Diesem integrativen Extremszenario soll ein desintegratives Extremszenario entgegengestellt werden.¹⁸⁶³ Hierbei wird die EU nicht als aufgelöst betrachtet, sondern vielmehr als Projekt, das stagniert, von seinen Mitgliedsstaaten nicht weiter forciert wird und als geopolitischer Spieler weder wahrgenommen noch in Erwägung gezogen wird. Stattdessen kommt es zu einer Rückkehr der Nationalstaaten, die die alleinigen Entscheidungsträger darstellen. Ihre Partikularinteressen waren es, die das europäische Projekt haben scheitern lassen. In dieser Interessenspolitik fällt eine entscheidende Rolle den großen europäischen Mächten zu, zu denen auch Deutschland als größte europäische Wirtschaftsmacht zählt. Größtenteils unabhängig von der eigenen Größe und Machtbasis werden auch die Nationalstaaten auf eine Zusammenarbeit mit potentiellen Verbündeten angewiesen sein. Dies trifft vor allem auf die mitteleuropäischen Staaten (namentlich Polen und Deutschland) zu, die sich aufgrund ihrer Lage in ständiger Interaktion – wirtschaftlich, politisch, kulturell – mit ihren Nachbarn befinden.

Da ein Extremszenario beschrieben wird, soll bei der Zusammenarbeit verschiedener Partner zur Erreichung geopolitischer Ziele von einem deutsch-polnischen Gegensatz ausgegangen werden, in dem sich beide Staaten geopolitisch voneinander entfernen und sich unterschiedlichen Konstellationen zuordnen. Aus polnischer Sicht kann an dieser Stelle das

¹⁸⁶³ Es wird bewusst von Integration und Desintegration gesprochen und so die in der Methodik erwähnte Begrifflichkeit des positiven und negativen Extremszenarios vermieden. Auch soll von einer möglichen Titulierung eines der beiden Szenarien als Utopie und Dystopie Abstand genommen werden. Während der Begriff der (Des)integration sich an der Wirklichkeit orientiert und diese beschreibt, sind die anderen Begriffe wertend. Nach Meinung des Autors würde diese Wertung die Objektivität der Aussagen verringern. Beim Beispiel der europäischen Integration bleibend liegt es in der Perspektive des Betrachters, ob dieser oder jener Ausgang/Fortbestand positiv oder negativ ist. Dieser Wertung soll sich durch eine neutrale Betrachtung des Sachverhalts zwecks Wahrung der Wissenschaftlichkeit größtmöglich entzogen werden.

gegen Deutschland gerichtete *Intermarium*-Konzept genannt werden. Die theoretischen wie auch praktischen Grundlagen eines solchen Vorhabens wurden bereits in den Fallstudien ausgearbeitet. Es wird von einer Zusammenarbeit der zwischen den „drei Meeren“ (*Trojmorze*) liegenden Staaten Ostmittel- und Südosteuropas ausgegangen. Eine solche Initiative wurde in der jüngsten Vergangenheit wiederholt angedacht.¹⁸⁶⁴ Als bekanntester internationaler Fürsprecher gilt sicherlich George Friedman,¹⁸⁶⁵ der in seinen Publikationen wiederholt für einen *Polish Bloc*, ein von Polen angeführtes ostmitteleuropäisches Bündnis einerseits wirbt und andererseits diesen auch prognostizieren will.¹⁸⁶⁶ Die bereits erwähnte Problematik einer verschwimmenden Grenze zwischen einer versuchten objektiven geopolitischen Analyse und einer eine bestimmte geopolitische Konstellationen anstrebenden Politik ist durchaus sichtbar. Für Friedman gilt, dass „the idea of the Intermarium – supported [...] by [...] the United States, and focused on Russia – would become inevitable“.¹⁸⁶⁷ Auf Basis der Analyse geopolitischer Theorien der Zwischenkriegszeit sind Analogien zu Mackinders Ausführungen offensichtlich. Es findet sich eine gegen Russland gerichtete Konstellation zur Kontrolle Ostmitteleuropas und damit zu einer möglichst weit nach Osten verlagerten Einflussosphäre Moskaus vor. In Analogie

¹⁸⁶⁴ Vgl. Lemmen, Daniel J.: *Up-coming breaking points in Polish-German relations?* In: Yearbook of the Institute of East-Central Europe 14 (2017): „[Der Historiker Marek Jan Chodakiewicz] plädiert für eine Allianz zwischen Washington und den ostmitteleuropäischen Ländern wie Polen, den baltischen Staaten, der Tschechischen Republik, der Slowakei, Ungarn und dem Balkan. [...] Er sieht darin eine gegen Russland gerichtete Zusammenarbeit. Der Wirtschaftswissenschaftler Marcin Kędzierski geht sogar noch einen Schritt weiter und veröffentlichte ein Zehn-Punkte-Papier über die Schaffung eines neuen Intermarium. Es sollte die Politik der Länder in dieser Region sein, ‚eine neue institutionelle Einheit innerhalb der Europäischen Union zum Leben zu erwecken‘. Es sollte eine Art ‚Mitteleuropäische Union‘ sein, ‚die sich fast auf dem gleichen Niveau wie die Hauptakteure der EU, wie Deutschland und Frankreich, befindet‘. Kędzierski nennt es eine ‚Flucht nach vorn‘ für Ostmitteleuropa, um den Rest der europäischen Halbinsel zu überraschen. Für Polen könne es ‚keine gute Alternative‘ geben. Der polnische Staat sollte in dieser Konstellation ein *primus inter pares* sein. Nach Ansicht des Autors könnte es eine gute Reaktion auf die ‚wachsende Position Deutschlands‘ und die Aggressionen Russlands sein‘. Ein Comeback des Intermariums ist keine abstrakte hypothetische Idee. Selbst der Münchner Sicherheitsbericht 2016 erwähnte dieses mögliche Ergebnis: ‚If the current situation deteriorates, Eastern Europe might witness the emergence of a new kind of Iron Curtain at the NATO-Russian border and a cordon consisting of those few countries ‘in between’, whose security status and economic relationships remain contested‘.“

Vgl. Chodakiewicz, Marek Jan: *Intermarium. The Lands Between the Black and the Baltic Seas*. New Brunswick, London 2012; Kędzierski, Marcin: *Czas na Międzymorze*. <https://nowakonfederacja.pl/czas-na-miedzymorze/> (30.1.2021); *Munich Security Report 2016. Boundless Crises, Reckless Spoilers, Helpless Guardians*. https://securityconference.org/assets/user_upload/MunichSecurityReport_2016.pdf (19.2.2021). Zur Bedeutung dieser Idee innerhalb des PiS-Regierungslagers siehe Cichocki, Marek: *Polen neu denken. Europabild und Europapolitik der PiS*. In: Osteuropa 66 (2016), S. 197–198.

¹⁸⁶⁵ George Friedman (1949), ungarntämmiger US-amerikanischer Publizist, Politologe, Geopolitik-Experte, Gründer des geopolitischen Think Tanks *Stratfor* (= Strategic Forecast) (1996) sowie *Geopolitical Futures* (2015).

¹⁸⁶⁶ Hervorzuheben ist hier insbesondere Friedman, George: *The next 100 years. A forecast for the 21st century*. New York 2009. Auf Deutsch als Friedman, George: *Die nächsten hundert Jahre*. Auf Polnisch als Friedman, George: *Następne 100 lat. Prognoza na XXI wiek*. Warszawa 2009.

¹⁸⁶⁷ Friedman, George: *Washington Returns to a Cold War Strategy*. <https://worldview.stratfor.com/article/washington-returns-cold-war-strategy> (30.1.2021).

zum Briten Mackinder stellen bei Friedman die USA den Nutznießer dieser Zurückdrängung Russlands dar und werden damit zum *supporter* eines Intermarium.¹⁸⁶⁸

Die Verwirklichung eines *Trojmorze* schüfe geographisch einen gemeinsamen Block zwischen Deutschland auf der einen und Russland auf der anderen Seite. Einerseits – unter der Prämisse, dass ein solcher Aufbau gelänge – würde Polen diesen Block dominieren. Andererseits würde sich der polnische Staat damit selbst – bildlich gesprochen – in den Zangenkopf zwischen Deutschland und Russland bewegen, die beide kein Interesse an einer Blockbildung vor ihren Grenzen haben können, die sie als Subjekte ausschließt. Es wäre hierbei keine ungewöhnliche Reaktion, wenn beide – Berlin und Moskau – durch eine Dreimeersinitiative gezwungen wären, sich einander anzunähern.

Theoretisch bestünde die Möglichkeit, dass sich Deutschland an dieses ABC-Bündnis anlehnen könnte.¹⁸⁶⁹ In Folge würde Deutschland den ostmittel- und südosteuropäischen Raum dominieren, da es den anderen Staaten ökonomisch überlegen wäre. Polen würde allenfalls die Rolle eines Juniorpartners einnehmen können. Eine solche Konstellation würde jedoch die Idee des *Intermarium* konterkarieren. Vielmehr würde sich die Naumannsche Idee eines *Mittleuropas* verwirklicht sehen.

Weniger wahrscheinlich erscheint die Annäherung dieses Blockes an Russland. Zum einen hat Russland ein geopolitisches Interesse an der Kontrolle über Ostmitteleuropa. Dieses liegt in seiner westlichen Grenze begründet. Je weiter die russische Einflussphäre nach Westen reicht, desto kürzer ist die westliche Grenze dieses Bereichs, was wiederum einen strategischen Vorteil mit sich bringt.¹⁸⁷⁰ Zum anderen sind die Beziehungen zu einigen ostmitteleuropäischen

¹⁸⁶⁸ Friedman, George: *A Different Ever Closer Union*. <https://geopoliticalfutures.com/different-ever-closer-union/> (16.8.2017).

¹⁸⁶⁹ Eine solche Annäherung Deutschlands konnte 2018 bemerkt werden. Drei Jahre zuvor hatte der polnische Staatspräsident gemeinsam mit seiner kroatischen Amtskollegin die so genannte Drei-Meere-Initiative angestoßen. Auf ihrem ersten Gipfeltreffen 2016 in Dubrovnik zählte zu den Gästen unter anderem ein Vertreter des chinesischen Außenministeriums, der für eine Zusammenarbeit Beijing und der Initiative im Rahmen der *Neuen Seidenstraße* warb (Almássy, Ferenc: *The Three Seas Initiative. Central and Eastern Europe takes charge of its own destiny*. <https://visegradpost.com/en/2016/08/28/the-three-seas-initiative-central-and-eastern-europe-takes-charge-of-its-own-destiny/> (30.1.2021)). Im darauffolgenden Jahr gastierte der US-Präsident auf dem zweiten Gipfeltreffen in Warschau. Möglicherweise in Verbindung mit diesem chinesischen und US-amerikanischen Interesse an dieser Zusammenarbeit in Ostmittel- und Südosteuropa nahm in den Folgejahren neben dem EU-Kommissionspräsidenten auch der deutsche Bundesaußenminister (2018) und der Bundespräsident (2019) an Folgegipfeltreffen teil (*Mit südöstlichen EU-Mitgliedsstaaten eng zusammenarbeiten – Außenminister Maas in Bukarest*. <https://www.auswaertiges-amt.de/de/ausenpolitik/laender/rumaenien-node/maas-rumaenien/2137498> (30.1.2021)). Während der deutschen Außenminister von „einer neuen Ostpolitik“ sprach, wurde die deutsche Annäherung in Polen nicht aufgegriffen (*Drei-Meere-Initiative. Maas beschwört "neue Ostpolitik"*. <https://www.tagesschau.de/ausland/drei-meere-initiative-101.html> (30.1.2021)).

¹⁸⁷⁰ Es wurde bereits im Kapitel zum Kalten Krieg auf diesen strategischen Vorteil der UdSSR eingegangen. Vgl. Marshall, Tim: *Die Macht der Geographie. Wie sich Weltpolitik anhand von 10 Karten erklären lässt* (= dtv Sachbuch 28068). München 2016, S. 19.

Staaten schwer bis unüberbrückbar durch die gemeinsame Geschichte belastet. Umso weniger das für Ungarn und die Slowakei zutrifft, so sehr doch für Polen und das Baltikum.¹⁸⁷¹ Russland und sein weiterhin vorhandener Einfluss in der Region stellt ebenfalls eine der Schwierigkeiten einer Zusammenarbeit der Staaten Ostmitteleuropas dar. Sichtbar wird dies beispielsweise in den sehr unterschiedlichen Beziehungen der Visegrád-Staaten gegenüber Moskau.

In allen Fällen korrespondiert eine Zusammenarbeit der ostmitteleuropäischen Staaten sowohl mit Russland als auch mit Deutschland, da beide Staaten unmittelbar an den Raum eines gedachten *Intermarium* grenzen. Ostmitteleuropa befände sich damit in einer ähnlichen Zangenposition, wie die polnische Zweite Republik vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. Entscheidend für den Erfolg eines *Intermarium*-Projekts wäre damit auch, wie dieser Zangenposition begegnet würde beziehungsweise diese neutralisiert werden könnte. Friedman löst dieses Dilemma durch eine prometheische Wende: Russland sieht er im Untergang, wodurch Polen im Osten freie Bahn hat.¹⁸⁷² Es steht damit allein dem Westen gegenüber, wodurch Friedman langfristig einen Ost-West-Konflikt, gar einen deutsch-polnischen Krieg aufkommen sieht. Diese Annahme wirkt simpel. Eine Entmachtung Russlands durch ein Zusammen- beziehungsweise Auseinanderbrechen der Russländischen Föderation als Staatswesen erscheint fragwürdig. Bezeichnend ist, dass die von Friedman 2008 getroffene Prognose sich bis 2020 erfüllen sollte.¹⁸⁷³

Wenn ein *Intermarium* hingegen der Gefahr einer Einkreisung entgehen will, bleiben ihm nur zwei Optionen: Die Zusammenarbeit mit einem nichtbenachbartem Partner oder die Festigung der eigenen Stärke. Im ersten Fall würde es insbesondere an europäischen Partnern fehlen. Die Französische Republik steht – anders als zur letzten Blütezeit der *Intermarium*-Idee vor dem Zweiten Weltkrieg – heute in ihren politischen Positionen eng an der Seite Deutschlands innerhalb der EU-Strukturen. Innerhalb dieser kann eine ostmitteleuropäische Zusammenarbeit gerade als *Counterpart* gegen den deutsch-französischen Motor gesehen werden.

¹⁸⁷¹ Zernack, Klaus: *Polen und Russland. Zwei Wege in der europäischen Geschichte* (= Propyläen Geschichte Europas Ergänzungsband). Berlin 1994; Brüggemann, Karsten: *Russland und das Baltikum. Bestandsaufnahmen eines komplexen Verhältnisses im Nordosten Europas. 02.06.2007-03.06.2007 Göttingen (Tagungsbericht)*. www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-1679 (30.1.2021); Marušiak, Juraj: *Russia and the Visegrad Group. More than a foreign policy issue*. In: *International Issues & Slovak Foreign Policy Affairs* 24 (2015).

¹⁸⁷² Friedman, George: *Die nächsten hundert Jahre*, S. 145 sowie 164.

¹⁸⁷³ Ebd.

Das Vereinigte Königreich fällt als Partner ebenfalls weg. Zwar stellte London gerade zu Beginn der PiS-Regierung 2015 einen wichtigen Verbündeten in der EU dar, seit dem Ausscheiden Großbritanniens aus der EU entfällt diese Unterstützung jedoch. Es ist ebenfalls mit einem globalen Rückgang britischen Einflusses zu rechnen. Hierin kann der Epilog eines Untergangs des Britischen Weltreiches gesehen werden.¹⁸⁷⁴

Die Vereinigten Staaten hingegen werden immer wieder als Partner eines solchen *Intermarium* in Erwägung gezogen. Polen hätte neben der Rolle als *primus inter pares* in Ostmitteleuropa die einzige globale Supermacht an seiner Seite. Gerade in dieser Position als Supermacht liegt jedoch auch ein großer Nachteil für Polen, da jene Partnerschaft nicht auf Augenhöhe bestünde. Auch in dieser Konstellation würde Polen die Rolle eines Juniorpartners einnehmen. Hinzukommt, dass sich die USA womöglich nur so lange auf die Unterstützung eines *Intermarium* einließen, wie es ihren eigenen politischen Zielen dient. Dementsprechend würden auch politische und wirtschaftliche Interessen Washingtons ein solches Bündnis dominieren.

Den Blick weitend könnte die Volksrepublik China theoretisch ebenfalls einen solchen Partner darstellen. Beijing zeigte bereits grundlegendes Interesse an einer Zusammenarbeit im ostmitteleuropäischen Raum im Zuge der Neuen Seidenstraße. Jedoch würde eine solche Kooperationen auf entschiedenen Widerstand in Washington stoßen.

Zur Verhinderung einer Abhängigkeit beziehungsweise der Position eines Juniorpartners bliebe die zweite Option: der Aufbau eines *Intermarium*, das selbstständig in der Lage wäre es geopolitisch (und darin eingeschlossen auch ökonomisch) mit beiden direkten Nachbarn (Deutschland und Russland) einzeln oder gemeinsam aufzunehmen. Aus verschiedensten Perspektiven scheint ein solches Kräfteressen ungleich.

Hieraus ergibt sich, dass ohne die Gewinnung eines ein *Intermarium* unterstützenden Partners – und dies kann in der derzeitigen Lage nur die USA sein – das Projekt einer Drei-Meeres-Initiative auf einen Gegenpol zu einer deutsch-französischen Dominanz innerhalb der EU beschränkt ist. Für eine globale Rolle würde es dem *Intermarium* ohne eine solche Unterstützung an geopolitischem Einfluss fehlen. Das *Intermarium* stellt insgesamt aber nur eine geopolitische Entwicklung dar, die bei einer Schwächung der EU aus der Vergangenheit beziehungsweise historischen geopolitischen Ideen abgeleitet werden kann. Mit Blick auf

¹⁸⁷⁴ Zum Niedergang britischen Einfluss in der Weltpolitik siehe Gifkins, Jess / Jarvis, Samuel / Ralph, Jason: *Brexit and the UN Security Council. Declining British influence?* In: *International Affairs* 95 (2019), S. 1349–1368.

Deutschland wäre eine Zusammenarbeit zwischen Berlin und Moskau vorstellbar. Die geopolitische Ausrichtung Deutschlands würde damit an die Vorstellungen Karl Haushofers anknüpfen, der eine eurasische Zusammenarbeit befürwortete und in einer deutsch-russischen Kooperation die Grundlage für ein solches Vorhaben sah. Aleksandr Dugin wurde als bekanntester zeitgenössischer Verfechter dieser Idee benannt. Obwohl eine solche Annäherung in den letzten Jahren durch die Ukraine-Krise und Giftanschläge auf Regimegegner unwahrscheinlicher erscheint, ist sie für die nähere Zukunft nicht grundlegend ausgeschlossen. Die Idee eines *Intermarium* könnte eine deutsch-russische Zusammenarbeit sogar noch beschleunigen. In einer solchen Zusammenarbeit käme es zur Verbindung von deutscher Wirtschaftskraft und russischer Ressourcen. Während Russland einen einflussreichen europäischen Mitstreiter gewänne, könnte Deutschland durch diese Kooperationen seinen Einfluss in Europa verstärken und auf Distanz zu den Vereinigten Staaten und sogar anderen westlichen Partnern gehen. Polen würde sich aus einer historischen Tradition, aber auch einer geopolitischen Notwendigkeit gegen ein solches Bündnis positionieren. Aufgrund der geopolitischen Machtfülle und der Einkreisung des ostmitteleuropäischen Raumes, käme es zu einer Annäherung kleinerer Staaten wie Ungarn, der Slowakei, aber auch Tschechien. Für Warschau würde dies eine geopolitische Katastrophe darstellen. Die Gefahr einer Achse Berlin-Moskau darf daher aus polnischer Sicht bei der Forcierung eines *Intermarium* niemals außer Acht gelassen werden. Die geopolitische Katastrophe würde sich noch verstärken, wenn es gelingen würde, diese eurasische Kooperation um eine Zusammenarbeit mit China zu ergänzen. Zwar finden sich geopolitische Gegensätze zwischen Moskau und Beijing, sollte es jedoch gelingen diese zu überbrücken und eine Verbindung nach Berlin aufzubauen, stünde Polen einem geopolitischen Riesen machtlos gegenüber. Da es sich hierbei jedoch ebenso um einen geopolitischen Alptraum der USA handeln würde, wäre wiederum eine weitere Annäherung Washingtons und Warschaws möglich.

7.3.3. Bruch zwischen West und Ost

Beide Extremszenarien, das der eingangs beschriebenen vertiefenden Integration der EU, als auch das desintegrative Szenario eines *Intermarium* sowie eine deutsch-russische Annäherung, lesen sich wie zwei Gegenpole und sind im Hinblick auf den Szenariotrichter auch als solche zu verstehen. Trotzdem lassen sich beide in einem Szenario vereinigen. Dies soll jedoch nicht als wahrscheinlichstes Trendszenario verstanden werden, sondern lediglich als gleichrangiges drittes Szenario. Dieses beinhaltet in Bezug auf die EU-Strukturen sowohl ein integratives als auch ein desintegratives Element. So kommt es zu einer verstärkten Integration allerdings nur

innerhalb eines neugegründeten Kerneuropas.¹⁸⁷⁵ Hierbei ist fraglich, ob Polen einen Platz in diesem Kerneuropa finden würde. Die deutsch-polnischen Beziehungen spielen hierbei eine entscheidende Rolle, da Deutschland als Führungsmacht in der EU, Polen bildlich gesprochen als Brücke nach Kerneuropa dienen könnte.¹⁸⁷⁶ Vor dem Hintergrund des bestehenden Disputs zwischen der EU und Polen in Fragen der Rechtsstaatlichkeit ist vorstellbar, dass sich ein Kerneuropa westlich von Polen bildet und möglicherweise zu seinen karolingischen Wurzeln zurückkehrt. Neben einer Neugründung wäre auch ein Fortbestehen der alten konföderierten EU (*Europe à la carte*), in dem jeder Mitgliedsstaat selbst entscheidet, an welchen Prozessen der Europäischen Integration dieser teilnimmt, bei gleichzeitiger Schaffung einer stärker integrierten „Föderation innerhalb der Konföderation“. Diese Gefahr eines „Europas verschiedener Geschwindigkeiten“ (*multi-speed Europe*) ist dem rechten Lager durchaus bekannt.¹⁸⁷⁷ Die von der PiS-Regierung vertretende Politik eines *Europas der Vaterländer* (im Gegensatz zu einem europäischen Bundestaat) sowie ihre innenpolitische Ausrichtung könnten es von diesem Kerneuropa ausschließen. Die Abneigung der Kerneuropa-Idee erklärt sich leicht geopolitisch. Als Alternative bliebe Polen lediglich die Zusammenarbeit jener an diesem Bundestaat nicht beteiligten ostmitteleuropäischen Staaten in Form eines *Intermarium*. Die Attraktivität dieses *Intermarium* müsste jedoch größer sein als die Kerneuropas, damit sich beispielsweise Prag und Bratislava auf ein solches Projekt einließen. Täten sie dies nicht, stünde Warschau vielleicht sogar (gemeinsam mit Ungarn) ohne Partner auf dem europäischen Kontinent da.

In diesem Zusammenhang soll abschließend kurz angedacht werden, ob es möglicherweise einen zivilisatorischen Bruch zwischen Deutschland und Polen geben könnte. Unter einem zivilisatorischen Bruch soll an dieser Stelle verstanden werden, dass es so unterschiedliche weltanschauliche Sichtweisen in Deutschland und Polen geben könnte, die nicht mehr in einem gemeinsamen gesamteuropäischen oder westlichen Wertkanon

¹⁸⁷⁵ Zuletzt wurde diese Idee prominent durch den Historiker und früheren Chefredakteur (1973–1992) und Herausgeber (1992–2000) der Wochenzeitung *Die Zeit* Theo Sommer eingebracht. Sommer, Theo: *Europa-Optimismus fällt gerade schwer*. <https://www.zeit.de/politik/2020-10/europaeische-union-ratspraesidentschaft-angela-merkel-coronavirus> (20.10.2020): „Aber noch hat Europa nicht das Zeug zur Weltmacht. In der Realität ist die Aufhebung des Einstimmigkeitsprinzips – die Voraussetzung solch differenzierter Integration – so weit entfernt wie eh und je. Womöglich wird sie überhaupt nur auf dem Wege einer totalen Neugründung der Europäischen Union durch die Fortschrittswilligen zu bewerkstelligen sein.“

¹⁸⁷⁶ Vgl. Lemmen, Daniel J.: *Warsaw on the Way to Kerneuropa? Germany as Poland's Bridge to the EU's Center*. In: *Yearbook of the Institute of East-Central Europe* 15 (2017), S. 147–165.

¹⁸⁷⁷ *Poland promises to fight idea of multi-speed Europe at EU summit*. <http://www.reuters.com/article/us-poland-eu-kaczynski-idUSKBN16R1NJ> (22.10.2020): „We cannot accept any announcements of a two-speed Europe. [...] This would mean either pushing us out of the European Union or downgrading us to an inferior category of members. [...] We must oppose that with all firmness“ (Zitat Jaroslaw Kaczynskis).

zueinanderfänden. Diese beträfen Fragen der Demokratie, Rechtstaatlichkeit, aber auch kulturelle und gesellschaftliche Fragen. Hierbei stünden sich – je nach Sichtweise – ein demokratischer, liberaler, progressiver und globalisierter Westen einem autoritären, illiberalen, rückwärtsgewandten, isolationistischen Osten beziehungsweise ein dekadenter, in einem Spenglerschen Sinne den *Untergang des Abendlandes* nicht nur forcierender, sondern auch zelebrierender Westen einem wertorientierten, christlichen, sicheren Osten gegenüber. Es ist hierbei unerheblich, welche Sichtweise subjektiv eingenommen wird.¹⁸⁷⁸ Entscheidend wäre die Wahrnehmung eines Bruches zwischen Ost- und West. Legt man den Fokus hierbei auf die von der jeweiligen Staatsführung ausgeführte Politik beziehungsweise, die dahinterstehende ideologische Ausrichtung, so können offensichtliche Unterschiede zwischen Berlin und Warschau erkannt werden. Für eine solche unterschiedliche Ausrichtung der Regierungen ließe sich soziologisch mit Blick auf die Zusammensetzung der deutschen und der polnischen Gesellschaft argumentieren. Angeführt werden könnten traditionellere Gesellschaftsstrukturen in Polen, wie beispielsweise die Rolle der katholischen Kirche innerhalb der Gesellschaft.¹⁸⁷⁹

Eventuell unterliegt man hierin jedoch einem Trugschluss. In diesem werden unterschiedliche politische Strukturen als Bruch überbewertet. Dem Beispiel der Rolle der Kirche folgend kann auch in Polen ein Rückgang wahrgenommen werden. Erkennbar ist dieser in rückläufigen Zahlen zu Gottesdienstbesuchen oder Priesteramtskandidaten.¹⁸⁸⁰ Die Wahrnehmung Polens als katholischem Land, sich zuspitzend im Stereotyp *polak-katolik*,¹⁸⁸¹ mag aus der deutschen Perspektive dem Betrachter so erscheinen. Aber auch in Polen nimmt

¹⁸⁷⁸ Aus wissenschaftlicher Notwendigkeit soll an dieser Stelle Abstand von einer Parteinahme genommen und lediglich die Gefahr eines Bruchs betont werden.

¹⁸⁷⁹ Über die aktuelle Rolle der katholischen Kirche in Polen informierte zuletzt unter anderem Mariański, Janusz: *Autorytet społeczny Kościoła katolickiego w Polsce w procesie przemian*. In: *Studia Paedagogica Ignatiana* 20 (2017), S. 77–106; Sauerland, Karol: *Die Rolle der katholischen Kirche in Polen nach 1945. Ein Weg zur Entsäkularisierung?* <http://universaar.uni-saarland.de/journals/index.php/tg/article/viewArticle/813/857> (22.11.2020).

¹⁸⁸⁰ *Odsetek wiernych uczestniczących w mszach świętych w Polsce*. <https://portalstatystyczny.pl/odsetek-wiernych-uczestniczacych-w-mszach-swietych-w-polsce/> (27.10.2020): Laut dem Institut Statystyki Kościoła Katolickiego sank der Wert der sonntäglichen Messbesucher (*dominicanos*) seit der Wende von 50,3 % auf aktuell (2018) 38,2 %; *Kościół. Spadek powołań kapłańskich w Polsce. W ciągu 20 lat aż o 60 procent*. <https://wiadomosci.gazeta.pl/wiadomosci/7,114883,25382775,kosciol-spadek-powolan-kaplanskich-w-polsce-w-ciagu-20-lat.html> (27.10.2020): Die Zahl der Priesteramtskandidaten in der katholischen Kirche fiel in den letzten 20 Jahren um 60 %; Die Zahl der Kirchenaustritte (*apostazja*) ist hierfür wenig aussagekräftig, da die Kirchenzugehörigkeit in Polen nicht mit der Zahlung einer Kirchensteuer verbunden ist, was den Austritt damit weniger attraktiv macht. Aufgrund des wesentlich komplizierteren Verfahrens liegt die Zahl im Bereich von einigen hundert Austritten jährlich. Vgl. *Apostazja - czym jest i jak wiele osób dokonuje jej w Polsce?* <https://www.polsatnews.pl/wiadomosc/2020-10-26/apostazja-czym-jest-i-jak-wiele-osob-jej-dokonuje/> (27.10.2020).

¹⁸⁸¹ Das Stereotyp, wonach Polen Katholiken seien entstand bereits im 17. Jahrhundert in Abgrenzung zu den nichtkatholischen Nachbarn Polen-Litauens wie z.B. dem protestantischen Schweden und den muslimischen Osmanen. In der Zeit der Polnischen Teilungen fand sich hierin insbesondere eine Abgrenzung zu den Teilungsmächten Preußen (protestantisch) und Russland (orthodox). Der Katholizismus wurde damit zum Merkmal des polnischen Nationalcharakters.

die *Entzauberung der Welt*¹⁸⁸² (Max Weber) sowie die Entsäkularisierung zu. Aufgrund dieser Tatsache kann angenommen werden, dass kein gesellschaftlicher Bruch vorhanden ist, sondern derzeit lediglich eine zeitversetzte Wandlung der polnischen Gesellschaft wahrnehmbar ist, wobei diese in sich bereits tief gespalten zu sein scheint.¹⁸⁸³ Es soll hierbei keine marxistische Sichtweise angenommen werden, in dem sich Geschichte auf einen bestimmten Punkt hin entwickelt (*historischer Materialismus*). Vielmehr soll darauf verwiesen werden, dass große gesellschaftliche Entwicklungen ihren Ursprung im Westen und Süden Europas nahmen und sich erst mit zeitlichem Abstand ihren Weg nach Mittel- und Osteuropa bannten. Beispielhaft können hier alle großen Strömungen der abendländischen Geschichte genannt werden: die Philosophie, das Römische Recht, das Christentum, die Reformation, die Industrialisierung.¹⁸⁸⁴ Reiht man den (Post)modernismus hierin ein, kann in ihm eine weitere aus dem Westen stammende Strömung erkannt werden, die sich zeitversetzt auch in Polen entfaltet(e).

Wenn es keinen Bruch gibt, ist es dennoch von geopolitischem Interesse, wie groß der Abstand zwischen beiden Gesellschaft ist, in dem sich diese gesellschaftlichen Entwicklungen zeitversetzt entfalten. Hierin könnte sich eine geopolitische Gefahr entwickeln, aus der ein Konflikt entstehen könnte. Gebannt scheint diese jedoch dadurch, dass es Polen sowie anderen Gesellschaften mit ähnlicher traditioneller Ausrichtung nicht gelingt, eine europäische Gegenkultur aufzubauen, die sich diesen Veränderungen entgegenstellt oder gar zu einer Reaktion führen können. Aus geopolitischer Sicht fehlt es hierbei am Machtfaktor der *softpower*, in der die eigene gesellschaftspolitische Ausrichtung attraktiv genug ist, einen gesellschaftlichen Wandel herbeizuführen.

Wenn davon ausgegangen wird, dass eine vorherrschende Strömung sich abschwächt und eine Gegenströmung aufkommt, hätten es gesellschaftliche Nachzügler unter Umständen näher zu dieser aufkommenden Gegenströmung.¹⁸⁸⁵ Hierzu müsste aber der Abstand zwischen Vorreiter und Nachzügler groß genug gewesen sein. Das ist aber heutzutage nicht mehr der

¹⁸⁸² Weber, Max: *Wissenschaft als Beruf*. In: *Wissenschaft als Beruf 1917/1919 – Politik als Beruf 1919*. Hrsg. von Wolfgang J. Mommsen u. Wolfgang Schluchter. Tübingen 1992, S. 87.

¹⁸⁸³ In Polen wird vom polnisch-polnischen Krieg (*Wojna polsko-polska*) in Bezug auf diese gesellschaftlichen Brüche gesprochen.

¹⁸⁸⁴ Die verspätete Ankunft von neuen geistesgeschichtlichen Strömungen trifft auf Deutschland genauso zu wie auf Polen. Keine der genannten Strömungen – mit Ausnahme der Reformation – hat ihren Ursprung in Mitteleuropa.

¹⁸⁸⁵ Die Begriffe des Vorreiters und des Nachzüglers sind hier nicht wertend gemeint, sondern versuchen lediglich auf das zeitlich versetzte Auftreten dieser Strömungen hinzuweisen. Sie haben somit einen rein chronologischen Bezug. Eine negative Wertung des Begriff Nachzüglers kann nur aus einer positiven Wertung der Strömung hervorgehen.

Fall. Während beispielsweise die Christianisierung von West nach Ost mehrere Jahrhunderte brauchte, finden gesellschaftliche Veränderungen im Westen zeitlich immer näher statt.

Es muss aus diesem Grunde angenommen werden, dass unterschiedliche gesellschaftliche Entwicklungen in Deutschland und Polen zu Spannungen – insbesondere zwischen den Regierungen – führen können. Das Entstehen eines Bruchs und damit verbunden die Entstehung eines neuen Ost-West-Konflikts beziehungsweise eines *Clash of Civilizations* (Huntington) und damit verbunden der Erhalt einer abendländischen Kultur in Ostmitteleuropa, muss skeptisch gesehen werden.

8. Schlussresümee

In dieser Arbeit wurde ein historiographischer Zugang mit einer geopolitischen Sichtweise verknüpft, um die Frage zu beantworten, welche Bedeutung Deutschland und Polen in der geopolitischen Staatenkonstellation einnehmen beziehungsweise welche unterschiedlichen Sichtweisen es für diese Rolle unter ausgewählten geopolitischen Theoretikern gab und gibt.

Bereits das sich mit der Definition des Begriffs *Geopolitik* befassende (zweite) Kapitel führte sehr verschiedene Perspektiven auf, die sich hinter den Begriffen ***Geopolitik, geopolityka und geopolitics*** verbergen. Es konnte aufgezeigt werden, dass im Umgang mit diesen Begrifflichkeiten eine Vorsicht geboten ist, da zum Teil unterschiedliches hierunter verstanden wird. Während die *geopolitics* primär einen Erhalt der *Pax Britannica* (Mackinder) beziehungsweise *Americana* (Spykman, Brzeziński) anstreben, **zeigten sich insbesondere zwischen der deutschen und der polnischen Schule (trotz der identischen Herkunft aus der Geographie heraus) grundlegende Unterschiede**. Während die *Deutsche Geopolitik* ihren Schwerpunkt in der Wahrnehmung geopolitischer Subjekte als Organismen sah, die sich in einem *ewigen Kampf ums Dasein* befänden (weshalb diese *Geopolitik* heute als verächtlich bezeichnet wird), legt die polnische *geopolityka* ihren Fokus auf die Ausrichtung Polens gegenüber den europäischen Mächten sowie den Erhalt der eigenen Souveränität und Unabhängigkeit. Die Hypothese, wonach es sich bei *geopolityka* lediglich um eine bloße Übersetzung des Begriffs *Geopolitik* handelt, konnte damit falsifiziert werden.

In der Arbeitsdefinition, was im Hinblick auf die Forschungsfrage als *Geopolitik* verstanden wurde, lag der Schwerpunkt auf dem Verhalten beziehungsweise der Rolle der Subjekte/Objekte (namentlich Deutschland und Polen) innerhalb verschiedener historischer geopolitischer Konstellationen. Dabei nahm die historische Analyse das Fundament ein. Vielfach zeigte die Wahl eines bestimmten Jahres (1916, 1933/34, 1938/1939) die Zuspitzung einer geopolitischen Situation – quasi den **Höhepunkt einer Entscheidungsfindung**, eine Gabelung, an der ein bestimmter Weg beschritten wird. Die Veränderungen hatten eine kurze Halbwertszeit, geprägt von einer **großen Bewegung im System**. Im ersten Fall 1916 – nach einer 100-Jahre waltenden stabilen Ordnung – bedingte der Erste Weltkrieg eine Dynamik durch eine Instabilität des Nachkriegssystems. Gerade für die dreißiger Jahre konnten schnelle Veränderungen in der Staatenkonstellation aufgezeigt werden. Dies trifft vor allem auf die deutsch-polnischen Beziehungen zu. Die Fallbeispiele nach 1945, also der Ost-West-Konflikt sowie die in den neunziger Jahren anbrechende neue Weltordnung, müssen als Zeiträume verstanden werden, in denen eine relativ **stabile Ordnung** dominierte – zumindest, wenn

Deutschland und Polen im Fokus standen. **Die Hypothese einer unterschiedlichen Dynamik (bis hin zum Ausbleiben dieser) innerhalb verschiedener geopolitischer Konstellationen konnte damit verifiziert werden.**

Im **ersten Fallbeispiel (Kapitel 3)** stand die Frage im Vordergrund, **welche geopolitische Bedeutung die deutsche Reichsleitung vor und während des Ersten Weltkrieges Polen zugestehen konnte und wollte.** Zunächst wurde auf den wichtigen historischen Bruch des Jahres 1916 verwiesen und dargebracht, warum dieser – insbesondere für die hiesige Forschungsfrage – der entscheidendere ist (im Vergleich zu 1914 beziehungsweise 1918). Wie in der Analyse herausgearbeitet, **endete mit der Proklamation des Königreichs Polen im November 1916 die fast einhundert Jahre bestehende Wiener Ordnung in Bezug auf Polen.** In der Einordnung dieses Ereignisses in seinen historischen Kontext wurde darauf verwiesen, wie diese Ordnung bereits wenige Jahre nach dem Wiener Kongress 1815 zerbrach. Gleichzeitig wurde aber auch betont wie stabil das Kongresssystem in der Polnischen Frage war. Die Teilungsmächte Preußen(/Deutschland), Russland und Österreich hielten bis über den Ausbruch des Weltkrieges hinaus an der Prämisse fest, dass ein polnischer Staat nicht existieren dürfe. Die Proklamation eines eigenen polnischen Königreiches (wenn auch unter der Hoheit der Mittelmächte) stellte diese grundsätzliche Einigkeit in Frage. Bereits Otto von Bismarck hatte den geopolitischen Grundsatz formuliert, dass wenn es zu einem Konflikt mit Russland kommen würde, müsse das Reich Abstand nehmen von der in Wien festgelegten Politik. Damit hatte der *Eiserne Kanzler ein geopolitisches Dreieck (Deutschland-Polen-Russland)* bereits angedeutet.

Zwar gab es bereits zu Kriegsbeginn Überlegungen zur Schaffung eines Staates (Wilhelm II., September-Programm), **aber insgesamt bestanden keine ernsthaften Vorbereitungen, wie mit den Polen im Falle eines Krieges gegen Russland zu verfahren sei.** Diese Planlosigkeit stieß alsbald auf Druck der politischen Rechten, der Wirtschafts- und Finanzwelt sowie weiterer führender deutscher Intellektueller. Der Reichsleitung war hierbei klar, dass eine **„günstige und gefahrlose Lösung des polnischen Problems“ schlichtweg nicht vorhanden** war. Gedrängt durch die Verluste im dritten Kriegsjahr kommt es 1916 zur Wiener Vereinbarung zwischen dem Reich und Österreich-Ungarn, in der die Proklamation eines polnischen Staates beschlossen wurde.

In der Analyse dieses Umschwenkens der Reichsleitung weg von der Planlosigkeit, die seit Kriegsbeginn bestand, hin zur Proklamation fällt deutlich **die geopolitische Rolle Russlands auf, die einen entscheidenden Einfluss auf den Umgang mit Polen nimmt. Sie**

stellt eine der Wesensmerkmale der geopolitischen Bedeutung der deutsch-polnischen Beziehungen generell dar und findet sich wiederholt in anderen Fallbeispielen wieder. Für das Jahr 1916 muss festgestellt werden, dass das Verhältnis zu Russland für Berlin Priorität hatte. **Das Handeln gegenüber Polen stellt lediglich eine Reaktion auf das Verhältnis gegenüber Russland dar.**

Diese Unterordnung der Beantwortung der Polnischen Frage unter die Beziehungen zu Russland zeigt sich auch in der Halbherzigkeit beim Vorgehen der deutschen Seite in der Schaffung eines polnischen Staates. Augenscheinlich war, dass **das Angebot der Mittelmächte keine wirkliche Wiedergeburt Polens darstellte und im Vordergrund die Ausnutzung der Polen für die deutschen (beziehungsweise österreichischen) Kriegsziele** stand. Diese Ausnutzung geschah dreistufig: Kurzfristig sollten „die polnischen Kinder im Zaume [gehalten]“ werden. Mittelfristig sollten den Mittelmächten neue Truppen im Kampf gegen die Entente zur Verfügung stehen. Langfristig sollte Polen als Puffer zwischen dem siegreich aus dem Krieg hervorgegangenen Reich und einem nach Osten zurückgedrängten Russland dienen. Polen wäre damit die geopolitische Bedeutung eines *antemurale* (Bollwerk) gegen den Osten zugesprochen worden.

Der historische Bruch ist insgesamt für das Jahr 1916 deutlich zu erkennen. **Aus geopolitischer Sicht hingegen ist die Frage eines Bruches jedoch differenzierter zu sehen.** Durch die Schaffung eines Marionettenstaates wird **Polen nicht zum geopolitischen Subjekt**, das eigenständig innerhalb der Staatenkonstellation handeln kann. Die Staatsgewalt geht nicht vom polnischen Volke oder einem (polnischen) Monarchen aus, sondern liegt in den Händen der Mittelmächte insbesondere des deutschen Kaiserreichs. Vor allem die Außen- und Militärpolitik Polens sollten das Privileg der Proklamierenden bleiben. Abhängig vom Grad der Autonomie eines solchen Staates bestünde eventuell die Illusion, Polen wäre ein eigenes geopolitisches Subjekt. Adressat dieser Illusion wären die Polen gewesen. Diese wiederum gaben sich dieser Illusion nicht hin.

Für Deutschland war Polen während des Ersten Weltkrieges wahlweise Problem oder Werkzeug. Durch die Proklamation entschied sich Berlin, Polen zum Werkzeug zu machen. Es bestand hierbei keine Polonophilie, sondern lediglich geopolitisches Kalkül. Auch muss allgemein betont werden, dass sich das deutsche Vorgehen nicht durch eine polenfreundliche Sympathie erklären ließ. **Ausgangspunkt des Handelns Deutschlands waren die eigenen Interessen. Eine wichtige Position nahmen gleichzeitig die Beziehungen**

zu Russland ein. Die polnischen Interessen hatten sich all dem unterzuordnen und spielten nur dort eine Rolle, wo sie ausgenutzt werden konnten.

Im **zweiten Fallbeispiel (Kapitel 4)** wurden die **geopolitische Bedeutung des Dritten Reiches und der Zweiten Republik innerhalb der Versailler Ordnung analysiert**. Hierbei lag geopolitisch eine völlig andere Situation als in dem vorausgegangenen Fall vor. Polen war als souveräner und unabhängiger Staat restauriert worden und stellte ein eigenständiges geopolitisches Subjekt dar. Deutschland bestand als geopolitisches Subjekt weiterhin, musste allerdings als vermeintlich Kriegsschuldiger und -verlierer einen deutlichen Macht- und Einflussverlust hinnehmen. Beide, **Polen wie auch Deutschland, nahmen innerhalb der Versailler Ordnung eine Schlüsselposition ein**: Deutschland, da sich der Versailler Vertrag gegen das Reich richtete und es zum zentralen Ausgangspunkt der Neuordnung Nachkriegseuropas machte; Polen, da es das Produkt und der Nutznießer der neuen Ordnung war, die es ihm erlaubte, als selbständiger Staat zu funktionieren. Hinsichtlich der Tatsache, dass dieser polnische Staat zu einem Teil aus früheren preußischen beziehungsweise deutschen Territorien gebildet wurde, war der sich hierdurch zwischen Berlin und Warschau ergebene Konflikt naheliegend.

Eine der an dieses Kapitel gestellten Forschungsfragen lautete zunächst, **welche Rolle Polen innerhalb der NS-Ideologie einnahm**. Während in der Weimarer Republik der polnische Staat überwiegend als *Saisonstaat* bezeichnet wurde und einer der Hauptstoßrichtungen einer Revision des Versailler Vertrages darstellte, waren die geopolitischen Vorstellungen des Nationalsozialismus differenzierter zu betrachten. Gerade in der NS-Außenpolitik fand sich bekanntlich eine polykratische Anarchie unterschiedlicher Positionen vor. Während hierzu ebenfalls antipolnische Stimmen zählten, stellte Polen jedoch kein spezielles Ziel der NS-Bewegung dar. Hingegen waren die Ziele der Nationalsozialisten viel weitgehender. Vorwiegend artikuliert fand sich insbesondere in Hitlers *Mein Kampf* das Fernziel zur Erlangung vom *Lebensraum im Osten*. Die geopolitischen Vorstellungen Hitlers waren hierbei stark geprägt durch biologistische und sozialdarwinistische Ideen eines **Staates als Organismus, der sich in einem Ewigen Kampf mit anderen Staatsorganismen befände**. Dort wo *Ewiger Kampf* herrscht, kann es keinen kantianischen *Ewigen Frieden* geben. Es zeichnet sich hier deutlich das Endziel einer Weltherrschaft ab, da ein *Ewiger Kampf* erst beendet wäre, wenn kein Gegner mehr vorhanden wäre. Nicht erst dieses Ziel, sondern bereits der *Lebensraum im Osten* war weitergehender als das Ziel einer bloßen Revision der Versailler Ordnung. Das Fernziel des *Lebensraums im Osten* richtete sich in erster Linie gegen

die Sowjetunion. Dies ist dabei nicht allein räumlich, sondern auch ideologisch begründet – in der vermeintlichen Gegensätzlichkeit von Nationalsozialismus und stalinistischem Kommunismus. Polen war hierbei ohne besondere Rolle für Hitler. Das eigentliche Ziel war der *Lebensraum*. Der polnische Staat und seine Führung konnten hierbei Werkzeug sein – oder aber Hindernis, das es aus dem Weg zu räumen galt. In der NS-Ideologie schien Polen als „Randstaat“ (Hitler) viel zu unbedeutend, um als eigenständiges Ziel wahrgenommen zu werden. Auch eine vermeintliche Kooperation durfte hierbei nicht als Freundschaft missverstanden werden. **In einer jedweden Zusammenarbeit zwischen NS-Deutschland und der Zweiten Republik stand von deutscher Seite sicherlich die Ausnutzung Polens als Werkzeug zur Durchsetzung der eigenen geopolitischen Ziele (namentlich des *Lebensraums im Osten*) im Vordergrund, wobei auch hier Russland (Sowjetunion) eine interagierende Rolle einnahm.**

In den im Kontext des Nationalsozialismus hinzugezogenen geopolitischen Theorien nahm Polen die Rolle eines Gegenspielers beziehungsweise einer untergeordneten Macht ein. **Haushofer, der in Polen einen Gegner sah**, argumentierte in seinen Werken – trotz der ideologischen Distanz – für eine Zusammenarbeit mit der Sowjetunion. Dem *Vater der Deutschen Geopolitik* strebte ein eurasischer Kontinentalblock vor, einem gemeinsamen Machtraum vom Atlantik nach Russland. Polen hingegen sei Teil einer nach 1918 entstandenen Zersplitterung Ostmitteleuropas und „**Werkzeug britischer Unruhestiftung**“. Trotz seiner teils opportunistischen Haltung zeigte er sich gerade in einer Zusammenarbeit mit der UdSSR sehr gradlinig, welche er auch noch 1941 betonte. **Dem geopolitischen Dreieck folgend musste für Haushofer eine Gegnerschaft zu Polen bestehen.**

Carl Schmitt hätte Polen womöglich eine untergeordnete Rolle gegenüber Deutschland zugestanden. Er lieferte die Legitimation für eine „Enthronung des Westfälischen Systems“ sowie eine Aufnahme der Kategorien *Reich* und *Großraum* in das Völkerrecht. **Schmitts Ansatz bot damit eine Rechtfertigung, dass kleinere Staaten wie Polen einem vom Deutschen Reich dominierten Großraum angehörten.** Zu erwähnen ist ebenfalls die von Schmitt verfasste *Freund-Feind*-Theorie. In dieser Dichotomie ließen sich Deutschland und Polen innerhalb des Versailler Systems als Interessengegner verstehen. Hierbei scheint die Konfrontation nur durch eine Unterordnung Polens in den deutschen Großraum ausschließbar.

Die polnischen Theoretiker der Zwischenkriegszeit hingegen zeigten zum Teil einen sehr unterschiedlichen Fokus. Innerhalb des nationaldemokratischen Lagers dominierte eine zutiefst negative Haltung. So sah **Dmowski in Deutschland und seinen revisionistischen Tendenzen**

die größte Bedrohung für den polnischen Staat. Um diesen Einhalt zu gebieten, artikuliert er bereits im Zuge der Friedensverhandlungen in Versailles den Wunsch nach einer nach Westen auf Kosten deutschen Territoriums verschobenen Grenze.

Bezüglich einer Inkorporation dieser Westgebiete ging der ebenfalls der *Endecja* zuzuordnende Wojciechowski sogar noch weiter. **Wojciechowski forderte in seiner Mutterland-Konzeption die Rückkehr der deutschen Ostgebiete, die im Mittelalter zum polnischen Staatswesen gehört hatten.** Damit lehnte er klar die in der *Sanacja* vorherrschende jagiellonische Konzeption ab. Der mittelalterliche Verlust Pommerns (Meereszugang) sowie seiner Grenze an der Oder hätten Polen gegenüber Deutschland geopolitisch stark geschadet. **Polen verstand er als Bollwerk gegen Deutschland. In Deutschland hingegen sah er eine Fortführung einer antipolnischen Tradition.**

Differenzierter zeigte sich die Rolle Deutschlands innerhalb der *Sanacja* um Piłsudski. **Bei der Anhängerschaft Piłsudskis herrschte in erster Linie ein negatives Bild Russlands vor. Dies führt allerdings nicht zwangsläufig zu einem positiven Deutschland-Bild.** In den Vorstellungen des Marschalls stand das Reich nicht im Fokus der Überlegungen. Dieser zeigte sich viel stärker gegen Osten orientiert.

Im Zuge der Verachtung des „wilden und barbarischen“ Russlands blieb es innerhalb dieses Lagers jedoch nicht nur bei einer reinen Skepsis gegenüber dem Reich. Beispielhaft hierfür ist **Matuszewski, der sich extrem deutschlandkritisch zeigte. In den Deutschen sieht er eine grundsätzliche Boshaftigkeit.** Ähnlich wie bei Wojciechowski handele es sich hierbei um eine Traditionslinie. Als Folge müsse Deutschland geschwächt werden.

Gegenteilig, aber in diesem Fall auch wenig überraschend, zeigte sich die auch in der Zwischenkriegszeit fortgesetzte prodeutsche Politik von Studnicki. Zu nahe lägen beide Staaten geographisch, so dass nur eine Freund- oder eine Feindschaft möglich wäre. Er sah die Vorteile eindeutig in einer Zusammenarbeit mit den Deutschen. **Konkret forderte Studnicki, in sehr deutlicher Anlehnung an Naumann, die Bildung einer mitteleuropäischen Zusammenarbeit, in der Deutschland die Führung übernehme, Polen aber zugleich den zweiten Platz einnehmen würde.** Studnicki sieht demnach die beste Option in einer Unterordnung Polens gegenüber dem Reich. Er scheint hierbei einen sehr idealistischen Zugang einer Zusammenarbeit mit dem Reich zu haben, der sich insbesondere in seiner prodeutschen Agitation nach 1939 zeigte.

Bocheński strebt eine Zusammenarbeit mit den Deutschen zwar ebenso an, grundlegend hierfür ist hingegen eine realistische Einschätzung der geopolitischen Situation. **Nur das Reich, so Bocheński, sei in der Lage das auch für Polen fatale Versailler System aufzusprengen. Der polnische Staat sollte demnach einen privilegierten Platz in einem deutschen Mitteleuropa anstreben.** So sehr dies den Überlegungen Studnickis ähnelte, findet sich bei Bocheński keine germanophile Haltung. **Eine ähnliche Position vertrat Mackiewicz, der für ein *Gra na Niemcy* (Spiel auf Deutschland hin) warb.** Eine Veränderung des Versailler Systems sei nur mit den Deutschen möglich. Beide Positionen ruhen auf einer dem Realismus naheliegenden Analyse der geopolitischen Lage.

Das Bild innerhalb der **polnischen Geopolitik** der Zwischenkriegszeit in Bezug auf Deutschland zeigte die gleichen **Traditionslinien** wie bereits in der Vorkriegszeit. Von entscheidender Bedeutung für das Fallbeispiel 1933/34 beziehungsweise 1938/39 ist in erster Linie die Positionierung der seit 1926 regierenden *Sanacja*. Dieser gegenüber herrscht keine eindeutige Haltung, es dominiert jedoch ein grundlegendes Misstrauen gegenüber Berlin. Piłsudski wusste, dass die bestehende Stabilität gegenüber Deutschland keine andauernde sein musste.

An den tatsächlichen historischen Verlauf stellte sich die Frage, **welche geopolitischen Optionen die beiden Staaten zu den Zeitpunkten 1933/34 und 1938/39 hatten.** Der polnische Staat befand sich bekanntlich *Między Niemcami a Rosją* (Zwischen Deutschland und Polen), zwischen zwei im Vergleich zu Polen einflussreicheren Staaten. Es musste sich dementsprechend gegenüber den Machtzentren Berlin und Moskau ausrichten. Beide Staaten zeigen revisionistische Ansprüche gegenüber Warschau. Im Westen ist Polen in das französische Bündnissystem eingespannt, jedoch herrschte in Paris eine zunehmende Skepsis gegenüber Warschau. In dieser Situation schien keiner der europäischen Mächte ein geeigneter Partner für Polen zu sein. **Jedoch bedurfte es dem polnischen Staat eines Partners, um nicht Gefahr zu laufen, die 1918 gewonnene Souveränität und Unabhängigkeit erneut zu verlieren.**

Dem **nationalsozialistischen Deutschland** hingegen ging es nicht um den Erhalt der Unabhängigkeit, sondern die **Stärkung der Machtposition zur Durchsetzung der oben beschriebenen geopolitischen Ziele.** Nach Hitlers Meinung konnte Deutschland nur „Weltmacht – oder gar nichts sein“. Aufgrund der **schwachen Position des Reiches** innerhalb der Versailler Ordnung brauchte auch **Deutschland Partner, um seinen Handlungsspielraum zu erweitern.** Die Verständigungspolitik Stresemanns mit dem westlichen Nachbarn

Frankreich führte in der Erreichung dieser geopolitischen Ziele nicht weiter. Paris hätte Deutschlands Ziele nach *Lebensraum im Osten* nicht unterstützt. Ganz im Gegenteil suchte Frankreich traditionell im Osten nach einem Schutz gegen das Reich. Ferner war Deutschland weiterhin von der französischen Sicherheitsarchitektur umgeben und musste – zwecks Erweiterung des Handlungsspielraums – versuchen, diese aufzubrechen.

Auch Großbritannien bot sich nicht als Partner des Reiches 1933 an und zielte generell auf einen Erhalt der *Balance of Power* auf dem Kontinent ab. Zum faschistischen Italien bestand sicherlich die größte ideologische Nähe, jedoch näherten sich Rom und Berlin erst nach 1935 an.

Diese Lage erlaubte es Berlin im Zuge des Fernziels *Lebensraum im Osten* nicht, sich revisionistisch gegen Polen und ideologisch gegen die Sowjetunion zu stellen. Die Weimarer Republik hatte sich antipolnisch ausgerichtet und hatte in dieser Ausrichtung in Polen einen gemeinsamen Gegner mit der UdSSR. Zwischen den Nationalsozialisten und den *Bolševiki* bestand jedoch ein ideologischer Graben, den Hitler (auch aufgrund der 1933 noch schwächeren Position seiner Regierung) nicht zu überbrücken bereit war. Hierbei erschien Polen für das Reich als geeigneter Partner, da es Deutschland einen Schutz seiner östlichen Flanke brachte, wodurch es sich zunächst anderen Regionen zuwenden konnte (Österreich, ČSR). **Insgesamt hatte sich durch ein deutsch-polnisches *Rapprochement* der Handlungsspielraum Berlins in Mitteleuropa erweitert.**

Es war aber auch der schwache militärische Zustand des Reiches sowie Gerüchte eines Präventivkrieges, die Deutschland auf Polen zubewegten. Jene von Piłsudski gewählte „**Politik der Einschüchterung**“ war jedoch nicht erfolgreich, da sie auf die Passivität der Westmächte stieß. Dies wiederum brachte die Polen dazu, sich Deutschland anzunähern. Es handelte sich um eine strategische Entscheidung: Eine Gegnerschaft war nicht möglich, da der Westen diesen Weg (auch nach deutsch-französischer Verständigungspolitik und Pariser Skepsis gegenüber Warschau) nicht gehen wollte. Polen, insbesondere Piłsudski, war sich jedoch bewusst, dass dies **keine langfristige Lösung** sei, sondern lediglich ein Herauszögern eines Bruches mit Berlin. Die Annäherung darf nicht als Aussöhnung oder Friedenspolitik verstanden werden. **Polen wurde für Berlin erneut zum Werkzeug – diesmal zur Konsolidierung der eigenen Position in Mitteleuropa.** Auch schuf Berlin damit einen Keil in die Sicherheitsarchitektur Frankreichs. Warschau wiederum boten sich aufgrund der westlichen Distanz keine wirklichen Alternativen. **Beide fanden hierdurch – aufgrund unterschiedlicher Ziele – als Partner zueinander.**

Für das zweite Teilbeispiel **1938/39 ergab sich eine völlig andere Konstellation.** Deutschland war in seinem geopolitischen Gewicht erstarkt und damit generell zu einer noch größeren Gefahr für das Reich geworden. Es drohte jene Gefahr, die Piłsudski bereits 1934 trotz der deutsch-polnischen Erklärung aufkommen sah. Deutschland stieß in seinem Vorgehen im Westen auf eine Politik des *Appeasement*. Der *Anschluß Österreichs* wurde von den Westmächten, ebenso wie von Polen hingenommen. Ähnlich verhielt es sich in Bezug auf die Annexion des Sudetenlandes im Zuge des Münchener Abkommens. **Warnungen, Polen könnte als nächstes in den Fokus Berlins rücken, wurden ignoriert.**

Warschau sah die Gefahr nach dem Tod des Marschalls (1935) auch deshalb nicht, da **Deutschland keine antipolnische Ausrichtung** fuhr. Ganz im Gegenteil: **Berlin war mit zunehmender Intensität bemüht, Warschau noch stärker auf seine Seite zu ziehen – insbesondere in seiner antisowjetischen Ausrichtung.** Dies jedoch kollidierte mit Warschauer *Politik des Gleichgewichts*. Die *Sanacja* vermutete in der Sowjetunion den Gegner und schien überzeugt, dass es aus ideologischen Gründen zu keiner Annäherung zwischen Berlin und Moskau kommen könnte.

Im Oktober 1938 erreichte die **Intensität im deutschen Vorschlag der Gesamtlösung** ihren Höhepunkt. Von deutscher Seite musste es sich hierbei um einen ernstgemeinten Vorschlag zur Lösung der bestehenden Probleme (insbesondere der Korridor-Frage) für eine weitere Annäherung beider handeln. **Polen jedoch lehnte diese Annäherung wiederholt ab, da es ohne Interesse daran war, seine *Politik des Gleichgewichts* aufzugeben und in eine Juniorpartnerschaft zu treten. An dieser Stelle befand sich Polen an einer geopolitischen Weggabelung.** Die beschriebene Uchronie zeigte hierbei deutlich, dass ein **Marsch gegen die Sowjetunion an der Seite des Reiches für Polen unsinnig gewesen wäre.** Ob Sieg oder Niederlage hätte Deutschland hier Polen lediglich als Werkzeug missbraucht. Polen hätte womöglich in beiden Fällen seine Unabhängigkeit verloren – entweder an Deutschland, das Polens Selbstständigkeit kaum toleriert hätte, oder aber an die Sowjetunion als Verbündeter des Reiches. Populärwissenschaftliche Lösungen eines dynamischen Tauschs von Bündnispartnern durch Polen (Zychowicz) erscheinen vor dem Hintergrund der Analyse der Vorkriegszeit zweifelhaft.

Deutschland wiederum verlor schließlich die Geduld mit dem östlichen Nachbarn, da es Berlin nicht gelang, Polen als Werkzeug für seine Pläne im Osten gewinnen zu können. **In diesem Augenblick ist der polnische Staat für das Reich nutzlos.** Als Folge schwenkte die deutsche Position gegenüber Polen von einer Position der verordneten Freundschaft hin zu einer

natürlichen Feindschaft. Die Distanzierung erfolgte hierbei noch vor der Annäherung zwischen Berlin und Moskau, womit das geopolitische **Schicksal Polens bereits im Frühjahr 1939 besiegelt war.**

Das **dritte Fallbeispiel (Kapitel 5)** unterschied sich grundlegend von dem ihm vorausgegangenem. Auch in diesem fanden sich Deutschland und Polen erneut in einem völlig veränderten geopolitischen System wieder. **Deutschland wurde in zwei geopolitische Subjekte geteilt**, die Bundesrepublik und die DDR. Das System wurde dominiert durch die beiden Flügelmächte, die sich bereits 1917 abgezeichnet hatten. **Sowohl das geteilte Deutschland als auch Polen ordneten sich dem jeweiligen geopolitischen Hegemon, dessen Machtbereich sie angehörten, unter.** Dies gilt ebenfalls für die verbleibenden europäischen Großmächte, die nach dem Zweiten Weltkrieg allesamt gegenüber den USA und der UdSSR an Einfluss verloren. **Das Ancien Régime europäischer Multipolarität war untergegangen und durch eine globale bipolare Weltordnung ersetzt.**

Insgesamt kennzeichnete sich die Ordnung des Ost-West-Konflikts durch eine ausgeprägte **Starrheit und Bewegungslosigkeit** für die geopolitischen Subjekte. Jene Überlegungen der Versailler Ordnung, wie sich Deutschland und Polen innerhalb der geopolitischen Staatenkonstellation ausrichten mussten, entfielen innerhalb des Nachkriegssystems. Das System selbst bot diesen geopolitischen Handlungsspielraum nur sehr eingeschränkt und stand somit **im klaren Kontrast zur Ordnung der Zwischenkriegszeit.** Beide Staaten, aber vor allem den polnischen Staat befreite die Ordnung damit aus seinem geopolitischen Dilemma der zwanziger und dreißiger Jahre. Als Schattenseite zeigte sich jedoch, dass diese Befreiung auf Kosten der Souveränität stattgefunden hatte.

In Folge gab es Versuche, aus dieser Ordnung auszubrechen beziehungsweise den **Handlungsspielraum als geopolitisches Subjekt zu erweitern.** Zu letzterem zählte insbesondere der **Rapacki-Plan** sowie seine Nachfolger als selbstständige Initiativen der polnischen Regierung. In ihrem Vorschlag zur Demilitarisierung Mitteleuropas machten sie diese Region trotz des Eisernen Vorhangs wieder präsent. Während die Pläne in einer Phase des Tauwetters auf die Zustimmung Moskaus trafen, nahm der Westen die Vorschläge nicht auf. Das geopolitische System öffnete sich für Mitteleuropa nicht und der Handlungsspielraum Warschaus blieb eingeschränkt.

Einen deutlichen Ausbruchversuch aus dieser Ordnung stellten **Überlegungen zu einer Neutralisierung Deutschlands** (insbesondere durch die Stalin-Noten) dar. Die Idee eines

blockfreien, neutralen und nur auf Verteidigung ausgelegten Deutschlands konnte nur innerhalb des Ost-West-Konfliktes entstehen. Eine solche Ausrichtung war zum einen der totalen Niederlage im Zweiten Weltkrieg geschuldet. Zum anderen konnte in ihr die Möglichkeit gesehen werden, eine Wiedervereinigung zu erreichen. Vor dem Hintergrund der Frage, **wie sich Deutschland in einer geopolitischen Ordnung ausrichten kann**, bietet die Neutralisierung **eine neue Möglichkeit** als Antwort. Gleichzeitig sind die Schwierigkeiten einer solchen Positionierung für einen deutschen Staat im Zentrum Europas offenkundig, da sich dieser in ständiger Interaktion mit seinen Nachbarn befindet. Die Bundesregierung verwarf die Idee und auch von Stalin ist anzunehmen, dass sein Vorschlag eher als politischer Schachzug und nicht als ein ernstzunehmender Lösungsvorschlag für die Deutsche Frage zu verstehen war. **Die Neutralisten scheiterten somit am Unwillen der Beteiligten und womöglich auch an der realen Umsetzbarkeit dieser Idee.**

Das **vierte Fallbeispiel zur New World Order nach 1989** ließ sich als Epoche der Rückkehr auf den Punkt bringen. Hier wäre zunächst die **Rückkehr der polnischen und der deutschen Souveränität** zu nennen. Polen war seiner Position als Satellitenstaat Moskaus entkommen. Gegenüber Deutschland hingegen hatten die Siegermächte mit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag ihre Vorbehaltsrechte abgelegt. Durch die Wiedervereinigung war es ebenfalls zur **Rückkehr eines deutschen Einheitsstaates** gekommen, der politisch, wirtschaftlich und demographisch ein großes Gewicht mit sich brachte. Durch das Ende des Kalten Krieges tauchte auch **Mitteleuropa erneut in der politischen Diskussion** auf.

Verbunden mit der Rückkehr der Souveränität Deutschlands und Polens kam es mit dem Ende der Statik des Ost-West-Konfliktes des Weiteren zu einer **Rückkehr einer geopolitischen Dynamik**. Diese muss zum einen als **Rückkehr der Bewegungsfreiheit** verstanden werden, in der Deutschland und Polen frei über ihre Bündniszugehörigkeit entscheiden konnten. Gleichzeitig barg die Dynamik erneut Gefahren, da beide sich in einem neuen globalen System ausrichten mussten und diesem nicht mit Ignoranz begegnen konnten.

Dementsprechend ist eine **Rückkehr der Geopolitik** erkennbar. Da der geopolitische Rahmen aufgrund seiner Dynamik vergleichbar (wenn auch nicht identisch) mit der Situation der zwanziger und dreißiger Jahre war, kam es zu einem **Rückgriff auf frühere geopolitische Theorien**. Auf polnischer Seite war dies insbesondere die Idee des *Intermarium*. Neben Giedroyc muss hierbei insbesondere auf Moczulski verwiesen werden, der eine Zusammenarbeit jener Staaten zwischen der EU/NATO und Russland anstrebt. Als geopolitische Alternative bleibt das ***Intermarium bis heute beliebt***.

Polen wählte jedoch die **transatlantische Lösung seines geopolitischen Dilemmas** unter Zustimmung der USA und der Anwaltschaft Deutschlands. In einem bis 1999 andauernden Prozess gelang Warschau der Beitritt zu den Strukturen der NATO (sowie 2004 zur EU). Die deutsche Unterstützung für diese Beitritte kannte gewiss weit weniger einen moralischen Antrieb als vielmehr **geopolitische Überlegungen, wonach Deutschland an seiner östlichen Flanke einen Raum der politischen und wirtschaftlichen Stabilität** vorfinden wollte.

Während die polnische Frage mit der **Rückkehr Polens nach Europa** einstweilen beantwortet wurde, muss für die neunziger Jahre auch von einer **Rückkehr der Deutschen Frage** gesprochen werden. Das wiedervereinigte Deutschland erschien hierbei „too big for Europe, too small for the world“ (Kissinger). Die gewachsene Größe der Bundesrepublik wurde von den Nachbarn – auch in Polen – mit Skepsis verfolgt. Aber auch die Deutsche Frage wurde **durch eine Fortführung der westlichen Ausrichtung durch die neue Berliner Republik** beantwortet. An dem bereits von Adenauer in den fünfziger Jahren eingeschlagenen Weg der Westbindung wurde demnach festgehalten.

Zu einer Skepsis vor Deutschland musste es auch in Sorge eines **Rückgriffs auf die Deutsche Geopolitik** kommen. Die Auswertung zweier führender geopolitischer Denker (Brill, Buck) ließ jedoch erkennen, dass es trotz einiger Anknüpfungspunkte an die Theorien Haushofers und Naumanns zu keiner **Rückkehr der Ratzelschen oder Haushoferschen Geopolitik kam**. Primär war die Rede von einer „**Verantwortung für die Mitgestaltung**“ (Buck), die in Deutschlands Größe begründet war. Jedoch könnte eine solche Mitgestaltung auch als Machtausübung Berlins zur Durchsetzung von Machtinteressen verstanden werden.

Während Polen und Deutschland ihren Platz in der neuen Weltordnung gefunden hatten, galt **Russland als großer Verlierer der NWO**. In diesem Kontext wurde der Zusammenbruch der UdSSR als „die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts“ (Putin) gesehen. Die Russländische Föderation war innerhalb dieser Ordnung (insbesondere im Vergleich mit ihrem Rechtsvorgänger) schwach positioniert. **Russische Bestrebungen die Ordnung aufzuheben erscheinen deshalb naheliegend**. Dies zeigt die politische Praxis Putins genauso wie die geopolitischen Theorien Dugins. So besteht der Wunsch die Unilateralität der *Pax Americana* durch eine neue Multilateralität zu ersetzen. In dieser Politik kann eine Gefahr nicht nur für die USA, sondern auch für Polen gesehen werden, da sie eine verstärkte deutsch-russische Zusammenarbeit (und damit die Theorien Haushofers) artikuliert. **Die russische Praxis und Theorie erschienen als ein Indikator für ein Ende dieser Ordnung**.

Ein zweiter Indikator ist eine **Rückkehr einer isolationistischen US-Politik**, wie sie sich insbesondere in der Trump-Administration gezeigt hat. Ein **Ende des Amerikanischen Jahrhunderts** hätte Auswirkungen auf die globale Weltordnung generell, aber auch auf die geopolitische Bedeutung der Achse Berlin-Warschau. Für den Erhalt spricht sich insbesondere Brzeziński aus. Die USA müssten an ihrem Führungsanspruch festhalten und dürften keinem *Lack of Leadership* verfallen.

Somit zeigte sich im letzten Fallbeispiel eine **Rückkehr einer Reihe von geopolitischen Phänomenen, die bereits in den zwanziger und dreißiger Jahren auftraten**. Gleichzeitig fanden und finden sich **Deutschland und Polen in einem gemeinsamen Sicherheitssystem** wieder. Dennoch sind **Indikatoren sichtbar, die diese Anfang der neunziger Jahre aufkommende Ordnung derzeit ins Wanken bringen**.

Im Vergleich der **Fallbeispiele sind sehr divergierende geopolitische Staatenkonstellationen** erkennbar. Die Unterschiede ließen sich jedoch nicht auf die Auswahl der Zeitabschnitte zurückführen. Vielmehr deckten sie, überwiegend als Wendepunkte zu verstehen, einen Großteil des 20. Jahrhunderts ab. Die fünf Fallbeispiele zeigten **die großen vier geopolitischen Ordnungen** auf, die dieses Jahrhundert beherrschten. Vor dem Hintergrund der Forschungsfrage stellten sie damit einen brauchbaren Pool dar – nicht nur zur Analyse der vergangenen geopolitischen Konstellationen, sondern auch als Basis für die Prognosen über die zukünftige Entwicklung.

Die Hypothese, wonach die **tektonischen Plattenverschiebungen der Geopolitik** immer auch Deutschland und Polen betroffen haben und oftmals zu einer völligen Neuordnung der Beziehungen geführt haben, konnte vor dem Hintergrund der historischen Fallbeispiele bestätigt werden. Gerade im Hinblick auf das Prognosekapitel muss allerdings ebenfalls festgestellt werden, dass dies mit großer Wahrscheinlichkeit in der Zukunft nicht mehr so sein muss. **Ihren eurozentrischen Fokus wird die Geopolitik langfristig verlieren**.

Unterschiede zwischen den historischen Konstellationen zeigten sich vor allem in ihrer Dynamik beziehungsweise Statik. So folgte auf die Dynamik der Zwischenkriegszeit die Statik des Ost-West-Konfliktes sowie darauf erneut eine größere Dynamik nach den Wendejahren am Ende des 20. Jahrhunderts. Aus diesem **Wechselspiel von Dynamik und Statik** in der Vergangenheit, lässt sich ableiten, dass auch in Zukunft Änderungen der globalen Ordnung unausweichlich sind. Im letzten Fallbeispiel wurden mit Blick auf die **USA sowie Russland Indikatoren** aufgezeigt, dass sich **die Post-Cold War Era einem solchen Ende zuneigt**. Auch

in Bezug auf die Prognosen deutet sich mit dem Aufstieg Chinas eine solche Entwicklung an. Hinsichtlich der Dynamik ist insbesondere das zweite Fallbeispiel hervorzuheben. So zeigt die **Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges in aller Deutlichkeit die Gefahren eines dynamischen Systems** auf, die sich für Deutschland und Polen ergeben. Hierin fand sich ebenfalls eine Erklärung für die ausführliche Länge des Kapitels, um diese Gefahr unmissverständlich sichtbar zu machen. Im dynamischen Spiel ständig wechselnder Konstellationen ließ sich zwar kurz- und mittelfristig taktisch vorgehen, aber eine langfristige Strategie erlaubte eine solche Dynamik nicht. **Umso gefährlicher stellt sich ein zukünftiges Aufbrechen der bestehenden Konstellation hin zu einer sich verschärfenden Dynamik dar.**

In allen vier Konstellationen nehmen Polen und Deutschland sehr unterschiedliche Rollen ein. Ausgehend von der Definition geopolitischer **Subjekte und Objekte** fanden sich sehr unterschiedliche Variationen vor. Deutschland war hierbei überwiegend ein selbständiges geopolitisches Subjekt. Eine Ausnahme stellt der Ost-West-Konflikt dar, in dem durch die begrenzte Souveränität beider deutscher Teilstaaten diese auch als Subjekte stark eingeschränkt waren und (trotz Versuche des Ausbruchs oder Erweiterung des Handlungsspielraums) der Statik der geopolitischen Ordnung unterlagen. Für den Ost-West-Konflikt traf dies analog auf die Polnische Volksrepublik zu. Alle drei Staaten waren in ihrer Subjektivität stark beschnitten, verfielen aber nicht in die Rolle geopolitischer Objekte. Dafür war ein gewisser Handlungsspielraum (wie gerade der *Rapacki-Plan* zeigte) doch gegeben. Genau andersherum verhielt es sich im Falle Polens im ersten Fallbeispiel. Hier ist der polnische Marionettenstaat definitiv geopolitisches Objekt, während zugleich von den Mittelmächten der Eindruck zu erwecken versucht wurde, es handelte sich beim Königreich Polen um ein eigenes Subjekt. In der Zwischenkriegszeit und innerhalb der *Neuen Weltordnung* stellte Polen dieses selbstständige Subjekt dar und begegnete in dieser Position den geopolitischen Gefahren, die sich hieraus ergaben. Unter Berücksichtigung der Prognose einer sich vertiefenden europäischen Integration, in der aus dem europäischen Staatenbund ein Bundestaat würde, könnte sich in beiden Fällen der Subjektcharakter zu Gunsten eines Subjekts *Vereinigte Staaten von Europa* auflösen. Trotz unterschiedlicher Positionierungen würde eine solche Entwicklung die Forschungsfrage einstweilen an ein Ende führen, da die nationalen Geopolitiken und Staatlichkeiten durch eine Europäische ersetzt würden.

Die **Fallbeispiele müssen gleichzeitig als Lehrbeispiele** verstanden werden. Durch sie ließen sich die Gefahren und Chancen unterschiedlicher geopolitischer Konstellationen besser

verstehen. So zeigten die ersten beiden Beispiele deutlich die (theoretischen oder tatsächlichen) **Gefahren einer deutschen Hegemonie** auf. Im Falle Polens entfaltete sich das geopolitische Dilemma der Lage des polnischen Staates für diesen Zeitraum stärker noch als für die neunziger Jahre. Es wies deutlich nach, worin das **Risiko in der Ausrichtung Polens** bestand. Aber auch die verbliebenen Fallbeispiele lieferten Aufschluss darüber, wie sich Deutschland und Polen in verschiedenen Konstellationen zurechtfinden und zueinander verhalten.

In jenem Verhältnis zeigte sich innerhalb der **Fallbeispiele die Tendenz einer überwiegend negativen Ausrichtung**. Der polnische und der deutsche Staat stehen somit überwiegend konfliktär zueinander und sind **geopolitische Interessensgegner** (Schmitt). Insbesondere für den Zeitraum vor 1945 ist dies feststellbar. Ausnahmen ergeben sich hier lediglich an jenen Stellen, an denen aufgezeigt werden konnte, dass Berlin einen polnischen Staat als Werkzeug zur Durchsetzbarkeit eigener Ziele missbraucht. Fraglich ist hierbei, ob dies der jeweiligen Konstellation geschuldet ist oder aber ob es sich um ein geopolitisches Grundgesetz handelt, wonach sich beide Seiten nur als Gegner begegnen können. Allein mit Hinblick auf die geopolitischen Konstellationen sowie die Positionierung der beiden Staaten zueinander fällt die Beantwortung dieser Frage schwer. Augenscheinlich ist hierbei die geographische Lage beider, in einem Raum der kaum natürliche Grenzen kennt und in der Mitte der Landmasse des europäischen Kontinents liegt. Diese **Ausgangssituation schien für eine geopolitische Konkurrenz, aus der sich wiederum ein Konflikt entwickeln kann, prädestiniert**. Wären Deutschland und Polen geographisch weit voneinander gelegene staatliche Gebilde, wäre ein solcher Konflikt unwahrscheinlich. Gleichzeitig wurde festgestellt, dass es mit Polen häufiger zu Interessengegensätzen mit Konfliktpotenzial als beispielsweise mit den Niederlanden kam. Auch hier scheint die Antwort geopolitischer Natur: Der deutsche Staat orientierte sich in seinen geopolitischen Theorien vor 1945 darauf, Landmacht zu sein. Hätte der geopolitische Fokus auf der Schaffung einer deutschen Seemacht gelegen, hätten die deutschen Ziele an der Nordsee und dem Atlantik gelegen. Hauptgegner wäre demnach nicht Russland in seinen zahlreichen politischen Gewändern gewesen, sondern Großbritannien und die USA. Für den Zeitraum nach 1945 war die direkte Gegnerschaft durch den Ost-West-Konflikt überlagert. Erst die Verankerung beider Subjekte in NATO und EU heben diese Gegnerschaft auf. Dennoch besteht weiterhin die Gefahr einer Rückkehr einer geopolitischen Gegnerschaft, wie Prognosen deutlich vor Augen führten.

Bezüglich der **Analyse des vorliegenden geopolitischen Kanons kann diese negative Ausrichtung überwiegend bestätigt** werden. **Für die Deutsche Geopolitik hat sich Polen**

den geopolitischen Interessen Deutschlands unterzuordnen. Hierbei wurde es als nicht überlebensfähiges „Kolonialland“ in hoffnungsloser geographischer Lage (Ratzel) bezeichnet, das keine Kraft zur eigenen Staatlichkeit (Haushofer) besäße und sich im 18. Jahrhundert „ohnmächtig“ (Schmitt) als ein „Herd der Anarchie“ (Kjellén) aufgelöst hätte. Polen war in diesem Denken nicht als Feind zu verstehen. Einstweilen fand es sogar Würdigung als „Kulturvolk“ (Kjellen), verbunden mit Forderungen nach einer „Loslösung vom Germanisierungszwang“ (Naumann). Die in dieser Arbeit behandelten deutschen Theoretiker der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts fordern vielfach entweder eine Unterordnung (Kjellén, Naumann, Schmitt) von Polen oder aber ignorieren Polen größtenteils, weil sie diese Unterordnung bereits voraussetzten (Hitler). Wahlweise wurde Polen entweder als Teil des deutschen Einflussbereiches verstanden (Kjellén, Naumann, Schmitt) oder aber sein Raum sollte unter Auflösung des polnischen Staates angeeignet werden (Ratzel, Haushofer). In dieser negativen Sichtweise auf Polen zeigt sich Russland in diesen Theorien explizit hingegen nur bei Haushofer als Partner. Dennoch wird **Polen primär als Objekt verstanden**, über das es zu verfügen galt. Auffallend war hierbei die Position Naumanns, der ausdrücklich den Objekt-Begriff zurückwies. Dennoch fand sich bei ihm die gleiche Forderung nach einer Unterordnung Polens unter die deutsche Führung. **Insgesamt hatte der polnische Staat damit in der Deutschen Geopolitik die Rolle eines anzueignenden Raumes oder eines Werkzeugs zur deutschen Hegemonie und war damit mindestens aus Sicht der polnischen Geopolitik als negativ zu bezeichnen.**

In der polnischen Geopolitik hingegen dominiert das Primat der Souveränität und Unabhängigkeit. Auf dieser Grundlage zeigte sich jedoch **in Bezug auf Deutschland ein sehr differenziertes Bild.** So gab es nicht eine Grundposition gegenüber dem Nachbarn, sondern vielmehr ein Spektrum an Meinungen zum deutschen Staat. Grundlegend sind hierbei die weiter oben bereits erwähnten drei großen polnischen geopolitischen Schulen, die im Vorfeld des zweiten Fallbeispiels bereits erwähnt wurden. Das **Spektrum** verlief hierbei von **germanophilen Ideen** eines nahezu blinden Folgens Deutschlands (Studnickis), über eine im **Realismus begründete Gefolgschaft** (Bocheński, Mackiewicz), eine **Position der skeptischen Mitte** (Piłsudski) bis hin zur **Betonung einer Interessensgegnerschaft** (Dmowski) sowie einer **grundsätzlichen nicht zu überwindenden Feindschaft** (Matuszewski, Wojciechowski). Die Positionen mussten so ausführlich hervorgehoben werden, da sie als grundlegend zu bezeichnen sind. Die Grundlage ist weiterhin gegeben und bietet Anknüpfungspunkte für zeitgenössische geopolitische Theorien. In diesem Punkt unterschieden sie sich grundlegend von ihren deutschen Pendanten.

Im Hinblick auf die **geopolitische Rolle Deutschlands und Polens in den angelsächsischen Theorien** (Mackinder, Spykman) fiel die sich **wandelnde Wahrnehmung Deutschlands** sehr stark auf. Für die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg sowie für die Zwischenkriegszeit war Deutschland definitiv als Gegner zu verstehen. Jedoch bereits in seinem Spätwerk nahm Mackinder Abstand von Deutschland als Gegner und wies – den Kalten Krieg vorausahnend – auf einen Konflikt mit der Sowjetunion hin. Hier zeigte sich der deutliche Unterschied zu polnischen Thesen einer grundsätzlichen Feindschaft gegenüber Deutschland (Wojciechowski, Matuszewski), da sowohl Mackinder wie auch Spykman sich **gegen jede Hegemonie im Heartland beziehungsweise Rimland** stellten, die die britische oder US-amerikanische Vormachtstellung bedrohen konnten. Als diese Aufgabe durch die Niederlage des Dritten Reiches nicht mehr von Deutschland ausgeführt werden konnte, bestand für beide Theoretiker kein Grund mehr für eine generelle Ausrichtung gegen einen deutschen Staat. Dies zeigte sich ebenfalls bei Brzeziński, der sich stark auf diese beiden Theoretiker bezieht. Trotz der in den neunziger Jahren erneut aufkommenden Deutschen Frage sieht auch dieser in Deutschland keinen Gegner, sondern sogar eine europäische Führungsmacht. In Kontinuität der Traditionslinien wird diese Führungsrolle an der Seite der Vereinigten Staaten (*Leadership in Partnership*) nicht nur toleriert, sondern von den USA aktiv beworben (Brzeziński).

In den angelsächsischen Theorien nahm **Polen keine derartige Position** ein. Mackinder erwähnt den polnischen Staat vor allem als Werkzeug zur Trennung von Russen und Deutschen. Spykman spricht Polen sogar diesen Nutzen ab. Auch Brzeziński sieht in Polen **keinen geopolitischen Dreh- und Angelpunkt, der großen Einfluss auf die geopolitische Konstellation** nehmen kann.

Deutschland und Polen wurden in der Zwischenkriegszeit aus angelsächsischer Sicht als Gegner angesehen. Die britische und US-amerikanische Staatsräson bevorzugte einen deutsch-polnischen Antagonismus. Da sich jene Theorien gegen Deutschland richteten, war **ein weiterer Gegner Berlins durchaus im Interesse Londons und Washingtons** – wodurch sich ebenfalls die Ausnutzung Polens als Werkzeug erklärte. Bei Brzeziński hingegen stand die **Möglichkeit einer deutsch-polnischen Zusammenarbeit im Vordergrund**, die für Europa eine ähnlich große Bedeutung wie die deutsch-französische Kooperation einnehmen könnte. Die Gegnerschaft Berlins und Warschaus wurde hierbei als negativ angesehen.

Ein **Gegensatz zwischen Berlin und Warschau wäre hingegen – nach dem geopolitischen Dreieck – eindeutig im Interesse Moskaus**. Dies bestätigend fand sich gerade dieser Antagonismus in den Theorien Dugins und seinen Forderungen nach einem deutsch-

russischen Kontinentalblock wieder. Für den polnischen Staat bleibt bei Dugin nur Verachtung. Hierbei ist der Rückgriff auf Haushofer und die *Deutsche Geopolitik* bei Dugin viel stärker als beispielsweise bei Brill und Buck, die sich zwar mit geopolitischen Theorien auseinandersetzen, beide aber ein eher geringeres Interesse an Polen zeigen und seine Existenz wie Zugehörigkeit zum Westen und seinen Strukturen begrüßen – und sich damit, anders als beispielsweise Moczulski in Polen, nur bedingt auf historische Vorläufer stützen.

Der Rückgriff auf geopolitische Theorien der Vergangenheit oder die Fortführung beziehungsweise ihr Ausbleiben zeigte sich insgesamt als ein interessantes und beachtenswertes Phänomen. In Deutschland sind die Gründe hierfür eindeutig auf die sozialdarwinistische, biologistische Tradition der Deutschen Geopolitik zurückzuführen. In Polen mag eine geopolitische Ausrichtung womöglich als falsch angesehen werden, sie diskreditiert sich wie im deutschen Fall aber nicht vollständig. Die Prominenz des Themas in Polen lässt sich allerdings ebenfalls vor dem Hintergrund des in dieser Arbeit festgestellten Primats der Souveränität und Unabhängigkeit in der polnischen Geopolitik erklären. Wieder muss zum Verständnis die Geschichte bemüht werden, deren Auswirkungen tiefe Spuren in der polnischen Gesellschaft hinterlassen haben. Der Verlust der Souveränität und Unabhängigkeit in der Zeit der Teilungen (1795–1918), während der deutschen Okkupation (1939–1945) sowie der sich anschließenden sowjetischen Hegemonie im Ostblock (bis 1989) führten den Polen wiederholt vor Augen, welche Auswirkungen dies hatte. Die führenden Eliten des heutigen Polens haben weiterhin noch eine bewusste Erinnerung an die Dominanz der UdSSR. Vor diesem Hintergrund muss nicht nur der geopolitische Diskurs verstanden werden, sondern allgemein die polnische Sorge um einen allzu starken Verlust der erst mit Beginn der Transformation wiedergewonnenen Souveränität. Beachtenswert ist hier ebenfalls, dass das **historische Gedächtnis in Polen weit über das Jahr 1989 über die Zwischenkriegszeit bis in das 18. Jahrhundert zurückreicht. In Deutschland wird in diesen geschichtlichen Dimensionen kaum mehr gedacht – mit all seinen Vor- und Nachteilen.**¹⁸⁸⁶

Im Umkehrschluss heißt dies aber nicht, dass Geopolitik in Deutschland keine Rolle spielt. Mag auch die explizite Nutzung des Begriffs in Deutschland vermieden werden und die Zahl der wissenschaftlichen Autoren, die sich dieser Thematik eindeutig zuwenden, gering sein, ist die Frage, der Ausrichtung Deutschlands innerhalb der geopolitischen Konstellation

¹⁸⁸⁶ Die Schaffung eines positiven Bezugspunkts für die deutsche Geschichte stellt sich hierbei als sehr schwierig heraus. Die Vermeidung eines Bezugs beispielsweise auf die wilhelminische Außenpolitik muss auf die europäischen Nachbarn beruhigend wirken. Gleichzeitig vermeidet sie allerdings auch historische Erfahrungen als Grundlage zur Analyse der Gegenwart.

durchaus präsent. Dies zeigte sich besonders im vierten Fallbeispiel, in der die Deutsche Frage zu einer entscheidenden wurde, auf die Bonn/Berlin mit der Fortsetzung der westlichen und europäischen Ausrichtung der Bundesrepublik antwortete. Trotz dieser westlichen beziehungsweise europäischen Antwort ist die Frage der Ausrichtung der Berliner Republik innerhalb der NATO- und vor allem der EU-Strukturen weiterhin eine entscheidende. Deutschland bleibt der einflussreichste Staat in Europa. Beispielhaft für die zeitgenössische Beschäftigung mit der geopolitischen Rolle Deutschlands war das *Review 2014*-Projekt des Auswärtigen Amtes. Beispielhaft war aber ebenfalls, dass die Veranstaltungsreihe „Außenpolitik Weiter Denken“ wollte und somit auf den Begriff der Geopolitik verzichtete. Es zeigte, dass sich der deutsche Diskurs weiterhin am Begriff *Geopolitik* stört. Die Gründe finden sich in der Deutschen Geopolitik bis 1945. Berlin will den Eindruck vermeiden, es würde eine hegemoniale Politik betreiben. Demgegenüber stehen Rufe nach einer größeren Führung der Bundesrepublik in internationalen Fragen, die „deutsche Macht [...] heute weniger [fürchtet] als deutsche Untätigkeit“ (Sikorski). **Eine These, wonach in Deutschland niemand strategisch denken würde ist jedoch zu falsifizieren.**

Aufgrund der gewonnenen Erkenntnisse **aus der historischen Analyse sowie der Untersuchungen der geopolitischen Theorien konnten Zukunftsszenarien abgeleitet werden.** Diese Prognosen fußen auf den historischen Entwicklungen und Überlegungen. Hierdurch wurde deutlich, welchen **praktischen Sinn die theoretische Beschäftigung** mit den geopolitischen Konstellationen und Theorien der Vergangenheit hatte. Wie eine Software, die nach Algorithmen sucht und aus diesen eine Prognose errechnen kann, wurden geopolitische Axiome aus den historischen Fallbeispielen hierbei übernommen. Wie in diesen wird die geopolitische Ausrichtung Deutschlands und Polens auch in der Zukunft durch **bestimmte Faktoren** entschieden werden. Als solche wurden die **EU, Russland, die USA und China** benannt. Auch die bilateralen Beziehungen zwischen Berlin und Warschau müssen – wie auch in den Fallbeispielen – zukünftig auf Basis der geopolitischen Konstellation verstanden werden.

Von den drei erstellten Szenarien sollte keines bevorzugt oder als wahrscheinlicher präsentiert werden – vielmehr galt es, **grundlegende Tendenzen aufzuzeigen, auf die sich die Politik als Entscheidungsträger vorbereiten muss.**

Das **erste Szenario (*Supermacht Europa*)** sah in einer **verstärkten europäischen Integration** eine Chance zur Auflösung deutsch-polnischer Antagonismen durch ein

Verschwinden der nationalstaatlichen Subjekte hin zu einem **bundestaatlichen EU-Subjekt**. Die Mitgliedsstaaten der EU würden hierbei ihre Partikularinteressen zurückstellen und sich einem gemeinsamen europäischen Ziel hingeben. Die nationalen Geopolitiken würden hierbei ihren Sinn verlieren und durch eine **europäische Geopolitik** ersetzt werden. Die Gefahr einer solchen Entwicklung wäre hingegen, dass sich mit Deutschland ein Hegemon abzeichnen könnte, wodurch es nicht zu einer Auflösung **Deutschlands in Europa, sondern Europas in Deutschland** käme.

Im **zweiten Szenario** (*Neue Wege*) zerbricht das europäische Haus. **Polen und andere ostmitteleuropäische Staaten schaffen ein *Intermarium***, das sich gegen ein von Deutschland dominiertes Europa stellt. Es ist anzunehmen, dass eine solche Konstellation allein keinen ausreichenden Machtfaktor in Europa darstellt und sich deshalb unter das Protektorat einer Schutzmacht stellen muss. Hierbei stellte die USA den naheliegendsten Partner dar. Da sich ein solches Bündnis historisch gegen Deutschland aber auch vor allem gegen Russland richtet, wäre eine Annäherung Berlins und Moskaus auf dieser Grundlage nicht auszuschließen. Polen hätte sich dann – trotz ostmitteleuropäischer Verbündeter – in eine Zangenposition begeben, deren Folgen sie bereits historisch erfahren musste. **Die historische Erfahrung hat aber auch aufgezeigt wie schwer die Bildung einer solchen Zusammenarbeit war.**

Es lag nah, in einem **dritten Szenario** (*Bruch zwischen West und Ost*) die ersten beiden Prognosen zu verbinden. Hierbei wurde von der **Bildung eines Kerneuropas ausgegangen, dass einem *Intermarium* gegenübersteht**. Während der Integrationsprozess sich im Westen intensiviert, desintegriert sich der Osten und damit auch Polen von den europäischen Strukturen langfristig. An dieser Stelle wurde insbesondere die Frage diskutiert, ob **ein zivilisatorischer Bruch zwischen Deutschland und Polen** vorläge. Es ist jedoch anzunehmen, dass Unterschiede zwischen beiden Gesellschaften nicht derart groß sind, dass es zu einem Auseinanderbrechen kommen könnte. Vielmehr wurde eine im Osten nachrückende gesellschaftliche Entwicklung erkannt, die aufgrund mangelnder *soft power* nicht über den notwendigen Einfluss verfügt, sich westlichen Entwicklungen entgegen zu stellen. Hierin zeigte sich eine starke geopolitische Schwäche Polens.

Für den zeitgenössischen geopolitischen Diskurs in Polen muss in den nächsten Jahren weiterhin von einem **Primat der Souveränität und Unabhängigkeit** ausgegangen werden. Vor dem Hintergrund der historischen Erfahrungen ist dies verständlich. Polen darf weder zum geopolitischen Objekt verkommen (1. Fallbeispiel) noch seiner Souveränität beraubt werden (3. Fallbeispiel). Zum **Streitfall der polnischen Politik wird sicherlich die Frage der**

Souveränität, da diese durch die Abgabe von Souveränitätsrechten an die Europäische Union durch die polnische Nation direkt oder indirekt eingeschränkt wird.¹⁸⁸⁷ Eine Vertiefung der europäischen Integration, wie sie im Prognose-Kapitel beschrieben wurde, setzt eine solche Teil-Souveränität bis hin zu einem völligen Aufgehen der polnischen Staatlichkeit in einen europäischen Bundesstaat voraus (1. Szenario). Als Alternative wurde bereits das *Intermarium* genannt (2., 3. Szenario). Theoretisch erscheint dies als eine für Polen nützliche Idee. Polen würde erstmals in seiner Geschichte einen politischen Block anführen und damit zu einem entscheidenden Machtzentrum in (Ostmittel)europa werden. In dieser Position könnte Polen sein geopolitisches Primat innerhalb oder außerhalb der EU verteidigen. **Praktisch muss allerdings von einem *Intermarium* in der jetzigen Situation abgeraten werden.** Bei genauer Betrachtung erinnerte dieser Vorschlag sehr deutlich an die im zweiten Fallbeispiel beschriebene Situation der zwanziger und dreißiger Jahre, in der kaum ein Staat sich für die Idee eines *Intermarium* begeistern lassen wollte. Keiner der Region angehörigen Staaten wird ein Interesse daran haben sich von den westlichen Mitgliedsstaaten oder der EU als Ganzes distanzieren zu wollen. Auch das gleichzeitige Vertrauen in die USA als westliche Schutzmacht, erinnert stark an das Vertrauen Warschaws in seine westlichen Alliierten 1939. Ob jedoch US-amerikanische Soldaten *für Danzig sterben* würden, kann als Unsicherheitsfaktor bezeichnet werden. **Diese Vorstellungen wirken hierbei mehr idealistisch als realistisch.**

Eine realistische Einschätzung der geopolitischen Situation erscheint die erfolgreichere. Polen würde hierbei der Schule von Bocheński und Mackiewicz folgen. Beide verfielen in keine Germanophilie, sahen aber vor dem Hintergrund der Situation keine andere Möglichkeit als in einer Zusammenarbeit mit Deutschland. Warschau würde sich hierbei im Windschatten Berlins bewegen. **Es wäre damit kein Juniorpartner eines *Vierten Reiches*, sondern wäre Teil des Entscheidungszentrums innerhalb der EU.** Für ein Polen an der Peripherie wird sich niemand begeistern oder interessieren. So groß manch nationaler Stolz (oder Komplex) über einen Widerstand gegen den Brüsseler oder Berliner Riesen auch sein mag, läuft er doch Gefahr, dass Polen erneut als *Troublemaker* verstanden wird.¹⁸⁸⁸ **Realistischer wäre die Anerkennung der *leadership* Berlins zur Durchsetzung eigener nationaler Interessen. Dies kann den polnischen Machteliten jedoch nicht aufgezwungen**

¹⁸⁸⁷ Direkt durch die Zustimmung zum EU-Beitritt in einem Referendum am 7. Juni 2003 sowie indirekt durch das polnische Parlament beziehungsweise polnische Parlamentarier im Europäischen Parlament.

¹⁸⁸⁸ Bereits der Musiker Jan Kaczmarek (1957–2004) legte in seinem Lied *Jalta* den Großen Drei die Worte in den Mund, „z tą Polską zawsze są kłopoty“ (mit diesem Polen gibt es immer Probleme).

werden. Vielmehr müssen sie selbst zu dieser Erkenntnis aus Mangel an Alternativen kommen.

Inwiefern eine solche Konstruktion jedoch für Polen Sinn ergibt, ist in großem Maße abhängig davon, wie Deutschland sich innerhalb der EU positioniert. Für ihre Weiterentwicklung bedarf es politischer Führung innerhalb dieses Projekts. Vor dem Hintergrund eines noch nicht vorhandenen europäischen *demos*, der einer gesamteuropäischen Regierung oder gar einem EU-Präsidenten die notwendige Legitimität brächte, obliegt die Rolle der Führung weiterhin in der Hand der Nationalstaaten.¹⁸⁸⁹ *Leadership* oder auch nur Verantwortung zur Führung fällt hier insbesondere den größten Unionsmitgliedern und damit vor allem Deutschland zu. Berlin darf hierbei jedoch nicht in die Rolle eines Führers Mitteleuropas oder eines europäischen Hegemonen verfallen. Auch wenn es diese Rollen nicht anstrebt, so muss die Bundesrepublik es sogar vermeiden, einen solchen Eindruck im Ausland zu erwecken. Ein Versuch, Polen hierbei auf Augenhöhe zu begegnen, kann jedoch am Realismus scheitern. Die Schwierigkeit besteht darin, dass beide Seiten – auch wenn dies in Polen nicht immer gerne gehört wird – asymmetrische Partner innerhalb einer gemeinsamen geopolitischen Konstellation sind. Diese Asymmetrie zeigte sich ebenfalls in den Fallbeispielen. Berlin befindet sich hierbei in einem schwierigen Spagat. Gerade Polens Interessen müssen in Berlin Gehör finden. Dafür spricht Polens Größe und Bedeutung für Ostmittel- und Osteuropa. Hierbei darf sich in Berlin nicht auf einen *Versöhnungskitsch* (Bachmann) beschränkt werden, der auf der einen Seite eine Aussöhnung zwischen beiden Nationen artikuliert, aber zeitgleich nationale Interessen vorzieht.¹⁸⁹⁰ Kniefälle und Denkmäler haben ihre politische und moralische Berechtigung sowie Notwendigkeit. Sie laufen jedoch Gefahr, zu billigen Gesten zu verkommen, wenn die Tagespolitik eine andere, unsolidarische Sprache spricht. Der deutschen Seite soll hierbei nicht unterstellt werden, sie würde hinterrücks eine Polen „in die Knie zwingende“¹⁸⁹¹ Politik betreiben. Vielmehr zeigt sich hierin eine Unkenntnis in Deutschland über die Befindlichkeiten der Polen.

Auf der einen Seite läuft Berlin Gefahr, seine Machtposition überzubetonen. Gleichzeitig kann es sich auch vor der Verantwortung drücken. Und so wird es gerade in Polen für beide

¹⁸⁸⁹ Die Frage, ob das EU-Projekt überhaupt in der Lage ist, einen europäischen *Demos* hervorzubringen, kann an dieser Stelle nicht diskutiert werden. Es sei aber gerade vor der geopolitischen Fragestellung dieser Arbeit darauf verwiesen, dass die Europäische Union derzeit primär aus 27 Nationalstaaten besteht, die nicht selten eine Reihe von Partikularinteressen vertreten.

¹⁸⁹⁰ Diesen Eindruck vermittelt (nicht nur in Polen) die langjährige Debatte über die Nordstream-Pipeline zwischen Deutschland und Russland.

¹⁸⁹¹ Analog zum Ausspruch führender PiS-Politiker mit dem Regierungswechsel 2015 hätte sich Polen von seinen Knien erhoben.

Positionen aus unterschiedlichen politischen Richtungen (einstweilen sogar zeitgleich) kritisiert. Die Achse Berlin-Warschau kann für die Zukunft eine entscheidende Wichtigkeit einnehmen. Dafür muss allerdings Polens historisches sowie geopolitisches Gedächtnis verstanden werden.

Wohin diese Zukunft gehen kann, hat die Prognose verschiedener Zukünfte deutlich vor Augen geführt. Polen und Deutschland sind – vor allem vor dem Hintergrund ihrer EU- und NATO-Mitgliedschaft aktuell geopolitische Partner. Die Fallstudien haben jedoch aufgezeigt, dass es hierzu durchaus historische Alternativen gab. Die Szenarios für die Zukunft hingegen verwiesen darauf, dass diese Alternativen auch in der Zukunft bestehen werden. Die Zusammenarbeit von Warschau und Berlin ist kein festgeschriebenes Naturgesetz mit Ewigkeitsklausel. Auch im 21. Jahrhundert haben Staaten Interessen, nach denen sie handeln. Die Vorstellung, es könne hierbei nicht zu Konflikten kommen, ist naiv. Wie auch Bocheński zurecht anmerkt, ist Geschichte einem ständigen Wandel unterworfen. Die Jahre 1989/1990, 1999 und 2004 dürfen vor allem vor dem Hintergrund der Jahre 1916, 1938/1939 oder 1945 nicht als *Happy End* missverstanden werden. Das wäre nur zur Hälfte richtig. Für die deutsch-polnischen Beziehungen mögen sie *glücklich* gewesen sein, aber sie stellen gewiss kein *Ende* der Geschichte dar – worauf insbesondere die Prognosen verweisen. Es besteht absolut kein Grund zur Annahme, dass das geopolitische System der Zukunft anderen grundsätzlichen Gesetzmäßigkeiten unterliegt als in der Vergangenheit. Die Vergangenheit bleibt Lehrmeister und Warner für die Zukunft.

Geopolitische Theorien der Vergangenheit können hierbei eine Rolle spielen. Das heißt nicht, dass beispielsweise das *Heartland* heute noch die gleiche Rolle wie zu Beginn des letzten Jahrhunderts spielte. Aber Grundlegendes bleibt für die nächsten dreißig Jahre bestehen: Die Frage der Zukunft des europäischen Kontinents, die Deutsche Frage, aber eben auch die deutsch-polnischen Beziehungen.

Ohne in Pathos verfallen zu wollen, kann die Behauptung aufgestellt werden, dass das letzte Kapitel der deutsch-polnischen Geschichte noch nicht geschrieben ist. Der Verlauf des Kommenden kann unterschiedliche Richtungen einschlagen – je nach Perspektive positive wie negative. Die Zukunft entscheidet sich hierbei nicht allein in den bilateralen Beziehungen, sondern auch in der Ausrichtung Deutschlands und Polens gegenüber der geopolitischen Konstellation insgesamt.

9. Quellen- und Literaturverzeichnis

Archive

Archiwum PAN w Poznaniu

Bundesarchiv (BA)

Dokumentesammlung des Herder-Instituts (DSHI)

Staatsarchiv Nürnberg (StArchiv N)

Quelleneditionen

APP 1 – *L'Allemagne et les problèmes de la paix pendant la première guerre mondiale: documents extraits des archives de l'Office allemand des affaires étrangères / 1: Des origines à la déclaration de la guerre sous-marine à outrance : (août 1914 – 31 janvier 1917)*. Paris 1962.

ADAP B,XVI – *Akten zur deutschen Auswärtigen Politik 1918-1945. Serie B (1925–1933). Bd. XVI. 1. Oktober 1930 bis 28. Februar 1931*. Göttingen 1981.

ADAP C,I,1 – *Akten zur deutschen Auswärtigen Politik 1918-1945. Serie C (1933–1937). Bd. I,1. Das Dritte Reich. Die ersten Jahre. 30. Januar bis 15. Mai 1933*. Göttingen 1971.

ADAP C,I,2 – *Akten zur deutschen Auswärtigen Politik 1918-1945. Serie C (1933–1937). Bd. I,2. Das Dritte Reich. Die ersten Jahre. 16. Mai bis 14. Oktober 1933*. Göttingen 1971.

ADAP D,V – *Akten zur deutschen Auswärtigen Politik 1918-1945. Serie D (1937–1945). Bd. V. Polen, Südosteuropa, Lateinamerika, Kein- und Mittelstaaten. Juni 1937–März 1939*. Baden-Baden 1952.

PDD 1939,1 - *Polskie Dokumenty Dyplomatyczne. 1939. Styczeń-sierpień*. Warszawa 2007.

Geopolitische Primärquellen

Bocheński, Adolf: *Zwischen Deutschland und Russland*. Berlin 1937.

Bocheński, Adolf: *Między Niemcami a Rosją* (= Biblioteka Myśli Politycznej 69). Kraków, Warszawa 2014.

Brill, Heinz: *Bogislaw von Bonin im Spannungsfeld zwischen Wiederbewaffnung - Westintegration - Wiedervereinigung. Bd. 1. Ein Beitrag zur Entstehungsgeschichte der Bundeswehr 1952–1955* (= Militär, Rüstung, Sicherheit 49). Baden-Baden 1987.

Brill, Heinz: *Bogislaw von Bonin im Spannungsfeld zwischen Wiederbewaffnung, Westintegration, Wiedervereinigung. Bd. 2. Beiträge zur Entstehungsgeschichte der*

- Bundeswehr. Dokumente und Materialien* (= Militär, Rüstung, Sicherheit 52). Baden-Baden 1989.
- Brill, Heinz: *Geopolitik heute. Deutschlands Chance?* Frankfurt (Main) 1994.
- Brill, Heinz: *Geopolitische Analysen. Beiträge zur deutschen und internationalen Sicherheitspolitik (1974 - 2008)*. Bissendorf² 2008.
- Brzezinski, Zbigniew: *Between two ages*. New York 1970.
- Brzezinski, Zbigniew: *Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft*. Weinheim 1997.
- Brzezinski, Zbigniew: *The grand chessboard. American primacy and its geostrategic imperatives*. New York 1997.
- Brzezinski, Zbigniew: *Strategic vision. America and the crisis of global power*. New York 2012.
- Buck, Felix: *Deutschlands Aufgabe im Osten. Die Hanse als Vorbild wirtschaftlicher Zusammenarbeit* (= Veröffentlichungen der Stiftung Kulturkreis 2000, Reihe Forum 14). Tübingen u.a. 1992.
- Buck, Felix: *Geopolitik 2000. Weltordnung im Wandel. Deutschland in der Welt am Vorabend des 3. Jahrtausends*. Frankfurt (Main) 1996.
- Buck, Felix: *Geopolitik 2000. Deutschlands Lage in der Welt* (= 17. Bogenhausener Gespräche. Deutschland nach der Jahrtausendwende. Chancen und Risiken im Zeitalter der Globalisierung). München 2000.
- Dmowski, Roman: *Świat powojenny i Polska*. Warszawa 1931.
- Dmowski, Roman: *Polska jako wielkie państwo*. In: *Pisma. Tom IX [Bd. 9]*. Hrsg. von Roman Dmowski. Częstochowa 1939, S. 3–13.
- Dmowski, Roman: *Polityka polska i odbudowanie państwa*. Warschau 1988.
- Dmowski, Roman: *Deutschland, Rußland und die polnische Frage*. In: *Polen und der Osten* (= Denken und Wissen. Eine polnische Bibliothek). Hrsg. von Andrzej Chwalba. Frankfurt (Main) 2005, S. 111–128.
- Dmowski, Roman: *Niemcy, Rosja i kwestia polska*. Wrocław 2013.
- Dugin, Alexandr: *Osnovy geopolitiki. Geopolitičeskoe buduščee Rossii*. Moskva 1997.
- Dugin, Alexandr: *Die Vierte Politische Theorie*. London 2013.
- Dugin, Alexandr: *Konflikte der Zukunft*. Selent 2015.
- Dugin, Alexandr: *Last War of the World-Island. The Geopolitics of Contemporary Russia [E-Book]*. London, Leipzig 2015.

- Haushofer, Karl: *Dai Nihon. Betrachtungen über Gross-Japans Wehrkraft, Weltstellung und Zukunft*. Berlin 1913.
- Haushofer, Karl: *Geopolitik der Pan-Ideen* (= Weltpolitische Bücherei 21). Berlin 1931.
- Haushofer, Karl: *Jenseits der Großmächte* (= Macht und Erde 2). Leipzig u.a. 1932.
- Haushofer, Karl: *Der nationalsozialistische Gedanke in der Welt*. München 1933.
- Haushofer, Karl: *Weltpolitik von heute*. Berlin 1934.
- Haushofer, Karl: *Weltmeere und Weltmächte*. Berlin 1937.
- Haushofer, Karl: *Herbsten?* In: Zeitschrift für Geopolitik 10 (1939), S. 741.
- Haushofer, Karl: *Geopolitische Grundlagen*. In: *Die Verwaltungs-Akademie. Ein Handbuch für den Beamten im nationalsozialistischen Staat* (= Bd. 1). Hrsg. von Hans-Heinrich Lammers. Berlin o.J. [~1940], S. 1–40.
- Haushofer, Karl: *Der Kontinentalblock. Mitteleuropa, Eurasien, Japan* (= Kriegsschriften der Reichsstudentenführung 7). München 1941.
- Kjellen, Rudolf: *Staten som livsform* (= Politiska handböcker 3). Stockholm 1916.
- Kjellén, Rudolf: *Studier rörande ministeransvarigheten*. Uppsala 1890.
- Kjellén, Rudolf: *Studier öfver Sveriges politiska gränser [Studien zu den politischen Grenzen Schwedens]*. In: Ymer 19 (1899), S. 283–331.
- Kjellén, Rudolf: *Geopolitische Betrachtungen über Skandinavien*. In: Geographische Zeitschrift 12 (1905), S. 657–671.
- Kjellén, Rudolf: *Sångare- och turistfärder*. Stockholm 1908.
- Kjellén, Rudolf: *Den stora Orienten. Resestudier i Österväg*. Göteborg 1911.
- Kjellén, Rudolf: *Die Großmächte der Gegenwart*. Berlin, Leipzig ⁷ 1915.
- Kjellén, Rudolf: *Die Ideen von 1914. Eine weltgeschichtliche Perspektive* (= Zwischen Krieg und Frieden 29). Leipzig 1915.
- Kjellén, Rudolf: *Världskrigets politiska problem* (= Populärt vetenskapliga föreläsningar vid Göteborgs högskola. Ny följd XIV). Stockholm 1915.
- Kjellén, Rudolf: *Der Staat als Lebensform*. Berlin ² 1917.
- Kjellén, Rudolf: *Die Großmächte und die Weltkrise*. Berlin 1921.
- Kjellén, Rudolf: *Die Großmächte vor und nach dem Weltkriege. Mit einem statistischen Anhang* (= Macht und Erde 1,1). Leipzig ³ 1933.
- Mackiewicz, Stanisław: *Ruch monarchiczny w Polsce*. In: *Teksty* (= Polska Myśl Polityczna). Hrsg. von Stanisław Mackiewicz. Warszawa 1990.
- Mackiewicz, Stanisław: *Zagadka min. Becka*. In: *Teksty* (= Polska Myśl Polityczna). Hrsg. von Stanisław Mackiewicz. Warszawa 1990, S. 333.

- Mackiewicz, Stanisław: *Historia Polski. Od 11 listopada 1918 do 17 września 1939*. Kraków 2012.
- Mackiewicz, Stanisław: *Kropki nad i. Dziś i jutro*. Kraków 2012.
- Mackiewicz, Stanisław: *O jedenastej - powiada aktor - sztuka jest skończona. Polityka Józefa Becka*. Kraków 2012.
- Mackinder, Halford John: *The Geographical Pivot of History*. In: *The Geographical Journal* 4 (1904), S. 421–437.
- Mackinder, Halford John: *The Round World and the Winning of the Peace*. In: *Foreign Policy* 4 (1943), S. 595–605.
- Mackinder, Halford John: *Democratic ideals and reality. A study in the politics of reconstruction*. Washington 1996.
- Matuszewski, Ignacy: *What Poland wants*. o.O. 1941.
- Matuszewski, Ignacy: *Granice zachodnie*. New York 1943.
- Moczulski, Leszek: *Wśród zmiennych prądów. Dziesięć układów geopolitycznych, przez które przeszła Polska*. Warszawa 1988.
- Moczulski, Leszek: *Narodziny Międzymorza*. Warszawa 2007.
- Moczulski, Leszek: *Międzymorze i Rosja. Wybór tekstów Leszka Moczulskiego 1985–2015*. Warszawa 2015.
- Nałkowski, Waclaw: *Materiały do geografii ziem dawnej Polski*. Warszawa 1913.
- Nałkowski, Waclaw: *Terytorjum Polski historycznej jako indywidualność geograficzna*. Warszawa 1912.
- Naumann, Friedrich: *Arbeiter-Katechismus oder der wahre Sozialismus. Seinen arbeitenden Brüdern dargebracht*. Calw, Stuttgart 1889.
- Naumann, Friedrich: *Mitteleuropa*. Berlin 1915.
- Naumann, Friedrich: *Was wird aus Polen?* Berlin 1917.
- Piłsudski, Józef: *Pisma zbiorowe. Tom V*. Warszawa 1989.
- Piłsudski, Józef: *Przemówienie*. In: *Pisma zbiorowe. Tom V*. Hrsg. von Józef Piłsudski. Warszawa 1989, S. 184.
- Ratzel, Friedrich: *Anthropogeographie. Grundzüge der Anwendung der Erdkunde auf die Geschichte*. Stuttgart 1899.
- Ratzel, Friedrich: *Der Lebensraum. Eine biogeographische Studie*. In: *Festgaben für Albert Schäffle zur siebenzigsten Wiederkehr seines Geburtstages*. Hrsg. von Karl Bücher u. Karl Victor Fricker. Tübingen 1901, S. 101–189.

- Ratzel, Friedrich: *Politische Geographie oder die Geographie der Staaten, des Verkehrs und des Krieges*. München u.a. 1903.
- Ratzel, Friedrich: *Politische Geographie*. München, Berlin 1923 [Nachdruck 1974].
- Ratzel, Friedrich: *Erdenmacht und Völkerschicksal. Eine Auswahl aus d. Werken* (= Kröners Taschenausgabe 155). Stuttgart 1940.
- Ratzel, Friedrich: *Die Gesetze des räumlichen Wachstums der Staaten. Ein Beitrag zur wissenschaftlichen politischen Geographie*. In: *Politische Geographie* (= Wege der Forschung 431). Hrsg. von Josef Matznetter. Darmstadt 1977, S. 29–53.
- Romer, Eugeniusz: *Rola rzek w historii i geografii narodów*. Lwów 1901.
- Romer, Eugeniusz: *Przyrodzone podstawy Polski historycznej*. Lwów 1912.
- Romer, Eugeniusz: *Problemes Territoriaux de la Pologne*. In: *Scientia* 28 (1920), S. 3–16.
- Romer, Eugeniusz: *Ziemia i Państwo. Kilka zagadnień geopolitycznych*. Lwów, Warszawa 1939.
- Schmitt, Carl: *Der Begriff des Politischen. Mit einer Rede über das Zeitalter der Neutralisierungen und Entpolitisierungen*. München 1932.
- Schmitt, Carl: *Die Wendung zum diskriminierenden Kriegsbegriff* (= Schriften der Akademie für deutsches Recht 33). München 1938.
- Schmitt, Carl: *Völkerrechtliche Grossraumordnung mit Interventionsverbot für raumfremde Mächte. Ein Beitrag zum Reichsbegriff im Völkerrecht* (= Politische Wissenschaft 2). Berlin³ 1941.
- Schmitt, Carl: *Der Nomos der Erde im Völkerrecht des Jus publicum Europaeum*. Berlin² 1974 [Nachdruck 1950].
- Schmitt, Carl: *Der Begriff des Politischen. Text von 1932 mit einem Vorwort und drei Corollarien*. Berlin⁸ 2009.
- Spykman, Nicholas J.: *Geography and Foreign Policy I*. In: *The American Political Science Review* 32 (1938), S. 28–50.
- Spykman, Nicholas J.: *Geography and Foreign Policy II*. In: *The American Political Science Review* 32 (1938), S. 213–236.
- Spykman, Nicholas J.: *The geography of the peace*. Hamden Conn. 1969.
- Spykman, Nicholas J.: *America's strategy in world politics*. New Brunswick, NJ 2008.
- Studnicki, Władysław: *Od socjalizmu do nacjonalizmu*. Lwów 1904.
- Studnicki, Władysław: *Sprawa polska*. Poznań 1910.
- Studnicki, Władysław: *Die Umgestaltung Mittel-Europa's durch den gegenwärtigen Krieg. Die Polenfrage in ihrer internationalen Bedeutung*. Wien 1915.

- Studnicki, Władysław: *Polen im politischen System Europas*. Berlin 1936.
- Studnicki, Władysław: *Denkschrift vom 5. Mai 1939 gegen einen Krieg mit Deutschland. Polnischen Ministern und einflußreichen Persönlichkeiten überreicht*. In: *Irrwege in Polen. Ein Kampf um die polnisch-deutsche Annäherung*. Hrsg. von Władysław Studnicki. Göttingen 1951, S. 107–109.
- Studnicki, Władysław: *Irrwege in Polen. Ein Kampf um die polnisch-deutsche Annäherung*. Göttingen 1951.
- Studnicki, Władysław: *Tragiczne manowce. Próby przeciwdziałania katastrofom narodowym 1939–1945*. Gdańsk 1995.
- Studnicki, Władysław: *List otwarty polskiego publicyisty do Pana Winston S. Churchilla*. In: *Polityka międzynarodowa Polski w okresie międzywojennym* (= Pisma wybrane II). Hrsg. von Władysław Studnicki. Toruń 2009, S. 355–362.
- Studnicki, Władysław: *Wobec nadchodzącej II-ej wojny światowej*. In: *Polityka międzynarodowa Polski w okresie międzywojennym* (= Pisma wybrane II). Hrsg. von Władysław Studnicki. Toruń 2009, S. 265–366.
- Wojciechowski, Zygmunt: *Pomorze a pojęcie Polski piastowskiej*. In: *Rocznik Gdański* (1933/34), S. 3–22.
- Wojciechowski, Zygmunt: *Rozwój terytorjalny Prus w stosunku do ziem macierzystych Polski* (= Światopogląd morski 15). Toruń 1933.
- Wojciechowski, Zygmunt: *Gdańsk*. In: *Awangarda Państwa Narodowego* 13 (1935), S. 25–26.
- Wojciechowski, Zygmunt: *The territorial development of Prussia in relation to the Polish homelands* (= Baltic pocket library). Toruń, London 1936.
- Wojciechowski, Zygmunt: *Niemiecka polityka wschodnia w teorii i w praktyce*. In: *Myśli o polityce i ustroju narodowym. Band 2* (= Awangardy 8). Hrsg. von Zygmunt Wojciechowski. Poznań 1937, 145-146.
- Wojciechowski, Zygmunt: *Idea Polskiej Wielkiej*. In: *Pełnia racji ideowej podstawą zjednoczenia* (= Awangardy 12). Hrsg. von Zygmunt Wojciechowski. Poznań 1939, S. 107–123.
- Wojciechowski, Zygmunt: *Polska – Niemcy. Dziesięć wieków zmagania*. Poznań 1945.
- Wojciechowski, Zygmunt: *O lewy brzeg Odry* (= Prace Instytutu Zachodniego 5). Poznań² 1946.
- Wojciechowski, Zygmunt: *Studia historyczne*. Warszawa 1955.

Gedruckte Quellen, Denkschriften, Erinnerungen und Darstellungen

- Alterman, Małgorzata: *Rada na Radę*. In: *Gazeta Wyborcza* (10.3.1992), S. 6.
- Baranowski, Władysław: *Rozmowy z Piłsudskim 1916–1931*. Warszawa 1990.
- Beck, Józef: *Ostatni raport*. Warszawa 1987.
- Bismarck, Otto von: *Gedanken und Erinnerungen. Erster Band*. Stuttgart 1898.
- Brandt, Willy: *Begegnungen und Einsichten. Die Jahre 1960-1975*. Hamburg 1976.
- British Thwart Nazi Plot to Restore German Armed Might. Hundreds Held After Round-Up of Free Nazis*. In: *The Paris News* (24.2.1947), S. 1.
- Brüning, Heinrich: *Memoiren 1918–1934*. Stuttgart 1970.
- Bundeswehr. NPD-Soldaten. Braune Feldgraue*. In: *Der Spiegel* (8.1.1968), S. 29.
- Charaszkiewicz, Edmund / Grzywacz, Andrzej u. a.: *Zbiór dokumentów płk. Edmunda Charaszkiewicza* (= Biblioteka Centrum Dokumentacji Czynu Niepodległościowego 9). Kraków 2000.
- Churchill, Winston: *Mémoires de guerre 1919–1941*. Paris 2015.
- Cicero, Marcus Tullius: *Von der Weissagung – De divinatione*. München 1962.
- Es kommt der Tag*. In: *Der Spiegel* (26.2.1958), S. 15.
- Foreign Relations of the United States. Diplomatic Papers. The Conference of Berlin (The Potsdam Conference) 1945. Volume II*. Washington 1960.
- Fröhlich, Elke: *Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Teil II. Diktate 1941–1945. Band 8. April–Juni 1943*. München, New Providence u.a. 1993.
- Fröhlich, Elke: *Die Tagesbücher von Joseph Goebbels. Teil I. Aufzeichnungen 1923–1941. Band I/I. Oktober 1923–November 1925*. München 2004.
- Goethe, Johann Wolfgang von: *Faust. Eine Tragödie von Goethe. Der Tragödie erster Teil*. Tübingen 1808.
- Gomułka, Władysław: *O problemie niemieckim. Artykuły i przemówienia*. Warszawa ² 1971.
- Hartmann, Christian / Thomas Vordermayer u. a.: *Hitler, Mein Kampf. Bd. I*. München, Berlin 2016.
- Hartmann, Christian / Thomas Vordermayer u. a.: *Hitler, Mein Kampf. Bd. II*. München, Berlin 2016.
- Heidelmeyer, Wolfgang / Hindrichs, Günter: *Dokumente zur Berlin-Frage 1944–1966* (= Schriften des Forschungsinstituts der deutschen Gesellschaft für auswärtige Politik. Reihe Internationale Politik und Wirtschaft 52,1). München ⁴ 1987.
- Herder, Johann Gottfried von: *Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit*. Berlin 2013.

- Herzog, Roman: *Der Umzug ist ein Ortswechsel, kein Richtungswechsel*. In: FAZ (4.2.1999), S. 6.
- Hindenburg, Paul von: *Aus meinem Leben*. Leipzig 1934.
- Hitler, Adolf: *Adolf Hitler in Franken. Reden aus der Kampfzeit*. Nürnberg 1939.
- Hitler, Adolf / Weinberg, Gerhard L. / Rothfels, Hans: *Hitlers zweites Buch* (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 7). Stuttgart 1961.
- Hofer, Walther: *Der Nationalsozialismus. Dokumente 1933–1945*. Frankfurt (Main) 1982.
- Jäckel, Eberhard: *Die deutsche Frage 1952–1956. Notenwechsel und Konferenzdokumente der vier Mächte*. Berlin, Frankfurt (Main) 1957.
- Jacobsen, Hans Adolf: *1939–1945. Der Zweite Weltkrieg in Chronik und Dokumenten*. Darmstadt 1959.
- Jędruszczak, Tadeusz / Maria Nowak-Kiełbikowa: *Dokumenty z dziejów polskiej polityki zagranicznej 1918-1939. Tom [Bd.] 2. 1933–1939*. Warszawa 1996.
- Kessler, Harry: *Das Tagebuch, 1916–1918* (= Das Tagebuch (1880-1937) 6). Stuttgart 2006.
- Kühlmann, Richard von: *Erinnerungen*. Heidelberg 1948.
- Lipski, Józef / Waclaw Jędrzejewicz: *Diplomat in Berlin, 1933–1939. Papers and memoirs of Józef Lipski, Ambassador of Poland*. New York 1968.
- List, Friedrich: *Das nationale System der politischen Ökonomie (1841)*. In: *Schriften, Reden, Briefe. Bd. 7*. Hrsg. von Erwin von Beckerath u. Friedrich Lenz. Aalen 1971.
- Mann, Thomas: *Ansprache vor Hamburger Studenten*. In: *Das Nebelhorn* (12.6.1953), S. 1.
- Mann, Thomas: *Reden und Aufsätze. Bd. 1* (= Stockholmer Gesamtausgabe X). Frankfurt (Main) 1965.
- Memorandum rządu PRL w sprawie zamrożenia zbrojeń jądrowych i termojądrowych w Europie środkowej ("Plan Gomułki")*. In: *Przegląd Zachodni* 2 (1964), S. 368–369.
- Mickiewicz, Adam: *Księgi narodu polskiego i pielgrzymstwa polskiego*. Paris 1832.
- Moltke, Helmuth von: *Erinnerungen Briefe Dokumente. 1877–1916. Ein Bild vom Kriegsausbruch, erster Kriegsführung und Persönlichkeit des ersten militärischen Führers des Krieges*. Stuttgart² 1922.
- Riezler, Kurt: *Tagebücher, Aufsätze, Dokumente*. Göttingen 1972.
- Ruhe: Die Nato nach Osteuropa hin öffnen*. In: FAZ (8.9.1993), S. 2.
- Sekretarjat Jeneralny Delegacji Polskiej: *Akty i dokumenty dotyczące sprawy granic Polski na konferencji Pokojowej w Paryżu 1918–1919. Bd. 1*. Paris 1920.
- Sonst sind wir tot*. In: *Der Spiegel* (20.10.1969), S. 116.
- Świtalski, Kazimierz: *Diariusz 1919–1935*. Warszawa 1992.

Szembek, Jan: *Diariusz i teki Jana Szembeka 1935–1945. Tom 1.* London 1964.

Szembek, Jan [Jean]: *Journal. 1933–1939.* Paris 1952.

Verhandlungen des Deutschen Bundestages. 11. Wahlperiode. Stenographische Berichte. Band 154 (Plenarprotokolle 11/219-11/236). Bonn 1990.

Weber, Max: *Deutschland unter den europäischen Weltmächten.* In: *Max Weber. Zur Politik im Weltkrieg. Schriften und Reden 1914-1918* (= Max Weber Gesamtausgabe I,15). Hrsg. von Wolfgang J. Mommsen. Tübingen 1984, S. 161–194.

Weber, Max: *Deutschlands weltpolitische Lage.* In: *Max Weber. Zur Politik im Weltkrieg. Schriften und Reden 1914-1918* (= Max Weber Gesamtausgabe I,15). Hrsg. von Wolfgang J. Mommsen. Tübingen 1984, S. 157–160.

Weber, Max: *Politik als Beruf.* In: *Wissenschaft als Beruf 1917/1919 – Politik als Beruf 1919* (= Max Weber Gesamtausgabe I,17). Hrsg. von Wolfgang J. Mommsen u. Wolfgang Schluchter. Tübingen 1992, S. 157–252.

Weber, Max: *Wissenschaft als Beruf.* In: *Wissenschaft als Beruf 1917/1919 – Politik als Beruf 1919* (= Max Weber Gesamtausgabe I,17). Hrsg. von Wolfgang J. Mommsen u. Wolfgang Schluchter. Tübingen 1992, S. 71–111.

Zusammenfassung der Europaabteilung des Außenministeriums nach einer Expertenrunde über die polnische Deutschlandpolitik. In: *Polska wobec zjednoczenia Niemiec 1989–1991. Dokumenty dyplomatyczne.* Hrsg. von Włodzimierz Borodziej. Warszawa 2006.

Zweig, Stefan: *Die Welt von gestern. Erinnerungen eines Europäers.* Frankfurt (Main) 1952.

Parlamentaria / Politische Protokolle

Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 1. bis 5. Juni 1966 in Dortmund. Bonn 1966.

Verhandlungen des Reichstages. IV. Wahlperiode 1928. Band 426. Berlin 1930.

Verhandlungen des Reichstages. IV. Wahlperiode 1928. Band 428. Berlin 1930.

Verhandlungen des Reichstages. VIII. Wahlperiode 1933. Band 427. Berlin 1934.

Verhandlungen des Reichstages. VIII. Wahlperiode 1933. Band 457. Berlin 1934.

Quellen (online)

6. Juli 1995: *Rede vor Sejm und Senat im polnischen Parlament in Warschau während des offiziellen Besuchs von Bundeskanzler Kohl in der Republik Polen.* https://www.helmut-kohl-kas.de/index.php?menu_sel=17&menu_sel2=126&menu_sel3=&menu_sel4=&msg=1597 (28.1.2021).

A Europe Whole and Free. Remarks to the Citizens in Mainz. President George Bush. Rheingoldhalle. Mainz, Federal Republic of Germany, May 31, 1989. <https://usa.usembassy.de/etexts/ga6-890531.htm> (26.11.2020).

Address Before a Joint Session of the Congress on the Persian Gulf Crisis and the Federal Budget Deficit. <https://www.presidency.ucsb.edu/documents/address-before-joint-session-the-congress-the-persian-gulf-crisis-and-the-federal-budget> (26.11.2020).

Address by President Bill Clinton to the UN General Assembly. Remarks to the 48th Session of the United Nations General Assembly. <https://2009-2017.state.gov/p/io/potusunga/207375.htm> (27.1.2021).

Adolf Hitler, Rede vor den Spitzen der Reichswehr, 3. Februar 1933. https://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0109_hrw&l=de (10.1.2021).

„Geopolitik“ – Versionsgeschichte. <https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Geopolitik&action=history> (9.1.2021).

Außenhandel. Gesamtentwicklung des deutschen Außenhandels ab 1950. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Aussenhandel/Tabellen/gesamtentwicklung-aussenhandel.pdf> (7.1.2021).

Bericht über eine Besprechung (Schmundt-Mitschrift). <https://www.ns-archiv.de/krieg/1939/schmundt/23-05-1939-schmundt.php> (9.1.2021).

Bocheński, Adolf: *Polska w polityce Stalina.* http://wyborcza.pl/magazyn/1,124059,6537664,POLSKA_W_POLITYCE_STALINA.html (18.1.2021).

Botschaft des Bundeskanzlers an alle Regierungen der Welt zum Tag der Deutschen Einheit. <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/bulletin/botschaft-des-bundeskanzlers-an-alle-regierungen-der-welt-zum-tag-der-deutschen-einheit-787720> (27.1.2021).

Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 85 (6. Mai 1955). <https://www.konrad-adenauer.de/quellen/erklarungen/1955-05-05-proklamation> (24.11.2020).

BVerfGE 90, 286 - Out-of-area-Einsätze. <https://www.servat.unibe.ch/dfr/bv090286.html> (28.1.2021).

Churchill, Winston: *We Shall Fight on the Beaches.* <https://winstonchurchill.org/resources/speeches/1940-the-finest-hour/we-shall-fight-on-the-beaches/> (10.1.2021).

Comprehensive Plan for the Organizational Structure of the U.S. Space Force. <https://velosteam.com/wp-content/uploads/2020/02/Space-Force-Report.pdf> (30.1.2021).

Das 25-Punkte-Programm der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. <http://www.documentarchiv.de/wr/1920/nsdap-programm.html> (10.1.2021).

Das vereinte Deutschland zukunftsfähig machen. Koalitionsvereinbarung zwischen der CDU, CSU und der FDP. https://www.kas.de/c/document_library/get_file?uuid=6ca3896a-da76-f841-a1c8-bfd9ae53f648&groupId=252038 (28.1.2021).

Declaration on Mutual and Balanced Force Reductions ("Reykjavik Signal"). <https://www.nato.int/docu/comm/49-95/c680624a.htm> (17.1.2021).

Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Gerichtshof Nürnberg. Bd. 14. <http://www.zeno.org/nid/20002761416> (4.3.2021).

Deutscher Bundestag: 3. Wahlperiode, 9. Sitzung. *Stenographischer Bericht.* <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/03/03009.pdf> (25.11.2020).

Die Hoßbach-Niederschrift. <https://www.ns-archiv.de/krieg/1937/hossbach/> (17.1.2021).

Dr. disc. pol. Heinz Brill. <https://www.oemz-online.at/display/ZLIintranet/Brill> (26.11.2020).

Dramatische Situation! Wie gefährlich ist der neue Kalte Krieg? Und welche Rolle spielt Deutschland in der neuen Konfrontation der Mächte? [Interview mit Alexandr Dugin]. <http://www.4pt.su/de/content/%E2%80%9Edramatische-situation%E2%80%9C> (19.2.2021).

Dugin: nužen ruskij tsar' dla vsej Yevropy. <https://www.youtube.com/watch?v=TCPBCrNjZvE> (17.7.2017).

Erklärung zwischen Deutschland und Polen über den Verzicht auf Gewaltanwendung, unterzeichnet in Berlin am 26. Januar 1934. <https://www.herder-institut.de/resolve/qid/32.html> (17.1.2021).

Free City of Danzig. Guard Detachment for the Polish war material depot on the Westerplatte. Note by the Secretary-General (16. März 1933). https://biblio-archive.unog.ch/Dateien/CouncilDocs/C-195-1933-I_EN.pdf (12.1.2021).

Gallus Anonymus: *Chronicum Polonorum. Liber 3,6.* https://www.hs-augsburg.de/~harsch/Chronologia/Lspost12/Gallus/gal_ch01.html (21.11.2020).

Geopolitics. <https://en.wikipedia.org/wiki/Geopolitics> (28.10.2020).

Geopolitics: A Very Short Introduction. <https://www.youtube.com/watch?v=ddEYoD10L8Y> (9.1.2021).

Géopolitique. <https://fr.wikipedia.org/wiki/G%C3%A9opolitique> (28.10.2020).

Gesetz über die parlamentarische Beteiligung bei der Entscheidung über den Einsatz bewaffneter Streitkräfte im Ausland (Parlamentsbeteiligungsgesetz). <https://www.gesetze-im-internet.de/parlbgb/BJNR077500005.html> (28.1.2021).

Harmel Report. https://www.nato.int/cps/en/natohq/topics_67927.htm (17.1.2021).

HC [House of Commons] Deb[ate] 22 January 1948 vol 446 cc383-517:
<https://api.parliament.uk/historic-hansard/commons/1948/jan/22/foreign-affairs>. <https://api.parliament.uk/historic-hansard/commons/1948/jan/22/foreign-affairs> (17.1.2021).

Historia i autorzy strony „Geopolityka”. <https://pl.wikipedia.org/w/index.php?title=Geopolityka&action=history> (28.10.2020).

Hitler spricht vor den Befehlshabern des Heeres und der Marine (3.2.1933). <https://www.ns-archiv.de/krieg/1933/03-02-1933.php> (10.1.2021).

Importe und Exporte der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) von 1949 bis 1989. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/249248/umfrage/aussenhandel-der-ddr/> (17.1.2021).

Kröger, Michael: *Miterrand forderte Euro als Gegenleistung für die Einheit*. <https://www.spiegel.de/politik/ausland/historischer-deal-miterrand-forderte-euro-als-gegenleistung-fuer-die-einheit-a-719608.html> (27.1.2021).

Mit südöstlichen EU-Mitgliedsstaaten eng zusammenarbeiten – Außenminister Maas in Bukarest. <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/laender/rumaenien-node/maas-rumaenien/2137498> (30.1.2021).

Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Berlin vom 2. August 1945 (Potsdamer Abkommen). <http://www.documentarchiv.de/in/1945/potsdamer-abkommen.html> (19.2.2021).

Monroe Doctrine. December 2[nd] 1823. http://avalon.law.yale.edu/19th_century/monroe.asp (1.4.2019).

Neutralisierung Deutschlands. <https://www.konrad-adenauer.de/quellen/zitate/neutralisierung-deutschlands> (25.11.2020).

Note der Sowjetregierung an die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs über den Friedensvertrag mit Deutschland, 10. März 1952. https://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0031_not&object=pdf&st=&l=de (25.11.2020).

Odczyt z okazji otrzymania Nagrody Nobla. <https://www.nobelprize.org/prizes/literature/1980/milosz/25508-czeslaw-milosz-nobel-lecture-1980/> (17.1.2021).

Odsetek wiernych uczestniczących w mszach świętych w Polsce. <https://portalstatystyczny.pl/odsetek-wiernych-uczestniczacych-w-mszach-swietych-w-polsce/> (27.10.2020).

Paléologue, Maurice: *An Ambassador's Memoirs. Volume II*. <http://net.lib.byu.edu/estu/wwi/memoir/FrAmbRus/palTC.htm> (13.3.2018).

Polacy! Klub Państwowców Polskich. <https://www.sbc.org.pl/dlibra/show-content/publication/edition/90578?id=90578> (9.1.2021).

President Harry S. Truman's Address before a Joint Session of Congress [12. März 1947]. https://avalon.law.yale.edu/20th_century/trudoc.asp (17.1.2021).

Professor Klaus Dodds. [https://pure.royalholloway.ac.uk/portal/en/persons/klaus-dodds\(fb99b223-7661-4aa1-95f6-1cd527dd0fc7\).html](https://pure.royalholloway.ac.uk/portal/en/persons/klaus-dodds(fb99b223-7661-4aa1-95f6-1cd527dd0fc7).html) (9.1.2021).

Putins Botschaft zur Lage der Nation am 25. April 2005. <https://laender-analysen.de/russland-analysen/63/putins-botschaft-zur-lage-der-nation-am-25-april-2005/> (28.1.2021).

Reaktionen auf Stalin-Note. <https://www.zeitzeugen-portal.de/videos/C9ATmwPHZjs> (26.1.2021).

Rede von Willy Brandt über die Lage der Nation (Dortmund, 1.-5. Juni 1966). https://www.cvce.eu/content/publication/2007/8/16/cec6ebf1-6954-48c5-940c-66bf4f60467e/publishable_de.pdf (8.1.2021).

Reich is guilty, League votes; Danes Abstain. <https://www.newspapers.com/image/52786650/> (17.1.2021).

Reiter, Janusz: *Mocarstwo na horyzoncie*. In: *Rzeczpospolita* (6.6.1999). <https://archiwum.rp.pl/artukul/229762-Mocarstwo-na-horyzoncie.html>.

Remarks By President Obama to the Australian Parliament. <https://obamawhitehouse.archives.gov/the-press-office/2011/11/17/remarks-president-obama-australian-parliament> (31.1.2021).

Roman Dmowski: Doktryna i realizm w polityce. <http://geopolityka.net/roman-dmowski-doktryna-i-realizm-w-polityce/> (29.11.2016).

Skelton, George: *One Germany: U.S. Unfazed, Europeans Fret*. <https://www.latimes.com/archives/la-xpm-1990-01-26-mn-704-story.html> (27.1.2021).

Sprawozdanie Stenograficzne z 28 posiedzenia Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 26, 27 i 28 kwietnia 1990 r. Warszawa 1990. [http://orka2.sejm.gov.pl/StenogramyX.nsf/0/149D404F357405C4C1257D20002CC713/\\$file/028_000007497.pdf](http://orka2.sejm.gov.pl/StenogramyX.nsf/0/149D404F357405C4C1257D20002CC713/$file/028_000007497.pdf) (28.1.2021).

Text of the Joint Declaration of Twenty-Two States. <https://www.presidency.ucsb.edu/documents/text-the-joint-declaration-twenty-two-states> (27.11.2020).

The Franco-Russian Alliance Military Convention - August 18, 1892. https://avalon.law.yale.edu/19th_century/frumil.asp (9.1.2021).

The Treaty of Economic, Social and Cultural Collaboration and Collective Self-Defence, signed in Brussels on 17 March 1948 by Belgium, France, Luxembourg, the Netherlands and the United Kingdom. <https://www.cvce.eu/en/collections/unit-content/-/unit/>

02bb76df-d066-4c08-a58a-d4686a3e68ff/9059327f-7f8a-4a74-ac7e-5a0f3247bcd3/
Resources (20.11.2020).

The Vandenberg Resolution. https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_17054.htm
(24.11.2020).

The von der Leyen Commission's priorities for 2019-2024. [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2020/646148/EPRS_BRI\(2020\)646148_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2020/646148/EPRS_BRI(2020)646148_EN.pdf) (30.1.2021).

Treaty of Peace with Germany (Treaty of Versailles). <https://www.loc.gov/law/help/us-treaties/bevans/m-ust000002-0043.pdf> (9.1.2021).

Umowa polityczna francusko-polska, podpisana w Paryżu dnia 19 lutego 1921 r. <http://isap.sejm.gov.pl/isap.nsf/DocDetails.xsp?id=WDU19220630563> (9.1.2021).

Ursula von der Leyen. President-elect of the European Commission. Speech in the European Parliament Plenary Session As delivered. https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/president-elect-speech-original_1.pdf (19.2.2021).

Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten vom 26. Mai 1952. https://www.kas.de/c/document_library/get_file?uuid=16c6d3b1-7052-0e71-ecdb-6ddc19ca4be7&groupId=252038 (24.11.2020).

Vertrag über die Europäische Union. https://europa.eu/european-union/sites/europaeu/files/docs/body/treaty_on_european_union_de.pdf (26.11.2020).

Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand, 11.-14. Mai 1955. https://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_ru&dokument=0013_war&object=translation&st=&l=de (27.11.2020).

Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen [„Warschauer Vertrag“], 7. Dezember 1970. https://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0246_war&object=sources&st=&l=de (25.11.2020).

Visegrad Declaration 1991. <http://www.visegradgroup.eu/documents/visegrad-declarations/visegrad-declaration-110412> (8.1.2021).

Work Together to Build the Silk Road Economic Belt and The 21st Century Maritime Silk Road. Full text of President Xi's speech at opening of Belt and Road forum. https://www.fmprc.gov.cn/mfa_eng/wjdt_665385/zyjh_665391/t1465819.shtml (29.10.2018).

Zeitgenössische politische und historische Schriften

Adams, Brooks: *The Law of Civilization and Decay. An Essay on History*. Norderstedt 2018.

Askenazy, Szymon: *Przymierze polsko-pruskie*. Warszawa³ 1918.

Bowman, Isaiah: *Geography vs. Geopolitics*. In: *Geographical Review* 4 (1942), S. 646–658.

- Buell, Raymond Leslie: *Poland. Key to Europe*. London 1939.
- Charaszkievicz, Edmund: *Przebudowa Wschodu Europy*. Londyn [London] 1955.
- Chociszewski, Józef: *Malowniczy opis Polski czyli geografia ojczystego kraju*. Inowrocław 1907.
- Ciałowicz, Jan: *Polsko-francuski sojusz wojskowy 1921-1939*. Warszawa 1970.
- Claß, Heinrich: *Denkschrift betreffend die national-, wirtschafts- und sozial-politischen Ziele des deutschen Volkes im gegenwärtigen Kriege*. Mainz 1915.
- Darwin, Charles: *On the Origin of Species by Means of Natural Selection. Or the Preservation of Favoured Races in the Struggle for Life*. London 1859.
- Déat, Marcel: *Mourir pour Dantzig?* In: *L'Œuvre* (4.5.1939), S. 1.
- Delbrück, Hans: *Ludendorffs Selbstporträt*. Berlin ¹⁰ 1922.
- Eckart, Dietrich: *Der Bolschewismus von Moses bis Lenin. Zwiegespräch zwischen Adolf Hitler und mir*. München 1925.
- Gelberg, Ludwik: *Die Normalisierung der Beziehungen zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland. Rechtspolitische Fragen*. Hamburg 1977.
- Gregory, John Duncan: *On the edge of diplomacy. Rambles and reflections 1902-1928*. London ² 1929.
- Grimm, Hans: *Volk ohne Raum*. München 1926.
- Gurian, Waldemar: *Carl Schmitt. Der Kronjurist des III. Reiches*. In: *Deutsche Briefe* 4 (1934), S. 52–54.
- Hagan, Charles B.: *Geopolitics*. In: *The Journal of Politics* 4 (1942), S. 478–490.
- Helfferich, Karl: *Der Weltkrieg. Band 3*. Berlin 1919.
- Henning, Richard: *Geopolitik. Die Lehre vom Staat als Lebewesen*. Wiesbaden 1924.
- Hill, Russell: *Struggle for Germany*. New York 1947.
- Holzer, Jerzy: *Solidarität. Die Geschichte einer freien Gewerkschaft in Polen*. München 1985.
- Jaszunski, Grzegorz: *Socjalista w Niemczech*. In: *Robotnik* (25.6.1945).
- Jaworski, Wladyslaw: *Z zagadnien polityki swiatowej*. Kraków 1921.
- Keller, Bill: *Gorbachev, in Finland, Disavows Any Right of Regional Intervention*. <https://www.nytimes.com/1989/10/26/world/gorbachev-in-finland-disavows-any-right-of-regional-intervention.html> (28.1.2021).
- Klaczko, Julian: *Die deutschen Hegemonen. Offenes Sendschreiben an Herrn Georg Gervinus*. Berlin 1849.

- Kutzscher, Gerhard: *Großraum-Wirtschaft. Der Weg zur europäischen Einheit*
Herausgegeben von Wilhelm Gürge und Wilhelm Grotkopp. Berlin 1931 [Rezension]. In:
Zeitschrift für Politik 23 (1934), S. 577–580.
- Mahan, Alfred Thayer: *The influence of sea power upon history. 1660-1783*. Gloucester¹²
2009.
- Malcużyński, Karol: *Gomulka Plan zum Einfrieren der Kernrüstungen in Mitteleuropa*.
Warschau 1965.
- Maschke, Erich / Weise, Erich: *Sammelbesprechung zur neueren polnischen Literatur*. In:
Altpreußische Forschungen 11 (1934), S. 136–141.
- Moszyński, Jan / Wojciechowski, Zygmunt: *Stosunki polsko-niemieckie i problem Europy*
Środkowej. Warszawa 1941.
- Pawłowski, Stanisław / Bystroń, Jan / Peretiatkowicz Antoni: *Polska współczesna*. Lwów,
Warszawa 1928.
- Piasecki, Stanisław: *Pójdziemy własną drogą*. In: *Walka* 28 (1940).
- Pol, Wincenty: *Północny wschód Europy pod względem natury*. Kraków.
- Pol, Wincenty: *Historyczny obszar Polski*. Kraków 1869.
- Rappaport, Emil Stanislaw: *Narod-Zbrodniarz. Przestępstwa hitleryzmu a narod niemiecki*.
Szkic analityczny przestępczosci i odpowiedzialności osobowozespolowej. Łódź 1945.
- Richthofen, Ferdinand von: *Aufgaben und Methoden der heutigen Geographie. Akademische*
Antrittsrede, gehalten in der Aula der Universität Leipzig am 27. April 1883. Leipzig
1883.
- Ritter, Carl: *Ueber die geographische Verbreitung der Baumwolle und ihr Verhältniss zur*
Industrie der Völker alter und neuer Zeit. Berlin 1852.
- Röpke, Wilhelm: *The solution of the German problem*. New York 1948.
- Rosenberg, Alfred: *Der Mythos des 20. Jahrhunderts*. München 1930.
- Rosenberg, Alfred: *Der jüdische Bolschewismus*. In: *Schriften und Reden*. Hrsg. von Alfred
Rosenberg. München 1943, S. 567–574.
- Schepers, Hansjulius: *Geopolitik und Raumordnung*. In: *Zeitschrift für Geopolitik* 8/9 (1939),
S. 547–550.
- Schmitt, Carl: *Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus*. München
1923.
- Schmitt, Carl: *Verfassungslehre*. München 1928.
- Schmitt, Carl: *Der Führer schützt das Recht. Zur Reichstagsrede Adolf Hitlers vom 13. Juli*
1934. In: *Deutsche Juristenzeitung* 39 (1934), Spalte 945-950.

- Schmitt, Carl: *Die Verfassung der Freiheit*. In: Deutsche Juristenzeitung 40 (1935).
- Schneider, Friedrich: *Universalstaat oder Nationalstaat. Macht und Ende des Ersten Deutschen Reiches. Die Streitschriften von Heinrich von Sybel und Julius Ficker zur deutschen Kaiserpolitik des Mittelalters*. Innsbruck 1943.
- Schwarz, Hans-Peter: *Die gezähmten Deutschen*. Stuttgart 1985.
- Skwarczyński, Adam: *Cele wojny na wschodzie*. In: Rząd i Wojsko 4 (1920), S. 1–4.
- Sondern, Frederic: *The Thousand Scientists behind Hitler*. In: Reader's Digest 6 (1941), S. 23–28.
- Spengler, Oswald: *Preußentum und Sozialismus*. München 1919.
- Spengler, Oswald: *Der Untergang des Abendlandes. Namen- und Sachverzeichnis zu Band I und II*. Berlin 2018.
- Steininger, Rolf: *Eine Chance zur Wiedervereinigung?* (= /Archiv für Sozialgeschichte / Beiheft] 12). Bonn 1985.
- Stojanowski, Karol / Rospond, Stanisław: *O reslawizację wschodnich Niemiec* (= Biblioteka Słowiańska Komitetu Słowiańskiego we Wrocławiu t. 1). Wrocław 1946.
- Tatomir, Lucyan: *Geografia ogólna i statystyka ziem dawnej Polski*. Kraków 1868.
- W.B.: *Rücktritt Stürmers. Trepow russischer Ministerpräsident*. In: Frankfurter Zeitung (24.11.1916). <http://www.faz.net/aktuell/politik/der-erste-weltkrieg/frankfurter-zeitung-25-11-1916-russlands-ministerpraesident-zurueckgetreten-14305174.html>.
- Waitz, Georg: *Preußen und die erste polnische Theilung*. In: Historische Zeitschrift 3 (1860), S. 1–15.
- Wakar, Włodzimierz: *Związek ludów wyzwolonych. Polityka ludowa*. Warszawa 1919.
- Wakar, Włodzimierz: *Idea jagiellońska w dobie obecnej. Cz. I*. In: Wschód Polski 5 (1920), S. 1–8.
- Wakar, Włodzimierz: *Idea jagiellońska w dobie obecnej. Cz. II*. In: Wschód Polski 6-7 6-7 (1921), 10-16.
- Wąsowicz, Józef: *Materiały do geografii politycznej Polski*. In: Czasopismo Geograficzne 3 (1937), S. 218–219.
- Wehler, Hans-Ulrich: *Entsorgung der deutschen Vergangenheit? Ein polemischer Essay zum Historikerstreit*. München 1988.
- X: *The Sources of Soviet Conduct*. In: Foreign Policy 4 (1947), S. 566–582.
- Żebrowski, Oskar: *Polska. Ogólny zarys przyczyn wzrostu i upadku dawnego państwa polskiego*. Paryż 1847.

Sekundärliteratur

- Albert, Mathias / Reuber, Paul / Wolkersdorfer, Günter: *Kritische Geopolitik*. In: *Theorien der Internationalen Beziehungen*. Hrsg. von Manuela Spindler u. Siegfried Schieder. Opladen 2003, S. 505–529.
- Albrecht, Ulrich: *The Political Background of the Rapacki Plan of 1957 and Its Current Significance*. In: *Germany debates defense. The NATO alliance at the crossroads*. Hrsg. von Rudolf Steinke u. Michel Vale. Armonk, NY 1983, S. 117–133.
- Alexander, Manfred: *Kleine Geschichte Polens* 2008.
- Alexander, Martin S. / Philpott, William J.: *Introduction. Choppy Channel Waters – the Crests and Troughs of Anglo-French Defence Relations*. In: *Anglo-French defence relations between the wars*. Hrsg. von Martin S. Alexander u. William James Philpott. Basingstoke 2002, S. 1–25.
- Almássy, Ferenc: *The Three Seas Initiative. Central and Eastern Europe takes charge of its own destiny*. <https://visegradpost.com/en/2016/08/28/the-three-seas-initiative-central-and-eastern-europe-takes-charge-of-its-own-destiny/> (30.1.2021).
- Andrews, Charles: *The hollow colossus*. Oakland, California 2015.
- Asmus, Ronald D.: *Opening NATO's Door. How the Alliance Remade Itself for a New Era*. New York 2002.
- Aufgaben und Methoden der heutigen Geographie*. <https://digital.slub-dresden.de/werkansicht/dlf/273301/5/0/> (9.1.2021).
- Bach, Christine: *Der Bundestag stimmt für die Ost-Erweiterung der NATO*. <https://www.kas.de/de/web/geschichte-der-cdu/kalender/kalender-detail/-/content/der-bundestag-stimmt-fuer-die-ost-erweiterung-der-nato-v1> (28.1.2021).
- Banchoff, Thomas F.: *German Problem Transformed: Institutions, Politics, and Foreign Policy, 1945-1995 (Social history, popular culture, and politics in Germany)*. Ann Arbor 1999.
- Baring, Arnulf: *Unser neuer Größenwahn. Deutschland zwischen Ost und West*. Stuttgart 1988.
- Basler, Werner: *Deutschlands Annexionspolitik in Polen und im Baltikum* (= Institut f. Geschichte d. Völker d. UdSSR). Berlin 1962.
- Belzyt, Leszek: *Die Zahl der Sorben in der amtlichen Sprachenstatistik vor dem Ersten Weltkrieg*. In: *Nationale Minderheiten und staatliche Minderheitenpolitik in Deutschland im 19. Jahrhundert*. Hrsg. von Peter Kunze u. Hans Henning Hahn. Berlin 1999, S. 157–170.

- Bendiek, Annegret / Godehardt, Nadine / Schulze, David: *Das Zeitalter der digitalen Geopolitik*. <https://www.ipg-journal.de/schwerpunkt-des-monats/chinas-neue-macht/artikel/detail/das-zeitalter-der-digitalen-geopolitik-3579/> (30.1.2021).
- Berger, Johannes: *Die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland*. <https://www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verhaeltnisse-eine-sozialkunde/138634/wirtschaftliche-entwicklung?p=all> (7.1.2021).
- Berwinkel, Holger / Kröger, Martin: *Die Außenpolitik der deutschen Länder im Kaiserreich. Geschichte, Akteure und archivische Überlieferung (1871-1918). Beiträge des wissenschaftlichen Kolloquiums zum 90. Gründungstag des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts am 3. August 2010*. München 2012.
- Bingen, Dieter: *Die Stellung der Bundesrepublik Deutschland in der internationalen Politik aus polnischer Sicht* (= Hochschulschriften Sozialwissenschaften 16). Königstein/Taunus 1980.
- Bingen, Dieter: *Die Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen seit 1991* (= Bundesinstitut für Ostwissenschaftliche und Internationale Studien). Köln 1997.
- Bingen, Dieter: *Die Polenpolitik der Bonner Republik von Adenauer bis Kohl 1949–1991* (= Schriftenreihe des Bundesinstituts für Ostwissenschaftliche und Internationale Studien, Köln 33). Baden-Baden 1998.
- Bingen, Dieter: *Der lange Weg zur "Normalisierung". Die Entwicklung der Bezeichnungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Polen 1949–1990*. In: *Die deutsch-polnischen Beziehungen 1949–2000. Eine Werte- und Interessengemeinschaft?* Hrsg. von Wolf Dieter Eberwein u. Basil Kerski. Opladen 2001, S. 35–59.
- Bingen, Dieter / Węc, Janusz Józef: *Die Deutschlandpolitik Polens 1945–1991. Von der Status-quo-Orientierung bis zum Paradigmenwechsel*. Kraków, Kraków 1993.
- Bloch, Charles: *Das dritte Reich und die Welt. Die deutsche Aussenpolitik 1933–1945*. Paderborn 1992.
- Blouet, Brian W.: *Halford Mackinder. A Biography*. College Station 1987.
- Böhme, Klaus: *Aufrufe und Reden deutscher Professoren im Ersten Weltkrieg*. Stuttgart 1975.
- Böhret, Carl / Jann, Werner / Kronenwett, Eva: *Innenpolitik und politische Theorie*. Opladen³ 1988.
- Bordonaro, Federico: *Rediscovering Spykman. The Rimland, Geography of Peace and Foreign Policy*. http://www.exploringgeopolitics.org/publication_bordonaro_federico_rediscovering_spykman_rimland_geography_peace_foreign_policy/ (3.10.2016).
- Borejsza, Jerzy: *Antyslawizm Adolfa Hitlera*. Warszawa 1988.

- Borodziej, Włodzimierz: *Die Alternative Warschau*. In: *1939. An der Schwelle zum Weltkrieg. Die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges und das internationale System*. Hrsg. von Klaus Hildebrand, Jürgen Schmädke u. Klaus Zernack. Berlin / New York 1999, S. 321–326.
- Borowsky, Peter: *Zwischen Revisionismus und Realismus. Die deutsche Politik gegenüber Polen 1919 bis 1933*. Hamburg 2005.
- Bracher, Karl Dietrich / Sauer, Wolfgang / Schulz, Gerhard: *Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/1934*. Wiesbaden 1960.
- Bredow, Wilfried von: *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland*. Wiesbaden 2006.
- Breuer, Gereon: *Geopolitik. Das Spiel nationaler Interessen zwischen Krieg und Frieden* (= BN-Anstoß 6). Chemnitz 2015.
- Breuer, Stefan: *Carl Schmitt im Kontext. Intellektuellenpolitik der Weimarer Republik*. Berlin 2012.
- Briesewitz, Gernot: *Raum und Nation in der polnischen Westforschung 1918–1948. Wissenschaftsdiskurse, Raumdeutungen und geopolitische Visionen im Kontext der deutsch-polnischen Beziehungsgeschichte* (= Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau 32). Osnabrück 2014.
- Brockhaus. Enzyklopädie in 30 Bänden*. Leipzig, Mannheim ²¹ 2006.
- Broszat, Martin: *Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik*. Frankfurt (Main) 1972.
- Brown, Cynthia Stokes: *Chinese Admiral in the Indian Ocean*. <https://www.khanacademy.org/partner-content/big-history-project/expansion-interconnection/exploration-interconnection/a/zheng-he> (29.10.2018).
- Brown, Stuart Scott: *The future of US global power. Delusions of decline* (= International political economy series). Houndmills, Basingstoke, Hampshire 2013.
- Brüggemann, Karsten: *Russland und das Baltikum. Bestandsaufnahmen eines komplexen Verhältnisses im Nordosten Europas. 02.06.2007-03.06.2007 Göttingen (Tagungsbericht)*. www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-1679 (30.1.2021).
- Buras, Piotr / Cichocki, Marek A.: *German European policy - a Polish perspective* 2002.
- Burrows, Mathew J. / Engelke, Peter: *What World Post-COVID-19? Three Scenarios*. <https://www.atlanticcouncil.org/wp-content/uploads/2020/07/What-World-Post-COVID-19.pdf> (11.12.2020).
- Burstein, Daniel: *Weltmacht Europa*. München 1991.

- Buttmann, Günther: *Friedrich Ratzel. Leben und Werk eines deutschen Geographen 1844-1904* (= Große Naturforscher 40). Stuttgart 1977.
- Carl, Notger / Kiesel, Manfred: *Unternehmensführung. Moderne Theorien, Methoden und Instrumente*. Landsberg am Lech 1996.
- Cartarius, Ulrich: *Deutschland im Ersten Weltkrieg, Texte und Dokumente 1914-1918*. Herausgegeben von Ulrich Cartarius. München 1982.
- Chodakiewicz, Marek Jan: *Intermarium. The Lands Between the Black and the Baltic Seas*. New Brunswick, London 2012.
- Cienciala, Anna M. / Komarnicki, Titus [Tytus]: *From Versailles to Locarno. Keys to Polish Foreign Policy 1919-1925*. Lawrence [Kansas] 1984.
- Cimek, Gracjan / Franz, Maciej / Szydywar-Grabowska, Karolina: *Współczesne stosunki polsko-rosyjskie. Wybrane problemy*. Toruń 2012.
- Clinton, Hillary: *America's Pacific Century*. <https://foreignpolicy.com/2011/10/11/americas-pacific-century/> (11.12.2020).
- Conte, Arthur: *Die Teilung der Welt. Jalta 1945*. München 1967.
- Conze, Werner: *Nationalstaat oder Mitteleuropa? Die Deutschen des Reiches und Nationalitätenfragen Ostmitteleuropas im ersten Weltkrieg*. In: *Deutschland und Europa. Historische Studie zur Völker- und Staatenordnung des Abendlandes*. Hrsg. von Werner Conze. Droste 1951, S. 201–230.
- Conze, Werner: *Polnische Nation und deutsche Politik im Ersten Weltkrieg* (= Ostmitteleuropa in Vergangenheit und Gegenwart 4). Köln, Graz 1958.
- Czubiński, Antoni: *Między Niemcami a Rosją* (= Publikacje Instytutu Historii UAM 25). Poznań 1998.
- Daase, Christopher / Jochum, Michael: *Rußland sucht Bündnis mit Deutschland*. In: *Die Welt* (4.2.1993), S. 3.
- Davies, Norman: *Heart of Europe. The past in Poland's present*. Oxford, New York 2001.
- Davies, Norman: *God's Playground. Volume 2. 1795 to the present*. Oxford u.a. 2005.
- Davies, Norman: *Im Herzen Europas. Geschichte Polens*. München⁴ 2006.
- Davy, Benjamin: *Bodenpolitik*. In: *Handwörterbuch der Raumordnung*. Hrsg. von Ernst-Hasso Ritter. Hannover⁴ 2005, S. 117–125.
- Deist, Wilhelm / Messerschmidt, Manfred u. a.: *Ursachen und Voraussetzungen der deutschen Kriegspolitik* (= Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg Bd. I). Stuttgart 1979.

- Dembinski, Matthias: *Kein Abschied vom Leitbild "Zivilmacht". Die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik und die Zukunft europäischer Außenpolitik* (= HSFK-Report 2002,12). Frankfurt (Main) 2002.
- Denton, Kirk A.: *Exhibiting the Past. Historical Memory and the Politics of Museums in Postsocialist China*. Honolulu 2014.
- Deubner, Christian: *Die Wiedervereinigung der Deutschen und die Europäische Gemeinschaft*. In: *Gesamteuropa. Analysen, probleme und entwicklungsperspektiven*. Hrsg. von Cord Jakobeit u. Alparslan Yenal 1993, S. 393–412.
- Dirksen, Herbert von: *Moscow, Tokyo, London. 20 years of German foreign policy*. Norman 1952.
- Discovery of Oracle Bones*. <http://oraclememory.ihp.sinica.edu.tw/e-discovery.htm> (30.1.2021).
- Dmowski, Roman: *Polityka polska i odbudowanie państwa*. Komorów 2011.
- Dodds, Klaus: *Geopolitics. A very short introduction* (= Very short introductions 171). Oxford, New York 2007.
- Doernberg, Stefan: *Deutsch-sowjetischer Beziehungen 1922-1925. Vom Rapallo Vertrag bis zu den Verträgen vom 12 Oktober 1925*. Berlin 1978.
- Dowling, Timothy C.: *The Brusilov offensive*. Bloomington 2008.
- Downs, R. B.: *Books that Changed the World* 1978.
- Dworok, Gerrit / Weißmann, Christoph: *1968 und die "68er". Ereignisse, Wirkungen und Kontroversen in der Bundesrepublik*. Köln/Wien 2013.
- Ebeling, Frank: *Geopolitik 1919-1945. Karl Haushofer und seine Raumwissenschaft*. Berlin 1994.
- Eberhardt, Piotr: *Twórcy polskiej geopolityki*. Kraków 2006.
- Eisler, Jerzy: *Polska „ludowa”, ale polska*. <https://www.polska1918-89.pl/pdf/polska-ludowa,-ale-polska-,1934.pdf> (26.1.2021).
- Elcock, Howard: *Could the Versailles System have Worked?* Cham 2018.
- Elvert, Jürgen: *Mitteleuropa! Deutsche Pläne zur europäischen Neuordnung (1918-1945)* (= Historische Mitteilungen / Beiheft 35). Stuttgart 1999.
- Elvert, Jürgen: *"Irrweg Mitteleuropa. Deutsche Konzepte zur Neugestaltung Europas aus der Zwischenkriegszeit*. In: *Vision Europa* (= Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz : Beiheft 60). Hrsg. von Heinz Duchhardt u. Małgorzata Morawiec. Mainz 2003, S. 117–137.

- Elvert, Jürgen: *Europäische Leitbilder in der Neuzeit*. In: *Leitbild Europa? Europabilder und ihre Wirkungen in der Neuzeit*. Hrsg. von Jürgen Elvert u. Jürgen Nielsen-Sikora. Stuttgart 2009, S. 81–88.
- Emerson, Michael: *Post-Mortem on Europe's First War of the 21st Century*. <http://aei.pitt.edu/9382/2/9382.pdf> (30.1.2021).
- Epkenhans, Michael: *Seemacht = Weltmacht. Alfred T. Mahan und sein Einfluß auf die Seestrategie des 19. und 20. Jahrhunderts*. In: *Kiel, die Deutschen und die See* (= Historische Mitteilungen : Beiheft 3). Hrsg. von Jürgen Elvert. Stuttgart 1992, S. 35–46.
- Feiner, Sabine: *Weltordnung durch US-Leadership? Die Konzeption Zbigniew K. Brzezinskis*. Wiesbaden 2000.
- Fellman, Bruce: *How Sterling Professors Get That Way*. http://archives.yalealumnimagazine.com/issues/99_02/sterling.html (9.1.2021).
- Figura, Marek: *Rosja w myśli politycznej Władysława Studnieckiego*. In: *Europa a Rosja. Opinie, konflikty, współpraca. Studia*. Hrsg. von Zbigniew Anculewicz u. Jan Sobczak. Olsztyn 2003, S. 225–244.
- Fischer, Fritz: *Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland*. Düsseldorf 1961.
- Fischer, Fritz: *Griff nach der Weltmacht. Deutsche Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18*. Düsseldorf 1984 [Nachdr. d. Sonderausg. 1967].
- Flint, Colin: *Introduction to geopolitics*. London³ 2017.
- Frank, Cornelia: *NATOisierung polnischer und tschechischer Sicherheitspolitik* (= Aussenpolitik und Internationale Ordnung). Baden-Baden 2011.
- Friedman, George: *A Different Ever Closer Union*. <https://geopoliticalfutures.com/different-ever-closer-union/> (16.8.2017).
- Friedman, George: *Washington Returns to a Cold War Strategy*. <https://worldview.stratfor.com/article/washington-returns-cold-war-strategy> (30.1.2021).
- Friedman, George: *Die nächsten hundert Jahre. Die Weltordnung der Zukunft*. Frankfurt (Main) 2009.
- Friedman, George: *Następne 100 lat. Prognoza na XXI wiek*. Warszawa 2009.
- Friedman, George: *The next 100 years. A forecast for the 21st century*. New York 2009.
- Frölich, Jürgen: *Friedrich Naumanns "Mitteleuropa". Ein Buch, seine Umstände und seine Folgen*. In: *Friedrich Naumann in seiner Zeit*. Hrsg. von Rüdiger Vom Bruch. Berlin 2000, S. 245–267.
- Fukuyama, Francis: *Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?* München 1992.

- Fukuyama, Francis: *The End of History and the Last Man*. New York u.a. 1992.
- Gallus, Alexander: *Die Neutralisten. Verfechter eines vereinten Deutschland zwischen Ost und West 1945-1990* (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 127). Düsseldorf 2001.
- Garlicki, Andrzej: *Józef Pilsudski 1867 - 1935*. Kraków 2008.
- Garton Ash, Timothy: *The Polish Revolution*. New York 1984.
- Gehler, Michael: *Neutralität und Neutralisierungspläne für Mitteleuropa? Österreich, Ungarn, Tschechoslowakei und Polen*. In: *Neutralität - Chance oder Chimäre? Konzepte des Dritten Weges für Deutschland und die Welt 1945-1990*. Hrsg. von Dominik Geppert u. Udo Wengst. München 2005, S. 105–132.
- Gehrke, Roland: *Der polnische Westgedanke bis zur Wiedererrichtung des polnischen Staates nach Ende des Ersten Weltkrieges. Genese und Begründung polnischer Gebietsansprüche gegenüber Deutschland im Zeitalter des europäischen Nationalismus* (= Materialien und Studien zur Ostmitteleuropa-Forschung 8). Marburg 2001.
- Geppert, Dominik / Wengst, Udo: *Neutralität - Chance oder Chimäre? Konzepte des Dritten Weges für Deutschland und die Welt 1945-1990*. Berlin, Boston 2005.
- Gerhardt, Wolfgang: *Kein Wegbereiter des Nationalsozialismus*. In: *Berliner Zeitung* (5.1.2011), S. 36.
- Gołubiew, Antoni: *Mit o Drang nach Osten*. In: *Tygodnik Powszechny* (28.2.1960).
- Gordon, Philip H.: *NATO's transformation*. Lanham 1997.
- Göring Hermann (1893-1946). <http://www.encyklopedia.puszcza-bialowieska.eu/index.php?dzial=haslo&id=848> (17.1.2021).
- Gornig, Gilbert-Hanno: *Der völkerrechtliche Status Deutschlands zwischen 1945 und 1990. Auch ein Beitrag zu Problemen der Staatensukzession* (= Abhandlungen der Marburger Gelehrten Gesellschaft 27). München 2007.
- Göttler, Norbert: *Dachau, Moabit und zurück. Eine Begegnung mit Albrecht Haushofer. Literarische Collage*. München 2020.
- Graml, Hermann: *Eine wichtige Quelle - aber mißverstanden. Anmerkungen zu Wilfried Loth: „Die Entstehung der ‚Stalin-Note‘. Dokumente aus Moskauer Archiven“*. In: *Die Stalin-Note vom 10. März 1952. Neue Quellen und Analysen* (= Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 84). Hrsg. von Wilfried Loth, Hermann Graml u. a. München 2002, S. 117–137.
- Graml, Hermann: *Hitler und England. Ein Essay zur nationalsozialistischen Außenpolitik 1920 bis 1940* (= Zeitgeschichte im Gespräch 7E). München 2010.

- Grewe, Wilhelm: *Spiel der Kräfte in der Weltpolitik. Theorie und Praxis der internationalen Beziehungen*. Düsseldorf, Wien 1970.
- Gruchmann, Lothar: *Nationalsozialistische Großraumordnung* (= Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 4). Stuttgart 1962.
- Guzzini, Stefano: *The return of geopolitics in Europe? Social mechanisms and foreign policy identity crises* (= Cambridge studies in international relations 124). Cambridge 2012.
- Gzella, Jacek: *Między Sowietami a Niemcami. Koncepcje polskiej polityki zagranicznej konserwatystów wileńskich zgrupowanych wokół "Słowa" (1922-1939)*. Toruń 2011.
- Habermas, Jürgen: *Eine Art Schadensabwicklung. Die apologetischen Tendenzen in der deutschen Zeitgeschichtsschreibung*. In: *Historikerstreit. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung* (= Serie Piper 816). München ⁸ 1991, S. 62–76.
- Habielski, Rafał: *Tytuł pozostaje ten sam. O powinowactach geopolitycznych grupy "Buntu Młodych" i "Kultury"*. In: *Geopolityka i zasady. Studia z dziejów polskiej myśli politycznej* (= Polskie tradycje intelektualne 10). Hrsg. von Jacek Kloczkowski. Kraków / Warszawa 2010, S. 105–128.
- Hacke, Christian: *Weltmacht wider Willen* (= Ullstein-Buch 35380). Frankfurt (Main), Berlin 1993.
- Hackmann, Jörg / Kopij-Weiß, Marta: *Nationen in Kontakt und Konflikt. Deutsch-polnische Beziehungen und Verflechtungen 1806 - 1918* (= Deutsch-polnische Geschichte 3). Darmstadt 2014.
- Haftendorn, Helga: *Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung*. Stuttgart, München 2001.
- Haftendorn, Helga: *Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung 1945-2000*. Stuttgart, München 2001.
- Hahn, Werner G.: *Postwar Soviet Politics. The Fall of Zhdanov and the Defeat of Moderation, 1946-53*. Ithaca, NY 1982.
- Handl, Vladimír: *Germany and the Visegrad countries between dependence and asymmetric partnership?* (= Studien zur internationalen Politik 2002,3). Hamburg 2002.
- Hartshorne, Richard: *Political Geography*. In: *American geography. Inventory and prospect*. Hrsg. von Preston E. James u. Clarence F. Jones. Syracuse 1954, S. 167–226.
- Haushofer, Albrecht: *Allgemeine politische Geographie und Geopolitik. Erster Band*. Heidelberg 1951.

- Hausmann, Frank-Rutger: »*Deutsche Geisteswissenschaft*« im Zweiten Weltkrieg. Die »*Aktion Ritterbusch*« 1940-1945 (= Studien zur Wissenschafts- und Universitätsgeschichte 12). Heidelberg³ 2007.
- Hausmann, Kurt Georg: *Die politischen Ideen Roman Dmowskis*. Kiel 1968.
- Heisig, Johannes Volker: *Warum eine Osterweiterung der NATO? Analyse der Entscheidungsprozesse und Kontroversen in Deutschland und den USA im Zusammenhang der sicherheitspolitisch-strategischen Orientierungsdebatten nach dem Ost-West-Konflikt*. Berlin 2004.
- Hellmann, Gunther / Wagner, Wolfgang / Baumann, Rainer: *Deutsche Außenpolitik* (= Grundwissen Politik 39). Wiesbaden² 2014.
- Hendrix, Jerry: *Space: The New Strategic Heartland*. <https://www.nationalreview.com/2018/06/united-states-needs-space-force-national-security-interest/> (30.1.2021).
- Hertz, Sarah / Friedman, Hershey H.: *"Is the United States Still the Best Country in the World? Think Again"*. https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=2622722 (30.1.2021).
- Herwig, Holger H.: *The demon of geopolitics*. Lanham Md. 2016.
- Hildebrand, Klaus: *Kanonen für den Negus. Hitlers Doppelspiel im abessinischen Krieg*. In: Die Zeit (12.2.1971). <https://www.zeit.de/1971/07/kanonen-fuer-den-negus/komplettansicht>.
- Hildebrand, Klaus: *Deutsche Außenpolitik 1933–1945. Kalkül oder Dogma?* Stuttgart, Berlin⁵ 1990.
- Hildebrandt, Rainer: *Wir sind die letzten. Aus dem Leben des Widerstandskämpfers Albrecht Haushofer und seiner Freunde*. Neuwied u.a. 1949.
- Hillgruber, Andreas: *Die "Endlösung" und das deutsche Ostimperium als Kernstück des rassenideologischen Programms des Nationalsozialismus*. In: *ierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 20 (1972), S. 133–153.
- Hillgruber, Andreas: *Alliierte Pläne für eine "Neutralisierung" Deutschlands, 1945-1955* (= Geisteswissenschaften / Rheinisch-Westfälische Akademie der Wissenschaften G 286). Opladen 1987.
- Hipler, Bruno: *Hitlers Lehrmeister. Karl Haushofer als Vater der NS-Ideologie*. St. Ottilien 1996.
- Hobe, Stephan / Kimminich, Otto: *Einführung in das Völkerrecht* (= utb. Rechtswissenschaften, politische Wissenschaft 469). Tübingen¹¹ 2020.
- Hobsbawm, Eric J.: *Das lange 19. Jahrhundert*. Darmstadt 2017.

- Hofer, Walther: *Die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges. Eine Studie über die internationalen Beziehungen im Sommer 1939*. Frankfurt (Main) 1967.
- Hoffmann, Stanley: *Gulliver's troubles oder Die Zukunft des internationalen Systems* (= Krieg und Frieden). Bielefeld 1970.
- Höfner, Karlheinz: *Die Aufrüstung Westdeutschlands. Willensbildung, Entscheidungsprozesse und Spielräume westdeutscher Politik 1945 bis 1950* (= Deutsche Hochschuledition 17). München 1990.
- Höltje, Christian: *Die Weimarer Republik und das Ostlocarno-Problem*. Würzburg 1958.
- Hübinger, Gangolf: *"Mitteleuropa" und Polen. Deutsche Ordnungsvorstellungen 1915-1917*. In: *Der Erste Weltkrieg unter dem Gesichtspunkt der deutsch-polnischen Beziehungen. Pierwsza wojna światowa w kontekście stosunków polsko-niemieckich. Beiträge einer Tagung in Trieglaff und Külz 13.-15. September 2012* (= Zeszyty kulickie / Külzer Hefte 11). Hrsg. von Lisaweta von Zitzewitz, S. 99–116.
- Hunter, James M.: *Perspective on Ratzel's political geography*. Lanham u.a. 1983.
- Huntington, Samuel P.: *The clash of civilizations and the remaking of world order*. New York 1996.
- Hürter, Johannes: *Wilhelm Groener. Reichswehrminister am Ende der Weimarer Republik (1928-1932)* (= Beiträge zur Militärgeschichte 39). München 1993.
- Hyde Price, Adrian: *Germany and European order. Enlarging NATO and the EU*. Manchester 2000.
- Jablonowski, Horst: *Russland, Polen und Deutschland. Gesammelte Aufsätze*. Köln 1972.
- Jacobmeyer, Wolfgang: *Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen bis zur Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (Helsinki 1975)* (= Schriftenreihe des Georg-Eckert-Instituts für Internationale Schulbuchforschung). Braunschweig 1987.
- Jacobsen, Hans-Adolf: *Nationalsozialistische Aussenpolitik 1933-1938*. Frankfurt (Main) 1968.
- Jacobsen, Hans-Adolf: *Mißtrauische Nachbarn, Deutsche Ostpolitik 1919–1970. Dokumentation und Analyse*. Düsseldorf 1970.
- Jacobsen, Hans-Adolf: *Der Weg zur Teilung der Welt*. Koblenz, Bonn 1977.
- Jacobsen, Hans-Adolf: *Karl Haushofer. Leben und Werk. Band I. Lebensweg 1869-1946 und ausgewählte Texte zur Geopolitik* (= Schriften des Bundesarchivs 24/I). Boppard am Rhein 1979.
- Jäger, Thomas: *Europas neue Ordnung. Mitteleuropa als Alternative?* München 1990.

- Jahn, Egbert: *Politische Streitfragen. Band 4. Weltpolitische Herausforderung*. Wiesbaden 2015.
- Jankowski, Paul: *Verdun* (= Schriftenreihe / Bundeszentrale für Politische Bildung 1692). Bonn 2016.
- Jaruzelski, Jerzy: *Mackiewicz i konserwatyści. Szkice do biografii*. Warszawa 1976.
- Jaruzelski, Jerzy: *Stanisław Cat-Mackiewicz 1896-1966. Wilno, Londyn, Warszawa*. Warszawa² 1994.
- Jarząbek, Wanda: *PRL w politycznych strukturach Układu Warszawskiego w latach 1955-1980*. Warszawa 2008.
- Jauer, Joachim: *Urbi et Gorbi. Christen als Wegbereiter der Wende* (= Herder-Spektrum 6266). Freiburg 2010.
- Jędrzejczyk, Dobiesław: *Mysł geograficzna Wacława Nalkowskiego*. Warszawa 1999.
- Jędrzejewicz, Wacław: *Kronika życia Józefa Piłsudskiego 1867–1935. Tom [Bd.] II. 1921-1935*. Londyn [London] 1986.
- Jeffery, Charlie / Paterson, William E.: *Germany's Power in Europe*. In: *Interlocking dimensions of European integration* (= One Europe or several?). Hrsg. von Helen Wallace. Basingstoke 2001, S. 179–214.
- Jellinek, Georg: *Allgemeine Staatslehre* (= Das Recht des modernen Staates 1). Berlin² 1905.
- Joffe, Josef: *The Myth of America's Decline. Politics, Economics, and a Half Century of False Prophecies*. New York 2013.
- Jopp, Matthias: *Perceptions of Germany's European Policy an Introduction*. In: *Germany's European policy. Perceptions in key partner countries* (= Europäische Schriften des Instituts für Europäische Politik 78). Hrsg. von Mathias Jopp, Heinrich Schneider u. Uwe Schmalz. Bonn 2002, S. 9–19.
- Josten, Daniel: *Gibt es eine Renaissance der Geopolitik?* München 2007.
- Juchnowski, Rafał: *Miejsce geopolityki w polskiej myśli politycznej XIX i XX wieku*. Toruń 2018.
- Jureit, Ulrike: *Lebensraum*. In: *Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa*. <https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/lebensraum/> (4.6.2019).
- Jüttner, Alfred: *Die deutsche Frage. Eine Bestandsaufnahme*. Köln, Berlin u.a. 1971.
- Kaczmarek, Marcin / Konończuk, Wojciech: *Rosyjski dylemat w polityce zagranicznej Polski po 1999 roku*. In: *Polityka wschodnia Polski. Uwarunkowania koncepcje realizacja*. Hrsg. von Tomasz Kapuśniak u. Andrzej Gil. Lublin 2009, S. 208–212.

- Karádi, Matthias Z.: *Die Reform der Atlantischen Allianz. Bündnispolitik als Beitrag zur kooperativen Sicherheit in Europa?* (= Forschungsberichte Internationale Politik 17). Münster 1994.
- Karaganov, Sergei: *A Chance for a Fundamental Renewal*. <https://eng.globalaffairs.ru/articles/the-watershed-year-interim-results>.
- Karski, Jan: *The Great Powers & Poland, 1919–1945. From Versailles to Yalta*. Lanham, New York, London 1985.
- Katzenstein, Peter J.: *United Germany in an Integrating Europe*. In: *Tamed power*. Hrsg. von Peter J. Katzenstein. Ithaca 1997, S. 1–48.
- Kawalec, Krzysztof: *Problem prorosyjskości Romana Dmowskiego*. <http://www.omp.org.pl/artukul.php?artykul=396> (26.1.2017).
- Kaźmierczak, Błażej / Lemmen, Daniel J.: *Polens geopolitisches Dilemma und seine transatlantische Lösung. Ein einleitender Überblick*. In: *Po obu stronach Odry. Europejskie, narodowe i regionalne aspekty sąsiedztwa polsko-niemieckiego Księga jubileuszowa Profesora zw. dr hab. dr h.c. Andrzeja Jana Szwarca. Auf beiden Seiten der Oder. Europäische, nationale und regionale Aspekte der deutsch-polnischen Nachbarschaft Festschrift für Professor Dr. habil. Dr. h.c. Andrzej Jan Szwarc*. Hrsg. von Aleksandra Chylewska-Tölle u. Alexander Tölle. Berlin 2016, S. 119–136.
- Kędzierski, Marcin: *Czas na Międzymorze*. <https://nowakonfederacja.pl/czas-na-miedzymorze/> (30.1.2021).
- Keil, Lars-Broder / Kellerhoff, Sven Felix: *Deutsche Legenden. Vom "Dolchstoß" und anderen Mythen der Geschichte*. Berlin 2002.
- Kennan, George F.: *The decline of Bismarck's European order. Franco-Russian relations, 1875-1890*. Princeton 1979.
- Kennert, Matthias: *Die Mär von der multipolaren Weltordnung. Hegemonie in der Sicherheitspolitik des 21. Jahrhunderts*. https://www.baks.bund.de/sites/baks010/files/arbeitspapier_sicherheitspolitik_5_2015.pdf (27.1.2021).
- Kissenkoetter, Udo: *Gregor Straßer und die NSDAP* (= Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 37). Stuttgart 1978.
- Kissinger, Henry: *A World Restored. Metternich, Castlereagh and the Problems of Peace 1812-1822*. Boston 1957.
- Kissinger, Henry: *Das Gleichgewicht der Großmächte* (= Manesse-Bibliothek der Weltgeschichte). Zürich ² 1990.
- Kissinger, Henry: *Diplomacy*. New York u.a. 1994.

- Kiwerska, Jadwiga: *Gra o Europę. Bezpieczeństwo europejskie w polityce Stanów Zjednoczonych pod koniec XX wieku* (= Prace Instytutu Zachodniego 65). Poznań 2000.
- Knappertsbusch, Felix: *Antiamerikanismus in Deutschland* (= Kulturen der Gesellschaft 21). Bielefeld 2016.
- Koenen, Gerd: *Der deutsche Russland-Komplex. Zur Ambivalenz deutscher Ostorientierung in der Weltkriegsphase des 20. Jahrhunderts*. http://gerd-koenen.eu/media/filer_public/28/e8/28e8068d-e22d-4ad1-8730-3937ca92fb03/der_deutsche_russland-komplex.pdf (10.1.2021).
- Koenen, Gerd: *Hitlers Russland. Ambivalenzen im deutschen „Drang nach Osten“*. http://gerd-koenen.eu/media/filer_public/44/18/44188e88-6720-4dbb-a5d0-b9ef2de64e52/hitlersrussland_kommune_januar2003.pdf (19.2.2021).
- Koenen, Gerd: *"Rom oder Moskau". Deutschland, der Westen und die Revolutionierung Russlands 1914–1924*. Tübingen 2003.
- Kornat, Marek: *Spór o polską rację stanu w roku 1937*. In: *Geopolityka i zasady. Studia z dziejów polskiej myśli politycznej* (= Polskie tradycje intelektualne 10). Hrsg. von Jacek Kloczkowski. Kraków / Warszawa 2010, S. 45–73.
- Kornat, Marek: *Polen zwischen Hitler und Stalin. Studien zur polnischen Außenpolitik in der Zwischenkriegszeit*. Berlin 2012.
- Kornat, Marek: *Polityka zagraniczna Polski, 1938-1939. Cztery decyzje Józefa Becka*. Gdańsk 2012.
- Kosow, Hannah / Gaßner, Robert: *Methoden der Zukunfts- und Szenarioanalyse. Überblick, Bewertung und Auswahlkriterien* (= Werkstattbericht / Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung 103). Berlin 2008.
- Kost, Klaus: *Die Einflüsse der Geopolitik auf Forschung und Theorie der politischen Geographie von ihren Anfängen bis 1945. Ein Beitrag zur Wissenschaftsgeschichte der politischen Geographie und ihrer Terminologie unter besonderer Berücksichtigung von Militär- und Kolonialgeographie* (= Bonner geographische Abhandlungen 76). Bonn 1988.
- Kost, Klaus: *Friedrich Ratzel. Der Vater der Geopolitik? Rede und Gegenrede* (= Ratzel-Gedächtniskonferenz / Ratzel Centennial Conference). Leipzig 2004.
- Koszel, Bogdan: *Polens dorniger Weg zur NATO*. In: *Polen - Staat und Gesellschaft im Wandel* (= Potsdamer Textbücher 2). Hrsg. von Jochen Franzke. Berlin 1998a, S. 212–225.

- Kozeński, Jerzy: *Czechosłowacja w polskiej polityce zagranicznej w latach 1932-1938* (= Prace Instytutu Zachodniego 36). Poznań 1964.
- Kozłowski, Eugeniusz: *Polski czyn zbrojny w II wojnie światowej. Tom [Bd. I]. Wojna obronna Polski 1939 r.* Warszawa 1979.
- Koźmiński, Maciej: *Polska i Węgry przed Drugą wojną światową październik 1938-wrzesień 1939. Z dziejów dyplomacji i irredenty.* Wrocław 1970.
- Krastev, Ivan: *Russia and the Georgia war: the great-power trap.* https://ecfr.eu/article/commentary_ivan_krastev_on_georgia/ (30.1.2021).
- Krüger, Kai: *Wirtschaftswunder und Mangelwirtschaft* (= Public history - angewandte Geschichte 4). Bielefeld 2020.
- Krzoska, Markus: *Für ein Polen an Oder und Ostsee. Zygmunt Wojciechowski (1900-1955) als Historiker und Publizist* (= Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau 8). Osnabrück 2003.
- Krzywdzińska, Agata: *Wizerunek Rosji i Stanów Zjednoczonych w polskich tygodnikach opinii po 1991 roku* (= Prace Katedry Rosyjskiej Kultury Nowożytnej Uniwersytetu Jagiellońskiego). Kraków 2012.
- Kühn, Hartmut: *Das Jahrzehnt der Solidarność.* Berlin 1999.
- Kupchan, Charles A.: *The end of the American era. US foreign policy and the geopolitics of the twenty-first century.* New York 2003.
- Kupchan, Charles A.: *No one's world. The west, the rising rest, and the coming global turn.* New York 2013.
- Küstners, Hanns Jürgen: *1955: Die Hallstein-Doktrin.* <https://www.bundesarchiv.de/DE/Content/Virtuelle-Ausstellungen/1955-Die-Hallstein-Doktrin/1955-die-hallstein-doktrin.html> (24.11.2020).
- Kuźniar, Roman: *Poland's foreign policy after 1989.* Warsaw 2009.
- Landowski, Jan-Victor: *Teorie Friedricha Ratzela a ideologia narodowosocjalistycznych Niemiec.* <http://geopolityka.net/teorie-friedricha-ratzela-a-ideologia-narodowosocjalistycznych-niemiec/> (7.9.2016).
- Leczyk, Marian: *Polska i sąsiedzi. Stosunki wojskowe, 1921-1939.* Warszawa 1997.
- Lehne, Stefan: *How the EU Can Survive in a Geopolitical Age.* https://carnegieendowment.org/files/2-24_Lehne-EU_Geopolitics.pdf (21.9.2020).
- Lemke, Heinz: *Allianz und Rivalität. Die Mittelmächte und Polen im ersten Weltkrieg (bis zur Februarrevolution)* (= Quellen und Studien zur Geschichte Osteuropas 18). Berlin 1977.
- Lentz, Thierry: *1815. Der Wiener Kongress und die Neugründung Europas.* München 2014.

- Leonhard, Jörn: *Der globale Moment*. <https://www.zeit.de/zeit-geschichte/2017/02/1917-europa-19-jahrhundert-krieg-revolution-russland/komplettansicht> (3.4.2019).
- Lieber, Robert J.: *Retreat and its Consequences. American Foreign Policy and the Problem of World Order*. New York 2016.
- Lieberthal, Kenneth G.: *The American Pivot to Asia*. <https://www.brookings.edu/articles/the-american-pivot-to-asia/> (30.1.2021).
- Lill, Rudolf: *Italienischer Faschismus und deutscher Nationalsozialismus*. In: *Machtverfall und Machtergreifung. Aufstieg und Herrschaft des Nationalsozialismus* (= Zur Diskussion gestellt 21). Hrsg. von Rudolf Lill u. Heinrich Oberreuter. München² 1986, S. 169–188.
- Link, Werner: *Am Anfang nur ein Kern-Europa. Die Gemeinsamkeiten in Europareich nicht für eine große politische Union*. In: *Rheinischer Merkur* (27.11.1992), S. 4.
- Linke, Horst Günther: *Das zarische Rußland und der Erste Weltkrieg. Diplomatie u. Kriegsziele 1914-1917*. München 1982.
- Löh, Marion / Stoeck, Klaus: *Pazifismus - Wiederbewaffnung - Bundeswehr*. Hamburg 1997.
- Loth, Wilfried: *Die Sowjetunion und die deutsche Frage*. Göttingen 2007.
- Lüdicke, Lars: *Griff nach der Weltherrschaft. Die Außenpolitik des dritten Reiches 1933-1945* (= Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert 8). Berlin 2009.
- Łukomski, Grzegorz: *Ignacy Matuszewski (1891-1946). W trosce o polską rację stanu*. In: *Si vis pacem, para bellum. Bezpieczeństwo i polityka Polski. Księga jubileuszowa ofiarowana profesorowi Tadeuszowi Dubickiemu* (= Zeszyty Historyczne - Wyższa Szkoła Pedagogiczna w Częstochowie 12). Hrsg. von Robert Majzner. Częstochowa / Włocławek 2013, S. 833–852.
- Lutosławski, Jakub: *Ignacy Hugo Stanisław Matuszewski. Sylwetka człowieka*. <http://www.archivia.com.pl/artykuly/ignacy-hugo-stanislaw-matuszewski-sylwetka-czlowieka.pdf> (13.6.2017).
- MacDonald, James: *When globalization fails. The rise and fall of Pax Americana*. New York 2015.
- Madajczyk, Piotr: *Plan Gomułki*. In: *Historia dyplomacji polskiej. Bd. 6*. Hrsg. von Wojciech Materski u. Waldemar Michowicz. Warszawa 2010, S. 100.
- Maegerle, Anton: *Nahtlos aus der SS*. <https://www.bnr.de/content/nahtlos-aus-der-ss> (13.3.2017).
- Malone, Gifford D.: *War Aims toward Germany*. In: *Russian diplomacy and Eastern Europe, 1914-1917*. Hrsg. von Alexander Dallin u. Abrash Merritt. New York 1963, S. 124–161.

- Marshall, Tim: *Die Macht der Geographie. Wie sich Weltpolitik anhand von 10 Karten erklären lässt* (= dtv Sachbuch 28068). München 2016.
- Marx, Karl / Engels, Friedrich: *Deutsche Ideologie - zur Kritik der Philosophie*. Berlin 2018.
- Mauß, Hanns W.: *Großmacht Deutschland? Anmerkungen und Thesen*. In: *Die Zukunft der deutschen Aussenpolitik*. Hrsg. von Karl Kaiser u. Hanns W. Mauß. Bonn 1993, S. 53–72.
- Mauß, Hanns W.: *Deutschland als Zivilmacht*. In: *Handbuch zur deutschen Außenpolitik*. Hrsg. von Siegmund Schmidt, Günther Hellmann u. Reinhard Wolf. Wiesbaden 2007, S. 73–84.
- Mauß, Otto: *Politische Geographie*. Berlin 1956.
- Mayer-Tasch, Peter-Cornelius / Heinrich Oberreuter: *Deutschlands Rolle in der Welt des 21. Jahrhunderts* (= Zeitschrift für Politik Sonderband 3). Baden-Baden 2009.
- Mazur, Zbigniew: *Antenaci. O politycznym rodowodzie Instytutu Zachodniego* (= Biblioteka Przeglądu zachodniego 17). Poznań 2002.
- Mehlhausen, Thomas: *Reflexionen über die Zukunft. Die Szenario-Methode als prospektives Analyseinstrument*. In: *Między sceptycyzmem a zaufaniem. Stosunki polsko-niemieckie w dobie przeobrażeń. Zwischen Skepsis und Vertrauen. Die deutsch-polnischen Beziehungen im Wandel*. Hrsg. von Kamila Mazurek u. Thomas Mehlhausen. Kraków / Berlin 2009, S. 175–180.
- Mehlhorn, Ludwig: *Zwangsverordnete Freundschaft? Die Entwicklung der Beziehungen zwischen der DDR und Polen 1949-1990*. In: *Die deutsch-polnischen Beziehungen 1949–2000. Eine Werte- und Interessengemeinschaft?* Hrsg. von Wolf Dieter Eberwein u. Basil Kerski. Opladen 2001, S. 61–74.
- Mehring, Reinhard: *Kriegstechniker des Begriffs. Biographische Studien zu Carl Schmitt* (= Beiträge zur Rechtsgeschichte des 20. Jahrhunderts 78). Tübingen 2014.
- Meiers, Franz Josef: *Zu neuen Ufern? Die deutsche Sicherheits- und Verteidigungspolitik in einer Welt des Wandels 1990 - 2000*. Paderborn, München 2006.
- Meyer, Henry Cord: *Mitteleuropa in German Thought and Action 1815-1945* (= International Scholars Forum 4). The Hague 1955.
- Meyer, Robert: *Europa zwischen Land und Meer. Geopolitisches Denken und geopolitische Europamodelle nach der "Raumrevolution"*. Göttingen 2014.
- Micewski, Andrzej: *Roman Dmowski*. Warszawa 1971.
- Michael, Holger: *Zwischen den Kriegen. Die Außenpolitik Polens 1918-1939*. Bonn 2013.
- Michalka, Wolfgang: *Deutsche Außenpolitik 1920–1933*. In: *Die Weimarer Republik. 1918–1933. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft* (= Studien zur Geschichte und Politik 251). Hrsg.

- von Karl Dietrich Bracher, Manfred Funke u. Hans-Adolf Jacobsen. Bonn ³ 1998, S. 303–326.
- Mohler, Armin: *Die konservative Revolution in Deutschland 1918-1932. Grundriss ihrer Weltanschauungen*. Stuttgart 1950.
- Mommsen, Wolfgang J.: *Die Urkatastrophe Deutschlands* (= Gebhardt. Handbuch der deutschen Geschichte 17). Stuttgart ¹⁰ 2002.
- Mommsen, Wolfgang J.: *Der Erste Weltkrieg. Anfang vom Ende des bürgerlichen Zeitalters* (= Schriftenreihe / Bundeszentrale für Politische Bildung 439). Bonn 2004.
- Mondry, Janusz: *Powrót geopolityki. Ameryka, Europa i Azja u progu XXI wieku* (= Biblioteka Spraw Politycznych). Elbląg 2004.
- Müller, Gerhard H.: *Friedrich Ratzel (1844-1904). Naturwissenschaftler, Geograph, Gelehrter. Neue Studien zu Leben und Werk und sein Konzept der "Allgemeinen Biogeographie"*. Stuttgart 1996.
- Müller, Guido: *Europäische Gesellschaftsbeziehungen nach dem Ersten Weltkrieg. Das Deutsch-Französische Studienkomitee und der Europäische Kulturbund* (= Studien zur Internationalen Geschichte 15). München 2005.
- Munich Security Report 2016. Boundless Crises, Reckless Spoilers, Helpless Guardians*. https://securityconference.org/assets/user_upload/MunichSecurityReport_2016.pdf (19.2.2021).
- Münkler, Herfried: *Erkenntnis wächst an den Rändern*. <https://www.welt.de/print-welt/article583822/Erkenntnis-waechst-an-den-Raendern.html> (19.2.2021).
- Münkler, Herfried: *Macht in der Mitte. Die neuen Aufgaben Deutschlands in Europa*. Hamburg 2015.
- Musgrave, Paul / Nexon, Daniel: *Zheng He's Voyages and the Symbolism Behind Xi Jinping's Belt and Road Initiative*. <https://thediplomat.com/2017/12/zheng-hes-voyages-and-the-symbolism-behind-xi-jinpings-belt-and-road-initiative/> (29.10.2018).
- Musielak, Michał: *Nazizm w interpretacjach polskiej myśli politycznej okresu międzywojennego*. Poznań 1997.
- Nägler, Frank: *Die Bundeswehr 1955 bis 2005. Rückblenden - Einsichten - Perspektiven* (= Sicherheitspolitik und Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland 7). Berlin, Boston 2007.
- Niederwieser, Christof: *Prognostik 01 Zukunftsvisionen*. Norderstedt 2015.
- Nohr, Rolf F.: *Unternehmensplanspiele 1955-1975. Die Herstellung unternehmerischer Rationalität im Spiel* (= Medien ' Welten 29). Münster, Berlin 2019.

- Nolte, Ernst: *Deutschland und der Kalte Krieg* (= Werke zur Geschichte der modernen Ideologien 3). Stuttgart ² 1985.
- Nye, Joseph S.: *Bound to lead. The changing nature of American power*. New York 1990.
- Nye, Joseph S.: *The powers to lead. Soft, hard, and smart*. New York, Oxford 2008.
- Ó Tuathail, Gearóid: *Geopolitik. Zur Entstehung einer Disziplin*. In: *Geopolitik. Zur Ideologiekritik politischer Raumkonzepte* (= Kritische Geographie 14). Hrsg. von Reinhard Zeilinger, Christian Rammer u. a. Wien 2001, S. 9–28.
- Oberländer, Erwin: *Polen nach dem Kommunismus*. Stuttgart 1993.
- Oblawa augustowa*. <http://oblawaaugustowska.pl/> (17.1.2021).
- Okulewicz, Piotr: *Koncepcja "międzymorza"*. Poznań 2001.
- Olszewicz, Bolesław: *Wacław Nałkowski. W pięćdziesiątą rocznicę zgonu (1911-1961)*. Warszawa 1962.
- Opitz, Reinhard: *Europastrategien des deutschen Kapitals. 1900-1945*. Köln 1977.
- Oppenheimer, Michael F.: *Pivotal countries, alternate futures. Scenario planning for international politics*. New York 2015.
- Osica, Olaf: *Widmo Wielkich Niemiec. Proces jednoczenia państw niemieckich w polskiej literaturze naukowej i publicystyce*. In: *Niemcy w polskiej literaturze naukowej i publicystyce*. Hrsg. von Piotr Buras, Paweł Klimiuk u. Olaf Osica. Warszawa 1997, S. 32–60.
- Otlowski Tomasz: *Polska w procesie integracji z NATO i Unią Zachodnioeuropejską 1991-1998*. Toruń 1998.
- Pagel, Jürgen: *Polen und die Sowjetunion 1938-1939. Die polnisch-sowjetischen Beziehungen in den Krisen der europäischen Politik am Vorabend des Zweiten Weltkrieges* (= Quellen und Studien zur Geschichte des östlichen Europa 34). Stuttgart 1992.
- Parker, Kim / Morin u. a.: *Looking to the Future, Public Sees an America in Decline on Many Fronts*. <https://www.pewsocialtrends.org/2019/03/21/public-sees-an-america-in-decline-on-many-fronts/> (30.1.2021).
- Parker, William H.: *Mackinder. Geography as an aid to statecraft*. Oxford 1982.
- Pasierb, Bronisław: *Polska myśl polityczna okresu II wojny światowej wobec Niemiec*. Poznań 1990.
- Paulys Realencyclopädie der classischen Altertumswissenschaft. Bd. II,2*. Stuttgart 1896.
- Peeling, Siobhan: *Shturmer, Boris Vladimirovich*. https://encyclopedia.1914-1918-online.net/article/shturmer_boris_vladimirovich (19.2.2021).

- Philippi, Nina: *Bundeswehr-Auslandseinsätze als außen- und sicherheitspolitisches Problem des geeinten Deutschland* (= Europäische Hochschulschriften : Reihe 31, Politikwissenschaft 318). Frankfurt am Main 1997.
- Pilarski, Sebastian: *Zarys stosunków polsko-czechosłowackich 1918-1933*. Toruń 2008.
- Plan for Destruction*. <https://www.imdb.com/title/tt0036268/> (10.1.2021).
- Plato, Alexander von: *Die Vereinigung Deutschlands - ein weltpolitisches Machtspiel* (= Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung 381). Bonn ² 2003.
- Pobóg-Malinowski, Władysław: *Najnowsza historia polityczna Polski 1864–1945. Bd. 2*. Londyn ² 1967.
- Poelle, Mark: *Raising cartographic consciousness. The social and foreign policy vision of geopolitics in the twentieth century*. Lanham 1999.
- Pollis, Adamantia: *Human Rights. A Western Construct with Limited Applicability*. In: *Moral issues in global perspective. Bd. I. Moral and Political Theory*. Hrsg. von Christine M. Kogel. Peterborough ² 2006, S. 60–71.
- Polsakiewicz, Marta: *Warschau im Ersten Weltkrieg. Deutsche Besatzungspolitik zwischen kultureller Autonomie und wirtschaftlicher Ausbeutung* (= Studien zur Ostmitteleuropaforschung 35). Marburg 2015.
- Posner, Eric: *Sorry, America, the New World Order is Dead*. <https://foreignpolicy.com/2014/05/06/sorry-america-the-new-world-order-is-dead/> (27.1.2021).
- Potulski, Jakub: *Wprowadzenie do geopolityki*. Gdańsk 2010.
- Pryt, Karina: *Befohlene Freundschaft / die deutsch-polnischen Kulturbeziehungen 1934-1939*. Osnabrück 2010.
- Puschner, Uwe: *Die völkische Bewegung im wilhelminischen Kaiserreich. Sprache - Rasse - Religion*. Darmstadt 2001.
- Raico, Ralph: *America's Will to War. The Turning Point*. <https://mises.org/library/americas-will-war-turning-point> (1.4.2019).
- Rauchensteiner, Manfred: *Der Tod des Doppeladlers*. Graz 1993.
- Reszczyński, Łukasz: *Rezensjon: Ujazdowski, Kazimierz Michał: Żywotność konserwatyzmu. Idee polityczne Adolfa Bocheńskiego. Warszawa 2005, 298 ss.* <http://www.geopolityka.org/recenzje/lukasz-reszczyński-konserwatyzm-o-dawnych-układach-geopolitycznych> (11.1.2021).
- Rich, Norman: *Hitlers war aims. Ideology, the Nazi state, and the course of expansion*. New York u.a. 1973.

- Ritter, Gerhard: *Staatskunst und Kriegshandbuch. Das Problem des „Militarismus“ in Deutschland, Bd. 3.* München 1964.
- Rödter, Andreas: *Wer hat Angst vor Deutschland? Geschichte eines europäischen Problems.* Frankfurt (Main) ² 2018.
- Roesler, Jörg: *Die Wirtschaft der DDR.* Erfurt 2002.
- Rolo, Paul: *George Canning. Three biographical studies.* London 1965.
- Roos, Hans: *Polen und Europa. Studien zur polnischen Außenpolitik 1931-1939* (= Tübinger Studien zur Geschichte und Politik 7). Tübingen ² 1965.
- Roos, Hans / Alexander, Manfred: *Geschichte der polnischen Nation 1918-1945. Von der Staatsgründung im Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart.* Stuttgart ⁴ 1986.
- Rose, Detlev: *Die Thule-Gesellschaft Legende - Mythos - Wirklichkeit.* Tübingen ² 2000.
- Rosecrance, Richard: *Der neue Handelsstaat. Herausforderungen für Politik und Wirtschaft.* Frankfurt (Main) 1987.
- Rosenfeld, Günter: *Sowjetrussland und Deutschland 1917-1922* (= Schriften des Instituts für Geschichte. Reihe 1, Allgemeine und deutsche Geschichte 8). Berlin (Ost) 1960.
- Ruggenthaler, Peter: *Stalins großer Bluff* (= Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte / Schriftenreihe 95). München 2007.
- Rupieper, Hermann-Josef: *Der besetzte Verbündete. Die amerikanische Deutschlandpolitik : 1949-1955.* Opladen 1991.
- Russell, Martin: *Sieben wirtschaftliche Herausforderungen für Russland. Überwindung der Stagnation?* [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/IDAN/2018/625138/EPRS_IDA\(2018\)625138_DE.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/IDAN/2018/625138/EPRS_IDA(2018)625138_DE.pdf) (30.1.2021).
- Sadkiewicz, Jan: *"Ci, którzy przekonać nie umieją". Idea porozumienia polsko-niemieckiego w publicystyce Władysława Studnickiego i wileńskiego "Słowa" (do 1939).* Kraków 2012.
- Sahm, Ulrich: *Rudolf von Scheliha. 1897–1942. Ein deutscher Diplomat gegen Hitler.* München 1990.
- Sauerland, Karol: *Die Rolle der katholischen Kirche in Polen nach 1945. Ein Weg zur Entsäkularisierung?* <http://universaar.uni-saarland.de/journals/index.php/tg/article/viewArticle/813/857> (22.11.2020).
- Scheckbuchdiplomatie.* <https://www.dwds.de/wb/Scheckbuchdiplomatie> (7.1.2021).
- Scheil, Stefan: *Fünf plus Zwei. Die europäischen Nationalstaaten, die Weltmächte und die vereinte Entfesselung des Zweiten Weltkrieges* (= Zeitgeschichtliche Forschungen 18). Berlin ⁴ 2009.

- Scheil, Stefan: *Polen 1939. Kriegskalkül, Vorbereitung, Vollzug* (= Kaplaken 37). Schnellroda² 2013.
- Schlögel, Karl: *Terror und Traum*. München 2008.
- Schmidt, Rainer F.: *Die Außenpolitik des Dritten Reiches 1933-1939*. Stuttgart 2002.
- Schmidt, Rainer F.: *Deutschland und Europa. Außenpolitische Grundlinien zwischen Reichsgründung und Erstem Weltkrieg* (= HMRG 58). Stuttgart 2004.
- Schmitz-Berning, Cornelia: *Vokabular des Nationalsozialismus*. Berlin 1998.
- Schneider, Axel / Daniel Woolf: *Historical writing since 1945* (= The Oxford history of historical writing 5). Oxford 2011.
- Schöller, Peter: *Wege und Irrwege der politischen Geographie und Geopolitik*. In: *Politische Geographie* (= Wege der Forschung 431). Hrsg. von Josef Matznetter. Darmstadt 1977, S. 249–302.
- Schöllgen, Gregor: *Angst vor der Macht. Die Deutschen und ihre Aussenpolitik*. Berlin 1993.
- Schöllgen, Gregor: *Die Macht in der Mitte Europas. Stationen deutscher Aussenpolitik von Friedrich dem Großen bis zur Gegenwart*. München 2000.
- Schöllgen, Gregor: *Deutsche Außenpolitik. Von 1815 bis 1945* (= Beck'sche Reihe 6118). München 2013.
- Scholtyssek, Joachim: *Die Außenpolitik der DDR* (= Enzyklopädie deutscher Geschichte 69). München 2003.
- Schubert, Klaus von: *Wiederbewaffnung und Westintegration. Die innere Auseinandersetzung um die militärische und außenpolitische Orientierung der Bundesrepublik 1950-1952* (= Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 20). Stuttgart 1970.
- Schubert, Klaus von: *Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland. Bd. 1* (= Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung 116). Köln 1977.
- Schumann, Wolfgang: *Weltherrschaft im Visier. Dokumente zu den Europa- und Weltherrschaftsplänen des deutschen Imperialismus von der Jahrhundertwende bis Mai 1945*. Berlin (Ost) 1975.
- Schuon, Karl Theodor: *Deutschland auf dem Weg zu einer neuen weltpolitischen Orientierung*. In: *Deutschland in globaler Verantwortung*. Hrsg. von Karl Theodor Schuon u. Wolfgang Bruckmann. Berlin 1999, S. 9–14.
- Schwartz, Thomas A.: *Die Atlantik-Brücke. John McCloy und das Nachkriegsdeutschland*. Frankfurt/M. 1992.
- Schwarz, Hans-Peter: *Republik ohne Kompaß*. Berlin 2005.

- Seller, Hanns-Frank: *Die historische Dimension der Integration Polens in die NATO*. In: *Polen und die neue NATO. Modalitäten der Integration* (= Studien zur internationalen Politik 1). Hrsg. von Jürgen Schwarz, Jan Wiktor Tkaczyński u. Ulrich Vogel. Frankfurt am Main / Berlin u.a. 1997, S. 59–67.
- Sempa, Francis P.: *Spykman's World*. http://www.unc.edu/depts/diplomat/item/2006/0406/sempe/sempe_spykman.html (16.7.2018).
- Serwatka, Tomasz: *Józef Piłsudski a Niemcy*. Wrocław 1997.
- Seward, William: *The American Doctrine of Nonintervention*. <https://teachingamericanhistory.org/library/document/the-american-doctrine-of-nonintervention/> (9.1.2021).
- Shaheed, Ahmed / Parris Richter, Rose: *Is "Human Rights" a Western Concept?* <https://theglobalobservatory.org/2018/10/are-human-rights-a-western-concept/> (27.1.2021).
- Sharma, Arvin: *Are Human Rights Western? A Contribution to the Dialogue of Civilizations*. <https://www.un.org/en/chronicle/article/are-human-rights-universal> (26.1.2021).
- Siborne, William: *Geschichte des Krieges in Frankreich und Belgien im Jahre 1815. Mit einer genauen Darstellung der Schlachten von Quatre-Bras, Ligny, Wavre und Waterloo*. Berlin, Posen, Bromberg 1846.
- Simms, Brendan: *Europe. The struggle for supremacy. 1453 to the present*. London 2013.
- Slitherine's Command: the wargame transforming operational simulation*. <https://www.army-technology.com/features/military-simulation-game/> (30.1.2021).
- Sloan, Geoffrey: *Sir Halford J. Mackinder. The Heartland Theory Then and Now*. In: *Geopolitics, Geography and Strategy* (= (Keine Angabe)). Hrsg. von Colin S. Gray u. Geoffrey Sloan. London 1999, S. 15–38.
- Smyser, William Richard: *Drei große Aufgaben sind zu bewältigen. Deutschlands zukünftige Rolle in der Welt*. In: FAZ (16.9.1992), S. 12.
- Souchon, Lennart: *Neue deutsche Sicherheitspolitik*. Bonn, Herford 1990.
- Spang, Christian W.: *Karl Haushofer und Japan. Der Einfluss der Kontinentalblocktheorie auf die Japanpolitik des Dritten Reiches*. https://www.academia.edu/238420/Karl_Haushofer_und_Japan._Der_Einfluss_der_Kontinentalblocktheorie_auf_die_Japanpolitik_des_Dritten_Reiches?auto=download (16.11.2016).
- Spang, Christian W.: *Karl Haushofer und Japan. Der Einfluss der Kontinentalblocktheorie auf die Japanpolitik des 'Dritten Reiches'*. In: *11. Deutschsprachiger Japanologentag in Trier 1999. Bd. 1. Geschichte, Geistesgeschichte, Religionen, Gesellschaft, Politik, Recht,*

- Wirtschaft* (= Ostasien - Pazifik 14). Hrsg. von Hilaria Gössmann u. Andreas Mrugalla. Münster / Hamburg u.a. 2001, S. 121–134.
- Sprengel, Rainer: *Kritik der Geopolitik. Ein deutscher Diskurs. 1914-1944*. Berlin 1996.
- Staud, Toralf: *Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD*. Köln ³ 2006.
- Stefanowicz, Janusz: *Bezpieczeństwo i integracja ogolnoeuropejska a polska polityka wschodnia*. In: *Polityczno-wojskowe aspekty polskiej polityki wschodniej. Materiały z sympozjum zorganizowanego przez Instytut Studiów Politycznych Polskiej Akademii Nauk i Wydział Nauk Humanistycznych Akademii Obrony Narodowej, w dniu 15 maja 1991 r.* Hrsg. von Janusz Stefanowicz. Warszawa 1991, S. 47–48.
- Stefanowicz, Janusz: *Rzeczypospolitej pole bezpieczeństwa*. Warszawa 1993.
- Stephens, Bret: *America in Retreat. The New Isolationism and the Coming Global Disorder*. New York 2014.
- Stolberg, Eva-Maria: *Paradigmenwechsel der Geopolitik - Eurasisches Magazin*. <http://www.eurasischesmagazin.de/artikel/Paradigmenwechsel-der-Geopolitik/20100306> (26.5.2015).
- Stöss, Richard: *Parteien-Handbuch* (= Schriften des Zentralinstituts für Sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin 38). Opladen 1983.
- Strzdała, Gawel: *Niemcy w myśli politycznej Władysława Studnickiego* (= Studia i monografie / Uniwersytet Opolski 459). Opole 2011.
- Surowiec, Krzysztof: *Aleksander Dugin i jego poglądy. Eurazja, geopolityka a Polska*. In: *Polska - Rosja. Polityka bezpieczeństwa Federacji Rosyjskiej. Kontynuacja i zmiana*. Hrsg. von Mirosław Minkina u. Malina Kaszuba. Siedlce 2016, S. 141–150.
- Sykulski, Leszek: *Polska myśl geopolityczna w latach 1989-2009*. Chorzów 2015.
- Sykulski, Leszek: *Mały Leksykon Geopolityki*. Częstochowa 2016.
- Sykulski, Leszek: *Geopolityka a bezpieczeństwo Polski*. Warszawa 2018.
- Tauber, Joachim: *"Die Last der Geschichte". Zu den Vorstellungen der Taryba über den zukünftigen litauischen Staat 1917–1918*. In: *Ostseeprovinzen, baltische Staaten und das Nationale. Festschrift für Gert von Pistohlkors zum 70. Geburtstag* (= Schriften der Baltischen Historischen Kommission 14). Hrsg. von Norbert Angermann. Münster 2005, S. 389–402.
- Taylor, John: *A Reevaluation of Cockburn's Cliveden Set*. history.sfsu.edu/sites/default/files/EPF/1999_John%20Taylor-ilovepdf-compressed.pdf (17.1.2021).

- Templin, Wolfgang: *Der Kampf um Polen. Die abenteuerliche Geschichte der Zweiten Polnischen Republik 1918-1939* (= Schriftenreihe / Bundeszentrale für Politische Bildung 10335). Bonn 2018.
- The Nazis Strike*. <https://www.imdb.com/title/tt0184773/> (10.1.2021).
- The Zhdanov Doctrine and the Cominform*. <https://www.cvce.eu/en/education/unit-content/-/unit/55c09dcc-a9f2-45e9-b240-eaef64452cae/7cdb6d5c-4347-4afe-bb5f-1853b8eeae71> (24.11.2020).
- Theiler, Olaf: *Die NATO im Umbruch. Bündnisreform im Spannungsfeld konkurrierender Nationalinteressen* (= Schriften der Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation 26). Baden-Baden 2003.
- Thörner, Klaus: *Das deutsche Spiel mit Rußland von der Reichsgründung bis in die Gegenwart*. <https://www.diploweb.com/p5thorner1.htm> (20.11.2018).
- Thum, Gregor: *Traumland Osten*. Göttingen 2006.
- Tkaczyński, Jan Wiktor: *Die Geopolitik. Eine Studie über geographische Determinanten und politisches Wunschdenken am Beispiel Deutschlands und Polens* (= Tuduv-Studien / Reihe Politikwissenschaften 62). München 1993.
- Tomala, Mieczysław: *Die Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland 1944/1949-1975*. In: *Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen bis zur Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (Helsinki 1975)* (= Schriftenreihe des Georg-Eckert-Instituts für Internationale Schulbuchforschung). Hrsg. von Wolfgang Jacobmeyer. Braunschweig 1987, S. 13–38.
- Tomala, Mieczysław: *Deutschland - von Polen gesehen. Zu den deutsch-polnischen Beziehungen 1945-1990*. Marburg 2000.
- Tomaszewski, Roman: *Polen zwischen Russland und Deutschland zur Zeit des Ersten Weltkriegs*. In: *Der Erste Weltkrieg unter dem Gesichtspunkt der deutsch-polnischen Beziehungen. Pierwsza wojna światowa w kontekście stosunków polsko-niemieckich. Beiträge einer Tagung in Trieglaff und Külz 13.-15. September 2012* (= Zeszyty kulickie / Külzer Hefte 11). Hrsg. von Lisaweta von Zitzewitz, S. 61–98.
- Torkunov, A. V. / Norma C. Noonan / Tatiana Shackleina: *Russia and the United States in the evolving world order*. Moscow 2018.
- Trentowska, Hanna: *Układ PRL-RFN z grudnia 1970 roku a proces normalizacji. Aspekty prawne i polityczne*. Warszawa 1985.
- U.S. Role in the World: Background and Issues for Congress*. <https://fas.org/sgp/crs/row/R44891.pdf> (30.1.2021).

- Uschakow, Alexander / Frenzke, Dietrich: *Der Warschauer Pakt und seine bilateralen Bündnisverträge* (= Quellen zur Rechtsvergleichung / Verträge sozialistischer Staaten 5). Berlin 1987.
- Vaubel, Roland: *Weshalb der Euro der Preis für die Wiedervereinigung war*. In: *Das Ende der Euromantik*. Hrsg. von Roland Vaubel. Wiesbaden 2018, S. 1–18.
- Virchow, Fabian: *Gegen den Zivilismus. Internationale Beziehungen und Militär in den politischen Konzeptionen der extremen Rechten*. Wiesbaden 2006.
- Voigt, Rüdiger: *Staatliche Souveränität. Essentials*. Wiesbaden 2016.
- Volkman, Hans-Erich: *Die Polenpolitik des Kaiserreichs*. Paderborn 2016.
- Wachowiak, Stanisław: *Czasy, które przeżyłem. Wspomnienia z lat 1890-1939*. Warszawa 1983.
- Waever, Ole: *Imperial Metaphors. Emerging European Analogies to Pre-Nation-State Imperial Systems*. In: *Geopolitics in post-wall Europe. Security, territory and identity*. Hrsg. von Ola Tunander, Pavel K. Baev u. Victoria Ingrid Einagel. London / Oslo 1997, S. 59–93.
- Walther, Éric: *Écoutes. l'impérialisme 2.0*. In: *La Tribune* (5.7.2013), S. 8.
- Wandycz, Piotr: *Adam Rapacki and the Search for European Security*. In: *The diplomats, 1919-1939*. Hrsg. von Gordon Alexander Craig u. Felix Gilbert. Princeton 1994, S. 289–317.
- Wandycz, Piotr Stefan: *Die Großmächte und Ostmitteleuropa vom Berliner Kongreß bis zum Fall der Berliner Mauer 1878-1989* (= Oskar-Halecki-Vorlesung 2004). Leipzig 2006.
- Wapiński, Roman: *Roman Dmowski*. Lublin ² 1989.
- Weber, Claudia: *Der Pakt. Stalin, Hitler und die Geschichte einer mörderischen Allianz 1939-1941*. München 2019.
- Wehler, Hans-Ulrich: *Wohlbehagen im Wolkenkuckucksheim. Die Chimäre eines neutralisierten Gesamtdeutschland*. In: *Preussen ist wieder chic. Politik und Polemik in zwanzig Essays* (= Edition Suhrkamp 152). Hrsg. von Hans-Ulrich Wehler. Frankfurt am Main 1983, S. 47–52.
- Weidenfeld, Werner: *Jalta und die Teilung Deutschlands* (= Kleine Europabibliothek 7). Andernach/Rh. 1969.
- Weinberg, Gerhard L.: *Visions of victory. The hopes of eight World War II leaders*. Cambridge 2007.
- Weißmann, Karlheinz: *Rückruf der Geschichte. Die deutsche Herausforderung. Alte Gefahren - neue Chancen*. Berlin 1992.

- Weizsäcker, Ernst Ulrich von: *Erdpolitik. Ökologische Realpolitik als Antwort auf die Globalisierung*. Darmstadt 2011.
- Weizsäcker, Richard von: *Drei Mal Stunde Null? 1949, 1969, 1989. Deutschlands europäische Zukunft*. Berlin 2001.
- Wende, Peter: *Das Britische Empire. Geschichte eines Weltreiches*. München² 2009.
- Wenger, Andreas / Perovic, Jeronim: *Russland und die Osterweiterung der Nato- Herausforderung für die russische Aussen- und Sicherheitspolitik* (= Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung 43). Zürich 1997.
- Wentker, Hermann: *Außenpolitik in engen Grenzen* (= Veröffentlichungen zur SBZ-/DDR-Forschung im Institut für Zeitgeschichte 72). München 2007.
- Werber, Niels: *Geopolitik zur Einführung*. Hamburg 2014.
- Werlen, Benno: *Sozialgeographie. Eine Einführung* (= UTB für Wissenschaft Uni-Taschenbücher 1911). Bern u.a. 2000.
- Werth, Nicolas: *Ein Staat gegen sein Volk. Das Schwarzbuch des Kommunismus - Sowjetunion*. München 2002.
- Wettig, Gerhard: *Die Note vom 10. März 1952 im Kontext von Stalins Deutschland-Politik seit dem Zweiten Weltkrieg*. In: *Die Stalin-Note vom 10. März 1952. Neue Quellen und Analysen* (= Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 84). Hrsg. von Wilfred Loth, Hermann Graml u. a. München 2002, S. 139–196.
- Wike, Richard / Poushter, Jacob u. a.: *Trump Ratings Remain Low Around Globe, While Views of U.S. Stay Mostly Favorable*. https://www.pewresearch.org/global/wp-content/uploads/sites/2/2020/01/PG_2020.01.08_US-Image_FINAL.pdf (11.12.2020).
- Wilhelm, Justus: *Deutschland, Polen und die Politik in der NATO* (= Saarbrücker Politikwissenschaft 24). Frankfurt am Main u.a. 2001.
- Winkler, Heinrich August: *Der lange Weg nach Westen. Band 1. Deutsche Geschichte 1806-1933*. München 2000.
- Winkler, Heinrich August: *Der lange Weg nach Westen. Band 2. Deutsche Geschichte 1933-1990*. München 2000.
- Winter, Thomas: *Polnische Sicherheitspolitik zwischen Souveränität und Integration. Die sicherheitspolitische Kultur und die GASP-/ESVP-Politik der Dritten Republik Polen*. München 2007.
- Wodziński, Remigiusz: *Zbigniew Brzeziński wobec spraw Polski w latach 1977-1999*. Toruń 2015.

- Wojciechowski, Marian: *Stosunki polsko-niemieckie* (= Studium niemcoznawcze Instytutu Zachodniego 9). Poznań 1965.
- Wojciechowski, Marian: *Die polnisch-deutschen Beziehungen 1933-1938* (= Studien zur Geschichte Osteuropas 12). Leiden 1971.
- Wojciechowski, Marian: *Der historische Ort der polnischen Politik in der Genesis des Zweiten Weltkrieges*. In: *1939. An der Schwelle zum Weltkrieg. Die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges und das internationale System*. Hrsg. von Klaus Hildebrand, Jürgen Schmädke u. Klaus Zernack. Berlin / New York 1999, S. 259–275.
- Wolff-Powęska, Anna: *Doktryna geopolityki w Niemczech*. Poznań 1979.
- Wolff-Powęska, Anna: *Oswojona rewolucja. Europa srodkowo-wschodnia w procesie demokratyzacji*. Poznań 1998.
- Wolff-Powęska, Anna / Schulz, Eberhard: *Przestrzeń i polityka* (= Poznańska biblioteka niemiecka 10). Poznań 2000.
- Wolkersdorfer, Günter: *Politische Geographie und Geopolitik zwischen Moderne und Postmoderne*. Heidelberg 2001.
- Wollstein, Günther: *Die Politik des nationalsozialistischen Deutschlands gegenüber Polen 1933-1939/45*. In: *Hitler, Deutschland und die Mächte* (= Athenäum-Droste-Taschenbücher 7213). Hrsg. von Manfred Funke. Düsseldorf 1978, S. 795–810.
- Wörster, Peter: *Vor 100 Jahren: Die Proklamation des Königreichs Polen 1916*. <https://www.herder-institut.de/digitale-angebote/archivale-des-monats/2016/november.html> (9.1.2021).
- Wortzel, Larry M.: *The Chinese People's Liberation Army and Space Warfare*. <https://www.jstor.org/stable/resrep03013> (30.1.2021).
- Woźny, Aleksander: *Niemieckie przygotowania do wojny z Polską w ocenach polskich naczelnych władz wojskowych w latach 1933-1939*. Warszawa 2000.
- Wurzer, Georg: *Russische Föderation*. <https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/laender/russische-foederation> (27.11.2020).
- Zajac, Justyna / Zięba, Ryszard: *Polska w stosunkach międzynarodowych 1945-1989*. Toruń 2009.
- Zakrzewski, Maciej: *Droga do Libourne. Stanisław Cat Mackiewicz a polityka zagraniczna II Rzeczypospolitej*. In: *Geopolityka i zasady. Studia z dziejów polskiej myśli politycznej* (= Polskie tradycje intelektualne 10). Hrsg. von Jacek Kloczkowski. Kraków / Warszawa 2010, S. 75–104.

- Zakrzewski, Maciej: *Między realizmem a apostazją narodową. Koncepcje prorosyjskie w polskiej myśli politycznej*. Kraków 2015.
- Zamperini, Valentina: *Die DDR in den 1970er und 1980er Jahren. Suche nach einer eigenen Außenpolitik im Schatten Moskaus*. <http://www.bpb.de/179837> (17.1.2021).
- Zänker, Alfred: *Epoche der Entscheidungen. Deutschland, Eurasien und die Welt von morgen*. Assendorf 1992.
- Zeidler, Manfred: *Reichswehr und Rote Armee* (= Beiträge zur Militärgeschichte 36). München 1993.
- Zeilepos, Ioannis: *Griechischer Unabhängigkeitskrieg (1821–1832)*. <http://ieg-ego.eu/de/threads/europaeische-medien/europaeische-medienergebnisse/ioannis-zeilepos-griechischer-unabhaengigkeitskrieg-1821-1829> (12.2.2018).
- Zelle, Karl-Günter: *Hitlers zweifelnde Elite*. Paderborn 2010.
- Żerko, Stanisław: *Stosunki polsko-niemieckie 1938-1939* (= Studium niemcoznawcze Instytutu Zachodniego 75). Poznań 1998.
- Zernack, Klaus: *Polen und Russland. Zwei Wege in der europäischen Geschichte* (= Propyläen Geschichte Europas Ergänzungsband). Berlin 1994.
- Zięba, Ryszard: *Główne kierunki polityki zagranicznej Polski po zimnej wojnie*. Warszawa 2010.
- Zieleniec, Aleksandra / Aniołowska, Lidia / Sulima-Kotarska, Ewa: *Raport o stanie bezpieczeństwa państwa. Aspekty zewnętrzne*. Warszawa 1995.
- Zitlmann, Rainer: *Neutralitätsbestrebungen und Westorientierung*. In: *Westbindung. Chancen und Risiken für Deutschland*; hrsg. von Rainer Zitlmann, Karlheinz Weißmann, Michael Großheim. Hrsg. von Rainer Zitlmann, Karlheinz Weißmann u. Michael Großheim. Frankfurt am Main / Berlin 1993, S. 173–194.
- Zychowicz, Piotr: *Pakt Ribbentrop-Beck. Czyli Jak Polacy mogli u boku III Rzeszy pokonać Związek Sowiecki*. Poznań² 2013.
- Zychowicz, Piotr: *Opcja niemiecka. Czyli jak polscy antykomuniści próbowali porozumieć się z III Rzeszą*. Poznań 2014.
- Zychowicz, Piotr: *Niemcy. Opowieści niepoprawne politycznie III*. Poznań 2017.
- Zychowicz, Piotr: *W obronie Stanisława Augusta* (6.2.2017). <http://www.rp.pl/artykul/423593-W-obronie-Stanislaw-Augusta.html>.
- Zychowicz, Piotr: *Germanofil. Władysław Studnicki - Polak, który chciał sojuszu z III Rzeszą*. Poznań 2020.

Artikel in wissenschaftlichen Fachzeitschriften

- Barno, David W. / Bensahel, Nora / Sharp, Travis: *Pivot but Hedge. Strategy for Pivoting to Asia While Hedging in the Middle East*. In: *Orbis* 56 (2012), S. 158–176.
- Beaucamp, Guy: *Warum die DDR kein Rechtsstaat war*. In: *Juristische Arbeitsblätter* 10 (2015), S. 725–729.
- Benecke, Werner: *Die Entfesselung des Krieges. Von „München“ zum Hitler-Stalin-Pakt*. In: *Osteuropa* 7/8 (2009), S. 33–46.
- Blasius, Rainer A.: *Erwin Wickert und die Friedensnote der Bundesregierung vom 25. März 1966*. In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 43 (1995), S. 539–553.
- Bonwetsch, Bernd: *Die Stalin-Note 1952 – kein Ende der Debatte*. In: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* 15 (2008), S. 106–113.
- Bregman, Aleksander: *Gdyby w r. 1933 usłuchano Józefa Piłsudskiego*. In: *Kultura* 15 (1949), S. 109–118.
- Brill, Heinz: *Geopolitik in der Diskussion*. In: *Zeitschrift für Politik* 2 (1998), S. 205–219.
- Carsten, Francis Ludwig: *Reports by Two German Officers on the Red Army*. In: *The Slavonic and East European Review* 41 (1962), S. 217–244.
- Cichocki, Marek: *Polen neu denken. Europabild und Europapolitik der PiS*. In: *Osteuropa* 66 (2016), S. 191–200.
- Daase, Christopher / Jochum, Michael: *Partner in einer Führungsrolle? Das einige Deutschland aus der Sicht der USA*. In: *Außenpolitik* 3 (1992), S. 237–245.
- Davutoğlu, Ahmet: *The Clash of Interests. An Explanation of the World (Dis)order*. <http://sam.gov.tr/wp-content/uploads/2012/02/AhmetDavutoglu3.pdf> (16.2.2021).
- Dawson, Andrew H.: *A polish bridge?* In: *Geopolitics* 6 (2001), S. 91–106.
- Dulles, John Foster: *Challenge and Response in United States Policy*. In: *Foreign Policy* 36 (1957), S. 25–43.
- Eberhardt, Piotr: *Wizje i projekty*. In: *Przegląd Wschodni* 2 (1998), S. 336–359.
- Eberhardt, Piotr: *Koncepcje geopolityczne Aleksandra Dugina*. In: *Przegląd Geograficzny* 2 (2010), S. 221–240.
- Eberhardt, Piotr: *Prekursorzy niemieckiej geopolityki*. In: *Przegląd Geograficzny* 4 (2011), S. 453–482.
- Eberhardt, Piotr: *Podstawy teoretyczne i ideowe geopolityki według Rudolfa Kjelléna*. In: *Przegląd geopolityczny* 2 (2012), S. 313–332.

- Enghofer, Sebastian / Hidalgo, Oliver: *Carl Schmitts Paradigma der Internationalen Beziehungen und seine sicherheitspolitische Bedeutung*. In: Carl-Schmitt-Studien 2 (2018), S. 7–31.
- Fox, Jo: *Propaganda and the Flight of Rudolf Hess 1941–45*. In: The Journal of Modern History 1 (2011), S. 78–110.
- Fukuyama, Francis: *The End of History?* In: The National Interest 16 (1989), S. 3–18.
- Gałęzowska, Irena: *Myśl Józefa Piłsudskiego w świetle filozofii współczesnej*. In: Niepodległość 7 (1962), S. 127–145.
- Garlicki, Andrzej: *List Romana Dmowskiego do Aleksandra Skarbka z 1919 roku*. In: Przegląd historyczny 1 (1973), S. 133–142.
- Géopolitique de la datasphère*. In: Hérodote. Revue de Géographie et de Geopolitique 177/178 (2020).
- Gerace, Michael P.: *Between Mackinder and Spykman. Geopolitics, Containment, and After*. In: Comparative Strategy 10 (1991), S. 347–364.
- Geyer, Michael: *Das Zweite Rüstungsprogramm (1930-1934)*. In: Militärgeschichtliche Mitteilungen 1 (1975), S. 125–172.
- Gifkins, Jess / Jarvis, Samuel / Ralph, Jason: *Brexit and the UN Security Council. Declining British influence?* In: International Affairs 95 (2019), S. 1349–1368.
- Gräfe, Karl-Heinz: *Ein wahrer Pole ist zugleich auch Katholik. Das geistige und politische Erbe von Roman Dmowski (1864-1939) in Polen*. In: Halbjahresschrift für südosteuropäische Geschichte, Literatur und Politik 1 (2002), 73-87.
- Granieri, Ronald J.: *What is Geopolitics and Why Does It Matter?* In: Orbis 4 (2015), S. 491–504.
- Hacke, Christian: *Von Adenauer zu Kohl. Zur Ost- und Deutschlandpolitik der Bundesrepublik 1949-1985*. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 51/52 (1985), S. 3–22.
- Harrison, Edward: *Hugh Trevor-Roper und „Hitlers letzte Tage“*. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1 (2009), S. 33–60.
- Hauser, Oswald: *Der Plan einer deutsch-österreichischen Zollunion von 1931 und die europäische Föderation*. In: Historische Zeitschrift 179 (1955), S. 45–49.
- Hellmann, Günther: *Goodbye Bismarck? The Foreign Policy of Contemporary Germany*. In: Mershon International Studies Review 40 (1996), S. 1–39.
- Hildebrand, Klaus: *Imperialismus, Wettrüsten und Kriegsausbruch 1914 I. Zum Problem von Legitimität und Revolution im internationalen System*. In: Neue politische Literatur 20 (1975), S. 160–194.

- Holdar, Sven: *The Ideal State and the Power of Geography. The Life-work of Rudolf Kjellén*. In: *Political Geography* 3 (1992), S. 307–323.
- Huntington, Samuel P.: *The Clash of Civilizations?* In: *Foreign Policy* 3 (1993), S. 22–49.
- Huterer, Andrea: *Kampf der Rechten und Gerechten. Die politische Rhetorik der Kaczyńskis*. In: *Osteuropa* 11/12 (2006), S. 53–67.
- Ingram, Alan: *Alexander Dugin. geopolitics and neo-fascism in post-Soviet Russia*. In: *Political Geography* 20 (2001), S. 1029–1051.
- Jacobsen, Hans-Adolf: *Geopolitik im Denken und Handeln deutscher Führungseliten. Anmerkungen zu einem umstrittenen Thema*. In: *Welttrends* 4 (1994), S. 39–46.
- Kembayev, Zhenis: *Probleme der Rechtsnachfolge von der Sowjetunion auf die Russländische Föderation*. In: *Archiv des Völkerrechts* 1 (2008), S. 106–129.
- Kennedy, Paul M.: *Mahan versus Mackinder. Two Interpretations of British Sea Power*. In: *Militärgeschichtliche Mitteilungen* 16 (1974), S. 39–66.
- Kittel, Manfred: *Genesis einer Legende. Die Diskussion um die Stalin-Noten in der Bundesrepublik 1952-1958*. In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 41 (1993), S. 355–389.
- Kluge, Paul: *Nationalsozialistische Europaideologie*. In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 3 (1955), S. 240–275.
- Knox, MacGregor: *Conquest, Foreign and Domestic in Fascist Italy and Nazi Germany*. In: *Journal of Modern History* 1 (1984), S. 1–57.
- Kołakowski, Piotr: *"Laboratorium" – Komórka analityczna Marszałka Józefa Piłsudskiego*. In: *Śląskie Studia Historyczne* 16 (2010), S. 117–130.
- Kornat, Marek: *Józef Beck o stosunkach polsko-niemieckich*. In: *Zeszyty historyczne* 137 (2001), S. 116–126.
- Koszel, Bogdan: *Hegemon czy partner? Zjednoczone Niemcy w nowej Europie*. In: *Rocznik polsko-niemiecki* (1993), S. 95–108.
- Koszel, Bogdan: *Polens dorniger Weg zur NATO*. In: *Welttrends* 10 (1996b), S. 45–57.
- Krause, Joachim: *Liberaler Imperialismus und imperialer Liberalismus als Erklärungsansätze amerikanischer Außenpolitik*. In: *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik* 1 (2008), S. 68–95.
- Krüger, Peter / Hahn, Erich J.: *Der Loyalitätskonflikt des Staatssekretärs Bernhard Wilhelm von Bülow im Frühjahr 1933*. In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 4 (1972), S. 376–410.

- Kupiecki, Robert: *Akcesja Polski do NATO – okiem historyka i uczestnika*. In: *Bezpieczeństwo narodowe* 1 (2014), S. 41–75.
- Kusber, Jan: *Furcht vor dem Bolschewismus. Russland und der Westen nach der Russischen Revolution*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 34-36 (2017), S. 33–38.
- Lachmann, Richard: *The Roots of American Decline*. In: *Contexts* 10 (2011), S. 44–49.
- Lange, Karl: *Der Terminus "Lebensraum" in Hitlers "Mein Kampf"*. In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 4 (1965), S. 426–437.
- Lapins, Wulf: *Gorbatschow und die konventionelle Stabilität in Europa*. In: *Leviathan* 2 (1988), S. 204–234.
- Lemmen, Daniel J.: *Up-coming breaking points in Polish-German relations?* In: *Yearbook of the Institute of East-Central Europe* 14 (2017), S. 95–112.
- Lemmen, Daniel J.: *Warsaw on the Way to Kerneuropa? Germany as Poland's Bridge to the EU's Center*. In: *Yearbook of the Institute of East-Central Europe* 15 (2017), S. 147–165.
- Lossau, Julia: *Politische Geographie und Geopolitik. Bemerkungen zu einem (un-)bestimmbaren Verhältnis*. In: *Erdkunde* 1 (2002), S. 73–81.
- Lubelski, Jakub: *Związek Bałtycki i Trzecia Europa. Koncepcje reorganizacji Europy Środkowej w polityce zagranicznej II Rzeczypospolitej*. In: *Nowa Europa* 9 (2010), S. 183–217.
- Lundstead, Geir: *Empire by Invitation? The United States and Western Europe 1945-1952*. In: *Journal of Peace Research* 23 (1986), S. 263–277.
- Maciejewski, Marek: *Polska i Polacy w poglądach Adolfa Hitlera (1919-1945)*. In: *Annales* 58 (2011), S. 29–61.
- Maier, Hans: *Ideen von 1914 - Ideen von 1939. Zweierlei Kriegsanfänge*. In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 4 (1990), S. 525–542.
- Mariański, Janusz: *Autorytet społeczny Kościoła katolickiego w Polsce w procesie przemian*. In: *Studia Paedagogica Ignatiana* 20 (2017), S. 77–106.
- Marušiak, Juraj: *Russia and the Visegrad Group. More than a foreign policy issue*. In: *International Issues & Slovak Foreign Policy Affairs* 24 (2015), S. 28–46.
- Mauß, Hanns W.: *Zivilmacht Bundesrepublik Deutschland. Vierzehn Thesen für eine neue deutsche Außenpolitik*. In: *Europa Archiv* 10 (1992), S. 269–278.
- Meister, Stefan / Pulgierin, Jana: *Perzeption und Instrumentalisierung. Russlands nicht-militärische Einflussnahme in Europa*. In: *DGAP Kompakt* 10 (2015), S. 1–8.
- Mroczo, Marian: *Zygmunt Wojciechowski jako historyk polskich Ziemi zachodnich oraz stosunków polsko-niemieckich*. In: *Przegląd Zachodni* 1 (1985), S. 98–113.

- Murphy, David Thomas: *Hitler's Geostrategist? The Myth of Karl Haushofer and the "Institut für Geopolitik"*. In: *The Historian* 76 (2014), S. 1–25.
- Nadolski, Molly / Fairbanks, James: *Complex systems analysis of hybrid warfare*. In: *Procedia Computer Science* 153 (2019), S. 210–217.
- Norton, Donald H.: *Karl Haushofer and the German Academy 1925-1945*. In: *Central European History* 1 (1968), S. 80–99.
- Nye, Joseph S.: *Soft Power*. In: *Foreign Policy* 3 (1990), S. 153–171.
- Osiichuka, Maryna / Shepotylo, Oleksandr: *Conflict and well-being of civilians. The case of the Russian-Ukrainian hybrid war*. <https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0939362518303960> (30.1.2021).
- Paterson, James: *German geopolitics reassessed*. In: *Political Geography Quarterly* 6 (1987), S. 107–114.
- Pietrzyk, Mark E.: *Explaining the Post-Cold War. An International Society Approach*. In: *International Journal on World Peace* 3 (2001), S. 31–54.
- Resis, Albert: *The Churchill-Stalin Secret „Percentages“ Agreement on the Balkans, Moscow, October 1944*. In: *The American Historical Review* 83 (1978), S. 368–387.
- Rhode, Hans Wolf: *Deutschland kann aus geopolitischen Gründen keine Schweiz werden*. In: *Europäische Wehrkunde* 9 (1992), S. 473–474.
- Roos, Hans: *Die "Präventivkriegspläne" Pilsudskis von 1933*. In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 3 (1955), S. 344–363.
- Ruchniewicz, Krzysztof: *Jeszcze raz o spotkaniu Stresemanna z Pilsudskim w grudniu 1927 r. w Genewie*. In: *Komunikaty Mazursko-Warmińskie* 2 (1995), S. 183–188.
- Ruge, Wolfgang / Schumann, Wolfgang: *Die Reaktion des deutschen Imperialismus auf Briands Paneuropaplan 1930*. In: *Zeitschrift für Geschichte* 20 (1972), S. 40–70.
- Rühe, Volker: *Sicherheitspolitik im Wandel. Die Zukunft der Bundeswehr in einem veränderten Europa. Rede vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik. 25. Juni 1992*. In: *Europa Archiv* 47/1 (1992), S. 463–472.
- Rupieper, Hermann-Josef: *Die Berliner Außenministerkonferenz 1954. Ein Höhepunkt der Ost-West-Propaganda oder die letzte Möglichkeit zur Schaffung der deutschen Einheit?* In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 3 (1986), S. 427–453.
- Sakson, Andrzej: *Współczesna niemiecka geopolityka. Ciągłość i zmiana*. In: *Myśl Ekonomiczna i Polityczna* 4 (2016), S. 356–365.
- Schattkowsky, Ralph: *Prometheismus und Osteuropaforschung in der Zweiten Polnischen Republik*. In: *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung* 4 (2012), S. 519–565.

- Schöller, Peter: *Wege und Irrwege der politischen Geographie und Geopolitik*. In: *Erdkunde* 1 (1957), S. 1–20.
- Schöllgen, Gregor: *Geschichte als Argument. Was kann und was muss die deutsche Großmacht auf dem Weg ins 21. Jahrhundert tun?* In: *Interantionale Politik* 2 (1997), S. 1–7.
- Schwarz, Hans-Peter: *Republik ohne Kompass. Berlins Außenpolitik ist orientierungslos: Eine Positionsbestimmung deutscher Interessen tut not*. In: *Internationale Politik* 1 (2005), S. 46–53.
- Sinnhuber, Karl: *Central Europe - Mitteleuropa - Europe Centrale. An Analysis of a Geographical Term*. In: *Transactions and Papers* 20 (1954), S. 15–39.
- Skubiszewski, Krzysztof: *Deutschland. Anwalt Mitteleuropas*. In: *Internationale Politik* 2 (1997), S. 29–33.
- Skuza, Cezariusz: *Kwestia serbołużycka w polskiej polityce zagranicznej (1944-1949)*. In: *Zeszyty Naukowe Wojskowej Akademii Politycznej* 121 (1984), S. 88–96.
- Smith, D. Woodruff: *Friedrich Ratzel and the Origins of Lebensraum*. In: *German Studies Review* 1 (1980), S. 51–68.
- Sokolnicki, Michał: *Na rozdrożu czasów*. In: *Kultura* 1-2 (1957), S. 125–147.
- Soutou, Georges-Henri: *L'Alliance franco-polonaise 1925-1933 ou comment en déberasser?* In: *Revue d'Histoire diplomatique* 2-4 (1981), S. 295–348.
- Stefancic, David: *The Rapacki Plan. A case study of East European Diplomacy*. In: *East European Quarterly* 4 (1988), S. 401–412.
- Stein, George: *Russo-German Military Collaboration. The Last Phase 1933*. In: *Political Science Quarterly* 1 (1962), S. 54–71.
- Stengers, Jean: *L'accord militaire franco-belge de 1920 et le Luxembourg*. In: *Revue belge de Philologie et d'Histoire* 1-2 (2004), S. 431–447.
- Tazbir, Janusz: *Od antemurale do przedmurza. Dzieje terminu*. In: *Odrodzenie i Reformacja w Polsce* 29 (1984), S. 167–184.
- Tazbir, Janusz: *From Antemurale to Przedmurze. The History of the Term*. In: *Odrodzenie i Reformacja w Polsce* 61 (2017), S. 67–87.
- Treue, Wilhelm: *Hitlers Denkschrift zum Vierjahresplan 1936*. In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 3 (1955), S. 184–210.
- Ullrich, Volker: *Die Polnische Frage und die deutschen Mitteleuropapläne im Herbst 1915*. In: *Historisches Jahrbuch* (1984), S. 348–371.

- Urbansky, Sören: *Grenze im Fluss. China-Russland. Das Echo des Territorialdisputes*. In: Osteuropa 5/6 (2015), S. 125–136.
- Waltz, Kenneth N.: *The Emerging Structure of International Politics*. In: International Security 2 (1993), S. 44–79.
- Weichert, Brandon J.: *Preparing for a Russian 'Space Pearl Harbor'*. In: Orbis 3 (2019), S. 406–415.
- Wiaderny, Bernard: *Nie chciana kolaboracja. Polscy politycy i nazistowskie Niemcy w lipcu 1940*. In: Zeszyty historyczne 142 (2002), S. 131–140.
- Winkler, Rainer: *Deutschlands geopolitische Lage im sich wandelnden Europa*. In: Welttrends 6 (1995), S. 98–111.
- Wolf-Powęska, Anna: *Chancen und Risiken der Mittellage der Deutschen*. In: Welttrends 4 (1994), S. 47–60.
- Wollstein, Günther: *Hitlers gescheitertes Projekt einer Juniorpartnerschaft Polens*. In: Universitatis 38 (1983), S. 525–532.
- Wu, Xiadon: *China and space security. How to bridge the gap between its stated and perceived intentions*. In: Space Policy 33 (2015), S. 20–28.
- Zagacki, Kenneth: *Pope John Paul II and the Crusade against Communism. A Case Study in Secular and Sacred Time*. In: Rhetoric and Public Affairs 4 (2001), S. 689–710.
- Zgórniak, Marian: *Nieudana misja Władysława Gizberta-Studnieckiego W Berlinie na początku 1940 roku*. In: Państwo i Społeczeństwo 2 (2003), S. 103–122.

Journalistische Artikel

- „Polska ma się świetnie”. Ostatni wywiad prof. Brzezińskiego dla „Newsweeka”. <http://www.newsweek.pl/swiat/zbigniew-brzezinski-ostatni-wywiad,artykuly,410845,1.html> (14.9.2017).
- Aly, Götz: *Die Leiche im Keller der FDP*. In: Berliner Zeitung (25.1.2011), S. 4.
- Apostazja - czym jest i jak wiele osób dokonuje jej w Polsce?* <https://www.polsatnews.pl/wiadomosc/2020-10-26/apostazja-czym-jest-i-jak-wiele-osob-jej-dokonuje/> (27.10.2020).
- Barack Obama: Russia is a regional power showing weakness over Ukraine*. <https://www.theguardian.com/world/2014/mar/25/barack-obama-russia-regional-power-ukraine-weakness> (27.11.2020).
- Bończa-Szabłowski, Jan: *Polacy nie czytają książek*. <https://www.rp.pl/Literatura/170429871-Polacy-nie-czytaja-ksiazek.html> (9.1.2021).
- Bosacki, Marcin: *Niemcy uhonorowali Brzezińskiego*. In: Gazeta Wyborcza (23.7.2009), S. 2.

Deutschland begleicht letzte Schulden aus Erstem Weltkrieg. <https://www.zeit.de/wissen/geschichte/2010-10/weltkrieg-schulden-deutschland> (10.1.2021).

Drei-Meere-Initiative. Maas beschwört "neue Ostpolitik". <https://www.tagesschau.de/ausland/drei-meere-initiative-101.html> (30.1.2021).

Elsässer, Jürgen: *Der Osten steht auf - und der Westen?* In: Compact 9 (2019), S. 10–13.

Feldmeyer, Karl: *Auf der Suche nach einem Mittelweg. Kinkel: Die Nato soll sich Mittel- und Osteuropa stärker öffnen.* In: FAZ (6.3.1993), S. 5.

Hans-Dietrich Genscher im Gespräch. "Von einer Sonderrolle Deutschlands kann nicht die Rede sein". <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/hans-dietrich-genscher-im-gespraech-von-einer-sonderrolle-deutschlands-kann-nicht-die-rede-sein-11576918.html> (28.1.2021).

Iverson, John: *Trump has abandoned America's leadership role during the COVID-19 crisis.* <https://nationalpost.com/opinion/john-iverson-trump-has-abandoned-americas-leadership-role-during-the-covid-19-crisis> (30.1.2021).

Kościół. Spadek powołań kapłańskich w Polsce. W ciągu 20 lat aż o 60 procent. <https://wiadomosci.gazeta.pl/wiadomosci/7,114883,25382775,kosciol-spadek-powolan-kaplanskich-w-polsce-w-ciagu-20-lat.html> (27.10.2020).

Lamers, Karl: *Von deutscher Drückebergerei.* <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13681888.html> (28.1.2021).

Lech Kaczyński: jesteśmy tu po to aby podjąć walkę. <http://www.wprost.pl/ar/136182/Lech-Kaczynski-jestesmy-tu-po-to-aby-podjac-walke/> (14.5.2020).

Lee, Dave: *Has the US just given away the internet?* <https://www.bbc.com/news/technology-37527719> (30.1.2021).

Masłoń, Krzysztof: *Błazeńska czapka Cata-Mackiewiczza.* <http://www.archiwum.rp.pl/arttykul/968014-Blazenska-czapka-Cata-Mackiewiczza.html> (6.2.2017).

Poland promises to fight idea of multi-speed Europe at EU summit. <http://www.reuters.com/article/us-poland-eu-kaczynski-idUSKBN16R1NJ> (22.10.2020).

Richter / Konstantin: *Angela Merkel's new job: global savior.* <https://www.politico.eu/article/donald-trump-angela-merkel-the-last-leader-of-the-free-world/> (30.1.2021).

Schieritz, Mark / Pinzler, Petra: *"Wir waren doch keine Idioten". [Interview mit Theo Waigel, Klaus Regling und Jürgen Stark].* <https://www.zeit.de/2018/27/euro-einfuehrung-waehrungsunion-eu-reform> (27.1.2021).

Schuller, Konrad: „*Es gilt, dass Frau Merkel für uns das Beste wäre*“. <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/kaczynski-wuenscht-sich-fuer-polen-einen-sieg-merkels-14859766.html> (10.1.2021).

Smale, Alison / Erlanger, Steven: *As Obama Exits World Stage, Angela Merkel May Be the Liberal West's Last Defender*. <https://www.nytimes.com/2016/11/13/world/europe/germany-merkel-trump-election.html> (30.1.2021).

Sommer, Theo: *Europa-Optimismus fällt gerade schwer*. <https://www.zeit.de/politik/2020-10/europaeische-union-ratspraesidentschaft-angela-merkel-coronavirus> (20.10.2020).